

Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Materialien zur Tagung
Ostwind – Soziale Kämpfe
gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen
in Ostdeutschland 1990 bis 1994

23. – 24. Juni 2017
Berlin, Haus der Demokratie und Menschenrechte

Zusammengestellt und mit einem Vorwort versehen von
Bernd Gehrke
für den AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West

Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Materialien zur Tagung
Ostwind – Soziale Kämpfe
gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen
in Ostdeutschland 1990 bis 1994

23. – 24. Juni 2017
Berlin, Haus der Demokratie und Menschenrechte

Zusammengestellt und mit einem Vorwort versehen von
Bernd Gehrke
für den AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West

Die Veröffentlichung dieser Dokumentation wird gefördert von
der *Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt*

Herausgegeben vom Arbeitskreis Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West
im Haus der Demokratie und Menschenrechte
Berlin, Juni 2017

Vorbemerkung des Herausgebers zur Erweiterung der Dokumentation

Wie einige Leser:innen bereits bemerkt hatten, fehlte in der bisherigen Dokumentation die Darstellung der Zweiten Konferenz der Initiative Berliner und Ostdeutscher Betriebsrräte, Personalräte und Vertrauensleute. Dieser Mangel wird nun korrigiert.
Die Zweite Konferenz ist in der 49 Seiten umfassenden Ausgabe 6/93 der vön der Initiative herausgegebenen Zeitung *Ostwind* umfangreich dargestellt worden. Um diese Ausgabe des *Ostwind* der Öffentlichkeit ab sofort zugänglich zu machen, ohne eine an sich notwendige, aber zeitraubende und Geld kostende Neugestaltung des Layouts vornehmen zu müssen, wird sie als Anhang der bisherigen Fassung der Dokumentation beigefügt. Der Anhang beginnt nach der Seite 425. Da die Zeitungsseiten der Ausgabe 6/93 des *Ostwind* durchnummeriert sind, kann das Dokument auch mit korrekter Quellenangabe zitiert werden.
Eine Integration der Ausgabe 6/93 des Ostwind in den laufenden Text der Dokumentation und die damit verbundenen Neugestaltung des Layouts muss der Zukunft überlassen bleiben.
Mit der Erweiterung dieser Dokumentation um die Texte der Zweiten Konferenz der Initiative wird der Forschung über die Proteste gegen die Privatisierungspolitik der Bundesregierung in Ostdeutschland am Beginn der 1990er Jahre eine wichtige inhaltliche Quelle zu den Positionen sowie zur inhaltlichen Entwicklung der Debatten der Akteure erschlossen.

Bernd Gehrke
Berlin im Juli 2025

Inhaltsverzeichnis

9. Vorwort

23. Aufruf zur Gründung einer Initiative Ostberliner Betriebsräte (IKG-INFO. Informationen der Initiative für Kritische Gewerkschaftsarbeit, Nr. 30, Februar 1992)

27. Kurzinformation über die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte

33. Resolution zur Arbeit mit dem Ostwind. Beschluss des Arbeitsausschuss‘ der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

37. Ostwind – Zeitung der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute. Sämtliche Ausgaben

261. Zum wirtschaftlich-sozialen Hintergrund der Gründung der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute: Umfrage unter ostdeutschen Betriebsräten (Material von Tua Res für die 1. Konferenz der Initiative)

271. Beschlüsse der 3. Konferenz der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute (Nicht m Ostwind erschienen)

279. Zwei Kommentare von Thomas Kuczynski zur 3. Konferenz der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

283. Weitere Aufrufe, Aktionstage und sonstige Texte der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute, dar. Bericht des Spiegel über den Protesttag der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute am 9. September 1992 in Bonn

297. Bischofferode im August. Bericht von Martin Clemens für den Arbeitsausschuss der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute über die Auseinandersetzungen in Betriebsrat und Belegschaft der Kali-Grube Thomas Müntzer (6. September 1993)

325. Ergänzung zu Bischofferode: Dokumente zum Marsch der Hungerstreikenden von Bischofferode nach Berlin

331. Dokumente zu Spaltung und Ende der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

355. Politische Diskussionstexte zur Krise und Spaltung der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Vorwort

Am 20. Juni 1992 wurde *die Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute* (im Folgenden auch Betriebsräteinitiative oder BRI) gegründet. 300 Teilnehmer/innen aus 80 Betrieben, darunter 140 Betriebs- und Personalrät/innen sowie 51 weitere Gewerkschafter/innen verschiedener DGB-Gewerkschaften berieten in der Kongresshalle am Berliner Alexanderplatz erstmals ostdeutschlandweit und branchenübergreifend über Möglichkeiten einer gemeinsamen Gegenwehr zu der von der Treuhandanstalt im Auftrag der Regierung Helmut Kohls praktizierten Privatisierungspolitik.

Auch Westberliner Betriebs- und Personalräte aus 10 Betrieben und Institutionen waren dabei. Im Mittelpunkt der Debatte stand die Frage, wie sich gegen die großflächige „Plattmache" der Treuhand gestellt werden kann, die nicht nur marode Betriebe und Millionen Arbeitsplätze in kürzester Zeit vernichtete, Millionen Menschen einer brutalen Existenzkrise aussetzte, sondern gerade auch sanierungs- und überlebensfähige Betriebe und Betriebsteile durch Schließungs- und Privatisierungspläne zerstörte.

Gesellschaftlicher Ausnahmezustand als Umfeld der Initiative

Bevor auf die Geschichte dieser von Betriebs- und Personalräten selbst organisierten Initiative näher eingegangen wird, soll zum besseren Verständnis noch einmal kurz das gesellschaftliche Umfeld charakterisiert werden, in der diese Initiative entstanden ist. Im Gegensatz zu den heutigen Verhältnissen in Deutschland lässt sich die damalige Situation in Ostdeutschland als eine Art gesellschaftlicher Not- und Ausnahmezustand charakterisieren. Anders als in Westdeutschland, wo die täglichen Abläufe in gewohnter Normalität und geradezu gemächlich weiter vonstatten gingen. Stand die Welt der DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger seit dem Herbst 1989 politisch auf dem Kopf, so erfasste der Umbruch seit dem Mauerfall und namentlich seit der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 das persönliche Leben in allen seinen Dimensionen. Dabei stellte sich seit dem 3. Oktober 1990 immer mehr die Treuhandanstalt als jenes unmittelbare Zentrum heraus, welches Millionen von Menschen in Ostdeutschland in eine existenzielle Krise stürzte. Rasch wurde sie zur meist gehassten Institution in Ostdeutschland. Allerdings wurde zu oft verkannt, dass sie nur der verlängerte Arm der Bundesregierung war und so manche Wut sich besser gegen die Regierung als gegen die Treuhandanstalt gerichtet hätte.

Die Treuhandanstalt – Von der Treuhänderin einer demokratischen DDR zur Treuhänderin des westdeutschen Kapitals

Die Treuhandanstalt (THA) war noch in Übereinstimmung zwischen dem Zentralen Runden Tisch der DDR[1] und der Regierung Modrow als Anstalt des öffentlichen Rechts eingerichtet worden. Sie sollte als zentrale Industrie-Holding, die die rund 8.000 so genannten Volkseigenen Betriebe verwaltete, die Industrie der DDR im Sinne der „sozialen Marktwirtschaft" fit für den Weltmarkt machen. Zu ihrem Auftrag gehörte neben der Privatisierung der Betriebe nach den „Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft", die Sicherung ihrer Effizienz. Nur dort, wo dies nicht gelang, sollten Betriebe auch stillgelegt werden. All das sollte dem Ziel der Sanierung und Modernisierung der Industrie der DDR dienen, um sie konkurrenz- und überlebensfähig zu machen.

[1] Vgl. http://www.ddr89.de/zrt/ZRT.html (Zugriff 10.06.2017)

Obgleich für die Vorbereitung auf die kapitalistische Marktwirtschaft geschaffen, hatte die Treuhandanstalt jedoch einen Konstruktionsfehler, der sich mit dem formellen Betritt der DDR zur BRD zur Katastrophe entwickeln sollte. Eigentümerin dieser rund 8.000 Betriebe, die treuhändisch von dieser Anstalt des öffentlichen Rechts verwaltet wurden, war der Staat DDR, nicht seine eben gegründeten oder in Gründung befindlichen fünf Länder. Das hatte zur Folge, dass mit dem Beitritt der DDR zur BRD das Eigentum an die Bundesrepublik überging, die nunmehr auch formell die Aufgaben der Treuhandanstalt zu formulieren hatte. Wäre sie ins Eigentum der fünf neuen Länder und des Landes Berlin übergegangen, hätten diese sich über den Auftrag der Treuhandanstalt gemeinsam verständigen müssen und ihre regionalen Interessen weitaus besser verteidigen können, als das mit dem dann realisierten zentralstaatlichen Treuhand-Modell möglich war.

In Verbindung mit dem Wahlsieg der Konservativen und Liberalen bei den ersten demokratischen Volkskammerwahlen der DDR am 18. März 1990, deren reaktionäre Volkskammermehrheit sich ebenso wie die Regierung *de Maiziére* bei den Verhandlungen über die Staatsverträge zur Deutschen Einheit bedingungslos dem Diktat der Bundesregierung und ihres Verhandlungsführers Wolfgang Schäuble unterwarf, verwandelte sich die Treuhandanstalt aus einer Institution zur Sanierung der ostdeutschen Industrie in ihr Gegenteil: Sie wurde zur Treuhänderin des westdeutschen Kapitals und seines politischen Establishements. Ihr wurde nun die Hauptaufgabe der Privatisierung der ehemaligen DDR-Betriebe gestellt und damit eine wie und wo immer mögliche Ausschlachtung der industriellen Hinterlassenschaften der DDR im Interesses des westdeutschen, nicht eines künftigen ostdeutschen Kapitals, gestellt. Dazu gehörte auch, eine durch Sanierungspolitik mögliche neue Konkurrenz im Osten zu verhindern und die Aufteilung des ostdeutschen Marktes unter den westdeutschen Großkonzernen abzusichern. Im Personal der THA waren folgerichtig jede Menge so genannter Expert/innen zu finden, die von den westdeutschen Konzernen und Interessengruppen gestellt worden waren.

Durch diese Konstellation und in Verbindung mit der politischen Weichenstellung am 18. März 1990 sowie erpresserisch aufgezwungenen Staatsverträgen, war der Weg in die wirtschafts- und sozialpolitische Katastrophe geebnet. Hinzu kam, dass mit der Ermordung des sozialdemokratischen Treuhandchefs Detlef Rohwedder die neoliberale Fraktion der herrschenden Klasse mit Birgit Breuel den Zugriff auf die ostdeutsche Industrie bekam und nun eine Privatisierung um jeden Preis betrieb.

Deindustrialisierung als Treuhandpolitik

Als die 1. Konferenz der Ostdeutschen und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute zusammentrat, lagen bereits zwei Jahre eines dramatischen Arbeitsplatzabbaus hinter den Beschäftigten. Ihre Zahl war in den ostdeutschen Ländern und Berlin bereits zwischen Ende 1989 und Ende 1991 von 10,8 Mio. auf 8.5 Mio., d.h. um rund 2,3 Mio. zurück gegangen.

Doch verraten diese Zahlen nur einen Bruchteil von der sozialen Dramatik in einer Gesellschaft, die Entlassungen aus den Betrieben fast nicht gekannt hatte, mit Ausnahme der wenigen politisch Renitenten. Denn zum Rückgang der abhängig Beschäftigten, in deren Zahl ja auch junge Menschen eingingen, die erstmals eine Beschäftigung aufnahmen oder Zugezogene aus Westdeutschland, kam die Zahl der Frühverrenteten, derjenigen in Kurzarbeit Null (also Menschen, die faktisch arbeitslos waren, aber weiter in den Betrieben einen Arbeitsvertrag hatten und deren Kurzarbeitergeld vom Staat bezahlt wurde) sowie die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Umschulungen Erfassten. Im Juni 1993, als die Auseinandersetzungen um die ihren Betrieb besetzt haltenden Kali-Kumpel in Bischofferode auf ihren Höhepunkt, den Hungerstreik, zustrebten, erreichte die Zahl der offiziell

registrierten Erwerbslosen allein in den fünf ostdeutschen Bundesländern ohne Berlin die Zahl von 1,1 Millionen. Doch hinzu kamen 200 000 Kurzarbeiter/innen, 644 000 Erwerbslose in Altersübergangsgeld und 662 000 in Umschulung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das waren insgesamt 2.6 Millionen Menschen[2] Dabei ist Ostberlin in diese Zahlen nicht einmal einbezogen, obwohl es ein wichtiger Industriestandort war. Da mit der Schockwelle im Osten viele hier erwerbslos gewordene Menschen in Westberlin eine Anstellung suchten, stieg auch dort durch die Verdrängungskonkurrenz die Erwerbslosigkeit sprunghaft an. So waren zur Zeit der Entstehung der Berliner Betriebs- und Personalräte-Initiative im März 1992 223.000 Menschen in Berlin erwerbslos, 28.000 in ABM, 86.000 in Umschulung und 20.000 in Null-Stunden Kurzarbeit.[3]

Doch mehr als alle anderen Wirtschaftsbereiche war die Industrie von diesem Umbruch betroffen. Die brutale Deindustrialisierungspolitik der Kohl-Regierung und ihrer Treuhandanstalt führte zu einer Reduzierung der industriellen Arbeitsplätze von zuvor 3,2 Millionen auf nur noch 760.000 im März 1993.[4] Zum Vergleich: Der Strukturwandel des Ruhrgebietes hatte zwanzig bis dreißig Jahre gebraucht. Hier im Osten, als die politischen Voraussetzungen für das Kapital extrem günstig waren, konnte es die Strukturveränderungen als radikalen historischen Bruch innerhalb von nur drei Jahren vollziehen.

Zählt man nun noch jene Menschen hinzu, die ihre bisherige Heimat angesichts dieser wirtschaftlichen Katastrophe verließen und den Erwerbsarbeitsplätzen in Westdeutschland hinterher jagten, wird vielleicht auch für die Nachgeborenen verständlich, in welchen dramatischen sozialen Verwerfungen sich die ostdeutsche Gesellschaft von 16 Millionen Einwohner/innen in diesen Jahren befand. Zu Recht hatte die Initiative Berliner Betriebsräte und Personalräte in ihrer Kurzinformation über ihr Wirken die soziale und ökonomische Situation im Osten mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 verglichen.

Größte Welle sozialer Protestbewegungen seit der Novemberrevolution

Die Jahre zwischen 1990 und 1994 sahen die umfangreichste selbstorganisierte Protestbewegung von Betriebsbelegschaften, Betriebs- und Personalräten sowie von lokalen und regionalen Gewerkschaften, die es seit der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise bis 1923 in Deutschland gegeben hat. Zwar hatte auch die Betriebsrätebewegung nach 1945 zumindest in Ostdeutschland eine große Breite erreicht, doch trug sie einen völlig anderen Charakter. Sie war eine soziale Bewegung, aber keine Protestbewegung gewesen. Sie zielte selbst dort, wo die Betriebe von den Betriebsräten und Belegschaften übernommen wurden, nicht auf Protest, sondern auf die Wiederingangsetzung der Produktion um des täglichen Überlebens Willen.

Dietmar Dathe hat in einer ersten Auswertung der ostdeutschen Tageszeitungen *Berliner Zeitung, Neue Zeit und Neues Deutschland* für die Jahre 1990 bis 1993 festgestellt, dass im Jahr 1991 mindestens 150 und in den Jahren 1992 bis 1993 mindestens jährlich jeweils 200 Streiks von Belegschaften, oft in Verbindung mit anderen Protestformen wie Demonstrationen, Straßenblockaden, Autobahnblockaden stattfanden.[5] Metaller/innen an der

[2] Vgl. IG Metall (Hrsg): Aufrechter Gang in schwieriger Zeit. Der Kampf um den Stufenplan und die Verteidigung der Tarifautonomie in Deutschland 1993 (Jürgen Mechelhoff), Frankfurt/M. 1993, S. 58.

[3] Vgl. die Kurzinformation über die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte am Anfang unserer Dokumentation.

[4] Vgl. Rudi Schmidt/Burkhart Lutz (Hrsg.): Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland, Berlin 1995, S. 167.

[5] Das von Dietmar Dathe erstellte Material ist in einen Artikel eingegangen, den er zusammen mit Renate Hürtgen verfasste. Vgl. Dietmar Dathe/Renate Hürtgen: »Gewerkschaften im Einheitsprozess« – über eine Tagung zur gesamtdeutschen Gewerkschaftsgeschichte samt notwendiger Anmerkungen, in: express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 1/2016. S. 14 – 15.

Ostseeküste sperrten den Rügendamm und dachten sogar darüber nach, den gesamten Skandinavien-Verkehr längerfristig zu unterbrechen. Sogar das Flughafengebäude in Dresden Klotzsche wurde durch die Metaller/innen des Edelstahlwerks in Freital besetzt. Sie empfingen den sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf bei seiner Rückkehr aus Bonn, um Antwort von ihm über das Schicksal des Werkes zu bekommen.[6] Zu diesen im heute offiziellen Sinne „wilden" Streiks und Protesten, die sich nicht um bestehende bundesrepublikanische Streikregularien kümmerten, kamen noch einige große Streiks der DGB-Gewerkschaften oder der Gewerkschaft der Lokführer hinzu. Die gerade gegründete GDL-Ost streikte schon im Juli 1990 für den Umtausch-Kurs 1:1 zwischen Ost- und D-Mark. 1991 sah Ostdeutschland einen großen Streik der Deutschen Postgewerkschaft, 1992 einen großen Streik der ÖTV und 1993 einen großen Streik der IG Metall. Diese Tarif-Streiks bezogen Hunderttausende Ostbeschäftigte ein, Belegschaften, die oft keinerlei Erfahrungen mit solchen Arbeitskämpfen gemacht hatten.

Nicht vergessen werden darf das wieder Aufflammen der Montagsdemonstrationen, die in Leipzig von der örtlichen IG Metall und den Betriebsräten der Großbetriebe organisiert wurden und sich rasch auf Ostberlin und andere Städte Ostdeutschlands ausdehnten. An ihnen nahmen mehr als Hunderttausend Menschen teil, bis sie unter dem Druck der Politik und der Spitzen von DGB-Gewerkschaften beendet wurden. Aber in Berlin flammten sie 1993 wieder auf, als nun immer mehr Arbeitsplätze in Westberlin abgebaut wurden.

Hinzu kommen all jene Bewegungen und Proteste, die hier nicht dargestellt wurden. Die Proteste der Erwerbslosen, der Mieterbewegung oder der Umweltbewegung in Ostdeutschland. Es sei lediglich daran erinnert, dass allein hier in Berlin im Jahre 1992 bei der großen Demonstration der Initiative *Wir Bleiben Alle* (WBA), die es heute noch gibt, Abertausende gegen Mietwucher und Umstrukturierung der Kieze demonstrierten.

Diese wenigen Zahlen und Beispiele, die das Ausmaß des sozialen Widerstandes in Ostdeutschland insgesamt verdeutlichen, mögen reichen, um deutlich zu machen, in welch traurigem Zustand die linke, emanzipatorische Erinnerungskultur ist. Gleiches gilt namentlich für die linke Publizistik zu diesem Thema, aber auch für die akademische Protestforschung, die die ostdeutsche betriebliche und soziale Protestbewegung bis heute nicht interessiert.

Die Entstehung der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Eine neue Dimension bekamen die betrieblichen und regionalen Kämpfe gegen die Treuhandpolitik 1992 mit der Gründung der hier dokumentierten *Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute.* Als Branchen und Regionen übergreifender Zusammenschluss von Betriebs- und Personalräten war sie die umfassendste und politisch bedeutendste Form überbetrieblicher und überregionaler Selbstorganisation von unten, aus den Betrieben selbst heraus, gegen die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt. Sie agierte zwar mit Unterstützung gewerkschaftlicher und einzelner parteipolitischer Strukturen, blieb jedoch von ihnen unabhängig und selbstbestimmt.

Die BR-Initiative entstand aus zwei regionalen Zusammenschlüssen von Betriebsräten, zu denen sich im Gründungsprozess noch ein dritter Betriebsräte-Kreis gesellte: Die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte, der Verbund von Betriebsräten unter dem Dach und im Umfeld des Rostocker DGB sowie der Arbeitskreis der Betriebsräte der Großchemie im mitteldeutschen Chemiedreieck zwischen BUNA, Leuna und Bitterfeld-Wolfen. Sie bildeten

[6] Ausführlich wird diese Bewegung in meinem im Juli bei *Die Buchmacherei* erscheinenden Buch *Ostwind – Soziale Kämpfe gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen in Ostdeutschland 1990 bis 1994* dargestellt.

letztlich die regionalen Mobilisierungszentren in den Hoch-Zeiten der Initiative. Aufgrund der Entstehungsgeschichte sowie der großen informellen und praktischen Dichte engagierter Betriebsrät/innen in Berlin, aber auch der von Anfang an vorhandenen Unterstützer/innen spielte die Berliner Initiative hierbei als faktisches organisatorisches Arbeitszentrum eine besondere Rolle. Die Mobilisierungsfähigkeit und die Bedeutung der Initiative resultierten daraus, dass die Teilnahme der einzelnen Betriebsrät/innen nicht nur als Einzelpersonen erfolgte, sondern legitimiert war durch ihre Gremien.

Die Berliner Initiative …

Die Gründungsgeschichte beginnt in Ostberlin, wo am 7. Februar 1992 die Betriebsräte aus sechs Großbetrieben unter dem Titel „Betriebsräte formieren sich!“ den Aufruf zu einer Unterstützungs- und Solidargemeinschaft von Betriebsräten gegen die „Plattmache“ der Treuhand veröffentlichten (siehe den Aufruf vom 7.2.1992 am Beginn der Dokumentation). Sie forderten, dass sanierungsfähige Betriebe erhalten werden und kein weiterer Arbeitsplatz-Abbau mehr erfolgt, weil dies an die Substanz der Unternehmen gehen würde. Des Weiteren erwarteten sie, dass die Forderungen der Gewerkschaften verwirklicht und die Kompetenz der Betriebsräte in die Entscheidungsprozesse über das Schicksal der Betriebe seitens der THA einbezogen werden. Ein sehr wesentlicher Aspekt betraf die gegenseitige Information und Unterstützung im Umgang mit der Treuhand. Kein revolutionärer Aufruf also. Doch innerhalb weniger Wochen schlossen sich mehrere Dutzend Betriebs- und Personalräte an und gründeten die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte. Darunter waren auch einige von Entlassungen betroffene Westberliner Metall- und Elektrounternehmen.

Drei große Wellen der Massenentlassung hatten die Berliner Gründer/innen 1990/1991 erlebt, als Abertausende aus ihren Betrieben die Jobs verloren. Zunächst hatten sie die Entlassungen für unvermeidlich gehalten. Dann hatten sie mit ihren Belegschaften protestiert, wie das Werk für Fernsehelektronik schon 1990 und 1991, ohne Erfolg. Sozialdemokratisch orientiert, waren sie zu den Treffen des Betriebskreises von Walter Momper gegangen, der als ehemaliger Regierender Bürgermeister und Fraktionsvorsitzender der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus einflussreiche Betriebsräte versammelte, um Vorschläge für die Berliner Landespolitik zu erarbeiten. Auch hatten sie darauf gehofft, dass ihre IG Metall oder der DGB etwas Praktisches tun würden, um ihnen gegenüber der Treuhand zu helfen oder um die öffentlich vertretenen Alternativkonzepte zur Treuhandpolitik zu verwirklichen. Doch nichts dergleichen geschah. Die Gewerkschaften gaben zwar gute Erklärungen ab, doch praktisch kümmerten sie sich nur um Tarifpolitik oder verhandelten hinter den Kulissen. Die Massenentlassungen bekämpften sie nicht, akzeptierten sie sogar, wie die Berliner DGB-Vorsitzende Christiane Bretz (Interview zur 1. Konferenz der Initiative in der Dokumentation der 1. Konferenz) und begleiteten sie mit Sozialplänen. Von der Berliner IG Metall-Führung um Horst Wagner hatten die Gründungsbetriebsräte 1991 sogar erfahren müssen, wie sie im Zusammenhang mit dem Metall-Tarif-Vertrag zum Stufenplan der Lohnangleichung an den Westen systematisch betrogen worden waren. Auf der Vertreterversammlung für das Tarifgebiet II (Ostberlin) waren nicht nur von vornherein Kolleg/innen nicht eingeladen worden, die hätten eingeladen werden müssen. Zusätzlich sollten sie auch noch dem Gesamtpaket für das Tarifgebiet Berlin-Brandenburg zustimmen, ohne dass ihnen die für sie skandalösen Ergebnisse für das Tarifgebiet II (Ostberlin) auch nur mitgeteilt wurden. Als die wirklichen Ergebnisse von nur 35% des Westlohns für das kommende Jahr bekannt wurden, gab es einen großen Tumult der Ostberliner Metaller/innen, die Stühle wurden umgeschmissen und Horst Wagner musste aus dem Saal flüchten.

Durch diese Erfahrung bekamen sie ein grundsätzliches Misstrauen in die Berliner IG Metall-Führung. Als nach dem Aufruf „Betriebsräte formieren sich!“ Druck von der Berliner IGM-Führung ausgeübt wurde, sie sollten sich als Arbeitskreis in der IG Metall organisieren, haben sie das verweigert und waren froh, dass durch Teilnahme vieler Betriebs- und Personalräte aus anderen Branchen eine Unterstellung unter die IG Metall gar nicht mehr möglich war, sondern nur noch unter den DGB (vgl. im Band„Politische Diskussionstexte, Interview mit Martin Clemens zur Geschichte der Betriebsräte-Initiative). Immerhin waren es bis zur 1. Ostdeutschen Konferenz am 20 Juni 1992 42 Berliner Betriebs- und Personalräte aus unterschiedlichen Branchen, die sich mit dem Votum ihrer Gremien der Initiative angeschlossen hatten.

Trotz solcher Vorbehalte einzelnen Leitungsgremien der DGB-Gewerkschaften gegenüber, betonten sie immer wieder ihren Willen und ihr Hoffen, gemeinsam mit den Gewerkschaften handeln zu können. Ihr Selbstverständnispapier macht dies sehr deutlich. Ihre Forderungen waren keine anderen, als die der Gewerkschaften. Allerdings unterschieden sich ihre Bereitschaft sie umzusetzen und die Methoden der Mobilisierung für ihre Ziele deutlich von denen der Gewerkschaften.

Zugleich formuliert dieses Selbstverständnis-Papier bereits einen Grundkonflikt, der nicht nur das Verhältnis der BR-Initiative zu den Gewerkschaften betraf, sondern die Substanz des Handelns der DGB-Gewerkschaften im Osten überhaupt. So hieß es: „In Zeiten, die ohne weiteres mit der Weltwirtschaftskrise 1929/1920 vergleichbar sind, kann man die großen sozialen Probleme nicht mit dem alten Trott und den alten Methoden lösen. Wir brauchen eine unbürokratische, effektive Hilfe und Zusammenarbeit mit allen Ebenen unserer Gewerkschaften im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung.“

Die Unwilligkeit der Spitzen der DGB-Gewerkschaften, auf ihre Basis oder auf die lokalen bzw. regionalen Anliegen im Osten zu hören, kennzeichnete nicht nur ein zutiefst zerrissenes Bild der Gewerkschaften insgesamt, sondern auch die Mitschuld ihrer Vorstände an dem dann eingetretenen ökonomischen Desaster in Ostdeutschland und seinen Folgen für ganz Deutschland: Eine dauerhafte tiefe Spaltung des Landes, die das Ende der „Bonner Republik“ einleitete.

Aufgrund der Vielzahl der Beteiligten an der Berliner Initiative und der geplanten bzw. realisierten Aktivitäten, zu denen sehr schnell auch die Herausgabe der Zeitung *Ostwind* gehörte, wurde bald ein wöchentlich tagender Arbeitsausschuss gebildet, der den täglichen Kleinkram und die schnelle solidarische Hilfe im Bedarfsfall organisierte. Die organisatorische Basis dafür lag anfänglich abwechselnd bei den Betriebsräten solcher Großbetriebe wie Narva, KWO, TRO oder WF. Allerdings, je dramatischer die Verhältnisse in diesen Betrieben wurden, und je mehr von ihnen im Laufe eines Jahre privatisiert wurden, um so mehr verlagerte sich die organisatorische Arbeit auf die Unterstützer/innen. 1992 lag diese organisatorische Arbeit noch zu großen Teilen in den Betrieben, deren Teilnahme sich mit den Privatisierungen ständig veränderte.

Die Initiative der Rostocker/innen oder Nägel mit Köpfen

Völlig anders als in Berlin, sahen die Verhältnisse in Rostock und an der Ostseeküste aus. Bereits seit der zweiten Hälfte 1990 waren Entlassungs- und Schließungspläne der Treuhand für die Werften bekannt geworden und örtliche IG Metall sowie der DGB gestützt auf die Betriebsräte immer wieder Proteste auf den Werften und in den Städten. In der zweiten Jahreshälfte 1991 wurden Pläne zur Ausflaggung und Beseitigung der Deutsche Seerederei kannt. Damit stand die gesamte wirtschaftliche Substanz des Landes Mecklenburg/Vorpommern stand durch die Treuhand zur Debatte. Im Kern ging es um die

Frage des Gesamterhalts der Werften oder deren Filetierung durch Einzelverkäufe. Die unterschiedlichen Privatisierungsmodelle waren aber eng mit der Bundes- wie der Landespolitik und deren regierenden Parteien verbunden, sodass hier die Existenz einer ganzen, zumal für das Bundesland substanziellen Branche von vornherein unmittelbar mit der Politik, sowohl der Landespolitik, als auch der Treuhand- und der Regierungspolitik verbunden war. Trotz der schon 1990 und 1991 vorhandenen deutlichen Proteste auf den Werften und in den Städten der Ostsee, spitzten sich die Auseinandersetzungen im Frühjahr 1992 noch zu. Eine Welle von Betriebsbesetzungen der Werften und Massendemonstrationen in den Städten, an deren Spitze die örtlichen und regionalen Gewerkschaften standen, erfasste die Ostseeküste. Deutlich wurde hier, wo die Gewerkschaften zahlreiche Proteste organisiert hatten, dass die politische Weichenstellung für die Treuhand grundsätzlich geändert werden muss, was nicht mit gutem Zureden geschehen konnte. Dazu bedurfte es eines breiten nicht nur Branchen, sondern auch Regionen übergreifenden Widerstands.

Vor diesem Hintergrund organisierten der Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Seereederei, der zugleich Vorstand im Bündnis ‘90 war, zusammen mit dem DGB-Vorsitzenden Rostocks eine wirtschaftspolitische Tagung des Bündnis ‘90 am 25./26. April 1992. Nachdem am 25. die Großkopferten der Bundespolitik gesprochen und die Notwenigkeit der Privatisierung durch die THA betont hatten , blieben am 26. die Betriebsräte und Gewerkschafter/innen unter sich und führten eine ganz andere Debatte. Da ein als Unterstützer in der Berliner BR-Initiative tätiger TAZ-Journalist anwesend war und von der Berliner Initiative berichtete, in dieser Diskussion auch Betriebsräte aus anderen ostdeutschen Bundesländern anwesend waren, wurden sogleich Nägel mit Köpfen gemacht. Es wurde eine ostdeutsche Betriebsrätekonferenz am 20. Juni in Berlin beschlossen und die Kongresshalle am Alexanderplatz bestellt. Man rechnete mit einer Teilnahme von 1.000 Betriebsräten.

Durch die Anwesenheit von Betriebsräten aus der Ostdeutschen Chemieindustrie auf dieser Tagung, erfuhr sogleich ein dritter regionaler Betriebsräte-Kreis von der beabsichtigten Konferenz: Der Chemie-Betriebsräte-Kreis im mitteldeutschen Chemiedreieck. Dieser Kreis vereinigte alle Betriebsräte der riesig großen Chemiekombinate der DDR wie BUNA, Leuna oder AGFA/ORWO Wolfen. Obgleich einige Betriebsrät/innen aus diesem Kreis bei den Konferenzen und so manchen Tagungen des Arbeitsausschusses dabei waren, blieb ihr Verhältnis zur BR-Initiative immer schwierig. Sie standen unter massivem und offenem Druck des Vorsitzenden der IG Chemie Hermann Rappe, der ihnen die Teilnahm an der Initiative verbot. Vor großer Versammlung bekam er zwar eine Abfuhr, dennoch blieb für diese Kolleginnen und Kollegen aus dem Chemie-Betriebsräte-Kreis immer dieser Druck „von oben“. Zum Teil gelang es ihnen dennoch, die Betriebsräte-Initiative auch als Druckmittel gegen den Vorstand der IG Chemie zu benutzen und ihre Spielräume innerhalb des autoritären Regiments von Rappe zu erweitern.

Die 1. Konferenz Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Die Zahl der 300 Teilnehmer/innen an der Konferenz war weitaus geringer als die Organisator/innen erwartet hatten. Sie hofften, dass 1.000 kommen würden. Bei genauem Hinsehen waren nur 130 Betriebe aus Ostdeutschland vertreten, 10 Betriebe kamen aus dem Westen. Doch immerhin war es die bis dahin größte, Branchen und Regionen übergreifende Verständigung von betrieblichen Interessenvertretungen in Ostdeutschland, die 107.000 Beschäftigte repräsentierte. (Dokumentation der Konferenz in Ostwind 5/92)

Die Diskussionen auf der Konferenz drehten sich zunächst vor allem um die Auseinandersetzung mit der THA. Eine Fülle von Beispielen wurde geschildert, wie die THH

systematisch Branchen zerstört statt zu retten. Insbesondere wurden immer wieder Beispiele der Zerstörung von sanierungsfähigen Betrieben mit großer Empörung vorgetragen. Weit gehende Einmütigkeit bestand darüber, dass die, obgleich zahlreichen, aber doch Einzelaktionen des Protestes Branchen und Regionen übergreifend gebündelt werden müssten. Einzelne Betriebsräte forderten sogar einen politischen Streik und diskutierten über die Möglichkeiten dafür.

Obwohl die Organisator/innen der Tagung immer wieder Gemeinsamkeiten und Kooperationswillen mit den Gewerkschaften in ihren Papieren, aber auch den Reden auf der Konferenz betont hatten, war die Debatte über die Gewerkschaften aus dem Ruder gelaufen. Immer wieder brachten Betriebsräte Beispiele dafür vor, dass die Gewerkschaften keine Aktionen gegen den Arbeitsplatzabbau organisieren. Vollends zum Eklat kam es, als der anwesende Mitarbeiter der Rechtsabteilung beim Frankfurter IG Metall-Vorstand das Wort ergriff und den Anwesenden vorwarf, eine Spaltung der Gewerkschaften zu betreiben und eine Betriebsräte-Gewerkschaft auf den Weg zu bringen. Als er den Anwesenden auch noch den Vorwurf machte unpolitisch zu sein, ging seine Rede in einem gellenden Pfeifkonzert unter und er musste sie abbrechen.

Obgleich sich die Initiatorinnen und Initiatoren der Konferenz von Beginn an nicht nur als Teil der Gewerkschaftsbewegung verstanden, sondern in Ansprachen und Beschlüssen immer wieder den Kooperationswillen mit den Gewerkschaften betonten, blieb doch das Verhältnis zu den Gewerkschaften schwierig. Grußschreiben erhielt die Konferenz zwar vom 12. Gewerkschaftstag der ÖTV sowie vom DGB Landesbezirk Mecklenburg/Vorpommern, nicht jedoch von den Bundesgremien des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Dass statt der erhofften 1000 Teilnehmer/innen weit weniger kamen und das unter den 80 vertretenen Betrieben zudem noch 10 Westbetriebe waren, sprach zwar für die Solidarität der Kolleg/innen aus dem Westen, konnte aber über die gemessen an den Erwartungen geringe Beteiligung kaum hinweg täuschen. *Eine* wichtige Ursache dafür war die aktive Demobilisierungspolitik der Vorstände von Einzelgewerkschaften wie der IG Metall oder der IG Chemie, weshalb auch etliche kämpferische Belegschaften, wie die des Stahl- und Walzwerks in Hennigsdorf, ihre ursprünglich geplante Teilnahme absagten. Eine Spaltungsinitiative, wie das der Frankfurter IGM-Vorstand behauptete, wollten sie nicht unterstützen. Andere Betriebsrät/innen aus Metall-, Elektro- oder Chemiebetrieben arbeiteten halbherzig oder doppelbödig in der Initiative und ihren Gremien mit, da sie zwar das Anliegen der Initiative unterstützten, aber gegenüber ihren Gewerkschaftsvorständen auch nicht illoyal agieren wollten.

Die Beschlüsse der 1. Konferenz

Die Konferenz verabschiedete zehn Forderungen, die sich an die Adresse von Treuhandanstalt

und Politik richteten. Die wichtigsten waren die Einbeziehung der Betriebsräte und ihre Anhörung vor Entscheidungen über die Zukunft der Betriebe. Neu war eine Reihe von Forderungen zu Investitionen in die Ostbetriebe und die Erhebung einer Investitionsabgabe.

Des Weiteren wurde ein gemeinsamer Protestmarsch am 30. Juni 1992 zur Treuhandanstalt beschlossen, um gegen erwartete Massenentlassungen zu protestieren. Da sich an diesem Protest Rund 500 Betriebsräte beteiligten, die nach eigenen Angaben rund eine halbe Million Beschäftigte repräsentierten, wurde diese Aktion ein großer Erfolg mit massivem Medien-Echo.

Da ein Teil der Demonstrierenden den Versuch zu einer symbolischen Besetzung der Treuhandanstalt machte, sah sich die die Treuhand-Chefin Breuel genötigt, zu den

Demonstrierenden auf die Straße zu gehen und mit ihnen zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit lud sie eine Delegation der Betriebsräte-Initiative zu einem Gespräch am 9. Juli 1992 in die Treuhandanstalt ein. Dieses Gespräch, an dem 17 Betriebsräte teilnahmen, fand statt, ergab aber nicht das kleinste Einlenken von ihrer Seite hinsichtlich einer Modifikation der Privatisierungsstrategie. Im Ergebnis dieser ernüchternden Begegnung beschloss der Arbeitsausschuss der Initiative eine Fahrt nach Bonn, um in Gesprächen mit den Bundestagsfraktionen den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Zu dem Aktionstag in Bonn am 9. September 1992 fuhren 300 Betriebs- und Personalrät/innen. Nach einer Kundgebung in der Bonner Innenstadt, auf der auch der DGB-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt sprach, fanden Gespräche mit den verschiedenen Bundestagsfraktionen statt. Zumeist wurden sie von den entsprechenden Parteimitgliedern geführt. Mit den Oppositionsparteien war man sich schnell einig. Deshalb wurde die Begegnung mit den drei Vertretern der CDU-Fraktion zum eigentlichen Höhepunkt des Tages. Zu diesem Gespräch, an dem Heiner Geisler, der Sprecher der CDU-Ostabgeordneten Staatssekretär Krause sowie der Staatssekretär Grünewald vom Finanzministerium, dem die Treuhandanstalt unterstand, waren alle 300 Betriebs- und Personalräte gekommen. Als der Staatssekretär Grünewald sagte, “dass kein einziger sanierungsfähiger Betrieb von der Treuhand geschlossen worden sei“, brach großer Tumult aus und es fielen von Seiten einiger Betriebsräte lautstark Sätze wie „es könne noch blutig werden“. (siehe den Spiegel-Bericht in der Rubrik Aktionen)

Eine kleine Delegation der Betriebsräte-Initiative wurde vom Kanzler Kohl empfangen. Obgleich der Empfang bei den Bonner Fraktionen oder beim Kanzler ein gewisses Gewicht der Initiative signalisierte, blieb das Medien-Echo gering.

Die 2. Konferenz der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Die 2. Konferenz fand am 21. November 1992 im ehemaligen Klubhaus des Werks für Fernsehelektronik in Berlin-Oberschöneweide statt. Die Teilnahmezahlen bewegten sich etwa auf gleichem Niveau wie die an der ersten Konferenz. 250 Teilehmer/innen repräsentierten diesmal 112.000 Beschäftigte. Allerdings war die Zahl der teilnehmenden Betriebe von 80 auf 75 gesunken, besonders drastisch im Osten, wo sie von 70 auf 62 sank (Vgl. zur 2. Konferenz die Ostwind-Ausgabe 6/92). Das machte die widersprüchliche Lage, in der sich die Initiative befand, für alle deutlich: Die Zugewinne auf der einen Seite konnten die Verluste auf der anderen Seite auf Dauer nicht kompensieren, die mit der Privatisierung und Schließung von Betrieben verbunden waren. Einige der Betriebe, die an der ersten Konferenz teilgenommen hatten, hatten durch die Privatisierung entweder ihre alte Belegschaft fast völlig verloren oder waren drastisch zusammengeschmolzen. So war aus dem Werk für Fernsehelektronik inzwischen Samsung geworden, mit einem Zehntel der ursprünglichen Beschäftigten. Und die ehemals riesige Filmfabrik in Wolfen war Ende 1992 nur noch eine Vermögensverwertungsgesellschaft. Dennoch war die Initiative durch die Privatisierungsverluste nicht eingebrochen. So konnte sie trotz des immer noch bestehenden Drucks von Seiten der IG Chemie-Spitze wiederum Vertreter/innen der Großchemie begrüßen, die diesmal sogar die Fahne der IG Chemie mitbrachten, weil sie sich ihre Eigenständigkeit erkämpft hatten.

Das Beteiligungsniveau war zwar im Großen und Ganzen gleich geblieben, doch die Diskussion veränderte sich erheblich. War auf der 1. Konferenz die Anklage sehr stark an die Treuhandanstalt, deren Unfähigkeit oder Unwilligkeit oder Arroganz gerichtet gewesen, so

herrschte auf der 2. Konferenz die Erkenntnis vor, dass die Treuhand nur die Erfüllungsgehilfin der Regierung und des Kapitals ist. Erste Diskussionen über die Notwendigkeit der Veränderung der Wirtschaftsordnung kamen auf. Und hinsichtlich der aktuellen Verhältnisse in Deutschland wurde mehrfach die Feststellung von Betriebsräten getroffen, dass die Zeit der Sozialpartnerschaft vorbei sei.

Diese Politisierung und Linksverschiebung auf der 2. Konferenz war offenbar das Resultat eines Lernprozesses infolge der durchgeführten Aktionen und ihrer bisherigen Wirkungslosigkeit. Er schlug sich auch in einer Reihe von Beschlüssen nieder, die mit großen Mehrheiten angenommen wurden. So zum Beispiel eine Resolution gegen den Rassismus und eine gegen Rechtsradikalismus. Angesichts der Pogrome in Hoyerswerder und Rostock-Lichtenhagen war damit ein wichtiges und notwendiges Zeichen gesetzt; ebenso wie mit dem Redebeitrag eines polnischen Gewerkschafters, der antipolnischen Ressentiments auf diese Weise entgegentreten konnte. Mehrere Solidaritätserklärungen für kämpfende oder bedrohte Belegschaften wurden verabschiedet und ein erneuter Aktionstag vor der Treuhandanstalt für den 15. September beschlossen.

2. Aktionstag vor der Treuhandanstalt

Die zweite Protestaktion vor der Treuhand war hinsichtlich der Zahl der Demonstrierenden, die sich von 500 am 30.6.1992 auf 1000 verdoppelt hatte, sehr erfolgreich. Ein maßgeblicher Grund dafür war, dass sich die BR-Initiative zur Demonstration mit einem Sozialbündnis zusammen geschlossen hatte, in dem die Erwerbsloseninitiativen eine maßgebliche Rolle spielten. Nicht so erfolgreich war die zweite Neuerung bei dieser Aktion: Die Belegschaften sollten Schweres Gerät mitbringen, doch lediglich in einziger Bagger fuhr im Protestzug mit.

Das Medien-Interesse blieb wie schon bei der Bonn-Aktion und der 2. Konferenz auf die Ost-Medien beschränkt. Die überregionalen Medien des Westens interessierten sich kaum mehr für die nun schon fast dauerhaften Proteste im Osten.

„Frühjahrsmüdigkeit“

Die beiden Konferenzen sowie die Aktionen vor der Treuhand und die Fahrt nach Bonn sollten die Höhepunkte unmittelbar-gemeinsamer Protestaktionen bleiben. Anfang 1993 machte sich Müdigkeit breit. Doch es war nicht nur die Vergeblichkeit der durchgeführten Aktionen bei der Rettung von Betrieben, es waren vor allem die veränderten Bedingungen, die im Frühjahr 1993 die Aktivitäten der Betriebsräte nachlassen ließen. In dieser Zeit besuchten nur wenige Betriebsräte die Sitzungen des Arbeitsausschuss. Die „Gründer-Väter“ der BR-Initiative waren z.T. keine Betriebsräte mehr, sei es, weil ihre Betriebe schon privatisiert wurden und sie ausgeschieden waren. Sei es, weil sie als Betriebsräte privatisierter Betriebe jetzt ganz andere Aufgaben hatten. Der als Unterstützer in der Initiative mitwirkende Chef der Gewerkschaftsabteilung der PDS, Jakob Moneta, konstatierte in dieser Zeit in einem Diskussionspapier das Wegbleiben der Betriebsräte als deutliche Krise der Initiative (vgl. Jakob Moneta: Die Initiative der Betriebs- und Personalräte steckt in einer Krise. Wie können wir sie überwinden?)

Dennoch hielten die Initiative im Frühjahr 1993 zwei Dinge am Leben: Zum einen der IG Metallstreik zur Verteidigung des Stufenplans der Lohnannäherung der Ostlöhne an den Westen. Die Kündigung des gültigen Tarifvertrages zur Streckung des Stufenplans und die versuchte Durchsetzung von Öffnungsklauseln stellten einen Generalangriff auf das Tarifsystem dar und sorgten dem entsprechend für Diskussionen über eine mögliche Unterstützung von Betrieben. Die Art des Abbruchs des Streiks durch die IG Metall-Spitze in

Frankfurt/M. entfachte heftige Diskussionen. Wütende Metall-Kollegen stellten aus diesem Anlass den abgebrochenen Kontakt zur Initiative wieder her.

Zum anderen spitzten sich die Auseinandersetzungen bei Belfa in Berlin und der Kali-Grube Thomas Müntzer in Bischofferode zu. Die Initiative bekam die neue Aufgabe, für beide Belegschaften Öffentlichkeit und Solidarität zu organisieren. Und beides hat die BR-Initiative hervorragend gemacht. In Berlin wurde Belfa zu einem Politikum und zur Reibefläche der Auseinandersetzung zwischen PDS und SPD. Und bezüglich Bischofferode lässt sich wohl sagen, dass kaum ein Arbeitskampf seit Rheinhausen in Deutschland so bekannt wurde, wie Bischofferode. Das dies so war, ist in starkem Maß das Verdienst der BR-Initiative. Im Sommer erreichte die Solidaritätsarbeit mit den Aktionstagen nach Beginn des Hungerstreiks für Bischofferode ihren Höhepunkt. (Vgl. die Vielzahl von Ausgaben des Ostwind als Flugblatt, zu denen noch Erklärungen des Arbeitsausschuss hinzu kommen.)

Die 3. Konferenz

Angesichts der wütenden Reaktionen aus den Betrieben über den abgebrochenen Metall-Streik, die die Initiative erreichten, und die unterschiedliche Bewertung dieses Streiks innerhalb der Initiative selbst, aber auch angesichts der sich abzeichnenden Solidaritätskampagnen entschloss sich der Arbeitsauschuss zur Durchführung einer 3. Konferenz.

Die 3. Konferenz fand wieder im Saray, dem ehemaligen Kulturhaus des WF statt. Doch entgegen mancher Hoffnungen auf eine Trendumkehr war die Zahl der Teilnehmenden dramatisch gesunken. Statt der 70 Betriebe, die ein Jahr zuvor aus dem Osten vertreten waren, waren es jetzt nur noch 19. Da noch 12 Betriebe aus dem Westen kamen, waren es insgesamt 31.Von den 100 Teilnehmenden insgesamt waren nur 47 Betriebs- und Personalräte. Die Initiative war als Initiative auf einen harten Kern zusammengeschmolzen. Für alle wurde sichtbar, dass dieser aktive Kern angesichts des zu erwartenden Endes von Belfa, Bischofferode und anderer Betriebe noch kleiner werden würde.

Diese deutliche Verschiebung in der Zusammensetzung der Konferenz machte sich auch in der Veränderung der Themenschwerpunkte fest. Fragen nach der Rolle der Treuhandanstalt und ihrer Interessen wurden nicht mehr gestellt. Dagegen wurde über den Angriff des Unternehmer Lagers auf die Grundlagen des Tarifsystems und die schwache Reaktion der Gewerkschaften ausgiebig diskutiert. In der Einschätzung des Metall-Streiks schieden sich die Geister. Es ging darum, ob der Streikabbruch und der Kompromissabschluss, einen Einstieg in Öffnungsklauseln verhinderte oder förderte und akzeptiert werden soll oder nicht. Obgleich die Debatte keine Übereinstimmung erbrachte, kam am Schluss dennoch eine gemeinsame Erklärung zum Metallstreik zustande, die sich gegen Austritte von Mitgliedern wandte. Vor allem diese Debatte über den Metallstreik und die Rolle der Gewerkschaften hatte eine deutlich Polarisierung gezeigt, die sich um die Frage drehte, wie offen Gewerkschaften kritisiert werden dürfen.

Zu einem Zerwürfnis kam es nicht. Einmütig wurden verschiedene Solidaritätserklärungen verabschiedet, so für die Hunger streikenden Kolleg/innen von Belfa und die ihren Betrieb besetzt haltenden Kumpel in Bischofferode. Ebenso einmütig wurden Resolutionen gegen Rassismus und für einen Frauenstreik verabschiedet.

Spaltung und Ende der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Nachdem die *Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute* mit ihrer erfolgreichen Solidaritätskampagne im Frühjahr und Sommer 1993 einen Aufschwung genommen hatte, der fast das Krisenfrühjahr vergessen ließ, fiel sie im Herbst in eine erneute Krise. Viele Betriebs- und Personalräte blieben der Initiative fern; politische Auseinandersetzungen um die weitere Vorgehensweise, die sich vor allem um die gewerkschaftspolitische Linie drehten, bestimmten die Treffen. Am Schluss traten mehrere Betriebsräte auf einer Pressekonferenz aus der Initiative aus. Einige erhoben den Vorwurf, linksradikale Unterstützer/innen hätten die Betriebsräte vergrault, die Auseinandersetzungen nahmen den Charaker von Machtkämpfen an.

Wie stets, haben solche Auseinandersetzungen mehrere Facetten. Und mit der Widerlegung der einen Haltung, sind alle anderen noch nicht erklärt. Dies heraus zu arbeiten kann in der Einführung in diese Dokumentation nicht geschehen. Allerdings kann eines nun aufgrund dieser Dokumente, aber auch im Resultat der zuvor dargestellten Entwicklungen definitiv festgehalten werden, dass nicht Unterstützer/innen in den Arbeitsausschuss infiltriert waren und die Betriebsräte mit Revolutionsparolen vertrieben hätten. Hier kann nicht der Ort sein, die damaligen Auseinandersetzungen nachzuzeichnen. Vielmehr sei darauf verwiesen, dass nun erstmals alle Dokumente dieser Spaltung veröffentlicht werden und, dass sich Interessierte nun ohne weiteres selbst ein Bild machen können.

Im Interesse der Genauigkeit von historischer Analyse sei hier der Gedanke geäußert, dass die im Frühjahr 1992 gegründete *Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute,* die sich die Aufgabe gestellt hatte, durch Branchen und Regionen übergreifende Zusammenarbeit von Betriebsräten, Personalräten und Vertrauensleuten einen gemeinsamen Widerstand gegen die Plattmache durch die Treuhand zu verhindern, im Frühjahr 1993 längst verschieden war. Der Sieg der Breuelschen Treuhandpolitik und ihrer Auftraggeber/innen hat der entstandenen Initiative den Boden ihrer ursprünglichen Aufgabe faktisch und damit auch das entsprechende Personal entzogen. Die Aufgaben, die sie sich danach stellte, vor allem die Solidarität mit in Not befindlichen und kämpfenden Belegschaften, hat sie ehrenvoll erfüllt. Doch die ursprüngliche Aufgabe ging weiter und war anders definiert. Anders als die Spitzen der DGB-Gewerkschaften haben sie, ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen an der gewerkschaftlichen Basis oder in den Regionen, die diesen Widerstand mit organisierten, die Aufgaben der Zeit richtig erkannt.

***

Die *Gliederung der Dokumentation – Vor- und Nachteile*

Die Gliederung dieser Dokumentation wurde maßgeblich von dem Ziel bestimmt, eine geschlossene Gesamtausgabe der Zeitung Ostwind zu publizieren. In dieser Zeitung sind wesentliche Aspekte der Entwicklung der BR-Initiative dargestellt. Aber eben nicht alle. So erfolgte im Gegensatz zur 1. und 2. BR-Konferenz keine Dokumentation der 3. Konferenz. Das war schon Ausdruck der Krise und der Überforderung der Aktivsten, die sich zu diesem Zeitpunkt vor allem der Solidarität mit Belfa und Bischofferode widmeten.

Diese Gliederung nach formalen Kriterien hat allerdings den Nachteil, dass die Dokumente nicht chronologisch abgedruckt sind und z. B. Lücken oder inhaltliche Brüche, die sich im Ostwind erkennen lassen, erst durch Dokumente an anderen Stellen der Dokumentation erschließen. Allerdings wird für diejenigen, die sich vertieft mit der Geschichte dieser Initiative beschäftigen wollen, diese Mühe nicht all zu groß und erträglich sein.

Möge diese Dokumentation eine Anregung dafür sein, dass sich der Blick auf die „deutsche Vereinigung“ endlich aus den Erzählungen der herrschenden Klasse löst, die auch in ihrer linken Umkehrung erhalten bleibt und zur stereotypen Ignoranz gegenüber den realgeschichtlichen Abläufen, vor allem aber zum Verlust der Perspektive von Unten auf die Herrschaftsverhältnisse in der DDR wie in der Bundesrepublik führt.

Möge diese Dokumentation aber vor allem auch Anregung für jene sein, die dabei waren und selbst noch über dokumentarische Schätze des damaligen sozialen Widerstandes verfügen, diese aus den privaten Kartons und Ordnern hervor zu holen und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Schließlich und endlich ist es an der Zeit, dass sich Menschen finden, solche Dokumente der Öffentlichkeit in Gestalt eines Archivs zugänglich zu machen, wo sie systematisch geordnet und ins Internet gestellt werden. Möge auch ihnen diese Dokumentation ein Anstoß

sein.

Danksagung

Für die Bereitstellung von Originaldokumenten möchte ich mich bei Rainer Bluhm, Martin Clemens und Renate Hürtgen bedanken. Sie haben mit dazu beigetragen, dass diese Dokumentation so umfangreich geworden ist, wie ich es bei Beginn dieser Arbeit selbst nicht für möglich gehalten habe. Als Renate Hürtgen und ich erstmals gemeinsam eine Dokumentation für unsere Tagung besprachen, gingen wir von 120 Seiten für die BR-Initiative aus, 400 sind es geworden. Dabei sind die zahlreichen internen Dokumente wie Sitzungsprotokolle, Einladungen etc. in dieser Dokumentation nicht einmal enthalten. Möge sie für andere Anregung sein, noch mehr Dokumente zur Verfügung zu stellen.

Mein herzlicher Dank gilt Marta Madej und Gregor Zattler, die sich der Mühe der praktischen Realisierung der Dokumentation unterzogen. Gregor Zattler ist die Digitalisierung der Dokumente zu verdanken, während Marta Madej bei der Gestaltung des Layouts nicht nur dafür sorgte, dass nicht mehr lesbare Dokumente lesbar wurden. Vor allem hat sie bis in die letzte Sekunde nichts unversucht gelassen, meine Zumutungen zu verwirklichen, noch im letzten Augenblick immer neue Dokumente einzuarbeiten.

Dank gilt nicht zuletzt auch der *Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt*, die nicht nur die Konferenzen und weitere Aktivitäten der *Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute* unterstützte, sondern auch diese Dokumentation und die Tagung, die den Anlass dafür bot.

Aufruf zur Gründung einer Initiative Ostberliner Betriebsräte (IKG-INFO. Informationen der Initiative für Kritische Gewerkschaftsarbeit, Nr. 30, Februar 1992)

Betriebsräte formieren sich!

Betriebsräte Berliner Betriebe haben sich am 05.02.1992 getroffen, um die zugespitzte Situation der Privatisierung ihrer Unternehmen zu erörtern.

In allen Betrieben (KWO, TRO, WF, ASLID, KWK, NARVA) ist im letzten Jahr der unterste Punkt des Personalabbaus erreicht worden. Übereinstimmend wird festgestellt, ein weiterer Personalabbau gefährdet die Existenz der Betriebe. Angesichts der letzten Zahlen der Arbeitslosenstatistik aus Nürnberg vertreten die Betriebsräte den Standpunkt:

Kein Schritt mehr zurück - kein weiterer Arbeitsplatzabbau!

Wenn die gegenwärtige Tendenz des Plattmachens (z. B. ASLID 420 Arbeitnehmer) nicht gestoppt wird, ist Berlin als Industriestandort insgesamt gefährdet.

Wir fordern deshalb:

- Sanierungsfähige Betriebe sind zu erhalten.
- Bei der Privatisierung muß der jetzige Personalbestand gesichert werden.

Das setzt voraus, daß die Treuhandanstalt endlich ihrem Namen gerecht wird und sich treuhänderisch verhält.

Im Zuge der Privatisierung sind die Betriebsräte umfassend und rechtzeitig zu informieren. Beim Entscheidungsprozeß ist der Sachverstand der Betriebsräte zu nutzen. Die Realität im WF, beim TRO und den Kabelwerken beweist immer noch das Gegenteil.

Wir erwarten von den Berliner Politikern, daß sie diese Forderungen der Gewerkschaften und Betriebsräte aktiv unterstützen und sie politisch umsetzen.

Für die Initiativgruppe der Betriebsräte:

gez. *Lutz Epperlein*	gez. *Harald Gütter*	gez. *Michael Müller*
Transformatorenwerk	Kabelwerk Köpenick	NARVA Berliner
Oberschöneweide		Glühlampenwerk GmbH
Tel.: 6392 632	Tel.: 6506 285	Tel.: 5832 2766

Berlin, den 7. Februar 1992

Kurzinformation über die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!



Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

Kurzinformation über die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte

Was will die Initiative?

Die Initiative heißt mit vollem Namen: "Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte - Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung! Für Arbeit und Leben in Berlin!"

In Berlin sind 223000 Kolleginnen und Kollegen arbeitslos,
28000 in ABM,
86000 in Umschulung,
20000 in Null-Stunden-Kurzarbeit (Stand: März '92).

Hunderte von Ostberliner Betrieben sind durch die katasthrophale Privatisierungspolitik der Treuhand-Anstalt (abgek. THA) in ihrer Existenz gefährdet, bereits liquidiert oder in die Sackgasse der Beschäftigungsgesellschaften abgeschoben. Nach einem Jahr deutscher Einheit ist jeder zweite der ehemals 10 Millionen Arbeitsplätze auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vernichtet. Wie ein Tornado hat die THA fünf Millionen Arbeitsplätze plattgemacht und viele Kolleginnen und Kollegen in Leid, Elend, Existenzangst und Verzweiflung gestürzt. Auch im Westteil der BRD nimmt die Arbeitsplatzvernichtung zu. Aus ihrer Verantwortung für die Belegschaften, die sie vertreten und von denen sie gewählt sind, haben sich mittlerweile über zwanzig Betriebs- und Personalräte aus Ost- und Westberliner Betrieben dem Initiativaufruf einiger Ostberliner Metallbetriebe vom Februar dieses Jahres angeschlossen. Wir wollen gemeinsam gegen die wahnwitzige Arbeitsplatzvernichtungspolitik von THA und Senat die Solidarität der Betriebe organisieren und öffentlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen machen. So wie bisher darf es auf keinen Fall weitergehen!

Post: Wolfgang Pohland, Sorbenstr. 31, 1020 Berlin

Kontakt: Betriebsrat NARVA, Michael Müller, Tel. Ost 5832 23 66, Fax Ost 5832 22 39

Kontakt: Betriebsrat AEG, Gerhard Lux, Tel. West 7496 24 75, Fax

Was fordert die Initiative?

- Kein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen in Berlin.
- Erhalt des Industriestandortes Berlin.
- Erhalt aller Arbeitsplätze im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich.
- Schaffen von zukunftssicheren Arbeitsplätzen für unsere bereits gekündigten Kolleginnen und Kollegen.
- Der Auftrag der Treuhandanstalt muß durch die Verantwortlichen in Bonn in diesem Sinne geändert werden.
- Beteiligung der Betriebs- und Personalräte vor Entscheidungen zum Verkauf und zur Standortverlagerung von Unternehmen. Offenlegung aller Kaufangebote vor den Betriebs- und Personalräten.

Wer arbeitet in der Initiative mit?

An den wöchentlichen Sitzungen der Initiative nehmen teil

- die Gruppe derjenigen Betriebs- und Personalräte, die die **Unterstützung** der Initiative beschlossen und ein oder zwei Vertreter und Vertreterinnen **mit Mandat** in die Initiative **delegiert** haben. Das sind (Stand: 14.4.'92): Otis GmbH, Kraftwerksanlagenbau AG, KWK GmbH, Aslid GmbH, Funkwerk Köpenick GmbH, AEG Marienfelde, Betonwerk Gehrenseestraße, KWO GmbH, Krupp Stahlbau, WF GmbH, Prolux GmbH, Narva BGW GmbH, EFN GmbH, BAE Batterie GmbH, Elpro AG, Amt für Industrie und Sozialarbeit, TRO GmbH, Niles GmbH, Gesamtpersonalrat der Freien Universität, BOS GmbH, BAE Belfa, BAE Varta, Bestahl Stahlbau Berlin.
- Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, die die Unterstützung der Initiative beschlossen haben: DGB-Jugend Berlin -Brandenburg, Bezirksvorstand Berlin der IG-Medien. Die DGB-Angestelltenkonferenz Berlin hat kürzlich ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt.
- Neue Betriebs- und Personalräte, die die Initiative kennenlernen wollen,
- Einzelne Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen und Gäste.

An den Sitzungen der Initiative nehmen ca. 25 - 30 Kolleginnen und Kollegen teil, die über 60000 Berlinerinnen und Berliner vertreten. Der Teilnehmerkreis hat sich in den vergangenen Wochen zu einem verschiedene Branchen und Einzelgewerkschaften umfassenden Gremium entwickelt. Es sind Betriebe aus der IG Metall, IG Medien, ÖTV, BSE, IG Chemie, GTB und NGG vertreten. Der DGB-Kreisvorstand Nord unterstützt die Initiative, indem er den Tagungsraum am Märkischen Ufer 28, II zur Verfügung stellt.

Was tut die Initiative?

Wir arbeiten noch nicht lange. Am Anfang stand natürlich die Diskussion des Selbstverständnisses und der Arbeitsweise. Die Initiative organisiert auf ihren Treffen

- den **Informationsaustausch** der Betriebs- und Personalräte untereinander, wo brennts? welche konkreten Erfahrungen gibt es? Die Berichte werden protokolliert.
- arbeitet an einem **Schwarzbuch** über die Arbeitsplatzvernichtung von THA und Senat.
- bringt eine eigene **Zeitung** heraus, die vor allem in den Betrieben verbreitet werden soll.
- macht **Solidaritätsaktionen** mit in Not geratenen Belegschaften und Betriebsräten.
- diskutiert über weitergehende Programme und Konzepte zur Überwindung der massiven Strukturprobleme.
- wählt aus ihren Reihen ein **Koordinationsgremium**, das das breite Spektrum der mitarbeitenden Betriebe und Gewerkschaften sowie Ost und West repräsentiert.
- betreibt eine aktive Presse- und Medienarbeit.

Wie verhält sich die Initiative zu den Gewerkschaften und politischen Parteien?

Wir sind eine **überparteiliche** und **unabhängige** Initiative, die eine punktuelle Zusammenarbeit mit politischen Parteien nicht ablehnt, wo es für die Sache und den Kampf zum Erhalt des Industriestandortes Berlin nützlich ist. Gleichzeitig lehnen wir jede Dominanz und Vereinnahmung durch eine politische Partei ab.
Wir gehören alle den Gewerkschaften an (z.T. seit vielen Jahrzehnten) und arbeiten selbstverständlich **mit unseren Gewerkschaften** in allen Fragen zusammen. Wir freuen uns über jede Unterstützung seitens der Einzelgewerkschaften und des DGB. Viele Ostberliner Betriebe sind in Not, Kolleginnen und Kollegen in Existenzangst. In Zeiten , die ohne weiteres mit der Weltwirtschaftskrise 1929/30 vergleichbar sind, kann man die großen sozialen Probleme nicht mit dem alten Trott und den alten Methoden lösen. Wir brauchen eine unbürokratische, effektive Hilfe und Zusammenarbeit mit allen Ebenen unserer Gewerkschaften im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Wir verstehen uns nicht als Ersatzgewerkschaft. Wir wollen mit unseren Gewerkschaften arbeiten. Anfängliche Vereinnahmungs- und Kontrollversuche seitens der IG Metall haben wir zurückgewiesen. Die Diskussion über die organisatorische Form dieser Initiative von Betriebs- und Personalräten muß mit den Gewerkschaften weitergeführt werden. **Für Arbeit und Leben in Berlin!**

Aus unserer Bilanz:

20.6.1992 Erste Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaftsvertrauensleute

30.6.1992 Protestaktion vor der Treuhandanstalt

9.9.1992 Protesttag in Bonn

Wir treffen uns mittwochs, 19.00 Uhr, Märkisches Ufer 28

Raum 0205

Resolution zur Arbeit mit dem Ostwind. Beschluss des Arbeitsausschuss‘ der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Anfgl.

Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Resolution zur Arbeit mit dem "Ostwind"

Bisher sind in loser Reihenfolge, sozusagen ganz zwanglos, fünf Nummern der Zeitschrift "Ostwind" erschienen, die sechste wird als reine Dokumentationsausgabe der zweiten Konferenz am Samstag, 19.6.93, auf der dritten Konferenz vorliegen. Hinzu kamen einige Ostwind-Sonderausgaben, Extrablätter und Flugblätter. Zwei Nummern sind über die TAZ in hoher Auflage verbreitet worden. Eine regelmäßig arbeitende Redaktion existierte nicht. Mal brachte Martin Clemens eine Nummer heraus, mal überraschte Helmut Höge mit einer neuen Ausgabe und anfangs arbeitete auch noch Stefan Demke mit. Von geordnetem Vertrieb oder wenigstens einem irgendwie durchdachten Versuch, ein unseren Kräften entsprechendes Vertriebsnetz aufzubauen - keine Spur. Von der Finanzabrechnung ganz zu schweigen. Dabei ist der Ostwind nicht ohne Sympathie geblieben und im Grunde ist er als Medium der Vernetzung und des Info-Austausches unter Betriebsräten und Belegschaften, für Aktive und Zaungäste, absolut notwendig. Wir sollten einen neuen Anlauf nehmen. Die Betriebsräteinitiative braucht eine Zeitschrift, die

- regelmäßig und verbindlich erscheint (mindestens alle 8 Wochen),
- den Betriebsräten, Personalräten, GewerkschafterInnen, KollegInnen usw. als Sprachrohr und Mitteilungsblatt dient und zu einer wirklichen Vernetzung beiträgt,
- betriebliche, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Probleme kommentiert und diskutiert,
- betriebs- und kollegennah die Sorgen , Forderungen und Erfahrungen der Basis lebendig wiederspiegelt,
- den einzelbetrieblichen Kämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnraub eine überbetriebliche Plattform bietet, koordiniert und anspornt,
- den Machenschaften der Treuhand-Anstalt auf den Fersen bleibt, populäre Aufklärung mit wissenschaftlicher Forschung verbindet und sich um das Schicksal der bereits privatisierten Ostbetriebe und ihrer Belegschaften kümmert,
- eine Brücke der Verständigung und gegenseitigen Solidarität zwischen den Lohnabhängigen in Ost- und Westdeutschland bildet,
- der Ausländerfeindlichkeit und dem Rechtsradikalismus vor allem in den Betrieben entgegentritt und sich für die volle Gleichberechtigung aller ausländischen KollegInnen und Mitbürger einsetzt,
- ökonomische und gesellschaftliche Alternativen zur real existierenden Marktwirtschaft diskutiert,
- als Selbstverständigungsforum über die weitere Arbeit und Entwicklung der Initiative dient.

Um eine solche oder ähnliche Zeitschrift auf die Beine zu stellen, bedarf es einiger Voraussetzungen: 1. die Einsicht und Haltung, daß die Betriebsräteinitiative, will sie lang- oder zumindest mittelfristig weiterarbeiten, ein vernetzendes Band dieser Art unbedingt braucht, 2. eine feste Redaktionsverantwortlichkeit und eine kleine Gruppe, die den Ostwind "macht", 3. aktive und regelmäßige Mitarbeit von Betriebsräten und Unterstützern im weiteren Umfeld (Korrespondentennetz), 4.eine technische Basis, 5. etwas Geld, und 6. Lernbereitschaft , Engagement und ein bißchen Zeit. 16.6.93 mac

Ostwind – Zeitung der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute. Sämtliche Ausgaben

Hellersdorfer Tui

OSTWIND

Informationen von und für Berliner Betriebs- und Personalräte

Nr. 1'92
60 PFENNIGE

PROTEST GEGEN KÜNDIGUNG VON BETRIEBSRÄTEN IN DER WF GMBH

Die im Februar dieses Jahres gegründete „Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte - Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung! Für Arbeit und Leben in Berlin!" gab gegenüber den Medien zu den kürzlich im Werk für Fernsehelektronik (WF) erfolgten Kündigungen von 13 Mitgliedern des WF-Betriebsrates durch die Geschäftsführung folgende Erklärung ab:

Wir sehen in dieser Kündigung engagierter Betriebsräte einen massiven Angriff auf die Arbeitnehmerrechte. WF befindet sich derzeit in einer komplizierten Verkaufssituation. Die Belegschaft ist erneut mit unsozialen Massenentlassungen konfrontiert. In einer solchen Situation ein Drittel des Betriebsrates zu kündigen, verstößt nicht nur gegen den 22 des Betriebsverfassungsgesetzes sowie gegen bestehende Betriebsvereinbarungen, sondern ist vor allem ein Angriff gegen die Belegschaft selbst. Die Kolleginnen und Kollegen im Werk brauchen einen starken Betriebsrat, der ihnen im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung aktiv hilft. Wir unterstützen den einstimmigen Protest unserer Kolleginnen und Kollegen im WF-Betriebsrat. Wir verurteilen die Kündigungen aufs Schärfste und fordern, daß sie zurückgenommen werden. Die Geschäftsführung hat die Friedenspflicht verletzt. Wir erklären unsere volle Solidarität mit dem WF-Betriebsrat.

Berlin, 15.April 1992

Die Betriebs- und Personalräte von: Otis GmbH, Kraftwerksanlagenbau AG, KWK GmbH, Aslid GmbH, Funkwerk Köpenick GmbH, AEG Marienfelde, Betonwerk Gehrenseestraße, KWO GmbH, Krupp Stahlbau, WF GmbH, Prolux GmbH, Narva BGW GmbH, EFN GmbH, BAE Batterie GmbH, Elpro AG, Amt für Industrie und Sozialarbeit, TRO GmbH, NILES GmbH, Gesamtpersonalrat der Freien Universität, BOS GmbH, BAE Belfa, BAE Varta, Bestahl Stahlbau Berlin, Rewatex, Auguste Victoria Krankenhaus, Bezirksamt Kreuzberg



Aus einer Photoserie über eine Protestdemonstration der Elpro-Belegschaft vor der Treuhand

INHALT

Protest gegen Kündigung von Betriebsräten
Dokumentation der Arbeitsplatzvernichtung
Tarifkampf der IG Medien
Vor Ort: Die Intech Bau-Union
Selbstverständnis der Initiative
Der „Ostwind" - in eigener Sache
Wir haben doch noch gar nicht gesprochen
Kurz-Informationen
Fragebogen-Aktion

EIN WEITES FELD: „Unser schmaler Weg zwischen Opposition und Opportunismus" (Bischof Kruse)

VEREINIGUNGSBLÜTEN: „Es heißt, jungen Christen werde bei Bewerbungen in großen Unternehmen der alten Bundesländer zu verstehen gegeben, man halte sie für nicht anpassungsfähig - was sich in ihrer Nichtmitgliedschaft in der FDJ zu DDR-Zeiten äußere; oder es sei die Rede vom Verdacht auf mangelndes Karrierebewußtsein derer, die nicht Mitglied der SED waren."
(Kardinal Sterzinsky)

Kollegen! Der Verband unkritischer Wirtschaftsjournalisten (VuW Berlin e.V.) möchte noch in diesem Frühjahr erstmalig den großen „Birgit Breuel Wanderpokal für ausgemachte Finsternis" vergeben - und zwar an einen von der Treuhand möglichst elegant abgewickelten Großbetrieb. Dazu nimmt die Agentur Bismarc Media (c/o Künstlerhaus Bethanien, Mariannenplatz 2, 1000 W-Berlin 36) eure Vorschläge samt dazugehöriger Fakten entgegen.

Unternehmen	Anzahl der Beschäftigten				Arbeitsplatzvernichtung	
	Jan 90	Jan 92	Apr 92	Dez 92	absolut	in Prozent
WF GmbH	9.300	2.050	2.050	893	7.250	78,0
Elpro AG	7.500		2.353	2.150	5.147	68,7
KWO	5.800	2.600	2.600	1.300	3.200	55,2
Narva BGW	5.000	1.250	1.173	1.080	3.827	76,6
BFW Gehring-straße	3.500		694		2.806	80,2
FW Köpenick	3.000	600			2.400	80,0
Rewatex	3.000		1.200		1.800	60,0
Berlin Chemie	2.700		1.500		1.200	44,5
Dt.Binnen-reederei	2.500		1.350		1.150	46,0
TRO GmbH	2.480		800		1.680	67,8
BMHW	2.360	64			2.296	97,3
BWF GmbH	2.300			560	1.740	75,7
NILES	2.250		590	520	1.660	73,8
Inst.f.Nach-richtentech.	1.700		285	170	1.415	83,3
Lacufa	1.300		600	200	700	53,9
Aslid	1.100		385		715	65,0
BAE	1.020	450			570	55,9
Bestahl	950		626	359	324	34,2
Prolux Bln.	482		242		240	49,6
Bln.Druckerei	400		107		293	73,3
Verlag Die Wirtschaft	360		26		334	92,8
Bln.Behälter u. Anlagenbau	300		117		183	61,0
Insgesamt:	59.302				40.930	66,9

ARBEITSPLATZVERNICHTUNG IN OSTBERLIN

Die Arbeitsplatzvernichtung errechnet sich aus der Gegenüberstellung der Beschäftigtenzahl Jan 1990 - April 1992 (in drei Fällen Jan 90 - Jan 92, in einem Fall Jan 90 - Dez 92). Alle Zahlenangaben stammen von den Betriebsräten der Unternehmen. Alle Betriebe waren oder sind (noch) in Treuhand-Verwaltung. Wie kommt die Auswahl der Betriebe zustande? Zum überwiegenden Teil durch die persönlichen Kontakte der Betriebsräte, die sich in der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte zusammengeschlossen haben. Wir besitzen natürlich nur begrenzte Recherche-Möglichkeiten. Die wissenschaftliche Erforschung der Arbeitsplatzvernichtung durch die Treuhandanstalt steht noch am Anfang. Dennoch zeigt sich bereits auf dieser schmalen Datenbasis eine klare Tendenz und es lassen sich erste Schlußfolgerungen ziehen:

- Zwei von drei Arbeitsplätzen in der Ostberliner Industrie sind seit 1990 vernichtet worden, in absoluten Zahlen der angeführten 22 Betriebe: 40.930 von 59.302.

- Die Großbetriebe der Ostberliner Metall- und Elektroindustrie werden systematisch plattgemacht. Jeder Großbetrieb hat Zulieferer. Stirbt das Hauptunternehmen, reißt es die Zulieferer (in der Regel) mit in den Abgrund. Für die Erfassung der Arbeitsplatzvernichtung bei den Zuliefererbetrieben fehlen uns die nötigen Angaben. Nur im Fall Narva gelang es bisher dem Betriebsrat, durch einen klugen, hartnäckigen und unerschrockenen Kampf für alle im Frühjahr 92 noch im Werk beschäftigten Kolleginnen und Kollegen eine Arbeitsplatzgarantie durchzusetzen. Allerdings um den Preis des Abschieds von der Lichtproduktion. Alle anderen Betriebsräte sind durch die Wucht der großen Ereignisse mehr oder weniger überrumpelt, von heute auf morgen in neue komplizierte Verhältnisse versetzt, durch den massiven Druck der Geschäftsführungen und der Treuhandanstalt gezwungen worden, die sozial verheerende (und für die Investoren sehr einträgliche) Politik der Privatisierung passiv durch Interessenausgleich und niedrige Sozialpläne zu begleiten. Es ist wichtig, daß die Betriebs- und Personalräte die bisher gesammelten praktischen Erfahrungen ihres Kampfes gegen das Plattmachen der Industriebetriebe zusammenfassen, schnell lernen und von der für die Belegschaften verhängnisvollen Politik der Kooperation mit der Treuhand zu einer Politik des aktiven und unerschrockenen Kampfes um den Erhalt aller noch vorhandenen Arbeitsplätze übergehen.

Bitte Fehler, Ergänzungen und neue Zahlenangaben der Redaktion mitteilen. Wir wollen den Privatisierungstornado der Treuhandanstalt in einem fortlaufenden Schwarzbuch zur Arbeitsplatzvernichtung festhalten.

Martin Clemens

DIE IG MEDIEN IM MOMENTANEN TARIFKAMPF

Auf die Betriebsräte und Gewerkschafter in den Druckereien und Verlagen der fünf neuen Bundesländer einschließlich Ost-Berlins kommen noch härtere Zeiten zu: Nach etlichen Streiks, einer ergebnislosen 3. Schlichtungsrunde „Druck" und des zweiten Spitzengesprächs mit den Zeitungsverlegern muß nun der steinige Weg von Haus- bzw. Firmentarifverhandlungen eingeschlagen werden. Auch in den regionalisierten Angestelltenverhandlungen läßt die Verschleppungstaktik der Unternehmerseite befürchten, daß es künftig „auf die Dörfer" geht, d.h. in jedem Verlag einzeln um tariflich garantierte Arbeitsbedingungen gerungen werden muß.

Welche Gefahren diese Art von Tarifkampf in sich birgt, läßt sich schon an der Tatsache ermessen, daß fast alle die Druck- und Verlagshäuser West-Besitzer oder mindestens -Teileigentümer haben, die zumeist in den Geschäftsleitungen den Ton angeben und im Tarifgeschäft erfahren sind. Dagegen sind die Ost-Betriebsräte und -Gewerkschafter in diesen Fragen unerfahren, stehen zum ersten Mal vor einer solchen Situation. Da wird dann wie in Leipzig oder Frankfurt/Oder versucht, die Kollegen über den Tisch zu ziehen und zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat in einer Art Geheimabsprache Betriebsvereinbarungen zu Tarifen auszukunkeln. Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz schließen dies ganz klar aus und schreiben ausdrücklich Gewerkschaften als Vertragspartner vor.

Deshalb sind jetzt besonders die Abteilung Tarifpolitik beim Stuttgarter Hauptvorstand und die Landesbezirksvorstände der IG Medien gefragt, neben verstärkten Arbeitskampfschulungen koordinierend einzugreifen. Am 24. April wird eine erste Betriebsrätekonferenz für den Zeitungsbereich gemeinsam mit dem Deutschen Journalisten Verband (DJV) in Berlin stattfinden. Dort wollen die Betroffenen ihre Forderungen abstimmen und über ein geplantes, strategisch wirkungsvolles Vorgehen beraten. Maßstab wird dabei der Zeitschriftenabschluß-Ost vom Gründonnerstag sein. Dort wurde neben dem Einstieg in das Presseversorgungswerk und den Essentials eines modifizierten Tarifvertrags für den Umgang mit rechnergestützten Text-/Grafiksystemen vereinbart, bis 1995 in sechs Stufen 100 Prozent des bis dahin in den alten Bundesländern geltenden Gehaltsniveaus zu erreichen.

Für die Gewerkschafter und Betriebsräte in Verlagen, Redaktionen und Druckereien kommt es jetzt darauf an, arbeitsfähige Verhandlungskommissionen zu bilden und den Zorn der Kollegen über ihre Behandlung und Bezahlung als Arbeitnehmer 2.Klasse produktiv zu kanalisieren. Nur so kann der nötige Druck erzeugt werden, damit die Arbeitgeber ihren sozialen Pflichten nachkommen.

Marcus Rudolph

VERGANGENHEIT:

In der ersten Tarifauseinandersetzung in der Druckindustrie saßen den Kollegen noch ausschließlich Ost-Geschäftsführer gegenüber, sie wurden von einem West-Justitiar des Zeitungsverlege-Verbandes beraten. Und der erstarrte zusehends ob der unorthodoxen Verhandlungsweise - wenn z.B. einer der Tarifgegner sich vorbeugte und sagte: „Mensch, Paul, vor 12 Jahren im Leitungsausschuß der Kontrollkommission haste aber noch ganz andere Töne gespuckt." Heute sind die Zeitungen alle eingewestet bzw. - wie ND und Junge Welt - aus dem Verband der Zeitungsverleger ausgetreten.



DOKUMENTATION

Vorbemerkung: Die einzige überregionale Berliner Tageszeitung, „taz", hat sich kürzlich „kommunikationsverbessernd hierarchisiert", d.h. erstmalig Chefs und Ressortleiter zugelegt, die Gehälter „gespreizt", die Produktion „verschlankt" - und einen Betriebsrat gewählt. Hier dessen erste Mitteilung „Der Betriebsrat moniert":

LIEBE CHEFS UND SEMICHEFS! Es wird auch hoffentlich nicht verborgen geblieben sein, daß es jetzt einen Betriebsrat gibt. Der hat zwar leider nicht allzu viele Rechte, aber ist immerhin auch nicht ganz rechtlos. Deshalb müssen wir von jeder geplanten Einstellung und Entlassung informiert werden - und zwar so, daß wir noch unseren Senf dazugeben können. Ansonsten sind sowohl die Einstellungen als auch Entlassungen schlicht und einfach ungültig, wie ihr im Betriebsverfassungsgesetz nachlesen könnt. In diesem Sinne ungültig sind eigentlich die Einstellungen in der Berlin-Kultur. Außerdem läuft da noch ein Arbeitsgerichtsprozeß auf Wiedereinstellung und die Stelle ist nicht betriebsintern ausgeschrieben, wie es unsere kleine Bibel - das Betriebsverfassungsgesetz - in Artikel 93 (jaja!) vorsieht. Kurzum: Ihr habt da praktisch alles falsch gemacht. Aber wir wollen unsere soeben begrüßten Kollegen nicht vor die Tür setzen. Deshalb sind wir diesmal unseren noch unwissenden Chefs gegenüber ausnahmsweise mal tolerant und sagen O-tto K-aiser; selbiges gilt für die Frauenredakteurinnen-Stelle. Für

die Zukunft aber gilt: Ihr sagt rechtzeitig, wer wann wo warum eingestellt werden soll - und das heißt auch, daß wir die Bewerbungsunterlagen sehen können. Sonst droht Zwangsgeld...na, noch nicht gleich, aber bald (Artikel 101!)

Nun zu einem anderen Punkt, Eure Fürsorge betreffend: Bitte sammelt aus Euren Abteilungen die Beschwerden, was kaputte Stühle, zu niedrige Schreibtische, falsch eingestellte Computer und andere krankmachende Dinge betrifft - möglichst innerhalb der nächsten zwei Wochen. Wir werden dann bei Euch vorsprechen. So, liebe Chefs und Semichefs, wir hoffen auf gute Zusammenarbeit!

Der taz-Betriebsrat

INTECH BAU-UNION (VORMALS WOHNUNGSBAUKOMBINAT BERLIN)

Auf einer IG Metall-Veranstaltung - „Sanieren statt Privatisieren" - gestand unlängst der Präsident der Unternehmervereinigung „Gesamtmetall": „Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, daß wir alle ratlos sind." Unterdessen hat Franz Steinkühler dem Kanzler erste vage Sanierungs-Zusagen abgerungen und der betriebswirtschaftlich versierte IG Metall-Sekretär Dieter Scholz stellt bereits Listen mit sanierungsfähigen Treuhand-Betrieben zusammen. Selbst bei den eisernen Privatisierern im Treuhand-Vorstand ist der Optimismus teilweise skeptischem Realismus gewichen: „Wir hatten gehofft, daß die Investoren alle kommen würden: 'Mensch, das öffnet uns das Tor zu den Ostmärkten'. Aber dem war nicht so: Besonders die Elektro-Konzerne übten starken Druck aus. Wir mußten ihnen schon damit kontern: 'Dann holen wir die Koreaner oder Japaner her.' Diese Sprache verstehen sie. Viele Angebote sind jedoch derart: Vor anderthalb Jahren hätten wir die wieder nach Hause geschickt: 'Das ist ein unsittlicher Antrag'." - So Dr. Wolf Klinz, der für die Narva-Privatisierung verantwortliche Treuhand-Manager auf einer der regelmäßig von Walter Mompner und seinem Stellvertreter Peter Wolf organisierten Betriebsräte-Treffen in der SPD-Zentrale. Bei den internationalen Unternehmensberatungsfirmen, bei Price Waterhouse z.B., hatte man schon vor anderthalb Jahren davor gewarnt, daß durch das plötzliche Überangebot an Firmen in der Ex-DDR ein reiner Käufermarkt entstehe, erst recht mit der Investitions-Erschließung der Billiglohnländer Polen, Ungarn und Tschechoslowakei. Im Treuhand-Vorstand operieren einige noch mit Ad-hoc-Übergangs-Theorien: Die Privatisierung funktioniere der Reihe nach: Erst der Handel, die Dienstleistungen insgesamt, dann, EG-begünstigt, die Zuckerindustrie, dann Zeitungen, Druckereien, Energieversorgung, Hotels, die Nahrungsmittelindustrie, und jetzt sei gerade die Bauindustrie dran, so der für diese Branche verantwortliche Treuhand-Vorständler, der ehemalige Westberliner FDP-Finanzsenator Günter Rexrodt, als er Anfang April eine Zwischenbilanz für die Privatisierung des Baugewerbes präsentierte. Sein Privatisierungsdirektor, der ehemalige STRABAG-Manager Gustav Schmidt, sekundierte schweigend dem hyperrealistischen Lagebericht in Zahlen. Danach wurden bis jetzt von den rund 1130 DDR-Bauunternehmen 820 verkauft, zurückgegeben oder liquidiert. Die Käufer zahlten insgesamt etwa 1,4 Milliarden und verpflichteten sich vertraglich, mehr als das Doppelte zu investieren. Für etwa 101.200 Mitarbeiter (von 245.000 Anfang 1991) sind die Arbeitsplätze garantiert und poenalisiert. „Die jetzt noch 89.200 Arbeitsplätze in den Baufirmen unter Treuhand-Obhut können wegen der günstigen Beschäftigungsperspektiven im Baugewerbe größtenteils erhalten werden."

Auf einen konkreten Fall, die Berliner Intech Bau-Union, angesprochen, wollte Dr. Rexrodt zwar zuerst „nicht derart ins Detail gehen", verriet dann aber doch, daß dafür gerade Bieterschluß gewesen sei und daß man nun über einige interessante Angebote berate. U.a. wurden die westdeutsche Philip Holzmann AG und die Wiener Alexander Maculan Holding als Bewerber genannt. Anfänglich sei die finnische Polar Construction an einer Übernahme interessiert gewesen, aber nur weil die Intech - in einer „Paketlösung" - zusammen mit der Berliner Ingenieur Hochbau GmbH verkauft werden sollte. Die immer wieder zitierte „Treuhand Mix-Philosophie": „Dabei bietet man einen stärkeren und einen schwächeren Partner als Paket an."

In der November-Ausgabe der Treuhand „Top Ten Information" war die Intech Bau-Union bereits als verkauft vermeldet worden. Nachdem die Gewerkschaft, IG Bau Steine Erden, und die Betriebsräte aber herausbekommen hatten, daß die finnische Mutter-Gesellschaft gar nichts von dem geglückten Deal der zwei Geschäftsführer ihrer deutschen Tochtergesellschaft wußte und darüber die Treuhand informierten, kam es zu einigen Krisensitzungen und dann wurde der Betrieb noch einmal ausgeschrieben. Nichtsdestotrotz ist immer noch unklar, wem die Intech zur Zeit eigentlich gehört: „Fragen Sie mich etwas Einfacheres," so Günter Rexrodt.

Man kann gar nicht genug ins Detail gehen! Im Gegensatz zu 1953 hatten die Bauarbeiter des Berliner Wohnungsbaukombinats im Dezember 1989 für m e h r Arbeit protestiert. Dies als spontane Reaktion auf einige während der Wende verfügte Baustopps auf Ostberliner Großbaustellen, wo im Plattenbau-Verfahren gearbeitet worden war. Der letzte Kombinats-Direktor beruhigte die Demonstranten: Es geht wieder aufwärts, es warten „große Aufgaben". Ein paar Monate später wurden weitere Baustopps - in Altglienicke und Kaulsdorf - verfügt. Die besorgten Mitarbeiter in den Plattenwerken der neuen Holding Intech Bau-Union holten daraufhin im Frühjahr 1990 erste Stellungnahmen - in Form von optimistischen Versprechungen - bei den Politikern ein. Trotzdem wurde „die Auftragslage immer schlechter", wie es in der Werks-Chronik des Gesamt-Betriebsrates, der am 5.Juni 1991 gewählt wurde, heißt. Darin monierten sie neben dem Fehlen eines „überzeugenden Konzepts" u.a., daß die neuen Geschäftsführer sich immer höhere Gehälter auszahlten. Das westliche System der „Gehaltsspreizung" griff 1990 erstmalig auch beim Weihnachtsgeld: 300 DM für die Arbeiter und Angestellten und 4.000 DM für die Führungskräfte (1991 gar 6.400 DM). Via Treuhand waren unterdes die Unternehmensberater der Deutschen Bank, Roland Berger & Partner, für 750.000 DM mit der Erstellung eines Sanierungskonzepts beauftragt worden. Über die damals noch drei Plattenwerke (in der Intech-Tochter BFW - Berliner Fertigteilwerke GmbH - zusammengefaßt) heißt es darin lapidar: „bisherige Skelettbauweise/bisherige Plattenbauweise - ohne Kooperation - Grund: Technische Parameter nicht mehr gefragt, Marktlage/kein Bedarf". Unter der Überschrift „Zukünftige Hauptprodukt-Gruppen" findet sich jedoch der abwicklungshemmende Hinweis: „Neue Skelettbauweise mit weitgespannten Systemen" und „Neue Mischbauweise mit flexiblem Sortiment".

Anderthalb Jahre später meint der Betriebsrat, daß „dieser Sanierungsplan in Anführungsstrichen" nur in bezug auf den darin errechneten Arbeitsplatzabbau realisiert, ja sogar „übererfüllt" worden sei. Ein Produktionsstandort, in Vogelsdorf, wurde aufgegeben (und das Grundstück für ca. 32 Mio DM an den Burda-Verlag verkauft, der von den zugesagten 280 Mitarbeitern nur einen Teil übernahm), ein anderes Betonwerk, in Hohenschönhausen, wurde - obwohl für Investitionen ausgewiesen - beim Bausenator längst aus der Liste der Industriegebiete gestrichen, und auf dem Hauptstandort, in Grünau, sollen von den einst insgesamt 3270 Mitarbeitern des BFW bis zum 30.6. 1992 noch höchstens 495 übrigbleiben. Von den ursprünglich geplanten Modernisierungs-Maßnahmen in Höhe von 27 Mio DM wurden bis Ende 1991 gerade 11 Mio getätigt. Mehr als 90% davon im Grünauer Werk, wo zwei neue Stahlbeton-Strecken aus Osnabrück (die alten kamen aus Finnland) in Betrieb genommen wurden. Während in dem einen Betriebsbereich Kurzarbeit angesagt ist, werden im anderen Überstunden „geschrubbt". Die großen Kantinen stehen leer, dafür gibt es Kaffeeautomaten. Wegen des Sozialplans und der Frage, welcher Lohntarif in den Plattenwerken Anwendung finden soll, kommt es zu längeren Auseinandersetzungen mit der Geschäftsführung. Eine Ende November - im Anschluß an einen zweistündigen „wilden Streik" - von den Betriebsräten des Hohenschönhausener Objekts geplante Protest-Versammlung wird in letzter Minute vom Vorstand der Berliner IG Bau Steine Erden und den Betriebsräten des Grünauer Werkes „abgeblasen". Mit der Begründung: Frau Breuel und mehrere der eingeladenen Politiker hätten abgesagt, stattdessen würden bloß Vertreter der linken Presse kommen, die eher schaden als nützen könnten,

außerdem sei die Privatisierung bereits „so gut wie perfekt".

Bundesanstalt für Arbeit: Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen (Dez. 1991)-insgesamt ca. 180 000, für das Bauhaupt- und Baunebengewerbe sieht die Kontingent-Verteilung konkret folgendermaßen aus:

BULGARIEN	985
CSFR	7 156
FINNLAND	-
JUGOSLAWIEN	4 832
NORWEGEN	-
ÖSTERREICH	386
POLEN	29 878
PORTUGAL	503
RUMÄNIEN	3 489
SCHWEDEN	-
SCHWEIZ	19
SPANIEN	4
TÜRKEI	-
GUS	(50 000 geplant)
UNGARN	5 887
USA	-
Insgesamt.	53 139

Fortsetzung hinter dem Fragebogen

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!



Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

Umfrage zur Arbeitsplatzvernichtung in Berliner Betrieben

Name des Betriebes: abgekürzt:

Eigentümer:

Standort, Adresse:

Größe des Geländes:

Produktion/Dienstleistung:

Anzahl der Beschäftigten am 1. Jan. 1990: .....

Anzahl der Beschäftigten am 1.Jan. 1991: .....

Anzahl der Beschäftigten am 1. Jan. 1992: .....

aktueller Stand der Beschäftigten: .....

voraussichtliche Entlassungen in 1992: .....

Anzahl der KurzarbeiterInnen: .....

Anzahl der Besch. in Umschulung, aber noch zum Betrieb gehörig: .....

Anzahl der Azubis im Betrieb: .....

Standortverlagerung geplant?

Standortverlagerung erfolgt?

Post: Wolfgang Pohland
Sophienstr. 31
1020 Berlin

Kontakt: *
Betriebsrat NARVA
Michael Müller
Tel: Ost-5832 23 66
Fax: Ost-5832 22 99

Kontakt: Betriebsrat AEG
Gerhard Lux
Tel: West-7496 24 75
Fax: ---

Privatisierung geplant? wann?

Anbieter bekannt? wer ?

ist Betriebsrat (BR) an Verhandlungen beteiligt?

Hauptpunkte des Privatisierungsplanes:

Privatisierung erfolgt? Hauptpunkte des Vertrages:

poenale Regelung?

Interessenausgleich / Sozialplan abgeschlossen? in Verhandlung?
Hauptpunkte:

ABS/ QG-Betrieb:

Management Buy out Betrieb:

Ansprechpartner Betriebs-Personalrat:
Tel.
Datum

Tatsächlich treffen sich die Intech-Geschäftsführer und -Aufsichtsräte aber noch heute, vier Monate später, regelmäßig im Kaminzimmer des Grand-Hotels mit den Treuhand-Managern, um die diversen Kauf-Offerten zu beraten. Wegen der sich hinziehenden Privatisierung kämen sie zu nichts anderem mehr, entschuldigen sich die Geschäftsführer bei den Betriebsräten. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Jürgen Vollhardt, sieht dennoch die Zukunft der Intech und speziell auch die des Hohenschönhausener Plattenwerkes immer noch „optimistisch". Dort wurden im vergangenen Jahr zusammen mit dem Grünauer Werk 30 Mio DM Verlust erwirtschaftet (zu viele Aufträge bestanden aus arbeitsaufwendigen Spezial-Fertigteilen in geringen Mengen). Vollhardt wertet rückblickend 1991 als „schwieriges Jahr", 1992 gehe es aber aufwärts. Ganz anders sieht das der Hohenschönhausener Betriebsratsvorsitzende Dieter Hoffmann, der gegenüber ADN den Verdacht äußerte, hinter der Minusbilanz stecke Kalkül: Es gelte, die Ostkonkurrenz auszuschalten und an die 1,5 Millionen (!) Quadratmeter Immobilie der Intech ranzukommen; schon baue die westdeutsche Philip Holzmann rings um Berlin neue Plattenwerke. Dieter Hoffmann wurde wegen seiner „Negativ-Darstellung" anschließend von der Geschäftsführung abgemahnt. Er ist jetzt hauptamtlicher Mitarbeiter bei seiner Gewerkschaft.

Seine pessimistische Einschätzung wird neuerdings auch von der Fachgemeinschaft Bau geteilt, die davon ausgeht, daß die Situation für die Ostberliner Betriebe „existenzbedrohende Züge" annimmt: So sei die Auftragslage 1992 im Vergleich zum letzten Jahr noch schlechter geworden. Sie betrage derzeit pro Monat und gewerblichem Arbeitnehmer 4.000 DM, 1991 hätte der Betrag in der ostdeutschen Bauwirtschaft noch bei 5.400 DM gelegen (in der westdeutschen bei 12.900 DM). Es drehen sich zu wenig Kräne! Aber selbst wenn es dem Berliner Bausenator Wolfgang Nagel gelingen sollte, die für den Bau von 27.000 Wohnungen vorgesehenen 27 Flächen schnell zu „aktivieren", muß das nicht automatisch auch Vollbeschäftigung für die Ostberliner Bauarbeiter nach sich ziehen, denn mehr und mehr operiert das Bauhaupt- und -nebengewerbe mit billigen Kontingent-Arbeitskräften - vornehmlich aus Polen und der CSFR (sie bekommen zwischen 5 und 8 DM die Stunde).

„Nur damit kann man den Quadratmeter für 1200 DM anbieten, die Intech muß an die 3000 DM kalkulieren, wenn sie kostendeckend bleiben sind), „sehen wir nach wie vor ein großes Rationalisierungs- und Ergebnisverbesserungs-Potential in den neuen Bundesländern," so Wessely über sein Unternehmenskonzept.

Im Klartext, und mit den Worten des IG Bau Steine Erden Sekretärs Nordost, Willi Eichhorn, der auch die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat



will," so ein Betriebsrat der Intech. Schon sind auch in seinem Betrieb in einigen Bereichen bereits Kontingent-Arbeiter beschäftigt. „Ziel der Gastarbeitnehmerabkommen mit den Ländern Osteuropas ist das Vertrautmachen der Arbeitnehmer mit marktwirtschaftlichen Gegebenheiten," heißt es in einer Information des Arbeitsministeriums über diese deutschen „Regierungsgeschenke". Ziel der diese vereinbarten Kontingente nutzenden Firmen ist es auf alle Fälle, damit ihre Angebote günstiger zu gestalten. Ob das ausreicht, ist jedoch fraglich: Die gemeinnützige Berliner Wohnungsbaugesellschaft „Stadt & Land" z.B. vergibt ihre Aufträge neuerdings direkt an ungarische und österreichische Baufirmen, wie Senator Nagel mitteilte.

Zu den österreichischen Firmen gehört auch die Maculan Holding, die jedoch nicht nur Aufträge in der ehemaligen DDR acquiriert, sondern dort auch vier große Baukombinate und ein Kieswerk, sowie jüngst ein Betonwerk in der CSFR kaufte. Und nun mit der Philip Holzmann AG um den Erwerb des „Paketes" - Ingenieur Hochbau und Intech - konkurriert. Die Betriebsräte der Intech würden in Kenntnis der Holzmann-Pläne den Österreichern den Vorzug geben: „Wir passen besser in deren Diversifizierungsrahmen." In der Treuhandanstalt ist man da anderer Meinung: „Die Bonität der Firma Maculan steht nicht zur Diskussion, wohl aber, ob sie noch über genügend Management-Kapazitäten verfügt," meint der Leiter des Direktorats Bauindustrie. Der Maculan-Statthalter in den neuen Bundesländern, Franz Wessely, sieht da keine Probleme - im Gegenteil: Jetzt wird erst richtig in die Hände gespuckt („die Schonfrist ist vorbei"): Obwohl die von der Treuhand erworbenen Tochter-Firmen der Maculan 1991 bereits 21 Mio DM Gewinn erwirtschafteten (u.a. mit dem Bau von russischen Offizierswohnungen in Kriwoj Rog, wo abgesehen von den Leitungsfunktionen fast ausschließlich Ukrainer und Polen beschäftigt der Intech vertritt: „Die Beschäftigungsstruktur wird sich verändern, jeweils ein Facharbeiter und sonst nur Kulis." Willi Eichhorn, ein ehemaliger Ostberliner Bauarbeiter, ist froh, jetzt Gewerkschaftsfunktionär zu sein - auf einer West-Baustelle möchte er jedenfalls nicht arbeiten: „Bei uns im Osten war die Arbeit früher anders!"

Der Tendenz zur dequalifizierten Akkord-Arbeit ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die im vergangenen Jahr mit der Gründung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungs-Gesellschaft angebotenen Weiterbildungs-Maßnahmen kaum Resonanz bei den von Entlassung betroffenen Mitarbeitern des BFW fanden. Diese „Brücke zur Wiederbeschäftigung" (Regine Hildebrandt) war eher dem Gesamtbetriebs-Interesse geschuldet: „Als zeitliche Überbrückung bis zum Wirksamwerden der erwarteten Nachfrage wird auf Kurzarbeit und ABM orientiert," hatten Ende 1991 Geschäftsführung und Aufsichtsratsvorsitzender ihren Mitarbeitern schriftlich mitgeteilt. Auf einem Betriebsräte-Treffen im März 1992 fragte Willi Eichhorn die versammelten Belegschafts-Vertreter: „Wollt ihr die Intech oder die Arbeitnehmerstrukturen erhalten?" Sie würden gerne beides wollen, aber anders als in der Metallbranche herrscht bei den Belegschaften der ehemaligen Berliner Baukombinate eher resignative Gleichgültigkeit: „Die Brigaden halten hier nicht so zusammen, wenn einer ein gutes Angebot macht, lassen sie die Kelle fallen," so die Meinung eines Betriebsrates vom BFW. Ein anderer sieht die Lage etwas anders: „Sie trauen sich noch weniger als früher, Tacheles zu reden, nicht mal auf Betriebsversammlungen wird richtig geklagt. Es interessiert nur noch: „Wie hoch ist die Abfindung."

Angesichts dieser Situation stellte sich die Frage: „Gibt es überhaupt eine Chance, daß wir gemeinsam was auf die Beine stellen?"

Helmut Höge

AUF DEN ERSTEN BLICK:

Der Tarifstreit im Berliner Bauhauptgewerbe ergab eine 100-prozentige Angleichung der gewerblichen Bruttolöhne. Allerdings müssen die Ostberliner Bauarbeiter dafür drei Stunden mehr in der Woche arbeiten als die Westler - nämlich 42 statt 39. Die Löhne der osteuropäischen Kontingent-Arbeiter - 5-8 DM in der Stunde - wurden in den Tarif-Aufeinandersetzungen nicht thematisiert. Die Ausländerbeauftragten wünschen sich auch hier eine 100-prozentige Angleichung, um einer Spaltung in den Belegschaften

und einer daraus resultierenden Ausländerfeindlichkeit wirksam zu begegnen.

BFW
Berliner Fertigteilwerke GmbH

SELBSTVERSTÄNDNIS DER INITIATIVE BERLINER BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE

WAS WILL DIE INITIATIVE?

In Berlin sind 223.000 Kolleginnen und Kollegen arbeitslos/ 28.000 in ABM/ 86.000 in Umschulung/ 20.000 auf Nullstunden-Kurzarbeit (Stand: März 1992).

Hunderte von Ostberliner Betrieben sind durch die katastrophale Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt (THA) in ihrer Existenz gefährdet, bereits liquidiert oder in die Beschäftigungsgesellschaften abgeschoben. Nach einem Jahr deutsche Einheit ist jeder zweite der ehemals 10 Millionen Arbeitsplätze auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vernichtet. Wie ein Tornado hat die THA fünf Millionen Arbeitsplätze plattgemacht und viele Kolleginnen und Kollegen in Leid, Elend, Existenzangst und Verzweiflung gestürzt. Auch im Westteil der BRD und besonders in Westberlin nimmt die Arbeitsplatz-Vernichtung zu. Aus ihrer Verantwortung für die Belegschaften, die sie vertreten und von denen sie gewählt sind, haben sich mittlerweile über zwanzig Betriebs- und Personalräte aus Ost- und Westberliner Betrieben dem Initiativaufruf einiger Ostberliner Metallbetriebe vom Februar dieses Jahres angeschlossen. Wir wollen gemeinsam gegen die wahnwitzige Arbeitsplatzvernichtungspolitik von THA und Senat die Solidarität der Betriebe organisieren und öffentlichen Druck auf die politisch verantwortlichen machen. So wie bisher darf es auf keinen Fall weitergehen!

WAS FORDERT DIE INITIATIVE?

- Kein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen.
- Erhalt des Industriestandortes Berlin.
- Erhalt aller Arbeitsplätze im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich.
- Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen für unsere bereits gekündigten Kolleginnen und Kollegen.
- Der Auftrag der Treuhandanstalt muß durch die Verantwortlichen in Bonn in diesem Sinne geändert werden.
- Beteiligung der Betriebs- und Personalräte vor Entscheidungen zum Verkauf und zur Standortverlagerung von Unternehmen. Offenlegung aller Kaufangebote vor den Betriebs- und Personalräten.

WER ARBEITET IN DER INITIATIVE MIT?

An den wöchentlichen Sitzungen der Initiative nehmen teil

- die Gruppe derjenigen Betriebs- und Personalräte, die die Unterstützung der Initiative beschlossen und ein oder zwei Vertreter und Vertreterinnen mit Mandat in die Initiative delegiert haben. Das sind (Stand: 14.4.92): Otis GmbH, Kraftwerksanlagenbau AG, KWK GmbH, Aslid GmbH, Funkwerk Köpenick GmbH, AEG Marienfelde, Betonwerk Gehrenseestraße, KWO GmbH, Krupp Stahlbau, WF GmbH, Prolux GmbH, Narva BGW GmbH, EFN GmbH, BAE Batterie GmbH, Elpro AG, Amt für Industrie und Sozialarbeit, TRO GmbH, NILES GmbH, Gesamtpersonalrat der Freien Universität, BOS GmbH, BAE Belfa, BAE Varta, Bestahl Stahlbau Berlin, Auguste-Victoria Krankenhaus, Bezirksamt Kreuzberg...
- Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, die die Unterstützung der Initiative beschlossen haben: DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Bezirksvorstand Berlin der IG-Medien. Die DGB-Angestelltenkonferenz Berlin hat kürzlich ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt.
- Neue Betriebs- und Personalräte, die die Initiative kennenlernen wollen.
- Einzelne Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen und Gäste.

An den Sitzungen der Initiative nehmen jedesmal ca. 25-30 Kolleginnen und Kollegen teil, die über 60.000 Berlinerinnen und Berliner vertreten. Der Teilnehmerkreis hat sich in den vergangenen Wochen zu einem verschiedene Branchen und Einzelgewerkschaften umfassenden Gremium entwickelt. Es sind Betriebe aus der IG Metall, IG Medien, ÖTV, BSE, IG Chemie, GTB und NGG vertreten. Der DGB-Kreisvorstand Nord unterstützt die Initiative, indem er den Tagungsraum am Märkischen Ufer 28, II zur Verfügung stellt.

WAS TUT DIE INITIATIVE?

Wir arbeiten noch nicht lange zusammen. Am Anfang stand die Diskussion des Selbstverständnisses und der Vorgehensweise. Die Initiative organisiert auf ihren Treffen

- den Informationsaustausch der Betriebs- und Personalräte untereinander, wo brennts? Welche konkreten Erfahrungen gibt es? Die Berichte werden protokolliert.
- arbeitet an einem Schwarzbuch über die Arbeitsplatzvernichtung von THA und Senat.
- bringt eine eigene Zeitung heraus, die vor allem in den Betrieben verbreitet werden soll.
- bereitet Solidaritätsaktionen mit in Not geratenen Belegschaften und Betriebsräten vor.
- diskutiert über weitergehende Programme und Konzepte zur Überwindung der gravierenden Strukturprobleme.
- wählt aus ihren Reihen ein Koordinationsgremium, das das breite Spektrum der mitarbeitenden Betriebe und Gewerkschaften sowie Ost und West repräsentiert.
- betreibt eine aktive Presse- und Medien-Arbeit.

WIE VERHÄLT SICH DIE INITIATIVE ZU DEN GEWERKSCHAFTEN UND POLITISCHEN PARTEIEN?

Wir sind eine überparteiliche und unabhängige Initiative, die eine punktuelle Zusammenarbeit mit politischen Parteien nicht ablehnt, wo es für die Sache und den Kampf zum Erhalt des Industriestandortes Berlin nützlich ist. Gleichzeitig lehnen wir jede Dominanz und Vereinnahmung durch eine Partei ab.

Wir gehören alle den Gewerkschaften an (z.T. schon seit vielen Jahrzehnten) und arbeiten selbstverständlich mit unseren Gewerkschaften in allen Fragen zusammen. Wir freuen und über jede Unterstützung seitens der Einzelgewerkschaften und des DGB. Viele Ostberliner Betriebe sind in Not, Kolleginnen und Kollegen in Existenzangst. In Zeiten, die ohne weiteres mit der Wirtschaftskrise 1929/30 vergleichbar sind, kann man die großen sozialen Probleme nicht mit dem alten Trott und den alten Methoden lösen. Wir brauchen eine unbürokratische, effektive Hilfe und Zusammenarbeit mit allen Ebenen unserer Gewerkschaften im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Wir verstehen uns nicht als Ersatzgewerkschaft. Die Diskussion über die organisatorische Form dieser Initiative von Betriebs- und Personalräten wird mit den Gewerkschaften weitergeführt werden. Für Arbeit und Leben in Berlin!



WAS WILL DER „OSTWIND"?

Der Gründung der Initiative gingen etliche Diskussionen mit Vertretern von Parteien und Massenorganisationen voraus. Dabei wurde zwischen den Polen „Forderungen einklagen" und „Druck einfordern" Öffentlichkeit hergestellt, wobei man sich oftmals auf einen dritten Pol, die Treuhand, bezog. Es war jedem klar, daß heute, wo man nicht mal mehr eine Wohnung finden kann ohne zuvor eine mittelgroße Bürgerinitiative gegründet zu haben, nur „massereiche Antriebe" den Rohstoff des Politischen bilden können. Zum Wirksamwerden bedarf es jedoch ihrer „Verallgemeinerung" und eines „situationsübergreifenden Geltungsanspruchs" - und also der Medien.

Die meisten Betriebszeitungen wurden mit der Wende eingestellt, und die Massenmedien in Berlin und darüberhinaus befinden sich sämtlichst selber im Umbruch, wenn nicht gar in der „Rekonstruktion". Sie sind deswegen nur zum Teil und in Einzelfällen dieser Aufgabe gewachsen. Oft melden sie bloß Vollzug (das nennt sich dann „Aktualität"). Abgesehen davon hat jede Öffentlichkeit die Tendenz, sich zu entleeren, „schwach zu werden". Dagegen richtet sich die Idee einer überbetrieblichen Betriebszeitung - „Ostwind". Positiv formuliert geht es in dieser vorerst monatlich erscheinenden Zeitung darum, „von der Gegenwart eine dichte, ausdauernde Wahrnehmung zu haben, die es erlaubt herauszufinden, wo die Linien der Schwäche und wo die starken Punkte sind."

Dazu braucht es einen intensiven Erfahrungsaustausch, der sich in der Zeitung niederschlagen muß. Wir benötigen also Situationsberichte aus den Betrieben, Artikel über Auseinandersetzungen zwischen Betriebsräten und Geschäftsführungen bzw. der Treuhand, Diskussionen über Sanierungskonzepte und Auffanggesellschaften, Korrespondenzen, Meinungsäußerungen zu einzelnen Fragen usw. Wichtig sind uns auch BR- bzw. VKL-Mitteilungen. Der „Ostwind" wird z.Zt. von einer fünfköpfigen Info-Gruppe der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte redaktionell betreut.

„Geschichten über Bürgerrechte im Betrieb" lautet der Untertitel eines wichtigen Buches über „Arbeits-Unrecht" von Bodo Zeuner, das im Hamburger Verlag Rasch und Röhring erschienen ist. Der Berliner Politikwissenschaftler diskutiert darin mehrere Streitfälle zwischen abhängig Arbeitenden und Arbeitgebern und zeigt dabei auf, daß „Recht haben, recht bekommen und Recht durchsetzen dreierlei sind".

Zum Thema „Beschäftigungs- und Qualifizierungs-Gesellschaft" entdeckten wir neulich zwei interessante Bücher: „Lokale Ökonomie" (Band 1 u. 2), im Selbstverlag herausgegeben von einem interdisziplinären Forschungsprojekt an der Technischen Universität Berlin (c/o Sabine Hartmann, Tel: 314 - 73394/ 26740). Es handelt sich dabei um eine Darstellung der Entstehungsgeschichten, Verläufe und Wirkungen lokalökonomischer Initiativen, die der Rekonstruktion bzw. Revitalisierung von Wirtschafts- und Sozialbeziehungen in europäischen Krisenregionen dienen. Der erste Band enthält „Zwischenergebnisse" über BQG-ähnliche Projekte in Großbritannien, Holland, Österreich und Westdeutschland, über ihre Verbände und EG-Resonanzen. Im zweiten Band werden ausführlich „Fallstudien" aus Großbritannien dargestellt. Beide Bücher kosten zusammen 15.-DM, eine Quittung dafür stellt das „Technologie-Netzwerk e.V." aus. Ein dritter Band wird sich mit „lokalen Strategien in deutschen Krisenregionen" befassen.

SPURENSICHERUNG: Wie aus Kreisen des unabhängigen Historikerverbandes mitgeteilt wurde, werden in einigen Treuhand-Betrieben die Betriebs-Archive zum Teil vernichtet. Will da jemand wieder Spuren verwischen?. KollegInnen, Betriebsräte, habt ein Auge auf die Betriebs-Archive. Sichert den Bestand und teilt uns eventuelle diesbezügliche Regelungen in den Verkaufs-Verträgen mit.





Am Freitag, den 24.April um 18 Uhr nimmt die BQG „Initiative Telematik", hervorgegangen aus dem Institut für Nachrichtentechnik (jetzt SEL) ihre Arbeit auf. Zu diesem Behufe lädt sie fast alle zu einer kleinen Erfrischung in ihr frischrenoviertes Bürogebäude ein: Wilhelminenhofstraße 11, Oberschöneweide. In Kürze will das jetzt noch von den Sach- und Personalmitteln in Höhe von 500.000 DM zehrende ABM-Unternehmen BTX, Mail-Box, Softwareberatung, Datenbankrecherche, aber auch Anlagenbau und Computer-Virenbekämpfung kommerziell anbieten. Einer der Hauptantriebskräfte in der Telematik ist der Noch-Betriebsratsvorsitzende der SEL-„Entwicklungsgesellschaft für Nachrichtentechnik": Gerhard Peter, der sich deswegen sowohl bei der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte als auch bei der CDU-Mittelstandsvereinigung einbringt.

ENTTÄUSCHT: „Wenn se och sonst nich ville druff hatten, Feste organisieren, det konnten se!" (Rudi Schmidt, BGW, rückblikkend über die Partei und den FDGB)

„Im Mittelpunkt steht der Mensch. Aber genau da steht er im Weg!"
(VW-Vorständler Daniel Goeudevert)

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18. April 1992

Letzte Meldung

Ungeachtet der Tatsache, daß die Treuhandniederlassung Berlin gegen den Käufer der City Back GmbH, den Schalck-Golodkowski-Freund Schiesser, wegen Vertragsmurkeleien klagen wird, will die THA Mecklenburg-Vorpommern die Grabower Dauerbackwaren-GmbH nun ebenfalls an Schiesser (Geschi-Brot Berlin) verkaufen.

IMPRESSUM:
Der „Ostwind" wird von der Info-Gruppe der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte herausgegeben. Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Stephan Demke. Seine Anschrift ist vorläufig zugleich Bestelladresse: Holteistraße 23, O-1035 Berlin. Die Auflage des Infos beträgt 500 Exemplare. Bei Bestellungen bitte Rückporto beilegen.

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND D

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

AUSGABE: ZWEI-DREI
JUNI 1992
SELBSTKOSTEN-PREIS ZWEIMARK

ZUR KONFERENZ DER BETRIEBS-U. PERSONALRÄTE:

STOPPT DIE ARBEITSPLATZVERNICHTUNG!

Am 30. Juni verlieren in den neuen Bundesländern und Berlin wieder 150.000 Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitsplatz. Die Treuhand setzt ihre unsoziale Politik der Massenentlassungen ungebrochen fort. Zum Jahresende sollen weitere 150.000 Beschäftigte auf die Straße geschmissen werden. So kann und darf es nicht weitergehen! Von den ehemals 10 Millionen Arbeitsplätzen in der früheren DDR sind innerhalb von nur 2 Jahren fünf Millionen vernichtet worden. Großbetriebe wurden auf ein Zehntel ihres Beschäftigtenstandes runtergeschrumpft. Viele Betriebe, soziale und kulturelle Einrichtungen wurden einfach liquidiert. Ganz Branchen sterben. Regionen veröden. Die Elektro- und Metallindustrie in den fünf neuen Bundesländern und Berlin wird fast vollständig plattgemacht, die Textilindustrie ist bereits zu 2/3 abgewickelt. Von den ehedem 180.000 LPG-Mitarbeitern in Mecklenburg-Vorpommern sind 150.000 aus der Landwirtschaft verdrängt. Woanders sieht es nicht besser aus.

Während Glücksritter, alte und neue Seilschaften, Immobilienspekulanten und Privatinvestoren aller Art sich das ehemalige DDR-Vermögen unter den Nagel reißen, von der THA zurechtgeschnittene schlanke Belegschaften serviert bekommen und dazu dicke Subventionen einstreichen, werden Millionen Kolleginnen und Kollegen zur Arbeitslosigkeit verdammt, in Altersübergangsgeld und Vorruhestand abgedrängt, mit Kurzarbeit und ABM abgespeist, in fragwürdige Umschulungen abgeschoben und obendrein noch vielfach von den Ansprüchen sogenannter Alteigentümer drangsaliert.

1990 haben viele Betriebsräte in den fünf neuen Bundesländern und Berlin den von den Geschäftsführungen geforderten Kündigungen noch ohne großes Murren zugestimmt, mancherorts sogar selbst den Abbau des „Wasserkopfs" in den Betrieben verlangt. Zwei Jahre später hat sich die Situation grundlegend geändert. Nach zwei, mancherorts drei Massenentlassungen sind viele Betriebe am Ende der Fahnenstange angekommen. Weitere Personalreduzierungen greifen direkt in die Produktionssubstanz der Betriebe ein. Seit 1991 versuchen die Betriebs- und Personalräte an Arbeitsplätzen zu retten was noch zu retten ist. In Hennigsdorf, Finow, Rostock, Riesa, Finsterwalde und an anderen Orten besetzten die Belegschaften die Betriebe. Zehntausende von Kolleginnen und Kollegen demonstrierten zusammen mit ihren Gewerkschaften, blockierten Verkehrswege, organisierten Autokorsi nach Bonn oder zur Treuhand-Zentrale oder besetzten auch mal ein Arbeitsamt. Jetzt muß der Kampf um den Erhalt und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen zusammengefaßt, diskutiert und neu koordiniert werden. Es geht nicht länger an, daß die THA Betrieb um Betrieb scheibchenweise zum Verkauf fertigmacht und die Belegschaften sowie ihre Betriebsräte dieser Politik isoliert gegenüberstehen. Die Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter am 20. Juni in Berlin ist ein wichtiger Schritt, die Vernetzung der Betroffenen herzustellen. Die Massenentlassungen müssen gestoppt werden!

M.C.



Am 1. Mai 1992

INHALT

Zur Betriebs- und Personalräte-Konferenz
Über den Kongreß des Wirtschaftssenators
Die Prolux GmbH
Eine verlängerte Backstraße
Betriebsräte im Werk für Fernsehelektronik
Offener Brief des BR der BAE BELFA
Westberliner Industrie-Probleme
Treuhand-Selbstkritik
Forderungen der Betriebsräte des Industriesektors Maschinenbau in Berlin/Brandenburg und der IG Metall
Eine Rede vor den Hennigsdorfer Stahlwerkern
Information des Betriebsrates von Rewatex
Kurznachrichten

„Die jetzige Situation ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein menschliches Fiasko." (Friedrich Schorlemmer)

UNRECHTSSYSTEM: Die Wernigeroder CDU-Vorsitzende bekam als Lehrerin 1988 eine hohe staatliche Auszeichnung verliehen: „Völlig zu Unrecht!" wie sie heute betont.

„Die Finanzen sind durch den Beitritt jetzt eigentlich so....wie sonst nur in Kriegszeiten." (Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel)

NACHTRAG

Die mehr als 50.000 osteuropäischen Kontingentarbeitern allein im Bauhaupt- und Bauneben-Gewerbe, die in Deutschland für 5-8 DM die Stunde arbeiten, sind wegen der Grenznähe vor allem in Berlin-Brandenburg tätig (es gibt keinen Länder-Verteilungsschlüssel für sie, und keine Behörde, die für die Regelung der Zuweisungen verantwortlich wäre). Angeblich ist es jetzt auf Berliner Baustellen schon zwei mal zu massiven Aggressionen zwischen hiesigen und Kontingent-Bauarbeitern gekommen. Dabei soll einmal ein Pole mit Benzin, ein andern mal einer mit heißem Teer übergossen worden sein. Nur eine 100-prozentige Lohnangleichung kann solche Konflikte entschärfen - meint Peter Wolf (SPD), in den Gewerkschaften denkt man daran, von der Bundesregierung Unterstützung bei der Schaffung neuer und besserer Arbeitsplätze in den osteuropäischen Ländern zu fordern. Ende des Jahres werden weitere 50.000 Kontingentarbeiter aus Rußland und der Ukraine erwartet.

Auch dort, wo Kontingentarbeiter den gleichen Lohn bekommen, z.B. bei Ford in Zehlendorf (mindestens 3150.- DM - laut Auskunft des Betriebsrates), sind die Probleme nicht gelöst: in diesem Betrieb sind sie an kurzen Bändern eingesetzt, die unter REFA-Standard laufen - mit Taktzeiten von einer halben Minute etwa, zumutbar wären höchstens 1,5 Minuten, außerdem bekommen sie Zeitlöhne, ggf. mit Zulage - und nicht, wie notwendig, Leistungslöhne.

ARBEIT UND LEBEN IN BERLIN: KREATIV, INNOVATIV UND FLEXIBEL

- Selten zuvor hat man diese drei derzeit anscheinend magischen Vokabeln so oft gehört wie auf der Konferenz der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie - zum Thema: „Industriestandort Berlin, Anpassungsprozesse und Entwicklungschancen" -, die am 4. und 5. Mai im Hilton-Hotel am Gendarmenmarkt stattfand. Sie war das vorläufige Resultat eines Projektantrags der IG Metall, deren Sekretär Dieter Scholz vor gut einem Jahr die Erstellung eines Standort-Entwicklungskonzepts für die Metall- und Elektrobranche Berlins initiiert und dafür ein bis zwei Millionen DM vom Wirtschaftssenat gefordert hatte.

Senator Norbert Meisner verbreitete in seinem Einleitungsreferat vor ca. 170 Teilnehmern erst einmal Optimismus, dergestalt daß er das bisher zur Erhaltung der Industrie in Berlin Erreichte herausstrich - die 21 Industrie-Schwerpunkte, die man gesetzt habe, z.B. mit dem „integrierten Standort-Entwicklungskonzept Spree-Knie" und dem „Berliner Moedell", mit dem eine richtige Richtung für die Grundstücks-Entwicklung gewiesen sei... Trotzdem müsse die Treuhand jetzt entschlossener zum Sanieren übergehen: Von den an ein Frühwarnsystem angeschlossenen 65 Betrieben seien nur noch 50 übrig: „Das zeigt, wie uns die industrielle Kapazität durch die Finger rinnt." Auch bei den zwei neuen Management KGs der THA ist nur ein Berliner Betrieb dabei. (Die K.A.B. - Kraftwerks- und Anlagen AG/GmbH, spezialisiert auf Braunkohle- und Atom-Kraftwerke. In diesem Marzahner Betrieb hat der Betriebsrat übrigens das Gefühl, in die Konzeptions-Erarbeitung des Vorstands einbezogen zu sein, so sagte er es jedenfalls auf einem PDS-Wirtschaftskongreß, am 9./10.5. im RAW.)

Fast direkt auf die K.A.B. bzw. auf die Teams ihrer derzeit noch 500 Projektanten hätte das erste Hauptreferat der Meisner-Konferenz bezogen sein können. Dabei wiederholte der Referent, ein Münchner Politik- und Unternehmensberater, Arnold Picot, nur sein Standard-Referat über die zukünftige Betriebs-Organisation, die sich durch hohe Strukturkreativität auszeichne: „Flexible Einheiten, die man dort einpacken und hier wieder auspacken kann", und deren interne Arbeitsteilung „bewußt Handlungsspielräume ermöglicht" (ohne scharfe Stellenbeschreibungen, mit flachen Hierarchien und „losen Kopplungen", Projekte statt Dauerlösungen, also flüchtige Organisations-Strukturen, in denen zentrale Funktionen wieder in den operativen Bereich reintegriert werden). Letztendlich gehe es dabei darum: „Mit welchen Kernkompetenzen will man sich am Markt behaupten?"

(An dieser Stelle brachte Picot die japanische „lean Production" ins Spiel. Zu Berlin fiel ihm ein, daß dort die „weichen Standortfaktoren" von besonderer Bedeutung seien.)

Der nächste Hauptreferent, ein Münsteraner Verkehrswissenschaftler und Meisner-Berater, Hans-Jürgen Ewers, sprach von den „Face-to-Face-Kontakten", für die die Unternehmen die Metropole bräuchten (er meinte damit durchgehend Westberlin), aber bisher seien „die neuen Produktions-Netzwerke noch wesentlich süddeutsch determiniert". Nur auf dem bisherigen Weg der Privatisierung seien die Betriebe in die „dynamischen süddeutschen Netzwerke" integrierbar.

Nicht nur der Leiter der Berliner THA-Niederlassung, Hellmuth Coqui, fing daraufhin spontan an, die Münchner Lebensqualität zu loben, auch der Berliner Siemens-Vertreter, Erich Gerard, gestand: „Die Nachkommen unseres Unternehmensgründers sind in Bayern groß geworden und fühlen sich heute dort sehr wohl." Deswegen müsse „das Havelland auch so werden wie das Münchner Umland". In diesem Zusammenhang beschwerte er sich insbesondere über die Potsdamer Regierung, die Siemens signalisiert hatte: „Wir wollen hier keine Schicki-Micki-Siedlungen". Nichtsdestotrotz lobte der für die Siemens-Geschäfte in den Fünf Neuen Ländern verantwortliche Manager die „tüchtige Berliner Bevölkerung, die immer wieder ihr Blut auffrischte" - auch jetzt: „So hatten wir in Westberlin z.B. das Krebsübel Rekordkrankenstand, was nun durch die fleißigen Brandenburger und Ostberliner gemildert wird." Gleiches gelte für die Lehrlingsausbildung, die ebenfalls von den neuen Menschen aus den jungen Bundesländern profitiere.

Ganz andere Töne schlug Ludger Loop von der IG Metall in seiner Zwischenbemerkung an: die 330 Milliarden DM Transfer 1991/92 (davon 90% für konsumptive Zwecke) hätten bisher „nicht zum marktwirtschaftlichen Urknall geführt", deswegen verwarf er sowohl Ewers Plädoyer zur Fortsetzung der bisherigen Privatisierungspolitik als auch Meisners „überaus traditionelle Förderung der Infrastruktur" - als Beitrag zum Erhalt der Industriestruktur. Und in bezug auf die immer wieder herangezogene „lean production" fragte er: „Welche Rolle spielen dabei die Belegschaften? - Das betriebliche Entscheidungssystem muß geändert werden."

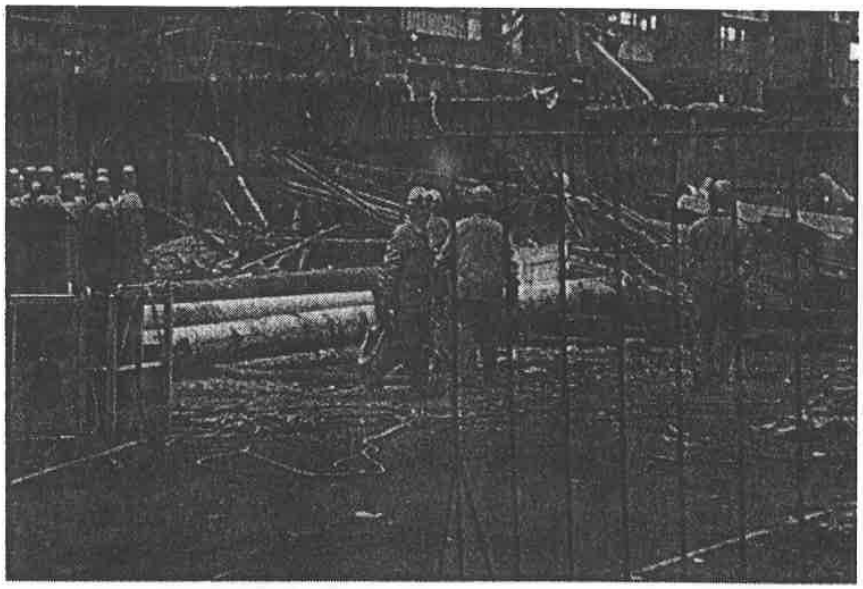
Arnold Picot hielt dem entgegen: „Jede Organisations-Entwicklung ist partizipativ." Aber es sei leider wahr: „Die Verkrustung in der westdeutschen Industrie ist sehr groß. Hier bestehen dagegen jetzt Chancen, weil tabula rasa gemacht wurde." Im übrigen wäre auch er für eine größere Belegschafts-Beteiligung.

Hans-Jürgen Ewers ging noch weiter: „Warum nicht Buy-Outs durch die gesamte Belegschaft?" Die Erfolgs-Voraussetzungen seien sehr groß bei einer „kollektiven privaten Haftung". Zur Treuhand gewandt meinte er: „Wie kann sie die Sanierungsfähigkeit überhaupt beurteilen - man muß doch das immer in Relation zu einem Markt sehen..."

Der Münchner Treuhand-Manager Hellmuth Coqui, vor allem Immobilien-orientiert, gab sich naiv: „Ich weiß auch nicht, warum z.B. keiner Narva-Glühbirnen kauft, denn brennen tun sie doch genausogut wie die, die hell wie der lichte Tag sind."

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des WF, Holger Kaselow, hatte einige Erklärungen dafür: Es fehle den Betrieben die Zeit, anständig Aufträge zu acquirieren, die Standortfragen sind ungeklärt und „die Mitbestimmung ist im Osten nicht gegeben", im übrigen gab es dort auch eine Vernetzung - zwischen den Betrieben und wissenschaftlichen Einrichtungen beispielsweise.

Dieter Scholz von der IG Metall-Bezirksleitung verschärfte diese Gedanken noch: Auf Wirtschafts-Konferenzen werde fast nie über die betroffenen Menschen geredet, wenn vom Humankapital die Rede sei. Über die Ressource Belegschaft sei höchstens erwähnenswert, daß sie qualifiziert werden müsse, nie dagegen, was für Qualifikationen sie habe: „Wenn jedoch Menschen derart radikal aus dem Produktionsprozeß eliminiert werden wie jetzt, dann weiß ich nicht, wie man mit denen wieder was Neues aufbauen will...Wie saniere ich denn einen Betrieb, wenn nicht mit den Menschen vor Ort...Jedes Innovationspotential ist draußen, was will man da noch privatisieren, was will man da überhaupt noch machen?"



Aus einer Photoserie über das Stahlwerk Hennigsdorf

(Von 90 Betrieben in Berlin sind mittlerweile Zweidrittel unter 100 Mitarbeiter geschrumpft, und auf 100 Mitarbeiter kommt weniger als einer, der noch im Forschungs- und Entwicklungsbereich arbeitet, in Westdeutschland sind es ungefähr 6.)

Als positives Gegenbeispiel für diese deprimierende Tendenz wird immer wieder die Knorr-Bremse erwähnt, deretwegen Eberhard Diepgen im Senat sogar einmal die PDS-Abgeordnete Carola Freundl anbrüllte, weil sie das einfach nicht wahrhaben wollte. Der Berlin-Beauftragte der Knorr-Bremse, Peter Riedlinger aus München, erzählte deswegen noch einmal seine Erfolgs-Story: Schon vor der Wende seien sie mit einem Bus nach Ungarn gefahren, um sich unter den dortigen DDR-Flüchtlingen Arbeitskräfte zu suchen, die sie gleich mitgenommen hätten: „Und keinen einzigen haben wir bisher aus Faulheit verloren, im Gegenteil: einige haben Karriere gemacht." Nach der Wiedervereinigung mit ihrem ehemaligen Berliner Betrieb seien „nur 2 Wessis" dort tätig geworden, die anderen 700 (von 1400 Mitarbeitern) seien Ossis. Und der Betrieb sei keine verlängerte Werkbank sondern hätte „eigene Entwicklungskompetenz". Der „berühmte deutsche Nachkriegseffekt - so etwas kann

man also auch im Osten machen!" Man muß da natürlich „Kultur reinbringen", und „wegen eines sauberen Betriebsklimas" auch mit dem Betriebsrat diskutieren! Als besonderen Erfolg wertete Riedlinger dabei, „daß wir als erster Betrieb ein 4-Schicht-Modell ausgehandelt haben". In diesem Zusammenhang lobte er auch die IG Metall, daß sie da mitgezogen hätte: „Berlin ist nicht nur produktiv, sondern auch kreativ!" (Bei der IG Metall legte man später jedoch Wert auf die Feststellung, daß das gepriesene Modell mit dem Betriebsratsvorsitzenden Krause ausgehandelt worden war - und zwar eher gegen die Gewerkschaft.)

Einem Kritiker, der das Knorr-Bremsen-Beispiel als nicht repräsentativ abtun wollte („Im Zeitalter der Beschleunigung braucht man natürlich überall Bremsen, aber wie sieht es in den anderen Branchen aus?"), beschied Riedlinger, daß es sich bei der Übernahme mitnichten um ein „Filetstück" gehandelt habe: „Von 600 Maschinen haben wir 520 verschrottet. Die Belegschaft ist der eigentliche Gewinn, unser zentrales Pfund, auch seine große Leidens-Bereitschaft."

Ähnlich optimistisch wenn auch mehr allgemein äußerte sich dann der neue Vorstandsvorsitzende der Elpro AG, Olof Enmark. Der von seiner Belegschaft als eher „unflexibel" (*) eingeschätzte schwedische Manager meinte, daß der Aufwind der Region, mit ihren Milliarden-Aufträgen und ihrem quantitativ und qualitativ hohen Kulturangebot „in jeder Hinsicht zu positiven Ergebnissen führen wird", in seinem Betrieb sei bereits „wesentliches in Richtung Strukturanpassung" getan worden, derzeit würden Marketing und Vertrieb rationalisiert, nicht-leistungsfähige Bereiche ausgegliedert und der Verwaltungs-Wasserkopf verringert, außerdem wolle man demnächst von einigen ökologisch orientierten Wirtschaftsförderungs-Programmen des Senats profitieren.

Das letzte hatte ihm sein Pressereferent Rabe in die Rede geschrieben, Enmark war eigentlich eher dagegen gewesen.

Beim Stichwort „Region" wandte sich die Kritik dem Wirtschaftssenat zu: Kurt Hornschild vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung mahnte dort ein „unternehmerfreundliches Klima" an, sowie die notwendige „Orientierung" („die Politik schweigt"), denn letztendlich gehe es um die Frage des „Images der Region": „Wie verkauft sich Berlin als Industriestadt?"

Dazu wußte jemand aus Erfahrung, daß man für die Genehmigungs-Verfahren in Brandenburg 6-10 Wochen, in Berlin dagegen 4-6 Jahre benötige. Ein in Zehlendorf ansässig gewordener Unternehmer riet: „Gehen Sie mit den Bauplänen zuallererst zur Feuerwehr!" Und der DIW-Forscher kam mit dem Vorschlag einer treuhänderisch tätigen Consulting-Firma „statt wie jetzt noch 16 Ansprechpartner in den verschiedenen Behörden". Auch Manfred Foede fand, daß der Industriesektor in Berlin „unterbewertet" sei, und daß zu viele Senatoren jeweils eine eigene „Stadtpolitik" machten, auch gäbe es keine Abstimmung zwischen der Treuhand und der Politik, „welche Industrie es hier geben" solle: „Wenn wir nicht alle gemeinsam über unseren Schatten springen und uns an einen runden Tisch setzen, dann werden wir nur wenig für die Stadt erreichen."

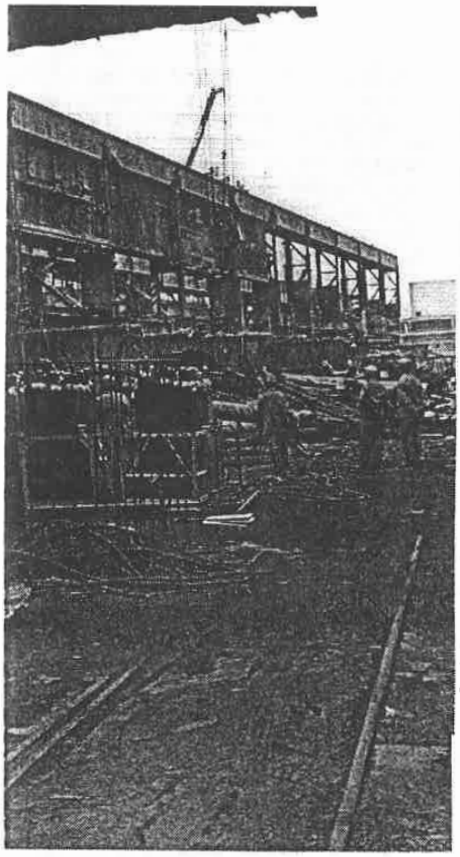
Dabei gäbe es, so ein anderer Teilnehmer, genügend Management-Methoden, „Erfolgszwang zu produzieren", die müsse man nur auf die Verwaltung übertragen. Das Abgeordnetenhaus sollte sich eher als Aufsichtsrat begreifen und nicht jede Entscheidung selber treffen.

- Wohl aber anscheinend der Wirtschaftssenator höchstpersönlich, denn mehrmals wurde das „Modell Späth" gepriesen: „In Baden-Württemberg konnte praktisch jeder Unternehmer direkt zu Lothar Späth gehen," so Olof Enmark.

Auch einem - noch etwas sprachlosen - Sprecher einer jungen Kreuzberger Firma, der Spektrum GmbH (Entwicklung und Produktions von Festkörper-Lasern), wurde das Späth-Modell - per Visitenkarte - anempfohlen, nachdem er erzählt hatte, daß die Gewerbemieten-Erhöhung ihm derzeit Kummer bereite und sein 30-Mannbetrieb wohl bald aus dem für sie nützlichen Kreuzberg-Netzwerk raus müßte. Andererseits würde er jedoch nicht viel von den zuvor von Meisner gepriesenen Industrie- und Gewerbeparks (z.B. in Adlershof) halten: „Das sind keine Lösungen, was es dort gibt, sind zusammengewürfelte Notgemeinschaften!"

Der Wirtschaftssenator war bei diesen Kritiken nicht anwesend (er mußte im Senat Rede und Antwort stehen). Es sei deswegen auf ein älteres Interview mit ihm zu den selben Problemen zurückgegriffen: Norbert Meisner hatte sich darin über den CDU-Finanzsenator Pieroth mokiert, der genauso, wie es hier gefordert wurde, Politik mache - nämlich Ansprechpartner zu sein für investitionsfreudige Unternehmer und sich persönlich für ihre Wünsche einzusetzen, während es ihm, Meisner, eher darum gehe, seine Verwaltung zu „managen", was z.B. auch bedeute zu kontrollieren, „wo gibt es einen Aktenstau?" - Wenn das nicht zu effektivieren wäre, würde dieser Vorgang gegebenenfalls auch von ihm nach draußen verlagert werden: „in die Hände einer Bank beispielsweise".

Gegen Ende der Konferenz wurden noch einmal die fehlenden „Visionen" in der Politik eingeklagt - u.a. vom Münchner Axel Springer Manager Ferdi Breidbach, der gerade für die von seinem Münchner Freund Mühlfenzl entlassenen Radio- und Fernsehjournalisten der DDR übelste Umschulungen organisiert hatte, jetzt röhrte er:



„Diese Zeiten des Umbruchs sind Zeiten von Machern, Visionären und Entscheidern. Ich bin hier vor 12 Monaten nicht hergekommen, um zu diskutieren!" Meisner entgegnete darauf nur, daß er von Visionen überhaupt nichts halte, er begreife sich eher, wie Helmut Schmidt seinerzeit schon, als einen „leitenden Angestellten".

Aber ich habe vorweggegriffen, in der Debatte meldete sich erst einmal ein Bremer Unternehmensberater, Hans-Jürgen Buschmann, zu Wort. Er meinte, die bisherigen Diskussionen hätten die Probleme eher zu- als aufgedeckt. Als Beispiel erwähnte er die 1014 Maschinenbau-Unternehmen in Treuhand-Verwaltung, von denen 600 noch nicht verkauft seien und nur 200 wahrscheinlich überlebensfähig seien: „Die wirkliche Privatisierung liegt erst noch vor uns. Auch im Elektrobereich müssen die Betriebe sich aus sich selbst heraus privatisieren." Dabei müsse man projekt- bzw. betriebsspezifisch vorgehen - was gegen die neuen Management KGs spreche, in denen jeweils 10 Betriebe zusammengefaßt werden: „Ein Sanierungs-Team darf nicht mehr als zwei Betriebe betreuen. Außerdem muß die Management-Kraft primär aus dem eigenen Unternehmen kommen, die laufen nirgends rum." Das MBO sei dafür das wesentlichste Instrument.

Ein anderer Unternehmensberater, Adolf Pourroy (von der Stratacom Consult) wandte dagegen ein: „Reine Lösungen - a la Silicon Valley - kann man nicht empfehlen. Für jeden Fall muß eine andere Lösung gefunden werden. Dabei darf man sich auch nicht den doktrinären Lösungen der Treuhand unterwerfen."

Ein Gewerkschafter meinte, damit die Sanierungs-Konzepte in den Unternehmen selbst entwickelt werden, müßten die Betriebsräte zuvor aus dem defensiven Denken herauskommen, das sei teilweise auch ein Fehler der IG Metall, die zwar solch ein Denken immer sehr gut geschult habe, aber zum offensiven Mitentscheiden-Können zu wenig Angebote den Betriebsräten bisher gemacht habe. (Ein Gegenbeispiel dürfte das Frankfurter Triumph/Adler-Sanierungskonzept sein)

Der Siemens-Vertreter sagte: „Ich gebe zu, daß wir auch in den Ost-Betrieben gute Unternehmer haben, aber das reicht nicht. Die Werke in Teltow und Treptow z.B. wären über den Deister gegangen, wenn wir sie nicht übernommen hätten." In diesem Zusammenhang kritisierte er auch die Treuhand, die in Berlin s i t z e und eben nicht - entgegen ihren Beteuerungen - durch die Welt eile und um Investoren buhle: „Wir müssen fortlaufend die Klinken putzen, das wissen wir doch alle als Verkäufer!"

Schon seit einiger Zeit hält sich das Gerücht, daß Siemens seine Kabel-Produktion in Berlin einstellt. Dazu war eine Bemerkung ihres Berliner Managers Gerard - „Wir müssen, wie andere auch, unsere konventionelle Produktion wandeln" - vielleicht bereits erhellend.

Hans-Werner Uhlig (von der B.A.E. Batterie GmbH) sah dagegen die „Zurückeroberung der Märkte" als primäres Problem. Dies ginge aber nur, „wenn die Großen einen dulden: Das wäre mal was, wenn d i e teilen würden!"

Jemand vom EAW erwähnte „die guten Erfahrungen mit einem Ost-West-Management-Mix" und meinte, daß sie auch von der Treuhand „hervorragend unterstützt" würden, z.B. in bezug auf die Grundstücks-Problematik - was Manfred Foede zu einem Husten provozierte.

Der Elpro-Vorstandsvorsitzende forderte, die Treuhand-Unternehmen müßten auf der Basis von 5-8jährigen Rentabilitätsberechnungen - auch und vor allem perspektivisch - beurteilt werden. Ein reichlich später Wunsch, wenn man an die Horst Plaschna Bewertungs-Gruppe in der Treuhand denkt, die noch unter Rohwedder alle DDR-Betriebe erst einmal (mit Zensuren von 1-6) benotet und dementsprechend das Berliner Glühlampenwerk z.B. sogleich auf die Abwicklungsliste gesetzt hatte (***). Apropos: Hartnäckig erkundigten sich einige Treuhand-Manager bei PDS-Abgeordneten, wie viel Müller und Bock dafür bekommen hätten, daß sie dem neuerlichen Verkauf Narvas an einen Immobilien-Entwickler zustimmten.

- Wahrscheinlich, weil sie dem für den Narva-Deal verantwortlichen Treuhand-Manager, Wolf Klinz, so viel Glück, damit fürs erste aus der Abschuß-Linie herausgekommen zu sein, nicht gönnen. Klinz hielt ebenfalls ein kleines Referat auf der Konferenz, in dem er die Einstellung der Lichtproduktion bei Narva quasi verteidigte: „Der Anteil des produzierenden Gewerbes war zu hoch in Berlin, den kann man nicht beibehalten. Wir brauchen eine Entwicklung, die das Gleichgewicht zwischen Industrie, Dienstleistung und Service herstellt." Klinz weiter: " Daß was an industrieller Substanz erhaltenswert ist, sollte die Treuhand auch tun, was zu privatisieren ist jedoch privatisieren." Das Jahr 1992 stehe dennoch unter dem Gesichtspunkt: „Sanierung vor Ort." (***) Konkret erwähnte er dazu das Werk für Fernsehelektronik: „Das WF ist nur zu sanieren durch einen neuen Eigentümer aus der Branche. Wir können immer nur investorneutrale Investitionen durchführen. Im WF werden Farbbildröhren produziert. Und in diesem Geschäft können sie mit einem einzigen Werk nie über die Runden kommen, das geht nur mit einem Unternehmen, das weltweit mitspielt."

Für Manfred Foede, dem man das letzte Wort auf dem Podium eingeräumt hatte, waren diese Ausführungen von Klinz über das WF ein Beleg dafür, wie man es genau nicht hätte machen dürfen: Erst drei Bereiche des Werkes naßforsch liquidieren und dann konstatieren, daß der Rest alleine auf dem Markt keine Überlebenschance hat.

Norbert Meisner brachte in seinem Schlußwort noch

einmal den Standortfaktor „Weiche" ins Spiel: „Alle Verkehrsminister reden vom Ausbau des Schienennetzes und der Modernisierung der Bahn, bauen aber hauptsächlich Straßen."

Zum wichtigsten Standortvorteil der Stadt ernannte er jedoch „die Berliner selbst, vor allem die Ostberliner".

In einigen Punkten gab er seinen Kritikern recht (so z.B. Hans Wiebe von der Wiebe Textil AG und Ferd Breidbach, die „Flexibilisierungen" angemahnt hatten - bei der Flächennutzung, den Maschinenlaufzeiten, der Sonntagsarbeit und bei den Vorgaben des Denkmalschutzes, sowie eine „Beschleunigung der politischen Entscheidungen" - um Nutzungsgrade zu erhöhen. Meisner war sich mit Bausenator Nagel schon länger darin einig, daß man nach der Wende den Landeskonservator eigentlich für 5-8 Jahre nach Hawai ins Exil hätte schicken sollen. Im übrigen ging auch ihm alles noch viel zu langsam.)

Zuguterletzt bezeichnete er die Wirtschaftskonferenz als weiteren wichtigen „Schritt zum Aufbau einer Business Community in Berlin". Vielleicht weil die dort antagonistisch Kooperierenden alle so furchtbar nett miteinander umgegangen waren, vor allem mit ihm, der wirklich souverän und aufgeräumt wirkte („Der Senator hat gute Laune" - titelte der Tagesspiegel), und weil man sich 100prozentig darin einig geworden war, die Probleme der Stadt fürderhin noch kreativer, flexibler und innovativer anzugehen als bisher.

(*) Das ist höflich ausgedrückt, Olof Enmark ist in Wahrheit ein Betonkopf wie er im Buche steht. Angeblich soll er wegen Verwicklung in die Lybische Giftgas-Affäre von den Amis mit Einreiseverbot belegt worden und deswegen als Manager vakant gewesen sein, weswegen der Aufsichtsratsvorsitzende Liertz, der bis heute nicht weiß, was Elpro eigentlich produziert, ihn als Vorstandsvorsitzenden einstellte. Der Elpro-Pressereferentin eröffnete Enmark als erstes, daß er von ihr keine Vorschläge entgegennehme, solange sie sich nicht einen anderen Rock anziehe. Tagelang beschäftigte er sich mit den Blumen im Verwaltungsgebäude oder studierte Audi-Kataloge. Als Einsparungsmaßnahme entschied er sich dann für die V8-Modelle, die n o c h teurer waren als die bisher geleasten Mercedes 200. Von Diskussionen im Vorstand hielt er nichts, stattdessen beschloß er mutig, z.B. im Bereich Zementwerks-Bau von 35 Leuten kurzerhand 15 zu entlassen, womit er diesen Bereich faktisch liquidierte. Als ein Iran-Auftrag hereinkam, wurden die 15 schnell wieder eingestellt. Ebenso unsinnig und völlig aus der Luft gegriffen war sein Plan, am 6. Februar 900 Mitarbeiter zu entlassen. Da er grundsätzlich nie direkt etwas anordnete, bearbeitete er zunächst seinen Personalchef Ulbricht - mit Dienstwagen und gehörigen Gehaltserhöhungen (damit kam er im übrigen auch dem Betriebsrat bei). Ulbricht wies er sodann an, die Entlassungen vorzunehmen, was der hochmoralische und religiösengagierte Mann unter Tränen schließlich auch tat (die Entlassungen wurden wenig später wieder rückgängig gemacht, auf Druck der Belegschaft). Als weitere Einsparungsmaßnahme fiel Enmark dann das Einsammeln von 17 Haus-Fernsehern ein, die intern versteigert werden sollten: 15 davon ersteigerte er selber, sogar ein kleines Schwarz-Weiß-Gerät, daß eine Sekretärin aus dem Vertrieb für 170 DM begehrte - überbot Enmark mit 300 DM.

Ähnliches passierte später mit einer Segelyacht, die der Betrieb an der Küste noch besaß - auch sie wurde von Enmark ersteigert, weil keiner von den Elpro-Leuten derart hoch bieten konnte. Angeblich soll er sich jetzt auch ein Ferien-Objekt der Firma unter den Nagel gerissen haben - ein Skandal, den die Treuhand bisher nur unter der Decke halte. Trotz derart heftiger Einsparungsversuche genehmigte Enmark sich selbst 1.Klasse-Flüge - und düste damit durch die Weltgeschichte. Nach Saudi-Arabien z.B.. Aber es gelang ihm nicht, einen einzigen Auftrag zu acquirieren.

(**) Der ehemalige Chef der D.A.L. (Deutsche Anlagen Leasing) - Plaschna - leitet jetzt ausgerechnet eine der zwei ersten Management KGs in der Treuhand.

(***) Sanierung vor Ort? Als anfänglich Elpro-Verantwortlicher hatte Klinz auch mit dem Schweizer MBO-Geldgeber Schwämmle verhandelt, der nun angeblich von Interpol gesucht wird und im Auftrag der KoKo-Firma Imes einst Iran-Waffengeschäfte für die DDR eingefädelt haben soll. Das Geld für den Elpro-MBO-Deal sollte dann ebenfalls aus der DDR bzw. aus dem Betrieb selbst kommen und sich in Pjöngjang in einen nahezu zinslosen Bankkredit verwandeln. Aus dem Betrieb, aus dem Vorstand, kamen später auch drei anonyme Briefe, die den ersten Aufsichtsratsvorsitzenden, Beutel, und zwei Vorständler, Luft und Tobolt, zerbröselten und selbst den Betriebsratsvorsitzenden noch beutelten. Als nach dem so gescheiterten MBO-Konzept drei zuvor schon abgewimmelte McKinsey-Berater, Eckardt, Emans und Schossleitner (EES), erneut auf den Plan traten, um die Elpro AG zu kaufen, was ihnen dann auch schlußendlich gelang, vermutete das Forbes-Magazin: Treuhand-Vorständler Hero Brahms und Wolf Klinz, letzterer hatte früher mit Emans bei Mc Kinsey zusammengearbeitet, hätten die anonymen Briefe veranlaßt, um für die bei McKinsey mittlerweile entlassenen Consultants die Bahn frei zu machen. Auch der von ihnen dann eingesetzte neue Aufsichtsratsvorsitzende, Liertz, war lange Jahre bei McKinsey gewesen.

Wie auch immer die Fäden geknüpft waren, der für den Vertrieb zuständige West-Vorständler Schmolke schmiß ebenfalls bald das Handtuch, er war zuletzt, wiewohl von robuster Natur, schon leicht Stasi-paranoid geworden war. Heute meint er, daß der Verkauf an die McKinsey-Leute, obgleich er noch im Vorstand vehement dagegen gekämpft hatte, nunmehr die beste aller übriggebliebenen schlechten Varianten sei, obwohl das EES-Konzept im Kern auch nur auf eine „Immobilienlösung" hinauslaufe. Darauf läuft im übrigen auch Meisners und der SPD Lösung hinaus: Sie wollen - über eine Landes-Entwicklungsgesellschaft - das bald von der Elpro AG verlassene Gelände an der Rhinstraße kaufen, um es als Industriestandort zu erhalten, u.a. soll das EAW dort hinziehen. In einem anonymen Brief u.a. an den Tagesspiegel wurde Brahms und Klinz gerade vorgeworfen, den neuen Elpro-Eignern das Grundstück für mehr als das doppelte des notwendigen abgekauft zu haben. Wenn das stimmt, dürfte die SPD-Industriegrundstücks-„Lösung" teuer werden.

H.H.

DIE PROLUX GMBH

Ein Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden Manfred Smala

Die Firma entstand 1990 durch Ausgliederung der Maschinenbau-Abteilungen bei Narva. Wenn ihr euch von denen lossagt, unterstützen wir euch mit Aufträgen, hatte Osram signalisiert. Erst war es eine Narva-Tochter, dann eine 100prozentige Treuhand-Firma mit Sitz in Frankfurt/O und Hohenschönhausen. Bei der Treuhand wurde dann ein Manager für sie zuständig, der zuvor für Osram Kompaktlampen-Fließreihen in Amerika aufgebaut hatte. Als einer der potentiellen Narva-Interessenten die Prolux GmbH mitkaufen wollte, bekam er von der Treuhand die Auskunft, der Betrieb sei bereits durch ein MBO privatisiert worden. Dies ist aber bis heute nicht der Fall und seit Anfang des Jahres ist der Betrieb der Abwicklungs-Abteilung in der THA unterstellt worden, die neuerdings dem Bereichsleiter von U4, Wolf Klinz, zugeschlagen ist, der die meiste Abwicklungserfahrung hat, weil es in der Elektroindustrie, für die er bisher zuständig war, nie eine Marktwirtschaft gegeben hat.

Smala: Wir sind hier Mieter bei der ehemaligen Bauakademie, von denen wir Mitarbeiter übernommen haben. Wir besitzen also kein Grund und Boden, haben dafür aber auch keine Narva-Altlasten mehr mitzutragen. 1027 Mitarbeiter hatten wir anfänglich, 482 in Berlin und 547 in Frankfurt. Dort wurden schon Mitte 1991 über 200 entlassen und bei uns 56. Jetzt sind wir 240, müssen aber wahrscheinlich noch auf 180 Beschäftigte runter. Von Narva hatten wir einige wenige Grundmittel, Werkzeugmaschinen, mitgenommen sowie zwei schrottreife Allgebrauchslampen-Fließreihen, die wir dann wieder zum Leben erweckt haben.

Ostwind: Ihr produziert auch Lampen...

Smala: Ja, aber nur in geringen Mengen, um nämlich potentiellen Käufern die Leistungsfähigkeit der Maschinen vorführen zu können. Die lassen sich ja nicht beliebig in der Produktivität steigern, da ist man ja auf bestimmte technologische Grundzeiten angewiesen: ich kann z.B. nicht schneller einschmelzen als die Flamme und der Wärmeübergang am Glas das zuläßt. Insofern sind das alles Sondermaschinen, Unikate fast, für die Lichtquellen-Industrie.

Ostwind: Was ist aus den Osram-Versprechungen geworden?

Smala: Im Nachhinein stellt sich das als bloße Leimrute heraus. Außer zwei kleinen Förderbändern, die wir für Osram bauen durften, ist nie wieder ein Auftrag von denen reingekommen. Auch nicht von anderen deutschen, nicht mal von europäischen Lampenherstellern. Wir müssen also zusehen, wie wir von woanders welche herkriegen. Theoretisch können wir überall hinliefern: Die auf unserer Maschine hergestellte Kompaktlampe, die Energiesparlampe, ist von der Qualität her nicht an der untersten Grenze angesiedelt. Leider waren wir beim letzten Test der Stiftung Warentest noch nicht dabei. Wir waren da noch zu sehr im Stadium der Pilotfertigung.

Ostwind: Treuhand-Manager Schütze hat euch doch mal unumwunden gesagt: Ihr könnt alles machen, nur keine Lampen oder Maschinen dafür herstellen...

Smala: Wie ernst das gemeint war haben wir damals vielleicht noch gar nicht so begriffen. Wir hatten gedacht: wenn wir eine eigenständige Firma erst sind, dann kann uns ja wohl keine andere Stelle mehr dazu bewegen, ein bestimmtes Produktionsprogramm aufzulegen oder sein zu lassen. Unsere Geschäftsleitung ist davon sogar noch immer überzeugt. Nun sind wir aber a) der Treuhand rechenschaftspflichtig und schreiben b) immer noch rote Zahlen, was unsere Position natürlich erschwert. Narva hatte uns seinerzeit mit Mitteln ausgestattet, die noch nicht mal für eine Lohnzahlung reichten. Nun war aber damals natürlich noch nicht abzusehen, daß Narva derart in Bedrängnis geraten würde - durch Osram und Philips, es bestanden also begründete Hoffnungen, weiterhin für das Berliner Glühlampenwerk Maschinen zu bauen bzw. Aufträge von denen zu bekommen, das ist dann so gu

wie gar nicht geschehen. Allein für die Wartung und Reparatur ihrer Maschinen hätten wir schon auf Dauer 50-100 Leute bei uns beschäftigen können. Der Rest hätte sich natürlich mit Neubau befassen müssen, aber auch das wäre ja für Narva interessant gewesen. Leider sind auch die Aufträge von anderen Firmen meistens nur Lohn-Arbeiten, also kaum Entwicklungs- und Projektierungs-Aufgaben.

Ostwind: Über mögliche Bewerber für Prolux hat die Treuhand noch nichts gesagt?

Smala: Kein Ton. Unser Geschäftsführer hat mal irgendwelche Inder erwähnt, aber die werden Osram und Philips wohl kaum zulassen, hier auf dem Markt. So wie sie auch gegen die Japaner, Phoenix, vorgingen, als die Interesse an Narva zeigten. Seitdem unser Bearbeiter in der Treuhand nach Leipzig versetzt wurde, haben wir in der Treuhand niemanden mehr gehabt, der mit uns reden wollte.

Ostwind: Ihr habt unlängst eine Maschine nach Österreich geliefert, zum Recycling von Leuchtstofflampen...

Smala: Das ist ein von Osram gekauftes Patent, von uns weiterentwickelt. Nach dem Willen der Treuhand, Schütze von Osram, sollten wir uns ja auf dieses Gebiet konzentrieren.

Ostwind: Ist die Leuchtstoffröhren-Recyclingsanlage im ehemaligen Narva-Betrieb Brand-Erbisdorf auch von euch?

Smala: Nein, aber die vier Fließreihen dort, auch die damals modernste, die F 2000, die 2000 Röhren pro Stunde produzierte, ist von uns entwikkelt worden. Ich war schon lange nicht mehr da, und mit den neuen MBO-Besitzverhältnissen in Brand-Erbisdorf, komme ich da wahrscheinlich - als Laie - nicht mal mehr rein. Es wäre aber schon mal interessant, das Recyclings-Verfahren dort kennenzulernen. Denn d e r Weg ist sicher richtig und das müßte auch der Gesetzgeber berücksichtigen: Nicht nur hinter dem Zyklus des Verbrauchers zu recyceln, sondern auch hinter der Produktion gleich - den Ausschuß.

Ostwind: Fühlt sich der Betriebsrat eigentlich ausreichend von der Geschäftsführung informiert?

Smala: Das war einige Zeit nicht so selbstverständlich, all die Informationen, die wir forderten, auch rüberzureichen, das hat sich aber jetzt mit Sicherheit gebessert. Vielleicht, weil wir gemeinsam in einem Kahn sitzen, der nicht gerade sehr positiv zu bewerten ist bzw. bewertet wird - von der Treuhand. Wir müssen ja damit leben, daß uns ständig vorgehalten wird, soundsoviel Schulden zu haben. Und die können wir nur durch eigene Leistungen abbauen, die werden uns glaube ich nicht erlassen. Ein möglicher Investor müßte das aushandeln, wieviel Schulden er übernimmt. Ganz sicher wird das nicht so großzügig ausfallen wie bei der Werften-Privatisierung.

Ostwind: Aber offiziell kennt der Betriebsrat doch kein einziges Konzept von einem Bewerber bisher...

Smala: Das ist richtig, aber ich bin der Meinung, daß die Interessenten, mit denen die Geschäftsleitung geredet hat bisher, noch gar kein Konzept bei der Treuhand hinterlegt haben, und wenn doch, dann sind wir darüber nicht informiert worden, auch nicht darüber, ob es 1,2 oder 4 Bewerber sind.

Ostwind: Besteht nicht die Gefahr, daß mögliche Interessenten den Abschluß der Liquidierung abwarten, um dann für n Appel und n Ei die Maschinen abzustauben...

Smala: Wir haben ja in dem Sinne kein allzu großes Vermögen. Wir sind hier für 10 Jahre Mieter, über Grund und Boden verfügt nur der Betrieb in Frankfurt/O, und davon, von der Beleihung der Immobilie dort, hat dieser Betrieb, Prolux, bis Ende 91 gelebt, außer vom geringen Umsatz. So läßt sich die Sache grob darstellen. Und jetzt sind wir eben an der Kante, wo die Mittel nicht mehr ausreichen, und wir auf die Treuhand also angewiesen sind. Aber um noch mal auf die Frage von vorhin zurückzukommen: Es gibt Teile des Betriebsrates, die mit der Vergangenheit der Geschäftsführung hadern, insofern sie ihnen nicht zutrauen, eventuell durch einen Kurzlehrgang vom alten Management volkseigener Betriebe zum Manager in einer Marktwirtschaft es geschafft zu haben, sich umzuprofilieren, jedenfalls nicht so überzeugend, daß sie der Konkurrenz standhalten- ...Das ist die eigentliche Befürchtung.



Aber was die Aktivitäten anbetrifft, die der Geschäftsführer unternommen hat, um den Betrieb hier zu erhalten, da gibt es eigentlich die übereinstimmende Meinung, daß das ein anderer vielleicht auch nicht besser hätte machen können. Daß er keine Erfolge hatte, ist doch wohl der Gesamtsituation im Maschinenbau in Deutschland geschuldet. Und andere Dinge, die wir der Treuhand gegenüber geltend gemacht haben - also personelle Altlasten, die sind durch die Treuhand dann ausgeräumt worden: Z.B. zwei ehemalige Parteisekretäre von Großbetrieben, die waren - über Narva - bei uns hier gelandet, im Bereich der technischen Betriebswirtschaft und beim Vertragswesen, zwar nicht in leitenden Funktionen, aber selbst das war ein Stein des Anstosses in der Belegschaft gewesen. Der eine war dann vorruhestandsberechtigt und der andere ist in eine private Firma gegangen. Man kann nicht sagen, dieses Problem ist bei uns so gravierend, daß es das betriebliche Ergebnis, so wie es sich heute darstellt, mitverursacht hat.

Ostwind: Die Situation auf dem Sondermaschinen-Markt ist sicher kompliziert, und dann auch noch im Glühlampen-Bereich...

Smala: Wir setzen unsere Hoffnungen auf die Kompaktlampen-Maschine. Wenn Interessenten da sind, werden wir uns von unseren Fließreihen für Glühlampen wohl trennen, damit ist kaum eine Mark zu machen. Und die Arbeitsplätze daran sind ohnehin nicht so zahlreich: Da sind ca. 12 Leute beschäftigt, maximal, und das in zwei Schichten vielleicht, sind 24 Arbeitsplätze. Aber wenn man dabei ein Produkt ständig unter Verlust herstellt, dann ist eben auf Dauer nichts zu machen.

Ostwind: Wie sieht es mit der Herstellung von Sonderlampen aus?

Smala: Ich halte diese Langlebensdauerglühlampen, auch die von Binninger z.B., mehr für einen Werbegag - wenn die Lichtausbeute durch andere Wendel-Wickeldaten herabgesetzt wird, daran ändern auch die zusätzlichen elektronischen Hilfsmittel nichts. Mag sein, daß das für Spezialbereiche oder für Leute, die rechnen können, etwas ist, diese lange Lebensdauer für 5 DM, aber man darf nicht vergessen, der Betrieb gibt die normalen 1000-Stunden-Glühlampen mit rund 35 Pfennig das Stück ab. Höchstens für Ampelanlagen, also in Sicherheitsfunktionen, wären die langlebigen, mit 150.000 Stunden, vielleicht sinnvoll...

Ostwind: In das Geschäft kommt man aber kaum rein: da liefert Osram die etwas über 1000 Stunden brennenden Signallampen und Siemens stellt in allen Städten die Auswechselteams, das ist ein Millionengeschäft, allein in Berlin jedes Jahr.

Smala: Vielleicht gibt es da noch eine Chance in den Kommunen der ehemaligen DDR. Aber ich bin pessimistisch geworden. Selbst die hier auf dem Gelände der ehemaligen Bauakademie anfallenden Leuchtstoffröhren werden von der Westberliner Stadtreinigung, BSR, recycelt. Dieser Vertrag ist wahrscheinlich in Unkenntnis dessen abgeschlossen worden, daß wir selber, Prolux, das auch hätte machen können. Es ist schwierig: Wir wollten jetzt die Genehmigung bekommen, eine Recyclings-Anlage von uns am Stadtrand zu betreiben. Das hat die Landesregierung aber nicht erlaubt, daß wir den Sondermüll dazu quasi in Brandenburg einführen. Das ist aber sicherlich zu schaffen, daß die beiden Länder - Berlin und Brandenburg - da eine Einigung erzielen, denn daß die Lampen im Großraum Berlin entsorgt werden müssen ist ja unstrittig, und daß sie zur Zeit nur zu 50% in Ruhleben entsorgt werden können, weiß man auch. Aber das wird nicht als Notstand angesehen, und deswegen haben wir z.Zt. noch die Schwierigkeiten, unsere Anlage zu betreiben. Das betrifft Standort, Genehmigung, Umweltverträglichkeits-Gutachten etc., das müssen wir für Berlin erst alles beantragen.

Ostwind: Der Erhalt Narvas als Lichtquellen-Produzent ist ja zuletzt an der Philips-Lizenz zur Herstellung von Kompaktlampen auf einer Osram-Fließstrecke gescheitert...

Smala: Unsere Kompaktlampe ist eine eigene Schöpfung von Prolux. Die hat auch ein neues Vorschaltgerät, ebenfalls eine eigene Entwicklung...Und sie ist mit Sicherheit keine Lampe, die patentrechtlich mit anderen in Kollision geraten wird. Sowohl bei der Maschinen-Technologie als auch bei den Verfahren, beim 3-Banden-Leuchtstoff z.B., wurde Neuland betreten. Aber wir sind damit immer noch nicht auf dem Markt, weil die Stückzahlen, die man für den Verkauf bräuchte, noch gar nicht aktuell sind, wir sind immer noch in der Pilot-Fertigung, um die Technologie 100prozentig für eine gewisse Fließfertigung vorzubereiten.

Ostwind: Dann muß Osram aber doch ein starkes Interesse haben, euch rechtzeitig zu liquidieren...

Smala: Das kann man so sehen. Aber wir sind doch gar keine richtige Konkurrenz für die. Außerdem besteht auf dem europäischen Markt immer noch ein Bedarf von ca. 10 Millionen Energiesparlampen jährlich, der von den führenden Herstellern nicht abgedeckt werden kann. Natürlich hätten wir auch Narva - in ca. einem Jahr - mit einer solchen Fließreihe für Kompaktlampen ausrüsten können, wobei das dort mit dem vorhandenen technologischen Potential sicher noch schneller vonstatten hätte gehen können, wenn es anders gekommen wäre...

Ostwind: Die Erben der Binninger-Firma aber auch Philips beziehen Energiesparlampen aus China, da stellt sich dann vielleicht auch bald die

Frage, ob man hier nicht zu teuer produziert, zumal die chinesischen Lampen nicht schlechter sind?

Smala: Ja, aber Osram z.B. hat sich ja die Fachkräfte nach Wunschliste seit der Wende von Narva geholt und die müssen ja dort irgendwann auch mal brauchbare Ergebnisse erzielen, also schlafen tun die in den Forschungs- und Entwicklungs-Abteilungen hierzulande auch nicht. Bei uns war es im übrigen so, daß wir in einigen Bereichen vor einiger Zeit sogar Terminnot hatten, in anderen Bereichen mußten wir auf Betriebsratsseite anerkennen, daß nicht genügend Arbeit für alle da war und immer noch nicht ist. Diese Problematik ist ja in vielen Betrieben vorhanden, da geht es im Grunde genommen nur darum, die Kurzarbeit gerecht zu verteilen. Einige Mitarbeiter haben uns natürlich auch von sich aus verlassen - unser Marketingleiter z.B., einen neuen haben wir auch mit Hilfe der Treuhand noch nicht bekommen Und aus dem Westen wird wohl sowieso, bei den niedrigen Gehältern hier, solch ein leitender Angestellter nicht kommen- d.h. für ca. 5000 DM zu arbeiten, wer will das von denen...

EINE VERLÄNGERTE BACKSTRASSE AUF ZEIT

- Die Cityback GmbH, vormals VEB Backwarenkombinat Berlin

Auf einer Treuhand-Konferenz der IG-Metall, die unlängst im Interconti-Hotel stattfand, rief Franz Steinkühler dazu auf, neben der Erhaltung der noch bestehenden Industrie-Standorte im Osten auch „die dort bis jetzt erreichte Mitbestimmung zu verteidigen". In der BRD hätte sich zwischen 1945 und 1951, als die Belegschaften und Betriebsräte - bis dahin meist noch ohne Unternehmer - mit dem Wiederaufbau und der Ingangsetzung der Produktion begannen, eine ähnlich weitreichende Form der Mitverantwortung von Belegschaftsvertretern entwickelt, die von den Gewerkschaften dann aber bald schon wieder - und großteils vergeblich - gegen die zurückkehrenden vormaligen Wehrwirtschaftsführer verteidigt werden mußte.

Der Unterschied zu heute besteht wohl darin, daß damals im Westen die rechtmäßigen Besitzer quasi erwartet wurden, während heute im Osten die westdeutschen Investoren mithilfe großzügiger Staatssubventionen den Betrieben geradezu aufgedrückt werden. Rolf Hochhuth bezeichnet diese Privatisierung als eine „zweite Enteignung".

Da man in den meisten Belegschaften aber weiß, daß es ohne größere Investitionen und genaue Marktkenntnisse kaum geht, und man gleichzeitig so schnell wie möglich vom bloß tröpfelnden Tropf der Treuhand-Verwaltung wegkommen will, ist die Haltung gegenüber den „neuen Herren", die da kommen, meist von vorsichtig-abwartendem Optimismus geprägt.

Nach der Privatisierung des Backwarenkombinats „BAKO", setzten der neue Besitzer, Horst Schiesser, und sein Mitgesellschafter und Geschäftsführer, Günter Schiesser, zunächst einen 72jährigen Bäckermeister, Herr Stumpf, zur Reorganisierung ihres Betriebs ein.

Einer der ersten, der an dem wegen seiner profunden Back-Kenntnisse von der Belegschaft eigentlich geschätzten Westberliner Rentner scheiterte, war der selbstbewußte Betriebsrat Klaus Noack, den der Seniormanager bald „nicht mehr sehen" mochte - und kurzerhand rausschmiß. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Erhard Sievers erklärt dazu: „Wir rieten ihm, sich zu entschuldigen, das hat er nicht gemacht. Aber das ist auch ganz logisch: Der Respekt ist futsch. Der muß sich erst langsam wieder aufbauen. Wenn man jahrzehntelang in der Betriebskampfgruppe zusammen aus der Gulaschkanone gegessen und sich anschließend betrunken hat, dann ist da doch keine Autorität mehr vorhanden, völlig klar."

Die Cityback mit ihren einstmals 310 Mitarbeitern wurde nach der Privatisierung erst einmal in drei GmbHs „aufgesplittet":

Cityback-Alt (für die Verwaltung der Immobilie des Produktionsstandortes Saarbrücker Straße, in unmittelbarer Nähe des Alexanderplatzes), Cityback-Produktion und Cityback-Shops (für die fünf in der Stadt verstreuten Läden). Die beiden letzteren Gesellschaften hatten Miete an die erstere zu zahlen, weswegen diese auch kaum Verluste machte, während die anderen beiden alle zwei Monate 125.000 DM Minus „erwirtschafteten". Im Betrieb geht man davon aus, daß die beiden Schiesser der Treuhand für das ganze ungefähr 25 Mio DM zahlten (wobei der Immobilienwert allein für das 4000-Quadratmeter-Objekt Saarbrücker Straße bei Zugrundelegung eines derzeitigen Quadratmeter-Preises von 25.000 DM für „Innenstadt 1a-Lage" schon bald das Fünffache betragen dürfte).

Als Geschäftsführer ihrer neuen Erwerbung setzten die beiden Wittenauer Back-Unternehmer ihre Söhne Frank und Bernhard Schiesser ein. Letzterer, dem die Cityback-Mitarbeiter wenig Druchsetzungsvermögen bescheinigten („er wurde oft vom Vater bevormundet"), schied jedoch bald wieder aus dem Betrieb aus.

Nachdem der Cityback mit der Währungsunion fast von einem Tag zum anderen ihre Produkte nicht mehr abgenommen wurden, waren in einer ersten Kündigungswelle bereits ca. 50 Mitarbeiter entlassen worden. Zudem wurde die Eisproduktion eingestellt. Einem der Schichtführer in der Bäckerei, Siegfried Roleschke, setzte diese Wende derart zu, daß er sich die Pulsadern aufschnitt und erhängte.

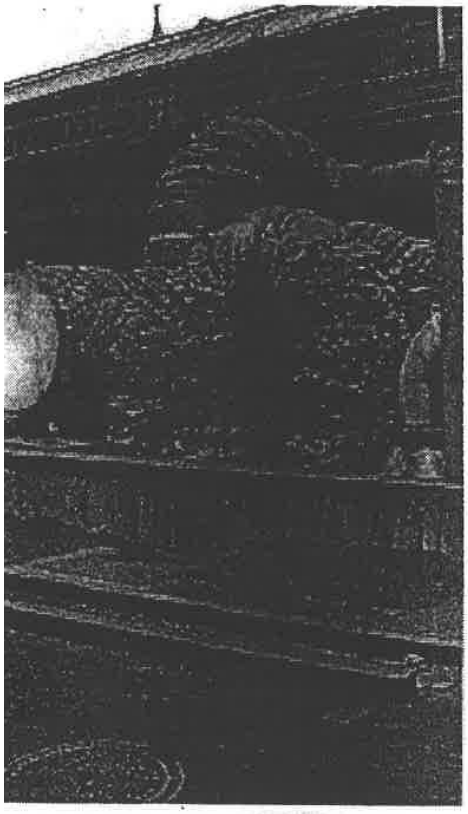
Nach der Privatisierung versprach die Geschäftsführung auf einer Belegschaftsversammlung im Dezember 1991, rund 260 Arbeitsplätze fürderhin zu erhalten („Sie machten uns große Hoffnungen"), außerdem unterstützten sie die Gründung einer BQG - zur Umschulung und Qualifizierung etwaiger doch von „Strukturveränderung" betroffener Mitarbeiter. Als erstes erwischte es dann die Reinigungsbrigade und das Kantinenpersonal. Auch der Betriebsrat geriet bald in die Bredouille: Der zum Vorsitzenden gewählte Ingenieur für Rechentechnik, Karl-Heinz Sasse, wechselte auf die andere Seite - er wurde Assistent der Geschäftsführung, weil er sich natürlich besser als der Schiesser-Sohn Frank im Betrieb auskannte. Der Betriebsrat mußte daraufhin einen neuen Vorsitzenden wählen - Jürgen Jahnke, und der mußte sich - in gewerkschaftlichen Schulungskursen - erst einmal wieder neu einarbeiten. Er hatte mit Günter Schiesser eine „Betriebsvereinbarung" ausgehandelt und unterschrieben. In der stand, daß nur solchen Mitarbeitern gekündigt werden sollte, die zuvor mit der BQG ein neues Beschäftigungsverhältnis eingegangen waren, aus dem heraus sie nach ca. 2 Jahren wieder in den „Cityback-Firmenverbund bzw. in die Geschibrot-Unternehmensgruppe" (der Muttergesellschaft Schiessers) zurückwechseln konnten. Aber zum einen stattete das Arbeitsamt die BQG dann langsamer mit ABM-Stellen aus als die Cityback Arbeitskräfte freisetzte und zum anderen machte der Betriebsratsvorsitzende der Geschibrot-Unternehmensgruppe, Ziesche, den Betriebsrat des Cityback-Firmenverbunds darauf aufmerksam, daß er mit seiner Wiedereinstellungs-Garantie eine Verpflichtung zu Lasten Dritter - der Geschibrot nämlich - ausgehandelt hätte - und das wäre nicht rechtens. Auch der verantwortliche Sekretär der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Ingo Spindler, kritisierte später die Betriebsvereinbarung, an deren Zustandekommen auf Betriebsratsseite der Rechtsanwalt, Volker Ratzmann, mitgewirkt hatte.

Günter Schiesser beklagte sich, daß er nie konkrete Zahlen über seinen neuen Betrieb bekäme. Nichtsdestotrotz wurden erste Investitionen getätigt: Umbaumaßnahmen für zwei neue Backstraßen sowie Zusatz-Technologie für die Kühl- und Verpackungsstrecke (dafür wurde die Kuchen-Produktion zur Gänze eingestellt). Bis zur Währungsunion wurde im BAKO - DDR-weit konkurrenzlos - Toastbrot hergestellt, weswegen Hauptstadtbesucher oft und gerne auch die BAKO-Läden



aufsuchten. Nun sollte noch eine weitere Toastbrot- sowie eine Laibbrot-Strecke aufgestellt werden. Es gab dafür über die Geschibrot ausbaufähige Verträge mit Großabnehmern wie Aldi.

Und dann auch noch die Aussicht, in einem großdimensionierten Bundes-Hilfsprogramm „Brot für Rußland" berücksichtigt zu werden: eine Art Hermesbürgschafts-Ersatz für den Ostmarkt. Aber dann gingen beim Bezirksamt Prenzlauer Berg mehrmals Klagen von Anwohnern der Cityback ein, in denen sich über den nächtlichen Produktionslärm beschwert wurde. Durch verschiedene kleinere Auflagen des Umweltamtes wurden diesbezügliche Zusatz-Investitionen notwendig. Der Amtsleiter, Herr Gewald, legt jedoch Wert auf die Feststellung, daß sie zu keiner Zeit und auf keinen Fall den in ihrem Bezirk einzigen größeren Produktionsstandort gefährden wollten: „im Gegenteil!" Es gäbe nur eine kleine zeitliche Verzögerung. Inzwischen arbeitete ein Westberliner Ingenieur-Büro bereits an einer Lärmschutz-Lösung. Dann verzögerte sich anscheinend auch die Bonner Rußland-Hilfsaktion. Der Finanzchef der Schiesser-Unternehmensgruppen, Udo Haberer, ist trotzdem nach wie vor davon überzeugt, daß diese Sache „absolut positiv ausgehen wird" und derzeit höchstens noch Probleme mit „den Feinheiten der Logistik im gesamten Versorgungswerk Ost" bestehen. Einer der Staatssekretäre im Bundesministerium für Wirtschaft, Johann Eekhoff, auf die Rußland-Brothilfe angesprochen, will jedoch noch nie etwas davon gehört haben!



Es gibt noch andere Probleme - z.B. mit dem Kaufvertrag zwischen Schiesser und der Treuhand: Herr Haberer ist sich zwar sicher, daß die Zentrale in der Otto-Grotewohl-Straße den Deal abwickelte, „weil die ihrer Niederlassung in der Schneeglöckchenstraße mal zeigen wollten, wie man so etwas macht," aber derzeit liegt der Vorgang „Cityback Privatisierung" auf alle Fälle wieder beim Vertrags-Controlling in der Berliner Niederlassungsstelle, genauer gesagt: bei Frau Ritter - „weil noch einige Feinheiten, wie Vertragsstrafen z.B. darin fehlen. Außerdem gibt es noch einige Probleme mit den Betriebs-Grundstücken, wo auch jüdisches Vermögen tangiert ist, usw."

Herr Haberer, ein kleiner drahtiger Endfünfziger mit Goldkettchen - Typ: Stalingradkämpfer - zählt sich in den Schiesser-Firmengruppen zur „obersten Heeresleitung". Einen Geschäftspartner in Wien, wo den Schiessers mittlerweile die Erste Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft AG gehört, belehrt er telefonisch: „Die Deutschen hatten die beste Armee der Welt - aber zu viele Fronten, drei zu viel. Diesen Fehler wollen wir doch nicht noch einmal machen!"

Herr Haberer macht zwar abwechselnd Bonn, Treuhand und Bezirksamt für die momentanen Unwägbarkeiten und Probleme verantwortlich, verhehlt aber nicht, daß auch die oberste Heeresleitung noch Dampf zulegen müßte: „Das muß alles erst noch in ein gesamtorganisatorisches Konzept gepresst werden". Aber daran wird es nicht scheitern: „Wir werden unseren Verpflichtungen vollauf gerecht werden - auch in bezug auf die in der Betriebsvereinbarung festgelegten 20 Millionen DM Anpassungs-Investitionen und die Erhaltung des Produktions-Standortes, mindestens in den nächsten fünf Jahren. Was danach kommt, weiß niemand."

In der Belegschaft hatte sich bereits der Verdacht festgesetzt, mit der Aufsplittung der Cityback in drei GmbHs würde man langsam aber sicher auf eine „reine Immobilienlösung" zusteuern wollen. Um dem entgegenzuwirken, hatte Assistent Sasse sich persönlich in das Bezirksamt begeben, um dort die Genehmigungsvorgänge zu beschleunigen. Weil nie ein „richtiges unternehmerisches Konzept" vorgelegt wurde, kursierte zwischen den Betriebsräten von Geschibrot und Cityback eine Zeit lang auch die Einschätzung, Günter Schiesser habe vielleicht „die falschen Berater".

Schließlich inspizierte der neue Boß mit seinem Heeresleitungs-Troß die Firma Anfang des Jahres von oben bis unten erstmalig genauer: - und war entsetzt! Wegen der überalterten technischen Anlagen und der fehlenden Sauberkeit vor allem. (Die Reinigungskräfte gab es ja nicht mehr!)

Anderntags bekamen die leitenden Angestellten eine gepfefferte Org-Anweisung auf den Tisch. An einer Stelle hieß es darin z.B.: „Diejenigen, die bewußt die Arbeitsqualität sabotieren, sind zu entlassen. Das überschüssige Personal ist in die vorhandene BQG zu überführen."
Die BQG hatte aber immer noch nicht genügend ABM-Stellen, um irgendjemand dorthin zu „überführen". Zudem war und ist es mehr als fraglich, ob derart die gegenüber der Treuhand abgegebene und mit einer Poenale belegte Arbeitsplatzgarantie umgangen, d.h. auf die Arbeitsämter abgewälzt werden kann. Schon Gewerkschafts-Sekretär Spindler hatte diese in der Betriebsvereinbarung eingeräumte Möglichkeit kritisiert. Der Staatssekretär bei der Senatorin für Arbeit, Peter Haupt, ist sich sogar sicher, „daß so etwas nicht geht".

Der Schiesserschen Org-Anweisung folgte ein paar Tage später ein „Strukturplan", in dem nur noch von 120 Beschäftigten die Rede war. Assistent Sasse und der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Sievers hielten die Aufrechterhaltung der Produktion nach dieser Stellenplan-Vorgabe für undurchführbar und gaben diese Einschätzung der Geschäftsleitung auch schriftlich. Für Sasse endete das mit einer „Aufhebung" seines Arbeitsverhältnisses und einer anschließenden Schweigepflicht-Erklärung, die er unterschreiben mußte.

„Sasse ist plötzlich der Buhmann gewesen," so sah der Betriebsrat den Konflikt. „Sasse ist selber gescheitert - der kam doch aus dem Mittelbau des Betriebes, der hatte große Durchsetzungsprobleme," so sieht es der Finanzchef Haberer.

Einige Zeit später, am 31.Januar, wurden bis auf 120 Mitarbeiter alle Cityback-Beschäftigte auf Nullstunden-Kurzarbeit gesetzt. Und das, ohne den Betriebsrat darüber vorher zu informieren und ohne die Kurzarbeit vorher beim Arbeitsamt anzumelden. Begründet wurde dies im Nachhinein mit „der notwendigen Strukturveränderung aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage", die es dann z.B. auch notwendig machte, die fünf Cityback-Shops, bis auf einen am Betriebsteil Saarbrücker Straße, zu schließen: „Sie anderen Betrieben zu übergeben," wie Herr Haberer sich ausdrückte, weil „für die Cityback künftig die industrielle Massenfertigung primär" wäre, während „die Belieferung der einzelnen Läden doch mehr ein Bäckereigeschäft" sei. Den betroffenen Mitarbeitern wurde jedoch gesagt, daß dies wegen der Probleme bei der Produktionsstandort-Genehmigung durch das Bezirksamt geschehe, was eine Verzögerung bei der Kredit-Gewährung und den Investitions-Zulagen nach sich gezogen hätte.

EIN TREUHANDKRIMI

- So nennt die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) die neueste Ausgabe ihres „Journals" (2/92) über den „Stahlstreik in Hennigsdorf". Die Zeitschrift ist zu beziehen über die Herausgeber: Karl-Ladestr. 26, 1156 Berlin. Der Verein hat außerdem jetzt noch ein „Weissbuch" zur „Diskriminierung in den neuen Bundesländern" zusammengestellt: mit Briefen, Dokumenten, Berichten etc., „die die Auswirkungen des Prozesses der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf die Bürger Ostdeutschlands dokumentierend offenlegen."

(Es ist nach gesellschaftlichen Bereichen gegliedert und enthält u.a. Kapitel über den Landwirtschaft, die De-industrialisierung und den Gesundheitssektor, es kostet 20 DM)

Die Wochenzeitung „Berliner Linke" schrieb, nachdem sämtlichen Cityback-Verkäuferinnen - bis auf die Leiterin Frau Dflo - mitgeteilt worden war, daß sie ab dem 1. Februar nicht mehr zur Arbeit zu kommen bräuchten: „Dabei waren es gerade die eigenen Verkaufsfilialen, die der Berliner Großbäckerei nach der Währungsunion das Überleben sichern sollten. Vor allem wegen seines preisgünstigen Toastbrotes für unter 1 DM und der Schrippen für 15 Pfennig greifen vornehmlich Ostberliner Kunden kräftig nach Cityback-Produkten." Vom Betriebsdirektor Frank Schiesser erfuhr die Zeitung, daß „auch er von der Entscheidung überrascht worden sei".

Bereits vor der Wende besaß die BAKO sechs Backlinien (aus englischer, westdeutscher und DDR-Technik zusammengestellt), die pro Linie 600-1000 Brote in der Stunde versandfertig ausspuckten. Wohl nicht zufällig hieß der Stammbetrieb in der Saarbrücker Straße „Aktivist".

Jetzt wurde erst einmal der Betriebsrat aktiv, kurze Zeit später auch die Gewerkschaft sowie einige Journalisten: Zusammen erreichten sie in einem ersten Anlauf, daß die bis dahin schon eine Woche laufende Nullstunden-Kurzarbeit rückwirkend zur Urlaubszeit erklärt wurde. Die bis heute noch andauernde Kurzarbeit ist jetzt eine vom Betriebsrat und Arbeitsamt genehmigte „normale Kurzarbeit - möglichst umschichtig," wie ein Gewerkschafter erklärte. Von den davon Betroffenen sind jedoch fünf Techniker und ein Produktionsleiter wieder voll in die Schicht genommen worden: „Nächste Woche kommt Haberer aus dem Urlaub zurück, mal sehen, was er dazu sagt. Er wird sich wahrscheinlich wundern, daß wir einige wieder eingestellt haben," meinte einer aus dem Betriebsrat. Der Vorsitzende, Jürgen Jahnke, ist sich mittlerweile sicher: „Schiesser hat gar nicht gewußt, was er da gekauft hat. Der hat immer noch kein Konzept für die Cityback."
„Für den Unternehmer waren allein die niedrigen Löhne und das im Osten noch nicht geltende Nachtbackverbot wichtig," so der Gewerkschafts-Sekretär Ingo Spindler.

Eine solche Situation ist jetzt bei vielen Betrieben im Osten eingetreten: Daß die neuen Besitzer

gar nicht die Zeit und die „Management-Kapazitäten“ haben, um dort unternehmerische Initiative und kozeptuelle Ideen ins Detail zu stecken - die Weite des Raumes im Osten lockt, mit weiteren günstigen Erwerbungen bis in die Ukraine hinein.

Bei Schiesser waren es zunächst Ferienheime - für dessen Heranschaffung er ausgerechnet den Sohn Schalck-Golodkowskis, Thomas, gewann (der „im Auftrag meines Vaters“ vor allem Spesenrechnungen sammelte) -, ferner eine Ladenkette in Polen und die größte Bäckerei Ungarns. Auch mit der Treuhand in der EX-DDR machte Schiesser weitere Geschäfte: Mittlerweile gehören ihm dort auch schon die Backwarenkombinate in Wernigerode, Bischofswerder und Grabow.

Bekannt wurde Schiesser, als er, wohl im Auftrag von Harry Tisch, für 1 DM die gewerkschaftliche Wohnungsbau-Gesellschaft Neue Heimat kaufen wollte. Damals besaß er bereits ein Büro im Internationalen Handelszentrum in der Friedrichstraße. Nach der Wende bewarb er sich mit einer Firma in Luxemburg namens „Vorteil“ und seiner Wittenauer „Neue Gesellschaft mbH Vermögensbildung“ bei der Treuhand um den Kauf der gesamten DDR-Industrie mitsamt allen Arbeitsplätzen - für 713,1 Milliarden DM, die Schiesser mit einem zinslosen Bonner Kredit ableisten wollte. Daraus wurde nichts. Trotzdem bezeichnete Alexander Schalck-Golodkowski unlängst seinen alten Westpartner als den Geschäftsmann, den er von allen am meisten bewundere. Die Treuhand hilft auch anderen ehemaligen KoKo-Partnern, ihr Vermögen gewinnbringend in der Ex-DDR zu investieren - z.B. März und Moksel. Für Schiesser scheint man jedoch eine besondere Vorliebe zu haben: Nicht nur daß seine Käufe extra in der Treuhand-Zentrale abgesegnet werden - als die schon erwähnte Frau Ritter von der Controlling-Abteilung wegen der Cityback-Vertragsprobleme nicht weiterkam und Finanzchef Haberer sich ihr gegenüber permanent verleugnen ließ, beschloß sie schließlich, Schiesser zu verklagen: „Es geht demnächst hoch her mit Geschibrot - vor Gericht,“ verriet sie, „nicht nur wegen der Poenale und den Investitionszusagen, so weit sind wir noch gar nicht...“ Fünf Wochen später jedoch, am 5.Juni, verlor Frau Ritter plötzlich - „wegen der Schiesser-Geschichte“ - ihren Arbeitsplatz bei der Treuhand: in „beidseitigem Einverständnis“ und mit „Schweigepflicht“ versteht sich.

Aus der ehemaligen Großbäckerei, Cityback, ist derweil nicht viel mehr übriggeblieben als eine in den Osten verlängerte Geschibrot-Backstraße mit wahrscheinlich begrenzter Laufzeit. Die BQG hat man zwar endlich mit AB-Maßnahmen ausgestattet, aber es werden dort jetzt u.a. 16 ehemalige Mitarbeiter zu Konditoren umgeschult. Und die werden hernach ganz bestimmt nicht zu Geschibrot/Cityback zurückgehen, weil dort gar kein Kuchen mehr produziert wird. Der Betriebsrat hat gerade wieder einmal ein Unternehmenskonzept bei der Geschäftsleitung angemahnt. Einer der Hauselektriker ist der fortdauernden Unsicherheit nicht mehr gewachsen: „Ich muß hier als letztes noch eine alte Stechuhr von Geschibrot einbauen, dann hau ich in den Sack, ich hab mich woanders beworben.“ **Helmut Höge/Kai Hermann**

SENIOR-MANAGERIN

des Jahres wurde heuer die Treuhand-Chefin. „Britanniens eiserne Lady Maragaret Thatcher schaffte es in ihrer gesamten Amtszeit, 24 Unternehmen zu verstaatlichen - so viel wie Birgit Breuel an einem einzigen Tage,“ lobte Frauenministerin Angela Merkel in ihrer Laudatio bei Burda. Zur Junior-Managerin des Jahres kürte die Jury (u.a. .Lambsdorff, Blüm und Arbeitgeberpräsident Murmann) die Geschäftsführerin der Privatprivatisierer „Boston Consulting Group“: Antonella Mei-Folter - wegen ihres originellen Namens?

BELEGSCHAFTS-INFORMATION DES BETRIEBSRATES VON REWATEX

Berlin, den 14.5. 1992

Zitat Nr.1:
(Absichtserklärung des Direktors der Treuhandanstalt Dr.Haag am 18.12.1991 auf einer Pressekonferenz in der Rewatex AG)

Übernahme aller Beschäftigtenverhältnisse, die zum 1.1.1992 bestehen. Garantie für eine angemssene Mindestbeschäftigung über 5 Jahre.“
Das betraf ca. 1.300 Beschäftigte!

Zitat Nr.2:
(Pressemitteilung der Treuhandanstalt am 13.5. 1992)
„Das Angebot der Imhoff-Holding GmbH sieht...vor...die Übernahme von 950 Beschäftigten. 700 Arbeitsplätze davon sind vertraglich abgesichert.“

Auch der Betriebsrat hat am 12.5.1992 erstmalig aus dem Radio erfahren, daß die Rewatex AG verkauft ist. Die Meldung kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Denn bis zu diesem Zeitpunkt hat uns die Treuhandanstalt in dem Glauben gelassen, es gäbe seitens der Stollwerck AG kein Kaufinteresse mehr.

Es wird verkündet: 950 Arbeitsplätze wurden gerettet.

Wir stellen fest: 550 Arbeitsplätze sind bedroht.

Die Treuhandanstalt ist offenbar dem Ruf als Arbeitsplatzvernichter treu geblieben.

Der Betriebsrat hat in seiner Sitzung am 13.5.1992 beschlossen, sich mit allen verfügbaren Mitteln für die Erhaltung der bedrohten Arbeitsplätze einzusetzen.

Hempel (BR-Vorsitzender)
Kubacki (stellv. BR-Vorsitzender)

OFFENER BRIEF DES BETRIEBSRATES

Der BAE Batterie GmbH BELFA, Berlin-Oberspree, an die Treuhand, den Regierenden Bürgermeister, die SPD, die AL und an den Bezirksbürgermeister in Treptow

Die BAE BELFA produziert auf einem 28.000 qm großen Gelände in Oberspree Gerätebatterien. Der Betrieb war Monopolproduzent dieser Produkte in der DDR und beschäftigte 1989 noch fast 500 Mitarbeiter. Ende 1990 waren es noch 405 Beschäftigte. Die ersten betriebsbedingten Kündigungen erfolgten zum 30.6.91. Der Personalbestand wurde auf 240 Arbeitnehmer reduziert. Im Verlaufe des Jahres 1991 wurde von der Treuhandanstalt ein erneuter Personalabbau auf 173 Arbeitnehmer verlangt - auf Grund eines angeblichen Kaufinteresses der deutsch-libanesischen „Khawam-Group“.

Der Betriebsrat stimmte dieser zweiten Massenentlassung im Oktober 1991 schweren Herzens zu, in der Hoffnung, daß nun endlich diese 173 Arbeitsplätze gesichert seien. Damals war auch noch so etwas wie eine „Sozialauswahl“ möglich.

Nach der Währungsunion wurde das gesamte Erzeugnissortiment hinsichtlich Qualität, Desing, Verpackung sowie Warenpräsentation den Markterfordernissen angepaßt. Durch Zukauf von Sondertypen unter BELFA-Label wurde das Sortiment komplettiert. Obwohl wir damit voll konkurrenzfähig sind, konnten die erforderlichen Umsatzmengen nicht erreicht werden. Die Treuhandanstalt hat in den vergangenen zwei Jahren keinerlei Unterstützung für den Aufbau eines ausreichenden Vertriebsnetzes, für branchenübliche Werbung, Marketing, Verkaufsförderung und Listungsgebühren geleistet. Dieses wird nicht nur von uns beklagt, sondern mittlerweile auch in einer sogenannten „Cashfresser-Analyse“ der Teuhand-Leitungsausschusses selbstkritisch eingeräumt!

Man hat uns regelrecht zum Untergang verurteilt. Anfang 1992 bekamen wir die knappe Mitteilung, der potentielle Investor habe kein Interesse mehr an einem Kauf der BELFA.

Am 21. Mai 1992 wurde dem Betriebsrat vom Gesellschafter, Herrn Graf von Bismarck, mitgeteilt, daß nunmehr eine neue Käufergruppe Interesse an der BELFA bekundet habe. Sie gäbe eine Beschäftigungsgarantie für 53 Mitarbeiter. Zuzüglich zum Treptower Objekt (Werk II) zeige sie auch Interesse für die zum Werk I gehörende Immobilie hinter der Slabystraße (Knopfzellen-Produktion, Sozialgebäude, ehemaliger Kindergarten nebst Freigelände = 13.500 qm.)
Herr von Bismarck erklärte, daß das Konzept von der Controlling-Abteilung der Treuhand auf Seriosität und Bonität überprüft werde, zumal ihm noch nicht bekannt sei, welche Gruppe hinter diesen Interessenten stehe.

Aber schon am nächsten Tag, dem 22.Mai, wies er unseren Geschäftsführer, Herrn Blaß, an, entsprechend dem Wunsch des Kauf-Interessenten einen Personalabbau auf 53 Arbeitnehmer in der Gerätebatterie-Fertigung vorzunehmen. Die Kündigungen seien spätestens bis zum 30.Juni 1992 mit frühestmöglicher Wirksamkeit durchzuführen.

In dieser Situation sieht sich der Betriebsrat veranlaßt, folgendes zu erklären:
1. Wir sind nicht gewillt, diese erneute Massenentlassung widerspruchslos hinzunehmen, nachdem wir nur allzu willig bereits zweimal wie die Schafe zur Schlachtbank gegangen sind und es für die jetzt noch im Werk verbliebenen älteren Kolleginnen und Kollegen so gut wie unmöglich geworden ist, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

2. Wir fordern eine Beschäftigungsgarantie für sämtliche 173 Mitarbeiter!

3. Wir verlangen die Offenlegung der Anbieter-Konzepte und eine Verhandlungsführung durch die Treuhand, die jegliche „Immobilienlösung“ ausschließt. Ein Investor, der ein Industriegelände von 41.500 qm erwerben will, sollte auch mehr als 53 Arbeitnehmer beschäftigen können.

Wir bitten um eine Stellungnahme bis zum 9.Juni 1992.

Im Auftrag des Betriebsrates
Peter Hartmann

P.S.: Auf zwei Belegschaftsversammlungen wurden daraufhin erste Widerstands-Aktionen diskutiert sowie die Presse informiert. Dem Tarifsekretär der IG Metall, Wolfgang Berger, gelang es, einen Termin bei der Treuhand - zwecks Einsichtnahme in die Anbieter-Konzepte - zu bekommen.

HABE DIE ÖRE

- Der Betriebsratsvorsitzende des WF (Werk für Fernsehelektronik) in Berlin-Oberschöneweide:

Wolfgang Kibbel (Jg. 49) ist dänischer Staatsbürger. Was den Vorteil einer gewissen Reisefreiheit hatte, aber den Nachteil, daß man ihm regelmäßig nahelegte, DDR-Bürger zu werden. Er ist seit 18 Jahren im WF tätig, wo er in einer Instandhaltungs-Werkstatt arbeitete. Bis zur Wende war er Bereichs-Vertrauensmann, zum Zeitpunkt der Betriebsratswahlen befand er sich in Nullstunden-Kurzarbeit. Zunächst wurde er als freigestellter Betriebsrat (10 von 31) gewählt. Er besorgte sich Lehrbücher in Westberliner Bibliotheken und nahm an westdeutschen Schulungskursen teil. Als der Betriebsratsvorsitzende Holger Kaselow Geschäftsführer der Entwicklungs- und Qualifizierungs-Gesellschaft für Fernsehelektronik (EQG) wurde, wählte man Wolfgang Kibbel zum neuen Vorsitzenden. Seit 1991 ist der bärtige Däne zudem noch stellvertretender Vereinvorsitzender des Kindererholungsdorfes (KED) am Frauensee, ein 1.300-Betten-Kinderferienlager der FDJ (ehemals „Kalinin" genannt), das vom WF verwaltet wurde und das die Geschäftsleitung dem Verein zur Nutzung überließ. Als erstes wurde der Verkauf der dortigen Einrichtungsgegenstände gestoppt, ebenso die weitere Ausplünderung durch Anwohner und umliegende Gemeinden, und stattdessen die Bestände (Bettzeug, Küchengeräte, Tische und Stühle etc.) aus NVA und WF mit extra dafür angeschafften Kleinlastern wieder aufgefüllt. Da die Treuhand sich bisher nicht zu einem längerfristigen Pachtvertrag für das Ferienobjekt hinreißen ließ, rückte das Land Brandenburg auch keine Sach- und Personalmittel-Zuschüsse raus.



Dafür bekamen sie vom Berliner Senator für Jugend und Familie fünf ABM-Stellen (einer der dortigen Referenten ist auch Vereinsmitglied). In bälde sollen maximal 600 Betten zur Verfügung stehen. Schon jetzt werden im KED gelegentlich Berlin Schulklassen untergebracht und versorgt. Man bemüht sich um weitere Kooperationen - mit Verbänden, die sozialschwache Familien und behinderte Kinder betreuen. Zu der Bungalow-Siedlung, ca. 10 Kilometer von Königs-Wusterhausen entfernt, gehören mehrere Badestellen, eine kleine Ruderboot-Flotte, Sportplätze und ein Freiluft-Theater, in der Nähe gibt es ferner einen Reiterhof und eine Waldschule. Seit Oktober vergangenen Jahres sind die Vereinsmitglieder an jedem Wochenende draußen - und dort mit Renovierungsarbeiten beschäftigt. Nach Feierabend bemühen sie sich um Ansprechpartner zur weiteren finanziellen Unterstützung. Im Moment sammeln sie gerade alte Kinder-Fahrräder, die sie wieder aufmöbeln wollen. Zwar hat das Objekt eine eigene kleine Rundfunk-Station, aber es gibt dort - paradoxerweise - keinen Fernseher. Hierzu will man demnächst an die am Kauf des WF interessierten Konzerne - aus der Türkei, aus Korea und aus Finnland - herantreten. Auch was die Bewilligung weiterer ABM-Stellen betrifft, ist Wolfgang Kibbel guter Hoffnung: „Denn jedesmal wenn die hören, daß es dabei um Kinder geht, ändert sich sofort die Diskussionsgrundlage".

Wie sieht es nun im Betrieb selbst aus? Mit dem Wegfall der sogenannten Ostmärkte wurden erst einmal sämtliche Bereiche stillgelegt, die nichts mit der Farbbildröhren-Produktion im engsten Sinne zu tun hatten. Im Januar kam es zu einer ersten Betriebsräte-Konferenz mit den Zulieferfirmen des WF - im IG Metallhaus, wo man vereinbarte, sich über den Stand der Privatisierung und die dabei auftretenden Probleme fürderhin auf dem Laufenden zu halten. Das Werk in Staßfurt, wo die Fernsehgeräte zusammengebaut werden, „war dort nicht vertreten, es ging erst einmal darum, angesichts einer drohenden gänzlichen Abwicklung des WF zu klären, was in dem Falle die 4 Zulieferanten (Fernsehglas Tschernitz, Leuchtstoffe und Feinchemikalien Bad Liebenstein, Secura Elektromechanik und Elektrofeinmechanik Mittweida) tun könnten. Dort sind in etwa so viele Leute beschäftigt wie jetzt noch im WF - ca. 2.000."

Auf der Konferenz war man sich darüber einig gewesen, daß das WF unbedingt am Markt bleiben müsse, durch den weiteren Zusammenbruch der GUS-Staaten wurde dann aber erst einmal die Kurzarbeit ausgedehnt: „Das haben wir jedoch relativ gut überstanden, indem wir den Kollegen eine 41a-Maßnahme anbieten konnten" (eine Vorschaltmaßnahme für einen neubeginnenden Lehrgang). Mit dem Arbeitsamt wurde eine auf das WF zugeschnittene, also modifizierte Maßnahme erarbeitet, an der sich 83 von 240 Kollegen beteiligten, die Treuhand bewilligte dann einen Lohnzuschuß von 10%, sodaß viele statt 73% des Lohnes 83% bekamen. Für die z.Zt. wieder auf Kurzarbeit gesetzten ist jetzt erneut eine 41a-Maßnahme angedacht worden: Die Resonanz ist jedoch gering. Nur 23 Mitarbeiter haben sich bisher dafür eingetragen, von insgesamt 120, die von der Kurzarbeit betroffen sind. Die Motivation ist weg, viele Kollegen glauben nicht mehr an eine Zukunft des Werkes.

Bis zur Wende arbeiteten 9.500 Leute im WF. Nach und nach wurden immer mehr Bereiche zugemacht: Die Halbleiterelemente-Fertigung, der Entwicklungssektor, vor allem der für Militärtechnik, sowie die komplette Bildaufnahmeröhren-Fertigung, von der Siemens einen kleinen Teil übernahm. Nicht zu vergessen „natürlich auch alles, was früher zu einem sozialistischen Großbetrieb dazugehörte." Einige Teilbereiche werden jetzt im kleineren Rahmen in der EQG wieder neu aufgebaut. Im Februar hatte sich die Unzufriedenheit über die Treuhand so weit verschärft, daß die Belegschaft über eine Betriebsbesetzung abstimmte. Der Betriebsrat kam mit der IG Metall überein, erst einmal eine Pressekonferenz zu veranstalten. Diese fand nie statt. „Es schaltete schaltete sich jedoch die Treuhand ein und wir haben dort einen ersten Gesprächstermin bekommen, wo man uns allerdings nichts über den oder die möglichen zukünftigen Besitzer mitteilte." Es war lediglich von drei „ernstzunehmenden Interessenten" die Rede, die eventuell auch das Werk in Staßfurt dazukaufen würden. Kurz nach dieser erzwungenen „Gesprächsbereitschaft der Treuhand" machte die Anstalt ihrerseits Druck: „Wir sollten

Erster Erfolg für WF-BR

Die Geschäftsführung des Ostberliner Werkes für Fernsehelektronik mußte die Kündigungen von 13 Mitgliedern des WF-Betriebsrates zurückziehen. In einer Situation der immer noch nicht erfolgten Privatisierung von WF hatte die Geschäftsführung einen massiven Angriff auf engagierte Betriebsräte und ihre Arbeitnehmerrechte gestartet. Der Schuß ging jedoch nach hinten los. Der WF-Betriebsrat stand nicht alleine. Die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte, der auch der WF-Betriebsrat angehört, begann eine Solidaritätskampagne und wandte sich an die Öffentlichkeit. Der 1. Bevollmächtigte der Berliner IG-Metall, Manfred Foede, machte den Kündigungsskandal auf Bitten der WF-Vertrauenskörperleitung zur Chefsache und erreichte (nach einigen Verzögerungen) die Rücknahme der Kündigungen. Gleichzeitig sieht die zwischen der WF-Geschäftsführung und Manfred Foede ausgehandelte Vereinbarung jedoch vor, zu überprüfen, ob den betroffenen Betriebsräten „im Produktionsbereich Farbbildröhre ein zumutbarer Arbeitsplatz angeboten werden kann". Hier ist der Haken an der Sache. Was ist denn, wenn nur unzumutbare, nicht qualitätsgerechte Arbeitsplätze gefunden und angeboten werden? Die Betriebsräte befürchten, daß die Geschäftsführung durch diese Hintertür nach wie vor die Möglichkeit hat, sie auf diese Weise ganz legal per Aufhebungsvertrag doch noch aus dem Betrieb zu drängen. Der Kampf geht also weiter.

Das Vorgehen der WF-Geschäftsführung ist kein Einzelfall, wie Manfred Foede nach IG-Metall Recherchen feststellte. Kolleginnen und Kollegen, die Attacken der Geschäftsführungen gegen im Betriebsverfassungsgesetz verankerte Arbeitnehmerrechte gehen weiter. Wenn euch solche Praktiken bekannt werden, stellt Öffentlichkeit her und informiert uns sowie die Gewerkschaft.

M.C.

dem weiteren Personalabbau zustimmen - auf 1220 runter, denn die Privatisierung würde unmittelbar bevorstehen." Es kam zu mehreren Verhandlungen, in denen „die Eckdaten eines einigermaßen verträglichen Sozialplans" fixiert wurden. U.a. beinhaltete dieser, daß die Kollegen, die an einer zweijährigen Fortbildungsmaßnahme teilnehmen, im zweiten Jahr monatlich 250 DM zusätzlich bekommen: „So daß jeder im Schnitt auf 90% kommen müßte, das bekommen sie neben ihrer Abfindungssumme." Abgesehen von dieser Betriebsvereinbarung beschäftigte sich der Betriebsrat aber auch noch mit dem Kündigungsplan selbst: „Weil wir der Ansicht sind, daß einige Bereiche, die da gekündigt wurden bzw. werden sollen, einfach lebensnotwendig sind für den Erhalt des Werkes, denn es zeichnet sich ab, daß die Privatisierung doch noch auf sich warten läßt." Im Einzelnen betrifft das u.a. die Bereiche Klimatechnik und mechanische Werkstatt, über die man mit der Treuhand verhandelt. Es geht dabei um ca. 80 Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang hat der Betriebsrat „auch die politische Schiene ständig genutzt": Neben Wirtschaftskonferenzen vom Bündnis90/Grüne gab und gibt es z.B. gute Kontakte zu einigen SPD-Abgeordneten - nicht nur in Berlin. Anfang Mai wurde Wolfgang Kibbel zusammen mit anderen Betriebsräten aus der Ex-DDR von der SPD-Fraktion nach Bonn eingeladen, um dort einen Lagebericht abzugeben und darüber zu diskutieren, was getan werden könnte, um der Tendenz, im Osten bald nur noch „verlängerte Werkbänke" zu haben, entgegenzuwirken. „Das Verblüffende an der Veranstaltung war für mich, daß auch die West-SPD-Abgeordneten sehr genau über die Situation in den Betrieben bescheid wußten. Was WF und Spree-Knie z.B. betraf, kannten sich viele selbst in Detailfragen aus. Ganz offensichtlich hatte unser Köpenicker MdB, Siegfried Scheffler, sie auf dem Laufenden gehalten."

Scheffler wirkte aber nicht nur unter seinen Parteikollegen in Bonn - für eine Änderung des Treuhand-Auftrages (Sanierung statt Privatisierung) und für eine stärkere finanzielle Förderung der noch nicht privatisierten Firmen - sondern auch bei entsprechenden Stellen in den Ministerien: Beim Wirtschaftsminister z.B. in dem für die Hermes-Bürgschaften zuständigen Referat. Außerdem organisierte er noch verschiedene Besuche von SPD-Vorständlern (Vogel, Roth und Engholm) in den Großbetrieben des Spree-Knies und stellte zusammen mit Walter Momper einen Kontakt zwischen dem Dramatiker Rolf Hochhuth und einigen Betriebsräten aus Oberschöneweide her (der Dichter suchte gerade „Material" für sein neues Stück - über die Treuhand und den Mord an Detlev Rohwedder und Hanno Klein).

Wie auch immer diese einzelnen Aktivitäten dann ineinandergriffen, auf alle Fälle „kam dabei hinten raus" (H.Kohl), daß dem WF soeben für einige GUS-Aufträge eine Hermes-Bürgschaft in Höhe von 168,5 Millionen DM zugesagt wurde, der dem Betrieb ab August bis ins erste Halbjahr 1993 Arbeit verschafft: „Ab 10. Juli wird es erst einmal die General-Reparatur geben, in den drei Wochen Betriebsruhe, und dann geht es los. Mit Farbbildröhren - die gehen nicht nur nach Staßfurt, sondern auch direkt nach Rußland und in die Ukraine." Da man nach wie vor davon ausgehen muß, daß das WF zusammen mit dem Staßfurter Werk verkauft wird, wurde für Anfang Juni ein Treffen zwischen den Betriebsräten der beiden Betriebe verabredet. Es könnte mit der Privatisierung die Bildung eines Gesamtbetriebsrates notwendig werden, außerdem ist auch eine Verlegung der Staßfurter Produktion an die Spree denkbar.

WESTBERLINER ANPASSUNGSPROZESSE

am Beispiel von SEL, AEG-Marienfelde und Krupp Stahlbau

Die Standard Elektrik Lorenz AG gehört zur französischen Alcatel-Gruppe, im Tempelhofer Werk werden Geräte der Vermittlungstechnik und Bürokommunikation hergestellt, bis vor kurzem waren dort noch 1990 Mitarbeiter beschäftigt. In Ostberlin und Arnstadt erwarb SEL unlängst das RFT.

Hannelore Halbritter (52, BR, Elektromechanikerin):

Momentan befinden wir uns gerade erneut in einer Entlassungswelle. Das Quarzwerk, wo 200 Leute arbeiteten, wurde nach Thailand verkauft. Der Grund: die Japaner produzieren zu billig. Die Alternative hätte darin gelegen, eine irre Investition in neue Maschinen zu tätigen. Am 30.6. kommt eine weitere Massenentlassung: in der Bürokommunikation (BK) ungefähr 500 und in der Vorfertigung um die 200. Die mechanische Werkstatt, wo die Schränke, das System 12, gemacht werden, geht nach Thüringen. Die müssen das Werk jetzt dort mit Aufträgen füllen. Sie haben da auch die Vermittlungstechnik für die neuen Bundesländer mit drin und versuchen natürlich auch an die Reichsbahn-Aufträge ranzukommen. Bisher haben wir hier für die Bundesbahn gearbeitet - Signalanlagen. Und wir wissen genau, wenn wir davon einen Teil abgeben, dann sind wir ihn bald ganz los. Unsere BK, das sind Nebenstellen, Telefone und Anlagen, die geht nach Gunzenhausen in Franken, dort befindet sich das ganze Werk Bürokommunikation. Zur Begründung haben sie gesagt, wenn der Berliner Teil da nicht rübergeht, dann wird das alles ganz und gar nach Frankreich verlagert. Ausreden. Die wollen hier einen fertigungsfreien Standort haben, das will der Vorstand, hat er auch ganz offen zugegeben. Das einzige, was wir hier mit Mühe und Not halten konnten, ist das Werk Bahn, Eisenbahn-Signaltechnik. Das bleibt, da haben wir einen Vereinbarung drüber abgeschlossen, aber Arnstadt versucht mit allen Mitteln das rüberzuziehen. Wenn sie sagen: Reichsbahn-Aufträge - die müssen auch in den neuen Bundesländern vergeben werden, ist das ja von der Sache erst mal nicht falsch, und wir machen dann hier die Bundesbahn-Aufträge, aber Westberlin gehört jetzt eigentlich auch zu den neuen Bundesländern und wir haben hier nur Reichsbahn. Außerdem haben wir Azubis aus dem Osten, wir haben Mitarbeiter aus Ostberlin...Wo ist denn da noch der Unterschied? Das ist doch alles Quatsch. Wenn Siemens sich z.B. hinstellt und sagt: wir haben eine Firma im neuen Bundesland, in Treptow, wo wir für Arbeit sorgen. Das ist doch hirnrissig. Und dann dauern die politischen Entscheidungen alle so entsetzlich lange. Da werden Autobahnen schneller gebaut als für die Bahn was. Der Duer äußert sich nicht. Und wir warten. Wenn sie Hochgeschwindigkeitszüge einrichten wollen, brauchen sie dort neue Signalanlagen. Das haben wir gerade für die Strecke Madrid-Sevilla gemacht, mit einem Wahnsinns-Termindruck, aber der fährt da jetzt. So etwas könnten wir hier genauso machen.



Aber die Ausschreibung hat in Berlin nicht stattgefunden und Siemens ist dort sehr stark engagiert. Da ist jetzt als letztes noch das Stellwerk Südring übriggeblieben, wo wir uns beworben haben, alle anderen sind bereits weg und zu Siemens.

Die Ausschreibung für den Südring wurde jetzt auf Februar 93 verschoben. Wir haben noch über unseren Tempelhofer Wirtschaftsstadtrat und über Norbert Meisner versucht, politischen Druck zu machen. So sieht da in etwa die Situation jetzt aus. In der Vorfertigung, die zum 31.6. entlassen werden, sind noch 169 Mitarbeiter, in der BK sind es 546, im zentralen Bereich (ZMW) sind 308 beschäftigt, im Quarzwerk noch 9 und die Bahn hat 512 Stellen. Hinzu kommt noch der Bereich Software und Entwicklung, da sind 367 beschäftigt.

Auch mit dem Riesengrundstück hier gibt es Probleme: Über die Teltowkanal-Brücke rüber haben wir noch mehrere Gebäude, der Bau 1 drüben ist schon verkauft worden, an die Post, aber dann ist da noch der Bau 7 und 4 mit der Lehrwerkstatt, das möchte der Vorstand auch noch loswerden und sich auf dieser Seite des Kanals konzentrieren. Wo wir die Gefahr sehen, wenn der Bereich Bahn expandiert, dann reicht das hier nicht mehr und es wird nach Arnstadt abgegeben. Wir wollten hier die Lehrwerkstatt neu in einem Gebäude unterbringen, mit Berufsakademie und allem Drum und Dran, was wir auch genehmigt gekriegt haben, aber die Geschäftsführung will da einfach nicht ran. Und dann kommt auch noch das ganze RFT aus der Storkower Straße zu uns rüber, mit 170 Beschäftigten. Da ist das Problem mit dem Tarifgebiet 1 und 2. Mit den Software-Ingenieuren haben sie Verträge gehabt, aber die sind ihnen zu Siemens weggerannt, deswegen haben sie gesagt, ok, dann kommt hierher und wir machen SEL-Verträge. Gleiches gilt für die Monteure von FAB, die hier dann auch das gleiche Geld wie wir kriegen. Das ist ja auch Blödsinn diese Trennung.

Auf dem AEG-Standort Marienfelde werden Stromrichter, Anlagen und Geräte für Antriebstechnik hergestellt. Es gibt dort 740 Beschäftigte in dem eigentlichen Fabrikteil, daneben gibt es dort noch einige Zentralstellen sowie ein weiterer Engineering-Bereich der AEG, mit zusammen 140 Beschäftigten.

Gerhard Lux (41, BR, Werkzeugausgeber):

Wir waren, als wir von den ehemaligen Hauptstandorten Brunnenstraße und Drontheimerstraße 1984 umzogen, 1200, und haben mittlerweile drei Abbau-Wellen mitgemacht. Die letzte jetzt hat sich so vollzogen, daß - unter dem Stichwort Fertigungsverflachung - die gesamte Vorfertigung aufgegeben wurde zugunsten von Fremdbezug, der

jetzt zum Teil aus dem Osten kommt. Das bietet sich ja an, und da spielen die Tarifunterschiede eine wesentliche Rolle. Diese Produktionsverschlankung war sicher auch schon früher geplant, aber das hat sich durch die Vereinigung beschleunigt. Gleichzeitig hat man den Standort auch etwas bereinigt: Es gab hier noch den Bereich mechanische Schrankgestell-Bau und Lager für den gesamten AEG-Konzern. Der ist nach Westdeutschland gegangen mit 35 Arbeitsplätzen. Das hat sicherlich auch seinen Grund im Wegfall der Berlin-Förderung. Wenn man das so sieht, z.B. die neue Fertigungshalle, die nach dem Umzug viel zu eng war und aus allen Nähten platzte, wo man noch ein zweites Schiff anbauen wollte, die sieht heute so aus, daß sie nur zu Zweidrittel benutzt wird, ein Drittel ist bereits als Lagerhalle an Mercedes-Benz vermietet worden. Wenn man das so ständig vor Augen hat - als Belegschaft, dann denkt man: So sieht die nähere oder nicht allzu ferne Perspektive aus, daß die Produktion immer mehr eingeschränkt wird. Das hängt sicherlich mit der Weiterentwicklung und technologischen Umstrukturierung in der gesamten Elektroindustrie zusammen, daß der Anteil der mechanischen Teile geringer wird, aber dieser Prozeß und auch diese Überlegungen beschleunigen sich jetzt - auch auf der Vorstandsebene, wenn man keine Subventionen in der Stadt mehr bekommt. In der Belegschaft befürchtet man also weitere Verlagerungen, obwohl das bisher immer dementiert wurde. Als neuer Standorte ist Hennigsdorf im Gespräch, wo die AEG einen Teil des Lokomotiv-Werkes LEW kaufte und im Verbund mit der AEG Bahnfabrik Spandau jetzt gemeinsam den Bahn-Bereich dort bearbeiten wird. Im Zusammenhang mit diesen Investitionen taucht in der Belegschaft die Frage auf, gehen auch andere Bereiche der EAG dorthin? Speziell Produktionsbereiche? Wobei man sehen muß, daß die AEG AG in Berlin, die eigentliche Muttergesellschaft, überhaupt nur noch einen originären Produktionsstandort in Berlin hat und das ist Marienfelde. Die anderen wurden entweder schon aufgegeben, die Holländer Straße in Reinikkendorf wird z.B. gerade geschlossen - und das ist Grundstück ist verkauft worden. Die anderen Werke sind keine reinen AEG-Werke mehr, sondern sind entweder ganz verkauft worden - z.B. AEG-Kabel an Alcatel, wo die Befürchtung ist, das die das auch dicht machen - oder es sind Kooperationen mit anderen Firmen. Es gibt also teilweise Verkäufe, aber auch Zusammenschlüsse in anderen Gesellschaftsformen mit anderen Firmen. Dazu gehört auch der Bahn-Bereich in Spandau, der gemeinsam mit Westinghouse betrieben wird. Außer Marienfelde gibt es als reines AEG-Werk nur noch den Standort Hohenzollerndamm - ein Ingenieurbereich, wo die Mehrheit seit dem 1.Juni, kurzarbeitet. Bei uns in Marienfelde wird demnächst ebenfalls kurzgearbeitet. In Ostberlin, die Elpro AG - mit einem ähnlichen Produktionsprofil wie wir- war von der Größe, der Belegschaft und dem Gelände her dreimal so groß gewesen wie AEG Marienfelde und Hohenzollerndamm zusammen, aber erst ist die Belegschaft geschrumpft, jetzt kommt das Gelände dran und wahrscheinlich wird dort nur der Ingenieursbereich übrigbleiben. 1990 gab es auf der Vorstandsebene enge Kontakte zwischen AEG und Elpro, bis hin, daß man die Belegschaften versucht hat gegeneinander auszuspielen, in dem man denen drüben gesagt hat: ihr könnt unsere Fertigung übernehmen. Und uns wurde gesagt: da gibt es vielleicht Chancen, einzusteigen.

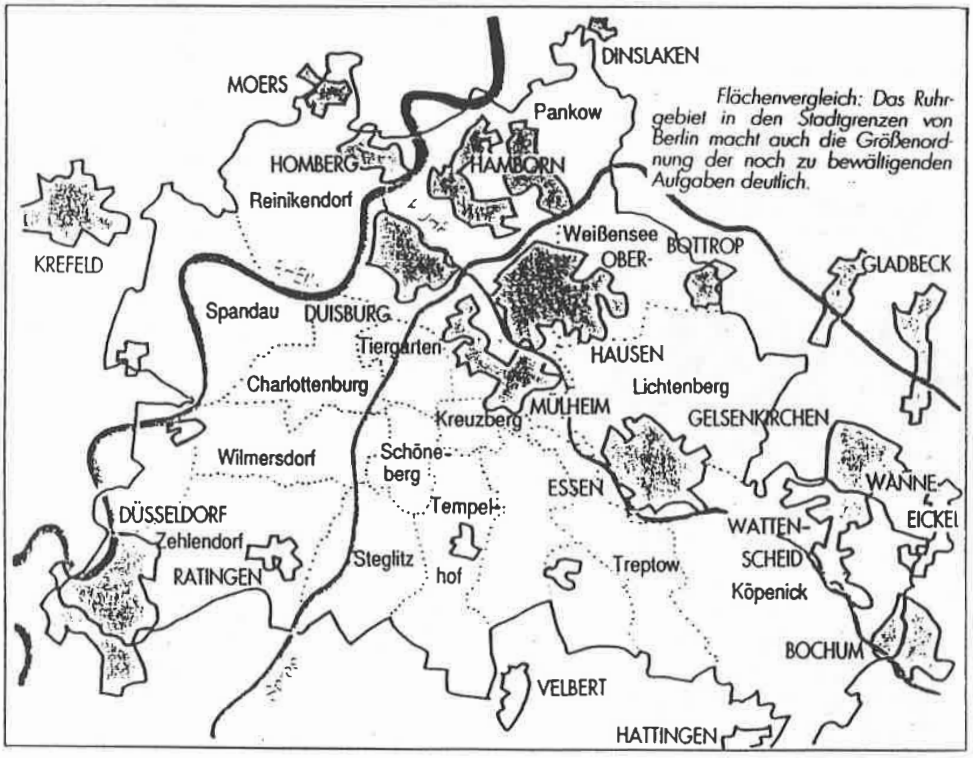
Da ist aber nichts von übriggeblieben, außer daß wir Vorfertigungsteile von denen beziehen und daß die AEG Elpro-Ingenieure eingestellt hat, am Hohenzollerndamm und in Marienfelde. Das Hauptroblem bei uns ist, daß die Fertigung schrumpft, daß man noch mehr auf Fremdbezug umsteigt. Ein weiteres Problem ist das Grundstück, es befindet sich in Erbpacht und gehört dem Senat. Da stellt sich die Frage, rechnet sich mit steigenden Grundstückskosten noch die Produktion in Marienfelde? Das könnte mal sehr kritisch werden. Es wäre aber sicherlich ein Politikum, wenn dieser AEG-Standort durch Grundstückspreis-Entwicklungen gefährdet werden würde.

Hennelore Halbritter: Bei uns ist alles hier Eigentum. Und trotzdem wollen sie hier keine Fertigung mehr haben. Wir haben hier die allerneueste Technik gehabt: CNC-gesteuerte Maschinen - ein Maschinenpark vom Feinsten: den haben sie genommen, eingepackt und weg. Weil sie in den neuen Bundesländern damit mehr politische Macht ausüben können und da besser an neue Subventionen rankommen. Bei den Postaufträgen ist ja jetzt der Markt offen, früher war das so gewesen: Die Post hat soundsoviel ausgeschrieben und dann hat Siemens was gekriegt und Krone, DeTeWe, Bosse und wir - da wurden jedes Jahr also sagen wir 70.000 Apparate davon und davon geordert und dann hat man die runtergearbeitet. Da war immer schon vorher in etwa klar, wieviel man kriegte. Und das hatte natürlich zur Folge, daß keine Billig-Apparate entwickelt wurden, die mußten nur den sehr hohen Postansprüchen gerecht werden und das war es. Ich kann mir vorstellen, daß man jetzt neben den vielen Billigangeboten in den Supermärkten gar nicht mehr in die Listen dort reinkommt, selbst wenn man es wollte. Wir haben dazu hier mal einen Arbeitskreis gehabt: Wir können das auch billig herstellen, aber dazu muß man wissen, daß der Materialkostenanteil an den Geräten bei über 80 % liegt, und von dem kommen wir nicht runter, nur bestimmte Teile kann man aus Billigproduktionen beziehen. Hier haben wir dann noch die erst ein Dreiviertel Jahr alte Lackiererei, die konnten sie natürlich nicht einpacken, die will man jetzt hier an jemanden verkaufen.

Die Krupp Stahlbau AG stellt Brücken, Kraftwerksanlagen, Industriehallen, Parkhäuser, Turnhallen und ähnliches her (in Westberlin baute die Firma z.B. die Neue Nationalgalerie sowie die jüngst fertiggestellten zwei U-Bahn-Brücken über den Landwehrkanal am Gleisdreieck, aber auch die M-Bahn, die gerade von Krupp auch wieder abgerissen wurde - ein „qualifizierter Rückbau", wie die Konzern-Nachrichten schreiben).

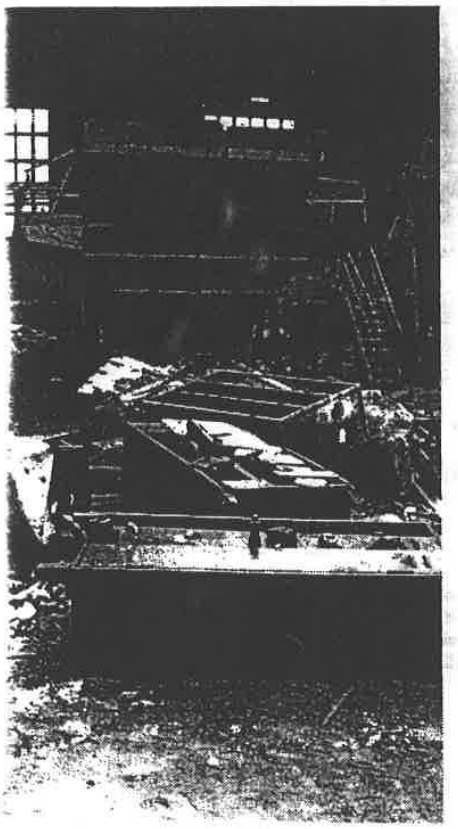
Karl Köckenberger (36, BR-Vors., Stahlbauschlosser):

75-80 % sind öffentliche Aufträge, d.h. von Senat, BVG, Bundesbahn. Da ist also in Berlin ein riesengroßer Markt, erst recht jetzt - bis nach Brandenburg, Polen rein, da haben wir jetzt an der Oder gerade eine Brücke gebaut. Krupp Stahlbau hatte immer und auch jetzt noch um die 300 Beschäftigte gehabt. Früher wurde noch viel mit Leiharbeitern gemacht, jetzt nicht mehr, deswegen gab es einige Neueinstellungen. Nach der Grenzöffnung hatten wir einen Auftragseinbruch - bis die öffentlichen Haushalte ihre Mittel klar kriegten. Da mußten wir Kurzarbeit anmelden. Sie wollten uns schon schließen, 91: Ihr kommt sowieso nicht klar, die Konkurrenz aus dem Osten ist zu stark, haben sie gesagt, innerhalb eines Jahres seid ihr weg. Da haben wir, Geschäftsführung aber auch Betriebsrat, versucht, dagegen zu halten und haben gesagt: Das muß klappen, das wir die Aufträge bekommen, die liegen doch vor der Tür, es muß so viel neu gebaut werden, die müssen nur raus - die Aufträge. Und haben es dann auch geschafft, daß wir jetzt voll sind bis - also länger als früher. Früher konnte man im Stahlbau, da sind immer ganz kurze Termine, nur ein Vierteljahr vorausschauen. Das mußte ich als Betriebsrat auch erst lernen: Daß man nicht sagen konnte 'Was ist denn in einem halben Jahr?' Es gibt da höchstens Erfahrungswerte, aber die Aufträge kommen immer sehr kurzfristig rein und dann - durch: ins Büro rein und währenddessen wird unten schon das Material bestellt...also Ruckzuck. Kurzum, jetzt haben wir für ein halbes Jahr Aufträge, also doppelt so lange wie früher. Und wir wissen, daß noch eine ganze Menge ansteht. Von daher sieht es ziemlich gut aus. Die Probleme liegen woanders, dazu habe ich hier einen Artikel mitgebracht „Typische Stadtbau-Brücken werden durch Beton ersetzt": Die Betonlobby in Berlin macht sich stark - d.h. also, diese Hochbau-Viadukte über Brücken, daß sie versuchen die durch Beton zu ersetzen, wo der Denkmalschutz und alle aufschreien...Das ist das eine. Und das zweite, wo wir es mit dem Betonbau zu tun haben, ist, daß sich jeder an der Auschreibung beteiligen kann, der die Gebühren dafür bezahlt hat und daß also die Betonfirmen die Aufträge sich schnappen und dann den Stahlbau von irgendwelchen Firmen machen lassen, aus Polen, der Tschechoslowakei oder sonstwoher im Osten - billiger dann natürlich, als Subunternehmer. Weil sie eine große Lobby haben, kommen sie an immer mehr Aufträge ran



Flächenvergleich: Das Ruhrgebiet in den Stadtgrenzen von Berlin macht auch die Größenordnung der noch zu bewältigenden Aufgaben deutlich.

und drücken damit die Preise. Ein weiteres Problem ist der Umstand, daß Westberlin nicht als neues Bundesland angesehen worden ist, da gab es ein Gesetz: Wenn ein Ostanbieter und einer aus dem Westen sich bewarben, dann wurde das Ost-Angebot praktisch um 10% runtergerechnet - und damit gewann es die Ausschreibung. Da ist aber jetzt etwas im Gange, daß dieses Verfahren für Westberliner nivellieren soll, und ich hoffe, daß das dann auch wirklich so gehandhabt wird, denn wir sind wirklich in der gleichen Lage wie die im Osten. Wir haben die Kollegen bei uns arbeiten, wir sind genauso von der Arbeitslosigkeit betroffen und der gleiche Druck lastet auf uns hier. Zum einen haben wir es also mit der Ostkonkurrenz und der ganzen Stahlbau-Problematik zu tun, aber zum anderen auch damit, daß der Konzern uns seit Jahren nicht als einen High-Tech-Produzenten ansieht: Das könnte doch jeder machen! Also daß man auch hier immer wieder versucht hat, viele Sachen fremd zu vergeben. Da haben sie im großen Anlagenbau ihre Stahlbau-Produkte teilweise weggegeben. Wir haben zwar immer bewiesen, daß wir es sehr kostengünstig und sehr gut machen und auch die Aufträge reinbekommen, aber die Situation hat sich jetzt dadurch verschärft, daß Krupp Hoesch gekauft hat und sie am Ordnen sind - d.h. sich fragen: Was sind unsere Kernbereiche, um was wollen wir uns zukünftig kümmern? Geben wir den Autokranbau weg, geben wir die Baumaschinen weg, verkaufen Orenstein und Koppel, behalten wir den Stahlbau noch? Es wird sich also erneut gefragt: Können die nicht woanders auch hergestellt werden, da sind wir sowieso nicht marktführend? Das ist also eine Schwierigkeit, die



wir mit dem Konzern haben. Es kommt dazu, daß der jetzt mit der Hoesch-Übernahme dringend Geld braucht. Aber auch wegen der Übernahme von Eisenhüttenstadt, Eko, das bekommen sie erst, wenn sie Investitionen in Höhe von 350 Millionen zusagen. Bis jetzt gibt es dort zwar nur einen Vorvertrag, gestern auf der Stahlkonferenz ist von irgendeinem Staatssekretär aber schon zugesagt worden, daß die Regierungsgelder genehmigt werden. Sie müssen jedoch auch einen Eigenbetrag aufbringen und von daher ist Krupp z.Zt. be-

Forderungen der Betriebsräte des Industriesektors Maschinenbau in Berlin/Brandenburg und der IG Metall - Bezirk Berlin/Brandenburg an die Bundesregierung

Der Maschinenbau gehört zu den Schlüsselbranchen jeder hochentwickelten Industriegesellschaft. Seine Leistungsfähigkeit bestimmt entscheidend die Wirtschafts- und Innovationskraft anderer Industrie- und Wirtschaftssektoren.

Aus diesem Grund fordern die Betriebsräte aus Maschinenbaubetrieben in Berlin und Brandenburg im Namen der noch verbliebenen Belegschaften sowie die IG Metall-Bezirksleitung Berlin/Brandenburg den Erhalt des ostdeutschen Maschinenbaus.

Unsere Betriebe gehörten zu den modernsten und leistungsfähigsten in der ehemaligen DDR. Das Wissen und Können unserer Kolleginnen und Kollegen und ihre Leistungsbereitschaft sind von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbau und die zukünftige industrielle Leistungskraft Ostdeutschlands.

Die bisherigen Privatisierungsbemühungen der Treuhandanstalt haben für die Maschinenbaubetriebe in Berlin und Brandenburg bisher keinen Erfolg gehabt, Sanierung erfolgt ausschließlich in Form von Personalabbau. Ausbleibende Investitionen haben einen immer größeren Modernisierungsrückstand gegenüber westlichen Unternehmen zur Konsequenz. Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe wird damit seit der Vereinigung von Tag zu Tag geringer. Diese Treuhandpolitik bedroht die industrielle Substanz und Existenz unserer Betriebe bis hin zur Gefährdung ganzer Regionen.

Die Bundesregierung steht für den Erhalt der Betriebe, die noch existierenden Arbeitsplätze sowie die Zukunftschancen der Betriebe in unmittelbarer Verantwortung.

1. Den sofortigen Stop aller weiteren Entlassungen:

Der Personalabbau in den Betrieben hat ein Ausmaß erreicht, der die Existenz der Betriebe und ihre Sanierungsfähigkeit generell gefährdet. Zentrale Arbeitsabläufe können nicht mehr aufrecht erhalten werden, die Betriebe verlieren die personellen Ressourcen zur Marktanpassung und Innovation. Sie werden totgeschrumpft.

2. Den Stop konzeptionsloser Privatisierung und eine entschiedene politische Weichenstellung der Bundesregierung zur aktiven Sanierung der Treuhand-Betriebe des Maschinenbaus:

Der Erhalt und die aktive Sanierung noch bestehender Industriestrukturen in Ostdeutschland ist aufgrund vollkommen unzureichender Neuansiedlungen der entscheidende Ansatz zum Erhalt der Industrie - insbesondere der Investitionsgüterindustrie. Hier muß der Bund seine Verantwortung als Eigentümer und Kapitalgeber wahrnehmen, bis der Zeitpunkt für eine betriebs- und volkswirtschaftlich vertretbare Privatisierung erreicht ist.

Zur aktiven Sanierung gehört eine ausreichende und verfügbare Eigenkapitalausstattung der Betriebe, eine gesicherte Investitionsfinanzierung zur dringend notwendigen Modernisierung und Produktinnovation sowie das Erlassen der Altschulden. Diese Altschulden stammen aus einer planwirtschaftlichen Kreditvergabepraxis, die mit Marktwirtschaft nichts zu tun hatte, denen oft keine realen Unternehmenswerte gegenüberstanden.

Insbesondere im Hinblick auf die Gewinnung privaten Kapitals für den Sanierungsprozeß müssen ungeklärte Eigentumsfragen durch die Umkehrung des Prinzips "Rückgabe vor Entschädigung" in "Entschädigung vor Rückgabe" gelöst werden.

3. Den Aufbau absatz- und marktfähiger Unternehmensgruppen des Maschinenbaus:

Die bisherige Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt ist allein an unternehmensstrategischen Konzepten westlicher Kaufinteressen und Investoren ausgerichtet - oft Konkurrenten der zum Kauf angebotenen Betriebe. Das Ergebnis sind ausgeschlachtete Betriebe, denen jetzt zur weiteren Sanierung und Privatisierung strategische Schlüsselbereiche der Produktion oder des Vertriebes fehlen. Mit dieser Form der Privatisierung muß Schluß sein.

Notwendig ist der Aufbau von ostdeutschen Unternehmensgruppen, die durch Komplettangebote und integrierte Systemlösungen überzeugende und leistungsfähige Unternehmensprofile aufweisen. Außerdem sind nur auf diesem Wege Synergieeffekte für die dringend notwendigen Innovationsprozesse zu erreichen.

Die von der Treuhandanstalt konstruierten Management-KG's entsprechen diesen Anforderungen in keiner Weise. Sie lassen in ihrem gegenwärtigem Aufbau keinerlei unternehmensstrategische oder industriepolitische Logik erkennen.

4. Die Bildung eigenständiger betrieblicher Sanierungseinheiten, die Dezentralisierung von Entscheidungen sowie die Herauslösung des Sanierungsauftrages aus der Treuhandanstalt bei Beibehaltung ihrer Gesellschafterfunktion:

Die bisherige Praxis zeigt, daß der zentralistische Verwaltungsapparat der Treuhandanstalt mit den Aufgaben einer aktiven und qualifizierten Sanierung der Betriebe überfordert ist. Die Kompetenzen liegen vor Ort - bei Vorständen, Aufsichtsräten, Belegschaften, Betriebsräten sowie Verantwortlichen in Kommunen und Ländern. Aus diesem Grund müssen dezentrale Sanierungseinheiten geschaffen werden, in denen mit der Kompetenz vor Ort auch Entscheidungen getroffen werden können. Dies gilt insbesondere für die Funktion von Aufsichtsräten in Treuhand-Betrieben.

Die Rechts- und Organisationsform dezentraler Sanierungseinheiten sollte optimal im Verhältnis zum betriebs- und strukturpolitischen Zweck gewählt werden. Sie kann vom Einzelbetrieb mit Bundesbeteiligung in der Verantwortung einzelner Ministerien, über Unternehmensgruppen mit Bundes- und Länderbeteiligung bis hin zu Industrieholdings nach sektoralen oder räumlichen Strukturen reichen, wie sie bereits von der IG Metall vorgeschlagen wurden.

5. Die Förderung von Management-buy-out mit Bundes- und Länderbeteiligung:

Die bisherigen Formen der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt sind kaum geeignet, ostdeutschen Privatisierungsinteressen im Industriesektor eine Chance zu geben. Als einzige Möglichkeit besteht hier das Angebot des Management-buy-out. Die Firmenausgründungen im Industriesektor scheitern - trotz vorhandenem Know-how und Konzepten - aber an der mangelnden Finanzkraft der potentiellen Ausgründer. Aus diesem Grund sollten der Bund und die Länder für einen begrenzten Zeitraum als Minder- oder auch Mehrheitsgesellschafter in Managementausgründungen eintreten und nach erfolgreicher Sanierung ihre Gesellschaftsanteile wieder verkaufen.

Dies wäre außerdem eine Möglichkeit, der Entwicklung eines Mittelstandes im ostdeutschen Maschinenbau eine wirkliche Chance zu geben.

6. Eine gezielte Absatzförderung für den ostdeutschen Maschinenbau durch Steueranreize und staatliche Unterstützung des Osthandels:

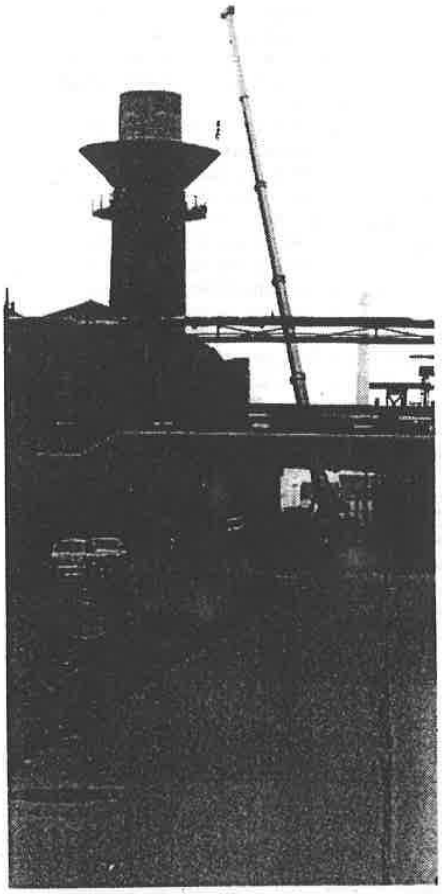
Die Wirtschaftsstrukturen Ostdeutschlands sind aus sehr unterschiedlichen Gründen durch Wettbewerbsnachteile geprägt, die erst in einem längeren wirtschaftlichen Restrukturierungsprozeß abgebaut werden können. Aufgrund dieser Situation fordern wir eine gezielte Absatzförderung für den ostdeutschen Maschinenbau.

Im Bereich der Steuerpolitik fordern wir die Einführung einer Abnehmerpräferenz für ca. 5 Jahre, die Unternehmen gewährt wird, die ostdeutsche Investitionsgüter kaufen. Diese Abnehmerpräferenz sollte einer progressiven Staffelung unterliegen, die mit dem Wertschöpfungsanteil an dem entsprechenden Investitionsgut steigt.

Ein weiterer wesentlicher Bereich ist der Erhalt und die Stützung des Osthandels. Neben der Ausweitung und stabilen Gewährung von Hermes-Bürgschaften sind weitere Förderinstrumente zu entwickeln. Aufgrund der bestehenden Finanz- und Devisenprobleme ist umgehend zu prüfen, wie Kompensationsgeschäfte zur Stützung des Osthandels wieder genutzt und staatlich koordiniert werden können. Unter Leitung des Bundeswirtschaftsministeriums ist dazu umgehend eine Expertenkommission mit Vertretern des Staates, der Wirtschaft und den Gewerkschaften einzuberufen, die konkrete Vorschläge für die Bundesregierung erarbeitet.

DOKUMENTATION 19. Mai 1992

sonders scharf auf Geld. Aus diesem Grund wollen sie das Gelände in Tempelhof verkaufen, 110.000 Quadratmeter. Das war gerade schon Gegenstand auf der Aufsichtsratssitzung. Wir brauchen ungefähr die Hälfte für die Produktion, auf dem anderen Teil ist der Handel drauf, der nach Oranienburg oder woandershin sollte. Die wissen also auch noch nicht, wo sie hinkommen. In Oranienburg hat Krupp das Kaltwalzwerk übernommen, nur mit einer kleinen Belegschaft. Im 'Spiegel' steht diese Woche, daß sie das Werk trotzdem nicht halten können, es wird vielleicht stillgelegt. Dort ist viel schief gelaufen: z.B. haben sie eine Münchner Firma für Reparaturarbeiten engagiert, die das eigene Personal kostengünstiger hätte durchführen



können. Es gibt also Fehlentscheidungen und es rumort im Konzern. Von daher also haben wir wahnsinnige Sorgen: Vor anderthalb Jahren haben sie bereits über uns im Fernsehen berichtet, daß wir nach Finow verlagert werden sollten. Dann hieß es, wir sollen nach Oranienburg, dann sonstwohin. Die Belegschaft ist auf alle Fälle ziemlich beunruhigt. Es ist alles unsicher. Bis hin, daß der Konzern es am liebsten hätte, daß der Krupp-Standort hier erhalten bliebe - als reiner Ingenieur-Betrieb. Das wäre eine Entwicklung wie bei SEL absehbar. Vielleicht dazu noch die Verwaltung: Ihr habt ja die guten Kontakte, ihr könnte die Aufträge reinholen und dann woanders fertigen lassen. Das wäre am billigsten, denn dann bräuchten sie nichts woanders aufbauen, keine neuen Hallen irgendwo hinstellen. Das ist so deren Vorstellung. Wobei da sich das ganze Werk querstellt und sagt: So geht es nicht, wir sind kein Ingenieurbetrieb, und wir müssen weiterhin die Brücken oder das, was in der Stadt gebraucht wird, hier auch fertigen. Damit versuchen wir, uns quer zu stellen, aber es ist die Frage, inwieweit wir damit Erfolg haben.

Gerhard Lux: Die Lösung 'Ingenieur-Betrieb' ist das selbe was jetzt auch bei DeTeWe in Kreuzberg praktiziert wird: Die Dienstleistung bleibt da und die Produktion geht an den Stadtrand, nach Hoppegarten, das ist schon über die Landesgrenze

hinaus. Auch bei uns ist das genau die Perspektive, d.h. die Produktion schränkt man so weit es geht ein - entweder durch Fremdbezug, bis hin, daß man ganze Geräte kauft, die man dann nur in den Anlagen einbaut oder durch Verlagerung. Das ist erklärtes Ziel eigentlich der gesamten Berliner Elektroindustrie - daß sie sagen: Als Produktionsstandort kommt Berlin nicht mehr in Frage, höchstens als Dienstleistungs-Zentrum. Da tritt die Industrie jetzt auf und sagt: Wir erhalten ja qualifizierte Arbeitsplätze und das andere, das ist eben ein Strukturproblem, was man bereinigen muß. Gemeint ist der an- und ungelernte Bereich. Wenn man genau hinsieht, stellt sich das aber in vielen Betrieben anders dar, z.B. bei uns: Da bestand die Vorfertigung zum großen Teil auch aus Facharbeitern und wurde aufgegeben.

Hannelore Halbritter: Bei uns ist das genauso, außer in der Bürokommunikation, wo ein großer Teil An- und Ungelernte sind. Aber die Vorfertigung, die nach Arnstadt geht, das sind alles qualifizierte Facharbeiter.

Gerhard Lux: Mit diesem Argument, daß du hier eine einseitig strukturierte Wirtschaft hast - verlängerte Werkbänke, werden jetzt nicht nur Arbeitsplätze verlagert, die ich vielleicht kostenmäßig wirklich nicht halten kann, sondern auch noch ganz andere: Das geht generell gegen die Produktion. Die Subventionen, die sind ja nicht nur in niedrigqualifizierte Arbeitsplätze geflossen, sondern in alle, deswegen drängt man an die Stadtränder jetzt.

Hannelore Halbritter: Das hat auch mit unterschiedlichen Tarifen nichts zu tun, denn bei der geringen Lohntiefe - das liegt in der Bürokommunikation zwischen 4-8% - hängt das Entscheidende an den Materialkosten. Man will die Immobilien hier leer kriegen, das ist es. Nur durch Öffentlichkeit haben wir erreicht, daß wir die Bahn hier in Berlin halten können und daß auch festschreiben konnten - über einen Interessensausgleich mit Beschäftigungsplan - sonst hätte das ganz böse ausgesehen. Wenn die jedoch in Arnstadt die Voraussetzungen schon gehabt hätten, mit Know-How und allem, dann hätten wir hier nicht so viel durchsetzen können, davon bin ich fest überzeugt. Dazu muß ich noch erwähnen: Wir haben einen Werksleiter im Bahnbereich, der also auch sehr positiv zu



Berlin steht.

Karl Köckenberger: Ja, das ist auch wichtig. Bei uns der Geschäftsführer, der steht voll hinter seinem Produkt und seinen drei Abteilungen, also Büro - Ingenieur-Abteilung, Werkstatt und Montage. Der sagt: Nur das als Einheit macht Sinn, alles andere ist nichts. Und er macht kein Ingenieurbüro auf für Krupp.

Hannelore Halbritter: Das einzige, was passieren kann ist, daß der Werksleiter sich nicht mehr länger durchsetzen kann, aber in dem Fall würde er wechseln. Dann ist die Bahn bei der SEL tot. Aber, naja, wir haben schon immer Super-Vorstandsvorsitzende gehabt, ob das nun früher der Lohr war oder jetzt Zeidler... Trotzdem geht die Konzernleitung in Richtung Entwicklung, Software, alles was System 12 ist, und Vermarktung von Software - also Dienstleistung. Das wird unheimlich ausgebaut. Da ist jetzt von Stuttgart ein Leiter rübergekommen, der hat das ganze Auslandsgeschäft mitgebracht - aber eben immer nur in Richtung Entwicklung, Dienstleistung, keine Produktion.

Wenn für dich keine Arbeit zu finden ist
Dann mußt du dich doch wehren!
Dann mußt du den ganzen Staat umkehren
von unten nach oben umkehren
bis du dein eigener Arbeitgeber bist
worauf für dich Arbeit vorhanden ist.

B.Brecht

Und dann haben wir auch noch immer damit zu kämpfen, daß wir einem französischen Unternehmen angehören, eine Tochter von Alcatel sind, von denen man weiß, wie sie mit Produktionsbetrieben umgehen: Thompson-Brand ist ja nun eine Erfahrung, die sehr viele kennen. Natürlich muß man eine solche Entwicklung, hin zur Reduzierung auf Kernbereiche dann auch irgendwie noch mitbeeinflussen, wenn man sie nicht verhindern kann: Wir haben da einen solchen Ansatz schon gemacht, indem wir gesagt haben: Ok, lassen wir mal den Produktionsbereich Bahn raus, da sind ja dann immer noch wenigstens 500 Leute, die wir am Standort haben - Facharbeiter und An- und Ungelernte - und wir besitzen hier ein Zentrallager. Das könnte man z.B. ausbauen als Distributionszentrum, wo auch wieder Qualifikationen gebraucht werden - mit einer Umschulung könnte man Facharbeiter da reinbringen, die die Retouren machen oder auf anderen Tätigkeitsfeldern da drinne arbeiten. Da sprechen wir aber immer nur von einer Handvoll Leute. Wenn es 20 sind, sind wir schon glücklich darüber. Außerdem bin ich der Meinung, es kann nicht immer alles in Richtung Dienstleistungszentrum gehen, auch wenn es ein sanfter Übergang ist, das kann man nicht machen. Berlin hat einen Bevölkerungs-Querschnitt, das war hier mal Wohnen und Arbeiten, mit mittelständischen Kleinbetrieben-...Das machen die alles kaputt. Wir können doch nachher nicht nur eine Hauptstadt sein, wo nur noch Beamte und Entwicklungs-Ingenieure sind und dann noch das Zimmermädchen und der qualifizierte Liftboy. Das kann ja wohl nicht die Zukunft Berlins sein? Das Problem bei den betroffenen Kollegen ist, die haben eine Ausbildung, die sehr breit ist, und dann machen sie eine Tätigkeit - eben nur an einer CNC-gesteuerten Maschine z.B.: die werden dadurch zu Spezialisten, verlieren aber ihr ganzes Umfeld-Wissen. Wenn die da rauskommen, was sollen sie dann machen? Die können doch nur in diese Richtung gehen. Die müßten eine Zusatz-Qualifikation kriegen, damit sie den Stand ihrer Ausbildung wiedererreichen. Das ist ja alles verloren gegangen.

Karl Köckenberger: Übrigens sind diese Perspektiv-Verkürzungen und immer schnelleren Innovations-Zyklen auch ein Problem für die Betriebsräte selbst: Die können nach einigen Jahren oft gar nicht mehr zurück an ihre Arbeitsplätze. Ich bin jetzt seit 7 Jahren freigestellt. Irgendwann wird es sehr schwer sein, da wieder am alten Arbeitsplatz einzusteigen.

Hannelore Halbritter: Als Elektromechanikerin müßte ich erst mal wieder ein Jahr eine Zusatzausbildung machen, ich bin aber 52 Jahre alt und würde hinterher also gar nicht mehr die verlangten 7 Jahre dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. D.h. die stecken mich stattdessen einige Jahre in eine AB-Maßnahme und dann kriege ich meine Rente. Wenn ich Glück habe.

WER HAT UNS

zu wenig verraten - die Sozialdemokraten! - so Wolfgang Neuss 1989, und nun auch Gerhard Peter, Betriebsratsvorsitzender von RFT-SEL und Antriebskraft der Initiative Telematik, als er sich jetzt SPD-Beitrittsformulare besorgte: „Man kommt ja sonst nicht an die Informationen ran."

Gerhard Lux: Bei einigen fängt das bereits mit der Kandidatur an, nicht erst mit der Freistellung, da hast du schon Probleme in deiner Projektgruppe etwa, wenn du nur gelegentlich mal einen anderen Termin wahrnehmen mußt. Ich wollte aber hierbei noch in Erinnerung bringen: Man darf dabei nicht den gewaltigen Unterschied zum Osten vergessen: Hier sind es entweder Einzelne oder einzelne Betriebe, drüben sind das aber fast alle Betriebe. Bisher haben wir so etwas meistens noch diskutieren können im Betrieb: Wem kann man so eine Umschulung zumuten und so weiter und so fort. Diese Frage stellt sich im Osten gar nicht mehr.

Karl Köckenberger: Allgemein gesprochen wird Berlin aus Profitinteressen heraus von Produktion freigemacht: Kurzfristig läßt sich mit den Immobilien ein höherer Gewinn erzielen als wir erwirtschaften können. Das ist der eine Punkt und der andere: Daß sie jetzt natürlich schauen, wo bekommen sie mehr Subventionen.

Hannelore Halbritter: Da hat sich eine richtige Makler-Mentalität breitgemacht. Wir haben hier z.B. eine Lücke zwischen den Gebäuden: Die wollen sie bebauen lassen von jemand anderem und dann anmieten. Also die rechnen die Produktion mit den Standortmieten, die sie draußen zahlen müßten und nicht mit dem, was sie hier selber haben. Und dann ist es ihnen zu teuer und muß deswegen nach draußen verlagert werden.

AMATOR

- Das ist jemand der liebt, ohne Gegenliebe zu verlangen. Trotzdem möchte der Hamburger Amateur-Theaterverband liebend gerne mit dem Narva-Arbeitertheater in Kontakt kommen, nachdem er darüber im SFB einen Fernseh-Beitrag sah. Seine Anschrift lautet: 2000 Hamburg-Norderstedt, Schillerstraße 54, c/o Reinhard Schröder.

Gerhard Lux: Innerhalb der Konzerne hat man schon immer versucht, eine Konkurenz-Situation zwischen den verschiedenen Standorten der einzelnen Betriebe zu schaffen. Und dabei wurde auch immer versucht, die Betriebsräte in diese Konkurrenz mit reinzuziehen. Daß das jetzt auf Ost-West ausgedehnt wird, ist ganz logisch. Es gibt dabei neue Unterschiede und die lassen sich eben auch konzernpolitisch nutzen.

Karl Köckenberger: Sagen wir so: Es kann uns nicht nur darum gehen, die Arbeitsplätze um jeden Preis hier zu halten, aber es ist wichtig, daß die Kollegen alle einen Arbeitsplatz haben. Wenn die Arbeitsplätze in Berlin überall wegbrechen und z.B. auf unserem Gelände keine neuen für die hier arbeitenden entstehen, sondern nur für Ingenieure, aber nicht für den Schlosser, den Schweißer, den Maschinenarbeiter etc. dann müssen wir darum kämpfen und uns was einfallen lassen, daß solche Arbeitsplätze da sind. Wir haben auch Angst, daß durch diese ganzen Verlagerungen das Produkt kaputt geht, d.h. daß dann am Stadtrand keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern daß diese Bereiche kaputtverlagert werden. Der Geschäfts-führung oder der Konzernleitung geht es dabei nämlich oft gar nicht um das Produkt, die wollen meist nur eine Sache regeln - wie das dann dort ankommt, ist denen gleich.

Hannelore Halbritter: Wir sind an sich auch nicht auf den Standort fixiert. Es ist festgeschrieben, daß wir ein einheitliches Tarifgebiet werden und damit hat sich das dann. Leider werden wir nie rauskriegen, was dem Unternehmen diese Verlagerungen mit allem Drum und Dran, mit Sozialplan, Verlagerungsverlusten, Auftragsverlusten etc. kosten werden, aber es sind Riesensummen. Und dafür hätten wir hier ein Super-Werk aufbauen können.

KRUPP



Der Firmengründer „Civil-Ingenieur" August Druckenmüller.

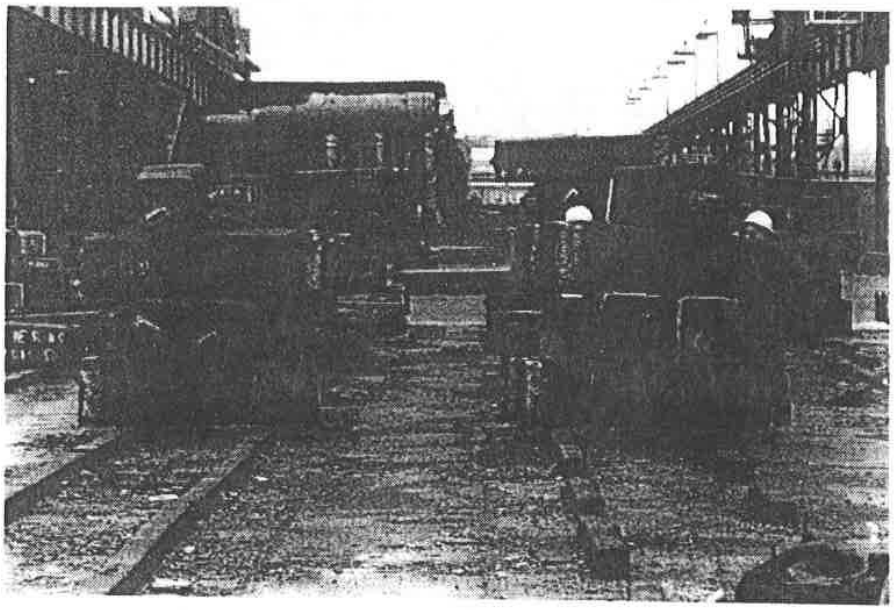
Gerhard Lux: Wir haben solch eine Rechnung damals bei der Schließung der Brunnenstraße aufgemacht. Die haben ein ganz neues Werk in Essen errichtet, eine neue Halle in Bremen - und die Fabrik in Essen hat jetzt Auslastungsprobleme: die haben es nicht richtig geschafft, die Arbeit dort rüberzukriegen, die Qualifikationen, usw. Auch unser Werk ist letztendlich mit seiner Verlagerung nach Marienfelde nie richtig glücklich geworden.

Hannelore Halbritter: Das sind immer so einsame Entscheidungen im Vorstand und die werden dann durchgezogen. Dabei gehen die immer von ganz groben Berechnungen aus, obwohl da alles mögliche noch mit hineinspielt. Was wir hier alleine mitkriegen: Da geht es immer nur - 100.000 DM und noch mal 100.000 und noch mal 100.000. Für die Verlagerung der BK müssen sie in Gunzenhausen eine Fabrikhalle kaufen, die muß instandgesetzt und dann speziell für dieses Produkt hergerichtet werden. Dann steht dahinter aber schon: Lassen wir das überhaupt noch da oder nehmen uns die Franzosen das weg. D.h. möglicherweise: Bevor die überhaupt anfangen können zu produzieren, ist es schon ganz und gar weg. Zu dieser Widersinnigkeit kommen dann noch die ganzen Kleinigkeiten: Die Kollegen, die mit rübergehen, die kriegen Lohnausgleich für drei Jahre, die kriegen ein Mietauto für zwei Jahre, die kriegen im Monat soundsoviele Flüge, sie bekommen eine Wohnung bezahlt, zinslose Kredite. Das ist ein 500.000 DM-Paket für eine Handvoll Leute. Aber jetzt ist das Problem: Da drüben läuft es nicht - am 1. Juli wollten sie anfangen, geht aber nicht, weil ihnen bestimmte Daten fehlen, weil sie bestimmte qualifizierte Leute dort nicht haben, weil sie bestimmte Leute in den Leitungsebenen haben, die so etwas sehr locker handhaben und dann plötzlich feststellen: Jetzt haben wir 20 Facharbeiter mitgenommen, aber den, den wir brauchen, haben wir nicht dabei.

Gerhard Lux: Das ist auch noch so ein Unterschied zwischen Ost und West: Hier steckt da manchmal noch enormes Kapital dahinter, was dann auch mitunter sinnlos ausgegeben wird. Bis hin, daß natürlich auf der sozialen Seite bestimmte Sachen laufen, die im Osten undenkbar sind. Da liegt auch ein wesentlicher Unterschied: Was es für den Einzelnen hier und dort finanziell ausmacht.

Hannelore Halbritter: Das ist richtig. Das muß man natürlich auch sehen, daß wir einen 55er-Regelung haben: Kollegen, die 55 Jahre alt sind, können mit ihrem Netto-Verdienst bis zur Rente nach Hause gehen. Andere, auch wenn sie mit 80.000 oder mehr abgefunden werden, haben da weniger Glück gehabt. Besonders kritisch ist es für die, die um die 52 sind, wo man nicht mehr vermittelbar ist. Da nützt dann auch die hohe Abfindungssumme nichts. Obwohl die natürlich fürstlich ist im Vergleich zu den demütigenden 5000 DM im Osten.

Karl Köckenberger: Ja, deswegen haben die Kollegen aus Magdeburg und Rostock, mit denen wir am letzten Mittwoch zusammensaßen, auch recht, als sie sagten: Jetzt müssen wir mit den Leuten dagegen kämpfen - so lange wie sie noch im Betrieb sind, wenn sie erst auf der Straße stehen, sind sie weg. Das ist ja der Grund, warum sie so unruhig sind: Sie müssen sofort Druck machen, nachher ist es zu spät.



WIE ZUM BEWEIS

unserer Einschätzung, daß die Berliner Medien seit der Einwestung fast aller Lebensbereiche inklusive sie selbst immer weniger in der Lage sind, das real existierende Geschehen in dieser Stadt zur Sprache zu bringen, veröffentlichte das IVW (ein Institut zur Überprüfung von Zeitungs-Auflagen) jetzt seine Zahlen über den derzeitigen Auflagen-Rückgang. Danach verlor die BZ 30.000, die Berliner Zeitung 30.000, die Bild 60.000, der Tagesspiegel 15.000 und die taz etwa ebenso viele Leser - im Zeitraum zwischen April 1991 und April 1992.



DIE TREUHAND ÜBT SICH IN SELBSTKRITIK

Ein Untersuchungsbericht des Leitungsausschusses wird zum Konfliktstoff zwischen „Privatisierern" und „Sanierern" in der Treuhand-Anstalt.

Die desolate Situation in den Fünf Neuen Ländern geht nicht nur der Bonner Regierung zunehmend an die Substanz, auch in und zwischen nachgeordneten Dienststellen tun sich bereits Gräben auf.

Erst kam es jüngst zwischen Treuhandanstalt, Bundesrechnungshof und Kartellamt zu einem offenen Streit, nachdem Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte in einem Brief an den Wirtschaftsminister kritisiert hatte, daß die Treuhand primär an hohen Verkaufserlösen interessiert sei und deswegen bundesdeutsche Großunternehmen bevorzuge. Und nun sorgten die Wirtschaftsprüfer des Treuhand-Leitungsausschusses auch noch für internen Ärger in der Anstalt: Bei einer Überprüfung ihrer „Unternehmen mit hohem Liquiditätsbedarf" hatten sie herausgefunden, daß die Berliner Zentrale mit den ihr anvertrauten Firmen „bisher nicht gerade professionell und wirtschaftlich umgegangen" sei, wie der Spiegel in seiner Ausgabe Mitte Mai schreibt. Dem Hamburger Nachrichtenmagazin und einigen anderen Medien war das intern „Cashfresser-Analyse" genannte Thesenpapier zugespielt worden, nachdem die Treuhand-Chefin die „unangenehme Untersuchung" statt Konsequenzen daraus zu ziehen in ihren Panzerschrank verbannt hatte. Der Grund: Birgit Breuel hatte der Öffentlichkeit kurz zuvor ein neues Treuhand-Organisationsmodell präsentiert, mit dem die Anstalt bis Ende 1993 ihre Privatisierungsaufgabe erledigen und sich dann auflösen will. Bei dieser Reorganisation wurde dem für die Elektrobranche zuständigen Vorständler Wolf Klinz eine besondere wichtige Funktion in der letzten Privatisierungsphase zugeschanzt, obwohl gerade diesem THA-Manager übergroße Willfährigkeit gegenüber den westdeutschen Elektrokonzernen und besonders viele „unglückliche Entscheidungen" vorgeworfen worden waren. Der Spiegel zitiert einen namentlich nicht genannten Branchen-Direktor: „Mit Klinz werden wir wieder zu reinen Verkäufern degradiert, und unnötig viele Ost-Betriebe, die nicht zu verramschen sind, gehen ein, weil ihnen keiner hilft." Die sanierungsbereiten Manager in der Treuhand versprechen sich insbesondere von einer Diskussion der Thesen des Leitungsausschusses Argumentationshilfe. Die Kernaussage darin lautet, daß die Treuhand bisher viel zu wenig getan hat, um ihre Unternehmen überlebensfähig zu machen. Im einzelnen wird bemängelt, daß die notwendigen „Restrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen" zu knapp bemessen und zu sehr verzögert wurden, daß man die „oligopolistischen Märkte" der Westkonzerne unterschätzte und daß es allzu häufig zu einer „Zusammenarbeit mit ungeeigneten Partnern bzw. potentiellen Käufern" kam. (So stehen z.B. die Betriebe mit Westpartner heute schlechter da als die, die sich aus eigener Kraft umstellen mußten).

Für den Leitungsausschuß ergeben sich daraus einige „wesentliche Handlungsempfehlungen": Die Betreuung der Unternehmen muß verstärkt werden, es muß an den richtigen Stellen mehr investiert werden, die Betriebe brauchen langfristige Finanzierungszusagen, außerdem sollte die Treuhand ihre Gesellschafterrolle in den Aufsichtsorganen zukünftig ernster nehmen und aktive Hilfe bei den Marketing- und Vertriebsaktivitäten ihrer Unternehmen leisten. - Alles Forderungen, die von den marktwirtschaftlich unerfahrenen Betriebsräten der Fünf Neuen Länder schon lange erhoben werden.

Die sich ergebenden wesentlichen Handlungsempfehlungen sind:

- Die Betreuung der Unternehmen durch die THA sollte stärker "einstufungsorientiert" erfolgen
  - ohne Partner sanierungsfähige Unternehmen
    - mehr Investitionen durchführen, insbesondere Rationalisierungsinvestitionen fördern
    - Vergabe langfristiger Finanzierungszusagen
    - Verbesserung des Managementpotentials und Wahrnehmung der Gesellschafterrolle in den Aufsichtsorganen

- Die wesentlichen Ursachen für den starken Umsatzrückgang sind gekennzeichnet durch z.T. nicht beeinflußbare Faktoren, wie:
  - überproportionaler Einbruch des GUS- und Osteuropa-Geschäftes
  - Wegfall des Riko
  - hohe Markteintrittsbarrieren in Westmärkten (Oligopolistische Märkte)
    → vgl. z.B. Preispolitik im Stahlbau, Listungspraxis im Nahrungsmittelbereich
  - Eindringen westlicher Anbieter in traditionelle Absatzmärkte

  aber auch abwendbare Faktoren, die in der Mehrzahl aller Fälle auch kombiniert anzutreffen sind:
  - verzögerter Aufbau bisher fehlender Vertriebsorganisationen
  - "falsche" Produkte (Technologie/Design)
  - Zusammenarbeit mit ungeeigneten Partnern bzw. potentiellen Käufern

  unzureichende Einflußnahme durch die THA war mitverursachend für fehlende Anpassungsmaßnahmen

Leitungsausschuß

EINE REDE VOR DER BELEGSCHAFT

vom stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden des Stahlwerks Hennigsdorf, Dieter Walther, im Februar 1992

Die Belegschaft hat den Betrieb besetzt, weil nicht eine einzige der Absprachen, die mit der Treuhand vereinbart waren, eingehalten worden ist. Das betraf

* Die Einhaltung der Termine,

* Die Versicherung der Treuhand gegenüber dem Betriebsrat und der Geschäftsführung, über alle laufenden Gespräche und Vorverhandlungen zu informieren,

* Die Zusicherung, daß eine unabhängige Kommission alle Anbieter prüfen werde.

Damals waren noch drei Anbieter im Rennen: die Badischen Stahlwerke mit ausländischem Kapital (französisches Kapital mit Saarstahl und mit Thyssen), die Hamburgischen Stahlwerke mit britischem Kapital und als dritter der norditalienische Stahlkonzern Riva.

Durch frühe Verbindungen mit Riva und später mit den Hamburgischen Stahlwerken lagen dem Betriebsrat noch vor der Geschäftsführung die Konzepte von Baden und von Riva schriftlich vor. Die Treuhand hat am 8.10. einen Vorvertrag mit Riva abgeschlossen, noch vor Abschluß der Ausschreibung, die am 24.10. endete. Die Treuhand hat behauptet, sie hätte den Vorvertrag mit Riva gemacht, weil kein anderer Anbieter auf dem Tisch lag. Wir können nachweisen, daß mindestens ein weiterer Anbieter ein komplettes Angebot auf den Tisch gelegt hatte.

Wir hatten den Eindruck, daß das Riva-Konzept von vorneherein favorisiert wurde; daß in Wirklichkeit nur ein einziges Angebot begutachtet wurde und dem Vorstand der Treuhand die Entscheidung zu einem Termin vorgelegt wurde, der überhaupt nicht ausgewiesen war, der ursprünglich auf Dezember festgelegt und dann willkürlich vorverlegt wurde.

Die Treuhand hat uns auch noch erpreßt. Wörtlich hat Herr Tantow zu uns gesagt: „Entweder das Konzept von Riva oder keins." Er hat uns unterstellt, daß wir ausländerfeindlich sind, nur weil wir das schlechtere Konzept, das von Riva, ablgelehnt haben.

Riva hat nur 700 sichere Arbeitsplätze zugesagt. Hat eine angestrebte Produktionsziffer von 2 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr angegeben; es ist aber - auch nach Meinung von Fachleuten - illusorisch, so viel in der Region Hennigsdorf und Umgebung umsetzen zu wollen. Drittens beanspruch Riva ein Gelände, das weit über dem betriebsnotwendigen liegt. Und schließlich wollte sich Riva weder für den Rest der Kollegen, die nicht übernommen werden, verantwortlich erklären, noch - im Gegensatz zu den anderen Anbietern - zusagen,



Betriebsratsmitglied Dr. Dieter Walter *Foto: IG Metall*

daß das nicht-betriebsnotwendige Gelände in eine Extra-Gesellschaft kommt, in der das Land und/oder die Kommune und/oder die Restgesellschaft das Sagen haben.

Weil all diese Dinge sich schlagartig ereignet haben, hat die Belegschaft gesagt: Nun ist Pumpe, jetzt machen wir die Tore zu. Wir lassen uns nicht verschaukeln.

Gleichzeitig mit dem Schließen der Tore sind 300 bis 500 Kollegen zur Treuhand gefahren und haben versucht, dort zu intervenieren. Die Treuhand hat nicht reagiert. Daraufhin hat die Belegschaft beschlossen: Unsere Tore bleiben zu, bis die Treuhand öffentlich alle drei Konzepte verhandelt. Mit der Besetzung des Stahlwerks haben wir erreicht:

* Daß der Verkauf öffentlich verhandelt wird, mit dem Betriebsrat, mit der IG Metall,

* Daß das Konzept, wie es der Treuhand auf dem Tisch lag, nicht akzeptiert worden ist.

Die Treuhand hat uns angeboten, mit einer Übernahme den ganzen Rest in einem halben Jahr abzuwickeln.

Nach 13 Tagen kam unsere Verhandlungsdelegation zurück mit dem Ergebnis: Das, was wir jetzt erreicht haben, ist das Maximum, mehr ist nicht drin, selbst wenn wir den Betrieb noch 15 Tage besetzen, weil die Treuhand nicht bereit ist, weiter zu verhandeln.

Wir haben n i c h t erreicht, daß die 1,6 Millionen qm, die Riva kriegen soll, so beschnitten werden, daß sie sich auf das betriebsnotwendige Gelände beschränken. Riva erhält die 1,6 Millionen qm, das ist zehnmal mehr als die Produktionsfläche, auf der der Stammbetrieb in Verona steht.

Wir haben uns einen dreiviertel Tag in Verona herumgetrieben in diesem Betrieb, haben dort mit Gewerkschaftern, mit dem Betriebsrat und auch mit dem Vorstand gesprochen. Das Unternehmen wird dort betrieben auf 166.000 qm plus einer Vorhaltefläche, die noch einmal so groß ist. Bei uns erhält Riva das Zehnfache.

Wir haben n i c h t erreicht, daß ein realer Vergleich aller drei Angebote vorgenommen wird. Es sind zwar alle befragt worden. Aber in allen Verhandlungen, das hat selbst der Bezirksvorsitzende der IG Metall gesagt, konnte der Verdacht nicht ausgeräumt werden, daß irgendwo was nicht sauber gelaufen ist.



Wir haben aber erreicht,

* Daß Riva nicht nur 700, sondern 1050 Arbeitskräfte übernimmt, d.h. das Unternehmen bleibt eines, das unter die Montanunion fällt; die Montanmitbestimmung ist hier also gesichert.

* Daß Riva die 1050 Arbeitskräfte nach 613a BGB übernimmt, d.h. für 1 Jahr mit allen Rechten und Pflichten.

* Daß die Treuhand die Finanzierung der Rest-HSG, also der Rest-Gesellschaft, die denselben Namen wahrscheinlich behalten wird, mit 4000 Arbeitnehmern bis 1993 sichert. Diese Finanzierung hätten, nebenbei bemerkt, auch Hamburg und Baden übernommen, einschließlich der Industrieansiedlung und und und. All dieses dürfen wir heute allein tun, und das auf einem Restgelände von pro Kopf 250 bis 300 qm.

Um die Kosten für die notwendigen Umsetzungen von Dienstleistungsbetrieben und Fremdfirmen, die jetzt auf dem Gelände Riva arbeiten und ausweichen müssen, und für Instandhaltungskräfte, die bei Riva nicht unterkommen und sich deshalb irgendwie verselbständigen müssen, werden wir uns natürlich weiter streiten müssen.

Wir haben auch erreicht, daß alle Betriebsvereinbarungen, die bis zum heutigen Tag gelten, von Riva übernommen und auch mit in die Rest-Gesellschaft übernommen werden.

Gegenüber allen anderen Unternehmen in den neuen Bundesländern haben wir, glaube ich, einen Vorteil: Wir hatten, während der Hammer von der Treuhand fiel, da es keinen Sozialplan gibt, höchstens eine Abfindung von 5.000 DM, einen Interessensausgleich verabschiedet, in dem steht: Solange es Lohnersatzzahlungen gibt (ABM-Geld, Unterhaltsgeld und Kurzarbeitsgeld), sind im Unternehmen keine Arbeitnehmer zu kündigen. Ihr wißt, daß die Kurzarbeiterregelung bis Ende 1992 verlängert wird. Damit kann solange kein einziger Kollege aus dem Unternehmen gekündigt werden.

Und ist nicht gelungen, zu erreichen, daß mit dem Tag, wo wir die Tore zumachen, wie in der Vergangenheit von Hennigsdorf, eine Initialzündung ausgeht. Wir waren in Brandenburg, haben dort auf der Betriebsversammlung gesprochen, haben uns gefragt: Warum zieht Brandenburg nicht mit?
Wir können diese Frage nur bedingt beantworten: Brandenburg hat in der Vergangenheit schon von 8.000 auf 3.000 abgebaut und hat unwahrscheinliche Probleme, die Spaltung der Belegschaft zwischen dem Alt-Werk und dem Neu-Werk auszugleichen. Diese Spaltung ist dort erheblich krasser als bei uns. Wir waren auch in Finow, als die das Werk zugemacht haben.

Wir mischen uns in deren innere Angelegenheiten nicht ein. Wir sagen, was wir an Erfahrung gemacht haben in diesen 13 Tagen, was wir nicht geschafft haben, wo wir Probleme sehen.

Wir haben über 40 Solidaritätsschreiben erhalten, da waren Briefe dabei, die uns sehr geholfen haben. Wir hatten vor keiner Aktion Scheu. Doch letztendlich hat all dies nicht dazu geführt, daß ein ordentliches Vergleichsverfahren für Hennigsdorf und für Brandenburg durchgeführt worden wäre.

Noch ein paar Sätze zur Rolle der IG Metall: Die IG Metall war in Hennigsdorf nicht präsent. Wenn wir von der IG Metall sprechen, dann meinen wir in Hennigsdorf und in Brandenburg die IG Metall vor Ort, einschließlich der Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung ist eine Arbeitsmaschine, die voll hinter der Aktion in Hennigsdorf stand.

Etwas höherer siehts schon etwas magerer aus und bei dem Herrn - wie heißt er noch gleich? - Stein? oder Sand? jedenfalls dem Herrn Kühler, da sieht es schon ganz müde aus. Er hat vielleicht nicht gewußt, was in Hennigsdorf war, sonst wäre er gekommen. Unsere IG Metall ist die in der Region Brandenburg, und mit der können wir gut leben.

DIE MINOLFARBEN

- Das sind gewissermaßen die Farben der Saison bei der Kleidung der „GmbH-Jungs", wie die Imbiß-Frau am Bahnhof Friedrichstraße ihre Mittags-Klientel bezeichnet.

„Eines Tages wird man dahinter kommen, daß an den Zigaretten nur die Werbung krebserregend ist!" so Kettenraucher Enno Pallas neulich in der „Stiege".

OSTWIND

Die Redaktion weist noch einmal darauf hin, daß Artikel, Flugblätter oder sonstige Berichte aus den Betrieben ausdrücklich erwünscht sind. Wir stellen dieses Info nach dem guten alten Prinzip her: Wer schreibt, der zahlt!

AUF DIE DEUTSCHE BANK

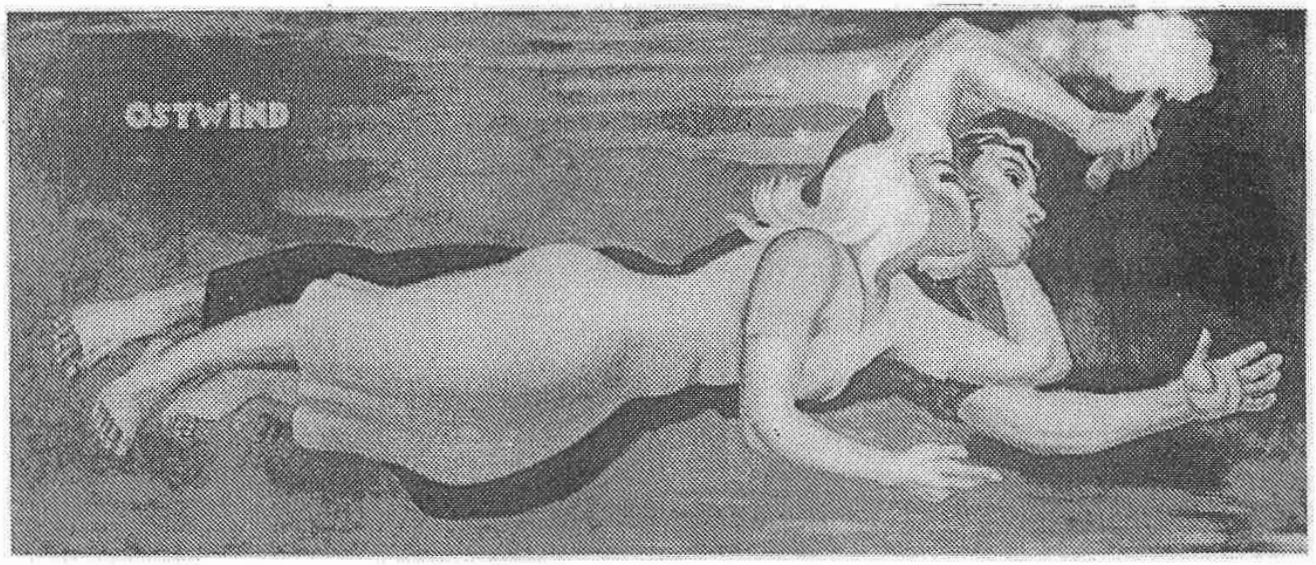
stößt man bei Recherchen in der DDR-Wirtschaft an allen Ecken und Enden. Über ihre Immobilien- und Unternehmensberatungs-firmen ist die DB zudem dick am Treuhand-Geschäft beteiligt, wo ihre Leute lauter Schlüsselpositionen erobert haben. Kein Wunder, daß Wirtschaftssenator Meisner die Leitung seines Industrie-Konzeptgruppe auch gleich einem Deutsche Bank Manager übertragen hat. „Womit handeln Banken" eigentlich? fragte sich vor einigen Jahren schon eine Bielefelder Projektgruppe um den Systemanalytiker Niklas Luhmann. Jetzt liegt ihre kluge aber begrifflich-komplizierte „Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft" als Buch vor: im Suhrkamp-Verlag für 18 DM.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe war Mitte Juni. Die Ereignisse in den Werften, in Finsterwalde, bei Krupp-Stahl Berlin, BAE BELFA und im Friedrichstadtpalast, wo das Ballett streikte, konnten nicht oder nur in ihren ersten Ansätzen hier thematisiert werden.

GLANZ. KRISE. FUSION

nennt der Autor Werner Catrina seine Darstellung der Geschichte des Schweizer Elektrokonzerns BBC, der 1988 mit dem schwedischen Konzern Asea zu ABB fusionierte. Für diese Recherche stand ihm nahezu unzensiert das Firmenarchiv der BBC zur Verfügung und sie fällt deswegen auch aus dem Rahmen der üblichen schönfärberischen Firmen-Geschichten und thematisiert z.B. auch die Arbeitskämpfe in der BBC zwischen 1891 und 1991. Verlag Orell Füssli 1991.

- Max Lingner:
"Ostwind", ÖL aus Leinwand 1957



IMPRESSUM:
Der „Ostwind" wird von der Info-Gruppe der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte herausgegeben. Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Stephan Demke. Seine Anschrift ist vorläufig zugleich Bestelladresse: Holteistraße 23, O-1035 Berlin. Die Auflage des Infos beträgt 500 Exemplare. Bei Bestellungen bitte Rückporto beilegen.

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!

Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

D O K U M E N T A T I O N der "OSTWIND"-Redaktion zur
1. Konferenz ostdeutscher und Berliner
Betriebs- und Personalräte am 20.06.92
in Berlin (Ost)

Berlin, 27.06.92



taz Foto: Boris Geilert/GAFF

Post: Wolfgang Pohland
Sophienstr. 31
1020 Berlin

Kontakt: Betriebsrat NARVA
Michael Müller
Tel. Ost-5832 23 66
Fax: Ost-5832 22 99

Kontakt: Betriebsrat AEG
Gerhard Lux
Tel: West-7496 24 75
Fax: ...

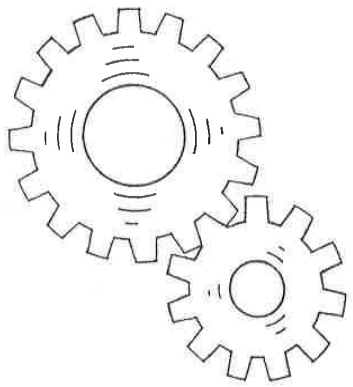
Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte am 20.6.92 in Berlin

Teilnehmer / Teilnehmerinnen

MEDIEN

Frankfurter Rundschau
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Junge Welt
Berliner Zeitung
Spiegel
Süddeutsche Zeitung
Berliner Linke
Reuter
Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Wirtschaftswoche
Neues Deutschland
Die Tageszeitung
Freie Tribüne für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie
VDI-Nachrichten
Die Wirtschaft
Freitag
Wochenpost
Neue Arbeiterpresse
Rheinische Post
Tagesspiegel
Stern
Le Monde
Die Zeit
Semana Information
freie Journalisten und Journalistinnen
AFP
Deutsche Welle
ARD Tagesschau
ZDF
DT 64
MDR-Info
ORB
ARD Aktuell
NDR Rostock
WDR Köln
NFB

Sonnabend, 20. Juni, 10 Uhr
Kongreßzentrum
am
Alexanderplatz



Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung

Konferenz
Ostdeutscher und
Berliner Betriebs-
und Personalräte

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!

Aufruf für Betriebs- und Personalräte und Vertrauensleute der Betriebe in den neuen Bundesländern und in Berlin

Gegenwärtig sind bzw. werden in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin flächendeckend mehr als 50% aller Arbeitsplätze vernichtet. Ganze Regionen (wie z.B. die Insel Rügen) werden völlig entindustrialisiert. Diese Art von negativer Struktur- und Arbeitsmarktpolitik muß sofort gestoppt werden.

Für alle Betriebe muß gelten:

> Mitbestimmung der Betriebsräte vor Entscheidungen über Sanierung, Verkauf oder Standortverlagerung von Unternehmen.

Um diese Forderung durchzusetzen, führen wir eine
Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter durch:

Samstag, 20. Juni 1992, 10 - 18 Uhr
Berlin, Kongreßhalle am Alexanderplatz

Wir wollen als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gemeinsam eine Änderung der Politik der Arbeitsplatzvernichtung erzwingen. Wir wissen, daß die Treuhandanstalt nicht die alleinige Verantwortung für den Arbeitsplatzabbau trägt. Deshalb wollen wir auch die Verantwortung der Regierung für diese Situation darstellen.

Unsere Ziele bei dieser Konferenz sind:

- Durchsetzung des Grundsatzes "Sanierung vor Privatisierung für alle sanierungsfähigen Betriebe";
- Bildung eines unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung, gemäß 76er Mitbestimmungsgesetz;
- Entwicklung von Konzepten, um neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen;
- Entwicklung von strukturpolitischen Konzepten.

Bitte diesen Aufruf kopieren und an andere Betriebe weiterleiten! Die Vorbereitungsgruppe trifft sich mittwochs um 16 Uhr im Ost-Berliner DGB-Haus, Saal 0205, Märkisches Ufer 28

Für die Vorbereitungsgruppe:
BR Stahlwerk Hennigsdorf, BR SKL Magdeburg, BR Deutsche Seereederei, BR WF Berlin, BR Neptun-Werft Rostock, BR BGW Narva, BR Krupp Stahlbau Berlin, BR Motorradwerk Zschopau, GBR ELBO Bau AG, BR Berliner Fertigteilwerke, BR RFT-SEL (EFN), Initiative Telematik, GPR Freie Universität Berlin, BR Robotron Telecom Radeberg

Kontaktadresse: Betriebsrat Werk für Fernsehelektronik (WF), O - 1160 Berlin, Ostendstr. 1-14
Tel.: 6383 23 09, 6383 38 50, FAX: 635 06 23

Bitte Infos von Betriebsrat und Gewerkschaften über Erfolge und Mißerfolge und statistisches Material zur Arbeitsplatzvernichtung mitbringen! Anmeldung und gegebenenfalls Unterkunftswünsche bitte bis zum 16.6. mitteilen.

- Entwurf -
Forderungskatalog von Betriebs- und Personalräten aus den alten und neuen Bundesländern

Ohne Anpassungszeiträume und wirtschaftspolitische Hilfestellungen wurde die ostdeutsche Wirtschaft mit der Währungsunion marktwirtschaftlichen Bedingungen ausgesetzt. Der Zusammenbruch des Ostmarktes hat den so entstandenen Konkurrenzzwang nur verschärft, jedoch nicht verursacht. Ergebnis dieser Politik ist die zusehende Zerstörung der industriellen Produktion im Osten Deutschlands. Unter Berufung auf den maroden Zustand der Wirtschaft im Osten Deutschlands werden die Arbeitsbedingungen im Westen ebenfalls massiv verschlechtert und mit Hinweis auf die Kosten der Einheit werden Sozialleistungen drastisch gekürzt.

Die Treuhandanstalt trägt das ihre dazu bei, daß der Industriestandort Ostdeutschland fast vollständig abgewickelt wird, daß auch sanierungs- und konkurrenzfähige ostdeutsche Unternehmen im Interesse westdeutscher und europäischer Unternehmer als lästige Konkurrenten ausgeschaltet werden. Dabei geht es den West-Unternehmern vornehmlich nicht um den Aufbau einer neuen effektiven Industrieregion, sondern um den möglichst billigen Erwerb der Betriebsgrundstücke als rentable Kapitalanlage (siehe CONLE, KLINGBEIL und ROLAND ERNST). Trotz vorhandener hoher Kapitalrücklagen von 600 Mrd. DM sind die West-Unternehmer so gut wie nicht zu Investitionen im Osten bereit. Bereits zu Anfang wurden die Weichen falsch gestellt. Die Banken - allen voran die Deutsche Bank - konnten Schuldforderungen der ehemaligen DDR-Staatsbank in Milliardenhöhe übernehmen. Damit waren viele ostdeutsche Betriebe von Anfang an chancenlos. Daher ist der vielversprochene "Aufschwung Ost" bis jetzt ausgeblieben. Die Beschäftigten und die Millionen Beschäftigungslosen werden mit "Beruhigungspillen" abgespeist. Die Menschen in den neuen Bundesländern verlieren nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch ihre Hoffnung auf einen Neuanfang und damit die Motivation zur Sanierung der Betriebe und anderer gesellschaftlicher Bereiche.

Als Betriebs- und Personalräte können und werden wir diesen massiven Angriff auf die Existenzbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht kampflos hinnehmen.

Daher fordern wir:

1. Den sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen in Treuhandbetrieben und die Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben.
2. Arbeitsplatzgarantien in Privatisierungsverträgen und Verpflichtung zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze als Privatisierungsbedingungen.
3. Sofortige Aufhebung der Privatisierung bei Vertragsbruch, insbesondere bei Entlassungen.
4. Ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm für den Osten mindestens in Höhe eines Rüstungshaushaltes
5. Investitionsförderung von Produktinnovationen und Produktionsmodernisierungen, u.a. zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs-und Entwicklungsbereich.
6. Tarifliche Vergütung in voller Höhe bei Qualifizierungsmaßnahmen.
7. Verbot der Leiharbeit und des Lohndumpings.
8. Quotenregelung bei der Arbeitsplatzvergabe für Frauen.
9. Sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe in voller Höhe.
10. Bevorzugung von Ost-Betrieben bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren und Auftragsvergaben für Aufträge in den neuen Bundesländern.
11. Durchsetzung des Grundsatzes "Sanierung vor Privatisierung für alle sanierungsfähigen Betriebe".
12. Drastische Besteuerung von Unternehmensgewinnnen, die nicht investiert werden.
13. Öffentlichkeit bei allen Verhandlungen der Treuhand-Anstalt von Anfang an.
14. Kontroll- und Anfechtungsrecht für Betriebs- und Personalräte bei Privatisierungsbeschlüssen der Treuhand-Anstalt.
15. Keine Behinderung der gesetzlich garantierten Arbeitnehmer-Interessenvertretung von Betriebs-und Personalräten durch die Treuhandanstalt.
16. Bildung eines unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung, gemäß 76er Mitbestimmungsgesetz.
17. Entwicklung von Konzepten, um neue zukunftssichere Arbeitplätze zu schaffen.
18. Entwicklung von strukturpolitischen Konzepten.
19. Eindämmung der Immobilienspekulation durch gesetzliche Bindung des Unternehmenserwerbs an den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
20. Erweiterung der Hermesbürgschaften in Umfang und Dauer.

Entwurf: Berlin, den 20.6.92

AN ALLE GEWERKSCHAFTLICHEN VORSTANDSMITGLIEDER

* Wir, die Teilnehmer der Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter, die am 20. Juni 1992 in Berlin zusammenkamen, schlagen vor eine 2. Konferenz -gleicher Art- unter der offiziellen Schirmherrschaft der Gewerkschaften einzuberufen.

* Wir sind uns bewußt, daß nur mit vereinter Kraft aller Gewerkschaften in Deutschland, Aktionsmöglichkeiten ausgelotet werden können, um der katastrophalen Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen im Osten Einhalt zu gebieten und die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland anzusteuern.

* Auf der jetzigen Konferenz haben wir uns nur Ziele -wie Stopp der Arbeitsplatzvernichtung- gesteckt, die wir als verantwortliche Funktionsträger mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen können, vor allem wenn unsere Gewerkschaften die notwendige Unterstützung uns nicht versagen.

* Das Problem der Massenarbeitslosigkeit jedoch betrifft alle abhängig Beschäftigten, insbesondere aber ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung. Diese kann sich nicht mehr darauf verlassen, daß dieses Problem durch einen langen konjunkturellen Wirtschaftsaufschwung gelöst werden kann, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

* Wir glauben, daß es gesamtgesellschaftlich unverantwortlich, wirtschaftlich verheerend und für die Betroffenen unmenschlich ist, wenn wir ihnen, die ihr Arbeitsvermögen, ihre Kreativität einsetzen wollen, dies durch Erwerbslosigkeit versagen. Arbeitslosengeld, soziale Fürsorge -so notwendig sie sind- bedeuten für alle, die Erwerbsarbeit leisten wollen und können, keinen Ersatz. Sie sind entwürdigend.

* Um kurzfristig den aus dem Arbeitsprozeß Hinausgedrängten wieder eine Chance zur Eingliederung zu bieten, ist eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit dringend erforderlich: die Teilung der Arbeitsplätze zwischen denen, die erwerbstätig sind mit denen, die es werden wollen.

* Wir wissen, daß eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit ohne vollen Lohn- und Gehaltsausgleich insbesondere in Ostdeutschland, wo nur 40% bis 50% der westlichen Einkommen erzielt werden, Verelendung bedeuten würde.

* Wir wissen ebenso, daß die einzelnen Betriebe mit den Kosten für die erhebliche Verkürzung von Arbeitszeit nicht belastet werden können, weil dies ihre Existenz gefährden könnte.

* Wir schlagen deshalb den Gewerkschaften vor, zu fordern, daß die Bezahlung für die Kosten der Arbeitszeitverkürzung - dort wo sie mit Personalausgleich, also Einstellung neuer Arbeitskräfte erfolgt - von der Bundesanstalt für Arbeit übernommen werden sollte.

* Eine Modellrechnung zeigt auf, daß in Ostdeutschland allein - mit vier Millionen Erwerbstätigen, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um ein Viertel (auf rund 30 Stunden) in Form des Personalausgleichs ein Viertel mehr Arbeitsplätze - also eine Million - entstehen lassen könnte. Da für diese die Unterstützungsleistungen wegfallen würden, sie im Gegenteil sowohl Beitrags- als auch Steuerzahler werden würden, könnte die Übernahme der Kosten für die Arbeitszeitverkürzung finanziell kaum wesentlich ins Gewicht fallen.

* Jedenfalls würde dann für sinnvolle Beschäftigung statt für sinnlose Arbeitslosigkeit bezahlt.

FORDERUNGEN DER KONFERENZ OSTDEUTSCHER UND BERLINER BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE

(am 20. Juni 1992 in der Berliner Kongreßhalle)

1. Den sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben, ansonsten Aufhebung der Kaufverträge.
2. Durchsetzung des Grundsatzes "aktive Sanierung vor Privatisierung" für alle sanierungsfähigen Betriebe.
3. Ein Investitionsprogramm zum Erhalt der noch vorhandenen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen.
4. Förderung von Produkt- und Verfahrens-Innovationen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs-, Entwicklungs- und Ökologie-Bereich.
5. Verbot der Leiharbeit (u.a. Abschaffung des Zweitregisters in der Seeschiffahrt) und des Lohndumpings.
6. Sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe, zinsgünstige Kreditgewährung und Beteiligung von Treuhand-Betrieben an Förderungs-Mitteln (EAP).
7. Bevorzugung ostdeutscher und Berliner Betriebe bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren und Vergaben für Aufträge in den neuen Bundesländern und Berlin.
8. Erhebung einer Investitionsabgabe von Unternehmen, die nicht mindestens 25% ihrer Investitionen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin vornehmen.
9. Volle Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen Verhandlungen und Entscheidungen der THA von Anfang an, Bildung eines geeigneten unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung.
10. Umkehr des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung, Verhinderung der Immobilienspekulation

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund

DGB - Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern

Gadebuscher Straße 153 G
O - 2762 Schwerin
Telefon: 03 85 / 46 71 51 - 55
Telefax: 03 85 / 46 71 56

DGB - Landesbezirk · Gadebuscher Straße 153 G · O - 2762 Schwerin

Betriebsrat WF
Ostendstr. 1 . 14
O-1160 Berlin

Schwerin
17.6.92
MiR

1.Konferenz ostdeutscher ArbeitnehmervertreterInnen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für Eure Einladung zur 1.Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreterinnen und -Vertreter. Aus privaten Gründen kann ich am 20.Juni leider nicht nach Berlin kommen.

Tibetanischen Gebetsmühlen gleich singen derzeit die konservativ-liberalen Wirtschaftspolitiker das Lied vom Aufschwung und den Selbstheilungskräften des Marktes. Die Konsequenz ist uns allen bekannt - die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in unseren Bundesländern liegt bei fast 50%. Dem eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entgegenzusetzen, scheint Aufgabe der Gewerkschaften und Betriebsräte zu sein.

Nur- da beginnt unser Dilemma. "Zukunftsorientiert" heißt mit Sicherheit "ökologisch ausgerichtet". Wenn aber eine Industrie- und Standortpolitik gefordert wird, dann bedeutet dies mit Sicherheit auch Eingriff in das bestehende Ökosystem. Wie das alles unter einen Hut bringen? Den völligen Zusammenbruch bestehender Wirtschaftszusammenhänge, einen allgemeinen Strukturwandel, Arbeitsplatzerhalt und Umwelterhaltung. Dürfen und können wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit dem Totschlagargument "Arbeitsplätze" die Vernichtung der Natur zu lassen, wie es beispielsweise mit dem nun nicht mehr stattfindenden Bau der Meyerwerft auf Rügen passiert wäre?

Das Spannungsfeld Ökologie/Ökonomie wird uns - und dies besonders in den östlichen Gefilden - in den nächsten Jahren verstärkt beschäftigen. Ich würde mich freuen, wenn Eure Konferenz diese Fragestellung zumindest mit anschneiden würde.

Viel Erfolg wünsche ich Euch.

Mit kollegialem Gruß

Michael Rittmeier
Pressesprecher und Abteilungssekretär

DIE SOZIALE EINHEIT GESTALTEN
DGB

Das Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West begrüßt die Initiative zur 1. Konferenz ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute in Berlin.

Unser Bündnis unterstützt die im Aufruf zur Konferenz erhobenen Forderungen,
- die Betriebs- und Personalräte an den Entscheidungen über Sanierung, Verkauf oder Standortverlagerungen von Unternehmen zu beteiligen und die Möglichkeiten der bestehenden Mitbestimmungsgesetzgebung voll auszuschöpfen;
- struktur- und regionalpolitische Konzepte zum Erhalt und zur Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze zu entwickeln und
- den Grundsatz "Sanierung vor Privatisierung" durchzusetzen.

Wir sind aber der Meinung, daß diese Positionen nicht ausreichen, um den mittlerweile verheerenden Folgen der von Bundesregierung und Treuhand in Ostdeutschland verfolgten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wirksam begegnen zu können. Auch die "Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte" geht über die eingangs genannten Schwerpunkte hinaus, indem sie z. B. für den Erhalt der Arbeitsplätze im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich und die sofortige Wiedereinstellung der bereits gekündigten Kolleginnen und Kollegen eintritt.

Wir meinen, daß im Kampf gegen Sozialabbau folgende weitere wichtige Forderungen unverzichtbar sind:
- sofortige Angleichung der Löhne und Gehälter in Ostdeutschland an das Westniveau;
- arbeitsplatzwirksame Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich und gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit auf alle, die an ihr teilhaben wollen;
- Durchsetzung eines Einkommens, das allen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht;
Schluß mit der Deregulierung von Arbeitsverhältnissen (ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Arbeit unter Tarif, Zweitjobs...)!
- Kopplung der Lohnersatzleistungen an die Entwicklung der Löhne und Gehälter;
- nicht nur Schaffung neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze, sondern ökologisch sinnvoller und gesellschaftlich notwendiger Arbeitsplätze und
- über die Betriebs- und Personalräte hinaus haben alle beschäftigten und erwerbslosen Kolleginnen und Kollegen das Recht auf Mitwirkung an der Entscheidungsfindung und -fällung über ihr Leben betreffende Fragen;

Unternehmensentscheidungen bedürfen der Belegschaftszustimmung!

Wir möchten Euch vorschlagen, diese Positionen auf der Konferenz zu diskutieren und sie zu den Euren zu machen. Wir halten diese Konferenz für ein ermutigendes Signal in dieser von Resignation, Hoffnungslosigkeit und wachsendem Rechtsradikalismus gekennzeichneten Zeit und wünschen Euch einen in ihrem Sinne erfolgreichen Verlauf. Wir denken, daß diese Form des Meinungsaustausches und der Zusammenarbeit fortgesetzt werden sollte. Die Mitglieder des Bündnisses werden sich in ihren Einzelgewerkschaften und im DGB für die Durchsetzung der aufgeführten Forderungen einsetzen. Dabei gilt unsere besondere Aufmerksamkeit der Solidarisierung von in Ost- und Westdeutschland lebenden Beschäftigten und Erwerbslosen, denn nur gemeinsam läßt sich ein weiterer Arbeitsplatz- und Sozialabbau verhindern.

Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/ West

Solidarität gegen Ellenbogengesellschaft

Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165 - Zimmer 204,
O-1080 Berlin (Nähe U-Bahnhof Französische Straße); Montags 19.00 Uhr

GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE (GBM) e.V. (i.G.)

GBM

Berlin, den 20.6.1992

An die Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter !

Liebe Kollegen !

Wir übermitteln Euch unsere aufrichtige Solidarität.
Die GBM gibt Weißbücher und Journale für Recht und Würde heraus. Wir haben ein Archiv, das Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen in Ostdeutschland erfaßt und wir informieren eine breite nationale und internationale Öffentlichkeit.
Helft uns bei der Arbeit !
Stellt uns Material zur Verfügung über Treuhandpraktiken und politische Intrigen !
Ermuntert Betroffene ihre Schicksale zu schildern !
Arbeitet mit an einem Weißbuch zur Dokumentation des Widerstandes in Ostdeutschland !

Dr. Christa Anders
stellvertr. Vorsitzende

Sitz:
Karl-Lade-Straße 26
O - 1156 Berlin
Telefon: 5 55 63 55

Senioren-Büro:
Hafersteig 1 a (Baracke 7)
O - 1141 Berlin
Telefon: 54 78 22 13

Bankverbindung:
Berliner Sparkasse
BLZ 100 500 00
Konto-Nr.: 13 200 186

Martin Jander/Jürgen Kädtler
Gisela Kottwitz/Stefan Lutz

Überforderung oder Chance?

Betriebsräte in der "Zwickmühle" zwischen betrieblicher Modernisierung und sozialer Interessenvertretung.

8 Thesen anläßlich der Betriebsrätekonferenz
Berlin, 20.6.92

DFG Forschungsprojekt zur Entwicklung und Entstehung von Betriebsräten in der ehemaligen DDR.

Leitung: Prof.Dr. W.Rosenbaum, Universität Göttingen/Jena
Dr.rer.pol. R.Weinert, Freie Universität Berlin

Kontakt:

Martin Jander/Stefan Lutz
FU Berlin (ZI 6)
Malteser Str.: 74 - 100
W 1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792 250
Tel.: 030/7792 214

Jürgen Kädtler/Gisela Kottwitz
Universität Göttingen
Soziologisches Seminar
Platz der Göttinger Sieben
3400 Göttingen
Tel.: 0551/397468

Überforderung oder Chance?

1. Betriebsräte in den fünf neuen Ländern befinden sich in einer "Zwickmühle" zwischen betrieblicher Modernisierung und sozialer Interessenvertretung.

Beim Umbau der Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft in den fünf neuen Ländern, ändert sich nicht nur das Ziel der Produktion (Plan/Markt), sondern auch die damit verbundene Betriebsorganisation, die innerbetriebliche Arbeitsorganisation, ihr Ablauf und ihre Verantwortlichkeiten. Personalabbau und Modernisierung sind in aller Regel die Folge. Betriebliche Interessenvertretungen entstehen in diesem Prozeß. Seit der Einführung der Marktwirtschaft stehen die Betriebsräte in der ehemaligen DDR in der Regel deshalb vor einem Dilemma: Sollen sie ihre Tätigkeit auf das Überleben des Betriebes für die Marktproduktion beschränken und unter Umständen den damit verbundenen Personalabbau mittragen und sich damit wenigstens einen Resteinfluß auf die Entwicklung des Betriebes sichern, oder sollen sie die Interessen der ganzen Belegschaft vertreten, ihre vollständige Beibehaltung fordern und damit womöglich eine Modernisierung der Betriebe blockieren, die Privatisierung der Betriebe unter Umständen ganz verhindern? Mit dieser Zwickmühle müssen Betriebsräte in der Regel umgehen, wenn ihre Betriebe sich in einer Umbruchskrise befinden. In der ehemaligen DDR stellt sich das Problem verschärft, da es sich hier nicht nur um einzelne Betriebe handelt, sondern im industriellen Bereich um die gesamte Wirtschaft. (Wir sprechen hier nicht von den Verwaltungen. Hier stellen sich andere Probleme.)

2. Die wichtigsten Zukunftsfragen eines Unternehmens werden überbetrieblich gefällt, Betriebsräte gewinnen hier nur sehr schwer Einfluß.

Die wesentlichen Entscheidungen, die einen Betrieb betreffen, die Privatisierung und ihre Bedingungen, die zwischen Treuhand, Investor und Staat verhandelt werden, werden in der Regel außerhalb des Betriebes gefällt. Betriebsräte haben hier gar keinen rechtlich kodifizierten Einfluß. Um die Entscheidungen auf dieser Ebene zu beeinflussen, bedarf es bereits außerordentlicher Mittel. Ohne Verbindungen, Zeit, List und Tücke, Hartnäckigkeit und vieles mehr ist hier nichts zu machen. Selbst die normalen Schutzfunktionen also, die ein Betriebsrat für die Belegschaft, die ihn gewählt hat, ausfüllen soll, erfordern, wenn er sie ernst nimmt, außerordentliche Mittel.

Darüber hinaus stellen sich die Probleme, wenn Betriebsräte beginnen die Verantwortung für die ganze Belegschaft zu übernehmen oder wenn Betriebe ganz "abgewickelt" werden. Ein Betriebsrat, der den Anspruch hat, Verantwortung auch für die Mitarbeiter zu übernehmen, die im Unternehmen nicht gehalten werden können, muß beginnen, sich mit Weiterbildungsmöglichkeiten, AB Maßnahmen, eventuell mit Betriebsgründungen selbst zu beschäftigen. Betriebsräte sind damit in die regionale Wirtschaftspolitik eingebunden. Aber auch

dieses Engagement erfordert außerordentliche Mittel, Kenntnisse und Kontakte.

3. Die Wahrnehmung rechtlich kodifizierter Mitbestimmungsaufgaben im industriellen Umbruch blockiert gestaltende Politik von Betriebsräten. Ihre Kräfte werden oft durch Personalabbau, Eingruppierungsfragen und Betriebsratswahlen selbst gebunden.

Wenn der Personalabbau "normale" Dimensionen übersteigt, wie oft in den neuen Bundesländern, kriegen die Betriebsräte viel zu tun, die sich mit jeder einzelnen Kündigung beschäftigen. Ebenso zeitaufwendig stellt sich das Problem der neuen Eingruppierungen nach dem Tarifsystem der alten Bundesrepublik dar. Hier ergeben sich fast an jedem Arbeitsplatz, bei jeder Tätigkeit Eingruppierungsprobleme und natürlich auch Widersprüche und Konflikte. Zu diesem Problemfeld gehören natürlich auch alle Fragen, die mit den Betriebsrätewahlen im engeren Sinne zusammenhängen. In einigen Betrieben finden wir bis zu drei Wahlgänge, bis ein legitimiertes und auf rechtlich abgesicherter Grundlage arbeitendes Gremium zustande kam. Die außerordentlich hohe Zahl von Betriebsrätewahlen wird durch Firmenausgründungen, Firmenaufteilung etc. verstärkt. Da die Institution Betriebsrat erst im Umbruch von der Plan- zur Marktwirtschaft entsteht, hat sie ihren eigenen Aufbau, ihr eigenes Funktionieren überhaupt erst herzustellen. Neben der sehr starken Überforderung der Betriebsräte im Bereich dieser Schutzfunktionen, kommen die Gestaltungsfunktionen von Betriebsräten (Arbeitszeit, innerbetriebliche Arbeitsorganisation etc.) zu kurz.

4. Zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften in den fünf neuen Ländern funktioniert die Arbeitsteilung nicht. Das Hauptproblem liegt in der Struktur der auf die ehemalige DDR übertragenen Gewerkschaften. Sie sind auf regionale Netzwerke über die Branchen hinweg, auf Regional- und Strukturpolitik nicht eingerichtet.

Einer der vielen Gründe, warum die Belastung der Betriebsräte in den fünf neuen Ländern sehr hoch ist, liegt in der fehlenden Arbeitsteilung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften. In der alten Bundesrepublik gibt es zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften diese - nicht immer spannungsfreie - Arbeitsteilung. Die betrieblichen und überbetrieblichen Aufgaben können damit rationeller erledigt werden. Diese Arbeitsteilung funktioniert in den fünf neuen Ländern sehr unterschiedlich. Das grundlegende Problem dieser Arbeitsteilung in den fünf neuen Ländern liegt im Aufbau der Gewerkschaften selbst. Nach dem Zerfall des FDGB, übertrugen die bundesdeutschen Gewerkschaften ihr Organisationsmodell. Die jeweiligen an der Branche orientierten Einzelgewerkschaften kümmerten sich dann jeweils um "ihre" Betriebsräte. Da die Probleme sich jedoch gegenwärtig nicht entlang der Branchen, sondern entlang der Regionen stellen, Strukturpolitik gerade branchenübergreifende Zusammenarbeit vor Ort erfordert, können die Gewerkschaften die von ihnen erwarteten Dienstleistungen für die Betriebsräte nicht erbringen. Sie hätten doch gerade die von den Betriebsräten lauthals geforderten Überlegungen zu einer Strukturpolitik zu erfinden, eine Industriepolitik aus Arbeitnehmersicht

vorzuschlagen und entsprechende Dienstleistungen für Belegschaften und Betriebsräte zu erbringen.

Es muß freilich erwähnt werden, daß die Gewerkschaften der alten Bundesrepublik mit der Situation einer Strukturkrise in einem so großen Industriegebiet, mit so vielen verschiedenen Branchen noch nicht konfrontiert waren. Wenn sie mit Strukturkrisen konfrontiert waren, bezog sich das oft lediglich auf eine bestimmte Branche. Viele Probleme konnten dann dadurch aufgefangen werden, daß man mit arbeitsmarktpolitischen oder sozialpolitischen Instrumenten eine Umverteilung vornahm. Insofern handelt es sich bei der Strukturkrise in den fünf neuen Ländern um eine Situation, die auch von Gewerkschaftern neu erlebt wird. Hier ist ein großer Teil der Branchen gleichzeitig in der Krise. Der Zustand hält nun allerdings schon einige Zeit an.

5. Die geringe Durchsetzungsfähigkeit der betrieblichen Interessenvertretungen führt zu Vertrauensverlust bei den Belegschaften. Darüber hinaus müssen Betriebsräte sehr inhomogene Interessen innerbetrieblich vermitteln.

In der Mehrheit der Fälle sind Betriebsräte einflußlos, was den Ablauf der Privatisierung, der sogenannten "Abwicklung" etc. betrifft. Dies wird natürlich auch von den Belegschaften wahrgenommen. Die meisten Betriebsangehörigen haben relativ rasch ein ziemlich klares Bild von der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Vertreter. Durch die Einflußlosigkeit der Vertreter, sinkt das Ansehen des Gremiums insgesamt bei den Kollegen. Nicht selten sind Betriebsräte deshalb massiver Kritik ausgesetzt. Die ständig sinkenden Beteiligungen an Betriebsratswahlen weisen auf dieses grundsätzliche Problem hin.

Dieses Problem wird durch drei weitere Phänomene verstärkt. Zum einen ist die reale Interessenlage der Beschäftigten in den Betrieben durch die unterschiedlichsten Interessen geprägt. Da gibt es Kurzarbeiter, ABMler, ABMler in Weiterbildung, Noch-Beschäftigte, etc., die mitunter ganz unterschiedliche Wünsche und Anforderungen an die betriebliche Interessenvertretung richten, die sich auch nicht immer unter einen Hut bringen lassen. Zum anderen hat der oft langwierige Ablösungsprozeß der ehemaligen BGL nicht selten Mißtrauen gegen einzelne Personen in der betrieblichen Interessenvertretung hervorgerufen, die sich auch auf das ganze Gremium überträgt. Die aus der Not geborene Zusammenarbeit mit den Geschäftsleitungen wird mitunter als die Wiederkehr der alten Verhältnisse interpretiert, wo Betriebsleitungen, FDGB und Partei Hand in Hand arbeiteten und die Interessen der Belegschaft nur informell artikuliert werden konnten, keinen legalen Ausdruck hatten. Weiterhin ist es momentan in vielen Betrieben nicht gerade selbstverständlich einen vor Kündigung sicheren Arbeitsplatz zu haben. Belegschaften sehen die subjektiven Motivationen vieler Betriebsratsmitglieder deshalb sehr kritisch.

6. Die in der Regel hochqualifizierten Techniker, Ingenieure und Facharbeiter bringen in die Betriebsratsarbeit ihre Erfahrung mit der irrationalen Arbeitsteilung in den Betrieben der ehemaligen DDR mit ein. Der Wunsch nach einem befriedigenden, technisch rational und human gestalteten Arbeitsablauf, kann in Konflikt geraten mit dem Anspruch sozialer Interessenvertretung.

Viele Betriebsräte sind von Ingenieuren, Technikern, und Facharbeitern, die weit durch die Betriebe kamen, gegründet worden. In der Regel handelt es sich um Menschen, die sehr qualifiziert sind, oft hätten sie gar keine Probleme den Betrieb selbst zu leiten. Diese Gruppe von Leuten, hat vor der Wende die alltägliche Irrationalität der Planwirtschaft besonders scharf empfunden. Nach unserer Meinung ist eine wesentliche Motivation bei der Betriebsratsgründung deshalb der Wunsch, "daß hier endlich vernünftig gearbeitet wird". Der Wunsch nach einer innerbetrieblichen rationalen Arbeitsteilung und die soziale Interessenvertretung aller Beschäftigten, können da durchaus in Konflikt miteienander geraten. Wir sehen dies im Übrigen nicht nur als ein Problem der Ingenieure und Techniker. Wir sind der Auffassung, daß die Arbeitsbedingungen in der ehemaligen DDR für die Mehrheit der Beschäftigten die Erfahrung von Irrationalität bedeuteten. Selten war das richtige Arbeitsmaterial am richtigen Platz, ohne eigene riesige Lagerhaltung kam man gar nicht durch, oft gab es erzwungene Arbeitspausen etc.. Ein Kollege formulierte einmal: "Rumstehen nervt auch." Der Alltag dieses Materialmangels, der erzwungenen Arbeitspausen, der fehlenden Arbeitsgeräte etc., hat bei den meisten den Wunsch nach einer befriedigenden, sinnvollen Tätigkeit als einen vordringlichen Wunsch bestärkt. Nun soll nicht behauptet werden, daß ein am Markt orientiertes Unternehmen diese befriedigende Arbeit immer bietet. Wir können jedoch beobachten, daß dort, wo die Käufer von ehemaligen DDR-Betrieben das Angebot zur Mitarbeit bei der innerbetrieblichen Reorganisation machen, daß dort dieses Angebot gerne angenommen wird. Viele der Frustrationen, die Arbeitnehmer in den fünf neuen Bundesländern heute formulieren, resultieren aus einem nicht ernst genommenen "Aufbauwillen".

7. Die reale Infragestellung der Arbeit von Betriebsräten, befördert eine starke Rollenunsicherheit und -unzufriedenheit.

Entsprechend der dargelegten objektiven und subjektiven Probleme, verspüren die meisten Betriebsräte eine große Rollenunsicherheit. Wie sollen sie sich in der dargestellten Zwickmühle verhalten? Die meisten von ihnen wissen sehr genau, daß sie ihren selbstgesetzten Anspruch der sozialen Interessenvertretung, ihre Schutzfunktion unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht einlösen können. Da sie sich selbst an diesem Anspruch aber messen und auch von den Belegschaften an diesem Anspruch gemessen werden, sind viele Betriebsräte einfach frustriert. Die objektive Zwickmühle löst darüber hinaus nicht selten heftigen Streit um das richtige Verständnis von Betriebsratsarbeit aus. Dieser Streit blockiert dann zusätzlich die Arbeit. In der Mehrheit der von uns untersuchten Fälle verstehen sich die Betriebsräte als Partner der Geschäftsleitungen. Im Vordergrund ihrer Arbeit steht das Betriebswohl. Nur im Zusammenwirken mit der Geschäftsleitung wird ein Überleben des Betriebes als Möglichkeit angesehen. Damit entscheiden sich die be--

trieblichen Interessenvertretungen schwergewichtig für die Verteidigung eines Teils der Belegschaft. Sie nehmen über Sozialpläne die mögliche Restverantwortung für die Entlassenen wahr. Aber auch bei diesen Betriebsräten findet sich eine große Unzufriedenheit mit dieser Rolle. "Eigentlich" heißt es da, "müßten wir doch mehr tun." Nur bei einer Minderheit von Betriebsräten finden wir das Selbstverständnis der Interessenvertretung für die ganze Belegschaft. Auch für die Teile also, die nicht im Unternehmen bleiben können. Für diese Betriebsräte sind jedoch die praktischen Probleme sehr groß. Sie müssen sich faktisch in das unübersichtliche Politikgeflecht von Staat, Parteien und Treuhand begeben. Sie müssen auf Feldern (überbetrieblich) agieren, auf denen sie keinerlei rechtliche Befugnisse haben, sie müssen in Formen arbeiten die eher denen von Bürgerinitiativen, als denen von Gewerkschaften entsprechen. Oft müssen sie sich meterweise Kenntnisse von Gesetzen, Verordnungen etc. aneignen. Bis hin zur eigenständigen Entwicklung neuer Produkte und Verfahrensweisen reicht das Spektrum.

8. Ihrer realen Überforderung können Betriebsräte durch den Aufbau regionaler Netzwerke entkommen. Regional- und Strukturpolitik gibt es nicht als fertiges Konzept. Sie kann nur in Kooperation und Konflikt vor Ort entstehen. Betriebsräte könnten zu einem Kern lebendiger kommunaler Demokratie werden.

Wenn wir von unseren düstersten Annahmen ausgehen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß Betriebsräte unter diesen Bedingungen nicht funktionieren können. Sie sind überfordert. Die Arbeit, die ihnen qua Funktion zugemutet wird, ist mit traditionellen Mitteln nicht zu bewältigen. Sie können ihre Schutzfunktion nur dann ausfüllen, wenn sie zu außerordentlichen Mitteln greifen.

In der alten Bundesrepublik gibt es zwar kein Vorbild für diese neue Rolle von Betriebsräten, aber unserer Auffassung nach bereits ein Wort. In der Auseinandersetzung um die Rolle von Betriebsräten bei der Einführung neuer Technologien, aber auch im Zusammenhang ökologischen Problemen, hat sich für diese neue Rolle von Betriebsräten der Begriff der "Moderatorenrolle" eingebürgert. Auch hier bestand nämlich das Problem, daß die zur Verhandlung stehenden Probleme, die einzelnen Betriebsräte in ähnlicher Weise überforderten.

Die Vorstellung, die hinter dem Begriff des Betriebsrates als Moderator steckt, ist ziemlich simpel. Dieses Bild geht erstens davon aus, daß Betriebsräte es einerseits nicht immer allen Beschäftigten recht machen können. In der Tat sind sie die Vertreter für Menschen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen. Statt aber resignierend sich auf die alte deutsche Lebensweisheit zurückzuziehen, könnten es die Betriebsräte doch gerade als ihre Aufgabe ansehen die Auseinandersetzung und innerbetriebliche Debatte darüber zu fördern. Hier also wären die Betriebsräte "Moderatoren" oder besser Vermittler unterschiedlicher Interessen.

Die Vorstellung des Betriebsrates als "Moderator" beinhaltet aber neben der Vermittlung unterschiedlicher Interessen, die "Vermittlung" von Expertenwissen. In Feldern, in denen Betriebsräte sich nicht auskennen, besorgen sie sich Expertinnen und Experten, vermitteln deren Kenntnisse an die Belegschaft und fördern

so einen Prozeß der Kompetenzerweiterung. So etwa könnte man sich leicht vorstellen, daß Betriebsräte als "Moderatoren" ganze Regionalprogramme diskutieren. Kurz und knapp, das Problem der Überforderung ist nur durch einen Prozeß der Arbeitsteilung zu lösen. Nicht jeder kann alles.

Wir halten es für einen Irrtum, daß Regional- und Strukturpolitik lediglich die "Umsetzung" bereits vorgefertigter Programme bedeutet. Solche Programme kann es gar nicht geben. Ohne den Aufbau regionaler Netzwerke, in denen Gewerkschafter, Betriebsräte, kommunale und private Institutionen zusammenarbeiten, lassen sich die Probleme der wirtschaftlkichen Strukturkrise in den 5 neuen Ländern nicht bewältigen. Erst in und durch die Zusammenarbeit werden Schritt für Schritt Ziele und Programme genauer formuliert werden können. Der Aufbau dieser regionalen Netwerke könnten darüber hinaus bewirken, daß die Möglichkeiten der Bürger, sich an der Politik zu beteiligen und Entscheidungen zu beeinflussen, größer werden. Insofern könnten Betriebsräte auch zu "Moderatoren" im Sinne einer lebendigen kommunalen Demokratie werden.

Betriebsräte würden in einem solchen Prozeß ebenfalls die Modernisierung der Gewerkschaften beschleunigen. Die ausschließliche Orientierung an der jeweiligen Branche hatte ja auch schon in der alten Bundesrepublik nicht mehr funktioniert. Ob in der Frage der Arbeitszeit, der Energiepolitik, der Bio- und Gentechnologie etc.: Wo es jenseits vereinheitlichender Floskeln um die Zukunft der Industriegesellschaft ging, hatte es nur tiefgreifende Gegensätze gegeben, bis hin zum offenen Gegeneinander. Die Betriebsräte könnten mit ihrem Druck dazu beitragen, daß es hier zu Veränderungen kommt. Sie könnten mit ihrem Druck dazu beitragen, daß die Gewerkschaftsorganisationen, die nach der Wende von West nach Ost einfach übertragen wurden, von unten her als authentische Interessenvertretungen der Arbeitnehmer in den fünf neuen Bundesländern überhaupt erst entstehen. Zumindest aber könnten sie darauf hinwirken, daß die schlimmsten Auswirkungen der Konkurrenz der Einzelgewerkschaften untereinander gezähmt werden.

Informationen zum Forschungsprojekt:

Die Mitarbeiter des von der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) geförderten Forschungsprojekts zur Entstehung und Entwicklung von Betriebsräten in der ehemaligen DDR sind seit dem Herbst 1989 in Betrieben der ehemaligen DDR unterwegs. Wir untersuchen vorwiegend Betriebe in den Großstadtregionen Leipzig, Dresden, Jena und Berlin. Seit Februar 1992 wird unser Projekt finanziert. Der Endbericht wird im Frühjahr 1994 vorliegen.

In jeder der Großstadtregionen bearbeiten wir zwischen 6 und 10 Betrieben. Wir achten dabei auf einen Branchenmix und auf eine gleichmäßige Verteilung von Groß- und Kleinbetrieben.

Die Ziele unserer Untersuchung sind:

- die Geschichte der Wende im Herbst 1989 in den Betrieben aufzuschreiben;

- den Einfluß der Bürgerrechtsgruppen auf die Wende in den DDR-Betrieben zu erforschen;

- herauszufinden, ob Betriebsräte unter den Bedingungen der Strukturkrise der DDR-Wirtschaft funktionieren können;

- zu untersuchen, ob das aus der alten Bundesrepublik übertragene Arbeits- und Betriebsverfassungsrecht unter den Bedingungen des industriellen Strukturwandels angemessen funktioniert;

- herauszufinden, ob die aus der alten Bundesrepublik übertragenen Gewerkschaften unter diesen Bedingungen handlungsfähig sind.

Wir publizieren laufend Broschüren und Thesenpapiere zu unseren Forschungsergebnissen. Solange der Vorrat reicht kann man bei uns bestellen:

Jürgen Kädtler/Gisela Kottwitz
Betriebsräte zwischen Wende und Ende in der DDR
Herbst 1990

Martin Jander/Stefan Lutz
Betriebsräte in der ehemaligen DDR - Eine vernachlässigte Institution
Sommer 1991

Aktivgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND D

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

17.06.92

ZUR KONFERENZ DER BETRIEBS-U. PERSONALRÄTE:

STOPPT DIE ARBEITSPLATZVERNICHTUNG!

Am 30. Juni verlieren in den neuen Bundesländern und Berlin wieder 150.000 Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitsplatz. Die Treuhand setzt ihre unsoziale Politik der Massenentlassungen ungebrochen fort. Zum Jahresende sollen weitere 150.000 Beschäftigte auf die Straße geschmissen werden. So kann und darf es nicht weitergehen! Von den ehemals 10 Millionen Arbeitsplätzen in der früheren DDR sind innerhalb von nur 2 Jahren fünf Millionen vernichtet worden. Großbetriebe wurden auf ein Zehntel ihres Beschäftigtenstandes runtergeschrumpft. Viele Betriebe, soziale und kulturelle Einrichtungen wurden einfach liquidiert. Ganz Branchen sterben. Regionen veröden. Die Elektro- und Metallindustrie in den fünf neuen Bundesländern und Berlin wird fast vollständig plattgemacht, die Textilindustrie ist bereits zu 2/3 abgewickelt. Von den ehedem 180.000 LPG-Mitarbeitern in Mecklenburg-Vorpommern sind 150.000 aus der Landwirtschaft verdrängt. Woanders sieht es nicht besser aus.

Während Glücksritter, alte und neue Seilschaften, Immobilienspekulanten und Privatinvestoren aller Art sich das ehemalige DDR-Vermögen unter den Nagel reißen, von der THA zurechtgeschnittene schlanke Belegschaften serviert bekommen und dazu dicke Subventionen einstreichen, werden Millionen Kolleginnen und Kollegen zur Arbeitslosigkeit verdammt, in Altersübergangsgeld und Vorruhestand abgedrängt, mit Kurzarbeit und ABM abgespeist, in fragwürdige Umschulungen abgeschoben und obendrein noch vielfach von den Ansprüchen sogenannter Alteigentümer drangsaliert.

1990 haben viele Betriebsräte in den fünf neuen Bundesländern und Berlin den von den Geschäftsführungen geforderten Kündigungen noch ohne großes Murren zugestimmt, mancherorts sogar selbst den Abbau des „Wasserkopfs" in den Betrieben verlangt. Zwei Jahre später hat sich die Situation grundlegend geändert. Nach zwei, mancherorts drei Massenentlassungen sind viele Betriebe am Ende der Fahnenstange angekommen. Weitere Personalreduzierungen greifen direkt in die Produktionssubstanz der Betriebe ein. Seit 1991 versuchen die Betriebs- und Personalräte an Arbeitsplätzen zu retten was noch zu retten ist. In Hennigsdorf, Finow, Rostock, Riesa, Finsterwalde und an anderen Orten besetzten die Belegschaften die Betriebe. Zehntausende von Kolleginnen und Kollegen demonstrierten zusammen mit ihren Gewerkschaften, blockierten Verkehrswege, organisierten Autokorsi nach Bonn oder zur Treuhand-Zentrale oder besetzten auch mal ein Arbeitsamt. Jetzt muß der Kampf um den Erhalt und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen zusammengefaßt, diskutiert und neu koordiniert werden. Es geht nicht länger an, daß die THA Betrieb um Betrieb scheibchenweise zum Verkauf fertigmacht und die Belegschaften sowie ihre Betriebsräte dieser Politik isoliert gegenüberstehen. Die Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter am 20. Juni in Berlin ist ein wichtiger Schritt, die Vernetzung der Betroffenen herzustellen. Die Massenentlassungen müssen gestoppt werden!

M.C.

Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte

Gewerkschaften weht „Ostwind" ins Gesicht

Von RP-Korrespondent
JOACHIM MIES

BERLIN. Nach den Parteien weht jetzt auch den Gewerkschaften der „Ostwind" ins Gesicht. Vor allem die IG Metall sieht sich in den neuen Ländern immer mehr Mitgliedern gegenüber, die sich von den Funktionären aus dem Westen nicht mehr ausreichend vertreten fühlen. „Wir werden doch nur mit Hoffnungen ruhiggestellt, bis die Belegschaften bei Null angekommen sind", beklagte einer der Redner auf der „Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte", die am Wochenende – ohne offizielle Billigung und Beteiligung der IG-Metall-Führung – an der Spree stattfand. Pläne zur Gründung einer Ost-Gewerkschaft wurden von der Versammlungsleitung zwar bestritten, doch die Stimmung im Saal war so ablehnend nicht. „Wenn sich nichts ändert", sagte einer, „werden wir die Sache selber in die Hand nehmen müssen."

Was sich politisch ändern müßte, machten die knapp 200 Vertreter von 70 Betrieben mit insgesamt rund 107 000 Beschäftigten in einem Forderungskatalog an die Regierungen von Bund und Ländern sowie an die Gewerkschaftsvorstände deutlich. Darin verlangten sie unter anderem einen sofortigen Entlassungsstopp in den Treuhandbetrieben, die Entschuldung ostdeutscher Unternehmen sowie eine Bevorzugung von Ost-Firmen bei öffentlichen Aufträgen in den neuen Ländern.

In einem am Rande der Tagung verteilten Thesenpapier kommt eine Forschungsgruppe der Universitäten Berlin und Göttingen zu dem Schluß, daß strukturelle Änderungen auch bei den Gewerkschaften erforderlich seien. Das westliche, an den jeweiligen Branchen orientierte Organisationsmodell der Einzelgewerkschaften werde den Bedingungen in Ostdeutschland nicht gerecht, weil es auf die erforderliche branchenübergreifende Regional- und Strukturpolitik nicht eingerichtet sei.

Rheinische Post 22.6.92

WIRTSCHAFT 22.6.92 Frankfurter Rundschau · Seite 9

Ost-Betriebsräte machen gegen Stellenabbau mobil

Arbeitnehmervertreter legen Forderungskatalog vor / Investitionsabgabe verlangt / Kritik an Gewerkschaften

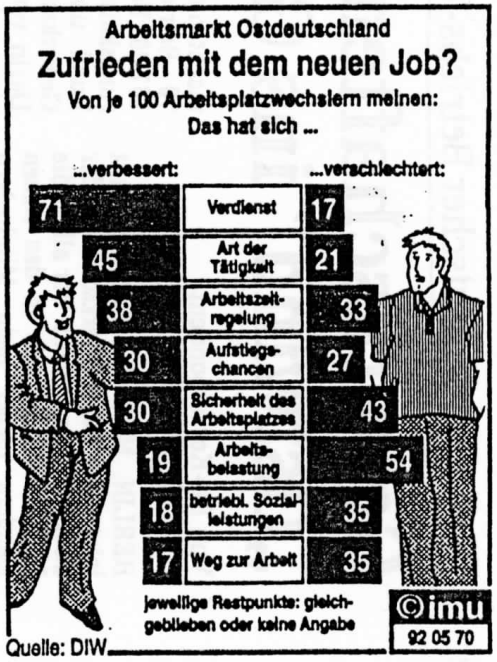
zba BERLIN. Mit einer „symbolischen Besetzung" der Treuhandanstalt wollen ostdeutsche Betriebsräte am Dienstag kommender Woche ihren Forderungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen Nachdruck verleihen. Rund 180 Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschafter stellten am Wochenende in Berlin die wichtigsten zehn Punkte eines Katalogs vor, mit dem der Kahlschlag in den Betrieben gestoppt werden soll. Bei der geplanten Besetzung am 30. Juni um elf Uhr wollen die Arbeitnehmervertreter ihr Papier Treuhand-Chefin Birgit Breuel übergeben. Sie bitten Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Kanzler Helmut Kohl und die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien sowie die Gewerkschaften, ihre Forderungen zu unterstützen. Im einzelnen verlangen sie:

— In bereits privatisierten Betrieben sind weitere Entlassungen sofort zu stoppen und Arbeitsplatzgarantien einzuhalten; ansonsten sind die Kaufverträge aufzuheben.

— Auf alle sanierungsfähigen Firmen ist der Grundsatz „aktive Sanierung vor Privatisierung" anzuwenden.

— Ein Investitionsprogramm muß vorhandene Stellen erhalten, neue schaffen und ABM-Stellen zu festen Arbeitsplätzen ausbauen.

— Produkt- und Verfahrensinnovationen müssen geschaffen werden, um Arbeitsplätze in Forschung, Entwicklung und Ökologie zu schaffen.



— Leiharbeit und Lohndumping sind zu verbieten; das Zweitregister in der Seeschiffahrt ist abzuschaffen.

— Ostdeutsche Firmen sind sofort zu entschulden; ihnen sind zinsgünstige Kredite zu gewähren. Betriebe der Treuhand-Anstalt sind an Fördermitteln (ERP) zu beteiligen.

— Bei öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Vergaben in den neuen Ländern und Berlin sind ostdeutsche und Berliner Betriebe zu bevorzugen.

— Unternehmen, die nicht mindestens ein Viertel ihrer Investitionen in den neuen Ländern und Berlin vornehmen, müssen eine Abgabe zahlen.

— Bei allen Verhandlungen und Entscheidungen der Treuhandanstalt sind die Betriebs- und Personalräte von Anfang an voll zu beteiligen. Ein geeignetes unabhängiges Kontrollorgan in paritätischer Besetzung ist zu bilden.

— Das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung" bei der Klärung der Eigentumsverhältnisse ist umzukehren, Immobilienspekulationen sollten verhindert werden.

Auf der Versammlung an der Spree übten mehrere Betriebsräte Kritik an der Haltung der Gewerkschaften zur Arbeitsplatzvernichtung in ostdeutschen Betrieben. Sinn der Konferenz sei es, den Gewerkschaften gerade in dieser Frage Beine zu machen, sie „auf Trab zu bringen." Ein Redner erklärte, wenn sich die Gewerkschaften hier weiterhin so passiv verhielten, müsse man daran denken, eine eigene Vertretung im Osten zu gründen. Die Versammlung beschloß eine weitere Zusammenkunft für den 2. Oktober, kurz vor dem Tag der Deutschen Einheit, in Berlin. Dabei hoffen die ostdeutschen Betriebsräte darauf, daß sich dann die Gewerkschaften direkt beteiligen werden.

Der Betriebsratsvorsitzende der Rostocker Reederei, Eberhard Wagner, erinnerte daran, daß die Bevölkerung der DDR 1989 politische Veränderungen und damit eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft gewollt habe; viele Menschen im Osten erlebten jetzt aber die soziale Marktwirtschaft im vereinten Deutschland als „brutal, unsozial und entwürdigend". Viele hätten seit langem keine Beschäftigung. In Rostock sei der Anteil zweieinhalb Mal so hoch wie die offizielle Erwerbslosenquote.

Der Darmstädter Wirtschaftswissenschaftler Jan Priebe nannte die Investitionen der westdeutschen Industrie im Osten „lächerlich". In diesem Jahr lasse sie in den neuen Ländern nur 18 Milliarden Mark springen.

Ostdeutschland: Die Betriebsräte fühlen sich von den West-Funktionären der Gewerkschaften unverstanden

Warnsignale von der Basis

Die Zeit 27.6.92

Von Ralf Neubauer

In der Zentrale der IG Metall in Frankfurt schrillten Anfang vorletzter Woche die Alarmglocken. Eine Meldung von der Basis in Ostdeutschland versetzte die Vorständler der größten Einzelgewerkschaft der Welt in helle Aufregung. Dabei erschien der Anlaß auf den ersten Blick wenig spektakulär: Rostocker und Berliner Betriebsräte hatten alle Kollegen aus der Ex-DDR zu einer Konferenz in die Bundeshauptstadt geladen, um gegen die Politik der Treuhandanstalt Front zu machen und zugleich neue Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Die IG-Metall-Spitze reagierte dennoch außerordentlich irritiert. Der Grund: Die Betriebsräte planten ihre Aktion glatt im Alleingang — an den Gewerkschaften vorbei.

Der Vorgang zeigt überdeutlich, wie weit West-Funktionäre und Ost-Basis auch anderthalb Jahre nach der Vereinigung der meisten Gewerkschaften noch voneinander entfernt sind. Die Mauer in den Köpfen ist allgegenwärtig, und das Mißtrauen nimmt auf beiden Seiten eher zu. Ob nun IG Metall oder andere Gewerkschaften unter dem Dach des DGB — sie alle vermuten hinter jedem Alleingang von Ost-Belegschaften oder -Betriebsräten großangelegte Verschwörungen. Dahinter steckt die tiefsitzende Angst vor einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung und dem damit verbundenen Schwund der zahlenden Mitglieder im großen Stil. Der ist bislang zwar ausgeblieben. Irreal sind die Ängste in den Gewerkschaftszentralen aber nicht. Immer mehr Ost-Mitglieder fühlen sich von den West-Funktionären im Stich gelassen und mucken auf. Die IG Metall nahm daher die Initiative der Ost-Betriebsräte mehr als ernst.

Zwar wiegelte Berthold Huber, Büroleiter von IG-Metall-Chef Franz Steinkühler, zunächst ab: „Wir sehen dieser Konferenz relativ unaufgeregt entgegen." In Wirklichkeit machte sich jedoch in Frankfurt um so mehr „Sorge und Skepsis" breit, je näher der Veranstaltungstermin rückte. In den Leitungen der östlichen Gewerkschaftsbezirke war die Aufgeregtheit eher noch größer. Hasso Düvel, oberster Metaller in Sachsen, vermutete hinter der Betriebsräte-Initiative gar „trotzkistische Kreise" und beschwor bereits eine mögliche „Spaltung der Gewerkschaftsbewegung". Ins gleiche Horn stieß Horst Wagner, IG-Metall-Chef im Bezirk Berlin/Brandenburg. Ihm seien, so Wagner vieldeutig, Namenslisten von Konferenzteilnehmern zugespielt worden, aus denen hervorgehe, „was das offensichtlich für Leute sind". Diese Einschätzung der beiden Regionalfürsten teilte offenbar auch der IG-Metall-Vorstand. Er beschloß kurzerhand, offiziell nicht an der Tagung teilzunehmen, und empfahl auch allen Funktionären, auf Distanz zu gehen.



Aufnahme: Third Eye, Matthias Lindner

Die Funktionäre blieben fern: Konferenz ostdeutscher Betriebsräte

Wie überzogen die Reaktion der IG Metall war, zeigte sich spätestens am vergangenen Sonnabend. Auf ihrer Konferenz vermieden die Betriebsräte tunlichst alles, was die Gewerkschaftsoberen weiter hätte verärgern können: „Dies ist keine Aktion gegen die Gewerkschaften. Wir hoffen vielmehr, daß wir die nächste Konferenz gemeinsam veranstalten können", erklärte Eberhard Wagner, Gesamtbetriebsrat der Deutschen Seereederei, im Namen der meisten Teilnehmer. Daß es dennoch beinahe zum Eklat gekommen wäre, war vor allem Jürgen Ulber, dem „inoffiziellen Beobachter" des IG Metall-Vorstandes, zuzuschreiben. „Es wäre fatal, wenn wir eine Gewerkschaft bekämen, die man als Betriebsräte-Gewerkschaft bezeichnen könnte", erklärte Ulver vollmundig, worauf einige der rund 130 Arbeitnehmervertreter demonstrativ den Saal verließen.

Martin Jander, Wissenschaftler an der Freien Universität (FU) Berlin, kann angesichts von so ten für die Misere verantwortlich gemacht. Ein IG-Chemie-Funktionär aus Sachsen-Anhalt kennt die Argumente zur Genüge: „Das läuft nach der einfachen Formel: Wer keine Arbeitsplätze schafft oder sichert, ist unser Feind. Zwischen Gewerkschaften und Regierungen wird da kein Unterschied gemacht."

Für die Arbeitnehmerorganisationen stellt sich die Lage im Osten um so prekärer dar, als sie die offensichtlichen Schwierigkeiten auch noch verdrängen. Sie spüren zwar, daß die im Westen bewährten Instrumente im fremden Osten nicht weiterhelfen, ziehen aber aus dieser bitteren Erkenntnis kaum Konsequenzen. „Die Analyse wird von den Gewerkschaften vermieden", meint denn auch Manfred Wilke. Einer, der sich auf dem weitgehend unerforschten Terrain inzwischen einigermaßen auskennt, ist Martin Jander. In einer Befragung von Betriebsräten in der gesamten Ex-DDR kam er zu einem im Grunde wenig überraschenden Ergebnis: „Die Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften klappt überhaupt nicht. Das Hauptproblem liegt in der Struktur des auf die ehemalige DDR übertragenen Systems der Br chengewerkschaften."

wenig Fingerspitzengefühl nur den Kopf schütteln: „Die West-Gewerkschafter diskutieren auf dem Hintergrund ihrer westlichen Erfahrungen. Sie schaffen es einfach nicht, sich auf die ostdeutschen Problemlagen einzulassen. In den Belegschaften werden Betriebsräte und Gewerkschaften gleichgesetzt. Da kann man doch nicht herkommen und sagen, Betriebsräte-Gewerkschaften seien eine Gefahr. Wer so mit den Leuten umspringt, verscherzt sich auch die letzten Sympathien."

Tatsächlich haben die Gewerkschaften mit ihrer ostdeutschen Mitgliedschaft — und dazu zählen auch die meisten Betriebsräte — sehr viel mehr Probleme, als offiziell eingeräumt wird. Und wie fast überall erschweren beiderseitig enttäuschte Erwartungen das Zusammenwachsen. Selbst West-Funktionäre, die seit mehr als zwei Jahren vor Ort beim Aufbau der Ost-Gewerkschaften helfen, kommen immer noch nicht mit der Mentalität ihrer Klientel klar. „Sie kämpfen erst um ihre Rechte, wenn sie mit dem Rücken total zur Wand stehen. Und dann ist es meist schon zu spät. Die Arbeitgeber lachen uns doch aus, wenn sie sehen, wie wenig Leute wir hinter uns haben", klagt etwa Enno Lücht, hauptamtlicher IG-Metall-Funktionär in Bautzen, resigniert. Mit seinen Erfahrungen steht Lücht keineswegs allein da. Überall in der ehemaligen DDR berichten frustrierte West-Funktionäre über eine geringe Kampfbereitschaft der Basis.

Anders als im Westen, wo sich die Probleme stets auf einzelne Branchen beschränkten, vollzieht sich die Anpassungskrise in Ostdeutschland branchenübergreifend und erfaßt zudem ganze Regionen. Für Martin Jander ist daher klar: „Patriotismus der Einzelgewerkschaften macht eine schlagkräftige Regional- und Strukturpolitik unmöglich." Dieser Eindruck überwiegt auch in Kreisen der ostdeutschen Betriebsräte, wie nicht zuletzt die bewußt branchenunabhängig konzipierte Konferenz in Berlin bewies: „Nur gemeinsam können wir etwas bewegen", formulierten die Teilnehmer eine Erkenntnis, die offenbar für die Gewerkschaften nicht selbstverständlich ist. Ins Bild paßt da der erbitterte Kampf um jedes Mitglied, den die ÖTV nach der deutschen Vereinigung mit der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) und der IG Bergbau austrug. Dabei bereitet der beträchtliche Mitgliederzuwachs infolge der deutschen Einheit so mancher DGB-Gewerkschaft schon heute mehr Sorgen als Freude: „Wir sind die größte Arbeitslosenorganisation in Deutschland", stellt etwa Steinkühler-Adlatus Berthold Huber ohne jegliche Begeisterung fest.

Nach seiner Kenntnis treten nur die wenigsten Mitglieder, die ihren Job verlieren, aus der IG Metall aus. Bei einer „erstaunlich stabilen" Ost-Mitgliederzahl von gut 900 000 Männern und Frauen steigt der Anteil der arbeitslosen Metaller beständig. Für die Gewerkschaften hat das erhebliche Folgen. Die ohnehin überlasteten Funktionäre müssen immer mehr Zeit für die Betreuung der arbeitslosen Mitglieder aufwenden. Sie nehmen dabei auch Aufgaben wahr, die im Westen undenkbar wären. Von der praktischen Lebenshilfe bis zur Existenzgründungsberatung — ein Gewerkschafter darf sich im deutschen Osten für keinen Job zu schade sein. Dank darf er indes nicht unbedingt erwarten. Für die Ost-Mitglieder ist eine derartige Rundumbetreuung selbstverständlich. Schließlich hat auch der verhaßte FDGB in allen Lebenslagen geholfen.

FU-Forscher Martin Jander blickt denn auch mit Skepsis in die Zukunft: „Die Gewerkschaft muß ihre Basis erst noch gewinnen. Bisher gibt es nur zahlende Mitglieder. Und dies kann auf Dauer keine tragfähige Grundlage für eine Organisation sein." An eine Spaltung der Gewerkschaften oder gar an die Gründung einer Betriebsräte-Gewerkschaft mag Jander nicht glauben: „Die Betriebsräte sind allesamt sehr pragmatisch ausgerichtet und suchen einfach nach Lösungen. So sollte die IG Metall die Initiative auch auffassen. Schließlich wird sonst immer über die mangelnde Kampfbereitschaft geklagt." Und zum Kampf sind die Betriebsräte offenbar entschlossen: Am 30. Juni — dem Termin für weitere Massenentlassungen — wollen sie die Treuhandanstalt in Berlin „symbolisch besetzen".

Geradezu traumatisch wirkt offenbar eine mit großem Aufwand vorbereitete Großkundgebung im April 1991 in Berlin nach. Die IG Metall, die lauthals 150 000 Teilnehmer angekündigt hatte, brachte damals gerade mal geschätzte 35 000 Demonstranten auf die Beine. Zahlreiche Sonderzüge und Sonderbusse aus Sachsen und Thüringen rollten als Geisterwagen nach Berlin. Was die blamierte IG Metall übersah: Schon zu DDR-Zeiten hatte FDGB-Chef Harry Tisch massenweise Werktätige aus dem Süden des Landes nach Berlin transportieren lassen. An diese Zwangsrekrutierung fühlten sich im April 1991 offenbar viele Metaller zurückerinnert.

FU-Forscher Martin Jander hat bei den von West-Funktionären gesteuerten Ost-Gewerkschaften einen „geradezu absurden Kampfanspruch an die Mitglieder ausgemacht". Jander: „Dabei lassen sich die meisten Probleme gar nicht durch Kampfmaßnahmen lösen." Ähnlich schätzt Klaus Christmann, DGB-Kreisvorsitzender in Jena, die Lage ein: „Die Leute sind schon genug damit beschäftigt, sich mit der neuen Situation im Alltagsleben zurechtzufinden." In die gleiche Richtung geht auch die Analyse des gewerkschaftskritischen Wissenschaftlers Manfred Wilke aus Berlin: „Die meisten ehemaligen DDR-Bürger wissen nach vierzig Jahren Diktatur gar nicht, was freie Gewerkschaften sind. Ein Verhalten, das ebenso Konflikt wie Konsens beinhaltet, ist ihnen völlig fremd. Im Grunde suchen sie allein Konsens. So lautet doch auch das Zauberwort der sogenannten ostdeutschen Sammlungsbewegung bei den Parteien."

Tatsächlich sind die Parallelen zu der von PDS-Chef Gregor Gysi und CDU-Politiker Peter-Michael Diestel angeführten Sammlungsbewegung erstaunlich. Das wurde auch auf der Betriebsräte-Konferenz am vergangenen Sonnabend in Berlin offenbar: „Wir brauchen vielleicht keine neue Ost-Partei, aber wenn die Gewerkschaften so weitermachen, eine IG Ost", erklärte Ralf Rothe vom Halbleiterwerk Frankfurt/Oder und traf damit die Befindlichkeit so manchen Betriebsrates. Zwar ist die ostdeutsche Gewerkschaftsbewegung noch weit von der befürchteten Spaltung entfernt, ohne Gefahren für IG Metall, ÖTV oder IG Chemie ist der wachsende Unmut der Basis aber

● Fortsetzung nächste Seite

Warnsignale von der Basis

● Fortsetzung von Seite 23

nicht. Jürgen Roloff, Betriebsrat beim Berliner Werk für Fernsehelektronik (WF), drückt aus, was viele seiner Kollegen bewegt: „Wir haben uns alle so viel von den Gewerkschaften erhofft und müssen jetzt feststellen, daß sie gar kein großer Machtfaktor sind."

Gewerkschaftsforscher Manfred Wilke kann die enttäuschten Erwartungen nur allzugut nachvollziehen: „Die Leute machen jetzt die ernüchternde Erfahrung, daß Gewerkschaftspolitik in ihrer Reichweite und Wirkung begrenzt ist. Sie verhindert nämlich nicht, daß ganze Regionen zusammenbrechen." Richtet sich in westlichen Krisenbranchen der Protest der Beschäftigten in erster Linie gegen Geschäftsführungen und Regierungen, so werden im Osten auch die Gewerkschaf-



Notfalls ohne die Gewerkschaften

Konferenz der Ost-Betriebsräte mit Pfiffen für die IG Metall

Berlin, 21. Juni – *Die Stimmung war gereizt. Am Wochenende trafen sich in der Kongreßhalle am Berliner Alexanderplatz 500 Betriebs- und Personalräte aus den neuen Bundesländern. „Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung", prangte auf einem großen Plakat, das sich quer über die Rednerbühne spannte. „Die Marktwirtschaft, mit der wir leben müssen, ist unmenschlich, brutal und unsozial", schleuderte Eberhard Wagner, Betriebsrat der Deutschen Seereederei Rostock, seinen Zuhörern entgegen. Die Bonner Politiker hätten ihre Glaubwürdigkeit verspielt, erklärte er unter starkem Beifall.*

Von Andreas Oldag

Statt des versprochenen wirtschaftlichen Aufschwungs, von dem alle profitieren sollten, werde der Osten Deutschlands an Spekulanten und Glücksritter verkauft, meinte der Rostocker Wagner: „Die Bundesregierung steht dem wirtschaftspolitischen Desaster völlig konzeptions- und hilflos gegenüber."

In die gleiche Kerbe schlug der Organisator der Veranstaltung, Richard Roloff. In den neuen Bundesländern seien mehr als 50 Prozent der Arbeitsplätze gefährdet oder bereits vernichtet. Die Politiker im fernen Bonn wüßten nicht, wie explosiv die Stimmung im Lande sei. Die radikale Arbeitsplatzvernichtung, wie sie die Treuhand betreibe, müsse gestoppt werden. Die Arbeitnehmer im Osten sind keine Menschen zweiter Klasse. Mehr als 50 Prozent der Arbeitslosen seien bereits länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung, klagte Klaus Grehen, Präsident des Arbeitslosenverbandes.

Der Zorn der Versammelten richtete sich nicht nur gegen die Bundesregierung und gegen die Treuhandanstalt. Kräftige Hiebe mußten ebenso die Gewerkschaften einstecken. Man fühle sich nicht unterstützt und mit seinen Problemen völlig alleingelassen, hieß es. Die Rede eines IG-Metall-Funktionärs wurde immer wieder mit Pfiffen und Zwischenrufen unterbrochen, so daß er sie schließlich abbrach. Unmißverständliche und klare Botschaft der Konferenzteilnehmer: „Wir marschieren künftig notfalls auch ohne die Gewerkschaften und rufen zu Protestaktionen auf."

Gewiß gab die Konferenz der Betriebs- und Personalräte kein repräsentatives Bild über die Stimmungslage in den ostdeutschen Unternehmen. Insbesondere in denjenigen Betrieben, die in den vergangenen Monaten von großen westdeutschen Unternehmen übernommen worden sind, ist bei den Arbeitnehmern deutlich mehr Hoffnung zu spüren. Und dies trotz eines drastischen Personalabbaus.

Gleichwohl spiegelte die Veranstaltung am Alexanderplatz einen allgemeinen politischen Trend im Osten Deutschlands: Fast zwei Jahre nach der bejubelten Wiedervereinigung fühlt sich heute ein wachsender Teil der Bürger immer weniger von Politikern aus dem Westen vertreten. Nun scheinen auch die Gewerkschaften Gefahr zu laufen, bei den Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern ihren Rückhalt zu verlieren.

Ungeahnte Reaktionen sind möglich: In der vergangenen Woche organisierten Ostberlins Bus- und Straßenbahnfahrer einen spontanen Streik. Sie forderten gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die herbeigeeilten Schlichter bekamen den Zorn der Arbeitnehmer zu spüren. Mit der versprochenen Anhebung der Gehälter auf 80 Prozent des Westgehalts vom Oktober an war kaum jemand zufrieden. Nicht viel anders die Proteste in der Schiffbauindustrie an der Ostseeküste: Werftarbeiter der Stralsunder Volkswerft riefen zu einer Besetzungsaktion auf und demonstrierten für den Erhalt des Standortes.

Teilnehmer des Ostberliner Kongresses forderten eine Ausweitung der Protestaktionen von Streiks bis hin zu Betriebsbesetzungen. Allerdings: Die politischen Forderungen, die auf dem Kongreß formuliert wurden und jetzt an die Bundesregierung, die Gewerkschaftsvorstände und Landesregierungen geschickt werden sollen, gleichen eher einem Sammelsurium von Allgemeinfloskeln.

„Entwicklung von Konzepten"

Gefordert wird etwa die sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe. Ohnehin hat die Treuhand schon einen großen Teil der privatisierten Betriebe entschuldet. Auch die Forderungen „Entwicklung von Konzepten, um zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen" oder „Entwicklung von strukturpolitischen Konzepten" klingen schön, könnten jedoch auch von allen anderen politischen Parteien oder den Gewerkschaften stammen.

Den Betriebsräten weist keiner den Weg aus der Ratlosigkeit

Ostdeutsche Arbeitnehmervertreter wollen gehört werden / Vom ersten Treffen in Berlin berichtet Kerstin Schwenn

BERLIN, 21. Juni. Vor dem Eingang der Kongreßhalle am Alexanderplatz verteilen Mitarbeiter des Staßfurter Fernsehgerätewerks RFT Plastiktüten mit Werbeprospekten. Marketing in eigener Sache tut not, denn dem Unternehmen geht es schlecht. Die Umsatzerwartungen erfüllen sich nicht: Von 300 000 Fernsehern wurden in diesem Jahr erst 43 000 verkauft, obwohl sie in Funktion und Design längst dem West-Markt angepaßt sind. Den Handel mit Osteuropa gibt es kaum mehr. Vielen Beschäftigten droht Arbeitslosigkeit. Die RFT-Mitarbeiter verstehen nicht, warum das Geschäft nicht läuft. Wie ihnen geht es vielen im Osten. Um die Ratlosigkeit zu überwinden, sind Betriebsräte von 70 ostdeutschen Betrieben am Wochenende in Berlin unter dem Motto „Stoppt die Arbeitslosigkeit" zusammengekommen.

Nicht wenige wollen die Ratlosigkeit für ihre Zwecke nutzen: Heilsverkünder von den Trotzkisten bis zur DKP verteilen Flugblätter in der Kongreßhalle. Sie hätten immer vor der „kapitalistischen Restauration" gewarnt, sagen sie. West- und ostdeutsche Arbeiter sollten sich endlich gegen die politische Führung zusammenschließen. Doch die ostdeutschen Arbeitnehmervertreter sind nicht offen für diese Art von Werbung. Man wolle sich nicht politisch instrumentalisieren lassen, sagt Eberhard Wagner, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Deutschen Seereederei AG, in seiner Begrüßung. Agitation haben alle in der Vergangenheit zur Genüge erlebt. Aber Wagner schildert auch verbreitete Empfindungen seiner Kollegen: Die Marktwirktschaft sei unsozial, brutal und entwürdigend. Wer arbeitslos werde, fühle sich wie „menschlicher Schrott". Wenn er die neuen Länder meint, sagt Wagner „hier im Land". Es klingt wie „in der DDR". Die Distanz zum Westen ist groß.

Hilflosigkeit bringt die Betriebsräte zum ersten Mal offiziell zusammen. Ein Forderungskatalog an Bundesregierung und Treuhand wird verabschiedet – sofortiger Entlassungsstopp in Treuhandbetrieben und die Einhaltung von Arbeitsplatzzusagen in privatisierten Betrieben. Bei Vertragsbruch, besonders bei Entlassungen, müsse die Privatisierung sofort aufgehoben werden, heißt es. Die Vertragsverhandlungen der Treuhand müßten öffentlich sein. Die Wunschliste der Arbeitnehmer ist lang: Sanierung vor Privatisierung, vollständige Entschuldung der Ost-Betriebe, Bevorzugung bei öffentlichen Ausschreibungen, Besteuerung von nichtinvestierten Unternehmensgewinnen und die Vorlage strukturpolitischer Konzepte.

„Sich zusammenraufen" und „kollektiv handeln" sind die Losungsworte der Konferenz. Die Basis will sich formieren. „1989 haben wir die politische Wende geschafft, warum sollen wir jetzt nicht die wirtschaftliche Wende schaffen", beschwört einer die Anwesenden. Doch ohne Unterstützung „von oben" glaubt niemand an eine Wende. Als ein Redner den Bundeskanzler bittet, sich für mehr Hermes-Bürgschaften einzusetzen, wird er lautstark korrigiert: Nicht bitten, sondern fordern müsse er das. Auch die Treuhandanstalt, im Westen me mit gutem Leumund, hat im Osten ihre Buhmann-Rolle nicht verloren. Die Betriebsräte fühlen sich von ihr im Stich gelassen: In Entscheidungsprozesse werden sie nicht einbezogen. Nicht einmal die zehn Prozent Betriebe, die die Treuhand definitiv nicht für sanierungsfähig halte, wüßten inzwischen, daß sie keine Chance mehr hätten.

Auch die Gewerkschaften kommen bei den Betriebsräten nicht gut davon. Die Betriebsräte werfen den Dachorganisationen lapidar „Versagen" vor. Die Gewerkschaften können den Ostdeutschen keine Patentlösungen anbieten; Franz Steinkühlers Industrieholding-Vorschlag ist längst verhallt. Der Frankfurter IG-Metall-Vorstand hatte mitteilen lassen, er betrachte die Konferenz „mit Sorge und Skepsis" und lehne eine offizielle Beteiligung ab. Ein dennoch in Berlin anwesender Metaller aus Frankfurt versteigt sich noch zu der Bemerkung, Betriebsräte hätten ohnehin in den Gewerkschaften zuviel zu sagen. Ein Tumult ist nur mit Mühe zu verhindern. Die RFT-Mitarbeiter rollen aus Protest ihre Werbeplakate ein und gehen.

Berliner Zeitung 22.06.92

Manche gehen meilenweit für ihren Arbeitsplatz

Zum ersten überregionalen Erfahrungsaustausch kamen weit weniger Ost-Betriebsräte als erwartet nach Berlin

Von unserem Redaktionsmitglied
Petra Bornhöft

Woran mag es gelegen haben, daß statt der erwarteten 1000 Betriebs- und Personalräte nur 122 Vertreter ostdeutscher Arbeitnehmer sich in die Teilnehmerlisten eintrugen? An der Kurzfristigkeit der Einladung zur ersten überregionalen Konferenz, an zurückgehaltenen Briefen, an fehlender Unterstützung durch die Gewerkschaften oder an Resignation in den Betrieben? Enttäuscht, aber nicht entmutigt reagierten die Initiatoren am Sonnabend in der Berliner Kongreßhalle.

Weit über 100 000 Ostdeutsche werden Ende des Monats ihren Arbeitsplatz aufräumen und endgültig verlassen müssen. Für diejenigen, die bleiben können, hält die Ungewißheit an. So berichtete die Betriebsrätin Ute Junker von den Motorradwerken Zschopau: „Von den ursprünglich 3 400 Beschäftigten haben wir noch 756, und jetzt wird über weitere 300 bis 400 Entlassungen geredet."

Zehn Prozent des Lohnes für die Liquidation

Ähnliche Verhältnisse schilderten andere Betriebsräte. Mühsam und oft vergeblich ringen die Belegschaften um Arbeitsplätze. In Zschopau stellten die Mitarbeiter zehn Prozent ihres Lohnes als zinsloses Darlehen dem Betrieb zur Verfügung. Der trägt im Namen nun das Kürzel „IL". Soll heißen: „In Liquidation". Wann und wie der Treuhand-Liquidator zur „letzten Tat" schreiten und die Treuhand ihre Liquidationskredite sperren wird, ist unklar. Die Belegschaft, so Ute Junker, „ist demotiviert und psychisch belastet. Wir halten den Druck bald nicht mehr aus, dieses Auf und Ab seit zwei Jahren".

Die Gewerkschafterin offenbarte das Dilemma aller Ost-Betriebsräte: Sie stecken nach Ansicht des Soziologen Martin Jander in der „Zwickmühle zwischen betrieblicher Modernisierung und sozialer Interessenvertretung". Sollen sie sich konzentrieren auf das Überleben der Betriebe und deshalb den Personalabbau mittragen? Oder sollen sie die Interessen der ganzen Belegschaft, den Erhalt aller Arbeitsplätze verlangen und damit unter Umständen Modernisierung oder gar Privatisierung blockieren? Ein schmaler Grat, auf dem viele Betriebsräte offenbar schlechte Erfahrungen mit den Gewerkschaften verbucht haben. Mit bitterem Beifall quittierten die Konferenzteilnehmer Ute Junkers Bilanz: „Lange haben Treuhand und IG Metall uns hingehalten und gebeten: ‚Bleibt ruhig. Mit Protest verscheucht Ihr Investoren.' Doch was haben wir noch zu verlieren?"

Kritik an den Gewerkschaften – und mithin das Gespenst einer „IG Ost" – zog sich wie ein dünner, roter Faden durch die achtstündige Diskussion. Hatten die Rostocker und Berliner Initiatoren des quasi privat organisierten Treffens sich zunächst zurückgehalten, so löste der Beitrag von Günter Triebe, Mitglied der Berliner IG Metall-Ortsverwaltung, die ersten Pfiffe aus. Empört berichtete Triebe, daß der lokale IGM-Bevollmächtigte in der vergangenen Woche die Diskussion über eine offizielle Beteiligung der IG Metall mit dem Hinweis abgewürgt habe, der Hauptvorstand in Frankfurt/Main habe entschieden: „Die IG Metall beteiligt sich nicht." Gleiches gilt für den DGB, dessen Pressesprecher der Berliner Zeitung versicherte: „Wir sind nicht eingeladen." Gleichwohl hatte der IGM-Hauptvorstand einen Kundschafter geschickt. Jürgen Ulber meinte, den Versammelten und mehrheitlich gewerkschaftlich Organisierten als erste und nahezu einzige Botschaft aus der Zentrale folgendes übermitteln zu müssen: „Der Vorstand beobachtet diese Veranstaltung mit Skepsis und Sorge."

Der Rest der Rede über den strukturellen Unterschied zwischen Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ging in Buhrufen unter. Journalisten gegenüber räumte Ulber später ein: „Ja, die Leute hier fühlen sich von uns nicht vertreten. Wir haben nun mal andere Strukturen, die es in der DDR so nicht gab: Dort war die Betriebsgewerkschaftsleitung zugleich so etwas wie ein Betriebsrat. Wir haben das duale System. Demzufolge gibt es in unserer Struktur eigentlich keine Betriebsrätekonferenzen." Von den Fakten her korrekt, doch was nützt diese von den Gewerkschaften auf Ostdeutschland übertragene Struktur? „Nichts, das starre Prinzip der Branchengewerkschaften, die Trennung zwischen Betriebsräten und Vertrauensleuten geht an den Problemen vorbei", meint der Forscher Martin Jander. Und in der Tat hatten viele Berichte gezeigt: Kleine Erfolge erzielten Betriebsräte immer dann, wenn sie sich in ihrer Stadt mit Kollegen anderer Branchen und Betriebe, mit Politikern, Verbänden, Kirchen zusammenrauften. Deshalb, so Jander, „müssen die westdeutsch orientierten Gewerkschaften auf ihre Kollegen im Osten zugehen und Foren wie diese nutzen".



Ostdeutschlands Arbeitnehmer haben viele Illusionen verloren. Vor dem Besuch des Bundeskanzlers vergangene Woche im südbrandenburgischen Schwarzheide demonstrierten mehr als 1000 Menschen. Foto: dpa

Protestformen vielfach ohne Erfolg

Zumindest sollten sie „nicht allergisch und wie eine beleidigte Leberwurst auf Kritik reagieren", empfahl der Rostocker DGB-Vorsitzende Reinhard Sonne in Anspielung auf Ulber. Gleichzeitig warnte Sonne die Betriebsräte vor einer Fehleinschätzung. So verträten die Anwesenden, wie mehrfach wiederholt, „106 000 Arbeitnehmer. Doch können wir die Leute wirklich mobilisieren? Und Arbeitslose zu organisieren, ist bisher auch nicht gelungen". Vorredner hatten zu bedenken gegeben, daß bereits viele Protestformen wie Demonstrationen und Betriebsbesetzungen ausprobiert worden seien – und oft ohne Erfolg. Dagegen hielt ein Staßfurter: „Unsere Belegschaft ist bereit, meilenweit für die Arbeitsplätze zu demonstrieren."

Kleiner Disput über Hausfriedensbruch

So widersprüchlich die Bewertung der Stimmung, so einheitlich die dringenden Wünsche der Betriebsräte. Sie fordern unter anderem einen sofortigen Entlassungsstopp und die Entschuldung ostdeutscher Betriebe. Die sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden. Der aktiven Sanierung solle gegenüber der Privatisierung Vorrang eingeräumt werden. Unternehmen, die nicht mindestens 25 Prozent ihrer Investitionen in den neuen Bundesländern und Berlin tätigen, möchten die Betriebsräte mit einer Investitionsabgabe zur Kasse gebeten sehen. Bei allen Entscheidungen der Treuhand wollen die Arbeitnehmervertreter beteiligt sein und plädieren für ein paritätisch besetztes Kontrollorgan.

Während eine kleine Gruppe den Katalog formulierte, suchte das Plenum nach Antwort auf die Frage: „Was tun, wenn wir nicht gehört werden?" Zunächst dämpfte Eberhard Wagner von der Rostocker Seereederei unmißverständlich einige Hartnäckige: „Wir haben die Gewerkschaften im Rücken, nicht als Feind vor uns. Es geht nur mit ihnen. Im Herbst, vielleicht am 3. Oktober, werden wir hoffentlich die nächste Konferenz veranstalten, organisiert vom DGB." Der Vorschlag zur „symbolischen Besetzung der Treuhand" am 30. Juni kam spontan. Auf einen Einwand wegen des mutmaßlichen Hausfriedensbruches entgegnete ein Betriebsrat: „Bei uns im Betrieb stört die Treuhand seit Monaten den Hausfrieden."

Stop des Arbeitsplatzabbaus gefordert

Konferenz ostdeutscher Betriebsräte in Berlin / Kritik an Treuhand und Gewerkschaften

tw. **BERLIN**, 21. Juni. Harte Kritik an der Politik der Bundesregierung, der Treuhandanstalt aber auch an den Gewerkschaften gab es an diesem Wochenende aus den Reihen der ostdeutschen Arbeitnehmervertreter. Auf einem Kongreß der ostdeutschen Betriebs- und Personalräte am Sonnabend in Berlin forderten diese vom Bund, von den Ländern und von der Treuhandanstalt die sofortige Entschuldung der Betriebe und die Bevorzugung bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Den Gewerkschaften hingegen warfen sie vor, in den vergangenen zwei Jahren keinerlei Konzepte entwickelt zu haben, um dem dramatischen Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland wirksam entgegenzutreten.

Erstmalig waren am Sonnabend rund 500 ostdeutsche Betriebs- und Personalräte zusammengekommen, um ein Zeichen gegen die „Politik der Arbeitsplatzvernichtung" durch die Treuhandanstalt zu setzen. Mehr als 50 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in den neuen Bundesländern sei de facto ohne Arbeit, warnte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Deutschen Seereederei Rostock, Eberhard Wagner. Arbeitslose, die älter als 45 seien, hätten keine Chance, wieder eine Beschäftigung zu finden. Auch der Präsident des Arbeitslosenverbandes, Klaus Grehn, bemerkte, daß mehr als die Hälfte der ostdeutschen Arbeitslosen bereits länger als ein Jahr ohne Beschäftigung seien. Der Bundesregierung warfen die Teilnehmer vor, nach wie vor auf die Kräfte des Marktes zu vertrauen. Man habe die ehemalige DDR zum Ausverkauf freigegeben. Die Folge aber sei die nahezu vollständige Vernichtung der ostdeutschen Industrie.

„Die Betroffenen müssen mehr Kampfgeist zeigen", forderte unterdessen der Darmstädter Wirtschaftsprofessor Jan Priewe, Mitglied der sogenannten Memorandumgruppe, unter starkem Beifall der Teilnehmer. Die bundesrepublikanische Geschichte kenne bislang keine derart ausgeprägte Kompromißbereitschaft von Arbeitnehmern, wenn es um Massenentlassungen gehe, wie sie sich gegenwärtig in den neuen Ländern zeige. Zuvor hatte auch Eberhard Wagner größere Solidarität der Beschäftigten in den neuen Ländern angemahnt: „Wir müssen uns noch einmal zusammenraufen und mit geballter Kraft vorgehen." Alle bisherigen demokratischen Mittel auf betrieblicher Ebene hätten bislang kaum etwas gebracht.

Die Arbeitnehmervertreter forderten deshalb künftig mehr Mitsprache bei Entscheidungen der Treuhandanstalt. Sie forderten ein Kontroll- und Aufsichtsrecht bei Privatisierungsbeschlüssen sowie die Bildung eines unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung. Das geltende Betriebsverfassungsgesetz sei nicht auf die speziellen ostdeutschen Probleme zugeschnitten.

Priewe schlug eine informelle Regelung bei der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten vor. Seiner Ansicht nach sei die Treuhandanstalt eine sehr „druckempfindliche" Institution. Es habe in jüngster Zeit auch kleine Veränderungen zum Positiven bei der Treuhandpolitik gegeben. Als Beispiele nannte Priewe die sogenannten Management KG's, den Sachsenfonds oder einzelne Sanierungen wie etwa beim Maschinenbauunternehmen Fritz Heckert in Chemnitz.

Die Strategie der Treuhand aber, so Priewe, erweise sich als Privatisierungsbremse, weil die verbleibenden Treuhandunternehmen unter schlechteren Wettbewerbsbedingungen zu arbeiten hätten als bereits privatisierte Firmen. Die Gewährung von Liquiditätskrediten sei kontraproduktiv. „Hier werden die Altschulden von morgen aufgebaut." Einig waren sich die Arbeitnehmervertreter, daß die Hoffnung auf eine Reindustrialisierung „eine Illusion" sei. Dies würden die Beispiele Saarland oder Elsaß-Lothringen beweisen. Es komme darauf an, den Bestand zu retten und von der Politik der „schöpferischen Zerstörung" abzulassen.

BMP 22.06.92

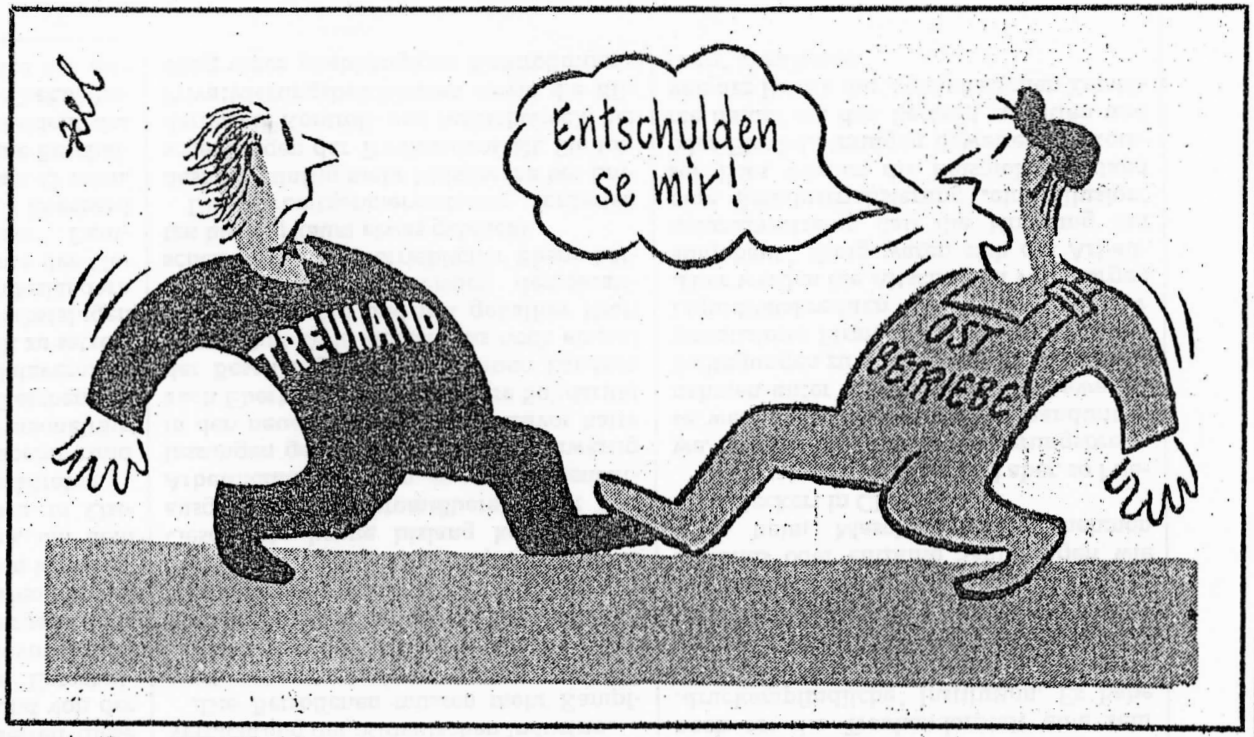
92

IGM fürchtet „Enteignung“ durch Treuhand

BM/ADN Berlin, 22. Juni

Zwischen der IG Metall (IGM) und der Treuhand bahnt sich eine Kontroverse an. Wie ein Vorstandssprecher erklärte, drohe der Arbeitnehmerorganisation nach dem NS-Staat und dem SED-Regime nun angeblich ein neuerlicher Besitz-Verlust durch die Breuel-Behörde. Dabei handele es sich um Gewerkschaftshäuser in der Ex-DDR. Auf 24 solcher Alt-Objekte, die seit der deutschen Vereinigung als Gewerkschaftshäuser genutzt würden, erhöben der DGB, die IGM und andere Einzelgewerkschaften Rückgabe-Ansprüche. Weitere 16 derzeit ebenfalls als Mieter schon gewerkschaftlich genutzte Häuser wolle man kaufen. Direkten Anspruch auf das FDGB-Eigentum hätte man deshalb nicht, weil man politisch „um keinen Preis“ Rechtsnachfolger des DDR-Dachverbandes sein wollte.

Noch zu Jahresbeginn hätte zwischen Bundeskanzler, IGM-Chef und Treuhandpräsidentin Konsens bestanden, daß die Gewerkschaften „unabhängig von den juristischen Problemen“ diese Häuser bekommen sollten, so der Sprecher weiter. Schwierigkeiten habe jedoch Frau Breuel angemeldet: Da es sich um Treuhand-Sondervermögen handele, müßten die Immobilien meistbietend veräußert werden. Dann aber würden Banken oder Versicherungen das Rennen machen, weil die Gewerkschaften bei den Geboten nicht mithalten könnten. Damit wäre die „dritte Enteignung“ perfekt.



Betriebsräte aus dem Osten wollen am 30. Juni die Treuhand besetzen

BM/AFP Berlin, 22. Juni

Die Betriebsräte zahlreicher Unternehmen im Berliner Ost-Teil und in den neuen Ländern wollen am 30. Juni die Zentrale der Treuhandanstalt besetzen. Das beschloß am Wochenende in Berlin die erste Konferenz von Ost-Arbeitnehmervertretungen.

An der Beratung, die ohne die Unterstützung der Gewerkschaften organisiert worden war, nahmen rund 500 Betriebsräte teil, die eigenen Angaben zufolge über 100.000 Arbeitnehmer in der Ex-DDR vertreten. Mit der Treuhand-Besetzung wollen die Betriebsräte einem auf der Konferenz verabschiedeten Forderungskatalog Nachdruck verleihen, der an Bonn und die Landesregierungen sowie an die Gewerkschaften gerichtet ist. Die Arbeitnehmer-Vertreter fordern darin u.a. einen sofortigen Entlassungsstopp und die Entschuldung der Betriebe im Osten, die Bevorzugung von östlichen Betrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und den Vorrang von Sanierung vor Privatisierung. Außerdem sieht der Katalog die volle Beteiligung der Betriebsräte an allen Entscheidungen der Treuhand vor sowie die Erhebung einer Investitionsabgabe von Unternehmen, die nicht mindestens 25 Prozent ihrer Investitionen in der früheren DDR vornehmen. Auf einer weiteren Konferenz wollen die Betriebsräte Anfang Oktober über den Stand der Umsetzung dieser Forderungen beraten.

Betriebsräte handeln

Um ihre spezifisch ostdeutschen Kümmernisse mit dem Einigungsprozeß ging's auf der ersten Betriebsrätekonferenz in Berlin. Man war sich einig, daß man sich selbst in der Vertretung durch die Gewerkschaften unzureichend verstanden fühlt und handeln muß.

JW 22.06.92

Ost-Betriebsräte beschlossen gemeinsames Handeln

Wo sitzen die Spalter?

Von LEONORE DIETRICH

Zunächst die Diskussion um eine Ost-Partei oder Sammlungsbewegung Ost, jetzt eine Ost-Betriebsrätekonferenz. Die Signale sind überwältigend. Der Frust ist groß, und es treibt die Haare zu Berge, wenn der Kanzler neuerdings immer mal wieder in die Mikrofone seufzt, daß es mit dem Aufschwung Ost nicht ganz so wie erwartet geklappt hat. Ob es das Verhältnis Mieten- und Einkommenssteigerung oder die Entschädigung zu Unrecht Inhaftierter ist, ob Arbeitsplatzvernichtung oder Tarifpolitik – das Ost-Maß zählt in Politiker-Köpfen offenbar das vielfache des West-Maßes. Und ist doch irgendwann einmal voll.

Die Betriebsräte an der Basis jedenfalls haben aufmunterndes Gesäusel, Es-wird-schon-Parolen und von der Gewerkschaft (oder sich selbst) auferlegtes Stillhalten in Erwartung potentieller Investoren satt. Sie wollen Nägel mit Köpfen sehen, und da ist es ihnen verständlicherweise erst einmal völlig schnurz, ob Politiker und Gewerkschaften »mit Sorge und Skepsis« zusammenzuckend den Separatismus verbannen. Die Belegschaftsvertreter Ost sehen sich und einen Großteil des Volkes verschaukelt und schließen zuallererst die eigenen Reihen enger. Wie immer man dazu steht – verwunderlich ist es auf keinen Fall.

Die Spalter sitzen woanders. In der Treuhandzentrale beispielsweise, in Vorstandsetagen und in Bonn. Überall dort, wo man über vollmundigen Parolen vergessen hat, daß man einen Atmungsunfähigen nicht dadurch rettet, daß man den Sauerstoffhahn zudreht. Und genau dort sollte das Signal verstanden werden.

Zwischen Himmel und Hölle

In der Berliner Kongreßhalle trafen sich am Sonnabend Betriebs- und Personalräte aus dem Osten, um künftig gemeinsam gegen die Vernichtung ihrer Betriebe durch kopflose Privatisierung anzukämpfen.

Von Bernd Verter

Es war Not, die am Sonnabend 122 Betriebs- und Personalräte aus allen neuen Bundesländern in die Berliner Kongreßhalle am Alex trieb. Enttäuscht von zwei Jahren unverbindlichem Regierungsgeplapper, Hinhaltetaktik der Treuhand und der Verweigerung der Gewerkschaften macht nun die Basis im Osten mobil. Noch ungelenk – für die 6500 Mark Saalmiete wurde erst während der Konferenz händeringend gesammelt, doch in Wut, Verzweifelung und Entschlossenheit unüberhörbar. Hinter den Männern und Frauen aus 70 Betrieben stehen immerhin 107 000 Arbeiter.

Jeder, der am Rednerpult über das »Was tun?« sprechen wollte, kam bald auf den Niedergang seines Betriebes. Im Verlauf der Konferenz summierte sich das zu einer Schreckensbilanz. In der Berlins Wilhelminenhofstraße mit einst 30000 Arbeitsplätzen passieren heute nur noch 5000 die Betriebstore. In der Deutschen Seereederei erhielten über 8000 den blauen Brief...

Auch Professor Jan Priewe von der Fachhochschule Darmstadt, der seit langem mit Kollegen ein Gegengutachten zum regierungsfreundlichen Wirtschaftsorakel der »Fünf Weisen« herausgibt, beobachtet, daß die Treuhandpolitik die Betriebe in der Regel in eine katastrophale Richtung zwingt. An die von der Treuhand propagierten 1,2 Millionen garantierten Arbeitsplätze in den 6600 privatisierten Firmen glaubt er nicht. Allenfalls seien es 700000. Wichtig wäre in seinen Augen eine Sanierung der 800 wichtigsten Großunternehmen, doch da passiere fast nichts. Praktiziert werde meist eine Art Notgeschäftsführung, die die Leute aus dem Betrieb treibt. Priewe sieht in diesem »Hängen zwischen Himmel und Hölle« ohne Sanierung, ohne Hoffnung, im Warten auf irgendeinen Investor eine ausgeklügelte Strategie der Zermürbung, des Kleinhaltens von möglicher Konkurrenz. Und die Investoren lassen sich Zeit.

In diesem Jahr geht die westliche Industrie mit 18 Milliarden DM in den Osten, im Westen werden gleichzeitig 300 Milliarden investiert. Priewe: »Die Industrieproduktion im Osten sank von 1989 bis heute um 70 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt um 45 Prozent. Die Lage ist weit schlimmer als während der Weltwirtschaftskrise 1929.« Diese Zerstörung von Industrie ist nicht rückgängig zu machen. Für Priewe ist ein Punkt erreicht, an dem die Arbeiter Schluß machen müssen mit ihrer Opferbereitschaft, mit ihrem Verständnis für Massenentlassungen – nur um »vielleicht« doch den Betrieb erhalten zu können.

Diese Erkenntnis ist bei den Betriebsräten längst durch. Doch was kann fünf Minuten vor Ladenschluß noch getan werden? Eberhard Wagner, Leiter der Konferenz und Betriebsratsvorsitzender der Deutschen Seereederei: »Ob Betrieb oder Gewerkschaft, wir haben alle demokratischen Mittel ausprobiert, waren alle schon bei unseren Landesregierungen, vor der Treuhand, in Bonn. Erreicht wurde so nichts.«

Deshalb forderten viele Redner endlich gemeinsame Aktionen über den Betrieb, über Gewerkschafts- und Branchengrenzen hinaus. Die Betriebsräte sollen vernetzt werden. Wie ging doch jenes Arbeiterkampflied? – »... Reih' dich ein in die Arbeitereinheitsfront, weil du auch ein Arbeiter bist.«

Verabschiedet wurde in der Kongreßhalle ein Forderungskatalog, der an Kanzler Kohl, Treuhandchefin Breuel und die Gewerkschaften geht. Punkt 1 ist Stopp aller Entlassungen. Gefordert werden unter anderem aktive Sanierung vor Privatisierung, Entschuldung ostdeutscher Betriebe, volle Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen Verhandlungen der Treuhand.

Wandert das 10-Punkte-Papier ungelesen in die Papierkörbe, soll in geschlossenen Aktionen gehandelt werden. Es fielen gar die Worte »politischer Streik« und »Betriebsübernahme«. Im Oktober will eine Folgekonferenz Reaktionen analysieren. Gemeinsam mit den Gewerkschaften; die sich offiziell von der Konferenz der Betriebsräte distanzierten. Bis dahin hält eine Arbeitsgruppe die Verbindungen.

Aber am 30. Juni um 11 Uhr ziehen die Betriebs- und Personalräte erstmal vors Berliner Treuhandgebäude, wollen Antwort auf ihre Forderungen. In der Treuhand werden die Vorbereitungen für den Tag schon laufen, denn ihre Späher schrieben sicher fleißig mit.

„Nicht nur das Beitragsgebiet des DGB"

Ostdeutsche Betriebsräte trafen sich in Berlin und kritisierten die Gewerkschaftspolitik

Unter den Gewerkschaften des DGB war der Kongreß umstritten. Nur die IG Medien konnte sich dazu durchringen, zur Teilnahme an der ersten ostdeutschen Betriebsrätekonferenz aufzurufen; der IG Metall war das Treffen der Basis eher suspekt. Denn auf der Versammlung, die am Samstag in der Berliner Kongreßhalle stattfand, wurden nicht nur die Bundesregierung und die Treuhand kritisiert — auch die Gewerkschaften bekamen ihr Fett weg. Daß die OstlerInnen über den Osten reden wollten, interpretierten westliche Funktionäre als „Spalterei" und Wasser auf die Mühlen derer, die von einer Ostpartei träumen. Nicht nur die IG Metall hielt sich deshalb vornehm zurück.

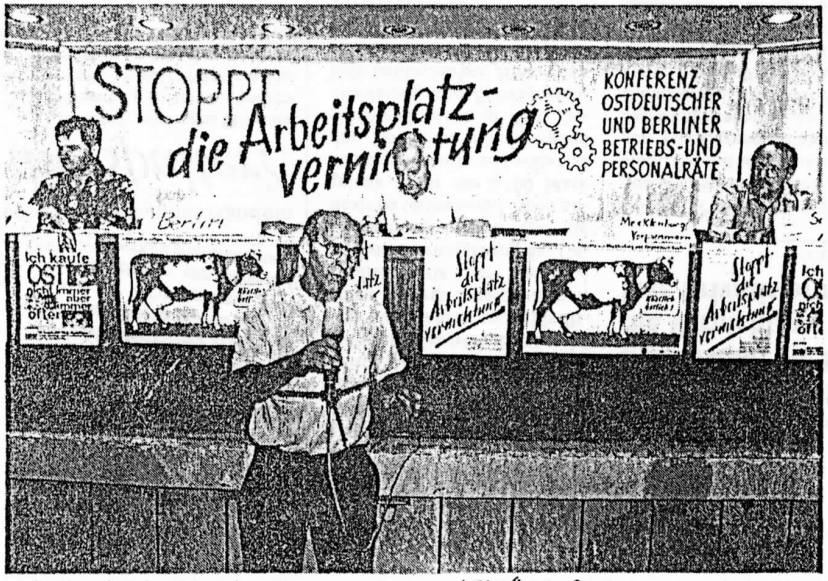
Über 130 Betriebsräte aus 70 ostdeutschen Unternehmen waren zusammengekommen, um über aktive Sanierungsmaßnahmen und die rapide steigende Arbeitslosigkeit zu diskutieren. Zwar blieb die TeilnehmerInnenzahl weit hinter den Erwartungen der Veranstalter — Betriebsräte aus Berlin und Rostock — zurück. Doch das lag, so ein Betriebsrat aus Rostock, vor allem an der kurzfristigen Einladung und der zögerlichen Haltung der DGB-Gewerkschaften. „Wenn die richtig mobilisiert hätten, wären tausend Leute gekommen!" schimpfte er.

Die anwesenden Betriebsräte vertraten immer noch 100.000 Arbeitnehmern. Sie forderten die sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe und die Bevorzugung von Ostbetrieben bei öffentlichen Aufträgen. Außerdem wollen die Ostbetriebsräte bei künftigen Entscheidungen der Treuhandanstalt „voll beteiligt" werden — ein echtes Mitspracherecht haben sie bisher nicht.

„Das Maß ist endgültig voll!" erklärte Jürgen Roloff, Betriebsrat beim Berliner Werk für Fernsehelektronik. Sein Betrieb beschäftigte früher über 8.000 Menschen, heute arbeiten im „WF" gerade noch 1.500. Mehr als 50 Prozent der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern seien bereits länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung, erklärte Klaus Grehen, Präsident, des Arbeitslosenverbandes. „Für die Menschen ist das erniedrigend, für die Kassen der Kommunen katastrophal."

Doch die Betriebsräte waren am Wochenende nicht nach Berlin gekommen, „um rumzujammern", wie es ein ÖTV-Mitglied aus Rostock formulierte. Für den 30. Juni kündigten die TeilnehmerInnen des Kongresses die Besetzung der Berliner Treuhandzentrale an. Fast die Hälfte der Arbeitsplätze im Osten seien bereits vernichtet worden oder gefährdet — der Kongreß forderte in einer abschließenden Erklärung deshalb einen sofortigen Entlassungsstopp.

Die ostdeutschen Betriebsräte planen neben einzelner Aktionen auch einen zweiten Kongreß: Am Jahrestag der deutschen Einheit, dem 3. Oktober, wollen sie sich erneut treffen. „Es wäre besser für die Gewerkschaften, wenn sie dann mitmachen!" erklärte ein Betriebsrat: „Schließlich sind wir nicht nur das Beitragsgebiet des DGB!" ccm



...aber Gewerkschaftspolitik wird von Männern gemacht „TAZ" 22.06.92 Foto: Boris Geilert/GAFF

Betriebsräte planen Treuhand-Besetzung

„Die Welt" 22/6. DW. **Berlin** Betriebsräte zahlreicher ostdeutscher Unternehmen wollen am 30. Juni die Zentrale der Treuhand in Berlin besetzen. Auf einer ersten Konferenz von Ost-Arbeitnehmervertretern, die am Wochenende ohne Unterstützung der Gewerkschaften in Berlin stattfand und die eigenen Angaben zufolge über hunderttausend Arbeitnehmer in den neuen Ländern vertritt, wurde eine ganze Reihe von Forderungen an Bund und Länder beschlossen: sofortiger Entlassungsstopp, Entschuldung der Betriebe in den neuen Ländern, Bevorzugung dieser Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen. Auf der Konferenz wurde massive Kritik an den Gewerkschaften laut, sie würden sich für die Belange ostdeutscher Arbeitnehmer nicht genug einsetzen.

Bundeskanzler Kohl informierte sich am Wochenende bei einer Betriebsbesichtigung in Schwarzheide (Brandenburg) über den Wirtschaftsaufbau in Ostdeutschland. Zusammen mit Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe (SPD) besuchte Kohl eine Fabrik des Chemiekonzerns BASF.

„Neue Zeit" 22.06.92

Die Treuhand als Zentrum allen Übels

200 Betriebsräte wollen gegen west- und ostdeutsche Manager zu Felde ziehen

asi. **Berlin.** „Für die Menschen in den neuen Bundesländern fehlt auch zwei Jahre nach der deutschen Einheit jede wirtschaftliche Perspektive." Zu dieser Erkenntnis kamen ostdeutsche Betriebs- und Personalräte am Wochende in Berlin. In zahlreichen Diskussionsbeiträgen machten die etwa 200 Teilnehmer der ersten ostdeutschen Betriebsrätekonferenz deutlich, daß sie nicht mehr länger gewillt sind, „tatenlos zuzusehen, wie die Treuhand den Industriestandort im Osten Deutschlands plattwalzt". Deshalb einigten sie sich darauf, am 30. Juni symbolisch das Gebäude der Privatisierungsanstalt in Berlin zu besetzen. Im Zentrum ihrer umfangreichen Losungen soll die Forderung stehen, „alle weiteren Entlassungen in Treuhandbetrieben sofort zu stoppen".

Die Veranstaltung der Arbeitnehmervertreter in der Berliner Kongreßhalle hatte sich den Titel „Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung" gegeben und wollte so „die Kräfte des Widerstands bündeln". Man wolle jetzt endlich einmal deutlich aussprechen, wer die eigentliche Schuld an der „wirtschaftlichen Misere" in den Betrieben der neuen Bundesländer trage, begann ein Betriebsratsmitglied des Rundfunktechnikherstellers in Staßfurt unter deutlicher Zustimmung des Publikums seinen Wortbeitrag. Sein Unternehmen verfüge über „hochmoderne Produkte, die der Konkurrenz ohne weiteres Paroli bieten könnten". Doch immer mehr Arbeitnehmer würden gekündigt und der Betrieb von der Treuhand „so lange gesundgeschrumpft, bis kein Fernsehwerker mehr dort arbeitet". Mit deutlicher Beifallsbekundung unterstützen die Konferenzteilnehmer danach seine Begründung für diesen Zustand, der „sich im ganzen Land wiederholt".

Die Treuhand sei ein Instrument der westlichen Großkonzerne und erhalte bei ihrem zerstörerischen Werk auch noch Unterstützung aus Bonn. Man habe westdeutsche „hochgezüchtete Abteilungsleiter der zweiten Ebene" an die Spitze von großen ostdeutschen Betrieben gesetzt und so deren Entwicklungschancen reduziert. Wo das nicht geschehen sei, regierten alte DDR-Direktoren die Unternehmen und täten gleichsam nicht viel Gutes für die Betriebe. „Daß dieser Zustand nun beendet werden muß", überzeugte die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer. Man einigte sich deshalb darauf, die Treuhand aufzufordern, stärker als bisher zu sanieren und mehr Druck auf die Investoren auszuüben, die Kaufverträge hinsichtlich der Arbeitsplatzzusagen einzuhalten. Neben dem Zustand in ihren Betrieben beklagten die Betriebsräte das Fehlen eines Konzeptes auf seiten der Gewerkschaften, namentlich der IG Metall. Das ungenügende Engagement im Osten zeige sich allein daran, daß man keinerlei Unterstützung bei der Vorbereitung der Konferenz erhalten habe. Unter lautstarkem Protest bestätigte Jürgen Ulmer vom Frankfurter Vorstand der Metallgewerkschaft die Zurückhaltung mit den Worten, man habe die kritische Konferenz „im Vorfeld mit Sorge und Skepsis" gesehen und sich deshalb zurückgehalten.

ND 22.06.92

Ost-Betriebsräte: Entlassungen stoppen und Arbeitsplatzgarantien einhalten

„Das Maß ist endgültig voll“

Berlin (ND-Rietz/Liebsch). Noch in diesem Jahr soll schätzungsweise eine weitere halbe Million Menschen in den neuen Bundesländern ihre Arbeit verlieren. Folglich buchstabieren ostdeutsche Betriebsräte „soziale Marktwirtschaft“ völlig anders als Bundesregierung und Arbeitgeber, manchmal sogar als die Gewerkschaften. Das wurde am Wochende in Berlin deutlich, als sich Arbeitnehmervertreter aus 70 ostdeutschen und Berliner Betrieben mit insgesamt über 100 000 Beschäftigten trafen.

Wichtige Punkte im Forderungskatalog der Betriebsräte an Politik und Wirtschaft: sofortiger Stopp aller Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben, aktive Sanierung vor Privatisierung, Beteiligung der Betriebsräte vor Privatisierungs- und Sanierungsentscheidungen der Treuhand, die sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe, Investitionsabgabe von Unternehmen, die sich zuwenig im Osten engagieren.

„Das Maß ist endgültig voll“, begründete Organisator Richard Roloff die Betriebsräte-Initiative. Die Hälfte der Arbeitsplätze sei schon verloren oder akut gefährdet. Die Politiker in Bonn wüßten nicht, wie explosiv die Stimmung im Lande sei. Klaus Grehn, Präsident des Arbeitslosenverbandes, bestätigte das Bild: Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen zwischen Rügen und Rhön sei bereits länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung. Die Zahl der Dauerarbeitslosen steigt. Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jan Priewe (Memorandum-Gruppe) warnte vor Fehlentscheidungen zum Nachteil der östlichen Industriestruktur, falls die letzten der Treuhand gehörenden 400 großen und 800 mittleren Betrieben nicht wirklich saniert würden.

Bestätigung für seine Thesen fand der Wissenschaftler in Situationsberichten aus mehr als zwei Dutzend Betrieben. So schilderte die Betriebsrätin der Motorradwerke Zschopau die Folgen schleppender Privatisierung: Von einst 3 400 Beschäftigen seien noch 756 verblieben. Weitere drei- bis vierhundert Belegschaftsangehörige stünden vor der Entlassung. Michael Müller von NARVA Berlin verwies darauf, daß es gelungen sei mit solidarischer Hilfe anderer Belegschaften und der Medien 1 000 Arbeitsplätze über die Runden zu bringen. Jetzt brauche man überall Aktionen, Resolutionen könnten später folgen. Er warnte: „Es soll sich keiner einbilden, am Westen geht der Kelch vorüber.“ Dr. Ralf Rothe aus dem Frankfurter Halbleiterwerk sagte: „Wir brauchen vielleicht keine neue Ost-Partei, aber wenn die Gewerkschaften so weitermachen, eine IG Ost.“

Zum Eklat kam es, als ein Vertreter der IG Metall-Vorstandsverwaltung versuchte, die Weigerung der Gewerkschaftsspitze zu begründen, an der „von unten“ organisierten Konferenz teilzunehmen oder sie zu unterstützen. Die Steinkühler-Crew beobachte das Anliegen mit „Sorge und Skepsis“. Einige Betriebsräte verließen darauf zeitweise den Saal. Im Unterschied zur IG Metall erklärte sich der ÖTV-Gewerkschaftstag in Nürnberg solidarisch mit den Betriebsräte-Forderungen.

Kritik wurde auf der Berliner Beratung an der „staatstragenden“ Rolle der Gewerkschaften laut, die sich nach Ansicht einiger ostdeutscher Betriebsräte nicht ausreichend gegen Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern einsetzen.

Die Betriebsräte beschlossen, am 30. Juni – dem angekündigten Tag für Massenentlassungen – eine Protestaktion in der Zentrale der Treuhandanstalt in Berlin durchzuführen. Eine zweite Betriebsräte-Konferenz soll es am 2. Oktober geben.

(Seite 10)

Ostdeutsche und Berliner Betriebs- und Personalräte begannen beispiellose Selbsthilfe-Aktion

Zwischen nahem Feuer und fernem Wasser?

Von HELFRIED LIEBSCH und DIETMAR RIETZ

Der Ausgang der Betriebsräte-Initiative, für die am Wochenende die Kongreßhalle am Alexanderplatz in Berlin als Startplatz auserkoren wurde, ist mehr als ungewiß. Die Vorbereitung der 1. Konferenz ostdeutscher und Berliner Arbeitnehmervertreter dauerte nur wenige Wochen. In der Kongreßhalle selbst saßen lediglich 150 Vertreter von Betriebs- und Personalräten.

Es blieben Stühle leer, gewiß deshalb, weil eine ganze Reihe von Einladungen die Betriebsräte gar nicht erreichten. Sie blieben in den Chefetagen hängen. Wahrscheinlich gebricht es auch vielerorts an Mut, in den Belegschaften ist tiefe Resignation eingezogen. Geblieben ist dort nur das Prinzip Hoffnung: Abducken, womöglich kommt noch der große Investor...

Treuhand ist sehr „druckempfindlich"

Es mehren sich aber auch die Anzeichen dafür, daß aus Enttäuschung unterdessen schon Ent-Täuschung geworden ist. (Zum Beispiel fand der Vorschlag, den Bundespräsidenten zum Präsidenten der Treuhand zu machen, eher mitleidiges Lächeln denn Beifall). Der Anfang vom Ende der Selbsttäuschung, daß überhaupt irgendjemand kommen könnte, der quasi das Dornröschen Ostdeutschland wachküßt, ist gemacht. *Niemand* wird herniedersteigen, nur wer sich selbst hilft, dem wird geholfen. Das Wort „Bitte" wurde durch „Forderung" ersetzt. Wenn sich die Ossis nicht um den Osten kümmern, wird sich niemand bemühen. Am Wochenende fiel in der Kongreßhalle der Startschuß zu einer beispiellosen Selbsthilfe-Aktion ostdeutscher Arbeitnehmervertreter.

Natürlich ist es schon fünf nach zwölf, die Situation schier aussichtslos. Aber die rücksichtslos-offene Schilderung durch die Arbeitnehmervertreter, wie es wirklich in den Betrieben und Regionen aussieht, enthielt dennoch mehr Zuversicht als die zweckoptimistische Schönrednerei von den Regierungsbänken herunter. Auf eine Gesamtschau mußte verzichtet werden – es fehlen zuverlässige Angaben. Die von den Betriebs- und Personalräten genannten Zahlen jedenfalls widersprechen der „Erfolgsbilanz" der Treuhand deutlich. Auch in den privatisierten Unternehmen schreitet der Arbeitsplatzabbau munter voran.

Der Darmstädter Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jan Priewe, der sich vor allem mit dem Argument auseinandersetzte, daß rasche Privatisierung die beste Sanierung sei, nannte dafür Zahlen. Nach seiner Auffassung werden von den 1,2 Millionen Arbeitsplatzzusagen in privatisierten Betrieben, höchstens 700 000 gehalten. Noch steht der Verkauf von knapp 5 000 Betrieben aus, darunter 400 mit mehr als 500 Beschäftigten. Setzt die Treuhand ihre Zeitvorstellung um, so findet ein totaler Sommer/Winter-Schlußverkauf statt. Eine Verramschung größten Ausmaßes. Aber, so Priewe, die Treuhand hat sich sehr „druckempfindlich" gezeigt.

Nach Kahlschlag bleibt nur kahler Schlag

Um es so klar wiederzugeben, wie es auf der Konferenz ausgesprochen wurde: Es gibt keine Initiative gegen sinnvolle Privatisierung, kein Zurück in die Kommandowirtschaft. Was aber passiert, so ein Betriebsrat, ist schlimmer als die Wirtschaftskrise Ende der 20er Jahre, nur jetzt heißt es „Aufschwung Ost". Kommen die neuen Länder dauerhaft an den Tropf? Die Erfahrungen aus anderen europäischen Regionen sprechen eine deutliche Sprache – es ist bisher nirgendwo gelungen, geschwächte Regionen zu stärken. „Schöpferische Zerstörung" ist eine Illusion. Kahlschlag führt zu einem kahlen Schlag, zu nichts anderem.

Ende der Mär von den „schwarzen Schafen"

Es bleibt also nur der Kampf gegen weitere Arbeitsplatzvernichtung! Das hat rein gar nichts mit der Dauersubventionierung einer maroden Wirtschaft zu tun. Nicht „Staats"unternehmen in Ostdeutschland dürften zum finanziellen Bermuda-Dreieck werden, das eigentliche Faß ohne Boden steht nach Auffassung Priewes in Nürnberg: Die Bundesanstalt für Arbeit wird auf Dauer mit Milliarden die Arbeitslosigkeit im Osten zu finanzieren haben. Derzeit, so wies der Wissenschaftler nach, kann entgegen der Selbstdarstellung der Treuhand von einer ernsthaften Sanierung in ihren Unternehmen bis auf kleine Ausnahmen nicht die Rede sein. Darüber dürfen auch Liquiditätskredite – die „Altschulden" von morgen – nicht hinwegtäuschen. Ganz zu schweigen von den West-Privatinvestitionen im Osten. Sie wurden auf 18 Milliarden Mark beziffert – im Westen werden 300 Milliarden Mark investiert...

Eberhard Wagner, Gesamtbetriebsrat der Deutschen Seereederei, legte den Finger auf einen wunden Punkt. Ihnen sei lange eingeredet worden, es handele sich bei dubiosen Treuhand-Verkäufe(r)n, bei schlimmer, scheinbar konzeptionsloser Flickschusterei, bei Sanierungs-Pannen um „schwarze Schafe" der Marktwirtschaft. Aber es passiere nichts ungewollt. Kein Zufall sei, daß zu DDR-Zeiten die Leute zu 90 Prozent Fischkonserven aus eigner Produktion aßen und daß heute exakt 90 Prozent der Arbeitsplätze bei Fischfang- und Verarbeitung vernichtet sind. Nach zwei Jahren Währungsunion läßt sich nichts anderes registrieren als flächendeckende Ausschaltung von Konkurrenz. Der Vertrauensbonus der Politiker und Manager ist aufgebraucht, es bleibt nur übrig, selbst etwas auf die Beine zu stellen. Und zwar vor Ort, so Wagner, entsprechend dem chinesischen Sprichwort, wonach sich mit fernem Wasser kein nahes Feuer löschen läßt.

Kein Gespenst der „Ost-Gewerkschaft"

Da schließt sich der Ring. Eberhard Wagner: „Es ist noch nicht zu spät, etwas auf die Beine zu stellen!" Das geht freilich wirklich nur vor Ort, wo es eben brennt und indem gemeinschaftlich Wasser herangeschafft wird – sprich: ein Zusammengehen organisiert wird. Mit den Gewerkschaften vor allem, die sich freilich bisher oft überfordert zeigten oder die kalte Schulter – siehe IG Metall.

Jürgen Ulber, Justitiar beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt am Main, und wohl als Beobachter an die Spree gesandt, dürfte jedenfalls sehr nachdenklich nach Hause gefahren sein. Nicht deshalb, weil natürlich keiner von den Betriebsräten wirklich daran dachte, eine Kampflinie gegen die Gewerkschaft aufzumachen oder eine „Ost-Gewerkschaft" zu gründen, sondern deshalb, weil offenbar mit altem Argwohn gegen Betriebsrätedominanz kein Fuß im neuen (Ost-)Deutschland auf den Boden zu bekommen ist. Die Betriebs- und Personalräte sind ohne Gewerkschaften nichts, und unter den neuen Bedingungen auch die Gewerkschaften nichts ohne Betriebs- und Personalräte. Letztere haben das offenbar schon begriffen.

FORDERUNGEN

1. Den sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben, ansonsten Aufhebung der Kaufverträge.

2. Durchsetzung des Grundsatzes „aktive Sanierung vor Privatisierung" für alle sanierungsfähigen Betriebe.

3. Ein Investitionsprogramm zum Erhalt der noch vorhandenen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen.

4. Förderung von Produkt- und Verfahrensinnovationen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs-, Entwicklungs- und Ökologiebereich.

5. Verbot der Leiharbeit (u.a. Abschaffung des Zweitregisters in der Seeschiffahrt) und des Lohndumpings.

6. Sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe, zinsgünstige Kreditgewährung und Beteiligung von Treuhand-Betrieben an Förderungsmitteln (EAP).

7. Bevorzugung ostdeutscher und Berliner Betriebe bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren und Vergaben für Aufträge in den neuen Bundesländern und Berlin.

8. Erhebung einer Investitionsabgabe von Unternehmen, die nicht mindestens 25 Prozent ihrer Investitionen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin vornehmen.

9. Volle Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen Verhandlungen und Entscheidungen der THA von Anfang an, Bildung eines geeigneten unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung.

10. Umkehrung des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung, Verhinderung der Immobilienspekulation.

Berlin, 20. Juni 1992, Kongreßhalle

SIEGHARD BUCHBERGER, Gesamtbetriebsrat ELBO, Rostock:

„Gewerkschafter sollen mitbestimmen“

Warum kamen Sie am Wochenende zur Konferenz der Betriebsräte?

Wir brauchen Stoppzeichen gegen den Arbeitsplatzabbau, außerdem wieder mehr Solidarisierung miteinander. Wir haben alle demokratischen Mittel ausprobiert, trotzdem arbeiten heute in unserer Bau-Gruppe nur noch 8 000 von einst 18 000 Kolleginnen und Kollegen. Wir haben Sorgen.

Welche Sorgen?

Der jüngste Privatisierungsversuch ist nach Aussagen der Treuhand auch gescheitert. Sie erklärte, der Interessent habe bis zum Termin kein konkretes Konzept vorgelegt. Zudem ist ELBO noch nicht in den schwarzen Zahlen.

Wie geht es jetzt weiter?

Jetzt sollen Firmen zum Zuge kommen, die sich schon beworben hatten oder noch bewerben wollen. Am heutigen Montag konferiert die Landesregierung über eine Beteiligung mit der Treuhand.

Warum bezichtigt ein ELBO-Betriebsrat die Treuhand des Hinhaltens, Schönredens und Vernebelns?

Weil sich die Privatisierung seit anderthalb Jahren erfolglos hinzieht. Wir sind nicht im Bilde, was wirklich passiert.

Investiert die Treuhand als Gesellschafterin?

Es gab Geld für Investitionen. Aber während jeder Investor aus dem Westen hier bis zu einem Drittel seiner Investition von der öffentlichen Hand zurückbekommt, bekommen wir keine Fördermittel in die Hand und bezahlen teure Zinsen für Kredite. Das ist keine Chancengleichheit, sondern ein eindeutiger Wettbewerbsnachteil.

Wäre ein Großkonzern nicht gefährlich für kleine Baubetriebe?

Der Mittelstand schwimmt im Fahrwasser der Großbetriebe und geht nicht darin unter. Die Wirtschaft in den alten Ländern läuft seit 40 Jahren so. Wir haben ein Büro- und Geschäftsbau in Rostock errichtet, daran waren 21(!) mittelständische Bauhandwerksbetriebe beteiligt.

Was trübt eigentlich im Moment das Verhältnis des Betriebsrats zum DGB?

Wir sind solidarisch mit den Metallern, mit den Werftarbeitern. Sie mit uns. Aber bei den Aktionen fehlt mir die koordinierende Hand des DGB. Meine Kollegen meinen, die vielen Einzelfeuer bringen nichts, hier muß es offenbar erst zum Flächenbrand kommen. Die Gewerkschaften müssen wieder vom ordnungspolitischen Faktor im Staat zum Gegenpol der Arbeitgeber werden. Ansonsten haben wir zur IG Bau-Steine-Erden in Rostock einen guten Draht.

Ist ihre Forderung, mehr Mitbestimmung für Ostgewerkschafter als Alternative dazu gedacht?

Die Gesetze garantieren in der Wirtschaft nur Scheindemokratie, dabei müßte paritätisch gearbeitet werden, um Arbeitnehmerinteressen durchzukriegen. Auch in der Treuhand.

Das wären dann alle Wünsche?

ELBO ist sanierungsfähig. Wir haben auch Aufträge. Aber wir verlangen von der Bundesbauministerin ein Bekenntnis zum sozialen Wohnungsbau, kein Lippenbekenntnis. Frau Schwaetzer hat erklärt, der soziale Frieden sei gestört, unter anderem durch den Wohnungsnotstand. Wer soll da verstehen, daß die Ost-Wohnungsbaufabriken plattgemacht werden?

Interview: DIETMAR RIETZ

GÜNTER TRIEBE, Mitglied der Ortsverwaltung Berlin der IG Metall:

„Nun geht es schon ans Eingemachte“

In Berlin spitzen sich Widersprüche eher und dramatischer zu als anderswo. Hier passiert Vereinigung rascher. Ist auch Ihr Unternehmen davon betroffen?

Ja, ich bin im Betriebsrat bei OTIS – einer Aufzugsfirma mit 1 200 Beschäftigten im Westteil. Im Ostteil sind es rund 550 Beschäftigte, bei der ehemaligen TAKRAF-Tochter Berliner Aufzugs- und Fahrtreppenwerke (BAF).

Im Westteil gab es die große Hoffnung, daß uns sowohl die Grenzöffnung als auch der Beschluß, Hauptstadt zu werden, Arbeitsplätze bringt. Inzwischen wissen wir, daß in größerem Stil Arbeitsplätze abgebaut werden. Sie werden nicht vernichtet, sondern verlagert – in den Ostteil. Das erfahre ich auch im eignen Betrieb, auch bei uns sollen jetzt wieder 55 Arbeitsplätze in den Ostteil verlagert werden. Aber im Osten kommen nur 15 an! 40 gehen flöten.

Die Stimmung ist entsprechend?

Wir hatten von Anfang an gute Beziehungen zum BAF-Betriebsrat und die ersten Male, da Arbeit 'rüber in den Osten ging, waren wir auch still. Schließlich haben wir hier Überstunden gemacht und im Osten flogen die Leute auf die Straße. Aber jetzt geht es bei uns ans Eingemachte. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Vor allem können wir nicht akzeptieren, daß 40 Arbeitsplätze einfach verschwinden.

Sie haben sich am Wochenende auf der 1. Konferenz ostdeutscher und Berliner Arbeitnehmervertreter öffentlich mit dem Vorstand Ihrer Gewerkschaft in Frankfurt angelegt, weil er empfohlen hat, sich distanziert zur Betriebsräte-Initiative zu verhalten. Was ärgert Sie?

Die Arroganz, mit der die IG Metall sagt, *wir* sind die größte Betriebsrat-Initiative. Und basta. Leider ist die Lage in Berlin doch so, daß sich im Westteil der Stadt immer weniger Mitglieder von ihrer Gewerkschaft vertreten fühlen. Im Ostteil wird erwartet, daß die IG Metall auf alle Fragen eine Antwort hat. Die hat sie nicht und kann sie nicht haben. Wenn die Gewerkschaft aber Versuche, Konzepte zu entwickeln, ignoriert, weil sie nicht die Ihren sind, dann hat das verheerende Auswirkungen.

Wir – also die Ortsverwaltung Berlin – haben selbst vor einem dreiviertel Jahr ein Strukturkonzept für die Stadt ausgearbeitet. Es wurde gar nicht diskutiert. Wenn sich also andere jetzt Gedanken machen, dann muß man sie einbeziehen – sie wollen das ja auch –, statt sie auszugrenzen.

Was schlagen Sie vor?

Genau hinzuhören, was die Kolleginnen und Kollegen sagen. Wenn wir es als Metaller nicht lernen, dort, wo sich Initiativen entwickeln, anwesend zu sein, die Initiativen aufzunehmen, sie in die Organisation zu integrieren, können wir eines Tages einpacken. Dann entwickeln sich womöglich wirklich Organisationsformen, die gefährlich sind. Die Gewerkschaft muß offen sein, für Strömungen, Ideen und Strukturen.

Und wenn Neues nicht in die Strukturen paßt, wie jetzt offenbar die Betriebsräte-Initiative?

Dann muß ich auch die Strukturen in Frage stellen. Die Situation hat sich doch mit der deutschen Vereinigung grundlegend geändert. Wenn ein Zug abgeht, dessen Richtung mir nicht paßt, versuche ich mich auf die Lokomotive zu schwingen, statt pikiert auf die Rücklichter zu starren.

Interview: HELFRIED LIEBSCH

Ost-Basis sauer auf IG Metall

Jeder, der uns hilft, ist uns willkommen. Da schauen wir nicht nach rechts oder nach links", sagte der Betriebsrat des Ost-Berliner Glühlampenwerks „Narva". Seine Kollegen aus 63 weiteren Ost-Betrieben, die sich in der Ost-Berliner Kongreßhalle zur ersten ostdeutschen Betriebsräte-Konferenz versammelt hatten, klatschten.

Längst vertrauen zahlreiche Ost-Betriebsräte nicht mehr allein auf ihre Gewerkschaft. Insbesondere die IG Metall hat in den neuen Ländern viel Kredit verloren. Schon im vergangenen Jahr mußte sich IGM-Chef Franz Steinkühler von der erzürnten Basis sagen lassen, daß Ex-FDGB-Chef Harry Tisch den damaligen Tarifvertrag Ost für das Metallgewerbe „nicht viel schlechter hätte aushandeln können". Seitdem ist die Stimmung noch runtergegangen.

Immer wieder klang Enttäuschung über die als allzu halbherzig empfundene Unterstützung durch die eigene Gewerkschaft durch. Betriebsrätin Ute Junker vom Motorradwerk Zschopau in Sachsen berichtet, „auch hochkarätige IG-Metall-Vertreter" hätten die um ihre Arbeitsplätze fürchtende Belegschaft ermahnt, ruhig zu bleiben und „kein Feuer anzuzünden", da dies nur Investoren verschrecke. Genutzt habe die stille Duldere indes wenig. Am 30. Juni soll das traditionsreiche Motorradwerk, das einzige der DDR, voraussichtlich endgültig liquidiert sein.

IN BERLIN NOTIERT

Für zahlreiche Betriebsräte paßte da ins Bild, daß die IG Metall ausdrücklich eine Unterstützung dieser Konferenz abgelehnt und vor einer Teilnahme sogar gewarnt hatte.

Daraufhin zogen tatsächlich einige Betriebsräte, etwa die kampferprobten Stahlwerker aus Hennigsdorf, ihre Zusage wieder zurück. Doch die anderen rund 120 ließen sich nicht von den Drohgebärden aus Frankfurt beeindrucken.

Warum die Frankfurter Zentrale von einer Teilnahme an diesem Treffen abgeraten hatte, leuchtete kaum einem der Arbeitnehmervertreter im Saal ein. Als IGM-Abteilungsleiter Jürgen Ubler, der eigentlich nur als stiller Beobachter vom Main an die Spree gereist war, es dennoch versuchte, konnte er sich nicht gegen die Pfiffe und bösen Zurufe durchsetzen. Seine Hinweise, daß die IG Metall keine Betriebsräte-Gewerkschaft sei und Gewerkschaftspolitik in den Betrieben über die Vertrauenskörper laufe, war den Ost-Metallern, die um ihre Arbeitsplätze fürchten, nicht zu vermitteln. „Das ist doch ein Eiertanz."

Später, im Flur, bemühte sich Ubler, die Vorbehalte der IG Metall gegen diese Initiative von unten begreiflich zu machen. Er habe die Sorge, sagte der Mann aus Frankfurt, „daß sich hier etwas verselbständigt". Er habe sofort an die ostdeutsche Sammlungsbewegung des Peter-Michael Diestel denken müssen.

Ein Rostocker Betriebsrat stellte klar: „Noch vertrauen wir auf die Solidarität der vorhandenen Gewerkschaften." Die Betonung lag auf dem Wörtchen „noch".

JOACHIM ROGGE

ND AZ 22.6.92

Die Wirtschaft 25.06.92

Das Unmutspotential wächst

Betriebsräte von Treuhand-Unternehmen trafen sich in Berlin

(DW/WS) - "Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung". 64 von 1 000 eingeladenen Betriebsräten in Treuhandunternehmen folgten dem Aufruf zu einem Treffen unter dieser Aktionslosung. Die meisten der 122 Belegschaftsvertreter in der Kongreßhalle am hauptstädtischen Alexanderplatz kamen aus Ostberlin und Rostock - ein Hinweis auf Thüringen fehlte ganz. Ihnen standen 27 Journalisten gegenüber.

Ihre Medienaufmerksamkeit verdankte die "1. Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte" einer gezielten Anti-Propaganda im Vorfeld. Die Zentralen etablierter DGB-Gewerkschaften hatten den basisdemokratischen Sammlungsversuch als PDS-Initiative abgestempelt.

Sie übersahen dabei, was aufmerksamen Beobachtern nicht verborgen bleiben dürfte: Sowohl im Vorbereitungskomitee als auch während der Konferenz knüpfte Dr. Ingrid Brandenburg, zur Wende wirtschaftspolitische Sprecherin des Neuen Forum, heute selbst unternehmerisch engagiert, unermüdlich die Fäden. Ihrem politischen Ehrgeiz vor allem dürfte dieser erneute Versuch entsprungen sein, Rätedemokratie gegen Gewerkschaftsbürokratie zu mobilisieren. Eine branchenübergreifende Sammlungs- und Initiativbewegung ostdeutscher Betriebs- und Personalräte soll statt der Verbalakrobatik von Politikern und "staatstragenden" Gewerkschaftsführungen für "entschlossenes, überlegtes aber auch unkonventionelles Handeln" sorgen.

Der von den Konferenzteilnehmern verabschiedete Forderungskatalog bietet dafür mit seinen auf eine "grundlegend neue Wirtschaftspolitik" und dem sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen zielenden zehnPunkten zwar viele theoretische Ansätze, aber nur wenig Hinweise auf praktische Durchsetzbarkeit.

Trotzdem könnte er durchaus Wirkung haben. Indem er nämlich zu einer weiteren Bündelung des Unmuts- und Konfliktpotentials unter den ostdeutschen Arbeitnehmervertretungen beiträgt. Jedenfalls dann, wenn das Initiativkomitee für einen großen Rat der Betriebsräte die zahlenmäßig geringe Konferenzteilnahme als Ansporn und nicht als Mißerfolg werten sollte.

Eine reine Ost-Initiative bleibt in ihren Wirkungen naturgemäß begrenzt. Um so bedeutsamer der Fakt, daß an der Konferenz ein halbes Dutzend Arbeitnehmervertreter von West-Betriebsräten teilnahm.

Ihnen hatten es die Veranstalter übrigens zu danken, daß dieses Meeting nicht vorzeitig wegen Geldmangels enden mußte. Brachten doch Initiatoren und Teilnehmer mit großem Spendenaufwand nur knapp die Hälfte der fälligen Saalmiete von 6 500 Mark auf. Wie gewohnt, rettete auch hier ein West-Ost-Finanztransfer die Situation.

Am großen Verrat war vielleicht was dranne

Konferenz der Treuhand-Betriebsräte / Von Henning Pawel



Foto: Rolf Zöllner

»Wenn Birgit Breuel nicht herauskommt, gehen wir zu ihr hinein und übergeben unsere Forderungen.«
Die Werftarbeiter versuchten es bereits im Frühjahr.

Wunschpapier

Aus dem Forderungskatalog der Treuhand-Betriebsräte:

– Sofortiger Stopp aller weiteren Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien, ansonsten Aufhebung der Kaufverträge

– Ein Investitionsprogramm zum Erhalt der noch vorhandenen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie der Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen

– Verbot der Leiharbeit und des Lohndumpings einschließlich der Zweitregister in der Seeschiffahrt

– Eine Investitionsabgabe von Unternehmen, die nicht mindestens 25 Prozent ihrer Investitionen in den fünf neuen Ländern und Berlin vornehmen

– Volle Beteiligung der Betriebs- und Personalräte an allen Verhandlungen und Entscheidungen der Treuhandanstalt sowie die Bildung eines unabhängigen Kontrollorgans in paritätischer Besetzung

– Umkehr des Prinzips »Rückgabe vor Entschädigung« und Verhinderung der Immobilienspekulation.

Die Betriebsratsmitglieder in der Berliner Kongreßhalle sahen aus wie fast alle ihre ostdeutschen Landsleute: müde von den vergeblichen Anstrengungen der letzten Jahre und von der Hoffnung, noch zu retten, was wohl nicht gerettet werden sollte. Die trostlose Atmosphäre des Hauses am Alexanderplatz schien dem Anlaß angemessen, doch sie belastete die Stimmung noch zusätzlich. Auch Wut war fast körperlich zu spüren. Keine gewerkschaftliche Initiative hat die 130 Betriebsräte nach Berlin geführt; eine Gruppe von ihnen, die der Bewegungslosigkeit der Gewerkschaftszentralen nicht länger zusehen wollte, hatte die Konferenz einberufen. Die Vertreter von mehr als einer Million Arbeitnehmer waren aufgefordert, teilzunehmen, doch nur der zehnte Teil war am letzten Wochenende repräsentiert.

Die Gründe? Mängel in der Organisation, die zunehmende Entsolidarisierung, besonders aber die Torpedierung der Veranstaltung durch die Gewerkschaften. Betriebs- und Personalräte waren noch in den letzten Tagen unter Druck gesetzt worden, die Konferenz zu boykottieren. Von Telefonanrufen mit Appellen an die Gewerkschaftsdisziplin bis zur Drohung mit dem Ausschluß wurde gemunkelt.

Die Tagung kam dennoch zustande. Die Inhalte der Referate und Diskussionen waren von schier vernichtendem Realismus. Betriebe, die vor Jahresfrist noch 12 000 Mitarbeiter zählten, sind auf 900 geschrumpft, Kombinate von 8000 auf 1200, von 6000 auf 700. Jede der Zahlen wird von den Zuhörern mit eigenen untersetzt. Dietmar Noslang, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Frankfurter Halbleiterwerkes, erzählt von einem Kurator, der das Büromaschinenwerk in Sömmerda innerhalb von vier Monaten von 10 000 Beschäftigten auf 200 heruntergefahren habe und für solche Leistung von der Treuhand mit 900 000 Mark belohnt worden war. Jener Mann schickte sich an, im Halbleiterwerk Frankfurt die nächste Million zu verdienen. »Wir haben einen Aktionsausschuß gebildet, ihn gar nicht erst hereingelassen und unseren Geschäftsführer gleich hinterhergejagt. Das ist die einzige Sprache, die diese Treuhand noch versteht.«

Immer wieder wird auf das Motorradwerk Zschopau verwiesen. Dessen Betriebsratsvorsitzende hat eben ihren Bericht beendet. Die Belegschaft hat schließlich sogar auf zehn Prozent des Einkommens verzichtet und sie dem Werk als zinslosen Kredit zur Verfügung gestellt. Ergebnislos, die Zukunft des Werkes ist unsicherer denn je. Der psychische Zustand der Menschen sei nicht mehr zu beschreiben.

»Der große Verrat«, sagt ein sächsischer Betriebsrat und öffnet die Brotbüchse aus Aluminium. »So unverschämt hat uns selbst Mittag nicht belogen.« Vor dem Biß in die Käsestulle wiederholt er traurig: »Der große Verrat.« Ob er sich an jenes Drama gleichen Namens noch erinnere, das der Staatsdichter Kuba verfaßte? Marschall Tito wurde darin als Verräter im Auftrag des Weltimperialismus gebrandmarkt. Jetzt bläst der Betriebsrat stolz die Wangen auf. »Es war vielleicht sogar was dranne, wie ma heite sieht.« Er hatte damals mitgespielt, als Laienschauspieler unter des Dichters eigener Regie. »Eine schöne Zeit«, sagt er träumerisch. Dann folgt die hastige Korrektur: »Bis auf Ulbrichten und Stalin natürlich.«

Eberhard Wagner aus Rostock, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Seereederei GmbH, ist ein beachtlicher Tagungsleiter. Er treibt die Konferenz vorwärts und fällt immer wieder den Rednern ins Wort, die zu lange reden oder statt Waigel den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum Chef der Treuhand ernennen wollen. Auch der Gewerkschaftsfunktionär aus Frankfurt am Main, der zwar nicht offiziell erschienen ist, aber dennoch den Kollegen den Standpunkt des Vorstandes der IG Metall erklären möchte, bekommt von Wagner die Meinung gesagt. »Ihr wart eingeladen, hier offiziell zu reden, aber ihr habt die Gelegenheit nicht genutzt.«

Die Konzepte fehlen. Vor der Treuhand haben fast alle Anwesenden schon gestanden, vor den Landesregierungen auch. Nicht wenige sind bis nach Bonn marschiert. Der Erfolg aller Aktionen war gleich Null. »Das ganze Beitrittsgebiet ist ein riesiger Wühltisch«, erklärt Wagner leidenschaftlich, »ein Sonderangebot für Spekulanten und Glücksritter schlimmster Sorte.« Dann ergreift der Präsident des Arbeitslosen-Verbandes das Wort und geißelt die Wirtschaftspolitik. »Hätt' er seine Einsichten zu DDR-Zeiten, als Professor an der Hochschule für Ökonomie, so flammend und offen vorgetragen«, erklärt eine junge Frau, »dann wäre er glaubwürdiger.«

Auch die alten und neuen Hüter der reinen Lehre sind in der Lobby zu Gange. Trotzkisten, Bolschewiki, Kommunisten. Um 10 auf 25 Mark verbilligt, wollen Vertreter der Vierten Internationale ihr Werk in Buchform, bei Arbeiterpress gedruckt, verkaufen. »Diesen Verlag kennst Du wirklich nicht, Kollege?«, lautet die anmaßende Frage.

Ein Lichtblick ist immerhin Sonja Kemnitz, Betriebsrätin der Ostberliner Zahnradschleifmaschinen GmbH. Leidenschaftlich ist der Appell der schönen, jungen Frau. »Ich bitte keine Politiker mehr«, ruft sie aus. »Ich traue ihnen auch nicht mehr. Nur noch mir selbst.« Sonjas Rapport der Möglichkeiten: Vertrauen in die eigene Fähigkeit zu setzen und sich gegen die neue Inkompetenz zu wehren. Das ist eln neuer, selbstbewußter Ton, in dem auch Dietmar Noslang und Eberhard Wagner sprechen.

Immerhin, zehn Hauptpositionen wurden auf dem Kongreß formuliert und mit großer Mehrheit beschlossen. Kohl soll sie erhalten, die Landesregierungen und alle Werktätigen. »Am 30. Juni werden wir Frau Breuel besuchen. Kommt sie nicht heraus, gehen wir zu ihr hinein und übergeben unsere Forderungen«, kündigt Kemnitz zudem an. Immerhin: Am Rande der Konferenz verabreden sich Betriebsräte, die einander bislang nicht kannten, zu Beratungen und tauschen Erfahrungen über die »Politisierung der Kommunen« aus. Und immerhin: Eine weitere Arbeitskonferenz wird für den 3. Oktober geplant, den Jahrestag der deutschen Einheit. Auch das ist feinsinnig überlegt: Am gleichen Tag wollen SPD und Gewerkschaften ihren Marsch auf Bonn veranstalten.

LEIPZIGER STRASSE 5 – 7

Selbsterhaltungstrieb

Einen schönen Begriff hat Birgit Breuel am Wochenende geprägt – den »Arbeitsplatz-Selbsterhaltungstrieb«. Die Beschäftigten von Treuhand-Unternehmen sollen es sich etwas kosten lassen, ihren Arbeitsplatz zu behalten, ob nun als Management-Buy-Out oder in Form einer Kapitalbeteiligung. »Das Motiv dabei sind nicht in erster Linie vermögenswirksame Möglichkeiten, sondern das eigene Unternehmen am Leben zu erhalten«, sagte die Treuhand-Chefin.

Macht das Sinn? Bei Management-Buy-Outs sicherlich nicht – jeder wäre schlecht beraten, rein aus Furcht vor der Pleite den Betrieb zu übernehmen und sich zu verschulden.

Bei einer Mitarbeiter-Kapitalbeteiligung kann der Selbsterhaltungstrieb schon eher zum Tragen kommen. Er rechnete sich, bei einem der Einfachheit halber angenommenen Nettoeinkommen von 1000 Mark, wie folgt: Lasse ich jeden Monat 100 Mark in der Firma stehen, mache ich gegenüber dem Normalzustand einen Verlust von 100 Mark, gegenüber dem Zustand in der Arbeitslosigkeit aber 280 Mark Gewinn. Wenn ich für jeweils zwei Monate »Beteiligung« das Ende des Unternehmens um einen Monat hinausschieben kann, wird das Modell auch dann rentabel, wenn diese Kapitalspritze verloren ist. Heißt also: Je näher das Ende rückt, desto attraktiver wird eine solche Lösung für den Teil der Belegschaft, der sich ausrechnen kann, danach keine Arbeit mehr zu bekommen.

Damit steckt aber dieses Modell des Arbeitsplatz-Selbsterhaltungstriebs wieder genau in der Klemme, aus der alle Debatten um Tariföffnungsklauseln nicht herauskommen: Extrem niedrige Löhne in einem Teil der ostdeutschen Betriebe führen zu deren Ausbluten, da all die das Schiff verlassen, die auf einem anderen mitfahren können. Und damit sinkt das Schiff unweigerlich weiter.

Die Rechnung sieht nur anders aus, wenn eine Kapitalbeteiligung tatsächlich die realistische Chance gibt, das Überleben des Unternehmens zu sichern und seine Marktstellung zu verbessern. Das wäre der Fall bei den berühmten sanierungswürdigen, aber nicht privatisierbaren Unternehmen: Hier wäre die Beteiligung tatsächlich Investivlohn und kein Zuschuß, hier würde nicht Arbeitslosigkeit hinausgezögert, hier würden zukünftige Werte geschaffen.

Aber hier blockt die Treuhand ab. Was sanierungswürdig ist, soll privatisiert werden, und nur wenige Investoren würden sich über ein Unternehmen freuen, an dem die Mitarbeiter eine erkleckliche Kapitalbeteiligung halten. Nur bei eigenständiger Sanierung ohne Privatisierung macht also die Rede vom »Arbeitsplatz-Selbsterhaltungstrieb« Sinn. Und da ist zuerst die Treuhand gefordert, und dann erst die Beschäftigten.

Detlef Gürtler

Aufbruch zur Treuhand

Für 150000 Ostdeutsche in Treuhandbetrieben wird der 30. Juni der letzte Arbeitstag sein. Diese Zahl der zu Entlassenden hat die Treuhand angekündigt. Ihre Art den zweiten Jahrestag der Währungsunion zu begehen. Noch einmal so viel, so rechnet man, sollen es zum Jahresende sein. Als sich am vergangenen Wochenende ArbeitsnehmerInnenvertreter aus 70 Betrieben zur 1. Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte in der Berliner Kongreßhalle trafen, standen die Zeichen auf Sturm.

Die Betriebs- und Personalräte sind nicht länger gewillt, dem Niedergang ihrer Betriebsstandorte mehr oder weniger tatenlos zuzusehen. Sie sind entschlossen, dies auch mit flächendeckendem Widerstand durchzusetzen. In einem zehn Punkte umfassenden Forderungskatalog klagen sie den Erhalt des Industriestandortes Ostdeutschland ein. Erster Punkt: Sofortiger Stopp des weiteren Arbeitsplatzabbaus!

Am 30. Juni um 11 Uhr werden Vertreter dieser und hoffentlich weiterer Betriebe vor die Treuhandanstalt in der Leipziger Straße ziehen und eine Antwort auf ihre Forderungen verlangen.

(Weiter auf Seite 7.)

Forderungskatalog

Beschlossen auf dem 1. Kongreß der ostdeutschen ArbeitnehmerInnenvertreter

1. Den sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben, ansonsten Aufhebung der Kaufverträge!
2. Durchsetzung des Grundsatzes "aktive Sanierung vor Privatisierung" für alle sanierungsfähigen Betriebe!
3. Ein Investitionsprogramm zum Erhalt der noch vorhandenen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen!
4. Förderung von Produkt- und Verfahrens-Innovationen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs-, Entwicklungs- und Ökologie-Bereich!
5. Verbot der Leiharbeit (u. a. Abschaffung des Zweitregisters in der Seeschiffahrt) und des Lohndumpings!
6. Sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe, zinsgünstige Kreditgewährung und Beteiligung von Treuhand-Betrieben an Förderungs-

Es ist weit nach Zwölf!

Ostdeutsche Arbeitnehmervertreter contra Treuhandpolitik

"Was ist aus dem Bekenntnis der Bürgerbewegung des Herbstes '89 zur sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung geworden, das auf einer breiten Solidarisierung der Gesellschaft basierte?" - fragte Eberhard Wagner, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Deutschen Seereederei. "Die Marktwirtschaft, die wir bekommen haben, ist brutal, entsolidarisierend und entwürdigend." Entwürdigend, weil Menschen ab 45 für diese Gesellschaft nichts mehr wert sind. Brutal, weil Menschen, die gut arbeiten können und wollen, nicht dürfen. Es sei ein Hohn, daß jetzt darüber nachgedacht wird, das Rentenalter hochzusetzen, obwohl es in den neuen Bundesländern niemanden geben wird, der das jetzige auf normalem Wege erreichen wird.

Es ist weit nach Zwölf und zum Handeln allerhöchste Zeit: ArbeitnehmerInnenvertreter aus 70 Betrieben, die am vorigen Samstag in der Kongreßhalle am Alex berieten, wollen das Plattmachen ihrer Betriebe und ganzer Industrieregionen im deutschen Osten durch die Treuhand nicht mehr länger hinnehmen. Sie fordern u. a. eine Änderung der Treuhandpolitik hin zur aktiven Sanierung, einen sofortigen Stopp des Arbeitsplatzabbaus und ein Mitspracherecht bei allen ihre Unternehmen betreffende Entscheidungen. Um der weiteren Vernichtung von Arbeit Einhalt zu gebieten, so ihre, wenn auch späte, Erkenntnis, bedarf es der geballten Kraft aller, der Solidarität unter- und miteinander, unabhängig von der Betroffenheit des Einzelnen. Einschließlich der Gewerkschaften. Doch die übten sich am Samstag mehrheitlich in vornehmer Zurückhaltung oder versagten - wie die IG Metall - der Konferenz ihre Unterstützung. Dennoch: Ohne sie wird es bei der Organisierung eines breiten Widerstandes gegen die Treuhandpolitik, die ja letztlich nur Regierungswillen durchsetzt, nicht gehen. Und sie werden auch nicht umhin können, sich den Initiativen der Betriebs- und Personalräte anzuschließen, wollen sie nicht weiter an Glaubwürdigkeit bei ihren Mitgliedern verlieren.

Die Situationsschilderungen, ob aus Zschopau, Staßfurt, Rostock oder Berlin, ähneln einander wie ein Ei dem anderen: "Alle Betriebe des Ostens haben die gleichen Sorgen", sagte Betriebsrat Buchberger von der ELBO Bau AG Rostock. "Sie sollen nicht als selbständiger Marktkonkurrent bestehen bleiben, sondern nur als verlängerte Werkbank von Westunternehmen. Und das nennt man Aufschwung Ost." Doch ein Großteil der Unternehmen wird noch nicht einmal das werden, sie sind nur als wertvolle Immobilie interessant.

Das, was hier im Osten geschehe, so der Darmstädter Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jan Priewe, sei mit keiner der Wirtschaftskrisen, die es gab und gibt, vergleichbar. Und eine Reindustrialisierung sei eine Illusion, wenn man zuvor ganze industrielle Kernbereiche vernichtet hat. Scharf kritisierte er die Treuhandsanierungspolitik. "Die Treuhand gewährt Bürgschaften für Liquiditätskredite mit zweistelligen Zinsraten. Diese Kredite bezeichnet sie als Sanierung. Das sind aber laufende Kosten, die davon beglichen werden. Hier werden die Altschulden von morgen aufgebaut." 77 Milliarden DM behauptet die Treuhand, für die Sanierung ihrer Betriebe ausgegeben zu haben. Wenn man unter Sanierung aber den Kauf neuer Maschinen und Anlagen verstehe, meint Prof. Priewe, dann kommt man nur auf 5,6 Milliarden. Er habe den Eindruck, daß die Treuhand die Sanierung gar nicht will, weil sie dazu den Auftrag der Bundesregierung nicht hat. Und genau das ist wohl auch der Punkt, um den es geht. Der Auftraggeber der Treuhand sitzt in Bonn. Wenn die Treuhand entläßt, plattsaniert, hinhält, verscherbelt und verramscht, dann tut sie das im Einvernehmen mit der Bundesregierung. Und das sind dann in erster Linie politische Entscheidungen.

Die Betriebs- und Personalräte wollen nicht länger abwarten und hoffen. Ein Forderungskatalog mit zehn Hauptforderungen wurde beschlossen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus allen neuen Bundesländern soll die Strukturen untereinander vernetzen, die Aktivitäten koordinieren. Im Herbst ist eine zweite Konferenz geplant, wo dann die Gewerkschaften mit federführend sein sollen. Doch wichtig ist jetzt vor allem eines: die Belegschaften, jene, die noch in Lohn und Brot stehen, von der Notwendigkeit gemeinsamen Widerstandes zu überzeugen, sie darüber aufzuklären, daß Tatenlosigkeit oder vereinzeltes Aufbegehren die fortschreitende Verwüstung der Industrielandschaft Ost nicht aufhält. Die Personal- und Betriebsräte aus den 70 Betrieben vertraten über 100000 Belegschaftsangehörige. Ob letztere wirklich hinter ihnen stehen, das werden nächste Aktionen beweisen müssen.

R. Seifert

XLI/116 Frankfurt/Main, 22. Juni 1992 D 2060 B

PRESSE- UND FUNK-NACHRICHTEN

Verleger: Industriegewerkschaft Metall. Herausgeber: Franz Steinkühler, Klaus Zwickel, Werner Schreiber. Die Presse- und Funknachrichten zitieren aus Zeitungen und Korrespondenzen sowie aus Sendungen des Hör- und Fernsehfunks. Sie wollen informieren, ohne im einzelnen die Meinung des Vorstands der IG Metall wiederzugeben und erscheinen täglich außer samstags, sonn- und feiertags. Für den Inhalt verantwortlich: Jörg Barczynski, IG Metall-Vorstandsverwaltung, Pressestelle, Wilhelm-Leuschner-Straße 79–85, Postfach 111031, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. (069) 7147670. Der Bezugspreis beträgt 160,00 DM bei vierteljährlicher Zustellgebühr.

Verleger: Industriegewerkschaft Metall. Herausgeber: Franz Steinkühler, Klaus Zwickel, Werner Schreiber. Die Presse- und Funknachrichten zitieren aus Zeitungen und Korrespondenzen sowie aus Sendungen des Hör- und Fernsehfunks. Sie wollen informieren, ohne im einzelnen die Meinung des Vorstands der IG Metall wiederzugeben und erscheinen täglich außer samstags, sonn- und feiertags. Für den Inhalt verantwortlich: Jörg Barczynski, IG Metall V... waltung, Pressestelle, Wilhelm-Leuschner-Straße ... 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. (069) 7147670.

...In den ersten Tagen nach unserer Konferenz hatte der IG Metall-Vorstand zu dem was an ostdeutscher Befindlichkeit seiner Mitglieder in der Kongreßhalle gesagt, gedacht, geplant und gefordert wurde, nichts zu informieren.
Diese (West) Art von innergewerkschaftlicher Informationspolitik bzw. Demokratie erfüllt uns mit "Sorge und Skepsis".

Gekürzt, aus Wochenpost/27, 25.06.1992

Mut zur Wut

...Die oben können nicht mehr wie sie wollen. Und die unten? Wollen sie noch so, wie sie sollen? Mit Bange schaut man in Bonn nach dem Osten und wundert sich. Warum sind die so still?

»Jeder hat seine Sozialisation, den Ostdeutschen wurde die ihre weggenommen«, sagt der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Finsterwalde, Hans-Harald Gabbe, ein Wessi, im »Neuen Deutschland«. »Darüber können sie weder richtig schreien, noch richtig weinen. Sie sind sprachlos, was durch eine Art Beschäftigungstherapie erleichtert wird – das Erlernen einer anderen Gesellschaft... Das ist für mich die Ursache, warum hier nicht gekämpft wird, nur kleiner Widerwillen aufflackert.«

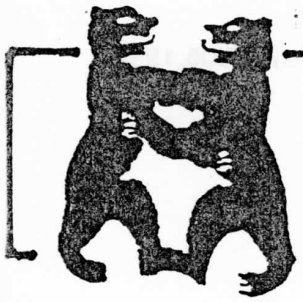
Kleiner Widerwille: »Wenn sich hier nicht bald ein Politiker sehen läßt, dann machen wir auch den Rügendamm dicht«, ruft vorige Woche Maschinenbauer Roger Marsand, Besetzer der Volkswerft in Stralsund. Die EG setzt Kapazitäten für den Schiffbau fest, und in Stralsund, Rostock und Wismar gehen, begleitet von der Tatenlosigkeit der Politiker, die Arbeitsplätze flöten. Trotz hinreichenden Kundeninteresses an Schiffen. Tags darauf ist nicht der Rügendamm bei Stralsund, aber die Bundesstraße in Rostock, Lebensader der Hansestadt, für eine dreiviertel Stunde »dicht«.

»Dichtmachen«, aufstehen, sich wehren. Warum tun es so wenige? Soll ich warten, bis ich meinen Alptraum zu Ende geträumt habe? Soll ich erst eine endgültige Antwort auf die Frage nach dem eigenen Anteil an gewesenem Unrecht finden? Also unwidersprochen neues Unrecht zulassen?

Warum nehme ich mich nicht einfach an, wie ich bin? Unfertig in meinen Antworten, zaudernd im Moment, der Mut verlangt, schwach, von »kleinem Widerwillen«. Damals wie heute. Auch im Westen besteht das Volk nicht aus lauter Widerstandskämpfern.

Ich probe für einen Aufruhr: selbst bewußt sein. Er wird mir das Nachdenken über die eigene konkrete Schuld womöglich erleichtern, doch keinesfalls erlassen. Es ist ein Aufruhr auch gegen mich selbst.

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!



Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

Berlin, 19. Juni 1992

Von unseren Berlinern Kolleginnen und Kollegen sind:

* ca. 209.500 arbeitslos
* ca. 35.200 in ABM
* ca. 50.000 in Umschulung
* ca. 22.600 in 0-Stunden Kurzarbeit

Diese Zahlen sagen genug und die negative Entwicklung geht weiter.

Aus der Verantwortung als Berliner Betriebs- und Personalräte, die wir für unsere Kollginnen und Kollegen haben, rufen wir alle Betriebsräte auf:

Schließt Euch uns an!
Unsere Forderungen:

> Kein weitere Abbau von Arbeitsplätzen in Berlin.
> Erhalt des Industriestandortes Berlin.
> Erhalt der Arbeitsplätzeim Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich.
> Schaffen von zukunftssicheren Arbeitsplätzen für unsere bereits gekündigten Kolleginnen und Kollegen.
> Der Auftrag der Treuhandanstalt muß durch die Verantwortlichen in Bonn in diesem Sinne modifiziert werden.

Beteiligung der Betriebsräte vor Entscheidungen zum Verkauf und zur Standortverlagerung von Unternehmen.

Wie?

Wir organisieren die Solidarität der Betriebe!

Durch gemeinsamen öffentlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen werden wir gehört und haben Chancen, unsere Forderungen durchzusetzen.

Treffpunkt: Jeden mittwoch, 19:00 Uhr beim DGB, Märkisches Ufer 28, 2. Obergeschoß.

Post: Wolfgang Pohland, Sophienstr. 31, 1020 Berlin

Kontakt: Betriebsrat NARVA, Michael Müller, Tel: Ost-5832 23 66, Fax: Ost-5832 22 99

Kontakt: Betriebsrat AEG, Gerhard Lux, Tel: West-7496 24 75, Fax: ---

Berlin, 17.06.1992

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
beiliegend schicken wir Euch unseren Aufruf zur Unterstützung der "Initiativgruppe der Berliner Betriebs- und Personalräte". Die Initiative hat sich am 5. Februar gegründet und trifft sich seitdem jeden Mittwochabend unter dem Dach des DGB.
Schickt wenn möglich einen Vertreter zum Treffen der Initiative, um Euch genauer zu informieren oder ruft bei den angegebenen Kontaktadressen an.
Folgende Betriebs- und Personalräte unterstützen bereits diese Initiative durch Beschluß ihrer Gremien.
OTIS GmbH, Kraftwerksanlagenbau ag, KWK GmbH, ASLID GmbH, Funkwerk Köpenick GmbH, AEG GmbH, Prolux GmbH, NARVA BGW GmbH, EFN mbH, BAE Batterie GmbH, Elpro AG, Amt für Industrie und Sozialarbeit, TRO GmbH NiLES GmbH, Gesamtpersonalrat der Freien Universität, BAE (Werk 1), Humbolt-Krankenhaus, Uni-Klinik Rudolf Virchow, BESTAHL GmbH, Auguste-Viktoria-Krankenhaus, Bezirksamt Kreuzberg, LACUFA AG, SEL Tempelhof, REWATEX, Städt. Krankenhaus Weißensee, TAZ, EAW GmbH, BOS, FAGA GmbH, PR der Lehrer/innen und Erzieher/innen Tempelhof, Senatsverwaltung für Wirtschaft u. Technologie, PR der Lehrer/innen u. Erzieher/innen Wilmersdorf, Robotron "Telekom" Radeberg.

Mit kollegialen Grüßen

Im Namen der Initiativgruppe der Berliner Betriebs- und Personalräte:

Betriebsrat NARVA
Michael Müller

Betriebsrat AEG Marienfelde
Gerhard Gu[illegible]

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND D

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

Extra 9.9.92



Aufnahme: Third Eye, Matthias Lindner

Konferenz ostdeutscher Betriebsräte

Umfrage zur Arbeitsplatzvernichtung in den neuen Bundesländern und Berlin

BETRIEBSRÄTE DECKEN AUF: 3 von 4 ARBEITSPLÄTZEN VERNICHTET!

Post: Wolfgang Pohland, Sophienstr. 31, 1020 Berlin

Kontakt: Betriebsrat NARVA, Michael Müller, Tel: Ost-5832 23 66, Fax: Ost-5832 22 99

Kontakt: Betriebsrat AEG, Gerhard Lux, Tel: West-7496 24 75, Fax: ---

Unternehmen	Anzahl der Beschäftigten			Arbeitsplatzvernichtung	
	Jan. '90	Juni '92	Dez. '92	absolut	in Prozent
Kondensatoren GmbH Görlitz i.L.	1176	57	0	1176	100
Musima GmbH Musikinstrumentebau Markneukirchen	1140	301	121	1019	89,4
Coutinho Caro & Co. Bau GmbH, Berlin	1335	516	366	969	72,8
Kontaktbauelemente GmbH Luckenwalde	1100	130	70	1030	93,6
Oranienburger Pharmawerk	555	263	193	362	65,8
Seehafen Rostock GmbH	5950	642		5308	89,2
Prüfgerätewerk Medingen GmbH, Freital	1600	225	30	1570	98,1
Sächsische Bühnen-, Förderanlagen und Stahlbau GmbH Dresden	1195	348	148	1047	87,9
Mertik Regelungstechnik GmbH, Quedlinburg	2885	269	230	2655	92,2
Meßgerätewerk Zwönitz	2690	334	317	2373	88,2
Kirchhainer Leder GmbH	206	51		155	77,5
Datenverarbeitungszentrum Rostock	1175	197	127	1048	89,6
Leuchtstoffe und Feinchemikalien Breitungen	456	84	64	392	87,1
Verbindeelemente GmbH i.L., Hildburghausen	1680	380	80	1600	95,2
Sächs. Metall- und Platinenfabrik Chemnitz	890	275	245	645	72,5
Annaberger Täschnerwaren GmbH i.L.	1028	17	0	1028	100
Dieselmotorenwerke Cunewalde GmbH	2206	358	108	2098	95,4
Transportgummi GmbH Bad Blankenburg	1700	500	290	1410	82,9
Chemiewerk Bad Köstritz	519	184	144	375	72,1
Pactec Dresden GmbH	3084	626	390	2694	87,5
Schiffsversorgung Rostock	728	65		663	90,8
Textima GmbH Aue	685	157	127	558	82,1
Dessauer Gasgeräte GmbH	1600	680		920	57,5
BAE Belfa Gerätebatterien GmbH i.L. Berlin	455	171	0	455	100
BAE Industriebatterien GmbH Berlin	550	260	140	410	74,5
Ascota AG Chemnitz	8500	2700		5800	68,2
Sachsenhydraulik Chemnitz	3500	1100	300	3200	91,4
SKL Magdeburg	8136	2568	1118	7018	86,3

Unternehmen	Anzahl der Beschäftigten			Arbeitsplatzvernichtung	
	Jan. '90	Juni '92	Dez. '92	absolut	in Prozent
Deutsche Seereederei Rostock	13200	4900		8300	62,8
Arzneimittelwerk Dresden GmbH, Radebeul	2809	2104	1990	819	29,1
Jenapharm GmbH Jena	1855	1111	1061	794	42,9
Spremberger Tectw. GmbH	640	399	118	522	81,5
Sächsische Kunststoff-technik GmbH, Freital	870	353	103	767	88,2
Saßnitzfisch GmbH	1603	280	150	1453	90,8
Mansfelder Rohhütten GmbH i.L.	1450	183	5	1445	99,6
Westmecklenburgische Energieversorgungs AG Schwerin	1800	1200	1050	750	41,6
Stickstoffwerke AG Wittenberg-Piesteritz	8749	2768	1150	7599	86,8
Klingenthaler Harmonika	2313	280	166	2147	92,9
Fernsehglas Tschernitz	1203	624		579	48,2
Ingan GmbH Berlin	1330	138		1192	89,6
CCC Inex Anlagenbau GmbH Berlin	650	90		560	86,2
Summe	95196			74905	78,7

Die Treuhandanstalt hat bisher (aus begreiflichen Gründen) keine Statistik der Arbeitsplatzvernichtung auf **Betriebsebene** veröffentlicht. Sie informiert immer nur über Arbeitsplatzgarantien wohltätiger Investoren. Das Zahlenmaterial der 41 ostdeutschen Betriebe stammt von den Betriebsräten dieser Unternehmen. Die Auswahl der Betriebe ist zufällig. Innerhalb von nur zwei Jahren sind in diesen Betrieben 74905 von ehemals 95196 Arbeitsplätzen vernichtet worden. Drei von vier Arbeitsplätzen sind weg. Hier zeigt sich die ganze Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Privatisierungspolitik der THA. Der westdeutsche Manchester-Kapitalismus ist offensichtlich mit seinem ökonomischen Latein am Ende.

mac



Unternehmen	Anzahl der Beschäftigten				Arbeitsplatzvernichtung	
	Jan 90	Jan 92	Apr 92	Dez 92	absolut	in Prozent
WF GmbH	9.300	2.050	2.050	893	7.250	78,0
Elpro AG	7.500		2.353	2.150	5.147	68,7
KWO	5.800	2.600	2.600	1.300	3.200	55,2
Narva BGW	5.000	1.250	1.173	1.080	3.827	76,6
BFW Gehring-straße	3.500		694		2.806	80,2
FW Köpenick	3.000	600			2.400	80,0
Rewatex	3.000		1.200		1.800	60,0
Berlin Chemie	2.700		1.500		1.200	44,5
Dt.Binnen-reederei	2.500		1.350		1.150	46,0
TRO GmbH	2.480		800		1.680	67,8
BMHW	2.360	64			2.296	97,3
BWF GmbH	2.300			560	1.740	75,7
NILES	2.250		590	520	1.660	73,8
Inst.f.Nach-richtentech.	1.700		285	270	1.415	83,3
Lacufa	1.300		600	200	700	53,9
Aslid	1.100		385		715	65,0
BAE	1.020	450			570	55,9
Bestahl	950		626	359	324	34,2
Prolux Bln.	482		242		240	49,6
Bln.Druckerei	400		107		293	73,3
Verlag Die Wirtschaft	360		26		334	92,8
Bln.Behälter u. Anlagenbau	300		117		183	61,0
Insgesamt:	59.302				40.930	66,9

ARBEITSPLATZVERNICHTUNG IN OSTBERLIN

Die Arbeitsplatzvernichtung errechnet sich aus der Gegenüberstellung der Beschäftigtenzahl Jan 1990 - April 1992 (in drei Fällen Jan 90 - Jan 92, in einem Fall Jan 90 - Dez 92). Alle Zahlenangaben stammen von den Betriebsräten der Unternehmen. Alle Betriebe waren oder sind (noch) in Treuhand-Verwaltung. Wie kommt die Auswahl der Betriebe zustande? Zum überwiegenden Teil durch die persönlichen Kontakte der Betriebsräte, die sich in der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte zusammengeschlossen haben. Wir besitzen natürlich nur begrenzte Recherche-Möglichkeiten. Die wissenschaftliche Erforschung der Arbeitsplatzvernichtung durch die Treuhandanstalt steht noch am Anfang. Dennoch zeigt sich bereits auf dieser schmalen Datenbasis eine klare Tendenz und es lassen sich erste Schlußfolgerungen ziehen:

- Zwei von drei Arbeitsplätzen in der Ostberliner Industrie sind seit 1990 vernichtet worden, in absoluten Zahlen der angeführten 22 Betriebe: 40.930 von 59.302.

- Die Großbetriebe der Ostberliner Metall- und Elektroindustrie werden systematisch plattgemacht. Jeder Großbetrieb hat Zulieferer. Stirbt das Hauptunternehmen, reißt es die Zulieferer (in der Regel) mit in den Abgrund. Für die Erfassung der Arbeitsplatzvernichtung bei den Zuliefererbetrieben fehlen uns die nötigen Angaben. Nur im Fall Narva gelang es bisher dem Betriebsrat, durch einen klugen, hartnäckigen und unerschrockenen Kampf für alle im Frühjahr 92 noch im Werk beschäftigten Kolleginnen und Kollegen eine Arbeitsplatzgarantie durchzusetzen. Allerdings um den Preis des Abschieds von der Lichtproduktion. Alle anderen Betriebsräte sind durch die Wucht der großen Ereignisse mehr oder weniger überrumpelt, von heute auf morgen in neue komplizierte Verhältnisse versetzt, durch den massiven Druck der Geschäftsführungen und der Treuhandanstalt gezwungen worden, die sozial verheerende (und für die Investoren sehr einträgliche) Politik der Privatisierung passiv durch Interessenausgleich und niedrige Sozialpläne zu begleiten. Es ist wichtig, daß die Betriebs- und Personalräte die bisher gesammelten praktischen Erfahrungen ihres Kampfes gegen das Plattmachen der Industriebetriebe zusammenfassen, schnell lernen und von der für die Belegschaften verhängnisvollen Politik der Kooperation mit der Treuhand zu einer Politik des aktiven und unerschrockenen Kampfes um den Erhalt aller noch vorhandenen Arbeitsplätze übergehen.

Bitte Fehler, Ergänzungen und neue Zahlenangaben der Redaktion mitteilen. Wir wollen den Privatisierungstornado der Treuhandanstalt in einem fortlaufenden Schwarzbuch zur Arbeitsplatzvernichtung festhalten.

Martin Clemens

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

Extra 10.10.92



Aufnahme: Third Eye, Matthias Lindner

Konferenz ostdeutscher Betriebsräte

Informationsmaterial zum IGM Gewerkschaftstag 1992 in Hamburg

Post: Wolfgang Pohland, Sophienstr. 31, 1020 Berlin

Kontakt: Betriebsrat NARVA, Michael Müller, Tel. Ost-5832 23 66, Fax Ost-5832 22 99

Kontakt: Betriebsrat AEG-Marienfelde, Gerhard Lux, Tel: West-7496 24 75, Fax: ---

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!



Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

Berlin, 19. Juni 1992

Von unseren Berlinern Kolleginnen und Kollegen sind:

* ca. 209.500 arbeitslos
* ca. 35.200 in ABM
* ca. 50.000 in Umschulung
* ca. 22.600 in 0-Stunden Kurzarbeit

Diese Zahlen sagen genug und die negative Entwicklung geht weiter.

Aus der Verantwortung als Berliner Betriebs- und Personalräte, die wir für unsere Kollginnen und Kollegen haben, rufen wir alle Betriebsräte auf:

Schließt Euch uns an!
Unsere Forderungen:

- Kein weitere Abbau von Arbeitsplätzen in Berlin.
- Erhalt des Industriestandortes Berlin.
- Erhalt der Arbeitsplätzeim Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich.
- Schaffen von zukunftssicheren Arbeitsplätzen für unsere bereits gekündigten Kolleginnen und Kollegen.
- Der Auftrag der Treuhandanstalt muß durch die Verantwortlichen in Bonn in diesem Sinne modifiziert werden.

Beteiligung der Betriebsräte vor Entscheidungen zum Verkauf und zur Standortverlagerung von Unternehmen.

Wie?

Wir organisieren die Solidarität der Betriebe!

Durch gemeinsamen öffentlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen werden wir gehört und haben Chancen, unsere Forderungen durchzusetzen.

Treffpunkt: Jeden mittwoch, 19:00 Uhr beim DGB, Märkisches Ufer 28, 2. Obergeschoß.

Post: Wolfgang Pohland, Sophienstr. 31, 1020 Berlin

Kontakt: Betriebsrat NARVA, Michael Müller, Tel: Ost-5832 23 66, Fax: Ost-5832 22 99

Kontakt: Betriebsrat AEG, Gerhard Lux, Tel: West-7496 24 75, Fax: —

Berlin, den 11.6.1992

Die Betriebs- und Personalräte der nachfolgend aufgeführten Firmen bzw. Institutionen unterstützen bereits durch Beschluß und Mitarbeit diese Initiative:

1. OTIS GmbH
2. Kraftwerksanlagenbau AG
3. Kabelwerk Köpenick GmbH
4. ASLID GmbH
5. Funkwerk Köpenick GmbH
6. Kabelwerk Oberschöneweide GmbH
7. AEG Marienfelde
8. Betonwerk Gehrenseestraße
9. Krupp Stahlbau
10. Werk für Fernsehelektronik (WF) GmbH
11. PROLUX GmbH
12. NARVA Berliner Glühlampenwerk GmbH
13. Entwicklungsgesellschaft für Nachrichtenelektronik (EFN/RFT-SEL)
14. BAE (Werk 1)
15. BAE Batterie (BELFA, Werk 2)
16. ELPRO AG
17. Amt für Industrie und Sozialarbeit
18. Transformatorenwerk Oberschöneweide (TRO) GmbH
19. NILES GmbH
20. Humboldt-Krankenhaus
21. Universitätsklinikum Rudolf Virchow
22. BESTAHL Stahlbau GmbH
23. Auguste-Viktoria-Krankenhaus
24. Bezirksamt Kreuzberg
25. Lacke und Farben AG (LACUFA)
26. SEL Tempelhof
27. REWATEX
28. Städt. Krankenhaus Weißensee
29. Tageszeitung (TAZ)
30. Elektro-Apparate-Werke Treptow (EAW) GmbH
31. Berliner Oberspree-Sondermaschinenbau (BOS)
32. Fahrzeugausrüstung Berlin GmbH (FAGA)
33. Freie Universität Berlin
34. PR der Lehrer/innen und Erzieher/innen im Bezirk Tempelhof
35. Senatsverwaltung für Wirtschaft u. Technologie
36. PR der Lehrer/innen und Erzieher/innen beim Bezirksamt Wilmersdorf
37. Christian Dunkel GmbH
38. DEFA Kopierwerk GmbH
39. BWF Marzahn
40. Henschel Verlag GmbH
41. Lentjes Kraftwerkstechnik GmbH
42. Felten und Guillaume
43. ADN GmbH
44. Städt. Krankenhaus Friedrichshain

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!

Aufruf für Betriebs- und Personalräte und Vertrauensleute der Betriebe in den neuen Bundesländern und in Berlin

Gegenwärtig sind bzw. werden in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin flächendeckend mehr als 50% aller Arbeitsplätze vernichtet. Ganze Regionen (wie z.B. die Insel Rügen) werden völlig entindustrialisiert. Diese Art von negativer Struktur- und Arbeitsmarktpolitik muß sofort gestoppt werden.

Für alle Betriebe muß gelten:

> Mitbestimmung der Betriebsräte vor Entscheidungen über Sanierung, Verkauf oder Standortverlagerung von Unternehmen.

Um diese Forderung durchzusetzen, führen wir eine

Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter durch:

Samstag, 20. Juni 1992, 10 - 18 Uhr
Berlin, Kongreßhalle am Alexanderplatz

Wir wollen als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gemeinsam eine Änderung der Politik der Arbeitsplatzvernichtung erzwingen. Wir wissen, daß die Treuhandanstalt nicht die alleinige Verantwortung für den Arbeitsplatzabbau trägt. Deshalb wollen wir auch die Verantwortung der Regierung für diese Situation darstellen.

Unsere Ziele bei dieser Konferenz sind:

- Durchsetzung des Grundsatzes "Sanierung vor Privatisierung für alle sanierungsfähigen Betriebe";
- Bildung eines unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung, gemäß 76er Mitbestimmungsgesetz;
- Entwicklung von Konzepten, um neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen;
- Entwicklung von strukturpolitischen Konzepten.

Bitte diesen Aufruf kopieren und an andere Betriebe weiterleiten! Die Vorbereitungsgruppe trifft sich mittwochs um 16 Uhr im Ost-Berliner DGB-Haus, Saal 0205, Märkisches Ufer 28

Für die Vorbereitungsgruppe:
BR Stahlwerk Hennigsdorf, BR SKL Magdeburg, BR Deutsche Seereederei, BR WF Berlin, BR Neptun-Werft Rostock, BR BGW Narva, BR Krupp Stahlbau Berlin, BR Motorradwerk Zschopau, GBR ELBO Bau AG, BR Berliner Fertigteilwerke, BR RFT-SEL (EFN), Initiative Telematik, GPR Freie Universität Berlin, BR Robotron Telecom Radeberg

Kontaktadresse: Betriebsrat Werk für Fernsehelektronik (WF), O - 1160 Berlin, Ostendstr. 1-14
Tel.: 6383 23 09, 6383 38 50, FAX: 635 06 23

Bitte Infos von Betriebsrat und Gewerkschaften über Erfolge und Mißerfolge und statistisches Material zur Arbeitsplatzvernichtung mitbringen! Anmeldung und gegebenenfalls Unterkunftswünsche bitte bis zum 16.6. mitteilen.

Zehn Forderungen

der Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte

einstimmig verabschiedet am 20.6.92 in der Berliner Kongreßhalle

Präambel

Ohne Anpassungszeiträume und wirtschaftspolitische Hilfestellungen wurde die ostdeutsche Wirtschaft mit der Währungsunion marktwirtschaftlichen Bedingungen ausgesetzt. Der Zusammenbruch des Ostmarktes hat den so entstandenen Konkurrenzzwang nur verschärft, jedoch nicht verursacht. Ergebnis dieser Politik ist die zunehmende Zerstörung der industriellen Produktion im Osten Deutschlands. Unter Berufung auf den maroden Zustand der Ostwirtschaft werden die Arbeitsbedingungen in den alten Bundesländern ebenfalls massiv verschlechtert, mit Hinweis auf die Kosten der Einheit werden Sozialleistungen drastisch gekürzt.
Die Treuhandanstalt trägt das Ihre dazu bei, daß der Industriestandort Ostdeutschland fast vollständig abgewickelt wird, daß auch sanierungs- und konkurrenzfähige ostdeutsche Unternehmen im Interesse westdeutscher und europäischer Unternehmer als lästige Konkurrenten ausgeschaltet werden. Dabei geht es diesen vornehmlich nicht um den Aufbau einer neuen effektiven Industrieregion, sondern um den möglichst billigen Erwerb der Betriebsgrundstücke als rentable Kapitalanlage. Trotz hoher Kapitalrücklagen von 600 Mrd. DM sind die westdeutschen Unternehmer so gut wie nicht zu Investitionen in den fünf neuen Bundesländern bereit. Dadurch daß die Banken -allen voran die Deutsche Bank- Schuldforderungen der ehemaligen DDR-Staatsbank in Milliardenhöhe übernehmen konnten, wurden bereits die Weichen falsch gestellt. Viele ostdeutsche Betriebe und Einrichtungen waren damit von Anfang an chancenlos. Der vielversprochene "Aufschwung Ost" ist daher bis jetzt ausgeblieben. Die Beschäftigten und die Millionen Beschäftigungslosen werden mit "Beruhigungspillen" abgespeist. Die Menschen in den neuen Bundesländern verlieren nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch ihre Hoffung auf einen Neuanfang und damit die Motivation, sich in den Betrieben und anderen gesellschaftlichen Bereichen zu engagieren.
Als Betriebs- und Personalräte können und werden wir diesen massiven Angriff auf die Existenzbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht kampflos hinnehmen.

Wir fordern

1. Den sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben, ansonsten Aufhebung der Kaufverträge.
2. Durchsetzung des Grundsatzes "aktive Sanierung vor Privatisierung" für alle sanierungsfähigen Betriebe.
3. Ein Investitionsprogramm zum Erhalt der noch vorhandenen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen.
4. Förderung von Produkt- und Verfahrensinnovationen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs-, Entwicklungs- und Ökologiebereich.
5. Verbot der Leiharbeit (u.a. Abschaffung des Zweitregisters in der Seeschiffahrt) und des Lohndumpings.
6. Sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe, zinsgünstige Kreditgewährung und Beteiligung von Treuhandbetrieben an Förderungsmitteln (EAP).
7. Bevorzugung ostdeutscher und Berliner Betriebe bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren und Vergaben für Aufträge in den neuen Bundesländern und Berlin.
8. Erhebung einer Investitionsabgabe von Unternehmen, die nicht mindestens 25% ihrer Investitionen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin vornehmen.
9. Volle Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen Verhandlungen und Entscheidungen der Treuhandanstalt von Anfang an, Bildung eines geeigneten unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung.
10. Umkehr des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung, Verhinderung der Immobilienspekulation.

ÖTV

Gewerkschaft
Öffentliche Dienste,
Transport
und Verkehr

Von: ÖTV Gewerkschaftstag

IN051 (Sg:B/VS1) Peter Geitmann und Kolleginnen und Kollegen

Resolution an die Betriebsrätekonferenz vom 20. Juni in Berlin von Ostdeutschen Betriebsräten in Treuhandbetrieben

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Heute findet in Berlin eine Betriebsrätekonferenz statt, auf der Betriebsräte in Treuhandbetrieben über eine Veränderung der Treuhandpolitik beraten.

Der 12. Gewerkschaftstag der ÖTV erklärt sich solidarisch mit den Forderungen der Betriebsräte in den neuen Bundesländern, den Kurs der Treuhand grundlegend zu verändern. Die Entindustrialisierung im Osten schafft derzeit immer mehr Arbeitslose, in Deutschland entsteht eine neue Armutsgrenze. Dies sind die Forderungen der Konferenz:

1. Herstellung von Chancengleichheit für Treuhandbetriebe: Erst sanieren und damit Arbeitsplätze sichern.
2. Kein billiger Ausverkauf von Betriebsvermögen.
3. Mehr Mitbestimmung bei der Treuhand: Gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer bei Entscheidungen und somit paritätische Besetzung des Verwaltungsrates.

Wir unterstützen Eure Forderungen.

Mitteilung: Schöne Grüße von den Kolleginnen und Kollegen

Industrie in Agonie – Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!

Betriebsräte in Aufruhr

Ausgangspunkt für die erste Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte, die am 20. Juni in der Kongreßhalle am Alexanderplatz stattgefunden hat, war die katastrophale Arbeitsplatzsituation in Ostdeutschland. Im Verlauf der letzten zwei Jahre wurde fast die Hälfte der 9,5 Millionen Arbeitsplätze, die vor der Währungsunion bestanden, vernichtet. Zum 30. Juni standen weitere 150 000 Entlassungen an.

Rostocker Betriebsräte wurden aktiv und organisierten zusammen mit der „Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte" diesen Kongreß. Einladungen gingen an betriebliche Interessenvertretungen aus allen Branchen und Regionen Ostdeutschlands und Berlins sowie an die dazugehörigen Gewerkschaften. Die Vorbereitungszeit war sehr kurz, dennoch kamen 120 Betriebs- und Personalräte aus 64 Ost- und sechs Westbetrieben, die zusammen 117 000 Beschäftigte repräsentierten, sowie 50 Vertreter von verschiedenen Gewerkschaften.

Drei Referate beschäftigten sich mit der momentanen Situation im Osten Deutschlands, sodann wurde das Verhalten der Gewerkschaften beleuchtet und die Politik der Treuhandanstalt kritisch beschrieben und analysiert.

Der Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Seereederei Rostock schilderte die Lage in den noch bestehenden Betrieben und Belegschaften nach zwei Jahren real existierender sozialer Marktwirtschaft: Belegschaften, die bis an 10% ihrer ehemaligen Größe reduziert wurden, die hingehalten und vertröstet werden, Monat um Monat, bis sie so entnervt und resigniert sind, daß sie keine Kraft mehr zum Widerstand haben. Betriebs- und Personalräte, die umgangen, ausgetrickst und belogen werden, um dann irgendwann mit vollendeten Tatsachen konfrontiert zu werden. Gewerkschaften, die sich vor Ort abrackern bis zum Umfallen, deren Zentralen aber weit im Westen gelegen wenig von dem begreifen, was hier passiert.



Lautstarker Protest vor dem Breuel-Palast *Foto: Nemes/transit*

Die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte **trifft sich jeden Mittwoch**, 19.00 Uhr, beim DGB Märkisches Ufer 28, 2. Obergeschoß, Raum 0205 (U-Bahnhof Märkisches Museum)
Je mehr Betriebe und Belegschaften hier vertreten sind, umso wirkungsvoller sind unsere Arbeits- und Durchsetzungsmöglichkeiten!

Die Vorsitzende des Bezirks Berlin der IG Medien stellte fest, daß bei aller Würdigung der immensen Arbeit von Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen auch die Gewerkschaften im Verlauf der Vereinigung an wesentlichen Punkten versagt haben. Dem, was sich im Osten an frühkapitalistischen Machenschaften abspielt, vorbei an Gesetzen, gewerkschaftlichen Rechten und, betrieblichen Interessenvertretungen, konnte nur wenig entgegengesetzt werden. Der flächendeckenden Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Beseitigung ganzer Industriestandorte, kann nicht mit dem Betriebsverfassungsgesetz und gewerkschaftlicher Tarifpolitik begegnet werden. Gefragt sind stattdessen Aktivitäten für eine wirkungsvolle Kontrolle der Treuhand, für wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten, für strukturpolitische Konzepte, für die Unterstützung von Initiativen wie die der Berliner Betriebs- und Personalräte, für eine vorbehaltlose Zusammenarbeit mit Arbeitslosenorganisationen. Nicht nur die alte DDR, auch die alte Bundesrepublik existiert nicht mehr. Dem müssen auch die Gewerkschaften endlich Rechnung tragen.

Im dritten Beitrag untersuchte ein Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Gruppe Memorandum, die jährlich ein alternatives Wirtschaftsgutachten erstellt, die aktuelle Politik der Treuhand. Bisher sind 6000 Betriebe privatisiert worden mit 1,2 Millionen vertraglich zugesicherten Arbeitsplätzen. Es gibt keine Kontrolle, inwieweit diese Zahl eingehalten wurde. Schätzungen besagen, daß es weniger als 700 000 sind. 5000 Betriebe sollen bis Ende '93 noch verkauft werden, darunter ca. 800 Großbetriebe, bei denen völlig unklar ist, was mit ihnen passiert. Von den angeblich 77 Milliarden für die Sanierung ausgegebenen Mitteln sind nur ca. 6 Milliarden in Investitionsgüter gegangen. Bürgschaften der THA für Liquiditätskredite werden als Sanierung hingestellt. Treuhandbetriebe kommen nicht in die Förderprogramme der neuen Länder. Das Investitionsvolumen im Osten beträgt pro Kopf nur 60% im Vergleich zum Westen. Westdeutsche Unternehmer investierten im Osten 18 Milliarden Mark (50% davon waren Wirtschaftsförderung), während es im Westen 30 Milliarden waren.

Nächste Konferenz am 3. Oktober

Am dramatischsten aber ist der Rückgang bei Produktion und Dienstleistungen von 1989 bis 1992: insgesamt um 45%. Bei der Industrieproduktion allein waren es 70%. Dieser Rückgang ist größer als in der Weltwirtschaftskrise, er ist größer als z.Zt. in Polen und in der GUS. Das bedeutet aber, daß die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West zur utopischen Idee wird.

Als Ergebnis der anschließenden Diskussion wurden zehn Hauptforderungen beschlossen, um sie sie an Belegschaften und Gewerkschaften, Treuhand, Bundes- und Länderregierungen und an die Parteien zu schicken. Unter anderem wurden der sofortige Stop aller Entlassungen, die Einhaltung von Arbeitsplatzgarantien, Sanierung vor Privatisierung, Investitionsprogramme zum Erhalt von Arbeitsplätzen und für Produktinnovationen, eine Investitionsabgabe für Unternehmer, die im Osten nicht investieren, die Beteiligung von Betriebs- und Personalräten, die Umkehr des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung gefordert.

Für den 30. Juni vereinbarten die TeilnehmerInnen eine Protestaktion vor der Treuhandanstalt. Die nächste Konferenz soll am 3. Oktober stattfinden.

C. Lindemann

Mit einer Anzeige in dieser Größe (1spaltig x 60 mm) erreichen Sie
30 500 Mitglieder der IG Medien in Berlin und Brandenburg
für DM 129,- netto
Kontakt: Purpur Tel. 030 /6928305

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte



Überparteilich mit unseren Gewerkschaften

20.6.92

Wir sind doch kein Dienstleistungsbetrieb

Zur Lage der Betriebsräte-Ost / Interview mit Sonja Kemnitz

Am Rande der Berliner Betriebs- und Personalrätekonferenz sprach die Berliner Redaktion mit Sonja Kemnitz, einer Betriebsrätin in Ost-Berlin.



Was war ausschlaggebend für die Gründung der Berliner Betriebs- und Personalräte-Initiative? Welche Intentionen werden mit ihr verfolgt?

Kemnitz: Hintergrund ist die zunehmende, im Prinzip nicht mehr zu stoppende Massenarbeitslosigkeit hier im Osten Deutschlands und die zunehmende Erkenntnis von BRen und PRen, daß ihre Aktivitäten, wenn sie sich nur auf ihren eigenen Betrieb beschränken, zur Erfolglosigkeit verurteilt sein werden. Demzufolge bestand schon früh ein Bedürfnis nach Kommunikation untereinander über die Frage, inwieweit man gegenseitig Beistand und gemeinsam Druck auf die politisch Verantwortlichen organisieren könne.

Aber warum ist diese Gründung, diese Vernetzung so spät erfolgt? Es war doch schon seit zwei Jahren absehbar, wohin der Hase läuft!

Kemnitz: Ich glaube, für viele BR war es nicht absehbar. Gerade die KollegInnen in den Betrieben, die überhaupt erstmalig selbständig betriebswirtschaftliche Entscheidungen mitüberlegen und mittragen mußten, haben zum großen Teil die Illusionen in die Marktwirtschaft geteilt und geglaubt, daß mit der Einführung der DM, mit der Währungsunion und den politischen Erklärungen der Bundespolitiker der wirtschaftliche Fortbestand im Osten gesichert wäre. Ich muß dazu aber noch etwas sagen: Was viele Leute im Westen nicht verstehen, aber eine ganz spezifische Ostproblematik ist: es gab auch Illusionen über die Rechte und Möglichkeiten, die BR haben, wirtschaftliche Entscheidungen zu beeinflussen. Das war ein Boden für zusätzliche Illusionen. Erst nach und nach wurden ihnen die Grenzen des BetrVG in der praktischen Arbeit deutlich. In den gewerkschaftlichen Schulungen wurden diese begrenzten Möglichkeiten jedenfalls nicht hinreichend deutlich gemacht.

Ja, das Stichwort Gewerkschaft.

Kemnitz: Moment, noch einen Satz. Es gab ebenfalls enorme Erwartungen in die Bereitschaft und Fähigkeit der bundesdeutschen Gewerkschaften, sich für die ostdeutschen Industriestandorte und KollegInnen einzusetzen. Ich wage diese Behauptung. Erst nachdem sich durch die unmittelbare Erfahrung auch viele Erwartungen als Illusionen erwiesen haben, war der Punkt erreicht, wo Eigeninitiative und ein Zusammenschluß überhaupt erst möglich wurden.

Warum versuchen die BR nicht in den Gewerkschaften mehr Druck zu machen, warum läuft das neben den Gewerkschaften? Es ist ja auch von ihrer Seite schon der Vorwurf der Betriebsrätegewerkschaft geäußert worden.

Kemnitz: Ich denke, daß es zunächst nur bei wenigen eine direkte Reflexion auf negative Reaktionen in den Gewerkschaften gegeben hat. Der unmittelbare Anspruch war, Selbsthilfe, Beistand untereinander, Hilfe bei Aktionen zu organisieren wie z.B. im Hinblick auf den 30. Juni '92, an dem die dritte riesige Massenentlassungswelle in der ehemaligen DDR drohte.

Also ein Stück Enttäuschung und Frustration über die Gewerkschaftspolitik?

Kemnitz: Ja und zugleich die Erfahrung, daß die Gewerkschaften wenig auf die Beine stellen, außer da, wo die Leute Druck machten, wie z.B. in Hennigdorf und Brandenburg, wo die Leute auf die Straße gingen. Erst in allerjüngster Zeit engagierten sich Gewerkschaftsvorstände für ganze Branchen. Das ist zu wenig. So ist es ja auch kein Zufall, daß in dieser Initiative vor allem BR von Unternehmen sitzen, die von der völligen Liquidation bedroht sind. Betriebsräte, denen sehr wohl klar war, daß ihre Betriebe mit der nächsten Entlassungswelle praktisch aufhören werden zu existieren und die nicht zu den Unternehmen gehörten, die von den Gewerkschaftsvorständen auserwählt waren, wirklich mit Publicity und Power unterstützt zu werden.

Noch mal das Stichwort „Betriebsrätegewerkschaft". Das spielt also keine Rolle in der Initiative?

Kemnitz: Nein, ganz im Gegenteil, ich denke, daß viele sogar geglaubt haben, daß die Gewerkschaften sie massiv unterstützen werden und erst nach den ablehnenden Reaktionen aus den Vorständen angefangen haben, darüber nachzudenken, was denn da eigentlich los ist.

Wie sahen die Reaktionen denn aus?

Kemnitz: Allgemein gesagt, von vornehmer Skepsis bis direkter Ablehnung. Allerdings gab es auch sehr positive Resonanz. z.B. von Vertretern der Bezirksleitung der IG Metall Dresden und der IGM in Finsterwalde. Die haben völlig anders reagiert als in Berlin die Hauptamtlichen Mitarbeiter der Verwaltungsstelle.

In den neuen Bundesländern also eher unterstützend?

Kemnitz: Ja, eine positive, beobachtende und auch unterstützende Funktion. Auch einzelne DGB-MitarbeiterInnen haben die Initiative hier in Berlin unterstützt, sich dafür eingesetzt, daß sie im DGB-Haus Räumlichkeiten bekommen.

Vom persönlichen Engagement her gab es da sehr heterogene Positionen. Die offiziöse Tendenz allerdings war ablehnend, mit Ausnahme der IG Medien, die sich hier in Berlin auch ausdrücklich als Vorstand hinter diese Initiative gestellt hat. Aber von der IG Metall wurden sogar materielle und technische Unterstützung, mit der Begründung, „wir sind doch kein Dienstleistungsunternehmen", abgelehnt.

In der Initiative sind doch sehr viele Betriebe aus dem Organisationsbereich der IG Metall...

Kemnitz: ...ja.

... und auch sehr große Betriebe. Ich denke z.B. an WF und KWO. Und gerade angesichts der Massenentlassungen im Umfeld Berlins im IG Metall-Organisationsbereich müßte doch eigentlich der IG Metall daran gelegen sein, daß die Basis sich bewegt, daß auch an Widerstand zumindest gedacht wird.

Kemnitz: Nun, ich denke, daß die Gewerkschaften aus ihren jahrzehntelangen Erfahrungen in der Bundesrepublik und in bewußter Scheuklappenpolitik eine andere Auffassung haben von Mobilität und Widerstand. Mir scheint da gibt es zwei Faktoren: der eine ist, daß sich die Gewerkschaftsvorstände auf höchster politischer Ebene arrangieren im Sinne einer Konsensfindung mit der Bundesregierung; der zweite: wenn schon Widerstand, dann bitte schön geordnet und um Gottes Willen in einer Form, daß er nicht irgendwie außer Kontrolle geraten könnte. So ist es nicht verwunderlich, daß in einer solch dramatischen Situation Betriebsräte einfach zur Selbsthilfe greifen müssen, weil sie das Gefühl haben, es kümmert sich eh keiner mehr um sie.

Zu einem weiteren Problem: die gewerkschaftlichen Strukturen in den meisten ostdeutschen Betrieben sind nicht lebensfähig. Zum Teil sind sie völlig zerschlagen, sogar das Neue schon: die BR nicht, aber alles, was auf der Ebene der Vertrauensleute läuft, gestaltet sich unheimlich schwierig. Das hängt zusammen mit den Entlassungs- und Umstrukturierungswellen: Das hängt auch mit der Angst der KollegInnen zusammen, sich überhaupt noch gewerkschaftlich zu engagieren, so daß du die Situation hast, daß wirklich alles an den BR hängt. Die wiederum kommen sehr schnell in eine hoffnungslos isolierte Lage, wenn sie nicht auch das Druckpotential von der Basis haben. Das ist überhaupt ein Vorwurf, der von Gewerkschaftsvertretern den Konferenzteilnehmerlnnen gemacht wurde — von wegen, die BR hätten nicht nach innen gearbeitet, also nicht die Belegschaft mobilisiert und greifen jetzt zum Strohhalm der Öffentlichkeit und des sozusagen künstlichen Zusammenschlusses. Das ist eine denunziatorische Interpretation, denn die Gewerkschaften haben sehr viel selbst dazu beigetragen, daß vor allem BR und nicht nur VL etabliert worden sind. Es ist ein Produkt ihrer eigenen Politik. Das drehen sie nun um und machen es den BR zum Vorwurf.

Auf der Konferenz wurde beschlossen, am 3.10. in Schwerin vor den Augen des den 3. Oktober feiernden Bundeskanzlers eine weitere große Konferenz der BR und PR aus den neuen Bundesländern stattfinden zu lassen. Gibt es da schon genauere Planungen?

Kemnitz: Wir hatten uns am 20.6. in Berlin geeinigt, für den 3.10. in Schwerin noch eine große Konferenz einzuberufen, um die Diskussion bezüglich der Positionen, die wir einfordern wollen, weiterzuführen und um Bilanz zu ziehen. Es ist auch weiterhin unser Anliegen, dies zusammen mit den Gewerkschaften zu machen, mit dem Wissen, daß es ohne sie nicht geht. Inzwischen gibt es aber auch schon die Nachricht, daß die Gewerkschaften in Schwerin, die die Konferenz mittragen wollten, einen Rückzieher machen. Dies ist aber noch nicht ganz klar.

Es arbeiten in der Berliner Initiative ja auch Westberliner KollegInnen mit. Wie läuft denn da die Zusammenarbeit angesichts dessen, daß es auch unterschiedliche Interessen geben kann?

Kemnitz: Es sind eigentlich sehr produktive Erfahrungen, die hier in der Berliner Gruppe gesammelt werden. Denn auch Westberlin ist von massivem Arbeitsplatzabbau bedroht. So gibt es hier eine Interessenübereinstimmung zwischen Ost und West. Das ist einer der Hintergründe der guten Zusammenarbeit. Ich rechne den KollegInnen aus dem Westen sehr hoch an, daß sie sich so verhalten, daß die OstkollegInnen sich ihre Meinung bilden und deutlich nach außen tragen können.

Dies scheint im Augenblick aber von Gewerkschaftsseite nicht gewollt zu sein...

Kemnitz: Genau. Das merken ja auch die OstkollegInnen. Sie kriegen mit, daß die Gewerkschaft auch im Westen ein sehr hierarchischer Apparat ist mit sehr wenig Spielraum für eigenes Handeln. Die Leute haben darauf einfach keinen Bock mehr, denn so was kennen sie schon von früher. Hier liegt allerdings auch die Gefahr einer vorschnellen Abwendung von gewerkschaftlicher Organisation. Wenn allerdings Gewerkschaftsvorstände bei der geringsten Bewegung außerhalb der normierten Bahnen von gewerkschaftsschädigendem Verhalten sprechen, dann schreit die innergewerkschaftliche Struktur geradezu nach Demokratisierung von unten.

Das Interview führte Georg Franzky

AUF NACH BONN!!!

Arbeitsausschuß der Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte vom 20.6.92 in Berlin

An alle Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute in den neuen Bundesländern und Berlin

Kolleginnen und Kollegen!

Berlin, August 92

Die Arbeitsplatzvernichtung in Ostdeutschland geht ungebrochen weiter. Laut Angaben des Institutes der deutschen Wirtschaft existieren in der Landwirtschaft und Industrie mittlerweile nur noch ein Drittel der 1990 vorhandenen Arbeitsstellen (Berliner Zeitung vom 20.7.92). Wenn die Treuhandanstalt(THA) Ende 1993 ihre Pforten schließt, wird sie einen Berg von Schulden und ein Meer von Arbeitslosigkeit hinterlassen. Immer lauter werden die Stimmen im Osten, daß es so nicht weitergehen darf. Wir steuern direkt auf eine ökonomische und soziale Katastrophe zu.

Erfolgreiche Aktion vor der THA

Unsere erste Konferenz ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute am 20.06.92 war ein wichtiger Auftakterfolg im Kampf gegen die verheerende Politik der Arbeitsplatzvernichtung durch Regierung und THA. Wir haben durch die Organisierung der Konferenz gezeigt, daß wir entschlossen sind, dieser unsozialen Politik aktiv entgegenzutreten. Nach der Devise "Stich um Stich und keine Luft dranlassen" haben wir am 30.06. vor der THA gegen die erneute Massenentlassung von 150.000 Kollegen und Kolleginnen protestiert. Diese Kundgebung fand nicht nur ein eindrucksvolles Presseecho, sondern zwang den Vorstand der THA auch, den Betriebsräten einen Gesprächstermin einzuräumen. 18 Betriebsräte aus ausgewählten Betreiben aller neuen Bundesländer und Berlins trugen in einem dreistündigen Gespräch am 9.07. in der THA Birgit Breuel den 10-Punkte-Forderungskatalog der Konferenz vor. Frau Breuel blieb unbeweglich. Sie ging auf keine der erhobenen Forderungen ein und war selbst zu kleinen Zugeständnissen - wie der Rücknahme der Kündigungsanweisung für die 173 Kolleginnen und Kollegen der BAE Belfa Gerätebatterien in Berlin - nicht bereit.

Protesttag in Bonn

Als Konsequenz aus dem enttäuschend verlaufenen Gespräch mit der Treuhandspitze beschloß der Arbeitsausschuß, am **Mittwoch, 9. September** einen **Protesttag** ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute in Bonn zu organisieren. Wir wollen direkt vor Ort mit den für die katastrophale Treuhandpolitik verantwortlichen Politikern sprechen, unsere Forderungen vortragen und gegen die Massenarbeitslosigkeit protestieren. Vorgesehen sind Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, Finanzminister Waigel, den Bundestagsabgeordneten verschiedener Parteien und evtl. Bundespräsident von Weizsäcker. Gleichzeitig bemühen wir uns um ein Arbeitstreffen mit Betriebsräten und Gewerkschaftern des Ruhrgebiets.

Zeitplan in Bonn

11.00 Uhr	Sammeln auf der Wiese vor der Universität (siehe Stadtplan)
11.30 Uhr	Kurze Demonstration zum Münsterplatz Kundgebung auf dem Münsterplatz
13.00 Uhr	Pressekonferenz im Plenarsaal (F 11) der Bundestagsfraktion der SPD (im alten Hochhaus, gegenüber dem "Langen Eugen", Görresstraße - Ecke Hermann Ehlers Straße). Anschließend Diskussion mit Bundestagsabgeordneten aller Parteien (von seiten der SPD haben bisher zugesagt: Ulrich Klose und R.Dressler).
16.00 Uhr	Diskussion mit Betriebsräten und Gewerkschaftern aus dem Ruhrgebiet.
17.30 Uhr	Rückfahrt

Bitte bringt Eure Transparente, Flugblätter und Infomaterialien mit, damit wir Presse, TV und Politiker umfassend über die Arbeitsplatzvernichtung informieren können. Sehr wirkungsvoll ist es, wenn wir Transparente und Schilder in Schwarz mittragen, auf denen in weißer Schrift der Name des Betriebes sowie der Beschäftigtenstand von 1990 im Vergleich zu heute steht.

Bitte dieses Flugblatt an möglichst viele Betriebsräte, Gewerkschaften und Presse am Ort weiterverbreiten.

Wir empfehlen die Anfahrt mit regional organisierten Bussen und Sammel-PKWs, damit wir die Abfahrt je nach den Umständen flexibel halten können. Die Bonn-Fahrt wird vom DGB, der IG-Metall und anderen Einzelgewerkschaften politisch unterstützt. Es werden auch westdeutsche Betriebsräte, Personalräte und GewerkschafterInnen zu uns stoßen.

Kontaktadresse für Sachsen-Anhalt:
Betriebsrat SKL Magdeburg
Alt Salbke 6-10
O-3011 Magdeburg
Lothar Sackewitz od. Peter Wend
Tel. Magdeburg: 432-2577

Kontaktadresse für Mecklenburg-Vorpommern:
Betriebsrat Deutsche Seereederei Rostock GmbH
Haus der Schiffahrt
POB 2188
O-2500 Rostock 1
Eberhard Wagner
Tel. Rostock: 45842 -00 od. -01

Kontaktadresse für Berlin Brandenburg:
Betriebsrat Werk für Fernsehelektronik (WF)
Ostendstraße 1-14
O-1160 Berlin
Wolfgang Kibbel
Tel. Berlin: 6383 -3850 od. -2309
Fax:6350 633

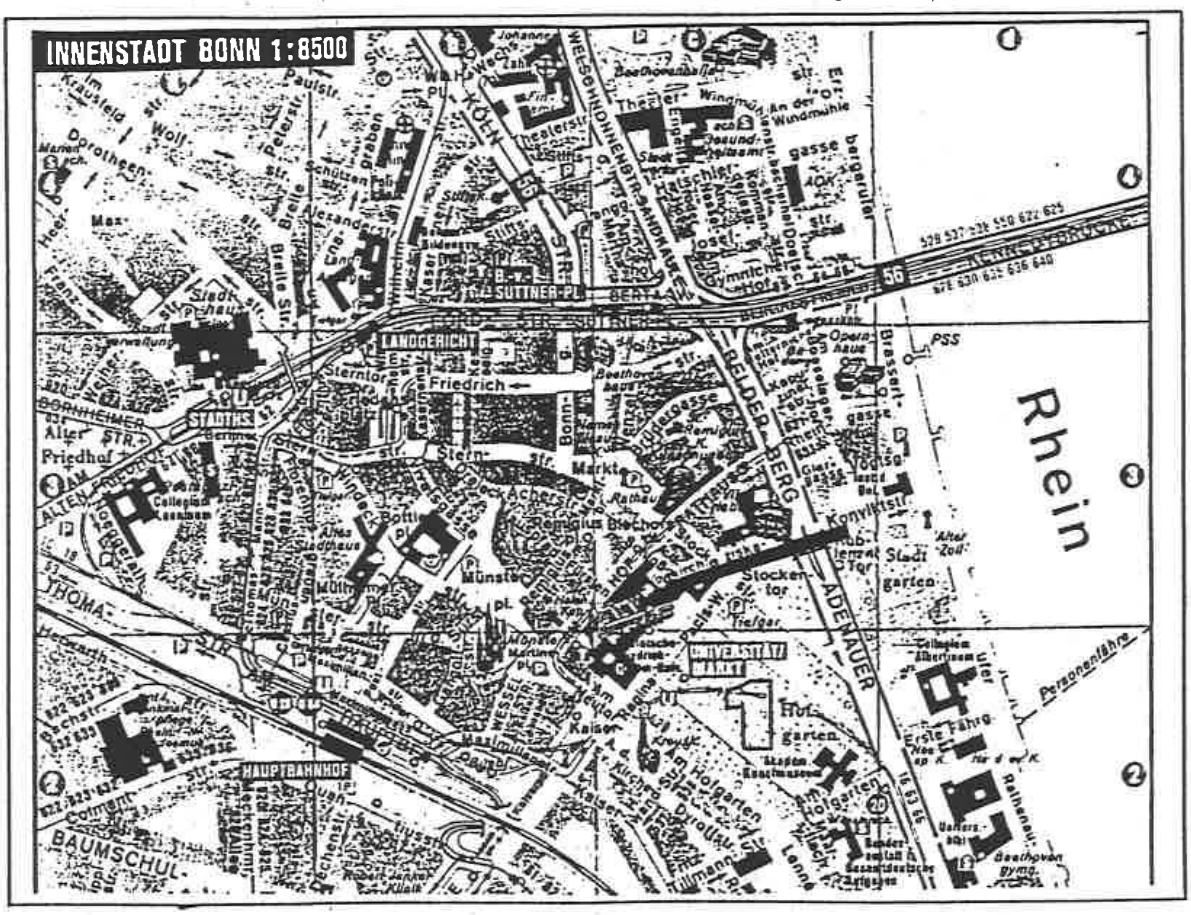
Kommt alle zahlreich zum Protesttag am 9. September nach Bonn!!

In der Anlage erhaltet Ihr:

- ein Ergebnisprotokoll der Konferenz vom 20.6.`92
- den Zehn-Punkte-Forderungskatalog sowie die Zusatzforderungen.

Im Auftrag des Arbeitsausschusses mit solidarischen Grüßen

Eberhard Wagner, Wolfgang Pohland


INNENSTADT BONN 1:8500
Rhein
LANDGERICHT
HAUPTBAHNHOF
BAUMSCHUL
Friedrich
Münster
Markt
Rathaus
Kaiser
Stadt garten
Hof garten
Erste Fähre
Personenfähre
Beethoven gymn.
Opern Haus
Gymnichter Hof
Stadthaus
Siedl. Haus
Stadthaus
Alter Friedhof
Alter Zoll
Stocken tor
Thomas
Bonn-Stern-str.
Sterntor
Brüdergasse
Remigius
Bischofs
Münster
Maximilians
Holgarten
Am Holgarten
Kaiserstr.
Adenauer
Belderberg
Bonnheimer
Sutter-Pl.
Theaterstr.
Wenzelgasse
Bresser-gasse
Komvikts-str.
Rathenau-ufer
Beethoven-allee
Thomas-Mann-Str.
Dorotheen-str.
Wolf-str.
Brelle Str.
Pauls-str.
Peters-str.
Schützen-str.
Alexander-str.
Theater-Wingmühle
An der Wingmühle
Halschlag
Josef-Str.
Bachem-Str.
Kölnstr.
Welschnonnenbr.
Sandkaule
Langgasse
Meckenheimer Str.
Coblenzer Str.
Hochstr.
Oxfordstr.
Kirschstr.
Drususstr.
Fritz-Tillmann-Str.
Lennéstr.
Rabinenstr.
Am Hof
Am Hofgarten
Kaiserstr.
Kaiserplatz
Poppelsdorfer Allee
Meckenheimer Allee
Römerstr.
Hofgarten
Regina-Pacis-Weg
Am Alten Leinpfad
Am Alten Friedhof
Am Alten Zoll
Am Hof
Am Hofgarten
Am Holgarten
Am Kaiserplatz
Am Kaiserstr.
Am Römerstr.
Am Thomas-Mann-Str.
Am Wingmühle
Am Zoll
Am Zollhof
Am Zollstr.
Am Zollweg
Am Zollwerk
Am Zollwerkstr.
Am Zollwerkweg
Am Zollwerkstr.
Am Zollwerkweg
Am Zollwerkstr.
Am Zollwerkweg

G 5728 E

DIE QUELLE 10

FUNKTIONÄRSZEITSCHRIFT DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Ost-Betriebsräte: Keine Initiative neben dem DGB



Foto: Jürgen Seidel

Protest in Bonn: Ostdeutsche Arbeitnehmervertreter machen auf ihre Not aufmerksam.

Auflösung geplant

Das schwierige Verhältnis der ostdeutschen Betriebsratsinitiative zu den DGB-Gewerkschaften fordert Verständnis von beiden Seiten.

Ein „Sprachrohr der Ossis", wie sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse selbst nennt, genügt den Menschen in Ostdeutschland nicht mehr. Angesichts wachsender Verzweiflung in den von Krisen geschüttelten einstigen Industrieregionen wächst in zahlreichen Betrieben der Widerstand. Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei die Treuhandanstalt (THA), die die Beschäftigten – nicht zu Unrecht – für die rigorose Privatisierungspolitik und in deren Folge für den massiven Abbau von Arbeitsplätzen verantwortlich machen. Allein in THA-Unternehmen wurden 1990/1992 2,845 Millionen Arbeitsplätze vernichtet.

Vor diesem Hintergrund hat sich aus einem Heer namenloser Betriebsräte eine ostdeutsche Betriebsratsinitiative gebildet. In ihr sind allein aus Berlin 41 Betriebe vertreten. Ihr Sprecher ist Eberhard Wagner, Gesamtbetriebsrat der Deutschen Seereederei in Rostock. Quer durch alle Branchen haben sie sich organisiert, um den – wie sie es ausdrücken – „Branchenegoismus der Einzelgewerkschaften zu überwinden".

Auch wenn sie alle in DGB-Gewerkschaften organisiert sind, eint sie die Kritik an eben diesen Gewerkschaften: Die Gegenwehr geht ihnen zu langsam voran; das Betriebsverfassungsgesetz halten sie für unzulänglich, um dem massiven Beschäftigungsabbau Mitbestimmungsrechte entgegenzusetzen; die (westlichen) Gewerkschaftsstrukturen halten sie für ungeeignet, um adäquat auf die gigantischen sozialen und ökonomischen Herausforderungen zu reagieren.

Auf Mißbilligung gestoßen

Sie wollen flexibel sein, nicht auf nur vierteljährlich stattfindende Vertreterversammlungen vertröstet werden. Sie wollen „jenseits der Beschlußlage" quer zu den Gewerkschaftstrukturen als Initiative agieren, wobei sie ihre Auflösung in Aussicht stellen: Sie wollen nämlich in den Gewerkschaften agieren.

Doch dies sehen einige Gewerkschafter im DGB anders. Die unbestritten engagierten Betriebs- und Personalräte stoßen auf breite Mißbilligung. Gestandene Funktionäre wittern Spaltung, tun sich schwer mit innergewerkschaftlicher Kritik und bringen mitunter nicht die notwendige Flexibilität auf, um althergebrachte, westlich orientierte Strukturen zu hinterfragen. Es wird mit Satzungen argumentiert, wenn es letztlich um politische Fragen geht. Daß die Forderungen der Betriebsratsinitiative völlig abwegig sind oder sogar gewerkschaftsfeindlich, bestreiten im übrigen sowohl die Betriebsratsinitiative als auch DGB-Vertreter, die Ende August in Berlin mit Mitgliedern der Betriebsratsinitiative zusammenkamen.

Initiative nicht institutionalisieren

Warum führt dieser Stachel im Fleisch der Gewerkschaften dann zu solch einer tiefen Wunde? Immerhin sind die Gewerkschaften inzwischen zu der Erkenntnis gelangt, daß miteinander reden besser ist als übereinander reden. Gespräche zwischen der IG-Metall-Spitze und Betriebsratsinitiative haben in Frankfurt stattgefunden, ein Gespräch mit Funktionären des DGB fand in Berlin statt. Die engagierten Betriebsräte ins politische Abseits zu schieben hieße auch, zupackende und engagierte Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften hinauszudrängen. Dies kann niemand wollen. Im Gegenteil.

Der DGB hat eine Offerte gemacht, im Rahmen der Kampagne „Für eine Politik der sozialen Wende" im September Mitglieder der Betriebsratsinitiative zu den diversen Betriebsrätekonferenzen einzuladen. Dabei muß allerdings auch klar sein, daß die Initiative sich nicht institutionalisieren darf, sondern nur innerhalb des DGB eine Heimat findet.

Bei der Ursachenforschung danach, warum sich Gewerkschafter in der ostdeutschen Betriebsratsinitiative engagieren, muß man auch der Frage nachgehen, welch hochgestochene Erwartung die Menschen in Ostdeutschland in die Gewerkschaften setzen: Sie sind ganz eindeutig Hoffnungsträger und werden in die Rolle einer omnipotenten politischen Großorganisation gedrängt. Es fehlt den Ostdeutschen die Erfahrung, daß die Durchsetzung arbeitnehmerfreundlicher Politik ein hartes Dickbrettbohren ist.

Einmal mehr ist jetzt die vermittelnde Art des DGB gefragt, der als Moderator die Gräben überwinden helfen könnte. Erste Ansätze sind bereits vorhanden. Der Spaltungsvorwurf gegenüber der ostdeutschen Betriebsratsinitiative schießt jedoch über das Ziel hinaus. Martin Jander, Wissenschaftler an der Freien Universität Berlin, kann angesichts von so wenig Fingerspitzengefühl nur den Kopf schütteln: „Die westlichen Gewerkschafter diskutieren auf dem Hintergrund ihrer westlichen Erfahrungen. Sie schaffen es einfach nicht, sich auf die ostdeutsche Problemlagen einzulassen. In den Belegschaften werden Betriebsräte und Gewerkschaften gleichgesetzt. Da kann man doch nicht herkommen und sagen, Betriebsräte/Gewerkschaften seien eine Gefahr. Wer so mit den Leuten umspringt, verscherzt sich auch die letzten Sympathien." Der „Ostwind" – so heißt übrigens die Zeitschrift der Betriebsratsinitiative – pfeift den Gewerkschaften um die Ohren.

Keine Nestbeschmutzer

Angesichts der schwierigen Mobilisierung der Beschäftigten in den neuen Bundesländern, der wachsenden Arbeitslosigkeit sowie der rechtsextremistischen Ausschreitungen in Ostdeutschland ist es wichtig, die demokratischen Kräfte zu bündeln und nicht den sogenannten Komitees für Gerechtigkeit das Feld zu überlassen, die gerne den Anwalt der Entrechteten spielen. Dies könnte nicht zuletzt ein konkreter Beitrag zur Reformdebatte im DGB sein.

Wer Kritik äußert in den Gewerkschaften, ist nicht gleich ein Nestbeschmutzer; wer verkrustete Strukturen hinterfragt, nicht unbedingt ein Revoluzzer.

Siegfried Holbein

Die MTG wird liquidiert – Pokerspiel um Mikroelektronik-Standorte in Dresden, Erfurt, Frankfurt/Oder und Neuhaus

Die Chip-Produktion der DDR nun en miniature

10.9.92

Von HELMUT HÖGE

Zu Wochenbeginn demonstrierten wieder einmal Abordnungen aus Frankfurt/Oder, Dresden, Erfurt und Neuhaus vor dem Gebäude der Treuhand-Zentrale in Berlin. Ihre Standorte sind seit Mitte 1990 in der Mikroelektronik und Technologie Gesellschaft mbH (MTG) zusammengefaßt, die ihrerseits aus dem zuvor in eine AG umgewandelten Kombinat Mikroelektronik hervorging. Dresden wurde Mitte der 80er Jahre dem Zeiss-Kombinat einverleibt. Nach der Privatisierung bzw. Liquidierung werden nun – Anfang 1993 – in Frankfurt/Oder noch 631, in Erfurt 580, in Dresden 480 und in Neuhaus gar nur noch 98 Elektronikfacharbeiter und Elektro- bzw. Entwicklungs-Ingenieure beschäftigt sein. Wenn es stimmt, was Treuhandpräsidentin Breuel jüngst in Leipzig berichtete, daß „rund 20 bis 30 Prozent der vertraglich zugesicherten Arbeitsplätze von den Käufern schlicht nicht beibehalten werden", bleiben am Ende wahrscheinlich von den ehemals 32 000 Beschäftigten des Mikroelektronik-Kombinats ganze 1 200 übrig.

Eingeleitet wurde diese „Gesundschrumpfung" durch den unrühmlich abgegangenen Treuhand-Direktor Lang. Zunächst in Zusammenarbeit mit dem nach der Wende vom Kombinats-Werksleiter zum GmbH-Geschäftsführer aufgestiegene Handke. Der seilte sich jedoch dann zum neugegründeten Unternehmerverband ab. Nachfolger wurde der in den Belegschaften schon bald als „roter Baron" titulierte Hertzer. Die Frankfurter beförderten ihn schließlich im Juni dieses Jahres mit sanfter Gewalt hinaus.

Er hatte sich im Jahr zuvor mit Treuhand-Direktor Lang noch auf eine US-Tournee begeben und dort Kontakte geknüpft. Obwohl mehrere kalifornische Firmen Interesse an einzelnen Standorten zeigten, wurde anschließend mit der MTG das Konzept einer arbeitsteiligen Verflechtung verfolgt, unterfüttert immer wieder mit Gutachten und Projekten von den Beratungsfirmen Hajek, Ekpikura und Arthur D. Little.

Im Falle der MTG sollte die Zentrale in Erfurt angesiedelt, Dresden geschlossen werden, Neuhaus sich quasi selber privatisieren und Frankfurt nur noch für Montagearbeiten gut sein. Vor allem am Oder-Standort, wo einmal allein 8 000 Menschen beschäftigt waren, ging die Restbelegschaft auf die Barrikaden. Schließlich erreichten sie in einem „Potsdamer Abkommen", daß am 5. August 1992 schriftlich zugesichert wurde, das Kerngeschäft in Frankfurt aus der MTG auszugliedern, d. h. mit 631 Mitarbeitern eine neue Mikroelektronik-Firma zu gründen, 254 Beschäftigten (von noch 1 200) sollte der Einstieg in eine Qualifizierungs- und Umschulungs-Maßnahme (BQSG) ermöglicht werden.

Am 24. August teilte der Lang-Nachfolger in der Treuhand, Eckart Gehring, zwar dem Betriebsrat noch einmal mit, daß alles, wie vereinbart, seinen Gang gehen werde, aber kaum acht Tage später verkündete die Treuhand bereits einen Liquidierungsbeschluß für die gesamte MTG. Zur Begründung erzählte die Treuhand den Betriebsräten



nun am Montag: Damit ließe sich die anstehende Privatisierung leichter durchführen. Auf die Frage, warum dann nicht schon früher liquidiert worden sei, bekamen sie die irritierende Antwort: Weil das die Kunden verschreckt hätte. En passant teilte man den Belegschaftsvertretern auch noch mit, daß Hertzer demnächst für das Management der Immobilien-Verwertungs-Gesellschaft eingesetzt werde.

Allein in Frankfurt sind 450 000 Qudaratmeter zu „entwickeln", davon ca. 80 000 Quadratmeter bebaute Fläche. Vom dortigen „Kerngeschäft" beabsichtigt die kalifornische Firmengruppe Synergy 19,8 Prozent zu übernehmen und eine Deutsche Bank-Tochter, die für das Land einspringt, 49 Prozent. Für die fehlenden 30 Prozent möchte die IG Metall die Treuhand verpflichten, aber Eckart Gehring mochte und konnte am Montag so weit nicht gehen: Der Liquidationsprozeß dauere ca. ein Jahr, da bliebe noch genügend Zeit für Verhandlungen, die Ausgründung betreffend, aber auch in bezug auf flankierende beschäftigungspolitische Maßnahmen.

Angesichts dieses mageren Ergebnisses meinte dann auch die Frankfurter Betriebsrätin Angelika Schneider: „Seit zwei Jahren werden wir im Prinzip nur kaputtgemacht", woraufhin ihr der Gehring-Mitarbeiter und Jurist Schelletter bloß entgegnete: „Das ist ja fast reif für die Staatsanwaltschaft, was Sie da eben gesagt haben!"

An Erfurt ist die kalifornische LSI Logic interessiert, die damit ihre gerade in Braunschweig geschlossene Produktion integrierter Schaltkreise nach Thüringen verlagern will – mit einer bereits installierten Ausrüstung aus ihrem ebenfalls jüngst wegen der Dollar-Talfahrt stillgelegten Werk in Großbritannien. Statt Thüringen will sich dort die Hessische Landesbank beteiligen. In Dresden möchte die VLSI Technology mit ebenfalls 19,8 Prozent einsteigen, für Sachsen springt hier die Dresdner Bank ein. In die Neuhauser Transistoren-Fertigung schließlich will sich Ende des Monats die englisch-südafrikanische Zetex einkaufen – genauer gesagt: einmieten.

Die MTG hatte 1991 einen Umsatz von 78 Millionen DM und machte damit insgesamt Verluste von 327 Millionen DM. Die Sanierungskosten werden vom Aufsichtsratschef Gerd Lorenz (ein ehemaliger Philips-Manager) allein für Dresden und Erfurt auf 400 Millionen DM geschätzt. Mitte Juli forderte er die Bundesregierung in einem Brandbrief auf, wenigstens einen Teil dieser Sanierungskosten zu übernehmen. Die neuen Länder weigern sich, sie sind verschuldet. Potsdam immerhin stellte den Frankfurtern Fördermitteln und Bürgschaften in Aussicht.

Je drängender die Rufe nach Unterstützung durch Bund, Länder und/oder Treuhand werden, desto härter verhandeln jedoch die Investoren: Die LSI Logic übernimmt den Erfurter Standort nur noch „for nothing", darüber hinaus soll der Staat die Anlaufverluste tragen. In Dresden verlangt die VLSI zur Abdeckung erwarteter Verluste sowie für Modernisierungs-Investitionen 125 Millionen DM von der Treuhand. Direktoratsleiter Gehring hat seine letzte Trumpfkarte anscheinend schon am 1. September ausgespielt – mit dem Liquidator Scharf: Das ist ein fähiger Mann, der kennt sich aus mit der MTG – „er begleitet das Unternehmen schon seit zwei Jahren".

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

AUSGABE: NUMMER 4 NOVEMBER 1992

SELBST-KOSTEN-PREIS 2DM

Arbeitsausschuß der Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte vom 20.6.92 in Berlin

Arbeit für alle!

AUFRUF ZUR 2. KONFERENZ

ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute Samstag, den 21. November in Berlin 10.00 bis 17.00 Uhr

Kolleginnen und Kollegen!

Berlin, November '92

Am 20. Juni dieses Jahres haben wir uns zur 1. Konferenz ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute in Berlin getroffen. Wir wollten endlich ein Protestsignal gegen die katastrophale Kahlschlagpolitik der Treuhandanstalt setzen. Zehn Tage später demonstrierten ca. 300 Betriebsräte und Personalräte vor der Treuhandanstalt gegen die Massenentlassung von 150.000 Kolleginnen und Kollegen. Wir konnten Frau Breuel ein Gespräch abringen und unsere auf der Konferenz verabschiedeten 10 Forderungen vortragen.

Nach dem ergebnislosen Gespräch mit der Treuhandspitze organisierte der Arbeitsausschuß der Betriebsräte (unter Beteiligung des DGB) für den 9. September eine Protestfahrt zu den politisch Verantwortlichen in Bonn. Über 300 ostdeutsche Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute verlangten in Diskussionsrunden mit allen im Bundestag vertretenen Parteien sowie in Einzelgesprächen mit dem Bundeskanzler und dem Wirtschaftsminister die sofortige Änderung des Treuhandauftrages. Verkehrsminister Krause versprach, auf einem weiteren Treffen Ende Oktober in Berlin Rechenschaft abzulegen über die Bemühungen der ostdeutschen CDU-Abgeordneten, die Wirtschaftssituation in den fünf neuen Bundesländern und Berlin zu verbessern.

Was haben wir durch unsere Aktivitäten erreicht?

- Es gibt konkrete einzelbetrieblichen Erfolge (z.B. NARVA, BELFA, WF) vor dem Hintergrund unserer allgemeinen Proteste und Belegschaftsaktionen. Einige unserer Hauptforderungen wurden von den politisch Verantwortlichen aufgegriffen.
- Unsere Aktivitäten in Berlin und Bonn fanden ein großes Medienecho und haben die Öffentlichkeit sensibilisiert.
- Der DGB organisiert branchenübergreifende Betriebsrätekonferenzen.
- Durch Erfahrungsaustausch, Kontakte und gemeinsame Aktionen hat die Vernetzung und das Geschick der daran beteiligten Betriebs- und Personalräte zugenommen.

IMPRESSUM: Diese Ausgabe des Ostwind erscheint als Verleger-Beilage aus öffentlichem Interesse - in der Tageszeitung,taz v. 20 November 1992, v.i.S.d.P.: siehe taz-Mantel. Die Zusammenstellung erfolgte wegen der Kongreß-Vorbereitungen und des Selbstfinanzierungsgebots in aller Eile durch eine Info-Rumpfgruppe der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte, unterstützt wurde sie lediglich durch die BAE BELFA GmbH, die PRIAMOS Immobilien-Verwaltungs GmbH, die KRUPP Stahlbau Berlin GmbH & Co KG und durch die Deutsche Seereederei GmbH Rostock. Aber das ist ja nicht wenig. Kontakt: Betriebsrat Werk für Fernsehelektronik, Ostendstr. 1, 1160 Berlin.

Abschwung Ost!

Nach nur zwei Jahren hat die Treuhandanstalt zwei von drei Arbeitsplätzen in der Industrie abgewickelt. Von ehemals 10 Millionen Arbeitsplätzen in der früheren DDR sind 5 Millionen vernichtet. Ganze Branchen sterben und Regionen veröden. Immernoch ist kein Ende abzusehen. Im Öffentlichen Dienst sollen Zehntausende auf die Straße geworfen werden. Unter den ca. 3.800 Betrieben, die die Treuhandanstalt noch privatisieren will, befinden sich über 500 strukturbestimmende, deren Stillegung verheerende soziale Folgen in den betroffenen Regionen nach sich ziehen würde. Die Treuhandanstalt beabsichtigt, zum Jahresende 1992 erneut 250.000 Kolleginnen und Kollegen zu entlassen.

Die Regierung Kohl will in Ostdeutschland die Tarifautonomie aushebeln. Mit dem Druck der Massenarbeitslosigkeit sollen Belegschaften und Betriebsräte zum Lohnverzicht erpreßt werden. Den Gewerkschaften soll das Rückgrat gebrochen werden. Im zusammenwachsenden Berlin ist jetzt schon deutlich zu erkennen, wie die Probleme Ostdeutschlands sich auch auf die alten Bundesländer auswirken werden.

Wie geht es weiter?

In Rostock, Riesa, Henningsdorf, Finsterwalde, Berlin, Freital, Premnitz, Frankfurt/Oder und vielen anderen Orten haben Betriebsräte, Belegschaften und Gewerkschaften gegen die unsoziale Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt mit Betriebsbesetzungen und spektakulären Aktionen gekämpft. Wir wollen auf der 2. Konferenz über die bisherige Bilanz und die Fortführung des Kampfes gegen die Massenentlassungen beraten und Aktionsbeschlüsse fassen.

Es ist notwendig, Alternativen aufzuzeigen und dafür Druck zu machen - über die Branchen und Regionen hinweg.

Wir haben bereits und führen auch weiterhin Gespräche mit Einzelgewerkschaften und dem DGB, um die 2. Konferenz gemeinsam mit unseren Gewerkschaften durchführen zu können. Ferner bemühen wir uns, die Unterstützung der Kirchen und anderer Organisationen w.z.B.des Arbeitslosenverbandes zu gewinnen.

Vorschlag für das Programm der Konferenz

10.00 Uhr	Bilanz und Erfahrungen der bisherigen Betriebsräteaktivitäten
10.30 Uhr	Ist der Abschwung Ost noch zu stoppen? (Referent) Im Zusammenhang mit Konjunkturkrise und Sozialabbau (Aushebelung der Tarifautonomie/Ausländerfeindlichkeit)
11.00 Uhr	Berichte aus den Betrieben (u.a. erste positive Beispiele); Diskussion
12.30 Uhr	Mittagessen
13.30 Uhr	Wie machen wir weiter Druck, um unsere betrieblichen und allgemeinen Forderungen umzusetzen?
16.00 Uhr	Beschlüsse, Resolutionen, Organisatorisches
17.00 Uhr	Voraussichtliches Ende der Konferenz

Bitte schickt Eure Vorschläge zur Konferenzgestaltung und Aktionen an den WF-Betriebsrat!

Kontakt und Organisation:

Betriebsrat Werk für Fernsehelektronik (WF)
Ostendstraße 1-14
O-1160 Berlin
Wolfgang Kibbel, Jürgen Roloff
Tel. Berlin: (030) 6383 - 2309 oder 6383 - 3850
Fax:(030) 6350 - 633

Bitte möglichst die Teilnahme anmelden, um die Vorbereitung zu erleichtern!

- Betriebsräte und Gewerkschafter aus Westdeutschland sowie aus Polen werden eingeladen.
- Bitte kopiert und verbreitet diesen Aufruf bei Euch am Ort unter Betriebsräten, Personalräten, Vertrauensleuten und GewerkschafterInnen.
- Bitte Betriebsratsinfos, Flugblätter, ausgefüllte Fragebögen zur Arbeitsplatzvernichtung, Schilder und dergleichen mitbringen.
- Wir bitten um großzügige finanzielle Unterstützung auf das Konto der Betriebsräte (Kennwort: 2. Konferenz) Nr. 588 78 190 00 (Michael Müller) bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00.

Im Auftrag des Arbeitsausschusses mit solidarischen Grüßen

Eberhard Wagner, Wolfgang Pohland

Kommt alle zur 2. Konferenz ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute am Samstag, den 21. November nach Berlin-Oberschöneweide!

Tagungsort:Saray (Kulturhaus des Werks für Fernsehelektronik, WF), Berlin-Ost, Wilhelminenhofstr. 66/67 (Tel.: 635 17 40) .
Zu erreichen: **S-Bhf. Schöneweide, Straßenbahn Nr. 25 Richtung Köpenick bis Rathenaustr.**

DER GAMEBOY

Eigentlich wollte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der ELPRO AG, Jürgen Lindemann, 700 Sonderdrucke des „Ostwind" (mit einem „Offenen Brief" versehen) auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg verteilen. Die Betriebsräte-Initiativen beabsichtigten mit dem 10-Seiten-Papier ihren Dissenz mit der „mächtigsten Einzelgewerkschaft der Welt" (Selbsteinschätzung) aus der Welt schaffen. Dazu hatten sie einige ihrer Flugblätter, die auf der 1.Konferenz verabschiedeten 10 Forderungen, sowie einige weitere Dokumente zusammengestellt. Außerdem hatte Jürgen Lindemann sich vorgenommen, in seinem Redebeitrag noch einiges weitere über die inhaltliche Übereinstimmung der Initiative mit den Gewerkschaften zu sagen. Da aber kurz zuvor die Redezeit von 10 auf 5 Minuten verkürzt worden war, kam er nicht richtig in Schwung. Im folgenden geben wir noch einmal den „Offenen Brief" der Initiative wieder sowie die Antwort Franz Steinkühlers:

Offener Brief an den Gewerkschaftstag der IGM 1992 in Hamburg

Arbeitsausschuß der Konferenz
Ostdeutscher und Berliner
Betriebs- und Personalräte
vom 20.6.92

Berlin, den 10.10.92

Liebe Delegierte,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir wollen uns mit diesem Brief und einigen Informationsmaterialien an Euch wenden, um unsere Motivation für die bisherigen und die geplanten Aktivitäten der Betriebs- und Personalräteinitiativen deutlich zu machen.

Die Ausgangssituation für unsere Aktivitäten war die industrielle Kahlschlagspolitik der Treuhand, die in einer nicht erwarteten Breite Arbeitslosigkeit und damit Hoffnungslosigkeit zur Folge hatte. Die bisherigen Aktivitäten der Gewerkschaften, der Betriebsräte und der Belegschaften hatten und haben bis heute diesen Niedergang der Wirtschaft in den 5 neuen Bundesländern und Berlin nicht stoppen können. Die noch bestehenden Treuhandbetriebe haben fast alle einen Personalabbau hinter sich, der weitere Einschnitte nicht mehr zuläßt, ohne daß die Existenz der Betriebe gefährdet ist. Die Belegschaften sind deprimiert, die Betriebsräte oftmals gelähmt und die Vertrauensleute größtenteils entlassen.
Die von den Gewerkschaften vorgelegten Konzepte, wie zum Beispiel die Darmstädter Thesen der IGM greifen nicht und werden nicht umgesetzt. Die Entlassungswelle der Treuhand Mitte dieses Jahres (150000) erforderte unmittelbaren öffentlichen und politischen Druck.

So entstanden an verschiedenen Orten verschiedene Aktivitäten von Betriebs- und Personalräten, die diesem deprimierenden Kreislauf durch zusätzliche Aktivitäten durchbrechen wollten. Die Vorstellung war, auf die Breite der Probleme nicht einzelgewerschaftlich getrennnt, sondern mit allen Gewerkschaften gemeinsam zu reagieren. Dies sollte unter dem Dach des DGB erfolgen.
Die zweite Vorstellung war, durch Initiative von unten, ausgelöst durch die Betriebsräte, neuen Mut und damit stärkeren Widerstand zu erzeugen.

In Berlin entstand im Februar 1992 die Berliner Betriebs- und Personalräteinitiative, die sehr schnell von jetzt 44 Gremien per Beschluß unterstützt wird (Anlage). Im Mai 1992 kam auf einer Veranstaltung von Bündnis 90 in Rostock die Idee auf, einen Betriebs- und Personalräte Kongreß für die 5 Neuen Bundesländer und Berlin zu organisieren, um die Entlassungswelle der Treuhand zum 30.6.92 zu stoppen (Anlage).
Die Vorstellung war, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften zu diesem Kongreß einladen. Aufgrund der Kürze der Zeit, war es nicht möglich eine ausführliche Diskussion mit den Vorständen der Gewerkschaften und mit dem DGB Vorstand zu führen. Wie Ihr sicherlich wißt, fand der Kongreß ohne Aufruf und offizieller Unterstützung des DGB statt. Die Ergebnisse liegen als Anlage bei.

Am 30.6.92 wurde die Treuhandanstalt symbolisch besetzt. Am 9.9.92 wurde mit Unterstützung des DGB-Vorstandes eine Sternfahrt von 300 Betriebs- und Personalräten nach Bonn organisiert (Anlage). Bei beiden Aktionen wurden die Forderungen des Betriebs- und Personalrätekongresses vorgetragen. In Bonn fanden intensive Gespräche mit allen Bundestagsfraktionen und Vertretern der Bundesregierung (Bundeskanzler) statt.

Geplant war ein 2. Kongreß der Betriebs- und Personalräte am 3.10.92, um dort über die Umsetzung der Forderungen und das weitere Vorgehen zu beraten. Dieser Kongreß hat bisher nicht stattgefunden, da sich der DGB mittlerweile bereit erklärt hatte, einen Betriebs- und Personalrätekongreß für die 5 neuen Bundesländer und Berlin mit den Vorständen der Einzelgewerkschaften zu diskutieren. Bisher gibt es hierzu vor allem Widerstand von Seiten des IGM-Vorstandes.

Die Treuhand plant zum Jahresende eine weitere große Entlassungswelle und wird sich anschließend durch ihre Auflösung aus der Verantwortung stehlen. Der Druck auf die Betriebs- und Personalräte verstärkt sich. Anstelle wirksamer strukturpolitischer Konzepte gegen die Arbeitsplatzvernichtung, sollen Betriebsräte und Belegschaften die angebliche Rettung von Arbeitsplätzen durch Lohnzugeständnisse finanzieren. Gelingt es der Treuhand und der Bundesregierung diese Politik durchzusetzen, wird es zu einer Schwächung der Gewerkschaften überhaupt kommen.

Wir wenden uns auch deshalb an Euch, damit Ihr die Idee eines gewerkschaftsübergreifenden Betriebs- und Personalrätekongresses noch im November dieses Jahres diskutiert und auch unterstützt.

mit solidarischen Grüßen

Kurzer Auszug aus dem Rechenschaftsbericht:

Der Kollege Lindemann hat mich gebeten, etwas zur Betriebsräteinitiative zu sagen. Das will ich gerne tun. Ich kann ja die Wut und die Enttäuschung vieler Betriebsräte in Ostdeutschland gut verstehen, jeder kann sie gut verstehen. Wer in Westdeutschland hat denn so dramatische Erfahrungen machen müssen wie unsere Kollegen in Ostdeutschland: die Zerstörung aller ökonomischen und aller gesellschaftlichen Gewißheiten.

Für uns ist solch eine Krise doch viel leichter zu verarbeiten als für viele im Osten. Ich will jetzt bei Gott nicht in den Geruch kommen, die Ossis als besonders zarte Pflänzchen dargestellt zu wissen. Das sind sie nicht, sie können sich ihrer Haut schon wehren, wie sie in zahlreichen Betriebsbesetzungen bewiesen haben. Aber was viele Wessis nicht nachvollziehen können: In Ostdeutschland waren ja nicht alle unsere Mitglieder ideologische Widerstandskämpfer. Das kann man ja nicht sein, wenn man in einem solchen Land lebt und leben will. Und mit einem Schlag bricht alles zusammen, und jeder muß nun mit sich fertig werden, wie 20, 30 Jahre seines Lebens, teilweise seines Glaubens, entwertet sind.



Baggerführer Grünewald:
Die Stimmung ist explosiv

Könnt ihr nachvollziehen, welche Prozesse da ablaufen in den Köpfen? Das macht nicht gerade stark. Das macht nachdenklich, das macht auch mißtrauisch. Denn wer einmal eine solche Erfahrung macht, der ist gut beraten, nicht gleich mit beiden Beinen in die nächste Ideologie hineinzuspringen. Er sollte Abstand halten und sollte kritisch sein.

Jetzt gebrauche ich auch die Begriffe Ossis und Wessis, obwohl sie mir auch nicht gefallen. Es würde mir helfen, wenn mir jemand eine neue Unterscheidung sagen würde, die genauso greift.

Ich stelle auf allen Veranstaltungen fest, daß unsere Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern, aus den jungen Bundesländern oder aus dem Teil des Ostens, der zu uns dazukam, kritischer diskutieren als wir im Durchschnitt im Westen, differenzierter argumentieren als wir im Westen. Und wenn Ihr ehrlich seid und Gelegenheit habt, einer solchen Diskussion beizuwohnen, könnt Ihr das auch registrieren.

Dies hat seine Ursache darin, daß sie noch einiges zu verarbeiten haben. Das muß man schlicht auch verstehen. Deswegen kann man auch die Wut hier verstehen.

Das ist die Situation, in der sie sind, in der sie arbeiten müssen. Und sie arbeiten ja nicht nur für sich, sie haben ja auch Kinder zu Hause, die sagen: „Papi, was ist los? Kann ich dieses haben, kann ich jenes haben?“ Die Kinder werden ja auch plötzlich von diesen Neonreklamen überschwemmt und wollen einen Gameboy und dieses und jenes, Ihr kennt das doch alles. Und wenn man weiß, daß morgen die Bude futsch ist, dann hält man sein Geld zusammen. Aber wie erklärt man das seinen Kindern?

In einer solchen Situation - das muß man wirklich verstehen - kann man enttäuscht sein, auch enttäuscht darüber, daß sich die Gewerkschaften nicht kurzfristig in der Lage sehen, die Altlasten des SED-Regimes abzubauen, die Investitionstätigkeit der Unternehmen zu mehren und die vielen falschen Weichenstellungen der Bundesregierung zu korrigieren.

Diese Betriebsräte-Initiative ist für mich auch ein Versuch, sich der Ohnmacht, die sie spüren und erleben, zu widersetzen. Es ist für mich auch der Versuch, jede Chance zu nutzen, und sei sie noch so klein. Wer könnte ihnen das verübeln angesichts der Lage?

Ich bin allerdings der festen Überzeugung, daß eine solche Initiative - und das hoffe ich auch den Kollegen vermitteln zu können, und da sollt Ihr mir helfen, indem Ihr Eure Erfahrung nutzt, das den Kollegen auch zu sagen - außerhalb der Gewerkschaften keine neuen und keine besseren Perspektiven eröffnen kann. Sie kann weder die Grundlagen für eine einheitliche Tarifpolitik schaffen, noch kann sie die voraussehbaren und bereits stattfindenden Konkurrenzkämpfe innerhalb der ostdeutschen Belegschaften abbauen. Die Betriebsräte-Initiative kann jedoch dazu beitragen - und deswegen bin ich gegen sie, trotz allem Verständnis, das ich habe -, daß es zu einer Zersplitterung der Interessenvertretung und damit zu einer Schwächung unserer Verhandlungsposition kommt. Ich weiß, daß außerordentliche Umstände auch außerordentliche Maßnahmen verlangen, daß man nicht immer an bewährten Rezepten festhalten darf, daß man neuen Herausforderungen mit neuen Antworten zu begegnen versuchen muß.

Ich weiß auch, daß die IG Metall nicht ohne Fehler ist. Aber meine Bitte an die Betriebsräte, die ihre Hoffnung darauf setzen, ist: Laßt uns doch diese Fehler zusammen beseitigen, dann sind wir allemal besser und allemal stärker, als wenn ihr das allein an uns vorbei versucht. Unserer gemeinsamen Sache wäre mehr gedient, wenn Ihr Euer Engagement, das wir schätzen und das wir brauchen, bei uns einbringen würdet, statt neben uns herzulaufen. (Beifall)

Laßt mich schließen. Ich hätte noch viel zu sagen. (...)



Stellvertretend für weitere 200 Betriebe

Im Gedenken an verstorbene Betriebe und vernichtete Arbeitsplätze



Betrieb	Arbeitsplätze 1989	Arbeitsplätze 1992
○ Pentacon GmbH	5115	†
○ KBA Planeta Radebeul	5500	1250
○ Elektromat GmbH	4011	†
○ Pactec GmbH (Nagema)	3084	680
○ Robotron Telecom Radeberg	3900	†
○ Mikroelektronik und Technologie GmbH (ZMD)	3507	500
○ VEM Sachsenwerk	3000	1069
○ Mähdrescherwerk Bischofswerda	3795	†
○ Robotron Erika	1400	†
○ LTA Dresden	1400	303
○ SEM (TUR)	3510	900
○ Meßelektronik GmbH	3466	259
○ Comped (CED)	2500	600
○ Flugzeugwerft Dresden	2400	540
○ ABB Energiebau	2300	1100
○ Hochvakuum Dresden	2053	†
○ Regler- und Schaltgeräte Dresden	1950	†
○ MIKROMAT (Haaf)	1817	307
○ VEM Hermetikmotoren	1250	268
○ Nähmaschinenteilewerk GmbH	1200	153
○ SAD (AEG)	1100	961
○ Karosseriewerk Radeberg	1157	413
○ Sächsischer Bühnen- und Stahlbau	1025	278
○ Robotron Projekt	1000	125
○ Medizin- und Laboranlagen GmbH	884	300
○ Eisenhammerwerk	866	150
○ Gastro-Gerätebau	820	215
○ Mühlenbau Dresden (Wirth)	819	149
○ DRIS	775	210
○ Bat Blocher GmbH (Elmo)	740	350
○ VEM Antriebstechnik FEZ	726	†
○ Kraftwerks- und Anlagenbau	700	250
○ Systemantriebe	695	275
○ IFA-Vertrieb	697	†
○ Rapido Radebeul	652	300
○ Strömungsmaschinen GmbH	650	295
○ ASCOTEC Anlagenbau	644	210
○ FUBA Leiterplattenwerk	625	460
○ Siemens Private Kommunikationssysteme	500	312
○ Elektronik GmbH Dresden	500	†
○ Schleifmittelwerk	500	170
○ KOSORA GmbH	428	149
	73.661	13.501

Von den 42 Betrieben sind seit 1989 60 160 Arbeitsplätze vernichtet worden.

- Wir haben zugeschaut und nichts getan.
- Die Bundesregierung – Helmut Kohl · Wir wolltens so.
- Die Treuhandanstalt – Birgit Breuel



Nr. 15: Das ehemalige BAE, dann WF und jetzige Köpenicker Kulturhaus „Saray"

DAS PROJEKT „SPREEKNIE"

Um das von mehreren Großbetrieben dominierte Areal zwischen Spree und Wilhelminenhofstraße als Industrie- und Gewerbegebiet wieder zu „reaktivieren", wurde von Treuhandanstalt, Senat und Bezirksverwaltung ein sogenanntes „Pilotprojekt 'Spreeknie - integrierte Standortentwicklung" initiiert. Bisher ist es noch nicht viel mehr als eine Idee, auch wenn der Treuhand-Sprecher in seinen „Informationen" - die selbst der langmütigste Wirtschaftssenator mittlerweile für bloße „Propaganda-Gags" hält - davon spricht, daß „das Beispiel bereits Schule macht", und in den diversesten Verwaltungen schon etliche Leute sozusagen hauptamtlich damit beschäftigt sind. Außerdem legten die Londoner Projektemacher mit Dockland-Scheitererfahrung, Sir Alexander Gibb & Partners, gerade ihr zweites - farbiges - Planungs-Konzept dafür vor (in dem vor allem die Grünflächen und Yacht-Häfen bestechen, in den Plänen anderer Projektemacher sind bisweilen sogar schon Mercedes-Limousinen vor den Gebäuden eingezeichnet!) Eigentlich geht es dabei um die Erschließung der „nicht-betriebsnotwendigen" Flächen von 6 Betrieben, die kurz vor der Privatisierung stehen bzw. schon verkauft oder liquidiert wurden. Auf dem insgesamt etwa 100 Hektar großen Gelände haben sich mittlerweile aus diesen Großbetrieben 98 kleinere Firmen „ausgegründet" sowie etliche Beschäftigungs- und Qualifizierungs-Gesellschaften angesiedelt. Für die Dauer der Erschließung sollen sie im Funkwerk Köpenick und/oder auf einem „Rangiergelände" an der Ecke Tabbert-/Nalepastraße „geparkt" werden - und dann wieder in Gebäude zurückziehen, die für sie auch erschwinglich sind und bleiben. So viel ist klar. Darüberhinaus herrscht aber - wenigstens im Bezirksamt Köpenick - im Moment „Ratlosigkeit": In den nächsten Wochen müßte der Senat sich nämlich dazu durchringen, die Flächen über seine Landes-Entwicklungsgesellschaft und u.a. mit Geldern der Gemeinschaftsaufgabe Ost (GA) der Treuhand abzukaufen. Herr Wegener, ein Immobilienspezialist, der im Auftrag der Treuhand die Köpenicker Service-Gesellschaft - eine Betreuungs-Agentur des Senats für ABM-Projekte - berät, schätzt die Chancen dafür derzeit als „Fifty-Fifty" ein und die „Spreeknie„-Arbeitsgruppe im Bezirk als „Zünglein an der Waage". Es geht dabei um rund 35 Hektar: „Aber die sind nicht leicht zu erschließen, deswegen wäre es optimal, erst einmal mit 3-5 Hektar zu beginnen." Die privatisierten Großbetriebe, erst recht die noch unter Treuhandverwaltung stehenden, haben sich noch nicht konsolidiert, nicht einmal in bezug auf ihren Flächenbedarf, dies ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Dazu einige nähere Angaben:

1. Das Werk für Fernsehelektronik (WF), mit 100.000 qm. Dort arbeiteten 1989 noch 9.400 Menschen, heute sind es noch ca. 1000. Kürzlich übernahm der südkoreanische Konzern Samsung den Betrieb. Sie wollen sogar noch einige angrenzende Grundstücke dazukaufen. In den unter Denkmalschutz stehenden Behrensbau soll eventuell die Samsung-Europa-Zentrale einziehen. Trotzdem werden noch über Vierhundert entlassen. Für sie beansprucht der Betriebsrat Gebäudeteile im Funkwerk Köpenick. Das WF produziert derzeit in der Hauptsache noch Farbbildröhren, vornehmlich für das Fernsehgeräte-Werk in Stassfurt. Auch an dieser Fabrik soll Samsung interessiert sein. Das Wirtschaftsministerium hat dem WF für einen GUS-Auftrag gerade eine Hermes-Bürgschaft in Höhe von 170 Mio DM zugesagt, was allein eine Produktionsauslastung bis Mitte nächsten Jahres garantieren würde.

2. Die Berliner Akkumulatoren- und Elemente-Fabrik (BAE), mit 62.000 qm. Hier sind von einstmals 550 Mitarbeitern noch 220 beschäftigt. Die BAE kooperierte nach der Wende eng mit der Varta GmbH, diese Firma zog sich jedoch unlängst überraschend zurück. Im Werk werden Blei-Batterien - u.a. für Eisenbahnen - hergestellt. Auf diesem Markt findet gerade eine Umstellung auf weniger kälteempfindliche Nickel-Kadmium-Batterien statt, was sich bei der BAE bereits in Umsatzeinbußen bemerkbar macht. Die Geschäftsführung, die zusammen mit einigen Kapitalgebern den Betrieb jetzt selbst übernehmen will, d.h. ein „MBO/MBI-Konzept" bei der Treuhand einreicht, geht von einem zukünftigen Umsatz von 40 Mio DM aus, um 200 Arbeitsplätze erhalten zu können (derzeit liegt der Umsatz bei etwa 20 Mio). Die IG Metall würde den Betrieb lieber in eine Staats-Holding überführen, um ihn erst einmal zu „sanieren". Im MBO/MBI-Konzept wurde der Wert des Grundstücks mit Null angesetzt, weil man allein für die Sanierung des bleiverseuchten Bodens 54-72 Mio DM veranschlagte. Zur BAE gehört noch ein zweites Werk, mit 173 Mitarbeitern, auf der gegenüberliegenden Flußseite im Bezirk Treptow. Dieser Betrieb (BELFA), in dem Gerätebatterien produziert werden, wollte sich die ganze Zeit verselbständigen, da im gemeinsamen Leitungsgremium das Stimmenverhältnis ständig 4:1 gegen BELFA war, jetzt wird er liquidiert.

3. Das Kabelwerk Oberspree (KWO), mit 230.000 qm. Dort arbeiteten einstmals 5258 Menschen, heute sind es noch 2066. Es wurde Anfang des Jahres von der British International Cables Corporation (BICC) gekauft, zusammen mit den drei anderen Berliner Kabelwerken: KWK, Aslid und KWS. Die Engländer gaben der Treuhand eine Beschäftigungsgarantie für 2200 Mitarbeiter - in allen 4 Werken. In Oberschöneweide kauften sie 125.000 qm: etwa 40% des Gesamtareals, dazu wollen sie noch einige Hallen auf dem Restgelände pachten. Weil sie einige der 7 Ausgründungen (mit insgesamt 300 Mitarbeitern), die noch auf dem Gelände ansässig sind, mit Werksverträgen an sich banden, möchten sie die derzeitige Belegschaftsstärke von 2066 auf 1000 drücken, der Betriebsrat will dagegen wenigstens die 1300 von der

Treuhand zugesicherten Arbeitsplätze erhalten. Die BICC will demnächst alle 4 GmbHs liquidieren und daraus eine neue - KWO Kabel GmbH - machen, wobei einige Standorte aufgegeben werden.

Für die Altlasten-Sanierung des KWO-Geländes veranschlagte das Gibb-Gutachten 160 Mio DM.

4. Die Transformatoren und Schaltgeräte GmbH (TRO), mit 100.000 qm, und derzeit 800 Beschäftigten (vor der Wende waren es 3890). Der Betrieb gehört jetzt der AEG. Sie hat Zweidrittel des Geländes auf 40 Jahre gepachtet: Bis 1996 für 700.000, danach bis zum Jahr 2001 für 1,25 Mio DM und darüberhinaus für mindestens 2 Mio DM - jährlich. Das Restgelände wird von der treuhandeigenen Tro-Betreiber-Gesellschaft verwaltet, sie beschäftigt derzeit noch 30 Mitarbeiter. Für die Geländе-Sanierung sind 70 Mio DM veranschlagt worden, es geht dabei hauptsächlich um große Öl-Rückstände, von denen der Betriebsrat jedoch meint, daß sie nur an einigen wenigen Stellen den Boden verseucht haben. Die AEG möchte noch 120 Arbeitsplätze wegrationalisieren - und hat dafür schon sogenannte „schwarze Listen" zusammengestellt (mit denen die Meister bereits disziplinarisch arbeiten). Der Betriebsrat bezeichnet dieses Vorgehen zur Erhöhung der Rentabilität als „2. Schritt vor dem 1.": Weil bisher immer noch keine Bedienungspersonal einsparenden neuen Maschinen aufgestellt wurden (die Löhne sind immer noch halb so hoch wie im Westen). In der Trafo-Abteilung ist die Auftragslage so gut, daß sogar noch Leute eingestellt werden, beim Schalterbau sieht es dagegen schlecht aus. Man versucht es mit Umsetzungen, dem stehen jedoch unterschiedliche Lohneingruppierungen entgegen.

5. Das Institut für Nachrichtentechnik (INT): ein Gebäude mit ca. 8.000 qm Grundfläche. Dort befand sich die Leitentwicklungsstelle des Kombinats Nachrichtenelektronik, zu der noch 7 Außenstellen gehörten und in der insgesamt 1680 Menschen arbeiteten. 580 übernahm die Standard Elektrik Lorenz (SEL), zum Jahresende werden es jedoch nur noch 255 sein, und die werden dann auf das Betriebsgelände der SEL in Tempelhof integriert. Das INT-Gebäude, Edisonstraße Ecke Wilhelminenhofstraße, gehört nach wie vor der Treuhand, ebenso die Außenstellen, eine davon - an der flußabgewandten Seite der Wilhelminenhofstraße - pachteten 31 ehemalige INT-Mitarbeiter, um sich mit einer sog. „Initiative Telematik" (IniTel) selbständig zu machen. Derzeit bemühen sie sich, mit in das Pilotprojekt Spreeknie einbezogen zu werden.

6. Die Berliner Metall- und Halbzeugwerke (BMHW). Dieser Betrieb wurde mit seinen vier Standorten vollständig liquidiert. Er beschäftigte zuletzt 4.500 Menschen. Der dem „Spreeknie" zugeschlagene Standort umfaßt etwa 20.000 qm.

Die Betriebsräte der vier noch existierenden Großbetriebe im „Spreeknie", die sowohl mit den Ausgründungen als auch mit den Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften befaßt sind, beklagen, daß man sie bisher noch nicht in die Projektplanung mit einbezogen hat. Die Anwohner immerhin bekamen neulich ein „Bürgerbeteiligungs„-Angebot zugestellt.

Berliner Rathaus
O-1020 Berlin
z. Hd. Bürgermeister von Berlin
Herrn Diepgen

Berlin, 17. 2. 1992

Sehr geehrter Herr Diepgen,

der Betriebsrat der Firma PROLUX Maschinenbau GmbH, ansässig in O-1092 Berlin, Plauener Str. 163 - 165 nimmt die weitere Gefährdung der Arbeitsplätze zum Anlaß, Sie um Unterstützung zum Erhalt der Arbeitsplätze zu bitten.
Die PROLUX Maschinenbau GmbH ist eine Ausgründung des Maschinenbaus der NARVA Berliner Glühlampenwerk GmbH mit ehemals 482 Mitarbeitern von denen bisher 250 entlassen wurden.
Die Mitteilung der Treuhandanstalt am 14. 2. 1992 beinhaltet die Zuordnung der Firma PROLUX zum Direktorat Abwicklung. Maßgebend für diese Entscheidung waren nur die derzeitigen Ergebnisse der wirtschaftlichen Betrachtung; zukünftige Aussichten auf dem Markt, wobei traditionell der östliche Markt in Frage käme, wurden nicht betrachtet.
Der Betriebsrat vermutet, daß die Entscheidung der Treuhandanstalt durch außenstehende lichtquellenerzeugende Betriebe beeinflußt wurde.
Die PROLUX Maschinenbau GmbH ist auf dem Gebiet der neuen Bundesländer, einschließlich Berlin, der einzige Spezialmaschinenbau für Maschinen zur Fertigung von Lichtquellen einschließlich deren Recycling.
Mit der Abwicklung dieses Betriebes werden jahrzehntelange Erfahrungen zunichte gemacht.
Diese Probleme würden wir ausführlicher in einem persönlichen Gespräch darlegen wollen, um gemeinsame Wege zum Erhalt dieses Spezialmaschinenbaubetriebes in Berlin zu finden.
Aufgrund der Dringlichkeit bitten wir um Mitteilung eines kurzfristigen Gesprächstermins und danken dafür im voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Smala
Vorsitzender des Betriebsrates

11.6.1992

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Zu einem ausführlichen Erfahrungsaustausch traf der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen heute im Berliner Rathaus mit Betriebsräten von Treuhandunternehmen zusammen. Im Ergebnis sicherte der Regierende Bürgermeister den Betriebsratsvertretern von 20 Unternehmen zu, daß er sich in Gesprächen mit Vorstandsmitgliedern der Treuhand in allen Fällen für eine rechtzeitige Einbeziehung der Betriebsräte einsetzen wolle, wo es um Kernfragen der Sanierung durch die Treuhand gehe.

In der zweistündigen Gesprächsrunde wurden immer wieder die Sorge geäußert, daß man in den meisten Betrieben an der Grenze des Personalabbaues angelangt sei, jenseits derer eine Produktion nicht mehr möglich sei. Auf dem derzeitigen Beschäftigungsniveau sei jedoch eine Fortführung der Unternehmen noch durchaus sinnvoll. Durch beteiligte Vertreter aus dem Westteil der Stadt wurde außerdem die Gefahr einer möglichen Verlagerung beziehungsweise Schließung ihres Betriebes angesprochen.



97 HRB 35847 **PROLUX Maschinenbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung** (Plauener Str. 163 - 165, 1092 Berlin). Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 29. Mai 1992 ist die Gesellschaft aufgelöst. Liquidator ist Rechtsanwalt Wilfried Stechow, Berlin. Er vertritt allein, solange er alleiniger Liquidator ist. Dr. Erhard Bernicke und Jürgen Pohlers sind nicht mehr Geschäftsführer. 1.11.

Energie pur



BELFA BAE Batterie GmbH Bruno-Bürgel-Weg 69-81 O-1190 Berlin Tel.: 6352036 Fax: 6353227

BELFA: ZU EINER THEORIE KOMMUNIKATIVEN HANDELS

Im Anschluß an zwei kleinere NARVA-Veranstaltungen - in der Galerie Petersen und im Brecht-Zentrum, wo es um die Fragen gegangen war „Warum halten die Glühbirnen nur 1000 (neuerdings gar nur noch 700) Stunden“ und „Wieso übernehmen die Belegschaften ihre volkseigenen Betriebe eigentlich nicht?“ -veranstalteten wir eine Ausstellung samt lichtbildgestützter Vorträge über das Gerätebatteriewerk BELFA: im Rahmen einer Geschichts- und Geschichten-Reihe des „Friseurs in der Botschaft“.

Die Idee war, Probleme und Strategien von DDR-Betrieben seit der Wende, die zumeist von Wirtschafts-Experten und -Journa-listen in den entsprechenden Medien diskutiert werden, versuchsweise einmal an den Kunst-Betrieb anzukoppeln. Und sei es nur, um zu sehen, was die eine oder andere Kritikerin anschließend - in der Kunst der Meinungsfindung - ihrerseits daraus macht.

Die Veranstaltungen fanden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Betriebsräten statt, zu denen schon seit längerem über die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte nähere Beziehungen bestanden. Und um das Ergebnis schon mal vorwegzunehmen: Die Frage „Geht (funktioniert) so etwas überhaupt? Und wenn ja, warum nicht?“ - blieb unbeantwortet. Dafür stellte sich heraus, daß die redegewandten Betriebsratsvorsitzenden (Peter-Martin Bock und Michael Müller von NARVA und H.-Peter Hartmann von BELFA) vor dem nur mäßig aber höflich interessierten Kunstpublikum geradezu zu Hochform aufliefen. Insofern machte eine solche Verrückung der Problemlage bereits Sinn.

Mit der Währungsunion waren die DDR-Betriebe gezwungen worden, quasi über Nacht Marketing, Vertrieb und Werbung zu betreiben. Gleichzeitig mußten sie sich mit den Mitteln der klassischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen ihre sukzessive Abwicklung (euphemistische „Gesundschrumpfung“ genannt) durch die Treuhandanstalt wehren. Zur Treuhand-Politik gehörte es auch, so gut wie keine Mittel für Marketing, Vertrieb und Werbung (nicht einmal für die Listungsgebühren des Großhandels) zu gewähren.

Wo es den Betrieben - d.h. den Betriebsräten - jedoch gelang, dem von der Treuhand immer wieder verfügten Arbeitsplatzabbau ebenso massiven wie öffentlichkeitswirksamen Widerstand entgegenzusetzen, kompensierten sie damit nebenbei auch noch die Schwächen ihrer jeweiligen Marketing-, Vertriebs- und Werbe-Abteilungen. Für NARVA und BELFA ist dies so gut wie erwiesen, denn dort hat man sich die Mühe gemacht, die Zeitpunkte ihrer diversen „Kampf-Aktionen“ und das entsprechende „Presse-Echo“ mit den Auftragseingängen und ihren Volumina in Beziehung zu setzen. Wobei hinzugefügt werden muß, daß die Betriebsräte im einen und im anderen Fall ganz unterschiedliche Strategien verfolgten: Während die NARVA-Leute, die ganz unmetaphorisch davon reden, daß sie „Licht produzieren“, von Anfang an die Machenschaften der „Dunkelmänner“ (bei Treuhand, Elektrokartell, Klingbeil-Konsortium und Osram/Philips) mittels zunehmend gediegenerer „Aufklärung“ bekämpften, setzte der BELFA-Betriebsrat eher auf die Mobilisierungs-Bereitschaft seiner vergleichsweise kleinen Belegschaft, in der es jedoch mittlerweile eine durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von 18 Jahren gibt und einen dementsprechend starken Zusammenhalt.

Erwähnenswert ist ferner, daß es sich hier wie dort um Betriebsratsvorsitzende handelt, die als eher „unpolitische“ - d.h. nicht-parteigebundene - Arbeiter erst nach der Wende quasi aus der Versenkung in die Verantwortung gewählt wurden und ihre „Chance“ nicht gleich mit verbissener Kopfjagd auf „rote Socken“ vergauckten. Michael Müller war Schlosser, Peter-Martin Bock Elektriker und Peter Hartmann arbeitete 12 Jahren an der Stanze, „Zinke“ genannt, davor war er stellvertretender LPG-Vorsitzender. Während man anderswo Schwierigkeiten hat, überhaupt Kandidaten für die Betriebsratswahl zu finden, meint Peter Hartmann von BELFA: „Der Job ist mir wie auf den Leib geschneidert.“ Auch das NARVA-Duo scheint - zusammen mit dem Stellvertreter Gerald Karg - eine Idealbesetzung zu sein. Wie überhaupt viele Betriebsräte nicht nur „beste proletarische Berliner Traditionen“ (H.D.Heilmann) verkörpern, sondern zu den wenigen Menschen überhaupt in der ehemaligen DDR gehören, bei denen mit der Wende individuelle Karriere und kollektive Selbstbehauptung aufs Schönste zusammenkamen und -kommen. Woanders, in Wissenschaft, Kultur, Kunst und (ab)gehobenem Dienst etwa, haben Deklassierung und individualisierte Verteilungskämpfe eher zu Entsolidarisierung und hässlichem Opportunismus geführt. Dies gilt oft auch noch - an den Resultaten ablesbar - für die neuen Marketing-, Vertriebs- und Werbestrategen in den ehemaligen VEB. Anläßlich der BELFA-Veranstaltung in der „Botschaft“ kamen wir in näheren Kontakt mit dem Westberliner Designer Stiletto, der gerade eine Ausstellung über die Produkte des Motorradwerks Zschopau organisiert hatte. Nicht zuletzt ging es dabei auch um eine Kritik des MZ-Designs vor und nach der Wende. Man überbeansprucht seine mittlerweile in mehreren Motorrad-Magazinen veröffentlichten Thesen nicht, wenn man behauptet, daß das neue MZ-Design ebenfalls zu einer „Entsolidarisierung“ (mit den alten MZ-Fans in diesem Fall) geführt hat - und zwar über den „Opportunismus“: Stiletto spricht von den „neuen witzigen Plaste-Verkleidungen im gequälten Fun- und Freizeit-Look“ (der stellvertretende BELFA-Betriebsratsvorsitzende, Edgar Messerschmidt, macht sich, ähnlich, darüber lustig, daß er als Schlosser neuerdings mit Schraubenziehern arbeitet, die alle bunte Griffe haben). Stiletto sieht darin einen überholten Design-Begriff am Werk, indem obsolet gewordene BRD-Strategien wie abgelegte Kleider nach Osten abgeschoben werden: „Dabei geht es längst um die Organisation von immaterieller Produktion und Produkte - um Kommunikations-Design genaugenommen.“ In diesem Zusammenhang spricht er davon, daß die „Design-Kultur“ letzten Endes immer mit einer „Vertreter-Kultur“ identisch ist. An die Stelle einer Kaufmanns-Moral (wie sie sich noch in allen Treuhand-Geschäftsführer-Verträgen findet, auch in dem mit Wolfram Sauerbrey z.B.: Ex-Westgeschäftsführer der MZ GmbH, der gerade des mehrfachen Betrugs beschuldigt wird, er war daneben auch selbsternannter Chef-Designer: „Der hat quasi permanent mit sich selber Ideen ausgetauscht,“ so Stiletto) müßte eine Handels-Ästhetik treten, die nichts mit einer Waren- oder Produktions-Ästhetik zu tun hätte, bzw. erst in zweiter Linie: in einer Art japanischem Rücklauf). Und die Handels-Ästhetik wiederum: Sie würde sich natürlich zuletzt in einer „Lebenskunst“ verlieren (müssen), wenn wir das richtig sehen.

Zurück zum „Kommunikations-Design“, an dem Stiletto arbeitet. In seiner Kritik an den Betriebsräte-Initiativen im Osten kam ein West-Gewerkschaftsvertreter neulich darauf zu sprechen, daß die 1918 entstandenden Betriebsräte (im Rahmen des Betriebsverfassungs-Gesetzes) ein reaktionäres Resultat der niedergeschlagenen Revolte der Arbeiter- und Soldatenräte gewesen seien - von oben. Gleiches ließe sich wohl auch über die (bolschewisierten) Sowjets sagen, die schon bald nach der Revolution die von unten gewählten Fabrikräte ersetzten.

Wie zwei Berliner Sozialwissenschaftler, Stefan Lutz und Martin Jander, bei ihrer Betriebsräte-Forschung herausfanden, schwankten die neuen Arbeitervertreter im Osten zwischen Belegschafts- und Betriebs-Interessen. Das war bezogen auf die Jahre 1990/91. Mit Beginn dieses Jahres, in dem auch die ersten Betriebsräte-Initiativen entstanden, wurden Betriebs- und Belegschafts-Interessen mehr und mehr identisch, denn weitergehende Arbeitsplatz-Abbau-Order der Treuhand gefährdeten die Betriebe bereits in ihren „Kernkompetenzen“, nicht zu reden von der damit verbundenen Unmöglichkeit, Vertriebs-, Werbe- und Marketing-Abteilungen auszubauen. Es kam noch hinzu, daß die Betriebsräte - im Gegensatz zur Treuhand, zu



den von ihr abhängigen Geschäftsführern und den Gewerkschafts-Funktionären - sich mehr und mehr als die einzig demokratisch legitimierten und motivierten Interessensvertreter ihrer Restbelegschaft begriffen. In dieser Situation mußte der hier und da sich entwickelnde Widerstand (in Hennigsdorf, bei ELBO, SKET, in Finsterwalde, Berlin, Freital, etc.) mit einer Werbe- und Handels-Ästhetik identisch werden, die vor allem aus einem mehr oder weniger beherzten Rückgriff auf die alten Formen besteht: Transparente, Zweizeiler, Betriebsbesetzungen, Megaphon-Reden, Mahnfeuer, Märsche und Protestfahrten - verbunden immer mit den jeweiligen Firmen-Logos. Das alles quasi von unten, spontan (also „bottom up" und nicht „top down") - und eben ganz im Sinne einer ausgeklügelten „Coprorate Identity„-Herausbildung, wozu nicht zuletzt auch ein gehöriger - selbstbewußter - Dissenz zu den Ost-West-Gewerkschaften gehört. Stiletto hatte dies bereits Design-immanent herausgearbeitet - indem er den MZ-Leuten vorschlug: „Zurück zur Klassik, wieder Speichenräder und robuste Uneleganz: Das Vorhandene zum Ausdruck bringen, und vielleicht höchstens einen Katalysator entwickeln, um den Umweltschutz-Aspekt noch mit hineinzunehmen!"

Bei BELFA kümmerte sich der vor seiner Wahl zum Betriebsrats-vorsitzenden kurz im Vertrieb tätige Peter Hartmann als erstes um die an der Ostsee-Küste abgestellten Wohnwagen des Betriebs, die er zu fahrbaren Verkaufs-Ständen umrüstete: Ein kühner Vorgriff auf alte Agitprop-Improvisationen. Seinen „professionellen" Design-Nachfolgern fiel bloß westlich-inspiriertes Werbematerial ein, das zwischen High-Tech-hinterfütterter Distinktion und durchgeknallter Manta-Freiheit schwankte. Sie realisierten damit bereits, zusammen mit einer Handvoll zu Vertretern umgeschulter Entwicklungsingenieure, was der Berater des Berliner Wirtschaftssenators, Hans-Jürgen Ewers, bei allen Treuhand-Betrieben für unabdingbar hält: „ihre Integration in die dynamischen süddeutschen Netzwerke." Vielleicht sollte man jedoch hierbei statt von „realisieren" besser von „simulieren" sprechen, denn richtig in Fahrt kam der Batterie-Absatz wie gesagt erst, als die Vertriebsaktivitäten mit massiven Arbeitskampf-Aktionen der übrigen Belegschaft flankiert wurden - und etwa 90 Zeitungsartikel, Rundfunk-Features und Fernsehbeiträge über BELFA erschienen...sowie ein neuer Investor: Nämlich NARVA, d.h. der Betriebsrat des Glühlampenwerks, das jetzt PRIAMOS heißt. Dieser konnte seinen neuen Alleingesellschafter nebst Geschäftsführer überreden, sich allen Ernstes bei der Treuhand um BELFA zu bewerben - als Käufer, der alle noch verbliebenen Arbeitsplätze für drei Jahre garantiert (zuvor hatten sich nur primär an der Immobilie interessierte gemeldet gehabt).

Anläßlich einer Protestfahrt der Betriebsräte-Initiative nach Bonn wurde noch einmal eine Mahnung des Wirtschaftsministers (Möllemann) aufgewärmt: „Wenn hier nur noch Sorge, Skepsis und Protest

GLEICHBERECHTIGUNG:
„Medium ist jeder, der eine Meinung bilden und sie vorwärtstragen kann." (FAZ-Blick durch die Wirtschaft, 1.9.92)

DANKSAGUNG:
„Für Ihre bisherige Tätigkeit in unserem Unternehmen bedanken wir uns und wir wünschen Ihnen für die Zukunft trotz der für Sie unerwarteten Situation alles Gute" (letzter Satz des Kündigungsschreibens an den Betriebsratsvorsitzenden des Gerätebatteriewerks Belfa H.-Peter Hartmann).

auf der Straße regieren, bleiben die Unternehmer weg, auch wenn ihnen genug Geld geboten wird." NARVA/BELFA und viele andere Betriebe beweisen eher das Gegenteil!

(Auch die dkk-Scharfenstein Öko-Kühlschrank-Idee würde ich noch dazuzählen: „Was Greenpeace da gemacht hat, das hätten Sie nicht mal mit einigen Millionen DM schaffen können," so dkk-Liquidator Schaaf zum Geschäftsführer, den THA-Abwickler Tränkner rausschmeißen wollte wegen seiner Greenpeace-Kooperation, auch eine Pressekonferenz der Scharfensteiner versuchte Tränkner zu verbieten, sodann schickte er ihnen eine Revision, die bis in die Privatkonten ging, ins Haus: Statt Hinweise auf verschwiegene Zahlungen an Greepeace fand man aber nur einige Überweisungen von Greepeache an die dkk - etwa 25.000 DM. Die Umweltschützer haben sich ihre Kampagne für dkk bisher 500.000 DM kosten lassen!)

Auch in dem schon mehrfach durch eklatante Fehlentscheidungen aufgefallenen Treuhand-Unternehmensbereich „Elektroindustrie" bevorzugt man anscheinend stille Liquidationen - d.h. arbeitsplatzbefreite Immobilien-Deals. Der Fall BELFA z.B. soll „möglichst still vom Tisch", wie ein THA-Manager es ausdrückte. Dabei sind jedoch zum Glück noch nicht alle Züge abgefahren: Die BELFA-Belegschaft würde in dem Fall in einen Hungerstreik treten - bis sie von NARVA/PRIAMOS übernommen wird.

Auch eine solche „Werbekampagne" gehörte noch zum klassischen Repertoire der Arbeiterbewegung. Da sich dafür jetzt schon diverse Fernseh-Teams angemeldet haben, deren Sendungen eventuell noch ganz andere Investoren bzw. Abnehmer mobilisieren, kann man hierbei jedoch auch getrost von einem „Kommunikations-Design mit offenen Ankopplungs-Möglichkeiten" sprechen, wie ebenso von einer Sorge und einer großen Sorgfalt im Umgang mit dem immateriellen Aspekt von Produktion und Produkt, der sowieso - da sich die meisten seit über zwei Jahren in Nullstundenkurzarbeit befinden - fast als einziges noch übriggeblieben ist. „Machen wir uns nichts vor, die Treuhand verkauft ihre Betriebe nicht richtig. Als Kaufleute wissen wir doch, daß man ständig Klinken putzen muß," so ein Siemens-Manager auf dem Kongreß des Wirtschatssenators.

BELFA soll zum 31.12. liquidiert werden, die ersten Kündigungen sind bereits raus. Sollten sich die Verhandlungen zwischen Treuhand und NARVA/Priamos über die Jahreswende hinziehen, wäre plötzlich eine neue Geschäftsgrundlage denkbar: eine reine Immobilien-Lösung (um ein 29.000 qm großes Wassergrundstück), bei dem die Treuhand vorderhand weitaus mehr erlösen könnte als jetzt. Die Belegschaft hat bereits einen „Verein Treuhand-geschädigter BELFA-Mitarbeiter" gegründet, um auch nach ihrer Entlassung noch einen Zusammenhang zu haben.

„Was hat das alles mit Kunst zu tun?" fragten mehrmals Leute auf der BELFA-Ausstellung in der „Botschaft". Es ging uns dabei eigentlich nur um eine Marketing-Strategie für Ostprodukte. Und das kann nur der ausgebuffteste Arbeiterkampf selbst sein - als Heterotopie diesmal!

Vielleicht geht es dabei en passant auch um die - diesmal immaterielle - Rekonstruktion des gesamten Ostblocks - per Saldo mortale! Das mag sich allzu enthusiasmiert anhören, aber wie armselig wirkt dagegen die Perspektive eines Otto Wolf von Amerongen z.B.: Der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft kann sich dort nur „halbautoritäre Regime" vorstellen, die „auf der Basis von Konzessionen, also einer Kolonialmethode, so furchtbar das klingen mag", die Wirtschaft mit Hilfe des Westens ankurbeln, wobei sich die ausländischen Unternehmer insbesondere an KGB-Angehörige halten sollen, die „einen besonders guten binnen- oder sogar außenwirtschaftlichen Durchblick haben". Und schließlich: Auch die Treuhand weicht bereits verstärkt nach Osten aus, nachdem die DDR so gut wie erledigt ist. Schon hat der Frontman der Deutschen Bank, Roland Berger, Kiew so gut wie genommen. (Übrigens gehen sie zunehmend behutsamer vor, je näher sie dem Ural kommen, das muß man auch mal erwähnen.) Demnächst ist sich die Treuhandchefin mit den Betriebsräten für gegenseitige Wirtschaftshilfe (B-RGW) noch einig: Heute BELFA und morgen ganz ODESSA! Diese Perspektive sollte hier bloß mal angedeutet werden, damit keiner auf den Gedanken kommt, die Kunst befinde sich wohlmöglich auf dem Rückzug.

Bismarc Media

Industriestadt Hennigsdorf auf dem Weg zum Film-Mekka

Die Stadt erhofft sich von den Filmleuten Werbung für den Ort. „Bisher sind wir vor allem durch die Besetzung des Stahlwerkes bekannt geworden. Nun steht im Abspann der Filme ‚Hergestellt in Hennigsdorf'. Was gibt es Besseres?", fragt der Pressesprecher der Stadtverwaltung, Thomas Kiesow. Auch handfeste Vorteile haben die Filmleute dem Stadtparlament versprochen, um die Entscheidung zu beeinflussen.

HRB 489 – 21.10.1992 – **Hennigsdorfer Fahrzeug-, Maschinen- und Stahlbau GmbH.** (O-1422 Hennigsdorf, Dorfstraße 10). Die Gesellschafterversammlung vom 08. April 1992 hat die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. Klaus Winkel ist nicht mehr Geschäftsführer. Jan-Dirk Voet, Rechtsanwalt, Berlin, ist zum Liquidator bestellt. Er vertritt allein.

93 HRB 42220 **Treuhand Osteuropa Beratungsgesellschaft mbH** (Leipziger Str. 5 – 7, 1080 Berlin). Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. Juli 1992 ist das Stammkapital um 900.000 DM auf 1.000.000 DM erhöht und der Gesellschaftsvertrag geändert in § 3 (Stammkapital, Geschäftsanteil, Stammeinlage) sowie in § 6 (Vertretung), § 7 (Beirat), § 8 (Vergütung des Beirats) und § 10 (Gesellschafterversammlung);

PRIAMOS

ein junges Unternehmen
mit Zukunft



ehemals
NARVA
Berliner Glühlampenwerk GmbH
Ehrenbergstraße 11-14
O-1017 Berlin

Was wurde aus dem NARVA-Unternehmen und seiner Belegschaft?

Das NARVA-Unternehmen wurde am 21.08.1992 privatisiert. Die PRIAMOS Immobilien-Verwaltungs GmbH hat den Geschäftsbetrieb übernommen.
Der Standort am Warschauer Platz wird aufgegeben. Am neuen Standort in Johannisthal wird ein Gewerbepark errichtet. Arbeitsplätze für ca. 1.080 ehemalige NARVA-Mitarbeiter sind zu sichern.

Betriebsrat und Geschäftsleitung stellen das PRIAMOS-Unternehmenskonzept vor:

Mit neuem Management und neuem Profil formieren sich die Aktivitäten folgender Geschäftsbereiche

Projektmanagement	-	Erarbeitung von Projekten auf dem Sektor Industrieobjekte für Rückbauleistungen und Schaffung von Übergangslösungen, einschließlich Ausführungskoordinierung.
	-	Vermarktung von technischen Anlagen und Vermittlung von Anlagegütern.
Handwerksservice	-	Kompetent für Installationsarbeiten von Elektroanlagen aller Art,
	-	Arbeiten auf dem Sektor Heizung, Gas, Sanitäranlagen,
	-	Wartung, Instandhaltung, Rationalisierung von Maschinen und Anlagen.
Dienstleistungen	-	Blitz-Service Kurierdienst, Wach- und Schließdienst, Glas- und Gebäudereinigung.
Lichtfertigung	-	Produktion und Vertrieb von Sonderentladungslampen und weitere Erzeugnisse für spezielle lichttechnische Anwendungszwecke.
Möbelvertrieb	-	Im Aufbau ist der Vertrieb von Büro- und Freizeitmöbeln, vom Einzelstück bis zur kompletten Büroausstattung.

Prüfstelle für Umwelttechnik, Meß- und Prüfwesen

Was heißt das für die ehemaligen NARVA-Mitarbeiter?

Die entscheidende Tatsache ist der Auslauf der Massenfertigung von lichttechnischen Erzeugnissen.

Neues Unternehmensprofil heißt aber auch, daß die Mitarbeiter mit neuen Aufgaben in neuem Umfeld tätig sind oder tätig werden.
Sie nutzen ihre Chance, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zur Erreichung der Ziele der neuen Geschäftsbereiche einzusetzen.
Handwerkliches Können zeichnete unsere Anlagenfahrer immer aus, heute ist es Teil des Fundamentes des Handwerksservices.
Hohen Qualitätsanforderungen gerecht werdende Montagefertigkeiten und Zuverlässigkeit charakterisieren die weiblichen Mitarbeiter aus den Fertigungsbereichen. Diese Qualifikation ist eine Säule für den Aufbau des Geschäftsbereiches Dienstleistungen.
Ingenieurtechnisches Wissen ist eine Grundlage für Projektmanagement und wird in der Prüfstelle benötigt.

Vor jedem Mitarbeiter stand oder steht damit die Frage, sein Wissen und Können in die neuen Geschäftsbereiche einzubringen. Knapp drei Monate zeigen, daß sich etwas Neues aufbauen läßt, daß Arbeitsplatzgarantie mit Leistung untersetzt werden kann, daß sich die Mitarbeiter entschieden haben.
Erklärtes Ziel der Geschäftsleitung ist es, die neuen Bereiche zur Selbständigkeit zu führen und zum Bestandteil des Gewerbeparks Johannisthal zu machen.
Das Projektmanagement und der Handwerksservice bereiten das neue Objekt vor und sind auch am alten Standort am Warschauer Platz mit dem Rückbau befaßt. Die Mitarbeiter des Bereiches Dienstleistungen und der Prüfstelle sind in die Vorhaben integriert.

Die ersten Schritte nach dem Start sind getan. Die nächsten Schritte werden sich auf den Aufbau des Gewerbeparks konzentrieren sowie auf die Ansiedlung mittelständiger Unternehmen. Umschulung und Integration sind dann wiederum für zahlreiche Mitarbeiter eine Möglichkeit, sich zu beweisen - wie es heute schon viele in neuen Arbeitsbereichen tun - in der

PRIAMOS Immobilien-Verwaltungs GmbH,

einem jungen Unternehmen

mit Zukunft.

G. Comesaña M.
-Geschäftsführer
PRIAMOS

M. Müller
Betriebsrat
für die Belegschaft

STRAFVERFAHREN GEGEN TREUHAND-DEMONSTRANT



Thomas Gatz wird abgeführt

Das Amtsgericht Moabit verurteilte im Juli den Hennigsdorfer Stahlwerker und Vertrauensmann der IG Metall Thomas Gatz zur Zahlung einer Geldbuße von 300 DM, weil er Ende vergangenen Jahres bei einer Protestdemonstration der Hennigsdorfer Belegschaft vor der Treuhandanstalt in Berlin der Polizei ins Gehege gekommen war. Die Kosten übernahm die IG Metall, auch eine Hennigsdorfer Ingenieur-Studentengruppe hatte sich angeboten. Die Gewerkschaft hatte dem Beschuldigten zuvor einen Westberliner Rechtsanwalt, Helmut Kühn, vermittelt. Der sprach anschließend von einer „Instinktlosigkeit" der Staatsanwaltschaft, daß sie den Strafbefehl nicht zurücknahm - und damit das Gericht zwang, das Verfahren einzustellen und eine Geldbuße zu verhängen. Der Anwalt mußte lange auf seinen Mandanten einreden, damit der dieses „milde" Urteil überhaupt annahm, denn Thomas Gatz fühlte und fühlt sich völlig unschuldig. Der 30jährige ehemalige Gießer lenkte schließlich vor allem deswegen ein, weil er als eventuell Vorbestrafter seine nunmehrige Umschulung zum Versicherungskaufmann mit einem zweiten Verfahren gefährdet hätte. In der Anklageschrift hatte es geheißen: „Am Tattag gegen 15 Uhr 30 kam es in der Otto-Grotewohl-Straße aufgrund einer Spontanversammlung zu einem Polizeieinsatz. Nachdem der Zeuge PM Schlegel den Angeschuldigten, welcher mit mehreren Versammlungsteilnehmern die Auffahrt zur Treuhandanstalt blockierte, mehrmals vergeblich aufgefordert hatte, die Ausfahrt zu verlassen, zog er diesen zu sich, um seine Personalien festzustellen. Der Angeschuldigte versuchte daraufhin sich loszureißen und dem Zeugen PM Schlegel ein Bein zu stellen. Daraufhin wurde er durch die Zeugen POM Rau und PM Schlegel zu dem Polizeifahrzeug verbracht, währenddessen er erneut den Versuch unternahm sich loszureißen."

Der Betriebsratsvorsitzende des Hennigsdorfer Stahlwerks, Peter Schulz, hatte dazu der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß Thomas Gatz als Ordner in der ersten Reihe gestanden habe, um Ruhe und Besonnenheit unter den Protestierenden zu gewährleisten, und daß er wahllos und überraschend von der Polizei herausgegriffen und in den Schwitzkasten genommen worden sei. Diese Aktion sei der Lage nicht angemessen gewesen, Zeugen könnten überdies bestätigen, daß Thomas Gatz zu keiner Zeit einem Polizisten ein Bein gestellt habe. Auch daß die Polizei mehrmals aufgefordert habe, die Treuhand-Ausfahrt freizumachen, entsprach nicht der Wahrheit. Die ganz naiv die Westjustiz für gerechter haltenden Stahlwerker mußten sich anschließend jedoch von Rechtsanwalt Kühn sagen lassen: „Selbst wenn man sich nur aus einem schmerzhaften Schwitzkasten befreien möchte, ist das Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die äußeren Umstände, wie die Ordner-Aufgabe sind dabei ohne Belang, dazu gehört auch das überharte Eingreifen der Polizei, bei der es sich im übrigen um ganz brutale Burschen, die sofort zulangen, handelt - die sind von der in Wackersdorf und Kreuzberg autonomengestählten EB 33 gewesen."

Fast täglich demonstrieren seit Beginn der Privatisierung irgendwelche von der Treuhand sich ausgetrickst fühlende ostdeutsche Belegschaften in der Otto-Grotewohl-Straße und für gewöhnlich sind dort äußerst höflich und kooperativ eingestellte Polizisten eingesetzt, aber nachdem die Hennigsdorfer Belegschaft ihren Betrieb besetzt hatte, weil der ohne ausreichende flankierende soziale Maßnahmen an den italienischen Riva-Stahlkonzern verkauft werden sollte, befürchtete die für die Treuhand-Sicherheit verantwortliche Einsatzleitung am 21.9. einen etwas heftigeren Protest als sonst. Für den Betriebsratsvorsitzenden Peter Schulz ist das Vorgehen der Ordnungshüter sowie die daraufhin erfolgte Anklage ein „politischer Skandal": „Wenn das Schule macht, wird sich bald niemand mehr finden, der berechtigte Proteste in geordnete Bahnen lenkt." Außerdem sei das Beinstellen „glatt dazugelogen" worden. Auch für Anwalt Helmut Kühn wurde „die Verhältnismäßigkeit in dem Prozeß eklatant mißachtet: Es ist einfach idiotisch, eine solche Lapalie politisch brisant hochzuspielen."

Das letzte Wort hat der Angeklagte: „Das Schlimme an der ganzen Sache ist, daß die Leute, die was Positives wollen, die sich wehren gegen das Unrecht, das hier zur Zeit überall geschieht, daß die mundtot gemacht werden. Und da fragt man sich: Was hat sich seit der Wende groß geändert in der Rechtssprechung? Politisch war es sicher falsch, das Urteil so anzunehmen, aber für mich privat blieb mir letztlich nichts anderes übrig. Das fand ich auch so schlimm daran: Das man gezwungen wird, solch eine Entscheidung zu treffen, obwohl man weiß, daß es die falsche ist. Das hat mich hart getroffen."

GUTER RAT:
„Sie müssen Druck auf die Gewerkschafter in den Aufsichtsräten ausüben, damit die dafür sorgen, daß auch ihre Konzerne Ostprodukte beziehen." (Friedhelm Ost: Ratschlag an die ostdeutschen Betriebsräte in Bonn)

SACHSPENDE
Der Betriebsrat des WF, wir berichteten, betreibt das ehemalige FDJ-Ferienlager am Frauensee, in Eigenregie als Kindererholungsort. Derzeit sucht er Fahrräder: gebrauchte, kaputte oder zu klein gewordene. Kontakt: Siehe Impressum.

IN EIGENER SACHE
Über die 1.Konferenz berichteten die Springer- und Burda-Zeitungen (Bild, BZ, Morgenpost, Super): „Betriebsräte wollen Treuhand besetzen" - Und das waren! Wir gingen gegen diesen Dumpfjournalismus juristisch vor. Die Morgenpost legte daraufhin einen ausführlicheren Bericht nach, bei den anderen Zeitungen ließen wir die Sache im Sand verlaufen. Ende Oktober nun wagte die Springer-Zeitung Welt am Sonntag erneut einen Tritt: „Nach Erkenntnissen des DGB in Sachsen wird die Betriebsräte-Initiative von linken Soziologen der Freien Universität beraten und von Kommunisten unterwandert." Zwar distanzierte sich der betreffende DGB-Funktionär umgehend von dieser Einschätzung: Der Schmierenjournalist hätte ihm seine Worte im Munde rumgedreht - „ihr kennt das ja", nichtsdestotrotz zeitigte diese Denunziation (die Mehrheit der Betriebsräte ist in der SPD organisiert, einige gar in der CDU und einer im Vogelschutzbund) schon bald geschäftsschädigende Wirkung: Trotz Zusage des Geschäftsführers der BAE GmbH weigerte sich die Vertriebsleitung plötzlich, im Ostwind - „dieser ganz linksradikalen Zeitung" - eine Anzeige zu plazieren.

TERMINE:
Die Berliner Betriebs- und Personalräte-Initiative trifft sich jeden Mittwoch um 19Uhr im DGB-Haus Wallstraße, Saal 0205.
Der Arbeitsausschuß der Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte tagt vierzehntägig in den selben Räumen - Mittwochs um 16Uhr.
Daneben gibt es noch regionale Arbeitskreise - z.B. in Sachsen-Anhalt (von den Betriebsräten der Chemie-Großbetriebe), in Mecklenburg (Rostock) sowie in Vorpommern.
Die Redaktions-Gruppe für den Ostwind trifft sich in unregelmäßigen Abständen im Werk für Fernsehelektronik.
Wir brauchen dringend weitere Mitarbeiter: Für die Stunde gibts - wie üblich - 60 Minuten.



ARBEITSPOLITIK AM SCHEIDEWEG

von Rainer Thiel/13.7.1992

Vorbemerkung: Im Sommer veranstaltete der Berliner Arbeitssenat und das Brandenburgische Sozialministerium einen Kongreß über Beschäftigungsgesellschaften und -Projekte, sowie Umschulungs- und Qualifizierungs-Maßnahmen.

Asphalt und Tribüne, Parkett und Podium. Das Wort fließt von oben nach unten. Respekt wächst nach oben. Wer von oben spricht, gießt seine Worte ins Mikro. Genießt den Rückhall aus den Lautsprechern des Saales. Akustik hebt ihn noch höher. Die Technik ist heute vorzüglich.

Wer unten sitzt und sprechen will, sinkt tiefer ein. Das eigne Wort versickert im Schallschlucker - perforiertem Feld aus tausend Leibern und Zwischenräumen. Pures Parkett.

Ich hab schon Parkett mit Mikrophonen erlebt. Aber nicht beim Kongreß für Arbeitsförderung. Oben sitzt Christine Bergmann. Sie kennt mich schon, weil ich ihr Briefe schreibe: Zeitgenossen hören! Mit den Fördermitteln Arbeitsplätze schaffen!

Christine ist Senatorin für Arbeit. In Berlin. Weit weg von Brandenburg. Ihr Kongreß macht mir Lust auf Eklat. Die Berliner Zeitung hätte gar nichts gemerkt. Die gedruckte Erfolgsmeldung holt sie sich ab. Kurz vor Schluß erklimme ich das Podium. Okkupiere das Mikro am Rednerpult und bin plötzlich zur Sanftmut geneigt. Oben sitzt auch die Hildebrandt. Ich weiß, diese Frau kann zuhören. Sogar auf die Dörfer geht sie selbst. Aber hier führt Berlin die Regie. Auf diesem Podium habe ich just eine Minute, zu berichten, wie wir für Arbeitslose neue Existenzmöglichkeiten schaffen.

Als ich die Treppe zum Parkett wieder hinabsteige, flüstert Christine an ihrem Mikro vorbei zu mir hinab: Herr T., wir haben Ihre Vorschläge schon immer berücksichtigt.

Ich war perplex und schrieb ihr einen Brief:

Sehr geehrte Frau Bergmann, (...)

Meine Antwort in den Saal wäre in diesem Moment sehr scharf gewesen...Schon der Kongreß beweist, daß Sie nichts davon berücksichtigt haben. In den Podiumsgesprächen wurde das Thema von den Rednern, deren Auswahl der Veranstalter zu verantworten hat, nicht angeschnitten. Im Spektrum der vom Veranstalter geplanten neun Workshops war das Thema nicht zu finden. Im Tagungsreader wurden Kurzzusammenfassungen von 31 Referaten abgedruckt. In einem einzigen ist dargestellt, wie ABM-Arbeit kreativ zu innovativen Produktkonzepten geführt wird, die Arbeitsplätze für technisches u n d produzierendes Personal sichern: der Beitrag „ökotextilien" der Frauen aus Cottbus. Nur in drei weiteren Vorträgen haben Referenten versucht, sich einer solchen Denkrichtung anzunähern.

Es gab Beiträge, zu denen der Arbeitslose gesagt hätte: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Ich denke an den Vortrag eines „Arbeitszeitberaters", der den Zuhörern ein „theoretisches Modell" vortrug, wie man Mehrschichtbetrieb und Mitarbeiterqualifikation unter einen Hut bringt. Millionen Werktätige der DDR haben im Mehrschichtbetrieb gearbeitet, zehntausende haben sich unter diesen Bedingungen qualifiziert, und jetzt kommt ein „Arbeitszeitberater" und will uns lehren, was wir uns an den Schuhsohlen abgelaufen haben, viele auch zum Schaden ihrer Familie.. Obendrein hat dieser „Arbeitszeitberater" nicht einmal begriffen, daß Millionen Arbeitsplätze wegbrechen, weil jetzt kaum noch Anlaß für Mehrschichtbetrieb besteht. Es fehlen nämlich Aufträge. Und Aufträge fehlen, weil es an marktfähigen Projekten fehlt.

Obwohl wir - der Verein I.S.I.S - im Bereich „Ingenieurprojekte für Arbeitsplätze" zu den Vorreitern gehören, auch nicht erst seit 89 da sind und über eine Menge Erfahrung verfügen, wurden wir von Ihnen keiner Einladung gewürdigt, weder zum Fachkongreß noch zum Treffen von ABM-Gruppen, das sie im März veranstalteten.

Zu meinen Vorschlägen haben Sie nicht einmal einen Ihrer Mitarbeiter gebeten, den Eingang zu bestätigen.

Aber ich muß noch weitergehen. Der „Kongreß" war von Ihnen gar nicht als ein Forum konzipiert, das m i t den Betroffenen abgehalten wird. Fast ununterbrochen und selbst in den sogenannten Workshops waren vorbestellte Redner am Werk. Diskussion war kaum vorgesehen.

Nicht einmal a u s g e s c h r i e b e n waren die Arbeitsgruppen und Podiumsgespräche im Kreis der Erfahrungsträger. Wer sich da nicht an vergangene Zeiten erinnert-...Schlimm, weil wir sensibel sein müßten dafür, daß Menschen nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Veranstaltungen zu sein haben, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Was hat die Tagung gekostet? Einschließlich der Zeit der 1400 Teilnehmer?

Obwohl das Haus der Tagung gut ausgestattet ist, gab es zu den Podiumsgesprächen nicht einmal Saalmikrophone. Was sind wir Bürger der ehemaligen DDR doch für Schafe, daß wir es uns gefallen lassen, wenn arbeitslose Frauen - gestandene Fachleute - aus hintersten Ecken des Riesensaales mit ihrer schwachen Stimme schreien müssen, um eine Frage zu stellen oder gar eine Meinung zu äußern. Hochdotierte sitzen auf dem Podium vor Mikrophonen, das Publikum wurde gedemütigt. Hätten wenigstens alle auf dem Podium etwas zu sagen gewußt, so wie Frau Hildebrandt und ihr Staatssekretär.

Dem wäre noch hinzuzufügen: Vertreter des Senats im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes haben entschieden, Projektwerkstätten für die Vorbereitung von Arbeitsplätzen lägen nicht im öffentlichen Interesse.

Das hätte ich erwarten sollen. Wenn Leute ganz unten auf Almosen nicht warten, sondern selber was tun wollen, paßt es nicht ins Konzept der Entscheidungsträger. Arbeitskongreß als Podiumsspektakel.

DAS NEUE BAUKOMBINAT ELBO

(Von der Elbe bis zur Oder)

Während im Osten einzig das Baugewerbe, so wird immer wieder betont, wirklich boomt, und deswegen z.B. eine CDU-Abgeordnete aus Bautzen stolz erzählt, daß demnächst in einem Schnell-Qualifizierungsprogramm weitere 10.000 Bauarbeiter Kelle bei Fuß stehen, klagen die Ost-Baufirmen nach wie vor über Auftragsmangel, ja melden gar Kurzarbeit an - und entlassen sogar Arbeiter, wie z.B. beim ELBO-Konzern, wo demnächst weiteren 570 Mitarbeitern gekündigt wird. Gleichzeitig hat die Treuhand einen Bremer Rechtsanwalt wegen Veruntreuung mehrerer Millionen verklagt und zwei Treuhand-Manager, Rexrodt und Stieringer, haben sich gegenseitig angezeigt. - Alles wegen der ELBO-Baugruppe, die Minister Krause - dem eine „Als-Ob-Privatisierung" das Non-Plus-Ultra ist - als „mein Baby" oder so ähnlich bezeichnet. Der Betriebsratsvorsitzende ist trotzdem skeptisch: „Es fehlt der politische Wille der Landesregierung, uns wirklich zu erhalten. Weder die Treuhand-Task-Force-Truppe noch die SPD-Ad-Hoc-Gruppe haben geholfen." Im Folgenden eine Mitteilung der sozialdemokratischen Eingreif-Reserve vom 19.Oktober:

„Die Privatisierung der Betriebe der ELBO-Baugruppe läuft auf vollen Touren", so lautet die gebetsmühlenhafte Dauer-Formel der Treuhandanstalt seit nunmehr über einem Jahr. Doch Tatsache ist: Von Privatisierung bisher keine Spur. Angesagt sind vielmehr erneut massive Entlassungen.

Dabei hätte es nicht so weit kommen müssen. Im Frühjahr und im Sommer gab es mehrere Anbieter, die durch eine integrierte innerbetriebliche Qualifikation den Erhalt sämtlicher 5.300 Arbeitsplätze garantieren wollten. Das lehnte die Treuhand (aus welchen Gründen wohl!) kategorisch ab.

Im Sommer konzentrierten sich die Verkaufsabsichten der Treuhand, nicht zuletzt auf nachhaltigen Druck des Ministers Krause, ausschließlich auf die französische Firma Bouygues. Alle deutschen Anbieter wurden - ohne auch nur ein einziges Gespräch mit ihnen zu führen - ohne Darlegung überzeugender Argumente mit Hilfe einer sog. Investment-Bank ausgebootet. Als sich Bouygues im Juni 92 weigerte, die aufgrund des Mißmanagements unter Treuhand-Ägide aufgehäuften Schulden zu übernehmen, schaltete die Berliner Mammut-Behörde erneut auf stur. Neue Investoren wurden gesucht.

In der Zwischenzeit ging es mit der Leistungsfähigkeit der ELBO-Baugruppe weiter kräftig bergab: Die Treuhand als Garant für Mißmanagemen. Noch nicht einmal die vorhandenen Auftragsbestände konnten

„normal" abgearbeitet werden, weil unter dem Treuhand-Management die hierfür notwendige Produktivitätssteigerung nicht möglich war. Bei jeder Mark Umsatz zahlt die THA einige Groschen drauf, nur um am Markt bestehen zu können und um die Unwirtschaftlichkeit der restlichen Betriebe zu verschleiern. Das Defizit berappt die THA massiv aus Steuergeldern, z.B. in Form sogenannter Liquiditätskredite.

Im Dezember 92 will die THA neu entscheiden. Der ursprüngliche Termin war der Juli 92. Für die Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern ist jetzt die englische Firma Mowlem das Favorit der Treuhand. Auch hier kungelt der früher bei ELBO-Rostock beschäftigte Bauingenieur Krause, jetzt Verkehrsminister, nach alter Manier wieder kräftig mit.

Doch Mowlem ist klamm. Das Pfund ist schwach. In den letzten beiden Jahren hatten die Briten massive Defizite.

Unterdessen melden sich viele Stimmen der Vernunft. So forderte Sparkassenpräsident Geiger nachdrücklich, in Ostdeutschland „lebensfähige industrielle Kerne zu erhalten". Und das Mitglied des Zentralbankrates, Jochimsen, mahnte die „Ordnungs- und Schutzfunktion" des Staates gegenüber den ostdeutschen Unternehmen an. Am deutlichsten aber äußerte sich der Kanzler-Aspirant Rühe: „In den neuen Bundesländern müsse es für mehrere Jahre einen gewissen Schutz, eine unkonventionelle Förderung der Industrie geben". Als beispielhaft nannte er „Wolfsburg und Salzgitter.

Damit erfährt der Vorschlag der „ad-hoc-Gruppe ELBO", die ELBO-Baugruppe durch die öffentliche Hand (z.B. mit Bürgschaften) zu sanieren, eine erfreuliche, wenn auch späte Rechtfertigung. Die THA sollte endlich ihre hilflosen Versuche einer so nicht machbaren Privatisierung aufgeben. Sie kosten nur unnötig Geld und wertvolle Zeit.

Mit einem Sanierungsaufwand von nur einem Viertel dessen, was die Werften kosteten, könnte aus ELBO in kürzester Zeit ein erfolgreicher Ost-Baukonzern (der einzige übrigens) geformt werden.

Jetzt sind Finanzminister, Ministerpräsidenten und Bundeskanzler in der Pflicht. Die Menschen in den ELBO-Betrieben brauchen endlich eine sichere Zukunftsperspektive. Die notwendigen Schritte können nur lauten: Konzentrieren - Sanieren - Privatisieren.

Die bisherige Privatisierungsideologie der Treuhand ist erwiesenermaßen kein taugliches Rezept. Sie verschlingt immense Steuergelder und ist ohne Erfolgschance. Die Verantwortlichen sollten endlich gefeuert werden. Zeit zur Umkehr.



Bottom Up: Die Gesamtbetriebsräte



Top Down: Die Treuhänder

Solidaritätserklärung des Betriebsrats des Instituts für Rundfunktechnik (München) an die Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

München, den 17.6.92

wir begrüßen Eure Initiative, gemeinsam gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Ostdeutschland vorzugehen, und treten dafür ein, daß die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung Euch dabei nach Kräften unterstützt.

Für uns gibt es gute Gründe, in dieser Auseinandersetzung mit Euch solidarisch zu sein. Den westdeutschen Unternehmern hat die "Wiedervereinigung" glänzende Gewinne gebracht. Sie machen aber keinerlei Anstalten, damit nun auch entsprechend Arbeitsplätze bei Euch zu erhalten bzw. neu zu schaffen. Vielmehr fordern Politiker und andere Lobbyisten täglich von uns westdeutschen Arbeitnehmern, für den "Wiederaufbau" in den neuen Bundesländern Lohnverzicht zu üben. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum die westdeutschen Unternehmer durch Lohnverzicht im Westen zu Investitionen im Osten veranlaßt werden sollten, da es den westdeutschen Konzernen ja nicht an Kapital mangelt. Eine Verbilligung der westdeutschen Arbeitskraft könnte höchstens den entgegengesetzten Effekt haben.

Wir finden es auch völlig unakzeptabel, daß zuerst durch die westdeutsche Konkurrenz und durch die Kahlschlagpolitik, die die "Treuhand" im Auftrag der Bundesregierung betreibt, bei Euch massiv Arbeitsplätze zerstört werden, und danach die westdeutschen Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, um die ostdeutschen Arbeitslosen durch Transferleistungen über Wasser zu halten. Vielmehr sollten diese Gelder für den Erhalt bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt werden.

Die Politik der Bundesregierung und der Treuhandanstalt zielt trotz gegenteiliger Verlautbarungen darauf ab, die Arbeitnehmer in West und Ost gegeneinander auszuspielen. Lassen wir uns nicht spalten!

W. Richter

Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender

Sehr geehrter Kollege,

leider hat der Betriebsrat der ADDINOL MIneralöl GmbH Lützkendorf die Einladung zur Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmer erst am 22. 06. 1992 erhalten. Aus diesem Grund war es uns nicht möglich, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Zwischenzeitlich haben wir Informationen von dieser Veranstaltung erhalten und kennen die Forderungen, die dem Treuhandanstaltvorstand am 30. 06. 1992 übergeben werden sollen. Ich kann Ihnen versichern, daß der Betriebsrat der ADDINOL Mineralöl GmbH Lützkendorf hinter diesen Forderungen steht, einige auch für uns maßgeschneidert sind.

Wir sind ebenfalls ein Treuhandunternehmen, das um seine Existenz kämpfen muß. Als früher führendes Unternehmen auf dem Schmierölmarkt der ehemaligen "DDR" bricht heute durch die Konkurrenz der großen Mineralölunternehmen der alten Bundesländer der Markt weg. In ihrem Bestreben, den Markt in Ostdeutschland genau so aufzuteilen, wie in Westdeutschland, lassen sie uns keine Zeit, das Unternehmen zu sanieren und marktfähig zu machen.

Erhärtet wird die Situation noch durch das zögerliche Verhalten der Treuhandanstalt bei der Ausreichung von Investitionsmitteln.

Wir glauben, daß diese Situation in vielen ostdeutschen Unternehmen vorherrschend ist. Deshalb treten auch wir für die auf der Veranstaltung am 20. 06. 1992 aufgestellten Forderungen ein.

Leider ist es uns nicht möglich, an der Übergabe der Forderungen an die THA persönlich teilzunehmen, da wir am 30. 06. 1992 eine sehr wichtige Betriebsratssitzung haben. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir weitere Informationen erhalten würden.

Mit freundlichen Grüßen

Seela
Vorsitzender
des Betriebsrates

Krumpa, 25. 6. 1992
Hauptstraße 1

EIN BRIEFWECHSEL ÜBER AUSLÄNDER

Vorbemerkung: Der Unmut über die wachsende Zahl äußerst schlecht bezahlter ausländischer Leiharbeiter nimmt zu - besonders im Bau-Haupt- und -Nebengewerbe. Trotzdem, läßt die Regierung - laut Tagesspiegel - erklären, „gebe es keinen Grund für Neuregelungen. Leiharbeitnehmer seien umfassend geschützt. Verstöße kämen in der Praxis kaum vor."

INTERMONT GMBH
-Montagedienstleistungen-
20-805 Lublin/Polen

Betr.: Personalkostensenkung durch Werkvertrag mit polnischen Arbeitnehmern.

Sehr geehrte Damen und Herren,
unsere Firma, ein deutsch-polnisches Gemeinschaftsunternehmen mit deutscher Leitung, bietet Ihnen auf diesem Weg eine Möglichkeit, Ihre Personalkosten entscheidend senken zu können.
Wir verfügen über abrufbereites polnisches Fachpersonal aus der gesamten Palette Metallberufe (Schlosser, Schweißer, Dreher, Werkzeugmacher).
Unsere Kalkulationsbasis für Aufträge beträgt DM 30.-/Stunde.
Es handelt sich bei der angebotenen Dienstleistung nicht um Arbeitnehmerüberlassung oder Leiharbeit, vielmehr stellen wir Ihnen im Auftragsfalle für fest vereinbarte Arbeiten gemäß Leistungsverzeichnissen Personal mit eigenem Meister oder Vorarbeiter zur Verfügung.
Sie bezahlen ausschließlich vereinbarte Festpreise für geleistete Arbeit, (= fertige Teile, Anlagen etc.), nicht für abgeleistete Arbeitsstunden. (Keine Kosten für Urlaub, Krankheit, Feiertage, keine sonstigen Lohnnebenkosten).
Damit verfügen Sie von vorneherein über eine kalkulierbare Kostenbasis.
Bei Interesse bitten wir um Kontaktaufnahme.
Unser Herr Mayr steht Ihnen jederzeit für ein ausführliches Gespräch über unsere Möglichkeiten zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüssen
(unleserlich)

PHILIPP HOLZMANN
Aktiengesellschaft
Konzernbetriebsrat

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
der Konzernbetriebsrat des PHILIP HOLZMANN Konzerns, der 22990 inländische Mitarbeiter vertritt, wendet sich heute in großer Sorge an Sie. Es geht um die Bewilligung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen in großen Kontingenten für Bewohner aus Ländern des ehemaligen Ostblocks.
Nach unserer Meinung ist es bereits 12 Uhr und nicht erst 5 vor 12. Der Ausgang der Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein bestätigt unsere Befürchtungen.
Dieser Rechtsruck hat sicherlich mit der Asylpolitik und den vielen ungeklärten Problemen zu tun, nach unserer Meinung auch mit der oben angeschnittenen Thematik.
Wie ein Artikel in der SZ vom 6.4.92 feststellt, nehmen der Ausländerhaß und die Straftaten an Ausländern erschreckend zu, und zwar insbesondere durch arbeitslose Mitbürger. Wir stellen diese Tatsache auch in unseren Arbeitsbereichen immer mehr fest. Dies hat genauso wie das Asylproblem seine Ursache in der Politik der Regierung. Hauptsächlich den Ostblockländern werden verstärkt Zusagen en bloc über Aufenthaltsgenehmigungen inkl. Arbeitserlaubnis gemacht. Die Folge ist, daß diese Länder mit Staatsfirmen auf den deutschen Markt drängen und ihre Arbeit zu Dumpingpreisen anbieten. All diese Billigarbeitskräfte zahlen hier direkt keine Sozialabgaben, wie dies von unseren deutschen Arbeitnehmern ordnungsgemäß verlangt wird.

Diesem Angebot, Aufträge viel billiger auszuführen, kann kaum ein Unternehmen widerstehen, und falls es das versucht, bekommt es keinen Auftrag mehr. Das Ergebnis ist, daß zunehmend eigene Mitarbeiter zunächst in Kurzarbeit geschickt und später entlassen werden. Polen, Tschechen, Bulgaren, Rumänen etc. überschwemmen den deutschen Arbeitsmarkt, besonders ist dies in den Baubereichen festzustellen.
Nicht nur die Kassen unserer Arbeitsämter werden hierdurch belastet, sondern ganz besonders auch die Renten- und Krankenkassen. Herr Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl!
Die Schwemme von Kontingenten ausländischer Beschäftigter muß eingedämmt werden, damit unsere Arbeitsplätze auf die Dauer gesichert sind - und mit ihnen der soziale Friede.
Wir haben keine Vorurteile gegen ausländische Arbeitnehmer, die bei uns zu hiesigen Bedingungen arbeiten, wie dies schon seit Jahren geschieht. Sie müssen aber nach unseren Tarifverträgen, Tariflöhnen und -gehältern, unter Zahlung der gleichen Steuern und Abgaben wie unsere deutschen Arbeitnehmer hier arbeiten. Es kann nicht angehen, daß Tarifabschlüsse ausgehandelt werden in dem Bewußtsein, daß sie mit „Billigarbeitskräften" anschließend umgangen werden.
Bitte handeln Sie, bevor es zu spät ist!!!
Mit freundlichen Grüssen
PHILIP HOPLZMANN AG
Konzernbetriebsrat
(J.Mahneke)

DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG

Sehr geehrter Herr Mahneke,
das Bundeskanzleramt hat mir Ihr Schreiben vom 29. April 92 übersandt.
Zur Beschäftigung mittel- und osteuropäischer Werkvertragsarbeitnehmer bemerke ich folgendes:
Die mittel- und osteuropäischen Staaten befinden sich in einem anhaltenden und tiefgreifenden Prozeß des wirtschaftlichen Umbruchs. Wirtschaft und Politik haben gemeinsam ein erhebliches Interesse daran, daß die wirtschaftliche Reformpolitik als Garant für dauernde wirtschaftliche und politische Stabilität in Europa nicht scheitert. Die seit 1988 mit den mittel- und osteuropäischen Staaten geschlossenen Werkvertragsarbeitnehmer-Vereinbarungen sind ein wichtiger Teil der Politik der Bundesregierung, die Umstellung der Volkswirtschaften der ehemaligen Ostblockstaaten auf marktwirtschaftliche Strukturen zu unterstützen. Sie leisten einen auch zunehmend in der europäischen Gemeinschaft anerkannten Beitrag zu einer wirtschaftlichen Entwicklung, die die Menschen zu einem Verbleiben in ihren Heimatländern ermutigt. Die ausländischen Unternehmen sollen im Rahmen ihrer Tätigkeit westliche Standards kennenlernen und das erworbene Wissen später in den Herkunftsländern einsetzen. Mit den erzielten Gewinnen können die ausländischen Unternehmen wichtige Investitionen in den Herkunftsländern tätigen. Die Vereinbarungen eröffnen auch deutschen Unternehmen die Möglichkeit, die Kontakte im wirtschaftlichen, technischen und industriellen Bereich zu Unternehmen in den Reformstaaten zu verbessern und auszuweiten, wobei auch Präferenzen für deutsche Investitionsgüter geschaffen werden, deren Export sich bei uns beschäftigungssichernd auswirkt. Von den Vereinbarungen profitieren daher beide Seiten.
Die Bundesregierung ist bisher Verpflichtungen eingegangen, die rd. 100.000 ausländischen Werkvertragsarbeitnehmern eine befristete Beschäftigung in der Bundesrepublik ermöglicht. Ende April waren rd. 83.000 Werkvertragsarbeitnehmer zugelassen, davon rd. 60.000 im Baugewerbe. Die Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern im Baubereich ist durch Festlegung von Sonderkontingenten begrenzt, rund die Hälfte dieser Sonderkontingente sind zudem bis Ende 1993 bzw. 1994 befristet. Diese Kontingente sind noch durch Konzentrationsklauseln abgesichert, die verhindern sollen, daß sich die Beschäftigung der Werkvertragsarbeitnehmer in bestimmten Regionen zu Lasten der dort tätigen deutschen Firmen konzentriert. Die Verträge enthalten darüber hinaus eine Klausel, die zu einer Anpassung der Kontingente an eine veränderte Arbeitsmarktlage führt (eine Erhöhung der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt löst eine Kürzung des Kontingents um 5 v.H. aus). Die erstmalige Berücksichtigung der Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern wird aller Voraussicht nach noch in diesem Jahr zu einer Kürzung der Kontingente auch im Baubereich führen.
Um mögliche Wettbewerbsvorteile gering zu halten, sehen die Vereinbarungen vor, daß die Entlohnung der Werkvertragsarbeitnehmer einschließlich des Teils, der wegen der auswärtigen Beschäftigung gezahlt wird, dem deutschen Tariflohn für vergleichbare Tätigkeiten entsprechen muß. Anderenfalls darf den Werkvertragsarbeitnehmern keine Arbeitserlaubnis erteilt werden. Künftig müssen bei der Entlohnung der Werkvertragsarbeitnehmer auch die Auslösung, sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld berücksichtigt werden. Außerdem sollen ausländischen Werkver-

tragsfirmen eine Bearbeitungsgebühr zum Ausgleich der besonderen Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit bei der Bearbeitung und Prüfung der Werkvertragstätigkeit in Rechnung gestellt werden. Diese Maßnahmen werden die Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern im Bundesgebiet insgesamt verteuern und damit zu mehr Wettbewerbsgleichheit führen.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um illegale Praktiken im Bereich der Beschäftigung ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer (Lohndumping, Leiharbeit) wirksam zu bekämpfen. So soll das Verfahren zu Genehmigung der Werkverträge bei den Landesarbeitsämtern u.a. durch eine Verstärkung der Personalkapazitäten verbessert und gestrafft werden. Zur Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten in den Betrieben soll ein Betriebsprüfungsrecht der Bundesanstalt für Arbeit eingeführt werden. Werkvertragsarbeitnehmer sollen künftig verpflichtet werden, eine besonders gekennzeichnete Arbeitserlaubnis mitzuführen und ggfs. den Überwachungsbehörden vorzulegen. Schließlich werden auch die Sanktionsregelungen in den Vereinbarungen verschärft, mit der Folge, daß ausländische Werkvertragsfirmen, die den vereinbarten Lohn nicht zahlen oder Arbeitnehmer verleihen oder illegal beschäftigen, nicht mehr zugelassen werden.

Die Bundesregierung wird die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Erfolg der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen sicherzustellebn. Im übrigen ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der erzielte Beschäftigungsrahmen eine Obergrenze darstellt und deshalb eine Erhöhung der Beschäftigungskontingente in absehbarer Zeit nicht mehr in Betracht kommt.

Mit freundlichen Grüssen

„BERLINER ÖKONOMIE"

Vorbemerkung: In der letzten Ausgabe des „Ostwind" berichteten wir ausführlich über einen Kongreß des Berliner Wirtschaftssenators Norbert Meisner, der den kreativen Investoren gewidmet war. Dieser Beitrag nun ist den tapferen Schneiderinnen zugeeignet: Erstes Vorarbeiten zu einer Ökonomie des Scheiterns.

Berlin war schon immer ein Anziehungspunkt für Verlierer und Versager aller Art. Nach der Teilung der Stadt verstärkte sich diese Entwicklung sogar noch: „Der Bau der Mauer hat auch sein Gutes gehabt, die schlimmsten Leute haben damals die Stadt verlassen," so Wolfgang Neuss, selbst ein begnadet Gescheiterter. Er meinte damit all die auf Nummer Sicher gegangenen Kriegsgewinnler, die ängstlich mit ihrem Vermögen nach Westdeutschland ausgewichen waren. Dafür kamen andere. Seit den späten Siebziger Jahren steht an einer Brandmauer in der Oranienstraße der Spruch „Ausländer rein, Rheinländer raus!" Abgesehen davon gab und gibt es aber mittlerweile auch noch jede Menge Schwaben und Münsteraner in Westberlin. Die meisten hatten im Rechnen eine Fünf, aber im Malen eine eins gehabt, und dann wohlmöglich noch den Kriegsdienst verweigert bzw. anschließend nicht mehr gewußt „Was tun?" Der Berliner Senat lockte überdies mit der Rückerstattung von Umzugskosten, verbilligten Flügen zu den Eltern und Freikarten für den Botanischen Garten.

Seit der Wende kommen nun auch noch die ganzen sozialistischen Einheits-Verlierer aus der Partei, den Massenorganisationen und den Mysterien der DDR dazu. Dann all die im Westen gescheiterten Unternehmensberater und Konkursritter. Auch die Länderregierungen schickten reihenweise ihre überflüssigen Kader aus den Kanzleien nach Osten, und viele Konzerne gaben sofort leichtherzig ihre bislang bloß mit Repräsentations-aufgaben betrauten Adligen an die Treuhand ab. Ein Frankfurter Bank-Manager meint: „Was glauben Sie, wen wir dorthinge-schickt haben? - Zwei junge Leute, die gerade ihre Ausbildung beendet hatten und für die es keine Verwendung im Haus gab und einen 52jährigen, der die Stelle eines Jüngeren blokkierte."

In einer Bonner Diskussion mit ostdeutschen Betriebsräten verstieg sich Heiner Geißler zu der Behauptung: „Ihr werdet mir aber doch recht geben müssen, in der Treuhand sitzen nicht nur Verbrecher..." Er meinte doch wohl hoffentlich bloß „Versager"?! Die andere Seite scheint jedoch zum Glück auch nicht gerade erste Sahne in Marsch gesetzt zu haben, jedenfalls beteuerte neulich ein IG Metall Pressesprecher, daß vor allem die schwierigen und im Grunde fertigen Funktionäre, „mit Alkoholproblemen und sonstwas", in den Osten gegangen seien.

Man ist nur allzu leicht geneigt, dies in der allgemeinen Erfolgsorientiertheit des siegreichen Westens für ein Manko Berlins bei seiner Metropolen-Werdung zu halten. Das Gegenteil ist der Fall - behaupte ich jedenfalls, und bin mir darin mit dem Neuköllner Künstler und Hobby-Mathematiker Thomas Kapielsky („Einfallspinsel = Ausfallspinsel") einig. Für ihn bedeutet das mutmaßlich auf dem Prinzip des Energie-Verlustes basierende Funktionieren der Stadt bereits eine Widerlegung des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik. Dieses Phänomen nennt er „Berliner Ökonomie".

Bevor wir hier jedoch jetzt den „beautiful loser" - vorschnell - gegen seine jaguarfahrenden Geschäftspartner ausspielen (die von den Young Urban Pennern Kreuzbergs bisweilen und bis heute als „Yuppie-Kakker" bekämpft werden) sollte man zum Verständnis der „Berliner Ökonomie" noch anmerken, daß darunter ein kalkulierter Verlust zu verstehen ist, d.h. ein Geschäft (im allerweitesten Sinne!) ohne abschätzbaren Gewinn und dementsprechendes Risiko. Das kann natürlich gegebenenfalls bis zum Jonglieren mit Rückstellungen aus heißer Luft gehen, und lappt dann auch schon mal ins „Kriminelle", aber im Grunde ist solch eine Ökonomie genauso „gesund" wie, sagen wir, die Lüneburger Heide oder Maastricht.

Und sie läßt sich anscheinend sogar planerisch in den Griff kriegen. Auf dem jüngsten, 22., Stadtforum - einer Expertenrunde, die zusammen mit dem Berliner Senator für Stadtentwicklung, Volker Hassemer, regelmäßig Probleme mit dem Weltniveau des nun hauptstädtischen Weichbildes „durchdiskutiert" - kam plötzlich , obwohl gerade der Bau des 65. Gewerbeparks genehmigt worden war, die Frage auf: Was ist eigentlich, wenn sich hier nur Klitschen und kleine Industrien, auf niedrigstem Lohnniveau, behaupten werden, statt high-tech-philosophisch permanent unter Dampf stehende Dienstleistungs-Zentner etwa? - Alle Planungsdaten über den Bedarf an Geschäften, Büroflächen und Wohnungsbau für Führungskräfte wären über den Haufen geworfen. Auch solche Stadtentwicklungen müßten von einer verantwortungsbewußten Planung berücksichtigt werden... Es deute sich doch bereits an, daß der Zustrom an West-Versagern, -Gewinnern gar, ausbleibe und dafür die Verlierer aus dem gesamten Ostblock nach Berlin strömen... Der Tagesspiegel sprach hernach von einer „Polonisierung der Stadt". Der oben bereits erwähnte Kapielsky kann dazu nur sagen: „Ick bün all dor!" Er leugnet übrigens die Existenz der „Entweder-Oder-Grenze", seiner Meinung nach handelt es sich dabei schlicht um eine Unterschätzung der Widerstandsfähigkeit der „Berliner Ökonomie".

Aber etwas hat sich doch geändert: Für jeden Produktionsbetrieb, der geschlossen oder ins Umland verlagert

wird, werden derzeit zwei neue Puffs in der Stadt eröffnet. Und in den BZ-Stellenanzeigen gibt es an manchen Tagen beinahe mehr offene Stellen in Nachtbars, Massagesalons, Sex-Bars, Sauna-Clubs und in „duften Teams" (die auf Haus- und Hotelbesuche spezialisiert sind) als in anderen Rubriken für Frauenberufe. Das Geld kommt also schon noch irgendwie rein, sogar mehr als früher. Allein durch die vielen Manager in den Task Forces, Controlling- und Privatisierungs-Teams der Treuhand, die meist in den besseren Hotels im Westen wohnen und Minimum 2000 DM am Tag bekommen (d.h. 300.000 DM im Jahr plus bis zu 50% Prämie; die Treuhand-Azubis fangen mit 10.000 DM monatlich an). Dann all die Liquidatoren: Sie verdienen gut 300 DM in der Stunde. Selbst der ihnen auf den Fersen folgende Gewerkschafts-Jurist bekommt für die mit jeder Belegschaftsreduzierung bzw. Stillegung ausgehandelte Betriebsvereinbarung nebst Sozialplan noch über 150 DM in der Stunde. Und noch der lächerlichste Umschulungs-Dozent verlangt 6000 DM pro vierwöchigem Kurs.

Bei den vielen (alleinstehenden) Unternehmensberatern ist das Honorar dagegen meist image-abhängig oder schlicht von Dreistigkeit bestimmt: Neulich stellte z.B. ein Bielefelder seinem auch noch mit ihm befreundeten Geschäftsführer eines Treuhand-Betriebes für drei kleine, „Recherchen" genannte, Gefälligkeiten „100 Stunden = 50.000 DM" in Rechnung. Der erstaunte Ostler ignorierte die Forderung jedoch einfach. („Normal" ist 2.500 pro

tragsfirmen eine Bearbeitungsgebühr zum Ausgleich der besonderen Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit bei der Bearbeitung und Prüfung der Werkvertragstätigkeit in Rechnung gestellt werden. Diese Maßnahmen werden die Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern im Bundesgebiet insgesamt verteuern und damit zu mehr Wettbewerbsgleichheit führen.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um illegale Praktiken im Bereich der Beschäftigung ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer (Lohndumping, Leiharbeit) wirksam zu bekämpfen. So soll das Verfahren zu Genehmigung der Werkverträge bei den Landesarbeitsämtern u.a. durch eine Verstärkung der Personalkapazitäten verbessert und gestrafft werden. Zur Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten in den Betrieben soll ein Betriebsprüfungsrecht der Bundesanstalt für Arbeit eingeführt werden. Werkvertragsarbeitnehmer sollen künftig verpflichtet werden, eine besonders gekennzeichnete Arbeitserlaubnis mitzuführen und ggfs. den Überwachungsbehörden vorzulegen. Schließlich werden auch die Sanktionsregelungen in den Vereinbarungen verschärft, mit der Folge, daß ausländische Werkvertragsfirmen, die den vereinbarten Lohn nicht zahlen oder Arbeitnehmer verleihen oder illegal beschäftigen, nicht mehr zugelassen werden.

Die Bundesregierung wird die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Erfolg der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen sicherzustellebn. Im übrigen ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der erzielte Beschäftigungsrahmen eine Obergrenze darstellt und deshalb eine Erhöhung der Beschäftigungskontingente in absehbarer Zeit nicht mehr in Betracht kommt.

Mit freundlichen Grüssen

„BERLINER ÖKONOMIE"

Vorbemerkung: In der letzten Ausgabe des „Ostwind" berichteten wir ausführlich über einen Kongreß des Berliner Wirtschaftssenators Norbert Meisner, der den kreativen Investoren gewidmet war. Dieser Beitrag nun ist den tapferen Schneiderinnen zugeeignet: Erstes Vorarbeiten zu einer Ökonomie des Scheiterns.

Berlin war schon immer ein Anziehungspunkt für Verlierer und Versager aller Art. Nach der Teilung der Stadt verstärkte sich diese Entwicklung sogar noch: „Der Bau der Mauer hat auch sein Gutes gehabt, die schlimmsten Leute haben damals die Stadt verlassen," so Wolfgang Neuss, selbst ein begnadet Gescheiterter. Er meinte damit all die auf Nummer Sicher gegangenen Kriegsgewinnler, die ängstlich mit ihrem Vermögen nach Westdeutschland ausgewichen waren. Dafür kamen andere. Seit den späten Siebziger Jahren steht an einer Brandmauer in der Oranienstraße der Spruch „Ausländer rein, Rheinländer raus!" Abgesehen davon gab und gibt es aber mittlerweile auch noch jede Menge Schwaben und Münsteraner in Westberlin. Die meisten hatten im Rechnen eine Fünf, aber im Malen eine eins gehabt, und dann wohlmöglich noch den Kriegsdienst verweigert bzw. anschließend nicht mehr gewußt „Was tun?" Der Berliner Senat lockte überdies mit der Rückerstattung von Umzugskosten, verbilligten Flügen zu den Eltern und Freikarten für den Botanischen Garten.

Seit der Wende kommen nun auch noch die ganzen sozialistischen Einheits-Verlierer aus der Partei, den Massenorganisationen und den Mysterien der DDR dazu. Dann all die im Westen gescheiterten Unternehmensberater und Konkursritter. Auch die Länderregierungen schickten reihenweise ihre überflüssigen Kader aus den Kanzleien nach Osten, und viele Konzerne gaben sofort leichtherzig ihre bislang bloß mit Repräsentations-aufgaben betrauten Adligen an die Treuhand ab. Ein Frankfurter Bank-Manager meint: „Was glauben Sie, wen wir dorthinge-schickt haben? - Zwei junge Leute, die gerade ihre Ausbildung beendet hatten und für die es keine Verwendung im Haus gab und einen 52jährigen, der die Stelle eines Jüngeren blokkierte."

In einer Bonner Diskussion mit ostdeutschen Betriebsräten verstieg sich Heiner Geißler zu der Behauptung: „Ihr werdet mir aber doch recht geben müssen, in der Treuhand sitzen nicht nur Verbrecher..." Er meinte doch wohl hoffentlich bloß „Versager"?! Die andere Seite scheint jedoch zum Glück auch nicht gerade erste Sahne in Marsch gesetzt zu haben, jedenfalls beteuerte neulich ein IG Metall Pressesprecher, daß vor allem die schwierigen und im Grunde fertigen Funktionäre, „mit Alkoholproblemen und sonstwas", in den Osten gegangen seien.

Man ist nur allzu leicht geneigt, dies in der allgemeinen Erfolgsorientiertheit des siegreichen Westens für ein Manko Berlins bei seiner Metropolen-Werdung zu halten. Das Gegenteil ist der Fall - behaupte ich jedenfalls, und bin mir darin mit dem Neuköllner Künstler und Hobby-Mathematiker Thomas Kapielsky („Einfallspinsel = Ausfallspinsel") einig. Für ihn bedeutet das mutmaßlich auf dem Prinzip des Energie-Verlustes basierende Funktionieren der Stadt bereits eine Widerlegung des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik. Dieses Phänomen nennt er „Berliner Ökonomie".

Bevor wir hier jedoch jetzt den „beautiful loser" - vorschnell - gegen seine jaguarfahrenden Geschäftspartner ausspielen (die von den Young Urban Pennern Kreuzbergs bisweilen und bis heute als „Yuppie-Kakker" bekämpft werden) sollte man zum Verständnis der „Berliner Ökonomie" noch anmerken, daß darunter ein kalkulierter Verlust zu verstehen ist, d.h. ein Geschäft (im allerweitesten Sinne!) ohne abschätzbaren Gewinn und dementsprechendes Risiko. Das kann natürlich gegebenenfalls bis zum Jonglieren mit Rückstellungen aus heißer Luft gehen, und lappt dann auch schon mal ins „Kriminelle", aber im Grunde ist solch eine Ökonomie genauso „gesund" wie, sagen wir, die Lüneburger Heide oder Maastricht.

Und sie läßt sich anscheinend sogar planerisch in den Griff kriegen. Auf dem jüngsten, 22., Stadtforum - einer Expertenrunde, die zusammen mit dem Berliner Senator für Stadtentwicklung, Volker Hassemer, regelmäßig Probleme mit dem Weltniveau des nun hauptstädtischen Weichbildes „durchdiskutiert" - kam plötzlich , obwohl gerade der Bau des 65. Gewerbeparks genehmigt worden war, die Frage auf: Was ist eigentlich, wenn sich hier nur Klitschen und kleine Industrien, auf niedrigstem Lohnniveau, behaupten werden, statt high-tech-philosophisch permanent unter Dampf stehende Dienstleistungs-Zentner etwa? - Alle Planungsdaten über den Bedarf an Geschäften, Büroflächen und Wohnungsbau für Führungskräfte wären über den Haufen geworfen. Auch solche Stadtentwicklungen müßten von einer verantwortungsbewußten Planung berücksichtigt werden... Es deute sich doch bereits an, daß der Zustrom an West-Versagern, -Gewinnern gar, ausbleibe und dafür die Verlierer aus dem gesamten Ostblock nach Berlin strömen... Der Tagesspiegel sprach hernach von einer „Polonisierung der Stadt". Der oben bereits erwähnte Kapielsky kann dazu nur sagen: „Ick bün all dor!" Er leugnet übrigens die Existenz der „Entweder-Oder-Grenze", seiner Meinung nach handelt es sich dabei schlicht um eine Unterschätzung der Widerstandsfähigkeit der „Berliner Ökonomie".

Aber etwas hat sich doch geändert: Für jeden Produktionsbetrieb, der geschlossen oder ins Umland verlagert

wird, werden derzeit zwei neue Puffs in der Stadt eröffnet. Und in den BZ-Stellenanzeigen gibt es an manchen Tagen beinahe mehr offene Stellen in Nachtbars, Massagesalons, Sex-Bars, Sauna-Clubs und in „duften Teams" (die auf Haus- und Hotelbesuche spezialisiert sind) als in anderen Rubriken für Frauenberufe. Das Geld kommt also schon noch irgendwie rein, sogar mehr als früher. Allein durch die vielen Manager in den Task Forces, Controlling- und Privatisierungs-Teams der Treuhand, die meist in den besseren Hotels im Westen wohnen und Minimum 2000 DM am Tag bekommen (d.h. 300.000 DM im Jahr plus bis zu 50% Prämie; die Treuhand-Azubis fangen mit 10.000 DM monatlich an). Dann all die Liquidatoren: Sie verdienen gut 300 DM in der Stunde. Selbst der ihnen auf den Fersen folgende Gewerkschafts-Jurist bekommt für die mit jeder Belegschaftsreduzierung bzw. Stillegung ausgehandelte Betriebsvereinbarung nebst Sozialplan noch über 150 DM in der Stunde. Und noch der lächerlichste Umschulungs-Dozent verlangt 6000 DM pro vierwöchigem Kurs.

Bei den vielen (alleinstehenden) Unternehmensberatern ist das Honorar dagegen meist image-abhängig oder schlicht von Dreistigkeit bestimmt: Neulich stellte z.B. ein Bielefelder seinem auch noch mit ihm befreundeten Geschäftsführer eines Treuhand-Betriebes für drei kleine, „Recherchen" genannte, Gefälligkeiten „100 Stunden = 50.000 DM" in Rechnung. Der erstaunte Ostler ignorierte die Forderung jedoch einfach. („Normal" ist 2.500 pro



Fußgängerbrücke über den Hohenzollernkanal, Berlin

KRUPP

Unser Produktionsprogramm:

STAHLKONSTRUKTIONEN
ROHBAUFERTIGE BAUTEN
SCHLÜSSELFERTIGE BAUTEN

Stahlhochbau für den Industrieanlagenbau
- Kraftwerke und Bauten
für eisenschaffende Industrie
- sonstige Produktions- und Lagerhallen

Stahlhochbau für den Geschoßbau
- Schul- und Hochschulbauten
- Parkhäuser
- Sonstige Geschoßbauten

Stahlbrückenbau
Stahlrohrkonstruktionen
Sonderkonstruktionen

Unsere Mitarbeiter beraten Sie, projektieren und bauen für Sie. Unsere langjährigen Erfahrungen im Rahmen des obengenannten Programms verhelfen Ihnen zur bestmöglichen Erfüllung Ihrer Bauwünsche.

Krupp Stahlbau Berlin GmbH & Co. KG
Gottlieb-Dunkel-Straße 50–52 · 1000 Berlin 42 (Tempelhof)
Telefon (030) 629 09-0 · Telex 183 739 kebin d

Wenn es um Brückenbau geht ...

Der Name Krupp ist seit vielen Jahrzehnten mit dem Bau von Stahlbrücken in Berlin eng verbunden. Eine große Anzahl von Bahn-, Straßen- und Fußgängerbrücken in dieser Stadt (aber nicht nur hier!) wurden in unseren Technischen Büros konstruiert, in unseren Werkstätten weitgehend vorgefertigt und von unseren Monteuren unter oft schwierigen Bedingungen termingerecht aufgebaut.

Ihr kompetenter Partner!

Tag.)

Und auch wenn zunehmend über die mangelnde Investitions-bereitschaft der Unternehmen geklagt wird, darf man dabei natürlich nicht vergessen, daß trotzdem immer wieder äußerst liquide Einzelreisende und ganze Touristen-Gruppen in die Stadt kommen, die sich tagsüber beispielsweise bei der Treuhand „umfassend informieren" und mit Broschüren über preiswerte Ost-Betriebe eindecken... Um dann - zumindestens in der letzten Nacht ihres Berlin-Aufenthaltes - noch einmal anständig auf den Putz zu hauen. Links und rechts des Kudamms, besonders in der Lietzenburger Straße, boomt deswegen das Nachtclub-Gewerbe. Schon gibt es ein erstes feministisches Bordell in Planung.

In der jugoslawischen Mazurka-Bar („mit Whirlpool") trafen sich bis vor kurzem gelegentlich die leitenden „Super"-Redakteure. Überhaupt arbeiten jetzt viele neue anderswo schon mal gescheiterte Journalisten in der Stadt und selbst die alten Frontstadt-Hasen sind seit der Vereinigung wieder sehr gefragt und das macht sich finanziell bemerkbar. Britta, ein „reifes Modell" aus einem Schöneberger Bordell, meint, als ich ihr aus Versehen etwas Rotwein über den Rock gieße: „Macht nichts, ich habe viel mit Journalisten zu tun: die sind a l l e so hibbelig. Und jeder zweite raucht übrigens Haschisch." Das dürfte arg übertrieben sein. Dennoch hat sie überhaupt nichts gegen Journalisten - „im Gegenteil". Am liebsten sind ihr jedoch japanische Unternehmer: „Die sind so höflich und noch nie habe ich mit einem Ärger gehabt." In der letzten Woche hatte sie im Hotel Kempinsky sogar mal mit einem Manager von Toyota zu tun. Als sie das von ihm erfuhr, flötete sie schlagfertig „Nichts ist un-mög-lich". Und das meinte die frühere Osram-Arbeiterin und Mutter eines Sohnes, die mit beiden festen Beinen im Leben steht, auch so. Seit kurzem besitzen die in der Telefonzentrale auf ihre Einsätze wartenden Mädchen sogar einen japanischen „Gameboy", mit dem sie sich die Wartezeit vertreiben. Es hat schon Stunk deswegen gegeben, weil sie immer besser werden und sich dementsprechend die Zeit verlängert, bis die nächste ans Gerät darf. Ihre unbeliebtesten Kunden sind „die Spandauer": „Da gibt es die meisten Fehlfahrten hin. Die stehen dann hinter der Gardine im Dunkeln und machen nicht auf. 84 DM Taxi umsonst." Ähnlich ist es in Marzahn.

Die zu ihren „Klienten" ins Haus bzw. ins Hotel fahrenden Frauen arbeiten in etwa für den gleichen Stundenlohn wie die Unternehmensberater, haben aber mehr Abzüge: 60% kassiert allein das „Büro", wie die Zuhältereien gelegentlich heißen, daneben gibt es aber auch anständige „Agenturen", die jedoch nicht viel weniger verlangen. Für Hotelbesuche nehmen die Mädels merkwürdigerweise fast doppelt so viel wie für die eigentlich riskanteren Hausbesuche. Begründen tun sie das damit, daß die Geschäftsreisenden solche Unkosten über ihr Spesenkonto abrechnen.

Obwohl es immer noch jede Menge „Thai-Fun-Clubs" gibt, haben sich daneben die „polnischen Puffs", wie sie sich selbst nennen, fest etabliert. Die Frauen nehmen nur durchschnittliches Rechtsanwaltshonorar - für die erste Stunde, und gehen bei jeder weiteren mit dem Preis runter. Für Extras, wie das Küssen ihrer Möse, berechnen sie nichts. Das hat bereits dazu geführt, daß manche alten Mädels meinen: „Die jungen Polinnen ruinieren uns bloß das Geschäft". Gleiches hört man auch aus dem Baugewerbe: Einige Polen und Tschechen sollen bereits für 3.20 DM die Stunde arbeiten. (Ihre Verleihfirmen kassieren 1000%.) Es klagen jedoch selbst die Talk-Show-erfahrenen West-Berliner, wie z.B. Dieter Kunzelmann und Fritz Teufel: „Die Scheiß-Ostler" (gemeint sind vor allem die Ostberliner Bürgerrechtler) „versauen uns noch die ganzen Preise." (Beim Fernsehen) Was sie nicht erwähnen: Dafür haben sich seit der Wende die „Hauptstadt-Magazine" auf allen Kanälen enorm vermehrt. Auf dem Nutten-Erlebnisstrich in der Oranienburger Straße sieht man in manchen Nächten schon mehr Fernseh-Teams als Freier, die sich, falls ohne Auto, für den Preis einer Mercedes-Werkstattstunde im nahen Mon Bijou Park einen runterholen lassen können. In der BZ, die für Nuttenanzeigen aus moralischen Gründen viermal so viel kassiert wie für normale Geschäftsanzeigen, findet man Annoncen wie „Ost-Tina - supergeil!" oder „Anfängerin Ines, Modell im Osten", aber auch die „Reife Lady - Nr. 1 in Biesdorf" und „Annika aus Treptow - ein Muß für jeden Liebhaber frivolster Spiele!" Dabei handelt es sich fast ausschließlich, mal abgesehen von einem neuen Puff in Pankow („Mittwochs Sonderpreise") und einem „Single-Club" in Karlshorst, in der ehemaligen chinesischen Botschaft („Hier hat man Verständnis für Toleranz"), um bloße Werbe-Tricks von West-„Teams", die jedoch nicht gänzlich aus der Luft gegriffen sind: Auf einer Diskussion zwischen Betriebsräten und Birgit Breuel in der Kongreßhalle am Alexanderplatz meinte ein Treuhand-Manager zu seinem Mitarbeiter, er müsse nächstens unbedingt mal „Ostweiber beschlafen". Andere vereinsamte Antikommunisten (Berlin hat die höchste „Single„-Rate aller deutschen Großstädte) lassen sich gar von der schon ins Detail gehenden Vorstellung leiten, dabei irgendwann einmal auf eine leibhaftige ehemalige MFS-Angehörige zu geraten - was sie anscheinend besonders erotisch finden.

Der Gedanke, daß jetzt vielleicht - im Domina-Studio „Weiss" in der Gotenstraße z.B. - ehemalige weibliche Offiziere des Wachregiments Djerschinsky westliche Investoren quälen (als „Spezialisten für Elektro-, Nadel- und Katheder-Erotik, sowie Kaviar- und NS-Spiel") hat aber auch was ungemein Dialektisches an sich, finde ich. Das russische Militär hat bis jetzt primär nur Zivil-Angehörige freigesetzt. Aus Eberswalde kamen zwei Odessaer Schneiderinnen, die jetzt von Steglitz aus anschaffen gehen. Wohl in Kenntnis der noch schmalen Angebotspalette annoncieren sie als „Top-Russinnen" (darüberhinaus gibt es aber neuerdings noch drei „Super-Russinnen"). Einer von ihnen, Natalja nennt sie sich natürlich, ist es schon mehrmals passiert, daß ein „Klient" (neurussisch „Sponsor" genannt) sich als Journalist entpuppte, der bzw. die sie „bloß" interviewen wollte, wogegen sie jedoch nichts einzuwenden hatte. Auch Wirtschaftsberater, die im Begriff stehen, ihren Wirkungskreis nach St.Petersburg etwa zu verlegen, nehmen vorher noch mal gerne ihre Dienste in Anspruch. Obwohl Natalja dafür wäre, das Recht zum Unglücklichsein in der russischen Verfassung zu verankern, sind ihr jene mobilen Marktwirtschaftsprofiteure die liebsten Kunden, unangenehm sind dagegen ihrer Meinung nach die vielen „Verheirateten, mit Schweiß auf der Stirn, die schnell, schnell machen wollen", und sie anschließend - mit schlechtem Gewissen auch noch - gleich wieder rausschmeißen.

Auch Sabrina, eins von drei „netten Tschechinnen (unbehaart)", beklagt sich über solche Männer, „die mich knuffen", und von denen es „einfach zu viel gibt in der Stadt". Für diejenigen, die schon länger in Berlin anschaffen gehen, und sich noch gut an die alten Stoßzeiten während der Grünen Woche z.B. erinnern können (fast alle sind übrigens Mütter), gehören diese Freier dagegen zum täglich Brot. Die „Sympathischen" unter ihnen erkennen gewiefte Chefinnen bereits am Telefon während des Vorgesprächs. Das sind solche, „die sagen, wenn z.B. statt der gewünschten 'schlanken rassigen' eine 'dralle mit Riesenbusen' kommt: 'Mönsch! So viel Frau für so wenig Geld'." Die Herausforderung liegt für sie mehr im Metaphysischen.

Der Wunsch nach einem ebenso höflichen und gutaussehenden wie reichen Freier, der sich Zeit nimmt und Feuer gibt, ist natürlich in der gesamten Branche verbreitet - und „Pretty Woman" deswegen der Lieblingsfilm vieler. Bei den Kunden ist das anders: Ich kenne einen Heizungsmonteur, der steht nur auf Negerinnen in moosgrünen Minis - und erlebt gerade mit diesen immer wieder herbste Enttäuschungen. Die jungen Weddinger und Tempelhofer Facharbeiter scheinen sich bei den Ostasiatinnen am wohlsten zu fühlen. In einigen Thai-Clubs sind die Getränke umsonst. Überhaupt neigen viele Akkordarbeiter zu einer Art Gewerkschaftshaltung gegenüber der Prostitution: Hauptsache das Zeit-Preisverhältnis stimmt einigermaßen. Damit soll hier nichts gegen Thailänderinnen gesagt sein, im Gegenteil, manche sind - mit ihrem leicht stereotypen „It's up to you" - von geradezu bewunderungswürdiger Problemlosigkeit und Freundlichkeit - z.B. Oy im „Cascade-Club", die unermüdlich einen Gast nach dem anderen von der Großbild-Pornoprojektion weg in ihr kleines Kabuff im Hinterzimmer abschleppt und dabei noch Zeit findet, zwischendurch immer wieder einen Schluck Sekt zu trinken, zu duschen und jeden Kunden mit Küssen und herzlicher Umarmung zu verabschieden - so als hätte sie sich bei ihm besonders viel Mühe geben können. Wenn sie bloß nicht in schlecht gespielter Erregtheit die Zunge herausstreckte! Heinz Rühmann hat einmal gesagt: „Existenzangst ist Gift für Schauspieler". Tatsächlich hat Oy noch ein „kleines Asylproblem", sie meint aber, sie hätte sich das in Hamburg angewöhnt, ebenso einen gewissen zotigen Wortschatz: Im Hamburger Bordell würden viele Frauen z.B. schon beim Raufgehen auf ihr Zimmer die hinter ihnen hertrottenden Freier mit lauten Seufzern wie „Ach, du machst mich ja so geil!" aufpeitschen. Ich kann das nicht nachprüfen.

Wie ebensowenig die neuesten Konversationssfloskeln auf dem Schwulen-Strich - dreierlei Geschlechts. Sie annoncieren insbesondere im „Berlinmagazin Tip".

Unter der Rubrik „Profis" fand sich dort neulich auch mal eine interessante Hetero-Anzeige: „Neuer Blondschopf für den besonderen Herren, der Lust zum Reden und Erleben hat". Auf alle telefonischen Anfragen nach dem Wo, Was, Wann, Wieviel und Wieso überhaupt bekam man jedoch

nur die lakonische Auskunft: „Sorry, I only speak Arabic. Do you speak Arabic?"

Auf einer anderen ähnlich viel versprechenden Kleinanzeige hin meldete sich gar eine männliche Stimme, die auch noch barsch erklärte: „In den Osten? - keinen Schritt!" - und beleidigt den Hörer auflegte. Sachen gibts! Das hat aber noch nicht zwingend etwas mit einer spezifischen Berliner Ökonomie zu tun. Von kalkuliertem Verlust würde ich erst bei einem Redeerlebnis wie das von Karl z.B. sprechen: Er hatte sich verwählt und plötzlich eine Frau namens Nina am Telefon, die ihn nicht nur sofort duzte, sondern auch in weichem, gebrochenem Deutsch (sie war Polin, wie sich später herausstellte) frug, ob er wolle, daß sie zu ihm nach Hause komme.

Wie der Gießener Existentialbelletrist Odo Marquard richtig erkannt hat, ist der Mensch in hohem Maße befähigt, etwas 'Stattdessen' zu tun. Besagte Nina kam dann auch tatsächlich zu Karl - über ihren Stundenlohn von 180 DM waren sie sich schnell einig geworden. Aber erst einmal fror sie, nach dem sie ihren Mantel abgelegt hatte. Karl machte ihr einen Tee („In Gdansk wir trinken viel Tee"). Damit setzten sie sich aufs Bett. Beim Ausziehen tat ihr plötzlich der Rücken weh. Karl holte seine Sonnenschutz-Creme und massierte ihr den Nacken. Davon wurde sie angenehm müde. Sie hatte einen harten Tag hinter sich. Karl machte ihr eine Fußmassage und stellte im Radio einen Klassik-Sender ein, wo prompt Chopin kam. Nina begann daraufhin, von sich zu erzählen, von ihrer früheren Arbeit in einer Textilfabrik und ihrem jetzigen „Aufenthaltsärger". Im Nu war die Stunde um. Als sie schon fast wieder angezogen war, bot Karl ihr an, sie zu heiraten: „pro forma nur" und ohne 8000 DM dafür zu verlangen, der normale Tarif, er wollte es wirklich umsonst tun. Sie mochte es nicht glauben. Woraufhin die beiden sich dann noch einmal eine Stunde lang über Schein-Ehen unterhielten, wofür Nina anschließend weitere 100 DM einsteckte. Am Schluß tauschten sie Namen und Adressen aus. Und 11 Wochen später heirateten sie tatsächlich - nur pro forma, wie gesagt. Das nenne ich ein gutes Beispiel für kalkulierten Verlust - bis jetzt jedenfalls, wo daraus noch keine weiteren Kosten für Karl entstanden sind. Es gehört also immer auch eine gewisse Portion Glück dazu. Oder sagen wir es es so: Die Berliner Ökonomie funktioniert nur mit statischer Schläue, d.h. irgendwie.

Für den (amerikanischen) Wirtschafts-Nobelpreisträger, Gary Becker, ist „Ökonomie" schlechthin „die Kunst, aus seinem Leben das Beste zu machen". Was ist dann aber mit Klaus-Dieter aus Oberschöneweide z.B., der zum harten Kern der Stammgäste der Kneipe „Feierabend" gehörte? Als diese nach der Wende geschlossen wurde, wollte Klaus-Dieter auch nicht mehr weiterleben. Irgendwann besuchte er einen Puff in Westberlin, wo ihm beim Vögeln der Präser platzte und er sich, so behauptet er jedenfalls, mit Aids infizierte. Es geht ihm von Tag zu Tag schlechter, aber „glaub mir, es ist am Besten so," meinte er neulich noch...

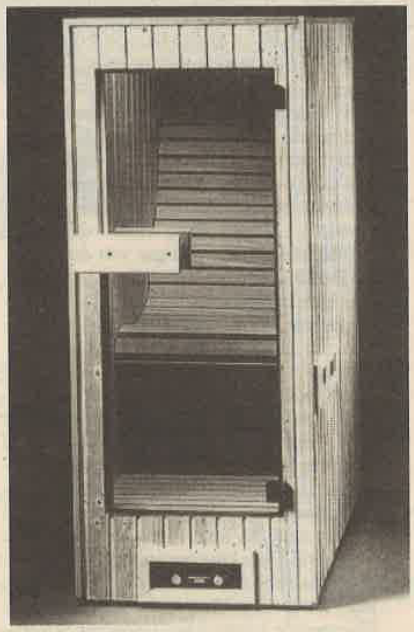
Es gibt eine sexuelle Abhängigkeit der Berliner Ökonomie - unleugbar: „Das paßt zu der Bienenfabel von Mandeville: einer Gesellschaft wachsen Energie, Reichtum, Glanz aus ihren Lastern, Übeln, Exzessen und Schwächezuständen zu." (Jean Baudrillard) Ich sage nur: „Berlin-Zulage" und - bald - „Hauptstadt-Ausfallprämie". Oder Norbert Salefsky: Er hatte als Jugendlicher den „Kleinen Tierfreund" abonniert und dann Jahrzehnte in einer Batterie-Fabrik am Band gearbeitet. Durch den dort verarbeiteten Braunstein wurde er mit den Jahren immer langsamer - selbst im Denken. Er hat die Angewohnheit, in jeder neuen Stadt, in die er kommt, erst einmal in den Zoo und in den Puff zu gehen. Weil er aber mittlerweile auch nur noch langsam erregt wird, bittet er die Frauen meist, sich erst einmal ein bißchen selbst zu befriedigen, mit einem Massagestab z.B., damit ihn dann ihre vermeintliche Erregung affiziere. Dieser Umweg, der zunehmend länger und komplizierter wird, stört ihn eigentlich nicht, „aber was das jedesmal kostet", darüber kann er sich immer wieder aufs Neue wundern - und zwar durchaus fröhlich: Er hält das sogar für einen Fortschritt in seiner eigenen Entwicklung - „vom Junk-Sex zum Gourmet-Sex", wie die ehemalige amerikanische Prostituierte Annie Sprinkle ihre Alternativ-Show in der Berliner UFA-Fabrik nennt, die Norbert sich natürlich mehrmals ansah. Besonders der Blick durchs Spekulum gefiel ihm außerordentlich.

Mitunter besteht die Berliner Ökonomie auch aus einer gelungenen Fügung von mehreren Perspektiven glücklichen Scheiterns: Fritz, der eigentlich nicht mal gerne in Kneipen geht, lernte im vergangenen Herbst in einem Café zwei Moabiter Musiker kennen, die ihn zu einem ausgedehnten Zug durch einige Nachtbars und Bordelle überredeten. Fritz fuhr - und trank deswegen überall nur Kaffee („mit Konjak"). Einer der beiden Musiker hatte am Tag zuvor gerade seine Freundin verabschiedet, die nach Teneriffa geflogen war. Er erzählte die ganze Zeit von ihr, und daß er deswegen nicht heute schon mit einer anderen schlafen könne, außerdem fand er alle Frauen, die sie sahen, nicht attraktiv genug oder nörgelte am Preis herum. Seinetwegen wechselten die drei immer wieder das Lokal. Schließlich landeten sie in der schon erwähnten Mazurka-Bar, wo sie an der Theke nur noch ein Bier trinken wollten. Dabei kam der verliebte Musiker nehmen einer blonden langweiligen Bardame zu sitzen, der er zur Verblüffung der beiden anderen plötzlich eine Flasche Champagner spendierte, zu der sie wenig später auch noch zwei Mulattinnen einluden, die dafür Fritz und den anderen Musiker unterhielten. Sie stammten aus Barbados. Die eine arbeitete schon seit Jahren in Deutschland und schwärmte von Bremen, die andere, Julia, war ihre ältere Schwester und nur für einige Monate auf Besuch da. Sie hatte zwei Kinder und verdiente zu Hause ihr Geld mit Schneidern. Die jüngere, die zwischendurch immer mal wieder eine Striptease-Nummer auf einem Podest des Lokals abzuleisten hatte, paßte ein bißchen auf sie auf: „Seid ihr reich, schnell und berühmt?" („Nich so richtig.")

Trotzdem verliebte sich Julia anscheinend in Fritz - und umgekehrt, denn schon nach der zweiten Flasche Champagner, die ebenfalls von dem Musiker, der als einziger eine Kreditkarte besaß, spendiert worden war, tanzten die beiden engumschlungen um das Klavier herum und küssten sich leidenschaftlich - sogar auf der Toilette, was einige Gäste zwar befremdete, aber die allgemeine Stimmung lockerte. Um fünf Uhr morgens mußte der großzügige Musiker schließlich für sechs Flaschen Sekt 2400 DM bezahlen. Er bekam dafür von der Bardame eine stark parfü-mierte Visitenkarte des Hauses geschenkt, auf der sie ihren Namen - „Lulu" - geschrieben hatte, die er leicht benebelt aber glücklich wegsteckte. Die beiden Mädels aus Barbados fuhren auf ihren Mountain-Bikes nach Hause und die drei Männer nahmen sich ein Taxi. Ein paar Wochen später war bei Fritz die Sehnsucht nach Julia derart drängend geworden, daß er erneut - diesmal allein - in die Mazurka-Bar ging, und sogar ein paar hundert Mark mitnahm. Dort erfuhr er aber von ihrer Schwester, daß sie schon wieder nach Barbados zurückgefahren sei. Er ließ sich die Adresse geben. Und, um es kurz zu machen: Nach einigen Briefen hin und her flog Fritz schließlich wildentschlossen in die Karibik. Und dort ist er noch immer - bei Julia und den zwei Kindern. Wie man hört, geht es ihm gar nicht mal schlecht, nicht mal finanziell, aber angeblich soll er bisweilen Berlin sehr vermissen.

Geschieht ihm ganz recht, meinen manche, die neidisch beim Zahnarzt in irgendwelchen alten Geo-Heften blättern, um zu kucken, wo Barbados überhaupt liegt, wie es dort aussieht und warum ihnen nie so etwas passiert.

Gewiß, das sind alles stille Tage im Klischee, aber die gehören ganz wesentlich mit zum allgemeinen Wohlbefinden in dieser Stadt - seit jeher. Daran werden auch die prächtigsten Metropolen-Konzepte



EINSAME KLASSE: DIE SINGLE-SAUNA (TYP: BERLIN) Wer Sauna-Freuden allein genießen möchte, braucht jetzt sogar in der Mietwohnung nicht mehr auf das schweißtreibende Vergnügen zu verzichten. Nur 79cm breit, 131 cm tief und 184cm hoch ist die Privileg „Single-Sauna" von Quelle. Auf vier stabilen Transportrollen läßt sie sich bequem von Zimmer zu Zimmer fahren und an jede Steckdose anschließen. Die Inneneinrichtung ist aus hochwertigem Abachi-Holz und die Tür - durchgehend aus Securit-Sicherheitsglas - gibt den Blick nach draußen frei. Komplett mit steckerfertigem Ofen kostet die Single-Sauna DM 1.998.-. Foto: Quelle. Sonderkatalog „Top fit", Herbst/ Winter 1992. Best.-Nummer O15.993.1.

nichts ändern, die jetzt schon am Verpuffen sind. Dieser Vorgang macht mittlerweile nicht einmal mehr vor den abgesichertsten Bereichen Halt: So begründete z.B. gerade der ehemalige Kalte Krieger vom Dienst und jetzige Chefredakteur des neuen SFB-Hauptstadt-Programms „B1", Jürgen Engert, seinen neuen Fernsehkanal mit dem für Außenstehende völlig unverständlichen Satz: „Wir werden also den Spagat machen, um - eines Tages - die Beine wieder zusammenzubekommen." Ich kann mir nicht helfen, für mich ist so etwas Ausdruck der Kollision neuesten Großberliner Wunschdenkens mit alter „statischer Schläue". Dazu gehört z.B. auch ganz wesentlich die wachsende Zahl von „Erotik-Phones", bei denen man eine Nummer in Hongkong, Amerika oder in der Karibik anwählt, um dann auf deutsch einen albernen Porno-Text, mit falscher Betonung auch noch, vorgelesen zu bekommen - für 2,10 DM bzw 3,12 DM die Minute. Wirklich wahr! Aber kann ein Nicht-Berliner sich überhaupt vorstellen, daß sich so ein Quatsch tatsächlich lohnt, daß irgendjemand dort überhaupt anruft, und warum man dieses alberne Zeugs unbedingt im Fernsten Osten abspielen lassen muß? Hinzu kommt noch: Es mehren sich die japanischen Dominas (mean production!) in der Stadt - ist das nicht auch merkwürdig?

Bei anderen Frauen reicht mitunter schon eine schlichte Namensähnlichkeit hin: Eine 32jährige Tschechin, auch unbehaart - aber sie wirbt damit nicht („Is nur. weils praktischer ist") heißt z.B. Milanka - klingt das nicht bereits wie Sri Lanka? Egal, sie nennt sich sowieso Sandra und wird von ihrer 62jährigen Agenturleiterin, die früher beim Zirkus gearbeitet hat, als 25jährige angepriesen: „Alle verändern ihren Namen und ihr Alter," meint Milanka, der man jedoch anmerkt, daß sie eine Diplompsychologin ist (ihre Ausbildung wird in Deutschland nicht offziell anerkannt): Sie stellt derart viele (intelligente) Fragen, daß ein, zwei Stunden im Nu vorbei sind. Und für eine ganze Nacht nimmt sie so viel Honorar wie ein Treuhand-Geschäftsführer am Tag einstreicht: zu viel für einen Journalisten, der gelegentlich als fester Freier für den Rundfunk arbeitet.

Auch bei den reichen Rentnern der Stadt scheint der Nahe Osten Konjunktur zu haben: Einige Polinnen sind mittlerweile geradezu Experten für Lustgreise geworden, die zwar keinen mehr hoch kriegen, aber leider doch mit ihrem Gebiß bisweilen noch und dann allzu herzhaft zubeißen, weil sie damit kein richtiges Zartgefühl mehr haben. Dafür sind sie nicht knausrig: Ewa, mit einem polnischen LKW-Besitzer verheiratet und immer nur für einen Monat in der Stadt, verdient in einer Woche 10.000 DM, bummelt dann aber drei Wochen rum, trinkt mit Freunden und kauft sich Klamotten, bevor sie wieder in ihre schlesische Kleinstadt zurückfährt. Sie hat gleich mehrere solcher „Stammkunden", die sie auch schon mal - für 3000 DM - 15 Stunden am Stück „betreut". Einer hat ihr darüberhinaus eine Wohnungseinrichtung und jede Menge Schmuck spendiert. Sie meint, daß sie es in der Mehrzahl nur mit „Verrückten und Psychopathen" zu tun hat. Neulich bestellte ein 90jähriger Geschäftsmann sie ins Hotel Esplanade: „Der konnte noch ficken wie verrückt, ob du es mir glaubst oder nicht." Anderntags bat ein 17jähriger sie ins selbe Hotel, er hatte ihre Telefonnummer in der Jackentasche seines Vaters gefunden: „Der hatte schon einen Orgasmus, bevor ich mich überhaupt ausgezogen hatte. Mein Fahrer stand noch unten, als ich wieder rauskam. Das sind aber noch die harmlosesten Fälle." Bei Ewa hat man das Gefühl, daß sie das alles ziemlich gut im Griff hat. „Früher habe ich sogar mal davon geträumt, so einen Job zu machen," sagt sie - ist das ein Geständnis oder war es ein Horror-Traum? Baudrillard behauptet: „Experten, die nur den Mengenverbrauch eines Energiesystems berechnen, unterschätzen diese ursprüngliche Energiequelle, die in der eigenen Verausgabung, im Verlust liegt."

Helmut Höge

INTERESSENSAUSGLEICH UND SOZIALPLAN OST:

Der Durchgriffshaftungs-Deal

Am 13.4. 1991 verabschiedeten der DGB, die DAG und die Treuhandanstalt eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich verpflichteten, „gemeinsam auf den Abschluß sowohl wirtschaftlich als auch sozial vertretbarer Sozialpläne hinzuwirken".

Bei den in der Folgezeit zu hunderten ausgehandelten Betriebsvereinbarungen nebst Sozialplänen wurde daraufhin den in die Arbeitslosigkeit entlassenen Ost-Arbeitnehmern durchschnittlich 5.000 bis 8.000 DM Abfindung gezahlt (für die älteren bisweilen etwas mehr, für die jüngeren wohlmöglich gar nichts). Das entsprach etwa ein Zehntel von dem, was den abhängig Beschäftigten im Westen im Falle einer Entlassung gezahlt wird - nämlich 50.000 DM bis 80.000 DM.

Im Maße, wie sich dieses Mißverhältnis in den Ost-Betrieben herumsprach und Unmut darüber laut wurde, hielten die Gewerkschaften ihre Sekretäre an, vor allem die „Durchgriffshaftung" als unrealistisch und nicht anwendbar abzutun. Ja, selbst wirklich engagierte Gewerkschaftsfunktionäre wurden plötzlich ganz fuchtig, wenn man sie auf die Durchgriffshaftung ansprach: „Da geht bloß nicht ran, das geht in eine völlig falsche Richtung!"

Der Begriff entstammt dem Umfeld des Aktiengesetzes und betrifft die Haftung einer Konzern-Muttergesellschaft für die von ihr abhängigen Töchter-Firmen bzw. GmbHs - auch und gerade im Falle von Interessensausgleich und Sozialplan. In einem Text des Aschaffenburger Arbeitsrechtlers Willi Bichlmeier heißt es dazu: „Diese 'unmittelbaren Ansprüche' können über das Institut 'Durchgriffshaftung' ihre Begründung finden. Bezogen auf Arbeitnehmer (als Gläubiger) kann dies bezüglich Arbeitsentgelt und Abfindungen (z.B. aus einem gerichtlichen Vergleich oder einen Sozialplan) heißen, daß sie nicht auf die Konkursmasse angewiesen sind, sondern sich unmittelbar an die Muttergesellschaft (herrschendes Unternehmen) halten können. Auch ein Sozialplan kann dann gegebenenfalls außerhalb der für Konkurse geltenden Maßstäbe gegen das herrschende Unternehmen durchgesetzt werden - es hat für die Folgen der von ihm verursachten Betriebsänderung (z.B. Massenentlassung, Stillegung, etc.) einzutreten."

Bei den ehemals volkseigenen Betrieben der DDR ist dies in jedem Fall die Treuhandanstalt, die ja, wie mittlerweile jeder gemerkt hat, noch rigider und restriktiver in die Arbeit ihrer Firmen eingreift als dies normalerweise Konzerne bei ihren Töchtern tun. Zudem sind die finanziellen Möglichkeiten der öffentlich-rechtlichen Anstalt Treuhand unvergleichlich größer als die eines durchschnittlichen Konzerns - Alcatel/SEL oder Siemens/Bosch z.B., die in Westberlin ihren zur Entlassung vorgesehen Arbeitnehmern gerade Abfindungen zwischen 70.000 und 90.000 DM zahlen. Solche Summen wären gerade im Osten besonders notwendig, wo doch dort immer wieder das Fehlen eines „gesunden Mittelstandes" beklagt wird. Ein solcher könnte sich, wenn jeweils mehrere mit solchen Summen in die Arbeitslosigkeit Entlassene sich zusammentäten, sehr viel leichter bilden als jetzt, wo die für die Selbständigkeit notwendigen Gelder nur auf dem Wege einer individuellen Kreditaufnahme bei den Banken zusammenkommen können - und die westdeutschen Banken zumeist solchen Ansinnen und „Projekten" ablehnend gegenüberstehen - gerade in Ostdeutschland.

(„Statt motivierte Leute für 40.000 DM im Jahr auf einer perspektivlosen Stelle schmoren zu lassen, haben wir ihnen 30.000 DM Startkapital gegeben und sie intensiv betreut," sagt z.B. Manfred Schneider, Geschäftsführer der BBJ Consulting, einer Berliner Service-Gesellschaft für Projekte des 2.Arbeitsmarktes, dem die Treuhand gerade ihre sämtlichen 40 ABS mit 30.000 Beschäftigten aufschwatzen will)

Betriebsräte, die den zur Entlassung gezwungenen wenigstens anständige Abfindungen sichern wollen, müssen den Klageweg beschreiten. Im vergangenen Jahr hat



Ein junger Treuhand-Manager...

bereits ein Erfurter Gericht diesbezüglich ein erstes richtungsweisendes Urteil gefällt (siehe dazu KreisG Erfurt, AiB 1991, 332; Weimar/Bartscher, ZIP 91, 69; Däubler, AiB 90, 506; zur Anwendung des Konzernrechts auf die öffentliche Hand siehe BGHZ 69, 334, 338): Bei Sozialplänen ist nicht allein auf das Vermögen der Arbeitgeber-Gesellschaft abzustellen, sondern auf die „wirtschaftliche Lage der Treuhand insgesamt".

In der Folgezeit verstärkte sich der Druck der Ost-Betriebsräte auf ihre „Verhandlungspartner" - bei jeder weiteren von der Treuhand befohlenen Entlassungswelle bessere Sozialpläne als die vorangegangenen abzuschließen: Zum einen, weil ihre Rechtskenntnisse und ihr Selbstbewußtsein zugenommen hatten, zum anderen, weil die Westarbeitsmärkte gesättigt und weitere verantwortungsbewußte „Sozialauswahlen" nicht mehr ernsthaft zu treffen waren. Bei der Treuhand führte dies dazu, daß sie den Gesetzgeber wiederholt zu einer Änderung des Aktiengesetzes drängte (siehe dazu Wirtschaftswoche v. 1.5.92 und Handelsblatt v. 18.5.92).

Etwa gleichzeitig wurden deswegen zwischen Treuhand und verschiedenen Einzelgewerkschaften neue „Rahmenvereinbarungen" ausgehandelt, die geeignet sein sollten, die Lage zwischenzeitlich ein wenig zu entschärfen. Die Abfindungssumme erhöhte sich dabei auf etwa 6.000 bis 8.000 DM. In der Rahmenvereinbarung zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und der Treuhandanstalt findet sich darüberhinaus noch eine interessante „Protokollnotiz Nr.3". In ihr heißt es: „THA und NGG werden durch geeignete Erklärungen sicherstellen, daß dieser Rechtsstandpunkt in ihren Bereichen geteilt wird." (1.April 92) Dazu bedarf es keiner weiteren Anmerkung!

Ebensowenig eigentlich zu dem am 21.7.1992 dann überstürzt in Bonn verabschiedeten Ergänzungsparagraphen 28a des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz, in dem es lapidar heißt: „Die Vorschriften des Aktiengesetzes über herrschende Unternehmen sind auf die Treuhandanstalt nicht anzuwenden."

Die eingewestete Presse berichtete über diese Ungeheuerlichkeit nicht mal mit einer einzigen Zeile! Ein für allemal sollte damit jeder Durchgriffshaftungs-Versuch von Ost-Betriebsratsseite ein Riegel vorgeschoben werden. Der Neu-Berliner Arbeitsrechtler Henner Wolter sieht das allerdings anders: „Einem Berechnungsdurchgriff für Sozialpläne entgeht die THA n i c h t durch diese Neuregelung: Dieser beruht vor allem auf der Interpretation des Unternehmensbegriffs in 111 ff. BetrVG, nicht auf Vorschriften des Aktienrechts über herrschende Unternehmen." Wolter sieht nunmehr für die Arbeit der Rechtsanwälte im Auftrag der Betriebsräte sogar eine „erleichterte Darlegung", was ihn zu der abschließenden Bemerkung veranlaßte: „Die Gesetzesnovelle hat klammheimlich das Parlament passiert; dazu ließe sich in Abwandlung eines bekannten Bonnmots sagen: 'Viel Schweigen für ein Omelette'."

Aus dem bishergesagten wird jedoch deutlich, daß die Westgewerkschaften eher die Interessen des Bonner Staates-Quo vertreten als die der ostdeutschen Arbeitnehmer. Mit jeder weiteren Massenentlassung verstärkt sich die Wut der Betroffenen in der ehemaligen DDR. Hinzu kommt, daß die Treuhand jetzt statt wie in der ersten Phase mit Unternehmensberatern, die „Gesundschrumpfung" empfahlen, nunmehr vor allem mit Liquidatoren arbeitet, die „behutsame Stillegungen" einleiten. Schon entblödete sich die Berliner Zeitung nicht, am 6.Oktober dem THA-Oberliquidator, Wilhelm Schaaf, eine verlogene halbseitige Eloge hinterherzutragen - nach der dieser gute Mensch aus dem Schwabenland nichts weiter im Sinn hat, als Arbeitsplätze zu erhalten. In der Treuhand ist der für die Abwicklungen zuständige Manager, Ludwig Tränkner, im übrigen ein ehemaliger Burda-Journalist. Damit die Belegschaften auch wirklich friedlich ihre Buden räumen, wenn Schaaf zur Sache kommt, werden sie jeweils für einige Monate in eine Beschäftigungsgesellschaft -ABS - gesteckt. Dies erledigt in vielen Fällen der IG-Metall-Jurist Jörg Stein, ebenfalls ein Schwabe, dazu Steinkühler-Ziehknabe, der im Gewerkschaftshaus am Berliner Engeldamm ein Büro hat, das der IG Metall-Vorstand mit monatlich 50.000 DM bezuschußt. Bei den „Vereinbarungen" zur Beschäftigungsgesellschaft zwischen Schaaf und den jeweiligen Betriebsräten fungiert meist Steins Sozius, Ra. Hunnekuhl, als „Schiedsrichter". Bei einer durchschnittlichen Betriebsvereinbarung nebst Sozialplan für eine „normale Entlassungswelle" kassiert Jörg Stein mindestens 50.000 DM - dafür muß er mit Glück nur zweimal zu dem betreffenden Betrieb rausfahren und etwa sechs mal mit den Betriebsräten telefonieren. In der Abwicklungs-Abteilung der Treuhand heißt es mittlerweile stereotyp: „Ohne Herrn Stein läuft bei uns gar nichts!" Der Berliner IG-Metall-Jurist Peter Senfft ließ neulich schon mal vorsichtig in seiner Frankfurter Zentrale anfragen: Auf welcher Seite steht Stein eigentlich? Man beruhigte ihn dort jedoch: Der steht auf unserer Seite! Stein selbst begründet sein Engagement, bisher hat er etwa 56 ABS geschaffen, so: „Ich habe eben einen sozialen Touch". Das hindert ihn aber nicht, im Falle ein Betriebsrat sich mal querstellt, diesen unter Druck zu setzen („Wenn ihr da nicht reingeht, ist die letzte Chance vertan, nächstes Jahr ist Gesamtvollstreckung"). Betriebsräte, die sich etwa weigern, von Stein kurzerhand an die ABS „Straßenfahrzeugbau" Zwickau angegliedert zu werden (in der auch schon ein Teil der Mitarbeiter des Kühlschrankherstellers - dkk Scharfenstein - gelandet ist), müssen sich herbe Vorwürfe von ihrem Gewerkschaftsjuristen gefallen lassen. Die MTG-Betriebsräte in Dresden, Neuhaus und Frankfurt/O sträubten sich nicht zuletzt deswegen gegen die Steinsche Abschiebung in die gerade für sie als Mikroelektroniker „inhaltlich katastrophal" zusammengeschusterte länderübergreifende ABS, weil dann nach ca. einem halben Jahr die Abfindungen der darin „geparkten" Arbeitnehmer weg wären: „Wir sind nicht mehr im Sozialismus. Beides könnt ihr nicht haben," so Tränkner.

In der ABS „Straßenfahrzeugbau" sind die Scharfensteiner z.B. nur für drei Monate abgeschoben (vom 1.10. bis zum 31.12.92).

Das simple Prinzip, das Stein dabei zu verfolgen scheint, ist das eines Kettenbriefs: Jede neue entlassene Mannschaft bringt ihre Gelder ein und dann läuft es wieder eine Weile, bis die Belegschaft des nächsten liquidierten Betriebes - wieder mit neuen Geldern - an die ABS angekoppelt wird. Im Grunde hängt also alles an Wilhelm Schaaf: Der muß nur schnell genug die nächsten Firmen liquidieren und der ihm auf den Fersen folgende Stein, zusammen mit Hunnekuhl, ebensoschnell die betroffenen Betriebsräte dazu kriegen, die entsprechende „ABS-Vereinbarung" zu unterschreiben. Die Treuhand ist dann glücklich aus dem Spiel. Wenn da nicht alle







Beteiligten sofort „kooperieren“ und stattdessen wohlmöglich anfangen zu querulieren, greift der Kollege Stein auch schon mal zu handfesten Drohungen. Und wie nebenbei verdienen er und seine Mitstreiter bei der Rettung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen im Osten noch mit jedem weiteren Kettenglied Unsummen.

(„Lukratives Sterben“ überschrieb die Wirtschaftswoche neulich einen Artikel über die goldenen Zeiten der Abwickler: 189 ostdeutsche Betriebe wurden allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres liquidiert.)

Einigen Betriebsräten ist es bei Massenentlassungen jedoch gelungen, durch geschicktes Verhandeln am Ende mehr für ihren Sozialplan rauszuholen bei der THA als Ra.Stein, der für sie zuvor „das Optimum“ glatt ein paar Millionen DM niedriger angesetzt hatte.

Ach, es ist ein Kreuz mit den Gewerkschaften im Osten! Das sollte hier nur noch einmal dargelegt werden, damit nicht der Eindruck entsteht, die Poststelle des DGB wäre das einzige Problem der Betriebsräte im Osten (siehe dazu Die Zeit vom 25.9.92). *bi/he*

Der Betriebsdirektor einer Zwikkauer Dessous-Produktion i.L., die früher zum Kombinat Trikotagen gehörte:

„Da kommen teure Rechtsanwälte aus dem Westen, haben keine Ahnung und machen stur ihre Arbeit. So ein durchschnittlicher Liquidator hat bis zu vier kleinere Objekte abzuwickeln. das bringt ihm mindestens 400.000 DM. Ein Großer im Geschäft, einer dieser Star-Konkursverwalter, der kassiert 10 Millionen und hat ausgesorgt. Ich habe einen Liquidationsanwalt beobachten können, sein Auftreten, seine Reaktionen, das war beeindruckend, an dem Mann war alles unecht. Kleinste Erfolge hat er zu einem riesenhaften Ergebnis aufgebauscht, jenseits jeder Realität, er hat Sachen, die sogar bei uns in der DDR zum Standard gehörten, als absolute Besonderheit herausgestrichen und Dinge, die wir ganz still und nebenbei erledigt haben, mit großen Posaunenstößen verkündet. Dabei hat er geredet und geredet und nie zugehört. Ich frage mich nur, wie das funktioniert, wenn alle sich gegenseitig einseifen und, wohl wissend, daß es so ist, Schaumschläger dennoch den Zuschlag bekommen? Aber bei aller Komik, wir hier lachen schon lange nicht mehr darüber, wir sehen ja, daß es tatsächlich funktioniert, und n u r so... Noch voriges Jahr im März wurde der Leiter bei uns überall als vorbildlicher westlicher Manager vorgestellt, von dem wir alle eine Menge über moderne Betriebsführung lernen können. Der galt als einer, der hier praktisch alles aus den Tiefen reißen könnte, wenn seine Kraft reichen würde. Und jetzt? Nun hat er eine Bauchlandung hingelegt, vielleicht schlimmer, als das unsereiner gemacht hätte. Aber die haben immerhin einen guten Betriebsrat, der, wenns soweit ist, wenigstens die Sozialpläne für die Werktätigen einklagen wird. Aber das ist doch alles eine Katastrophe.“ (Gabriele Goettle)

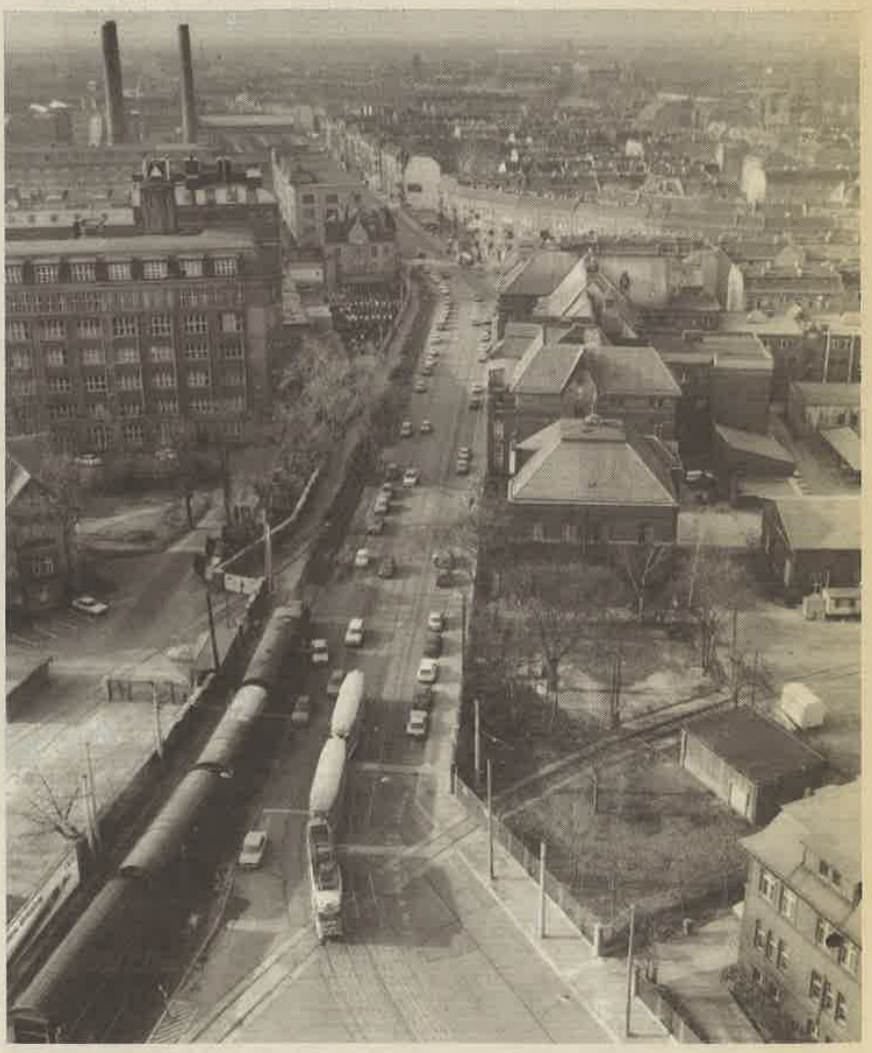
"Das wäre ein echter Super-Gau," so der Chefjurist der Treuhandanstalt, Balz, "sollten Gerichte uns als Konzern einstufen, der alle Lasten seiner Tochterunternehmen tragen muß." Wie am Erfurter Kreisgericht gerade geschehen. Die Stillhalteabkommen zwischen THA und einigen Gewerkschaften (v.Mai 92) bedeuten, daß die betreffenden Arbeitnehmerorganisationen an der Stelle den Rechtsschutz verweigern. Aus politischen Gründen, weil bei einer solchen Betriebsrats-Strategie gesellschaftliche Probleme auf Betriebsebene verlagert und von juristischen Experten bearbeitet werden, statt sie politisch-mobilisierend anzugehen, wäre der Arbeitsrechtler Henner Wolter gegen solch ein Vorgehen, das nur den Rechtsanwälten Vollbeschäftigung garantieren würde.

Bis da das oberste Arbeitsgericht irgendein Grundsatzurteil fällt, gibt es die Treuhand schon längst nicht mehr, die sind doch jetzt schon am Einpacken, so ein früherer Gewerkschaftssekretär sinngemäß.

"So lange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert." (Bertold Brecht)

An der Universität Bremen wurde kürzlich eine Studie erstellt über die Stillegung der Heckert-Werke, Werkzeug- und Maschinenbau in Chemnitz. Danach würden die Stillegungskosten bis Ende 1994 rund 363 Millionen DM, zuzüglich ca. 70 Millionen DM für die Beschäftigten betragen, die Sanierungskosten hingegen "nur" 350 Millionen DM. Bei den Liquidierungs-Verlusten sind noch nicht einmal die täglich steigenden Abfindungen mitgerechnet worden, sondern nur der Stand der zwischen THA und Einzelgewerkschaften ausgehandelten "Rahmenvereinbarungen" veranschlagt.

"Wer von der Treuhand nicht reden will, der soll von Rostock schweigen," dieser Satz stammt nicht aus der Ästhetischen Theorie Adornos, sondern aus einem Spiegel-TV-Interview mit einem Hoyerswerdaer Arbeitslosen.



23 Das Industriegebiet Oberschöneweide vom WF-Turm aus gesehen

ZUKUNFT FÜR DIE
DEUTSCHE SEEREEDEREI ROSTOCK
HEISST
ZUKUNFT FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN

DSR-LINES



DIE BETRIEBSRÄTE DER DSR GMBH FORDERN:

- PERSPEKTIVEN FÜR DIE DEUTSCHE SEESCHIFFAHRT
- STOP DER AUSFLAGGUNGSWELLE
- ALTERNATIVEN ZUM DEUTSCHEN ZWEITREGISTER

HAUS DER SCHIFFAHRT · 2500 ROSTOCK 1 · POB 2188 · PHONE 458-0 · TELEX 41-398 238 DSR UF · FAX 36 62 18 31

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

Ausgabe: 5/92
Schutzgebühr: ZWEIMARK

Mitarbeiten! Mitgestalten!

Die Ostwind-Redaktion braucht dringend für die Verbesserung der publizistischen Arbeit

- Korrespondenten /-innen aus den Betrieben
- Fotos!
- Betriebsinfos
- Flugblätter, Zeitungsartikel

Bitte wenden an: Martin Clemens, Tel. 030/2755600
Stephan Demke

St. Demke, Holteistr. 23, O-1035 Berlin (zugleich Bestelladresse, bitte Rückporto beilegen)

Helmut Höge Tel. 030/2814745
Fax "

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

Ausgabe: 5/92
Schutzgebühr: ZWEIMARK

„Das Maß ist endgültig voll“

Entlassungen stoppen und Arbeitsplatzgarantien einhalten

Die Betriebsräte fühlen sich von den West-Funktionären der Gewerkschaften unverstanden



Dokumentation der 1. Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute am 20.6.92 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz Berlin

IMPRESSUM:
Herausgegeben von der Info-Gruppe der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte

Auflage:500 Exemplare Redaktionsschluß:18.11.92

5/92 :Red.-verantw.:M. Clemens/St. Demke
Satz/Layout :G. Frister
Fotos :M. Clemens

V.i.S.d.P.: St. Demke, Holteistr. 23, O-1035 Berlin (zugleich Bestelladresse, bitte Rückporto beilegen)

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!

Aufruf für Betriebs- und Personalräte und Vertrauensleute der Betriebe in den neuen Bundesländern und in Berlin

Gegenwärtig sind bzw. werden in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin flächendeckend mehr als 50% aller Arbeitsplätze vernichtet. Ganze Regionen (wie z.B. die Insel Rügen) werden völlig entindustrialisiert. Diese Art von negativer Struktur- und Arbeitsmarktpolitik muß sofort gestoppt werden.

Für alle Betriebe muß gelten:

> Mitbestimmung der Betriebsräte vor Entscheidungen über Sanierung, Verkauf oder Standortverlagerung von Unternehmen.

Um diese Forderung durchzusetzen, führen wir - als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter - die **1. Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter** durch:

Samstag, 20. Juni 1992, 10 - 18 Uhr
Berlin, Kongreßhalle am Alexanderplatz

Wir wollen gemeinsam eine Änderung der Politik der Arbeitsplatzvernichtung erzwingen. Wir wissen, daß die Treuhandanstalt nicht die alleinige Verantwortung für den Arbeitsplatzabbau trägt. Deshalb wollen wir auch die Verantwortung der Regierung für diese Situation darstellen.

Unsere Ziele bei dieser Konferenz sind:

- Durchsetzung des Grundsatzes "Sanierung vor Privatisierung für alle sanierungsfähigen Betriebe";
- Bildung eines unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung, gemäß 76er Mitbestimmungsgesetz;
- Entwicklung von Konzepten, um neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen;
- Entwicklung von strukturpolitischen Konzepten.

Bitte diesen Aufruf kopieren und an andere Betriebe weiterleiten! Die Vorbereitungsgruppe trifft sich mittwochs um 16 Uhr im Ost-Berliner DGB-Haus, Saal 0205, Märkisches Ufer 28

Kontaktadresse:

Betriebsrat Werk für Fernsehelektronik (WF), O - 1160 Berlin, Ostendstr. 1-14
Tel.: 6383 23 09, 6383 38 50, FAX: 635 06 23

Bitte Infos von Betriebsrat und Gewerkschaften über Erfolge und Mißerfolge und statistisches Material zur Arbeitsplatzvernichtung mitbringen!

Anmeldung und gegebenenfalls Unterkunftswünsche bitte bis zum 16.6. mitteilen.

Vorbemerkung des Herausgebers

Die vorliegende Konferenzdokumentation gibt nicht alle Redebeiträge und nicht alle vollständig wieder. Eine Auswahl und redaktionelle Kürzung der Beiträge waren aus Platzgründen unumgänglich. Manches ist auch der Übertragungstechnik zum Opfer gefallen.
Wir haben sprachliche Ungereimtheiten nur ganz vorsichtig korrigiert, um möglichst viel Originalität und Frische zu bewahren. Viele Hände haben bei dieser Dokumentation geholfen. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.
Die Zwischenüberschriften sind vom Herausgeber eingefügt.

Martin Clemens, Stephan Demke **19.11.92**

Grußadressen, Solidaritätsschreiben und Thesenpapiere an die Konferenz kamen von folgenden Personen und Organisationen:

VKL/IG Metall bei AEG Olympia Office GmbH, Wilhelmshaven
Gesamtbetriebsrat Elpro AG, Berlin
Betriebsrat Institut für Rundfunktechnik, München
Resolution des 12. ÖTV-Gewerkschaftstages
Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West, Berlin
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, e.V., Berlin
DGB Landesbezirk, Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Klaus Grehn, Arbeitslosenverband Deutschland e.V.
Fritz Teppich, HBV Seniorenausschuß, Berlin
Martin Jander, Stefan Lutz, FU Berlin

Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte am 20.6.92 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz in Berlin

TeilnehmerInnen Gesamt	300
TeilnehmerInnen Betriebs- und Personalräte aus 80 Betrieben (70 Ost/10 West)	140
TeilnehmerInnen GewerkschafterInnen	50
Offene Teilnehmerliste - Gäste	51
Medien	40

Aus folgenden Betrieben waren Kollegen und Kolleginnen anwesend:

Elbo Bau AG Rostock
EAW Berlin GmbH
DSR GmbH Rostock
DSR Lines Rostock, FU Mukran
Senat Rostock, Jugend, Gesundheit und Soziales
Freie Universität Berlin
Maro Feinkost GmbH, Rostock
Amt für Industrie- und Sozialarbeit der evang. Kirche, Berlin
Johannisthaler Forschungstechnik
Elektro-Feinmechanik GmbH Mittweida
Leuchtstoff und Feinchemikalien, Bad Liebenstein
AEG Marienfelde, Berlin
Minol-Nordtank GmbH, Rostock
Minol-Zentraltank GmbH, Potsdam
Fürstenberger Fleischwaren GmbH, Eisenhüttenstadt
Kraftwerks- u. Anlagenbau AG, Berlin
Otis GmbH, Berlin
Filmfabrik Wolfen AG
BAE Batterie GmbH, Berlin
Seehafen Rostock GmbH
Berliner Werkzeugmaschinenfabrik
Halbleiterwerk Frankfurt/Oder
B.R.F. Friedrichshain
RFT AG Staßfurt
TRO GmbH, Berlin
Elpro AG, Berlin
EFN mbH, Berlin
dkk Scharfenstein
Universität Rostock, Personalrat
Bestahlbau GmbH, Berlin
Mercedes-Benz, Bremen
Narva BGW, Berlin
Aslid GmbH, Berlin
SKL Magdeburg
Famos Leipzig
Sachsenhydraulik Chemnitz
Fernsehglas Tschernitz GmbH
Naplafa GmbH, Chemnitz
Motorradwerk Zschopau GmbH
Bau-Union Schwerin AG
Bagger-,Bugsier- und Bergungsreederei, Rostock
ABW, Berlin
Dieselmotorenwerk GmbH, Cunewalde
Kalitex GmbH, Hohenstein-Ernstthal
BSHG
Hdst. Elsterwerda
Rostocker Fischfang-Reederei GmbH
Stahlwerk Gröditz
Institut für Rundfunktechnik, München
Prolux GmbH, Frankfurt/Oder
Bagut GmbH
Ascota AG i.L.
Ostseefisch GmbH, Rostock
Buna AG
Rewatex AG, Berlin
Transportgummi, Bad Blankenburg
Melitta-Papierfabrik, Berlin
Faga, Berlin
Dessauer Gasgeräte GmbH
Werk für Fernsehelektronik, Berlin
Niles Werkzeugmaschinenbau GmbH, Berlin
Krupp Stahlbau,Berlin
Hieb-Baumontagen GmbH, Berlin
WEMAG, Schwerin
Sächsische Olefinwerke AG, Böhlen
BFW GmbH
Coutinho Caro & Co Bau, Berlin
Intech Bauunion, Berlin
Gillette Deutschland, Berlin
GFBA e.V., Hennigsdorf
Osram, Berlin
BAE-Belfa GmbH, Berlin
Jüdisches Krankenhaus, Berlin
Krankenhaus Neukölln
Druckhaus Hentrich, Berlin
Ebag, Berlin
Köpenicker Baugesellschaft mbH, Berlin
EKO-Stahl AG, Eisenhüttenstadt
Fachhochschule Darmstadt
Universität Bremen
Universität Göttingen
Prolux Masch.-Bau GmbH, Berlin
Cornell University, USA
Klinikum Steglitz, Berlin

Aus folgenden Gewerkschaften waren KollegInnen anwesend:

IG Metall, IG Medien, IG BSE, ÖTV, GEW, NGG,HBV, IG Chemie, IG CPK,HK, GTB, GdED, DGB, DAG

Eberhard Wagner, Betriebsrat, Deutsche Seereederei, Rostock



Industriezweige wurden flächendeckend vernichtet

Es sind doch nicht vereinzelte Glücksritter, es sind doch nicht vereinzelte Spekulanten, die hier als sogenannte "schwarze Schafe" das Bild verderben. Es ist doch flächendeckend so, daß man überall hingucken kann: An allen Ecken und Enden sind es doch nur leere Versprechungen. Wenn die neuen Herren erst einmal in den Firmen sitzen, fühlen sie sich an ihre Versprechungen in keiner Weise gebunden. Es hat also dazu geführt, daß ganze Industriezweige flächendeckend vernichtet wurden. Ich will eine einzige Zahl hier einmal nennen, weil sie ganz typisch für uns aus dem Norden ist: 1988 wurden von der DDR-Bevölkerung damals 91,5 % aller von ihr verzehrten Fischkonserven und Frischfische von der Deutschen Fischfang-Reederei an Land gebracht und verarbeitet. Was heute hier an Fischen gegessen und verzehrt wird, das kann sich jeder in den Kaufhallen angucken. Ich frage mich, ob es heute ein Zufall ist, daß genau in dieser Fischfang-Reederei genau 91,5 % der Arbeitsplätze vernichtet sind, die damals 1988 dort bestanden haben. Das ist genau die gleiche Zahl, und das ist natürlich ganz erschreckend. Diese Größenordnung, daß Arbeitsplätze in den Großbetrieben und auch in der Landwirtschaft, im Dienstleistungsgewerbe nur noch in einer Größenordnung von 25 bis 30 % und, wie die Beispiele zeigen, weit darunter vorhanden sind, das ist die konkrete Situation.

Der Bundesregierung ist vorrangig der Vorwurf zu machen, daß sie nicht im Vorfeld der deutschen Einheit mit entsprechend ausgearbeiteten Konzepten, diese Einheit und diese Wirtschaftssanierung angegangen ist. Man hätte sehr wohl von der Regierung aus mit kompletten Konzepten sagen können, was machen wir mit der Braunkohlenindustrie? Was machen wir mit der chemischen Industrie? Und hätte nicht sagen müssen, na gucken wir mal, wer interessiert sich für Bitterfeld? Wer interessiert sich für Hennigsdorf? Es wird schon einer kommen, der da unten die Schokoladenfabrik kauft. Man hätte niemals zu diesem Zeitpunkt alles dem Selbstlauf überlassen müssen, auch wenn man dann in den Geruch gekommen wäre, sie wollten wieder von oben eingreifen. Dieser Vorwurf ist den Bonnern nicht zu ersparen.

"Wir können nur noch etwas mit der geballten Kraft erreichen"

Wir müssen doch heute hier eines feststellen: wenn wir diesen flächendeckenden und keinen aussparenden Arbeitsplatzabbau nicht weiter hinnehmen wollen, dann müssen wir spätestens jetzt zu der Auffassung und dem Ergebnis kommen: Wir müssen uns noch einmal zusammenraufen, unabhängig davon, aus welchem Land wir kommen und unabhängig, aus welcher Gewerkschaft wir kommen und unabhängig, in welcher Branche wir arbeiten. Wir können nur noch etwas mit der geballten Kraft erreichen. Es sind alle demokratischen Mittel bereits in kleinerem Maßstab, entweder auf den einzelnen Betrieb bezogen oder auf die einzelne Gewerkschaft bezogen, ausprobiert worden. Alle sind sie schon mal vor der Treuhand-Anstalt gewesen, alle sind sie schon mal bei den jeweiligen Landesregierungen gewesen, viele sind schon in Bonn gewesen: bisher haben wir nichts erreicht.

Und ich muß sagen, wie ernst die Lage ist, hat mir folgendes Erlebnis im Vorfeld der Konferenz gezeigt. Ich habe einen Kollegen aus einem Stadtreinigungsbetrieb angerufen und habe gesagt, wir wollen hier etwas Solidarisches schmieden, wir wollen doch mal dieses Problem der solidarischen Gesellschaft auf die Tagesordnung bringen, einer für den anderen, weil es hier Gesamtprobleme gibt für alle Länder. Da hat er gesagt: "Ja Du, Deine Konferenz, wir sind doch nicht mehr Treuhand. Wir sind kommunal, unsere Arbeitsplätze sind sicher, damit wollen wir nichts zu tun haben." Und genau dort beginnt der Scheideweg. Wir müssen jetzt diesen Solidaritätsgedanken, unabhängig davon "bist Du betroffen oder bist Du nicht davon betroffen" - zusammen mit den Gewerkschaften noch mal in der arbeitenden, aber auch in der gegenwärtig arbeitslosen Bevölkerung einpflanzen. Nur so können wir etwas bewegen. Deswegen sind ja hier heute ganz besonders die Personalräte mit eingeladen worden, weil wir auch keinen vergessen wollen, der in irgendeiner Form Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen vertritt.

"Mit fernem Wasser kann man kein Feuer löschen"

Und ich haben wirklich die Hoffnung, daß von dieser Konferenz - wenn wir also nachher am Nachmittag die Forderungen diskutieren und verabschieden werden, dann ein Zeichen gesetzt wird, um zu zeigen, das, was man '89 auf völlig friedliche Weise von der Basis her in Gang gebracht hat, das muß auch im Arbeitsleben möglich sein. Es ist hier noch möglich, was auf die Beine zu bringen. Ich habe mir gestern das "Politbarometer" angeguckt. Daß heute schon 62 % der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik davon ausgeht, daß ein Angleich des Lebensstandards zwischen West und Ost erst über 10 Jahre hinaus zu erwarten ist, das zeigt doch, in wie weite Ferne die Versprechungen gerückt sind, die man uns macht. Ich meine, zu Zeiten der DDR hatte man uns schon mal in weiter Ferne so ein Bild gemalt, irgendwann wirds diesen Sozialismus geben, das ist genauso fern gewesen wie der Angleich der Lebensumstände. Ich schätze sehr die weisen Chinesen. Wenn man das so in weiter Ferne sieht - dann muß ich das chinesische Sprichwort zitieren - das richte ich ganz besonders an die Bundesregierung, an die Landesregierung, aber auch an die Treuhand-Anstalt: "Mit fernem Wasser kann man kein Feuer in der Nähe löschen". Und das sollten sich die Herren in Bonn genau überlegen. Ich denke, an der Basis werden die besten Ideen geboren; die Basis ist auch in der Lage, gemeinsam mit allen, die sich diesen Zielen verpflichten, etwas auf die Beine zu bringen.

Prof. Dr. Jan Priewe, Darmstadt

Ich spreche hier als Vertreter der Arbeitsgruppe alternativer Wirtschaftspolitik oder Memorandum-Gruppe.
Wenn man bestimmten Äußerungen in den Medien glaubt, dann könnte man den Eindruck gewinnen, die Treuhandanstalt (THA) hätte in den letzten Monaten bereits einen Kurswechsel vollbracht. Hingewiesen wird darauf, daß es Managements-AGs gibt, hingewiesen wird darauf, daß der Sachsenfonds gegründet wurde. Es werden Einzelbeispiele von Betrieben erwähnt, wo, etwa in Chemnitz bei "Fritz Heckert", die Treuhandanstalt sich dazu versteht, einen scheinbar aussichtslosen Betrieb mit viel Geld zu sanieren. Ich glaube, dies ist doch keine Kehrtwende. Wir sind noch weit davon entfernt. Allerdings sehe ich schon, daß hier gewisse kleinere Veränderungen kompromißhaft gesucht worden sind, die in die richtige Richtung gehen.

"Fritz Heckert" Chemnitz

Im Fall des Maschinenbauunternehmens "Fritz Heckert" in Chemnitz ist durch Unterstützung der IG Metall in Sachsen eine Firma, die hohe Defizite schreibt, die zunächst einmal auch nicht privatisierungsfähig erscheint, aber doch längerfristig als sanierungsfähig eingestuft wird, unter den Fittichen der Treuhandanstalt in einen Sanierungskurs hineingebracht worden. Jedenfalls sieht es im Moment so aus. Ob das durchgehalten wird, weiß ich nicht. Ich denke, dies ist richtungsweisend. Hier können in diesem Fall, wie aber auch vermutlich in Hunderten ähnlicher Fälle, mit viel Geld, das aber gut angelegt ist, mehr Arbeitsplätze gehalten werden, als wenn eine Privatisierungsstrategie auf Teufel komm raus oder eine Stillegungsstrategie auf Teufel komm raus gefahren wird.

Grundsätzliche Kritik an der THA-Strategie

Dennoch, trotz dieser kleinen Veränderungen, die sich andeuten bei der THA, will ich an meiner grundsätzlichen Kritik an der Treuhandstrategie der schnellen Privatisierung festhalten.
Zunächst einmal hat ja Rohwedder das Wort geprägt: "Rasche Privatisierung, entschlossene Sanierung, behutsame Stillegung". Was ist davon geblieben? Nur der erste Teil. Von einer entschlossenen Sanierung sehe ich nichts, fast nichts, bis auf Einzelbeispiele. Und die behutsame Stillegung, nun gut, darüber mag man streiten, aber der große Brocken kommt sicherlich noch, wenn die Privatisierungsstrategie, so wie die Treuhand sich das vorstellt, Ende 1993 abgeschlossen sein soll.

Gegen bedingungslose Privatisierung

Nichts gegen eine Privatisierung. In der jetzigen Situation muß sicherlich privatisiert werden, aber doch nicht bedingungslos. Unter welchen Bedingungen ist eine Privatisierung akzeptabel? Ich denke dann, wenn eine vernünftige Zahl an Arbeitsplätzen in diesen Firmen erhalten werden kann, wenn andere Lösungen, etwa die Lösung einer eigenständigen Sanierung durch die Treuhand selbst und einer späteren Privatisierung in einigen Jahren schlechter und teurer und wenn sie nicht erfolgsträchtig sind, dann mag eine Privatisierung, auch eine schnelle Privatisierung, überlegen sein. Man muß jeweils die Alternativen prüfen und zu den Alternativen gehören sehr wohl auch, daß die Treuhandanstalt den Sanierungsauftrag, den sie, wenn man das Treuhandgesetz vernünftig liest, darin sehr wohl auch entdecken kann, ernst nimmt, also prüft, ob eine eigenständige Sanierung möglich ist. Dann gilt es abzuwägen: Ist es besser, zu privatisieren oder zunächst selber zu sanieren oder anzusanieren.

THA als Sanierungsbremse

Ich habe den Eindruck, daß der jetzige Kurs der Treuhand, der auf eine hastige Privatisierung ausgerichtet ist, ohne vernünftige gründliche Prüfung der Alternativen, ohne vernünftige Prüfung dssen, was denn eigentlich die Investoren da machen wollen, daß dies letztlich als Sanierungsbremse fungiert. Insofern wäre dann Privatisierung nicht die beste Form der Sanierung. Wenn schlechte Privatisierungen zustande kommen, ist Privatisierung eine Sanierungsbremse, insbesondere deshalb, weil die noch nicht privatisierten Firmen von der Treuhand dramatisch vernachlässigt werden. Ihnen werden nicht die gleichen Chancen wie den privatisierten Firmen gegeben.

1350 Firmen liquidiert

Schauen wir uns die Erfolgsbilanz, die die Treuhandanstalt selber präsentiert, etwas näher an. Es wird gesagt, die Treuhandanstalt sei eine ungeheuer erfolgreiche Anstalt, denn sie hätte mittlerweise 6.600 Firmen oder Firmenteile privatisiert. Dabei gäbe es 1,2 Mio vertragliche Arbeitsplatzzusagen, es gäbe 140 Milliarden DM an vertraglichen Investitionszusagen. 1350 Firmen mußten liquidiert werden, mit etwa 220 000 Arbeitsplätzen, die dabei verloren wurden, das ist der Wermutstropfen dabei.

Schauen wir uns die Zahl der 1,2 Mio vertraglich zugesagten Arbeitsplatzgarantien etwas näher an. Die Treuhand hat bislang nie angegeben, wieviel Arbeitsplätze denn tatsächlich in den privatisierten Firmen bestehen. Es sind mit hoher Sicherheit wesentlich weniger als 1,2 Mio Arbeitsplätze, es wird ja auch nur gesagt, das seien vertragliche Arbeitsplatzgarantien. Wieviele Arbeitsplätze in den nächsten Jahren wirklich geschaffen werden, sei dahingestellt. Noch ist es so, daß in den privatisierten Betrieben, wie ich vermute, wesentlich weniger als 700 000 Arbeitsplätze existieren, und daß diese Arbeitsplätze auch nach erfolgter Privatisierung noch weiter abgebaut werden. Es ist mir völlig schleierhaft, wie die Zahl der Arbeitsplatzzusagen von 1,2 Mio in den nächsten Jahren erreicht werden soll.

Arbeitsplatzzusagen werden nicht eingehalten

Wie kann das passieren? Es läuft sicherlich so ab, daß bei den Verkaufsverhandlungen bereits vereinbart wurde, daß die Kaufpreise insoweit sinken, als die Investoren damit rechnen müssen, sogenannte Arbeitsplatzpönalen bis zu 40 000 DM je nicht entstandenen, aber zugesagten Arbeitsplatz zu zahlen. Also rechnen große Teile der Investoren inzwischen

vermutlich längst damit, daß die Arbeitsplatzzusagen gar nicht eingehalten werden, sondern daß sie im ungünstigsten Fall (aus ihrer Sicht) diese Pönalen von 40 000 DM zahlen müssen. Insofern sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, daß diese 1,2 Mio Arbeitsplätze wirklich auch geschaffen werden. Umso wichtiger ist es, daß die Treuhand oder daß andere Institutionen ein vernünftiges Controllingsystem entwickeln, damit wirklich diese Zusagen, die gemacht worden sind, auch tatsächlich eingehalten werden, auch wenn die Zahl 6.600 viel zu gering ist.

THA als Maklerbüro

Nach wie vor sitzt die Treuhand aber auf knapp 5000 Firmen, die sich noch vermehren, weil sie unterteilt werden in kleinere Einheiten. Darunter gibt es noch gut 400 Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und insgesamt gut 800 Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Keiner weiß, was damit passieren soll in den nächsten Jahren, wenn die Treuhand ihr Privatisierungsgeschäft wie bisher durchführt.
In der Treuhand spricht man auch vom "Kerngeschäft", was noch einmal ausdrückt, daß sie den Kern ihrer Aufgabe versteht als Verkaufsagentur, als Maklerbüro, nicht als Sanierungs- und Restrukturierungsinstanz.

Sommerschlußverkauf 1993?

Wenn sie davon ausgeht, daß bis Ende 1993 diese 4000 oder 5000 Firmen verkauft werden sollen, dann müssen wir uns etwas genauer angucken, unter welchen Bedingungen soll denn hier verkauft werden? Wird es ein Schlußverkauf, wird es gewissermaßen ein Sommerschluß- oder ein Winterschlußverkauf, wo nicht nur verscherbelt wird, sondern sogar verramscht wird, wo es dann wirklich nur noch um die Verwertung der Grundstücke geht, wo es denn nur noch darum geht, daß abgerissen wird und auf den Grundstücken spekuliert wird, daß bestenfalls Zusagen gemacht werden bis



Industrieansiedlung oder Gewerbeansiedlung auf diesen Grundstücken stattfindet, was natürlich bedeutet, daß die Kommunen und die Länder, die später woanders Gewerbeansiedlung machen wollen, entsprechend weniger Firmen ansiedeln können. Dies ist dann keine echte Arbeitsplatzbeschaffung, die hier stattfindet.

Was heißt Privatisierung?

Wird es so sein, daß noch mehr Fälle wie Narva oder Klingbeil oder wie sie alle heißen, stattfinden in den nächsten 12 oder 18 Monaten bis Ende 1993? Wir werden sehr genau aufpassen müssen, was hier passiert, ob der große Ramsch jetzt kommt und das, was überbleibt, dann stillgelegt wird, oder wie es der "Spiegel" schrieb, möglicherweise noch bis nach den Bundestagswahlen gewartet wird, um dann in größerem Stil die Reststillegungen durchzuführen? Möglicherweise wird der schwarze Peter dann auch noch den neuen Bundesländern zugespielt.
Meine entscheidende Kritik an der Treuhandanstalt besteht einerseits darin, daß nicht genau hingeschaut wird, was denn Privatisierung bedeutet. Privatisierung ist keinesfalls immer eine sinnvolle Sanierung. Privatisierung kann auch Spekulation heißen, Privatisierung kann Grundstücksverwertung heißen, Privatisierung kann Plattmachen heißen, Privatisierung kann natürlich auch vernünftige Sanierung heißen, aber dies ist keineswegs in allen Fällen so.

THA blockiert Sanierung

Der entscheidende Punkt ist aber, daß die Treuhand die Firmen, die sanierungsfähig erscheinen, die sie selber als sanierungsfähig bewertet, die aber noch nicht verkauft werden können, gravierend vernachlässigt. Von entschlossener Sanierung verspüre ich nichts. Auch das Wörtchen, das die Treuhandanstalt selbst verwendet, aktive Sanierungsbegleitung, ist, glaube ich, ein Euphemismus (beschönigende Umschreibung). Ich denke, in vielen Fällen blockiert die Treuhandanstalt geradezu eine aktive Sanierung der noch nicht privatisierten

Firmen. Ich will das mit einigen Zahlen versuchen zu belegen. Die Treuhandanstalt gibt an, daß ihre Firmen im vergangen Jahr 15 Milliarden DM investiert hätten. Diese Zahl kann keiner genau nachvollziehen, weil natürlich die Daten, über die die Treuhandanstalt verfügt, kein anderer hat. Es gibt aber gut begründete Zweifel, daß diese Zahl stimmt. Selbst wenn sie stimmte, wäre diese Zahl, 15 Milliarden, wenn man das in Pro-Kopf-Investitionen oder Pro-Arbeitsplatz-Investionen umrechnet, viel zu wenig, gemessen an westlichen Standards, an westdeutschen Standards, gemessen an dem, was wirklich an Investitionsbedarf vorhanden ist.

Ständige Verzögerungen

Eine genaue Untersuchung des Hallenser Instituts für Wirtschaftsforschung hat jedoch ergeben, daß im vergangenen Jahr in Wirklichkeit wohl nur 3900 bis 5800 DM je Arbeitsplatz in den noch nicht privatisierten Treuhandfirmen investiert wurde. Das ist fast halbsoviel wie das, was die Treuhand angibt. Das wird meines Erachtens auch ständig bestätigt durch Berichte von Betriebsräten, die klagen, daß in ihren Firmen nicht aktiv mit der Sanierungsarbeit begonnen wird, weil die Treuhand verzögert, weil sie blockiert, weil sie auf irgendwelche Investoren, die dann irgendwann kommen sollen, wartet. Die sollen nämlich bestimmen, was gemacht wird, und vorher wird allenfalls eine Notgeschäftsführung gemacht, damit die Firma halbwegs über Wasser gehalten wird, aber es wird nicht wirklich mit der Ansanierung begonnen.

400000 Entlassungen 1992

Noch sind bei den Treuhandbetrieben etwa eine Million Arbeitsplätze vorhanden. 300 000 Entlassungen, manchmal hört man auch aus Treuhandmund, 400 000 Entlassungen, sind in



diesem Jahr 1992 geplant. Das hieße, wenn man die natürliche Fluktuation eventuell hinzurechnet, daß am Ende des Jahres nicht mehr viel da sein wird. Entscheidend ist jetzt, was passiert mit den etwa 400 bis 800 größeren und Großbetrieben? Dies ist die entscheidende Masse an Betrieben, wo saniert werden muß, wo etwas passieren muß. Bei den vielen Kleinbetrieben, denke ich, mit unter 20 Beschäftigten oder unter 50 Beschäftigten kann man sehr viel mit relativ raschem Verkauf in der Tat durchführen bis hin zu Management Buy outs oder Belegschaften Buy Ins und ähnlichen Dingen. Hier sehe ich nicht die allergrößten Probleme. Entscheidend ist aber, daß Signale gegeben werden für die größeren Betriebe, für die Masse von 500 Firmen, die im Kern Industriebetriebe sind. Hier wäre aktive Sanierung besser als Verscherbelung.

Betriebe in der Schuldenfalle

Was macht die Treuhand mit "ihren" Firmen. Sie gewährt ihnen Bürgschaften für Liquiditätskredite. Über 90 Prozent der Treuhandbetriebe sind auf Liquiditätskredite, die von Banken gewährt werden, zu Konkurrentbedingungen, d.h. zu extrem ungünstigen Kreditbedingungen mit zweistelligen Zinsraten, angewiesen. Diese Kredite werden bekanntlich von der Treuhand verbürgt. Niemand weiß so recht, in welchem Ausmaß diese Bürgschaften wirklich in Anspruch genommen werden. Diese Liquiditätskredite bezeichnet die Treuhandanstalt, das finde ich betriebswirtschaftlich geradezu verwegen, als "Sanierung". Betriebswirtschaftlich ist das überhaupt nicht zu verantworten, daß laufende Kosten in so großem Umfang, laufende Lohnkosten, laufende Materialkosten durch Kredite zu so teuren Bedingungen finanziert werden. Hier werden die Altschulden von morgen aufgebaut. Hier wird sich zeigen, daß die Betriebe, wenn sie denn überleben, in den nächsten Jahren vor einem riesigen Schuldenberg stehen, den sie dann abzahlen müssen, den ihnen keiner abnimmt. Das verunmöglicht, das verhindert geradezu die Sanierung in der Zukunft. Hier werden gewissermaßen die Treuhandbetriebe in eine Schuldenfalle hineingedrängt. Das ist keine betriebswirtschaftlich vernünftige Strategie.

Ein großer Bluff

Wenn die Treuhandanstalt in ihrer kürzlich veröffentlichten Broschüre "Entschlossen Sanieren" angibt, sie hätte insgesamt 77 Milliarden DM für Sanierung "ihrer" Betriebe ausgegeben, für Sanierung und Restrukturierung usw., dann ist dies, glaube ich, ein großer Bluff. 77 Milliarden ist die Gesamtsumme an Ausgaben, die die Treuhand hatte. Diese Zahl ist zweifellos korrekt, aber ist es denn Sanierung? Wenn alles das, was die Treuhand tut, als Sanierung bezeichnet wird, nun gut, dann ist es die größte Sanierungsinstitution der Welt.

Etwa ein Drittel der Treuhandausgaben besteht allein aus Zinsleistungen, die für Altschulden des DDR-Haushaltes, die für Altschulden der Betriebe aufgewendet werden müssen, die mit der Sanierung an und für sich überhaupt nichts zu tun haben.

Wenn man unter Sanierung im Kern versteht, den Kauf neuer Investitionsgüter wie Maschinen, Anlagen, Fabrikgebäude, die in den Fabriken und in den Firmen und Unternehmen installiert werden, dann kommt man wahrscheinlich auf eine Summe von 5 bis 6 Milliarden DM, die die Treuhand, nicht die Firmen, finanziert hat und womit sie "ihre" Firmen unterstützt hat. Das ist eine ganz andere Zahl als die angeblichen 77 Milliarden, die Frau Breuel angibt, die zur Sanierung aufgewendet worden seien.

Strategie des Stillegens

Ich denke, die noch bei der Treuhand verbliebenen Firmen werden hingehalten, sie werden in einer Wartestellung sozusagen zwischen Himmel und Hölle gehalten, man weiß nicht recht was passiert. Die Treuhand gibt an, 70 % ihrer Firmen, das sagt sie seit mehr als einem Jahr, seien sanierungsfähig, 10 % hätten keine Chance und 20 % müßten noch einmal geprüft werden.

Ja, wer sind denn die 70 % der Firmen, die angeblich überlebensfähig sind? Warum wird es den Firmen nicht gesagt? Warum wird nicht den 10 % Firmen, die keine Chance mehr haben, gesagt, daß sie keine Chance mehr haben? Warum dieses Hinhalten? Ich denke, dies schafft eine schlechte Motivation für die Belegschaften, für das Management, viele werden das Weite suchen, werden andere, bessere Arbeitsplätze suchen. Man kann es keinem verdenken. So werden diese Firmen ausgeblutet, sie werden richtig hängengelassen. Vielleicht ist dieses Hängenlassen auch eine taktisch ausgeklügelte Strategie, um dann besser Stillegen zu können, wenn viele Arbeitsplätze dann schon weg sind.

Diskriminierung der Treuhandfirmen

Ich denke, dies ist letztendlich eine starke Diskriminierung der Treuhandfirmen gegenüber den bereits privatisierten Firmen, weil die Treuhandfirmen viel schlechtere Chancen haben im harten Wettbewerb zu bestehen als die bereits privatisierten Firmen.

Ich will das in zwei Punkten nennen. Erstens: Wenn Firmen durch die Treuhandanstalt privatisiert werden und gegebenenfalls ein negativer Kaufpreis gewährt wird, (die Treuhand zahlt noch dazu) etwa weil der Investor erhebliche Arbeitsplatzzusagen gemacht hat, dann kommt dies im Grunde einer Arbeitsplatz-Subentionierung durch die Treuhand gleich. Entsprechende Arbeitsplatz-Subventionen erhalten aber die Treuhandbetriebe nicht. Dies ist eine Ungleichbehandlung, die beendet werden muß. Ein zweiter Punkt betrifft nicht die Treuhandanstalt, sondern die Länder und den Bund. Die Treuhandbetriebe bekommen von fast allen neuen Bundesländern so gut wie keine Zuschüsse aus der Wirtschaftsförderung, aus der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Investitionszulagen, Investitionszuschüsse oder Förderungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau für zinsvergünstigende Kredite. Es zeigt sich, daß der ganz große Teil dieser hohen Fördermittel ausschließlich oder fast ausschließlich an privatisierte Firmen geht. In Thüringen weigert sich die Landesregierung, die Landeswirtschaftsförderung auch auf Treuhandbetriebe auszudehnen. Das ist eine harte Diskriminierung der Treuhandfirmen. Die paßt ins Konzept der schnellen, der hastigen Privatisierung, aber sie führt eben nicht dazu, daß mit der Sanierung, die möglich wäre, die betriebswirtschaftlich vernünftig wäre, in den Treuhandfirmen begonnen wird so schnell wie es nur geht.

Weniger Investitionen im Osten als im Westen

Wenn wir uns die Investitionen in Ostdeutschland insgesamt anschauen, (das ist ja die eigentlich entscheidende Zahl: was wird in Ostdeutschland, in den neuen Bundesländern und in Ostberlin, investiert?) wenn wir die Zukunftsentwicklung anschauen wollen, dann stellen wir zunächst mal fest, daß in diesem Jahr die gesamten Investitionen, private und öffentliche, etwa 90 bis 100 Milliarden DM ausmachen werden. Das ist wesentlich mehr als im vergangenen Jahr, scheinbar ein Lichtblick. Vergleichen wir diese Summe an Investitionen pro Einwohner, pro 16 Millionen Einwohnern, die in den neuen Bundesländern leben, mit den Investitionen je Einwohner in Westdeutschland, dann kommt man zu der fatalen Größe, daß im Osten nur 60 % der Pro-Kopf-Investitionen der Westländer getätigt werden, obwohl bekanntlich der Investitionsbedarf im Osten um ein Vielfaches höher liegt. Dies ist eine erschreckende Zahl und wenn sich hier nicht wesentlich etwas bessert, dann wird es nie eine Angleichung der Lebensverhältnisse geben.

Die klammheimliche Devise westdeutscher Unternehmer

Diese geringen Investitionen in Ostdeutschland werden weniger bewirkt durch öffentliche Investitionen, da ist schon viel geschehen und es könnte noch mehr geschehen, sondern durch zwei entscheidende Umstände:
Erstens investieren die Treuhandbetriebe zuwenig, was ich bereits erwähnt hatte, und zweitens ist die Investitionsbereitschaft westlicher, insbesondere westdeutscher Firmen, viel zu gering. Eine Zahl hierzu. Die westdeutsche oder genauer gesagt, die westliche Industrie, die aber zu 90 % aus westdeutscher Industrie besteht, investiert in diesem Jahr vermutlich 18 Milliarden DM in Ostdeutschland. Im Westen werden vermutlich von der Industrie in diesem Jahr knapp 300 Milliarden investiert. Von den im Osten investierten 18 Milliarden werden mehr oder minder 50 % durch die Wirtschaftsförderung finanziert, so daß nur etwa 9 Milliarden bleiben. Das ist eine lächerliche Summe. Es sieht ganz so aus, daß das, was der Arbeitgebervertreter des Verbandes Stahl und Eisen in bezug auf seine Branche gesagt hat, daß jede Tonne Stahl, die im Osten produziert wird, eine Tonne zuviel sei, daß dies kein Fauxpas eines einzelnen Arbeitgeberpräsidenten war, sondern die klammheimliche Devise vieler Unternehmer in Westdeutschland ist. Ich denke, hier muß sich wesentlich etwas ändern. Eine ganz wichtige Schlußfolgerung daraus ist, daß die Treuhandbetriebe, wenn schon die westlichen Investoren nicht in dem Maße kommen, wie sie kommen müßten, daß die Treuhandbetriebe wesentlich mehr investieren müßten, solange sie noch nicht privatisiert sind.

Dramatischere Situation als 1929

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch zwei Horrorzahlen nennen, die die Dramatik der Situation deutlich machen. Das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland, die Summe der pro Jahr produzierten, in Ostdeutschland selbst produzierten Güter und Dienstleistungen, ist von 1989 bis 1992 um 45 % zurückgegangen. Einen solchen Rückgang gibt es weder in den GUS-Ländern, noch in Polen, noch in der CSFR, noch hat es meines Wissens in den letzten 100 Jahren je einen solchen Rückgang in einem entwikkelten kapitalistischen Land gegeben. Das ist die schwerste Wirtschaftskrise, sie ist bei weitem größer als die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 im deutschen Reich.

Die Industrieproduktion in Ostdeutschland ist bislang um 70 % zurückgegangen. Die Talsohle ist im Bereich der Industrieproduktion noch nicht überschritten. Wir kraxeln oder wir bewegen uns auf der Talsohle. Beim Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr ein Wachstum von real 7 % erwartet, es geht etwas nach oben, aber es ist kein Aufschwung. Der Aufschwung Ost ist bislang ausgeblieben. Eine solche scharfe Wirtschaftskrise sozial zu bewältigen und die Perspektive wieder hinzukriegen, daß eine vollständige Entindustrialisierung verhindert wird, ist unglaublich schwierig.

Den Bestand retten

Viele hoffen auf eine Reindustrialisierung, eine erneute Industrialisierung durch Industrieansiedlung, wenn erst mal soviel kaputtgegangen ist. Dies ist eine Illusion. Alle Erfahrungen mit Industrieansiedlung in den westlichen, westeuropäischen Ländern, in den USA, im

Saarland, im Ruhrgebiet, in Elsaß Lothringen, wo auch immer man hinschaut, zeigen eines: Es ist nicht möglich gewesen, nach einer erfolgten Deindustrialisierung, die den Kern einer Region zerstörte, wieder eine Reindustrialisierung zu schaffen. D.h.: diese Regionen sind auf Dauer gesehen schwächer geblieben. Dazu kommt, daß die ostdeutsche Wirtschaftskrise mit Elsaß Lothringen, mit dem Saarland oder mit irgendwelchen Regionen in den USA nicht zu vergleichen ist. Deshalb kommt es darauf an, den Bestand zu retten und eben nicht nach der Devise der sogenannten schöpferischen Zerstörung zu handeln, in der Hoffnung, nach der Zerstörung werde etwas kreatives Neues passieren. Es geht heute darum, den Bestand aufrechtzuerhalten, auch wenn es teuer ist, und in den Betrieben intern zu restrukturieren, um dann wieder eines Tages in drei, vier oder fünf Jahren lebensfähige, wettbewerbsfähige Betriebe zu haben.

Nachdem dies solange vernachlässigt worden ist, muß diese Bestandssicherung jetzt von der Treuhandanstalt angegangen werden. Wird dies nicht geschehen, geht die Deindustrialisierung weiter; dann wird man davon ausgehen müssen:

a) daß keine Angleichung der Lebensverhältnisse, weder in 10 noch in 20 Jahren, stattfindet und

b) daß auf lange Sicht, wenn nicht sogar permanent, in großem Umfang Sozialtransfers in der Größenordnung von 5 bis 7 % des westdeutschen Sozialprodukts von West nach Ost fließen müssen.

Das ist politisch nicht zumutbar, es ist psychologisch nicht zumutbar, es wäre das Eingeständnis, daß die deutsche Einheit schlichtweg ökonomisch mißlungen ist, dies darf nicht passieren.

"Vielleicht wollen sie nicht sanieren"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meine Zeit nicht allzusehr überschreiten. Ich will ganz kurz auf ein paar vermeintliche Argumente eingehen, die die Treuhand und auch die Bundesregierung immer wieder bringen, warum sie denn nicht in der Lage sei, aktiv zu sanieren, warum die Privatisierung immer noch besser sei, als wenn der Staat selber hier über die Treuhand eingriffe. Es wird gesagt, der Staat sei ein miserabler Unternehmer. Nun, wenn man die Treuhand anschaut und die Treuhand als Teil des Staates begreift, dann könnte man dieser These fast zustimmen. Aber wie kommt es denn, daß die Treuhand so ein miserabler Unternehmer ist? Sie hat doch 3500 oder mehr hochqualifizierte Manager, deren Gehälter, wie ihr besser wißt als ich, extrem hoch sind. Dort tummelt sich angeblich die Elite des westdeutschen Managements. Wieso sind diese Leute denn so schlechte und so miserable Unternehmer? Vielleicht wollen sie gar keine sein, vielleicht wollen sie ja gar nicht aktiv sanieren.
Die Treuhand soll gar nicht wie die Plankommission früher von oben herab sanieren, sondern die Betriebe in ihren eigenständigen Sanierungsaktivitäten aktiv unterstützen. Sie soll ja gar nicht alles selber machen. Außerdem geht es nicht um alle 5000 Betriebe, sondern im wesentlichen um die 400 oder 500 Großbetriebe. Die sind der Kern der Geschichte und an diesen 400 oder 500 Großbetrieben hängen leztlich sehr viele kleinere Betriebe dran. Also wenn es gelingt, diese Gruppe von Firmen auf den grünen Zweig zu bringen, werden auch viele kleinere Betriebe letztlich bessere Chancen haben. Es gibt eine Reihe



von Staats-unternehmen in Westdeutschland, die nur als Staatsunternehmen über lange Zeit hatten überleben können. Die Schiffbaukrise in Westdeutschland, in den Küstenregionen, konnte nur dadurch bewältigt werden, daß mit staatlichen oder halbstaatlichen Firmen mit Hilfe einer staatlichen Strukturpolitik hier eine halbwegs soziale Abfederung arrangiert wurde. Es gibt also durchaus positive Beispiele. Im übrigen hat die Treuhandanstalt selbst zugegeben, daß sie in der Lage ist, 600 sogenannte Cashfresser, die also sehr viel Liquidität schlucken, die für sie sehr teuer sind, ständig zu kontrollieren, also ein Controlling aufzubauen, insbesondere ein Finanzcontrolling. Sie hat bewiesen, daß sie in der Lage ist, individuelle Maßnahmekataloge aufzubauen. Mir kann keiner weismachen, daß die Treuhandanstalt mit ihren 3500 so hoch qualifizierten Managern nicht in der Lage sein sollte, die für sanierungsfähig erachteten Firmen auf diesen Weg zu bringen.

Wo ist das größte Faß ohne Boden?

Zweites Argument, was von der Treuhand und vielen anderen, besonders dem Finanzminister gesagt wird: hier würden Fässer ohne Boden geschaffen. Zweifellos, Sanierung ist teuer, aber ist die Privatisierung nicht auch teuer? Wer garantiert uns denn, daß dort, wo hastig privatisiert wird an Klingbeil oder an wen auch immer, wie diese illustren Herren auch immer heißen mögen, daß die vielleicht keine Fässer ohne Boden, aber dafür Plattmacher sind? Wo ist denn das größte Faß ohne Boden? Ich denke, es steht in Nürnberg bei der Bundesanstalt für Arbeit. Sind nicht die sozialen Kosten, die Folgekosten von dauerhafter Arbeitslosigkeit, von dauerhaftem Bemühen, irgendwelche Industriebetriebe in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern anzusiedeln, nachdem alles plattgemacht worden ist, sind diese horrenden Kosten, die dann auf die Steuerzahler zukommen werden, sind die nicht viel höher als die vermeintlichen Fässer ohne Boden, die in den Werften oder bei "Fritz Heckert" oder wo auch immer entstehen werden? Ich denke, es sollte nicht darum gehen, Dauersubventionierung anzustreben. Ich bin dafür, daß die Betriebe, die innerhalb einiger Jahre nicht sanierungsfähig sind, dichtgemacht werden, sozialverträglich dichtgemacht werden mit Gründung von Beschäftigungsgesellschaften, mit Ausgründung von Betriebsteilen usw. Da sollte man sich nichts vormachen. Aber dort, wo Sanierungsfähigkeit gegeben ist - die Treuhandanstalt sagt doch selber, daß dies bei 70 bis 90 % ihre Betriebe gegeben ist - da soll auch saniert werden. Und da muß dann auch soviel bezahlt werden. Dies Geld wird man finden können und finden müssen und volkswirtschaftlich wird dies letztlich langfristig wirtschaftlicher sein, wenn für einige Jahre Liquidität gegeben wird, um diese Betriebe nicht nur über Wasser zu halten, sondern um sie vollständig zu restrukturieren, um nicht nur die Produktionsverfahren zu verbessern, sondern auch neue Produkte zu finden, um diese Firmen so wettbewerbsfähig zu machen, daß sie in die hart umkämpften Weltmärkte eindringen können, daß sie insbesondere auch in der Lage sind, in Märkte einzudringen, die von wenigen westlichen oder westdeutschen Marktführern regelrecht beherrscht werden, daß sie hier als Außenseiter Konkurrenz machen können. Mein Eindruck ist, die Treuhand könnte sehr wohl selbständig aktiv sanieren oder zumindestens damit beginnen.

Ich trauere nicht der Idee von Staatsunternehmen nach, ich will keine Staatsunternehmen auf Dauer, aber ich möchte staatliche Unterstützung bei der Restrukturierung und Sanierung. Mein Eindruck ist, die Treuhand will mehrheitlich nicht die aktive Sanierung, das ist der Kern des Problems. Sie will es nicht, weil sie dazu den expliziten Auftrag von der Bundesregierung leider nicht hat, weil der Bundesfinanzminister und die Bundesregierung starr, unerbittlich auf der Strategie der raschen Privatisierung bestehen, weil die großen sozialen Folgekosten, die dann infolge der Deindustrialisierung auftreten werden, nach den nächsten Wahlen auftreten werden, weil Politiker ohnehin nur kurzfristig denken oder selten über den Wahltag hinausdenken, kurzum, die Treuhandanstalt will keine aktive Sanierung, obwohl sie ökonomisch geboten wäre und sehr wohl möglich ist.

Zwei Drittel des FuE-Personals ist weg

Ich will noch sagen, ein entscheidender Punkt für die aktive Sanierung ist, daß eine Restrukturierung stattfindet, die verbunden sein muß mit Technologiepolitik. Es geht auch um neue Produkte, nicht nur um die Imitation dessen, was im Westen bereits vorhanden ist. Also hier ist eine integrierte Strategie erforderlich, wo die Treuhandanstalt mit der Technologiepolitik des Bundes und der neuen Länder zusammen am gleichen Strick zieht. Das ist vollständig vernachlässigt worden. Eine der schlimmsten Mißerfolgsmeldungen eigentlich ist, daß es der Treuhandanstalt und ihren Firmen "gelungen" ist, zwei Drittel des Industrieforschungspersonals zu reduzieren. Das ist Plattmachpolitik, das ist eigentlich ein schlagender Beweis, der im Grunde genommen schon von der Treuhand oder von vielen Treuhändern als ein schwerer Fehler eingeschätzt worden ist.

Mehr Kampfgeist zeigen - Vom Bitten zum Fordern übergehen

Einen letzten Punkt möchte ich nennen: Es wird sich nur etwas ändern, wenn die Betroffenen wesentlich mehr Kampfkraft und mehr Kampfgeist zeigen, als das bisher der Fall war.

Ich bin Wessi, ich habe nirgendwo in Westdeutschland gesehen, daß es Belegschaften und Betriebsräte gegeben hat bei irgendwelchen Unternehmenskrisen oder Branchenkrisen oder globalen Wirtschaftskrisen, wo soviel Kompromißbereitschaft, wo soviel Opferbereitschaft, wo soviel Bereitschaft gezeigt wurde, Massenentlassungen zuzustimmen. Sicherlich hatten wir auch nie eine solche Situation, wie ihr sie habt, aber ich denke, hier ist manchmal auch zuviel Opferbereitschaft gewesen. Ich glaube, hier muß man mehr vom Bitten an die Herrschenden wegkommen, zum Fordern und dort Bündnispartner suchen, wo man sie nur finden kann.

THA und Betriebsräte

Wie geht die Treuhandanstalt eigentlich mit den Betriebsräten um? Das Betriebsverfassungsgesetz, ist für die Probleme, die wir hier haben, überhaupt nicht gemacht.
Nun konnte man kein neues Betriebsverfassungsgesetz in der Kürze der Zeit machen, das ist nicht der Vorwurf. Aber entscheidend ist, daß, wenn wir schon dieses Gesetz haben, was für die Situation eigentlich nicht paßt, wir dann den Wunsch und die Notwendigkeit nach wirtschaftlicher Mitbestimmung, nach Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten, wo es um Investitionen, um Betriebsschließungen usw. geht, daß wir diese alte gewerkschaftliche Forderung sehr ernstnehmen und daß dann sozusagen informell, ohne daß da eine gesetzliche Grundlage bereits da ist, die Treuhandanstalt darauf eingeht und sagt, jawohl, wir werden die Betriebsräte von Anfang an informieren, wir werden von Anfang an bei allen Privatisierungs- und Sanierungsentscheidungen mit ihnen das gemeinsam machen. In Einzelfällen mag dies gemacht worden sein, das kann ich nicht beurteilen, es gibt durchaus vernünftige Leute in der Treuhand, die sich darum bemühen, aber das ist nicht die Regel, und diese Regel muß durchgesetzt und durchgekämpft werden.

Konstanze Lindemann, IG Medien, Bezirksvorstand Berlin

Ich spreche hier nicht nur für die IG Medien, sondern auch überhaupt für die Gewerkschaft, wobei ich keine Mißverständnisse aufkommen lassen möchte, auch ich bin ehrenamtlich tätig. Ich arbeite ansonsten im Betrieb, bin Betriebsrätin. Da wir hier in Berlin und in Brandenburg bemüht sind, neue Strukturen aufzubauen und die Ehrenamtlichen bei uns auch eine wesentliche Aufgabe haben, deswegen stehe ich hier und spreche für die Gewerkschaften überhaupt. Ich begrüße Euch recht herzlich im Namen des Bezirks Berlin der IG Medien. Wir waren sehr froh, als wir vor einigen Monaten von der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte hörten. Wir freuen uns, daß dieser Kongreß hier zustande gekommen ist, selbst wenn wegen der Kürze der Vorbereitungszeit einiges übers Knie gebrochen werden mußte Gewerkschaften, deren Mitglieder in den Betrieben nicht aktiv werden, die keine eigenen Vorstellungen für die Lösung der Probleme entwickeln und diese kämpferisch und engagiert in der eigenen Organisation und in der Öffentlichkeit vertreten, sind und bleiben zahnlos.

Zu der Situation, aus der heraus sich die Initiative und jetzt dieser Kongreß entwickelt haben, dazu ist

ja gerade einiges gesagt worden: die brutale Kahlschlagpolitik, die im Osten Deutschlands betrieben wird, die aber den Westteil Berlins bereits auch seit einiger Zeit erreicht hat, und die natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation in der alten Bundesrepublik hat, und die sich noch verstärken wird.

Konsequenzen dieser Art, wie sie jetzt eingetreten sind, wurden bereits einige Zeit vor der Währungsunion im Winter und Frühjahr 1990 von Wirtschaftswissenschaftlern vorausgesagt, und zwar für den Fall - wie es dann ja auch eingetreten ist - einer Über-Nacht-Anpassung der planwirtschaftlichen und in einem geschützten Markt existierenden Wirtschaftsstrukturen der damaligen DDR. Nicht umsonst warnte damals selbst der Bundesbankpräsident Pöhl vor der Währungsunion. Es kann also nicht gesagt werden, man habe es nicht gewußt, es sei völlig unerwartet, was passiert ist.

Ich will noch mal kurz, auch um einen Rückblick zu machen, der manchmal schwerfällt angesichts des Tempos der Entwicklung, welches das Vergessen ja leider eher befördert, einiges aus einem Artikel, den Elmar Altvater, Professor am Otto-Suhr-Institut hier in Berlin, damals im Februar 1990 geschrieben hat, vorlesen.

"Eine schnelle Anhebung des Wohlstandes der DDR-BürgerInnen und ein hastiger Anschluß der DDR an die BRD schließen sich aus.

- Kein Experiment - war in der Bundesrepublik ein konservativer Wahlslogan der Adenauer-Ära und seitdem ein Grundzug dieser Gesellschaft. Es wird behauptet und tagtäglich propagiert, eine weitere, auch nur zeitlich begrenzte, eigenständige Entwicklung der DDR wäre die Neuauflage eines sozialistischen Experiments, die niemandem mehr zuzumuten sei. Es gelte, das bewährte Modell der Bundesrepublik zu übernehmen. Aber alle Erfahrungen, aber auch gerade die der Bundesrepublik selbst in den 50er Jahren, zeigen, daß marktwirtschaftliche Reformen Zeit brauchen, die für einen kontrollierten Übergang genutzt werden muß. Der rasche wirtschaftliche Anschluß der DDR wäre hingegen ein Experiment, wie es bisher noch nie gewagt wurde, ein Abenteuer, nicht mit ungewissem, sondern sehr gewissem Ausgang, mit dem Zusammenbruch großer Teile der DDR-Wirtschaft, die ohne den Schutz einer eigenen Währung mit niedrigem Wechselkurs nicht international konkurrenzfähig wäre. Es wird offenbar bewußt kalkuliert, daß die gewaltigen sozialen Kosten eines raschen Anschlusses dem alten System angelastet werden können. Dies ist ein leichtfertiges Spiel mit dem Schicksal vieler Millionen Menschen. Eine Vereinigung der beiden so verschiedenen Deutschländer ist nicht möglich, solange die Unterschiede, die alle kennen und die alle betonen, um die selbstbewußte und manchmal selbstgefällige Überlegenheit der Bundesrepublik zu unterstreichen, weiter bestehen und die produktivitätsbedingten Differenzen von Wirtschaftskraft und Finanzhilfen etc. aus der Welt geschaffen werden. Wenn sie mittels Subventionen ausgeglichen werden sollten, wären Einkommensübertragungen aus der Bundesrepublik in gewaltigem Umfang erforderlich. Wer soll, wer will das bezahlen? Gerade in diesen Tagen wird das Vorhaben vorangetrieben, die Steuern für höhere Einkommen weiter zu senken, und es wird das Argument kommen, das müsse auch so bleiben, weil doch gerade in der DDR privat investiert werden müsse. Nach den Erfahrungen im Umgang mit der reichen Bundesrepublik mit ihren 6 Millionen Armen ist die Hoffnung auf Großzügigkeit der wirklichen Reichen schlicht illusionär."
Die Ursachen und die Verursacher des Desasters, in dem wir uns jetzt mittendrin befinden, sind bekannt, sollten aber dennoch zu einem anderen Zeitpunkt von uns zusammen mit den Wissenschaftlern diskutiert werden.

Die Rolle der Gewerkschaften

Um jetzt aber auf die Rolle der Gewerkschaft in diesem Prozeß zu sprechen zu kommen: Wir müssen endlich einmal feststellen, daß ungeachtet der Bemühungen von zig und Hunderten Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich versuchen, mit der Lawine der Vereinigungspolitik, die alle überrollt hat, fertig zu werden, die bis zum Umfallen arbeiten, daß ungeachtet aller Aktivitäten zur Angleichung von Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifvertraglicher Regulierungen, der Kämpfe um den Erhalt von Produktionsstandorten, daß ungeachtet auch der teilweisen Erfolge, die dabei erzielt

wurden und werden, die Gewerkschaften an ganz entscheidenden Punkten in den vergangenen zwei Jahren versagt haben. Es ist den Gewerkschaften bisher einfach nicht gelungen, der radikalen Arbeitsplatzvernichtungspolitik irgendetwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Es ist ihnen nicht gelungen, Einfluß auf die Politik und Tätigkeit der Treuhand zu nehmen, deren Arbeit transparent zu machen und mit zu kontrollieren.

Die Gewerkschaften haben kaum angefangen, eigene Konzeptionen zu entwickeln gegen die offizielle Politik und diese massiv in der Öffentlichkeit zu vertreten. Natürlich wird von offizieller Gewerkschaftsseite, wenn es an diesen Punkt kommt, immer wieder das Fehlen von entscheidenden Rechten, auf die gesetzliche Situation, auf die realen Machtverhältnisse hingewiesen, so etwa nach dem Motto: gemocht hätten wir schon gewollt, nur dürfen hat man uns nicht lassen. Wir müssen sehen, daß wir heute auch mit den Ergebnissen einer 45jährigen Anpassung der Gewerkschaften an das wirtschaftliche und politische System der BRD konfrontiert sind, daß auch im Westen Gewerkschaften unter anderem staatstragende Organisationen geworden sind, daß sie sich ganz ungeheuer schwer damit tun, zu erkennen, daß die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für gewerkschaftliches Handeln sich radikal verändert haben, und sie tun sich noch schwerer damit, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Es hilft heute leider überhaupt nicht weiter, auf bewährte Vorgehensweisen, auf erreichte Erfolge, auf relativen Wohlstand, durchgesetzte Rechte, politische Anerkennung im Westen zu verweisen. Nicht nur die alte DDR, auch die alte BRD existiert in dieser Form nicht mehr. Wir können uns nicht, angesichts des Generalangriffs auf die - natürlich entscheidend von gewerkschaftlicher Seite miterkämpften- Arbeits- und Lebensgrundlagen von Millionen Menschen hinsetzen und nur trauern, daß es so ist. In der alten Bundesrepublik ergaben sich die Gewerkschaften Anfang der 50er Jahre, als die entscheidenden Kämpfe um eine wirkliche demokratische Neugestaltung in Wirtschaft und Gesellschaft verloren waren, und kümmerten sich fortan in erster Linie um den materiellen Wohlstand der abhängig Beschäftigten. Das mit Erfolg. Aber alles andere, wesentliche wurde weit hinten angestellt. Die heutige Situation betrachtend, müssen wir feststellen, daß wir andere Konsequenzen zu ziehen haben. Natürlich haben wir in den letzten zwei Jahren entscheidende Positionen verloren. Es kann nur jetzt nicht ähnlich laufen wie seinerzeit in der alten Bundesrepublik, zu sagen, für die, die vielleicht noch Arbeit haben, die arbeiten, geht es drum, bessere Lebensverhältnisse durch- zusetzen. Alles andere kann hintenangestellt werden. Das geht heute nicht mehr, nicht nur hier in der alten und neuen Bundesrepublik bei grundsätzlich veränderten Bedingungen, sondern diese Bedingungen spielen sich nicht nur in diesem unserem Lande ab, sondern in ganz Europa und woanders auch. Es muß natürlich die Angleichung der Löhne und Gehälter gefordert und durchgesetzt werden, aber das reicht nicht, angesichts von Millionen Arbeitslosen und der weitgehenden Vernichtung des Industriestandortes der ehemaligen DDR. Es reicht eben nicht, in guten Artikeln und klugen Presseerklärungen die Zerstörung des Sozialstaatprinzips durch Unternehmer und Regierung anzuprangern, auf der anderen Seite aber aktiv werdende Mitglieder und Belegschaften ihrem eigenen Schicksal zu überlassen oder auch zurückzupfeifen. Es kann auch nicht sein, einerseits das Engagement von Betriebs- und Personalräten von Mitgliedern und Belegschaften einzu



fordern, andererseits aber auf Initiativen, wie die von Berliner Betriebs- und Personalräten eher pikiert zu reagieren.

Nur massiver Druck hilft weiter

Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, was tun? Was tun! Aus langjährigen Erfahrungen innerhalb der Gewerkschaften und in den Auseinandersetzungen nach außen wissen wir, nur langanhaltender, massiver, nicht nachlassender Druck hilft weiter. Wir brauchen dringend von unten, d.h. von den Betrieben, von den Betriebs- und Vertrauensleuten ausgehende Vernetzung, Kommunikation und Information zwischen den Belegschaften einzelner Branchen, aber auch branchenübergreifend. Das heißt Initiativen, wie die hier in Berlin, müssen Schule machen überall. Und die jeweiligen Gewerkschaften müssen aktive Hilfe und Unterstützung dabei leisten. Es müssen völlig neue Wege in der Zusammenarbeit mit den Arbeitslosen entwickelt werden. Erinnern wir uns an das Ende der Weimarer Republik. Nicht zuletzt die Aufspaltung in Arbeitende und Arbeitslose, die Unfähigkeit auch der Gewerkschaften, gemeinsame Strategien zu entwickeln, war ein Baustein für den Sieg des Faschismus in Deutschland. Wir brauchen weitere Konferenzen dieser Art, auf der wir die Möglichkeit haben, eigene Konzeptionen zu diskutieren und zu entwickeln. Wir müssen endlich dazu kommen, mit unseren Forderungen und Vorstellungen in der Öffentlichkeit andauernd präsent zu sein.

Ich denke schon, daß das gewonnene Selbstbewußtsein und auch die Erkenntnis, daß entscheidende Dinge, die passieren, von unten her kommen, sich auch darin niederschlagen müssen, daß gemeinsam mit den Gewerkschaften zusammen in Zukunft solche Konferenzen vorbereitet werden.

Die Medien wurden abgewickelt

Ich stehe hier auch als Vertreterin der IG Medien, d.h. einer Kulturgewerkschaft. Die Perspektiven, auch für die Kultur, sind ziemlich finster. Stichworte sind: Die Medien in der ehemaligen DDR wurden abgewickelt, d.h. insgesamt 7000 Kollegen und Kolleginnen wurden in die Arbeitslosigkeit geschickt. Einige haben sicherlich in den neuen Anstalten Arbeit gefunden, einige wenige zu Bedingungen, die sehr viel schlechter sind, als die zu denen, die sie seinerzeit hatten. Die Abwicklung, was die Medien betrifft, hat nicht nur im Osten stattgefunden, greift auch auf den Westen über, Rias, allen wohl bekannt, sowohl im Westen als auch im Osten. Dem Rias steht, wie zu befürchten ist, die Abwicklung bevor, wohl zusammen mit dem Sender DS Kulur. Die Theater haben Probleme, auch das ist bekannt, z.B. der Friedrichstadtpalast. Das Ballett dort bringt sich ja auf dankenswerte Weise durch seine Aktivitäten, das Engagement und auch das Interesse der Besucher immer wieder in die Erinnerung. Auch dort stehen Privatisierungen nach den in der Industrie bekannten Mustern bevor.
Es werden Tarifverhandlungen seit über einem Jahr verschleppt, es ist zu keinen Abschlüssen gekommen, weil nur befürchtet wird, daß abgeschlossene Tarifverträge zukünftige Investoren beim Abbau von Arbeitsplätzen behindern können.

Aber auch das Theater im Westen bleibt nicht verschont; die Freie Volksbühne ist vielleicht auch bekannt. Nachdem auch seit einem Jahr Versprechungen gemacht worden sind vom Kultursenator, das Haus in der bisherigen Form wohl zu schließen, die Technik aber zu behalten, um ein Theater der Nationen oder was auch immer zu entwikkeln. Das Theater umzubauen, davon ist jetzt überhaupt nicht mehr die Rede. Es heißt, es ist nicht mehr ein Pfennig Geld da für das Theater der Nationen, es geht eigentlich nur noch darum, das Ganze vor der Sommerpause möglichst still über die Bühne zu bringen.

Neue Formen der Unterstützung finden

Was heißt das für uns? Es ist gesagt worden, und es wird seit zig Jahren gesagt: Solidarität ist unsere Stärke. Wir haben die Erfahrung gemacht in den anderen Branchen, wie im Kulturbereich: Einzeln sind wir nicht in der Lage, Entscheidendes durchzusetzen. D.h. wir müssen zu Formen finden, wie wir uns gegenseitig einerseits unterstützen, andererseits in die Öffentlichkeit wirklich gehen und massiv klarmachen, daß die Form von Arbeitsplatzvernichtung insgesamt so nicht hingenommen werden kann, sondern daß wir auch eine andere Vorstellung von Kultur haben. Arbeiten ist

eine Kultur an sich. Das, was an kulturellem Bestand gerade auch der alten DDR auf uns alle gekommen ist, nicht in dieser Form vernichtet werden kann unter Fortsetzung des kalten Krieges mit sehr viel konsequenteren und wirksameren Mitteln. Wir alle, einfache Mitglieder, Ehrenamtliche, aktive Belegschaften, müssen unseren Gewerkschaften, unseren hauptamtlichen Gremien, immer wieder aufs neue und deutlich klarmachen: Die Organisation und der Apparat ist für uns geschaffen worden und nicht umgekehrt.

Martin Clemens, Berlin, Vorbereitungskomitee:

Ich möchte etwas zu der Zusammensetzung der Betriebe sagen. Ausgehend von den Anmeldelisten und zu Eurer Information verlese ich die Betriebe, die hier vertreten sind.

Es war für das Vorbereitungskomitee sehr schwierig, möglichst viele Kollegen und Kolleginnen aus den Betriebs- und Personalräten zu erreichen. Es ist nach der Methode mobilisiert worden: Aus dem Treuhand-Adressen-Buch sind ca. 1000 ausgewählte Betriebsräte angeschrieben worden, d.h. wir haben hauptsächlich Großbetriebe, aber auch stellenweise mittlere Betriebe eingeladen. Dadurch, daß die Postwege doch länger dauerten und die Verschickung der Einladungen erst verspätet erfolgen konnte, sind einige KollegInnen erst kurz vor der Konferenz überhaupt erst informiert worden. Daraus ergibt sich auch, daß manche, die hier sein wollten, nicht hier sein können.

Eberhard Wagner, Moderator:

Wir wollen hier die ganz konkrete Situation anhand einiger Beispiele darstellen. Jeder Betrieb sollte sich melden, um zu berichten. Es soll aber keine Klagemauer werden. Es soll gezeigt werden: wie kann es anders gemacht werden.

Michael Müller, Betriebsrat, Narva, Berlin

Vorab erst einmal von meiner Seite etwas über Parteien x,y oder z. Wir wurden von mehreren Seiten angegriffen, daß wir vielleicht links oder rechts, oben oder unten gebunden sind. Mit wir meine ich die Initiative der Betriebs- und Personalräte. Ich kann dazu nur folgendes sagen und hoffe, daß das in eurem Sinne ist.

Wir haben eine riesige Arbeit zu leisten und haben eine große Aufgabe. Da gucken wir erst einmal nicht nach links oder rechts oder drehen uns laufend um, daß wir nicht dem Falschen die Hand geben. Jeder, der uns hilft, ist uns erst einmal willkommen. Ich hoffe, daß dies auch in Eurem Sinne ist.

Dann von mir aus was zur Beteiligung heute: Wir sind ein paar Leute weniger, als wir erwartet haben und dafür gibt es auch Gründe. Wir haben Anrufe bekommen, die auch so lauten, daß Briefe durch die Geschäftsleitung festgehalten worden sind und erst gestern ausgegeben wurden. Die Kollegen haben angerufen und gesagt, wir hätten gerne teilgenommen, aber aus diesen Gründen ist es uns leider nicht möglich gewesen zu kommen. Manche wären auch von sehr weit gekommen. Ich hoffe, daß wir das nächste Mal besser vorbereitet sind und da möge man uns verzeihen, es war eine schwierige Aufgabe, dieses wenige zu organisieren. Nicht, daß ich das organisiert habe, sondern Narva ist auch bei der Vorbereitungsgruppe dabei.

Der Fall Narva

Ich möchte hier an dieser Stelle etwas über Narva sagen. Narva ist ja in der ehemaligen DDR bekannt, ein großer Kombinatsbetrieb, der 1990 in viele Unternehmen zersplittert wurde. In Berlin ist der Stammbetrieb übriggeblieben. Wir haben bis heute 3 Privatisierungsrunden hinter uns gebracht. Die erste brachte uns in ziemlich nahen Kontakt mit einem unserer großen Wettbewerber in Deutschland. Daraus ist Gott sei Dank nichts geworden. Die zweite Privatisierungsrunde hat uns dann eine Entscheidung der Treuhandgesellschaft gebracht, die lautete, eine Berliner Gruppe solle Narva bekom-

Protest in Bonn / Volkswerft Stralsund besetzt

Arbeitnehmerkonferenz in Berlin

Ost-Betriebsräte machen mobil

men. Jetzt könnte ich da gleich etwas über den Sachverstand einiger Mitarbeiter der Treuhand einflechten. Die Entscheidung wurde damit begründet, daß diese Gruppe viele Arbeitsplätze garantiert. Diese Herren hatten keine Sachkenntnisse darüber gehabt, daß ABM-Stellen eine Kündigung voraussetzen. Sie haben uns ABM-Stellen als feste Arbeitsplätze verkaufen wollen. Ich hoffe, sie haben das mittlerweile gelernt. Die Entscheidung Berliner Konsortium hat bei uns im Betriebsrat dazu geführt, daß wir uns überlegt haben, was machen wir nun? Eine Alternative hatten wir nicht, denn wir waren überzeugt, daß mit dieser Entscheidung unsere Arbeitsplätze spätestens Mitte des Jahres 1992 alle weg wären. Also haben wir die Hörner runtergenommen und haben angefangen zu kämpfen. Und das ist meine Bitte an Euch: Wir sollten uns untereinander helfen, denn auch Narva hat die Entscheidung der Treuhandanstalt nur kippen können, weil wir von vielen Seiten Hilfe hatten, auch Hilfe von Berliner Großbetrieben, davon 50 % aus dem Westteil der Stadt.

Die Hilfe der Presse, der öffentlichen Medien hat letztendlich den Ausschlag gegeben, daß letztendlich die Entscheidung

der Treuhand nicht stehen geblieben ist.
Da ist was ganz Sonderbares passiert: Wir haben weit über die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes hinaus Einblick in die neu gestartete Privatisierung bekommen, d.h. bis ins Detail sind wir einbezogen worden.

Und da ist ein Teil, den ich hoffe, daß die Treuhand auch versteht, wenn die Belegschaftsvertretung ein transparentes Privatisierungsverfahren vor sich hat, dann kann sie vielleicht auch verstehen, daß ein Teil der Arbeitsplätze nicht zu erhalten ist, dann kann man über begleitende Maßnahmen reden, dann kann man den Sachverstand der Betriebsräte in den neuen Bundesländern nutzen. Denn in unseren Betriebsräten, die ja alle zum ersten Mal gewählt wurden, ist ja ein riesiger Sachverstand vorhanden. Ich glaube ja nicht, daß wir das das zweite Mal haben, aber zur Zeit ist es noch da. Wir haben also von Doktoren- über Ingenieurspersonal sehr viel kompetente Leute in den Betriebsräten. Und da gibt es auch sehr viele Ideen, daß man, wenn im Betrieb x oder y nichts mehr zu machen ist, vielleicht über Alternativen nachdenkt.

Die Betriebsräte müssen in die Entscheidungen einbezogen werden

Deswegen sind wir der Meinung, daß die Forderungen an die Treuhandanstalt, Einbeziehung der Betriebsräte vor Entscheidung, egal welcher Art, durchaus gerechtfertigt ist. Wir denken auch, daß wir uns das Vertrauen einfach verdient haben. Wir mußten aus marktwirtschaftlichen Gründen natürlich auch ein Stück des Weges mitgehen, der Personalabbau heißt. Wir haben natürlich nicht daran geglaubt, daß man uns so schmählich im Stich läßt und die Leute alle draußen sind, sondern wir haben geglaubt, daß es auch unsere Aufgabe ist, diese Wiedervereinigung mit zu begleiten, mitzuhelfen und mit zu tragen. Und aus diesem Grunde denke ich, haben wir uns das Recht erkämpft, daß man uns mit in diese Prozesse einbezieht. Für mich ist damit auch eine Bitte verbunden, daß unsere Kollegen im Westteil Berlins oder in den alten Bundesländern von diesen Schwierigkeiten nicht ausgenommen sind. Es kann sich keiner einbilden, daß der Kelch an ihnen vorbeigeht. Daß die vielleicht ein bißchen von dem, was wir hier erkämpfen, denn da sind wir die Vorreiter, auch mit abkriegen.

Im Falle Narva hat der Kampf nachher einen Erfolg gehabt. Nicht insofern, daß Narva als Lichtproduzent weiterbesteht, aber wir haben die Arbeitsplätze, zu denen wir uns mal Anfang 1991 bekannt haben, Sanierungskonzept-

stärke über die Runden gebracht. Wir haben uns auch viel Arbeit eingehandelt, das ist klar. Eine absolute Sicherheit gibt es nicht, aber wir werden auch weiterhin alles tun, daß das, was uns da alles versprochen wurde, eingehalten wird.

Sieghard Buchberger, Betriebsrat Elbo-Bau, Rostock

Nachdem wir den Marshallplan für die GUS gefordert haben, möchte ich einmal versuchen, unsere Situation zu schildern. Ich komme direkt von der Elbo-Bau AG in Rostock. Das ist ein Bauunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern mit ca. 2300 Arbeitnehmern. Wir waren einmal 6000 Arbeitnehmer. Die Elbo-Bau Gruppe, das sind 6 Bauunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit zur Zeit noch 8000 Arbeitnehmern, wir waren einmal 18 000 Arbeitnehmer. Wir sind ein Treuhand-Unternehmen und sollen seit 1,5 Jahren privatisiert werden. Im Mai 1991 waren wir auch fast privatisiert, doch dieser Deal zwischen der Treuhand-Anstalt und dem Bremer Kaufmann Hein Kramer und seinen Helfershelfern scheiterte an der Unseriosität der Kramer-Gruppe. Es ist dieser Kramer-Gruppe jedoch gelungen, den Elbo-Unternehmen Vermögenswere in zweistelliger Millionenhöhe zu entziehen. Das zum Beispiel ist auch ein Ausdruck der Unfähigkeit der Treuhand-Anstalt, weil diese Millionenverluste schwere Schäden in den Bauunternehmen hinterlassen. Die Kuh wurde mit Wissen der Treuhand-Anstalt gemolken.

Politik des Vernebelns

Wer nun geglaubt hat, daß die Privatisierung alternativ in wenigen Wochen abgeschlossen ist, der wurde vor allem mit der niederdrückenden Erfahrung konfrontiert, daß die Treuhandanstalt allzu häufig eine Politik des Schönredens und Vernebelns betreibt. Bis heute sind die Betriebe nicht über den Kaufpreis, die Investitionssumme und die Ar beitsplatzgarantien in den Verkaufsverhandlungen der Treuhandanstalt informiert.

Unsere heutige Konferenz ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit ostdeutscher Kolleginnen und Kollegen, ein Resultat schlechter Treuhandpolitik, denn Treuhandpolitik ist Regierungspolitik aus Bonn, die Politik der westdeutschen Wirtschaft. Alle Betriebe, so auch wir, haben letztendlich die gleichen Sorgen. Sie sollen aus Sicht des westdeutschen Kapitals nicht als wettbewerbsfähiger Konkurrent am Markt bestehen bleiben. Mit der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurde auch der ostdeutsche Markt aufgeteilt. Nur als Filialen westdeutscher Firmen werden wir geduldet, und das Ganze heißt dann "Aufschwung Ost".

Wettbewerbsnachteile für Ostbetriebe

Gegenüber den Kommunen, den ehemaligen Arbeiter-Wohnungsgenossenschaften und Wohnungswirtschaften haben wir z. B. offene Forderungen in dreistelliger Millionenhöhe. Durch die Altlasten und Altschulden haben wir deutliche Wettbewerbsnachteile, wodurch der Schuldenberg steigt. Auch unsere Firmen mußten schon investieren, doch als Treuhand-Betrieb bekommen wir die 12 % Fördermittel aus den ERP-Krediten nicht. In der Bauwirtschaft kann man schon seit sehr langer Zeit nicht mehr von einer freien Marktwirtschaft reden. Bauaufträge werden lediglich zum Schein ausgeschrieben. Die Wahrheit ist, daß bei der Bauvergabe in vielen Fällen alles vorher abgesprochen ist. Zu DDR-Zeiten nannten wir das einmal Seilschaften. Diese Beispiele zeigen recht deutlich, wie schwer es den ostdeutschen Elbo-Unternehmen gemacht wird, von Chancengleichheit auf dem Bausektor können wir nicht reden.

"Konkursmasse des Ostens"

Bei der Bildung von 6 ostdeutschen Bauunternehmen zu einem ostdeutschen Elbo-Verbund hat uns z. B. die Presse als "Konkursmasse des Ostens" beschimpft. Wir haben das als Zeichen gesehen, daß man uns als Konkurrenten ernst nimmt. Als nächstes hat man den Mittelstand gegen die Elbo-Bau-Gruppe aufgebracht. Doch anhand nur eines einzigen Beispiels, einem Bauobjekt in Rostock, einem Büro- und Geschäftshaus, haben wir bewiesen, daß im Fahrwasser eines großen Baukonzern der Mittelstand prima mitschwimmt. In diesem Fall waren es 21 mittelständische Unternehmen der Ausbaugewerke.

Wer kämpft, der kann verlieren, wer nicht kämpft, der hat schon verloren

Wir haben in Rostock für den Erhalt der Elbo-Gruppe und einen Sozialplan demonstriert und den Betrieb besetzt. Dafür möchten wir uns bedanken, daß wir Solidarität bekommen haben von den Werften, Schiffselektronik und Deutsche Seereederei. Unterstützung haben wir weiterhin von den Einzelgewerkschaften bekommen, speziell von unserer Gewerkschaft, der Bezirksgeschäftsstelle in Rostock, weiter nichts. Und dann noch von einigen Einzelpersonen, so z. B. von Dr. Paul Krüger, Mitglied des Bundestages und der CDU-Fraktion, Frau Dr. Lucyga, Mitglied des Bundestages und der SPD-Fraktion und Herrn Ihde von der FDP in Mecklenburg-Vorpommern.

Nur durch den öffentlichen Druck ist die Elbo-Gruppe für die Politik wichtig geworden, und nur nach dem vollen Ausschöpfen der Möglichkeiten des Betriebsrates nach dem Betriebsverfassungsgesetz haben wir einen Sozialplan erstritten, wonach es nicht nur 5000 DM, sondern 9000 DM pro entlassenen Arbeitnehmer gibt. Die Gefahr der Zerschlagung der Elbo-Gruppe ist nicht vorbei. Ob wir unser ursprüngliches Ziel erreichen, ist nicht sicher, denn die Hinhaltetaktik der Treuhandanstalt und das Fehlen ernsthafter Unterstützung durch die Landesregierung, speziell Mecklenburg-Vorpommern, haben zu deutlichen Verfallserscheinungen in den Belegschaften geführt. Die Phase der Entsolidarisierung hat Form angenommen. Seit dem 17.06.1992 steht es nach Aussagen der Treuhandanstalt fest, es wird keinen Elbe-Konzern geben. Somit wird die Treuhandanstalt in den nächsten Wochen alle 6 Unternehmen einzeln privatisieren, wobei es auf Wunsch von Investoren durchaus zu kleinen Paketlösungen kommen kann. Der Weg in den Mittelstand und somit in die Abhängigkeit westdeutscher Konzerne ist vorgezeichnet.

Wie deutlich zu erkennen ist, ist unser Ziel nicht erreicht. Unserer Meinung nach fehlt unseren Firmen ein funktionierendes Management. Die Treuhandanstalt hätte speziell in den letzten 8 Monaten nicht nur auf die Privatisierung drängen, sondern ihrer Verantwortung als Gesellschafterin gerecht werden müssen. Das hätte sanieren bedeutet und die Firmen aktiv auf die von der Treuhand selbst erklärte Verbundlösung vorzubereiten.

"Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat es nicht verstanden, diese Einzelfeuer zu einem Flächenbrand auszuweiten."

Immer noch müssen wir Ossis um unsere Gleichberechtigung in einem geeinten Deutschland kämpfen. Tarifrechtlich sind wir zur Zeit bei durchschnittlich 65 Prozent der Einkommen von westdeutschen Arbeitnehmern. Selbstkritisch müssen wir erkennen, daß die vielen Einzelproteste von Betrieben und Gewerkschaften keine grundlegenden Veränderungen gebracht haben. Deshalb muß unsere heutige Konferenz konkrete Veränderungsvorschläge verabschieden, sonst war es eine Meckerveranstaltung, die am System des Teilens und Herrschens nichts verändert. Wie z. B. soll der soziale Wohnungsbau realisiert werden, wenn zur Zeit alle großen ostdeutschen Baubetriebe mit Wohnungsbauerfahrungen systematisch platt gemacht werden? Die Lokomotive des Aufschwungs Ost für die Bauwirtschaft steht nicht, wie viele meinen, unter Volldampf. Deshalb unsere Forderungen: Stop der weiteren Arbeitsplatzvernichtung durch sinnvolle Strukturpolitik der Länder. Komplexe und zielgerichtete Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch die zuständigen Bauministerien.

Es reicht einfach nicht aus, daß die Bauministerin, Frau Schwaetzer, lediglich gesteht, daß der soziale Friede u. a. durch den Wohnungsnotstand gestört ist. Wenn eine Politik vor allem am ostdeutschen Volk vorbeigeht, dann muß dieses Volk auch das Recht auf eine Volksabstimmung haben, um sich der falschen Politiker zu entledigen, wie im Herbst 1989. Wir fordern eine paritätische Mitbestimmung in den Betrieben, alles andere ist Scheindemokratie. Betriebsräte und Gewerkschaften gehören an den Tisch der Treuhandanstalt, bevor Betriebe verscherbelt werden. Das ist notwendig, damit endlich auch Arbeitnehmerinteressen bei der Konzeptfindung berücksichtigt werden. Wir fordern ostdeutsche Gewerkschafter in den Verwaltungsrat der Treuhandanstalt. Das ist notwendig, weil es auch innerhalb der Gewerkschaften zwischen Ost und West leider unterschiedliche In-

teressen gibt.

Wir fordern den DGB auf, die Kräfte der Einzelgewerkschaften zu koordinieren, damit der Vertrauensverlust zum DGB gestoppt wird. Für die vier Baubetriebe aus der Elbo-Gruppe in Mecklenburg-Vorpommern fordern wir von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern aktive Unterstützung bei der nun folgenden Privatisierung mit dem Ziel, einen eigenständigen großen Baubetrieb zu schaffen.

Ute Juntke, Betriebsrätin, Motorradwerke MZ Zschopau

Ich möchte gleich auf die Lage in der Region zu sprechen kommen. Es ist sicherlich bekannt, daß der Bezirk Chemnitz, früher Karl-Marx-Stadt, der dichtbesiedelste Bezirk rein von Arbeitsplätzen her sowie auch von angesiedeltem Gewerbe, von Industriebetrieben und sehr häufig auch von Großbetrieben war. Bei uns war die Textilindustrie ansässig, wo der Prozentsatz von Frauen unter den Beschäftigten sehr groß war. Wir wissen genau, wie die Textilindustrie in Grund und Boden gerüttelt wurde. Zwei Drittel dieser Arbeitsplätze sind ohnehin schon verlorengegangen, Die Frauen sind deprimiert und sitzen zu Hause. Vielleicht sind ein paar in Umschulungsmaßnahmen eingebunden, aber ansonsten ist der Frust sehr groß, speziell unter den Frauen.

Dann war bei uns die Holzindustrie ansässig, aber das waren ohnehin sehr kleine Betriebe, die es oftmals geschafft haben, sich zu privatisieren. Das macht also nicht das Potential des Arbeitskräfteabschöpfens aus.

Der Fall MZ Zschopau

Die Metallindustrie war sehr stark engagiert. Ich komme ja aus so einem Betrieb, dem Motorradwerk Zschopau. Es war mal das größte und einzige Motorradwerk der DDR. Wir hoffen, daß wir nach dem 30.06.1992 auch noch da sind, obwohl sich uns sehr sehr viele Schwierigkeiten entgegenstellen. Welche Berufsgruppen haben wir nach der Wende beschäftigt? Wir waren ein Großbetrieb mit 3400 Beschäftigten. Es waren auch einige in Zweigbetrieben beschäftigt, die sich entweder privatisiert haben oder dann geschlossen werden mußten, so daß wir heute 756 Beschäftigte haben, weitere 300 - 400 Entlassungen standen schon im Raum. Es war sogar schon so schlimm, daß eine Kündigung der Abwickelmannschaft, die zu einer Liquidation unweigerlich

gehört, bis auf 150 Beschäftigte schon avisiert war. Der Betriebsrat hat sich dort so stark gemacht, daß wir aufgrund fehlender Konzepte diesen Interessenausgleich wieder an den Liquidator zurückgewiesen haben. Er war zwar nicht übermäßig darüber erfreut, aber hatte kein Gegenargument. Seitdem ist diese Kündigungswelle vorerst ausgesetzt.

Den Worten von Herrn Professor Jan Prieve zur Treuhand muß ich vollständig beipflichten. Am Anfang waren wir bei der ganzen Sache der Privatisierung, mögliche Suche von Investoren absolut nicht einbezogen, und nur von Zeit zu Zeit, wenn es wiedermal um eine Entlassungswelle ging, bezüglich Sozialplan, war der Betriebsrat gefragt. Der Liquidator wurde bereits im Januar eingesetzt und hatte sich auf die Fahne geschrieben, MZ nicht zu liquidieren, sondern zu sanieren. Wir würden uns durch das IL nur in Lauerstellung befinden. Aber dabei finden wir uns heute noch. Wir lauern und lauern auf eine Antwort, was mit unseren Beschäftigten geschieht.

"Wir waren sehr naiv"

Wir haben also am 21.12.1991 vom Ministerpräsidenten, Herrn Biedenkopf, auf unsere Initiativen hin (Demonstrationen, Autokorso nach Dresden - das ist auch über die Medien gelaufen) erzwungen, daß er uns dort praktisch das Aussetzen der stillen Liquidation bis 30.06.1992 gewährt. Wir waren

Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte

Gewerkschaften weht „Ostwind" ins Gesicht

Von RP-Korrespondent JOACHIM MIES

BERLIN. Nach den Parteien weht jetzt auch den Gewerkschaften der „Ostwind" ins Gesicht. Vor allem die IG Metall sieht sich in den neuen Ländern immer mehr Mitgliedern gegenüber, die sich von den Funktionären aus dem Wester[illegible]ht mehr

machten die knapp 200 Vertreter von 70 Betrieben mit insgesamt rund 107 000 Beschäftigten in einem Forderungskatalog an die Regierungen von Bund und Ländern sowie an die Gewerkschaftsvorstände deutlich. Darin verlangten sie unter anderem einen sofortigen Entlassungsstopp in den Treuhandbetrieben, die Entschul- ostdeutscher Unternehmen so- Bevorzugung von Ost-Firmen

sehr naiv. Wir haben wirklich daran geglaubt, daß es ein Aussetzen ist. Es war kein Aussetzen. Tagtäglich, seit Januar, hatten wir auf unsere Briefköpfe i.L. zu schreiben, und jeder in der Welt weiß, was das heißt.

Der Herr Ministerpräsident Biedenkopf hatte sich auf dem Wirtschaftspolitischen Tag in Hohendorf, einem kleinen Ort, wo wir ein großes Gelände, das einmal zu DDR-Zeiten für unser Werk erschlossen werden sollte, haben, eingefunden und uns das Aussetzen der Liquidation gewährt. Unsere Beschäftigten wollten nicht untätig sein. Sie haben mit Datum 14.01.1992 eine Vereinbarung abgeschlossen. Es sollte eine Vereinbarung zwischen Landesregierung, Treuhandanstalt, IG Metall und unseren Beschäftigten sein, also sprich Geschäftsleitung Arbeitgeberseite und Betriebsrat-Arbeitnehmerseite. Dort wurde formuliert - und das ist jetzt der Punkt, wo sich dann die Treuhand doch etwas überfordert fühlte -, daß sich die Treuhand für uns so lange verwendet, bis wir eine Chance haben, am Markt richtig frei selbst zu bestehen. Und das war so bis etwa 1995 betitelt. Das haben sie wohlweislich umgangen. Diese Vereinbarung haben sie nicht unterzeichnet. Die Landesregierung wollte sich mit unserer Vereinbarung dazu bekennen, daß sie 2 Mio. DM Bürgschaft für unseren Betrieb bereitstellt. Es ist bis heute noch keine Bürgschaft eingegangen.

10 % des Lohnes als zinslosen Kredit gestundet

Ich muß es immer wieder an dieser Stelle sagen: Dank unserer Belegschaft und dank der Überzeugung, daß sie versuchen wollten, ihre Arbeitsplätze zu retten, ist es gelungen, auch sie davon zu überzeugen, daß sie einen bestimmten Teil ihres Lohnes stunden. So war die Vereinbarung angelegt - von 1080 DM bis zum Ende März - das war die Grenze, wo dann jeder 10 % seines gesamten Einkommens im Monat stunden mußte. Und ab 01.04.1992, entsprechend den Tariferhöhungen, war diese Grenze auf 1200 DM festgelegt. Unsere Beschäftigten haben ausnahmslos diese Sache in Anspruch genommen. Sie haben 10 % für das Werk als zinsloses Darlehen bereitgestellt und haben auch darüber abgestimmt, daß sie sich zum 30.06.1992 bei einer weiteren Betriebsversammlung wieder dazu neu bekennen.

Ich finde, das ist ein ganz großer Ausdruck, daß unsere Beschäftigten, und ich denke, da würden sich auch viele andere in ihren Betrieben finden, so stark interessiert sind, ihre Arbeitsplätze zu erhalten, daß sie auch viele Kompromisse eingehen. Manchmal finde ich aber auch, daß die Kompromißfreudigkeit oder die Kompromißfähigkeit etwas überspitzt ist. Man sollte sich auch an bestimmter Stelle mal überlegen, wie es die andere Seite unbedingt möchte. Die Belegschaft hat sich also ausnahmslos beteiligt.

Der Landrat ging soweit mit, daß er gesagt hat: Ich stelle 10.000 DM für besondere Härtefälle zur Verfügung. Es soll also nicht so sein, daß Beschäftigte, die durchaus aus sozialer Sicht nicht in der Lage sind, sich an dieser Vereinbarung zu beteiligen, nicht mitmachen können. Einige mußten die in Anspruch nehmen.

"So sind wir bis jetzt vertröstet worden"

Zum 30.06.1992 sehen wir aber die Chance, daß wir immer nur unsere Arbeitnehmer überzeugen, einen Beitrag zu leisten und immer nur einzustecken, als sehr gering an. Bis heute hat sich noch kein potentieller Investor, der für uns festgeschrieben ist, gefunden. Es fanden bis zur vorigen Woche Gespräche mit einem kleinen Investor statt, und es sollte mit 100 der zur Zeit Beschäftigten eine neue GmbH begründet werden, weil keiner mit einer MZ i.L. leben könne, so ist uns beteuert worden. Während der Phase, als wir gemeinsam in der Treuhand waren - ich spreche jetzt nur vom Juni 1992 - wurde uns immer wieder gesagt: Belegschaft verhaltet Euch ruhig! Zündet kein Feuerchen an! Ihr verscheucht Investoren. So sind wir bis jetzt vertröstet worden. Unsere Belegschaft ist nicht der Meinung, daß wir weiter hinhalten sollten. Wir haben ja im Prinzip nichts zu verlieren.
Man muß sich da sicher in die Belegschaft hineinversetzen. Am Anfang offerierten uns und der Belegschaft der ehemalige Betriebsdirektor oder dann die spätere Geschäftsführung, die ausschließlich aus diesen Mitarbeitern bestand, immer wieder Absatzzahlen in Größenordnungen von 100000 bis 200000 Stück - zu DDR-Höchstzeiten haben wir

70000 bis 80000 Stück gebaut - es gebe Interessenten und es wird schon werden. Die Belegschaft ist mit Hoffnungen aus Betriebsversammlungen gegangen. Selbst wir hatten schon fast daran geglaubt, obwohl man immer im Hinterstübchen hatte, daß das gar nicht möglich sein kann.

Zwei Jahre um den heißen Brei geredet

Dann reifte die nächste Betriebsversammlung heran. Unsere Belegschaft war wirklich demotiviert. Sie ist psychisch so belastet, daß man beinahe sagen muß: Es muß sich mal einer hinstellen und die Wahrheit sagen. Und wenn es so ist, daß es nicht mehr zu retten ist, dann sollen sie uns das sagen, denn wir halten den Druck nicht mehr aus. Das kann keiner verkraften, wenn man über 2 Jahre immer nur um den heißen Brei redet. Wir hoffen, für unsere Belegschaft einen geordneten Rückzug organisieren zu können. Das schlimmste, was passieren könnte, ist, wenn es heißen würde, von heute auf morgen ist Schluß.

Wir vertrauen auch in einem gewissen Maße unserem Liquidator. Ich sage jetzt auch warum: Er ist wenigstens ein Beauftragter der Treuhand, der uns informiert, ob das alles so zusammenpaßt.

Wir haben gelernt, daß man auch, um die Luft so lang wie möglich für unsere Beschäftigten anzuhalten, mal eine Auszeit erbitten muß. Das machen wir zur Zeit, aber ob uns das gelingt und ob das immer der richtige Weg für unsere Belegschaft ist, das bezweifle ich. Ich will auch noch an dieser Stelle sagen: Der Herr Professor Prieve hat so schön zur Treuhand gesprochen. Ich habe nur zu ergänzen: Wie können denn eigentlich 42 führende Kräfte aus der sogenannten ehemaligen DDR-Mißwirtschaft dort als Berater auftreten?

Ich möchte auch noch sagen, daß wir aufgrund des Medienrummels - wie er auch immer bezeichnet wird - auch Solidaritätsbekundungen nicht nur aus den neuen Bundesländern, sondern auch aus den alten Bundesländern hatten. Da kommen bei uns Schecks über 500 DM an. Sie wollen nicht nur von Einheit sprechen, sondern sie wollen auch etwas dafür tun. Aber ich sage es ganz gelinde: 500 DM helfen dem Betrieb auch nicht. Trotzdem bedanke ich mich bei den Leuten, die solche Solidarität zu unserem Betrieb entwickeln.

Waldemar Fenske, Betriebsrat, RFT Staßfurt

Das Thema, welches hier heute eigentlich ansteht, heißt ja wohl deutsche Einheit. Die Politiker haben es eingebrockt, und alle müssen es ausfressen. Aber ich glaube, wir haben keinen Grund zum Meckern. Was wäre, wenn es damals nicht gekommen wäre oder nicht so schnell? Wie sieht es heute im Osten aus? Das ist schwer zu beantworten. Ich glaube deshalb, daß es eigentlich nur hilft, daß wir überlegen, wie wir schnell aus diesem Schlamassel herauskommen. Angesichts der Situation, die bis heute entstanden ist, können wir doch feststellen, daß die gesellschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik nicht in der Lage sind, hier eine vernünftige Antwort zu geben. Und ich glaube, weil wir das so langsam merken, sind wir hier zusammengekommen, um zu überlegen, wie wir mithelfen können, daß das schneller und überzeugender funktioniert.

Der einzige, der hier aus diesem ganzen deutschen Schlamassel herausguckt, das ist unser Bundespräsident Weizsäcker. Dafür hat er sicher einen Beifall verdient.

Der Treuhand-Auftrag muß verändert werden

Es ist viel wegen der Treuhand gerätselt worden. Im Moment ist immer noch der Waigel Chef. Ich frage mich wirklich, ob der Möllemann das besser machen würde. Das funktioniert wahrscheinlich auch nicht.

Laßt uns doch mal überlegen: Stellt Euch vor, so ein intelligenter Mann wie der Bundespräsident, der steht dort oben, würde denen eine vernünftige neue Richtung geben, damit nicht nur Sprüche zur deutschen Einheit geklopft werden, der würde sich auch einsetzen. Davon bin ich überzeugt. Natürlich - das muß man so sagen - der Treuhandauftrag muß verändert werden. Wie kann das passieren?

... haben wir eine außerordentliche BV gemacht

Wie haben wir das mit unserem Betrieb gemacht? Ich komme aus der RFT AG. Früher habt ihr alle einmal Fernseher von uns gehabt, heute kauft kaum noch einer welche. Warum ist das so? In den meisten Läden

ist gar keiner mehr. Es ist kein Gerät von uns zu finden. Eben haben wir kurz im Kaufhof gegessen, denn ganz ohne geht es ja nicht. Dort ist auch kein Gerät von uns vorhanden. So ist es überall. Als Konsumgüterhersteller haben wir ähnliche Probleme, wie die Kollegen in Zschopau, und so könnte ich den ganzen Kram bis zum Personalabbau noch einmal wieder erzählen. Das bringt sicher nichts Neues. Bei uns waren die Probleme jetzt vor kurzem soweit zugespitzt, nachdem die Privatisierung immer weiter herausgeschoben wurde, daß es eng mit dem Geld wurde. Wo kriegt man etwas her? Wenn zum Schluß kein Geld mehr in der Kasse ist, dann geht es eben zum Konkursrichter.

Nachdem uns klar geworden ist, daß das hier Versprechungen waren, die sich vielleicht noch eine Weile hinziehen, damit wir immer weniger werden, haben wir eine außerordentliche Betriebsversammlung gemacht. Wir haben unseren Ministerpräsidenten, Herrn Münch, aus Sachsen-Anhalt eingeladen. Das war etwas kurzfristig, und so konnte er nicht kommen, aber die Stimmung in der Belegschaft war gut. Es waren wirklich fast alle da. Da ist es gelungen, seinen Abteilungsleiter, den er nun wenigstens hatte schicken können, davon zu überzeugen, daß wir ganz schnell einen Gesprächstermin in der Staatskanzlei bekommen. Nachdem wir miteinander gesprochen haben, Vorstand, IG-Metall-Vetreter, Verwaltungsstelle und der Betriebsrat, ging es danach draußen ein Stück weiter. Ich glaube, der Ministerpräsident hat da vielleicht ein bißchen mehr gesagt, als er es eigentlich wollte. Aber ein paar 100 - vielleicht 1000 - die machen was. Und wenn wir die 107000 wären, die wir hier vertreten, dann wäre vielleicht auch einer von den Gewekschaften dabei und würde sich herablassen, hier zu sprechen.

So erpressen sie uns immer wieder



Ich meine, wir wollen ja nicht nur klagen. Wir wollen sehen, wie wir Wege finden, alles andere wird nicht helfen. Wir haben mit dem Ministerpräsidenten gesprochen, wo denn die Probleme liegen, daß wir mit der Liquidität und dem kaum vorhandenen Absatz immer weitere Probleme bekommen. Betriebswirtschaftlich läßt sich so etwas nicht lösen. Man braucht volkswirtschaftliche Ansätze. Den Sozialstaat wird es hier nie geben. Wo soll denn das Geld herkommen? Bei uns liegt es auch nicht daran, daß wir keine Qualität herstellen können. Wir produzieren kommerzielle Qualität für die Bundespost. Sie wird abgenommen. Wir haben einen Fernseher entwickelt, bei dem große Firmen interessiert sind, diesen in Lizenz herzustellen. Trotzdem wird es nichts. Die Privatisierung ist in Frage gestellt und der Belegschaftsabbau noch nicht weit genug. So erpressen sie uns immer wieder.
Angesichts der bedrohlichen Finanzlage stellt sich der Betriebsrat erneut die Frage, ob wir im guten Glauben, Arbeitsplätze zu retten, nicht fortgesetzt mißbraucht werden, indem wir Entlassungen geschehen lassen und den Betriebsfrieden sichern, die Beschäftigten und Gekündigten ruhighalten bis der Belegschaftsstand Null erreicht ist. In dieser Zwickmühle stecken wir doch permanent! Und da frage ich Euch, liebe Kollegen, wer berät uns da? Die Betriebsverfassung alleine ist ein Stück Papier, die muß man durchsetzen! Wir wissen, daß sich Betriebsräte in ganz Ostdeutschland diese Frage in zunehmender Schärfe stellen, und deswegen sind wir hier. Wir haben mit unserem Ministerpräsidenten über ein Konzept gesprochen, das

helfen kann, wenn die Treuhand eben nicht in der Lage ist, alles zu privatisieren. Ohne so eine Alternative ist auch nichts zu machen. Wir hatten ein kleines Flugblatt für unsere Belegschaftsversammlung vorbereitet. Da fordern wir eine klare Aussage zum Standpunkt der Landesregierung, denn die muß erstmal dahinterstehen. Finanzielle Sicherung, kurzfristiger Investitionszuschuß, damit wir das Gerät produzieren können und uns der Konkurrenz stellen können, dafür brauchen wir eine Million. Das ist wenig.

So macht man Konkurrenten im Osten tot

Die Zeit verstreicht, und das Geld bekommen wir nicht. Das ist eine Sauerei! So macht man Konkurrenten im Osten tot. Wir haben Geschäfte zum Osten gehabt. Wir haben auch jetzt ein Geschäft in Aussicht, Konversion der Rüstungsindustrie. Wir würden für sie sogar eine neue Fernsehfabrik bauen. Da sollte man meinen, Befriedigung der Rüstungsindustrie ist ein ganz wichtiges Thema, aber nichts ergibt sich. Eine Unterschrift nach der anderen, bloß zwei gleichzeitig auf einem Papier, das bekommt die Bundesregierung bis heute nicht in die Reihe!

Wir wollen bei uns einen Elektronikpark schaffen, eine Ansiedlung machen. Wir wollen eine Beteiligung der Treuhand, des Bundes, des Landes und der Kommune. Mit unserer Stadtverwaltung usw. sind wir konform. Sie kommen mit, wenn wir etwas machen. Wir wollen schließlich Elektronikschrottrecycling machen, um dort auch ein bißchen an Umweltfördermittel heranzukommen.

Wir müssen als BR vorangehen

Überlegt haben wir in dieser Hinsicht schon. Wenn hier vorhin gesagt wurde, die Treuhand ist nicht bereit, mit der IG Metall zu sprechen, bei uns trifft dies nicht zu. Ich hoffe jedenfalls, daß der Termin eingehalten wird. Für den kommenden Montag sind wir in der Treuhand, und erstmalig kommt unser Bevollmächtigter von der IG-Metall-Verwaltungsstelle, Schönebeck, mit. Natürlich ist unser Vorstand dabei und auch wir vom Betriebsrat. Bis dahin ist unser Konzept ein bißchen untermauert, und dann werden wir sehen was wird. Unser Ministerpräsident hat uns zugesagt, daß er mit seiner Schirmherrschaft, in seiner Regie, Privatisierungsgespräche fördern wird. Die werden bei ihm stattfinden, denn eins ist doch klar: Aus Berlin kann man Betriebe, die 200 - 300 km wegliegen, doch nicht privatisieren, wenn man die gar nicht kennt. Das kann so nicht funktionieren. Da bieten wir unsere Hilfe an. Und ich glaube, wir wissen am besten, wie es in den Betrieben aussieht. Ich glaube, wir sind heute alle hier bereit, die Hand auszustrecken, nach jedem, der uns unterstützt, und wir wollen durchaus auf die Verantwortlichen im Lande zugehen. Wir wollen aber auch sehen, daß sie sich wirklich bemühen.

Ich hatte versprochen, mich kurz zu fassen, aber die Probleme, die jeder so hat, sind groß, und da fällt es einem schwer. Ich hoffe, daß es ein kleines bißchen aufgerüttelt hat. Wir sind mit 12 Kollegen aus unserem Betriebsrat hier und haben unsere Fahnen mitgebracht. Eins will ich hier sagen: Wenn die Gewerkschaften manchmal nicht so richtig wissen, ob sie die Massen hinter sich kriegen sollen, bei uns ist die Frage beantwortet. Ich bin der Auffassung, unsere Belegschaft ist so weit, daß sie meilenweit läuft und kämpft, um ihren Arbeitsplatz zu erhalten. Und wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Betriebsrat voranzugehen, und in dem Sinne machen wir weiter.

Gerhard Peter, Betriebsrat, Entwicklungsgesellschaft für Nachrichtentechnik (EFN), Berlin

Wir sind nur noch eine Werkbank

Ihr werdet alle nicht wissen, was EFN bedeutet. Wir waren früher mal das Institut für Nachrichtentechnik, die Leitentwicklungsstelle des Kombinates Nachrichtenelektronik. Wir sind ein Betrieb, der von der SEL gekauft worden ist, d. h. also von der Treuhand verkauft wurde. Und ich möchte hier zunächst erst einmal herüberbringen, daß es den Betrieben, die verkauft wurden, nicht besser geht, als den Betrieben, die zur Zeit noch in dem Treuhandnetz hängen. Wir waren ursprünglich einmal 1700 Mitarbeiter und sind zur Zeit 240. Die Zielstellung ist, Ende nächsten Jahres auf 170 zu reduzieren. Dann ist der unbekannte Name EFN schon gerechtfertigt, denn wir sind nicht mehr arbeitsfähig.

Wir sind letztenendes nur noch eine Werkbank.

Ich möchte kurz darauf eingehen, wie der Verkauf bei der Treuhand passiert ist. Ich bin darüber als Betriebsrat nicht informiert worden, aber ich weiß, daß es da Rückstellungen gegeben hat. Das heißt also, man hat irgendeinen Kaufpreis - ich kann nicht sagen wie hoch der ist - gezahlt, hat aber gleichzeitig in nennenswertem Umfang Rückstellungen in Kauf genommen. Man hat also in Wirklichkeit gar nichts bezahlt. So ist die Taktik der Treuhand.

85% der Arbeitsplätze sind bedroht

Vorgestern habe ich in der Zeitung gelesen, daß der Unternehmerverband sagt, im Jahre 1993 werden 85 Prozent der früheren Arbeitsplätze - das waren also ursprünglich 9,5 Mio., mit denen wir angetreten sind - bedroht sein. Es wird dann evtl. noch 1,5 Mio. Arbeitsplätze geben. Zur Zeit haben wir 5,6 Mio. und von diesen 5,6 Mio. sind 400000 in ABM, 400000 in Kurzarbeit, und ich würde mal sagen, in gleicher Größenordnung gibt es Qualifizierungen, so daß die Zahlen dort geschönt sind. Hier muß unbedingt etwas geschehen, wenn wir nicht wirklich total plattgewalzt werden sollen.

Wir sind vorgestern auf einer Pressekonferenz in der Vorbereitungsgruppe gefragt worden: Ja wollt ihr denn eigentlich die Marktwirtschaft mit euren Forderungen ändern, oder wollt ihr etwa sogar so etwas wie einen neuen Sozialismus machen, damit die Verhältnisse bei euch gebessert werden? Ich möchte sagen - und ich glaube, im Namen aller zu sprechen -, daß wir erstens den 09. November 1989 nicht zurückdrängen wollen und auch die Marktwirtschaft wollen. Nur das, was die Konzerne mit uns machen, ist eben keine Marktwirtschaft, dieses absolute Plattwalzen. Zu dieser Marktwirtschaft gehört aber auch, daß wir Maßnahmen ergreifen, um dieses Plattwalzen zu verhindern, und beides ist dann eine Einheit. Das möchte man im Prinzip dann auch unterbinden.

Die THA ist das Instrument der Konzerne

Die Treuhand ist sicherlich nicht der Hauptfeind. Die Treuhand ist das Instrument der Konzerne und damit also auch der Bonner Regierung, mit der die Politik der Plattmachens durchgesetzt werden soll. Hier muß ich sagen, hat sich bei mir etwas der Magen umgedreht, als gesagt wurde, daß da 3500 Manager sitzen. Das Wort Manager war die erste Vokabel, die unsere Genossen nach der Wende gelernt hatten, deshalb dreht sich bei mir regelmäßig der Magen dabei um. Was sind das denn eigentlich für Manager? Das sind die Beauftragten eben der Konzerne und der Banken.

Wir sind an die SEL von Mitarbeitern der SEL verkauft worden, die zur Zeit gerade in der Treuhand tätig waren. Das soll nur eine kleine Randanmerkung sein. Was sind das für Manager? Das sind - und ich weiß das aus dem persönlichen Erleben - Leute der mittleren bis unteren Leitungsebene, die zu Managern hochqualifiziert worden sind, also ehemalige Abteilungsleiter, die jetzt daran sind, Großbetriebe wie Staßfurt, WF u. ä. zu managen. Was dabei herauskommt, das sehen wir alle.

Außer diesen Beauftragten gibt es natürlich noch die Gruppe der SED- und Stasi-Mitarbeiter, die in der Treuhand sitzen. Mit anderen Worten, dort ist eine neugegründete Bruderschaft alter und neuer Seilschaften mit der Oberschwester Breuel an der Spitze.

Ein Punkt, der mir auch noch auf dem Herzen liegt, ist die Frage: Wie wird mit unseren Menschen eigentlich umgegangen? Da fällt mir das Stichwort Altersübergang, der mit Arbeitslosigkeit zusammenhängt, ein. Der Altersübergang läuft am 30.06.1992 aus. Bis heute ist mir noch nicht bekannt, ob er weitergeht. Es wird immer fleißig darüber diskutiert. Ich meine, damit kann keiner unserer Menschen arbeiten, und das zeigt, wie wir in Bonn eingeschätzt werden.

22 Mrd. DM zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit im Osten

Nun etwas zur Arbeitslosigkeit. In der vergangenen Woche war hier in Berlin ein arbeitsmarktpolitisches Kolloquium. Dort wurde gesagt, 22 Milliarden DM werden zur Zeit für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit in den Ostländern eingesetzt. Dies sei auf die Dauer zu teuer. Es würden die politischen Entscheidungen fehlen. Gleich nach der Wende gab es ein paar Besserwessis, die da kamen und sagten: Euch fehlt

Kreativität, Innovationsfähigkeit und Flexibilität. Ich frage jetzt einmal: Wo ist die Kreativität und die Flexibilität der Bonner Politik, um die Situation, die wir hier haben, in den Griff zu bekommen?

Ein Stichwort ist dabei der Begriff ABM. Es wurde vorhin gesagt, daß das Betriebsverfassungsgesetz der heutigen Situation nicht angepaßt ist. Ich meine, auch das AFG ist nicht der heutigen Situation, in der wir hier stehen, angepaßt. Das, was also in den früheren Jahren als ABM im Westen Deutschlands lief, entspricht nicht dem, was wir daraus machen wollen. Die Beschäftigungsgesellschaften, die es hier gibt, haben allein deshalb schon keine Zukunft, weil man ihnen Mietverträge von einem Jahr anbietet. Damit kann man nicht arbeiten. Man bekommt keine Kredite. Man hat keine Basis für eine zukünftige dauerhafte Arbeit.

ABM darf keine hinausgeschobene Arbeitslosigkeit sein

Die ABM-Stellen sind üblicherweise für 2 Jahre konzipiert. Die meisten ABM-Stellen sind aber nur für 1 Jahr genehmigt worden. Es ist gesagt worden, daß diese Zeit verlängert wird. Wer sich einmal beim Arbeitsamt angestellt hat und weiß, daß man da Wochen zubringen muß, um auch nur das Kleinste zu bewegen, der kann sich vorstellen, daß dann sehr viele ABM-Kräfte damit beschäftigt sind, diese organisatorischen Dinge durchzubringen, aber nicht daran arbeiten können, sich auf dem ersten Arbeitsmarkt einen dauerhaften Arbeitsplatz durch Unternehmungsausgründungen zu schaffen. Das ist etwas Wesentliches, und aus diesem Grunde meine ich, daß man das hier in den Forderungskatalog aufnehmen müßte, um die Bedeutung der ABM für die neuen Länder richtig zu unterstreichen. Ich habe mir dazu aufgeschrieben:

* ABM als Instrument zur Vorbereitung von Unternehmensgründungen und nicht als Beschäftigungstherapie für 2 Jahre,
* ABM darf keine hinausgeschobene Arbeitslosigkeit sein. Schaffung neuer Gewerbezentren in Kommunen mit erschwinglichen Mieten für Neugründer. Arbeitslosengeld als Lohnkostenzuschuß für Unternehmensgründungen verwenden und nicht für Dauerarbeitslosigkeit bezahlen.

Das sind also Forderungen, von denen ich meine, daß sie in den Forderungskatalog mit aufgenommen werden sollten.

Günter Triebe, Betriebsrat, Otis GmbH, Berlin

Wie wir auf dem Podium sehen, sind aus mehreren IG-Metall-Bezirken Kolleginnen und Kollegen eingeladen worden. Der Vorstand hat sich also das Recht herausgenommen, die Autonomie, die die Verwaltungsstellen normalerweise haben, an der Stelle mit Füßen zu treten und zu sagen: Ihr Berliner dürft euch an dieser Initiative nicht beteiligen.

Das hindert uns natürlich nicht als Mitglieder dieser Ortsverwaltung - und wir sind heute hier mehrere - hier anwesend zu sein. Ich begrüße diese Konferenz wirklich herzlich, weil ich meine, daß, wenn schon Initiative von unten entsteht, dann sollte die IG Metall versuchen, dies zu fördern und zu unterstützen und nicht nur lokale Politik machen. Ich hoffe, daß heute bei der Konferenz so viele Forderungen entstehen, daß wir in der Lage sind, den nötigen Druck aus den Betrieben und aus den anderen Bezirken auf die IG Metall auszuüben, damit die IG Metall etwas dazulernt und damit sich in Zukunft die IG Metall an solchen Konferenzen beteiligt.

Eberhard Wagner, Moderator

Solidaritätserklärung aus München

Wir haben aus München eine Solidaritätserklärung vom Betriebsrat des Instituts für Rundfunktechnik an die Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter bekommen. Ich will nur einmal die wichtigsten Grundgedanken daraus vorlesen:

"Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen Eure Initiative, gemeinsam gegen die Arbeitsplatzver-

IG Metall auf Distanz zu Ost-Betriebsräten

Bonn (taz) — Mehr als dreihundert Betriebs- und Personalräte aus der ehemaligen DDR besuchten in Bonn Bundeskanzler Helmut Kohl, Wirtschaftminister Jürgen Möllemann und Vertreter aller Parteien, um auf die dramatische Deindustrialisierung in Ostdeutschland hinzuklagte sich ein Ostberliner Betriebsrat, „weil eindeutige Signale, wie die Situation verbessert werden soll, vom Bundeskanzler nicht zu vernehmen waren". Sehr viel mehr überraschte die Industriegewerkschaft Metall die ostdeutschen Betriebsräte — indem sie sich von der In-

nichtung in Ostdeutschland vorzugehen und treten dafür ein, daß die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung Euch dabei nach Kräften unterstützt. Für uns gibt es gute Gründe, in dieser Auseinandersetzung mit Euch solidarisch zu sein. Den westdeutschen Unternehmern hat die Wiedervereinigung glänzende Gewinne gebracht. Sie machen aber keinerlei Anstalten, damit nun auch entsprechende Arbeitsplätze bei Euch zu erhalten bzw. neu zu schaffen.

Vielmehr fordern Politiker und andere Lobbyisten täglich von uns westdeutschen Arbeitnehmern, für den Wiederaufbau in den neuen Bundesländern Lohnverzicht zu üben. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum die westdeutschen Unternehmer durch Lohnverzicht im Westen zu Investitionen im Osten veranlaßt werden sollten, da es den westdeutschen Konzernen ja nicht an Kapital mangelt. Wir finden es auch völlig unakzeptabel, daß zuerst durch die westdeutsche Konkurrenz und durch die Kahlschlagpolitik, die die Treuhand im Auftrag der Bundesregierung betreibt, bei Euch massiv Arbeitsplätze zerstört werden und danach die westdeutschen Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, um die ostdeutschen Arbeitslosen durch Transferleistungen über Wasser zu halten. Vielmehr sollten diese Gelder für den Erhalt bzw. für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt werden. Die Politik der Bundesregierung und der Treuhandanstalt zielt trotz gegenteiliger Verlautbarungen darauf ab, die Arbeitnehmer im Westen und im Osten gegeneinander auszuspielen. Lassen wir uns nicht spalten!"

Sonja Kemnitz, Betriebsrätin, Niles Werkzeugmaschinen GmbH, Berlin

Ich möchte, bevor ich 2 Ergänzungen zum Forderungskatalog bringe, 2 Vorbemerkungen machen: Zum einen bin ich der Meinung, wir müssen unter uns auch ehrlich bleiben. Man kann die Gewerkschaften nicht dafür kritisieren, daß sie Einzelpolitik machen, sich in Aufsichtsräten überstimmen lassen, im Verwaltungsrat der Treuhand etc. und die Politiker nur bitten. Ich bitte keinen Politiker mehr um etwas, und ich glaube auch keinem mehr. Ich glaube nur noch an mich selbst und an die Klugheit in den Belegschaften von Ostbetrieben, die wir nach meinem Empfinden sowohl in betriebswirtschaftlichen als auch in politischen Konzepten als Betriebsräte viel zu wenig zum Tragen bringen, wenn es überhaupt möglich ist, in dieser Marktwirtschaft Konkurrenz zu spielen. Und dazu sind wir ja gezwungen. Wir müssen das, was Ex-DDR-Bürger vielen Westbürgern voraus haben, nämlich unsere Bildung, unsere politische Erfahrung und unsere Ansprüche aus der Wende in diese Diskussion viel stärker einbringen.

Insofern meine ich, daß wir solche Betriebsräteinitiativen mit Personalräten, mit Komitees des Arbeitslosenverbandes u. a. in allen Regionen, in allen größeren Industrieregionen brauchen. Es ist doch unsere Idee der Runden Tische. Warum greifen wir sie eigentlich so langsam und mit viel zu wenig Kraft wieder auf?

Investitionen für Produktinnovationen

Nun zum Forderungskatalog: Im Forderungskatalog ist eine Forderung gegeben, Investitionen für Produktinnovation. Diese Forderung war in der Vorbereitung dieser Konferenz nicht ungeteilt oder wurde nicht ungeteilt unterstützt. Ich möchte hier vehement dafür plädieren.

1. Betriebsräte müssen auch die Interessen des ingenieurtechnischen Personals, von Entwicklungsingenieuren und von hochqualifizierten Facharbeitern vertreten, die in unvertretbarem Maße aus Ostbetrieben bereits entlassen worden sind.
2. Wenn uns Marktwirtschaft schon aufgezwungen worden ist, wir uns also als Konkurrenten bewegen müssen, dann kann unser Sinn und Ziel nicht darin bestehen, uns durch Privatisierung die Nachproduktion oder die Werkbankproduktion westlicher Produkte aufdrücken zu lassen, sondern wir müssen mit besseren Produkten und mit dem, was wir an eigenem technischen Stand inzwischen uns in zwei Jahren erarbeiten konnten, auf den Markt treten und allen Argumenten über marode DDR-Wirtschaft und Unfähigkeit der Ossis zu arbeiten, in dieser Weise entgegentreten.

3. Privatisierung, Liquiditätssicherung etc. sind kurzzeitige Maßnahmen. Uns als Betriebsräten steht es gut zu Gesicht, langfristiger und strategischer zu denken. Produktinnovationen, Kampf um Fördermittel und eine Umverteilung der Fördermittel, wie der Jan Prieve es gesagt hat, für diese Enwick-

lungstendenzen ist ein Beitrag von Betriebsräten heute für die strategische Sicherung von Ostunternehmen und für die Möglichkeit, daß sie auch in 5 oder 10 Jahren noch aus eigener Kraft am Markt bestehen können, nötig.

In den Westen gehen?

4. Produktinnovation heißt für mich auch, mit der psychologischen Situation, die in vielen Ostunternehmen eingetreten ist, umzugehen. Entwicklungsingenieure mit ei



nem hohen Potential stehen jetzt vor der Frage: Gehen sie in den Westen und lassen sich für entschieden bessere Gehälter und lukrativen Aufgabenstellungen ihre wohlverdiente soziale Absicherung selbst erarbeiten oder engagieren sie sich hier bei uns in den Betrieben. Ich möchte, daß sie sich hier bei uns in den Betrieben engagieren, sonst wird es in 5 oder 10 Jahren keine innovativen Ostunternehmen mehr geben. Also müssen sich Betriebsräte zum Sprecher von Entwicklungsingenieuren und von Konzepten für Produktinnovation machen, und genau in dieser Richtung müssen wir an uns selber arbeiten, was die Forderungen und die eigenen Konzepte betrifft, die wir auf den Tisch legen, denn das radikalste Argument, was eigentlich eine Belegschaft vorbringen kann, ist ein Konzept, das besser und anders ist als das einer Treuhand. Das beginnt natürlich damit, daß wir in die Lage versetzt werden, die Kon

zepte, die die Treuhand uns vorlegt, zu kontrollieren. Ein letzter Satz: Jan Prieve hatte im Referat das Problem der Liquidi-tätskredite angesprochen. Ich bin ausgehend von diesem Referat dafür, folgende Forderung noch aufzunehmen: Eine zinslose Bürgschaft für Liquiditätskredite von sanierungsfähigen Ostunternehmen.

Prof.Dr. Ulrich Briefs
MdB, Bonn

Ich meine, in diesen Katalog gehört eine Forderung hinein - ich schließe mich da Jan Prieve an - daß die Informationsrechte, die die Betriebsräte haben, die alle Betriebe mit Wirtschaftsausschuß haben, auch voll und ganz genutzt werden können. Das sollte dann die Forderung nach umfassender Information über die jeweiligen Prozesse in der Treuhand einschließen. Das ist der eine Punkt.

Was ich falsch in Eurem Forderungskatalog finde, ist der Punkt 16. Nach dem 1976er Mitbestimmungsgesetz gibt es keine Parität. Diese Aussage ist falsch. Ich will dies aber jetzt nicht im einzelnen begründen, deshalb würde ich vorschlagen, daß diese Formulierung ersatzlos gestrichen wird. Da muß man sich eine neue Konstruktion einfallen lassen. Ich habe über 15 Jahre als wissenschafltlicher Mitarbeiter beim DGB-Bundesvorstand gearbeitet und kenne diesen Bereich in- und auswendig.

Der Aufsichtsrat hat für die Prozesse, die im Rahmen der Treuhand und im Rahmen der Betriebe und der Umstrukturierung hier im Osten notwendig sind, einfach nicht die Anlage nach dem Aktiengesetz bzw. nach den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen.

Für eine Zwangsinvestitionsabgabe

Ich gehe die Punkte einfach einmal durch.
Es liegt meines Erachtens ein ganz wichtiger wirtschaftspolitischer Vorstoß seit längerem aus der

Gruppe des Bündnis 90 und der Grünen in Bonn vor. Das ist die Forderung nach einer Zwangsinvestitionsabgabe für die ja in der Tat gut verdienenden Westunternehmen. Jan Prieve hat ja die Zahlen genannt. Sie waren zu niedrig. Es wurden 1989 allein 450 Milliarden DM investiert. Das heißt: Das derzeitige Investitionsniveau im Osten beträgt nicht einmal 4% der derzeitig in der Bundesrepublik getätigten Investitionen. Jetzt kommt aber noch etwas anderes hinzu: Der jährliche Mittelzufluß in Unternehmenskassen, der für die Disposition der Wirtschaft zur Verfügung steht, liegt bei annäherungsweise 1000 Milliarden DM. Ein Großteil dieses Geldes geht z. B. als vagabundierendes Kapital an die internationalen Geld- und Kapitalmärkte. Das ist ein entscheidender Punkt. Da muß angesetzt werden. Das gehört deshalb meines Erachtens unbedingt in diesen Zusammenhang hier hinein.

Gleichzeitig findet hier eine Netzwerktagung statt. Ich denke, es wäre wichtig, daß Ihr Euch angesichts der perspektivlosen Entwicklung im Osten ein bißchen mit den vielen Kolleginnen und Kollegen befaßt, die so etwas wie alternative Konzeptionen für Betriebe und Unternehmen, die Alternativbetriebe entwickelt haben.

Zwischenruf
Ich bin auch für Hauptforderungen, die sich auf Arbeitslose und Rentner beziehen. Die Rentner haben einen Bevölkerungs-anteil von ungefähr 25%, die man nicht ausschließen kann.

Hans Peter Hartmann, Betriebsrat, BAE Belfa, Berlin

Ich komme von der Belfa, einem Betrieb, der ehemals 500 Leute hatte. Derzeit sind es 173, und demnächst soll er auf 53 Leute reduziert werden. Wir haben nur ein Produkt, was auf dem Markt bestehen könnte. Wir stellen die Taschenlampen- und Radiobatterien, die sich mit jeder anderen Marke messen können, her, aber man hat uns nicht in die Kaufketten eingeschlossen. Das ist bezeichnend für die Treuhand Politik.

Eigentlich wollte ich zum ersten Punkt etwas sagen, aber jetzt ist die Thematik eine andere. Deshalb möchte ich ganz kurz einen Appell an dieses Gremium schicken: Wir müssen versuchen, zusammen unsere Forderungen, die hier formuliert werden durchzusetzen. Ich merke das in meinem Betrieb. Wir wollten die Leute motivieren, jetzt mit spektakulären Aktionen vor der Treuhand noch mal wirksam zu werden. Ich merke, wie schon unterschiedliche Tendenzen im Betriebsrat vorhanden sind, nämlich diejenigen, die sagen: Wir könnten ja zu denen gehören, die es geschafft haben. So ähnlich ist es in der Belegschaft.

Ich denke, wir müssen heute zusammen auf einen Konsens kommen und müssen versuchen, zusammen den Forderungskatalog so in die Öffentlichkeit zu bringen, daß alle Leute merken, daß wir etwas bewegen wollen.

Thomas Börnert, Betriebsrat, BWF Berlin

Ich möchte es ebenfalls kurzmachen. Auch ich bin Mitglied der IG Metall. Auch ich bin ein Mitglied der Ortsverwaltung Berlin. Und auch ich sah in dieser Betriebsratsinitiative ein ganz wichtiges Zeichen. Die Basis zeigt: Kollegen von der Gewerkschaftsführung, hier ist Handlungsbedarf! Meine IG Metall hat über den Franz Steinkühler 10 Betriebsräten aus dem Land Brandenburg einen Gesprächstermin beim Bundeskanzler Kohl beschafft. Ich muß sagen, es war eine nette Runde, die man mit der Presse dreht, und sagt, wir hätten etwas getan. Die Forderungen, die wir haben, die hier im Forderungskatalog genannt sind, sollten wir straffen, sollten sie unseren Mitgliedern der Gewerkschaften beibringen, erklären und so den Druck ausüben. Das Gespräch mit den Politikern kann wahrscheinlich nur auf der Straße stattfinden.

Hartmut Lehmann, Betriebsrat, Coutinho Caro Bau, Berlin

Ich spreche jetzt nicht im Auftrag meiner Firma, aber ich möchte hier ganz besonders aus meinen/unseren Erfahrungen und Kenntnissen hervorheben: Internationale Spekulanten der neuen Zeit suchen hier mit abenteuerlicher Energie und Engagement Goldadern zu finden und auszubeuten. Es geht nicht nur um Immobilien, die spekulativen Gewinn versprechen. Es wurden und werden hier in Ostdeutschland Firmenschilder gekauft, um hinter einem offiziell be-

kannten Umsatz und einer Scheinproduktion, internationale Geldgeschäfte abzuwickeln.

"Mafia benutzt den Osten als Geldwaschanlage"

Es geht diesen sogenannten Unternehmern nicht darum, daß die mit Hilfe der Treuhandanstalt erbeuteten Betriebe produzieren - ich verweise auf den Zeitungsartikel der Morgenpost vom 17.06.1992, der da lautet: "Mafia benutzt den Osten als Geldwaschanlage". Hier äußern sich die offiziellen Vertreter des Bundeskriminalamtes, daß in Ostdeutschland die Mafia mit 72 Milliarden dreist mit dem Kapital vertreten ist. Ich glaube, das muß man hier einfach zur Kenntnis nehmen, welche Rolle hier Spekulanten spielen. Das sind organisierte Verbrecher. Von den anderen, die man hier nicht als Verbrecher bezeichnen kann, haben wir hier schon gesprochen. Arbeitsplätze zu erhalten, zu sichern, darum geht es den Herren nicht, sondern es geht darum, Geld fließen zu lassen, aber nicht hinein in den Osten, sondern gerade auf dem schnellsten Wege hinaus. Mitnahmeeffekte werden natürlich und selbstverständlich mitgenommen. Wie sie lauten, wißt Ihr selbst. Das sind Investitionszulagen, Steuerermäßigungen usw. Der Geldfluß ist hier der Hauptzweck und die Hauptfunktion, um die es geht.

Statistische Demagogie

Die Zahlen, die die Sicherung von "Arbeitsplätzen" darstellen, sind statistische Demagogie, gleich der kommunistischen Zahlenpropaganda. Eine korrekte Darstellung erfordert eben auch, die Zahlen der Arbeitsplatzvernichtung unter Verantwortung der Treuhandanstalt zu nennen. Das sollte man bei der statistischen Meldung und bei der Propaganda, die die Treuhandanstalt macht, bedenken. Wir sollten auch daran denken, daß wir Ossis wegen unserer Arbeitsproduktivität beschimpft worden sind. Der Ossi konnte nicht arbeiten. Die DDR war ein Wohlfahrtsstaat, der wirtschaftlich nicht funktioniert hat, und jetzt 50 % und mehr, die arbeiten wollen, das aber nicht können. Durch Verkauf verloren über 4 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz, die ehemals Beschäftigte in den Ostländern waren. Sie sehen sich in ihrer Existenz gefährdet. Das Geschäft mit den Menschen, mit der Angst funktioniert und macht den Menschen fertig. Ihnen scheint der Sinn des Lebens zerstört.

Wollen die Politiker, die gefordert sind, verantwortungsbewußt zu handeln, das nicht endlich begreifen! Wir wollten alle mal aufrechtgehen! Betriebsräte können ihren Beschäftigten nicht mehr in die Augen sehen, wenn wir sehen, wie es ihnen geht. Man traut sich überhaupt nicht mehr, die Fakten aus dem Betrieb zu nennen.

Rückwirkender Verkauf

Zur Treuhandanstalt: Wir sind zum 01.07.1991 rückwirkend auf den 01.07.1990 verkauft worden. So etwas gibt es auch. Ich bitte, daran zu denken, wenn es soweit ist, daß die Betriebsräte erfahren, daß sie verkauft wurden. Man sollte dann auch schon nach dem Datum fragen. Desweiteren kann man Firmenschilder umhängen und verändern. Wir erfuhren im Januar, daß unser Firmenschild im November des vergangenen Jahres ein anderes geworden ist. Wir können uns als Betriebsrat nicht den Vorwurf machen, daß wir nicht hartnäckig waren und versucht haben, die bundesdeutschen Betriebsverfassungen selbst auszunutzen bzw. anzuwenden. Seit November 1990 haben wir Verbindungen zur Treuhandanstalt, d. h. eine Beratung folgte der anderen. Wir saßen mal dem Herren gegenüber und mal einem anderen. In der Niederlassung Berlin hatten wir das Glück, im Oktober/November 1990 unserem ehemaligen Bürgermeister der Stadt Ostberlin gegenüberzusitzen, als der ehemalige Vertreter der Niederlassung Berlin. Frau Breuel wurde hier, in diesem Saal, auch von uns angesprochen. Das war im Frühjahr des vergangenen Jahres; da ging es um die Mitbestimmungsrechte. Man hat also versucht, bei uns, als die Arbeitnehmervertreter gewählt waren, die Konstitution des Aufsichtsrates zu verändern.

Das hat man bis zum heutigen Tage auch ganz gut geschafft. Verbindungen zur Gewerkschaft hatten wir. Ich bin selbst Vertreter der Gewerkschaft, aber mit solchen Verhältnis und dann mit dem Apparat der Treuhandanstalt hatte die Gewerkschaft zu diesem Zeitpunkt keine Erfahrungen gemacht.

Für Kontrolle der Kaufverträge

Nun möchte ich zu den Forderungen kommen. Mangelnde Konsequenz und Professio-

nalität bei der Treuhandanstalt war bei der Erarbeitung und Durchsetzung von Rationalisierungskonzepten festzustellen. Keine Kontrolle auf Einhaltung und keine Auswertung der Folgen und Wirksamkeit des Kaufvertrages waren festzustellen. Hier muß ganz klar formuliert eine Forderung ansetzen. Das übereignete bzw. veräußerte Kapital, das gemäß der Propaganda zur Sicherung der Arbeitsplätze dienen sollte, ist eigentlich dafür übergeben worden, also kann ich es auch kontrollieren. Die Institution ist hier gefragt. Es mangelt an der Überprüfung der unternehmerischen Absichten und Ziele des Käufers. Im Vorfeld - es wurde hier ausgesprochen - sollte man das auch festhalten. Ich möchte darauf hinweisen, daß Arbeitnehmer befristet eingestellt werden, auf Probe in der Regel für 3 Monate, aber Firmen mit hunderten ja tausenden Arbeitsplätzen werden auf einen Schlag verkauft.

Zu dem Forderungskatalog hier möchte ich den Punkt 16 ansprechen. Dazu möchte ich eine Korrektur vorschlagen zu den 76er Mitbestimmungsgesetzen. Es wurde vorgeschlagen, diesen Punkt zu streichen. Warum denn? Anstelle 76er Mitbestimmung würde ich Montanmitbestimmungsgeetz schreiben. Ich bin der Ansicht, das haben wir uns als Ostdeutsche tatsächlich durch unsere Bewegung im Jahre 1989 verdient, und dann sehen die Aufsichtsräte auch etwas anders aus, und etwas von der Mitbestimmung wäre dann doch gewährleistet.

Horst Kreller, Betriebsrat, Rostocker Fischfang Reederei

Mecklenburg-Vorpommern ist ein attraktives touristisches Land. Der Tourismus soll in dieser Region ein fester Bestandteil sein. In den Altbundesländern kommen auf 4000 Einwohner 18, in den neuen Ländern



2,6 Hotel- bzw. Beherbungsplätze. Hier haben wir großen Nachholbedarf. Die Tourismusbranche würde damit auch ein großes Betätigungsfeld und Arbeitsplätze schaffen. Nach Ansicht der Landespolitiker soll der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern und die Schaffung von Klein- und mittelständischen Gewerben die Haupterwerbsquelle sein. CDU-Politiker fordern die Kommunen auf, geeignete Grundstücke an Investoren zu verkaufen. Dies ist eine echte Förderung der Grundstücksspekulanten wie es sich ja schon bei privatisierten Industriegebieten abzeichnet und hier auch mehrfach schon genannt wurde. Arbeitseffekte sind nur zu erreichen, wenn der Tourismus in Schwerpunkten intensiv betrieben wird.

Aber nur vom Tourismus allein kann sich das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht ernähren. Ohne ansässige Industrie, Handel und Serviceleistungen kann auch der Tourismus nicht existieren. Mecklenburg-Vorpommern gilt jetzt schon als ärmstes Bundesland Deutschlands nach Auffassung der Finanzministerin Mecklenburg-Vorpommerns. Wohin soll dies noch führen bei der zur Zeit betriebenen Treuhand-, Wirtschafts- und Länderpolitik? Mecklenburg-Vorpommern ist seit Jahrhunderten von einer dualen Industriestruktur geprägt. Dies war die maritime Verbundwirtschaft mit Schiffbau, Seefahrt, Fischerei und Hafenwirtschaft und die Landwirtschaft, worüber heute noch kein Wort verloren wurde.

Weltwirtschaftskrise im Raum Rostock

In diesen Bereichen waren z. B. folgende Beschäftigungsstrukturen zu verzeichnen: In der Landwirtschaft waren 1990 180000 Beschäftigte. Es sind gegenwärtig nur noch 35000. In der maritimen Verbundwirtschaft - hier beziehe ich mich nur auf den Raum Rostock - sind z. B. bei der Deutschen Seereederei 13200 Beschäftigte gewesen, gegenwärtig nur noch 5000 und zum Jahresende nur noch 4000; bei der Bagger-, Bugsier- und Bergungsreederei 2600 1990, zur Zeit 650, zum Jahresende 550; bei der Fischfangreederei - nur die Flotte - 1990 4046 Seeleute, zur Zeit mit Landbeschäftigten 429; die Fischverarbeitung 3800, zur Zeit 930; Dieselmoto-

renwerk Rostock 2400, zur Zeit 900, der Seehafen 5600, zur Zeit 1500, Ende 1990 1300. Die Werften in Rostock: Neptun-Warnow-Werft hatte 11800, zum Jahresende 4300. Der Arbeitsplatzabbau in diesem Bereich, in dieser Region beläuft sich allein von den genannten Betrieben auf 177000 Arbeitsplätze, die verlorengegangen sind.

Mecklenburg-Vorpommern hat 2,2 Millionen Einwohner und zur Zeit eine progressive Arbeitslosigkeit von 20,2 %. Ohne echte Arbeit sind aber schon bereits 50 %. Wie wir aus dem Bericht von Prof. Prieve gehört haben, haben wir zur Zeit in Ostdeutschland eine Arbeitslosenzahl, die Anfang der 30er Jahre geringer war als zur Zeit. Damals nannte man das Weltwirtschaftskrise, heute nennt man das Aufschwung Ost. Im gleichen Zeitraum wurden aber in Mecklenburg-Vorpommern 598 mittelständische und Kleinbetriebe gegründet, die Arbeitsplätze für 3200 Menschen geschaffen haben.

Forderungen der Rostocker Betriebsrätekonferenz

Zu den Forderungen: Wir hatten am 04.06.1992 in Rostock eine Betriebsräte- und Personalrätekonferenz, auf der wir die gleiche Problematik diskutiert haben. Wir sind zu folgenden Forderungen gekommen:
1. Sofortiger Privatisierungsstop für sanierungsfähige Treuhandbetriebe.
2. Demokratisierung der Treuhandanstalt durch wirkliche Mitbestimmung der Arbeiter.
3. Aufstellung eines Programms - Schaffung von mindestens 100000 Arbeitsplätzen für Mecklenburg-Vorpommern durch Konzepte der Infrastruktur.
4. Strukturkonzepte schaffen, die auf den Ostmarkt ausgerichtet sind. 5. Finanzierungsbedingungen ostdeutscher Unternehmen verbessern, Investitionsförderungen vereinfachen, Forschung und Entwicklung unterstützen.
6. Finanzierung des Sofortprogramms, Ergänzungsabgaben von Mehrverdienenden und hohe steuerliche Abgaben von Gewinnunternehmen, die nicht in den Osten investieren.
7. Wir fordern einen Volksentscheid zu den Maastrichter Verträgen, denn das vereinte Europa wird drastische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Gesamtdeutschland haben. Ich denke dabei an die Seeschifffahrt. Billigflaggenländer, was nicht spurlos an uns vorübergeht, werden den Seebetrieb beherrschen. Ich denke auch an den Transport. Wenn ich an Holland denke, wo das Transportwesen staatlich subventioniert wird, kommen also Billiganbieter auf unseren Markt, die unsere Transportunternehmen verdrängen werden, oder die Werften, die durch Quotierungen beeinträchtigt werden, oder selbst die Fischerei, die auch nur von Quoten lebt.

Reinhard Knisch, DGB, Rostock

Ich bin Kreisvorsitzender des DGB in Rostock. Vor einem halben Jahr noch war ich Betriebsratsvorsitzender der Fischwirtschaft und vor etwas mehr als einem Jahr war ich schon mal in diesem Saal. Da saß hier im Präsidium Rohwedder und die anderen Damen und Herren. Das war eine psychologische Veranstaltung, die dazu diente, den Arbeitnehmervertretern, also sprich den Betriebsräten und den Aufsichtsratmitgliedern ein bißchen Dampf abzulassen, so nach der Devise: Wir kriegen schon alles in den Griff! Wir haben uns da zu der Zeit glaube ich auch etwas einwickeln lassen. Dann kam die Geschichte mit dem Attentat. Ich weiß, am selben Tag war hier eine Kundgebung geplant, die fiel natürlich aus, und dann ist eigentlich nicht viel passiert. Zur damaligen Zeit hatte die Treuhand noch etwa 4 Mio. Arbeitnehmer, heute sind es noch etwas mehr als 1 Mio. Unser schlagkräftiges Potential ist natürlich schon niedriger geworden. Ich glaube, dies müssen wir bedenken.

Im Osten ist der Spielraum für den DGB größer

Ich möchte aber jetzt doch noch mal einen Satz zu der Situation Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschaften sagen.
Die Gewerkschaften sind hier gefragt worden, ganz deutlich, ich kann als gelernter DDR-Bürger damit gut umgehen, denn das ist Kritik, die wir wollten, und ich verstehe nicht, wenn Westdeutsche da allzusehr allergisch und wie beleidigte Leberwurst drauf reagieren, ich finde das nicht gut. Man muß auch mal was einstecken können. Ich weiß, daß die Kumpels geackert haben. Daß aber der Aufbau einer kompletten Gewerkschaftsorganisation hier in diesen zwei Jahren wirklich nicht zu leisten war oder so einfach zu machen war, ist ganz klar, und da wird es immer Defizite geben, aber diese Defizite, möch-

te ich sagen, können wir nur gemeinsam jetzt auffüllen. Und ich glaube für die Zukunft, Eberhard hat das auch schon gesagt, für die Zukunft geht es nur so, daß alle Betriebsräte und die Gewerkschaften das gemeinsam tun, auch z. B. die Folgekonferenz, denn Betriebsräte haben keinen Überbau, das erleben wir ja. Wir haben ein logistisches Problem, wie gehen wir da vor, das können wir also praktisch nur gemeinsam machen. Jetzt sage ich noch einen wesentlichen Unterschied zur Situation in Westdeutschland, zu dem seit Jahrzehnten eingeübten Rollenverständnis zwischen DGB, Einzel- oder Mitgliedsgewerkschaften und Betriebsräten. Ich glaube hier ist der Spielraum für den DGB größer. Es sind auch die Ansprüche größer, die von den einzelnen Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben an den DGB gestellt werden. Wir erwarten nämlich jetzt eigentlich alle, daß der DGB die Rolle politisch ausfüllen soll, die der FDGB hätte ausfüllen müssen, der ja nicht eine Dachgewerkschaft war, sondern ein einheitlicher Gewerkschaftsbund mit relativ schwachen Einzelgewerkschaften. Das kollidiert zwangsläufig mit der historischen Situation der deutschen Gewerkschaften in Westdeutschland. Ich glaube, es ist aber auch eine Möglichkeit, um zu einer neuen Situation zu kommen, die dann in der Zukunft vielleicht unsere gesellschaftlichen Veränderungen positiv sich entwickeln läßt. Ich sage das noch mal, der Kollege hat das ja vorhin vorgetragen, die Betriebs- und Personalrätekonferenz in Rostock am 04. Juni ist auf Beschluß und Einladung des DGB-Kreisvorstandes durchgeführt worden. Und es waren 115 Leute da. Die Forderungen wurden hier schon genannt.

Ist ein politischer Streik möglich?

Was wir bis jetzt gemacht haben, bis zu dieser Stunde, waren Sandkastenspiele, wir haben Formulierungen gesucht und haben Forderungen aufgestellt, aber das ist uns ganz klar, das wissen wir, wenn wir nicht auch mit dem Säbel rasseln können und nicht nur rasseln, denke ich mal, dann werden unsere ganzen Forderungen vermutlich nichts erreichen. Wir haben in der Vergangenheit ja so manchen Marktplatz besetzt, so manche Straße gesperrt vor der Treuhand, da muß man sich ja schon fast einen Termin holen, daß man davor noch demonstrieren darf.
Was gibt es eigentlich noch für Möglichkeiten? Ich sehe eigentlich nur noch zwei. Eine ist die Steigerung von Betriebsbesetzung und die kann eigentlich nur heißen: Betriebsübernahme durch die Belegschaft. Kleine Erinnerung: In der Satzung der IG Metall steht, und ich glaube, das ist auch gut, daß es da so steht: Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie. Und die zweite Sache ist Kampf: Arbeitskampf, politischer Streik. Politischer Streik, mit dem aber die Gewerkschaften in Westdeutschland seit Jahren nichts mehr zu tun gehabt haben. Seit den Notstandsgesetzen ist da im Prinzip nichts mehr gelaufen. Und das ist jetzt eine Sache, da müßt ihr bitte auch verstehen, daß die Kolle gen und Kolleginnen, die dort in der Verantwortung sind, sagen: Ist das überhaupt durchführbar? Geht das nicht in die Hose? Wir sind 200 hier heute und ich weiß nicht, ob die 107000, die zu Hause also praktisch, sagen wir mal so als Bataillon stehen, ob die auch stehen. Und das ist die Frage, das sehen wir in den Tarifkämpfen, wo ja normalerweise Gewerkschaften und eine Akzeptanz der Leute schon da sein muß. Wir haben das auch gesehen, ich sage euch das ganz ehrlich, ich komme ja aus Rostock, von den Werften, die Betriebe wurden immer kleiner, die Leute, die dort rauskommen konnten, wurden immer weniger. Und Arbeitslose zu politisieren, ist in der Bundesrepublik leider noch nicht gelungen. Wir müssen das aber ganz konkret überlegen, ich will jetzt hier nicht beschwichtigen, ich will euch nur versuchen, meine Sorge darzustellen. Sind wir in der Lage, die Leute in den Betrieben so zu politisieren, daß sie beispielsweise politische Streiks oder Betriebsübernahmen durchführen?

"Die Betriebe hätten eigentlich uns allen gehören müssen"

Es gibt auch andere technische Varianten. Warum muß es immer nur "Management buy out" also MBO sein, es gibt auch die Variante "stuff buy out", wie das so schön neudeutsch heißt, also die Belegschaft kauft den Betrieb. In Zschopau war das ja schon beinahe ein Ansatz dazu. Ich glaube, das ist die Aufgabe, die wir jetzt klären müssen, hier müßt ihr ganz konkret sagen, wie schätzt ihr das ein? Ich weiß, in meinem früheren Betrieb, meine Nach-

Betriebsratsvorsitzende, da müssen wir noch einige Wochen und Monate intensive politische Arbeit tun. Das tun wir aber gegen den Strom der weiteren Privatisierung, das heißt, es wird dann immer weniger sein. Ich glaube, daß wir ein gutes Argument haben, denn die Betriebe der Treuhand sind ja nun nicht irgendwelche Klitschen, die einer von seinem Großvater vererbt hat, sondern das sind die Betriebe, die einstmals Volkseigentum waren. Die hätten aber eigentlich uns allen gehören müssen. Ich halte das schon mal für einen wichtigen politischen Unterschied, der also auch Ansatzpunkte in dieser Handlungsrichtung gibt, aber ich glaube, das ist jetzt die Frage, die wir zu entscheiden haben: Wird es gelingen, in den nächsten Wochen und Monaten eine politische Bereitschaft zu solchen Kampfmaßnahmen zu erzielen?

Die Konferenz beschloß

- einstimmig zehn Hauptforderungen und setzte eine Redaktionskommission ein, die die zehn Hauptforderungen sowie den vollständigen Forderungskatalog verschickt an: Bundesregierung, Landesregierung, Treuhandanstalt, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, DGB, Bundestagsfraktionen aller Parteien, Senat von Berlin;

- daß möglichst viele Betriebs- und Personalräte in den fünf neuen Bundesländern und Berlin über die Ergebnisse der Konferenz und die weitere Arbeit informiert werden;

- am 30.6.92 um 11 Uhr den Forderungskatalog dem Vorstand der Treuhandanstalt durch Betriebs- und Personalräte zu überreichen und gegen die erneute Massenentlassung von 150000 Beschäftigten zum 30.6.92 zu protestieren;

- eine Folgekonferenz am 2. oder 3. Oktober 92 (zum Tag der deutschen Einheit) abzuhalten; (Tag des Bilanzziehens durch die Betroffenen)

- setzte einen Arbeitsausschuß (Betriebs- und Personalräte aus verschiedenen Regionen) ein, der die weitere Arbeit koordiniert.

Wir danken der Stiftung "Menschenwürde und Arbeitsplatz", sowie allen persönlichen SpenderInnen, für die großzügige finanzielle Unterstützung der ersten Konferenz.

Sket-Proteste gegen Belegschaftsabbau



Mehrere tausend Schwermaschinenbauer demonstrierten am Freitag vormittag gegen den Stellenabbau der Treuhandanstalt. Im Stammhaus des früheren Schwermaschinenbaukombinates „Ernst Thälmann" sollen bis 1994 weitere 1600 Beschäftigte entlassen werden. Betriebsräte der neuen Bundesländer wollen kommende Woche mit den Gewerkschaften über ein Aktionsprogramm gegen die Massenentlassungen beraten. Foto: dpa

Berl-Zeitung 11.7.92

Zehn Forderungen
der Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte
einstimmig verabschiedet am 20.6.92 in der Berliner Kongreßhalle

Präambel

Ohne Anpassungszeiträume und wirtschaftspolitische Hilfestellungen wurde die ostdeutsche Wirtschaft mit der Währungsunion marktwirtschaftlichen Bedingungen ausgesetzt. Der Zusammenbruch des Ostmarktes hat den so entstandenen Konkurrenzzwang nur verschärft, jedoch nicht verursacht. Ergebnis dieser Politik ist die zunehmende Zerstörung der industriellen Produktion im Osten Deutschlands. Unter Berufung auf den maroden Zustand der Ostwirtschaft werden die Arbeitsbedingungen in den alten Bundesländern ebenfalls massiv verschlechtert, mit Hinweis auf die Kosten der Einheit werden Sozialleistungen drastisch gekürzt.
Die Treuhandanstalt trägt das Ihre dazu bei, daß der Industriestandort Ostdeutschland fast vollständig abgewickelt wird, daß auch sanierungs- und konkurrenzfähige ostdeutsche Unternehmen im Interesse westdeutscher und europäischer Unternehmer als lästige Konkurrenten ausgeschaltet werden. Dabei geht es diesen vornehmlich nicht um den Aufbau einer neuen effektiven Industrieregion, sondern um den möglichst billigen Erwerb der Betriebsgrundstücke als rentable Kapitalanlage. Trotz hoher Kapitalrücklagen von 600 Mrd. DM sind die westdeutschen Unternehmer so gut wie nicht zu Investitionen in den fünf neuen Bundesländern bereit. Dadurch daß die Banken -allen voran die Deutsche Bank- Schuldforderungen der ehemaligen DDR-Staatsbank in Milliardenhöhe übernehmen konnten, wurden bereits die Weichen falsch gestellt. Viele ostdeutsche Betriebe und Einrichtungen waren damit von Anfang an chancenlos. Der vielversprochene "Aufschwung Ost" ist daher bis jetzt ausgeblieben. Die Beschäftigten und die Millionen Beschäftigungslosen werden mit "Beruhigungspillen" abgespeist. Die Menschen in den neuen Bundesländern verlieren nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch ihre Hoffung auf einen Neuanfang und damit die Motivation, sich in den Betrieben und anderen gesellschaftlichen Bereichen zu engagieren.
Als Betriebs- und Personalräte können und werden wir diesen massiven Angriff auf die Existenzbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht kampflos hinnehmen.

Wir fordern

1. Den sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben, ansonsten Aufhebung der Kaufverträge.
2. Durchsetzung des Grundsatzes "aktive Sanierung vor Privatisierung" für alle sanierungsfähigen Betriebe.
3. Ein Investitionsprogramm zum Erhalt der noch vorhandenen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen.
4. Förderung von Produkt- und Verfahrensinnovationen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs-, Entwicklungs- und Ökologiebereich.
5. Verbot der Leiharbeit (u.a. Abschaffung des Zweitregisters in der Seeschiffahrt) und des Lohndumpings.
6. Sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe, zinsgünstige Kreditgewährung und Beteiligung von Treuhandbetrieben an Förderungsmitteln (EAP).
7. Bevorzugung ostdeutscher und Berliner Betriebe bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren und Vergaben für Aufträge in den neuen Bundesländern und Berlin.
8. Erhebung einer Investitionsabgabe von Unternehmen, die nicht mindestens 25% ihrer Investitionen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin vornehmen.
9. Volle Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen Verhandlungen und Entscheidungen der Treuhandanstalt von Anfang an, Bildung eines geeigneten unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung.
10. Umkehr des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung, Verhinderung der Immobilienspekulation.

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

SONDER - AUSGABE DEZEMBER 1992

SELBST - KOSTEN - PREIS 2DM



PROTESTMARSCH GEGEN DIE TREUHANDANSTALT!

Am Dienstag 15. Dezember 13.00 Uhr
Treffpunkt: Moritzplatz / Heinrich-Heinestraße
Abschlußkundgebung: 15.00 Uhr, Leipziger Straße

Kolleginnen und Kollegen !

In Ostdeutschland sollen zum Jahresende wieder fast einhundert Treuhandfirmen vollständig liquidiert und insgesamt annähernd eine Viertelmillion Kolleginnen und Kollegen vorrangig aus Treuhandbetrieben herausgeschmissen werden. **F l u g t a g ins Neujahr !** Die Pumpenfabrik Odesse, Oschersleben, entläßt 354 Kolleginnen und Kollegen, die MIBRAG, Bitterfeld, 3486, Elbobau 1000, die Leuna-Werke 2897, das Stahl- und Walzwerk Brandenburg 787 Kolleginnen und Kollegen usw. usw.
In ganz Deutschland sind über eine Million Arbeitsplätze in Gefahr ! Die Unternehmen wollen im Westen z.B. 20000 Arbeitsplätze in der Chemieindustrie abbauen, 35 000 bei Mercedes Benz, 10000 im Raum München und sogar die hochproduktive Klöcknerhütte in Bremen (6000 Arbeitsplätze) stillegen.
Bereits im Sommer dieses Jahres hatten über 300 Betriebs - und Personalräte gegen den damaligen "Flugtag" (Sprachgebrauch der Treuhandmanager) von 150 000 Kolleginnen und Kollegen vor der THA protestiert. Wir sprachen mit Frau Breuel und den Politikern in Bonn. Außer Versprechungen ist bisher nichts passiert. **So geht es nicht weiter !**

Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Städten und Regionen Ostdeutschlands bereits unerträglich hoch. Die Massenentlassungen der THA sind ein **soziales Verbrechen** (Heiner Geissler am 9.9. in Bonn: " In der THA sitzen nicht nur Verbrecher"). Gleichzeitig wächst der rechtsradikale und faschistische Terror gegen Ausländer und AsylbewerberInnen, wie die Morde von Mölln an zwei türkischen Frauen und einem 10jährigen Kind uns drastisch vor Augen führen.
Gegen eine so großflächige und massenhafte Industriezerstörung, wie sie die Kohlregierung und ihre THA in den fünf neuen Bundesländern und Berlin betreiben, kommen wir mit einzelbetrieblichen und einzelgewerkschaftlichen Abwehrkämpfen allein nicht an. **Hier müssen alle Betroffenen zusammenstehen !** Es ist dringend nötig, über alle Branchen und Länder hinweg die Kräfte aller Einzelgewerkschaften zu bündeln, um den Druck gegen die unerhörte Arbeitsplatzvernichtung ("Schlimmer als in der Weltwirtschaftskrise 1929", Horst Kreller, Betriebsrat der Rostocker Fischfang-Reederei) zu verstärken.

Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen, Arbeitende und Erwerbslose, alle Betriebsräte, Personalräte, Vertrauensleute und GewerschafterInnen, ehrenamtlich Aktive und bezahlte Funktionäre auf:

Kommt am Dienstag, den 15. Dezember 1992 um 13.00 Uhr zum Moritzplatz/Heinrich-Heine-Str. (S-Bhf. Jannowitzbrücke, U-Bahnstation Heinrich-Heinestr. oder U-Stat. Moritzplatz, U8, siehe Stadtplan) **nach Berlin!** Wir demonstrieren von dort zur Treuhandzentrale in der Leipziger Straße.

Wir bitten um großzügige finanzielle Unterstützung auf das Konto der Betriebsräte
Nr. 588 78 190 00 (Michael Müller) bei der Berliner Bank. BLZ 100 200 00

Bringt eure Belegschaften mit !
Bringt eure Arbeitsgeräte mit (z.B. Fischfangnetze, Baumaschinen, LKWs usw.)
Bringt eure Produkte mit ! (z. B. Fische, Batterien usw.) Sie sollen nicht auf Halde liegen! Bringt Schilder mit den Zahlen der Entlassenen in eurem Betrieb mit !
Bringt Fahnen und Transparente, Pauken und Trompeten mit !
Mobilisiert alle Gewerkschaftsgremien und alle Gewerkschaftsmitglieder für die Unterstützung unseres Protestes gegen die katastrophale Kahlschlagpolitik der Treuhandanstalt!
Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz !

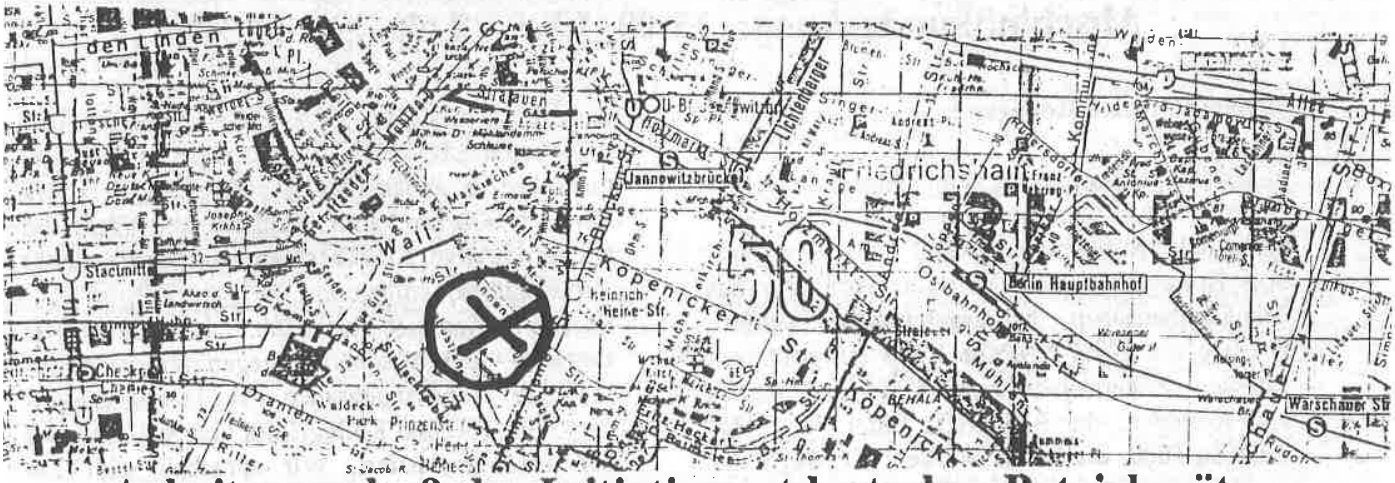
Dieses Flugblatt wird an 4000 Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute in den NBL und Berlin verschickt, sowie an alle Gewerkschaften und einige Westbetriebe. Bitte kopiert und verbreitet es.

Kontakt:

Betriebsrat Werk für elektronische Bauteile GmbH (ehem. Werk für Fernsehelektronik)
Ostendstr. 1-14
O-1160 Berlin
Jürgen Roloff, Wolfgang Kibbel
Tel. Berlin: (030) 6383 - 2309
oder 6383 - 3850
Fax: (030) 6350 - 633

Im Auftrag des Arbeitsausschusses mit solidarischen Grüßen
Eberhard Wagner Betriebsratsvorsitzender Deutsche Seereederei Rostock, Wolfgang Pohland Betriebsratsvorsitz. Aslid Kabelwerke Berlin

Der Protestmarsch wird bisher (4.12.)unterstützt von: IG Medien Berlin. HBV Berlin. DAG Berlin/Brandenburg. DPG Ortsverw. München. Arbeitslosenverband Deutschland e.V . SPD Berlin. Bündnis 90/Die Grünen. PDS Berlin. Neues Forum Berlin. Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde. Freies Bildungszentrum Berlin. UFV. Frauenpolitischer Runder Tisch AG Frauen und Arbeitsmarkt. Bündnis kritischer Gewerkschafter Ost/West.



Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

ORIGINALTON AUS WOLFEN

DER NEUE DEUTSCHE FILM – ist „Original Wolfen“ (besser bekannt unter dem Kürzel ORWO). Die ehemalige DDR-Filmfabrik hat seit der Wende ganz besonders ums Überleben zu kämpfen (gehabt): Nicht nur, weil gleich vier hochrangige Bayer/Agfa-Manager in der Treuhand sitzen, und ihre Agfa-Vertreter den ostdeutschen Einzel- und Großhandel gleichsam im Sturm eroberten, und sodann der ehemalige RGW-Absatzmarkt in sich „zusammenbrach“, auch die deutschlandweit 1600 Annahmestellen, z.T. mit eigenen Labors (Minilabs), verweigerten sich erst einmal diesem neuen Film, und für die Endverbraucher, zumindestens für die mit einer automatischen Kamera, benötigten die Filme erst einmal eine sog. DX-Codierung (was sie mittlerweile haben).

All diese Marktbarrieren mögen die Autoren der an sich für Betriebssanierung plädierenden McKinsey-Studie 1991 dazu bewogen haben, sich für die Liqidierung der ORWO-Filmstadt bei Wolfen auszusprechen, wo einmal rund 15.000 Leute (davon allein 4000 Instandhalter) beschäftigt waren, die jährlich im Dreischichtbetrieb u.a. rund 70 Millionen Filmpatronen - an neuen japanischen Maschinen und teilweise in völliger Dunkelheit - herstellten („Am schlimmsten war es, wenn man im Winter Feierabend hatte und einem draußen der weiße Schnee in die Augen stach.“). Die meisten Beschäftigten wohnen im nahen Neubaugebiet. Heute sind noch ungefähr 8500 Mitarbeiter auf dem Riesengelände, von denen sich viele in Kurzarbeit befinden. Diese Restbelegschaft ist jedoch - gemäß des Spaltungsgesetzes - seit dem 1.7.92 von der Treuhand aufgeteilt: In die Wolfener Vermögens-Verwaltungs-GmbH (WVV) - mit 2000 Beschäftigten (dazu gehören das Ausbildungszentrum, die 80 Mitarbeiter der Werkseisenbahn, 360 im Heizwerk beschäftigte und - noch - 90 Kantinen-Bedienstete. Das Theater wurde inzwischen kommunalisiert, der Buchladen vermietet und die berühmte wissenschaftliche Bibliothek im Hauptgebäude, die gerade noch zwei weitere Sammlungen von Chemie-Großbetrieben übernommen hat, wird mit ABM-Kräften benutzerfreundlich gehalten): „Die WVV zahlt alles und die ORWO versucht zu überleben,“ so erklärt Betriebsrat Hartmut Sonnenschein, einer der aktivsten Belegschafts-Vertreter im Chemie-Dreieck, die neue Wolfener Wirtschaftsweise. Dazu gehört auch die Bitterfelder Qualifizierungs- und Projektierungs-GmbH (BQP), an der zu 25% ORWO beteiligt ist und deren 5000 ABM-Stellen zu 50% auch von ihnen besetzt wurden (die übrigen 2500 halten Mitarbeiter der Chemie AG). Die meisten sind mit der Entnetzung der Ver- und Entsorgungsleitungen sowie mit dem Rückbau bzw. Abriß auf dem 600 Hektar-Gelände beschäftigt, das einmal „Industriepark Wolfen-Thalheim“ heißen wird: Nahezu der gesamte Chemiefaser-Bereich ORWOs ist mittlerweile ein Trümmerhaufen, auf dem hier und da aber schon wieder Neugründungen herausragen. Ein Westinvestor, die Holtzmann-Papier AG, die ein Zellstoff-Werk auf einer angrenzenden 90 Hektar-Wiese errichten wollte, nahm kürzlich - kurz und knapp konjunkturbegründet - wieder Abstand von ihrem Großprojekt. Bisher haben sich 30 ABM-Projekte ausgegründet. Von der eigentlichen Filmfabrik Wolfen GmbH, in der z.Zt. noch 1300 Mitarbeiter auf der Gehaltsliste stehen, gründeten sich bisher über 100 Projekte aus - mit insgesamt 1200 Arbeitsplätzen. Für den Vertrieb stellte man einen ehemaligen Kodak-Manager ein, der wiederum die 12 Außendienst-Mitarbeiter schulte. die mit geleasten PKWs ausgerüstet sind.

Im Gebäude 122, wo der Betriebsrat seine Büros hat, will man demnächst ein Film-Industriemuseum einrichten (in Wolfen begann 1936 die erste Farbfilmproduktion - von Agfa, die nach der Wende auch die ersten waren, die mit Kooperationsplänen - aus Leverkusen - ankamen). Das nazi-prunkvolle Hauptgebäude sollte eigentlich dem BRD-Umweltministerium zur Verfügung gestellt werden (es wollte aber nicht dorthin). Z.Zt. ist u.a. noch die Forschungs- und Entwicklungs-Abteilung der Filmfabrik dort untergebracht, in der immerhin noch 94 Leute arbeiten - das sind ca. 8% der Gesamtbelegschaft (so viel wie bei keinem anderen Ost-Betrieb mehr, zum Vergleich: bei Agfa arbeiten 30% in der Forschung). Die in der Film-Entwicklung, u.a. an einer Versuchs-Begießanlage, sowie mit organischer Synthese, Emulsions-, Photophysik- und chemischer Forschung Beschäftigten ziehen demnächst in eines der zwei neueren Verwaltungs-Hochhäuser ans andere Ende des ORWO-Geländes, in denen auch die Geschäftsleitung residiert und die man deswegen „Klugscheißer-Aquarien“ nennt.

Am 24.11. sprachen wir mit dem Leiter der Entwicklungs-Abteilung, Dr. Heinz Mustroph, der aus dem Betriebsrat dort quasi-hindelegiert wurde. Er hatte seinerseits noch fünf weitere ORWO-Forscher dazu gebeten. Unsere erste Frage bezog sich auf die spezifische (Farb-) Atmosphäre des ORWO-Color-Films:

-Grundsätzlich streben wir da eine Qualität an, die dem durchschnittlichen Geschmack der Abnehmer, der Verbraucher, entspricht. Inzwischen wurden unsere Farbfilme ja auch als genauso gut wie die von Agfa bewertet. Das ist die eine Seite, die andere ist, daß wir dort aber durchaus noch Unterschiede messen können – in den Materialien z.B.: Die einen haben einen warmen Ton, die anderen einen mehr härteren in der Farbwiedergabe. Unsere haben einen wärmeren Ton, den viele, da es ja eine Geschmacksrichtung ist, als sehr positiv empfinden. In den nordischen Ländern bevorzugt man andere Farbwiedergaben. Das ganze hängt aber auch sehr stark vom jeweiligen Kamera-Objektiv ab, wie damit die spektrale Beschneidung vorgenommen wird. Da gibt es große Unterschiede - in den spektralen Eigenschaften der japanischen Kameras gegenüber denen von Zeiss Oberkochen z.B.. Das erstreckt sich insbesondere auf den blauen Bereich, also auf die Farben, die in irgendeiner Weise eine Gelb-Mischung enthalten. Um diese Unterschiede herausarbeiten zu können, halten wir Farbtafeln für die Photographen bereit: Damit können die dann vergleichen, wie die Kombination ihrer Kamera mit unserem Film funktioniert, was dabei herauskommt. Als drittes kommt natürlich noch das Licht dazu: Das wirkt ganz unterschiedlich auf die Filme. Das hängt damit zusammen, auf welche Farbtemperatur die Abstimmung vorgenommen wurde - was sowohl für Kunst- als auch Tageslicht gilt. Für letzteres wurde die Eichung vorgenommen auf das mittlere Tageslicht von New York. Das ist heute sozusagen die Norm! Und damit ist die spektrale Verteilung des Tageslichts festgelegt. Die gestattet eine - sagen wir mal: Normalbewertung in einem Sommermonat, Mittags um 12. Wenn man davon abweicht, im Herbst um 16 Uhr etwa, dann sind die Farbtemperaturen, die spektralen Verteilungen, anders und damit natürlich auch die Farbwiedergabe der einzelnen Materialien. Und dabei gibt es Tendenzen. Von anderen Mitbewerbern wissen wir, daß sie sich da ebenfalls ein bißchen dran anpassen: Daß z.B. Kodak auswählt nach Ländern: ihr Material, das in den Süden geht ist anders abgestimmt als das für den Norden z.B.. Bei uns findet ebenfalls eine solche Abstimmung statt und bei unserem Entwicklungsleiter sind schon viele positive Resultate in dieser Hinsicht, also Photos, die die Leute uns geschickt haben, eingegangen, auch Wünsche - weil er derjenige ist, der die Beeinflussung vornehmen kann, sagen wir mal: welche Farbrichtung etwas dominieren soll in der Abstimmung. Das ist also durchaus veränderbar. Eine grundsätzliche Veränderung kann man jedoch nicht vornehmen: Das ist eben das Farb-Tripel, die drei Farbstoffe, die sich jeweils zu einem Gesamtbild zusammensetzen, und damit

DER NEUE DEUTSCHE FILM: FORTSCHRITT MIT INTERNATIONALEM STANDARD.

Der neue deutsche Film - und hier allen voran der ORWOCOLOR QRS 100 - braucht den Vergleich mit internationalen Spitzenprodukten nicht zu scheuen. Das ist das Ergebnis eines objektiven Filmvergleichs der bekannten Fachzeitschrift COLOR FOTO, veröffentlicht in Heft 2/92.

Der Farbnegativfilm QRS 100 besticht durch die hohe Farbsättigung und Bildschärfe bei breitem Belichtungsspielraum.

Mehr dazu und über ORWO erfahren Sie auf den folgenden Seiten.



Der Qualitätsfilm QRS 100 empfiehlt sich sowohl für den unkomplizierten Einsatz in der Kompaktkamera als auch für die hohen Ansprüche der Spiegelreflexkameras. Aber bitte testen Sie ihn selbst. Es lohnt sich.

ist eine bestimmte Farbwiedergabe vorgegeben...

- Vielleicht sollten wir hier nicht zu sehr ins Detail gehen...?

- Es ist aber vielleicht auch schon hinreichend deutlich geworden, daß wir hier voll auf den Markt hin orientieren, und daß wir die Wünsche unserer Verbraucher..erst mal befriedigen können, und das auch tun. Natürlich brauchen wir dabei auch Informationen, übers Marketing, wie sich die Geschmacksrichtungen ändern,oder - wenn Kunden mit unseren Abstimmungen nicht zufrieden sind: wie wir es verändern sollen. Da wäre dann unser Leiter der Ansprechpartner, der dann sagt: Wir müssen einen anderen Kuppler einsetzen z.B., um eine grundsätzlich andere Farbwiedergabe zu bekommen. Aber ich glaube, die Wahl, die er jetzt hier getroffen hat, bei unserem QRS 100, die ist gut geglückt. Das zeigt auch die Kombination mit dem Papier, mit dem Farbpapier, das auf dem Markt ist: Die Farbwiedergaben kommen also sehr günstig.

- Zu dem Problem, daß viele Mini-Lab-Betreiber sich weigern, überhaupt ORWO-Filme anzunehmen, im Gegensatz zu Fuji-, Kodak-, 3M- und Agfa-Filmen etc., möchte ich noch ergänzen: Es gibt zwei Arten von Printern. Da sind erst mal die, die eine Speicher-Einstellung haben: In dem Speicher wird jeder einzelne Film, teilweise auch die unterschiedlichen Formate, eingestellt. Und für diesen bestimmten Film ist das dann auch der optimale Speicher. Wenn dann da die unterschiedlichen Filme ankommen, braucht der Mini-Lab-Besitzer nur noch eine Taste zu drücken - für den Fuji-, den Kodak- oder was weiß ich welchen -Film, dann läuft die ganze Elektronik ab und der Film wird optimal kopiert: sowohl wenn er richtig belichtet, als auch wenn er über- bzw. unterbelichtet wurde.

Dann gibt es noch die MSC-Printer, die haben eine verbesserte Elektronik, d.h. sie erfassen mehr Daten und da braucht man gar nichts mehr einzustellen: Jeder Film und jedes Bild wird erst einmal einzeln bewertet und dann erst erfolgt die Kopie. Das dauert natürlich etwas länger als mit dem Speicher.

Wir haben nun das Problem, daß wir für unsere Filme einen eigenen Speicher benötigen, wie die anderen Filme auch, um optimale Bilder zu bekommen. Wenn die Mini-Lab-Betreiber einfach den Agfa-Speicher dafür nehmen, kommen farbstichige Bilder raus - also katastrophale Ergebnisse, das ist also normalerweise nicht akzeptabel. Viele Mini-Lab-Besitzer haben jedoch einen, ich will ihn mal als Universal-Speicher bezeichnen, bei dem gerade noch akzeptable Bilder bei rauskommen. Es gibt nämlich eine Reihe von Kaufhaus-Filmen, bei denen man nicht gleich auf Anhieb erkennt, ob der nun aus der oder der Filmfabrik kommt. Dafür nimmt man diesen Speicher, wo dann Bilder bei rauskommen, die der Kunde nicht gleich reklamiert, aber picobello sind sie an der Stelle nicht.

Die dritte Art von Speichern ist die, wo man den Strich-Code, den jeder Filmhersteller auf seinen Produkten anbringt, mit abliest. Da hat man nicht mehr das Problem, den richtigen Speicher drücken bzw. den Film richtig identifizieren zu müssen. Unsere Kunden-Leute nun, die können den Mini-Lab-Besitzern helfen, wie der ORWO-Film bei ihrem Gerät am besten und einfachsten zu handhaben ist. Die Besitzer richten sich aber ihre Speicher selber ein, und die müssen sie auch pflegen: d.h. die Daten müssen also immer auf dem neuesten Stand sein. Und deswegen richten sie sich in der Regel wohl erst einen eigenen Speicher für unsere Filme ein, wenn mehr als ein ORWO-Auftrag hereinkommt. Das rechnet sich sonst nicht! Die Minilab-Aufsteller bzw. -Hersteller geben ihre Geräte auch schon mit definiertem Kodak- oder Agfa-Speicher z.B. ab, bisher haben sie jedoch diesen Service noch nicht auf ORWO ausgedehnt.

- Ich kenne zwei Leute, die ihren QRS 100 bei zwei verschiedenen Mini-Lab-Besitzern in Österreich abgegeben haben: bei dem einen wurde der Film versaut, der andere hatte sich die Mühe gemacht, den Speicher entsprechend auf den Film abzustimmen und das ergab optimale Bilder.

- Einige Mini-Lab-Betreiber, in Berlin z.B., meinen, bevor sie ORWO-Filme annehmen, erst einen Controllstrip vom Werk verlangen zu müssen. Diese Strips sind jedoch vom Filmmaterial unabhängig, mit den mittleren New Yorker Tageslicht-Werten eben, und nur dazu da, um durchgefahren zu werden, damit man feststellen kann, ob die Verarbeitung noch innerhalb der Toleranzen liegt. Das funktioniert so ähnlich wie ein Fernseh-Testbild.

- Wenn ich ergänzen darf: Es gibt auch spezielle Teststreifen für ORWO, die es den Mini-Lab-Einrichtern erleichtern, ihren Printer einzurichten. Das haben wir auch schon gemacht. Das muß dann wieder über den Service, unseren Außendienst, laufen. Mit einem Minilab-Hersteller, der Schweizer Gretag, haben wir in diesem Zusammenhang aber auch schon kooperiert.

- Ich habe dieses Problem deswegen angesprochen, weil, und diese Erfahrung haben wir



LETZTE MELDUNGEN:
WamS 6.12.: Firmen des Iran und der Schweiz haben Interesse an ORWO bekundet.
B.Z. 8.12.: Wolfens Bürgermeister hat US-Firmen zur Ansiedlung bewegen können.

ja schon gemacht: Was nützt es, wenn die Forschung sich anstrengt wie verrückt, an dieser Stelle einen weltmarktfähigen Film herzustellen, und der Rücklauf - über Marketing und Vertrieb - funktioniert nicht? Genau da habe ich den Eindruck, klemmt zur Zeit die Säge: Ihr habt es geschafft, in kürzester Zeit einen guten Film herzustellen, aber die Umsetzung in der Praxis, der Verkauf/der Absatz, funktioniert noch nicht richtig. Die Vertreter haben bis heute noch nicht einmal ORWO-Aufkleber an ihren Autos...

- Die Vertreter der Kokurrenz sollte man dabei jedoch auch nicht unterschätzen: Die haben z.T. den Verkaufsstellen-Leitern angeboten, wenn sie Agfa oder Kodak z.B. ins Sortiment nehmen, kaufen sie dafür ihren Lagerbestand an ORWO-Material auf und vernichten es. Mitunter steckt dahinter sogar nur die simple Ignoranz des Einzel- und Großhandels selbst, meistens aus dem Westen, gegenüber dem neuen Ost-Film: In Ostberlin hat sich z.B. die West-Kette „Photo Wegert" wie blöd ausgebreitet: und die nehmen einfach keine ORWO-Filme an. Jetzt gibt es endlich einen Aufkleber für die Schaufenster: „Wer ORWO nicht führt/ ... wird boykottiert! Die wütenden Knipserinnen" Das stammt von einer linksradikalen Frauengruppe, die mit Dia-Shows durch die Ex-DDR tingelt - und dafür brauchen sie einfach ständig ORWO-Filmmaterial...

- Mir ist vor allem die Weigerung der Kaufhof-Kette völlig unverständlich, denn deren Chef ist doch auch und zugleich noch Treuhand-Vorstandvorsitzender, also für ORWO eigentlich mitverantwortlich. Liegt das am Ende daran, daß eure Filme nur etwa halb so teuer sind wie die von Agfa?

- Ich würde gerne noch wissen, was die Großlabors, wie z.B. das in Dortmund, wo zu Spitzenzeiten, nach den Sommerferien, bis zu 1,2 Millionen Filme in einer Nacht entwickelt werden...was die zu den ORWO-Filmen sagen?

- Bei deren Printern ist das kein Problem: Die verarbeiten unseren Film und das führt dort auch zu ordentlichen Ergebnissen, so viel ich weiß. Auch bei Photo Wegert, da war ich mal und habe mir das alles angekuckt: Nach der Wende war das mit ORWO alles ganz einfach, jetzt ist es angeblich alles viel schwieriger geworden. Umgekehrt würde es mehr Sinn machen. Aber bei diesen Ketten geht es erst einmal darum, gelistet zu werden: D.h. daß man erst einmal für geeignet befunden wird, dort Ware hinliefern zu dürfen. Das bedeutet dann aber noch lange nicht, daß sie einem auch wirklich was abkaufen. Und das dauert: in diese ganzen Listen überhaupt aufgenommen zu werden, das ist bis heute noch nicht ausgestanden...

(Die Fortsetzung dieses Gesprächs, zu dem dann auch noch einige Vertriebsleute etwas beisteuern sollen, findet im nächsten „Ostwind" statt. Die Diskussion der Betriebs- und Personalräte Sachsen-Anhalts wird bereits heute, am 12.12.92, fortgesetzt: auf einer Konferenz des engagierten CDU-Ministers für Arbeit und Soziales, Werner Schreiber, im Kultur- und Freizeit-Zentrum der Buna AG.)

4

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!



Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

Berlin, 30. März 1992

Von unseren Berliner Kolleginnen und Kollegen sind:

* 223.000 arbeitslos
* 28.000 in ABM
* 86.000 in Umschulung
* 20.000 in 0-Stunden Kurzarbeit

Diese Zahlen sagen genug und die negative Entwicklung geht weiter.

Aus der Verantwortung als Berliner Betriebs- und Personalräte, die wir für unsere Kolleginnen und Kollegen haben, rufen wir alle Betriebsräte auf:

Schließt Euch uns an!
Unsere Forderungen:

- Kein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen in Berlin.
- Erhalt des Industriestandortes Berlin.
- Erhalt der Arbeitsplätze im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich.
- Schaffen von zukunftssicheren Arbeitsplätzen für unsere bereits gekündigten Kolleginnen und Kollegen.
- Der Auftrag der Treuhandanstalt muß durch die Verantwortlichen in Bonn in diesem Sinne modifiziert werden.

Beteiligung der Betriebsräte vor Entscheidungen zum Verkauf und zur Standortverlagerung von Unternehmen.

Wie?

Wir organisieren die Solidarität der Betriebe!

Durch gemeinsamen öffentlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen werden wir gehört und haben Chancen, unsere Forderungen durchzusetzen.

Treffpunkt: Jeden Mittwoch, 19:00 Uhr beim DGB, Märkisches Ufer 28, 2. Obergeschoß.

Post: Wolfgang Pohland
Sophienstr. 31
1020 Berlin

Kontakt: Betriebsrat NARVA
Michael Müller
Tel: Ost-5832 23 66
Fax: Ost-5832 22 99

Kontakt: Betriebsrat AEG - M.
Gerhard Lux
Tel: West-7496 24 75

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN, 1.MAI 1992

hiermit möchten wir euch zur Unterstützung der Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte aufrufen. Schickt wenn möglich einen Vertreter zu den regelmäßigen Treffen der Initiative, um Euch genauer zu informieren oder ruft bei den angegebenen Kontaktadressen (siehe Rückseite) an.

Die Betriebs- und Personalräte der nachfolgenden Firmen bzw. Institutionen unterstützen bereits durch Beschluß und Mitarbeit diese Initiative:
OTIS GmbH, Kraftwerksanlagenbau AG, KWK GmbH, ASLID GmbH, Funkwerk Köpenick GmbH, AEG Marienfelde, Betonwerk Gehrenseestraße, KWO GmbH, KRUPP Stahlbau, WF GmbH, Prolux GmbH, NARVA BGW GmbH, EFN mbH, BAE Batterie GmbH, Elpro AG, Amt für Industrie und Sozialarbeit, TRO GmbH, NILES GmbH, Gesamtpersonalrat der Freien Universität, Personalrat des Humboldt Krankenhauses, der Universitätsklinik Rudolf Virchow, des Auguste Viktoria Krankenhauses, des Bezirksamtes Kreuzberg, der Betriebsrat der Lacufa AG, der Tageszeitung (taz), der I Be Stahl GmbH, von Rewatex, EAW Berlin GmbH, und Robotron Telecom Radeberg.
Einige weitere Betriebs- und Personalräte haben ihre Unterstützung zugesagt.

Wie in der ersten Ausgabe des Initiativ-Infos bereits angezeigt, sind 13 Betriebsräte des Werkes für Fernsehelektronik (WF) von Kündigung bedroht. Wir sehen darin einen Angriff auf die Arbeitnehmerinteressen, der nicht zufällig in die Endphase der Privatisierung des WF fällt: Neue Massenentlassungen, Kurzarbeit und Verhandlungen über Interessensausgleich/Sozialplan stehen bevor. Wir sehen in diesen Kündigungen einen Versuch, Betriebsrat und Belegschaft auseinanderzudividieren, der nicht einfach hingenommen werden darf. Außerdem scheint er nur der Auftakt für weitere Kündigungen von Betriebs- und Personalräten in anderen Betrieben zu sein. Gegenüber der Geschäftsführung und dem Arbeitgeberverband Metall/Elektroindustrie haben wir bereits die Rücknahme der Kündigungen gefordert. Ihr könnt uns unterstützen, indem ihr ebenfalls Protestschreiben an deren Adresse richtet.

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!

Aufruf für Betriebs- und Personalräte und Vertrauensleute der Betriebe in den neuen Bundesländern und in Berlin

Gegenwärtig sind bzw. werden in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin flächendeckend mehr als 50% aller Arbeitsplätze vernichtet. Ganze Regionen (wie z.B. die Insel Rügen) werden völlig entindustrialisiert. Diese Art von negativer Struktur- und Arbeitsmarktpolitik muß sofort gestoppt werden.

Für alle Betriebe muß gelten:

> Mitbestimmung der Betriebsräte vor Entscheidungen über Sanierung, Verkauf oder Standortverlagerung von Unternehmen.

Um diese Forderung durchzusetzen, führen wir eine
Konferenz ostdeutscher Arbeitnehmervertreter durch:

Samstag, 20. Juni 1992, 10 - 18 Uhr
Berlin, Kongreßhalle am Alexanderplatz

Wir wollen als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gemeinsam eine Änderung der Politik der Arbeitsplatzvernichtung erzwingen. Wir wissen, daß die Treuhandanstalt nicht die alleinige Verantwortung für den Arbeitsplatzabbau trägt. Deshalb wollen wir auch die Verantwortung der Regierung für diese Situation darstellen.

Unsere Ziele bei dieser Konferenz sind:

- Durchsetzung des Grundsatzes "Sanierung vor Privatisierung für alle sanierungsfähigen Betriebe";
- Bildung eines unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung, gemäß 76er Mitbestimmungsgesetz;
- Entwicklung von Konzepten, um neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen;
- Entwicklung von strukturpolitischen Konzepten.

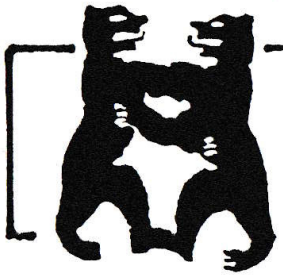
Bitte diesen Aufruf kopieren und an andere Betriebe weiterleiten! Die Vorbereitungsgruppe trifft sich mittwochs um 16 Uhr im Ost-Berliner DGB-Haus, Saal 0205, Märkisches Ufer 28

Für die Vorbereitungsgruppe:
BR Stahlwerk Hennigsdorf, BR SKL Magdeburg, BR Deutsche Seereederei, BR WF Berlin, BR Neptun-Werft Rostock, BR BGW Narva, BR Krupp Stahlbau Berlin, BR Motorradwerk Zschopau, GBR ELBO Bau AG, BR Berliner Fertigteilwerke, BR RFT-SEL (EFN), Initiative Telematik, GPR Freie Universität Berlin, BR Robotron Telecom Radeberg

Kontaktadresse: Betriebsrat Werk für Fernsehelektronik (WF), O - 1160 Berlin, Ostendstr. 1-14
Tel.: 6383 23 09. 6383 38 50. FAX: 635 06 23

Bitte Infos von Betriebsrat und Gewerkschaften über Erfolge und Mißerfolge und statistisches Material zur Arbeitsplatzvernichtung mitbringen! Anmeldung und gegebenenfalls Unterkunftswünsche bitte bis zum 16.6. mitteilen.

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!



Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

Berlin, 19. Juni 1992

Von unseren Berlinern Kolleginnen und Kollegen sind:

* ca. 209.500 arbeitslos
* ca. 35.200 in ABM
* ca. 50.000 in Umschulung
* ca. 22.600 in 0-Stunden Kurzarbeit

Diese Zahlen sagen genug und die negative Entwicklung geht weiter.

Aus der Verantwortung als Berliner Betriebs- und Personalräte, die wir für unsere Kollginnen und Kollegen haben, rufen wir alle Betriebsräte auf:

Schließt Euch uns an!
Unsere Forderungen:

› Kein weitere Abbau von Arbeitsplätzen in Berlin.

› Erhalt des Industriestandortes Berlin.

› Erhalt der Arbeitsplätzeim Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich.

› Schaffen von zukunftssicheren Arbeitsplätzen für unsere bereits gekündigten Kolleginnen und Kollegen.

› Der Auftrag der Treuhandanstalt muß durch die Verantwortlichen in Bonn in diesem Sinne modifiziert werden.

Beteiligung der Betriebsräte vor Entscheidungen zum Verkauf und zur Standortverlagerung von Unternehmen.

Wie?

Wir organisieren die Solidarität der Betriebe!

Durch gemeinsamen öffentlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen werden wir gehört und haben Chancen, unsere Forderungen durchzusetzen.

Treffpunkt: Jeden mittwoch, 19:00 Uhr beim DGB, Märkisches Ufer 28, 2. Obergeschoß.

Post: Wolfgang Pohland, Sophiensir. 31, 1020 Berlin

Kontakt: Betriebsrat NARVA, Michael Müller, Tel: Ost 5832 23 66, Fax: Ost-5832 22 99

Kontakt: Betriebsrat AEG, Gerhard Lux, Tel: West-7496 24 75, Fax: —

Berlin, den 11.6.1992

Die Betriebs- und Personalräte der nachfolgend aufgeführten Firmen bzw. Institutionen unterstützen bereits durch Beschluß und Mitarbeit diese Initiative:

1. OTIS GmbH
2. Kraftwerksanlagenbau AG
3. Kabelwerk Köpenick GmbH
4. ASLID GmbH
5. Funkwerk Köpenick GmbH
6. Kabelwerk Oberschöneweide GmbH
7. AEG Marienfelde
8. Betonwerk Gehrenseestraße
9. Krupp Stahlbau
10. Werk für Fernsehelektronik (WF) GmbH
11. PROLUX GmbH
12. NARVA Berliner Glühlampenwerk GmbH
13. Entwicklungsgesellschaft für Nachrichtenelektronik (EFN/RFT-SEL)
14. BAE (Werk 1)
15. BAE Batterie (BELFA, Werk 2)
16. ELPRO AG
17. Amt für Industrie und Sozialarbeit
18. Transformatorenwerk Oberschöneweide (TRO) GmbH
19. NILES GmbH
20. Humboldt-Krankenhaus
21. Universitätsklinikum Rudolf Virchow
22. BESTAHL Stahlbau GmbH
23. Auguste-Viktoria-Krankenhaus
24. Bezirksamt Kreuzberg
25. Lacke und Farben AG (LACUFA)
26. SEL Tempelhof
27. REWATEX
28. Städt. Krankenhaus Weißensee
29. Tageszeitung (TAZ)
30. Elektro-Apparate-Werke Treptow (EAW) GmbH
31. Berliner Oberspree-Sondermaschinenbau (BOS)
32. Fahrzeugausrüstung Berlin GmbH (FAGA)
33. Freie Universität Berlin
34. PR der Lehrer/innen und Erzieher/innen im Bezirk Tempelhof
35. Senatsverwaltung für Wirtschaft u. Technologie
36. PR der Lehrer/innen und Erzieher/innen beim Bezirksamt Wilmersdorf
37. Christian Dunkel GmbH
38. DEFA Kopierwerk GmbH
39. BWF Marzahn
40. Henschel Verlag GmbH
41. Lentjes Kraftwerkstechnik GmbH
42. Felten und Guillaume
43. ADN GmbH
44. Städt. Krankenhaus Friedrichshain

Zehn Forderungen

der Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte einstimmig verabschiedet am 20.6.92 in der Berliner Kongreßhalle

Präambel

Ohne Anpassungszeiträume und wirtschaftspolitische Hilfestellungen wurde die ostdeutsche Wirtschaft mit der Währungsunion marktwirtschaftlichen Bedingungen ausgesetzt. Der Zusammenbruch des Ostmarktes hat den so entstandenen Konkurrenzzwang nur verschärft, jedoch nicht verursacht. Ergebnis dieser Politik ist die zunehmende Zerstörung der industriellen Produktion im Osten Deutschlands. Unter Berufung auf den maroden Zustand der Ostwirtschaft werden die Arbeitsbedingungen in den alten Bundesländern ebenfalls massiv verschlechtert, mit Hinweis auf die Kosten der Einheit werden Sozialleistungen drastisch gekürzt.
Die Treuhandanstalt trägt das Ihre dazu bei, daß der Industriestandort Ostdeutschland fast vollständig abgewickelt wird, daß auch sanierungs- und konkurrenzfähige ostdeutsche Unternehmen im Interesse westdeutscher und europäischer Unternehmer als lästige Konkurrenten ausgeschaltet werden. Dabei geht es diesen vornehmlich nicht um den Aufbau einer neuen effektiven Industrieregion, sondern um den möglichst billigen Erwerb der Betriebsgrundstücke als rentable Kapitalanlage. Trotz hoher Kapitalrücklagen von 600 Mrd. DM sind die westdeutschen Unternehmer so gut wie nicht zu Investitionen in den fünf neuen Bundesländern bereit. Dadurch daß die Banken -allen voran die Deutsche Bank- Schuldforderungen der ehemaligen DDR-Staatsbank in Milliardenhöhe übernehmen konnten, wurden bereits die Weichen falsch gestellt. Viele ostdeutsche Betriebe und Einrichtungen waren damit von Anfang an chancenlos. Der vielversprochene "Aufschwung Ost" ist daher bis jetzt ausgeblieben. Die Beschäftigten und die Millionen Beschäftigungslosen werden mit "Beruhigungspillen" abgespeist. Die Menschen in den neuen Bundesländern verlieren nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch ihre Hoffung auf einen Neuanfang und damit die Motivation, sich in den Betrieben und anderen gesellschaftlichen Bereichen zu engagieren.
Als Betriebs- und Personalräte können und werden wir diesen massiven Angriff auf die Existenzbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht kampflos hinnehmen.

Wir fordern

1. Den sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben, ansonsten Aufhebung der Kaufverträge.
2. Durchsetzung des Grundsatzes "aktive Sanierung vor Privatisierung" für alle sanierungsfähigen Betriebe.
3. Ein Investitionsprogramm zum Erhalt der noch vorhandenen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen.
4. Förderung von Produkt- und Verfahrensinnovationen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs-, Entwicklungs- und Ökologiebereich.
5. Verbot der Leiharbeit (u.a. Abschaffung des Zweitregisters in der Seeschiffahrt) und des Lohndumpings.
6. Sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe, zinsgünstige Kreditgewährung und Beteiligung von Treuhandbetrieben an Förderungsmitteln (EAP).
7. Bevorzugung ostdeutscher und Berliner Betriebe bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren und Vergaben für Aufträge in den neuen Bundesländern und Berlin.
8. Erhebung einer Investitionsabgabe von Unternehmen, die nicht mindestens 25% ihrer Investitionen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin vornehmen.
9. Volle Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen Verhandlungen und Entscheidungen der Treuhandanstalt von Anfang an, Bildung eines geeigneten unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung.
10. Umkehr des Prin)Rückgabe vor Entschädigung, Verhinderung der Immobilienspekulation.

Offener Brief an den Gewerkschaftstag der IGM 1992 in Hamburg

Arbeitsausschuß der Konferenz
Ostdeutscher und Berliner
Betriebs- und Personalräte
vom 20.6.92

Berlin, den 10.10.92

Liebe Delegierte,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir wollen uns mit diesem Brief und einigen Informationsmaterialien an Euch wenden, um unsere Motivation für die bisherigen und die geplanten Aktivitäten der Betriebs- und Personalräteinitiativen deutlich zu machen.

Die Ausgangssituation für unsere Aktivitäten war die industrielle Kahlschlagspolitik der Treuhand, die in einer nicht erwarteten Breite Arbeitslosigkeit und damit Hoffnungslosigkeit zur Folge hatte. Die bisherigen Aktivitäten der Gewerkschaften, der Betriebsräte und der Belegschaften hatten und haben bis heute diesen Niedergang der Wirtschaft in den 5 neuen Bundesländern und Berlin nicht stoppen können. Die noch bestehenden Treuhandbetriebe haben fast alle einen Personalabbau hinter sich, der weitere Einschnitte nicht mehr zuläßt, ohne daß die Existenz der Betriebe gefährdet ist. Die Belegschaften sind deprimiert, die Betriebsräte oftmals gelähmt und die Vertrauensleute größtenteils entlassen.
Die von den Gewerkschaften vorgelegten Konzepte, wie zum Beispiel die Darmstädter Thesen der IGM greifen nicht und werden nicht umgesetzt. Die Entlassungswelle der Treuhand Mitte dieses Jahres (150000) erforderte unmittelbaren öffentlichen und politischen Druck.

So entstanden an verschiedenen Orten verschiedene Aktivitäten von Betriebs- und Personalräten, die diesem deprimierenden Kreislauf durch zusätzliche Aktivitäten durchbrechen wollten. Die Vorstellung war, auf die Breite der Probleme nicht einzelgewerschaftlich getrennnt, sondern mit allen Gewerkschaften gemeinsam zu reagieren. Dies sollte unter dem Dach des DGB erfolgen.
Die zweite Vorstellung war, durch Initiative von unten, ausgelöst durch die Betriebsräte, neuen Mut und damit stärkeren Widerstand zu erzeugen.

In Berlin entstand im Februar 1992 die Berliner Betriebs- und Personalräteinitiative, die sehr schnell von jetzt 44 Gremien per Beschluß unterstützt wird (Anlage). Im Mai 1992 kam auf einer Veranstaltung von Bündnis 90 in Rostock die Idee auf, einen Betriebs- und Personalräte Kongreß für die 5 Neuen Bundesländer und Berlin zu organisieren, um die Entlassungswelle der Treuhand zum 30.6.92 zu stoppen (Anlage).
Die Vorstellung war, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften zu diesem Kongreß einladen. Aufgrund der Kürze der Zeit, war es nicht möglich eine ausführliche Diskussion mit den Vorständen der Gewerkschaften und mit dem DGB Vorstand zu führen. Wie Ihr sicherlich wißt, fand der Kongreß ohne Aufruf und offizieller Unterstützung des DGB statt. Die Ergebnisse liegen als Anlage bei.

Am 30.6.92 wurde die Treuhandanstalt symbolisch besetzt. Am 9.9.92 wurde mit Unterstützung des DGB-Vorstandes eine Sternfahrt von 300 Betriebs- und Personalräten nach Bonn organisiert (Anlage). Bei beiden Aktionen wurden die Forderungen des Betriebs- und Personalrätekongresses vorgetragen. In Bonn fanden intensive Gespräche mit allen Bundestagsfraktionen und Vertretern der Bundesregierung (Bundeskanzler) statt.
Geplant war ein 2. Kongreß der Betriebs- und Personalräte am 3.10.92, um dort über die Umsetzung der Forderungen und das weitere Vorgehen zu beraten. Dieser Kongreß hat bisher nicht stattgefunden, da sich der DGB mittlerweile bereit erklärt hatte, einen Betriebs- und Personalrätekongreß für die 5 neuen Bundesländer und Berlin mit den Vorständen der Einzelgewerkschaften zu diskutieren. Bisher gibt es hierzu vor allem Widerstand von Seiten des IGM-Vorstandes.

Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Wolfgang Pohland
Betriebsratsvorsitzender
Aslid Kabelwerke GmbH Berlin
Büchnerweg 75

O-1199 Berlin

Tel. 030/6703222
Fax 6703370

An alle Gewerkschaften, Mietervereine, Arbeitslosenverband und andere gesellschaftlichen Organisationen

2. Einladung

zu Absprachen über eine Aktionseinheit für den Protestmarsch gegen die Treuhandanstalt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 5.12.92

zum 31.12. dieses Jahres sollen annähernd eine Viertelmillion Kolleginnen und Kollegen vorrangig aus Treuhandbetrieben entlassen werden. Die 2. Konferenz ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute beschloß, gegen diesen "Großflugtag" zusammen mit unseren Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen eine Protestaktion am Dienstag den 15.Dezember 92 vor der Treuhandanstalt durchzuführen. Der Aufruf (2. Fassung) zu dieser Aktion liegt diesem Schreiben bei. Wir laden unsere Gewerkschaften und alle angesprochenen Organisationen zu aktiver Mitgestaltung der Protestaktion zum 2. Beratungs- und Vorbereitungstreffen ein. Das Treffen findet statt am

Mittwoch den 9.Dezember
16.30 Uhr

Märkisches Ufer 28 , Berlin-Mitte,
(Wasserseite der Wallstraße Beratungsraum ist ausgeschildert)

i.A. des Arbeitsausschusses
Wolfgang Pohland

Der Protestmarsch wird bisher unterstützt Der Protestmarsch wird bisher (4.12.)unterstützt von: IG Medien Berlin, HBV Berlin, DAG Berlin/Brandenburg, DPG Ortsverw. München, Arbeitslosenverband Deutschland e.V., SPD Berlin, Bündnis 90/Die Grünen, PDS Berlin, Neues Forum Berlin, Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde, Freies Bildungszentrum Berlin, UFV, Frauenpolitischer Runder Tisch AG Frauen und Arbeitsmarkt, Bündnis kritischer Gewerkschafter Ost/West.
Kontakt: Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, O-1020 Berlin, Tel. 275 56 00

DIE ERSTEN 100 TAGE NARVA/PRIAMOS UND DIE LETZTEN TAGE DER BELFA

Nachdem Osram/Philips auch den allerletzten an NARVA interessierten Lichtproduzenten, die japanische Phoenix Electric, mit Patentproblemen vom Kauf abgedrängt hatten, blieb der Münchner Immobilienentwickler Erhard Härtl übrig, der sich schließlich auf ein Übernahmemodell der Frankfurter Bank Crédit Suisse First Boston einließ.

Es sah vor, bei einem Kaufpreis von 242 Mio DM (5600 DM pro qm) für das knapp 100.000 qm große ehemalige Osram-Werk D, den dort noch verbliebenen 1081 Mitarbeitern sämtliche Arbeitsplätze drei Jahre lang zu garantieren, ohne Kurzarbeit - jedoch auf einem Ersatzgelände in Treptow.

Die (ökologischen) Narva-Altlasten wird bis zu 10 Mio DM der Käufer tragen, alle darüberhinausgehenden Kosten teilen sich – bis zur Höhe des Kaufpreises – die THA und der Wirtschaftssenator. Dieser war darüber jedoch gar nicht erfreut und betonte sogleich, Narva sei kein „Präzedenzfall". Anscheinend jedoch ein „Modell" – jedenfalls für den Finanzminister, der so lange den Kaufvertrag nicht unterschrieb, bis der Berliner Senat, von dem insbesondere der SPD-Teil stark für Narva - und gegen den ersten Käufer, das Klingbeil-Konsortium - engagiert gewesen war, zusagte, einen Teil der möglichen Altlasten zu übernehmen.

Die Treuhand stellte daneben einen Verlustzuschuß in Höhe von 12,4 Mio DM zur Verfügung, dessen betriebliche Verwendung ein sog. „Privatisierungsausschuß" kontrolliert, dem der Betriebsrat vorsteht. Er konnte den neuen Eigner, Härtl, auch überzeugen, den mit der Narva-Privatisierung befaßten CSFB-Manager Jesus Comesaña als Geschäftsführer der neuen Firma einzustellen, die nunmehr Priamos Immobilien-Verwaltungs GmbH heißt.

Comesaña begann am 21.8.92 (zu wirbeln). Bereits am 17.9. stellte er auf einer Belegschaftsversammlung im Kosmos-Kino sein Konzept zur Diskussion: „Ein Faß mit doppeltem Boden", wie er es nannte. Es sah vor, während des Rückbaus der mittlerweile denkmalgeschützten Gebäude in Friedrichshain und der Ansiedlung von Drittfirmen auf dem Ausweichgelände in Johannisthal, für die umfangreiche Qualifizierungs-Maßnahmen vorgesehen sind, sieben wie Profit-Center geführte Geschäftsbereiche zu gründen, die sich früher oder später als GmbHs verselbständigen sollen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um eine stark reduzierte und spezialisierte Licht- sowie Folien- bzw. Drahtproduktion; einen Büromöbel-Exklusivvertrieb nebst -produktion; um verschiedene Bau-Handwerke und Landschafts- sowie Gartenbau; um einen Kurierdienst (für den bereits die PKWs angeschafft wurden, dazu - minolfarbene - Arbeitskleidung) und um einen Wach- und Schließ-Dienst. Außerdem einen Gebäude-Reinigungs-Service und einen „Fachbereich" für Meß- und Prüfverfahren, z.B. im Umweltschutz, ferner einen „Beratungsbereich", der sowohl das eigene Immobilien-Projekt-Management leisten als auch die daraus gewonnenen Erfahrungen vermarkten soll. (Schon jetzt arbeiten einige Narva-Betriebsräte zusammen mit Unternehmensberatern gelegentlich als Referenten in Fortbildungskursen für Belegschafts-Vertreter mit, wo man denkbare Problemlösungen ostdeutscher Betriebe sozusagen am runden Tisch durchspielt: Ein Verfahren, das Michael Müller im übrigen auch der Berliner Betriebsräte-Initiative anempfiehlt, um zu verhindern, daß diese sich in zunehmend abstrakter werdenden Protest-Ritualen verausgabt.)

Derzeit sind bis auf ca. 50 Narva-Mitarbeiter alle irgendwo beschäftigt. Auch die kleine Restbelegschaft des ehemals in Johannisthal ansässigen Defa-Kopierwerks einschließlich des dortigen Heizwerk-Bedienungspersonals (insg. etwa 35 Beschäftigte) soll noch integriert werden. Ebenso später die ca. 150 Mitarbeiter des Batteriewerks Belfa, für das sich Härtl Ende Oktober bei der Treuhand beworben hatte, auf Initiative des Narva-Betriebsrates hin.

Die Arbeitsplätze der Belfa-Belegschaft sollen ebenfalls für drei Jahre garantiert werden. Härtl bekommt dafür von ihnen über die Treuhand mehrere Gerätebatterie-Produktionsstrecken und ein 30.000 qm großes Wassergrundstück in Oberspree.

„Unser Geschäft ist die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen mit einer Immobilie," meint Comesaña, „an Belfa ohne die Belegschaft sind wir nicht interessiert, da gibt es genügend andere Immobilienentwickler, wie Roland Ernst z.B."

Etwa 580 Mitarbeiter der Narva-Belegschaft sollten im Zusammenhang der Ansiedlung von (süddeutschen) Drittfirmen erst einmal in Umschlungsmaßnahmen bzw. Anpassungslehrgänge gehen. Mit der Begründung, daß ihre Arbeitsplätze die nächsten drei Jahre nicht gefährdet seien, verweigerten die Arbeitsämter bisher jedoch jede finanzielle Unterstützung aus Mitteln des AFG dafür. Diese Entscheidung habe sich in bezug auf das Engagement der Narva-Belegschaft ziemlich verheerend ausgewirkt, meint Betriebsratsvorsitzender Michael Müller.

Comesaña, der auf der Belegschaftsversammlung unter allgemeinem Applaus noch gesagt hatte: „und wenn ich deswegen nach Nürnberg laufen muß, erwarte ich, daß alle mitgehen," sieht hinter dieser kurzsichtigen Haltung der Arbeitsämter „Vorurteile gegen Immobilienhaie, als die sie uns wahrnehmen. Wenn die in Johannisthal tätig werdenden Drittfirmen zuvor ein Anforderungsprofil aufstellten, würden wir die Förderung bekommen, das ist aber leider unrealistisch - also nicht praktizierbar."

Als ebenfalls schon fast unrealistisch haben sich die 200 Arbeitsplätze „im Licht" erwiesen, die erhalten bleiben sollten: Zum einen nimmt Osram im Moment nicht mal mehr die auf der von ihnen 1990 erst gelieferten Energiesparlampen-Anlage produzierten Kontingente ab, und zum anderen läßt Philips im Energiesparlampen-Patentstreit nicht locker. Zwar haben Gutachter die Fragwürdigkeit insbesondere ihres sog. „Belastungspatents" herausgearbeitet, aber aus finanziellen und zeitlichen Gründen wird man vielleicht trotzdem bald gezwungen sein, die Produktion einzu-

DIE ÜBERZEUGENDE ALTERNATIVE

BLITZ SERVICE KURIERDIENST SCHNELL·SICHER·PREISWERT

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestatten Sie, daß wir uns vorstellen.

- Wir, das sind die früheren Mitarbeiter der Narva Berlin, jetzt tätig in der PRIAMOS GmbH.
- Wir, das ist ein junges Frauen-Team für Kurierdienste.
- Wir wollen für Sie und mit Ihnen auf vertrauensvoller Grundlage zuverlässig zusammenarbeiten.
- Wir sehen unsere Aufgabe darin, Ihr Transportgut schnell und sicher innerhalb Berlins und Deutschlands zu transportieren. Dafür stehen mit Funk ausgestattete Kleintransporter bereit.

Den KURIERDIENST erreichen Sie unter
030/58327.

Weitere Auskünfte über Serviceleistungen der PRIAMOS GmbH erteilt Ihnen der Service-Vertrieb unter
030/58322284
030/58322004.



Erfolgskurs BELFA.



Umschlag des Firmenprospekts 1991

KOMMUNIKATIONS-DESIGN
Nachdem das Schweineblatt Welt am Sonntag (WamS) schon im Anschluß an die Bonn-Fahrt einen sächsischen DGB-Funktionär mit den Worten zitiert hatte: Die Betriebsratsinitiative sei von FU-Soziologen beraten und von Ost-Kommunisten unterwandert, ließ sie nun, nach dem Betriebsrätekongreß, die Berliner DGB-Vorsitzende sagen: Auch diese Aktivität sei zu „bedauern - weil die Betriebsräte unsere Angebote zur Zusammenarbeit abgelehnt haben". Der Initiative stellte sich der Sachverhalt bisher genau andersherum dar: Mehrmals wurde sogar der Kongreß-Termin verschoben, weil man zwecks gemeinsamen Vorgehens mit den Einzelgewerkschaften und dem DGB endlos und von oben bis unten verhandelt hatte.



Die ganze DDR ist erobert! Die ganze? Nein, ein kleiner Betrieb leistet der Treuhand noch erbitterten Widerstand: Belfa! Hier bildet die Belegschaft gerade eine Menschenkette um ihren letzten fahrbaren Verkaufsstand. Im Vordergrund ein FU-Soziologe. Photo: Agentur Komintern, 22.11.92.

stellen, statt es durch die Instanzen ausfechten zu lassen.

Noch hat die Narva-Entwicklungsabteilung jedoch nicht aufgegeben. Die Entwicklung neuer Produkte im Lichtbereich, auf dem Gebiet der Sonderentladungslampen z.B., wird „auf alle Fälle" weiter verfolgt werden, auch mit Investitionen: „Wir wollen nicht den Fehler vieler Ostfirmen wiederholen," so ein Betriebsrat.

Schon Walter Momper, der eine sozialdemokratische Betriebsrats-Initiative moderiert, aber auch als Geschäftsführer der Immobilienfirma Ellinghaus ein Grundstücks-Interesse hatte, war in seinem Votum für den Belfa-Verkauf an Narva/Priamos von der Idee eines gemeinsamen Vertriebssystems sowohl für Lampen als auch für Gerätebatterien ausgegangen.

4,5 Mio DM muß die Priamos GmbH monatlich allein für Gehälter und Lohnnebenkosten aufbringen. Es gibt eine neue Kostenüberprüfungsstelle, technisches Controlling, auch „Soko" genannt, die vom Betriebsratsvorsitzenden geleitet wird. Bei der demnächst anstehenden ersten Ausgründung sind sowohl der Privatisierungsausschuß als auch die Soko beteiligt, die sich auf diese Weise Geschäftsführungs- und GmbH-Wissen („Know-How" gar?) aneignen.

Der ehemalige Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, Peter-Martin Bock, ist jetzt Leiter des Geschäftsbereichs Büromöbel-Vertrieb. Comesañas Vater war seinerzeit als Franco-Gegner nach Westdeutschland gekommen und dort zuletzt als Betriebsrat tätig gewesen (neulich besuchte er erstmalig die neue Wirkungsstätte seines Sohnes).

Es gibt also eine mehrfache Überkreuzung zwischen Geschäftsführung und Belegschafts-Vertretung. Das hat bereits dazu geführt, das sowohl einige externe Trotzkisten als auch interne Christdemokraten die Freigestellten als „Arbeiterverräter" beschimpfen, und in der Eckkneipe „Zur Glühlampe" jemand, auf den Betriebsrat angesprochen, meinte: „Die fliegen doch nur noch im Hubschrauber über Bayern rum!"

Anfang nächsten Jahres sind nun Neuwahlen angesetzt. Betriebsratsvorsitzender Michael Müller überlegt sich schon, ob er wieder an einen normalen Arbeitsplatz zurückkehren soll, seinen früheren, Einrichter in der Allgebrauchslampe, gibt es jedoch nicht mehr. Es wird ihm aber wohl ein neuer in der Leitungsebene angeboten werden. Jüngst geriet er gerade in einen ersten größeren Konflikt - zwischen Geschäftsleitung und Belegschafts-Vertretung. Dieser wurde dann mit einem unbefriedigenden Kompromiß beigelegt: Comesaña hatte eine Verschiebung des Arbeitszeitbeginns von 6.30 Uhr auf 8 Uhr verlangt, weil seiner Meinung nach der allzu frühe Arbeitsanfang mit der mählichen Umwandlung des Produktionsbetriebs in einen Dienstleistungs-Anbieter anachronistisch, „unproduktiv", geworden sei. Man einigte sich auf einen einheitlichen Beginn um 7.30 Uhr.

Und Michael Müller fuhr daraufhin erst einmal für einige Tage an seinen Angel-See in die Nähe von Niesky (Wer Sorben hat, hat auch Likör!)

Der ebenso hochdotierte wie -motivierte, d.h. oft bis zwei Uhr nachts noch mit allen möglichen Leuten diskutierende und Pläne/Verträge ausarbeitende Comesaña scheint davon auszugehen, daß die gesamte Narva-Belegschaft mindestens so enthusiastisch ans Werk gehen muß wie die Betriebsräte, die zwei Jahre lang - ebenso unermüdlich wie erfolgreich - versucht hatten, die Treuhand-Privatisierungsversuche zu torpedieren bzw. in ihrem Sinne zu beeinflussen. Vielleicht sogar zu erfolgreich: Wenn man sich ihre, im Sinne der behördlichen AFG-Auslegung, allzu hieb- und stichfeste Arbeitsplatzgarantie ansieht, die durch einen Vertrag zwischen Belegschaft und Eigentümer festgeschrieben wurde und auch dann noch greift, wenn die eine oder andere Ausgründung scheitern sollte.

Auf der e.e. Belegschaftsversammlung sagte der Geschäftsführer: „Das größte Problem, das wir hier haben, ist die Motivation, sie macht 51 % jeder Tätigkeit aus."

Es gibt tatsächlich merkliche Unterschiede - auch noch im Betriebsrat selbst: So ist z.B. einer der nicht-freigestellten innerhalb des Betriebs für den Warenzeichenverband „Narva" verantwortlich und trotzdem wäre neulich um ein Haar die Priamos GmbH dieses Namens verlustig gegangen. (Umgekehrt hatte Philips sich das Narva-Zeichen bei seiner Übernahme des Plauener Lampenwerks als erstes gesichert.)

Insgesamt gibt es jedoch ein deutliches Einstehen der Belegschafts-Vertretung für die Betriebs-Interessen: So gestattet man sich z.B., laut über einen Ingenieur zu schimpfen, der bisher alle Umschulungs-Maßnahmen ausgeschlagen hat. Oder setzt sich sogar für Abmahnungen in Fällen grober Pflichtverletzung ein.

Auf der ersten Belegschaftsversammlung hatte Comesaña zum Abschluß gemeint: „Es wird Härten geben, aber ich muß an das Gesamtprojekt denken, nicht an den einzelnen. Um seine Eigeninteressen muß sich jeder selber kümmern. Für einige werden sich die Pläne vielleicht zu 80 oder 90% realisieren, für andere nur zu 50%. Das kann ich nicht ändern. Auch wenn ich Jesus heiße." Einem der Lehrlinge hatte er zuvor auf die Frage „Was ändert sich jetzt mit dem Konzept konkret für mich?" geantwortet: „Nichts, denn Sie kosten mich nichts, für Sie zahlt die Treuhand."

Ärger mit dem AFG, insbesondere mit der darin vorgesehenen ABM- und Sachmittelkürzung, hat auch die Betriebsrätin Frau Ahl, eine Patent-Assessorin: Sie ist jetzt Geschäftsführerin der schon vor dem Narva-Verkauf gegründeten ABS „Brücke", bei der der Narva-Betriebsrat, teilweise mit Privatkrediten finanziert, Mehrheitsgesellschafter ist. In ihrer ABS-GmbH wird ebenfalls versucht, einen großen Teil der darin aufgefangenen 200 Arbeitslosen bzw. Vorruheständler, zu 75% sind es ehemalige Narva-Mitarbeiter, so zu qualifizieren, daß sie eigene Betriebs-Ausgründungen riskieren. Bemerkenswerte Unterstützung finden sie dabei insbesondere beim Friedrichshainer Bürgermeister Mendiburo, auch ein ehemaliger Franco-Gegner, der allerdings dann in die DDR emigrierte. Sein letzter Wirtschafts- und Finanz-Stadtrat, Helmut Winkler, ist jetzt in der Priamos-Geschäftsführung tätig (als Leiter des Service-Bereichs), nachdem die Friedrichshainer SPD versucht hatte, ihn „gegen den Spanier" auszuspielen. Cochones!

So weit das „Narva-Modell", das der 2. Bevollmächtigte der IG Metall, Volker Fiebig, als „industriepolitischen Lichtblick für Berlin" bezeichnet. Er ist jetzt Arbeitsdirektor im mittlerweile privatisierten Stahlwerk Hennigsdorf und arbeitet selbst mit dem Narva-Vertrag als Modell, für das sich neuerdings auch einige Treuhand-Manager interessieren.

Schon beizeiten tat dies der Belfa-Betriebsratsvorsitzende Peter Hartmann, der in der von Narva mitgegründeten Betriebsräte-Initiative aktiv ist: Während der Belfa-„Protest-Produktion" gegen den Treuhand-Liquidierungsbeschluß im Sommer forderten sie eine Auffanglösung „nach dem Narva-Modell". Die Kündigungen wurden daraufhin erst einmal bis zum Jahresende ausgesetzt. Nachdem wenig

später Erhard Härtl und Jesus Comesaña ihr Übernahmeangebot für die Belfa abgegeben hatten, mußte sich der Betriebsrat erneut Arbeitskampf-Maßnahmen überlegen (nicht einmal einen möglichen Massen-Hungerstreik wollte er ausschließen), um bis zur Übernahme des Betriebes und der 151 Mitarbeiter durch die Priamos GmbH eine neuerliche Rücknahme der Entlassungen zu erreichen. Mit Hilfe der SPD, der IG Metall und einer Resolution auf der 2. Betriebsräte-Konferenz gelang dies auch - und zwar gerade noch rechtzeitig zu Nikolaus: Auf der vorletzten allmittwöchlich in der Kantine stattfindenden Belegschaftsversammlung konnte Peter Hartmann den darob außerordentlich erleichterten Belfa-Mitarbeitern bereits ein Fax des in der Treuhand neuerdings für ihren Betrieb verantwortlichen Teamchefs, Ruprecht Geller, vorlesen, in dem dieser die Aussetzung sämtlicher Kündigungen bis zum 31.3.93 zusicherte.

Auf der selben Veranstaltung stellte auch Comesaña erstmalig sein Belfa-Übernahmekonzept vor. Bis dahin hatte er sich mit der Treuhand bereits über den Kaufpreis sowie über eine Altlasten-Regelung nahezu geeinigt, strittig war u.a. noch die Frage des Ersatzgeländes - eventuell ebenfalls in Johannisthal, wo neuerdings die untere Naturschutzbehörde Treptow auf einige Pappel- sowie zwei Biotop-Erhaltungs-Probleme besteht und damit das Narva/Priamos-Konzept auch von dieser Seite noch verzögert.

Weitere Schwierigkeiten könnte der Treuhand-Bereichsleiter Dr.Gehring bereiten, wenn er die Einhaltung der „Spielregel: begrenzte Neuausschreibung" durchsetzt, weil er sich davon, unter dem Druck der Treuhand-Liegenschafts-Gesellschaft, u.a. ein verbessertes Angebot der Düsseldorfer „Gewerbe im Park GmbH" (GIP) erhofft, die zuletzt 47 Arbeitsplätze auf dem Belfa-Gelände zu erhalten versprochen hatte.

Eine zusätzliche Klippe für die Treuhand-Härtl-Verhandlungen in den nächsten Wochen dürften die mittlerweile stetig fallenden Gewerbe-Mieten in Berlin bilden: Allein in den letzten drei Monaten sackten die Preise um 20-30% (von 95 DM pro qm auf 60-80 DM in bester Citylage), Zwar steht derzeit noch einem geschätzten Bedarf von 220.000 qm ein Angebot von nur ca. 135.000 qm gegenüber, aber schon im nächsten Jahr kommen 430.000 qm dazu und bis 1995 noch einmal rund 1,3 Mio qm. Für die Narva-Immobilie im Stadt-Zentrum ist dieser schnelle Spekulationsgewinn-Verfall relativ unerheblich, anders könnte es jedoch bald beim Belfa-Grundstück in Oberspree aussehen, wo bereits ein Wohn- und Gewerbepark-Mix samt Yachthafen skizziert ist.

Die Käufer wollen sich davon aber erst einmal noch nicht beunruhigen lassen, und müssen das wohl auch nicht, wenn die Übernahmeverhandlungen von der Treuhand zügig und ganz im Sinne der Erhaltung einer maximalen Anzahl von Arbeitsplätzen zu einem guten Ende geführt werden.

Bei Narva arbeiteten sehr viele niedrigqualifizierte Frauen, deswegen sind der Priamos GmbH vor allem die hochqualifizierten Techniker/Forscher der Belfa willkommen. In beiden Betrieben ist die Beschäftigungs-Struktur jedoch aufgrund vorangegangener „Sozialauswahlen" stark überaltert, hinzu kommt, daß von den flexiblen Mitarbeitern viele abgewandert sind bzw. abgeworben wurden. Comesaña sieht wegen dieses Fehlens einer mittleren Altersgruppe in fünf Jahren große Probleme auf den Betrieb zukommen: „Wenn wir es aber bis dahin erst einmal geschafft haben, wird uns dazu vielleicht auch noch rechtzeitig was Neues einfallen..."

ERFOLGREICH SCHEITERN

Der Betriebsrat von AEG Marienfelde gibt in seinem neuesten Info bekannt, daß Kurzarbeit und sogar Personalabbau anstehen. Zur Begründung wird - als „Spruch des Monats" - eine Führungskraft des „Fachbereichs A95" zitiert: „Im Prinzip sind wir erfolgreich. Es besteht jedoch das Problem, daß wir zur Zeit die Meßpunkte für den Erfolg nicht definieren können."

QUASI-TERROR

Die Postmoderne wurde als „Zeitalter der Simulation" bezeichnet. Die überall beschworene Professionalität nennt ein Unternehmerhandbuch eine „Als-Ob-Tugend". Verkehrsminister Krauses Lieblingsvokabel ist die „Als-Ob-Privatisierung". Und nun schlug Regiermeister Diepgen auch noch vor, Berlin und Brandenburg wie „Als-Ob-Ein-Land" zu verwalten.

Leserzuschriften zur „Berliner Ökonomie" (Ostwind 4):

Vielleicht interessiert es Euch: Ich komme aus Warschau und arbeite seit einiger Zeit in einem Westberliner Domina-Studio. Zu meinen Kaviar-Stammkunden gehört auch ein Osram-Manager. Das ist schon die ganze Geschichte. Um sie komisch zu finden, muß man noch wissen, daß „Osram" auf Polnisch wörtlich übersetzt „Ich scheiß auf Dich!" heißt.

Mit freundlichen Grüssen Christina

Die Ostwind-Idee einer überbetrieblichen Betriebszeitung hat mir als ehemalige Sicherheits-Inspektorin eines VEB im Prenzlauer Berg gut gefallen. Ich arbeite jetzt freiberuflich in einem Schöneberger Bordell und will mich eventuell mit einem Domina-Studio selbständig machen. Habt ihr Interesse an folgender Kleinanzeige: „Nettes Modell (27) besucht täglich - auch am Arbeitsplatz, Telefon 030 - 852 55 50 - Jeanine verlangen!"

Achtung, IG Medien - Kollegen!

insonderheit freie JournalistInnen: Was im Berlin-Brandenburger „Sprachrohr" Nr. 6 jetzt über die „Eckpunkte" des neuen Tarifvertrags steht, daß wir nämlich zukünftig nicht mehr nach Zeilen, sondern nach Zeitaufwand bezahlt werden und bei Sonn- und Feiertagen, im Urlaub und bei Krankheit weiter, also quasi für nichts Honorar bekommen, ja sogar Berufsjahre anerkannt und Informationshonorare gezahlt werden, daß ferner die Redakteure uns unsere Lieblingsspeisen kochen und die Verleger während der Recherchen unsere Partner ausführen und unterhalten müssen... All das stimmt überhaupt nicht! Ebensowenig der ganz ernst gemeinte „Sprachrohr"-Hinweis, daß es wichtig sei, in die Presseverteiler aufgenommen zu werden und auf Pressekonferenzen Kontakte zu Politikern und Pressesprechern zu knüpfen: Wenn man nirgendwo etwas erfährt, dann auf PKs, und wenn man von irgendjemanden nichts erfährt, dann von Politikern und Pressesprechern! So viel zur gewerkschaftlichen Lebenshilfe. War sicher lieb gemeint! Mit freundlichem Gruß

Rudolf Augstein (Freier Journalist i.R., nicht identisch mit einem Hamburger Verleger gleichen Namens)

---

12. LEKTION DES GREIFENWALDER UMSCHULUNGS-PROGRAMMS "RINDERPFLEGER ZU HANDELSREISENDEN"

Tisch *m.* -(e)s, -e ● 桌子,台子 (Eß~ 饭桌,餐桌, Schreib~ 写字台) ● 〈与一定的介词连用〉餐桌: 用膳 ● 【天】山案(星)座 ‖ ● 〈与名词连用〉 der ~ des *Herrn* 圣坛 ● 〈与动词连用〉 den ~ *decken* [abdecken] 摆好[饭后收拾]餐具 / Der ganze ~ *lachte* über seinen Witz. 全(餐)桌的人对他幽默的话都发笑了。 / sich (*Dat.*) einen ~ (im Restaurant) *reservieren* lassen (在饭店)定一桌酒菜 ● 〈与形容词连用〉 *grüner* ~ 会议桌(官僚主义的象征) / *vom grünen Tisch aus* (或 *am grünen Tisch*) 不从实际出发;官僚主义地;不了解事物的实际情况 / *reinen Tisch machen* [口]清算;澄清 / ein *runder* ~ 圆桌(团结友好的象征) / etw. am runden ~ verhandeln 开圆桌会议(平等友好地)协商某事 ● 〈与介词连用〉 sich *an* den ~ setzen 入座就餐 / sich an den gedeckten ~ setzen [转]不为生活操心,不为生活发愁 / *jmdn. an einen Tisch bringen* 请某人坐下来一起协商(或讨论) / Es wird (das) gegessen, was *auf* den ~ kommt. 有什么就吃什么。(告诫孩子不要挑食) / *etw. auf den Tisch des Hauses legen* [口]正式(向某人或某机构)提出(或通知)某事 / mit der Faust auf den ~ schlagen 用拳头猛击桌子(表示失去耐心,强烈地发表自己意见) / die Arme auf den ~ stützen 把胳膊撑在桌上 / *bei* ~ 吃饭时,用餐时 / *nach* ~ 饭后,餐后 / *etw. fällt unter den Tisch* [口]对某事忽视(或不考虑,不重视);某事没有进行 / Das können wir unter den ~ fallen lassen 这事儿我们不管。/ *jmdn. unter den Tisch trinken* [口](比喝酒时因酒量比某人大)使某人醉倒 / *vom* ~ aufstehen 起立离开餐桌(表示宴请结束或餐毕) / *vor* ~ 饭前,餐前 / Bitte *zu* ~! 请入席(用餐)! / jmdn. zu ~ bitten 请某人入席(进餐) / *zum Tisch des Herrn gehen* 【宗】领圣餐;参加圣餐礼

AUFGABE: VON WELCHEM AUTOR STAMMT DIE SENTENZ "MAN KANN SICH NOCH ERINNERN, DASS CHINA UND DIE TISCHE ZU TANZEN ANFINGEN, ALS DIE GANZE ÜBRIGE WELT STILLE STAND" ?

Jakob Moneta, der "alte Trotzkist" (Franz Steinkühler), war lange Zeit Chefredakteur der "metall" und Herausgeber mehrerer Streikzeitungen, jetzt ist er PDS-Vorstands-Mitglied und arbeitet in einigen Initiativen ostdeutscher Betriebs- und Personalräte mit. Auf der 2. Konferenz, über die Martin Clemens eine weitere "Ostwind"-Sonderbeilage zusammenstellte, bezeichnete Moneta das gewachsene Selbstbewußtsein der Beteiligten als das bisher wichtigste Resultat der Betriebsräte-Aktivitäten. In seinem Beitrag hier, der wie viele mündliche immer auch an die IG Metall-Führung gerichtet ist, geht es ihm um unkonventionelle Aktionsformen, um eine neue, offensive Arbeiterbewegung.
Der nebenstehende Beitrag, von N.D.-Reporter Walther Weihrauch, beschäftigt sich mit dem jüngsten Erfolg der Belegschaft der Märkische Faser AG Premnitz, wobei der Autor sich fragt, was an innerbetrieblichen Aktivitäten jetzt geschehen muß, auch über den dreimonatigen Konkurs-Aufschub hinaus, damit die "Faser" langfristig eine Perspektive bekommt.
Diese zwei, von Moneta und Weihrauch thematisierten Aspekte eines Belegschaftskampfes um Arbeit,sind es auch, die - neben dem Bemühen um gewerkschaftliche Anerkennung - unsere Debatten in den Initiativen der ostdeutschen und Berliner Betriebs- und Personalräte bestimmen. Aus diesem Grund haben wir sie hier wiederabgedruckt:

Die lange Welle zurückgehender Wachstumsraten der kapitalistischen Wirtschaft hat zu einer beständig wachsenden Arbeitslosigkeit geführt. Allein in den imperialistischen Staaten stieg sie von zehn auf 50 Millionen Betroffene seit Mitte der siebziger Jahre. Die Furcht davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, erleichterte die weltweite Offensive des Kapitals, durch Senkung der Reallöhne und Gehälter und Verringerung der sozialen Kosten ihre Profitrate zu erhöhen.

Vor dieser Offensive sind die meisten sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaftsführungen zurückgewichen. Sie verschrieben sich einer Politik der Sparmaßnahmen, die auf Kosten der abhängig Beschäftigten geht. Der Zusammenbruch in Osteuropa löste eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise im Bezug auf den Sozialismus aus.

Die soziale Spaltung, die der Einigung Deutschlands folgte, war voraussehbar. Schon im August 1990 schrieb die FAZ, das Leib- und Magenblatt aller, die sich gebildete Bürger nennen: „Während der ersten Jahre nach der Währungsunion werden vier Millionen Menschen (der DDR – d. Red.) den Arbeitsplatz verlieren." Dieser Weg wurde trotzdem gewählt, weil er sich als äußerst profitabel erwies für das westdeutsche Großkapital, für die Banken, für die Versicherungsgellschaften, für die Raubritter der Bodenspekulation. Dem entsprechend erfüllt die Treuhand, diese in der Geschichte der BRD beispiellose Machtzusammenballung, ihren Auftrag, „so viele Unternehmen so schnell wie möglich in Privatbesitz zu überführen".

Gab es denn aber überhaupt keinen Widerstand seitens der Gewerkschaften dagegen? Doch. Gewerkschaften wie die der Eisenbahner, der Postler, die IG Metall riefen zu Protestaktionen auf, bis hin zu Betriebsbesetzungen. Alle diese Einzelaktionen aber übten nicht den von den Arbeitnehmern geforderten starken politischen Druck auf die Bonner Regierung aus, das Plattmachen ganzer ostdeutscher Regionen zu verhindern.

Genau darum entstand die Initiative von Betriebs- und Personalräten gegen die Arbeitsplatzvernichtung, für die Erhaltung der Industriekerne, zunächst in ganz Berlin, jetzt für ganz Ostdeutschland. Sie wollte und will sich von keiner Partei vereinnahmen lassen und alle Parteien aufrufen, ihr Anliegen zu unterstützen. Sie wollte und will keine Spaltung der Gewerkschaften, sondern klagt deren Unterstützung unter dem Dach des DGB ein. Die Unterstützung der Basis ist ihr gewiß, bis heute aber nicht die der Führungen.

Diese regionen- und branchenübergreifende Initiative beweist, daß neue Aktions- und Streikformen gefunden werden müssen. Traditionelle genügen nicht mehr. Umfragen ergaben, daß die Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften zunimmt, die vor allem im Osten Mitglieder verlieren. Deren Antwort auf die Offensive der Kapitalseite, die mit der Tarifautonomie den Kampf angesagt hat, steht noch aus.

Sie kann nicht darin bestehen, sich dem zu unterwerfen, was die Regierung von ihnen verlangt. Nur zu bewahren, was man hat. Auch wenn man aus der Defensive heraus kämpft, kann man zu einer neuen Offensive kommen.

Die Betriebsbesetzung der Märkischen Faser AG in Premnitz ist am Freitagnachmittag nach 73 Tagen beendet worden. Wenn auch die Ziele – Aufhebung des Kaufvertrages mit Alcor, Rücknahme des Betriebes durch die Treuhand, Suche nach einem neuen Investor – nicht erreicht wurden, haben die Premnitzer doch einen Kompromiß erstritten. Der könnte ein Signal für viele Treuhand-Betriebe sein. Aber was geschieht, wenn die drei Monate Kündigungsschutz bis März vergangen und die 23 Millionen Überbrückungsgeld verbraucht sind?

Freitagnachmittag, 15 Uhr: In banger Erwartung stehen rund 1 200 Premnitzerinnen und Premnitzer in eisigem Wind vor dem Werktor II der Märkischen Faser AG. Die Premnitzer haben hart für ihr Werk gekämpft. Nun spricht Ministerpräsident Manfred Stolpe zu ihnen, um das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen, die am Donnerstag zwischen dem Land, der Treuhand und der Firma Alcor stattgefunden hatten.

„Die Zukunft ruht auf drei Säulen: Land, Bund und Treuhand halten Wort. Das sollte doch einen kleinen Applaus auf die Bundesregierung wert sein!" ruft Stolpe vom Anhänger, der als Podium dient. Die Menge rührt zwar brav die Hände, aber der Beifall ist endenwollend: Die meisten der Teilnehmer erinnern sich noch gut an die Demonstration in Bonn; an die hastig zurückgezogene Zusage des Kanzleramtsministers Bohl und anderes.

Stolpe dämpft die Erwartungen. Zwar werde der Standort gehalten und Arbeit geschaffen, aber „anders als bisher". Und Premnitz wird ein wenig bunter werden, denn ein türkischer Industriepartner hätte bereits Interesse an Premnitz bekundet.

Betriebsratsvorsitzender Mathias Hohmann tritt ans Mikro. Er warnt: „Wir müssen weiter wachsam sein, Kollegen. Ein Teilabschnitt des Zukunftskonzepts ist gestern gesichert worden – aber wir müssen kampfbereit bleiben." In der Übergangsphase werde keinem was passieren; alle drei Produktionslinien blieben in Betrieb und bis Ende März 1993 bestehe Kündigungsschutz.

Martin Landwehr von der IG Chemie-Papier-Keramik mischt „ein wenig Wasser in den Wein der Freude", wie er sagt, als er an die Wut über die Langsamkeit erinnert, mit der Entscheidungen getroffen wurden. „Heute haben wir aber Grund zum verhaltenen Optimismus, denn der Sieg der Premnitzer Kollegen ist ein positives Signal für die neuen Länder, ja für ganz Deutschland," meint Landwehr. Man ziehe an dieser Stelle den Schlußstrich – aber die Arbeit beginne erst.

Nach 73 aufregenden Tagen kann die Märkische Faser AG wieder mit voller Kapazität arbeiten – bis zum März 1993. Die zugesicherten 23 Millionen Mark sollen nach Aussage von Martin Landwehr zur Deckung von alten MFAG-Schulden bei der Treuhand und zur Zahlung von Lohn- und Energiekosten verwendet werden. Von konkreten Schritten zur Umstrukturierung der industriellen Monokultur in Premnitz war nicht die Rede.

Als VEB hatte die „Faser" rund zwei Drittel seiner Geschäfte mit Kunden aus dem westeuropäischen Ausland getätigt. Ein Zukunftskonzept sollte vor allem Marketingmaßnahmen für die Chemiefaserstoffe der MFAG enthalten – sonst stehen die Premnitzer im März 1993 wieder dort, wo sie schon im September 1992 gestanden haben.

8

IMPRESSUM: Diese Sonderausgabe des "Ostwind" erscheint als Verleger-Beilage der Tageszeitung, in der taz vom Samstag den 12.Dezember 1992. V.i.s.d.P.: siehe taz-Mantel. Die Zusammenstellung der Texte erfolgte aus Anlaß der Demonstration vor der Berliner Treuhand-Zentrale am Mittwoch, den 15.Dezember 1992 und auf Wunsch des Arbeitsausschusses der Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte. Kontakt: Betriebsrat Werk für Fernsehelektronik, Ostendstraße 1.

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

Ausgabe 6 Juni 93 3,-DM

Protest gegen die Treuhand



DEMONSTRATIONSZUG. Mit ihrer bisher größten gemeinsamen Aktion haben am Dienstag 1200 Mitglieder ostdeutscher Betriebsräte und Arbeitnehmer gegen die Tätigkeit der Treuhand protestiert. Sie forderten einen Entlassungsstop und die Aussetzung der Kündigungen.

Foto: Reute

Dokumentation der 2. Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute am 21. November 1992 in Berlin-Oberschöneweide

Impressum

Herausgeber: Arbeitsausschuß der ostdeutschen Betriebsräteinitiative
Verantwortlicher Redakteur: Martin Clemens
Satz/ Layout: Gabriele Frister
Fotos: Elisabeth Adam
V.i.S.d.P.: Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, O-1020 Berlin (ab 1.7. :10179),
Tel. 2755600

Eberhard Wagner,
Betriebsratsvorsitzender, Deutsche See-Reederei, Rostock

Ich möchte alle ganz herzlich begrüßen. Unter uns befinden sich nicht nur Betriebs- und Personalräte, sondern auch Gäste aus den Gewerkschaften, Gäste des DGB. Es befinden sich auch Gäste von Parteien hier und ich habe gehört, es sind auch Vertreter der Treuhandanstalt hier. Ich begrüße also alle hier im Saale ausdrücklich.

Hier oben auf dem Präsidium, ihr werdet das von unserer ersten Konferenz kennen, nimmt symbolisch immer ein Vertreter jedes Landes in Ostdeutschland Platz. Es haben bisher Platz genommen für Berlin Wolfgang Pohland, für Brandenburg Dietmar Nosal, Frankfurt/Oder, und für Sachsen-Anhalt Hartmut Sonnenschein. Ich sitze für Mecklenburg-Vorpommern hier. Mein Name ist Eberhard Wagner, ich bin Betriebsratsvorsitzender der Deutschen Seereederei. Wir würden uns unheimlich freuen, wenn wir hier oben einen Betriebsrat, eine Betriebsrätin oder einen Personalrat oder eine Personalrätin aus Sachsen und aus Thüringen hätten. Dann wären wir komplett.

Wolfgang Pohland,
Betriebsratsvorsitzender, Aslid Kabelwerke, Berlin

Wir haben auch polnische Gäste unter uns, aus der polnischen Gewerkschaft. Und zwar Herrn Bogdan Lewandowski und Herrn Miroslaw Wielga aus Warschau, die ich hiermit ganz herzlich begrüße. Ich glaube, daß sie in ihrem Lande mit Problemen zu kämpfen haben, die uns sicher auch beidseitig angehen. Ich möchte dann Eberhard bitten, mit unserem Bericht über den vergangenen Zeitraum zu beginnen und dann anschließend unsere Diskussionsrunde zu eröffnen.

Rechenschaftsbericht des Arbeitsausschusses Eberhard Wagner:

Der folgende Rechenschaftsbericht ist von Wolfgang Pohland und mir gemeinsam ausgearbeitet und vom Arbeitsausschuß gebilligt worden. Diejenigen, die bei der ersten Konferenz am 20. Juni schon dabei gewesen sind, wissen, daß wir zum Abschluß dieser Konferenz einen Arbeitsausschuß aus Betriebs- und Personalräten gebildet haben, der beauftragt wurde, alle zu dem Zeitpunkt in der Konferenz angedachten Aktionen zu organisieren und auch zu verantworten und dann auf einer Folgekonferenz darüber Rechenschaft abzulegen. Die



Zeit ist ja sehr schnellebig. Wir gingen damals davon aus, daß wir eine einzige Aktion vor der Treuhand organisieren werden und daß wir dann am 3. Oktober eine zweite Betriebs- und Personalrätekonferenz haben werden. Die aktuelle Situation, vorrangig in den ostdeutschen Ländern, und Berlin ist in diesem Sinne ja auch ein ostdeutsches Land, hat sich so dramatisch verändert, daß da einiges mehr draus geworden ist. Ich möchte chronologisch das, was wir in der Zwischenzeit organisiert, durchgeführt und auch verantwortet haben, hier für alle Teilnehmer darbringen.

Protestaktion am 30. Juni vor der THA

Wir haben uns seinerzeit dazu entschlossen, als erstes am 30.06. -wir alle erinnern uns, das war ein gravierender Einschnitt in einen weiteren Arbeitsplatzabbau- zu einer solidarischen Protestaktion vor der Treuhandanstalt in Berlin aufzurufen, um den Kampf gegen den Arbeitsplatzabbau mit unseren 10 Forderungen nachhaltig nicht nur zu beginnen, sondern auch durchzusetzen. Mit dieser Aktion am 30. 06. haben sich ca. 300 Betriebs- und Personalräte aus über 100 Betrieben und Einrichtungen in Berlin zusammengefunden. Die meisten davon mit Spruchbändern und Plakaten, auf denen die katastrophale Lage in ihren Betrieben und Einrichtungen dargestellt war. Es wurde zwar vielfach in der Presse völlig falsch wiedergegeben, daß Betriebs- und Personalräte die Treuhand besetzen wollten. Das hatten wir niemals angedacht, wir wollten nur auf die Situation hinweisen. Ich sage in diesem Zusammenhang nochmal ganz bewußt, daß am Beginn des Jahres die Treuhandanstalt mehr als einmal, auch die verantwortlichen Politiker, gesagt haben, im Sommer wird der Arbeitsplatzabbau endgültig gestoppt sein, dann geht es mit den Arbeitsplätzen nur noch bergauf. Wir haben damals eingeschätzt, daß das nicht so sein wird. Es ist leider auch so gekommen, wie wir es vorausgesagt haben.

Der 30. Juni war ein Dienstag, und dienstags tagt bekanntlich immer der Vorstand der Treuhand. Diese Vorstandssitzung konnten wir durch unsere Aktion unterbrechen, eine Delegation von 7 Betriebs- und Personalräten wurde durch Frau Breuel und zwei weitere Vorstandsmitglieder empfangen. Wir haben Frau Breuel unsere Forderungen übergeben. Wir haben ihr klargemacht, mit welchem Inhalt unsere Forderungen untermauert werden und wir haben ihr auch unmißverständlich klargemacht, daß wir auf die Forderungen-

minister Waigel. Das war einfach zu dem Zeitpunkt aus Zeitgründen, sicherlich von uns auch akzeptiert, nicht machbar, weil zu dem Zeitpunkt der Haushaltsplan diskutiert wurde in der Woche. Es war einfach an den Mann kein Rankommen. Man hat uns angeboten, einen Vertreter des Bundesfinanzministeriums auf der dritten Ebene, da wir ja aber den Anspruch hatten, zur Treuhandpolitik aussagekräftige Informationen zu bekommen, hätte uns das nichts genutzt. Wir haben deshalb den Waigel sausen lassen und haben aber durchgesetzt, daß wir mit allen im Bundestag vertretenen Fraktionen gesprochen haben, wir haben durchgesetzt, daß wir mit dem Bundeswirtschaftsminister gesprochen haben und auch mit dem Bundeskanzler.

Gespräch mit dem IG-Metall-Hauptvorstand

Ich will das der chronologischen Reihenfolge wegen jetzt zunächst mal einfügen, bevor ich zu den Resultaten des Protesttages in Bonn komme. Ihr kennt alle die Probleme, die es in unserem Bemühen gegeben hat, alles was Betriebs- und Personalräte hier für notwendig erachten, mit den Gewerkschaften gemeinsam zu machen bzw. unter der Führung der Gewerkschaften durchzuführen. Wir wollten eigentlich ausschließlich der Ideengeber sein, der sagt, das muß hier jetzt gemacht werden und so müssen wir langmarschieren, als Gewerkschaften, als die normalen Interessenvertreter branchen- und länderübergreifend. Die sollten das umsetzen. Wir haben uns in diesem Prozeß sehr schwer getan, d.h. nicht so sehr wir als Vertreter der Betriebs- und Personalrätekonferenz, sondern die Gewerkschaften haben sich das Leben mit dieser Frage nach unserer Einschätzung manchmal zu schwer gemacht. Alles was ich hier ausführe, das bitte ich zu berücksichtigen, haben wir immer im Auftrag des Arbeitsausschusses getan. Der Arbeitsausschuß hatte das Mandat der ersten Konferenz. Wir haben schon immer ein bißchen auf die Einhaltung der demokratischen Spielregeln geachtet und niemals irgendeine Einzelaktion durchgeführt, um in irgendeiner Form ein spezielles Ergebnis zu erreichen. Der Arbeitsausschuß hat also als erstes versucht, die besonders bei der IG-Metall vorliegenden Irritationen durch ein Gespräch auf der Ebene des Hauptvorstandes auszuräumen. Es sind 6 Betriebsratsvorsitzende der IG-Metall aus IG-Metall-Betrieben und ein Betriebsrat der ÖTV nach Frankfurt gefahren, haben auf der Hauptvorstandsebene mit dem Horst Klaus gesprochen und mit weiteren Sekretären des Hauptvorstandes. Alle 7 waren nach diesem Gespräch übereinstimmend der Auffassung, daß es uns gelungen ist, einen wesentlichen Teil der Irritationen, der Vorbehalte auszuräumen, daß man das Gemeinsame sichtbar gemacht hat und sich darauf verständigt hat, daß hier ausschließlich das gemeinsame Anliegen zählt und daß man weiter im Gespräch bleiben muß und nur gemeinsam etwas bewegen kann. Es ist im späteren Verlauf dann doch wieder zu neuen Irritationen gekommen. Ich will mir das ersparen, das hier an dieser Stelle einzeln zu bewerten. Das Gespräch im Hauptvorstand ist jedenfalls von unserer Seite, allerdings auch von der Seite der IG-Metall damals konstruktiv geführt worden. Aber offensichtlich ist es dann doch so, daß wir mit unterschiedlichen Empfindungen aus diesem Gespräch herausgegangen sind.

Es hat dann nach diesem Gespräch am 26. August ein Gespräch im größeren Rahmen mit den Vertretern des DGB stattgefunden. Dort waren Vertreter des DGB auf Landesbezirksebene anwesend, vorrangig Berlin, Brandenburg, SachsenAnhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Es waren aber auch Vertreter des Bundesvorstandes dort. In diesem Gespräch ist auch nochmal von beiden Seiten betont und erkannt worden, daß es nur gemeinsam geht. Der DGB hat sich dazu bekannt, auch die zu dem Zeitpunkt schon von uns voll organisatorisch umgesetzte Aktion am 9. September in Bonn zu unterstützen und an dieser Aktion teilzunehmen. Der DGB hat dann auch dazu gestanden, er hat an diesem Protesttag, am 9. September in Bonn teilgenommen. Jürgen Weißbach hat auch auf dem Münsterplatz geredet und die DGB-Vertreter waren an allen Gesprächen, die am 9. September in Bonn stattgefunden haben, beteiligt. Soweit diese beiden Zwischensachen.

Man muß hier einfach noch mal ganz klar sagen, und ich denke, daß alle hier im Saal Anwesenden der Auffassung sind, daß dieses Anliegen, was wir verkörpern wollen, ausschließlich branchen- und länderübergreifend wirkungsvoll durchgesetzt werden kann. Dieser branchen- und länderübergreifende Ansatz entspricht nun einmal auf Gewerkschaftsebene dem DGB, deswegen liegt uns ja soviel daran, daß der DGB sich hierfür auch verantwortlich fühlt.

300 Betriebsräte bei den Bundestagsfraktionen

Ich komme dann zunächst mal zur Bewertung des Tages in Bonn. Nach unserer gesicherten Erkenntnis, wir haben mit Anwesenheitslisten gearbeitet, sind dort ca. 300 Betriebs- und Personalräte aus 150 bis 200 Betrieben anwesend gewesen. Wir haben im Vorfeld darauf orientiert, daß wir der optischen Wirkung wegen wieder mit Spruchbändern operieren, wo der Arbeitsplatzabbau oder wir können ja auch ruhig sagen, Arbeitsplatzvernichtung, was anderes ist es ja nicht, in den einzelnen Betrieben dargestellt wurde, und ich denke schon, daß das recht wirkungsvoll geschehen ist. Die Veranstaltung in Bonn hat auch ein reges Interesse in der Presse gefunden. Wir haben uns zunächst mal kurz zum Protest auf dem Münsterplatz versammelt. Ich will mich hier nicht in die Einzelheiten ergehen. Es hat dort ganz kurz jemand für die Betriebsräte gesprochen, für den DGB und für die Personalräte. Es sind also 3 Redebeiträge gewesen. Wir sind dann in die Beratungsgespräche gegangen, haben mit den Fraktionen der SPD, der CDU, der PDS, der FDP und des Bündnis 90/Die Grünen gesprochen. Wir haben bei der SPD und der

eingesehen, daß es nunmal nur das sture Beharren darauf ist, (wir haben den 3.Okt. festgelegt und nun koste es was es wolle, soll es auch am 3. geschehen), sondern wir haben gesagt, dann ist es schon sinnvoll, wenn der DGB einen solchen Oktoberbeschluß faßt, daß wir es Ende Oktober oder Anfang November machen. Dieser DGB-Beschluß ist im Oktober wiederum nicht zustande gekommen, aus welchen Gründen auch immer. Jedenfalls hat es einen solchen Beschluß nicht gegeben. Daraufhin hat der Arbeitsausschuß dann im Verlaufe seiner Oktoberberatung sich entschließen müssen, und das einfach in Verantwortung euch gegenüber und dem Versprechen der ersten Konferenz, eine solche zweite Konferenz durchzuführen, nun nicht ewig zu warten und am 21. November diese 2. Konferenz durchzuführen. Sollten wir es bis zu diesem Zeitpunkt noch schaffen mit dem DGB in Vereinbarung zu kommen, daß er sie durchführt, dann mit ihm gemeinsam oder unter seiner Führung, wenn nicht, dann wir alleine, weil wir einfach auch in der Pflicht der Teilnehmer der ersten Konferenz gestanden haben und nicht so sang- und klanglos diese Forderung der ersten Konferenz unter den Tisch fallen lassen konnten oder wollten. Deshalb sind wir hier heute in diesem Rahmen wieder zusammengetroffen.

Neue Zeichen einer Annäherung

Es hat dann doch eine qualitative Änderung in der Zusammenarbeit der Betriebs- und Personalräte mit dem DGB gegeben und zwar auf der Bundesvorstandssitzung im November. Dem ging eine Vielzahl von Kontakten und Möglichkeiten wie man miteinander weiter umgeht, voraus. Ich bin vorgestern und vorvorgestern auf dem sogenannten Hattinger Forum gewesen, dort hat vom Bundesvorstand die Regina Görner gesprochen. Es kam automatisch auch das Thema, Betriebs- und Personalrätekonferenz hoch. Sie hat dort namens des DGB-Bundesvorstandes eine Wertung abgegeben und hat auch das Ergebnis der Novemberberatung des Bundesvorstandes des DGB mitgeteilt. Das sieht eben doch wesentlich positiver aus, als es allgemein immer dargestellt wird. Der DGB-Bundesvorstand hat sich inhaltlich ausführlich mit unseren Aktionen, mit unseren Initiativen befaßt und hat nach dem Ausräumen dieser Irritationen, die ich hier nicht alle aufzählen möchte, gesagt, solche Aktionen und solche Initiativen an der Basis der Betriebs- und Personalräte dürfen einfach nicht untergehen. Sie müssen unterstützt werden. Der DGB-Bundesvorstand als ein sehr kleines Gremium sieht sich zwar gegenwärtig offensichtlich nicht im Stande dazu, das als Bundesvorstand zu organisieren, hat aber diesen Auftrag an die ostdeutschen Landesbezirke definitiv weitergegeben und es liegt jetzt an uns, im Laufe der Konferenz auch mal darüber zu sprechen, wie wir dann mit uns selber, mit unserem Anliegen, mit unseren Forderungen und mit dem, was vor uns steht, umgehen. Ich denke, die Konferenz wird dazu Ergebnisse bringen.

Das sollte positiv vermerkt werden, es ist nicht mehr von einer Position des Negierens und der Verleumdung in dieser Bundesvorstandssitzung über die Initiative der Betriebs- und Personalräte gesprochen worden.

Diskussion mit Verkehrsminister Krause (11. November)

Die letzte Aktivität ist dann das Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister, Prof. Krause gewesen. Das hat in Berlin stattgefunden. Auch dort ist der DGB einbezogen gewesen, bereits in die Organisation. Das Gespräch hat im Reichstag stattgefunden, wir waren alles in allem so zwischen 70 und 80 Leute. Der Prof. Krause hat natürlich dort wieder Prügel bezogen, da er ja nunmal der offizielle Vertreter der Verantwortlichen der Bundesregierung dort war. Er hat das auch akzeptiert. Die Diskussion mit den ostdeutschen Abgeordneten ging vorrangig über den weiteren Umgang mit der Privatisierungspolitik der Treuhand, wo natürlich ein Vertreter des Waigelministeriums wieder gefehlt hat, aber auch über den Umgang mit der 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes und der Streichung der Mittel und der Streichung der ABM-Stellen, die hier im Osten der Republik natürlich wieder die sozial Schwächsten trifft.

Dank an die engagierten Helfer

Die letzte Arbeit des Arbeitsausschusses ist die Organisation dieser Konferenz gewesen, das Schreiben der Einladungen. Es gibt hier in diesem Arbeitsausschuß sehr viele, sehr engagierte und ganz fleißige Helfer und Helferinnen, ich muß das einfach mal hier sagen. Das was hier vorgetragen wurde in der Zeit vom 20. Juni bis zum 21. November ist von Betriebs- und Personalräten namens des Arbeitsausschusses neben ihrer normalen Arbeit ohne wesentliche finanzielle oder zeitliche oder moralische Unterstützung anderer Leute gelaufen. Deswegen bitte ich natürlich auch um Verständnis, wenn hier dieses oder jenes mal nicht so ganz reibungslos verläuft. Hier existieren keine Strukturen, die irgendwo länderweit eingreifen. Hier gibt es engagierte KollegInnen, hier gibt es den Arbeitsausschuß, der sich verantwortungsvoll dieser Arbeit gestellt hat und ich denke, es ist einigermaßen bis hierher gegangen. Das also war der Rechenschaftsbericht und wir gehen jetzt weiter in der Tagesordnung.

Martin Clemens

Ich möchte wie auf der vorigen Konferenz entsprechend den Anmeldezetteln die Statistik verlesen. Es sind ca.250 KonferenzteilnehmerInnen im Saal, 140 Betriebs- und Personalräte aus 75 Betrieben, 62 Ost und 13 West. (Siehe Liste der Betriebe in Dokumenten-

die Medien in breitester Weise vermittelt wird. Zu hohe Löhne, zu starre tarifvertragliche Regelungen, unflexible und zu kurze Arbeitszeiten, krankfeiernde Beschäftigte behinderten angeblich den Aufschwung Ost, schreckten investitionswillige Unternehmer ab und trieben solche, die es trotzdem wagten, in den Ruin.

Wer verdient an dem Milliardentransfer?

Nun zu den Zahlen. Es sind im Jahre 1991 13 Milliarden DM hier im Osten investiert worden. Zum Vergleich: Die Investitionen im Westen betrugen 300 Milliarden DM im gleichen Zeitraum. Gleichzeitig wird die Gelegenheit genutzt, die Spaltung zwischen den abhängig Beschäftigten zu betreiben, die im Westen gegen die im Osten auszuspielen. Hier lautet das Motto: Die im Westen wollen nur ihren Besitzstand wahren, sind nicht bereit, Verzicht zu üben und zu teilen. Die Fakten, wie wir wissen, sehen ganz anders aus. Tatsache ist, daß die abhängig Beschäftigten in Ost und West 80 % der Kosten der Einheit getragen haben und weiter tragen. Tatsache ist ebenfalls, daß 72 % der Transferleistungen in den Osten in Höhe von 139 Milliarden DM in den Taschen westdeutscher Konzerne gelandet sind, nicht bei den Beschäftigten. Tatsache ist weiterhin, daß das gesamte System der sozialen Sicherheit in der alten Bundesrepublik zum Zeitpunkt des Mauerfalls von den Unternehmern selber als das deutsche Modell gepriesen wurde; daß exakt mit diesem Modell die Bundesrepublik zu einem der reichsten Länder geworden ist, dessen demokratische Strukturen und deren Funktionieren als nachahmenswert herausgestellt wurden. Wenn jetzt, nachdem die Konkurrenz des anderen Systems weggefallen ist, genau dieses Modell von genau denselben Herren in Frage gestellt wird, dann gilt es aufzupassen, dann geht es darum, sehr wachsam zu sein, sehr gründlich und umfassend zu überlegen, wie wir uns zur Wehr setzen können.

Tarifverträge sind kein Luxus

Erstens: Uns allen muß bewußt sein, daß Tarifverträge und tarifvertragliche Regelungen, die die Unternehmer binden, kein Luxus sind, auf den wir in schwierigen Zeiten einfach verzichten könnten. Sie sind der einzige Wall, der vor der Willkür der Unternehmer hochgezogen werden kann und der uns Beschäftigte davor bewahrt, gnadenlos gegeneinander ausgespielt zu werden, der ein Minimum von Demokratie im Arbeitsleben garantiert. Vergessen wir nicht, Tarifverträge garantieren Mindestbedingungen, nicht mehr und nicht weniger. Der Kampf um ihren Erhalt im Westen und um ihre Einführung im Osten ist unsere gemeinsame Aufgabe hier wie dort und wird uns auch nur gelingen, wenn wir Formen finden, in denen wir gemeinsam branchen- und länderübergreifend antreten können.

Zweitens: Allein mit dem Betriebsverfassungsgesetz und tarifvertraglichen Mitteln ist den Aufgaben und Schwierigkeiten, die sich hier bei uns im Osten stellen, nicht beizukommen. Das heißt, Betriebsräte und Gewerkschaften müssen zu völlig neuen Formen der Arbeit finden und müssen neue Inhalte entwickeln. In 8 Thesen, die im Rahmen eines Projekts der deutschen Forschungsgesellschaft anläßlich der ersten Betriebsrätekonferenz formuliert wurden, heißt es meiner Auffassung nach ganz richtig, daß die Betriebsräte und Gewerkschaften hier eher wie Bürgerinitiativen arbeiten müßten, als wie Interessenvertretungen nach altwestdeutschem Muster.

Erneuerung der Gewerkschaften ist nötig

Drittens: Die Situation hier in den Betrieben und in den Regionen stellt sich in vielerlei Hinsicht als äußerst desolat und lähmend dar. Ca. 50 % der Arbeitsplätze sind beseitigt. Die Machtverhältnisse haben sich in den letzten 3 Jahren sehr deutlich zu unseren Ungunsten verschoben. Unsere Gewerkschaften machen Lärm um Veränderungsprozesse im Zeitlupentempo. Trotzdem sehe ich hier bei uns eine ganz gewaltige Chance. Wenn ich sage hier, dann meine ich bei uns die Betriebsräte, die engagierten Gewerkschafter und die interessierten Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Ich sehe die Chance, uns zwischen den Betrieben und innerhalb der Branchen gewerkschaftsübergreifend und auch regional zu vernetzen, von unten her neue Strukturen zu schaffen bzw. bestehende Einrichtungen zu kontrollieren, d.h. daß im Grunde genommen hier auch die Chance besteht zu einer Erneuerung demokratischer Strukturen zu kommen, nicht nur innerhalb der Gesellschaft, sondern im Grunde auch der Gewerkschaften, und die haben es dringend und bitter nötig. Das heißt aber auch, daß denselben Druck, den wir nach außen gegenüber den Betrieben, gegenüber der Treuhand und der Regierung ausüben, den müssen wir auch innerhalb der Gewerkschaften ausüben. Menschen, die aus dem Westen kommen, gehen von ihren westlichen Erfahrungen aus. Wir müssen unsere östlichen Erfahrungen einbringen und durchsetzen. Es wird höchste Zeit, daß die Vermittlung von Wissen und die Einleitung von Lernprozessen nicht nur in einer Richtung erfolgt. Auf breitester Ebene muß das Ende östlicher Selbstbescheidung und Dankbarkeit eingeläutet werden. Gleichzeitig müssen wir Geduld und Beharrungsvermögen an den Tag legen, und ich spreche aus langjähriger Erfahrung in der Auseinandersetzung mit betonierten gewerkschaftlichen Strukturen. Erst wenn nichts anderes mehr geht, wenn der Druck ganz massiv geworden ist und Erfolge verzeichnet werden können, dann fangen Apparate an, sich zu bewegen. Die letzten Berichte von Veränderungen, die es ja nun auch wohl innerhalb des DGB gibt, sprechen genau dieselbe Sprache. Es wird im Grunde genommen nicht aus Einsicht und Bewußtsein gehandelt, sondern es wird immer erst dann gehandelt, wenn der Druck so massiv geworden ist, daß sich auch in den Köpfen, in den etwas eingefahrenen Köpfen unserer Funktionäre etwas bewegen muß.

nen Unterhalt selbst beizutragen. Bei einer Bezahlung von 80 Prozent bzw. 80 Prozent Arbeitszeit auf der Grundlage, daß die Tarife nur 50 oder 60 Prozent der Tarife der Altbundesländer betragen, ist begleitende Sozialhilfe ein Moment, das diese Menschen in Kauf nehmen müssen. Wenn sie dann arbeitslos werden und sie nur 63 oder 68 Prozent ihres Umwelt-ABM-Gehaltes erhalten, dann bekommen sie ein Arbeitslosengeld in Höhe von 63 Prozent von 80 Prozent von 60 Prozent.
Bei dem im nächsten Jahr zu erwartenden Anstieg der Preise, der Mieten und der Tarife ist abzusehen, daß dies für diese Menschen einen weiteren Anstieg der Armut in den neuen Bundesländern mit sich bringen wird. Es ist davon auszugehen, daß alle diese Menschen Sozialhilfeempfänger werden und unterhalb der Armutsgrenze leben werden. Es ist ebenso nicht unrealistisch, davon auszugehen, daß ein beträchtlicher Teil in die Obdachlosigkeit gehen wird, weil die Mieten auf der Grundlage der Sozialhilfe nicht mehr bezahlbar sind und es ist nicht zu übersehen, daß diese Entwicklung erst der Anfang ist. Der Nachtragshaushalt, der bereits vor Verabschiedung des Haushaltes von 1993 von der Bundesregierung angekündigt ist, wird einmal mehr verdeutlichen, in welcher Weise Sozialabbau betrieben wird.

Die endlose und bisher fruchtlose Diskussion um den Solidarpakt

Abgesehen davon, daß es zweifelhaft ist, inwieweit der Solidarpakt für die sozial Schwachen, die sozial Ausgegrenzten wirklich Lösungswege bringen wird, wenn man diejenigen Parteien, die sich zu dem Solidarpakt zusammenschließen, betrachtet, ist auf die mehrmonatige Diskussion zu antworten, mit den Worten des Dichters: "Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen".
Im Verlaufe der Diskussion wurde allerdings deutlich, daß sich jene, die den Solidarpakt in die Diskussion eingebracht haben, selber nicht einig darüber sind, wie er denn nun eiigentlich auszusehen hat und was mit ihm möglich oder nicht möglich ist.

Die Folgen der Massenlangzeitarbeitslosigkeit

Neben dem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ein Übergang von der Massenarbeitslosigkeit zur Massenlangzeitarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Schon jetzt nähern wir uns bei den Langzeitarbeitslosen einer Quote von 50 Prozent aller von Arbeitslosigkeit Betroffener.
Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Politik jene, die auf Dauer von der Arbeit ausgegrenzt sind, wie Vorruheständler und Altersübergangsgeld-Empfänger, ältere Arbeitnehmer nicht in die Quote der Langzeitarbeitslosen hineingerechnet, wiewohl wir alle wissen, daß diese Menschen mit höchster Wahrscheinlichkeit in ihrem Leben nie wieder einen festen Arbeitsplatz erhalten werden.
Die Folgen dieser enorm hohen Massenlangzeitarbeitslosigkeit werden in der Öffentlichkeit weder von den Entscheidungsträgern noch von der Politikklasse in ausreichendem Maße diskutiert. Wir fragen, welche Folgen wird die endgültige Ausgrenzung einer ganzen Generation bringen, jener Generation, die sich nach 1945 in die Sielen gekniet hat, um Deutschand aus dem Dreck, aus den Folgen des 2. Weltkrieges herauszuziehen?
Welche Folgen hat eine weit verbreitete Perspektivlosigkeit der Jugend? Welche Folgen hat die massenweise Ausgrenzung der Frauen aus dem Arbeitsleben? Welche Folgen hat die aus diesen Prozessen erwachsende Massenarmut? Und schließlich welche psychologischen Folgen resultieren aus dieser Entwicklung?

Sehr vorsichtig ausgedrückt, begegnen die Entscheidungsträger und die Politiker dieser Entwicklung mit nicht gerade überzeugenden Konzepten und bedauerlicherweise gilt dies nicht nur für den Bereich der Massenarbeitslosigkeit, sondern auch für weitere Bereiche, wie der Ausländerfeindlichkeit, wachsendem Rechtsruck und wachsender Kriminalität.

Wer soll das bezahlen?

Zahlmeister für das Debakel soll der kleine Mann werden. Wie soll man sonst den Vorschlag zum Einfrieren der Sozialhilfe, wie ihn der Bundesfinanzminister unterbreitet hat, oder den Vorschlag zum Kauf der in der Vergangenheit doch immer wieder als ach so marode bezeichneten Plattenbauten-Wohnungen verstehen?

Die Entscheidungsträger und die Politik unterliegen einem Irrtum, wenn sie glauben, daß die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, die Rentner die Schulden der Bundesregierung, die sich langsam aber sicher der Zwei-Billionen-Grenze nähern, bezahlen können. Beachtet man, welche Last wir damit unseren Kindern und Kindeskindern aufbürden, so wird durchaus deutlich, daß es bereits fünf Minuten nach zwölf ist.

Sondertarife Ost drohen der Modellfall für Sondertarife West zu werden, wie der Sozialabbau Ost das Modell für den Sozialabbau West sein wird.

Beispiele wie Daimler-Benz oder Siemens oder der Rückzug von Sony beweisen eindeutig, daß die Möglichkeiten zum Aufbau einer Industrie in den neuen Bundesländern immer geringer werden. Zugleich werden Zusagen von privatisierten Betrieben zum Erhalt von Arbeitsplätzen nicht eingehalten.
Die vorgenannte Palette legt keinen Wert auf Vollständigkeit. Da eine Beschreibung des Zustandes nicht ausreicht, ist zu fragen, was notwendig ist, notwendig sein könnte, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern?

werden, die diese Wahlprüfsteine für die Wähler handhabbar machen. Dabei geht es insbesondere um die Wähler aus der Arbeitnehmerschaft und aus den Arbeitslosen und schließlich sollten wir

11. die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern wesentlich stärker für unsere Arbeit gewinnen, sie mit unseren Vorstellungen vertraut machen und ihnen gegenüber Forderungen erheben, in welcher weise sie ihre Wählers chaft zu vertreten haben, welche Anforderungen wir an ihre Tätigkeit im Bundestag bzw. in den Landesparlamenten oder den kommunalen Vertretungen stellen.

Manfred Wönkhaus
Betriebsrat, Elbobau, Rostock

6 Tage rechtsradikaler Terror in Greifswald



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin von Elbobau Rostock, Niederlasssung Greifswald und möchte hier über ein anderes Problem sprechen, und zwar über den Rechtsradikalismus und die rechtsradikalen Ausschreitungen, die in der vergangenen Zeit in Greifswald abliefen. Ihr habt es bestimmt in der Presse gehört und im Fernsehen gesehen, was sich da abgespielt hat. Dort wurden zum erstenmal nicht Asylanten angegriffen, die angeblich uns Brot oder Arbeit wegnehmen, hier wurden eindeutig Ausländer angegriffen, ausländische Studenten, Pharmaziestudenten und angehende Ärzte. Das Studentenwohnheim wurde 6 Tage lang mit Pflastersteinen, mit Brandflaschen, mit Übungshandgranaten, mit Brandgeschossen angegriffen und mit Baseballschlägern auch. Die Angreifenden waren Kinder, möchte ich sagen, vom 12. Lebensjahr ab bis Jugendliche, 18, 20, 22 Jahre alt. Die Organisatoren dieser Ausschreitungen waren etwas älter, die haben sich zurückgehalten. Sie kamen aus Hamburg, Berlin, Brandenburg mit Pkw's angereist und haben die Jugendlichen angestachelt. Ich wohne in der Makarenkostraße und habe das 6 Tage lang mit gesehen. Die Polizei war dort präsent und hat, ich möchte das jetzt vorsichtig sagen, das Möglichste getan, um das Schlimmste dort zu verhüten, daß es dann zu solchen Folgen kommen könnte wie in Rostock-Lichtenhagen. Diese Ausschreitungen 6 Tage lang, das war der reinste Zirkus. Jeden Abend diese Ausschreitungen. Wenn diese Randalierer, die Rechtsradikalen dann nach 2-3 Stunden abgezogen sind, haben sie im Chor gesungen "Wir kommen wieder", und am anderen Tag waren sie wieder da. Das ging so 6 Tage. 6 Tage lang hat Greifswald geschwiegen. 6 Tage lang haben die Greifswalder Bürger, die Greifswalder verantwortlichen Politiker, die ganzen öffentlichen Einrichtungen in Greifswald nichts dagegen getan. Die Anwohner haben aus den Fenstern gesehen und nichts gemacht. Das war für mich eine peinliche und schmerzliche Erfahrung. Ich kann nur raten, wenn so etwas bei euch in den Städten auftritt, alarmiert sofort die Öffentlichkeit, nehmt die verantwortlichen Politiker in die Pflicht, wendet euch an die Gewerkschaften, an die Kirche, an die Bürgerschaften, an den Senat, an den Innenminister oder Innensenator, organisiert Gegenkundgebungen und wartet nicht erst, wie es in Greifswald passiert ist, 6 Tage.

Eindeutig kamen diese Angriffe von rechts. Die betroffenen Studenten haben eine Gegendemonstration gemacht und die Gegendemonstration ist so ausgegangen, daß sich "Autonome" beteiligten. Wo die herkamen, wissen wir nicht, und was unter autonom zu rechnen ist, das ist ein dehnbarer Begriff. So daß dann hinterher diese Angriffe verwischt worden sind, weil diese Autonomen dann einen Treffpunkt der Rechtsradikalen, eine Gaststätte zusammengeschlagen haben. Aber ich möchte hier noch einmal betonen, die Angriffe kamen von rechts.

Doris Sander-Bühring,
Betriebsrätin, Hennigsdorf
Resolution gegen Rechtsradikalismus



Ich bin Betriebsrätin bei der Gesellschaft zur Förderung berufsspezifischer Ausbildung, abgekürzt GFBA. Das ist ein Bildungszentrum in Hennigsdorf, wo ganz viele ehemaligen Kollegen aus dem Stahlwerk, das ja ziemlich bekannt ist, jetzt umschulen. Wir finden es wichtig, die Betriebsräte, die diese Resolution auf dieser 2. Konferenz einbringen, finden es wichtig, daß auch wir als Betriebsräte gegen den Rassismus Stellung nehmen, sowohl nach innen, daß man darüber diskutiert, auch mit anderen Kollegen, als auch nach außen, damit klar wird, denke ich, daß wir als Betriebsräte und Betriebsrätinnen uns dagegen

Dietmar Nosal,
Betriebsrat Halbleiterwerk, Frankfurt/Oder

Ich will von Knut Becker mal eine ganz kurze Glosse nur zum Nachdenken hier darstellen: Der Unterschied! Der Arbeiter und der Schriftsteller trafen sich beim Bier und redeten über ihre Not. "Mir", sage der eine: "wird für meine Hände Arbeit zu wenig bezahlt, weniger als ich brauche." Mir", sagt der andere: "wird für meines Kopfes Arbeit noch weniger bezahlt." "Schade" sagten sie endlich, "daß einer von uns mit der Hand und der andere mit dem Kopf arbeitet, sonst könnten wir uns gemeinsam wehren!"

Die Lüge vom Aufschwung Ost

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Lage in unserem Land ist allen klar. Wir stehen kurz vor dem wirtschaftlichen Ruin eines Landesteiles Deutschlands, das erst vor 2 Jahren zu einem neuen Leben aufbrechen wollte. Die Marktwirtschaft und die ihr angegliederte Politik haben bei uns gezeigt, daß sie nicht sozial, sondern brutal und einzig und allein kurzfristig am Profit orientiert sind. Zwischen 1989 und 1992 ist die Zahl der Arbeitsplätze in Ostdeutschland um mehr als die Hälfte gesunken. Weitere 100 000 sollen fliegen. Eine Wende ist bisher nicht in Sicht. Stattdessen Sozialleistungskürzungen, Miet- und Preissteigerungen in unbekanntem Ausmaß. Die Gefahr, daß der Osten endgültig zum Sizilien, zum Armenhaus Deutschlands wird, ist verdammt groß. Wo einmal eine Entindustrialisierung stattgefunden hat, ist sie unumkehrbar. Auch in Westdeutschland verliert die Mär von der Sozialpartnerschaft immer mehr an Glanz. Lange Zeit wurde behauptet, der Markt, das freie Spiel der Kräfte würde alles in Ordnung bringen und von selbst für einen Aufschwung im Osten sorgen. Heute ist klar, diese Theorie war eine Lüge. Wenn Kohl, Waigel und Möllemann jetzt verstärkt auf staatliche Eingriffe in die Wirtschaft setzen, stellt sich die Frage: Zu wessen Gunsten soll das geschehen? Da wird momentan für einen Solidarpakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, über Verzichten und Teilen gesprochen. Ob Einsparung öffentlicher Gelder wie bei ABM oder Lohnstopforderungen, ob geplante Streichungen von Feiertagen oder Arbeit unterhalb von Tarifsätzen, den kleinen Leuten in Ost und West soll erneut kräftig in die Tasche gegriffen werden. Hier soll eine Schraube in Gang gesetzt werden, an deren Ende thailändische Löhne stehen. Sollen wir uns darauf einlassen? Wer soll denn kaufen, was erzeugt wurde, wenn die Löhne stagnieren oder sinken, die Abgaben, Preise und Mieten aber steigen? Ost-Löhne und West-Preise passen nun einmal nicht zusammen.

Die Politiker machen dafür immer noch die SED-Herrschaft verantwortlich. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die wirtschaftliche Vereinigung wurde mit der Währungsunion und der Treuhandpolitik als ein programmierter Kahlschlag vollzogen. Die meisten Betriebe hier hatten bei dieser Planung von vornherein keine Chance. So wurde auch vieles von dem abgeholzt, was hätte erhalten bleiben müssen. Unliebsame Konkurrenz im Osten soll aber gar nicht erst hochkommen.

Wir müssen den Druck verstärken

Auf der anderen Seite wurde die Vereinigung für die westdeutsche Industrie, einige Riesenbanken und Versicherungskonzerne zu einem Milliardengeschäft. Das sind aber gerade die, die kaum eine Mark in den Osten investieren und für höhere Steuern plädieren. Die Wirtschaft und ihre Politiker verfolgen hier knallhart und ohne Rücksicht ihre Interessen auf unsere Kosten. Wenn wir eine Chance haben wollen, dann müssen wir uns zur Wehr setzen, müssen durch unsere



gemeinsamen Forderungen deutlich machen, wo unsere Interessen liegen. Ohne unseren Druck, ohne branchen- und länderübergreifende Aktionen, zu denen wir soviel wie möglich Kollegen aktivieren müssen, haben wir wenig Chancen, unsere Interessen durchzusetzen.

Kollegen, sicher sind noch viele Kolleginnen und Kollegen der Meinung, das alles bringt nicht viel. Doch ich denke, daß verstärkter Druck unsererseits durchaus Wirkung zeigen kann. Dafür spricht, daß bereits unsere erste Konferenz ein starkes Medienecho gefunden hat. Dafür spricht ebenfalls, daß Herr Kohl es immerhin für nötig befand, sich mit unserer Delegation an einen Tisch zu setzen, und das bei insgesamt noch schwacher Mobilisierung. Bis jetzt gibt es noch vereinzelte Aktionen und kaum solche, die mehrere Belegschaften gemeinsam auf die Beine stellen. Doch das ist viel zu wenig, was ausprobiert wurde. Wenn wir was tun, können wir sicher auch solche Kollegen mitreißen, die heute noch ziemlich passiv oder resigniert sind. Unsere Betriebsräteinitiative besteht ja noch nicht lange. Aber wir stehen direkt an der Basis, sind im Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen jetzt die Chance nutzen, um mit ihnen zu sprechen, sie zu aktivieren und zu mobilisieren. Daraus entwickeln sich kämpferische Aktionen, durch die wir wachsen und zu einem starken Faktor der Arbeitnehmerinteressenvertretung in Ost und West werden können. Die Situation ist zu ernst, um aufzugeben.

vorstand gefällt ist, ist es sehr schwer und nur mit übermäßigem Kraftaufwand noch möglich, diese Entscheidung noch zu korrigieren. Ich denke an Freital, wo es dann ja gelungen ist. Aber welcher Kraftaufwand war notwendig, und es gelingt immer nur den größeren Betrieben.

Der Markt ist verteilt

Ein weiterer Punkt zum Umdenken bei der Treuhandanstalt ist aus meiner Sicht die nicht zu verantwortende Position: Betriebe, stellt Produkte mit Qualität her, Betriebe, senkt eure Kosten und bietet zu konkurrenzfähigen Preisen an, Betriebe, dann sucht euch einen Markt, und wenn ihr den gefunden habt, dann werden wir über euer Konzept nachdenken. Das sagen sogenannte erfahrene Marktwirtschaftler, die genau wissen, daß es nicht ausreicht, ein gutes Produkt und einen guten Preis anzubieten. Der Markt ist verteilt, die Industrie der alten Bundesländer hält ihn fest in der Hand und wartet gnadenlos auf die Schließung unserer Betriebe. Das wissen die Herren Marktwirtschaftler sehr genau und es ist schon erstaunlich, daß sie an uns solche Forderungen stellen. Es funktioniert einfach nicht. Ich will einige Beispiele nennen, die ihr alle kennt: ORWO-Film, Staßfurt-Fernseher, Addinol-Schmierstoffe, MZ-Motorrad, Belfa-Batterien und viele andere Produkte mehr. Alles nachweislich gute Produkte mit günstigen Preisen, z. T. günstigeren Preisen als vergleichbare westliche Produkte, aber wo gibt es die zu kaufen? Dieser Anspruch der Treuhandanstalt, erst das Vertriebskonzept auf den Tisch zu legen und dann die Zusicherung für die Weiterführung zu geben, geht einfach nicht auf. Hier muß für einen begrenzten Zeitraum, ich betone, für einen begrenzten Zeitraum, denn ich denke, es muß für die Leute, die das Geld verantworten, absehbar sein, für wie lange sie das Geld auslegen müssen - muß es Bestandsgarantien mit Sanierungsmöglichkeiten geben, sonst haben wir keine Chance. Ich könnte mir folgendes vorstellen: Daß man eine Analyse macht, entweder branchenweise oder aber regional. Dort genau aufschreiben, welche Betriebe haben wir noch bei der Treuhandanstalt, welche Konzepte sind vorhanden und welche Wege werden gesehen, diese Betriebe zu erhalten. Dazu müßte es mit der Treuhandanstalt jeweils regional oder branchenweise eine Diskussion geben, wo sowohl die Position der Treuhandanstalt als auch die der Verantwortlichen für den Betrieb einbezogen wird. Dann weiß man erst voneinander, welche Kritikpunkte es denn gibt und kann auch daran arbeiten. Wir fordern eigentlich die Einstellung des einseitigen Agierens der Treuhandanstalt und eine konstruktive Zusammenarbeit. Es hat jetzt den Eindruck, als ob dieser Punkt der Zusammenarbeit immer erst dann erreicht wird, wenn der Betrieb in der Abteilung Liquidation angekommen ist. Dort hat nämlich die Treuhandanstalt dann eigentlich erklärt, wir sehen im Moment keine Möglichkeit zu privatisieren, wir geben es mal dahin und sehen, was noch draus zu machen ist. Diese Frage sollte man sehr viel eher stellen. Dann sind die Lösungen nicht so klein, die am Ende rauskommen. Dann gibt es auch sehr oft ein Gesamtkonzept, nicht nur für die, die jetzt im Betrieb weiter eine Arbeit haben werden, weil die Lösung eben so klein ist, sondern auch für die, die noch im Betrieb vorhanden sind und keine Arbeit haben werden. Über die denkt in den treuhandgeführten Betrieben, die zur Privatisierung anstehen, nämlich niemand nach. Da wird einseitig gefordert: wenn ihr verkauft werden wollt oder wenn ihr euer Konzept umsetzen wollt, müssen soundsoviele entlassen werden. Alle Instrumente der Hilfe sind nächstes Jahr für diese Leute erst mal weg. Ich denke, es muß Gesamtlösungen geben, wo man sagt, wenn wir schon ein Konzept haben und das kann eben nicht 100 % der Leute beschäftigen, sondern nur 80 %, dann überlegen wir, wie werden wir die 20 % in vernünftiger Form für die nächste Zeit halten können, denn die Arbeitsplätze auf dem Markt sind für mich nicht zu sehen, jedenfalls nicht in unserer Region.

Regionale Analysen erstellen

Ich will noch einmal feststellen: Die Treuhandanstalt hat, damit eigentlich auch die Regierung, bisher eine Menge Geld ausgegeben, um unsere Betriebe über Wasser zu halten. Das muß ich wirklich sagen. Buna ist dazu ein positives Beispiel. Wir haben sowohl Geld bekommen für das laufende Geschäft als auch für Investitionen. Trotzdem wird darüber nachgedacht, ein schnelles Privatisierungskonzept zu machen mit Aufteilung und sehr wenig Arbeitsplätzen. Das viele Geld, das der Staat hier ausgegeben hat, sollte nicht verschwendet sein, sondern sollte wirklich auch zu vielen Arbeitsplätzen führen. Wenn es nun schon so lange gedauert hat, ohne daß wir erfolgreich privatisiert worden sind, dann ist auch jetzt so viel Zeit da, eine qualitativ bessere Lösung zu erarbeiten und nicht das Treuhandgeschäft jetzt schnell abzuschließen. Deshalb sollten wir das Angebot des DGB und z. T. auch unserer Industriegewerkschaften annehmen und mit viel Einsatz regional solche Analysen machen und an den einzelnen betrieblichen Lösungen mitarbeiten. Alle, die wir auch gewählt haben auf allen Ebenen, auch ständig dafür in Anspruch nehmen. Ich denke, wir werden hier in Bausch und Bogen für alle keine praktischen Lösungen finden können. Unsere Gemeinschaftsaktionen können hier und auch weiterhin nur dazu dienen, soviel Druck auszuüben, daß die Verantwortlichen ihre Verantwortung auch wahrnehmen und auch bereit sein, mit uns "kleinen Betriebsräten" wirklich zusammenzuarbeiten.

werden. Nein, das ist überhaupt gar keine Lösung und deshalb bin ich mit euch auch solidarisch.



Wir müssen hier unsere Existenz verteidigen. Die Klöckner-Werke haben unglaubliche Gewinne gemacht in den letzten 3 Jahren auf Grund der Hochkonjunktur, auf Grund der Arbeitsplatzvernichtung im deutschen Osten. Das geht nicht so weiter. Der Vorstand hat uns ja gesagt: macht nicht als Betriebsrat die Straßen rebellisch. Doch, das haben wir getan. Wir sind mit großem Erfolg auf dieser Kundgebung am 17. 11. an die Öffentlichkeit getreten und das müssen wir weiter tun und verstärken, damit alle, zumindest in der Bremer Region, wissen, daß wir nicht so aussterben dürfen. Dazu bitte ich euch, wenn weitere Aktionen sind, das kommt ja wohl auch durch Presse usw. rüber, schickt Solidaritätserklärungen, wenn es geht auch Delegationen, laßt uns den Kontakt untereinander verstärken, Informationsaustausch betreiben und dadurch die Solidarität, die hier schon unter euch ist, verstärken und nach Westdeutschland reintragen.

Es geht auch um unsere Jugend

Wir von der Klöckner-Hütte, die Gewerkschafter dort, die sehr aktiv sind jetzt, wir tun das unsere, um alles das in Westdeutschland zu verbreitern. Es gibt nämlich noch weitere Betriebe, das ist hier gar nicht bekannt, die laufend Arbeitsplätze vernichten und dadurch den jungen Menschen die Zukunft nehmen. Ich habe eine Tochter von 11 Jahren, die muß bald Arbeit, Ausbildung suchen. Es geht auch darum, der Jugend eine Chance zu geben. Das werden wir tun, und deshalb höre ich auch sehr aufmerksam zu und versuche zu verstehen, welche Probleme ihr hier habt, besondere natürlich, aufgrund der Treuhand-Verwicklung usw.

Ich danke euch dafür, daß ich hier so angehört werden konnte. Und falls ich nicht in manchen Punkten verstanden worden bin, weil wir aus einem ganz anderen Land kommen, aus so sicheren Verhältnissen, sicheren Arbeitsplätzen, 10 Jahre Hochkonjunktur, dann stellt bitte diese Fragen an mich und laßt uns weiter diskutieren.

Eberhard Wagner

Für Sachsen sitzt jetzt auf dem Podium Frank Gerstenberger von der Textilfabrik Flöha, in der Nähe von Chemnitz.

Bogdan Lewandowski,
Autofabrik Warschau

Am Anfang wollen wir uns herzlich bedanken, daß wir hier eingeladen wurden, vielen Dank an die Organisatoren dieser Konferenz. Wir vertreten hier einen Betrieb, der ungefähr 20 000 Beschäftigte hat, selbst in Warschau sind es ungefähr 10 000. Unsere Hauptproduktion sind PKW. Unser Betrieb in Warschau ist die Zentrale. Wir haben auch etliche Werke in ganz Polen, die zu unserer Produktion gehören. Jetzt möchte ich gerne ein paar Gedanken über die Situation der polnischen Wirtschaft überhaupt und über die Situation unseres Betriebes äußern.

Am Anfang eine kleine Anmerkung. Bei uns in Polen ist es in manchem vielleicht schwerer, in manchen Sachen aber vielleicht auch leichter, die Wirtschaft zu organisieren. Es ist vielleicht schwieriger, weil wir keine Brüder aus dem Westen haben, die Geld haben und reich sind und auf die wir zählen können. Aber andererseits fällt es uns auch leichter, weil wir wissen, wenn wir uns nicht selbst helfen, dann hilft uns auch niemand. Jetzt zu unseren Hauptproblemen.

Politik der Privatisierung in Polen

Dieser polnische Staat besitzt ungefähr 80 % der Betriebe in Polen, so daß die Steuereinnahmen von den Betrieben auch eigentlich die Finanzierung des Staates erlauben. Wenn diese Industrie in Polen pleite geht, dann geht auch unser Staat pleite. Diese Industrie ist eigentlich kaum noch konkurrenzfähig. Im allgemeinen betrachten wir das so in Polen, wir denken, daß wir unbedingt privatisieren müssen, um die Industriekonkurrenz zu erhalten. Wir wollen also einen Eigentümer finden. Wir wollen aber, daß die Privatisierung auf einem Weg erfolgt, wo wir eigentlich die Interessen der Belegschaften und der Betriebe vertreten. Man muß auch diese Interessen des Staates verfolgen. Nicht gefährdet werden darf auch bei dieser Privatisierung die Belegschaft, weil man ohne die Belegschaft die Privatisierung nicht vollziehen kann. Wir müssen auch das Interesse des Privatkapitals bewahren, weil wir ohne Privatkapital keine Privatisierung machen können. Bis jetzt meinte unsere politische Elite, daß man den Prozeß der Privatisierung ohne die große Teilnahme der Gesellschaft durchführen kann. Jedoch veränderte sich das Bewußtsein auch in dieser politischen Elite. Wir vermuten, daß bis 20 % der Aktien die Belegschaft bekommt und das auch entweder umsonst oder zu ganz niedrigen Preisen.

20000 Arbeitsplätze abgebaut

Die Situation in unserem Betrieb ist eigentlich noch ganz gut. Das kommt wahrscheinlich so zustande, daß eine gute Zusammenarbeit entstanden ist zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsräten. Zweitens ist es

es auch ein Signal setzen, was die Kollegen zum Nachdenken anregt.
Ich denke, die Konferenz ist deshalb richtig, weil ich gesehen habe, wie die Medien reagiert haben, weil wir alle gesehen haben, wie die gewerkschaftlichen Vorständler reagiert haben und wie wichtig es ist, hier auch ein gutes Gefühl zu kriegen, daß man nicht allein ist.
Zum Schluß denke ich, muß man auch an die gewerkschaftlichen Vorstände einfach die Forderung schicken, daß sie endlich ihre bedeckte Haltung und teilweise auch ihren Widerstand aufgeben und diese Initiative als festen Bestandteil und kreativen Teil einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung sehen und diesen Ostwind nutzen, indem sie ein knallharte Politik gegen diese Regierung und gegen diese Arbeitgeber macht.

Ulrich Töhne,
Personalrat Berlin

Soweit es um die Personalräte geht, denke ich, kann ich schon ein paar Worte sagen. Ich arbeite in Westberlin. Ich danke meinem Vorredner ausdrücklich für die Worte, die er gerade gesagt, weil die gleiche Politik, denke ich, Ost und West gleichermaßen betrifft. Das kann man in Berlin ganz besonders sehen. Wer heute in die Statistiken reinsieht, zumindest soweit es die öffentliche Finanzierung angeht, der wird feststellen, daß Berlin nicht mehr zu den alten Bundesländern gehört, weil man durch das einheitliche Haushaltsrecht mittlerweile in Berlin soweit abgesackt ist, daß es zu deutlich würde, wenn man damit aufhören würde. Von da aus gesehen kann ich nur noch mal sagen, daß der Vorschlag, der aus der Richtung kam, einen bundesweiten Aktionstag zu machen, von mir unterstützt wird. Das macht einen Teil dessen aus, weswegen ich mich gemeldet habe.

36000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst Berlins sollen abgebaut werden

Ich will aber noch auf einen zweiten Aspekt kommen. Gerade im öffentlichen Dienst kann man als Folge, aber auch als Ziel die Privatisierungspolitik und die Strukturanpassung ganz deutlich erleben. In Berlin hat man vor, innerhalb der nächsten drei Jahre mindestens 36 000 Arbeitsplätze, die erstens notwendig sind und die zweitens sicher sind, abzuschaffen. D.h. 36 000 Menschen hier in Berlin, ohne die Folgen gerechnet, werden zusätzlich einfach vom Arbeitsmarkt gedrängt und in der Arbeitslosigkeit verbleiben oder reinkommen. Ich denke, daß man diesen Zusammenhang zwischen der Privatisierung und den Entlassungen und den Auswirkungen auf den Haushalt, nämlich die niedrigeren Steuern und die Mehrsozialabgaben mit im Blick haben muß. Eine Überschrift dabei müßte sein, statt dies scheibchenweise anzugehen - hier eine Branche, da eine Branche, hier ein Teil öffentlicher Dienst, da ein Teil private Politik - daß zu den jeweiligen Anlässen, jetzt z. B. der Landeshaushalt in Berlin, eine gemeinsame Aktivität aller Gewerkschaften, die eine Änderung der Politik in eine andere Richtung verlangt, notwendig ist. In dem Sinne kann ich mich nur dem Vorschlag zu einem einheitlichen Aktionstag anschließen. Das, was da allerdings im Herbst vorgemacht worden ist, das kann nicht unser Vorbild sein. Denn das war ja nur ein gebremster Schaum, ohne die Zielrichtung, wirklich etwas ändern zu wollen.

Hartmut Böhmler, Vertrauensmann, Gelsenkirchen



Ich bin Vertrauensmann in einem Gelsenkirchner Metallbetrieb. Auch bei uns steht die Vernichtung von Arbeitsplätzen an. Aber nicht, weil nicht investiert werden soll, sondern da wird investiert. Und für was wird heute investiert? Für die Vernichtung von Arbeitsplätzen, um mit weniger Menschen immer mehr herauszuholen. In der alten Bundesrepublik ist die Produktivität von 1970 bis 1991 von 66 000 auf 250 000 gesteigert worden. Daher finde ich auch, daß wir uns keine Illusionen machen sollten, daß Investitionen hier Arbeitsplätze sichern. Ich möchte das mal am Beispiel Opel in Eisenach deutlich machen:
Wenn Opel voll produziert, soll pro Beschäftigten 75 Autos im Jahr montiert werden. Das ist die höchste Produktivität weltweit in der Autoindustrie. Was passiert? Gleichzeitig stehen bei Opel in Bochum Entlassungen an. Jetzt geht doch der Rattenschwanz weiter. Der entlassene Automobilarbeiter in Bochum, der kann sich doch kein Auto mehr kaufen. Also was passiert? Das schlägt zurück, Kurzarbeit, Entlassungen in Eisenach. Wir dürfen uns nicht an diesen Weg der Investitionen klammern.

Das Arbeitsamt in Nordrhein-Westfalen hat eine bundesweite Umfrage gemacht, wo deutlich wurde, daß im nächsten Jahr nur noch jeder 2. Jugendliche nach der Lehre übernommen werden soll. Diese Strukturkrise, die dort stattfindet, die hat doch zu einer Massenarbeitslosigkeit, von 7 Millionen geführt. 2 Millionen Arbeitsplätze, haben die Konzerne jetzt schon bekannt gegeben, sollen in den nächsten Jahren vernichtet werden.

ich hoffe auch, daß in Bremen der Kampf noch gut ausgeht für die Kollegen der Klöckner-Hütte, aber ihr hattet zumindest neulich in den Tagesthemen 2 Minuten. Hier geht jede Woche eine Firma pleite, da gibt es nicht einmal eine Rundfunkmeldung im Regionalsender.

Die Arbeitszeit muß verkürzt werden

Ich möchte eine Forderung aufstellen: Wir sollten ganz hart dafür kämpfen, daß die Arbeitszeitordnung ich nenne es Arbeitszeitunordnung, die jetzt der Herr Bundesminister Blüm als Entwurf vorgelegt hat, wirklich restriktiv so ausgebaut wird, daß Überstunden weitgehend verhindert werden können. Das ist jetzt natürlich auch eine Forderung, die dann in der Umsetzung von den Betriebs- und Personalräten durchgesetzt werden muß, in Ost und vor allem in West. Wir haben im letzten Jahr in Deutschland etwa 1,9 Milliarden Überstunden geschoben. Das sind fast 900 000 Arbeitsplätze, wenn man es umrechnet. Dazu gehört nicht nur der Fahrtenschreiber im Bus, sondern auch am Schreibtisch. Angestellte sind bekannt dafür, daß sie täglich 10 bis 12 Stunden arbeiten. Die kriegen natürlich auch ein bißchen mehr Gehalt. Letztendlich machen sie ihre Gesundheit kaputt, die Gesellschaft muß das hinterher bezahlen. Und auf der anderen Seite sitzen welche zu Hause, die einen Teil der Arbeit wenigstens genauso machen könnten, und die greifen zur Buddel, weil sie nicht ein noch aus wissen. Also eine restriktive Arbeitszeitordnung ist nötig. Im gegenwärtigen Entwurf steht immer noch drin, die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden.

Das Wirtschaftssystem muß geändert werden

Ich möchte euch auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein bißchen desillusionieren. Ihr werdet im Dezember die Kundgebung machen vor der Treuhand, Exponate ausstellen, fällt mir so als Ossi ein: MMM (Messe der Meister von Morgen), hatten wir alles schon mal. Aber ihr werdet vermutlich nicht erreichen, daß diese grundsätzliche Problematik beseitigt wird, daß unter den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Arbeitsplätze abgebaut werden. Sonst müssen wir anfangen, dieses Wirtschaftssystem zu ändern. Da freut mich sehr der Applaus, aber ich sehe gegenwärtig in der Politik und in der Bevölkerung dieses gesamten Landes keine Mehrheiten. Das ist so. Es ist sicherlich noch nicht aller Tage Abend. Vielleicht kommt ja da nochmal was in Gang.

Die Zersplitterung der DGB-Gewerkschaften überwinden

Jetzt noch mal zur Rolle der Gewerkschaften und Betriebsratsinitiative. Ihr wollt da sicherlich auch meine Meinung zu hören. Ich sage, es ist schon etwas erreicht, wenn jetzt die Betriebsratsinitiative und der DGB auf Landesebene Konferenzen machen werden. Das ist natürlich noch nicht das, was wir wollen. Wir wollen, daß ganz konkret unter den vergleichbaren ostdeutschen Bedingungen das für alle 5 neuen Bundesländer und Berlin gemacht werden kann. Da sind die Probleme vergleichbar. Soweit sind wir noch nicht. Ich fordere euch auf, in euren gewerkschaftlichen Entscheidungsgremien, in euren Verwaltungsvorständen, in euren Landesbezirken, eurer DGB-Gewerkschaft dafür zu sorgen, daß dieser Entscheidungsprozeß in Gang kommt, damit in den Gewerkschaftsspitzen dann auch dieses Umdenken tatsächlich möglich wird. Das ist unter zeitlichen Aspekten natürlich ein bißchen schwierig. Wir haben jetzt noch 600 000 Beschäftigte in Treuhandbetrieben. Das werden nächstes Jahr zu Ostern höchstens noch die Hälfte sein. Wahrscheinlich nächstes Jahr zu Weihnachten passen die dann alle in diesen Saal hinein.

Die Zeit der Sozialpartnerschaft ist vorbei

Das habe ich übrigens als Betriebsrat schon oft genug gemacht, bin wie Thomas Müntzer mit der Hellebarde durch die Lande gelaufen und als ich mich dann umschaute, war der Bundschuh hinter mir nicht da. Ich sage noch mal ganz klar: in die Gremien gehen, dort Entscheidungsprozesse der Gewerkschaften beeinflussen und damit die Zersplitterung der DGB-Gewerkschaften, die da ist, überwinden. Ich sage, es ist nicht richtig, euch vorzuwerfen, daß ihr die Gewerkschaftsbewegung zersplittert, denn die ist zur Zeit schon zersplittert. Wo gibt es in Tarifauseinandersetzungen, die jetzt in der veränderten sozialen Situation bevorstehen, - ich erinnere nur daran, Gesamtmetall will die Revision des IG Metall-Tarifvertrages - die Solidarität aller Gewerkschaften? Wenn es also dazu kommt, daß die IG Metall kämpfen muß, dann ist der Erfolg sicher, so glaube ich zumindest, wenn alle Gewerkschaften oder zumindest fast alle Gewerkschaften dort solidarisch mitkämpfen, denn mit ihren Tarifverträgen kann ihnen dasselbe passieren. Ich glaube, daß die Sozialpartnerschaft, wo die Gewerkschaften am Kamin und auf der Couch sitzend mit den Regierenden Dinge regulieren konnten, vorbei ist, daß wir jetzt mit Kampfmaßnahmen mehr erreichen müssen, als Umverteilung. Das wird aber nicht gehen, wenn die Betriebsratsinitiative dies allein versucht. Es müssen die

werkschaften machen. Ich werde dazu meinen Teil beitragen.

Eberhard Wagner:

Wir haben an diese 2. Konferenz zwei Grußadressen bekommen. Ich will sie nicht vollständig verlesen, aber ich möchte aus jeder Grußadresse einen Absatz verlesen.

Grußadresse von Bündnis '90 und Neues Forum

Die eine Grußadresse kommt vom Landesverband Bündnis '90 Brandenburg: Das Bündnis '90 Brandenburg versichert den anwesenden Betriebsräten seine Solidarität. Mit Schließung der Treuhandbetriebe verlieren viele Regionen ihr wirtschaftliches Rückgrat, die Basis für mittelständische Betriebe, Handwerk und Dienstleistungen. Das Resultat ist wirtschaftliche Verelendung ohne baldige Aussicht auf Neuansiedlung neuer Industriebetriebe. Das bedeutet sozialen Zusammenbruch, Abhängigkeit von staatlicher Hilfe, die Jugend wandert ab. Die Schließung von Treuhandbetrieben muß gestoppt werden. Es ist billiger, befristet vorhandene Arbeitsplätze zu subventionieren als Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu finanzieren. Unsere Forderung: Stoppt die Schließung weiterer Treuhandbetriebe, Sanierungsauftrag für die Treuhandanstalt, Verlangsamung der schnellen Lohnangleichung, befristete Subventionierung von Löhnen statt von Kapital, Strukturpolitik zugunsten einer zukunftsorientierten ostdeutschen Wirtschaft.

Das sind die Forderungen des Landesverbandes Brandenburg.

Jetzt das Grußschreiben des Neuen Forum Bundesverband an die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der zweiten Konferenz:
Mit Sympathie und Solidarität haben wir eure Bewegung und eure Aktionen seit der ersten Konferenz verfolgt. Die Bundesregierung leugnet bis heute das Ausmaß der Katastrophe in Ostdeutschland und benutzt sie auch zum Angriff auf den Lebensstandard der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen im Westen zum Angriff auf soziale und demokratische Rechte, zur Umverteilung von unten nach oben in ganz Deutschland.

Die Forderung: Gegen diese Politik des Sozialabbaus hat sich das Neue Forum auf seinem Bundesforum ausgesprochen. Keine Entlassungen mehr, die Schlange der Arbeitslosen darf nicht länger werden! Sofortiger Kündigungsstopp! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West! Einheitliche Tarifverträge in ganz Deutschland! Keine Aufweichung der erkämpften Tarif-, Arbeits- und Sozialrechte! Reorganisation der Produktion und Schaffung neuer Arbeitsplätze sind durch Ausschöpfung von Spekulations- und Einheitsextragewinnen der Unternehmen sowie der Umverteilung der Haushaltsmittel zu finanzieren! Arbeitszeitverkürzung anstatt Freizeit durch Arbeitslosigkeit!

Horst Hösel, Betriebsrat
Sachsenhydraulik GmbH, Chemnitz:

Es ist ungeheuer schwer, sich in unserer heutigen Welt zurechtzufinden. Im wirtschaftlichen Bereich stehen wir mit leeren Händen vor einem Trümmerhaufen und im geistigen Bereich vor einer erschreckenden Orientierungslosigkeit. als Folge der sozialen Schäden. Selbst hoffnungsvoller Neubeginn ist inzwischen zugeschüttet und unsere unübersichtliche Lage macht die Standortbestimmung beinahe unmöglich. Die Ursachen für den wirtschaftlichen Zusammenbruch sind so komplex, daß Schuldzuweisungen wenig nützen und doch müssen sie einmal aufgelistet werden.

- Niemand redet über den Haupturheber unseres beschämenden Notstandes, nämlich die 40-jährige Mißwirtschaft, die wir als Altlast mit uns herumschleppen. Vor der Wende haben wir mit bitterer Ironie oft gesagt: "Gestern standen wir vor dem Abgrund - heute sind wir schon einen Schritt weiter."

Erpressung, Korruption und Bestechung

- Zweiter Aspekt ist der knochenharte Konkurrenzkampf, dem wir oftmals hilflos gegenüberstehen, weil wir keine Lobby haben. Alte Kunden gehen nach ihrer Privatisierung verloren, weil der neue Besitzer auf seine Beziehungen aus den Altbundesländern in der Hydraulikbranche zurückgreift. Neue Kunden beobachten abwartend nach Art von Nachtwächtern, was aus den Unternehmen wird. Mit Treuhandunternehmen macht man keine Geschäfte, dazu ist die Unsicherheit viel zu groß und die Treuhandanstalt setzt keine Zeichen der Stabilität. Hunderte von Angeboten verlassen das Haus, aber meist werden wir nur als Preisdrücker gegenüber der Konkurrenz benutzt. Die Konkurrenzpraktiken sind keinesfalls fair - im Gegenteil - sie sind skandalös - sie sind legalisierte Erpressung, Korruption und Bestechung. Der freie Markt neigt zu Piratentum - zu Spekulantentum. Die Treuhandanstalt sollte nicht Vertriebskonzepte verlangen, sondern Vertrieb finanzieren und Betriebsräte sollten darauf achten, wo ihre Unternehmen einkaufen.
  Die Mitarbeiter des Vertriebs können ein Lied singen von der enttäuschenden Arbeit einen Acker zu bestellen, der keine Früchte tragen will.

Rattenfänger in einer räuberischen Gesellschaft

- Dritter Aspekt: 1945 haben die Alliierten die Frage nach einer effizienten Wirtschaft, die ein soziales und gesundes Wirtschaftsleben garantiert,

nen die Autorität staatlicher Behörden nicht mehr ausgeübt werden kann, weil statt dessen Terrorgruppen und organisierte Kriminalität die Macht übernommen haben wie in Amerika oder in Italien - wenn nicht gar schlimmeres geschieht - nämlich wenn radikale Politik, ganz gleich ob rechts oder links zur Macht gelangen sollte.

Politiker sollten verzichten auf ihre Feiertagsreden, bei öffentlichen Anlässen und jede Woche einmal ins Volk gehen, in die ungeschminkte und unverstellte Wirklichkeit. Vielleicht würden sie dann das tun, was notwendig ist. Politiker sind keine Fürsten, sie sind die ersten Diener des Volkes.

Fritz Hofmann, Köln

Ich komme aus Köln, bin dort in einem Metallbetrieb Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung und ich war auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg als Delegierter anwesend. Es ist für mich sehr interessant, was hier aus eurer Situation berichtet wird. Was die Probleme in Ostdeutschland betrifft, muß ich sagen, ich will hier erst einmal zuhören, ich will einiges mitnehmen, was ich meinen Kollegen und in der Gewerkschaft im Westen zu berichten habe.

Belegschaften werden gegeneinander ausgespielt

Ich habe aber auch einige Erfahrungen, die ich Euch mitteilen möchte. Der Betrieb, in dem ich arbeite, hat vergangenes Jahr das alte Preßwerk vom Sachsenring in Zwickau gekauft. Man hört, daß es sehr billig gewesen sein soll. Die Kollegen dort - es sind noch etwa 300 beschäftigt - arbeiten exakt für den halben Lohn wie bei uns in der Firma und sie produzieren genau dieselben Teile, die auf dem Markt für denselben Preis verkauft werden. Und sie zahlen bekanntlich die gleichen Preise im Laden und fast die gleichen Mieten. Jetzt ist es natürlich so, daß die Firmenleitung versucht, diese Belegschaften gegeneinander auszuspielen. In Zwickau gibt es noch keinen Betriebsrat, die ersten Versuche dazu wurden vereitelt, indem die Kollegen, die einen Wahlvorstand bilden wollten, sofort entlassen wurden. Wir versuchen, Solidarität zu organisieren, es ist aber nicht ganz einfach, das nur aus dem Betrieb heraus zu machen. Im Moment ist es so, daß wir bei uns Kurzarbeit haben, während in Zwickau Überstunden gemacht werden. Manchmal ist es auch umgekehrt. Wir haben auch reichlich Erfahrungen - wie hier schon berichtet wurde - daß immer scheibchenweise Arbeitsplätze vernichtet werden. Das geht immer nach dem Motto: Wir müssen jetzt soundsoviel Arbeitsplätze abbauen, um damit die restlichen zu sichern. Die Existenz des Unternehmens ist nur mit soundsoviel Arbeitsplätzen zu erhalten. Es gibt bei uns Betriebe, die sind auf diese Weise schon soweit runtersaniert worden, daß nur noch der Pförtner da sitzt. Meiner Meinung nach müssen wir daraus den Schluß ziehen: wir dürfen keinen einzigen Arbeitsplatz mehr kampflos preisgeben.

Wir dürfen uns nicht spalten lassen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Kapital ist nicht gespalten in Ost und West. Die Großbanken, die Industrien, die Regierung und die Treuhand, die gehen ganz gezielt vor und die ziehen an einem Strang. Dadurch, daß sie sich einig sind und wir nicht, können sie die Krisenlasten auf uns abwälzen, aber eben nur, wenn wir uns nicht einig sind. Wenn es gelingt, uns zu spalten, dann werden sie uns kleinkriegen. Wenn jeder allein kämpft, jede Belegschaft nur um die eigenen Arbeitsplätze, wir im Westen nur um die eigenen Angelegenheiten, dann kommt auch Konkurrenz auf. Es gibt da ganz böse Beispiele, daß Kollegen in Bochum schon fordern, man soll in Eisenach keine Arbeitsplätze mehr schaffen oder umgekehrt, daß in Ludwigsfelde gesagt wird, soll man doch lieber in Rastatt oder in Stuttgart entlassen. Das ist ganz gefährlich. Viel besser ist es, wenn hier Kollegen von Klöckner in Bremen auftreten und berichten können, daß sie aus Hennigsdorf unterstützt werden.

Für gleiche Löhne in Ost und West



Nun noch zu den Gewerkschaften, zur IG Metall. Franz Steinkühler hat auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall erklärt, daß er gegen die Betriebsräteinitiative ist. Er behauptete einfach, diese Initiative zersplittere die Kräfte und schwäche uns. Ich bin unter anderem auch hierher gekommen, um euch zu sagen, daß Franz Steinkühler nicht die IG Metall ist. Ich halte solche Vorwürfe für absurd. Jede Initiative wie diese hier, die für Arbeiterinteressen und gegen das Kapital kämpft, die kann uns nur stärken, die hilft den Gewerkschaften. Jeder, der dagegen redet, der spaltet uns und der schwächt uns. In einem Redebeitrag, den ich auf dem Gewerkschaftstag gehalten habe, habe ich Vorschläge gemacht, über die man da auch diskutiert hat, wie die Gewerkschaften in Ost und West gemeinsam an einem Strang ziehen, für gleiche Löhne in Ost und West, sofort für gleiche Tarifverträge kämpfen, keinerlei Öffnungsklauseln zulassen, Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen im Wohnungsbau oder im Umweltschutz auf Kosten der Unternehmergewinne. Das muß auch von den Gewerkschaften durchgesetzt werden

kann. Ich muß sagen, mit einer solchen Haltung hineinzugehen in eine Situation, in der wir möglicherweise gezwungen sein werden zu streiken und uns zur Wehr zu setzen, das würde dann bedeuten, daß wir mit gebundenen Händen in eine solche Lage hineingehen, wenn wir von vornherein erklären, wir sind nicht streikfähig.

Nebenbei, wenn wir nicht streikfähig sind, sind wir auch gar nicht mehr tariffähig, sonst sind wir keine Gewerkschaft. Ich meine, wir müssen in einer solchen Lage versuchen, die Methoden und diese Kampfformen auszuloten, die möglich sind, ohne daß man gleich in einen Generalstreik hineinkommt. Es gibt durchaus Möglichkeiten, durch flexible Steiks, dadurch, daß man die Streiks an verschiedenen Orten einen Tag, zwei Tage führt, dadurch, daß man stundenweise hinausgeht zu eben diesen Menschen, die heute so verantwortungslos mit Arbeitsplätzen umgehen, das Leben sauer zu machen und zu Erfolgen zu kommen.

Bernd Koop, Eisenhüttenstadt:

Ich bin ehemaliges Betriebsratsmitglied in der EKO Stahl AG. Ich war auch mit in Bonn. Jetzt, seit dem 1. 11. ausgegliedert ins EKO Anlagenbau GmbH i.G., also noch in Gründung. Das mag alles seine Vor- und Nachteile haben. Aber es gibt ein schönes Sprichwort: Teile und herrsche!



Kurz ein paar Fragen, bezogen auf ein paar Beiträge. Es hieß, wir sind froh, daß wir Gelder von der Treuhand kriegen. Jetzt muß ich mal fragen, wessen Gelder sind denn das, die die Treuhand hier vergibt? Es sind doch unsere Steuergelder. Wir bezahlen mindest 80 % der Kosten, die die deutsche Einheit verursacht. Das sind nun mal auch Kosten der Vernichtung der Arbeitsplätze hier in Ostdeutschland. Deswegen kann ich mich eigentlich nicht darüber freuen, daß ausgerechnet hier und da mal eine Mark hinfällt. Wir müssen permanent wieder alle zusammen dafür kämpfen, daß alle Arbeitsplätze erhalten werden. Dann ist die Frage, wer sitzt im Verwaltungsrat der Treuhand? Die Gewerkschaften haben darum gekämpft, in der oberen Etage Vertreter drinzuhaben. Wer von euch hat denn irgendwann mal erfahren, wer dort in welchem Sinne eine Entscheidung mitgetragen oder mitgefällt hat über die ganzen Arbeitsplätze, die von der Treuhand vernichtet werden? Wenn hier jemand ist, der darüber etwas weiß, der möge sich bitte melden, ich kenne bisher keinen, ich habe schon mit vielen Betriebsräten gesprochen.

Die SPD soll mal an die Basis gehen

Die SPD hat sich mit den 10 Forderungen der ersten Konferenz in Berlin solidarisch erklärt. Die Bundestagsfraktion hat immer gesagt, das sind auch unsere Forderungen, wir können sie aber nicht umsetzen, wir sind ja schließlich nur die Opposition. Da habe ich sie gefragt, warum sie dann nicht zu uns an die Basis zurückkommen und mit uns, den Betroffenen, diese Sachen umsetzen. Denn wir können doch dann die SPD in die entscheidende Lage bringen. Bisher keine Antwort dazu. Dann bin ich noch der Auffassung, daß die SPD gar nicht gewillt ist, ihre entsprechende Verantwortung wahrzunehmen. Denn, mal andersrum, wenn die SPD in der Rolle der CDU wäre und die CDU in der Opposition, bin ich der Meinung, würden die beiden bloß die Rollen tauschen und wir hätten die gleiche Situation, nur mit einer anderen Partei.

Eberhard Wagner hat angesprochen: Gemeinsame Aktionen mit allen Belegschaften. Das ist das Entscheidende. Wenn hier gesagt wird von meinem Vorredner, Streik ist alles gut und schön, aber nicht Generalstreik, dann ist das wieder so eine Rumeierei. Das hilft uns alles nicht weiter. Entweder wir gehen jetzt einen konsequenten Schritt nach vorn, denn geredet und gefordert haben wir genug. Jetzt müssen endlich von uns Taten folgen, die Druck machen, denn wir haben nichts anderes zu verlieren als unsere Arbeitsplätze und die stehen sowieso auf der Abschußliste.

Wolfgang Linke, Betriebsrat, München:

Wir können von unten was machen

Kolleginnen und Kollegen, ich bin in erster Linie als Privatmann hier, obwohl ich IG-MetallMitglied bin und bei Rhode und Schwarz in München arbeite, dort auch Betriebsrat bin und stellvertretender VK-Leiter.



Aber ich habe keinen offiziellen Auftrag. Ich möchte mir das aber hier mal mit eigenen Augen anschauen und anhören. Meine Firma ist eine Firma für Meßgerätetechnik, Hochfrequenztechnik, mit fallender Tendenz beim Personal. Die Verbindung zu den neuen Bundesländern: Wir haben einen Teil des Pumpgerätewerkes Köpenick gekauft, das sind insgesamt ca. 30 Leute, die da jetzt zu Rhode und Schwarz

Das ist eine Liste, in der Betrieb um Betrieb, Arbeitsamtsbezirk um Arbeitsamtsbezirk in allen fünf neuen Bundesländern und Berlin aufgezählt ist, wieviele Kolleginnen und Kollegen entlassen werden. Diese Liste ist damals natürlich auch an den DGB-Bundesvorstand gegangen und ist dort mit dem Vermerk "vertraulich behandeln" an die DGB-Landesbezirksvorsitzenden weitergereicht worden. Die Betriebsratsinitiative hat diese Liste dann auch irgendwie gekriegt. Da haben wir gesagt, wieso denn vertraulich? Wieso schiebt man denn die realen Entlassungszahlen, die den Arbeitsämtern gemeldet werden, als vertraulich von einem Schreibtisch zum anderen? Sowas muß veröffentlicht werden. Wir wissen doch, daß es auch eine solche Liste der Treuhandanstalt an die Arbeitsämter für den Flugtag 31.12. diesen Jahres wieder gibt. Wir aber haben die Liste bis heute nicht. Deshalb sage ich es öffentlich. Kämpfen wir alle drum, bemühen wir uns, daß wir diese Liste irgendwie rauskriegen. Dann werden wir sie drucken und veröffentlichen. Wir werden das Flugblatt, das zu Protestaktionen im Dezember aufruft, an alle Betriebe, an die, die liquidiert werden oder aus denen Kolleginnen und Kollegen entlassen werden, schicken, damit sie mitmachen bei der Protestaktion vor der Treuhand.

Gegen Investivlohn und Tariffonds

Die IG Chemie hat in Bonn eine Presseerklärung abgegeben zum Investivlohn und zur Einrichtung von Tariffonds. Jetzt sollen also Kollegen, die sowieso schon mit weniger Urlaub, weniger Urlaubsgeld, längerer Arbeitszeit, 50 % Tariflohn im Osten usw. auskommen müssen, auch noch 10 % ihres Lohnes abgeben an einen Tariffonds, sog. Investitionen in den eigenen Betrieb. Das ist erstens der billigste Weg, wie Betriebe an Kapital rankommen, auf Kosten der eigenen Belegschaft und sie sparen sich den Gang zu den teuren Banken mit den teuren Zinsen. Wenn die Kollegen das Geld selber auf die Bank bringen würden oder Wertpapiere kaufen würden, dann hätten sie natürlich mehr davon, als wenn sie das in einen solchen Tariffonds geben. Warum soll denn gerade bei den Kollegen das Geld abgeknapst werden? Wir fordern, daß die Unternehmergewinne, die sind horrende - dafür genommen werden, daß Lohnsubventionen gezahlt werden. Das ist das eine.

Keine Aushöhlung der Tarifverträge

Das zweite ist, daß es uns überhaupt nichts nützt, und ich sage das auch im Lernen von einer Veranstaltung bei der SPD mit Thierse in Berlin zur Frage der Tarifautonomie, es nützt uns gar nichts, wenn da beim Solidarpakt vielleicht im Dezember oder Januar herauskommt, gesetzlich bleibt in den Tarifverträgen alles beim alten, wir rühren doch nicht die gesetzliche Tarifvertragsregelung an. Aber unter der Hand schließen die Gewerkschaften dann Verträge ab, wo dann doch unter Tarif gegangen wird. Das Gesetz bleibt, aber was ist eine Höhle? Eine Höhle ist ein Loch unter einem Oberflächenboden. Da wird unten drunter was praktiziert. Das nützt uns überhaupt nichts. Deswegen beantrage ich auch, daß wir im Frühjahr oder Frühsommer eine dritte Konferenz machen, die unter anderem Bilanz zieht: Was ist denn hier eigentlich jetzt in diesen Monaten, in dieser wichtigen Jahreswende gelaufen in der Tarifvertragsgeschichte. Und zwar praktisch bei den Betrieben. Wenn sie die Fassade lassen, das Gesetz lassen, aber unter der Hand die Kollegen doch weniger Lohn kriegen und die Mieten steigen - es geht hier um den Wert der Ware Arbeitskraft, wir leben doch im real existierenden Kapitalismus - dann muß man unbedingt Bilanz ziehen, was unsere Gewerkschaften hier in dieser Frage machen. Deswegen möchte ich eure Aufmerksamkeit auf diesen Punkt hier lenken. Wir müssen auf jeden Fall Aktionen machen gegen die Abschaffung der Tarifautonomie. Aber wir müssen auch darauf gefaßt sein, daß sie die Fassade lassen und unter der Hand dann doch abgebaut wird.

Wir wollen mit Bündnisorganisationen wie Arbeitslosenverband, Mieterverein und natürlich unseren Gewerkschaften eine machtvolle Jahresabschlußdemonstration und Kundgebung vor der Treuhandanstalt durchführen. Und ich bitte euch zu überlegen, ob ihr eure Belegschaften dafür mobilisieren könnt. Wir kennen doch die Bilder, wenn die Bauern demonstrieren und mit ihren Traktoren auffahren. Die Belegschaften, die ihr hier vertretet, die haben auch Traktoren und ganz andere Gerätschaften. Da können wir mal zeigen, daß es Menschen gibt, daß es hier Gewerkschafter und Betriebsräte gibt, die Nein sagen zu diesen Verbrechen, die in der Treuhandanstalt tagtäglich hochbezahlt gemacht wird, nämlich die Massenentlassungen an unseren Kolleginnen und Kollegen.

Peter Hartmann, Betriebsratsvorsitzender BAE Belfa, Berlin:

Kolleginnen und Kollegen, ich bin Betriebsrat in der Belfa. Wir sind hier auch sehr präsent, weil wir ja auch ein Heimspiel haben. Das heißt, bevor dieser Saal hier dem WF gehörte, gehörte er ursprünglich mal eigentlich uns. Ich möchte erstmal die Worte von Martin Clemens nachdrücklich unterstützen. Unser Betrieb sieht es also auch so und würde auch diese ganzen Geschichten mitgehen, weil wir einfach denken, es ist Zeit zu handeln und es reicht nicht mehr, hier nur mit Oberflächengeplänkel zu reagieren, sondern jetzt muß man Farbe bekennen.

Zu der Geldfrage vielleicht noch so viel, wir haben da draußen Batterien. Die haben wir während unserer Betriebsbesetzung gefertigt und diese Erlös geht aus-



Verdacht haben wir. Es tut und tut sich in dieser Geschichte nichts. Uns brennt es unter den Nägeln, denn wir haben, wenn man davon ausgeht, daß am 20.12. die Treuhand nicht mehr arbeitet, genau noch 30 Tage Zeit, daß dieser Deal zustande kommt. Deshalb möchte ich hier den Antrag stellen, daß wir hier eine Resolution verfassen, daß die Belfa noch vor dem 31.12. zu privatisieren ist.

Wir wollen kein menschlicher Abfall werden

Ich möchte euch noch eins sagen, wie brisant es für unsere Leute ist. Wir haben zwei Mal Kündigungen gehabt und es versucht, das so weit wie möglich "sozial" zu machen. Unsere Struktur sieht so aus, daß 34 % der gesamten Belegschaft im 50. Lebensjahr und älter sind. Das muß man sich mal überlegen. Das Durchschnittsalter beträgt 43 Jahre. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 18 Jahre. Wir haben einen sehr großen Anteil Menschen, deren erster Betrieb das war, die dort gelernt haben und nie einen anderen Betrieb kennengelernt haben. Wenn diese Menschen auf die Straße fliegen, sind sie menschlicher Abfall. Deshalb ist unsere Belegschaft so motiviert und wir werden auch eine ganz spektakuläre Aktion starten, unabhängig von dem, was wir hier vorhaben und hoffentlich beschließen werden. Wir werden auch noch einmal unser eigenes Ding machen. Ich möchte dazu nicht mehr sagen, weil sonst wahrscheinlich Präventivmaßnahmen von der Treuhand eingeleitet werden, da ja hier die Medien sind. Ich möchte noch einmal nachdrücklich sagen, unsere Belegschaft unterstützt voll und ganz den Antrag, den der Eberhard Wagner bzw. der Martin Clemens gestellt hat: Hin mit den ganzen Gerätschaften, das Ding dicht machen und zusammen mit dem Arbeitslosenverband, an die Leute kommen wir ja gar nicht ran, die es schon getroffen hat, mit uns, die es noch treffen kann, und zusammen mit dem Mieterverband, dort so eine Demonstration hinstellen, wie die das überhaupt noch nicht gesehen haben.

Paul Schulz, Rentner

Die ganze Bevölkerung mobilisieren

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auch etwas zu der vorgeschlagenen Aktion gegen Jahresende gegen die neue Viertelmillion Entlassungen sagen möchte, will ich noch einige grundsätzliche Dinge sagen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden die Worte: " Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" populär. Besonders die Sozialdemokratie im Westen benutzte diese Begriffe. Ich komme ja auch aus dem Westen, ich komme von Opel Rüsselsheim, da habe ich die letzten 15 Jahre vor meiner Rente gearbeitet. Es gab also die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer. Aber welche Arbeit geben die Arbeitgeber? Der Name ist gar nicht zeitgemäß. Die einzigen Pläne der Arbeitgeber, der ehemaligen angeblichen Arbeitgeber, ist Arbeit zu vernichten in Ost und



West und weltweit. In dieser Hinsicht müßten wir uns mal auch über den Sprachgebrauch einige Gedanken machen. In der Ex-DDR wurde mit einem Schlag die ganze wirtschaftliche Struktur, die industrielle und landwirtschaftliche Struktur zerschlagen. In den Medien wird viel gesprochen über die traurigen Zustände in Rußland, in der ehemaligen Sowjetunion, in Polen usw. Wir haben aber gehört von den Kollegen aus Polen, als diese hier sprachen, in Polen gibt es einen Betrieb, vielleicht ist es nicht der einzige, mit 20 000 Arbeitskräften, d.h. bei allem Chaos und bei allen Problemen, die die Kollegen haben, die wirtschaftliche Struktur ist dort nicht zerschlagen worden. Die machen jetzt folgende Erfahrung: Sie versuchen irgendeine Form der Privatisierung und sie werden sehen, daß das nicht gehen wird. Aber die wirtschaftliche Struktur ist da. Dagegen wurde sie in der DDR zerschlagen, die existiert nicht mehr. Jetzt wollen sie eben zum Jahresende noch einmal 250000 auf die Straße setzen. Also muß es darum gehen, daß der Kampf, sei es vor Jahresende oder danach, auch die Perspektive hat, die ganze Wirtschaftspolitik und die ganze Sozialpolitik dieser Regierung grundsätzlich zu verändern und für eine eigene wirtschaftliche Lösung zu kämpfen. In Bezug auf die geplanten Aktionen vor Jahresende, die sicher sehr notwendig sind, schlage ich vor, nicht nur die Arbeiter zu mobilisieren, sondern die ganze Bevölkerung aufzurufen, sich daran zu beteiligen. Denn von dieser Kahlschlagpolitik ist doch die ganze Bevölkerung betroffen.

Hans Köbrich, Betriebsrat BMW-Motorradwerk, Berlin

Ich bin Betriebsratsmitglied im BMW Motorradwerk in Spandau. Ich kann hier leider nicht für den gesamten Betriebsrat sprechen, sondern nur für einen Teil. Bei uns gibt es eine Spaltung im Betriebsrat.



diesen Ausflaggungen zu begegnen, bewilligt die Bundesregierung sogenannte Finanzierungsbeihilfen für die deutsche Seeschiffahrt. Diese Beihilfen werden immer sehr zögerlich beantragt und auch erst im letzten Augenblick verabschiedet, so daß für die Reeder eigentlich nichts weiter übrigbleibt, als von ihrem Standpunkt aus gesehen die Ausflaggung zu betreiben. Aber das kann nicht in unserem Sinne sein. Derzeit steht es so, daß diese Finanzbeihilfen, die jetzt zur Zeit bei 115 Millionen Mark für alle Reeder liegen, untereinander aufgeteilt werden. Diese 115 Millionen Mark werden bewilligt unter der Voraussetzung, daß der Reeder gezwungen wird, das Schiff für 2 Jahre unter deutscher Flagge zu halten. Das ist nach unserer Auffassung zu wenig. Einmal diese Frist von 2 Jahren und zum anderen natürlich auch diese Finanzbeihilfe. Von dieser Finanzbeihilfe hat unsere Reederei bisher noch nichts gesehen, da wir bisher nur eine Strukturierungshilfe bekommen haben. Das muß man so eindeutig sagen. Wir fordern hier an dieser Stelle, daß für unsere Reederei auch eine Unterstützung von seiten der Treuhand und von der Bundesregierung zusätzlich kommt, um diesen Arbeitsplatzabbau für unsere Seeleute zu verhindern, denn bisher wurden "nur" Entlassungen nötig, die auf Rationalisierung, also Schiffverkauf, bzw. auf Optimierung der Besatzungsstärke zurückzuführen waren. Wir wollen auf alle Fälle verhindern, daß es unsere Seeleute auch betrifft. Ich bitte euch, diese Resolution und diesen Antrag von uns zu unterstützen.

Karl Köckenberger, Berlin:

Ich bin Betriebsratsvorsitzender von Krupp-Stahlbau hier in Berlin. Ich wollte zu ein paar Punkten sprechen.

Gemeinsame Aktionen sind nötig

Einmal: Auf der letzten Konferenz bin ich an das Mikrofon gegangen und habe über die Situation in unserem Betrieb erzählt, daß es bei uns wie auch bei der Firma Bestahl, ein Stahlbaubetrieb in Ostberlin, anstand, daß ein Scientologe unsere Betriebe kaufen wollte. Von diesem Zeitpunkt an, dem 20.06. sind wir in die Presse gegangen, haben gemeinsam, die Betriebsräte Bestahl, Krupp-Stahlbau Berlin und von Riesa, der Betrieb stand auch zum Verkauf an, verhindert, daß wir an die Scientologen verkauft worden sind. Das war eine gemeinsame Aktion und diese Sachen sind wichtig, sonst können wir auch wirklich nichts verhindern. Bei diesen gemeinsamen Aktionen oder auch Presseaktionen sind wir unterstützt worden von den Kirchen, vom DGB, von der IG Metall und auch von verschiedenen Einzelpersonen sowie auch von verschiedenen Fraktionen. Aber so wie wir diesen Verkauf an die Scientologen verhindert haben, treffen wir uns auch weiterhin mit verschiedenen Stahlbaubetrieben, um zusammenzuarbeiten, um unsere Arbeitsplätze zu retten. Unter anderem haben wir deshalb auch im Reichstagsgebäude den Minister Krause gefragt: Wieviel Brücken werden denn in Ostdeutschland und in Berlin von ostdeutschen und Berliner Betrieben gebaut? Weil sehr viele Brücken auch von ausländischen Firmen gebaut werden. Wir haben nichts gegen ausländische Kollegen. Bei uns im Betrieb sind ein Drittel der Beschäftigten ausländische Kollegen, die den gleichen Lohn bekommen wie die anderen Kollegen, das ist gar keine Frage. Aber gegen Lohndumping, gegen Wertverträge mit Dumpingpreisen, dagegen haben wir was. Bei uns im Betrieb sieht die Situation jetzt so aus, daß unser Gelände verkauft werden soll von einem Konzern, ähnlich wie die Treuhand die Immobilie verkauft, so will der Konzern unser Hauptstadtgelände, wo wir drauf produzieren, verkaufen. Es heißt: So jetzt müßt ihr zurechtkommen und euch ein anderes Gelände und andere Gebäude suchen oder ihr könnt zumachen. Wir werden uns dagegen wehren.



Ich denke, so wie wir gemeinsam in die Öffentlichkeit gegangen sind, ist es wichtig, daß wir weiterhin als Betriebs- und Personalräte aus dem Osten wie aus Berlin in die Öffentlichkeit gehen und auch von Medien und Rundfunkanstalten genügend Platz einfordern. Eine Sache, die wir gemeinsam geschafft haben, war der Ostwind. Hier möchte ich auch der Redaktion danken, daß sie es 5 mal geschafft hat, den Ostwind herauszugeben als gegenseitiges Informationsblatt. Ich finde, es war auch eine tolle Idee, daß der Ostwind jetzt 25 000 mal am letzten Freitag über die TAZ verschickt worden ist oder in der TAZ als Beilage drin war. Ich denke, es müßte in der Richtung weitergehen, daß der Ostwind möglichst oft rauskommt als gegenseitiges Informationsblatt, um uns zu informieren, wo Arbeitsplatzabbau stattfindet, wo Aktionen stattfinden und wo positive Ansätze sind.

Autobahnen blockieren

Die Aktion vor der Treuhand ist ganz wichtig. Vielleicht eine Ergänzung dazu, noch eine zweite Aktion, die in Verbindung damit stehen könnte. Die Kollegen



sich dort zusammengetan hat und die diese Plattmacherei munter fortführt, daß die einen grundlegenden Wechsel in ihrer Politik vollführt? Ich meine, wenn wir dort wieder hingehen, dann müssen wir auch klarstellen, daß, wenn die uns plattmachen, wir sozusagen, politisch sage ich das mal, uns das auch nicht gefallen lassen. Denn warum sollten wir solche Institutionen und warum sollten wir das Kapital stehen lassen, wenn es uns plattmacht? Warum sollten wir uns immer wieder an diese wenden, mit der Aufforderung, uns zu sanieren? Welche Interessen haben die denn? Ich komme aus Berlin West. Die Entwicklung in den jetzt alten Bundesländern ist ja nicht unbekannt, der Arbeitsplatzabbau, der Produktionsverlauf usw. Man hat da vor einigen Jahrzehnten beschlossen, einen Sockel von Arbeitslosen einfach zu haben und hinzunehmen. Das hat sich auch nicht geändert. Das, was für das nächste Jahr angekündigt ist, diesen Sockel der Arbeitslosigkeit, diese Freistellung und Vernichtung von Arbeitskräften einzurichten, ist eine Politik, gegen die wir mit einer Aktion, in der wir nicht konkret auch das angreifen, wenig weiterkommen werden. Und darum möchte ich doch auch fordern, daß ein konkreter politischer Angriff bei diesen Aktionen dann auch stattfindet gegen die Treuhand.

Hermann Wiro

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel steht auf der Tagesordnung

Spezialbau Potsdam. Ich glaube, daß solche Aktionen den Leuten bei der Treuhand eigentlich genehm sind. Sie lassen uns da ein bißchen rumzappeln, da kommen wir dann mit ein paar Autos. In Wirklichkeit entlassen sie zum 31.12. Da kannst du nun machen, was du willst. Ob du nun mit dem Politiker sprichst, mit Kohl oder wem, das dient vielleicht deiner eigenen Profilierung, aber es dient nicht uns. Ich bin der Ansicht, hier muß ein Generalstreik her, und wenn es ein Tag ist. Ein Generalwarnstreik. Das ist die Sprache, die sie verstehen, denn dann geht es an ihr Geld und nicht dieses blöde Gequatsche. Wir können uns hier anfeuern gegenseitig, aber du erreichst gar nichts mehr. Wir brauchen Aktionen, die denen weh tun. Vor der Treuhand - das nutzt gar nichts. Da war ich auch ein paar mal dagewesen. Da wird man mit schönen Worten nach Hause geschickt. Mir reicht das nicht. Da müssen Aktionen her, die was bewirken. Meinetwegen daß wir auch mit anderen zusammenarbeiten. Aber hier muß irgendwo mal ein Akzent gesetzt werden. Wir müssen auch den Leuten sagen, daß dieses ganze Geplätscher an der Oberfläche gar nichts hilft, wenn wir es nicht erreichen, daß wir über die Dinge, die wir produzieren und die Ergebnisse auch mitbestimmen können, d.h. daß endlich nicht die Privatisierung der Produktionsmittel auf der Tagesordnung steht, sondern daß die Vergesellschaftung auf der Tagesordnung steht, damit die bestimmen, die es erarbeiten und nicht die, die sich das nachher aneignen.

Eberhard Wagner:

Alles richtig, aber einen Generalstreik können wir nur dann durchführen, wenn die Gewerkschaften mitziehen. Und das ist völlig utopisch zu glauben, daß wir bis zum 31.12. mit den Gewerkschaften einen Generalstreik hinkriegen.
Ich glaube, es wäre zuviel verlangt, hier noch ein Schlußwort zu halten. Wir haben alle eines gemerkt, daß wir unseren Zusammenhalt gefestigt haben und sicherlich auch auf diesem Weg weiterhin festigen werden. Dafür wünsche ich euch allen noch viel Erfolg.

Die Konferenz ist zu Ende.

Die 2. Konferenz ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

- beschloß, Mitte Dezember vor der Treuhandanstalt Berlin Leipziger Straße eine Protestaktion gegen die bevorstehende erneute Massenentlassung von ca. einer Viertelmillion Kolleginnen und Kollegen durchzuführen.

- beschloß eine Resolution gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, verurteilte die faschistischen Mordüberfälle auf unsere ausländischen KollegInnen und rief alle Betriebsräte, Personalräte und GewerkschafterInnen auf, nicht zuzulassen, daß deutsche und ausländische KollegInnen gegeneinander aufgehetzt werden.

- ruft alle Betriebs - und Personalräte in Ost- und Westdeutschland sowie unsere Gewerkschaften auf, parallel zur Bundestagsdebatte über die Öffnung der Tarifverträge außerordentliche Belegschaftsversammlungen zu diesem Thema zu organisieren, auf denen Kampfmaßnahmen gegen die Aushöhlung der Tarifautonomie und das Lohndumping im Osten beschlossen werden.

- stellt sich geschlossen hinter die Forderungen des Betriebsrates der BAE Belfa GmbH Berlin, die zum 31.12.92 ausgesprochenen Kündigungen der gesamten Belegschaft sofort zurückzunehmen.

- beschloß, die Demonstration der Betriebsräte Sachsen-Anhalts am 1.Dez.92 anläßlich eines Kohl-Besuches in Leuna zu unterstützen.

- verabschiedete eine Solidaritätsresolution mit dem Kampf der Belegschaft, des Betriebsrates und der Gewerkschafter der Klöckner-Hütte Bremen gegen die Stillegung ihres Werkes.

- beschloß, die Hans - Böckler - Stiftung aufzufordern, die 15% Beiträge der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der Firmen in den neuen Bundesländern, in einen speziellen Fond zusammenzuführen, der ausschließlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt wird. Die Verwendung dieser Mittel soll satzungsgemäß von der HBS, dem DGB und einem Kuratorium aus Betriebs- und Personalräten mit Länderquote organisiert werden.

- beschloß, den Vorstand der Treuhandanstalt aufzufordern, vor Privatisierungsentscheidungen die Arbeitnehmer des betroffenen Betriebes und ihre zuständige Interessenvertretung, die Geschäftsleitung, die Entscheidungsträger der Region (Bürgermeister, Landesregierung, Arbeitsamt usw.) sowie die abhängigen Betriebe, Bildungseinrichtungen etc. zu konsultieren.

- beschloß, die DGB-Landesbezirke in den fünf neuen Bundesländern aufzufordern, die betrieblichen Vorstellungen der Treuhandunternehmen zur Weiterführung bei maximalem Arbeitsplatzerhalt auf Branchen und Regionen bezogen zu erfassen.

- ruft alle Belegschaften auf, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Denkt an die Zukunft der Jugend!

- war sich darin einig, von Treuhandanstalt und Regierung die unbedingte Erhaltung von Kernbereichen der Industrie zu fordern.

- beschloß, mit den Gewerkschaften eine gemeinsame Initiative gegen den Sozialabbau, insbesondere gegen die 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes vorzubereiten.

- beschloß, eine Delegation der Betriebsräteinitiative zum DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer zu entsenden, um über eine weitere Zusammenarbeit zu beraten.

- beschloß, im ersten Halbjahr 1993 eine 3. bundesweite Arbeitnehmervertreter-Konferenz unter Beteiligung ausländischer Kolleginnen und Kollegen durchzuführen. Diese Konferenz soll von Betriebsräten, Personalräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsvorständen organisiert werden.

- beauftragte den Arbeitsausschuß, weiterzutagen und die anstehenden Arbeiten zu koordinieren.

Der volle Wortlaut aller Anträge wird in der Ostwind-Dokumentation der zweiten Konferenz abgedruckt.

Martin Clemens
Rainer Bluhm
Ingo Stuve

A N T R A G
des Arbeitsausschusses

Die 2. Betriebsrätekonferenz möge eine **Protestaktion** gegen die erneute Massenentlassungswelle der THA zum 31.12. 1992

in der 2. Dezemberwoche
vor der THA, Leipziger Straße

beschließen.

Diese Aktion soll zusammen

mit den **Gewerkschaften**
mit dem **Arbeitslosenverband**
mit **Mietervereinen** etc.

durchgeführt werden, wobei diesmal alle Betriebsräte ihre

BELEGSCHAFTEN und
Geräte und
Produkte

mitbringen.

Berlin, den 21.11. 1992

Peter Hartmann
Betriebsrat Belfa

Resolution

Die Versammlung der ostdeutschen Betriebs-und Personalräte stellt sich einstimmig hinter die Forderungen des Betriebsrates der Belfa, daß die Treuhand (THA) den Verkauf des Batteriewerkes an die Narva/Priamos GmbH. bis zum 31.12. 1992 abschließt und die ausgesprochenen Kündigungen der gesamten Belegschaft sofort zurücknimmt.

Berlin, den 21.11. 1992

H. Sonnenschein
Betriebsrat
Wolfener Vermögensverwaltungs AG

A n t r a g

Eine Delegation der Betriebsräteinitiative wird in einem Gespräch mit **H. Meyer - DGB Vorsitzender -** die weitere Zusammenarbeit besprechen, zu weiteren branchen-und länderübergreifenden Aktivitäten.

P.s.: So wie wir es in der IG-Chemie geschafft haben, muß es auch im DGB möglich sein.

Berlin, 21.11. 1992

H. Sonnenschein
IG Chemie

A n t r a g
des Betriebsräte Chemie

Unterstützung aller Betriebs-und Personalräte bei einer Demonstration am 01.12. 1992 in Leuna anläßlich eines Kohl-Besuches zur Regionalkonferenz Sachsen-Anhalt.
Die Betriebsräte aus Sachsen-Anhalt protestieren dort, um den Standorterhalt strukturbestimmender Betriebe.

Vorschläge zum Punkt - "Wie soll es weitergehen?"

Konstruktive Vorschläge, herangetragen an die Regierung sowie an die THA, ähnlich wie auf bisherigem Weg

1. Es sollte verstärkt nachgerechnet werden, was nun letztendlich, auch langfristig gesehen, billiger ist.
   Arbeitslose "schaffen" und diese sozial mit finanziellen Mitteln abfangen oder die Treuhandunternehmen, zumindest diese mit positiver Bilanzentwicklung, weiter zu begleiten, ganz zu schweigen vom sozialen Effekt.

2. Unbedingte Erhaltung von Kernbereichen der Industrie. Wie soll sonst eine Aufschwungphase, von der ja oft berichtet wird, erfolgen, wenn die notwendigen Bausteine zum Aufschwung fehlen.

3. Gleichbehandlung von Unternehmen in Hinsicht auf Größe und politische Bedeutung

4. Schaffung von Möglichkeiten zum Nachteilsausgleich von Ost-Unternehmen, besonders in Bezug auf Referenzen auf dem westdeutschen und westeuropäischen Markt.

5. Einflußnahme auf eine Finanzpolitik, um Investitionen der Ost-Unternehmen zu ermöglichen. (vernünftige Zinsen, vernünftige Rückzahlungskonditionen, günstige Invesitionszulagen, Streichung der unverschuldeten Altschulden).

Textilwerke Flöha GmbH
Heinrich-Heine-Str. 5
O - 9380 Flöha

Betriebsrat

Anträge an die 2. ArbN-Vertreter Konferenz OST

1. Die 2. Konferenz möge die Durchführung einer bundesweiten ArbN-Vertreter Konferenz beschließen:

   3. Konferenz deutscher und ausländischer Arbeitnehmer/innen

   - STOPP die Arbeitspl atzvernichtung -

   organisiert durch BR, PR, VL und Gewerkschaftsvorstände

2. Im Vorfeld des Aktionstages (THA-Leipzigerstr.) in möglichst vielen Betrieben zeitgleiche Betr.-vers. durchzuführen mit der o.g. Thematik.

Stephan Demke
Belegschaftssprecher
Reese + Chaskel Druck GmbH
O - 1160 BERLIN
Ostendstr. 1-14
Tel.: 63832428

Antrag an die 2. Konferenz

Die Konferenz möge beschließen:

Die 15 % Beiträge der Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten und Beiträten in den neuen Ländern, die gegenwärtig an die HBS gehen, werden in einem speziellen Fond zusammengeführt, der ausschließlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt wird.
Die Verwendung dieser Mittel soll setzungsgemäß von der HBS, dem DGB und einem Kuratorium aus Betriebs- und Personalräten mit Länderquote organisiert werden.

Eberhard Wagner
Deutsche Seereederei Rostock GmbH

Ostwind Info 29.6.93



Solidarität mit Belfa!

Seit Montag,28.6.93, sechs Uhr morgens befinden sich 10% der Belegschaft im unbefristeten Hungerstreik!
Das BAE Belfa Gerätebatteriewerk ist von der Belegschaft besetzt!
Der Kündigungsvollzug zum 30.6. muß verhindert werden!
Der Ofen vor dem Werkstor wird erst gelöscht, wenn der Kampf um den Verbleib aller 130 Kolleginnen und Kollegen auf dem 1. Arbeitsmarkt gewonnen ist.
Die Kolleginnen und Kollegen fordern von der Treuhandanstalt:

Entweder unverzügliche Rücknahme der Kündigung bis zur Privatisierung oder eine rechtsverbindliche Zusicherung der Treuhandanstalt, daß die Immobilie nur mit der Garantie der Übernahme der jetzigen Belegschaft veräußert wird.

Die Belfa-Belegschaft braucht Eure Solidarität!
Besucht die Hungerstreikenden im Werk, Bruno-Bürgel-Weg 69, direkt an der Spree, nähe Schnellerstraße in Berlin Oberschöneweide!
Schickt ein Solidaritätsfax an die Fax-Nr: 6353227
Ruft mal an! Tel. Nr.: 6352036
Kommt zur Gründung des Solidaritätskomitees am Dienstag, 29.6., 19 Uhr, im Werk!

V.i.S.d.P. Martin Clemens, ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr.4, O-1020 Berlin,Tel. 2755603

Ostwind 6.Juli '93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Solidarität mit den Kali-Kumpels von Bischofferode!

Über 40 Bergleute und 20 Frauen hungern im Kali-Werk "Thomas-Müntzer" für ihre Arbeitsplätze.Die Frauen sind auf 600m Tiefe eingefahren und wollen dort solange bleiben, bis die Belegschaft den Arbeitskampf zur Rettung ihrer Arbeitsplätze gegen die Treuhandanstalt gewonnen hat.

Helft den Kali-Kumpels und ihren Frauen!
Die Belegschaft braucht praktische Hilfe, Zuspruch und Geld.

Betriebsrat und Belegschaft des Kali-Werkes Bischofferode rufen auf:

Kommt alle zum Solidaritätstag am Samstag, 10. Juli, ab 12 Uhr auf das Werksgelände in Bischofferode!

"Die Herren machen das selber, daß der arme Mann ihnen feind wird" (Thomas Müntzer)

Bringt Fahnen, Transparente und Kulturbeiträge mit!
Schickt betriebliche und gewerkschaftliche Solidaritätsdelegationen!

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271

V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin

Bischofferode: Der Kampf geht weite

Warum soll das Kali-Werk geschlossen werden?

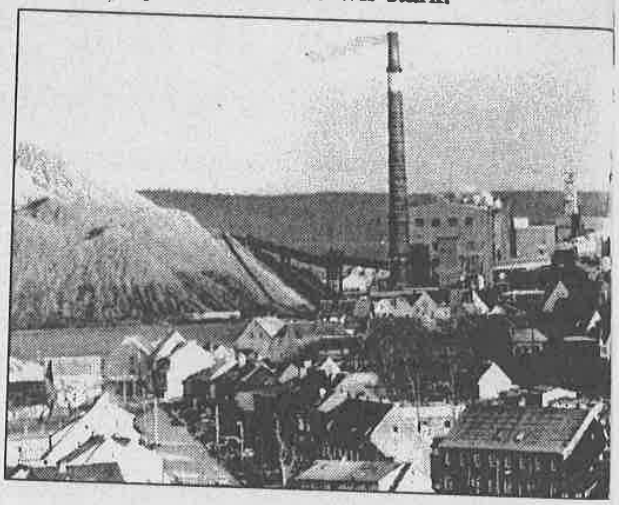
Die Treuhandanstalt (THA) hat aus den Kali-Werken Zielitz, Unterbreitzbach, Merkers und Bischofferode die Mitteldeutsche Kali AG (MdK) gebildet. Dieser ostdeutsche Betrieb soll mit der Kasseler Kali-Salz AG, eine 100% Tochter des Ludwigshafener Konzernriesen BASF, fusioniert werden. Kommt der Fusionsplan zur Ausführung, wird das traditionsreiche Kali-Werk in Bischofferode zum Jahresende 1993 geschlossen. 700 Bergleute fliegen auf die Straße. Die THA spricht von der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kaliindustrie, von Überkapazitäten auf dem Weltmarkt und Absatzschwierigkeiten für das Kali-Salz. Das sanftlebene Fleisch aus der Leipziger Straße fordert die Kumpels vom Eichfeld zu Opfern auf. BASF will Bischofferode schließen lassen, so Kali-Kumpel Walter Ertmer, damit die nord- und westeuropäische Konkurrenz auf dem Mischdüngermarkt, die von dem K 60-Salz aus Bischofferode mehr oder wenig abhängig ist, eins ausgewischt kriegt und seine Monopolstellung ausgeweitet wird.

Eine Belegschaft wehrt sich

Von den ursprünglich 1900 Kollegen arbeiten heute noch knappe 700 im Werk. Seit dem 10.12.92 wissen die Kali-Bergleute von Bischofferode, daß ihr Schacht geschlossen werden soll. Seitdem kämpfen sie mit allen Mitteln um ihre Arbeitsplätze und sie wissen die Bevölkerung der ganzen Region hinter sich. Nur die Funktionäre der eigenen Gewerkschaft IG Bergbau u. Energie unterstützen ihren gerechten und mutigen Kampf nicht, sondern haben sich auf die Seite von BASF und THA gestellt. In der vergangenen Woche haben ahnungslose und desinformierte CDU, FDP und SPD - Abgeordnete des THA- Ausschusses des Bundestages dem Fusionskonzept zugestimmt. Einfluß und Geld der großen Konzerne reichen weit. Die Kali-Kumpels haben daraufhin spontan zum Kampfmittel des Hungerstreiks gegriffen. Das Werk halten sie (bei laufender Produktion) bereits seit dem 7. April besetzt.

Solidarität ist unsere Waffe

Es ist unbedingt nötig, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in Ost und West über den betrieblichen Tellerrand hinausschauen und sich im Kampf gegen die systembedingte Arbeitsplatzvernichtung überbetrieblich und branchenübergreifend zusammenschließen. Einzeln gehen wir unter - gemeinsam sind wir stark!



Helft den Kali-Kumpels und ihren Frauen! Kommt am Samstag, 10. Juli, ab 12 Uhr auf das Werksgelände in Bischofferode!

Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann, Stichwort: Solidarität mit den Kali-Kumpels!

Wer kämpft kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!

Ostwind - Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative, V.i.S.d.P. Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin.

Ostwind 11.07.1993
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative

Bischofferode ist überall - unser Kali - Brot für die Welt - Solidarität ist unsere Stärke !



Wir rufen auf:
Kommt zum Aktionstag am Mittwoch, den 14. Juli 1993

* **8.00 Uhr,Thüringer Landtag, Erfurt, Arnstädter Straße,**
* **8.00 Uhr und /oder 17.00 Uhr "Treu"handanstalt, Berlin, Leipziger Straße**

UNSERE SOLIDARITÄT DEN HUNGERSTREIKENDEN,
BESETZERINNEN UND BESETZERN,
DER KÄMPFENDEN BELEGSCHAFT DES KALIWERKES!

AM MITTWOCH HUNGERN 41 KALI-KUMPEL BEREITS DEN 13. TAG - DAS GEHT UNS ALLE AN!

An einem Kali-Arbeitsplatz hängen vier weitere. Daß Kali ein Düngemittel für die Getreideproduktion ist, lernen die Kinder schon in der Unterstufe. Und wir wollen nicht einsehen, daß in Bischofferode kein Kali mehr produziert werden soll, obwohl jährlich ca. 50 Millionen Menschen an den Folgen von Hunger und Unterernährung sterben.

In Bischofferode sollen 700 Menschen auf die Straße fliegen, obwohl

* die Produkte von besonderer Qualität sind und seit Jahren zu 85-95% in Westeuropa abgesetzt werden,
* die Produktionskapazitäten zu 70-80% ausgelastet sind,
* die Kunden auf andere Kalisorten nicht einfach ausweichen können,
* es einen Investor und ein Sanierungskonzept sowie die Bereitschaft zur Übernahme des Kaliwerkes in Kommunaleigentum gibt.

Das Stillegungs-Konzept von "Treu"handanstalt, BASF bzw. K&S darf nicht aufgehen!



KOMMT AM MITTWOCH!
SCHREIBT NACH BISCHOFFERODE!
Kaliwerk, 99768 Bischofferode, FAX: 036077/99271
ÜBERWEIST SPENDEN AUF DAS SPENDENKONTO
Kaliwerk Bischofferode, Kontonummer: 360 310 38, BLZ 820 540 22
Kreissparkasse Worbis

V.i.S.d.P. Judith Dellheim, Zühlsdorfer Straße 12, 12679 Berlin

Ostwind Bischofferode 22.Juli '93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Sie streiken auch für die Zukunft ihrer Kinder Foto: Wolfgang Dürr



Helft Bischofferode!

Die Kali-Kumpels und ihre tapferen Frauen brauchen praktische Hilfe, persönlichen Zuspruch und Geld.

Das Kali-Werk bleibt besetzt. Nach wie vor harren ca. 40 Kumpels und Unterstützer (Männer und Frauen) fest entschlossen im Hungerstreik aus. Täglich fahren 20 Frauen der Kumpels zur Protestbesetzung 600m tief in die Grube ein.Eine Welle der Solidarität aus dem In- und Ausland hat eingesetzt. Betriebsräte schicken Delegationen. GewerkschafterInnen organisieren in vielen Städten Solidaritätsveranstaltungen, Ausstellungen über den Arbeitskampf in Bischofferode oder beteiligen sich am Hungerstreik. Die Belegschaft kämpft bis zum Sieg. Diesmal werden Treuhandanstalt und Kohl-Regierung in die Kniee gezwungen. Das Kali-Werk Bischofferode trägt den stolzen Namen eines Thomas Müntzer.

Der Betriebsrat des Kali-Werkes und die ostdeutsche Betriebsräteinitiative rufen auf:

Kommt alle zum internationalen Solidaritätstag am Sonntag, 1. August, ab 12 Uhr auf das Werksgelände in Bischofferode!

Gerhard Jüttemann, Bischofferode Constanze Lindemann, Berlin

Um 17.00 Uhr findet eine Betriebsrätekonferenz im Kali-Werk statt.
Bringt Fahnen, Transparente und Kulturbeiträge mit!
Schickt betriebliche und gewerkschaftliche Solidaritätsdelegationen!

bitte wenden

Ostwind Bischofferode 22.Juli '93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative
Dokumentation

Erklärung des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zu Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode. Unser Werk ist

- wirtschaftlich gesund,
- hat Lagervorräte für mindestens 47 Jahre,
- produziert hervorragendes K60/K61 für Mischdüngemittelhersteller,
- hat einen gesicherten Absatz in Nord- und Westeuropa und treue Kunden,
- hat für die Region Eichsfeld im Südharz die Bedeutung eines industriellen Kerns, von dem zahlreiche Arbeitsplätze bei Zulieferern und Handwerkern abhängig sind.

Ein solches Werk darf aus betrieblichen und regionalpolitischen Gründen **nicht** geschlossen werden, zumal immer noch eine Einzelprivatisierung an den Mittelständler Peine möglich ist. Nachdem in den vergangenen drei Jahren 22000 Arbeitsplätze in der Kaliindustrie im Südharz gegen den Willen der Betroffenen durch die Treuhandanstalt vernichtet worden sind, halten wir es für unerträglich, wenn nun auch noch die letzten verbliebenen 700 Arbeitsplätze im Werk Bischofferode plattgemacht werden sollen.

Wir kämpfen nicht nur für die Interessen der Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode, sondern darüber hinaus für eine **regionale industriepolitische Lösung**, die unsere arbeitslos gemachten Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarstandorten wieder in Arbeit und Brot bringt. Unser Kampf ist **gerecht** und findet wachsende Unterstützung im In- und Ausland. Die Hungerstreikenden sind fest entschlossen, den opferreichen Kampf fortzuführen.

Wir führen Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode mit dem Bundeskanzleramt, der Landesregierung oder der Treuhandanstalt nur öffentlich vor der gesamten Belegschaft auf dem Werksgelände in Bischofferode. Über industrielle und unbefristete Ersatzarbeitsplätze verhandeln wir **nur**, wenn ein konkretes, bis ins Einzelne (Arbeitsplatzbeschreibung) gehendes, schriftliches Konzept vorgelegt wird, das für jedes Belegschaftsmitglied **juristisch einklagbar** ist. Bisher sind nur windige und völlig unverbindliche Versprechungen gemacht worden.

Wer industrielle Kerne erhalten will, kann damit in Bischofferode anfangen. Wir weigern uns entschieden, für die **egoistischen Profit- und Monopolbestrebungen** des Chemiekonzerns BASF unser traditionsreiches Werk und unsere Arbeitsplätze zu opfern. Wir wollen nicht in eine Verwahrungsgesellschaft und in Arbeitslosigkeit abgeschoben werden, sondern in Würde arbeiten und leben.

Am 1. August findet vor dem Werk ab 12 Uhr ein internationaler Solidaritätstag statt.

Bischofferode kämpft weiter!

Bischofferode am 22.Juli 1993

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271
Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden.
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Solidarität mit den Kali-Kumpels!
Bitte diesen Aufruf nachdrucken und in Belegschaften und Gewerkschaften verbreiten.
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin

Ostwind Bischofferode 22.Juli '93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative
Dokumentation

Erklärung des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zu Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode. Unser Werk ist

- wirtschaftlich gesund,
- hat Lagervorräte für mindestens 47 Jahre,
- produziert hervorragendes K60/K61 für Mischdüngemittelhersteller,
- hat einen gesicherten Absatz in Nord- und Westeuropa und treue Kunden,
- hat für die Region Eichsfeld im Südharz die Bedeutung eines industriellen Kerns, von dem zahlreiche Arbeitsplätze bei Zulieferern und Handwerkern abhängig sind.

Ein solches Werk darf aus betrieblichen und regionalpolitischen Gründen **nicht** geschlossen werden, zumal immer noch eine Einzelprivatisierung an den Mittelständler Peine möglich ist. Nachdem in den vergangenen drei Jahren 22000 Arbeitsplätze in der Kaliindustrie im Südharz gegen den Willen der Betroffenen durch die Treuhandanstalt vernichtet worden sind, halten wir es für unerträglich, wenn nun auch noch die letzten verbliebenen 700 Arbeitsplätze im Werk Bischofferode plattgemacht werden sollen.

Wir kämpfen nicht nur für die Interessen der Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode, sondern darüber hinaus für eine **regionale industriepolitische Lösung**, die unsere arbeitslos gemachten Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarstandorten wieder in Arbeit und Brot bringt. Unser Kampf ist **gerecht** und findet wachsende Unterstützung im In- und Ausland. Die Hungerstreikenden sind fest entschlossen, den opferreichen Kampf fortzuführen.

Wir führen Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode mit dem Bundeskanzleramt, der Landesregierung oder der Treuhandanstalt nur öffentlich vor der gesamten Belegschaft auf dem Werksgelände in Bischofferode. Über industrielle und unbefristete Ersatzarbeitsplätze verhandeln wir **nur**, wenn ein konkretes, bis ins Einzelne (Arbeitsplatzbeschreibung) gehendes, schriftliches Konzept vorgelegt wird, das für jedes Belegschaftsmitglied **juristisch einklagbar** ist. Bisher sind nur windige und völlig unverbindliche Versprechungen gemacht worden.

Wer industrielle Kerne erhalten will, kann damit in Bischofferode anfangen. Wir weigern uns entschieden, für die **egoistischen Profit- und Monopolbestrebungen** des Chemiekonzerns BASF unser traditionsreiches Werk und unsere Arbeitsplätze zu opfern. Wir wollen nicht in eine Verwahrungsgesellschaft und in Arbeitslosigkeit abgeschoben werden, sondern in Würde arbeiten und leben.

Am 1. August findet vor dem Werk ab 12 Uhr ein internationaler Solidaritätstag statt.

Bischofferode kämpft weiter!

Bischofferode am 22.Juli 1993

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271
Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden.
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Kali-Werk
Bitte diesen Aufruf nachdrucken und in Belegschaften und Gewerkschaften verbreiten.
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin
Ostwind -Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600

Ostwind-Dokumentation Bischofferode
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative

MITTELDEUTSCHE KALI AG

Der Vorstand

Mitteldeutsche Kali AG, Postfach 58, 99701 Sondershausen

An die Werksleitung
des Kaliwerkes Bischofferode
Holunger Straße
99768 Bischofferode

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht vom
Unsere Zeichen
Tel. Durchwahl
Datum 4. August 1993

An den
Betriebsrat des Kaliwerkes
Bischofferode
Holunger Straße
99768 Bischofferode

Kaliwerk Bischofferode

Seit dem 7. April wird das Werk Bischofferode von der Belegschaft besetzt.

Mit Schreiben vom 28. April an das Bergamt Erfurt, von dem Sie Kopie erhielten, haben wir darauf hingewiesen, daß diese Besetzung gesetzwidrig sei. Im weiteren Verlauf dieser Besetzung sind Vorstand und Mitarbeiter des Unternehmens in massiver Weise bedroht worden. Öffentlich hat der Betriebsrat erklärt, daß der Vorstand der MdK sowie Mitarbeiter der HV keinen Zutritt zum Werk erhalten.

Durch diese Vorgänge wird der Vorstand an der Wahrnehmung seiner bergrechtlichen Gesamtverantwortung gem. §§ 61 und 62 des Bundesberggesetzes gehindert.

Außerdem stellt das ständige Betreten des Werkes, insbesondere auch des Grubenbetriebes durch betriebsfremde Personen, ohne Genehmigung des Vorstandes oder der Werksleitung einen Verstoß gegen § 25 der ABAO 120/2 dar. Schließlich halten sich ständig Belegschaftsmitglieder auf dem Werksgelände auf, die keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten und hierzu auch keine Genehmigung haben.

...

Registergericht: Kreisgericht Erfurt
Registernummer: HRB 965
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Prof. Dr. Ulrich Steger
Mitglieder des Vorstandes: Friedhelm Teusch, Sprecher; Peter Backhaus; Hans Jürgen Entle; Dr. Heinz Mühlberg
Bankverbindung: Deutsche Bank AG, Erfurt; Konto 130 13 16 00; BLZ 820 700 00
Telefon 03632 - 520-0; Telefax 03632 - 3174; Telex 340 2[illegible]
Hausadresse: Schachtstraße 62, 99706 Sondershausen

In der Zwischenzeit haben sowohl die Bundesregierung als auch die Thüringer Landesregierung zugesichert, die in Bischofferode gegenwärtig vorhandenen rund 700 Arbeitsplätze außerhalb der Kaliproduktion zu erhalten und hierzu entsprechende Maßnahmen verbindlich angekündigt.

Angesichts dieser Tatsachen beabsichtigt der Vorstand, Ordnung und Gesetzmäßigkeit wieder herzustellen.

Die Werksleitung wird angewiesen und der Betriebsrat wird aufgefordert, dem Vorstand der MdK eine Erklärung abzugeben, wonach

- das ungehinderte Betreten des Werkes durch Mitglieder des Vorstandes und/oder seiner Mitarbeiter gewährleistet wird,
- die körperliche Unversehrtheit der vorgenannten Personen im Werksgelände sichergestellt wird,
- alle unbefugten betriebsfremden Personen das Werksgelände bis zum Zeitpunkt der abzugebenden Erklärung verlassen haben,
- alle Werksangehörigen, welche keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten, das Werksgelände ebenfalls verlassen haben.

Sollte die Abgabe der gewünschten Erklärung nicht bis zum 20.08.1993 erfolgen oder nicht möglich sein, müssen anschließend alle Arbeiten im Werk unter und über Tage aus sicherheitlichen Gründen solange eingestellt werden, bis ein ordnungs- und gesetzmäßiger Zustand wieder gewährleistet ist.

Tausch Backhaus Ertle

Dr. Mühlberg Potthoff

Kopie: Minister Sieckmann
Bergamt Erfurt
THA - Dr. Schucht
IGBE
K+S

Ostwind

Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Sie streiken auch für die Zukunft ihrer Kinder

Foto: Wolfgang Dürr



Helft Bischofferode!

Die Kali-Kumpels und ihre tapferen Frauen brauchen praktische Hilfe, persönlichen Zuspruch

Das Kali-werk bleibt besetzt. Nach wie vor harren ca. 20 Kumpels und Unterstützer (Männer und Frauen) fest entschlossen im Hungerstreik aus. Eine Welle der Solidarität aus dem In-und Ausland hat eingesetzt. Betriebsräte schicken Delegationen. Gewerkschafterinnen organisieren in vielen Städten Solidaritätsveranstaltungen, Ausstellungen über den Arbeitskampf in Bischofferode oder beteiligen sich am Hungerstreik. Die Belegschaft kämpft bis zum Sieg. Diesmal werden Treuhandanstalt und Kohl-Regierung in die Knie gezwungen.
Das Kali-Werk Bischofferode trägt den stolzen Namen eines Thomas Müntzer.

Wer heute sagt zum Kampfe
"Nein"
wird morgen ohne Arbeit sein!

Ostwind Bischofferode 8.8.93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Schützt Bischofferode!

Keine Stillegung ! Solidarität jetzt!

Der Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG hat der Belegschaft und dem Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode am 4.8. ein Ultimatum gestellt. Entweder geben sie bis zum 20.8. (Ende der Betriebsferien) eine Kapitulationserklärung über die Beendigung der Werksbesetzung und des Hungerstreikes ab oder die Produktion wird aus "sicherheitlichen Gründen" nicht wieder angefahren. Sprich: Stillegung der Grube. Die Kali-Kumpel sollen erpreßt werden. Treuhand und Regierung wollen den Unruheherd Bischofferode austreten, ehe er sich richtig ausbreiten kann. Angesichts dieser dramatischen Verschärfung der Situation rufen der **Betriebsrat** des Kali-Werkes und die **ostdeutsche Betriebsräteinitiative** alle Kolleginnen und Kollegen in Ost und West, alle Betriebsräte, Personalräte und GewerkschafterInnen, alle Freunde, Unterstützer und Mitkämpferinnen der Kali-Kumpel erneut zur Solidarität auf:

Kommt alle zum Aktionstag
am Samstag,21. August, ab 13 Uhr vor das Werksgelände in Bischofferode!
Unterstützt durch aktive Teilnahme Werksbesetzung und Hungerstreik!
Beteiligt Euch an der Betriebsrätekonferenz um 16 Uhr 30!

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271
Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden.
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Kali-Werk
Bitte diesen Aufruf nachdrucken und in Belegschaften und Gewerkschaften verbreiten.
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin
Ostwind -Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600
bitte wenden

Ostwind 5.10.93
Zeitung der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative

Neukauf R



Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode und Betriebsräteinitiative rufen auf:

Kommt alle zur Aktionskonferenz!

Wann? Samstag, 30.Oktober '93, 12 Uhr bis 17 Uhr
Wo? Bischofferode Kulturhaus neben dem Kali-Werk

Am 31. Dezember wird Bischofferode geschlossen - wenn es nach dem Willen von Treuhand, BASF und MdK-Vorstand geht. Dieser Tag rückt immer näher. Vorher wird die EG-Kommission in Brüssel ihre Entscheidung zu dem Kali-Fusionsvertrag bekanntgeben. Wird Brüssel einen Zeitaufschub verlangen? Wird Bischofferode aus dem Fusionsvertrag herausgenommen? Wird die Fusion im Kern bestätigt? Fragen über Fragen. Gewiß ist nur eins: **Der Arbeitskampf der Kali-Kumpel geht solange weiter, bis die Grube gerettet ist.** Die letzten zwei Monate müssen zur intensiven Vorbereitung auf die entscheidende Phase dieses langen Arbeitskampfes genutzt werden. Dazu dient die Konferenz. Wir wollen in Ruhe beraten, wie der Kampf weitergeführt und weiterunterstützt wird. Solidarität ist jetzt nötiger denn je. Bischofferode ist zum Symbol geworden, Vorbild und Ansporn für viele Belegschaften im Kampf gegen die Stillegungen und Arbeitsplatzvernichtung. Bischofferode muß leben!

Vorschlag für das Programm der Konferenz:

1. Bericht des Kali-Betriebsrates zur aktuellen Situation des Arbeitskampfes, Hintergründe und Erfahrungen der letzten Monate,
2. Berichte der Solidaritätskomitees und Unterstützerinnen aus den verschiedenen Städten - Stand der Solidaritätsarbeit,
3. Diskussion und Beschlüsse über die weitere Solidaritätsarbeit,
4. Organisatorisches und Finanzen.

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99251
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Kali-Werk
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin,
Ostwind-Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600

Ostwind
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative
Berlin 6.12.93

"Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung in Berlin"
tönt es aus den Mikrofonen der Berliner IG-Metall Führung.
Wir sagen:

Heuchler!

Eine kleine Geschichte über die weitverbreitete Kunst, öffentlich schöne Reden gegen den Arbeitsplatzabbau zu halten, während man im stillen Kämmerlein mithilft, die KollegInnen zu entlassen.

Salamitaktik bei Osram

Bei Osram-Wedding stehen Entlassungen an. Das Management dieser 100% Siemens-Tochter geht nach der bewährten Methode vor: betrügen und spalten. Die etwa 400 ArbeitnehmerInnen sollen nicht alle gleichzeitig auf die Straße fliegen, sondern als **erste Salamischeibe** zunächst einmal ca. 250. Den Übrigen wird der Arbeitsplatz für sage und schreibe 2 Jahre "garantiert" und eine Versetzung ins Spandauer Werk vorgegaukelt. Damit die 2000 Spandauer Kollegen nicht auf die Idee kommen, sich mit den Weddinger Kolleginnen und Kollegen zu solidarisieren und einen gemeinsamen Abwehrkampf gegen den drohenden Arbeitsplatzverlust zu führen, erzählt man ihnen, daß **ihre** Arbeitsplätze ja **nicht** gefährdet seien, ja, mehr noch: dadurch, daß das Weddinger Werk plattgemacht wird, sei Spandau gesichert. Als der Ostberliner Glühlampenhersteller Narva plattgemacht wurde, hieß es: dadurch werden die Westberliner Osram-Arbeitsplätze sicherer. Jetzt ist der Osram Standort Berlin selber an der Reihe. Kolleginnen und Kollegen! Glaubt nicht den lügenhaften Beteuerungen der Unternehmer, daß Eure Arbeitsplätze "gesichert" seien, wenn andere abgebaut werden. Das sind nur die üblichen Spaltungsmanöver. Es gibt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem keine sicheren Arbeitsplätze. Bringt der Lohnarbeiter zu wenig Profit, ist die Produktion für den Weltmarkt "zu teuer", wird rationalisiert und entlassen. Das heilige Gebot der Profitmaximierung und die mörderische Konkurrenz zwingen die großen Konzerne, je nach Bedarf Arbeitskräfte einzukaufen oder rauszuschmeißen. Da der Produktionsstückpreis pro Glühlampe bei Osram in Berlin mit ca. 36,5 Pfennig um glatte zehn Pfennig über dem Weltmarktpreis liegt, kann sich jeder selbst ausrechnen, daß es nur noch eine Frage der Zeit (und der Salamitaktik) ist, bis auch Osram-Spandau geschlossen wird. Dort werden die ersten 85 KollegInnen bereits entlassen.

Die IG-Metall greift ein

Uwe Hecht ist der für den Wedding zuständige Stadtteilsekretär der IG-Metall.

Kommt zur Veranstaltung mit Kollegen des Betriebsrates der Kali-Grube Bischofferode und Vertretern Berliner Betriebe, die von Massenentlassungen betroffen sind!
Wann? Montag, 20.Dez. 19 Uhr. Wo? Haus der Demokratie, Saal, Friedrichstr. 165.

OSTWIND 7 \ 18. Dezember 1993 50 Pfennige

OSTWIND

Informationsblatt gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau

Am Scheideweg

Zur Situation in Bischofferode

Sie sind einen langen Weg gegangen, die Kali-Bergleute aus Bischofferode, seitdem sie vor einem Jahr den Kampf gegen die Schließung ihrer Grube begannen. Ihr trotziges Nein! zur Plattmachpolitik der Treuhandanstalt, ihr offener Appell an die Solidarität der Belegschaften anderer Betriebe, ihre selbstbewußte Haltung des Vertrauens auf die eigene Kraft („Um uns selber müssen wir uns selber kümmern"), ihre radikale Kritik am Versagen der Kohl-Regierung („Kohl nach Chile") , ihre konsequente Ablehnung der kümmerlichen Angebote von Ersatzarbeitsplätzen, die Werksbesetzung, die Aktionstage vor dem Werk, der spektakuläre Hungerstreik mit dem langen Marsch zur Treuhand nach Berlin, die Aktion im Reichstag, die vielen Solidaritätsveranstaltungen und manches mehr - all das zusammen hat die Kumpel bekannt und beliebt gemacht in Fabrikhallen und den Fluren der Arbeitsämter, nicht nur in Deutschland.

Bischofferode war zum Fanal des Widerstands gegen die Arbeitsplatzvernichtung geworden.

Der beschwörende Appell der Bergleute an den marktwirtschaftlichen Verstand von Managern und Politikern („Es kann doch nicht wahr sein, daß ein gesunder Betrieb den Monopolinteressen der BASF geopfert wird - Gebt uns eine Chance!") verhallte ungehört in den Fluren der Treuhandanstalt. Er ging an der Wirklichkeit vorbei. Der real existierende Kapitalismus in Deutschland und Europa ist seit langem monopolistisch. Die großen Banken und Konzerne entscheiden alle wichtigen Fragen der Neuordnung des europäischen Wirtschaftsraumes. Die Treuhandanstalt ist **ihr** Instrument. Staat, Politiker und Gewerkschaftsführer dürfen koordinierend mithelfen, die Entscheidungen umzusetzen. Sie sind nichts als hochbezahlte, d.h. bestochene, Handlanger des Finanzkapitals. Der Versuch der Bischofferöder, die Offenlegung des geheimen Fusionsplanes zu erreichen,



Endlich wehrte sich mal eine Belegschaft gegen die unerträgliche Arroganz dieser verfluchten Plattmacher!

offenbarte den betrügerischen Charakter dieser sogenannten Demokratie. Die Kapitalisten ließen sich wohlweislich nicht

WAS STEHT DRIN ?

THEMA	Seite
Aktuelles aus Bischofferode	1
Infoecke	1-4
Berichte aus den Betrieben	2-4
Das aktuelle Interview	5-6
Der Sozialfall	7
Arbeitskampf bei der Berliner S - Bahn	8
In eigener Sache	8

INFO-ECKE

Die **Jenaer Zeiss GmbH** plant, bis Oktober 1994 von derzeit noch 2800 Beschäftigten, 800 zu entlassen. 1991 hatte sich der Mehrheitsgesellschafter Carl Zeiss Oberkochen zur Übernahme von knapp 3000 Beschäftigten verpflichtet. Jetzt soll das wegen angeblich schlechter Wirtschaftslage bereits Schnee von gestern sein

—

Nach Angaben des **DGB Jena** sind in den vergangenen drei Jahren in **Ostthüringen** 63% der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe vernichtet worden. Der DGB Kreisvorsitzende Gottfried Christmann befürchtet einen weiteren Abbau von 8000 Arbeitsplätzen in der Region um Eisenberg, Jena, Stadtroda, Saalfeld, Rudolstadt und Pößneck. Die arbeitsmarktpolitische Entwicklung steuere auf eine Katasthrophe zu.

—

Im Rahmen der **Aktion „5 vor 12 - Thüringen brennt"** sind am 30. Nov. 93 über 1000 GewerkschafterInnen und Belegschaftsmitglieder auf die Straße gegangen. Seit 16 Wochen mobilisiert das Aktionsbündnis bedrohter Betriebe jeden Dienstag zu Aktionen

Berichte aus Betrieben

in ihre milliardenschweren Geschäftsgeheimnisse schauen. Extra für die Kali-Kumpel wurde ein parlamentarisches Kasperlespiel namens „Einsichtnahme" aufgeführt. Betrug sind auch die angeblichen 20 Millionen DM Verluste der Grube, wie der Kali-Experte Peter Arnold vor kurzem nachwies.Mit überhöhten Frachtrechnungen und einem zu niedrig angesetzten Werksverrechnungspreis läßt sich locker ein 20 Millionen DM Loch konstruieren. Alle betriebswirtschaftlichen Argumente für die Grube nutzten nichts. Schucht und Breuel (Jahresgehalt über 700000,- DM) setzen den Willen der BASF durch: „Bischofferode wird geschlossen". Aus. Basta. Keine Widerrede. Argumente zählen überhaupt nicht. Und die IGBE steht im BASF Lager.
Jetzt hat auch die Brüsseler EG-Kommission dem Fusionsplan mit Auflagen zugestimmt. Das Geld von BASF reicht weit, sogar bis in die Taschen von EG - Beamten und das Kapital ist bekanntlich eine internationale Klasse. Aus der Traum ! Keine Rettung aus Brüssel.
Vorhang auf, für den Auftritt der Treuhand, die prompt die Schließung bekräftigte. Was nun, Kumpel?
Die Eichsfelder stehen am Scheideweg. Entweder kämpfen sie weiter für den Erhalt der Grube und ihrer Arbeitsplätze, dann müßten sie eine Schippe drauflegen: die Grube wieder richtig besetzen, die tatsächliche Kontrolle über alle technischen und wirtschaftlichen Abläufe in die eigenen Hände nehmen, das Auslaufen der Produktion vor Weihnachten verhindern und die Produktionsfähigkeit für eine absehbare Zeit sicherstellen.
Dieser Weg läßt sich mit der bisherigen Kampftaktik („Es muß rechtlich alles in Ordnung sein") nicht mehr vereinbaren. Das ist völlig klar.Man darf die Gesetze dieses Staates nicht immer einhalten, wenn man gewinnen will.
Und der andere Weg? Grube Ade, ab in die Kurzarbeit der GVV. Und wie glaubhaft die Versprechen der Politiker sind, wissen wir mittlerweile.
Die Kumpel sagten einmal, wir nehmen keinem die ABM - Stelle weg - wir haben eine rentable Grube und für deren Erhalt wollen wir kämpfen !
Die Kali-Kumpel und ihre Familien sind einen langen Weg gegangen. Die Stärke und Geldgierigkeit ihrer menschenverachtenden Gegner zwingt ihnen eine schwere Entscheidung auf. Gerade jetzt brauchen sie die praktische Solidarität aller mitdenkenden und mitfühlenden KollegInnen.
Bischofferode muß leben ! mac

Osram-Wedding - Arbeitsplätze in Gefahr !

Die Geschäftsführung von Osram Berlin will in den nächsten Monaten über die Hälfte der 433 Arbeitsplätze im Werk Wedding abbauen und bis 1996 den Standort ganz schließen. Auch im Werk Osram Spandau (2000 Beschäftigte) stehen Entlassungen an. Die genauen Abwicklungspläne sind bisher nicht bekanntgegeben worden. Die Geschäftsführung weigert sich jedoch, für das Werk Spandau eine Standortgarantie abzugeben. Die 100% Siemens-Tochter Osram hat vor einiger Zeit den amerikanischen Lampenhersteller Sylvania gekauft und ist dabei, ihre Produktionskapazitäten weltweit neu



Nach all den Jahren... einfach entlassen.

Info - ecke

des zivilen Ungehorsams.
Kollegen, beteiligt Euch!

—

Im Kreisgebiet **Ilmenau** (Südthüringen) suchen 12000 Menschen Arbeit. **59 %** der Erwerbsfähigen sind ohne Arbeit, 2/3 von ihnen sind Frauen. In einem Flugblatt der Initiative „Pro Region Ilmenau" wird berichtet :"Ilmenau hat die höchste Arbeitslosenzahl und die wenigsten offenen Stellen in Südthüringen." Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt rapide an. Am 30. Nov. 93 protestierten mehrere Hundert Menschen vor dem Ilmenauer Rathaus gegen diesen wirtschaftlichen Niedergang.

—

Über hundert Beschäftigte des **Erfurter Rechenzentrums** protestierten am 23. Nov. 93 gegen die geplante Entlassung von 60 ihrer Kollegen. Sie forderten die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in anderen Bereichen. Keiner darf entlassen werden. Das ist Solidarität!

—

Berichte aus Betrieben

zu ordnen. Ein Werk in Spanien wurde bereits geschlossen. Ein Teil der Produktion soll in die USA verlagert werden.
Für die Osram Kolleginnen und Kollegen wird es fast unmöglich sein, in der Metall- und Elektrobranche Berlins wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Überall wird entlassen. Von der Abfindung kann man nicht lange leben. Der einzige Ausweg liegt in der kämpferischen Verteidigung der jetzt noch vorhandenen Arbeitsplätze.
Im Werk Wedding begann der Widerstand gegen die Entlassungspläne zunächst erfolgversprechend. Durch eine Arbeitsniederlegung und Straßenblokkade wurde die Belegschaft kurzfristig mobilisiert, der Kampf dann aber nicht weitergeführt. Der zuständige Stadtteilsekretär der IG-Metall schaltete sich ein. Er entwarf für den unerfahrenen Betriebsrat einen Interessenausgleich, in dem ein Personalabbau von voraussichtlich 243 Lohnempfängern vorgesehen war und versuchte „aus verhandlungstaktischen Gründen", den Inhalt der Gespräche mit dem Arbeitgeber vor der Belegschaft geheimzuhalten. Trotz klarer Kritik auf einer Betriebsversammlung haben die sozialpartnerschaftlich orientierten Betriebsräte den für die Belegschaft schädlichen Interessenausgleich und Sozialplan bisher nicht zurückgezogen. Es kann doch nicht die Aufgabe von Belegschaftsvertretern sein, die eigenen Kollegen zur Entlassung vorzuschlagen!
Mittlerweile hat sich ein „Aktionskomitee Osram Wedding" gebildet, das den Kurs der Unterwerfung unter den Osram-Willen bei der Mehrheit der Betriebsräte kritisiert und Vorschläge für den weiteren Arbeitskampf macht. Am Montag, 20. 12., sollen die ersten zwei Maschinen abgeräumt werden. Der Betriebsrat hat bis zum Redaktionsschluß dieses
Ostwind weder juristisch noch politisch etwas dagegen unternommen. Stattdessen entschuldigen einige Betriebsratsmitglieder ihr klägliches Nichtstun mit dem jämmerlichen „Argument", ein Abtransport der Maschinen wäre ja noch keine Entlassung. Die Belegschaft im Weddinger Werk muß ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, sich mit den KollegInnen im Spandauer Werk und anderen Berliner Betrieben zusammenschließen, den Abtransport der Maschinen verhindern und energisch für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Nur dieser Weg ist realistisch. Die Komplizenschaft der Berliner IG-Metall bei der Vernichtung der Osram-Arbeitsplätze muß aufgedeckt und kritisiert werden. **Keiner darf entlassen werden! Konsequenter Kampf für Belegschaftsinteressen !**

Osram (Korrespondenz)

Unsere Situation ist ja schon lange kein betriebsinternes Problem mehr. Zig Firmen sind in Berlin von Massenentlassungen und Stillegungen bedroht, Firmen wie Siemens, SEL-Alcatel, AEG, Schultheiß-Brauerei, Ink Jet Systems (Kodak), VW-Bordnetze, Krone, BMW und viele andere. Wenn jede Firma für sich alleine kämpft, bringt das überhaupt nichts. Tun sich aber alle diese Kolleginnen und Kollegen zusammen und kämpfen gemeinsam, setzen wir damit ein politisches Signal, das nicht mehr wie bisher überhört werden kann. Wenn jede Firma für andere Betriebe mitkämpft, dann haben wir die Chance, etwas zu erreichen.

Bosch-Siemens-Hausgerätewerk - Angriff auf Urlaub 1994

Bereits 1989 gab es Auseinandersetzungen im Werk wegen der Urlaubsregelung. Der Arbeitgeber wollte nur drei Wochen Urlaub im Sommer gewährleisten. Damals betrug der Anteil nichtdeutscher Arbeitnehmer im Betrieb über 60%. Der überwiegende Teil der nichtdeutschen Arbeitnehmer hat daraufhin am Tag des Einigungsstellenverfahrens spontan eine Arbeitsniederlegung durchgeführt, in dessen Verlauf auch der Tagungsort von ihnen besetzt wurde. Durch den massiven Widerstand der Kollegen war es der Arbeitgeberseite unmöglich geworden, ihre Ziele 1989 durchzusetzen.
In diesem Jahr legte die Geschäftsführung einen neuen Vorschlag zur Urlaubsregelung für 1994 vor. Zum zweiten Mal wollten sie den Sommer-

Info - ecke

Die **Union Werkzeugmaschinenfabrik in Gera (350 Beschäftigte)** soll Anfang 1994 geschlossen werden. Der Eigentümer, die Schiess AG mit Sitz in Düsseldorf, begründet diesen Rausschmiß der Belegschaft mit angeblicher „Unwirtschaftlichkeit" des Unternehmens. Wolfgang Lemb von der IG-Metall Gera: „Die Union soll bewußt plattgemacht werden". Über Hundert Betriebsangehörige blockierten die vor dem Werk gelegene Straße im Rahmen der „5 vor 12 Aktion".

—

Die **DASA** will das **Airbus-Werk in München Neuaubing** schließen. 1200 Mitarbeiter sollen ihre Arbeitsplätze verlieren, obwohl die Auftragslage gut ist. Die Empörung und Kampfbereitschaft der Beschäftigten mündete in eindrucksvollen spontanen Aktionen. Am 21.Oktober kam es zu einer Arbeitsniederlegung, als die Geschäftsführung der Presse den Zugang zum Werksgelände verwehren wollte. Am 25. Oktober streikten ca. 700 Beschäftigte, zogen in die Münchner Innenstadt und blockierten neunzig Minuten lang die vielbefahrene Donnersberger Brücke. Am 11. November demonstrierten 1500 Kollegen vom Marienplatz zur Bayerischen Staatskanzlei.

—

Zum Thema **„Arbeitsplatzabbau in Ost und West"** fand am 12. Nov.93 im Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung des **Münchner Solidaritätskomitees für Bischofferode** statt. Die Kali-Kumpel Wilfried Beckert und Thomas Bachmann aus Bischofferode berichteten den ca. 50 Anwesenden vom Kampf ihrer Belegschaft zum Erhalt der Kali-Grube. Einstimmig wurde eine Solidaritätserklärung mit dem Kampf in Bischofferode und DASA, München-Neuabing verabschiedet. **Franz Obermayer,** Betriebsratsvorsitzender des Münchner Zeitungsverlages, wies darauf hin, daß es den meisten Betrieben in der Druckindustrie hervorragend geht. Trotzdem werden **11000 Leute** entlassen und ca.

blockurlaub beseitigen ! Als Begründung wurde der auf 50% verringerte Anteil nichtdeutscher Arbeitnehmer angegeben. Ferner seien die polnischen und deutschen Kollegen angeblich nur an einem dreiwöchigen Sommerurlaub interessiert, eine Sonderregelung für die anderen solle es nicht geben. Die türkischen und kurdischen KollegInnen benötigen jedoch 5 zusammenhängende Wochen zur Sommerferienzeit, um mit ihren Kindern in die Türkei fahren zu können. Der Betriebsrat reagierte auf diesen Angriff mit einer Aufforderung an den Arbeitgeber, eine Umfrage unter den Beschäftigten durchzuführen. An der daraufhin erfolgten Umfrage nahmen 94% der Beschäftigten teil. 82% sprachen sich der Umfrage zufolge für mindestens vier Wochen Sommerurlaub aus.



»Das unterstreicht meine Meinung, daß die Leute heutzutage viel zuviel Urlaub bekommen.«

Dieses Ergebnis zeigt eindeutig, daß sich die ost- und westdeutschen Kollegen mit den nichtdeutschen Arbeitnehmern solidarisch verhalten haben. Dem Arbeitgeber ist es nicht gelungen, die Belegschaft durch eine Benachteiligung der ausländischen Arbeitnehmer zu spalten.

Am 07.12.1993 fand das diesjährige Einigungsstellenverfahren statt. Das Ergebnis der Verhandlungen : Die Beschäftigten können in den nächsten zwei Jahren mehr als 3 Wochen Sommerurlaub nehmen. Für nichtdeutsche Arbeitnehmer müssen im Fall eines Urlaubs im Heimatland vom Arbeitgeber mindestens 4 Wochen gewährt werden.

Ein echter Erfolg !

Info - ecke

5000 in Kurzarbeit geschickt. Ganz nach dem Motto des BDI-Präsidenten Tyll Necker:" Wir müssen die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif".

–

Dagmar Rüdenburg, Betriebsratsvorsitzende von Kaut-Bullinger, berichtete über Konzentrationsprozesse im Handel und den dadurch bedingten Arbeitsplatzabbau in Vertrieb, Verwaltung und Lager. Es gilt die Tarifverträge zu verteidigen. Der Branchenriese Metro/Asko ist nicht im Arbeitgeberverband.

* * *

Berlin: Solidarisch mit Antifaschisten

Kein Strafverfahren gegen den antifaschistischen Gewerkschafter Hans Köbrich !

Wie wir erfahren haben, wird das IG Metall - und Betriebsratmitglied (BMW-Berlin) Hans Köbrich wegen,, Widerstand in einem besonders schweren Fall und Körperverletzung angeklagt. Am 15.12.1993 steht er deshalb vor Gericht.

Wir solidarisieren uns mit dem Kollegen Hans Köbrich, der sich am 1. Mai 1993 einem Aufmarsch der neofaschistischen FAP in Lichtenberg spontan mit anderen Gewerkschaftern entgegenstellte. Um der FAP den Weg frei zu machen, wurden von der Polizei mehrere AntifaschistInnen festgenommen, auch Hans Köbrich. Die Tatwaffe soll eine IG-Metall-Fahne gewesen sein. Darüberhinaus wird ihm vorgeworfen, "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" und "Nie wieder Krieg" gerufen zu haben.

Wir wünschen uns viel mehr Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die dem neofaschistischen Mob entgegentreten und halten es für einen Skandal, daß der Kollege Köbrich deshalb angeklagt wird.

60 Jahre nach der Zerschlagung der Gewerkschaften durch das Nazi-Regime am 2. Mai 1933 können Neo- und Altfaschisten unter Verwendung verbotener faschistischer Symbole und unter massivem Polizeischutz aufmarschieren, aber Antifaschisten werden festgenommen.

Wir protestieren gegen diese Anklage und fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens.

ARBEITSAUSSCHUß DER INITIATIVE OSTDEUTSCHER BETRIEBSRÄTE, PERSONALRÄTE UND VERTRAUENSLEUTE

Berlin, 1. Dezember 1993

Das aktuelle Interviev

Ein Interview mit Klaus Goedecke, Betriebsratsvorsitzender der Deutschen Kugellagerfabrik Zella-Mehlis (DKLF)

Ostwind: Wie ist der aktuelle Stand bei der DKLF?

K.G. Es gibt im Moment keine Finanzierung für unsere Vorschläge. In Thüringen hat die Landesregierung die Möglichkeit, und sie hat das auch plakativ nach außen kundgetan, 200 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Wir haben auch mehrmals mit dem Ministerpräsidenten persönlich verhandelt. Das Ergebnis war, daß diese 200 Millionen zur Verfügung gestellt wurden zum einen durch Umschichtungen im Nachtragshaushalt, zum anderen durch Kreditaufnahme. Aber das Zeitproblem ist nicht geklärt. Jetzt wird daraus zuerst einmal eine Stiftung gegründet, aus der Stiftung wird dann eine GmbH und Co.KG gegründet und dann erst wird über die Verteilung dieser Mittel entschieden. Wir als Aktionsbündnis haben uns das Recht ausbedungen, in einem Entscheidungsgremium mitwirken zu können, wie die Mittel verteilt werden, damit den einzelnen Unternehmen geholfen werden kann. Das wird aber erst im neuen Jahr sein, und dann sind wieder soviele Betriebe platt.



Ostwind: Seid ihr gekündigt worden?

K.G. Im Moment sind 2100 Kollegen zu unterschiedlichen Terminen, je nach den Kündigungsfristen, gekündigt. Die letzten sind zum 31.3.94 gekündigt. Es wird aber nicht mehr produziert. Wir haben mehrere Hundert Kündigungsschutzklagen laufen. Die Kündigungsfristen sind im Oktober durch den Bundestag beschlossen worden, werden aber in keiner Weise angewendet. Es wird einfach Recht zu Unrecht gemacht. Und die behaupten, daß das Unrecht ihr Recht ist. Das heißt, hier wird eine Umkehrung der Rechtslage vollzogen. Die 600 Kündigungsschutz-, Feststellungs- und sonstige Klagen, die seit Sommer dieses Jahres laufen, sind bis heute nicht entschieden, in keinem einzigen Fall. Das ist eine Katasthrophe.

Ostwind: Welche Erfahrungen habt ihr mit dem Interessenausgleichsverfahren gemacht?

K.G. Wir haben einen eigenen Interessenausgleich vorgelegt, der unsere Interessen beinhaltete, eine Einigungsstelle eingerichtet usw., aber das hat alles nichts genutzt. Es ist zwar am Schluß ein von beiden Seiten unterschriebener Interessenausgleich zustande gekommen, aber jetzt halten sie sich nicht daran. Verdammt nochmal! Was sollen wir denn machen? Der Interessenausgleich läßt sich nicht einklagen, da kommen wir vor keinem Gericht durch. Der Sozialplan zieht sich hin. Die Kollegen haben nicht einmal die Abfindung bekommen, obwohl wir das im Sozialplan verankert haben. Sie zahlen einfach nicht. Demnächst findet wieder eine Gläubigerversammlung statt. Dann werden sie wieder sagen: Es ist kein Geld da. Dann kannst Du wieder klagen.

Ostwind: Dann könnte man den anderen Betriebsräten raten, Vorsicht mit positiven Interessenausgleichen, die Gegenseite kann ihn jederzeit in den Papierkorb schmeißen?

K.G. Richtig. So ist es. Das ist zwar nicht vorstellbar, es ist aber so schizophren.

Ostwind: Das ist eine wichtige Erfahrung.

K.G. Das ist eine ganz wichtige Erfahrung.

Ostwind: Ihr habt geglaubt, daß die Gegenseite vertragstreu ist.

K.G. Sicherlich. Das ist normales menschliches Verständnis. Die betrügen einen aber. Regelrecht von vorneherein geplanter Betrug.

Ostwind: Gibt es bei Euch eine Auffanggesellschaft oder etwas Ähnliches?

K.G. Wir haben aus den Beitragsgeldern unseres Vereins der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eine Auffanggesellschaft gegründet, die Sächsisch-Thüringischen Wälzlager Werke GmbH (STWW). Diese GmbH steht in Verhandlungen mit dem Konkursverwalter und mit den Banken. Wir haben gemeinsam mit Unternehmensberatern und den Kollegen ein Konzept erarbeitet und dem Wirtschaftsministerium der Landesregierung zur Bewertung und Finanzierung übergeben. Es gibt Pläne,

Sozialpartnerschaft

Sie sagen:

Wir sitzen alle in einem Boot
und meinen wir sollen rudern
und sie steuern.
Sie sagen, wir können nicht steuern.
Denn : Wer steuert bestimmt !
Aber sie wollen schneller fahren
und kaufen sich einen Motor;
da brauchen sie uns nicht mehr !
Wenn wir sie nicht über Bord werfen
und selber steuern lernen,
dann werden nichts mehr lernen.
Bernd Brausewetter.

das Land mit 49% einzubinden. Wir bekommen aber keine Finanzierung. Speziell in Thüringen sind für die Produktion bis 1996 Verluste vorauszusehen. Wir fahren im Moment keine schwarzen Zahlen. Der Markt in der Wälzlagerbranche ist völlig verdorben.



Ostwind: Ihr seid doch schon sehr früh privatisiert worden.

K.G. Ja, wir sind 1990 an den großen Konzern FAG Kugelfischer verkauft worden. Der Konkursverwalter ist ein Vertreter von FAG. Wir hatten auch einen sogenannten industriellen Investor, mit dem wir Verhandlungen führten. Da hat der Konzern ihn wissen lassen, wenn er hier einsteigt, bekommt er es in voller Breitseite mit dem Konzern zu tun. Da ist der wieder ausgestiegen.

Ostwind: Klaus, worin siehst Du letztlich die Gründe für das Plattmachen Eures Betriebes?

K.G. Der Hauptgrund liegt darin, daß weltweit ca. 30% Überkapazitäten bestehen, und vor allen Dingen im Moment in Europa die Marktaufteilung erfolgt zwischen den zwei großen Herstellern in Deutschland, der Schwedischen Kugellager Fabrik (SKF) und der FAG Kugelfischer in Schweinfurt. Die teilen den Markt neu auf. Daraus ergibt sich, daß die in Ostdeutschland vorhandenen Überkapazitäten plattgemacht werden müssen.

Ostwind: Kann man denn in Eurem Fall sagen, daß die FAG die DKLF nur deswegen aufgekauft hat, um sie plattzumachen?

K.G. Ja sicherlich war das der Hintergrund. Sie wollten Überkapazitäten vernichten und einen wichtigen Konkurrenten eliminieren.

Ostwind: Welche Rolle hat die Treuhandanstalt bei diesem Deal gespielt?

K.G. Der Verkauf ist 1990 erfolgt. Ob diese Strategie damals so gut vorbereitet war, wie das heutzutage bei der THA der Fall ist, kann ich nicht sagen. Aber von der FAG war es so vorbereitet. Das gesamte Vertragswerk war so gestaltet, daß es keine Strafklausel enthielt, den Erhalt von 4600 Arbeitsplätzen und eine Investitionssumme von 385 Millionen DM vorsah sowie die Verlagerung eines Auftragsvolumens von 150 Millionen DM jährlich in den Osten. Das alles war integraler Bestandteil des Vertrages zwischen der THA und der FAG, ist aber in keiner Weise eingehalten worden. Nur ein Punkt ist eingehalten worden und zwar sofort: der gesamte Vertrieb und die Aquisition ist durch das Mutterunternehmen in Schweinfurt realisiert worden. Das ist jetzt unser großes Hemmnis: unser Markt ist weg.

Wir haben ca. 1 Milliarde DM eingebracht und bekommen davon nichts wieder. Die Kunden sind alle von der FAG übernommen worden, und damit ist der größte materielle und ideelle Wert der ostdeutschen Werke verlorengegangen.

Ostwind: Ihr seid Mitglied im Thüringer Aktionsbündnis „Thüringen brennt". Ich habe an Eurer kämpferischen Kundgebung auf dem Werksgelände in Zella-Mehlis am 28. Juli dieses Jahres teilgenommen. Wie habt ihr weiter gegen die Stillegungspläne gekämpft?

K.G. Wir haben bis zum letzten Tag Aktionen gemacht. Die Stillegung war dreimal beschlossen und ist immer wieder aufgeschoben worden. Unser Werk war bis zum Schluß besetzt, bis zur Stillegung. Dann ist die Produktion eingestellt worden, es sind keine Aufträge mehr gekommen.

Ostwind: Welche Lehren ziehst Du aus Eurem Kampf gegen die Stillegung?

K.G. Entscheidend ist der Zustand der Industrieunternehmen in Ostdeutschland. Sie sind unterkapitalisiert, haben keinen Markt und kommen in den Markt nicht rein. Es geht um eine Umkehr dieser Wirtschaftspolitik, nicht um geringe Korrekturen. Es muß politisch gehandelt werden.

Ostwind: Du hattest in Deiner Rede in Zella-Mehlis von der Nationalisierung der Banken gesprochen. Wie stellst Du Dir das vor?

K.G. Sicherlich ist das eines der entscheidenden Kriterien, wie eine Wirtschaft gesteuert werden kann. Der Geldfluß reguliert die regionale Entwicklung der einzelnen Industriezweige und wird nur durch private Banken gesteuert. Die geben die Kredite. Der Staat greift nur sehr wenig ein. Die Fördermittel und Förderprogramme in Ostdeutschland wirken ja nicht. Daraus ist zu erkennen, wie man so schön sagt: das Kapital ist scheu wie ein Reh. Wo kurzfristig keine großen Gewinne zu erreichen sind, geht das Kapital nicht hin. Das ist das Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik.

Wir müssen Aktionen und Druck machen. Es muß eine politische Kehrtwende erfolgen.

Ostwind: Vielen Dank für das Gespräch und Grüße an die Kollegen.

Das Gespräch führte Martin Clemens am Rande der 2. Thüringer Betriebsrätekonferenz in Erfurt am 30.Nov.1993.

Der Sozialfall

Hunderttausende im Osten leben inzwischen von Sozialhilfe, Tendenz stark steigend. Ich beziehe seit drei Monaten als Alleinerziehende Sozialhilfeausgleich und beute damit die Solidargemeinschaft aus(lt. Kohl Jan. \ 93)

Einige Eindrücke:

* Mit dem Sozialhilfesatz ist die Versorgung für meine Tochter und mich nicht gesichert. Er ist ein fach zu gering.
* Die "Regelsätze" im Osten sind niedriger als drüben, obwohl hier die Preise für Lebensmittel, Klamotten etc. gleich und z.T. sogar höher sind.
* Es gibt keine Sozialhilfeberatungsstellen in meinem Stadtbezirk, die Sachbearbeiter auf dem Sozialamt sind völlig überfordert.
* "Einmalige Leistungen" an Sozialhilfeempfänger werden willkürlich je nach Finanzlage der Bezirksämter ausgeschüttet.
* Auf dem Sozialamt als Bittsteller und von Politikern beschimpft fühle ich mich wie der letzte Dreck



Was tun ?

1. Beratung in Anspruch nehmen (dazu sind die Ämter verpflichtet : §13 Sozialgesetzbuch SGB I)

2. sich außerdem bei Betroffenen informieren.

3. Empfehlenswert zu lesen: **"LEIDFADEN der Sozialhile"**. Hier sind viele konkrete Hinweise zu finden !!! (**Bezug**: Vorauszahlung von 2,- DM auf Postgirokonto Nr. 321570-609, Postgiroamt Frankfurt/Main, Rainer Roth. Adresse nicht vergessen!)

4. Beim Antrag auf Sozialhilfe keine allgemeine Aus kunftsermächtigung über den Kontostand geben ! Niemand ist dazu verpflichtet (§ 20 SGB und , § 25 Abs. 2 Nr. 1 **Bundessozialhifegesetz BSHG).**

5. Zusammensetzung der erhaltenen Leistung überprüfen (Gesetzestexte zeigen lassen etc.)

6. Einmalige Leistungen wie Kleidergeld, Finanzierung von Hausrat, Spielzeug für Kinder usw. beantragen !! (siehe auch Leidfaden Sozialhilfe S 52) + die Ablehnung muß begründet werden, Widerspruch ist möglich + immer wieder beantragen

7. Laufende Leistungen für die Unterkunft müssen in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen gewährt werden (§ 22 BSHG)

8. Immer mehr Leute werden zur "gemeinnützigen, zusätzlichen Arbeit" für einen Hungerlohn von 2 - 3 Mark in der Stunde verpflichtet. Dies lohnt sich jedoch nur für die Kommune, die Lohnkosten spart. Daher: Zumutbarkeit prüfen (§ 18 Abs. 3 BSHG)!

9. Für Sozialhilfe-Empfänger gibt es kostenlose Rechtsberatung. Anträge beim Amtsgericht.

Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen.Meine Erfahrung:**Keine falsche Bescheidenheit !**
Doch als Einzelkämpfer erreicht man mit viel Aufwand wenig.

Die Sozialhilfeempfänger müssen sich zusammenschließen und für ihre Interessen selbst eintreten!
Wir brauchen höhere Regelsätze, breite Aufklärung über den Sozialhilfe-Anspruch in den Medien, gleiche Rechte und Leistungen in Ost und West, Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe, und und und.
Diese Forderungen lassen sich nur gemeinsam durchsetzen, wenn viele Leute zusammenarbeiten.
Kommt am 11. Februar 1994 in die Rosa - Luxemburgstr. 19, Berlin (Ost)
in die Räume des NEUEN FORUM.
Kontakt über die AG Arbeit und Soziales,
Tel: 28 06 481

Erfolgreicher Arbeitskampf bei der Berliner S-Bahn

Am 26. Oktober legten S-BahnerInnen für zwei Stunden den Verkehr der Linien S1 und S2 still. Die Kolleginnen und Kollegen kämpften mit Erfolg um ihre Arbeitsplätze, für den Erhalt ihrer sozialen Besitzstände und die Sicherung ihres Tarifvertrages.
"Die Aktion war überfällig. Die Stimmung war da. Die Kollegen waren bereit", beschreibt der Personalrat Andreas Tannhäuser von der unabhängigen Liste S-Bahn in der BVG(Berliner Verkehrsgesellschaft) die Stimmung.
Seit 1984 betrieben zuletzt 1773 Kolleginnen und Kollegen die S-Bahnlinien in Westberlin für die BVG. Die Deutsche Reichsbahn hatte damals Westberliner S-Bahn-Betriebsteile dem Senat überlassen. Der Einigunsvertrag regelte, daß ab dem 1.1.1994 diese Betriebsteile wieder an den Betreiber (die Deutsche Bahnen AG) zurückfallen.
Das Bundesverkehrsministerium weigerte sich jedoch, mit den Betriebsteilen auch das Personal zu übernehmen - und schon gar nicht zu den Konditionen, die die Kolleginnen und Kollegen bei der BVG erhalten hatten. Die Verhandlungen zwischen dem Bund und dem Senat waren festgefahren und die Kollegen waren empört, wußten nicht, wo arbeite ich, wer zahlt meinen Lohn.
Mit ihrem Arbeitskampf machten die Kolleginnen und Kollegen Druck für einen Dienstleistungsüberlassungsvertrag DÜV, der ganz entschieden von der unabhängigen Liste S-Bahn im BVG-Personalrat eingefordert wurde. Die BVG/S-BahnerInnen haben sich durchgesetzt. Der DÜV regelt, daß 1120 (die tatsächlich im Bereich S-Bahn arbeiten, die anderen 600 wurden nur über die S-Bahn abgerechnet, arbeiteten tatsächlich aber in anderen BVG-Bereichen) BVG/S-BahnerInnen bei der BVG bleiben und dem Rechtsnachfolger der Deutschen Reichsbahn, der Deutsche Bahnen Ag, zur Verfügung gestellt werden.
Die Fahrgäste zeigten viel Verständnis für den zweistündigen Warnstreik.
Sechs Jahre bleiben die BVG/S-BahnerInnen noch bei der BVG; in diesen sechs Jahren muß der Kampf für die Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen zwischen Ost und West bei der Deutsche Bahnen AG geführt werden, um den Übergang der dann noch verbliebenen S-BahnerInnen zu ermöglichen.
Wenn später der S-Bahn-Verkehr von der Deutsche Bahnen AG geführt wird, muß sichergestellt werden, so Andreas Tannhäuser, "daß der Kollege, der aus Grünau oder aus Nauen kommt, genau das gleiche Einkommen hat, wie der, der aus Tegel oder Tempelhof kommt. Das ist das Ziel."
Grundlage für den Erfolg der Aktion war die Geschlossenheit der BVG/S-BahnerInnen, die sicher mit der Geschichte dieser Berufsgruppe zusammenhing. Aber diese Geschlossenheit wurde immer wieder organisiert, erneuert und von gewerkschaftlich aktiven Kolleginnen und Kollegen gefestigt. Sie gründeten aus Protest gegen die betriebliche Politik der ÖTV, welche S-BahnerInnen praktisch nicht gewerkschaftlich vertreten hat, eine eigene Personalratsliste und nahmen der ÖTV unter den S-BahnerInnen alle Personalräte ab.
Die ÖTV hatte im Hinblick auf den 1.1.1994 die BVG/S-BahnerInnen aufgefordert, sich rechtzeitig von der S-Bahn weg in andere Bereiche der BVG zu bewerben und die entsprechenden Vordrucke gleich mitverteilt. Die Ötv-Funktionäre der BVG sahen im Zusammenhang mit der S-Bahn nur ein soziales Problem, nämlich die Umsetzung derjenigen KollegInnen, die nicht zur Deutsche Bahnen AG wollten. Als sich die Kolleginnen und Kollegen jedoch entschlossen zeigten, ihren S-Bahn-Arbeitsplatz zu verteidigen, mußten sie ihren Kampf im Grunde ohne die ÖTV organisieren (bis auf die Vertretung von Musterklagen vor dem Verwaltungsgericht). Erst als der Arbeitskampf in der Luft lag, der Erfolg greifbar war, reagierte die ÖTV. Sie erklärte schlicht, daß das Zustandekommen des DÜV schließlich ihrem Eintreten zu verdanken sei.
Die Kolleginnen und Kollegen der Liste S-Bahn bewerteten das in einem Flugblatt: "Mit Empörung und in aller Schärfe weisen wir jedoch das Flugblatt der ÖTV Berlin - Abteilung Nahverkehr,, "Durchbruch erzielt!" vom 6.11.93 zurück. Die ÖTV unternimmt hier den Versuch, ohne selbst aktiv tätig geworden zu sein, den S-BahnerInnen vorzugaukeln, sie allein hätten den Durchbruch erzielt. In den vergangenen 10 Jahren konnten wir nicht feststellen, das sich diese Gewerkschaft ernsthaft für die Belange der Berliner S-BahnerInnen eingesetzt hat. Dies war besonders in den letzten zwei Jahren spürbar. Jeder Kollege und jede Kollegin, welche sich an der spontanen Arbeitsniederlegung am 26.Oktober beteiligt hat, weiß sehr wohl wie die Funktionäre der ÖTV mit dem Begriff Arbeitnehmersolidarität umgegangen sind.



Nichts kommt der Ewigkeit näher als jener Moment, wo beinahe ein Groschen fällt, dann aber doch alles beim Alten bleibt.

In eigener Sache

Treuhand, Kapital und Regierung drängen immer mehr von uns ins soziale Abseits. Ohne eine Solidarisierung und vor allem gesamtdeutsche Organisierung über unsere Betriebs - und Initiativgrenzen hinaus, können wir dagegen wenig ausrichten.
Auf der Aktionskonferenz am 30. Oktober 93 in Bischofferode, ist festgestellt worden, daß es nicht reicht, in einem Betrieb und einer Region allein gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau zu kämpfen. Wir brauchen eine informelle Struktur und gemeinsame Kämpfe. Die Ostwindredaktion will zu einer Vernetzung der sozialen Kämpfe durch Informationen aus Betrieben, Einrichtungen und Initiativen beitragen.
Wir sind daher auf eure schriftlichen und mündlichen Informationen angewiesen. Schreibt Korrespondenzen(Disketten im DOSformat), schickt uns Betriebsratsinfos, Flugis und Bildmaterial an die Redaktionsadresse. Beteiligt euch am Vertrieb ! Aus dem Verkauf werden wir die Kosten nicht hereinbekommen. **Spendet für den Ostwind !**
Wir bedanken uns an dieser Stelle für eine großzügige Ostwindspende der Kalikumpel aus Bischofferode .

ViSd.P OSTWIND, verantwortlicher Redakteur Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin
TEL\ FAX 030\2755600

Redaktionskonto : Köpenicker Bank; BLZ 101 902 00; Filiale Berlin Mitte; Ktnr. 142 52 50

Nächster Redaktionsschluß : 20. Januar 1994

OSTWIND 8 \ 5. April 1994 60 Pfennige

OSTWIND

Informationsblatt gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau

VW-Modell und Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie:

Wut oder Tränen ?

Der Tarifvertrag, der in der Metall- und Elektroindustrie ausgehandelt wurde, bedeutet für die Kolleginnen und Kollegen eine bittere Niederlage. Die Unternehmer dieser Branche versuchen durch die Einführung von Gruppenarbeit, Rationalisierung und Umstrukturierung aller Arbeitsprozesse die Produktivität zu erhöhen. Die Arbeitshetze nimmt zu, die Arbeitszeit wird immer mehr nach dem Belieben der Unternehmer geregelt und die Reallöhne sinken weiter.

Kurz vor Beginn der Tarifrunde einigten sich Management und der IGM-Betriebsrat von VW auf ein Modell der **zwangsweisen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnraub.** Für die VW-Kollegen kommt dabei eine Senkung der Brutto-Einkommen um 12% heraus (siehe "Zahlen-Daten-Fakten"). Bei dem Tarifabschluß zwischen Gesamtmetall und IG Metall stand das VW-Modell Pate. Den Metall-Unternehmern wurde die Möglichkeit eröffnet, nach ihrem Belieben die Arbeitszeit zu verkürzen und den Lohn entsprechend zu senken. **Dieser Lohnraub von bis zu 12%** wirkt sich entsprechend negativ auf die zukünftige Rente und auf das Arbeitslosengeld im Falle von Entlassungen aus. Die betrieblichen Sonderzahlungen wurden nicht nur um 10% gesenkt, sondern auch noch für die nächsten zwei Jahre auf dem Stand von 1994 festgeschrieben. Die **1,16% Lohnerhöhung** ist da nicht einmal der Tropfen auf dem heißen Stein.



Lohnverzicht sichert keinen Arbeitsplatz!

Warum haben die Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen, aber faktisch auch in den anderen Tarifbezirken diesem Lohnraub zugestimmt? Das wichtigste Argument war, der Lohnverzicht sichere Arbeitsplätze.

Der IGM Bezirksleiter Peters pries das VW-Modell euphorisch als „Schutzbollwerk gegen Massenentlassungen in der Krise" (Metall 25/26, 1993) an; der VW-Personalchef Hartz freute sich über die Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen zu der erpreßten Arbeitszeitverkürzung: „Ein großartiger Solidaritätseffekt hat sich eingestellt, denn die Alternative Arbeitslosigkeit in diesem Ausmaß hätte jeden entsetzt." (SZ, 7.2.94)

In der Tat haben sich das VW-Management und der Betriebsrat, haben sich die Metall-Industriellen und die IGM-Tarifkommission die Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen vor allem mit dem Argument gesichert, nun seien ihre Arbeitsplätze gerettet. Und ein erster Blick auf das VW-Modell verheißt: Keine betriebsbedingten Kündigungen, aber nur in der Laufzeit des Vertrages, bis zum 31.12.1995. Und ein erster Blick auf den Tarifabschluß verheißt: Keine betriebsbedingten Kündigungen, wenn die Arbeitszeit für die gesamte Belegschaft gekürzt wurde.

Aber schon der zweite Blick auf das VW-Modell und auf den Tarifvertrag beweisen das Gegenteil. VW will die Produktivität und damit die Arbeitshetze bis 1996 um 54% steigern. Für viele der 30.000 Kolleginnen und Kollegen, denen jetzt die Kündigung drohte, wird nach diesem Datum das Aus kommen. **Das VW - Modell bedeutet Arbeitsplatzabbau !**

WAS STEHT DRIN ?

THEMA	Seite
❑ Tarifabschluß Metall - Wut oder Tränen ?	1-2
❑ VW - Modell	2-3
❑ BR - Wahl	3
❑ NARVA - die unendliche Geschichte	4
❑ Das Zinswunder im Osten	6
❑ Die ÖTV zieht nach	7
❑ Zu dieser Ausgabe	8
❑ Neues aus Bischofferode	8

In eigener Sache

Kapital, Regierung und Treuhand drängen organisiert und immer mehr von uns ins soziale Abseits. Ohne eine Solidarisierung und vor allem gesamtdeutscher Organisierung über unsere Betriebs- und Initiativgrenzen hinaus, können wir, die abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen oder ABM-ler, dagegen wenig ausrichten.

In vergangenen Arbeitskämpfen wie z. B. in Bischofferode, ist festgestellt worden, daß es nicht reicht, in einem Betrieb und einer Region allein gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau zu kämpfen. Wir brauchen eine informelle Struktur und gemeinsam organisierte Kämpfe. Die Ostwindredaktion will zu einer Vernetzung der sozialen Kämpfe durch Informationen und Erfahrungen aus Betrieben, Einrichtungen und Initiativen beitragen. Wir wollen helfen, die Isolation, die schon viele Arbeitskämpfe sterben ließ, zu durchbrechen, die Kämpfe stärken.

In den Medien hat fast immer nur der Standpunkt des Staates oder der Unternehmer Platz. Im "Ostwind" sollen vor allem die abhängig Beschäftigten selbst zu Wort kommen !

Wir sind daher auf eure schriftlichen und mündlichen Informationen angewiesen. Schreibt Korrespondenzen (oder auch Disketten im DOS - format), schickt uns Betriebsratsinfos, Flugis und Bildmaterial an die Redaktionsadresse. Beteiligt euch am Vertrieb ! Kopiert die Ausgabe und verteilt sie an Kolleginnen und Bekannte und Freunde ! Aus dem Verkauf werden wir die Kosten nie hereinbekommen. Spendet für den Ostwind !

Wir bedanken uns an dieser Stelle für eine großzügige Ostwindspende der Kalikumpel aus Bischofferode.

ViSd.P "OSTWIND", verantwortlicher Redakteur Rainer Bluhm, 12587 Berlin

TEL\ FAX \ Modem(ab 22.00Uhr oder nach Anruf) **030 \645 45 69**

REDAKTIONSKONTO : Brigitte Kostera, Sparkasse Frankfurt\Oder, **BLZ : 17052472, Ktnr. : 41037927**

Nächster Redaktionsschluß : **12. Mai 1994**

Im Tarifvertrag ist festgehalten, daß im Falle einer teilweisen Arbeitszeitverkürzung betriebsbedingte Kündigungen sehr wohl möglich sind. Das heißt im Klartext: **Wenn der Unternehmer nur in bestimmten Abteilungen die Arbeitszeit verkürzt, kann er jederzeit betriebsbedingte Entlassungen durchführen.** Der Tarifvertrag bietet also praktisch keinen Schutz vor Entlassungen! Den Unternehmern stehen unbeschränkt beide Mittel zur Verfügung, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnraub und Kündigung! Der Tarifvertrag hat also nicht die Lage der Kolleginnen und Kollegen in den Metall- und Elektrobetrieben verbessert, sondern das Waffenarsenal des Unternehmers vergrößert, um noch rücksichtsloser Profite zu erpressen. Das Motto "Lohnverzicht sichert keinen Arbeitsplatz" wurde von der IG Metall selbst vertreten. Es wird sich als richtig erweisen, auch wenn die IG Metall-Führung es nun als Schnee vom vergangenenen Jahr abtut.

Was bedeutet das für die Kolleginnen und Kollegen?

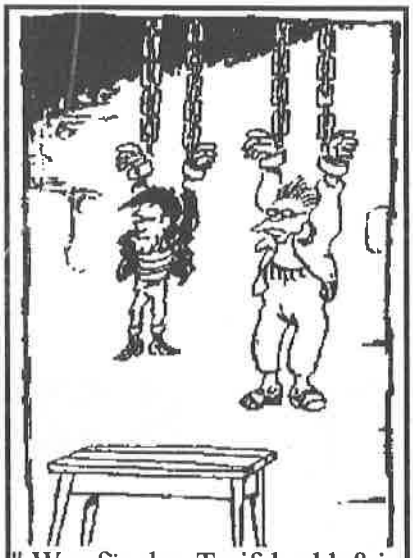
Das VW Modell bedeutet:

- **Verkürzung der Arbeitszeit**
- **Reallohnverlust von 11 % bei höherem Leistungsdruck und Flexibilisierung der Arbeitszeit(kein Anspruch auf freie Wochenenden)**
- **Wegfall des 14. Monatsgehalts.**
- **Kürzungen beim Urlaubsgeld,**
- **Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem mittleren Einkommen sollen in den nächsten zwei Jahren Lohneinbußen von 19.000 DM hinnehmen*2.**
- **4600 AZUBIS müssen Teilzeit arbeiten;**
- **ältere Kolleginnen und Kollegen sollen gezwungen werden, bis zur Rente ebenfalls Teilzeit zu arbeiten -> Rentenverringerung.**
- **In vielen Betrieben die Einführung des Vier - Schichten-Betriebes ohne Gewährung der dafür gültigen Zuschläge.**

* 2 Quellen: 07.02.94 Wirtschaftsdienst 1993\XII,1. Bevollmächt. der IGM, Braunschweig

Die „weise Führung" in Aktion

Manche Kolleginnen und Kollegen haben erwartet, daß die IGM sich in der Tarifrunde vehement gegen die Politik des Lohnraubs und der Einführung der Wochenendarbeit aufbäumt. Sie erwarteten eine harte Haltung ihrer Gewerkschaft und wurden zum wiederholten Male enttäuscht. **Die ganze Taktik der IGM-Führung und der Großen Tarifkommission war nicht auf die Organisierung, sondern auf die Vermeidung eines Streiks abgestellt.** Die „weise Führung" setzte der Unternehmer-Logik, daß die Kolleginnen und Kollegen die Folgen von Krise und Gier nach maximalem Profit zu tragen hätten, nichts entgegen. Statt sich gegen die Verursacher der Misere zu wenden, stimmt man ein in das Lied vom Gürtel-enger-schnallen. Schlimmer noch, die „weise Führung" versuchte sich in der Öffentlichkeit auch noch als der beste Krisenmanager darzustellen. Statt die Lage der Arbeiter und Angestellten hatte sie die Lage der Nation und des „Wirtschaftsstandort Deutschlands" im Blick. Dort, wo sie zum Streik aufrief, tat sie dies nur, um die Verhandlungspositionen für ihr angestrebtes Ziel, das VW-Modell, zu verbessern. Bloß kein Flächenbrand!, schienen Gewerkschaftsführer und Industrielle zu rufen. Die IGM ritualisierte, was sie schon in der Tarifrunde '93 in Ostdeutschland betrieb: **große Mobilisierung und abruptes Abbrechen eines Arbeitskampfes.** Und wie schon in Ostdeutschland ging es dem Flächentarifvertrag an den Kragen. Die Warnstreiks und die starken Worte im Vorfeld der Tarifverhandlungen hatten wieder einmal mehr nur die Funktion, daß die Kolleginnen und Kollegen Dampf ablassen sollten, ohne daß etwas passiert.



" Wer für den Tarifabschluß in der Metallindustrie ist, hebt bitte den Arm "

Statt ihre Verantwortung wahrzunehmen, die Belegschaften in den Kampf gegen diesen Unternehmerangriff zu führen - schließen sie faule Kompromisse mit den Unternehmern auf unsere Kosten ! Wie lange können wir uns noch eine solche Führung leisten ?

Eine ham wa noch !

Der Abschluß des Tarifvertrages ist auch verbunden mit der schrittweisen Aufhebung des Flächentarifvertrages vor allem in puncto Arbeitszeitregelung . Dieser hatte bislang kleinere und schwächere Belegschaften vor der Unternehmerwillkür einigermaßen geschützt. **Jetzt muß jeder Betriebsrat selber verhandeln und der Druck in den mittleren und kleineren Betrieben wird dadurch immer größer.** Gleichzeitig ***schafft*** die Festlegung des Tarifvertrages, daß die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnraub von der Zustimmung der Betriebsräte abhängt, wenigsten eine ***kleine Möglichkeit, den Unternehmern in die Suppe zu spucken***. Der Betriebsrat kann man diesem Modell nicht zustimmen- muß dagegen kämpfen - und die Belegschaft muß den Betriebsrat dabei unterstützen oder ihn zu diesem Kampf bringen !

Je länger wir damit warten, desto schlechter werden unsere Chancen auf Erfolg.

Das " Wunder " VW-Modell:

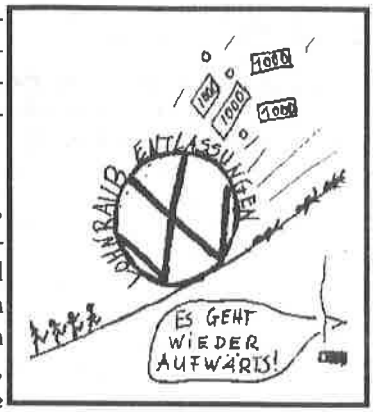
Erpreßte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnraub

Politiker und Medien beklatschen das VW-Modell als neue Wunderwaffe: die Produktionskosten sinken, die Arbeitsplätze bleiben erhalten - und alle sind glücklich...

Schauen wir mal nach, was der VW-Konzern davon hat.

Das VW-Modell spart dem Unternehmen Lohnkosten, die Arbeitszeiten werden stärker an die jeweiligen Maschinenlaufzeiten angepaßt. Weiterer Lohnraub in den kommenden Jahren wird erleichtert. 1993 hatte VW bereits 15.000 Stellen gestrichen. **Und**

sicher ist, „daß VW keineswegs plant, den Beschäftigungsstand von heute zu halten, gleichgültig wie sich die Konjunktur entwikkelt, sondern ihn von zur Zeit etwa 104.000 auf 88.000 Personen zu reduzieren und gleichzeitig die Produktivität um 20 oder 30 Prozent zu steigern." (Gewerkschaftliche Monatshefte 1/94)



Aber wie am besten vorgehen? Kündigungen oder Kurzarbeit, das bedeutete für VW eine Alternative mit Nachteilen. Im Fall von Kündigungen drohten dem Konzern Abfindungszahlungen von mindestens 1,2 Mrd. DM, außerdem müßte ***eine ganze Reihe von Facharbeitern entlassen werden, die der Konzern in einigen Monaten vielleicht wieder bräuchte. Kurzarbeit hätte für den Konzern zur Folge gehabt, daß er die Sozialversicherungsbeiträge der Kurzarbeiter und laut Haustarifvertrag die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90% des Tariflohnes bezahlen müßte.***

Der Vorschlag zur Verringerung der Wochenarbeitszeit mit entsprechender Lohnkürzung war aus Sicht des Konzerns die beste und billigste Lösung. Sie führte zur Verringerung der Personalkosten um 16% und machte vorerst die Entlassung von Facharbeitern überflüssig.

Der VW-Personalchef Hartz brachte die Angelegenheit auf den Punkt, um den es den VW-Management geht:

„Wenn wir viel Arbeit haben, arbeiten wir viel und lange. Wenn wir wenig Arbeit haben, passen wir uns an." (SZ 7.2.94)

Diese Einschätzung führt uns zu einem weiteren Aspekt des VW-Modells. Das Unternehmen möchte den Arbeitstag nicht nur nach Belieben verkürzen, sondern auch verlängern, egal ob Samstag oder Sonntag, Tag oder Nacht. Das VW-Modell bedeutet den Einstieg in die Arbeitszeit-Verlängerung, die praktisch Überstundenzuschläge hinwegfegt und Neueinstellungen verhindert.

Vorteile für den VW - Konzern

- **Durch totale Flexibilisierung der Arbeitszeit höhere Maschinenauslastungszeiten**
- **Ein möglicher Sozialplan wird eingespart - im Beispiel VW ca. 500 bis 900 Millionen DM**
- **Mögliche Einsparung des Kurzarbeitergeldausgleichs von vielen zig Milliarden Mark**
- **25 - bis 30% Lohnkosteneinsparung**
- **Flexibilisierung bei Verkürzung der Arbeitszeit in einzelnen Abteilungen.**

Betriebsratswahlen bei Bosch-Siemens

Es ist ja nicht so, daß die Arbeitgeber tatenlos warten, bis die Betriebsratswahlen, die sie eigentlich nichts angehen, gelaufen sind. Davon kann wohl jeder, der so etwas schon einmal aktiv mitgemacht hat, ein Lied singen. Bosch-Siemens hat eine lange Tradition, was die Beschäftigung von ausländischen KollegInnen, besonders aus der Türkei, betrifft. Es sind fast die Hälfte aller KollegInnen. Bei uns im Betrieb hat die Geschäftsleitung zum einen eine rein deutsche Liste und zum anderen eine rein türkische, in der viele Mitglieder der „Grauen Wölfe" (faschistisch-nationalistische Organisation inner- und ausserhalb der Türkei) kandidieren, initiiert bzw. unterstützt. Das Ziel dieser Initiative der Geschäftsleitung bestand in der Zustimmung durch beide Listen für ihre Politik in Richtung Arbeitszeitverkürzung und Gründung der neuen Fabrik in Nauen (natürlich mit geringeren Löhnen und schlechterer Urlaubsregelung). Die Pläne der Geschäftsleitung gingen gut auf:

- Keine der beiden Listen hat die Belegschaft über die Vorhaben der Geschäftsleitung in Kenntnis gesetzt oder eine klare Stellung zur Perspektive des Arbeitskampfes gegen den Lohnraub genommen. Keine hat sich verpflichtet, so elementare Dinge wie Streikposten mitzumachen.
- Keine hat sich zu den Nauener Plänen - und welche Konsequenzen sich für die Belegschaft daraus ergeben - geäußert.

Gewerkschafter der IG-Metall-Liste und der linken oppositionellen Liste „Arbeitereinheit" von 1990 haben sich geeinigt, eine gemeinsame IG-Metall-Liste mit Kolleginnen und Kollegen der verschiedensten Nationalitäten zusammenzustellen.

Leider haben es einige Spitzenkandidaten dieser Liste unterlassen, die Politik der beiden arbeitgeberfreundlichen Listen zu kritisieren. Das hat nicht nur die Position der rein deutschen Liste verstärkt, sondern auch die Vorwürfe der türkischen Faschisten (in der Art: „Wählt türkisch, die Deutschen haben sich miteinander gegen uns abgesprochen") scheinbar bestätigt.

Die Linken in der IG-Metall-Liste mußten den Wahlkampf mit einer gebundenen Liste durchführen.

Trotz Druck von Seiten des Arbeitgebers und eigenen Versagens hat die IG-Metall-Liste die absolute Mehrheit erkämpft (889, damit 54% der Stimmen und 12 Betriebsratssitzen, davon 3 BR aus dem Angestelltenbereich).

Die Liste der türkischen Rechten hat ihre Position verstärkt, sie errangen 396, damit 24,25% der Stimmen und 4 Betriebsratssitze.

Die deutsche Liste konnte nicht mehr als 306, damit 18,24% der Stimmen und 3 Betriebsratssitze erreichen.

Eine andere kleine unbedeutende Liste türkischer Kollegen erreichte lediglich 42, damit 2% der Stimmen und konnte keinen Platz im Betriebsratsgremium besetzen.

Aus diesen Betriebsratswahlen läßt sich folgende Lehre ziehen: Wenn wir wirkungsvoll gegen Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung vorgehen wollen, müssen wir von der Basis her eine starke Kontrolle auf die von uns gewählten Gremien ausüben, damit sie konsequent unsere Interessen gegenüber der Geschäftsleitung vertreten und jedem Spaltungsversuch in ausländische und deutsche Arbeitnehmer entgegenwirken. Die wichtigste Vorbereitung ist die Information der Belegschaft. Sie muß in bestimmten Organisationsformen (wie z.B. die erzwungene Vollversammlung) informiert werden, und vor allem muß der Vertrauenskörper gestärkt werden. Die Kollegen müssen wissen, was der Arbeitgeber plant, und was hinter so schönen Begriffen wie „Flexibilisierung der Arbeitszeit" steckt.

Ansu

Berliner Zeitung

Unendliche Geschichte

Von Rainer Schmid

Beim NARVA-Nachfolger Priamos geht es nun hart zu. Die 1992 beim Verkauf des Berliner Glühlampenwerkes versprochene und bejubelte Beschäftigungsgarantie des Investors Härtl für tausend NARVA-Beschäftigte hat nach zwei Jahren keinen Bestand mehr. Mit Einverständnis der Treuhandanstalt könnte der Eigentümer der Nachfolgefirma Priamos jetzt die Belegschaft auf die Hälfte zusammenstreichen.

Die Treuhandanstalt honoriert damit die bislang vom Investor an den Tag gelegte Verläßlichkeit bei der Erfüllung seiner Zusagen. Pünktlich zahlte Härtl in den vergangenen Jahren nicht nur Lohn und Gehalt für die Beschäftigten, von denen der überwiegende Teil in Kurzarbeit Null steht. Er hielt allen Widrigkeiten zum Trotz auch an der Beschäftigungsgarantie fest. Eine auch vom Betriebsrat anerkannte Haltung.

Pure Menschenfreundlichkeit indes verbarg sich natürlich nicht dahinter. Vielmehr hatte die Treuhand mit dem Verkauf des Filetgrundstücks im Bezirk Friedrichshain das Engagement des Münchner Investors in Berlin auch üppig belohnt. Zu recht durfte sie daher auch erwarten, daß er seine Zusagen einhält.

Der jetzt mögliche Stellenabbau könnte eine Atempause verschaffen. Sie soll der NARVA-Nachfolgefirma Luft zur Sanierung des Unternehmens geben. Aus der Pflicht ist Härtl nicht entlassen. Bis Ende 1996 – um anderthalb Jahre verzögert – muß er wieder die gleiche Mitarbeiterzahl beschäftigen.

Der Komentar zur unendlichen Geschichte

Es wäre lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre. Michael Müller, Betriebsrat von NARVA, jetzt PRIAMOS war einer der Mitbegründer der Berliner Betriebsräteinitiative. Weit mehr als 4 000 Beschäftigte hatte einst Narva.

Michael Müller streng der "sinnvollen und sozialen Marktwirtschaft" verpflichtet, stimmte allen Entlassungen zu, bis es denn nur noch wenig mehr als 1 000 Kollegen waren. Aber die sollten ja nun eine Chance auf Privatisierung haben. Hier gab es besonders viele Schlagzeilen. Das lukrative Gelände, in der Nähe des Stadtzentrums von Berlin war umkämpftes Terrain vieler Wirtschaftsverbrecher. Der Betriebsrat konnte hier ersteinmal das schlimmste verhindern.

Doch da nahte ein Investor namens Härtel , der ein Beschäftigungsgarantie bis 1995 gab und auch in die Produktion investieren und sogar alle Arbeitsplätze sichern wollte. Für diese Illusion nahm man Lohnverzicht und jede Arbeit auf sich. Vor aller Welt präsentierte Michael Müller das als eine "vernünftige Einigung für eine gesunde Zukunft des Unternehmens".

Die Zustimmung auf die Kündigung tausender KollegInnen, die Zustimmung auf Lohnverzicht, die Vertretung der Interessen des Unternehmers - all das nutzte nichts. Härtel hatte offensichtlich andere Pläne, die er nur über einen cleveren Umweg realisierte. Baugenehmigungsverweigerung wird vorgeschoben, um die Aufhebung der Beschäftigungsgaratie zu begründen.

Selbst die Ausschnitte der Berliner Zeitung verschweigen die bittere Wahrheit. Die millionenschweren Zuschüsse erschwindelt, das millionenschwere Gelände im Sack, versucht Härtel jetzt nach und nach die lästigen Arbeitnehmer loszuwerden !

Eine Lehre für alle allzu kompromißbereiten und optimistischen Betriebsräte : Auch wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat - er kann dennoch gehen. Die Millionen teilen die Unternehmer nicht mit uns !

AUS UNSERER POSTMAPPE

Knapp vor Redaktionsschluß hat uns noch eine Fax erreicht, das sich lohnt hier erwähnt zu werden. Auch für die Postler wird die gleiche Schweinerei vorbereitet. Sie nennt sich **Frachtpost und Brief 2000**. Das bedeutet Befristung des Kündigungsschutzes, Tausch der Vollbeschäftigung gegen bis zu einem Halbtagsjob, Zumutung jedes Anfahrtweges, und wenn jemand "Umstrukturiert" wird, soll er mit jedem Lohnangebot einverstanden sein, sonst verliert er seinen Kündigungsschutz sofort. - Und die Gewerkschaft macht bei diesen Forderungen voll mit - sie will sie "sozialverträglich" umsetzen. Aber die Beschäftigte nehmen nicht einfach einen geplanten Tarifvertrag hin, sie wollen gegen einen möglichen Abschluß kämpfen und dagegen mobilisieren !

Wer also näheres wissen will, um die Kollegen zu unterstützen, der schreibe an :

Personal beim Postamt 77
Berlin, Postfach 77001,
10837 Berlin

49 303967465 p 01

Deutsche Bundespost POSTDIENST
POSTAMT BERLIN 77

Deutsche Postgewerkschaft
Hauptvorstand
60528 Frankfurt

Offener Brief und Pressemitteilung zum geplanten Tarifvertrag für die Ein - und Durchführung der Konzepte Frachtpost und Brief 2000

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir, die Beschäftigten des PA 77 sind nach der Einsicht des geplanten projektbezogenen Tarifvertrages der Meinung, daß das ausgehandelte „Ergebnis" uns allen keine vernünftige Perspektive" bietet, über die es sich lohnt weiter nachzudenken.
Die ausgehandelten Punkte, die die weitere berufliche Zukunft aller regeln soll, sind ein Skandal und können, nur als Bankrotterklärung einer Gewerkschaft verstanden werden !

» - Wir fordern Euch auf, es nicht über unser aller Köpfe zu solch einem Vertragsabschluß kommen zu lassen.

» - Wir fordern Euch daher auf, allen Beschäftigten per Urabstimmung die Mitgestaltung und Mitbestimmung des Tarifvertrages zu ermöglichen !!!

Falls die Satzung der Deutschen Postgewerkschaft eine Urabstimmung in diesem Fall nicht vorsieht, regen wir eine Satzungsänderung an. Rechtliche Schritte gegen den jetzt geplanten projektbezogenen Tarifvertrag behalten wir uns ausdrücklich vor.

Berlin, April 1994 PA 77

Kontakte, Aktivitäten

Dieser Aufruf erreichte uns vorigen Monat und zeigt, daß es überall Aktivitäten gibt, sich gegen den Großangriff der Unternehmer zur Wehr zu setzen.

Europaweit gegen Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rassismus!

In den verschiedenen Ländern Europas wächst der Widerstand der Arbeiter gegen Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rassismus: Generalstreik in Belgien und Spanien, Streik bei der Air France, bei den Angestellten der Telekom in Frankreich, erbitterte Streiks gegen Entlassungen wie in der Kaligrube Bischofferode in Ostdeutschland, Streiks gegen die Lohnkürzungsversuche der Unternehmer in Deutschland. Jeden Tag gibt es neue Kampfaktionen. Das ist auch notwendig, denn:

Mit der Schaffung des „Vereinten Europa" und der vollständigen Integration der osteuropäischen Staaten in den Weltmarkt ist in Europa ein riesiger Markt für Arbeitskräfte entstanden. Dadurch hat sich die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärft und deren soziale Lage radikal verschlechtert. Einige Beispiele:

Die offizielle Arbeitslosenzahl im „Vereinten Europa" liegt bei ca. 20 Millionen. Berücksichtigt man statistische Tricks so liegt die reale Arbeitslosenzahl weit höher.

* In der Automobilbranche steigt die Konkurrenz. Es herrscht eine tiefe Krise, die auf die Arbeiter abgewälzt wird. So hat z.B. VW die 4-Tage-Woche eingeführt bei gleichzeitigem Lohnabbau von 20%. Der deutsche Konzern BMW hat den englischen Konzern Rover geschluckt. Das wird eine weitere Welle von Rationalisierung und Entlassungen zur Folge haben.
* Die Arbeiter der verschiedenen Länder werden gegeneinander ausgespielt. So wird ihnen von den Unternehmern vorgehalten, die Arbeiter anderer Länder seien „besser", „billiger", „fleißiger". Damit werden Verschlechterungen **der** Löhne, der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsschutzgesetze begründet. So soll z.Z. in Spanien das Arbeitszeitgesetz verschlechtert werden, wegen „Europa".

Mit der verschärften Konkurrenz der Arbeiter wird auch der Nationalismus geschürt. In ganz Europa breitet sich der Rassismus und Nationalismus aus. Die Arbeiter sollen gegeneinander kämpfen, statt gemeinsam und solidarisch für ein besseres Leben einzutreten.

Dabei haben wir dieselben Interessen: Wir wollen mit unseren Familien leben können. Wir wollen eine Zukunft für uns und unsere Kinder. Wir brauchen Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle! Und nur gemeinsam, durch praktizierte internationale Solidarität können wir uns gegen die Angriffe des Kapitals auf unsere Lebensgrundlagen verteidigen und für eine bessere Zukunft kämpfen.

Das Verlangen nach einer Koordinierung der Kämpfe auf Europaebene wächst und es hat bereits erste Versuche der Zusammenarbeit gegeben wie z.B. bei den Arbeitern der Bahn. Um größere und konkretere Schritte in dieser Richtung zu unternehmen, sollten aktive Gewerkschafter an der Basis in Kontakt kommen, **miteinander** reden, sich kennenlernen. Wenn z.B. Arbeiter von VW, SEAT, BMW, Rover, Renault, FIAT usw. an einem Tisch sitzen, werden sie entdecken, wieviele Gemeinsamkeiten sie haben. Wir brauchen: Kontakte auf Konzernebene, in Branchen usw.

- Informationsaustausch
- Zusammenarbeit
- gemeinsame Kampfaktionen

Um erste Schritte in diese Richtung zu gehen, rufen wir zu einem europaweiten Kongreß von Gewerkschaftsaktivisten und -funktionären vom 10.6.-12.6.94 in Frankfurt/Deutschland auf. In Referaten, Arbeitsgruppen, Diskussionen usw. wollen wir die Lage der Arbeiter und Angestellten in Europa und Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit von Gewerkschaftsaktivisten besprechen. Wir erwarten erste Ergebnisse, auf denen wir eine weitere Zusammenarbeit aufbauen können.

Als Erstunterzeichner rufen auf.- (Bis 19.2. werden Erstunterzeichner gesammelt. Bis Ende Februar werden mit dieser Liste weitere Unterzeichner gesammelt. Ab Ende Feb./Anfang März wird der Aufruf veröffentlicht.) Arbeiterkomitee für Solidarität und Einheit, Dortmund; Reinhard Potabski, IG-Metall Betriebsrat und Vertrauenskörperleiter Sauer-Sundstrand Neumünster; Jörg Buddenberg, IG Chemie-Vertrauensmann, Gebr.Schmidt Frankfurt; „Ratschlag" - gewerkschaftlicher Arbeitskreis, Frankfurt; Sebahattin Yurdakal, Vertrauensmann DPG (Post) Frankfurt; Niels Clasen, IG Metall Betriebsrats-Mitglied Roto-Frank Stuttgart; Yakup Baföz, IG - Metall

Für alle, die sich an dieser Initiative beteiligen wollen, hier die beigefügte Kontaktadresse: **JÖRG BUDDENBERG, Fachfeldstr.24a, 60386 Frankfurt A\Main Tel. 069422721**

Wir meinen, daß dies eine interessante Initiative ist. Sie sollte sich verbreitern. Wir werden ihren Fortgang beobachten und uns gegebenfalls beteiligen.

Kritisches

Lohnverzicht für Banken und Konzerne !

Es hat sich inzwischen herumgesprochen : Wenn es uns schlecht geht, geht es den Banken sehr gut. Wie kommt das nur? Staatsverschuldung heißt die Zauberformel.



Da der Bund 1993 etwa 450 Mrd. DM ausgab, flossen 1/3 der Ausgaben in den Schuldendienst. Getilgt wird nach Aussage der Leiterin der Bundesschuldenverwaltung mit der Neuaufnahme von Krediten. **Eine Spirale ohne Ende.** In wessen Besitz die Schuldtitel sind, weiß sie nicht. Die Regierung hat im Sinne der Banken die Staatsfinanzen völlig heruntergewirtschaftet. In absehbarer Zeit ist damit zu rechnen, daß jede zweite Mark für die Bedienung der Gläubiger d.h. die Banken aufgebracht werden muß. Also ran, lieber Steuerzahler lassen wir's den Banken gut gehen !

Den Beschäftigten zeigt man die leeren Kassen. Lohnkürzungen, Rentenkürzungen, Arbeitslosengeldkürzungen usw. Wir sehen, wo es hinfließt. Aus diesem Grunde das Gejammere von den leeren Kassen ! Nicht die Arbeitslosen haben daran Schuld, weil sie faulenzen, nicht die ArbeiterInnen beziehen zu viel Lohn und Urlaub, sondern die Verteilung Milliarden von Steuergeldern von unten an die Banken und Unternehmer ! Wenn sie uns etwas vom allgemeinen sparen etwas erzählen, dann sollen **wir** es sein, die dazugeben sollen. Die Lohnkürzungen wollen uns die Poitiker schmackhaft machen. Und was scheint dazu besser geeignet, als wertlose Beschäftigungsgarantien und der zynische Appell an die Solidarität mit den Arbeitslosen. Beschäftigungsgarantien sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben werden. Sie sind befristet und werden unter veränderten Bedingungen notfalls einseitig aufgekündigt (siehe NARVA).

Wärend sie uns schröpfen, vedienen sich die Banken dumm und dusselig, werden high tech - Rüstungsgüter wie der **Eurojäger** gebaut oder Wunderspielzeuge für Reiche wie der **Transrapid - damit auch die Konzerne nicht leer ausgehen.**

Unser Spartip : **Ersparen wir sie uns .**

Zahlen , Daten

* Im Jahre 1993 zahlte allein der Bund täglich **169 Mio DM Zinsen** und **272 Mio DM Tilgung an die Banken**. Das sind im Jahr **61, 7 Mrd. Zinsen und 99,3 Mrd. DM an Tilgung.** Das alles für Schulden von insgesamt 1.000 Milliarden DM (Schulden incl. der Sonderhaushalte - die der Staat den Banken schuldet. - alle Angaben nach Focus 10/94)

Das Zinswunder im Osten

Anfang März berichtete der SPIEGEL (10/ 94) über die Milliardenprofite deutscher Banken, die sie durch die Übernahme alter **ostdeutscher** Kredite erzielten. „Westdeutsche Geldhäuser wie die Deutsche Genossenschaftsbank haben sich zu günstigsten Konditionen Banken der vergangenen DDR einverleibt, mitsamt deren Kreditforderungen Es geht um Forderungen zwischen 150 bis 200 Milliarden Mark. „ Klar wurde darauf hingewiesen, daß diese Ost -Schulden nicht wie West-Schulden behandelt werden dürften, denn sie dienten hier als Steuerinstrumente der Staatswirtschaft". Beispielsweise war es im Wohnungsbau so, daß ein Fünftel der Kosten durch die Mieten hereingeholt wurden und den Rest „deckten Zuschüsse aus dem DDR - Haushalt und Kredite bei der Staatsbank. Zins und Tilgung für diese Schulden übernahm - bis auf 1 Prozent - der Staat. „ Nach der Währungsumstellung und der Einverleibung der Schulden durch die



Deutsche Kreditbank und der Berliner Stadtbank standen die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen auf einmal mit 36 Milliarden Mark in der Kreide. Heute kommen noch 20 Milliarden DM an Zinsen dazu, denn die Westbanken verlangen nun im Westen übliche Marktzinsen (10-11%) und scheren sich einen Dreck um die vorigen Zinsabschläge (2,51/o). „Für westdeutsche Geldhändler hat es einen dickeren Fang wohl nie gegeben: ***Das komplette Banken - System eines ganzen Staates, rund 180 Milliarden Mark Spareinlagen und die Schulden auf der anderen Bilanzseite, war im Supermarkt der Deutschen Einheit billig zu haben.*** Fast alle bedeutenden Kreditinstitute griffen zu. „ Und **„das dicke Geschäft** haben die Banken bei der gigantischen Finanzierung der deutschen Einheit ***auf Pump gemacht."*** Abschließend wird im Artikel betont: *„Gerecht ist das nicht".* Doch - das ist gerecht. Gerecht für das Finanzkapital, für die Banken, für die Regierung !.

Unsere Gerechtigkeit werden sie uns nicht schenken !

Tarifabschlüsse sogar für "Fachleute" unverständlich niedrig

Selbst das als unternehmerfreundliche Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin erklärte, der ÖTV-Abschluss sei viel zu niedrig. Als Folge werde es zu einem deutlichen Rückgang beim privaten Verbrauch kommen. Rund 7% Reallohnabbau - das gefährdet die kapitalistische Wirtschaft.

Der neunmalkluge Lafontaine, der selbst schon mehrmals Arbeitszeitverkürzungen bei gleichzeitigem Lohnabbau gefordert hat, ist ebenfalls über die Konsequenzen der Realisierung seiner Forderungen erschrocken. Auf dem SPD-Parteitag im Saarland am 12./13.3. nannte er die *Tarifabschlüsse 'problematisch"*,da sie nicht geeignet seien, beim privaten Verbrauch den dringend nötigen Schub auszulösen.

Das zeigt, wie verrückt dieses System ist: Denn einerseits hätte das Kapital am liebsten Arbeitskräfte, die für Pfennigbeträge Höchstleistungen bringen, andererseits hätten sie gerne Konsumenten, die nur so mit den Tausendern um sich schmeißen und ihnen ihre Waren aus den Händen reißen. Aber beides zusammen geht nicht.



Eines ist sicher : das Kapital entscheidet sich immer für mehr Profit. 700 Milliarden DM ! können heute nicht mehr gewinnbringend angelegt werden, weil kein Absatzmarkt da ist. Die Unternehmer "parken" diese riesige Summe, in der Hoffnung, neue Absatzmärkte zu erobern. Die Gesetze des Kapitalismus selbst zwingen sie dazu, diesen ökonomisch irrwitzigen Weg zu gehen, der unsere Existenz in Frage stellt.

ÖTV zieht nach!

ÖTV-Tarifrunde ist abgeschlossen. IG Metall läßt grüßen !Nur wenige Tage nach dem Abschluß in der Metall- und Elektroindustrie Niedersachsens, wurden die Belegschaften des öffentlichen Dienstes mit einem Verhandlungsergebnis abgefertigt, das in Teilen noch schlechter als das der IG - MetaII ist. Dafür hatten sich die Arbeiter und Angestellten mit ihren Warnstreiks nun wahrlich nicht stark gemacht.

Der ÖTV-Fuhrung um Monika Wulf-Mathies war sehr daran gelegen, daß es nicht zu brisanten Auseinandersetzungen kommt. Ein Streik sollte unter allen Umständen vermieden werden. Gerechtfertigt wurde das Ergebnis mit der Aussage „man habe das Schlimmste verhindern können". Tatsache aber ist, daß man massiven Lohnabbau zuzüglich einer weiteren Hinauszögerung einer nennenswerten Angleichung der Ostlöhne an das Westniveau unterschrieben hat, ebenso einige Verschlechterungen, die aus dem sogenannten „Grusel-Katalog" stammen.



"Wie kann ich ihnen nur dieses Ergebnis als Erfolg verkaufen ?"

Innenminister Kanther kann zu Recht von einem Erfolg für seine Seite sprechen. Im einzelnen:

* Im Unterschied zum Metallbereich beträgt die Laufzeit des Tarifvertrages imOffentlichen Dienst 15 Monate - vom 31.12.1993-31.3.1995.
  Vereinbart wurde 2 % mehr Lohn und Gehalt, fiir die unteren Lohngruppen (5c und weniger) ab Juli, für die Lohn- und Gehaltsgruppen oberhalb 5c sogar erst ab September 1994. Im ersteren Fall also 6 Leermonate. Im letzteren gar 8 Monate. Das 13. Monatsgehalt wird zunächst für die kommenden drei Jahre auf dem jetzigen Stand eingefroren.
* Im Osten Deutschlands werden derzeit 80 % des Westniveaus gezahlt. Ab 1. Oktober 1994 sollen es 82% sein, ab 1. Oktober 95 dann 84%.
* In Ostdeutschland kann jetzt je nach Bedarf des öffentlichen Arbeitgeber die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Std. auf 32 Std. gesenkt werden, praktisch ohne Lohnausgleich und das mindestens drei Jahre lang.
* Der bisherige Zeitraum für das Abbummeln von Überstunden wird von 8 Wochen auf ein I halbes Jahr ausgedehnt.
* Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Angestellte bei Neuzugängen endet entsprechend den Regelungen bei den Arbeitern nach sechs Wochen.

Gewiß wurden damit nicht alle Punkte des„Horrorkatalogs" durchgesetzt, aber für's erste reichte es dem Staat.
Wenn wir uns nicht wehren, steht die Tür für weitere drastische Verschlechterungen weit offen.

ZU DIESER AUSGABE:

Drei Monate ist es her, daß der letzte "Ostwind" erschien. Seither ist einiges passiert. Bischofferode ist besiegt worden, die Tarifverträge sind wieder einmal zum Nachteil für die abhängig Beschäftigten abgeschlossen worden, weitere der wenigen verbliebenen Betriebe im Osten sollen plattgemacht werden usw.

Auch bei uns in der Basis- und Betriebsräte-Initiative hat eine Auseinandersetzung stattgefunden, die den Stand der Arbeitskämpfe widerspiegelt.

Nach 2 Jahren Erfahrungen können wir sagen, daß Proteste, Verhandlungen, Konferenzen und Demonstrationen wenig Erfolg hatten, den Kahlschlag in Ostdeutschland aufzuhalten.

Wenn es zu kleineren zeitweiligen Erfolgen wie z. B. bei BELFA (Berlin) und Bischofferode kam, dann nur dadurch, daß die Belegschaft mit konsequenten Kampfmaßnahmen wie Hungerstreik und Werksbesetzung auf die Unternehmerangriffe reagierte.

Die letztendliche Niederlagen dieser Arbeitskämpfe hatten ihre Ursachen in einem ungünstigen Kräfteverhältnis (ein Betrieb auf der einen Seite, die Treuhand, ein Konzern, die Regierung und Medien auf der anderen), in den Illusionen in die Marktwirtschaft ("weil wir gut sind, werden wir eine Chance am Markt bekommen") und in der Orientierung auf Verhandlungen und nicht auf konsequente Aktionen aus eigener Kraft.

Auch die Gewerkschaft organisierte keinen wirkungsvollen Kampf und nahm die Verschlechterung der Lebensbedingungen meist hin.

Das führte in der Initiative zu einer Auseinandersetzung, die letztendlich leider mit einer Spaltung endete. Die ausgetretenen Kolleginnen und Kollegen wollen weiterhin die Auseinandersetzung nur auf der Betriebsratsebene , ohne die Belegschaft konsequent zu mobilisieren. Sie orientieren weiterhin auf den "Kampf am Verhandlungstisch" und wollen um jeden Preis Kritik an der Gewerkschaft verhindern, auch wenn sie sich objektiv gegen die Interessen der Belegschaften stellt. Sie lehnen radikale Kampfmethoden (z. B. Werksbesetzungen) auch dann ab, wenn alle anderen Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Belegschaft versagt haben.

Wir zogen nach der Spaltung unter anderem den Schluß, daß sich die Initiative stärker an die Belegschaften wenden muß. Davon zeugt zukünftig hoffentlich nicht nur die Namensänderung der Initiative (siehe Titelblatt).

Die Basis- und Betriebsräte-Initiative sieht ihre Aufgabe darin, den Kampf von Belegschaften und Erwerbslosen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau solidarisch zu unterstützen. Mit unserer Zeitung, dem "Ostwind" wollen wir die Erfahrungen dieser Kämpfe auswerten und die abhängig Beschäftigten aus Industrie und Verwaltung, ebenso aber Erwerbslose zu Wort kommen lassen. Der "Ostwind" wird die Solidarität für aktuelle Arbeitskämpfe organisieren, die Verbreitung von Informationen unterstützen und zur Vernetzung von Kämpfen und Betrieben beitragen. Dabei wenden wir uns gegen eine ausschließliche Orientierung auf Vertretungsgremien. Die Initiative steht gegen Opportunismus im Sinne von faulen Kompromissen mit der Gegenseite, Inkonsequenz und Heuchelei seitens der Gewerkschaftsapparate oder Betriebsräte.

Für wichtig halten wir in unserer Arbeit, daß die im kapitalistischen Wirtschaftssystem liegenden Ursachen von Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau kritisiert werden.

Es ist klar, daß wir weder von der Gewerkschaft, noch von Parteien unterstützt werden. Daher sind wir auf eure Unterstützung angewiesen, wenn wir die gestellten Aufgaben erfüllen wollen. Wir bitten euch daher, nicht nur die Zeitung zu bezahlen, sondern uns auch wie bisher durch Spenden zu unterstützen.

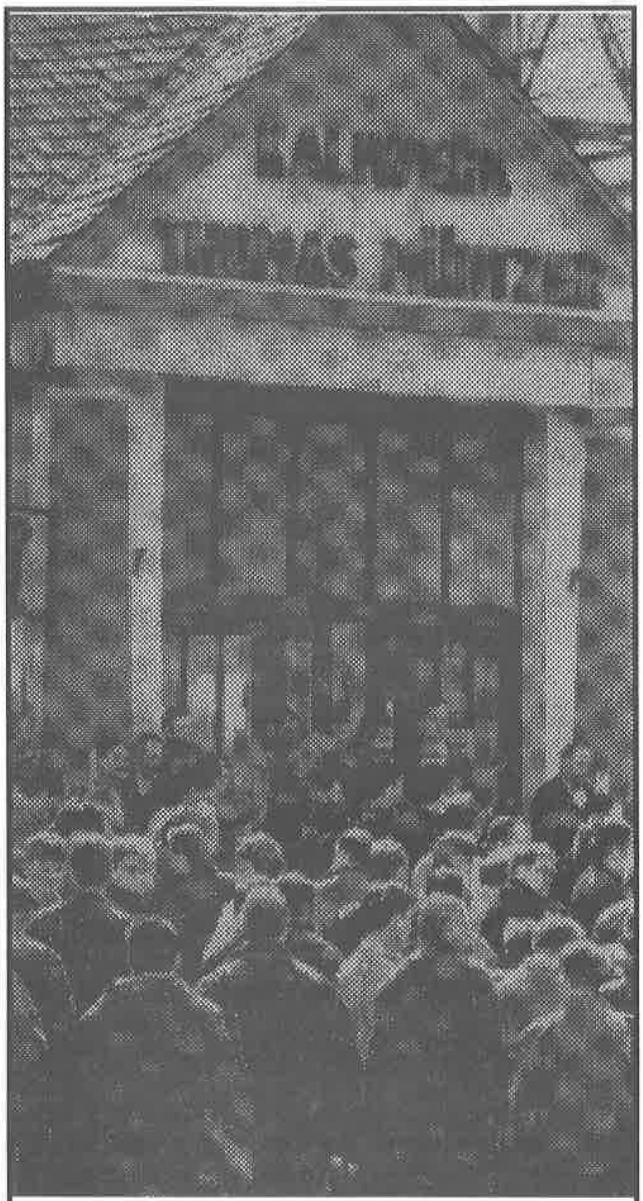
In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal den Bischofferöder Kumpeln für ihre Unterstützung danken, mit deren Hilfe es möglich geworden ist, den "Ostwind" in der vorliegenden Qualität herauszubringen.

Interessierte können sich gern die "Politischen Grundlagen" der Initiative zuschicken lassen.

Sonderfall

ALS MEINE FRAU ZUR FINANZPOLITIK DES HERRN WAIGEL SAGTE: > ER KANN MACHEN WAS ER WILL, DAS HEMD IST IMMER ZU KURZ. ZIEHT ES VORNE RUNTER, GUCKT DER ARSCH RAUS - UND UMGEKEHRT < , DA DACHTE ICH SOFORT: > DAS KANN JA WOHL NICHT STIMMEN, WAS MEINE FRAU SAGT, OBWOHL SIE DOCH IMMER RECHT HAT, DASS WENN ER DAS HEMD HINTEN RUNTER ZIEHT, VORNE DER ARSCH RAUSGUCKT.<
ODER BEI WAIGEL DOCH.
C.B

Verschiedenes



Am 07. April demonstrierten ca. 300 ehemalige Kalikumpel vor ihrer stillgelegten Grube. Sie verlangten von der Landesregierung die versprochenen Übergangshilfen und Ersatzarbeitsplätze.
Der Ostwind wird in seiner nächsten Ausgabe auf die Situation in Bischofferode eingehen.

Die Basis - und Betriebsräte -ini trifft sich :
27. 04. 94 und 13. 05. 94 um 17. 30 Uhr im Olof - Palme Haus, Brunnenstr. 125 - 127 dritte Etage links

Stuntmännchen

Politiker sollte sich wie ihre Schauspielerkollegen in gefährlichen Situationen doubeln lassen.
Also beispielsweise bei Amtseid und "Ehrenworten".

OSTWIND
Informationsblatt gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau

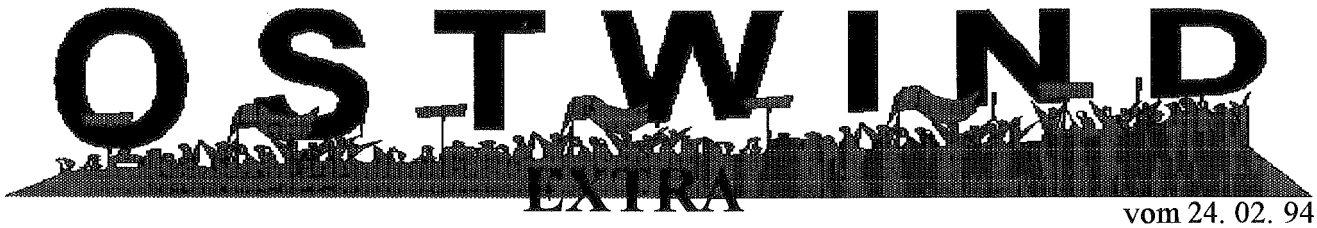
Rundschreiben !

Einladung !

Liebe Kolleinnen und Kollegen !

Seit der Gründung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative im Frühjahr 92 hat sie viele Schwankungen durchgemacht. Im Herbst 1993 hat sie sich wie ihr alle wißt, sogar gespalten. Jetzt, so scheint es, ist sie am Ende.
Wenn man sich heute in Deutschland umschaut, so scheint der Kampf gegen den sozialen Kahlschlag ersteinmal verloren. Das was den Bank,- Regierungs - und Wirtschaftbossen im Osten gelungen ist, wollen sie jetzt auch im Westen durchziehen. Die Gewerkschaften konnten überall Tarife aushandeln, die nicht einmal mehr die Inlationsrate auffangen - es waren allesamt Minusrunden. Die Tarifverträge sind überall angegriffen und aufgeweicht worden. Die Gegenwehr ist im Osten und im Westen sehr schwach.
Diese Schwäche spiegelt sich in der Schwäche der Basis - und Betriebsräteinitiative wieder !
Heute besteht die Initiative faktisch nur noch aus sehr wenigen KollegInnen. Nur noch wenige KollegInnen tragen die Redaktion des "OSTWIND".
Wir laden euch hiermit nocheinmal ein, uns zu treffen, um über die allgemeine und unsere besondere Situation zu sprechen und wie wir darauf reagieren wollen.
Die Redaktionsgruppe des „OSTWIND“ stellt sich auch weiterhin das Ziel, Arbeitskämpfe, wenn es sie denn gibt, zu untersützen in dem wir darüber **parteilich** berichten und in unserem bescheidenen Rahmen Solidarität zu organisieren (Auch durch Weitergabe von Erfahrungen, die wir in den 3 Jahren im Kampf gegen die Treuhand gesammelt haben, durch Spendensammlungen usw.).
Wer das für unterstützenswert hält, kann sich an dieser Arbeit beteiligen, in dem er an unseren Diskussionen (jeden zweiten Mittwoch im Monat im Olof - Palme - Haus) ~~und~~ teilnimmt und uns Informationen aus Betrieben und Gewerkschaften usw. per FAX, Tel. oder Post zukommen läßt.
Wir werden also weiter in unregelmäßigen Abständen den "OSTWIND" und Flugblätter zu konkreten Anlässen herausbringen.
Der nächste Treff, zu dem wir nocheinmal alle herzlich einladen ist, am

12.10.94 um.18.00 Uhr im Haus der Demokratie Friedrichstr. 169 .



vom 24. 02. 94

METALLARBEITER - STREIK

JEDE ENTSCHEIDUNG MUß DIE BASIS TREFFEN !

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Noch nie war der Angriff der Arbeitgeber auf unseren Lebensstandard so umfassend und radikal wie zur Zeit: Streichung des Urlaubsgeldes, Flexibilisierung der Arbeit bzw. Arbeitszeitverlängerung, Lohnverzicht und nach wie vor Arbeitsplatzabbau. Darin sind sich die Arbeitgeberverbände, die Regierung, die Bundesbank, die „Fünf Weisen", alle sonstigen Politiker, Manager und Berater einig.

Umfassend und radikal muß auch unsere Antwort sein. Die Bosse stellen alles in Frage, was wir früher errungen und was sie auch unterschrieben hatten. Wir müssen die ganze Politik in Frage stellen, die so eine Frechheit erlaubt. Wir brauchen jetzt die gemeinsame Aktion aller Betroffenen. Die Kolleginnen und Kollegen aller Branchen müssen jetzt solidarisch zusammenstehen.

Die ÖTV befindet sich in einer Sackgasse sinnloser Verhandlungen mit dem Innenminister Kanther, der keine ernsthaften Angebote macht. Diese Verhandlungen müßten für gescheitert erklärt werden. Die ÖTV sollte sofort zur Urabstimmung der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes aufrufen. Ein gleichzeitiger Streik des öffentlichen Dienstes und der Metallindustrie wäre faktisch fast ein Generalstreik. Auf diese Weise wären wir wohl in der Lage unsere Interessen wirksam zu verteidigen und eine politische Wende zu erzwingen.

Auch die Belegschaften der Betriebe in der Chemieindustrie, im Bergbau und den anderen Branchen müßten nicht unbedingt ruhig bleiben. Die schlechten Tarifverträge, die ihnen durch die Erpressung der Unternehmer mit Hilfe der Gewerkschaftsspitzen aufgezwungen wurden, könnten im Zuge einer politischen Wende nachgebessert werden.

Kolleginnen und Kollegen !

Vieles hängt von unserem Streik ab. Unsere Sache ist gerecht. Wir Metallerinnen und Metaller können in einem gemeinsamen Kampf große Teile der unzufriedenen Bevölkerung mitreißen. Wir brauchen nur dazu aufzurufen und selber ein Beispiel der Entschlossenheit zeigen. Kein Streikbrecher darf durch die Tore eines bestreikten Betriebes! Kein Betrieb darf ausgesperrt werden, ohne daß wir zum Mittel des Streiks mitWerksbesetzung greifen. Die Kolleginnen und Kollegen, die in Betrieben arbeiten, für die eine kalte Aussperrung zu fürchten ist, sollen ihre eigene Beteiligung an dem Streik laut und deutlich fordern und gegebenenfalls selbst in die Hand nehmen. Es geht nicht an, daß die IG-Metall, nur um die Streikkasse zu schonen, die von Aussperrung bedrohten Belegschaften nicht zum Streik aufruft. Die bisher beschlossene Streiktaktik des Vorstandes ist viel zu zaghaft und ängstlich. Den Anfang nur in

Niedersachsen zu machen reicht nicht. So kann man den Gegner nicht beeindrucken. Wir fordern einen kraftvollen Vollstreik und einen gemeinsamen Kampf mit den KollegInnen des öffentlichen Dienstes.
Vor allem darf es keinen faulen Kompromiß geben. Vor zwei Jahren sind die ÖTV- Mitglieder vor die vollendete Tatsache gestellt worden , daß ihr Streik ohne ein vernünftiges Ergebnis abgebrochen wurde. Vor einem Jahr passierte mit den ostdeutschen Metallerinnen und Metallern genau das Gleiche.

Jetzt darf sich diese Geschichte nicht wiederholen. Der IG-Metall-Vorstand hat sich zwar auf die unverschämten Angebote der Arbeitgeber **vor dem Streik** nicht eingelassen, wie es die IG-Chemiespitze tat. Wenn sein Streikaufruf ernst gemeint ist, müßte er sich verpflichten, die Basis nie vor solche oder ähnliche vollendete Tatsachen zu stellen. Wenn jetzt neue Angebote einer erschrockenen Arbeitgeberschaft kommen, wollen wir befragt werden und zwar nicht nur bei der Urabstimmung! In jeder Phase des laufenden Streiks wollen wir über die wichtigsten Fragen des Arbeitskampfes mitentscheiden. Der Streik darf auf keinen Fall von der Spitze abgebrochen werden! Er darf erst **nach** Erfüllung unserer Forderungen durch eine Abstimmung der gesamten Basis beendet werden, wobei mindestens 50% der Stimmen aller Streikenden sich für ein Streikende aussprechen müssen.

Solch eine Verpflichtung und diese Basis-Kontrolle müssen wir der IG-Metall aufzwingen. Dann wird jeder Streikende und jede Streikende sicher sein, daß er oder sie nicht umsonst streiken. Dann werden wir kämpferische Streikposten, massive Betriebsversammlungen, aktive Streikkomitees in jedem Betrieb haben.

HÄNDE WEG VOM URLAUB UND VOM URLAUBSGELD!

WEDER ARBEITSPLATZABBAU NOCH LOHNVERZICHT!

JEDES ANGEBOT VON GESAMTMETALL MUß VON DER BASIS ABGESTIMMT WERDEN !

STREIK UND WERKSBESETZUNG GEGEN AUSSPERRUNG!

V.i.S.d.P. Ostwind, Zeitung der Betriebsräte-Initiative, verantw. Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin

Unterstützt den 'Ostwind'!

"Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung" - hieß die zentrale Losung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative. Schluß mit der Plattmachpolitik der Treuhandanstalt! Arbeit für alle! Aus dieser Bewegung ist der 'Ostwind' hervorgegangen, eine kleine, unregelmäßig erscheinende Zeitung, ohne feste Redaktion, ohne technische und finanzielle Basis und hauptsächlich auf den Kampf gegen die Treuhandanstalt fixiert. Das soll jetzt anders werden. Die Betriebsräteinitiative steht vor einer Neuausrichtung ihrer politischen Arbeit. Kann man gegen Massenentlassungen kämpfen, ohne das kapitalistische Wirtschaftssystem als Ganzes zu kritisieren? Kann man gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau kämpfen, ohne die opportunistische Politik der Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsführungen zu kritisieren? Kann man wirkliche Abwehrkämpfe im Interesse der Belegschaften gegen die betrieblichen Entlassungen führen, ohne den Opportunismus von Betriebsräten zu kritisieren, die vor dem tagtäglichen Druck der Geschäftsführungen in die Knie gehen und zu Erfüllungsgehilfen ihrer Politik werden? Der 'Ostwind' will eine betriebsnahe, praktisch eingreifende, Solidarität organisierende, antikapitalistische Zeitung werden, die sich die Vernetzung und Diskussion der sozialen Kämpfe in ganz Deutschland (und darüberhinaus) zur Aufgabe macht. Wir müssen die Erfahrungen der vergangenen Jahre realistisch zusammenfassen. Warum konnten fast keine Arbeitsplätze gerettet werden? Was lernen wir aus dem Kampf der Kali-Kumpel von Bischofferode? Wie können wir gegen die erpresserische Spirale von Lohnraub durch Arbeitszeitverkürzung und Entlassungen (Opel, VW-Modell, Ruhrkohle AG usw.) kämpfen? Der 'Ostwind' will berichten, Erfahrungen diskutieren, Lehren ziehen und weitergeben. Und er will sich bemühen, auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Die ökonomische und politische Situation in Deutschland ändert sich rapide. Im In- und Ausland wächst der Einfluß rechtsradikaler, ausländerfeindlicher und neofaschistischer Kräfte. Wir wollen mit dem 'Ostwind' antirassistische und antifaschistische Politik in die Betriebe tragen, einen unseren Kräften gemäßen Beitrag zur internationalen Solidarität leisten.

Seit Dezember 1993 arbeitet eine feste Redaktion. Eine großzügige Spende der Kali-Kumpel ermöglichte die Anschaffung einer technischen Basis. Wir planen zunächst, den 'Ostwind' monatlich mit 8-12 Seiten erscheinen zu lassen, d.h. 12 Ausgaben für 1994, zusätzlich einige "Ostwind-Spezial" zu besonderen Themen, sowie, wie bisher schon, "Ostwind-Flugblätter" zu aktuellen Kämpfen. Dazu brauchen wir Eure informelle Zuarbeit und redaktionelle Unterstützung durch Korrespondenzen, Reportagen, Bildmaterial, Zuschicken von Flugblättern, Betriebsratsinfos etc. Wir brauchen Eure Hilfe beim Vertrieb. Und wir bitten Euch um Spenden. Der Ostwind wird nicht zum Selbstkostenpreis verkauft, das wäre zu teuer. Wir wollen bewußt einen niedrigen Preis halten, um mehr Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Arbeitsloseninitiativen ansprechen zu können. **Spendet für den 'Ostwind'!** Eure 'Ostwind'-Redaktion.

Anschrift der Redaktion: Martin Clemens
Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin-Mitte,
Tel. und Fax: 030/ 2755600
Redaktionskonto: Köpenicker Bank,
BLZ 10190200, Filiale Berlin-Mitte,
Konto Nr. 1425250 ('Ostwind')



EXTRA

1. Mai 1994

FÜR EINE GEWERKSCHAFTS- UNABHÄNGIGE UND KÄMPFERISCHE ALTERNATIVE

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Unzufriedenheit über die Gewerkschaftspolitik hat zugenommen. In der Basis ist es am Rumoren. Die Gründe dafür sind klar: trotz dem gewaltigen Krisenangriff - der alle von uns erkämpften Errungenschaften in frage stellt - unterblieb auch dieses Jahr ein großer Streik, der ein Wende in der Politik hätte einläuten können. Auf den Warnstreikversammlungen der IGM und ÖTV waren wie stets kämpferische Reden unserer Gewerkschaftsführer zu hören, doch den Worten folgten - wie immer - keine Taten. Statt in einen großen gemeinsamen Streik zu treten, wurde wieder abgewiegelt und uns ein Ergebnis präsentiert, das eine ungeheure Gefahr für die Arbeiterschaft bedeutet:
- unter'm Strich Lohneinbußen bei gleichzeitiger Produktivitätserhöhung. Flexibilisierung und Arbeitszeitausdehnung. Es war immer schon ein großer Fehler, der Unternehmerseite Opferbereitschaft unsererseits zu signalisieren. Sie wird ihre Angriffe deshalb noch intensiver fortsetzen!
- die Hinnahme von Arbeitszeitreduzierung bei vollem Lohnabbau (VW-Modell), wo bis vor kurzen noch die Losung galt: Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohnausgleich!
- die Öffnungsklauseln, die die Flächentarifverträge aushebeln und uns als fabrik- und branchenübergreifende Kraft atomisieren und der Willkür der Einzelbetriebe unterwerfen. Dies ist tatsächlich ein gewaltiger Schritt in Richtung der Selbstauflösung der Gewerkschaften!

All diese Maßnahmen werden uns mit dem Argument verkauft, daß damit Arbeitsplätze erhalten würden. Tatsache aber ist, daß überall weiter Arbeitsplätze abgebaut werden. Dieses Jahr sollen nach offiziellen Angaben nochmal 400.000 Kolleginnen und Kollegen in die Arbeitslosgigkeit geschickt werden. Die Entwicklung geht zunehmend in Richtung der "schlanken Produktion", in der noch zusätzlich durch den Einsatz moderner Technologien ein Rationalisierungsschub den anderen ablöst, wobei das Heer der "industriellen Reservearmee" und der Sockel der Langzeitarbeitslosen beständig anwächst. Auch innerhalb des DGB und den Einzelgewerkschaften wird massiv entlassen.

Doch statt daß eine radikale Arbeitszeitverkürzung und grundlegender neuer Umverteilung der Arbeit zu Lasten unseres Klassengegners, den Kapitaleignern (allein die Hochfinanz machte letztes Jahr einen Nettogewinn von 15 Milliarden DM) zu kämpfen, weichen

die Gewerkschaftsfürsten zurück und halten lange Predigten von "Standortsicherheit" um jeden Preis, die nur den Interessen der Gegenseite dienen. Da, wo Belegschaften aus eigener Initiative anfangen zu kämpfen, fallen sie ihnen in den Rücken und versuchen uns zu spalten.

Viele von uns wissen auch warum das so ist: wie kann jemand, der ein dickes Gehalt, Tantiemen, Dividenden usw. bezieht, jemand der in zahlreichen Aufsichtsräten sitzt und auch privat die Bankette der Unternehmer mit ergiebiger Anwesenheit am Kalten Büffet bereichert noch auf unserer Seite sein? Ist er nicht längst gekauft, um ihre Interessen gegen uns durchzusetzen? Wie lange wollen wir das noch hinnehmen?

Kolleginnen und Kollegen!

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, ohne den es auch den 1.-Mai-Kampftag nicht geben würde (der leider in ein harmloses Festival umgewandelt worden ist), wissen wir, daß wir nur etwas erreichen könnn, wenn wir uns auf unsere eigene Stärke als Arbeitende besinnen und uns von der Basis her organisieren und vernetzen. Wir wollen keinesfalls eine neue Gewerkschaft aufbauen oder Euch dazu auffordern, aus der Gewerkschaft auszutreten, sondern aktiver - auch und gerade gegenüber den Opportunisten an der Spitze - zu werden und Euch innerbetrieblich gegen den Angriff der Bosse zu organisieren und zu wehren:
Gegen die Streichung und Kürzung von Urlaubsgeld,
gegen die Flexibilisierung der Arbeit,
gegen alle ausländerfeindlichen Angriffe und Jagd auf Kranke,
gegen Lohnverzicht und vor allem Arbeitsplatzabbau!

Wir dürfen aber auch die Verschlechterung der Situation der Erwerbslosen nicht hinnehmen, die in immer stärkerem Ausmaß der Zwangsarbeit zu Billigsttarifen unterworfen werden und als Lohndrücker gegen uns ausgespielt werden!

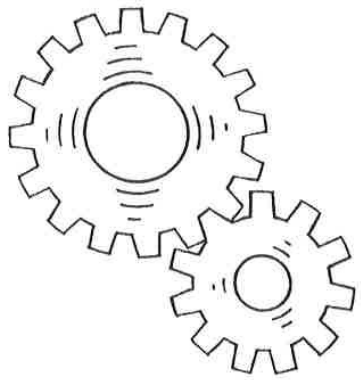
Um uns gegen die zunehmenden Angriffe auf unsere Existenz wehrer zu können, brauchen wir gegenseitige Solidarität, Eure Hilfe und aktive Mitarbeit. Auch Geldspenden sind für unsere Arbeit äußerst wichtig. Die "Basis- und Betriebsräteinitiative" ist partei- und gewerkschaftsunabhängig und versteht sich als Organ zur Vernetzung und Austausch betrieblicher und außerbetrieblicher kämpferischer Initiativen in Ost und West, die sich den Interessen der ausgebeuteten Klasse verpflichtet fühlt.

Lest und vertreibt den "Ostwind" und unsere Flugblätter, schreibt über die Situation in Euren Betrieben und kommt zu unseren Treffen!
Ort:
Olof-Palme-Zentrum, Brunnenstr. 125-127 (Ubhf. Voltastr.), Berlin-Wedding
Wann? Jeden 2. Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr; nächstes Treffen am 11. Mai

V.i.S.d.P.:.....
Spendenkonto:.....

Zum wirtschaftlich-sozialen Hintergrund der Gründung der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute: Umfrage unter ostdeutschen Betriebsräten (Material von Tua Res für die 1. Konferenz der Initiative)

Sonnabend, 20. Juni, 10 Uhr
Kongreßzentrum
am
Alexanderplatz



Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung

Konferenz
Ostdeutscher und
Berliner Betriebs-
und Personalräte

1.Zur Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und Perspektive der Betriebe .

Zunächst ergibt sich, daß in den vergangenen 2 Jahren die Belegschaften der betroffenen Betriebe um 70 bis 80 Prozent reduziert wurden.Auch gegenwärtig erwarten die befragten Betriebsräte :

- die Entlassung der Mehrheit der noch Beschäftigten	10 %
- die Entlassung großer Teile der Beschäftigten	46 %
- geringe weitere Entlassungen	16 %
- keine weiteren Entlassungen	20 %
- ohne Angabe	8 %

Fachkräfte wandern aus vielen Betrieben nach Westdeutschland ab. Nach Meinung der Betriebsräte sind es aus dem jeweilig eigenen Betrieb

- nur einzelne	24 %
- insgesamt wenige	28 %
- doch bereits viele	36 %
- schon sehr viele	10 %
- ohne Angabe	2 %

Auch in den bereits privatisierten Betrieben werden die Zusagen zur Arbeitsplatzsicherung oft nicht eingehalten und erfolgt eine weitere Reduzierung der Belegschaften.

Die Stillegung/Schließung ihrer Betriebstätten befürchten

- akut	20 %
- wenn Hilfe ausbleibt	44 %
- kaum	18 %
- auf keinen Fall	16 %
- ohne Angabe	2 %

Dabei sehen die Befragten die Chancen ihrer Betriebe,durch eigene Anstrengungen und bei entsprechender Unterstützung marktwirtschaftlich wettbewerbsfähig zu werden, tendenziell durchaus günstig.

- sehr günstig	14 %
- ziemlich günstig	58 %
- eher schlecht	18 %
- sehr schlecht	4 %
- überhaupt nicht gegeben	4 %
- ohne Angabe	2 %

Als Hauptursachen für die in Ostdeutschland entstandene wirtschaftliche und soziale Situation werden angegeben (Mehrfachnennungen waren möglich:

- die SED- Mißwirtschaft 44 %
- die alten Leiter 38 %
- die Politik der Treuhandanstalt 58 %
- die schnelle Einführung der D-Mark und der Marktwirtschaft 52 %

Angesichts der gegebenen kritischen wirtschaftlichen und sozialen Situation und ihrer weiteren Verschärfung halten die befragten Betriebsräte soziale Unruhen unter der Bevölkerung Ostdeutschlands in der nächsten Zeit für

- unvermeidlich 18 %
- sehr wahrscheinlich 30 %
- möglich 36 %
- wenig wahrscheinlich 14 %
- ausgeschlossen - %
- ohne Angabe 2 %

3.Meinungen zur Rolle der Betriebsräte und der Gewerkschaften bei der konsequenten Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland

Die befragten Betriebsräte halten für eine bessere Vertretung der Arbeitnehmerinteressen für erforderlich :

	ja	vielleicht	nein	ohne Angabe
- die Erweiterung der Mitbestimrechte der Betriebsräte in den Unternehmen.	92 %	6 %	-	2 %
- die Durchsetzung paritätischer Mitbestimmung in der Treuhand	94 %	4 %	-	2 %
- mehr Einfluß der Betriebsräte auf die Tarifpolitik der Gewerkschaften	72 %	20 %	6 %	2 %

Dagegen zeigen sich hinsichtlich folgender Forderungen gegensätzliche Tendenzen:

- mehr Möglichkeiten zum Abschluß von " Haustarifen" entsprechend der wirtschaftlichen Situation der Betriebe	40 %	30 %	28 %	2 %
- Bildung eines ständigen Organs der ostdeutschen Betriebsräte	60 %	16 %	20 %	4 %

Es betrachten sie als

- gut 18 %
- eher gut als schlecht 20 %
- eher schlecht als gut 52 %
- schlecht 10 %

Insgesamt wird die gegenwärtige Politik Gewerkschaften sehr kritisch gesehen.

Nach Meinung der befragten Betriebsräte werden die Gewerkschaften mit ihrer gegenwärtigen Politik unter den ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

- unbedingt an Autorität gewinnen 2 %
- eher an Autorität gewinnen 6 %
- eher an Autorität verlieren 64 %
- unbedingt an Autorität verlieren 24 %
- ohne Angabe 4 %

Nach diesem Urteil sieht man die spezifischen Interessen der ost deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften ungenügend erfaßt und berücksichtigt.
Darum erheben auch die Betriebsräte die Forderungen, den Einfluß der Ostdeutschen in den gewerkschaftlichen Vorständen zu erhöhen. Diese Forderung bejahen 94 % aller Befragten. Insbesondere verlangen alle, den politischen Druck der Gewerkschaften auf die Bundesregierung zu verstärken.

Wesentlich erscheint die Meinung, daß die Gewerkschaftsmitglieder stärkeren Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik und die Auswahl der Funktionäre haben sollten, also die innergewerkschaftliche Demokratie stärker ausgeprägt werden müßte.

lichen Wahlfunktionen zu übernehmen wird sehr kritisch betrachtet. Sie gilt den Befragten als

groß	2 %
- eher groß als gering	6 %
- eher gering als groß	48 %
- gering	44 %

3. Parteipolitische Präferenzen - Rechtsextremismus und "Ostpartei"

Die Befragungsteilnehmer äußerten ihre Meinung auf die Frage, welche Parteien sich nach Ihrer Meinung gegenwärtig am besten für die Interessen der Menschen in den neuen Bundesländern einsetzen. Sie entschieden sich für (Mehrfachnennungen möglich)

- SPD	36 %
- Bündnis 90 /Grüne	34 %
- PDS	28 %
- CDU/CSU	2 %
- FDP	2 %
- Neues Forum	2 %
- Reps u.a.	- %
- KEINE	18 %
- ohne Angabe	10 %

Die Bildung einer sog. " Ostpartei" neben den bestehenden Parteien oder im Unterschied zu ihnen zur Vertretung der Interessen der Bevölkerung der neuen Bundesländer halten für

- zweckmäßig	28 %
- eventuell zweckmäßig	34 %
- unzweckmäßig	38 %

... ausgehend von der Beurteilung der entsprechenden Situation im eigenen Betrieb halten für

- unbedingt gegeben	6 %
- wahrscheinlich	10 %
- möglich	24 %
- nicht wahrscheinlich	46 %
- ganz sicher nicht gegeben	14 %

Abschließend gilt es festzustellen, daß dieses Meinungsbild auf Grund der spezifischen Art des Zustandekommens dieser Konferenz

NAME	BESCHÄFTIGTE Jan. '90	Juni '92	Dez. '92
Kondensatoren GmbH Görlitz	1 176	57	57
Musikinstrumentebau Markenlüben	1 140	301	180
Coutinler Caur & Co. Bau GmbH, ehem. Wohnungs-, Industrie- und Gesellschaftsbau GmbH	1 335	516	150
Kontaktbauelemente Luckenwalde	1 100	130	60
Oranienburger Pharmawerk	555	263	70
Seehafen Rostock	5 950	642	
Prüfgeräte Werk Medingen GmbH, in Feital	1 600	225	195
Sächsiche Bühnen-, Förderanlagen und Stahlbau GmbH, Dresden	1 195	348	200
Mertik Regelungs-technik GmbH, Quedlinburg	2 885	269	39
Meßgerätewerk Zwönitz	2 690	334	17
Kirchhainer Leder GmbH	206	51	
Datenverarbeitungs-zentrum Rostock	1 175	197	70

Dt. Seereederei Rostock	13 200	4 900	
* WF GmbH	9 300	2 050	893
Elpro AG	7 500	2 353	2 150
KWO	5 800	2 600	1 300
Narva BGW	5 000	1 173	1 080
BFW Gehringstraße	3 500	694	
FW Köpenick	3 000		
Rewatex	3 000	1 200	
Berlin Chemie	2 700	1 500	
DT. Binnenreederei	2 500	1 350	
TRO GmbH	2 480	800	
BMHW	2 360		
BWB GmbH	2 300		560
Niles	2 250	590	520
Inst. f. Nachrichtentech.	1 700	285	270
Lacufa	1 300	600	200
Aslid	1 100	385	
BAE	1 020		
Bestahl	950	626	359

Beschlüsse der 3. Konferenz der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute (Nicht im Ostwind erschienen)

Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute



Aufruf zur 3. Konferenz

von Betriebsräten,
Personalräten und Vertrauensleuten
Samstag, den 19.Juni '93, 10-17 Uhr in Berlin
Wilhelminenhofstr. 66/67, Saray

An alle aktiven GewerkschafterInnen, Auszubildende, Beschäftigte und ehemals Beschäftigte in Ost und West !

Kolleginnen und Kollegen!

Wir lassen nicht locker! Nach zwei Konferenzen im Juni und November des vergangenen Jahres, nach unserem Protest gegen die Massenentlassungen der Treuhandanstalt (THA), zuletzt mit der Demonstration am 15. Dezember in Berlin, nach unserem Aktionstag in Bonn und zahlreichen Verhandlungen mit den für das Desaster im Osten verantwortlichen Politikern, nachdem wir nun schon 1 1/2 Jahre der verheerenden Politik des Plattwalzens ganzer Industriezweige unsere Empörung, Protest und Widerstand entsprechend unseren bescheidenen Kräften entgegengesetzt haben - rufen wir Euch jetzt zur Weiterführung des Kampfes und zur Teilnahme an der 3. Konferenz auf.

Arbeitsplatzvernichtung

Die THA verwaltet noch ca. 2000 Betriebe, darunter 900 in ihren Augen absolute "Ladenhüter". Die konkurrenzbedingten Liquidationen gehen weiter. Verträge werden gebrochen, auch bereits privatisierte Betriebe entlassen weiterhin KollegInnen. ABM-Arbeitsplätze werden aufgelöst, Zehntausende in den 2. Arbeitsmarkt nach 249 h AFG abgeschoben, von den Arbeitsämtern werden Qualifizierungsmaßnahmen gestoppt, den Privatinvestoren werden mit steuerfinanzierten Subventionen die Taschen vollgeschaufelt, der Immobilienschacher hat Hochkunjunktur.

Erklärung

Arbeitsplätze schaffen - Aber wie?

Die 3. Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte, die am 19. Juni in Berlin zusammenkam, ist sich bewußt, daß nur mit vereinter Kraft aller Gewerkschaften, nur durch dauerhafte, phantasievolle und vielfältige Aktionen, die auch vor bereits geübten radikalsten Formen nicht zurückschrecken, und im Bündnis mit allen sozialen Bewegungen, die sich gegen eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse einsetzen, der verheerenden Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen Einhalt geboten werden kann.
Das Ziel muß es sein, massiven Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben, damit alle, die Erwerbsarbeit leisten wollen und können, einen Arbeitsplatz finden.
Es ist gesamtgesellschaftlich unverantwortlich, wirtschaftlich verheerend, für die Betroffenen unmenschlich, wenn wir denen, die ihr Arbeitsvermögen, ihre Kreativität einsetzen wollen, dies versagen.
Dabei ist es möglich, mehr als eine Million neue Arbeitsplätze allein im Osten zu schaffen und zu finanzieren, wenn dies nicht, wie bisher, dem "freien Spiel der Kräfte des Marktes" überlassen bleibt, sondern gezielt Mittel hierfür eingesetzt werden. Für eine:

- massive Förderung von Instandsetzung und Neubau von Wohnungen, von Absatz auf den verlorenen Ostmärkten und Investitionen im produzierenden Bereich würden 20 Milliarden DM jährlich erforderlich.

- Für den sozialen und kulturellen Bereich und die Beseitigung vom Umweltschäden: 18 Milliarden DM.

- Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche verbunden mit Neueinstellungen (wobei die einzelnen Betriebe, die in Ostdeutschland den vollen Lohn- und Gehaltsausgleich nicht zahlen könne, diesen bei Neueinstellungen aus öffentlichen Mitteln erhalten müßten): 9 Milliarden DM.

- Eine Erhöhung der Zahl von ABM-Stellen von jetzt 325.000 auf 600.000 würde 8 Milliarden DM an Mehraufwendung erforderlich machen.

Dieses Programm würde 55 Milliarden DM im Jahr kosten.
Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?
- Der Wegfall an Arbeitslosengeld für die bisher erwerbslos Gewesenen sowie die Steuern und Sozialabgaben, die sie als Arbeitende zahlen, würde 25 Milliarden Dm ausmachen.

Resolution zum Metallerstreik in den neuen Bundesländern

Gewerkschaftsaustritt wäre das Falsche

Viele KollegInnen waren und sind über das Ergebnis des ersten großen Streikes in den neuen Bundesländern enttäuscht und wütend. Einige sind sogar aus der IG-Metall ausgetreten. In Brandenburg-Berlin stimmten bei der 2. Urabstimmung mit 46,18 Prozent der Stimmberechtigten nicht einmal die Hälfte für die Annahme des Ergebnisses. In dieser Situation gilt es gewerkschaftssolidarisch und realistisch Bilanz zu ziehen. Nicht einig waren sich die Teilnehmer der ostdeutsche Betriebsräte- und Personalräte-Konferenz darüber, ob das Gesamtergebnis des Metallstreiks als Niederlage gewertet werden muß oder ob es zwiespältig war. Einig waren sie sich jedoch in der Feststellung:

1. Für Gesamtmetall hat sich die gesetzeswidrige, freche Kündigung des alten Stufentarifvertrages gelohnt. Sie konnten mit ihrer provokativen Taktik innerhalb von sechs Wochen einen für sie besseren und für die KollegInnen spürbar verschlechterten Stufenvertrag durchsetzen...

Die Unternehmer sparen gegenüber dem vorher geltenden Stufenvertrag Milliarden DM Lohngelder, die den KollegInnen schmerzlich fehlen werden. Die Verteidigung des alten Stufenvertrages ist gescheitert. Die IG-Metall hat dieses Kampfziel nicht erreicht. Die Verantwortung für diese Niederlage liegt einzig und allein bei der Frankfurter Streikführung. Der Streik ist zu früh abgebrochen worden.

Wenn man berücksichtigt, daß
- die Streikfront in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und im Stahlbereich nach zehn Tagen Streik solide und geschlossen stand,
- die Kolleginnen und Kollegen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg-Berlin ihre Kampfbereitschaft durch hohe und stabile Urabstimmungsergebnisse signalisiert hatten,
- die Ausweitung des Streiks auf alle Tarifbezirke in den neuen Ländern den Druck auf die Arbeitgeber spürbar erhöht hätte,

dann wäre es sehr wohl möglich gewesen, dieses seit Monaten von der Basis aufgebaute Kampfpotential zu einem wirklichen Durchsetzungsstreik für die völlig berechtigte und in Ostdeutschland absolut nötige Lohnanpassung zu nutzen.

Der Streik war für uns wichtig,
- weil der Bruch des Tarifvertrages nicht kampflos hingenommen wurde und die KollegInnen bereit waren, für ihre Interessen zu kämpfen trotz des Druckes von 40 Prozent Arbeitslosigkeit,
- weil im Osten Deutschlands Streik- oder breite Mobilisierungserfahrung gesammelt wurde,
- weil Solidarität zwischen Gewerkschaftern in Ost und West weit über die Grenzen der IG-Metall hinaus erwiesen wurde,
- weil, wie es unsere Forderung stets war, in größerem Ausmaß gewerkschafts- und regionenübergreifend gekämpft worden ist.



Unmißverständlich brachten die Beschäftigten der Mitteldeutschen Feuerungs- und Umwelttechnik (MTU) Leipzig-Holzhausen ihre Meinung über den neueingesetzten Treuhand-Geschäftsführer Konn-Kruse zum Ausdruck. Auch hier ging die Initiative zur Besetzung des Werkes und zum Widerstand gegen Treuhandentscheidungen wesentlich vom Betriebsrat aus Telefoto: dpa/kluge

2. Wir stehen loyal zu unseren Gewerkschaften. Es ist grundfalsch, wegen einer fehlerhaften und schädlichen Streikführung aus den Gewerkschaften auszutreten. Darüber freuen sich nur die Unternehmer. Wir haben keine anderen Organisationen zur Durchsetzung unserer sozialen Interessen. Deswegen muß die Kampfkraft der Gewerkschaften gestärkt werden. Dem dient unsere Kritik an der Streikführung und dem Ergebnis dieses Streiks.

3. Wir schlagen als praktische Konsequenz zur Diskussion vor, wie die Basis-Streikleitungen mitbestimmenden Einfluß auf die Streikführung bekommen können.

4. Welterhin ist es jetzt wichtig, jedem Versuch, unter Anwendung der Härteklausel Löhne und Gehälter unterhalb der Tarife zu zahlen, mit der Forderung entgegenzutreten, die Geschäftsbücher zu öffnen, um den Wahrheitsgehalt der betrieblichen Notlage nachzuweisen. Falls sie vorhanden ist, müssen öffentliche Mittel gefordert werden, um die Differenz zu den tariflichen Abschlüssen auszugleichen. Notfalls muß die IG-Metall dies durch massenhafte Betriebsbesetzungen erzwingen.

Es dürfen keine Arbeitsplätze mehr aufgegeben werden, ohne daß andere Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Es muß eine breite Mobilisierung zusammen mit allen sozialen Bewegungen der Arbeitslosen-, Mieter-, Frauen- und ökologischen Verbänden und Initiativen, mit Kirchen und Parteien begonnen werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, dort, wo sie dringend erforderlich sind: im Wohnungsbau, zur Beseitigung von Umweltschäden, im sozialen Dienstleistungsbereich.

Dritte Konferenz von Betriebsräten, Personalräten und GewerkschafterInnen

ND, 21.6.1993

Resolution der 3. Konferenz von Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaftsvertrauensleuten
GEGEN RASSISMUS, AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT UND RECHTSEXTREMISMUS!

Wie nie zuvor seit 1945 ist der Rassismus zu einer Gefahr in Deutschland geworden. Die Gesundheit und das Leben aller hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind bedroht. Das entsetzt und beschämt uns. Spätestens die Entscheidung des Bundestages über die Aufhebung des Asylrechts hat gezeigt, daß die etablierten Parteien rassistischen Stimmungen Rechnung tragen und diese auch noch befördern. Wir fordern die vollständige Aufklärung der Vorgänge von Mölln, Solingen und von allen Orten dieses Landes, wo Ausländerinnen und Ausländer Opfer von Gewalt wurden. Wir fordern eine großangelegte Aufklärungskampagne gegen Rassismus und ein Antirassismus-Gesetz. Wir fordern das Verbot rassistischer und rechtsextremistischer Organisationen und Propaganda.

Wir anwesenden Betriebs- und Personalrätinnen und -räte, wir Gewerkschaftsvertrauensleute, aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tolerieren keine Diskriminierung unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen sowie ihrer Familien, Freundinnen und Freunde. Wir treten in den Betrieben und im gesamten gesellschaftlichen Leben ein für

- offene Grenzen für Menschen in Not, die Wiederaufnahme des ã16 des Grundgesetzes und der Erweiterung der Rechte auf Asyl;
- die Beseitigung der Fluchtursachen,
- die vollständige Gleichstellung von Ausländerinnen und Ausländern den Bürgerinnen und Bürgern deutscher Nationalität, d. h. auch für ihr aktives und passives Wahlrecht,
- den Minderheitenschutz für Ausländerinnen und Ausländer, für das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft.

Wir rufen alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, alle Betriebs- und Personalrätinnen und -räte, alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auf, den 1. September 1993, den Weltfriedenstag, nicht ohne wirksame Aktionen zum Gedenken an die Opfer von Nationalismus und Faschismus, nicht ohne Solidaritätsbeweise für unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen und nicht ohne Aktionen gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus verstreichen zu lassen. Bundesweit sollen an diesem Tag Betriebs- und Personalversammlungen stattfinden, um über die Ursachen von Rassismus und Nationalismus und die aktive Solidarität mit unseren ausländischen Mitmenschen zu beraten. Zum Gedenken an die Opfer nationalistischer Gewalt und zum Zeichen des Protestes gegen eine Politik, die diese Gewalt befördert, soll in der Bundesrepublik Deutschland am 1. September 1993 in der Zeit von 12.00 Uhr bis 12.01 Uhr an allen Orten geschwiegen werden.

Berlin, den 19.6.1993

angenommen

Resolution der 3. Konferenz von Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaftsvertrauensleuten
UNTERSTÜTZUNG des AUFRUFS zum FRAUENSTREIK

Wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der 3. Konferenz von Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaftsvertrauensleuten betrachten das Karlsruher Urteil zum §218 als Schande für das Land, in dem wir leben. Frauen haben ein Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft und daher treten wir nach wie vor für die ersatzlose Streichung dieses mittelalterlichen Artikels ein.

Wir sind nicht bereit, die Diskriminierung von Frauen in dieser Gesellschaft zu tolerieren. Frauen sind die ersten Opfer des Abbaus von Arbeitsplätzen, sie sind benachteiligt bei der Aus- und Weiterbildung sowie bei der Vermittlung von Arbeit und bei der Arbeitsvergütung. Daher unterstützen wir den Aufruf der Konferenz des UFV zu vielfältigen Aktionen gegen Frauendiskriminierung am 8. März 1994, vom Kaufstreik bis zur Arbeitsniederlegung. Am 8. März 1994 sollen Betriebs- und Personalversammlungen zur Frauenfrage stattfinden. Männer sollen alles tun, um ihren Frauen und Kolleginnen die Teilnahme an den vielfältigen Aktionen zu ermöglichen. Die Gesellschaft dieses Landes soll spüren, über welche Kraft Frauen verfügen.

Berlin, den 19.6.1993

Angenommen

Zwei Kommentare von Thomas Kuczynski zur 3. Konferenz der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

3. Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte forderte: 21.6.93

Eine Million neue Arbeitsplätze!

Berlin (ND-Kuczynski). Im Osten sind flächendeckend etwa fünfzig Prozent aller 1990 noch vorhandenen Arbeitsplätze vernichtet worden, in den treuhandverwalteten Betrieben sind es inzwischen über achtzig und bis zu neunzig Prozent. Vor diesem Hintergrund diskutierte am Sonnabend die 3. Konferenz von Betriebsräten, Personalräten und Vertrauensleuten Möglichkeiten der Schaffung von mindestens einer Million neuer Arbeitsplätze allein im Osten. Einer weiteren Arbeitsplatzvernichtung müsse in allen Bundesländern endlich ein Riegel vorgeschoben werden, forderten die nahezu 100 Teilnehmer.

Die Konferenz begann mit einer sehr kontrovers geführten Debatte zum Thema Metallerstreik. Die einen waren der Auffassung, der Streik habe für die Kolleginnen und Kollegen mit einer „absoluten Niederlage" geendet. Andere hingegen meinten, daß es sich gelohnt habe zu kämpfen und daß anstelle der Entsolidarisierung zu Zeiten der „Wende" eine Solidarisierung getreten sei. Beiderseits wurde aber betont, daß eine vernünftige Arbeit der Betriebsräte ohne die Gewerkschaften nicht zu leisten sei. Nach einer Denkpause wurde dann doch eine Arbeitsgruppe beauftragt, eine gemeinsame, die Meinungsverschiedenheiten nicht vertuschende Erklärung zu erarbeiten, was überraschend konfliktlos gelang: Ohne Gegenstimme und mit vier Enthaltungen wurde diese verabschiedet.

Betriebsräte von Belfa Berlin, der Deutschen Seereederei Rostock (DSR), Kali Bischofferode und dem Textilwerk Flöha berichteten konkret über die zerstörerischen Auswirkungen der Regierungspolitik in den neuen Bundesländern, insbesondere die nach „Kolonialherrenmethode" praktizierte Treuhandpolitik und die wachsende Solidarität in den Belegschaften. Beim Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnraub sprachen sich Teilnehmer für eine länderübergreifende Solidarität von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern aus. Die Konferenzbeteiligung zeigte, daß in privatisierten Betrieben Ostdeutschlands die Betriebsratsinitiative auf wenig Beachtung stieß. Offenbar gibt es auch Illusionen darüber, man sei mit der Privatisierung „übern Berg".

Der Vorsitzende des DSR-Gesamtbetriebsrates, Eberhard Wagner, verwies darauf, daß über vorhandene Entwürfe zu einem neuen Betriebsverfassungsgesetz diskutiert werden muß, um die Mitbestimmungsrechte zu erhalten und auch zu erweitern.

(Seite 9)

Neues Deutschland 9

Ist die Luft 'raus?

21.6.93

Bei den ersten beiden Konferenzen der „Betriebsräteinitiative" war die Beteiligung groß. Am Sonnabend in Berlin war der Saal bei „Saray" nur zu einem Drittel gefüllt. Die Hauptursache dafür war wohl, daß sich viele Räte aus privatisierten Betrieben von der Initiative zurückgezogen haben.

„Die Luft ist 'raus – was können wir tun?", fragte einer der Teilnehmer. „Wir müssen wieder in die Öffentlichkeit kommen", meinte ein anderer. Hinzu kommt: Aktionen fordern viele, „aber wenn's konkret wird, hat keiner Zeit." Auf der Konferenz wurde deutlich ausgesprochen, daß der veränderten Situation Rechnung getragen werden muß, damit die Räte der nicht (mehr) treuhandverwalteten Betriebe für die branchen- und länderübergreifende Arbeit gewonnen werden.

Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen sahen durchaus über den eigenen Tellerrand und verabschiedeten auch eine Resolution gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus, forderten zur Unterstützung des Frauenstreiks auf, zu dem der Unabhängige Frauenverband für den 8. März 1994 aufgerufen hat. Insofern war der Ausruf eines Teilnehmers: „Politisch werden oder eingehen!" etwas verfehlt. Die Initiative kann sich eben, wie Constanze Lindemann, Bezirksvorsitzende der IG Medien Berlin, betonte, nicht für alle Weltprobleme zuständig fühlen.

Weniger ist manchmal auch mehr. Der Gedanke wurde auf der Konferenz nicht so formuliert, aber angesichts mancher „weltumstürzender" Pläne konnte er einem schon in den Sinn kommen. Zum Glück kamen sie nicht zum Tragen.

Die Absage daran, als „Nebengewerkschaft" zu arbeiten, war begleitet von der Überlegung, ob ein gesamtdeutscher Ausschuß der Betriebs- und Personalräte aufgebaut werden könnte. Der Arbeitsausschuß wird da noch manche Nuß zu knacken haben. Aber Beachtung verdient diese Idee allemal.

THOMAS KUCZYNSKI

Weitere Aufrufe, Aktionstage und sonstigeTexte der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute, dar. Bericht des Spiegel über den Protesttag der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute am 9. September 1992 in Bonn

Politische Initiative der Betriebsräte!

Als Ergebnis der BR-Demonstration vor der Treuhandanstalt in Berlin am 30.06.92, an der auch wir teilnahmen, wurde ein Gespräch zwischen einer Betriebsräteabordnung aus verschiedenen Betrieben und Branchen und der Präsidentin der Treuhandanstalt, Frau Breuel, für den 09.07.92 verabredet.

Der Arbeitskreis der Betriebsräte der Großchemie hat sich bei diesem Gespräch durch den Betriebsratsvorsitzenden der Stickstoffwerke AG vertreten lassen.

Einmütiges Ziel der 18 Betriebsräte bei diesem Gespräch war es, die Forderungen der Gewerkschaften und Betriebsräte nach Veränderung des Treuhandauftrages nachdrücklich einzumahnen. Beispielhafte Situationsbeschreibungen der Betriebsräte aller Branchen untermauerten die Notwendigkeit dieser Forderungen.
Oberstes Gebot des Treuhandauftrages muß der Erhalt von Arbeitsplätzen sein.
Privatisierung um jeden Preis führt im Osten zu Massenarbeitslosigkeit und ist deshalb kein brauchbares Konzept.
Es geht vor allem um die Erweiterung der Sanierungsmöglichkeiten für die Treuhand, damit die politisch verantwortungslose Deindustriealisierung ganzer Regionen im Osten Deutschlands gestoppt wird.

Von Frau Breuel wurde jedoch grundsätzlich an der Richtigkeit des gesetzlichen Treuhandauftrages festgehalten, wenn auch Fehler in der Ausführung zugestanden werden.
Trotz des Verständnisses für das Anliegen der Betriebsräteinitiative sieht Frau Breuel aus staatsrechtlichen Gründen keine Möglichkeit für gemeinsame politische Aktivitäten mit den Betriebsräten.

Die Betriebsräte wollen deshalb gemeinsam mit ihren Gewerkschaften ihre Forderungen direkt an die Politiker in Bonn herantragen.
Dazu gehört auch, daß die Wirtschaft durch die Politik in die Pflicht genommen werden muß, um dem nationalen Notstand im Osten zu begegnen.

Betriebsrat
Stickstoffwerke AG

Piesteritz, den 10.07.92

AUF NACH BONN!!!

Arbeitsausschuß der Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte vom 20.6.92 in Berlin

An alle Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute in den neuen Bundesländern und Berlin

Kolleginnen und Kollegen!

Berlin, August 92

Die Arbeitsplatzvernichtung in Ostdeutschland geht ungebrochen weiter. Laut Angaben des Institutes der deutschen Wirtschaft existieren in der Landwirtschaft und Industrie mittlerweile nur noch ein Drittel der 1990 vorhandenen Arbeitsstellen (Berliner Zeitung vom 20.7.92). Wenn die Treuhandanstalt(THA) Ende 1993 ihre Pforten schließt, wird sie einen Berg von Schulden und ein Meer von Arbeitslosigkeit hinterlassen. Immer lauter werden die Stimmen im Osten, daß es so nicht weitergehen darf. Wir steuern direkt auf eine ökonomische und soziale Katastrophe zu.

Erfolgreiche Aktion vor der THA

Unsere **erste Konferenz** ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute am 20.06.92 war ein wichtiger Auftakterfolg im Kampf gegen die verheerende Politik der Arbeitsplatzvernichtung durch Regierung und THA. Wir haben durch die Organisierung der Konferenz gezeigt, daß wir entschlossen sind, dieser unsozialen Politik aktiv entgegenzutreten. Nach der Devise "Stich um Stich und keine Luft dranlassen" haben wir am 30.06. vor der THA gegen die erneute Massenentlassung von 150.000 Kollegen und Kolleginnen protestiert. Diese Kundgebung fand nicht nur ein eindrucksvolles Presseecho, sondern zwang den Vorstand der THA auch, den Betriebsräten einen Gesprächstermin einzuräumen. 18 Betriebsräte aus ausgewählten Betreiben aller neuen Bundesländer und Berlins trugen in einem dreistündigen Gespräch am 9.07. in der THA Birgit Breuel den 10-Punkte-Forderungskatalog der Konferenz vor. Frau Breuel blieb unbeweglich. Sie ging auf keine der erhobenen Forderungen ein und war selbst zu kleinen Zugeständnissen - wie der Rücknahme der Kündigungsanweisung für die 173 Kolleginnen und Kollegen der BAE Belfa Gerätebatterien in Berlin - nicht bereit.

Protesttag in Bonn

Als Konsequenz aus dem enttäuschend verlaufenen Gespräch mit der Treuhandspitze beschloß der Arbeitsausschuß, am **Mittwoch, 9. September** einen **Protesttag** ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute in Bonn zu organisieren. Wir wollen direkt vor Ort mit den für die katastrophale Treuhandpolitik verantwortlichen Politikern sprechen, unsere Forderungen vortragen und gegen die Massenarbeitslosigkeit protestieren. Vorgesehen sind Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, Finanzminister Waigel, den Bundestagsabgeordneten verschiedener Parteien und evtl. Bundespräsident von Weizsäcker. Gleichzeitig bemühen wir uns um ein Arbeitstreffen mit Betriebsräten und Gewerkschaftern des Ruhrgebiets.

Zeitplan in Bonn

11.00 Uhr	Sammeln auf der Wiese vor der Universität (siehe Stadtplan)
11.30 Uhr	Kurze Demonstration zum Münsterplatz Kundgebung auf dem Münsterplatz
13.00 Uhr	Pressekonferenz im Plenarsaal (F 11) der Bundestagsfraktion der SPD (im alten Hochhaus, gegenüber dem "Langen Eugen", Görresstraße - Ecke Hermann Ehlers Straße). Anschließend Diskussion mit Bundestagsabgeordneten aller Parteien (von seiten der SPD haben bisher zuge sagt: Ulrich Klose und R.Dressler).
16.00 Uhr	Diskussion mit Betriebsräten und Gewerkschaftern aus dem Ruhrgebiet.
17.30 Uhr	Rückfahrt

Bitte bringt Eure Transparente, Flugblätter und Infomaterialien mit, damit wir Presse, TV und Politiker umfassend über die Arbeitsplatzvernichtung informieren können. Sehr wirkungsvoll ist es, wenn wir Transparente und Schilder in Schwarz mittragen, auf denen in weißer Schrift der Name des Betriebes sowie der Beschäftigtenstand von 1990 im Vergleich zu heute steht.

Bitte dieses Flugblatt an möglichst viele Betriebsräte, Gewerkschaften und Presse am Ort weiterverbreiten.

14.09.1992, Spiegel 38/1992, S. 22; http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681819.html

„Es kann noch blutig werden“

Günther Krause sieht aus, als müsse er entweder gleich losheulen oder um sich schlagen. Kalkweiß im Gesicht, der Mund ein zornig zusammengepreßter Strich, die wäßrigen Augen weit geöffnet, von Terminen gehetzt, durchgeschwitzt und tatsächlich den Tränen nahe - so steht der einflußreiche Gebieter über viele Investitionsmilliarden wie ein Häufchen Elend vor dem Bonner Bundeshaus.

Fast zweieinhalb Stunden hat der Minister für Verkehr und Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten am vergangenen Mittwoch nachmittag im total überfüllten Fraktionssaal der Union etwa 300 aufgebrachten Betriebsräten aus der ehemaligen DDR gegenübergesessen, die nach Bonn gekommen sind, um Putz zu machen.

Jetzt reicht es ihm. Er ist am Ende der Veranstaltung so wütend geworden, daß er sich nur noch mit Mühe beherrschen kann. "Wenn wir das da nicht in den Griff bekommen", sagt er mit Panik im Blick, "dann hauen die hier bald alles kurz und klein."

Auch dies gehört zum Tollhaus Bonn: Während sich im Parlament die jeweils zuständigen Haushaltsexperten aller Parteien wechselseitig mit ihren sattsam bekannten Ansichten langweilen, findet die aufregendste Diskussion über den aktuellen Stand der deutschen Teilung wenige Meter nebenan statt - aber kaum jemand hörte zu.

"Es war", freut sich der Sachse Manfred Kolbe grimmig, "als wäre plötzlich und unerwartet die ostdeutsche Realität über Bonn hereingebrochen."

Weil aber kaum Großkopfete reden, sind die Medien nur mäßig interessiert. In den ostdeutschen Zeitungen wird das Ereignis aufmerksamer registriert als in der überregionalen Westpresse. Der west-östliche Zusammenprall zweier deutscher Realitäten geht im Bonner Allerlei unter.

Außer dem Minister Krause sind alle Landesgruppenvorsitzenden aus den neuen Ländern erschienen, die Fraktionschef Wolfgang Schäuble nur noch die "jungen Länder" nennen will. Und selbstverständlich sitzen an dem langen Vorstandstisch auch die Ministerkollegin Angela Merkel und Fraktionsvize Heiner Geißler.

Aber es ist weder der Finanzminister Theo Waigel gekommen, um die ihm unterstehende Berliner Treuhandanstalt gegen die massive Ostkritik in Schutz zu nehmen, noch läßt sich der Kanzler der Einheit blicken.

Dafür redet Joachim Grünewald, Waigels Parlamentarischer Staatssekretär aus dem Finanzministerium: Geld sei genug da, und man dürfe die Westdeutschen nicht mit immer neuen Milliarden-Summen überfordern. Aus dem Westen nichts Neues.

Als Grünewald dann aber die Arbeit der Treuhand verteidigt und Fehler als Lappalien abtut ("Wo gehobelt wird, da fliegen Späne"), bricht Hohngelächter aus. Und als er schließlich behauptet, kein einziger Betrieb in der ehemaligen DDR sei plattgemacht worden, solange Aussicht auf Sanierung bestand, geht der Tumult los.

"Ich bin nicht bereit", ruft eine CDU-Betriebsrätin ins Saal-Mikrofon, "mir weiter diese Unverschämtheiten anzuhören." Donnernder Applaus. "Herr Staatssekretär", warnt ein Berliner Betriebsrat, der sich ebenfalls als CDU-Mitglied zu erkennen gibt, "ich möchte Sie herzlich bitten, uns nicht weiter zu provozieren."

"Die Revolution im Herbst '89 ist unblutig verlaufen", sagt ein dritter. "Es kann aber jetzt noch blutig werden."

Vergebens versucht der Waigel-Vertreter weiterzureden. Unter dem Beifall des ganzen Saales entzieht ihm Krause das Wort. "Ich würde Sie bitten, daß wir im Rahmen der Bundesregierung über Ihren Redebeitrag diskutieren."

So vollständig hat sich der Mecklenburger auf die Seite seiner Ost-Landsleute geschlagen, daß man tatsächlich glauben könnte, er gehöre dieser Regierung schon gar nicht mehr an. [...]

Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute



PROTESTMARSCH GEGEN DIE TREUHANDANSTALT!

Am Dienstag 15. Dezember 13.00 Uhr
Treffpunkt: Moritzplatz / Heinrich-Heinestraße
Abschlußkundgebung: 15.00 Uhr, Leipziger Straße

Verlauf der Demo: Heinrich-Heinestraße, Jannowitzbrücke, Stralauer Straße, Spandauer Straße, Unter den Linden, Friedrichstraße, Leipziger Straße.

Kommt alle auf die Straße! **Bringt Kerzen und Verpflegung mit.**

Sofortiger Kündigungsstopp! Schluß mit Entlassungen!

2. **Wir fordern** ein Regierungsprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, als 1. Schritt dazu: Aussetzen aller zum 31.Dezember 1992 ausgesprochenen Kündigungen vorläufig bis zum 31. März 1993
   - -die Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien sollen in Ruhe Weihnachten und Silvester feiern können,
   - -wer "Industriekerne erhalten" will, braucht Zeit zum Nachdenken und darf nicht vorher alle Leute rausschmeißen.

   wir fordern bis dahin die Erarbeitung von Sanierungskonzepten mit Arbeitsplatzgarantie.

3. **Wir fordern:** Arbeit für Alle, für Frauen und Männer! Einhaltung der Beschäftigtenquote für Menschen mit Behinderungen.

4. **Wir fordern**, daß die Treuhandanstalt (THA) umgehend eine vollständige und detaillierte Liste aller liquidierten und abgewickelten Firmen und Einrichtungen in den NBL und Berlin veröffentlicht.

Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Entwurf

Forderungen an Regierung und Treuhandverwaltungsrat

1. Sofortiger Kündigungsstopp!

2. Aussetzen aller zum 31.Dezember 1992 ausgesprochenen Kündigungen bis zum 31. März 1993

   - die Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien sollen in Ruhe Weihnachten und Sylvester feiern können,
   - wer "Industriekerne erhalten" will, braucht Zeit zum Nachdenken und darf nicht vorher alle Leute rausschmeißen.

3. Die Treuhandanstalt (THA) soll eine vollständige und detaillierte Liste aller liquidierten und abgewickelten Firmen und Einrichtungen in den NBL und Berlin veröffentlichen (mit Angabe der Beschäftigtenzahl, Altersstruktur und der Männer-Frauen sowie der Angestellten-Arbeiter-Quote der Belegschaften).

4. Die Bundesanstalt für Arbeit soll eine vollständige und wahrheitsgemäße Statistik aller Entlassungen in den Neuen Bundesländern und Berlin, die zum Jahresende 1992 angewiesen und ausgesprochen wurden (aufgegliedert nach Betriebsstätten und Arbeitsamtsbezirken) veröffentlichen. Massenentlassungen sind ein soziales Verbrechen. "Wer über die Treuhand redet, kann von Rostock nicht schweigen".

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sämtliche Versorgungsleistungen der Treuhandmitarbeiter, deren monatliches Gehalt über 9000,-DM liegt, vollständig und detailliert zu veröffentlichen (Gehälter, Abfindungen, Versicherungen, Pensionsansprüche, Bonusleistungen für Stillegungen, Prämien, Spesen, Trennungsentschädigungen, Dienstwagen für private Nutzung und alle anderen Privilegien). Das schamlose Absahnen der Herren und Damen Manager aus öffentlichen Kassen wird allmählich unerträglich.

6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mindestens die Hälfte aller Versorgungsleistungen der Treuhandangestellten, deren monatliches Gehalt über 9000,-DM liegt, in einen neu zu schaffenden Fond zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überführen, damit die Steuergelder nicht verprasst, sondern sinnvoll für gemeinnützige Arbeiten ausgegeben werden. Die Kollegen wollen arbeiten und nicht zu Hause durch Arbeitslosigkeit krank werden. Es gibt ja das Recht, die anderen zum Sparen aufzufordern. Das nehmen wir natürlich auch in Anspruch.

7. Wir erwarten, daß sich die Bundesregierung und der Treuhandverwaltungsrat unsere Forderungen gut durch den Kopf gehen lassen. Wir gehen davon aus, daß Herr Finanzminister Waigel und Frau Präsidentin Breuel am Dienstag den 15.Dezember um 15 Uhr auf der Abschlußkundgebung unserer friedlichen und originellen Demonstration vor der Treuhandanstalt zu unseren Forderungen Stellung nehmen werden.

Berlin, 9. Dezember 1992

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!



Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Die vom DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg organisierte 1. regionale Betriebs- und Personalrätekonferenz am 26.1.93 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz war mit über 1000 TeilnehmerInnen sehr gut besucht. Nach informativen Vorträgen und lebendiger Diskussion waren sich alle einig: Der Worte sind genug gewechselt - wir wollen endlich Taten sehen. Ohne massiven und nachhaltigen Druck von "unten" (den Belegschaften, den Gewerkschaften und allen Betroffenen) kriegen wir das zutiefst unsoziale Sparpaket der Regierung Kohl ("ein übles Machwerk", Horst Wagner, IG-Metall) und den Angriff der Unternehmer auf die Tarifverträge nicht vom Tisch. So wurde der nachfolgend dokumentierte Antrag des Betriebsrates Halbleiterwerk Frankfurt/Oder einmütig und mit lautstarkem Beifall von der Konferenz angenommen.

Beschluß

1. Die hier versammelten Betriebs- und Personalräte aus Berlin und Brandenburg beschließen, daß der DGB im März einen **regionalen Aktionstag** in Berlin durchführt. Der Aktionstag beinhaltet: Eine **Demonstration** und **Großveranstaltung** gegen das unverschämte Sparprogramm der Regierung Kohl und gegen den Versuch der Arbeitgeber, die Tarifverträge zu unterlaufen.
Die hier versammelten Betriebs- und Personalräte verpflichten sich, durch außerordentliche Betriebsversammlungen, Information und Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen den DGB und die Einzelgewerkschaften nach besten Kräften bei der Vorbereitung und Durchführung des Aktionstages zu unterstützen
2. Innerhalb des nächsten halben Jahres organisiert der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg eine **zweite** regionale Betriebs- und Personalrätekonferenz.
Berlin, Kongreßhalle, 26.1.93

Jetzt gilt es, den Beschluß bekanntzumachen und praktisch umzusetzen.

Die **Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte** trifft sich weiterhin jeden Mittwoch um 19 Uhr. Allerdings **nicht** mehr am Märkischen Ufer 28, da dem DGB-Berlin-Nord der schöne Raum 0205 ab 1. Februar aus finanziellen Gründen nicht mehr zur Verfügung steht. Wir suchen dringend einen geeigneten Tagungsraum in einem Gewerkschaftshaus!
Vorläufiger Ausweichort ist bis auf weiteres: **Haus der Demokratie, Zi 412,** Friedrichstr. 165 (Ecke Behrenstr.) Dort finden zumindest die Sitzungen am 3. und 10. Febr. statt (Themen: Arbeitslosigkeit in Berlin, Entlassungen bei AEG-Marienfelde, Vorbereitung des regionalen Aktionstages im März). Ihr seid zum Erfahrungsaustausch und Mitarbeit herzlich eingeladen.

i.A. Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, O-1020 Berlin, Tel. 2755600

Mat. Clemens 28.1.93

Arbeitsausschuß der Konferenz
Ostdeutscher und Berliner
Betriebs-und Personalräte

Rostock, 09.02. 1993

An den
DGB-Bundesvorstand
Vorsitzender
Kollege Heinz-Werner Meyer
Hans-Böcklerstr. 39

W-4000 Düsseldorf 30

Sehr geehrter Kollege Meyer,

der Arbeitsausschuß der Betriebs-und Personalrätekonferenz hat mich gebeten, an Sie mit folgendem Anliegen heranzutreten.

Auf der Konferenz ostdeutscher Betriebs-und Personalräte am 21.11. 1992 an der auch Betriebsräte aus 13 Betrieben der alten Bundesländer teilnahmen, wurde ein Antrag eingebracht über die Zukunft der Initiativen von Betriebs-und Personalräten nicht nur in den ostdeutschen Ländern und Berlin mit Ihnen als Vorsitzender des DGB-Bundesvorstandes ein Gespräch zu führen.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Zunächst noch ein paar Worte zum besseren Verständnis unseres Anliegens.

Seit der ersten Konferenz am 20. Juni 1992 war es immer das Ziel - wegen des Anspruchs länder-und branchenübergreifende Aktivitäten zu bündeln - solche Betriebs-und Personalrätekonferenzen durch und mit dem DGB gemeinsam zu veranstalten.

Der Kollege Friedel Heße hat ja deswegen oft mit uns beraten.

Irritationen verschiedener Art haben es bisher verhindert. Auf Landesebene gibt es in einzelnen Ländern jetzt ähnliche Ansätze.

Wir denken aber gerade in dieser Zeit, wo der "Sozialstaat" Bundesrepublik geradezu demontiert werden soll, ist die Schaffung einer länder-und branchenübergreifenden Solidarität lebensnotwendig, um nicht zu sagen, überlebensnotwendig.

Der De-Industriealisierung im Osten folgt jetzt der Massenabbau von Arbeitsplätzen im Westen.

Es ist deshalb unser Wunsch, in einem gemeinsamen Gespräch Möglichkeiten auszuloten, bereits vorhandene Aktivitäten sinnvoll zusammen zuhalten und zusammen zuführen.
Vorschläge von unserer Seite gibt es dazu in unterschiedlicher Form.
Erwähnt sei nur beispielhaft die Schaffung einer Stelle für Betriebs-und Personalrätearbeit beim DGB-Bundesvorstand.

...

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!
Für Arbeit und Leben in Berlin!



Initiativgruppe
Berliner
Betriebs- und
Personalräte

Überparteilich
mit unseren
Gewerkschaften

Berlin, den 17.2.1993

An die
Vorstände bzw. Leitungen der
IG Metall, IG Chemie und des DGB
in Berlin - Brandenburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Senat hat in Abstimmung mit der Treuhand, der IG Metall, der IG Chemie und dem DGB 9 Betriebe festgelegt, die als industrieller Kern im Ostteil der Stadt erhalten werden sollen. Des weiteren haben die zuständigen Senatoren Bergmann und Meisner, z. B. auf der Betriebsrätekonferenz des DGB am 26.Januar in der Kongreßhalle öffentlich erklärt, daß von den einst 187 000 und jetzt rund 45 000 Industriearbeitsplätzen Ostberlins nur etwa 20 000 erhalten werden können.

Diese Angaben erfüllen die in unserer Initiative tätigen Betriebs- und Personalräte mit großer Sorge. Wir bitten deshalb die zuständigen Vorstände und Leitungen unserer Gewerkschaften und des DGB in Berlin - Brandenburg um Auskunft zu folgenden Fragen, die uns auch nach der Durchführung der erwähnten Betriebsrätekonferenz bleiben:

1. Bedeutet die veröffentlichte Liste der 9 als sanierungswürdig eingestuften Betriebe, daß das von Senat und Treuhand abgestimmte "Frühwarnsystem" der einst 55 zu rettenden Betriebe aufgegeben wurde?

2. Bedeutet die Erstellung der Liste der 9 Betriebe, daß die anderen Betriebe des bisherigen "Frühwarnsystems" nicht mehr sanierungswürdig sind und was soll von Seiten des Senates und der Treuhand mit diesen anderen Betrieben geschehen?

3. Bedeutet die Festlegung der 9 Betriebe, daß die gegenwärtig vorhandenen ca. 45 000 Industriearbeiter Ostberlins noch in diesem Jahr auf 20 000 reduziert, also ca. 25 000 entlassen werden?

Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Solidarität mit dem Streik der ostdeutschen Stahlarbeiter!

Kolleginnen und Kollegen in Hennigsdorf, Eisenhüttenstadt, Brandenburg, Eberswalde-Finow und den anderen Stahlstandorten!

Ihr steht nach wie vor im Streik zur Duchsetzung Eurer berechtigten Lohnforderungen. Wir stehen an Eurer Seite. Wir werden uns nach besten Kräften bemühen, praktische Solidarität zu organisieren.
Wie ihr lehnen wir den Sachsen-Kompromiß entschieden ab. Wir sind empört über diese **kampflose Niederlage**, die uns der IG-Metall-Vorstand eingebrockt hat. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich jetzt zu Recht verraten und verkauft. Dafür haben wir nicht gestreikt und zum Streik mobilisiert. Woher nimmt der Frankfurter Vorstand das Recht, kurz vor der Ausweitung des Streikes auf alle fünf neuen Bundesländer und Berlin, kurz vor der vollen Entfaltung der Kampfkraft der ostdeutschen Metaller und Stahlwerker, bei einem klaren und erstaunlich hohen, stabilen Urabstimmungsergebnis für Streik auch in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg-Berlin, zu einem Zeitpunkt, als sich die KollegInnen gerade darauf eingestellt hatten, daß es jetzt auch bei ihnen "losgeht", den Streik auszusetzen und einen derart faulen Verhandlungskompromiß abzuschließen? Hier hatte man offensichtlich Angst vor der Kampfbereitschaft der eigenen Basis.
Das Ergebnis von Sachsen ist ein klarer **Sieg der Arbeitgeberseite**. Ihr Vertragsbruch hat sich gelohnt. Sie haben gezeigt, daß es möglich ist, nur sechs Wochen nach einer rechtswidrigen, unverschämten Kündigung des Stufenvertrages vom März 1991 einen neuen, für sie verbesserten Vertrag zu bekommen.

- Die Anpassung der Löhne und Gehälter auf 80% der Westtarife wird um 8 Monate vom 1.4. auf den 1.12.93 verschoben,
- Die Gesamtanpassung auf 100% wird um volle zwei Jahre vom 1. Juli 93 auf den 1. Juli 1995 gestreckt und auch das kann nochmals um ein halbes Jahr verlängert werden,
- Da die Manteltarife (Urlaubsgeld, 13. Gehalt, vermögenswirksame Leistungen usw.) nicht in den Stufenplan einbezogen werden, bedeuten die 100% im Osten in Wirklichkeit nur ca. 85% der Westlöhne.

Die Arbeitgeber haben sofort ausgerechnet, was der Sachsen-Kompromiß für sie im Unterschied zu dem gekündigten Stufenvertrag bringt: satte **sechs Milliarden DM**, die in den Haushalten der ostdeutschen Metallerinnen und Stahlwerker schmerzlich fehlen werden. Die Kapitalisten haben auch die angestrebte Öffnungsklausel nach unten durchgesetzt. Das Kind heißt jetzt "Härteklausel", wird vom "Handelsblatt" als historischer Durchbruch gelobt und wird der IG-Metall noch Bauchschmerzen bereiten, da sie im betrieblichen Einzelfall erpreßbar wird. Hier ist ein Schleusentor für Haustarife und Lohnraub geöffnet worden.

Hungerstreik bei Belfa Berlin



In der Veranda der Belfa-Betriebskantine harren die Hungerstreikenden aus Foto: Robert Grahn

Es hungern seit Montag, 28.6.93, sechs Uhr morgens:

Helga Hölzel, 54 J., Disponentin, seit 1963 im Werk
Margitta Hausmann, 53 J., Anlagenfahrerin, seit 1975 im Werk
Renate Mudrack, 48 J., Erzeugniskonstrukteurin, seit 1981 im Werk
Roswitha Mahlitz, 43 J., Anlagenbedienerin, seit 1971 im Werk
Barbara Hellwig, 40 J., Lagerverantwortliche im Vertrieb, seit 1983 im Werk
Irina Krüger, 34 J., Mitarbeiterin Prüffeld, seit 1981 im Werk
Peter Hartmann, 50 J.,Betriebsratvorsitzender, seit 1980 im Werk
Roland Ketzer, 48 J., Prüffeldingenieur, seit 1968 im Werk
Lothar Feldmann, 42 J., Anlagenfahrer, seit 1967 im Werk
Jürgen Büttner, 41 J., Vorarbeiter Maschinenbau, seit 1971 im Werk
Norbert Krüger, 39 J., Versandleiter Export-Import, seit 1971 im Werk
Wieslaw Targosz, 39 J., Anlagenfahrer, seit 1973 im Werk
Edgar Messerschmidt, 38 J., Anlagenfahrer, seit 1971 im Werk
Rainer Schatte, 33 J., Werkzeugmacher, seit 1977 im Werk

Kommt alle zum Solidaritätsfest auf das Werksgelände!

Kulturprogramm: Ursula Karusseit, Schauspielerin, Schiller-Theater Berlin
Käthe Reichel und weitere KünstlerInnen

Am Donnerstag, 1. Juli, ab 15 Uhr open end

Keine Schließung des Schiller-Theaters!
Kultur und Arbeit Hand in Hand - gemeinsam leisten wir Widerstand!

V.i.S.d.P. Martin Clemens, ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr.4, O-1020 Berlin

Kyrie

Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Solidarität mit den Kali-Kumpels von Bischofferode!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ihr steht in einem harten und wichtigen Arbeitskampf, um die Vernichtung Eurer Arbeitsplätze zugunsten des Kali-Monopols der BASF zu verhindern. Wenn Euer Werk auch noch geschlossen wird, steigt die Arbeitslosigkeit in der Region Eichsfeld rapide an. Schon jetzt sind über 20% erwerbslos. Wir sagen mit Euch gemeinsam: So geht es nicht weiter! Die Massenentlassungen der Treuhandanstalt sind ein soziales Verbrechen an der arbeitenden Bevölkerung. Arrogante, eiskalte Manager und Berufslügner haben in nur drei Jahren Ostdeutschland in eine industrielle Wüste verwandelt , 5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet, und für sich und ihre Hintermänner fette Prämien, Gehälter und Gewinne eingestrichen. Die sogenannte freie Marktwirtschaft ist in Wirklichkeit die Freiheit der großen Konzerne und Banken, unliebsame Konkurrenz im Osten plattzumachen und die Belegschaften in Armut, Elend und verkappte Zwangsarbeit zu schicken. Wir überbringen Euch als Zeichen unserer Solidarität das "Treuhandkrake"- Transparent der Betriebsräteinitiative. Es soll solange bei Euch bleiben, bis Euer gerechter Kampf um den Erhalt Eurer Arbeitsplätze gewonnen ist. Wir sind als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter insbesondere darüber empört, daß Euch die IG Bergbau u. Energie so schmählich im Stich läßt und Euch nicht hilft. Wir rufen Euch zu: Haltet trotzdem durch!
Wer kämpft kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren! Glück auf!

Berlin, 3.Juli 1993 i.A. der ostdeutschen Betriebsräteinitiative

Konstanze Lindemann Martin Clemens

Kontakt: Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin, Tel. 2755600
(Vom 3.7.-1.8. Tel. 8017689)

Keine Stillegung! Solidarität jetzt!

Wenn die Produktion im Kali-Werk nach drei Wochen Betriebsferien nicht wieder angefahren wird, droht sehr schnell der technische K.O. für die Grube. Genau das will der Vorstand mit seinem Ultimatum erreichen. Wer ein Werk stillegen will, sabotiert Aufträge, wimmelt Kunden ab und schafft technische und ökonomische Tatsachen, die das "Aus" unvermeidlich machen. Die Kali-Kumpel haben ihr Werk seit April besetzt, um u.a. dies zu verhindern. Jetzt tritt der Arbeitskampf in ein entscheidendes Stadium. Die Herren Teusch & Co. wollen wieder "Ordnung und Gesetzmäßigkeit" auf dem Werksgelände herstellen. Betriebsfremde Personen (Hungerstreikende) und Werksangehörige, "welche keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten"(Werksbesetzer), so schreiben sie an den Betriebsrat, sollen das Werksgelände verlassen. Ist das bis Freitag, 20.8., 24 Uhr nicht der Fall, wird die Produktion nicht wieder angefahren. Eine freche Erpressung. Jetzt soll auch noch die Belegschaft für die sowieso beabsichtigte Stillegung verantwortlich gemacht werden! Die Kali-Kumpel wissen genau und haben dies in den vergangenen Monaten wie jede wirklich im Kampf stehende Belegschaft gelernt: Ohne massiven öffentlichen Druck und eine mächtige Solidaritätsbewegung im Rücken haben sie keine Chance diesen Arbeits- und Existenzkampf gegen einen schier übermächtigen Gegner zu gewinnen. "Wir führen einen Kampf David gegen Goliath. Unsere Schleuder, mit der David Goliath besiegt, ist die Massenbewegung der Solidarität, ist der Schulterschluß der kämpfenden Belegschaften und Betriebsräte...als einzeln kämpfender Betrieb gehen wir unter - im Bündnis Seite an Seite werden wir siegen!" So der stv. BR-Vorsitz. Gerhard Jüttemann am 1.August.

Die Kali-Kumpel werden ihre Waffen Werksbesetzung, Hungerstreik und Massenmobilisierung nicht freiwillig aus der Hand geben. Das Verlesen des Ultimatums wurde auf der Belegschaftsversammlung am 6.8. mit Hohngelächter quittiert. Jede Werksbesetzung nimmt dem "Eigentümer" die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Einzig und allein der Vorstand der MdK hat es zu verantworten, wenn er durch seine eskalierende Erpressungspolitik die Belegschaft zwingt, die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung eines technischen K.O.'s selbst zu ergreifen. Diese gutbetuchten Herren haben immer noch nicht begriffen, daß für die Bischofferoder die Erhaltung ihres Schachtes bitterer Ernst ist. Sie benötigen etwas Nachhilfe.

Bis zum 17.8. wird die EG-Kartellbehörde in Brüssel ihr Votum zum Fusionsplan abgeben. In Berlin findet am 17.8. um 17 Uhr Unter den Linden eine Solidaritätsdemonstration zum Brandenburger Tor mit anschließender Protestkundgebung vor der Treuhandanstalt statt. Das vom DGB unterstützte Aktionskomitee Thüringer Betriebsräte ruft zu Aktionen des "zivilen Ungehorsams" auf, um Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsschließungen zu stoppen. Der ursprünglich für den 4.9. in Berlin geplante Protesttag gegen Treuhand und Regierung wird auf Samstag den 21. August nach Bischofferode verlegt. Die Kali-Kumpel benötigen jetzt wirkliche, praktische und massenhafte Solidarität an ihrem Ort, damit der erpresserische Plan des MdK-Vorstandes durchkreuzt werden kann. Insbesondere die solidarische Unterstützung von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen ist jetzt dringend nötig. Die Betriebsrätekonferenz am Nachmittag des 21.8. wird über das weitere Vorgehen beraten.

Kommt alle zum Aktionstag am Samstag, 21.8., 13 Uhr vor das Werk in Bischofferode!

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271

Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden.

Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann

Stichwort: Kali-Werk

Bischofferode im August. Bericht von Martin Clemens für den Arbeitsausschuss der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute über die Auseinandersetzungen in Betriebsrat und Belegschaft der Kali-Grube Thomas Müntzer (6. September 1993)

Bischofferode im August

Ein Bericht

Martin Clemens
Berlin, 6. September 1993

Inhalt

Vorbemerkung
1. Hobbyterroristen
2. Heiner Brodhun über Leute, die "woanders eine Revolution verloren haben"
3. Das Ultimatum vom 4.August
4. Wie soll man auf das Ultimatum reagieren?
5. Die Kapitulation des Rumpfbetriebsrates
6. Die Sitzung des Betriebsrates am Donnerstag, 19.August
7. Die Belegschaftsversammlung am 19.August
8. Die Presseerklärung des Betriebsrates vom 19.August
9. Wie in Bischofferode Mittwoch und Donnerstag auf einen Tag fielen
10. Einige abschließende Bemerkungen
Anhang
Ostwind Aufrufe
Zeitungsartikel

Bischofferode im August.
Ein Bericht

Martin Clemens
Berlin, 6.September 1993

Man muß so radikal sein wie die
Wirklichkeit (B.Brecht)

Bitte beachten: Der folgende interne Text richtet sich nur an meine Kolleginnen und Kollegen der Betriebsräteinitiative. Er dient der Verständigung über die Situation in Bischofferode und der Beratung über unser weiteres Vorgehen. Er darf ohne ausdrückliche Erlaubnis des Verfassers nicht (auch nicht auszugsweise) veröffentlicht, verfielfältigt oder weitergegeben werden. Copy right: Martin Clemens, Michaelkirchstraße 4 , 10179 Berlin, Tel.u.Fax: 030/2755600.

Vorbemerkung

In der Woche vom 16. bis 23. August überschlugen sich in Bischofferode die Ereignisse. Brüssel beschließt die viermonatige Prüfung des Fusionsplanes, Treuhandanstalt und MdK-Vorstand bekräftigen ihre Entschlossenheit, das Kali-Werk Bischofferode stillzulegen, der Betriebsrat beendet faktisch die Werksbesetzung und akzeptiert in Form einer gemeinsamen Erklärung von Betriebsrat und Werksleitung die Bedingungen des Ultimatums , eine Belegschaftsversammlung beschließt einstimmig die Fortsetzung des Arbeitskampfes, während des 3. Aktionstages distanziert sich der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun vom Aktionstag und der ganzen Solidaritätsbewegung , kündigt seinen Rücktritt an, und verbreitet in Presse- und Fernsehinterviews Verleumdungen über die ostdeutsche Betriebsräteinitiative, der Betriebsrat spricht seinem Vorsitzenden einstimmig das Vertrauen aus, die Produktion wird wieder aufgenommen.

Der Arbeitskampf hatte im Zusammenhang mit dem erpresserischen Ultimatum eine jähe, scharfe Zuspitzung erfahren. Abbruch der Allmählichkeit und Aufbrechen der inneren Architektur dieses Kampfes. Grelle Beleuchtung aller Schwächen und Stärken der handelnden

Kräfte. Zusammenprall unterschiedlicher, gegensätzlicher Linien in der Frage der Beantwortung des Ultimatums. Ganz offensichtlich ist das bis dahin gute und herzliche Verhältnis zwischen dem Kali-Betriebsrat und der ostdeutschen Betriebsräteinitiative seit dieser Woche ernsthaft gestört und ganz offensichtlich hängt dies mit meiner Kritik an Heiner Brodhun in der Betriebsratssitzung am 19.8. zusammen. Zerbrochenes Porzellan kann man nicht sofort kitten. Was passiert ist , ist passiert. Die Situation in Bischofferode hat sich gewendet. Die Phase des wochenlangen, stürmischen Aufschwungs ist in dieser dritten Augustwoche zu Ende gegangen. Der Arbeitskampf ist jedoch noch nicht entschieden. Der Hungerstreik löst sich in einem Fußmarsch gegen die Treuhandanstalt auf. Die Belegschaft verhält sich bis auf einen kleinen kämpferischen Kern passiv. Ein dieser neuen Lage angemessenes Konzept für die Weiterführung des Kampfes gibt es meines Wissens nicht.

Bischofferode im September - eine steckengebliebene Geburt. Hektische Betriebsamkeit wäre jetzt völlig fehl am Platz. Man muß nun in Ruhe nachdenken, den Ablauf der Ereignisse sorgsam untersuchen, ausbreiten, analysieren und besprechen, um dann einen der wirklichen Lage möglichst nahekommenden neuen Plan zu erarbeiten und in die Tat umzusetzen. Wir müssen uns die Zeit nehmen, die Erfahrungen mit Bischofferode (und nicht nur die) aufzuarbeiten, durchdachte Schlußfolgerungen zu ziehen und durch Kritik und Selbstkritik unsere Arbeit zu verbessern.

Dieser Bericht dient der Information der Kolleginnen und Kollegen, die regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitsausschusses teilnehmen. Ihr habt das Recht zu erfahren und ich die Pflicht mitzuteilen, was denn nun auf dieser ominösen Betriebsratssitzung am 19.8. in Bischofferode so Schreckliches passiert ist. Offiziell, d.h. auf den normalen Kommunikationswegen zwischen Kali-Betriebsrat und der ostdeutschen Betriebsräteinitiative, hat mich bis heute (6.9.) keine Kritik erreicht, weder mündlich noch schriftlich. Nichts als Gerüchteküche. Nun weiß ja die Betriebsräteinitiative dank der fürsorglichen Aufklärung durch die IG-Bergbau und Energie, daß sie eine "dubiose Organisation" ist und auch Beschimpfungen aus gewissen anderen Gewerkschaftssesseln sind wir schon gewohnt. Auf Kritik mit Geschimpfe zu reagieren ist eine weit verbreitete Bürger-Methode. Das ist alles nicht weiter furchterregend. Erstens hört das Geschimpfe irgendwann wieder auf. Wer kann schon immer schimpfen? Zweitens kann man sich auch beim Schimpfen besser kennenlernen.

Geschichte ist immer auch persönliche Geschichte. Wenn auf den nachfolgenden Seiten (von notwendigen Ausnahmen abgesehen) fast keine Namen genannt werden, so deshalb, weil es mir gegenwärtig hauptsächlich auf die Diskussion der **Probleme** und **politischen Linien** ankommt. Eine zu persönliche Berichterstattung kann da eher hinderlich sein. Natürlich stehe ich für das, was ich selber gesagt und getan habe, voll ein. Ich bitte Euch um offene Aussprache und Kritik.

1. "Hobbyterroristen"

Seit Freitag, 27.8.93, hängt im Kali-Werk Bischofferode eine Erklärung des Betriebsratsvorsitzenden Heiner Brodhun aus, in welcher er u.a. mitteilt, daß er von "Hobbyterroristen" gesprochen habe, aber : "Gemeint waren Leute, die unseren Arbeitskampf für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchen wollen: Rechtsextreme haben versucht, Bischofferode zu ihrem Tummelplatz zu machen, Marxisten-Leninisten haben ihren privaten Krieg gegen die PDS geführt, und als mir ein Vertreter der Ostdeutschen Betriebsratsinitiative in einer Sitzung 'Verrat an den Kollegen' vorgeworfen hatte, da ist mir der Geduldsfaden gerissen." (zitiert nach, ND, vom 27.8.93, siehe Anhang; Heiner Brodhun muß diese Gegendarstellung zu einem Artikel in der Mitteldeutschen Allgemeinen vom 24.8. offensichtlich auch an die Presse weitergegeben haben).

Ungeduld verschüttet die Suppe. Die Presse griff diese gemeine Schimpfkanonade gegen die gesamte Solidaritätsbewegung gierig auf und verstärkte sie. Jetzt konnte sie endlich im Schlamm wühlen und mit den Stichworten des CDU-Mitgliedes Heiner Brodhun Dreck gegen diese linken Unterstützer, diese Marxisten und Revolutionäre, die das friedliche Eichsfeld ins Chaos stürzen wollen, schleudern.Die BASF, der Fusionsplan, die Schließung der Grube und die Berufsterroristen in der Treuhandanstalt waren auf einmal völlig aus dem Gesichtsfeld. Jetzt war nur noch von den "Hobbyterroristen" in der Solidaritätsbewegung die Rede. Der Wind hatte sich gedreht. Seit Sonntag den 22.8. ging das so.

Wenn Heiner Brodhun Neonazis, MLPD, PDS und die Ostdeutsche Betriebsräteinitiative in einen Topf wirft und diesen Brei dann "Hobbyterroristen" nennt, so sagt das mehr über sein politisches Niveau als über die Wirklichkeit aus. Natürlich handelt es sich hier um eine ernstzunehmende politische Verleumdung und jeder mit der Gerüchteküche des Kali-Werkes nur einigermaßen Vertraute, weiß, daß besagter "Vertreter der ostdeutschen Betriebsratsinitiative" Martin Clemens heißt und auch nur er mit dem Vorwurf des "Hobbyterroristen" ursprünglich gemeint war. Die "Rechtsextremisten" sind Heiner Brodhun erst später eingefallen. Ihm ist auch nicht einfach nur so der "Geduldsfaden" gerissen. Es handelt sich keineswegs um einen spontanen Ausbruch polternder Wut. Nach seinen eigenen Worten hat sich Heiner Brodhun **vorher erkundigt** (bei wem denn?), ehe er seine verleumderischen Interviews in die Mikrofone und Kameras sprach. In der Betriebsratssitzung am Montag,23.8., hat er "mit Namen und Adressen gearbeitet"und man darf mit ruhiger Gewißheit davon ausgehen, daß der Name der meinige und die Adresse die der ostdeutschen Betriebsräteinitiative war.

Hier der ungekürzte **Originalton** des ZDF Heute-Journals vom Montag, 23.8.93, 21 Uhr 45.

2. Heiner Brodhun über Leute, die "woanders eine Revolution verloren haben"

"In Bischofferode, meine Damen und Herren, begann die Woche heute wie in den guten alten Zeiten oder zumindest, was die Kali-Kumpel dafür halten. Am Morgen ist die Produktion wieder aufgenommen worden, zunächst für drei Wochen. Dafür liegen Aufträge vor. Seit dem 7. April ist die Grube von der Belegschaft besetzt, einige sind im Hungerstreik. Bischofferode ist so etwas wie ein Symbol für Widerstand geworden. Daß heute wieder gearbeitet werden konnte, obwohl die Schließung keineswegs abgewendet ist, dem ging ein Kompromiß zwischen Betriebsrat und Firmenleitung voraus. Kompromisse aber müssen von Menschen erreicht und getragen werden. Wie schwer das ist, läßt sich von außen nur selten beurteilen. In diesem Fall wurde es deutlich in der Person des Heiner Brodhun. Er ist der Chef des Betriebsrats und wollte heute morgen den Krempel endgültig hinschmeißen. Er hatte verhandelt und verhandelt und dann kamen andere, die doch nur ihr politisches Süppchen kochen wollten. Hobbyterroristen hat er sie genannt. Am Nachmittag hat ihm der Betriebsrat dann weiter das Vertrauen ausgesprochen. Heiner Brodhun bleibt. Ein Gespräch hat Clemens Mosmann mit dem Mann geführt, das viel über die Stimmung in Bischofferode aussagt.

ZDF: Herr Brodhun, das was eben im Betriebsrat herausgekommen ist, kann man das als einen Kompromiß bezeichnen?
H.B.: Nein, ein Kompromiß war das absolut nicht. Wir sind uns einig geworden. Und im gegenseitigen Einvernehmen, ich war mit einverstanden, daß gewisse Erscheinungen der letzten Zeit, die hier gelaufen sind, von außen hereingetragen wurden, ausgeräumt wurden in einem mehrstündigen Gespräch, und ich dann auf Bitten einstimmig aller anwesenden Betriebsratsmitglieder gebeten wurde, weiterhin Vorsitzender des Betriebsrates zu machen. Und dieser Bitte bin ich entsprochen.
ZDF: Aber trotzdem, da muß doch einer nachgegeben haben. Wenn ich mir vor Augen führe, daß Sie unter anderem gesagt haben, da seien Hobbyterroristen am Werke, Sie sprachen eben wie gesagt auch von Einwirkungen Dritter, das sind doch harte Vorwürfe. Sie haben auch gesagt, es gebe eine fehlende Besonnenheit im Betrieb, im Betriebsrat. Sowas können doch die Restlichen nicht alle einstimmig hingenommen haben.
H.B.: Als Hobbyterroristen habe ich diese Herren, die von außen sind, bezeichnet.
ZDF: Wer ist denn das konkret?
H.B. Ich werde nicht mit Namen operieren. Natürlich habe ich das in der Betriebsratssitzung, da habe ich mit Namen und Adresse gearbeitet. Aber in der Öffentlichkeit möchte ich das nicht. Und als Hobbyterrorist war niemand von der Belegschaft irgendwo gemeint.
ZDF: Diese Einmischer,nenne ich sie jetzt mal, kommen die aus dem politischen Bereich oder sind die mehr aus dem wirtschaftlichen Bereich?
H.B.: Politisch kann ich diese Herren nicht zuordnen, da ich ihre Parteizugehörigkeit nicht kenne. Auf alle Fälle hat das keinen Einfluß auf mich gehabt, ob links oder rechts oder mitte ist, weiß ich nicht. Aber ihr Einfluß, den sie hier versucht haben auszuüben, der eindeutig, für mich jedenfalls, unserer Sache geschadet hat, und wenn dies weiter hier so fortgeführt worden wäre, mit dieser Wühltätigkeit von unten, oder von hinten oder wo Sie immer wollen...
ZDF: Das heißt, man wollte die Belegschaft durchsetzen, wollte Sie provozieren zu Handlungen, die dann nicht mehr kontrollierbar sind ?
H.B.: Nicht die Belegschaft, aber eindeutig wurde hier versucht, innerhalb des Betriebsrates einen Keil reinzutreiben.
ZDF: Kann es sein, daß diese Leute aus irgendeinem Kartell kommen?

H.B.: Das bezweifle ich.
ZDF: In welchem Niemandsland sind diese Leute denn vorzufinden?
H.B.: Niemandsland insoweit, daß , wie ich auch gesagt habe, die woanders eine Revolution verloren haben und hier versuchen, diese fortzuführen.
ZDF: Wo haben die denn eine Revolution verloren?
H.B.: Oder ihre Revolution nicht gewonnen haben, zum Beispiel in anderen Betrieben, wo sie aufgetreten sind und nicht zum Ziel gekommen sind. Denn, bevor man solche Äußerungen macht, erkundigt man sich. Und das habe ich getan."

Mit den "anderen Betrieben" meinte Heiner Brodhun wohl Belfa.

3. Das Ultimatum vom 4.August

Am 1.8. hatten die dreiwöchigen Betriebsferien in Bischofferode begonnen. Die Kumpels und ihre Familien benötigten nach viermonatigem kräfteverschleißenden Arbeitskampf eine Erholungspause. Einige gönnten sich keine Ruhe und powerten durch. Ausschlaggebend für die Zustimmung des Betriebsrates zu der Betriebsvereinbarung über die Betriebsferien war letztlich gewesen, daß dringend nötige Reparaturen an den Großgeräten nur in den Ferien durchgeführt werden konnten. Ohne Reparaturen stand die Produktionsfähigkeit des Werkes in Frage und die wollte man durch den Arbeitskampf ja gerade erhalten und nicht gefährden. Gleichwohl war schon zum Zeitpunkt der Diskussion über die Ferien auffallend, daß der Vorstand der Mitteldeutschen Kali-AG (MdK) mit der Erpressung arbeitete: entweder unterschreibt der Betriebsrat sofort die Betriebsvereinbarung über die Ferien oder es gibt ab 1.8. keinen Lohn. Warum diese Schärfe? Warum lag den Herren soviel an der Arbeitspause?
Dann kam das Ultimatum. Erst über die Medien. Später per Brief an den Betriebsrat. Jetzt war klar, was die Herren Teusch und Co. beabsichtigten.
Hier das Faksimile des ultimativen Schreibens vom 4.8.

Ostwind-Dokumentation Bischofferode
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative

MITTELDEUTSCHE KALI AG

Der Vorstand

Mitteldeutsche Kali AG, Postfach 58, 99701 Sondershausen

An die Werksleitung
des Kaliwerkes Bischofferode
Holunger Straße
99768 Bischofferode

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht vom
Unsere Zeichen
Tel. Durchwahl
Datum 4. August 1993

An den
Betriebsrat des Kaliwerkes
Bischofferode
Holunger Straße
99768 Bischofferode

Kaliwerk Bischofferode

Seit dem 7. April wird das Werk Bischofferode von der Belegschaft besetzt.

Mit Schreiben vom 28. April an das Bergamt Erfurt, von dem Sie Kopie erhielten, haben wir darauf hingewiesen, daß diese Besetzung gesetzwidrig sei. Im weiteren Verlauf dieser Besetzung sind Vorstand und Mitarbeiter des Unternehmens in massiver Weise bedroht worden. Öffentlich hat der Betriebsrat erklärt, daß der Vorstand der MdK sowie Mitarbeiter der HV keinen Zutritt zum Werk erhalten.

Durch diese Vorgänge wird der Vorstand an der Wahrnehmung seiner bergrechtlichen Gesamtverantwortung gem. §§ 61 und 62 des Bundesberggesetzes gehindert.

Außerdem stellt das ständige Betreten des Werkes, insbesondere auch des Grubenbetriebes durch betriebsfremde Personen, ohne Genehmigung des Vorstandes oder der Werksleitung einen Verstoß gegen § 25 der ABA0 120/2 dar. Schließlich halten sich ständig Belegschaftsmitglieder auf dem Werksgelände auf, die keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten und hierzu auch keine Genehmigung haben.

...

Registergericht: Kreisgericht Erfurt
Registernummer: HRB 965

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Prof. Dr. Ulrich Steger

Mitglieder des Vorstandes: Friedhelm Teusch, Sprecher; Peter Bachhaus; Hans Jürgen Ertle; Dr. Heinz Mühlberg

Bankverbindung: Deutsche Bank AG, Erfurt
Konto 130 13 16 00
BLZ 820 700 00

Telefon 03632 - 520-0
Telefax 03632 - 31 74
Telex 340 2?? kali d

Hausadresse: Schachtstraße 62 - 99 706 Sondershau

In der Zwischenzeit haben sowohl die Bundesregierung als auch die Thüringer Landesregierung zugesichert, die in Bischofferode gegenwärtig vorhandenen rund 700 Arbeitsplätze außerhalb der Kaliproduktion zu erhalten und hierzu entsprechende Maßnahmen verbindlich angekündigt.

Angesichts dieser Tatsachen beabsichtigt der Vorstand, Ordnung und Gesetzmäßigkeit wieder herzustellen.

Die Werksleitung wird angewiesen und der Betriebsrat wird aufgefordert, dem Vorstand der MdK eine Erklärung abzugeben, wonach

- das ungehinderte Betreten des Werkes durch Mitglieder des Vorstandes und/oder seiner Mitarbeiter gewährleistet wird,
- die körperliche Unversehrtheit der vorgenannten Personen im Werksgelände sichergestellt wird,
- alle unbefugten betriebsfremden Personen das Werksgelände bis zum Zeitpunkt der abzugebenden Erklärung verlassen haben,
- alle Werksangehörigen, welche keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten, das Werksgelände ebenfalls verlassen haben.

Sollte die Abgabe der gewünschten Erklärung nicht bis zum 20.08.1993 erfolgen oder nicht möglich sein, müssen anschließend alle Arbeiten im Werk unter und über Tage aus sicherheitlichen Gründen solange eingestellt werden, bis ein ordnungs- und gesetzmäßiger Zustand wieder gewährleistet ist.

Teusch Backhaus Ertle

Dr. Mühlberg Potthoff

Kopie: Minister Sieckmann
Bergamt Erfurt
THA - Dr. Schucht
IGBE
K+S

Eine klare Sprache. Eine klare Taktik. Ein wohlüberlegter Angriff. Der MdK-Vorstand (und hinter ihm Treuhandanstalt und Kohl-Regierung) setzten den Kali-Kumpels die Pistole mitten auf die Brust. Entweder ihr kapituliert und beendet den Arbeitskampf oder wir lassen die Produktion nicht wieder anfahren, das heißt legen das Werk **technisch** still. Teusch und Co. drohten offen mit **Sabotage** an der Werksanlage. Jeder Bergmann weiß, daß man die Produktion höchstens für 3-4 Wochen unterbrechen darf. Kalisalze kristallisieren aus. Bei längeren Produktionspausen kommt es zu Rostschäden. Nach drei Wochen Betriebsferien **mußte** also unbedingt am Montag den 23.8. wieder **angefahren** werden. Das wußte der MdK-Vorstand natürlich auch. Deswegen hatte er so großen Wert auf die Betriebsferien gelegt und den 20.8. zur dead line für das Ultimatum erklärt. Die Herren suchten eine Kraftprobe und sie suchten sie jetzt - mitten in der Sommerpause, zu einem unerwartet frühen Zeitpunkt. Schucht: Am 20.8. ist die Flamme von Bischofferode ausgetreten. Sie hatten mittlerweile begriffen, daß der entschlossene Kampf der Kali-Kumpel für den Erhalt ihrer Grube auf wachsende Sympathie in der Bevölkerung stieß. Insbesondere bei den treuhandgeschädigten Belegschaften in den fünf neuen Bundesländern rief er ein lebhaftes Echo, volles Verständnis und echte Anteilnahme hervor. Hatte man in der Meeres-Technik-Werft in Wismar (um nur ein Beispiel von vielen zu nennen) nicht ähnliche Erfahrungen mit den Plattmachern aus der Leipzigerstraße gemacht? Waren nicht auch dort die KollegInnen gezwungen worden, den Standort Wismar durch eine Werksbesetzung zu erhalten? Im Handumdrehen waren in Wismar 2000,-DM gesammelt, eine Delegation zusammengestellt, Blumen gekauft - und ab nach Bischofferode. Solidarität vor Ort. Haltet durch! hieß es und: Wir stehen alle hinter Euch!. Genau so dachten viele Menschen in Magdeburg, Leipzig, Dresden, Oranienburg, Berlin, Rostock, Böhlen, Flöha, Frankfurt/Oder, Frankfurt/ Main, Köln, Göttingen, Hamburg und München. In Ost und West rührte der Kampf der Kali-Kumpel die Seele der Arbeiter. An manchen Tagen in der zweiten Juli-Hälfte brachen die Betriebsräte, Sprecherräte und die beiden Sekretärinnen in Bischofferode unter der anbrandenden Solidaritätswelle aus Betrieben und Gewerkschaften fast zusammen. All das gesammelte Kleingeld mußte ja auch gezählt, die Schecks abgebucht, die vielen tausend Solidaritätsschreiben verarbeitet und an die Belegschaft weitergegeben werden. Über 400000,-DM waren gespendet worden. Die Kali-Kumpels, ihre Frauen im Schacht, die bis zur Bahre Hungerstreikenden - sie alle, die die Fackel von Bischofferode entzündet hatten, begrüßten diese mitreißende Massensolidarität. Sie hatten sie gewollt und ausdrücklich herbeigerufen. "Wir führen einen Kampf David gegen Goliath. Unsere Schleuder, mit der David Goliath besiegt, ist der Schulterschluß der kämpfenden Belegschaften und Betriebsräte...als einzeln kämpfender Betrieb gehen wir unter - im Bündnis Seite an Seite werden wir siegen!" So Gerhard Jüttemann am 1. August vor 12000 begeisterten TeilnehmerInnen am internationalen Aktionstag in Bischofferode. "Um uns selber müssen wir uns selber kümmern","Hilf Dir selbst - dann bist Du Gottes Sohn". Gebt die Ersatzarbeitsplätze den vor uns entlassenen 22000 Kollegen der Kali-Industrie - wir wollen das Werk erhalten. Es geht nicht nur um Arbeitsplätze in Bischofferode - wir kämpfen gegen das Plattmachen in allen Branchen. In Würde leben und arbeiten! Hans Berger soll zurücktreten - was ist denn das für eine Gewerkschaft, die im Interesse der großen Monopole die Arbeitsplätze der eigenen Mitglieder vernichtet! Kohl nach Chile! Der Markt richtet`s nicht, sondern richtet hin. Neue, ganz ungewohnte, radikale Töne im Eichsfeld. Die Kali-Kumpel schienen den Himmel zu stürmen. Mit 91% hatte die Belegschaft für die Fortsetzung des Arbeitskampfes gestimmt. Ein Thüringer Aktionskomitee kämpfender Betriebe und Gewerkschafter war entstanden. Auf der DGB-Kundgebung in Zella-Mehlis wurde die Fahne der IG-BE heruntergerissen, an ihrer Stelle das Transparent

"Bischofferode ist überall" aufgehängt und die Nationalisierung der Banken gefordert. Bischofferode war in der Tat zum Vorbild und Symbol des Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung geworden. Kein einzelbetrieblicher Arbeitskampf in Ostdeutschland hatte in den vergangenen drei Jahren eine solche Resonanz, Popularität und kraftvolle Solidarität zustande gebracht, zu Liedern und Gedichten angeregt. Wenn Bischofferode Schule macht - wird die Republik unregierbar, trommelte die erschrockene Presse. Die Treuhand hat noch 26 Großbetriebe auf ihrer Endstrecke zu privatisieren. Was wird, wenn die alle wie die Kali-Kumpel kämpfen? Noch schlimmer, was wird, wenn die Flamme aus dem Eichsfeld ins Ruhrgebiet zu Bergleuten und Stahlkochern übergreift?! Bischofferode war zu einer echten Gefahr geworden. Die Fackel mußte ausgeblasen werden ehe sie einen Flächenbrand entzünden konnte.Je schneller desto besser. Einen solchen Arbeitskampf durfte man nicht bis Dezember laufen lassen. Die Zeit arbeitete für Bischofferode. Das hatten die erfolgreichen Aktionstage und der ganze Monat Juli gezeigt. Deshalb das Ultimatum des Mdk-Vorstandes am 4. August. Die seit Anfang April vom Werksgelände ausgesperrten Vorstandsmitglieder der Mitteldeutschen Kali AG versuchten, die Initiative wieder an sich zu reißen.

4. Wie soll man auf das Ultimatum reagieren?

Als Heiner Brodhun den Text des Ultimatums auf der Belegschaftsinformation am Freitag, 6.August,von der Freitreppe des Kantinengebäudes herab den ca. 200 versammelten Kollegen und Kolleginnen vorlas, brach bei dem Punkt der Sicherstellung der "körperlichen Unversehrtheit" der Vorstandsmitglieder, offenes Hohngelächter aus. "Die sollen mal kommen, die Feiglinge", "Die trauen sich nicht". Muntere Stimmung, obwohl wir alle im Nieselregen standen. Das Ultimatum werde Punkt für Punkt in einem Brief widerlegt, so der Betriebsratsvorsitzende.
Beim anschließenden Gespräch in kleiner Runde schätzte ein Betriebsrat das Ultimatum als "Bluff"ein. Ich riet dazu, das Ultimatum in jedem Falle ernst zu nehmen. Der Gegner will vielleicht einen Entscheidungskampf. Deshalb muß man sich gut vorbereiten. Was ist, wenn sich am Wochenende nach Ablauf des Ultimatums herausstellt, daß es kein Bluff ist?
Ein weiterer Betriebsrat klopfte mit seinem Mittelfinger kräftig auf den Tisch und sagte: Wir dürfen keine Schwäche zeigen. Dem Ultimatum wird nicht nachgegeben.Wenn wir nachgeben, bricht uns die Solidaritätsbewegung weg, dann ist hier der Druck raus. Kommt überhaupt nicht in Frage!
Aber was machen wir, wenn die tatsächlich die Produktion nicht anfahren?
Wieder klopfte der Mittelfinger energisch auf den alten Holztisch im Presseraum des Betriebsrates: Dann wird am Samstag vorgewärmt und am Sonntag einfach durch uns selber angefahren. Das schaffen wir schon.
Widerspruch. So einfach geht das nicht. Vielleicht sollten wir dem Ultimatum nachkommen. Dann ist die Produktion gesichert. Den Arbeitskampf führen wir trotzdem weiter. Wenn wir die Produktion alleine anfahren, sperren die uns die Löhne.
Die Diskussion konnte nicht in Ruhe zu Ende geführt werden. Telefongespräche. Hektik. Interviews. Besuche. In den Betriebsratszimmern ging es in diesen Tagen zu wie in einem Ameisenhaufen. Es wurde weder die durch das Ultimatum entstandene neue Situation gründlich analysiert, noch eine Taktik ausgearbeitet, noch irgendwelche konkreten Maßnahmen (z.B.

Information und Diskussion mit der Belegschaft über das Ultimatum, Presseerklärungen etc.) besprochen. Nichts von alledem. Nicht einmal der Text des Ultimatums wurde der Belegschaft, z.B. in Form eines Betriebsrats-Infos zugänglich gemacht. Wir verständigten uns in aller Eile lediglich auf eine Vorverlegung des für den 4. September in Berlin geplanten zentralen Aktionstages auf den 21. August, dem Tag nach Ablauf des Ultimatums. Ort sollte wiederum Bischofferode sein. An diesem wichtigen Wochenende alle Unterstützer hier am Werk zu haben, kann auf keinen Fall falsch sein - war die einhellige Meinung, auch von Heiner Brodhun. So wurde der dritte Aktionstag beschlossen. Die muntere Belegschaftsversammlung und den klopfenden Mittelfinger vor Augen fuhr ich mit dem Gefühl nach Berlin zurück: diese Belegschaft und dieser Betriebsrat werden das Ultimatum zurückweisen. Ich sollte mich sehr täuschen.

5. Die Kapitulation des Rumpfbetriebsrates

Am Mittwoch, 18.8., trafen sich acht der 15 Betriebsräte zu einer Sitzung und verabschiedeten mit sechs Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen eine gemeinsame Erklärung von Werksleitung und Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode an den MdK-Vorstand. Mit dieser Erklärung , deren Entwurf ganz offensichtlich von der Werksleitung verfaßt worden war, **akzeptierte** der Betriebsrat in allen Punkten die ultimativen Forderungen des MdK-Vorstandes vom 4.8. zur Wiederaufnahme der Produktion. Die Vorstandsmitglieder können das Werk wieder betreten. Der Betriebsrat wird versuchen, ihre körperliche Unversehrtheit durch das Unterbinden spontaner Reaktionen von Belegschaftsmitgliedern zu gewährleisten. Betriebsfremde Personen werden durch die Werkswache registriert. Die Werksbesetzung findet vor dem Werkstor statt. Werksleitung und Betriebsrat verpflichten sich, gemeinsam die Forderungen des Vorstandes durchzusetzen. Zusammengefaßt: auf dem Werksgelände herrscht ab sofort wieder Gesetzlichkeit und Ordnung. Der Werksleitung war es gelungen, den Betriebsrat auf ihre Seite zu ziehen.

Der Rumpfbetriebsrat hatte es sehr eilig, diese Kapitulationserklärung zu verabschieden und dem MdK-Vorstand zukommen zu lassen. Die völlig berechtigte Forderung von zwei Betriebsratsmitgliedern, bis zur Belegschaftsversammlung am nächsten Tag zu warten, wurde vom Tisch gewischt. Hätten die beiden Betriebsräte die Sitzung verlassen, wäre der Betriebsrat beschlußunfähig gewesen. Sie blieben jedoch und milderten durch Streichungen und Umformulierungen die offen kapitulantenhafte Sprache des ursprünglichen Textentwurfs ab. Zwei Tage vor Ablauf des Ultimatums, an demselben Tag, an dem der Aufsichtsrat der MdK zusammentrat, hatte eine Minderheit von sechs Betriebsräten, bei Abwesenheit von wichtigen und repäsentativen Mitgliedern des Betriebs- und Sprecherrats, über das Herzstück des Arbeitskampfes, die Werksbesetzung, entschieden. Die Antwort des MdK-Vorstandes kam per Fax am nächsten Vormittag. Da die Forderungen des Schreibens vom 4.8. erfüllt worden sind, stehe einer Wiederaufnahme der Produktion am 23.8. nichts mehr im Weg.

Hier der **Entwurf** der gemeinsamen Erklärung, aus dem unter Weglassen der Streichungen und Berücksichtigung der Umformulierungen der Endtext des letztlich an den MdK-Vorstand abgeschickten Schreibens hervorging.

Mitteldeutsche Kali AG
Werk Bischofferode

Erklärung der Werksleitung und des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode zum Schreiben des Vorstandes der MdK vom 4.8.93 an Werksleitung und Betriebsrat des Werkes Bischofferode

In den Monaten und Wochen seit dem 10.12.1992 ist es infolge der als friedlichen Arbeitskampf begonnenen, ~~ohne Unterstützung und Billigung der IGBE~~, durchgeführten Aktionen der Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, zu ~~Vorkommnissen~~ Erscheinungen gekommen, die ~~in der Tat~~ im Widerspruch zum § 25 (2) ABA0 120/2 ~~standen und die den Vorstand an der Wahrnehmung seiner Verantwortung für das Werk~~ gem. §§ 61 und 62 BBeG ~~hinderten~~ störten.

Das betraf z. B:
- Aufenthalt Betriebsfremder ohne Genehmigung im Werksgelände über- und untertage
- Aufenthalt von Werksangehörigen ohne Ausübung betriebsnützlicher Tätigkeit im Werksgelände über- und untertage

Des weiteren ist zu beobachten, daß die als Arbeitskampf begonnenen Aktionen der Belegschaft ~~in einem gewissen Maße~~ insoweit außer Kontrolle geraten, daß sie von politischen und anders organisierten auswärtigen Randgruppen zu Zwecken mißbraucht werden, die mit der eigentlichen Zielsetzung der Belegschaft, nämlich dem Erhalt der Arbeitsplätze, nichts mehr zu tun haben.

Es muß allerdings festgestellt werden, daß

1. die genannten ~~Auswüchse~~ Erscheinung von der Werksleitung ~~ohnehin, jedoch auch~~ und auch vom Betriebsrat nicht ~~nur nicht~~ gefördert wurde, ~~sondern auch verurteilt~~, jedoch in gewissem Umfang nicht verhindert werden konnten; jedoch

2. es Werksleitung in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat bisher gelang, Auswirkungen der Aktionen auf die Produktionsstabilität und auf die Arbeitssicherheit zu verhindern.
   Davon zeugen die erfolgreiche Durchführung des Grubenalarms am 24.6.93 sowie die Werkes- und Grubenbefahrung durch die BBG Gera am 26.7.93 (von beiden Veranstaltungen liegen dem Vorstand der MdK Protokolle vor).

)iese Tatsachen stellen jedoch grundsätzlich die Feststellungen auf Blatt 1 Ihres chreibens nicht in Frage.

)ie Werksleitung und der Betriebsrat akzeptieren auf der Grundlage der ıgeführten Gesetzlichkeiten sowie der im Ergebnis der Aussprache zwischen fdK-Vorstand und Betriebsrat am 16.8.93 getroffenen Vereinbarungen die in ırem Schreiben erhobenen Forderungen zur Wiederaufnahme der Produktion n 23.8.93.

'erksleitung und Betriebsrat sehen folgende Möglichkeiten der Durchsetzung :r Ihrerseits erhobenen Forderungen:

Erster und zweiter Anstrich

1. Das ungehinderte Betreten und die Arbeitsmöglichkeiten von Mitarbeitern der Hauptverwaltung im Werk waren und sind nicht in Frage gestellt.

2. Das ungehinderte Betreten und die Arbeitsmöglichkeiten von Vorstandsmitgliedern im Werk wird von der Werksleitung und dem Betriebsrat gewährleistet unter der Voraussetzung, daß es gelingt, spontane und nicht vorhersehbare Reaktionen einzelner Belegschaftsmitglieder zu unterbinden.

f der Grundlage der Beratung vom 16.8.93 wird vorausgesetzt, daß der rstand der MdK bis zur entgültigen rechtlichen Entscheidung zum ;ionsvertrag bei ihren Werksbesuchen keine Aktivitäten unternimmt, die zur ließung des Werkes und damit zur Zuspitzung der Situation führen würden.

)ritter Anstrich

se Forderung wurde durch nochmalige Anweisung an die Geschäftsleitung das Wachpersonal der Firma NOTEG erhärtet (Schreiben vom 21.7.93 liegt :n vor) und seit diesem Termin befolgt, soweit das unsererseits kontrollierbar

ucher der Werksleitung bzw. des Betriebsrates werden an der Werkswache striert und gemeldet. Dabei darf der durch Beschilderung festgelegte, :hmigte Aufenthaltsbereich innerhalb des Werkes nicht verlassen werden. gilt vollinhaltlich auch für Vertreter der Medien und Organisationen, mit :n der Betriebsrat zusammenarbeiten möchte. Ausgenommen davon sind onen, denen vom Vorstand derzeit Hausverbot für das Werk Bischofferode esprochen wurde.

3. Vierter Anstrich

3.1. Das Betreten des Sozialgebäudes ist unter Benutzung des kürzesten Weges von der Wache aus folgendem Personenkreis gestattet
- Teilnehmern am Hungerstreik und deren Angehörigen
- Besuchern der sonntäglichen Gottesdienste

3.2. Werksbesetzer (~~Mahnwache~~)
Die Teilnehmer an der Werksbesetzung halten sich vor dem Werkstor, nur bei ungünstiger Witterung im Wachgebäude selbst auf.

3.3. Die symbolische Grubenbesetzung durch betriebsangehörige Frauen ist mit Beginn der Betriebsferien abgebrochen worden ~~und wird durch Weisung des Werksleiters Grube nicht wieder zugelassen~~.

Die Werksleitung und der Betriebsrat sind gewillt, die Forderungen des Vorstandes auf der Grundlage dieser Erklärung durchzusetzen.

Bischofferode, 17.8.93

Werksleitung

Vorsitzender
Betriebsrat

Ein Betriebsrat führte zum Schluß aus, daß es nicht das Ziel des Arbeitskampfes sein könne, den Herren vom Vorstand eine Handhabe zu geben, die Grube dicht zu machen. Es müsse alles "rechtlich in Ordnung sein".
Damit endete die Diskussion. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Gegen 14 Uhr brachen wir alle auf, um uns in den großen Saal des Kulturhauses zur Belegschaftsversammlung zu begeben.

7. Die Belegschaftsversammlung am 19. August

Dichtgedrängt saßen und standen ca. 400 Kolleginnen und Kumpel in dem dunklen, nur von TV-Scheinwerfern erleuchteten Saal. Vom Podium kamen die üblichen Bitten. Die Medien möchten den Saal verlassen. Pressekonferenz anschließend. Erst soll die Belegschaft in Ruhe diskutieren können. Bitte nicht rauchen.
Ich gebe im folgenden den Ablauf dieser neunzigminütigen Versammlung aus dem Gedächtnis wieder. Einzelne Diskussionsbeiträge und Zwischenrufe mögen nicht wörtlich so gefallen sein, wie ich sie hier schildere, aber der Tendenz und dem Ton nach. Ich selbst habe in dieser Belegschaftsversammlung **bewußt nicht** das Wort ergriffen.

Zu Beginn wurden verschiedene Berichte gegeben: von der gestrigen Aufsichtsratssitzung, vom Stand der Verhandlungen mit der Landesregierung, von dem Rückziehen des Eilantrages der Einstweiligen Verfügung beim Amtsgericht Nordhausen gegen die Schließung des Werkes.
Dann kam Heiner Brodhun zur Sache.
Er las Auszüge aus der gemeinsamen Erklärung von Betriebsrat und Werksleitung vor.
Im Saal herrschte zuerst atemlose Stille, dann kam Unruhe auf. Manche Kollegen schüttelten den Kopf, als der Passus mit dem Betreten des Werksgeländes durch Vorstandsmitglieder verlesen wurde. Heiner Brodhun teilte auch den Wortlaut des schon erwähnten Antwort-Faxes des MdK-Vorstandes mit.

Jetzt war die Belegschaft dran. Als einer der ersten meldete sich ein Betriebsrat zu Wort, der in den vergangenen zwei Tagen "für die Sache" unterwegs gewesen war, auf Veranstaltungen in anderen Städten gesprochen hatte, und erst zehn Minuten vor Beginn der Belegschaftsversammlung zurückgekehrt war. Dieser Betriebsrat kannte also weder die gemeinsame Erklärung von Betriebsrat und Werksleitung vom Vortag, noch hatte er an der Diskussion des Betriebsrates kurz zuvor teilnehmen können. Er hörte den Wortlaut der gemeinsamen* aus dem Mund seines vorlesenden Betriebsratsvorsitzenden hier in der Belegschaftsversammlung zum ersten Mal und reagierte mit einem spontanen Beitrag: Diese Erklärung finde er nicht gut. So wie er das verstanden habe, läuft das auf eine Beendigung des Arbeitskampfes hinaus und das käme überhaupt nicht in Frage. (Beifall)
Vom Podium wurde erklärt und vermittelt.
Andere kritische Stimmen äußerten sich aus der Masse der Belegschaft heraus.
"Wieso mußte denn das alles gestern sein?! Warum konntet ihr mit dieser Erklärung nicht bis zur Belegschaftsversammlung warten?" (Beifall)

* Erklärung

Heiner Brodhun erzählte wieder von den Anrufen aus Berlin, den Lieferverträgen....
"Wer hat denn das überhaupt unterschrieben? Namen nennen!"
Totenstille im Saal.
Heiner Brodhun fing zögernd an, die ersten der sechs Namen zu nennen, als aus den hinteren Reihen deutlich vernehmbar, Rufe ertönten: "Verräter". Unruhe.
Vom Podium wurde wieder erklärt und vermittelt.
Zwischenrufe: "Wir können das doch nicht so stehen lassen. Wir müssen doch klar machen, daß der Arbeitskampf weitergeht." (Beifall)
"Wieso darf der Vorstand jetzt auf einmal das Werk betreten?", rief ein Kollege ganz aufgeregt. "Seit fünf Monaten stehe ich vor dem Werkstor um zu verhindern, daß diese Typen reinkommen und jetzt dürfen sie auf einmal wieder." (Beifall)
"Das ist doch gar keine Werksbesetzung mehr, wenn der Vorstand hier ungehindert rein darf!"
Vom Podium wurde wieder erklärt und vermittelt. Man könne auch eine Werksbesetzung mit Zutrittsrecht des Vorstandes machen. Darauf käme es doch nicht so entscheidend an. Die Verhinderung der Stillegung sei das Wichtigste.
In dieser Situation ergriff ein Vertreter des Sprecherrates die Initiative und ließ die Belegschaft über die **allgemeine** Frage abstimmen: Wer ist dafür, daß der **Arbeitskampf** weitergeht?
Alle Arme reckten sich in die Höhe.
Wer ist dagegen?
Niemand.
Wer enthält sich?
Keine Enthaltungen.
Die Belegschaft hatte einstimmig beschlossen, den Arbeitskampf fortzuführen.
Über den konkreten Weg, die Taktik und die Kampfmittel, insbesondere die Rolle, Bedeutung und praktische Durchführung der Werksbesetzung wurde nicht weiter diskutiert.
Der Vertreter der Werksleitung wurde aufgefordert, zu erklären, daß er die Sicherstellung der Produktion gewährleisten werde. Er tat das auch, hatte aber vorsorglich ein Exemplar des Bergbaurechts mitgebracht und machte Anstalten, daraus die § 61und § 62 vorzulesen. Zu seinem Pech wollten die Kumpel das nicht hören. "Scheiß Gesetze" rutschte es jemand raus. Gelächter im Saal.
In der weiteren Diskussion fiel wieder das Argument: Wenn wir die Produktion alleine anfahren, sperren die uns die Löhne. Darauf erwiderte ein Betriebsrat:
Das brauchen wir nicht zu fürchten. Wir haben 400000,-DM Spendengelder bekommen. Wenn in der Öffentlichkeit bekannt wird, daß die Kali-Kumpel keinen Lohn kriegen, dann wird sicher soviel gespendet, daß wir davon die Löhne selbst zahlen können.
Sofort entstand große Unruhe im Saal. "Der spinnt ja". "Das geht zu weit".

Soweit zum Ablauf des nichtöffentlichen Teiles der Belegschaftsversammlung. Anschließend gaben einige Hungerstreikende vor der wieder zugelassenen Presse persönliche Solidaritätserklärungen ab. Dann wurde vom Podium aus die nachfolgend im Original wiedergegebene Presseerklärung verlesen, die ein Betriebsrat und ein politischer Berater in der Zwischenzeit erstellt hatten.

Mitteldeutsche KALI AG
Werk Bischofferode

Betriebsrat

Bischofferode, 19.08.1993

P r e s s e e r k l ä r u n g

des Betriebsrates zu einem Schreiben an den Vorstand der MdK vom 18.08.1993

Der Betriebsrat hat in Abstimmung mit der Werksleitung und gemeinsam mit dieser auf das ultimative Schreiben des MdK-Vorstandes vom 04.08.1993 reagiert.
Ziel dieses Kompromisses war es, einer Verhinderung der Wiederaufnahme der Produktion am 23.08.1993 vorzubeugen oder einer Schließung des Werkes aus bergrechtlichen Gründen durch den MdK-Vorstand keinen Vorschub zu leisten.
Es muß aber festgestellt werden, daß eigentlich keine der sogenannten "Erscheinungen" im Zusammenhang mit der Werksbesetzung und dem Hungerstreik einer Wiederaufnahme der Produktion entgegengestanden oder die Schließung des Werkes gerechtfertigt hätten, geschweige denn die Grenzen eines friedlichen Arbeitskampfes bei laufender Produktion je überschritten haben.

Mit der gegebenen Antwort auf das MdK-Ultimatum sollen alle Möglichkeiten eingeschränkt werden, das eigentliche Ziel unseres Arbeitskampfes, die Erhaltung des Werkes und seiner Produktion in Frage zu stellen oder stellen zu lassen:

- Die Werksbesetzung bei laufender Produktion wird konsequent fortgesetzt. Sie dient u. a. der Kontrolle der Einhaltung des Stillegungsverbotes im Zusammenhang mit der kartellrechtlichen Prüfungdes Fusionsvertrages.
- Das Betreten des Werkes durch Mitglieder des MdK-VorstANDES UND SEINer Mitarbeiter oder deren Arbeitsmöglichkeiten werden garantiert, sofern diese sich nicht gegen den Arbeitskampf oder sein letztendliches Ziel richtet.

Der Betriebsrat wird auch weiterhin alles tun, um Erscheinungen vorzubeugen, die dem Arbeitskampf der Belegschaft oder dessen Ziel, der Erhaltung der Kali-Produktion in Bischofferode, von woher auch immer, entgegenstehen.

Betriebsrat

8. Die Presseerklärung des Betriebsrates vom 19. August

Ein erstaunliches Dokument. Ein Meisterwerk der diplomatischen Verschleierung. Fast könnte man meinen, wenn mir dieser nicht weiter ernstzunehmende Zwischenruf gestattet sei, in Bischofferode wird russische Außenpolitik betrieben.
Schon die Überschrift ist bedenkenswert. Nach einer **Belegschaftsversammlung** wird nicht etwa eine Presseerklärung der Belegschaft zu den gerade gefaßten Beschlüssen der Fortsetzung des Arbeitskampfes vorgelegt, nein, der **Betriebsrat** erklärt **sein** Schreiben an den MdK-Vorstand vom Vortag.
In der Diplomatie gibt es das Phänomen der unterschiedlichen Signale. Man unterschreibt mit der rechten Hand einen Vertrag und schiebt mit der Linken einen Brief nach, der den von der Rechten unterschriebenen Vertrag ein klein wenig anders interpretiert. Genau das hat der Betriebsrat mit dieser Presseerklärung getan.

9. Wie in Bischofferode Mittwoch und Donnerstag auf einen Tag fielen

Die gemeinsame Erklärung von Werksleitung und Betriebsrat vom 18.8. war eindeutig.
Man akzeptierte im wesentlichen die Bedingungen des Ultimatums vom 4.8. und schrieb das auch ganz offen in den Text hinein. Deshalb nannte und nenne ich diese gemeinsame Erklärung einen **Kapitulationsbrief**. Der Rumpfbetriebsrat hatte in opportunistischer Weise am Mittwoch, 18.8. dem Druck des Ultimatums einfach nachgegeben und das geforderte Unterwerfungsschreiben an den MdK-Vorstand gebilligt und abgeschickt. Er hatte das getan, ohne daß überhaupt innerhalb des Betriebsrats eine gründliche Diskussion über die gegenüber dem erpresserischen Ultimatum einzuschlagende Taktik stattgefunden hatte, geschweige denn, daß es eine öffentliche und klärende Aussprache mit Sprecherrat und Belegschaft über diese, für den weiteren Arbeitskampf eminent wichtige Frage, gegeben hatte. Allein schon das bloße **Androhen** des Vorstandes, die Produktion nicht mehr anfahren zu lassen, hatte den Rumpfbetriebsrat in die Knie gehen lassen.
Am **Mittwoch** hatten sechs Betriebsräte eilig und eigenmächtig ein Kapitulationsschreiben verfaßt und am **Donnerstag** interpretierte die Presseerklärung diesen unerhörten Vorfall ein klein wenig anders.
Am **Mittwoch** unterschrieb man, daß der MdK-Vorstand das Werksgelände wieder betreten darf - ohne Bedingungen. Am **Donnerstag** formulierte man **nachträglich** Bedingungen für eben dieses Betreten.
Am **Mittwoch** unterschrieb man, daß die Werksbesetzung **vor** dem Tor stattfindet.
Am **Donnerstag** verkündete man vor der Presse und der eigenen Belegschaft, daß die Werksbesetzung "konsequent fortgesetzt werde".

Den Kapitulationsbrief vom Mittwoch bekommt die Öffentlichkeit nicht zu sehen. Die Presseerklärung vom Donnerstag wird sofort kopiert und verteilt. Prompt konnte man am folgenden Tag in den Zeitungen lesen: Die Kali-Kumpel bleiben hart.
Was galt denn nun? Der Mittwoch oder der Donnerstag?
Duch die kämpferische Stimmung auf der Belegschaftsversammlung und die scheinradikale diplomatische Presseerklärung war die feige Kapitulation vom Mittwoch **verschleiert** worden. Zwielicht in Bischofferode. Manche Leute wußten am Donnerstag nachmittag nicht mehr, woran sie eigentlich sind. Hatte die Belegschaft nun Ja oder Nein zum Ultimatum gesagt? Die Belegschaft selbst hatte sich durch die vermittelnden Podiumserklärungen, durch die scheinradikalen Formulierungen auf dem Papier und die eigene schöne Abstimmung **beruhigen** lassen. Es herrschte die Stimmung vor: Wir kämpfen weiter - egal ob der Vorstand reindarf oder nicht. Die Sache mit dem Kapitulationsbrief war ziemlich schnell gegangen, vorgelesen - hingehört und schon wieder vorbei. Instinktiv hatten viele Kumpel gemerkt, daß da was faul ist an diesem "Kompromiß" .Einen faulen Kompromiß "riechen"ist eine Sache. Eine ganz andere ist es, der Faulheit wirklich nachzuspüren,ihr auf den Grund zu gehen und praktische Konsequenzen zu ziehen. Das geschah nicht. Die Kapitulationserklärung des Betriebsrates wurde **nicht** für ungültig erklärt und zurückgenommen. Über sie war ja auch gar nicht abgestimmt worden. Eine eigenständige und ausdrückliche Ablehnung des Ultimatums durch die Belegschaft erfolgte ebenfalls nicht. Man hatte über die Fortführung des Arbeitskampfes im **allgemeinen** abgestimmt und sich über die **konkret-praktische** Kapitulation des Betriebsrates hinwegtäuschen lassen. So fielen in Bischofferode Mittwoch und Donnerstag auf einen Tag.
Der Vorstand wußte allerdings, daß in der Praxis (und die zählt in der Politik) das Papier vom Mittwoch galt. Der Donnerstag bestand nur aus Reden und Beteuerungen. Er protestierte auch nicht weiter gegen die Presseerklärung mit den nachträglichen Bedingungen. Die Herren Teusch, Backhaus und Co. wußten, woran sie waren. Das Ultimatum hatte den gewünschten Erfolg gebracht. Der wirkliche, praktische Arbeitskampf der Belegschaft war abgebrochen. Die Produktion lief wieder an.

10. Einige abschließende Bemerkungen

Der Betriebsrat und die Belegschaft des Kali-Werkes bekamen für ihren Arbeitskampf bisher Ratschläge von: Birgit Breuel, dem Bundeskanzleramt, Propst Jäger,, 80 Kreisräten, Bischoff Demke, Bürgermeister Eugen Nolte, Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel, der Freiwilligen Feuerwehr Worbis, dem Konsul von Grenada, Gregor Gysi, Rechtsanwältin Ruth Martin, Thüringens HBV-Vorsitzendem Bodo Ramelow, Peter Arnold (Kali-Experte), Herrn Peine (Mittelständler) und seinem Rechtsanwalt Burrechter, Fritz Teppich (HBV-Senior), dem MdK-Vorstand, Papst Johannes Paul II, Egon Bahr, der MLPD, einem Bankenkonsortium, Christine Grabe (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Grüne im thüringischen Landtag), Klaus Wolfram (Neues Forum), Wieland Sorge (SPD-MdB), Frau Daniel-Wettigmeier (SPD-MdB),

dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes von Thüringen, Hermann Rappe (Gewerkschaftsvorsitzender), Stefan Heym, Rita Süßmuth, Landolf Scherzer, dem Pfarrer von Rheinhausen, vielen Betriebsräten, Bärbel Bohley (Neues Forum), Thomas Heddergott (CDA), Frau Zepp La-Rouche (Schiller-Institut), Roland Hahnemann (parteiloser Fraktionsvorsitzender der PDS-Landtagsfraktion im thüringischen Landtag), Bild-Zeitung, Neues Deutschland, Thüringer Allgemeine, Vox, ZDF, RTL, ARD, MDR, Hans Berger (Gewerkschaftsvorsitzender), Käthe Reichel, IG-Medien ... und einigen VertreterInnen der ostdeutschen Betriebsräteinitiative.
Die Kolleginnen und Kollegen in anderen Betrieben befinden sich in derselben Situation der Lohnabhängigkeit und Ausbeutung wie die Belegschaft des Kali-Werkes. Arbeitslosigkeit und kapitalistische Produktionsweise gehören untrennbar zusammen. Belegschaften helfen Belegschaften im Kampf gegen Entlassungen und Lohndrückerei. Das ist konkrete Solidarität. Betriebsräte kümmern sich um die eigene Belegschaft - und um die anderer Betriebe. Euer Kampf ist auch unser Kampf, nur die Rollen wechseln. Ihr geht voran - und wir unterstützen. Wir stehen vorne - ihr unterstützt. Das innen wird zum außen. Außen verwandelt sich in innen. Ich bin mir voll bewußt (und wir haben in der Betriebsräteinitiative schon oft darüber gesprochen), daß die operativ-taktische Führung eines Werkskampfes bei dem entsprechenden Betriebsrat liegt. Jede politische Beratung findet ihre Grenzen an der Entscheidungshoheit des verantwortlich-führenden Gremiums, das wiederum der Kontrolle und Souveränität der Belegschaft unterliegt bzw. unterliegen sollte. Umsichtige Betriebsräte lassen sich gründlich und gegensätzlich beraten - und entscheiden dann selbst.
Der Kali-Betriebsrat wurde am Mittwoch, 18.8. durch das opportunistische Vorgehen des Betriebsratsvorsitzenden und die "Wühltätigkeit" der Werksleitung überrumpelt. Als ich nach Bischofferode kam, waren die Würfel für die Kapitulation schon längst gefallen. Ich hatte gar keine Gelegenheit zur "Einmischung". Ich sprach in der Betriebsratssitzung nur aus, was eine ganze Reihe anderer Betriebsräte und Kollegen ebenfalls dachten und zum Teil weitaus erbitterter (wenn auch nicht in der Betriebsratssitzung) formuliert hatten. Heiner Brodhun und andere haben gehandelt und handeln weiterhin. Ich war (und bin) in der Rolle des Kritikers und das bisher noch nicht einmal öffentlich. Man muß die reale Situation (ihren Wandel) in Bischofferode begreifen, auch wenn es bitter ist. Es gibt keine Werksbesetzung mehr. Die Belegschaft übt nicht mehr die Kontrolle über die Grube aus, die sie im April errungen hatte. Von dieser Schwäche des Werkskampfes können auch nicht die Aktivitäten der Hungerstreikenden ablenken. Im Dezember (wenn da voraussichtlich die EG-Entscheidung fällt) wird alles auf einmal auf die Belegschaft reinprasseln. Wer da nicht gut und umsichtig vorbereitet ist, geht unter. Hoffen und Harren - hält viele zum Narren. Wenn ein führender Betriebsrat meint: Wir sind dem Sieg noch nie so nah gewesen wie jetzt , so irrt er ganz gewaltig. Bischofferode ist längst kein ökonomisches Problem mehr. Die Grube muß von Treuhand und Regierung allein schon aus Prestigegründen geschlossen werden, damit ein für allemal klar ist, daß sich Widerstand gegen die Herren der Produktionsmittel nicht lohnt. Im Gegenteil. Er wird bestraft. Die Situation in Bischofferode ist weitaus ernster als manche das wahrhaben wollen, aber keineswegs aussichtslos, wenn man den Schwebezustand, der durch die EG geschaffen worden ist,wirklich nützt.Erste und wichtigste Voraussetzung für alles weitere, ist das Begreifen der wirklichen Lage durch die Kumpel selbst und hier können wir vielleicht ein wenig helfen.
Wer seine Lage erkannt hat - wie soll der aufzuhalten sein?

Kali-Kumpel bleiben hart

JW 20.8.93

Bischofferode: Der Hungerstreik und die Werksbesetzung werden fortgesetzt



Ja, wo ist denn Bischofferode? Vor allem: Wer fragt denn da so blöd?

JW-Foto: Gabriele Senft

JW. Die Kali-Kumpel in Bischofferode haben gestern auf einer Betriebsversammlung entschieden, den Hungerstreik und die Besetzung des Werkes fortzusetzen. Das erklärte der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun. Zuvor hatte der Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG Sondershausen mitgeteilt, daß sein Ultimatum vom Tisch sei und nach den Betriebsferien die Kali-Produktion in Bischofferode am Montag wieder aufgenommen werde. Werksleitung und Betriebsrat hätten sich geeinigt, den Forderungen des Unternehmensvorstandes nach »Wiederherstellung von Ordnung und Gesetzmäßigkeit« zu entsprechen.

die tageszeitung. Dienstag, 24. August 1993

Die Front der Kali-Kumpel bröckelt

Betriebsratsvorsitzender Brodhun drängt auf Streikabbruch und droht mit Rücktritt / Kumpel wollen weiterhungern / Kompromiß mit dem Eigentümer oder harte Konfrontation?

Berlin (dpa/AFP/taz) – Rote Fahnen wehten am Wochenende vor der roten Abraumhalde von Bischofferode. Auf Klapptischen wurden Leninbroschüren und Arbeiterliteratur angeboten. Der Betriebsratschef der von der Schließung bedrohten Kali-Grube, Heiner Brodhun, ließ sich bei den fast 3.000 aus allen Teilen der Republik angereisten Leuten nicht blicken. Gestern erklärte er, daß er sich bis zum Wochenende entscheiden wolle, ob er sein Amt niederlegt. „Hobby-Terrorismus" und die Agitation „Berliner Gruppen" seien seine Sache nicht – er habe stets für den Erhalt der Arbeitsplätze in seiner Kali-Grube gekämpft und wolle sich nicht vor einen großpolitischen Wagen spannen lassen.

Aber nicht nur von den unerwünschten Solidaritätsbekundungen fühlt sich der 46jährige enttäuscht. Auch im Betriebsrat selbst gibt es massive Konflikte über die Frage der künftigen Linie – radikal auf der eigenen Position beharren oder mit dem Gegner Kompromisse suchen. Der Katholik und CDU-Mann Brodhun ist für die weichere Gangart: Als die Mitteldeutsche Kali AG (MdK) letzte Woche ein Ultimatum stellte, entweder den Arbeitskampf zu beenden oder die Grube sofort zu schließen, antwortete er mit einem Kompromißvorschlag. Der MdK-Vorstand willigte ein, daß zunächst weiterproduziert werden kann – dafür dürfen die Herren aus der Chefetage jetzt wieder auf das Gelände der Grube, während Werksfremde keinen Zutritt mehr erhalten sollen. Als „Verräter" beschimpften ihn einige ArbeitskollegInnen daraufhin, und im Betriebsrat wurde die Absprache nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von acht der fünfzehn Mitglieder gebilligt.

Bei der hungerstreikenden Basis in der Kantine ist Brodhuns Position verpönt. Die 15 Männer und fünf Frauen, die dort auf ihren Pritschen ausharren, ließen den Betriebsratschef am letzten Freitag auflaufen, als er einen Abbruch des Hungerstreiks vorschlug. „Es hätte jetzt, nach der EG-Entscheidung über die Prüfung des Fusionsvertrags, keinen günstigeren Zeitpunkt geben können, den Hungerstreik zu beenden, ohne das Gesicht zu verlieren", meint



Brodhun. Bis zum Votum aus Brüssel würden schließlich noch einige Monate vergehen; Krankheiten, vielleicht noch Schlimmeres seien dann nicht auszuschließen. Aber auch seine Befürchtung, daß die großen Düngemittel- und Kaliumsulfathersteller ihre Bestellungen künftig woanders aufgeben könnten, weil ihnen die Lieferungen aus Bischofferode wegen des Arbeitskampfes zu unsicher würden, beeindruckten die Kumpel nicht. Sie wollen bleiben, wo sie sind – und weiterfasten, bis sie eine feste Zusage für den Erhalt der Grube haben.

Brodhuns Stellvertreter Gerhard Jüttemann ist sauer auf seinen Betriebsratschef, weil der seine Rücktrittsabsichten zunächst der Presse und dann erst seinen Kollegen verkündet hatte. Aber auch inhaltlich ist er nicht dessen Meinung. „Ich glaube nicht, daß man versucht, unseren Kampf zu mißbrauchen", sagte er am Wochenende. Und so trat er denn auch beim Aktionstag hinters Rednerpult und rief der Menge zu: Bischofferode muß „zum Beginn einer Bewegung werden, die den Arbeitsplatzvernichtern auf die Füße tritt". Lauter Jubel erhob sich auf dem zum Versammlungsplatz umfunktionierten Busbahnhof, wo neben den Ständen von PDS, einer türkischen Arbeiterföderation und verschiedenen maoistischen und marxistisch-leninistischen Gruppen auch Würstchen- und Bierbuden aufgebaut worden waren.

Gestern nachmittag sollte Betriebsratschef Brodhun in einer Krisensitzung seine Position darstellen. Einen Rücktritt wollen auch seine Gegner im Betriebsrat möglichst verhindern – sie fürchten, daß der Arbeitskampf in der ostdeutschen Kaligrube durch einen offenen Bruch an Kraft verliert. Gewinnen dabei könnte dabei nur die westdeutsche Kali und Salz AG. **aje**

23.8.93

Aktionstag der Kali-Kumpel:

Arbeiterprotest oder Klassenkampf

Von Thomas Wüpper (Bischofferode)

„Ein Hungerstreik ist wie ein scharfes Schwert. Man muß genau überlegen, wie lange man es schwingt. Wir haben damit alles erreicht, was zu erreichen war. Nun sollten wir dieses Schwert aus der Hand legen." Heiner Brodhun sitzt niedergeschlagen auf dem abgewetzten Sofa seines Betriebsratsbüros, nimmt einen kräftigen Schluck aus der Bierflasche. Dann hört er kurz auf die Protestreden, die von draußen durchs halbgeöffnete Fenster dringen. Eigentlich sollte er dort stehen, auf der Bühne neben der gewaltigen Abraumhalde aus roter Erde, die den Kalischacht „Thomas Müntzer" turmhoch überragt. Doch der Auftritt des Betriebsrats-Chefs beim dritten Aktionstag der Kali-Kumpel am Samstag in Bischofferode ist nicht mehr gefragt. „Es heißt, ich sei ein Verräter, ich hätte kapituliert." Noch ein Schluck Bier, seine Augen füllen sich mit Tränen, er wendet sich ab: „Da opfert man monatelang jede Minute für den Erhalt der Grube, reist nach Bonn, Berlin, Erfurt, verhandelt und verhandelt, versucht das Beste herauszuholen, und dann muß man sehen, daß hier zunehmend Hobbyterroristen auftauchen und das Sagen übernehmen."

Brodhun tut keinen Schritt zwischen die knapp 2000 Demonstranten, die aus der ganzen Republik angereist sind. Als sein Stellvertreter Gerhard Jüttemann zu Beginn die Stimmung anheizt und unter lautem Jubel ausruft, Bischofferode müsse zum „Beginn einer Bewegung werden, die den Arbeitsplatzvernichtern auf die Füße tritt", schaut er einmal kurz vor die Tür des Verwaltungstrakts, horcht über Werkszaun und Straße hinüber zum Busbahnhof, der zum Versammlungsgelände zweckentfremdet wurde. Als Gregor Gysi von der PDS spricht, ist er schon wieder im Büro. Zehntausend kamen noch vor drei Wochen; da fielen die Plakate, Fahnen und Infostände der PDS und KPD, von Marxisten, Spartakisten, Trotzkisten oder kurdischen Partisanentruppen noch nicht so ins Gewicht. Heute dagegen wähnt man sich auf einer Versammlung Ewiggestriger. Und Heiner Brodhun ist es alles andere als wohl dabei.

Ein Eichsfelder, kein Revolutionär

Der 46jährige Grubenelektriker, Vater zweier Kinder, seit 30 Jahren im Werk, ist kein Revolutionär. Der „Ur-Eichsfelder", geboren im nahen Weißenborn und bis heute dort wohnhaft, wurde streng katholisch erzogen. 1970 trat er als Student in die CDU-Blockpartei ein, „um vor der SED Ruhe zu haben". Das gelang nur teilweise. Zwar setzte er gegen die Parteistrategen durch, daß sein Sohn nicht zur Jugendweihe mußte. Nach der Wende rächte sich der Werksleiter, setzte ihn als einen der ersten auf Kurzarbeit. Brodhun zog die Konsequenz, heuerte im Westen bei AEG an. Eine schwere Zeit. Lange Fahrten zur Arbeit, danach ins Krankenhaus zur Ehefrau, die einen Schlaganfall erlitten hatte. Dann der Ruf der Ex-Kollegen, als Betriebsrat zurückzukommen. Brodhun nahm an, kämpft seither für den Erhalt der Grube. Nicht radikal, sondern mit dem Willen zum Kompromiß, wie er es in der DDR lernen mußte: „Politisch war ich nie pro, aber kontra konnte man nicht sein, sonst landete man in Bautzen."

Nicht allen paßt dieser Kurs. Bischofferode und der Protest der Kali-Kumpel — Systemgegner jeglicher Couleur haben ihr Symbol für den Wahl- und Klassenkampf gefunden. Die Instrumentalisierung kennt keine Grenzen. Vor einer Woche wollten Neonazis den sechsten Todestag von Rudolf Heß im Eichsfeld feiern. Die Polizei bekam Wind davon, postierte 3000 Beamte in drei Ringen rund um den Schacht, drängte die Rechten, die dafür später ungehindert in Fulda aufmarschierten, ebenso ab wie autonome Linke, die zur Gegendemo nach Bischofferode wollten. Bei solch traurigen Auswüchsen droht das wahre Anliegen der Kumpel unterzugehen.

Heiner Brodhun will keinen Klassenkampf, keinen Hungerstreik, der nur noch politisch ausgeschlachtet wird und seinem Ziel nicht mehr dient: Das Werk vor der Schließung zu retten. Dafür ist er bereit, Kompromisse einzugehen, wenn sie vernünftig sind. Er weiß: Mit dem Hungerstreik ist vorerst nichts zu erreichen. Eine Fortsetzung schadet nur. Die EG-Kommission prüft — viel kritischer als erwartet — die umstrittene Kali-Fusion. Brodhun: „Wird der Hungerstreik ausgesetzt, kann Brüssel die Fusion in Ruhe prüfen." Und müßte sich bei einem Veto oder Auflagen nicht sagen lassen, man habe dem Druck nachgegeben.

In langen Gesprächen hat Brodhun bei den Hungernden, die auf Liegestühlen in der Kantine des Werks dahindämmern, versucht, eine vorübergehende Aussetzung zu erreichen, bevor es den ersten Märtyrer gibt. Vergebens. Der Protest hat eine eigene, kaum zu kontrollierende Dynamik erreicht. „Als die EG am Wochenanfang entschied, die Fusion zu prüfen, wäre der richtige Zeitpunkt zur Aussetzung gewesen", sagt Brodhun. Aber nun?

Ein Spalt im Betriebsrat

Brodhun gilt nun als Schwächling, als einer, der kapituliert hat. Und als Verräter, seit er dem Ultimatum des MDK-Vorstands, das Werk bis vorigen Freitag von „unbefugten betriebsfremden Personen" zu räumen, nach Ansicht der „Hardliner" im Betrieb und drumherum ohne Not zugestimmt hat. „Dabei ist die Vereinbarung ein voller Erfolg", sagt er und hat, aus seiner Sicht, Recht. Weder müssen die Hungerstreikenden, wie von MDK verlangt, das Sozialgebäude räumen. Noch hat das Unternehmen die Drohung wahr gemacht, die Produktion von heute an einzustellen, was das sofortige Ende der Grube und den Lohnstopp für alle Kumpel bedeutet hätte. Brodhun hat als Gegenleistung zugestimmt, daß der MDK-Vorstand wieder aufs Gelände darf und die Werksbesetzer künftig vor dem Tor stehen. „Aber da standen sie vorher auch schon." Trotzdem stimmte der Betriebsrat nur knapp mit acht Stimmen der Vereinbarung zu. Sieben Mann fehlten, darunter Brodhuns Vize Jüttemann.

Das hat die Spaltung der Kumpel vertieft. Einig sind sie sich in ihrem Kampf für den Erhalt des Schachts — aber immer weniger über die Wege und Mittel dazu. Brodhun mag das nicht länger mitmachen. In dieser Woche will er seinen Rücktritt verkünden.

Bischofferode: Die Nerven liegen blank

Berliner Zeitung 23.8.93

Hungerstreik zum Erhalt der Kali-Grube geht weiter/Aktionstage ziehen Trittbrettfahrer an

Von dpa-Korrespondentin Simone Rothe, Bischofferode

Hinter dem Schreibtisch ein nachdenklicher Heiner Brodhun. Draußen, vor dem Werkstor der Kali-Grube Bischofferode, Stimmengewirr und Trubel. Doch den Betriebsratschef zieht es nicht zum Kundgebungsplatz mit rund 3 000 Menschen unterhalb er riesigen rötlichen Abraumhalde mit dem Spruchband „Bischofferode lebt".

Nein, mit dem Aktionstag an diesem Sonnabend habe er nichts zu tun. Derweil dringen Wortfetzen wie „Ihr müßt unbedingt durchhalten" ins Betriebsratsbüro. Durchhalten im Interesse des Werkes will auch Brodhun: Seit fast einem Jahr legt sich der 46jährige für den Erhalt der Grube und seine Leute ins Zeug. Inzwischen sind die Rebellen von Bischofferode über Thüringen hinaus bekannt.

Mit dem Druck im Rücken, den die Kumpel mit Werksbesetzung und Hungerstreik machten, hat der gesamte Betriebsrat mehr als Achtungserfolge erreicht: Politiker rangen sich ungewöhnliche Arbeitsplatzzusagen ab. Die EG-Wettbewerbshüter machen aus ihren „ernsthaften Bedenken" gegen den umstrittenen Kali-Fusionsvertrag keinen Hehl und wollen tiefgründig prüfen. Mit einem Ergebnis ist nicht vor Dezember zu rechnen. Eine Marathonstrecke, angesichts der ab heute wieder beginnenden Salz-Förderung, bei der die Werksbesetzung weitergeht.

Jetzt plagen den eher bedächtigen Betriebsratschef Zweifel, ob die Alles-oder-Nichts-Haltung in der jetzigen Situation mehr nützt oder schadet. Doch mit seiner Bitte, den Hungerstreik auszusetzen, ist er bei den 15 Männern und fünf Frauen „bisher auf Granit gestoßen". Die Hungerstreikenden auf den Pritschen in der Werkskantine sind eine eingeschworene Gemeinschaft und entscheiden eigenständig.

Mit seiner eher moderaten Gangart eckt der Elektroingenieur auch bei Teilen der Belegschaft und des Betriebsrates heftig an. Nach fast fünf Monaten hartnäckigem Widerstand und einem aufreibenden Arbeitskampf ohne Unterstützung der IG Bergbau liegen die Nerven blank.

Mit einigem Unbehagen wird jedoch von vielen das Treiben bei den Aktionstagen beäugt. Inzwischen eine Mischung aus ehrlichem und leidenschaftlichem Protest gegen die Plattmache im Osten und Volksfest mit Bratwurst-, Bierständen und Musik, locken die Kundgebungen Trittbrettfahrer an. Linke Splittergruppen von Marxisten bis Spartakisten und Maoisten tummeln sich rund um den Platz.

„Auf den Arbeitskampf setzen sich viele drauf", sagt denn auch die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley. Ihr paßte die Redner-Liste nicht. Aber wenigstens als Zuschauerin wollte sie Flagge zeigen. „Denn was hier mit den Arbeitern passiert, ist ungerecht."

In Bischofferode schien nach monatelangem Kampf die Front der Kumpel zu schwanken

Betriebsratschef Brodhun bleibt im Amt

24.8.93 ND

Bischofferode (ND/dpa/AFP/ADN). Der Betriebsratschef der umkämpften Kaligrube Bischofferode, Heiner Brodhun, bleibt doch im Amt. Das ist das Ergebnis einer vierstündigen Krisensitzung des Betriebsrates am Montag, bei dem es um die Rücktrittsabsichten von Brodhun ging. Brodhuns Äußerungen gegenüber der Belegschaft und einigen Medien hätten zu Spekulationen geführt. „Nach Klärung von Mißverständnissen, die zu diesen Äußerungen führten, haben wir Brodhun gebeten, sein Amt nicht niederzulegen", erklärte Betriebsrat Hanno Rybicki. „Nach wie vor kämpft der gesamte Betriebsrat für den Erhalt des Kalistandortes."

Rücktrittsmotiv sei eine Spaltung des Betriebsrates gewesen, die nach Brodhuns Einigung mit dem Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG (MdK) zutage getreten sei. Aufgrund dieses Kompromisses dürfen Betriebsfremde nicht mehr, dagegen MdK-Mitarbeiter wieder das seit vier Monaten besetzte Werk betreten. MdK nahm die Drohung zurück, die Produktion stillzulegen.

Wegen des Kompromisses hätten ihn Teile der Belegschaft und des Betriebsrates als Verräter hingestellt, sagte Brodhun, der am Freitag vergebens versucht hatte, die Hungerstreikenden zur Aussetzung ihres Protestes zu bewegen. Gestern standen noch 12 Frauen und Männer im Hungerstreik, das Werkstor war besetzt. Dennoch lief die Produktion nach den dreiwöchigen Betriebsferien wieder an. Zur Frühschicht fuhren 156 Bergleute ein.

Die Einzelprivatisierung der Kaligrube ist nach Ansicht von Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Gruppe im Bundestag, auch ohne eine generelle Aufhebung des Kali-Fusionsvertrages möglich. Die Firmen ständen nicht in Konkurrenz, sondern hätten ganz unterschiedliche Kunden. Massive Bedenken meldete hat er jedoch zu der vereinbarten Konkurrenzausschlußklausel an. Die Treuhandzusage an das Kaliunternehmen, in den nächsten Jahren den größten Teil der Verluste zu tragen, bezeichnete Gysi als indirekte Subvention der BASF. Deshalb müsse der Vertrag vom Bundestag behandelt werden.

Der PDS-Politiker war vom Betriebsrat des Kaliwerkes beauftragt worden, als „Anwalt des Vertrauens" Einsicht in den Fusionsvertrag zu nehmen. Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (FDP) hatte jedoch seine Zusage zurückgezogen. Das Bundesfinanzministerium versuchte bei der Wahl eines von Waigel vorgeschlagenen Wirtschaftsprüfers zwischen Treuhand, Kali und Salz sowie Betriebsrat zu vermitteln. Die Kumpel betonen, daß der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Hickel ihr Vertrauen habe. *(Seite 11)*

Ergänzung zu Bischofferode: Dokumente zum Marsch der Hungerstreikenden von Bischofferode nach Berlin

Heute, am 1. September 1993 um 10.00 Uhr, begann in Bischofferode der Marsch der Kalikumpel, Hungerstreikenden und solidarischen Kollegen nach Berlin.

Bischofferode setzt ein Signal:

Wehrt Euch gegen die Arbeitsplatzvernichtung

Die Politiker und Wirtschaftsbosse stürzen uns in eine Katastrophe: Massenarbeitslosigkeit, Armut, Plattmachen ganzer Regionen. Dagegen müssen wir uns wehren.

Kalikumpel, Hungerstreikende und solidarische Kollegen gehen zu Fuß von Bischofferode nach Berlin.

Wir kämpfen für:

* Erhalt der Kaligrube

* Offenlegung des Fusionsvertrages

Wir und Ihr kämpfen gemeinsam für:

* Sofortige Schließung der Treuhand

* Unterstellung ihrer Betriebe unter die Länder

* In den Ländern endlich: Sanieren vor Privatisieren

* Parlamentarische Kontrolle von oben - Belegschaftskontrolle von unten

* Es darf kein Arbeitsplatz mehr vernichtet werden

* Schluß mit dem Sozialabbau - keine Kürzungen von Sozialleistungen

Arbeitslose, Kurzarbeiter, Lehrlinge, Rentner, ABMler, Kollegen bedrohter Betriebe!

Schließt Euch unserem Marsch für soziale Gerechtigkeit an. Auch tageweise oder stundenweise. Kommt zur Abschlußkundgebung nach Berlin!

Bischofferode kann ÜBERALL sein - das hängt von EUCH ab!

Bischofferode und Berlin :

Für den Erhalt der Kaligrube

Gemeinsam gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau

Seit dem 1. September sind wir - Hungerstreikende, Kalikumpel und Unterstützer - auf einem Fußmarsch von Bischofferode nach Berlin.

Wir kämpfen für den Erhalt unserer Kaligrube und die Offenlegung des Kali-Fusionsvertrages.

Wir wissen, daß auch Ihr in Berlin von Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau massiv betroffen seid. In Ostberlin sind bereits die meisten Betriebe Treuhand-Opfer. Aber auch in Westberlin werden in vielen Unternehmen wie Siemens, Schwarzkopf, Osram, BMW zigtausende Arbeitsplätze abgebaut. Und zusätzlich regiert noch der Rotstift bei den Sozialleistungen und die Mieten steigen.

Wir meinen, daß wir ein gemeinsames Anliegen haben und gemeinsam kämpfen sollten für :

*** Stop der Arbeitsplatzvernichtung überall**
*** Schluß mit dem Sozialabbau -**
keine Kürzung von Sozialleistungen
*** Sofortige Schließung der Treuhand**
*** Übergabe der restlichen Treuhand-Betriebe**
in Landesverantwortung
*** In den Ländern endlich : Sanieren vor Privatisieren**
*** Parlamentarische Kontrolle von oben -**
Belegschaftskontrolle von unten

Wir kommen am Donnerstag, den 16. 9. in Berlin vor der Treuhand-Anstalt an. Ab 12.00 Uhr findet dort eine Veranstaltung statt, auf der wir unsere Gegenwehr zum Ausdruck bringen wollen.

Arbeitslose, Kurzarbeiter, ABMler, Lehrlinge, Rentner, Kollegen und Kolleginnen bedrohter Betriebe !
Kommt zahlreich ! Denn nur gemeinsam können wir denen da oben wirklich Dampf machen !

Hinweise :
* Sitz der Treuhand-Anstalt : Berlin-Mitte, Wilhelm-Straße, Ecke Leipziger Straße
* Die Veranstaltung ist für längere Zeit geplant (Übernachtung vor der Treuhandanstalt).
Auch späteres Erscheinen ist sinnvoll.

Teilnehmer des Fußmarsches
Betriebsrat des Kaliwerkes Bischofferode 8.9.93

Großkundgebung auf dem Alexanderplatz
am Sonntag,den 19.9.93 um 11 Uhr

v.i.S.d.P. Bernd Gehrke

Bischofferode ist überall...

Das hängt von UNS ab!

Kommt zur

Solidaritätskundgebung

mit den Kali-Kumpeln aus Bischofferode

Am Sonntag, 19. September
um 11 Uhr auf dem Alex

Es werden sprechen:

Heiner Brodhun	Betriebsratsvorsitzender, Kali-Grube Bischofferode
Andreas Steinecke	Sprecher des Protestmarsches
Bodo Ramelow	Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen der Gewerkschaft HBV
Jürgen Völkerling	Betriebsratsvorsitzender der Thüringschen Faser AG
Mechmet Cam	Betriebsratsvorsitzender von Osram Wedding

Für den Erhalt der Kali-Grube – Offenlegung des Fusionsvertrages!
Schließen wir die Treuhand!
Gemeinsam gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau!
Unsere Einheit heißt Solidarität!

V.i.S.d.P.: Constanze Lindemann

Dokumente zu Spaltung und Ende der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Einladungsliste für die Arbeitsausschußsitzung am 22.9.93

mac

Das Sekretariat hatte auf seiner Sitzung am 10.9. sich darüber verständigt, daß zur Diskussion des von Martin vorgelegten Berichtes "Bischofferode im August" die Arbeitsausschußsitzung nichtöffentlich sein soll. Mit der Einladung wurde Martin beauftragt. Eingeladen wurde nach zwei Kriterien: 1. Mitarbeit im Arbeitsausschuß in der letzten Zeit, 2. Teilnahme an der Solidaritätsarbeit für Bischofferode. Mit dem Einladungsschreiben wurde zugleich der Bericht verschickt oder übergeben. Eingeladen wurden folgende 38 Kolleginnen und Kollegen (die Reihenfolge ist rein zufällig, gewisse Unkorrektheiten bitte ich zu entschuldigen):

1) Eberhard Wagner, DSR, Rostock
2) Harald Messlin, Gossener Mission, Berlin
3) Ingo Stuve, Krankenhaus Neukölln, Berlin
4) Constanze Lindemann, IG-Medien, Berlin
5) Willibald Jakob, Pfarrer, Berlin
6) Angelika Schneider, MTG , Frankfurt/Oder
7) Dietmar Schröder, Berufsausbilder, Berlin
8) Hartmut Sonnenschein, WVV, Wolfen
9) Frank Gerstenberger, Textilwerke Flöha
10) Anneliese Schuster, " "
11) Judith Dellheim, PDS, Berlin
12) Bernd Gehrke, Neues Forum, Berlin
13) Siegfried Sauer, Außenstelle DPG, Berlin
14) Dietmar Karius, Bestahl, Berlin
15) Gerhard Peter, RFT/SEL, Berlin
16) Peter Keibel, Architektenbüro, Berlin
17) Horst Kreller, Rostocker Fischfangreederei, Rostock
18) Doris Sander-Bühring, Erwachsenenbilderin, Berlin
19) Antonio Louca, Journalist, Berlin
20) Christfried Ludwig, Priamos, Berlin
21) Peter Hartmann, Belfa, Berlin
22) Hans-Joachim Teschner, EAW-Holding Treptow, Berlin
23) Jakob Moneta, PDS, Berlin
24) Wolf Dieter Demmler, K.A.B. AG, Berlin
25) Helmut Höge, Journalist, Berlin
26) Bernd Koop, EKO-Anlagenbau, Eisenhüttenstadt
27) Detlev Stampf, DGB-Sekretär, Finsterwalde
28) Dietmar Nosal, Halbleiterwerk, Frankfurt/Oder
29) Helmut Karst, Motorenwerk Cunewalde
30) Lothar Hertzfeld, GEW, Berlin
31) Joachim Geserick, Deutsche Reichsbahn, Berlin
32) Viviana Finzi Vita, GEW, Berlin-Rom
33) Wera Quoß, Kruppstahl Oranienburg
34) Gerhart Horn, " "
35) Hans Hagen, ÖTV, Berlin
36) Gerlind Lachenicht, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Berlin
37) Rainer Bluhm, Jugenderzieher, Berlin
38) Martin Clemens, Historische Kommission Berlin

Sekretariat
der Berliner und ostdeutschen
Betriebsräteinitiative
Constanze Lindemann
Hugo-Heimann-Str. 5
12353 Berlin

An den Betriebsrat
des Kaliwerkes "Thomas Müntzer"
37345 Bischofferode

Liebe Kollegen vom Betriebsrat, 12.9.1993

Ich wende mich im Auftrag und im Namen des Sekretariats der Berliner und ostdeutschen Betriebsräteinitiative an Euch. Es geht uns um die immer noch im Raum stehenden Vorwürfe gegen uns als Initiative und speziell gegen die Person von Martin Clemens.In den seit dem letzten Aktionstag vergangenen vier Wochen haben einzelne von uns verschiedene Versuche unternommen zu dem Konflikt Stellung zu beziehen und mit Euch zu einem klärenden Gespräch zu kommen. Ein greifbares Ergebnis gab es allerdings bis heute nicht.
In unserer ersten Sekretariats-Sitzung nach dem Sommer, am Freitag, dem 1o.9.1993, erklärte uns Martin seinen Rücktritt von allen Funktionen und Aufgaben innerhalb der Betriebsräteinitiative.Außerdem wird er sich nicht mehr aktiv in der Solidaritätsbewegung für Bischofferode engagieren. Er begründete diesen Schritt mit den nicht ausgeräumten Vorwürfen gegen ihn, die es ihm unmöglich machten, die Initiative weiterhin nach außen zu vertreten. Eine weitere Ursache für diese Entscheidung liegt in seiner Enttäuschung darüber, daß von Eurer Seite kein Versuch unternommen wurde, öffentliche Behauptungen, die ihn (wenn auch nicht namentlich) als"Hobbyterroristen" hinstellten, die die Initiative mit rechten und linken Splittergruppen in einen Topf warfen und die die Arbeit der Initiative als schädlich für Eure Sache hinstellten, zumindest unter uns auszuräumen.

Wir haben in unserer Sitzung am Freitag anhand eines Berichtes von Martin ausführlich über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Ultimatum der MDK AG und dem Aktionstag am 21. August gesprochen. Was die Bewertung und politische Einschätzung angeht, haben wir durchaus unterschiedliche Auffassungen.Aber in einem sind wir uns einig: Im gemeinsamen Interesse am Erfolg des Kampfes um den Erhalt Eures Werkes und in dem starken Wunsch nach einer weiteren Zusammenarbeit in gegen-

seitiger Solidarität und gegenseitigem Vertrauen, möchten wir zu einem Gespräch mit Euch kommen. Wir möchten, daß Kritik und Unmut ausgesprochen werden, daß aber zutiefst ungerechte Vorwürfe zurückgenommen werden.
Wir schlagen Euch vor, am 19.September im unmittelbaren Anschluß an die Solidaritätsveranstaltung uns zusammenzusetzen und dieses Gespräch miteinander zu führen. Martin wird auf seinen eigenen Wunsch an diesem Gespräch nicht teilnehmen.

Im übrigen möchten wir aber betonen, daß dieses noch ungeklärte Problem uns in keinster Weise daran hindert, die Veranstaltungen am 16. und 19.September in gewohnter gemeinsamer Solidarität und Verantwortung mit Euch vorzubereiten und durchzuführen!

Glück auf!

Gustaaf Hademann

Notizen zu dem geplanten Gespräch von Vertreterinnen der ostdeutschen Betriebsräteinitiative mit dem Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode am 19.September 93

1. Es ist jetzt vier Wochen her, daß der Betriebsratsvorsitzende **Heiner Brodhun** die gesamte Solidaritätsbewegung und insbesondere die ostdeutsche Betriebsräteinitiative durch Bezeichnungen wie "Hobbyterroristen" öffentlich verleumdet hat. Er hat seitdem seine Vorwürfe und Beschimpfungen weder begründet, noch sich bei den Betroffenen entschuldigt. Desgleichen hat der **Betriebsrat**, dessen Vorsitzender in dieser beleidigenden Weise mit den Unterstützern und Helferinnen zum Erhalt der Arbeitsplätze in Bischofferode, umgesprungen ist, sich nicht öffentlich von diesen Verleumdungen distanziert und seinerseits **als Gremium** etwas zur Klarstellung und Schadensbegrenzung getan (etwa in der Weise, daß er erklärt, daß er die Äußerungen für falsch und schädlich hält, der Betriebsrat sie **nicht mitträgt** und es sich deshalb um persönlich-private Äußerungen von Heiner Brodhun handelt, die auch nur er zu verantworten hat.)

2. Daß einzelne Kollegen aus dem Betriebsrat und Sprecherrat, denen die ganze Sache sehr peinlich ist, sich entschuldigen und zum Ausdruck bringen, daß ihnen das leid tut, anerkenne und würdige ich als persönliche Stellungnahme, doch waren erstens nicht sie es, die verleumdet haben und zweitens ist ein Privatgespräch nicht die angemessene Form der Rehabilitation. Ich halte es für **selbstverständlich**, daß öffentlich (gegenüber der Presse und dem Fernsehen) und sogar wiederholt (am 21.,22. und 23.August) vorgetragene Verleumdungen auch **öffentlich zurückgenommen** werden und ich erwarte, daß die Vertreterinnen der ostdeutschen Betriebsräteinitiative dies Heiner Brodhun und dem Kali-Betriebsrat bei dem Gespräch deutlich machen. Es geht nicht um meine Person, sondern um die Diffamierung der gesamten Betriebsräteinitiative als politische Organisation. Verleumdungen aus den eigenen Reihen darf man grundsätzlich nicht dulden.

3.Man kann die Verleumdungskampagne von Heiner Brodhun nicht von der opportunistischen Taktik des Kali-Betriebsrates gegenüber dem Ultimatum trennen, denn hier liegt die innere Wurzel für seine plötzlichen Ausfälle. Er hat mit der Diffamierungskampagne gegen kritische Unterstützer nur die **Flucht nach vorne** angetreten, um von seiner **eigenen Kapitulation** vor dem erpresserischen MdK-Vorstand **abzulenken**. Die von mir und anderen vorgetragene Kritik an dem Unterwerfungskurs gegenüber dem Ultimatum ist berechtigt, ich habe da absolut nichts zurückzunehmen. Eine kleine Ergänzung ist allerdings nötig. Auf meine Frage an einen Kali-Betriebsrat (am vergangenen Mittwoch, 15.9. bei der Veranstaltung zu Bischofferode im Haus der Demokratie), ob sie denn mittlerweile wenigstens den Kapitulationsbrief an den MdK-Vorstand für die eigene Belegschaft publiziert hätten, bekam ich die überraschende Antwort: "Das brauchten wir nicht". Ich: Wie soll ich das verstehen?
"Das hat der MdK-Vorstand selbst gemacht".
"Der MdK-Vorstand hat Euren Brief vom 18.8. selbst per Post an alle Kali-Kumpel nach Hause geschickt?"
"Ja. Genau das hat er getan."
Kommentar überflüssig.

4. Wir können alle gemeinsam aus dem Arbeitskampf in Bischofferode sehr viel lernen, wenn wir nur wollen. Frage: Ist es eigentlich eine Aufgabe der Betriebsräteinitiative (und ihrer öffentlich auftretenden Vertreterinnen) Opportunismus in den Arbeitskämpfen zu kritisieren? Auch dann wenn es sich um Betriebsräte-Opportunismus handelt? Auch dann, wenn es sich um befreundete Betriebsräte handelt? War denn nun meine Kritik an Heiner Brodhun und seiner Kapitulationspolitik in der Betriebsratssitzung am 19.8. in Bischofferode richtig oder falsch? Liegt überhaupt eine Kapitulation vor? Oder war es ein notwendiges Ausweichmanöver?

5. Meineserachtens muß man auch die Gleichsetzung der Betriebsräteinitiative mit Neonazis, diese Methode, uns in einem Atemzug mit den Rechten zu nennen, wie es Heiner Brodhun in seiner Gegendarstellung vom 26.8. gemacht hat, zurückweisen. Das ist nicht nur eine Unverschämtheit.

6. Heiner Brodhun soll bekanntgeben, bei wem er sich über die Betriebsräteinitiative "vorher erkundigt hat" und was er da für Auskünfte bekommen hat. Er hat in dem ZDF-Interview sogar **selbst betont,** daß er sich vor seinen Äußerungen **vorher erkundigt hat.** Dann will man, bitte schön, auch wissen bei wem, damit wir wissen, mit wem wir es zu tun haben.

Martin Clemens, 17.9.93

Gemeinsame Mitteilung des Betriebsrates Kali-Werk Bischofferode und der Betriebsräteinitiative

Entwurf

In guter und enger Zusammenarbeit haben der Kali-Betriebsrat und die Betriebsräteinitiative, ausgehend von dem Solidaritätsbeschluß der 3. Betriebsrätekonferenz, im Juli und August drei Aktionstage zum Erhalt der Kaligrube Bischofferode gemeinsam vorbereitet und durchgeführt.
Die durch Presse und Fernsehen hochgespielten Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden des Kaliwerkes im Zusammenhang des 3. Aktionstages am 21. August ("Hobbyterroristen" etc.) sind bei einer vertrauensvollen Aussprache zwischen dem Kali-Betriebsrat und der Betriebsräteinitiative bedauert und zurückgenommen worden. Für die vor uns liegende schwere Aufgabe der Verteidigung der Arbeitsplätze in Bischofferode und anderswo benötigen wir eine große und feste Einheit aller von Arbeitslosigkeit, Kahlschlagpolitik und Sozialabbau betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Daran arbeiten wir. In diesem Sinne bekräftigen wir den Geist der guten Zusammenarbeit als gemeinsame Mitglieder der Betriebsräteinitiative.

Berlin / Bischofferode 22.9.93

Diese Mitteilung wird bekanntgemacht

- allen Mitarbeitern und Unterstützerinnen der Betriebsräteinitiative
- der Belegschaft des Kali-Werkes
- der Solidaritätsbewegung für Bischofferode
- den Zeitungen "Neues Deutschland" und "Junge Welt"

Gemeinsame Erklärung von Heiner Brodhun und Martin Clemens

Wir haben uns am Freitag, 24.September '93, im Reichstag in Berlin zu einer persönlichen Aussprache über die Vorfälle im Zusammenhang mit dem 3. Aktionstag am 21.August '93 in Bischofferode getroffen.
Nach diesem offenen und freundschaftlichen Gespräch teilen wir mit, daß die Vorwürfe ("Hobbyterrorist" u. dgl.) vom Tisch sind. Die Sache ist vorbei. Jetzt gilt es nach vorne zu schauen, damit der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze in Bischofferode und anderswo gewonnen wird.

Berlin, 24.9.93 ....

Diese Erklärung geht als nichtöffentliche Information an:

- Betriebsrat und Belegschaft des Kali-Werkes Bischofferode
- Ostdeutsche -Betriebsräteinitiative
- Solidaritätskomitees für Bischofferode

Ostwind 5.10.93
Zeitung der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode und Betriebsräteinitiative rufen auf:

Kommt alle zur Aktionskonferenz!

Wann? Samstag, 30.Oktober '93, 12 Uhr bis 17 Uhr
Wo? Bischofferode Kulturhaus neben dem Kali-Werk

Am 31. Dezember wird Bischofferode geschlossen - wenn es nach dem Willen von Treuhand, BASF und MdK-Vorstand geht. Dieser Tag rückt immer näher. Vorher wird die EG-Kommission in Brüssel ihre Entscheidung zu dem Kali-Fusionsvertrag bekanntgeben. Wird Brüssel einen Zeitaufschub verlangen? Wird Bischofferode aus dem Fusionsvertrag herausgenommen? Wird die Fusion im Kern bestätigt? Fragen über Fragen. Gewiß ist nur eins: **Der Arbeitskampf der Kali-Kumpel geht solange weiter, bis die Grube gerettet ist.** Die letzten zwei Monate müssen zur intensiven Vorbereitung auf die entscheidende Phase dieses langen Arbeitskampfes genutzt werden. Dazu dient die Konferenz. Wir wollen in Ruhe beraten, wie der Kampf weitergeführt und weiterunterstützt wird. Solidarität ist jetzt nötiger denn je. Bischofferode ist zum Symbol geworden, Vorbild und Ansporn für viele Belegschaften im Kampf gegen die Stillegungen und Arbeitsplatzvernichtung. Bischofferode muß leben!

Vorschlag für das Programm der Konferenz:

1. Bericht des Kali-Betriebsrates zur aktuellen Situation des Arbeitskampfes, Hintergründe und Erfahrungen der letzten Monate,
2. Berichte der Solidaritätskomitees und Unterstützerinnen aus den verschiedenen Städten - Stand der Solidaritätsarbeit,
3. Diskussion und Beschlüsse über die weitere Solidaritätsarbeit,
4. Organisatorisches und Finanzen.

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99251
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Kali-Werk
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin,
Ostwind-Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600

Brief von Martin Clemens an Gerd Jüttemann vom 10.Oktober 93 (Auszug)

Lieber Gerd,

Der Aufruf für den 30. Okt. ist vom Sekretariat des Arbeitsausschusses mehrheitlich verabschiedet worden, d.h. Angelika (Schneider) und ich haben seine Herausgabe in der Form, in der er vorliegt, beschlossen, Constanze (Lindemann) war dagegen und enthielt sich der Stimme. Die Konferenz ist für die Solidarität mit Eurem Arbeitskampf wichtig und muß jetzt gut propagiert und vorbereitet werden. Mir ist völlig unverständlich, warum Constanze solche Schwierigkeiten mit diesem kleinen Flugblatt hat. Du kriegst ja mit, daß wir hier Querelen haben, obwohl der Anlaß, der Mist mit den "Hobbyterroristen", längst beseitigt, gütlich beigelegt ist. Das Leben geht doch weiter und wir haben noch viele Aufgaben vor uns. Constanze kann wohl nicht verwinden, daß sie im Arbeitsausschuß (auf der Sitzung am 22.9.93) eine Abstimmungsniederlage (16:6) erlitten hat. Die große Mehrheit des Arbeitsausschusses der Betriebsräteinitiative war dafür, den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Betriebsräteinitiative und des Kali-Betriebsrates, so wie er vorlag, an Euch zu schicken, d.h. **mit** dem Satz des "Bedauerns" und des "Zurücknehmens" des Hobbyterroristen-Vorwurfs. Der Entwurf stammte von mir. Gisbert (Sommerfeld) sagte schon in der Sitzung, daß er damit keine Probleme hat. Heiner (Brodhun) später im Reichstag ebenso. Die Sache ist ja eigentlich eine Lappalie.und selbstverständlich, daß man nach öffentlichen Angriffen, die man bedauert, auch eine Form findet, das wieder zurückzunehmen. Ist ja auch alles passiert - aber Constanze ist mir immer noch sehr böse, daß ich diesen Entwurf so eingebracht habe. Wir hatten bereits darüber telefoniert...

Mit solidarischen Grüßen



Rainer Bluhm , Klutstr.10 ,12587 Berlin Tel. 6454569

An den
Betriebsrat des Kaliwerkes Bischofferode
z.Hd. **Gerhard Jüttemann, Heiner Brodhun**

Berlin d. 07.11.93

Liebe Kollegen !

Der Beschluß der Arbeitsgruppe 1 ist euch ja bekannt und wir haben auch schon darüber praktisch diskutiert. Wir sehen die geplante Einrichtung einer Informationssammelstelle als einen Schritt an, die Arbeitskämpfe in Deutschland zu verbinden und damit jeden einzelnen zu stärken. Der "Ostwind hatte sich dieser Aufgabe im Osten gestellt und muß sich nun auf die Situation einstellen, daß diese Aufgabe für Gesamtdeutschland übernommen werden muß. Der Aufbau einer solchen Informationszeitung braucht geeignete Leute und Geld.
Ein Teil des Geldes wird benötigt, um die Technik zu beschaffen, ein anderer, um die Herstellung und den Versand und hierbei besonders die Portokosten zu finanzieren.Daher besteht unser Antrag aus zwei Teilen.
Selbstverständlich wirkt dieses Informationsblatt nicht nur für die erfolgreiche Beendigung eures Arbeitskampfes sondern ist auch für die Unterstützung, Information und Vernetzung und Organisierung aller in Not geratenen Belegschaften und kritischen engagierten Gewerkschafter und Kollegen gedacht. Darüber hatten wir uns schon in einem Gespräch geeinigt.

Wichtig wäre es, wenn ihr diesen Zweck der Spende in einem Begleitbrief an die Ostwindredaktion darlegt um evtl. Aulegungen, Gerüchten usw. vorzubeugen.

Antrag an den Betriebsrat Bischofferode - "Solifond"

Hiermit beantragt die Redaktion des "Ostwind" eine Spende von 13900 DM aus den eingegangenen Solidartitätgeldern für den Kampf in Bischofferode bei dem Betriebsrat.
Die Summe soll für folgende Dinge verwendet werden:

1. Druck und Satztechnik:

- Rechner 486\66\ 8 MB\350 iger Platte, Faxmodem, Monitor 17", CD Rom Laufwerk	ca. 6500,- DM
- Drucker HP4L	ca. 1400,-
- Faxgrät	ca. 1000,-
- Scanner OCR - Sofware (evtl. Omnipage)	ca. 1500,-
- 6 Modemkarten (zur Vernetzung der Mitarbeiter)	ca 1500,-
	11 900,-

2. Anschubfinanzierung für die ersten zwei Ausgaben (Auflage ca. 2000 Stk.)

Druckkosten je ca. 500,-	ca. 1000,-
Portokosten je ca. 500,-	ca. 1000,-
	2000,-

Gesamtsumme von **13 900,-**

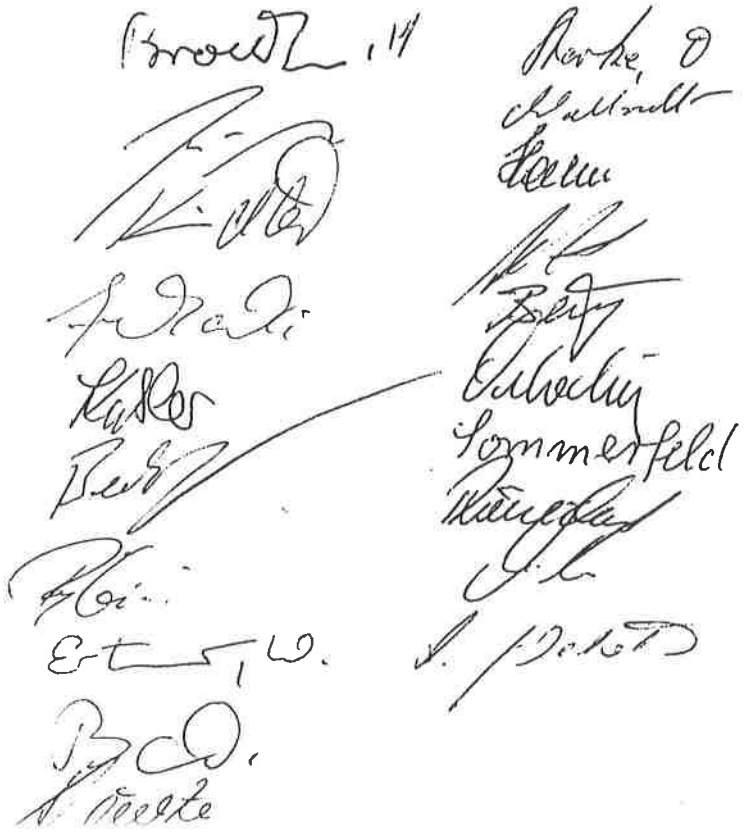
Die Preise sind Schätzpreise, die endgültige Summe ergibt sich nach Anschaffung der Technik. Daher bitten wir um Entschuldigung, wenn die in Aussicht gestellte Summe von der jetzigen abweicht.
Wir bitte um baldige tel. oder schriftl. Anwort.

Mit sold. Grüßen : Martin Clemens, Antonio Louca, Rainer Bluhm

Ps: Wir bitten im Falle eines positiven Bescheids von euch, die Überweisung auf folgendes Konto vorzunehmen.

Martin Clemens; Köpenicker Bank; BLZ 101 902 00; Filiale Berlin Mitte; Ktnr. 142 52 50

Betriebs- und Sprecherrat stimmen dem Spenden-
vorschlag zu
15.11.1993



Erklärung der Ostwind-Redaktion

(nicht für die Medien bestimmt)

Die Überweisung einer Spende des Betriebsrates der Kali-Grube Bischofferode in Höhe von 13900,-DM an die Ostwind-Redaktion hat in Berlin Aufregung und Kritik zur Folge gehabt. Einige KollegInnen argwöhnten mißtrauisch, ob sich die Ostwind-Redaktion etwa Spendengelder für Bischofferode unter den Nagel reißen wolle. Diese Verdächtigungen und Unterstellungen sind völlig haltlos. Wir haben nicht das Geringste zu verbergen. Der ganze Vorgang wird dem Arbeitsausschuß der Betriebsräteinitiative auf seiner nächsten Sitzung unterbreitet, der darüber eine politische Entscheidung fällen muß, die wir auf jeden Fall respektieren werden. Niemand will sich bereichern. Im Gegenteil. Wir wollen den Kampf der Kali-Kumpel und andere Arbeitskämpfe politisch unterstützen, dafür arbeiten wir, dem dient die Herausgabe des "Ostwind". Das Geld ist geparkt und wird selbstverständlich vor einer Entscheidung des Arbeitsausschusses nicht eingesetzt. Sollten wir bei der Handhabung dieses Vorganges Fehler gemacht haben, werden wir diese korrigieren.

Zum Ablauf der Spendenaktion im Einzelnen. Die Arbeitsgruppe 1 der Aktionskonferenz am 30.10. in Bischofferode, die von Rainer Bluhm geleitet wurde, hatte beschlossen, eine Informationssammelstelle einzurichten, um die vielen betrieblichen und örtlichen Arbeitskämpfe gegen Entlassungen und Sozialabbau zu vernetzen, gegenseitige Solidarität zu organisieren und den weiteren Kampf der Kali-Kumpel zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wurde über den "Ostwind" gesprochen und ein grobes Konzept entwickelt, aus dem Ostwind eine bundesweite Informationszeitung für Arbeiterkämpfe zu machen. Bei einem anschließenden Gespräch zwischen Rainer Bluhm und einigen Kali-Betriebsräten wurde über die notwendige technische und finanzielle Ausstattung eines solchen Zeitungsprojektes beraten und dem Vorhaben grünes Licht gegeben.
Wir arbeiteten daraufhin einen detaillierten schriftlichen Spendenantrag an den "Solifond" des Kali-Betriebsrates aus und leiteten ihn über G.Jüttemann dem Betriebsrat zu. Der wiederum beriet den Antrag und faßte einstimmig einen Unterstützungsbeschluß.
Somit war ein Stück Arbeit getan worden, um die Voraussetzungen für die dringend nötige Informationszeitung in die Wege zu leiten. Übrigens war Martin Clemens von der Arbeitsausschußsitzung am 27.Oktober 93 ausdrücklich (per Beschluß) als politisch verantwortlicher Ostwind-Redakteur bestätigt worden.

Warum wird diese Spendenaktion des Kali-Betriebsrates für ein dringend benötigtes Zeitungsprojekt kritisiert und diffamiert? Etwa weil man der Meinung ist, daß die Kali-Kumpel nur Spendengelder annehmen, aber nicht weitergeben dürfen ? In diese Richtung wurde teilweise diskutiert. Wir sind der Meinung, daß es der Sache der Solidarität durchaus angemessen ist, wenn die Kali-Kumpel nach eigenem Abwägen ihrer Situation anderen Arbeitskämpfen und politischen Projekten aus ihrem Solifond Unterstützung leisten. Das gereicht ihnen zur Ehre und uns zum Ansporn. Es ist nicht das erstemal, daß die Arbeit des "Ostwind" in Berlin praktisch behindert und diffamiert wird. Wir erinnern nur an den kleinlichen Widerstand gegen den Ostwind-Aufruf zur Aktionskonferenz in Bischofferode. Die Solidaritätsarbeit muß aber weitergehen. Schließen wir uns zusammen, um den Kali-Kumpeln und anderen von Massenentlassungen und Sozialabbau bedrohten Belegschaften wirksam zu helfen!

Berlin, 23. Nov. 1993 Martin Clemens Rainer Bluhm Antonio Louca

Constanze Lindemann Berlin, den 1. Dezember 1993

Vorschlag an den Arbeitsausschuß der ostdeutschen Betriebsräteinitiative zum weiteren Vorgehen

1. Zur Zeit hat keine Person das Recht, im Namen der ostdeutschen Betriebsräteinitiative oder im Namen des "Ostwind"s aufzutreten, Stellungnahmen abzugeben und/oder Aktivitäten zu ergreifen.

2. Es werden fünf Betriebsräte benannt aus dem Kreis derer, die der Initiative seit '92 angehören, die dafür verantwortlich sind, so bald wie möglich ein Treffen vorzubereiten. Auf diesem Treffen soll die vergangene Arbeit der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative eingeschätzt werden, sollen daraus Schlüsse gezogen und Perspektiven sowie Strukturen der weiteren Arbeit diskutiert und beschlossen werden.

   Im Zusammenhang mit dieser Vorbereitung sollen die "alten" Mitglieder angesprochen und einbezogen werden. Es müssen schriftliche Stellungnahmen rechtzeitig vor dem Treffen vorliegen.

3. Dieses Treffen wird ein internes sein. Teilnehmen können ausschließlich Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und UnterstützerInnen, die die Arbeit der Initiative seit der 1. Konferenz im Juni '92 mitgetragen haben.

   Inwieweit andere mit hinzugezogen werden, entscheidet die Vorbereitungsgruppe.

4. Eine zukünftige Redaktion für den "Ostwind", seine Finanzierung und Erscheinungsweise wird auf diesem Treffen besprochen und beschlossen werden.

5. Die 13.900,-- DM, die von Martin Clemens, Rainer Bluhm und Antonio Conca im Namen der ostdeutschen Betriebsräteinitiative und im Namen der "Ostwind"-Redaktion für den "Ostwind" aus Spendengeldern der Kali-Kumpel gefordert wurden und die der Betriebsrat des Kaliwerkes auch überwiesen hat, werden nach Bischofferode zurücküberwiesen.

   Martin Clemens, Rainer Bluhm und Antonio Conca können vorläufig keine Arbeiten im Rahmen der ostdeutschen Betriebsräteinitiative und des "Ostwind"s übernehmen.

Begründung:

Zu 1. Es ist zur Zeit völlig unklar, wer die ostdeutsche Betriebsräteinitiative noch ist. Es ist ebenfalls unklar bzw. zufällig, wer der Arbeitsausschuß ist. Das Sekretariat hatte ausschließlich die technische Funktion, Termine und Treffen vorzubereiten.

Große Teile der Mitglieder der Initiative sind seit längerem weggeblieben. Die Ursachen dafür sind niemals zum Thema gemacht worden.

zu 2. Bevor wir in irgendeiner Form weitermachen, muß die bisherige Arbeit eingeschätzt werden. Sodann müssen wir - ausgehend von der gegenwärtigen Situation - fragen, wie es in den Betrieben aussieht, wie in den Gewerkschaften, was wir brauchen und was wir als nächste Ziele erreichen wollen.

Brauchen wir noch eine ostdeutsche Betriebsräteinitiative und wie können demokratische und transparente Strukturen geschaffen werden?

zu 3. Die bisherige Arbeit der Initiative können nur die beurteilen, die die Arbeit getragen und solidarisch begleitet haben. Über eine mögliche Zukunft dieser Initiative können ebenfalls nur die Mitglieder entscheiden und die Personen, die von diesen für kompetent erachtet und darum eingeladen werden.

zu 4. Der "Ostwind" ist die Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative, auch wenn sie in der Vergangenheit von einzelnen erstellt wurde. Sein künftiges Erscheinen kann darum auch nur im Zusammenhang mit der Zukunft der Initiative geklärt werden.

Eine Redaktion kann nur gewählt werden, nicht sich selber einsetzen.

zu 5. Martin Clemens und Rainer Bluhm forderten im Namen der ostdeutschen Betriebsräteinitiative und im Namen einer (selbst ernannten) "Ostwind"-Redaktion vom Betriebsrat des Kaliwerkes 13.900,-- DM, um technische Geräte zur Herstellung des "Ostwind"es anzuschaffen. Nicht eine Person der Betriebsräteinitiative, des Arbeitsausschusses sowie des Sekretariats ist von diesem Vorgang informiert worden. Eine "Ostwind"-Redaktion hat es nie gegeben. Sie wurde von Martin Clemens persönlich gegründet, und zwar bestehend aus Rainer Bluhm, Antonio Conca und ihm selbst.

Für die Überweisung der 13.900,-- DM aus Bischofferode wurde nicht das bestehende Konto der Betriebsräteinitiative angegeben, sondern ein neues Konto eingerichtet.

Martin Clemens Michaelkirchstraße 4 10179 Berlin-Mitte Telefon und Fax: 030/2755600

Lieber Gerhard Jüttemann,
Lieber Heiner Brodhun,
Liebe Kali-Kumpel im Betriebs- und Sprecherrat, Berlin, 2.12.93

Ich möchte Euch kurz über die gestrige Sitzung des Arbeitsausschusses der Betriebsräte-initiative informieren. Ein ausführlicher Bericht wird später nachfolgen.
Die Betriebsräteinitiative ist faktisch in zwei Fraktionen gespalten. Leider. Der unglückliche Spaltungsprozeß begann mit der Auseinandersetzung über den "Hobbyterrorismus"-Vorwurf und auf welche Weise man darauf zu reagieren habe. Seitdem Constanze Lindemann in dieser Frage eine 16:6 Abstimmungsniederlage erlitten hat, ist sie auf dem Kriegspfad gegen die Mehrheit des Arbeitsausschusses. Sie hat versucht, den Aufruf zur Aktionskonferenz in Bischofferode zu behindern und gestern sogar einen Antrag gestellt, daß der Arbeitsausschuß entmachtet und ausgehebelt wird.
Es gibt offensichtlich nicht nur Liquidatoren in der Treuhand, sondern auch in der Betriebsräteinitiative. Sie und Judith Dellheim sind dazu übergegangen, jede praktische Arbeit der Betriebsräteinitiative zu blockieren. Ihr Antrag wurde so schwer kritisiert, daß sie ihn am Schluß stillschweigend wieder zurückgezogen hat. Der Arbeitsausschuß bleibt erhalten und behält seine Kompetenz bis zur nächsten 4. Konferenz. Am 19. Januar trifft er sich erneut.Constanze Lindemanns Versuch, die Arbeit des Ostwind zu liquidieren, ist gescheitert. Ihr Antrag, die Spende des Kali-Betriebsrates an den Ostwind in Höhe von 13900,-DM zurückzuüberweisen, ist mit einer klaren Mehrheit von 19:11 abgelehnt worden. Die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen (darunter die Betriebsräte Angelika Schneider, Dietmar Nosal , Brigitte Kostera aus Frankfurt/Oder, Dietmar Karius von Bestahl, Berlin,und andere) begrüßte ausdrücklich, daß die Spendengelder, die Bischofferode von vielen Belegschaften und Kolleginnen bekommen hat, auch für die Unterstützung anderer Arbeitskämpfe verwandt werden, je nachdem, wie ihr das entscheidet. Die Ostwind -Redaktion hat jetzt einen klaren politischen Auftrag des Arbeitsausschusses, Eure Spendengelder anzunehmen und für die Zeitungsarbeit zu verwenden. Ich weiß, daß ihr bis über beide Ohren in Sorgen, Problemen und Arbeit steckt und für Euch diese Streitereien in der Betriebsräteinitiative sicher zum Teil schwer verständlich und unangenehm sind. Trotzdem möchte ich noch einmal die Bitte vortragen, daß ihr der Ostwind-redaktion Euren Betriebsratbeschluß über die Spende als schriftliches Dokument zufaxt oder einen kurzen Begleitbrief über Sinn und Zweck dieser Spende schickt. Ein so wichtiger Vorgang benötigt einfach eine Schriftform auch von Eurer Seite.
Ich habe Euch auf der 2. Betriebsrätekonferenz in Erfurt sehr vermißt.
Wir stehen weiter an Eurer Seite.
Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

Ostwind
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative
Berlin 6.12.93

"Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung in Berlin"
tönt es aus den Mikrofonen der Berliner IG-Metall Führung.
Wir sagen:

Heuchler!

Eine kleine Geschichte über die weitverbreitete Kunst, öffentlich schöne Reden gegen den Arbeitsplatzabbau zu halten, während man im stillen Kämmerlein mithilft, die KollegInnen zu entlassen.

Salamitaktik bei Osram

Bei Osram-Wedding stehen Entlassungen an. Das Management dieser 100% Siemens-Tochter geht nach der bewährten Methode vor: betrügen und spalten. Die etwa 400 ArbeitnehmerInnen sollen nicht alle gleichzeitig auf die Straße fliegen, sondern als **erste Salamischeibe** zunächst einmal ca. 250. Den Übrigen wird der Arbeitsplatz für sage und schreibe 2 Jahre "garantiert" und eine Versetzung ins Spandauer Werk vorgegaukelt. Damit die 2000 Spandauer Kollegen nicht auf die Idee kommen, sich mit den Weddinger Kolleginnen und Kollegen zu solidarisieren und einen gemeinsamen Abwehrkampf gegen den drohenden Arbeitsplatzverlust zu führen, erzählt man ihnen, daß **ihre** Arbeitsplätze ja **nicht** gefährdet seien, ja, mehr noch: dadurch, daß das Weddinger Werk plattgemacht wird, sei Spandau gesichert. Als der Ostberliner Glühlampenhersteller Narva plattgemacht wurde, hieß es: dadurch werden die Westberliner Osram-Arbeitsplätze sicherer. Jetzt ist der Osram Standort Berlin selber an der Reihe. Kolleginnen und Kollegen! Glaubt nicht den lügenhaften Beteuerungen der Unternehmer, daß Eure Arbeitsplätze "gesichert" seien, wenn andere abgebaut werden. Das sind nur die üblichen Spaltungsmanöver. Es gibt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem keine sicheren Arbeitsplätze. Bringt der Lohnarbeiter zu wenig Profit, ist die Produktion für den Weltmarkt "zu teuer", wird rationalisiert und entlassen. Das heilige Gebot der Profitmaximierung und die mörderische Konkurrenz zwingen die großen Konzerne, je nach Bedarf Arbeitskräfte einzukaufen oder rauszuschmeißen. Da der Produktionsstückpreis pro Glühlampe bei Osram in Berlin mit ca. 36,5 Pfennig um glatte zehn Pfennig über dem Weltmarktpreis liegt, kann sich jeder selbst ausrechnen, daß es nur noch eine Frage der Zeit (und der Salamitaktik) ist, bis auch Osram-Spandau geschlossen wird. Dort werden die ersten 85 KollegInnen bereits entlassen.

Die IG-Metall greift ein

Uwe Hecht ist der für den Wedding zuständige Stadtteilsekretär der IG-Metall.

Kommt zur Veranstaltung mit Kollegen des Betriebsrates der Kali-Grube Bischofferode und Vertretern Berliner Betriebe, die von Massenentlassungen betroffen sind!
Wann? Montag, 20.Dez. 19 Uhr. Wo? Haus der Demokratie, Saal, Friedrichstr. 165.

E I N L A D U N G

zur Pressekonferenz

Zeit: Freitag, den 17. Dezember 1993 um 11.00 Uhr

Ort: Berlin, Keithstr. 1
DGB-Gebäude / Leuschner-Saal

Betriebsräte der ehemaligen Initiative ostdeutscher Betriebs- und Personalräte erläutern, warum sie ab sofort die Mitarbeit in der Initiative einstellen, wie sie aber mit ihrer Zielstellung branchen- und länderübergreifender Solidarität weitermachen werden.

Eine Presseerklärung ist vorbereitet.

Für die Betriebsräte

Eberhard Wagner
Betriebsratsvorsitzender
Deutsche Seereederei Rostock GmbH

IG Medien Bezirk Berlin

Constanze Lindemann
Vorsitzende

Presseerklärung Berliner und ostdeutscher Betriebsräte

Die unterzeichnenden Betriebsräte, die im Frühjahr 1992 die "Berliner und ostdeutsche Betriebs- und Personalräteinitiative" gegründet und im weiteren Verlauf ihre verschiedenen Aktivitäten vorbereitet und getragen haben, stellen ab sofort ihre Arbeit in dieser Initiative ein und geben dazu folgende Erklärung ab:

Mitglieder der Initiative waren Betriebs- und Personalräte, die sich auf Beschluß ihrer Gremien bereit erklärten, in der Initiative mitzuarbeiten und die dortigen Diskussionen und Aktionen wiederum in die Betriebs- bzw. Personalräte sowie in die Belegschaft zurückzuvermitteln. Die Initiative wurde von Einzelpersonen, die keinem Gremium bzw. keiner Belegschaft verantwortlich waren, aber die Ziele mitvertraten, unterstützt. Die Unterstützung bestand aus praktischer und organisatorischer Hilfestellung sowie Teilnahme an Beratungen, Betriebsrätekonferenzen und Aktionen.

Ziel der "Berliner und ostdeutschen Betriebs- und Personalräteinitiative" war es, sich branchenübergreifend und länderübergreifend, aber parteienunabhängig gegen die arbeitsplatzvernichtende Kahlschlagpolitik der Treuhandanstalt zur Wehr zu setzen, damit für den Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen und für die Neuschaffung von Arbeitsplätzen zu kämpfen.

Der "Ostwind" war die Zeitung der Initiative. Darin wurde über die Situation in den Betrieben und über durchgeführte Aktionen berichtet.

Eines der wichtigsten Ziele der Initiative war es, die Unterstützung des DGB und der Einzelgewerkschaften bei den Betriebsrätekonferenzen und Aktionen zu erreichen. Dies ist mit Ausnahme der IG Medien und HBV und bis auf Ansätze beim DGB leider nie gelungen.

Die so beschriebene "Berliner und ostdeutsche Betriebs- und Personalräteinitiative" gibt es nicht mehr. Einige der Unterstützer haben sich verselbständigt und benutzen völlig unabhängig von den verantwortlichen Betriebsräten den Namen der Initiative und des "Ostwinds", um ihre eigene politische Vorstellungen zu vertreten und durchzusetzen. Es werden daher jetzt unter dem Namen der Initiative überwiegend Forderungen erhoben, die nicht mehr mit dem solidarischen, länder- und branchenübergreifenden Ansatz der ursprünglichen Betriebsräteforderungen übereinstimmen.

Die bisherigen Ziele der Initiative sind jedoch genauso aktuell wie zu Beginn.
Nachdem ein großer Teil der ostdeutschen Betriebe durch die Treuhand liquidiert ist, damit mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze in Ostdeutschland vernichtet sind, hat die Krise - wie von uns seit langem vorausgesagt - auch den Westen erreicht.

Hier ist es nicht die Treuhand, sondern sind es die Konzerne, die im Bündnis mit der Regierung die Krise auf die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sowie die Arbeitslosen abwälzen.

Wir werden als Betriebsräte daher mit dem richtigen Ansatz der länder- und branchenübergreifenden Solidarität weitermachen.

Das Beispiel der Kali-Bergleute in Bischofferode zeigt, was ein kämpferischer Betriebsrat zusammen mit einer geschlossenen Belegschaft vermag.
Und das Aktionsbündnis Thüringen beweist darüberhinaus, daß sich in der neuen Situation auch die Gewerkschaften bewegen und an die Seite von aktiven Betriebsräten stellen können.

Wir brauchen die Vernetzung untereinander, den Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Unterstützung, den gemeinsamen Druck auf die Gewerkschaften.

Nach wie vor gilt unser Motto:
Um uns selber müssen wir uns selber kümmern.

Berlin, den 17. Dezember 1993

Peter Hartmann
ehemaliger Betriebsratsvorsitzender BELFA Berlin

Dietmar Karius
Betriebsratsvorsitzender "Bestahl" Stahlbau GmbH Berlin

Wolfgang Kibbel
für den Betriebsrat SAMSUN (ehem. Werk f. Fernsehelektronik)

Karl Köckenberger
Betriebsratsvorsitzender Krupp Stahlbau Berlin GmbH & Co. KG

Gerhard Lux
für den Betriebsrat von AEG Berlin-Marienfelde

Gerhard Peter
stellv. Betriebsratsvorsitzender Alcatel SEL RFT GmbH Berlin
(ehemals EFN mbH)

Eberhard Wagner
Betriebsratsvorsitzender Deutsche Seereederei Rostock GmbH

Presseerklärung :

1. Die ostdeutsche Betriebsräteinitiative wird seit eineinhalb Jahren zwischen ihren Konferenzen durch den monatlich tagenden Arbeitsausschuß vertreten. Der Arbeitsausschuß hat auf seiner Dezembersitzung mit großer Mehrheit (bei über dreißig anwesenden Betriebsräten, ehemaligen Betriebsräten, Gewerkschaftern und KollegInnen) die Angriffe von Constanze Lindemann und einer Handvoll Betriebsräte auf die politische Existenz der Betriebsräteinitiative entschieden zurückgewiesen. Es gibt offensichtlich nicht nur in der Treuhandanstalt Liquidatoren. Gewisse Gewerkschaftsfürsten und Plattmacher werden sich über diese vermeintliche Schützenhilfe sicher freuen.

2. Die Betriebsräte, die heute hinter dem Rücken der Mehrheit des Arbeitsausschusses in spalterischer Weise ihren Austritt aus der Initiative erklären, sprechen nur für sich. Selbstverständlich können sie jederzeit aus der Betriebsräteinitiative austreten. Aber kein Betriebsrat und keine Gewerkschaftsfunktionärin hat das Recht in völlig undemokratischer und selbstherrlicher Weise die ganze Betriebsräteinitiative für tot zu erklären, nur weil ihnen die eine oder andere demokratisch gefasste Entscheidung der Initiative nicht paßt.

3. Einige der Betriebsräte, die es jetzt so eilig haben, interne Diskussionen der Initiative auf Pressekonferenzen auszubreiten, haben sich weder an der Solidaritätsarbeit für die Belfa - Belegschaft in Ostberlin, noch an der Unterstützung der Kalikumpel in Bischofferode beteiligt. Sie haben sich ein volles Jahr in der Betriebsräteinitiative nicht blicken lassen und die praktische Arbeit anderen überlassen. Warum wollen gerade sie die Betriebsräteinitiative für tot erklären ?

4. Der Arbeitsausschuß hat auf seiner Oktobersitzung ausdrücklich und einmütig Martin Clemens als verantwortlichen Redakteur des OSTWIND bestätigt.

5. Die Initiative ostdeutscher Bertriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute, so ihr genauer Name, bestand von Anfang an nicht nur aus Betriebsräten. In ihr arbeiteten ehemalige Betriebsräte, GewerkschafterInnen und KollegInnen, Beschäftigte und Erwerbslose unterstützend und gleichberechtigt mit. An dieser demokratischen Arbeitsweise halten wir auch in Zukunft fest.
   Über das weitere Vorgehen der Betriebsräteinitiative wird die Januarsitzung des Arbeitsausschusses und die 4. Konferenz im Frühjahr 94 entscheiden.

Berlin d. 17. Dezember 1993

Martin Clemens, für die Mehrheit des Arbeitsausschusses der Betriebsräteinitiative

Tagesspiegel v. 19.12.93

Aufgerieben zwischen Linken und Gewerkschaften

Ostdeutsche Initiative von Betriebsräten zerfällt / Von Alfons Frese

BERLIN, im Dezember

Ein ostdeutsches Pilotprojekt zur Interessenartikulation und -organisation ist gescheitert: Die „Berliner und ostdeutsche Betriebs- und Personalräteinitiative" löst sich auf. Protagonisten der Initiative, die im Frühjahr 1992 gegründet wurde, ziehen sich zurück. Die Gründe: Die Initiative wurde offenbar zunehmend von „linken Splittergruppen" unterwandert und für politische Ziele instrumentalisiert; zum anderen haben die Gewerkschaften die Ostbetriebsräte nicht nur nicht unterstützt, sondern versucht, sie kaltzustellen. Eberhard Wagner, Betriebsratsvorsitzender der Deutsche Seereederei Rostock und ehemals ein Vormann der Initiative, sagte am Freitag in Berlin: „Ein Hauptschuldiger für das Scheitern ist die IG Metall", die im DGB-Bundesvorstand eine Annäherung respektive Zusammenarbeit von Initiative und Gewerkschaften torpedierte habe.

Die Betriebsräte hatten sich vor eineinhalb Jahren organisiert, um branchen- und länderübergreifend ihren Protest gegen die Wirtschaftspolitik – konkreter die Treuhandpolitik – in den neuen Bundesländern zu artikulieren. Die Initiative verstand sich als außergewerkschaftlicher Zusammenschluß, sodaß Einzelgewerkschaften und anfänglich auch der DGB eine Konkurrenz im Osten witterten. Der größte Erfolg der Ostbetriebsräte datiert im September vergangenen Jahres; damals empfingen Kanzler und die Bundestagsfraktionen eine Delegation der Arbeitnehmervertreter in Bonn.

Betriebsrat Wagner erläuterte am Freitag vor Journalisten die Entwicklung der Initiative, die nunmehr zum Austritt zahlreicher Belegschaftsvertreter führte. Danach haben sich die Betriebsräte einen sogenannten Arbeitsausschuß geschaffen, der monatlich zusammentritt und Aktionen und Konferenzen initiiert. Dieser Ausschuß sei zunehmend von „Unterstützern" benutzt worden, „um ihre eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen". Betriebsräte seien schließlich in der Minderheit gewesen. Der Berliner Betriebsrat Gerhard Peter (Alcatel SEL RFT) sprach in diesem Zusammenhang von „linken Chaoten", im Vergleich zu denen die „PDS eine Partei der rechten Mitte" sei. Wagner räumte ein, daß es ein Fehler gewesen sei, den Arbeitsausschuß mit einer Geschäftsordnung auszustatten, um in damit vor politischer Einflußnahme und beliebiger Zusammensetzung zu schützen.

In einer Erklärung des Thüringer Aktionsbündnisses, in dem sich fünf bedrohte Betriebe (mit Bischofferode) zusammengeschlossen haben, heißt es: „Das ureigenste Interesse der Arbeitnehmervertreter kann nur sein, sich auf verfassungsmäßiger Grundlage für Beschäftigungsperspektiven und soziale Sicherheit einzusetzen. Sektiererei und Systemdebatten gefährden aber den sozialen Konsens." Die sich nun zurückziehenden Betriebsräte wollen nach dem Vorbild des Thüringer Bündnisses ihre Aktivitäten neu organisieren. Eine „branchen- und länderübergreifende Solidarität" sei erforderlich, meint Wagner. Angesichts der sich in den vergangenen 18 Monaten dramatisch verschlechterten Situation im Osten, wird Wagner zufolge auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wahrscheinlicher: Da die Gewerkschaften organisatorische Problem im Osten hätten – vor allem wegen fehlender Vertrauensleute – müßten sich verstärkt die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten suchen. Ein Vertreter des Arbeitsausschusses kündigte an, daß über das weitere Vorgehen der Restinitiative der Arbeitsausschuß und die nächste Betriebsrätekonferenz entscheiden werden.

Beim Spagat einen unrühmlichen Bruch zugezogen

Die Gründer der ostdeutschen Betriebs- und Personalräteinitiative haben einen Schlußstrich unter eine monatelange Identitätskrise gezogen und wollen zu Jahresbeginn einen Neuanfang wagen.

Von Thomas Schwandt

Der Ort des Geschehens war von pikanter Symbolik: Ausgerechnet unter dem Dach jener Arbeitnehmer-Organisation, die seit Bestehen der »Berliner und ostdeutschen Betriebs- und Personalräteinitiative« um diese einen Bogen gemacht hat wie um den Hort einer Seuche, wurde am Freitag vergangener Woche die Spaltung der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative offiziell. Im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin verkündeten die Betriebsräte, die im Frühjahr 1992 die Betriebsräte-Initiative angeregt und ins Leben gerufen hatten, ihren sofortigen Rückzug aus dem Gremium. Eine Niederlage im Kampf gegen den massiven Arbeitsplatzabbau im Osten, die nicht der Übermacht eines Gegners, namentlich in diesem Fall der Treuhand, sondern zersetzendem Machtgerangel in den eigenen Reihen geschuldet ist.

Eberhard Wagner, seines Zeichens Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Deutschen Seereederei Rostock (DSR) und eines der acht Mitglieder des auf der ersten Betriebsräte-Konferenz im Juni 1992 gebildeten Aktionsausschusses, führte vor allem als Ausstiegsgründe an, daß versprengte Randgruppen aus dem linken Politikspektrum im Ausschuß Oberhand gewonnen haben und daß sich die Arbeitsweise immer undemokratischer gestaltete. Er beschrieb damit zugleich, wie den Initiative-Gründern im Verlaufe von 1993 das Ruder aus der Hand glitt. Eine ostdeutsche Betriebsräte-Initiative, die länder-und branchenübergreifend Widerstand gegen die Kahlschlagpolitik der Treuhand organisieren wollte, gäbe es nicht mehr, so Wagner.

Eine Presseerklärung von Leuten auf der anderen Seite des Grabens im Aktionsausschuß – in Medienkreisen wäre sie als Gegendarstellung einzustufen – widerspricht heftig Wagner und Co. und wirft ihnen vor, den spaltenden Keil in den Ausschuß getrieben zu haben. Wenn's denn so einfach zu erklären wäre.

Motiviert davon, in den Betrieben im Osten Deutschlands Kräfte zu bündeln, um sich gegen die radikale Vernichtung von Arbeitsplätzen zu wehren – zwei Drittel der einst in der DDR existierenden Industriearbeitsplätze sind inzwischen liquidiert worden –, befanden sich Eberhard Wagner und die anderen engagierten Betriebsräte der ersten Stunde (etwa Gerhard Peter vom ehemaligen Berliner Werk für Fernsehelektronik, heute SAMSUNG, und Peter Hartmann, einstiger Betriebsratsvorsitzender beim Batteriehersteller BELFA) von Anbeginn in einem Spagat. Einerseits legten sie sich vehement für die Interessen der ostdeutschen Arbeiter ins Zeug, achteten aber andererseits peinlichst genau darauf, nicht die Interessenvertretung der Gewerkschaften zu überlagern. Jede Form von Organisationsstrukturen schlossen sie daher generell aus (E. Wagner: »Ich bedauere heute, daß sich der Aktionsausschuß nicht mal eine Geschäftsordnung gegeben hat.«) und öffneten damit sogenannten Unterstützern und deren politischen Zielen Tür und Tor. Offenbar wollen diese linken Gruppen den Kampf der Betriebsräte im Rahmen des bestehenden Systems zum Kampf gegen das System qualifizieren. Eine Tendenz, die die jetzt ausgestiegenen Betriebsräte nicht mittragen. (Noch mal E. Wagner: »Wir waren als Betriebsräte nur noch die Garnierung.«) Daß im Aktionsausschuß inzwischen verschiedene politische Süppchen gekocht werden, läßt sich vermuten, wenn wie geschehen von Einzelpersonen im Namen des Aktionsausschusses Flugschriften aus dem Ärmel gezogen werden, von deren Existenz und Inhalt die Ausschußmitglieder vorher jedoch gar nicht in Kenntnis gesetzt wurden.

Den Schwarzen Peter für den Bruch nur den umstrittenen Unterstützern zuzuschieben, wäre auch zu einfach. Übers Jahr 1993 haben sich die Bedingungen für die Betriebsräte-Initiative qualitativ verändert. War zu Beginn noch kaum ein ostdeutscher Betrieb privatisiert, so ging mit der Zeit ein Betrieb nach dem anderen an westliche Investoren oder in die Knie. DSR-Gesamtbetriebsrat Eberhard Wagner, der die Interessen von gut 3000 Beschäftigten vertritt, räumt denn auch ein, daß die zunehmende Privatisierung negative Folgen für die Ausschußarbeit hatte. Die Betriebsräte konzentrierten sich verständlicherweise verstärkt auf die Belange in den einzelnen Betrieben. Wenn schon Stellenabbau, sollte dieser möglichst sozial abgefedert vonstatten gehen. Ohne sich gänzlich hinter den eigenen Betriebszaun zurückzuziehen, wurden solidarische Aktionen beispielsweise etwa im Kampf um das Bischofferöder Kaliwerk aber immer sporadischer, wie auch die Auftritte der Gründer-Betriebsräte in den Ausschußsitzungen. Auf der dritten Betriebsräte-Konferenz Mitte dieses Jahres war ihnen praktisch das Heft des Handelns aus der Hand genommen.

Von einer denkbaren Interessenspaltung, die zum unrühmlichen Bruch in der Betriebsräte-Initiative geführt haben könnte, wollten Eberhard Wagner und Gerhard Peter vergangenen Freitag nichts wissen. Es sei keine unterschiedliche Interessenlage aus dem Faktum zu schließen, daß in noch treuhänderisch verwalteten Betrieben die Kollegen weiterhin um die Existenz ihrer Unternehmen bangen müssen und daß in den privatisierten nun auf Basis des Betriebsverfassungsgesetzes um das Machbare gestritten wird. Vielmehr zeige sich heute, so Gerhard Peter, wo die Wirtschaftskrise auch Westdeutschland erfaßt hat, daß Aktionsbündnisse von Betriebsräten, wie etwa in Thüringen schon bestehend, notwendiger denn je sind. Auch eingedenk dessen, daß die Gewerkschaften nicht mehr daran vorbei können, mit den Betriebsräten enger zusammenzuarbeiten. Denn die Entlassungswelle rollt ungeachtet von Privatisierung in Ost und gewachsenen Strukturen in West.

Mit dem DGB gemeinsam wollen die Betriebsräte um Wagner und Peter nach neuen Wegen und Möglichkeiten zum Erhalt von Arbeitsplätzen suchen. Ein Runder Tisch oder eine Interessengemeinschaft der Betriebsräte soll zu Beginn des neuen Jahres initiiert werden. Bleibt zu hoffen, daß die ostdeutschen Betriebsräte im Schoß des DGB nicht untergebuttert werden und sich nicht in den Interessen- und Kompetenzfehden der einzelnen Gewerkschaften erneut aufreiben.

Junge Welt 20.12.93

Politische Diskussionstexte zur Krise und Spaltung der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

DIE INITIATIVE DER BETRIEBS-UND PERSONALRÄTE STECKT IN EINER KRISE! WIE KÖNNEN WIR SIE ÜBERWINDEN?

Wir können uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich unsere Initiative in einer Krise befindet. Die Teilnahme an den wöchentlichen Berliner Zusammenkünften ist erheblich zurückgegangen. Manchmal übertrifft die Zahl der "Sympathisanten" und Unterstützer die der Betriebs-und Personalräte.

Es gibt keine neuen Impulse, die uns dem Ziel näher bringen könnten, den Abbau der Arbeitsplätze zu stoppen, oder gar für die Perspektive der Schaffung neuer Arbeitsplätze wirksam zu mobilisieren.

Von den ursprünglichen Aktivisten sind manche ausgestiegen, die voll damit beschäftigt sind, von den Trümmern "ihres" Betriebes noch zu retten, was sie glauben retten zu können. Andere versuchen, sich eine selbständige Existenz aufzubauen weil sie die Hoffnung verloren haben, auch nur Teile ihres ehemaligen Betriebes am Leben zu erhalten.

Dennoch ist die wichtigste Ursache für die Krise der Initiative daß sie e i n Ziel erreicht hat. Denn sie war doch nicht angetreten, um selbst, an der Stelle der Gewerkschaften zu handeln. Sie wollte den Gewerkschaften unter dem Druck der von der Initiative geschaffenen Beispiele beweisen, daß auch s i e Mobilisierung, fantasievolle Aktionen, die Motivation für eigenes Engagement auslösen k ö n n t e n !

Das jetzige massive Auftreten der IG Metall, die von ihr ausgelösten Warnstreiks, auf die Herausforderung der Unternehmer durch ihren Vertragsbruch, findet die meisten Mitglieder der Initiative an "der vordersten Front" dieser gewerkschaftlichen Aktionen. Genau das ist jetzt auch der wichtigste Ort, an dem wir präsent sein müssen.

Darum war es auch falsch, daß wir in Bonn , wo immerhin über 60.000 GewerkschafterInnen zugegen waren, nicht als "Initiative" in Erscheinung getreten sind, daß wir dort nicht für die beiden wichtigsten Ziele der Initiative - eine ü b e r r e g i o n a l e und gewerkschafts ü b e r g r e i f e n d e solidarische Aktion geworben haben.

Unsere aktive Unterstützung für Aktionen der IG Metall zur vollständigen Einhaltung der abgeschlossenen Tarifverträge, muß Hand in Hand gehen mit der Forderung, daß sich a l l e Gewerkschaften, die unter dem Dach des DGB vereinigt sind, zumindest durch Warnstreiks mit der IG Metall solidarisieren. Denn diesmal geht es nicht um einen tarifpolitischen Angriff auf die IG Metall allein. Es geht um einen g e s e l l s c h a f t s p o l i t i s c h e n , der sich gegen die Tarifautonomie insgesamt richtet und damit die ganze Gewerkschaftsbewegung herausfordert.

Wir sollten jedoch auf der kommenden Konferenz der "Initiative" wenn wir ihr eine Perspektive geben wollen, die Propagierung von zwei weiteren Forderungen diskutieren, die über die A b w e h r der Angriffe der Unternehmer hinausgehen.
Erstens: die Verteidigung der Lebensqualität der aus dem Arbeitsprozeß Ausgestoßenen durch eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung. Diese muß ohne entwürdigende Überprüfung, ohne Inanspruchnahme verwandtschaftlicher "Hilfe", die durch gesetzlichen Zwang erreicht wird, als R e c h t s a n s p r u c h gewährt werden, um a l l e n ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, die - aus welchen Gründen auch

immer - keine Erwerbsarbeit ausüben können.

Zweitens aber sollten wir unsere Forderung nach radikaler Verkürzung der Arbeitszeit wieder aufgreifen, die allein zu einer erheblichen Verringerung der Zahl von Arbeitslosen führen könnte . Es geht um die T e i l u n g von Arbeit zwischen denen, die erwerbstätig sind und denen, die erwerbstätig werden wollen, denen dies jedoch versagt wird.

Dem Arguemnt, daß die Privatwirtschaft, die Kosten einer massiven Arbeitszeitverringerung mit vollem Einkommensausgleich nicht tragen kann und daß die Betroffenen auf diesen Ausgleich nicht v e r z i c h t e n können, müssen wir folgendermaßen begegnen :überall, wo die Verkürzung der Arbeitszeit zu Neueinstellungen führt, muß die D i f f e r e n z für Verluste an Einkommen durch die Verringerung der Arbeitszeit, aus ö f e n l i c h e n Mitteln finanziert werden.

Berechnungen ergaben, daß diese Finanzierung von Arbeit statt der Bezahlung von Arbeitslosigkeit z.B. bei einer Reduzierung der Arbeitszeit in Ostdeutschland von 40 auf 30 Wochenstunden - also um ein Viertel - etwa eine Million neue Arbeitsplätze schaffen würde. Hierbei würden die Kosten der Finanzierung (nach Abzug der Einzahlungen von Neueingestellten in die Sozialversicherung und ihrer Abführung von Steuern an das Finanzamt) nur rund 5 Milliarden DM betragen. Sicherlich könnte auch ein Teil der verringerten Arbeitszeit für bezahlte Q u a l i f i z i e r u n g der Beschäftigten verwendet werden.

Wir müssen mit der "Initiative" wieder in die Offensive kommen, um weiterhin Impulse für überregionale und gewerkschaftsübergreifende Aktionen auslösen zu können, die zu massenhafter Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und den erwerbslos gemachten,oder Erwerbsunfähigen ebenfalls ein menschenwürdiges Dasein zu garantieren.

Jakob Moneta

Berlin, 4.4.93

Diskussionspapier von Jakob Moneta (PDS) vom 4. April 1993: Die Initiative der Betriebs- und Personalräte steckt in einer Krise! Wie können wir sie überwinden? (Anmerkung: B.G.)

Die ostdeutsche Betriebs- und Personalräte-Initiative

Wie weiter?

1. Die Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Versuch verschiedener sektiererischer Gruppen auf dem Aktionstag in Bischofferode am 21. August und auf dem Marsch nach Berlin, den Kampf der Kali-Kumpel für eigene Zwecke politisch zu instrumentalisieren, bezeugen wieder einmal die Richtigkeit des ursprünglich von der Berliner Initiative der Betriebs- und Personalräte vertretenen Grundsatzes: "Wir wollen uns von niemand parteipolitisch vereinnahmen lassen, sondern von allen Parteien fordern unser Anliegen zu unterstützen: Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen!".

2. Die Art und Weise der Unterstützung von Betrieben durch die Initiative, die von "Abwicklung" betroffen waren - der Austausch von Informationen, die ***gegenseitige*** Beratung, um alle gewerkschaftliche, juristische, politische Hilfeleistung auszuschöpfen, aktive Unterstützung, wo sie von Betroffenen erbeten wurde (z.B. Belfa), gemeinsame Aktionen, gewerkschafts- und regionenübergreifend - hat einen wichtigen Lernprozeß ermöglicht.
Wir wollten keine "Avantgarde" seine, die sich anmaßt "anzuordnen", auf welche Weise die einzelnen Betriebe ihren Widerstand zu leisten haben. Wir haben nur aus Erfahrung gewonnene Erkenntnisse eingebracht: die Entscheidung darüber, welchen Weg die Betroffenen einschlagen, welche Risiken sie bereit sind zu tragen, oder auch welche Kompromisse sie eingehen möchten, wurde völlig ihnen selbst überlassen.
Genau hierdurch unterscheiden wir uns von jenen Gewerkschaftsbürokraten, die stets allein zu wissen glauben, was gut und was schlecht ist für "ihre" Mitglieder, ohne ihnen die Entscheidung nach einer sachlich geführten Auseinandersetzung selber zu überlassen. Jedes "patriarchalische" Verhalten, jede Bevormundung - sei es durch Gewerkschaftsfunktionäre oder eine selbsternannte "Vorhut", verhindert den Erfahrungsprozeß, der nötig ist zur Steigerung von Selbstbewußtsein und der zu verantwortlicher Entscheidung führt.

3. Die "Initiative" hat von vornherein klargemacht, daß sie weder eine Ostgewerkschaft gründen, noch die jetzigen Gewerkschaften spalten will, wie ihr von einigen Gewerkschaftsführern unterstellt worden ist. Die "Initiative" suchte stets die Zusammenarbeit, vor allem mit dem DGB, da dieser ihrer Meinung nach verhindern konnte, daß jede Einzelgewerkschaft, oder sogar jeder Betrieb für sich alleine kämpft - und verliert. Sie sah die Aufgabe des DGB darin, den gemeinsamen Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu organisieren.

4. Der DGB, der anfangs unserer "Initiative" wohlwollend, wenn auch manchmal skeptisch gegenüberstand, wurde von der Führung einzelner Gewerkschaften, von denen er auch materiell abhängig ist, unter Druck gesetzt, die Zusammenarbeit mit uns aufzugeben.

5. Nachdem jedoch die Kali-Kumpel von Bischofferode den Weg zur Dritten Konferenz der "Initiative" gefunden hatten und diese sich sofort an ihre Seite stellte, hat der DGB eine taktische Wende vollzogen. Er gründete in Thüringen zusammen mit Betriebsräten einen "Aktionskreis", in den er auch die Bischofferoder mit einbezog. Diese ließen sich dadurch aber nicht von ihrer Zusammenarbeit mit der "Ostdeutschen Initiative" abwenden und sie zeigten auf der Kundgebung in Zella-Mehlis daß sie bereit sind, sich auch mit der Führung ihrer eigenen Gewerkschaft, der IG Bergbau und Energie anzulegen, weil diese ihre Interessen nicht vertrat.

6. Auf der Kundgebung in Bischofferode am 1. August, bei der auch auf der anschließenden Tagung von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären zahlreiche Thüringer zugegen waren, gelang ein "Schulterschluß" zwischen ihnen und den von der "Initiative" Anwesenden. Unter dem Motto "Thüringen brennt" sollten jeden Dienstag 5 vor 12 regionale Aktionen durchgeführt werden. Zugleich wurde für den 4. September eine zentrale Kundgebung in Berlin beschlossen, sowie eine zentrale Informationsstelle eingerichtet, wozu sich das Komitee für Gerechtigkeit bereit erklärt hatte, das sein Berliner Büro zur Verfügung stellte.

7. Inzwischen sind an vielen Orten Solidaritätskomitees mit Bischofferode entstanden, vor allem auch in Berlin, die auf diesem Gebiet die "Initiative" ablösen.
Zugleich bleibt jedoch sowohl das Problem der Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der bisherigen Unfähigkeit der Gewerkschaftszentralen diesen Kampf energisch und beständig aufzunehmen. Weder das Beispiel Bischofferode, noch "Thüringen brennt" sind bisher aufgegriffen worden, um die dort gewonnenen Erfahrungen "flächendeckend" in Ost- und Westdeutschland, angepaßt an das jeweilige Kräfteverhältnis, zu verwerten.
Ich meine deshalb, daß die Initiative als ersten Schritt in diese Richtung das Bündnis mit den Thüringer Betriebsräten so eng wie möglich schließen muß, um zu versuchen zunächst in ganz Ostdeutschland ihre Aktionen nachzuahmen. Zugleich müßten wir mit ihnen beraten, in welchen der von ihnen besetzten Betriebe auch das Beispiel Bischofferode Schule machen könnte.

Wir sollten deshalb rechtzeitig einen Termin für eine "Vierte Konferenz" festlegen, für die wir uns gut vorbereiten müssen und die wir gemeinsam mit den Thüringern planen und durchführen sollten.

Diskussionstext von Jakob Moneta (PDS), Ende August 1993: „Die Ostdeutsche Betriebs- und Personalräte-Initiative – Wie weiter?“ (Anmerkung B.G.)

Martin Clemens

Zur Geschichte der ostdeutschen und Berliner Betriebsräteinitiative Dokumente und ein Interview

Vorlage für die Sitzung des Arbeitsausschusses am 1.Dezember 1993

Protest gegen die Treuhand



DEMONSTRATIONSZUG. Mit ihrer bisher größten gemeinsamen Aktion haben am Dienstag 1200 Mitglieder ostdeutscher Betriebsräte und Arbeitnehmer gegen die Tätigkeit der Treuhand protestiert. Sie forderten einen Entlassungsstop und die Aussetzung der Kündigungen.

Foto: Reute

Zur Geschichte der ostdeutschen und Berliner Betriebsräteinitiative Ein Interview vom 19. Mai 1993

Vorbemerkung

Auf der Sitzung des Arbeitsausschusses am 27.Oktober 93 wurde vereinbart, am 1. Dezember eine Diskussion über die Geschichte und Erfahrungen von knapp zwei Jahren Betriebsräteinitiative zu führen. Vor allem Willibald Jakob wandte sich dagegen, die Initiative einfach für tot zu erklären und fragte : Wo sind sie geblieben, die Betriebsräte der ersten Stunde? Er forderte einen Bericht zur Vorbereitung dieser Selbstverständnis-diskussion. Nun ist das leichter gesagt als getan. In den zwei Jahren ist eine Menge passiert, um uns herum und mit uns selber. Die Betriebsräteinitiative stand mitten drin in einer spannenden historischen Umbruchsituation Deutschlands. In ihr spiegelte sich wie in einem Brennglas des Protestes die Politik der Deindustrialisierung, des Plattmachens und der Großflugtage der Treuhandanstalt (THA). Einen dem Gegenstand, den handelnden Personen und Ereignissen auch nur halbwegs angemessenen Bericht zu schreiben, fehlte mir in diesen letzten Wochen des Jahres 1993 einfach die Zeit. Für so etwas braucht man Ruhe und ein bißchen Abstand. Bei der Vorbereitung auf diese Selbstverständigungsdiskussion stieß ich in meinen Unterlagen auf ein Interview aus dem Mai dieses Jahres, das Hinrich Garms und Dietmar Darthe mit mir im Rahmen eines kleinen wissenschaftlichen Forschungsvorhabens über die Betriebsräteinitiative geführt hatten. Ich gebe dieses Interview an Stelle eines Berichtes hier wieder. Wenn es die einen oder anderen Geschehnisse und Probleme wieder in Erinnerung ruft, so hat es seinen bescheidenen Zweck erfüllt. Das Interview ist unvollständig, einfach vom Tonband abgetippt, nicht weiter korrigiert, sozusagen Rohmaterial, also auch noch voller grammatischer und Tippfehler, was euch hoffentlich nicht weiter stört. Unnötig zu erwähnen, daß es nur meine ganz persönliche Sicht auf die Dinge wiedergibt. In dieses Interview habe ich in lockerer Folge Dokumente aus der Arbeit der Betriebsräteinitiative eingestreut.

Martin Clemens, 24. 11.93

Ostberliner Betriebsräte gründen eine Initiative

Zu den Entstehungsfaktoren: Die Betriebsratsinitiative ist vorher entstanden, und zwar durch fünf oder sechs ostdeutsche Betriebsräte, konkret Wolfgang Pohland (Aslid Kabelwerke), dann NARVA, heute Priamus, Michael Müller, Wolfgang Kibbel, Stefan Demke (WF), TRO (Lutz Epperlein) und noch zwei, die haben sich zusammengesetzt nach einer der Diskussionsrunden von Momper und seiner Betriebsräte-Initiative. Da waren auch immer 20-25 Betriebsräte, die sozusagen auf SPD-Schiene fuhren oder SPD-Kontakte hatten und da ist die Idee entstanden, wir müßten uns zusammenschließen oder was machen, es passiert ja nichts gegen das Plattmachen der Treuhand.

Und die Motivation war eindeutig, man wollte Informationsaustausch von Betrieb zu Betrieb, von Kollege zu Kollege, über Verhandlungen mit der Treuhand, Sozialpläne, Kampfmethoden gegen die Entlassungswellen. Das war Anfang 92. 1991 gab es ja zwei große Entlassungswellen, die erste im Sommer, die zweite Ende 1991, da sind ja über eine halbe Million Leute über'n Jordan gegangen. Die ersten beiden Entlassungswellen haben die Betriebsräte relativ widerspruchslos, oft mit Zustimmung mitgetragen, weil sie der Meinung waren, daß man jetzt die Marktwirtschaft einführen muß, weil sie ökonomisch der Meinung waren, daß man sich fit machen muß für die Marktwirtschaft, und dazu gehört zuallererst, den Wasserkopf rauszuschmeißen, die alten Funktionäre, und in diser Phase gab es keinen Widerstand. Erst als es in die dritte Entlassungswelle ging, die Schmerzgrenze nach unten unterschritten wurde, da regten sich bei den Betriebsräten Widerspruch und Widerstand, und in diese Phase fällt die Gründung der Berliner Betriebsratsinitiative durch anfänglich diese sechs. Das hat sich dann sehr schnell ausgeweitet auf zehn, auf fünfzehn, bis auf dreißig, und der Höchstand formal war glaub ich 43. Aber faktisch hieß das nicht viel, denn der aktive Kreis war kleiner.

Ich war damals noch Referent bei der DGB-Jugend, hab eine Antifa-Geschichtswerkstatt gemacht, und bin in dem Zusammenhang in engen Kontakt mit der DGB-Jugend in die Betriebsratsini hereingekommen: Ich war nicht nur privat da, sondern auch mit einenm Auftrag der DGB-Jugend, hab dort auch Berichte gegeben und Protokolle verfaßt. Ich hab dann ab der sechsten Sitzung Ende März hab ich angefangen die Abende zu protokollieren, und daraus ist ein ganzer Stapel entstanden, denn in der Anfangs- und mittleren Phase der Betriebsräteinitiative bestand ein großer Teil der Sitzung daraus sich zu erzählen, was im eigenen Betrieb passiert.

Die Betriebsrats-Ini hat also diese Funktion erfüllt:

Informationsaustausch, Tips, was Sozialpläne anging, z.B. wie man Investoren rauskriegt, die Treuhand reinlegt, Mitteilungen, was für neue Konzepte es imeigenen Betrieb gibt. Dies wurde allseits als fruchtbar empfunden, daß es das gibt.

Die Betriebsräteinitiative will kein AK der IG-Metall werden.....

Ich muß noch andere Entstehungsfaktoren nennen, und zwar zu dem Problem, warum die Betriebsratsinitiative nicht von Anfang an unter das Dach der Gewerkschaften gekommen ist, sprich unter das IG Metall-Dach, denn die Gründungsbetriebsräte waren alles IG-Metaller. Also ganz einfach gesagt, die wollten sich nicht als ein Arbeitskreis der IG Metall konstituieren. Und warum sie das nicht von Anfang an gemacht haben, sie hätten ja ohne weiteres zur IG Metall gehen können und sagen, hier sind sechs Betriebsräte, wir wollen jetzt mal 'nen Arbeitskreis bilden, warum sie das einfach selber gemacht haben und damit von Anfang an einen Keim des Streites mit den Gewerkschaften gelegt haben, das hängt wohl doch mit dem Abschluß des Tarifvertrags 1991 zusammen, der maßlosen Enttäuschung vieler Ostbetriebsräte über diesen langsam anfangenden Stufenplan, der ihnen viel zu lang erschien bis 1994 und wo sie auch noch gelinkt worden sind, wo bei der entscheidenden Abstimmung über die Annahme - ihr kennt diese Geschichte - auch gar nicht alle da waren und nicht alle dagegen stimmen konnten, die eigentlich wollten, wo sie sich von der Vorgehensweise gelinkt und getäuscht fühlten, und wo diese schöne Geschichte passierte, daß 100 Betriebsräte aufbrachen, um Horst Wagner zu besuchen, und ihm nichts anderes übrig blieb, als aus seinem Büro abzuhauen. Und da waren diese Betriebsräte ja zum Teil dabei. Der Wolfgang Pohland hat immer diese Geschichte erzählt.

Wenn man den gefragt hat, warum seid ihr nicht zur IG Metall gegangen, dann hat er diese Geschichte ja immer erzählt. Wenn man den gefragt hat, warum habt ihr das am Anfang so gemacht, dann hat er erzählt, daß sie einfach immer Mißtrauen gegenüber der örtlichen IGM-Führung hatten, daß sie enttäuscht waren, daß die IG Metall so wenig für sie machte, und daraus entstand eine Stimmung; jetzt machen wir alleine was.

Und ihr kennt ja dieses Logo am Anfang: "Überparteilich mit unseren Gewerkschaften" und ich kann mich erinnern, auf der fünften oder sechsten Sitzung der Betriebsratsini, damals noch auf dem NARVA-Gelände, da waren 25 oder 30 Leute da, und fast nur IG-Metaller, da wurde bekannt, daß von Manfred Foede aus heftig geschimpft wird über die Betriebsratsinitiative und erpreßt und gedroht wird, die sollen einen IGM-Arbeitskreis machen, sonst werden sie plattgemacht, und da kam es zu einer Abstimmung, ob man jetzt selbständig bleibt als Betriebsratsintiative oder IGM-Arbeitskreis wird. Diese Abstimmung hatte ich provoziert, auch aus großer Naivität heraus, das war ja ungewöhnlich, daß sowas abgestimmt wird, aber das Ergebnis war, einstimmig, alle, die da saßen, die alle in der IG Metall organisiert waren, und nicht alles waren Betriebsräte, es waren ja auch noch ein paar andere dabei, die waren alle dafür, daß die Betriebsratsinitiative selbstständig bleibt, und das ist auch ein Ausdruck für politisches Mißtrauen gegenüber der örtlichen IG Metall.

Und in dieser Zeit, bis zum 21. oder 24.April, also bis Ende April, gab es Versuche der örtlichen Bezirksleitung, also von Foede konkret, die Betriebsratsini irgendwie unter Druck zu setzen, daß sie ein Arbeitskreis der IG Metall wird. Nun sind aber noch IG Medien-Betriebe dazu gekommen, Druckbetiebe, ÖTV, der FU-Gesamtbetriebsrat hat eine Rolle gespielt, Ernst Welters, und andere Leute, die gar nicht IG Metall waren, und so zeigte sich , das ist eine übergewerkschaftliche Initiative, die gehört wenn überhaupt zum DGB, und da ist auf der Veranstaltung in den Räumen des DGB in der Wallstraße, da hat z.B. der Manfred Foede

geredet und da hat die Constanze Lindemann von der IG Medien geredet, da hat sich gezeigt, daß die Initiative ihre Eigenständigkeit behaupten könnte. Wir hatten damals unser eigenes Koordinationsgremium, das traf sich Freitags früh um 7.00 Uhr und hat monatelang koordiniert und wir hatten ein eigenes Transparent mit einem Bären, und wir hatten die Nummmer 1 des "Ostwind" herausgegeben. Und durch diese Aktivitäten, wie eigenes Transparent, eigene Zeitung, eigenes Koordinationsgremium, war klar, die Initiative läuft parallel zur Gewerkschaft weiter. Und bei dem Stand ist sie heute noch.

Frage: Der Konflikt ging ja weiter....?

Antwort: Der Konflikt ging weiter, aber bei dem Stand ist sie immer noch.

.....und behauptet ihre Eigenständigkeit

Frage: Wie ist der jetzige Stand im Verhältnis Einzelgewerkschaften und DGB zur Betriebsräte-Ini?

Antwort: Das kann man jetzt nicht so leicht sagen. Der aktuelle Stand, wir haben gestern beschlossen, am 19. Juni die dritte Konferenz einzuberufen, 10.00 bis 18.00 Uhr, wieder ein Samstag, wieder in Berlin, wieder im Saray, Wilhelminenhofstraße. Es gibt am 26.5. in der HBV, Invalidenstraße 120, eine Sondersitzung des Arbeitsausschusses, wo der Aufruf zur 3. Konferenz verabschiedet

werden soll, ein Entwurf, der bis dahin vorliegt, wo das inhaltliche Programm der Konferenz, die Mobilisierung usw. besprochen wird. Wir haben entlang einiger Überlegungen, die ich aufgeschrieben habe, eine Verurteilung des Streiks vorgenommen, des Abbruchs des Streiks, eine Unterstützung der Stahlarbeiter beschlossen, und wollen diese Verurteilung des Abbruchs und ne

Verurteilung von Steinkühler, mit der Forderung, daß Steinkühler sofort zurücktreten soll, an die Öffentlichkeit bringen, entweder am Samstag oder am Montag wird das an die Presse und auch an andere Betriebsräte verschickt werden. Und das ist ne Sondersache, zusätzlich zur Mobilisierung zur Konferenz. Also es gibt jetzt einen gewissen Aufschwung, und es wird wieder dasselbe Theater losgehen, wir werden die Gewerkschaften auffordern zur Mitarbeit und Teilnahme an der Konferenz, das ist ja bisher nie passiert, nur einzelne, HBV, z.B. Manfred Müller, haben mitgearbeitet, aber offizielle Unterstützung hat es ja nie gegeben. Das ist also der aktuelle Stand.

Frage: Ihr solltet doch in jüngster Zeit beim DGB "unterkommen"? Da gabs ja den Versuch, einen DGB-Arbeitskreis draus zu machen, da gabs Angebote, wie ist der Stand?

Antwort: Ja, das lief bei uns unter dem Namen "Integrationspolitik". Und es gab auch Beratungen mit dem DGB-Kreis Berlin-Süd, es gab ein ordentliches Gespräch, sieben Betriebsräte und Ursula Schäfer, es gibt auch ein Protokoll über dieses Gespräch, und danach gabs auch einen Beschluß über dieses Gespräch, daß die Betriebsräte-Initiative integriert werden soll. Das ist aber nie realisiert worden und vollkommen die Spree runtergeflossen, weil der DGB-Kreis Nord einen solchen Beschluß nicht gefaßt hat, und der hat den Beschluß nicht gefaßt, weil er nämlich völlig beschlußunfähig ist. Die treffen sich nur und stellen fest, daß sie gar nicht beschlußfähig sind, weil nicht alle Vertreter der Einzelgewerkschaften anwesend sind. Die sind also seit einem dreiviertel Jahr beschlußunfähig. Zwischendurch

gabs bei uns mal so ne Stimmung, daß die Leute gesagt haben, Integrationspolitik machen wir jetzt nicht mehr, das bringt nichts, was soll das. Und jetzt muß man sehen, ob die Geister nochmal wach werden. Das betrifft alles die Berliner Initiative.

Frischer Wind aus Rostock

Und jetzt möchte ich Euch erzählen, wie das Ding zu ner überregionalen Initiative wurde. Und da war es so, daß Ende April 1992 in Rostock eine Konferenz von Bündnis 90/GRÜNE stattgefunden hat, Sa/So, von Eberhard Wagner und dem Rostocker DGB-Kreisvorsitzenden mit initiiert, und die haben Treuhand-Manager eingeladen und Betriebsräte für Samstag, und am Sonntag haben sie dann nur Betriebsräte da gehabt, ohne Treuhand, und haben über die ganze Politik der Massenentlassungen, der Umstrukturierung usw. diskutiert. Und aus dieser Betriebsräterunde am zweiten Tag ist die Idee entstanden, daß man möglichst schnell einme gesamt-ostdeutsche Betriebsrätekonferenz einberuft. Und dann haben sie

Nägel mit Köpfen gemacht, sie haben nämlich gleich ein Datum festgesetzt für den 20.Juni, und sie haben auch gleich ne Halle festgesetzt, ausgerechnet die sündhaft teure Halle am Alexanderplatz, und mit dieser Meldung platzten zwei Teilnehmer, nee ein Teilnehmer, der Helmut Höge hinein, der an der Konferenz teilgenommen hatte, in die Berliner Initiative hinein Anfang Mai und sagte, die Rostocker haben beschlossen, am 20. Juni gibts eine gesamt-ostdeutsche Betriebsrätekonferenz. Da waren alle relativ von den Socken, denn das hatten wir uns nie erkühnt, gleich ne gesamt-ostdeutsche Konferenz einzuberufen, und die Rostocker hatten denn noch so flapsig gesagt, daß sie den DGB dabei zur Mitarbeit einspannen wollen.

Aber diese bürokratischen Apparate reagieren gar nicht so, daß sie sich einspannen lassen. Denn wenn, dann initiieren sie das alles, und wenn das von einer fremden Initiative ist, dann springen sie ja nicht einfach auf den Zug. Also der Heinz-Werner Meyer hat erstmal abgesagt. Die Brandenburg war damals noch aktiv, bevor sie nach Bonn ging, eine Frau von BÜNDNIS 90, ihr Mann war damals auch bei der Initiative.

So und bei dieser neuen Situation hat sich dann, und ich muß auch sagen, unter einigen Widerständen einiger Betriebsräte, aber der mainstream war dafür mitzumachen, und dann hatte ich mich auch in die organisatorische Vorbereitung dieser ersten Konferenz eingeschaltet und einfach organisatorische Aufgaben übernommen, also ein bißchen Sherpa gespielt, es gab da ne Menge zu organisieren.

Die 1. Konferenz in der Kongreßhalle am Alexanderplatz

.. Die erste Konferenz in der Halle am Alexanderplatz - die Teilnahme war für uns ein bißchen enttäuschend, es waren dreihundert Leute da, davon 140 oder 150 Betriebsräte, die genauen Teilnehmerstrukturen sind alle im Ostwind abgedruckt. Es gibt auch ein Protokoll mit Beiträgen von dieser ersten Konferenz, das wirds übrigens auch von der zweiten geben, das Wortprotokoll kommt nächste Woche, spätestens im Juni raus. Und da sind diese zehn Punkte verabschiedet worden, die politischen Forderungen der Betriebsräte, die sind da auch dokumentiert: Treuhandauftrag: Sanieren vor Privatisieren, Ostbetriebe bevorteilen, aber der wichtigste Punkt ist der erste, nämlich sofortiger Stop der Massenentlassungen. Und wenn man das politisch einschätzt, das Programm, das da auf der ersten Konferenz verabschiedet wurde, kann man sagen , das sind zum großen Teil Reformillusionen übern Kapiatalismus, das sind Forderungen, die zeigen, daß die Betriebsräte einfach Illusionen haben über den harten ökonomischen Hintergrund dieser Massenentlassungen, daß es einfach nur Wünsche sind, die man auch

an die Regierung heranträgt. Das wird dann auch an die Ministerpräsidenten verschickt usw. Was aber eigentlich wichtiger war, daß überhaupt diese Betriebsräte sich mal getroffen haben zu der Konferenz und daß sie dann auch nen Aktionsbeschluß gefaßt haben, der quantitativ noch besser besucht war, nämlich diese

Aktion am 30. Juni

, dieser Protest vor der Treuhandanstalt, in strahlender Sommerhitze damals, gegen eine erneute Massenentlassungswelle von über 200.000, die da rausgeflogen sind im Sommer 1992. Und die Konferenz und die Aktion vor der Treuhandanstalt zehn Tage später hat die Betriebsratsinitiative bekannt gemacht und hat dann dazu geführt, daß wir schon mit einer relativ hohen Medienöffentlichkeit im September einen Bonn-Tag machen konnten.

Wir haben gesagt, bevor wir eine zweite Konferenz organisieren im Herbst, wollen wir als Zwischenetappe zur Regierung fahren. Bei der Treuhand ist nichts rausgekommen, nach der Straßenaktion vor der Treuhandanstalt hat Birgit Breuel ein Gespräch angeboten mit Betriebsrätren, und dies Gespräch fand dann im Juli statt, mit 17 ausgewählten Betriebsräten, die die ostdeutsche Industrie vertreten haben, hat mehrere Stunden gedauert und es ist überhaupt nichts rausgekommen.

Die Birgit Breuel war noch nicht mal bereit, BELFA mal so kleine Brosamemn zu verteilen und irgendwelche Zugeständnisse zu machen - das Ergebnis war, das war ein absolutes Nullrundengespräch. Und der Schluß war, jetzt müssen wir nach Bonn und mit der Regierung sprechen, um die Treuhandpolitik zu ändern. Das war der politische Schluß der Betriebsräte.

Am 9. September '92 in Bonn

Und daraufhin ist der 9.September organisiert und geplant gewesen, dem ich sehr skeptisch gegenüberstand, aus politischen Erwägungen, der aber dann doch zu einem Dazulernen geführt hat. Man kann sagen, die Gespräche mit den Fraktionen im Bundestag , und zwar der SPD, der CDU, der GRÜNEN, der PDS und der FDP , die Gespräche mit dem Wirtschaftsminister, damals noch Möllemann, und das Gespräch von sechs Betriebsräten mit dem Kanzler , die hohe Medienöffentlichkeit und diese Kundgebung aufdem Beethovenplatz in Bonn. dies alles hat klargemacht, das es hier im Osten auch Widerstand und Protest und Empörung gegen die Politik der Treuhandanstalt und des Plattmachens gibt.

Und am spannendsten war die Diskussion mit der CDU-Fraktion, wo der Staatssekretär im Finanzministerium, Grünewald hieß der, unterging in Buh- und Empörungsrufen und seine Rede unterbrechen mußte, weil die Leute einfach nicht ... Lobsprüche - es waren etwa zweihundert Leute im Saal - weil sie nicht Lobsprüche hören wollten, sondern einfach spontan aufstanden und einfach erzählt haben, also in unserm Ort sind 50% Arbeitslosigkeit und jetzt hören Sie uns sofort auf, uns von der Treuhand irgendetwas Positives zu erzählen, das ist alles eine einzige Katastrophe und die Leute werden immer ärmer, und was sollen die denn machen. Also es sind eine Menge spontaner Proteste rausgekommen und es war ne Situation, wo man das Gefühl hatte, jetzt spricht das Volk mal die Wahrheit.

Und die Abgeordneten saßen ziemlich bedeppert da, und die ganze Situation drohte aus dem Ruder zu laufen bei der CDU und konnte nur durch geschicktes Taktieren von dem damaligen Verkehrsminister Günter Krause und Heiner Geißler gerettet werden. Daß der Günter Krause so ne Rolle gespielt hat, die hat er dann auch noch mal im Reichstag gespielt, es gab später Oktober ne Diskussion im Reichstag mit Günter Krause, 50 Betriebsräte, das lag daran, er ist der Ost-Abgeordnete und als Ost-Abgeordneter hat er "vollstes Verständnis" für die Probleme und Sorgen im Osten. Und die Rolle hat er da auch gespielt, und die Rolle haben auch noch ne ganze Reihe Betriebsräte geglaubt.

So daß wir insgesamt den Tag in Bonn als nen politischen Erfolg angesehen haben, wenngleich sich natürlich gar nichts geändert hat, es hat sich überhaupt nichts geändert. Bei dem Gespräch mit dem Kanzler kamen 300 ABM-Stellen für die Wilhelminenhofstraße heraus, ein bißchen was unter der Hand, aber die Politik hat sich nicht geändert.

Wut rausgelassen und Illusionen verloren

Frage: Wie beurteilst Du denn das? Es zeugt ja auch von Illusionen und einer Vorstellung von Politik, die die Wessis schon hinter sich gelassen zu haben glauben, nach Bonn zu fahren. Ich war ja auch skeptisch, als ich das gehört hab und hab gedacht, das zeugt von Illusionen und ist Quatsch, nach Bonn zu fahren. Ist das Naivität, sind das Illusionen, ist das einfach nur, daß man versucht, irgendwo Wut abzulassen an der Stelle als Betriebsrat?

Antwort: Nein, nur Wut ablassen, das entstand spontan durch die blödsinnigen Reden von dem Grünewald und diesen CDU-Leuten. Die hatten ja alle relativ hohe Prominenz aufgefahren, auch die SPD, nein, das sind einfach Naivität und politische Unkenntnis von Ost-Betriebsräten über das politische System des Westens, und die Vorstellunmg, daß man nach Bonn fährt, um den Treuhandauftrag zu ändern, haben viele ernst genommen. Andere nicht, die haben gesagt, wir ändern da sowieso nichts. Aber wir müssen da mal hinfahren. Aber die Stimmung war so, man mußte mal einfach diese Erfahrung machen. Was es gebracht hat, war ein Folgegespräch von Krause im Reichstag, das hat's gebracht. Daß also eine erneute Diskussion angeboten worden ist, und es hat wieder ne hohe Medienöffentlichkeit gebracht für die Betriebsräte, die einfach in den Bundestag reingeplatzt sind mit ihrer Kraft der Empörung, das hats gebracht. Es hat klargestellt, hier im Osten läuft was, wo die Leute dagegen sind. Und diese Wirkung hat die Aktion in Bonn gehabt, mehr nicht.

Frage: Und die Leute selbst, die sich was davon versprochen haben, waren die enttäuscht? Wie würdest Du das beurteilen?

Antwort: Naja, richtig enttäuscht waren sie nicht. Sie haben halt gelernt, es hat nichts gebracht. Vom Ablauf des Tages und von daher, daß man da bei der CDU-Fraktion mal seine Wut rausgelassen hat, habens viele als Erfolg angesehen. Wenn man in so ner Aktion drin ist, sieht man noch nicht die begrenzte historische Wirkung so ner Aktion, und macht einfach was. Ich würd das im nachhinein auch nicht als schlecht ansehen. Ich bin mitgefahren, hab dort auch Erfahrungen gesammelt. Zum Illusionen verlieren gehört auch, daß mans macht, daß man mit den Politikern der Bundestagsfraktiinen spricht und dann halt lernt, es bewegt sich nichts.

Die IG-Metall distanziert sich von der Bonn-Aktion

Frage: Wie hat denn der DGB darauf reagiert, der ja eigentlich der Interessenvertreter der ostdeutschen Arbeitnehmer ist, daß da ganz andere Leute nach Bonn fahren und ihre Interessen einklagen als der DGB selber?

Antwort: Also, wir hatten ja nach der Treuhand-Straßen-Aktion, nach dem Gespräch der 17 Betriebsräte im Juni mit Birgit Breuel eine Phase, bevor wir nach Bonn fuhren, den ganzen August über, da fing eine intensive Verhandlungsdiplomatie mit der DGB-Spitze an. Da wurden Briefe gewechselt, nicht nur mit der DGB-Spitze, auch mit der IG- Metall-Führung, da sind z.B. sechs Betriebsräte nach Frankfurt/Main gefahren und haben dort stundenlang erklärt, was die Betriebsratsinitiative will, daß die nicht gewerkschaftsfeindlich ist, daß wir auf keinen Fall vorhaben, ne Ost-Gewerkschaft aufzumachen, wie die Presse uns das unterstellt hat bei der ersten Konferenz, das spielte ne große Rolle, daß der Redebeitrag des IG-Metall-Vertreters auf der ersten Konferenz völlig daneben war, also der hatte gesagt, die Betriebsräte sind eh zu stark und hatte dabei an Daimler- oder VW-Betriebsräte gedacht, also der lag total daneben, insbesondere mit der Unterstellung, daß wir eine Betriebsräte-Gewerkschaft aufmachen wollen. Und nach diesem Kooperationsgespräch mit der IG-Metall-Führung hat die IG Metall politisch die Unterstützung für die Bonn-Fahrt gegeben. Deshalb hatten wir auch auf das Einladungsflugblatt nach Bonn geschrieben, daß die Gespräche von IG Metall, DGB-Führung, das war auch das Ergebnis der Gespräche mit Friedel Hesse, dem persönlichen Abgesandten von Heinz-Werner Meyer, der war auch mehrmals hier in Berlin, und einer Diskussionsrunde, wo hier in Berlin vier DGB-Vorsitzende bzw. Bevollmächtigte von Vorsitzenden und zwar für Berlin-Brandenburg anstelle von Christiane Bretz war Bernd Rissmann da, Jürgen Weißbach von Sachsen-Anhalt, Peter Deutschland von Mecklenburg-Vorpommern war da, und auch wieder so an die 15 Betriebsräte. Das war ne Diskussionsrunde, da gings auch um Kooperation und Zusammenarbeit und darum, gegenseitige Mißverständnisse auszuräumen, und da wurde die Unterstützung der Bonn-Fahrt zugesagt, auch die finanzielle Unterstützung des Flugblatts, das wir für die Bonn-Fahrt gemacht hatten, und in Bonn sahs dann auch so aus, daß Friedel Hesse bei einigen Gesprächen dabei war, beim Kanzler-Gespräch, beim Wirtschaftsminister-Gespräch, daß der Jürgen Weisbach auf dem Beethovenplatz auch ne kurze Rede gehalten hat als DGB-Bezirksvorsitzender, aber die Bombe, als wir in Bonn aus dem Bus stiegen, war die Presseerklärung der IG Metall, daß sie sich von dieser Bonn-Aktion der Betriebsräte distanziert. Und da waren natürlich alle wieder stinksauer und haben sich gewundert, warum die IG Metall erst so ne Kooperation zusagt, später hat sie es dann dementiert, sie hätte überhaupt nicht

zugesagt, aber wenn, warum muß man sich dann in aller Öffentlichkeit davon distanzieren, wenn Betriebsräte eine Änderung der Treuhandpolitik einklagen wollen. Das hat wieder böses Blut und negative Stimmungen gemacht am 9.September in Bonn und danach fing ein Ziehen und Verhandeln an, weil wir ja die zweite Konferenz unter dem Dach des DGB machen wollten, und wir hatten die zweite Konferenz auf den Tag der deutschen Einheit, 3.Oktober, terminiert und in mehreren Verhandlungsrunden mit Friedel Hesse kam dann am Schluß raus, daß der DGB über drei Monate nicht in der Lage war, einen Unterstützungsbeschluß für eine zweite Konferenz zu machen.

Der DGB beginnt, selbst Betriebsrätekonferenzen zu organisieren

Die letztliche politische Begründung, die dahintersteckte, die auch in einem Gespräch mal geäußert worden ist, das würde ja heißen, da wir eine länderübergreifende zweite Konferenz wollten,

ein Forum der Unzufriedenen zu organisieren, und das wäre schon ein Eingreifen gegenüber der Regierung Kohl, und das wolle man in der Phase der Verhandlungen mit der Regierung über den Solidarpakt nicht machen. Man setzt also auf Solidarpaktverhandlungen und nicht auf die Organisierung eines Forums der Unzufriedenen durch ein Massenmeeting von Betriebsräten. Es wären natürlich unter dem Dach des DGB sehr viel mehr gekommen. Das war letzlich die Begründung, warum sie immer dagegen waren, die Konferenz zu übernehmen, und wir haben, nachdem drei Vorstandssitzungen des DGB keinen Unterstützungs- oder Übernahmebeschluß herbeigeführt haben, gesagt, dann machen wirs alleine, haben im Oktober alle Kräfte mobilisiert und am 21. November - wir wollten unbedingt vor Weihnachten ne Aktion gegen die Treuhand machen, und deswegen mußten wir Ende November noch ne Konferenz terminlich hinkriegen und die zweite Konferenz organisieren, damals im Saray in der Wilhelminenhofstraße.

Aber, was die Widerspruchslage zum DGB angeht, da kann man im Sommer und Herbst, vor allen Dingen im Herbst, sehen, daß diese Betriebsrätekonferenz und unsere Aktivitäten eine innergewerkschaftliche Wirkung haben. Zunächst mal allgemein vorab gesagt: Die Wirkung der Betriebsräte auf die Gewerkschaften war weitaus größer als auf die Politik, auf die Parteien oder die "hohe Politik". Denn die Gewerkschaften haben angefangen, selbst Betriebsrätekonferenzen zu machen vom DGB aus. Und das haben sie im Frühjahr noch total angelehnt, auch die Argumente, warum sie die erste Konferenz nicht mitorganisiert haben, waren nicht nur, daß das zu schnell und früh sei und wer sind wir überhaupt und so und Spaltung der Gewerkschaften..., sondern es waren auch Argumente, der DGB ist für die Betriebsrätearbeit nicht zuständig. Für die Betriebsrätearbeit sind nur Einzelgewerkschaften zuständig, darum ist der DGB die ganz falsche Adresse. Und dieses Argument ist im Sommer vollständig verschwunden, so daß im Herbst erstaunlicherweise der DGB selbst z.B. für die Küste in Rostock mit 1000 Betriebsräten eine Betriebsrätekonferenz selbst organisiert hat, oder vielleicht wart ihr auch in der Kongreßhalle am Alexanderplatz, als für Berlin-Brandenburg diese 1000 Betriebsräte zusammenkamen, auch im Herbst, auch im Oktober/November, und überhaupt im Rahmen des "heißen Herbstes", der Herbstkampagne des DGB, auch in Sachsen-Anhalt ne Betriebsrätekonferenz war und in Sachsen, also es sprießt da auf einmal nur so.

Das ist auch eine Politik, der Betriebsräte-Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem die Gewerkschaften jetzt solche Konferenzen organisieren.

Die 2. Konferenz am 21. November '92

Dann kam also die zweite Konferenz, und die war im Ergebnis genauso besucht wie vorher, es gibt darüber auch ne Liste, welche Betriebsräte aus welche Betrieben Teilnehmer waren.
Zusammengefaßt kann man sagen: Es war nach wie vor noch ein repräsentativer Querschnitt der ostdeutschen Großindustrie, also hauptsächlich Großindustrie, es war auch noch der ganze Chemieblock da, aus Sachsen-Anhalt, auch die IG Chemie übrigens mit ihrer Chemie-Fahne, es gab aber bis auf die Chemie-Fahne vom Bezirk Sachsen-Anhalt keine neuen großen Durchbrüche, was Repräsentanz von offizieller Seite betrifft.
Also von der Seite her war's kein neuer großer Durchbruch.
Und die inhaltliche Diskussion war weitaus radikaler und es gab einen klareren Rutsch nach links, es gab also mehr Redebeiträge,

die auf der Linie lagen: Keine Illusionen in dieses Wirtschaftssystem und diesen Staat, die die ökonomischen Hintergründe der ganzen Treuhandpolitik als einer neuen Ordnungsinstanz für Westeuropa und für Deutschland natürlich , was die Monopolbildung angeht, aufzeigten und zeigen, daß es sehr schwer ist, gegen diese Politik der Betriebsschließungen zu kämpfen.

Frage: Ich hatte eigentlich von dieser zweiten Konferenz einen ganz anderen Eindruck, als Du ihn jetzt schilderst. Natürlich kann ich mich an die einzelnen auch radikalen Beiträge, die Du jetzt schilderst, erinnern, aber es war doch gerade der Grundtenor auch von Wagner, zum großen Teil hat er seinen Rechenschaftsbericht diesem Bonn-Besuch gewidmet, ein geradezu parodox zu nennender Widerspruch zwischen einer vehementen Schimpfen auf die Treuhandpolitik und der Aussage von Wagner "Es war wichtig , den Politikern mal zu zeigen, wie es so im Osten ist, die wissen das doch gar nicht", eben die Hoffnung auf den aufgeklärten Monarchen, dem nicht alles gesagt wird, der aber alles, wenn er es wüßte, nicht zulassen würde. Das war für mich, jenseits einer politischen Wertung, nur vom Eindruck her, ein Paradoxon.
Daß das in einem Atemzug so rüberkam, das fand ich fast schon schizophren.

Antwort: Dies Argument hat man ja oft gehört, in Bonn, die leben

auf einem fremden Stern.

Das unterschätzt gewaltig den Einblick und Weitblick bürgerlicher Politiker, die im Osten hier die Neuformierung der Wirtschaftslandschaft machen. Das hört man oft und das ist - sicher geht ab einem bestimmten Punkt Naivität in Opportunismus über und auch in politische Ignoranz und Dummheit, daß das politische Denken zurückbleibt hinter der objektiven Entwicklung.

Also man könnte eigentlich schon mehr erkennen, aber bei der Beurteilung dieser Betriebsrätepolitik und des Denkens und des Wandels des Denkens dieser Betriebsräte muß man erstmal grundsätzlich sehen, daß es dieselben Betriebsräte waren, die 1990 für die Marktwirtschaft und für die Entlassungen waren, die 1992 einen aktiven Widerstand mit ihrem Methoden und Möglichkeiten als Betriebsräte angefangen haben. Da hat erstmal ein Wandel um 180 Grad stattgefunden, nämlich von aktivem Mittragen von Entlassungen hin zu aktivem Widerstand gegen Entlassungen und der Suche nach Formen und Wegen, Entlassungen zu verhindern.

Überregional und branchenübergreifend - gegen die Zersplitterung

Frage: Vielleicht könntest Du mal Beispiele schildern - denn die bisherigen Beispiele waren ja auf der politischen Ebene - wie die Betriebsräte im Innenverhältnis agieren?

Antwort: Bisher hab ich ja nur von der Betriebsratsinitiative erzählt, die durch diese zwei Stränge - Berliner Gründung und Rostocker Initiative - zusammengewachsen ist zu ner ostdeutschen Betriebsratsinitiative mit teilweise westdeutscher Unterstützung, aber das ist peripher, was da vom Westen rüberkam, also es ist im wesentlichen eine ostdeutsche Bewegung, und ich wollte noch was zur Gesamteinschätzung dieser Initiative sagen, eh wir über einzelne Fälle reden: Meines Erachtens besteht die Besonderheit dieser Betriebsrats-Initiative darin, daß es im Jahr 1992 - und da liegt ihr Hauptwirkungsfeld - der einzige Versuch in Ostdeutschland war, gegen die Massenentlasungen und das Betriebsschließen einen überregionale und einen übergewerkschaftlichen Widerstand zu machen, und zwar in der Form von Konferenzen und Aktionen. Und wenn man sich überlegt, es waren fünf Ereignisse 1992, erste Konferenz, Treuhandaktion, Bonn-Fahrt, zweite Konferenz, Demo am 15. Dezember. Das war noch der Höhepunkt von 1992 - aus der zweiten Konferenz ist ja dieser Demonstrationsbeschluß entstanden, da wart ihr sicher auch dabei, aber diese fünf Sachen lagen alle politisch auf derselben Linie, und das war der Grundansatz der Betriebsratsinitiative im Unterschied zu betrieblichen Einzelwiderständen und auch im Unterschied zur offiziellen Gewerkschaftspolitik, nämlich der Versuch, jetzt muß doch mal endlich der Widerstand zusammengefaßt werden, und er muß ein Massenwiderstand werden, damit er den Druck erreicht, der überhaupt die Treuhand stoppen kann.

Und diese Politik der Betriebsräte, die sich in diesen fünf Ereignissen ausdrückt, und auch in ihrem Mobilisierungsfeld, daß sie sich eben an alle Betriebsräte und alle Gewerkschaften gewandt

haben, das stieß auf den klaren bewußten politischen Widerstand der Gewerkschaftsführung, die nämlich genau das nicht wollte, eine Zusammenfassung der Unzufriedenen, weil das sehr schnell ein Flächenbrand hätte werden können, und die immer zersplittert hat, die Zusammenfassung sabotiert hat und das nicht gemacht hat, überregional und über die Gewerkschaften hinweg.

Dann kann man auch die Politik der Betriebsrats-Initiative nur auf dem Hintergrund aller anderen Ereignisse von 1992 sehen, also wenn ihr das sozial einordnen wollt, dann würd ich euch empfehlen, eine Chronologie zu erstellen, soweit ihr an die Materialien noch rankommt, was es alles an einzelbetrieblichen Widerständen im Jahr 1992 von Belegschaften und Betriebsräten gegeben hat, also ihr

erinnert euch, Flughafenbesetzung in Freital, Werftbesetzungen, Streik und Besetzung in Hennigsdorf, diverse Werksbesetzungen, Märkische Faser Premnitz, mir fällt auch nicht alles ein, es hat ne Menge Demonstrationen gegeben. Wenn man allein mal ne Chronologie macht, wann welche Belegschaft vor dem Gitter der Treuhand erschienen ist, dann kriegst du also einen ununterbrochenen zersplitterten Fluß von Einzelaktionen, die alle sich gegen die Treuhand gerichtet haben; oder dieser Autokorso von Finsterwalde nach Bonn, wir sind ja nicht die einzigen, die nach Bonn gefahren sind, es sind auch Sonderzüge nach Bonn gefahren von örtlichen oder bezirklichen Gewerkschaftsorganisationen, also, wenn man sich das noch alles ins Gedächtnis zurückholt, dann war die Betriebsratsinitiative nur eine von vielen unter ferner liefen. Aber die Besonderheit bestand eben darin, daß sie parallel zu den Gewerkschaften, mit dem gescheiterten Versuch, daß mit den Gewerkschaften zu machen, überregional ne Zusammenfassung organisieren wollte. Das stieß natürlich auch an organisatorische und finanzielle Kapazitätsgrenzen, auch personelle, weil wir überhaupt keinen Apparat hatten usw., das war erstmal von der Gesamtbeurteilung her die Besonderheit dieser Betriebsratsinitiative.

Die Gewerkschaften begleiten die Massenentlassungen durch Sozialplanpolitik

Was das Verhalten der Gewerkschaften angeht, das kann man auch daran sehen, daß z.B. die örtliche Berliner IG Metall sich geweigert hat, ihren roten schönen Lautsprecherwagen für die Treuhandaktion am 30.Juni zur Verfügung zu stellen. Da liefen zwei Anträge, offiziell und auch über Betriebsräte, "Nein, kriegt ihr nicht". Derselbe Lautsprecherwagen fuhr für einen Autokorso von Belfa damals, munter vorneweg und stand zur Verfügung. Und so wars eigentlich immer: Die örtlichen Gewerkschaften haben in der Regel auf Anforderung und Druck von Betriebsräten und Belegschaften immer mitgemacht - also ich glaub, wenn man das genau empirisch untersucht, dann gibt es sicher wenige Fälle, wo irgendsoein Ortsvorsitzender, meistens wars ja IG Metall, es gewagt hat, einer Belegschaft oder nem Betriebsrat ne Abfuhr zu erteilen und nicht mitgemacht hat, wenn die gesagt hat, wir wollen jetzt demonstrieren oder wir besetzen jetzt unser Werk.

Denn die Gewerkschaftsfunktionäre reagieren ja normalerweise so: Ich kann nichts machen, ihr müßt schon selber machen, aber wenn ihr was machen wollt, dann helfe ich euch.

Und so lief das in der Regel ab, so daß wir generell ein Bild haben, daß die Form des einzelbetrieblichen Protestes von einzelnen Belegschaften gegen Massenentlassungen oder Schließungen die gewerkschaftliche Unterstützung hatten oder sogar mit IG-Metall-Fahne dabei waren, daß aber einen Schritt höher eben sofort das Kontra einsetzte, also keine Zusammenfassung, Dampf ablassen ja, mitmachen ja, aber selber initiieren und selber die Sache ändern, nein. Und es saßen ja auch zwei Leute im Aufsichtsrat der Treuhand, also im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt, z.B. auch Heinz-Werner Meyer, und die haben auch bei den wichtigsten Sachen zugestimmt, die Gewerkschaft hat auch - was ich auf der zweiten Konferenz über die Liste erzählt habe -, daß sie also über die Entlassungen genau über die Arbeitsämter informiert waren, auch das haben sie verheimlicht, nicht zum Gegenstand politischen Widerstands gemacht, sie haben insgesamt ne Politik der sozialen Begleitung und des sozialen Abfederns der Massenentlassungen gemacht. Also zusammengefaßt kann man nicht sagen, daß die Gewerkschaft ne Politik des aktiven Schutzes und des aktiven Kampfes gegen die Massenentlassungen gemacht haben, sondern meiner persönlichen Meinung nach haben sie ne Politik des sozialen Begleitens durch Sozialpläne, und zwar durch schlechte, und des sozialen Abfederns gemacht, also die Regelung mit demn 5000-6000 Mark Abfindungssumme kann man nur als Sauerei bezeichnen, wenn man weiß, was im Westen als Abfindung bezahlt wird und es hat viele Leute sehr empört, daß der DGB das so pauschal ausgehandelt hat, gehört zu dieser Politik des sozialen Abfederns dazu, und die ganze Empfindsamkeit, die Reaktion auf die Betiebsratsinitiative, daß sich z.B. Christiane Bretz von der zweiten Konferenz distanziert hat in der Presse, daß sie gesagt hat, die ist sehr schädlich, oder daß Steinkühler die Betreibsrats-Initiative auf dem Metall-Gewerkschaftskongreß als schädlich bezeichnet hat...

Betriebsräte bleiben weg - Flaute und Krise

Frage: Für mich war die erste Stufe der Betriebsrats-Ini die Kritik an der Treuhand, Enttäuschung, die Fahrt nach Bonn - es war schon ein logischer Schritt und der richtige Adressat, nach Bonn zu fahren, wenn man Treuhandpolitik angehen will - aber für mich taucht die Frage auf, was kommt denn danach? Nun hat man ja alle Stellen, die für die Misere im Osten zuständig sind, abgeklappert, was wäre denn das nächste?

Antwort: Also nach der Demonstration sind wir in ein Loch gefallen, also das ging fast bis zur Auflösung, es hat zwar keiner den Vorschlag gemacht, die Betriebsrats-Ini aufzulösen, aber es hatte keiner Lust mehr, die Beteiligung ist stark abgesunken, und es gab ne tiefe Ebbe das ganze Frühjahr. Und wenn man das wiederum analysiert, so hängt es mit verschiedenen Faktoren zusammen. Einmal mit der Veränderung der Betriebsrats-Ini selbst. Also mit dem engeren Personenkreis, und da möchte ich als typisches Beispiel vom Wolfgang Pohland erzählen, der hat ne soziale Entwicklung genommen vom Betriebsrat eines ostberliner Großbetriebes, Aslid-Kabelwerke GmbH, die von der BICC aus England aufgekauft worden sind, ist dann aber ausgeschieden aus dem Betrieb zum 1.Januar und ist jetzt der Geschäftsführer eines Hausmeisterservices.

Ähnliche Karrieren gibt es eine ganze Menge. Konkret sind Betriebe rausgefallen durch Neuwahlen von Betriebsräten, die Neuwahlen waren nötig, weil die Belegschaft sich wieder soweit reduziert hat, daß man nach dem BetrVG wieder ne Neuwahl durchführen mußte, es sind Betriebe zurschnitten worden, durch die Privatisierung sind sie weggefallen, z.B. der Bernd Koop, der am Anfang als Betrieb für das Eisenhüttenwerk gesprochen hat, ist dann angespalten worden, also privatisiert, EKO Anlagenbau, dann mußten die sich erst zusammen rappeln, Neuwahlen machen, bis er jetzt wieder da ist in der Betriebsrats-Ini als Betriebsratsvorsitzender von EKO Anlagenbau, aber jetzt ist er in einem Betriebsrat von ungefährt 700 Kollegen, während vorher war er in dem großen Stahlwerk für ca. 8000, und die fortlaufende Privatisierungspolitik hat auch die Betriebsräte durcheinandergerwirbelt.

Wolfgang Kibbel war am Anfang da als WF-Gesamtbetriebsrat, und jetzt ist er da als Samsung-Betriebsrat. Er kommt allerdings noch. LAKUFA ist vor der Privatisierung gekommen, genau wie der Rewatex-Betriebsrat, das sind Berliner Beispiele, und die sind danach nicht mehr gekommen. Das ist einer der Faktoren des Nachlassens, weil nach der Privatisierung die Luft raus war.
Der Gegner war nicht mehr die Treuhand, die ganze Sache war überstanden, die Entlassungen waren schon da, und es fängt eine neue Betriebsepoche an.

Das führt dazu, daß die Leute einfach nicht mehr kommen. Deswegen, wenn ihr hier fragt, sind Betriebsräte auch dann noch in der Ini vertreten, wenn der Betreib privatisiert ist, da würde ich sagen,ja, bei den politisch bewußteren Betriebsräten oder bei denen, die auch ein weitergehendes Interesse haben, das können auch - Wolfgang Kibbel oder Peter Hartmann sind SPD-nah - das können auch Betriebsräte sein, die auch zur Sozialdemokratie oder zun Momper-Arbeitskreis gehen; die gehen auch dann noch hin, wenn ihr Betrieb privatisiert ist, weil sie sich überhaupt für politische Angelegenheiten interessieren. Aber gleichzeitig habt ihr damit nen wichtigen Punkt angesprochen, warum Betriebsräte einfach weggefallen sind: Die Luft war raus, und für sie war die Betreibsratsini kein Gremium, das ihnen im Kampf helfen kann , weil der Kampf jetzt erstmal vorbei war, und neue Kämpfe, neue Entlassungen, neue Probleme fingen jetzt erst mit der Tarifsache, mit der Lohnsache, mit dem IG-Metall-Streik an.

Frage: Wir sollten nochmal, bevor wir auf die privatisierten Betriebe zurückkommen, kurz darüber reden: Wir hatten jetzt die erste und zweite Konferenz, welches ist jetzt die Zielstellung der dritten Konferenz, ohne etwas vorwegzunehmen?
Alle zwei Konferenzen liefen ja unter dem Motto "Stoppt die Massenentlassungen". Trotz der ersten und zweiten ist ja trotzdem was passiert, was ist jetzt das Ziel der dritten?

Antwort: Über die Zielstellung reden wir nächsten Mittwoch, da gibts ganz unerschiedliche Vorstellungen, meines Erachtens ist eine Arbeitsaufgabe der Konferenz eine Analyse und eine Bewertung des Metall-Streiks, weil dort ein wichtiger Markstein für Betriebsräte im Osten und für den ersten großen Streik im Osten gesetzt worden ist. Deswegen muß das Tagesordnungspunkt sein, es braucht nicht der Hauptpunkt sein, aber man muß drüber reden.

Was haben wir konkret erreicht?

Zweitens der Versuch einer Gesamtbilanz der bisherigen Treuhandpolitik, und des, soziologisch gesagt, Transformationsprozesses im Osten und auch der Versuch einer nach meinen Vorstellungen kritischen Analyse der Kampfmethoden und politischen Forderungen, die die Betriebsräte-Ini im vergangenen Jahr und bisher aufgestellt hat, d.h. sozusagen ein kritischer Rückblick auf die eigene Politik, daß man z.B. reflektiert, mal ganz nüchtern, was haben wir denn konkret erreicht?

Da gehen auch die Vorstellungen und die Selbsteinschätzung der Betriebsrats-Initiative bei einzelnen Leuten natürlich auseinander. Es gibt immer noch Selbstüberschätzung bei einigen Betriebsräten bzgl. der Wirkung der Betriebsrats-Ini... Ich sags mal so: Im politischen Bereich, was das Ziel Änderung der Treuhandpolitik anging, ist überhaupt nichts geändert. Wenn man sich den Forderungskatalog der ersten Konferenz angucken würde, dann wird man sehen, daß m.E. die Schieflage schon in den Forderungen drin steckt, oder in einer ganzen Reihe von Forderungen, nicht in allen, die nicht sehen, daß manche Dinge der Kapitalismus ökonomisch gar nicht erfüllen kann. Er kann z.B. kein Recht auf Arbeit aussprechen und er kann auch kein Kündigungsverbot für alle Ostbetriebe aussprechen. Das gibts auch in keinem kapitalistischen Land, daß es ein Kündigungsverbot gegeben hat, denn dann müßtest du wirklich das Wirtschaftssystem ändern. Und diese Diskussion, was also das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt ökonomisch kann und was es nicht kann, das ist noch unausgereift und nicht zu Ende diskutiert. Es gab zwar immer wieder Diskussionen darüber, aber da müßte man m.E. Bilanz ziehen, damit man ein realistisches Verhältnis zum eigenen Kampf kriegt oder auch für das Verhältnis Reform und Revolution oder für reformistische oder revolutionäre Wege und Dimensionen kriegt. Das ist aber nicht ganz einfach, denn die Betriebsrats-Initiative versteht sich ja naturgemäß nicht als ne politische Partei, das kann sie gar nicht sein, sie versteht sich als ne Interessenvertretung mit Schwerpunkt auf Betriebsräten und Vertrauensleuten, also auf gewerkschaftlich organisierten Kollegen, die was für die Belegschaft und für die Kollegen machen wollen und die auch ein spontaner Reflex auf die Treuhand sind, die über 2000 Betriebe schon liquidiert hat, also auch diese

Vernichtung von 6 Millionen Arbeitsplätzen im Osten. Und angesichts der sozialen Dimension, was da überhaupt gelaufen ist, ist es auch noch recht schwach, der gesamte Widerstand dagegen, also was da bisher auf die Beine gebracht worden ist.

Für klare Kritik am gewerkschaftlichen Opportunismus

Und wie's weitergeht? Meines Erachtens kann der Weg nur in einer tieferen Klarheit und politischen Diskussion liegen, daß man mehr Realismus in einen langfristigen Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem reinkriegt und natürlich innergewerkschaftliche Probleme, wie gehen wir mit unserer korrupten Führung um, wie gehen wir mit dieser den Kampfgeist abtötenden und letztlich der Treuhand in die Hände spielenden Begleitmusik, der Politik der Gewerkschaftsführung um, dem sozialen Abfedern, das sind typische Probleme eines hochindustrialisierten, reichen kapitalistischen Landes, wo die Gewerkschaftsführung genau die Rolle spielt, die sie hier spielt. Das ist in Italien nicht anders, nur werden sie

da mit Eiern beschmissen, und werden verhauen, die Gewerkschaftsführer.

Frage: Das hört sich ja wie ein Konfrontationskurs an..? Auf den Konferenzen selber waren ja Leute vertreten, die gesagt haben, wir machen jetzt was in unserer Gewerkschaft, damit die, verdammt nochmal, zur Vernunft kommen. Was du jetzt sagst, hört sich ja doch ein bißchen mehr wie ne Konfrontation an, und wenn da in Folge des IG-Metall-Streiks, nicht unbedingt in Folge von Aktiengeschäften, die Forderung auftaucht, daß Steinkühler zurücktreten soll....

Antwort: Naja, was heißt denn hier Konfrontation? Also ich persönlich bin für eine klarere, offenere, mutigere Kritik an opportunistischer Gewerkschaftspolitik in dieser ganzen Treuhandfrage und in Ostdeutschland, klar, mutig, offen die Gewerkschaftsführung kritisieren, und daß man das als ganz normales demokratisches Recht eines Gewerkschaftsmitglieds in Anspruch nehmen kann. Und da gibt es noch ne Menge Berührungsängste bei einigen Betriebsräten, bei anderen nicht, die schimpfen schon immer auf die Gewerkschaftsführung, also das ist bei ostdeutschen Betriebsräten durchaus unterschiedlich, es gibt zwar keine Strömung syndikalistischer Art, also wenn man das Gesamtverhältnis, die Erfahrung der letzten drei Jahre zusammenfaßt, dann kann man sagen, also es gab viel Ärger und Geschimpfe über die Gewerkschaftspolitik, es gibt aber überhaupt keine ernstzunehmende politische Alternative als die der dauernden Zusammenarbeit in und mit den Gewerkschaften. Also das mit den Ost-Gewerkschaften hat niemand ernstgenommen, wir haben also auch das Transparent mitgetragen auf der Demo im Mai, und deswegen ist die Grundhaltung zur Gewerkschaft oft diskutiert und klar festgelegt. Wir halten die Gewerkschaften einfach für äußerst wichtige Kampforganisationen der Lohnabhängigen, die Gewerkschaften sind praktisch nicht in der Lage, etwas für die Arbeitslosen zu machen, außer ein paar Reden oder unser eifriger ÖTV-Sekretär da, es ist null im Grunde genommen, von der Gesellschaftspolitik aus. Es fühlt sich doch kaum noch ein

Arbeitsloser, der längere Zeit arbeitslos war, durch die Gewerkschaft vertreten. Und noch etwas zur sozialen Analyse dieses Vorgangs, warum die Gewerkschaften so ne wichtige Rolle spielen: Im Grunde genommen haben die Betriebsrats-Initiative und die Betriebsräte immer zwei Probleme gehabt: Das eine Problem heißt Treuhand, das andere Problem sind die eigenen Gewerkschaften. Und da kommst du auch nicht raus, dem muß man sich einfach stellen. Das liegt auch daran, daß in Deutschland beim jetzigen politischen und sozialen Zustand es hauptsächlich gewerkschaftlich organisierten Widerstand gegen sozialen Abbau von oben und Klassenkampf von oben gibt. Außerhalb der Gewerkschaften läuft fast nichts, denn wenn z.B. die Kreuzberger Autonomen ihre 1.-Mai-Demo machen, dann ist das zwar außerhalb der Gewerkschaften, aber es hat keinerlei Rückwirkungen auf Betriebspolitik oder das Verhalten von Betriebsräten oder auf die Leute, die wirklich vor Ort gegen die Treuhand kämpfen.

Frage: Aber eine Wiederholung des letzten Montags vor der Treuhand ist nicht zu erwarten, wo die Polizei massiv gegen Kali-Kumpel vorgegangen ist mit vier vorläufig festgenommenen Betriebsräten? Ich halte das selbst auch für einen Akt von Maschinenstürmerei, wenn 400 Leute die Treuhand mit Steinen beschmeißen.

Antwort: Also was die Kali-Kumpel gemacht haben, ist bisher einmalig. Das spricht nur für die Kali-Kumpel. Das kann ich dir überhaupt nicht sagen, ob bei der jetzigen Situation, wo wir ja in der Endphase der Treuhand sind, wir sind ja im letzten Jahr, Anfang 94 ist das Ding zu, da gibts keine Treuhand mehr, obs da

noch zu irgendwelchen massiven Gewaltwiderständen kommt../.? So wie ich die deutschen Germanen bisher kennengelernt hab, würd ich sagen, nein. Das ist bisher das erste Mal, daß die Polizei Betriebsräte und Kumpels festnehmen muß. Ich war leider nicht da, ich hab das gar nicht richtig mitgekriegt.

Frage: Es wurde ja nicht live übertragen....

Antwort: Es wurde ja auch runtergespielt. Das hat sich ja bis nach Mitternacht hingezogen.....

Die BR-Initiative ist stark treuhandfixiert

Frage: Ich vertrete ja im Bündnis immer die These, die Betriebsrats-Ini wird die Treuhand nicht überleben. Teilst du meine Einschätzung, wenn die Treuhand zu Ende geht, geht auch die Betriebsrats-Ini zu Ende?

Antwort: Also da spricht vieles dafür. Dafür spricht, daß die Entstehung und politische Zielsetzung der Betriebsräte-Initiative, so wie sie bisher gearbeitet und sich zusammengesetzt hat, hauptsächlich auf die Treuhand als Gegner fixiert ist und damit liegt in der Logik, daß man wahrscheinlich so ne Organisationsform dann nicht in der Weise aufrechterhalten kann, wenn der Gegner weg ist. Das Problem der Massenentlassungen, was ja die Treuhand ausmacht, das Problem der Entlassungen ist natürlich nicht weg, denn die Entlassungen gehen weiter, und es werden auch nach der Treuhand natürlich munter Betriebe geschlossen werden und werden hier Opfer der kapitalistischen Konkurrenz, und es wird auch natürlich Entlassungen geben. Das ist ja auch bei den privatisierten Betrieben so, auch da gibts Entlassungen. Aber die besondere Form, das man hier ne halbe Million Leute rausschmeißt oder daß man hier zehntausend Leute rausschmeißt, daß man also wirklich Massenentlassungen macht, das wird natürlich in der Weise weg sein...

Monopolkapitalismus und die THA

Frage: Um mal zum dritten Punkt überzuleiten: Die Betriebsrats-Ini hatte ja stark gelebt von einer starken ostdeutsche Identität. Dies war ja auch verständlich. Es gibt ja auch Meinungen und Untersuchungen, die bestätigen das und für mich wirds auch aktuell, wenn man nur mal das Verhältnis IG Metall - IG Chemie sieht, wie klappt was bei der IG Chemie und wie klappt was bei der IG Metall, was im Prinzip schon so etwas wie eine Ausdifferenzierung der Interessenlagen ausmacht, daß dieser spezifisch ostdeutsche Bezugspunkt der Ausformulierung von Interessen und der Realisierung eigentlich der Vergangenheit angehört, sowie die halt privatisiert sind, daß auch schon eine Gewerkschaftspolitik greift, die auf Branchenstrukturen aufbaut, und selbst innerhalb der IGM, wenn wir uns den Stahl- und Metallbereich angucken, daß also langsam dieses Band "Ostdeutsche Identität" und "Wir sind alle verschaukelt worden" langsam zerbröckelt und zum Teil ein Rückschritt stattfindet und zum Teil auch eine Normalisierung, weil diese Sache mit der ostdeutschen Identität kann ja auch gefährlich werden. Würdest du das auch so sehen?

Antwort: Also die ostdeutsche Identität hat ne große Rolle gespielt bei den Aktivitäten dieser ostdeutschen Betriebsräte-Ini. Wenn man die Reden analysiert, die auf den zwei Konferenzen gehalten worden sind, vor allen Dingen auf der ersten, und auch mit den Leuten selber spricht, auch mit so aktiven Betriebsräten wie Peter Hartmann, bei dem ist es zwar ein bißchen weniger geworden, aber das Klagelied, daß wir im Osten alle belogen, betrogen, bescheuert und ausgenutzt werden und daß wir also fürchterlich betrogen worden sind, das singen die alle und daß sie nie wieder Kohl wählen - Kohl ist völlig unten durch mit den "blühenden Landschaften" - also da hat ein großer Umwandlungsprozeß stattgefunden, aus dem man u.a. auch ersehen kann, wie groß die Illusionen 1990 waren. Die Leute haben einfach den Westen nur aus dem Fernsehen gekannt und das was danach alles passiert ist - das hätte sich niemand träumen lassen, daß hier fünf Millionen Arbeitsplätze verloren gehen.

Das ist ein realer Lernprozeß, das ist einfach Geschichte, was da jetzt drei Jahre abgelaufen ist, und das wird auch weiter ablaufen. Also die Betriebsrats-Initiative ist zwar nicht dem "Ostdeutschen Memorandum" beigetreten, aber sie hat politisch das immer irgendwie - ich red jetzt nicht von mir, sondern von den anderen Betriebsräten - unterstützt. Der Dietmar Nogal war gestern nicht auf unserer Arbeitsausschuß-Sitzung, sondern hat da ne Rede auf dem Alexanderplatz gehalten. Das machen die - auch Eberhard Wagner oder andere führende Gestalten der Betriebsräte. Das geht

soweit, daß die von RFT Staßfurt sogar mit Werbeprodukten auf die erste Betriebsrätekonferenz gekommen sind, ihr Fernsehprodukt, das was sie herstellen, gezeigt haben, oder daß sie auch wie die BELFA-Leute ihr Produkt immer verteilen und rumlaufen oder so und alle diese schönen Geschichten erzählen können, wie ein Batterie-Monopolist der DDR gegenüber der großen dicken VARTA plattgemacht wird durch die Treuhand. Die erzählen ja eigentlich selber, wie ne Monopolwirtschaft funktioniert und daß es eigentlich keine freie Marktwirtschaft gibt. Das ist alles abgesprochen, und dann geht ihr eben ein - zack, bumm - Investitionsverbot, und ihr seid weg. Und daß die Wirtschaft hier ganz anders funktioniert, als die das in ihren Köpfen gedacht haben, das ist ein Lernprozeß, wenn man den mal auseinanderklamüsert, ist man ganz dicht an dem Wollfaden dran. Sie haben alle versucht, am Anfang ihren Betrieb konkurrenzfähig zu machen, und sind dann in ne Widerstandsspirale gekommen, weil sie gesehen haben, wenn jetzt nochmal 1000 Leute entlassen werden, dann können wir ja die Produktion von unserem Produkt gar nicht mehr aufrechterhalten, weil wir dann nicht mehr produktionsfähig sind. Das geht ja schon an den innersten Nerv, weil die Fachleute weg sind und so. Und da haben sie dann Widerstand angefangen. Konkret der Eberhard Wagner bei der Seerederei Rostock, nachdem da 8000 Leute entlassen worden sind, und er als Betriebsrat zugestimmt hat, von 12.000 auf 4000, erst da fing er an, den Widerstand zu machen, und so wars auch bei NARVA und bei allen in der Chemie-Industrie genauso. Deswegen ist der Lernprozeß und die Entwicklung bei den Betriebsräten nicht so einfach, weil es Leute sind, die früher an die Marktwirtschaft geglaubt haben und heute noch zu 'nem guten Teil dran glauben. Und daß es aber schwierig ist, das theoretisch zu durchdringen, warum es zum Beispiel keine freie Konkurrenz gibt, warum man sie gar nicht in die Konkurrenz läßt, das ist 'ne Sache der politischen Debatte, auch der Aufklärung, aber auch des Lernprozesses selber, daß sie begreifen, die Märkte sind aufgeteilt, wir kommem nicht drauf, keine Chance. Die Treuhand ist die Schaltstelle, die das regelt. EKO wird zugemacht, Brandenburg wird zugemacht, Stahlindustrie, oder jetzt diese Kali-Fusion, die ist wirklich interessant.

Im Chemiedreieck ist der Widerstand zusammengebrochen

Ich wollte noch was zur Chemie sagen: Die Chemiebetriebe haben ja 'ne andere Entwicklung genommen als jetzt die IG-Metall-Betriebe. Der Rappe hat am Anfang eine Politik der vollen Gegnerschaft zur Betriebsrats-Initiative gefahren. Und er hat dann auf einer 300-köpfigen Betriebsratsversammlung sein Waterloo erlebt, er hat dann auch den Saal verlassen, weil alle Anwesenden die Betriebsrats-Initiative verteidigt haben, unter Wortführung von Hartmut Sonnenschein von der Filmfabrik Wolfen, und danach hat er seine Politik geändert und hat klugerweise auf 'ne Konfrontation mit der Betriebsrats-Initiative verzichtet, also auf ne offene Konfrontation verzichtet, weil er gespürt hat, daß eine Stimmung doch zu sehr für die Betriebsrats-Initiative da war, hat aber zugleich zeitgleich und parallel zur Demonstration ein Spitzengespräch für wichtige Betriebsräte in Bonn angesetzt, hat also Leute abgezogen, und hat dann diese Rahmenvereinbarung für das Chemie-Dreieck abgeschlossen, also für den Bezirk Sachsen-Anhalt. Dort sind die Leute in neugegründete Sanierungsgesellschaftren mit . . . . . Tarifen, die Sanierungsgesellschaften haben gleich eigene Tarife gemacht, abgeschoben worden, der Widerstand der Betriebsräte gegen diese Form der Entlassungen ist zusammen gebrochen, die haben dann dieser sozialen Abfindung und den Sanierungsgesellschaften zugestimmt, haben selbst an den Tarifverhandlungen für die neuen Sanierungsgesellschaften teilgenommen, das läuft zum großen Teil über 249 h, und da gehen also an die 10.000 Leute als graue Kolonnen in den neuen 249 h.

Frage: Aber zu Anfang erscheint es als eine Lösung....

Antwort: Ja, das ist eine Form des Rauskaufens oder der sozial- und geldpolitischen Begleitung, der sozialpolitischen Begleitung, die den Widerstand gebrochen hat im Chemie-Dreieck, und Buna und Leuna sind zwar noch nicht verkauft oder privatisiert, aber selbst der Hartmut Sonnenschein stimmt jetzt als Betriebsrat einer erneuten Entlassung zu von 1000 Leuten, also die werden runtergefahren von 1300 auf 320, und mit den 320 kannste dann auch nichts mehr bewegen, und die waren früher auch mal viele Tausende stark. Das Chemie-Dreieck hat mit dieser Rahmenvereinbarung und mit diesem 249 h, in Kooperation und mit starkem gewerkschaftlichem Druck auf die Betriebsräte....., die sehr stark gewerkschaftsorientiert sind, und das ist m.E. immer noch das Hauptmerkmal, es ist für einen Betriebsrat wahnsinnig schwierig, da kommts natürlich drauf an, wie groß der ist und wie der zusammengesetzt ist, gegen die Gewerkschaft und gegen die Treuhand gleichzeitig anzukämpfen.

Korruption, Betrug, Verrätereien, schmutzige Tricks

Ein Beispiel dafür, wo das versucht worden ist, ist eben das Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, die dann auch gesplittet worden sind, ein Teil in die HEG, ein Teil in die ABS weg, und wo die IG Metall mit diesem Rechtsanwalt Stein diese ABS-Kette empfohlen hat und die sich geweigert haben, in diese ABS-Kette reinzugehen, das ist noch ein besonderes Kapitel, also was den Rechtsanwalt Stein und seine Profite aus diesen ABS-Gesellschaften angeht, da hat der Helmut Höge ja mal einen ganz guten Artikel und ne Recherche gemacht. Also das ist eigentlich ne Sauerei, was die IG-Metall-Führung da mit dem Rechtsanwalt Stein gemacht hat, daß sie die Leute....Die haben heute noch nicht ihre Abfindung, die vom Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, die sie schon im Dezember beantragt haben, bzw. die sind noch nicht mal beantragt worden vom Rechtsanwalt Stein, da gibts auch jede Menge Betrug. Und die Betriebsräte könnten, inwiefern Korruption, Betrug und solche Sachen ne Rolle spielen bei der Treuhand, viel besser erzählen als ich. Das Bae Werk 1, nicht BAE-Werk BELFA, sondern BAE Industriebatterien Werk 1, nach der Privatisierung ist der Betriebsrat sogar aus der IG Metall ausgetreten, hat sogar noch einen Kollegen aus der Vertrauenskörperleitung entlassen, und die sind also völlig umgeschwenkt, sodaß du den eigentlich vergessen kannst. Und so gibt es sicher ne ganze Reihe von Betriebsräten, die sind gekauft, betrogen, erpreßt, zerschnitten worden in diesem Kleinkampf gegen die Treuhand, bis sie dann den Sozialplänen und den Entlassungen zugestimmt haben. Also der Gerhard Peter könnte da über Alcatel/SEL auch einiges erzählen, vor allen Dingen was Zerschlagung von Betriebsräten durch Bestechung angeht, daß ein Betriebsrat sich einfach bestechen läßt, seinen BMW mitnimmt und zurücktritt als Betriebsrat, der muß neugewählt werden, dann bricht er auseinander, dann vergehen wieder ein paar Monate, also da gibts viele solche Tricks aus der schmutzigen Ecke, die alle angewandt worden sind.

Betriebsräte - unterschreibt keinen negativen Interessenausgleich und Sozialplan! Mobilisiert den Widerstand!

Frage: Um das nochmal zu vertiefen. Der Punkt ist ja auch: Es gibt ja auch bei Betriebsräten, die in der Betriebsrats-Ini vertreten sind, auch welche, die zwar nach außen gegen die Treuhand kämpfen, aber dann mit der Geschäftsleitung Vereinbarungen abschließen, die auch der Belegschaft, die dann noch da ist, gegenüber schädlich sind, also Leute entlassen usw. Sind dir da auch Beispiele bekannt oder hat es da größere Konflikte gegeben zwischen Außenverhältnis und Innenverhältnis, also nach außen hin gegen die Treuhand, aber wo sie nach innen einen halbwegs akzeptablen Sozialplan abgeschließen konnten, daß sie den dann vorgezogen haben gegenüber einer weiteren Außenandersetzung mit der Treuhand? Bestechung ist ja nur die schlimmste Spitze des Eisbergs, wohingegen ja auch objektive Gründe dafür sprechen können, daß sie sich mit der Geschäftsleitung an einen Tisch setzen.

Wobei ich nur eins hinzufügen kann: Ich habe von IGM-Funktionären mehrfach dieses Argument gehört über Betriebsräte: Gerade die IGM hat mir gesagt, die ostdeutschen Betriebsräte reden viel, aber dann kungeln sie doch mit der Geschäftsleitung. Immer wieder ist von Hauptamtlichen, auch auf der Vorstandsebene, dieses Argument vorgebracht worden, daß die vereinnahmt werden.

Antwort: Also, das trifft auch durchaus zu, die sind ja im täglichen Kontakt mit der Geschäftsführung.....

Also der Wolfgang Pohland - seligen Angedenkens - der hat immer gesagt, Leute, jetzt hören wir doch mal auf, *Sozialpläne überhaupt noch zu unterschreiben. Das hat er so gesagt, weil er gelernt hat, daß es für einen Betriebsrat, sprich für die Belegschaft, die er ja eigentlich vertreten soll, immer schlecht ist, *Sozialpläne zu unterschreiben, denn dann hast du ja faktisch schon verloren, denn du unterschreibst den *Sozialplan über soundsoviel Entlassungen und soundsoviel Abfindungen und das Prozedere des Ausscheidens aus dem Betrieb. Das kann man zwar jetzt so einfach sagen, also als Taktik ausgeben, unterschreibt keine *Sozialpläne mehr, aber im Grunde geht so ne Taktik meines Erachtens nur, wenn die Belegschaft wirklich auf den Barrikaden steht und Wege findet, wie sie den Kampf durch Werksbesetzungen, also radikale Kampfmaßnahmen, durch Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit und so unterstützt. Sagen wir, Märkische Faser, und das hängt auch von der Größe ab, also das spielt wirklich ne Rolle, Großbetrieben fällt das natürlich sehr viel leichter, durch Werksbesetzungen und durch starke Mobilisierung ein Widerstandspotential zu entwickeln, daß man einen *Sozialplan entweder verhindern kann oder zumindestens weitaus bessere Konditionen rausholen kann. Im Grunde hängt das von diesem Anfangsschwung ab, gehen wir in den Widerstand oder gehen wir nicht in den Widerstand, das hängt davon ab, ob der Betriebsrat die Belegschaft zum Kampf mobilisiert oder ob ers nicht macht.
die Betriebsräte haben da eine wichtige Rollenfunktion...

* Interessenausgleich und

Also in dieser Frage, wen vertreten die Betriebsräte eigentlich, das ist ein relativ uneinheitliches Bild, es gibt nämlich solche und solche. Also ein typisches Beispiel für einen Betriebsrat, der die Rolle einer reinen Belegschaftsvertretung spielt, ist also hervorragend der BELFA-Betriebsrat: Der kungelt nicht mit seiner Geschäftsführung, der dominiert völlig die Widerstandsaktion, hat immer die Initiative gehabt, die Geschäftsführung spielt also ne völlig untergeordnete Rolle bei dieser ganzen BELFA-Geschichte, und der Betriebsrat hat durch eine systematische Kampflinie, Belegschaftsversammlung um Belegschaftsversammlung, Autokorso, Treuhandaktiom, Werksbesetzung bis hin zum Hungerstreik, also durch ne permanente Steigerung der Kampfformen, hat der immer die Initiative behalten und seine Belegschaft in den Kampf geführt, und so ein Betriebsrat ist relativ selten.

Das Gegenstück ist jemand, wo der Betriebsrat praktisch die Rolle des verlängerten Arms der Geschäftsführung spielt oder auch der Gewerkschaftsführung, wenn die Gewerkschaftsführung da mit der

Geschäftsführung kooperiert, wie's ja auch oft der Fall ist, daß örtliche Gewerkschaftsführer, Manfred Foede zum Beispiel, der hat dieses EES-Modell bei Elpro lanciert, da hat er selbst einen Termin gemacht, alle an einen Tisch, der Betriebsrat und die neuen Eigentümer, da hat er geholfen, daß da ne Kooperation zustande kam, und dann ist das auf einmal an die EES-Gruppe verkauft worden, Elpro, und der Betriebsrat hat dem zugestimmt, mit überwältigender Mehrheit. Und ich war auch persönlich anwesend auf der Belegschaftsversammklung, auf der die Belegschaft noch nicht einmal die Diskussionsmöglichkeit hatte.

Da wurde noch nicht mal vom Betriebsrat gesagt: Hat jemand was zu sagen, dagegen oder dafür, sondern es gibt keine Diskussion, die haben nur die neuen Eigner, die neuen Eigentümer vorgestellt. Unglaublich - da hat der Betriebsrat die Rolle gespielt, einen Eigentumswechsel relativ bruchlos mit Hilfe von Foede zu

organisieren, nachdem er vorher die Belegschaft organisiert hat, 20 Busse
und sogar ne Treuhandaktion, ne Treuhandfahrt gemacht hat, und die Belegschaft informiert hat in dem Sinne, das EES-Modell ist Scheiße und das lehnen wir ab, haben wir als Betriebsrat auch abgelehnt.

Aber ich sag jetzt nur meine persönliche Wertung dieser Sache, also das war für mich ein Umfallen des Betriebsrats. Das gibts auch.

Jacob Moneta

Vorbemerkung

Es ist nicht meine Absicht, den in der Betriebesräteinitiative entstandenen Konflikt zu personalisieren. Mit Bezugnahme auf das von Martin veröffentlichte Interview und auf bisher nicht veröffentlichte, aber ihm bekannte, Dokumente will ich versuchen, darzustellen, wo wir Fehlentscheidungen getroffen und einen Weg nach vorn verbaut haben.

Die Berliner Betriebsräteinitiative ist hervorgegangen aus einer Diskussionsrunde mit Momper, wo 20 bis 25 Betriebsräte, die auf SPD-Kurs waren, sich trafen.
Einige wenige von ihnen suchten einen Diskussionsaustausch von Betrieb zu Betrieb, von Kollegen zu Kollegen, über die Verhandlungen mit der Treuhand, über Sozialpläne, Kampfmethoden gegen die zwei großen Entlassungswellen im Jahre 1991.
Zwar wurden diese beiden Wellen kampflos hingenommen, bei der dritten aber kamen Widerspruch und Widerstand auf. Anfang 1992 kamen sechs Betriebsräte zu der Berliner Initiative zusammen, die später bis auf ca. 40 anwuchs. Was sie allerdings auszeichnete, war, daß sie zumeist von den Belegschaften delegiert waren und zumindest einige von ihnen auch die Belegschaften motivieren und mobilisieren konnten.
Ende April 1992 fand in Rostock eine Konferenz statt, initiiert von Bündnis 90/Grüne, von Eberhard Wagner aber auch vom DGB-Kreisvorsitzenden. Eingeladen waren ebenfalls Treuhand-Manager und Wirtschaftswissenschaftler. Am letzten Tag wurde die Idee einer ostdeutschen Betriebsrätekonferenz geboren. Diese fand am 20.6.1992 in Berlin statt. 70 Betriebe und Institutionen, 64 aus dem Osten und 6 aus dem Westen, mit insgesamt 107.000 Beschäftigten waren dort durch 122 Delegierte vertreten. Außerdem 50 GewerkschafterInnen, meist Funktionsträger und 27 VertreterInnen von Medien als BeobachterInnen und BerichterstatterInnen.
Mißt man diese Zahlen an dem katastrophalen Zusammenbruch der Wirtschaft und der massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen im Osten, hätte man resignierend feststellen müssen: Die Entsolidarisierung Ost ist soweit fortgeschritten, daß sich die Herrschenden auch in Zukunft erlauben können, den "Ossis" Opfer aufzubürden, ohne befürchten zu müssen, daß es zur Rebellion kommt.
Mißt man aber die Konferenz an den Voraussetzungen, unter denen sie stattfand, sowie an den Ergebnissen, sah die Bilanz ganz anders aus: Eine mikroskopisch kleine Gruppe hatte zunächst begonnen, in Berlin durch Mobilisierung von Aktivität und Kreativität von Betriebsräten Widerstand zu organsieren. Es folgte die Konferenz in Rostock. Dann kam eine "Vorbereitungsgruppe für die 1. ostdeutsche Konferenz in Berlin" zustande, die sich aus gewichtigen betrieblichen Vertretungen zusammensetzte.

- All dies stieß auch auf Widerstand von Gewerkschaftsfunktionären, wenn auch nicht aller Gewerkschaften und aller Funktionäre. Sie befürchteten eine Konkurrenz in Form

der Verselbständigung von Betriebsräten.
- Eine Mehrheit der Vertreterversammlung der IGM Berlin sprach sich für eine IGM-Teilnahme an der Konferenz aus, wurde aber vom Hauptvorstand in Frankfurt am Main zurückgepfiffen.
- Die Konferenz stand unter dem Druck 30.6.1992, an dem weitere 150.000 Entlassungen im Osten erfolgen sollten. Darum sollte bereits am 20. Juni Protest seitens der Konferenz mobilisiert werden.
- Mühseelig mußten unter 11.000 Adressen aus dem Katalog der Betriebe, die der Obhut der Treuhand unterstellt waren, 1.000 herausgesucht werden, denen eine Einladung zuging, wobei sich herausstellte, daß viele dieser Betriebe bereits "abgewickelt" waren.
- Die Konferenz mußte sich selbständig finanziern; alles wurde von einer winzigen Arbeitsgruppe ohne einen einzigen "Hauptamtlichen" erstellt. Keiner der Teilnehmer erhielt eine Fahrkostenrückserstattung (wie bei Gewerkschaftskongressen üblich).
- Zwei Ausgaben des "Ostwind" waren erschienen.

"Berücksichtigt man all dies, dann war das ein verheißungsvoller Anfang von Politisierung unter Betriebs- und Personalräten, die vorher in gutem Glauben "Personaleinsparungen" zugestimmt hatten, weil sie meinten, damit der "Sanierung" zu dienen.
Diese Konferenz hat all denen Mut gemacht, die bereit waren, sich der weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen zu widersetzen, die versuchten, Widerstand zu bündeln, zusammenzufassen, zu organisieren und vor allem die Gewerkschaften zu gewinnen, um mit ihnen und einer breiten betrieblichen Basis nicht nur Widerstand gegen weitere Arbeitsplatzvernichtung, sondern auch für die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland zu mobilisieren." (Aus einem damals verfaßten Bericht)
Wie beurteilt Martin diese Konferenz? (S. 7) "Wenn man das politisch einschätzt, das Programm, das da auf der ersten Konferenz verabschiedet wurde, kann man sagen, das sind zum großen Teil Reformillusionen übern Kapitalismus, das sind Forderungen, die zeigen, daß die Betriebsräte einfach Illusionen haben über den harten ökonomischen Hintergrund dieser Massenentlassungen, daß es einfach nur Wünsche sind, die man auch an die Regierung heranträgt. Das wird dann auch an die Ministerpräsidenten verschickt. Was aber eigentlich wichtiger war, daß überhaupt diese Betriebsräte sich mal getroffen haben zu der Konferenz und daß sie auch einen Aktionsbeschluß gefaßt haben...die Aktion vor der Treuhandanstalt zehn Tage später hat die Betriebsräteinitiaitve bekannt gemacht und hat dann dazu geführt, daß wir schon mit einer relativ hohen Medienöffentlichkeit im September einen Bonn-Tag machen konnten."

Nicht erwähnt wird, daß im Arbeitsausschuß ein sehr illusionärer reformistischer Aufruf "An alle gewerkschaftlichen Vorstandsmitglieder" verabschiedet worden war, der allerdings der ersten Konferenz nicht zur Abstimmung vorgelegt wurde (siehe Anlage), in dem es hieß:
"Um kurzfristig den aus dem Arbeitsprozeß Hinausgedrängten wieder eine Chance zur Eingliederung zu bieten, ist eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit dringend erforderlich: Die Teilung der Arbeitsplätze zwischen denen, die erwerbstätig sind, mit denen, die es werden wollen.

Wir wissen, daß eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit ohne vollen Lohn- und Gehaltsausgleich insbesondere in Ostdeutschland, wo nur 40 bis 50% der westlichen Einkommen erzielt werden, Verelendung bedeuten würde.
Wir wissen ebenso, daß die einzelnen Betriebe mit Kosten für die erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit nicht belastet werden können, weil diese ihre Existenz gefährden könnte.
Wir schlagen deshalb den Gewerkschaften vor, zu fordern, daß die Bezahlung für die Kosten der Arbeitszeitverkürzung -dort wo sie mit Personalausgleich, also Einstellung neuer Arbeitskräfte erfolgt- von der Bundesanstalt für Arbeit übernommen werden sollten.
Eine Modellrechnung zeigt auf, daß in Ostdeutschland allein mit vier Millionen Erwerbstätigen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um ein Viertel (auf rund 30 Stunden) in Form des Personalausgleichs ein Viertel mehr Arbeitsplätze - also eine Million - entstehen lassen könnte. Da für diese die Unterstützungsleistungen wegfallen würden, sie im Gegenteil sowohl Beitrags- als auch Steuerzahler werden würden, könnte die Übernahme der Kosten für die Arbeitszeitverkürzung kaum wesentlich ins Gewicht fallen.
Jedenfalls würde dann für sinnvolle Beschäftigung statt für sinnlose Arbeitslosigkeit bezahlt."

Seltsamerweise hat damals Martin seine Bedenken über den "illusionären Reformismus" nicht in die Diskussion eingebracht. Man stelle sich aber vor, wie angesichts dessen, was heute bei VW vereinbart worden ist - eine Hinnahme von erheblichen Einkommenskürzungen, die Propagierung eines solchen Vorschlages durch die Betriebsräteinitiative ihr Prestige aufgewertet hätte. Denn das war genau der Vorschlag, der nach vorne wies, nach Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit auch nach einer möglichen Weckung von Interesse von Arbeitslosen für die Gewerkschaften, in die sie das Vertrauen verloren hatten. Ich muß mir vorwerfen, nicht härter für die Verabschiedung dieses Vorschlags gekämpft zu haben.

Als nach der ersten Betriebsrätekonferenz im Juli 1992 bei einem Treffen mit Frau Breuel, das mehrere Stunden dauerte und aus dem nichts herausgekommen war, die Betriebsräte den Schluß ~~zogen~~: "Jetzt müsse man mit der Regierung reden, um die Treuhandpolitik zu ändern", ~~folgte der~~ O-Ton von Martin: "Und daraufhin ist der 9. September organisiert und geplant gewesen, dem ich sehr skeptisch gegenüber stand, aus politischen Erwägungen, der dann aber doch zu einem Dazu-Lernen geführt hat."
In diesem Falle zeigte sich Martin durchaus noch lernfähig. Denn auf die Frage seiner Interviewer, ob es denn nicht von Illusionen und einer Vorstellung von Politik zeuge, die die Wessis schon hinter sich gelassen hätten, kommt er zu dem Schluß: Die Teilnehmer seien von Bonn nicht richtig enttäuscht gewesen. Sie hätten "halt gelernt, es hat nichts gebracht". Daß man bei der CDU mal seine Wut rausgelassen hat, "haben viele als Erfolg angesehen. Wenn man in so einer Aktion drin ist, sieht man noch nicht die begrenzte historische Wirkung so einer Aktion und macht einfach was. Ich würde das im Nachhinein auch nicht als schlecht ansehen... Ich bin mitgefahren, hab dort auch Erfahrungen gesammelt. Zum Illusionen-verlieren gehört auch, daß man macht, daß man mit den Politikern der Bundestagsfraktionen spricht und dann halt lernt, es bewegt sich nichts."

Man muß also, wo solche "reformistischen Illusionen" vorhanden sind, an der Seite der Kolleginnen und Kollegen bleiben, ihnen sagen, daß man nicht glaubt, es werde sich etwas ändern, sie ihre aber eigenen Erfahrungen machen lassen. Erwähnen muß man allerdings, daß in Bonn auf der öffentlichen Kundgebung Vertreter nicht nur der IGM, sondern auch von IGBE, von IG Chemie, Bausteine und Erden, ÖTV, HBV usw. waren, ~~Redner war~~, daß der DGB-Bezirksvorsitzende Jürgen Weisbach auf dem Beethovenplatz eine Rede gehalten hatte. Zugleich schlug dort die Bombe ein, daß die IG Metall sich von der Kundgebung distanzierte.

Die Absicht, die zweite Konferenz der Betriebsräte zusammen mit dem DGB zu veranstalten, scheiterte daran, daß der DGB offenbar auf Verhandlungen mit der Regierung über einen Solidarpakt setzte und deshalb keine ostdeutsche Betriebsräte-Konferenz als Störfaktor gebrauchen konnte.
Vor dem Solidarpakt als mögliches Ergebnis der Bonner Gespräche hatte eine Presseerklärung gewarnt, die von Judith und mir herausgegeben wurde, für alle, die "unterwegs nach Bonn" waren. Darin hieß es:
"In Bonn wird versucht werden, euch für den "Solidarpakt" zu gewinnen. ... Wenn wir es recht verstehen, geht es beim "Solidarpakt" darum, wer wieviel für die "deutsche Einheit" opfern soll. Von den "Ossis" wurden bzw. werden ca. die Hälfte aller Arbeitsplätze, Kinderkrippen und -gärten, Hochschulen, wissenschaftliche Einrichtungen, Theater und Kulturstätten und "Volkseigentum", über das die DDR-Bürger und -Bürgerinnen zwar nicht oder nur kaum bestimmern durften, dessen Wert jedoch auf 1.300 Mrd. DM geschätzt wurde.
Aber auch die "Wessis" haben erhebliche Opfer gebracht, nur welche?. Vor allem wurden deren Renten- und Arbeitslosenkassen politisch geplündert, 47 Mrd. wurden daraus abgezwackt, um den "Aufschwung Ost" zu finanzieren.
...die rund 1,8 Millionen Beamten und wohlhabenden Selbständigen und FreiberuflerInnen wurden von den Hauptlasten der Einheit befreit. Dies obwohl je Haushalt ihr Vermögenseinkommen monatlich 19.159 DM beträgt, während das der Arbeiter 3.186 DM ausmacht...Wo bleiben die Solidaropfer der Profiteure der Einheit, der Banken und Versicherungsanstalten, der Bodenspekulanten usw.
Ca. 420 Mrd. DM Geldmittel werden in den Banken und Sparkassen gehortet. "Das Geld ruhend arbeiten lassen", d. h. verzinsen, ist lukrativer als im Osten sozial und ökologisch verantwortungsvoll zu investieren...
Daher gibt es nur einen wirksamen Solidarpakt, nämlich den zwischen in Ost- und Westdeutschland lebenden beschäftigten und erwerbslosen Frauen und Männern..."

Wir haben es damals in der Initiative versäumt, diese politischen Schlußfolgerungen aus der Bonner Demo so klar zu ziehen und vor allem in der Initiative zur Diskussion zu stellen.

Richtig ist, wie Martin erklärt, daß die Wirkung der Betriebsräte auf die Gewerkschaften danach weitaus größer war als auf die Politik der Parteien oder die "hohe Politik". Denn die Gewerkschaften fingen an, selbst Betriebsrätekonferenzen zu organisieren. 1.000 kamen allein an der Küste in Rostock zusammen, 1.000 aus Berlin und Brandenburg in der Kongreßhalle am Alexanderplatz, aber auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Nur hatten wir versäumt, "unsere Betriebsräte" in der Initiative

~~ist~~ wieder mal ein Vorschlag für einen Weg nach vorn!

Aber wie sieht Martin, was wir erreicht haben?
"...Es gibt immer noch Selbstüberschätzung bei einigen Betriebsräten bezüglich der Betriebsräteinitiative....Ich sage mal so: Im politischen Bereich, was das Ziel Änderung der Treuhandpolitik anging, ist überhaupt nichts geändert." Es gebe eine ganze Reihe von ökonomischen Forderungen, die der "Kapitalismus gar nicht erfüllen kann. Er kann zum Beispiel kein Recht auf Arbeit aussprechen... Das gibt es auch in keinem kapitalistischen Land, daß es ein Kündigungsverbot gegeben hat, denn dann müßtest Du wirklich das Wirtschaftssystem ändern. Und dann diese Diskussion, was das kapitalistische System ökonomisch überhaupt kann und was es nicht kann, das ist noch unausgereift und nicht zu Ende diskutiert. Es gab zwar immer wieder Diskussionen darüber, aber da müßte man m. E. Bilanz ziehen, damit man ein realistisches Verhältnis zum eigenen Kampf kriegt oder auch für das Verhältnis Reform und Revolution oder für reformistische und revolutionäre Wege und Dimensionen kriegt. Das ist aber nicht ganz einfach, denn die Betriebsräteinitiative versteht sich ja naturgemäß nicht als `ne politische Partei, das kann sie gar nicht sein. Sie versteht sich als `ne Interessenvertretung mit Schwerpunkt auf Betriebsräten und Vertrauensleuten, also auf gewerkschaftlich organisierten Kollegen, die was für die Belegschaft und für die Kollegen machen wollen und die auch ein spontaner Reflex auf die Treuhand sind, die über 2.000 Betriebe liquidiert hat...
Und wie `s weitergeht? Meines Erachtens kann der Weg nur ein in einer tieferen Klarheit und politischen Diskussion liegen, daß man mehr Realismus in einen langfristigen Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem reinkriegt und ...wie gehen wir mit unsere korrupten Führung um, wie gehen wir mit dieser den Kampfgeist abtötenden Politik der Gewerkschaftsführung um, dem sozialen Abfedern, das sind typische Probleme eines hochindustrialisierten reichen kapitalistischen Landes..."
Frage: Das hört sich wie ein Konfrontationskkurs an?
Martin: "Naja, was heißt denn hier Konfrontation? Also ich persönlich bin für eine klarere offene mutigere Kritik an oppurtunistischer Gewerkschaftspolitik...also wenn man das Gesamtverhältnis, die Erfahrung der letzten drei Jahre zusammenfaßt, dann kann man sagen, also es gab viel Ärger und Geschimpfe über die Gewerkschaftspolitik, es gibt überhaupt keine ernstzunehmende politische Alternative als die der dauernden Zusammenarbeit in und mit den Gewerkschaften..."
~~Man muß~~ Muß man nicht zu dem zusammenfassenden Urteil kommen, daß Martin weder über das Verhältnis von Reform und Revolution eine klare Aussage macht noch auch genau weiß, wie mit den Gewerkschaften umzugehen, die doch auch auf Druck von Betrieben oder Betriebsräten durchaus reagieren, wie er feststellte? Daß er überhaupt keinen Ausweg aus der Krise der Initiative aufzeigen kann. Kein Wort darüber, daß sich dank der weltweiten Rezession, die Gewerkschaften überall in der Defensive befinden, versuchen, Errungenschaften zu verteidigen und die spontanen Kämpfe zeigen, welche Kampfformen hierbei von Nutzen sein können. Vor allem aber, daß die ursprüngliche Stärke der Initiative, die darin bestand, daß die Betriebsräte, die ihr angehörten, auch ihre Belegschaften hinter sich hatten, und viele von ihnen diese Belegschaften auch mobilisieren konnten, heute nicht mehr vorhanden ist. Ich kann

war die Masse an einzelbetrieblichen Widerständen, die dann aufgezählt werden - Autocorso von Finsterwalde nach Berlin, - Flughafenbesetzung in Freital, Werftbesetzungen, Streik und Besetzung in Henningsdorf, Märkische Faser in Premnitz usw. - nicht auch Widerhall von Aktionen der Betriebsräteinitiative? Plötzlich muß auch Martin zugeben, daß die örtlichen Gewerkschaften in der -Regel auf Anforderung und Druck von Betriebsräten und Belegschaften "immer mitgemacht" haben. Auch, als die örtliche Berliner IG Metall ihren schönen roten Lautsprecherwagen für einen Autocorso von BELFA zur Verfügung stellte trotz "klarem, bewußten politischen Widerstand der Gewerkschaftsführung"!
"Denn die Gewerkschaftsfunktionäre reagieren ja normaler Weise so: ich kann nichts machen, ihr müßt schon selber was machen, aber wenn ihr was machen wollt, dann helfe ich euch".
"Dampf ablassen ja, mitmachen ja, aber selber initiieren und selber die Sache ändern, nein", so charakterisiert Martin das Verhalten der Gewerkschaften. War aber das nicht die Chance der Initiative solange sie selbst etwas bewegen konnte?

Dann folgt die Überschrift "Betriebsräte bleiben weg- Flaute und Krise".
Die Frage des Interviewers: Die Fahrt nach Bonn sei schon ein logisch richtiger Schritt gewesen. "Nach Bonn zu fahren, wenn man die Treuhandpolitik angehen will- aber für mich taucht die Frage auf, was kommt dann danach? Nun hat man ja alle Stellen, die für die Misere im Osten zuständig sind, abgeklappert, was wäre dann das nächste?"
Martin: "Also nach der Demonstration sind wir in ein Loch gefallen, also das ging fast bis zur Auflösung. Es hat zwar keiner den Vorschlag gemacht, die Betriebsräteinitiative aufzulösen, aber es hatte keiner Lust mehr, die Beteiligung ist stark gesunken und es gab eine tiefe Ebbe das ganze Frühjahr. Und wenn man es wiederum analysiert, so hängt das mit verschiedenen Faktoren zusammen. Einmal mit der Veränderung der Betriebsratsini selbst...Also mit dem engeren Personenkreis..." Dann zählt er auf, wer alles weggeblieben ist.
Kein Wort davon, daß ich am 4. April 1993 eine Erklärung eingereicht hatte (siehe Anlage) mit dem Titel: Die Initiative der Betriebs- und Personalräte steckt in einer Krise- Wie können wir sie überwinden?
Natürlich sah ich auch, daß von den ursprünglichen Aktivisten manche ausgestiegen waren. Aber die wichtigste Ursache war doch, daß sie ein Ziel erreicht hatte, denn sie wollte doch nicht an die Stelle der Gewerkschaften treten:

Die "meisten Mitglieder der Initiative hatten sich in die von der IG Metall ausgelösten Warnstreiks an vorderster Front eingereiht und es war falsch, daß die Initiative in Bonn auf der Demo der 60.000 nicht ihre wichtigsten Ziele propagierte: überregionale und gewerkschaftsübergreifende solidarische Aktionen". Der Angriff auf die IG Metall sei "kein tarifpolitischer, sondern ein gesellschaftspolitischer, weil er sich gegen die Tarifautonomie richtet".
Für die kommende dritte Konferenz der Initiative schlug ich vor, eine neue Perspektive zu eröffnen durch Propagierung der "Verteidigung der Lebensqualität der aus dem Arbeitsprozeß Ausgestoßenen durch eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung und das Wiederaufgreifen der Forderung nach radikaler Verkürzung

der Arbeitszeit.

Die Diskussion auf der dritten Konferenz, ob das von der IG Metall erzielte Ergebnis eine Niederlage gewesen sei, oder der völlig ungenügende Abschluß auch im Lichte der erfolgten Mobilisierung und des hierdurch gestärkten Selbstbewußtseins im Osten interpretiert werden muß, hatte insofern Bedeutung, als in dem Kompromiß, der als Entschließung dann zustande kam (siehe Anlage), wiederum ein Weg nach vorn gezeigt wurde: Von der IG Metall zu verlangen:
1. Der Härteklausel die Forderung nach öffentlichen Mitteln zur Ausgleichung der Differenz zu den Tariflöhnen entgegenzusetzen, ~~zu erzwingen~~ Notfalls dies durch massenhafte Betriebsbesetzungen zu erzwingen.
2. Keine Arbeitsplätze mehr zu räumen, ohne daß andere zur Verfügung gestellt werden.
3. Eine breite Mobilisierung zusammen mit den sozialen Bewegungen zu organisieren, um neue Arbeitsplätze dort zu schaffen, wo sie dringend erforderlich sind: Im Wohnungsbau, zur Beseitigung der Umweltschäden, im sozialen Dienstleistungsbereich.

Auf der dritten Konferenz, die viel schwächer besucht war als die ersten beiden (nach der Martin Jander sich mit seiner Kritik gemeldet hat, die sich im Nachhinein als nicht so falsch erwiesen hat) war immerhin eine Vertretung der Kalikumpel zugegen, was die neue Stoßrichtung der Initiative in Richtung auf die Gründung von Solidaritätskomitees veranlaßte, die jetzt das eigentliche Aktionsfeld wurden.

Nach dem Aktionstag vom 21. Ausgust in Bischofferode schrieb ich in einer harten Kritik mit dem Titel "Die ostdeutsche Betriebs- und Personalräteinitiative- wie weiter?" (Anlage), wir hätten niemals eine "Avantagrde" sein wollen, die sich anmaßt, "anzuordnen", auf welche Weise die einzelnen Betriebe ihren Widerstand zu leisten haben. "Wir haben nur aus Erfahrung gewonnene Erkenntnisse eingebracht: Die Entscheidung darüber, welchen Weg die Betroffenen einschlagen, welche Risiken sie bereit sind, zu tragen, oder auch welche Kompromisse sie eingehen möchten, wurde völlig ihnen selbst üerlassen. Genau hierdurch unterscheiden wir uns von jenen Gewerkschaftsbürokraten, die stets allein zu wissen glauben, was gut und was schlecht ist für "ihre" Mitglieder".
"Inzwischen sind an vielen Orten Solidaritätskomitees für Bischofferode entstanden, vor allem auch in Berlin, die auf diesem Gebiet die Initiative ablösen.
Zugleich bleibt sowohl das Problem der Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der bisherigen Gewerkschaftszentralen, diesen Kampf energisch und beständig aufzunehmen. Weder das Beispiel Bischofferode noch "Thüringen brennt" sind bisher aufgegriffen worden, um die dort gewonnenen Erfahrungen "flächendeckend" in Ost- und Westdeutschland, angepaßt an das jeweilige Kräfteverhältnis, anzuwenden.
Ich meine deshalb, daß die Initiative als ersten Schritt in diese Richtung ein Bündnis mit den Thüringer Betriebsräten so eng wie möglich schließen muß, um zu versuchen, zunächst in ganz Ostdeutschland ihre Aktionen nachzuahmen...
Wir sollten rechtzeitig einen Termin für eine "Vierte Konferenz" festlegen, für die wir uns gut vorbereiten müssen und die wir gmeinsam mit den Thüringer planen und durchführen sollten." Das

darauf vorzubereiten, politisch auf den Betriebsräte-Konferenzen zu intervenieren, eben im Sinne des Aufrufs gegen den Solidarpakt.

Martin kritisiert, daß den Betriebsräte-Initiativen "der Wind aus den Segeln genommen wurde", durch diese DGB-Konferenzen. Aber haben wir nicht versäumt, die Mitglieder unserer Initiative mit Argumenten auszurüsten, die sie dort hätten einbringen können?

In der zweiten Konferenz vom 21. November 1992 sieht Martin "einen klaren Rutsch nach links". Es habe mehr Redebeiträge gegeben, die "auf der Linie" lagen: "Keine Illusionen in dieses Wirtschaftssystem und diesen Staat, die die ökonomischen Hintergründe der ganzen Treuhandpolitik als einer neuen Ordnungsinstanz für Westeuropa und für Deutschland natürlich, was die Monopolbildung angeht, aufzeigten und zeigen, daß es sehr schwer ist, gegen diese Politik der Betriebsschließungen zu kämpfen."
Hier folgt der Einwand der Interviewer: Es sei doch gerade der Grundtenor auch von Eberhard Wagner gewesen, vehement auf die Treuhand zu schimpfen und den Politikern einmal zu zeigen, wie das im Osten ist, denn "die wissen das doch gar nicht". Eben "die Hoffnung auf den aufgeklärten Monarchen, dem nicht alles gesagt wird, der aber alles, wenn er es wüßte, nicht zulassen würde." Und Martin darauf, das hörte man ja oft in Bonn, daß "die auf einem anderen Stern lebten." Das unterschätzte aber "gewaltig den Einblick und Weitblick bürgerlicher Politiker, die im Osten hier die Neuformierung der Wirtschaftslandschaft machen. Das hört man oft und das ist sicher ab einem bestimmten Punkt Naivität, der in Opportunismus übergeht und auch politische Ignoranz und Dummheit, weil das politische Denken zurückbleibt hinter der objektiven Entwicklung..."
Dennoch meint Martin auch, daß "dies die gleichen Betriebsräte waren, die 1990 für die Marktwirtschaft und Entlassungen waren, die 1992 einen aktiven Widerstand mit ihren Methoden und Möglichkeiten anfingen. Da habe auch ein Wandel um 180 Grad stattgefunden, "nämlich vom aktiven Mittragen von Entlassungen zum aktiven Widerstand gegen Entlassungen und der Suche nach Formen und Wegen, Entlassungen zu verhindern."

Zeigt diese widersprüchliche Argumantation einerseits "Oppurtunismus und Dummheit", dann wieder "ein 180 Grad-Wandel" - nicht in Wirklichkeit, daß der "klare Rutsch nach links gegen dieses Wirtschaftssystem und diesen Staat" vielleicht doch nicht von den Betriebsräten kam, die wirkliche Träger diese Widerstandes waren? Waren es vielleicht doch "Unterstützer" oder "Ideologen", die auf der zweiten Konferenz von der Treuhandpolitik als "neue Ordnungsinstanz für Westeuropa" sprachen?
Richtig ist wiederum, daß das Hauptwirkungsfeld der Betriebsräte-Initiative 1992 der einzige Versuch in Ostdeutschland war, gegen Massenentlassungen, Betriebsschließungen einen überregionalen und übergewerkschaftlichen Widerstand zu organisieren, wie Martin zugeben muß und zwar: In Form von Konferenzen und Aktionen, insbesondere in fünf Ereignissen: Erste Konferenz, Treuhandaktion, Bonn-Fahrt, zweite Konferenz, Demo am 15. Dezember. Das war der Höhepunkt!

"Diese Politik, die sich an alle Betriebsräte und alle Gewerkschaften wandte, stieß auf den klaren und bewußten Widerstand der Gewerkschaftsführung". Auch das ist richtig. Aber

nicht sehen, wer von den jetzigen Betriebsräten, die z. B. noch in der Berliner Initiative sind, eine solche Autorität in ihren eigenen Betrieben haben. Das beste Beispiel für einen furchtbaren Flopp war der Aufruf von Martin vor dem Roten Rathaus in Berlin. Er forderte dazu auf, dem Beispiel der Thüringer mit ihren "5 vor 12-Aktionen" zu folgen. In einem Flugblatt, das er der Presse übergab, kündigte er Aktionen an, denen niemand Folge leistete! Ein Beweis dafür, daß er sich weit von der Realität entfernt hat

Die ostdeutsche Betriebsräteinitiative kann nur in Kooperation mit den Thüringern überleben, wobei sie sich zugleich von Anfang an in die kommende Tarifbewegung mit eigenen Initiativen einschalten müßte, die wir mit Betriebsräten, die ihre Belegschaften vertreten, diskutieren sollten.

Zum Schluß kann ich mir nicht verkneifen, auch noch über einen Brief zu berichten, den am 5. April 1992 Helmut Höge an die Initiative gerichtet hat. Er hat darin vorgeschlagen, eine unregelmäßig erscheinende Zeitung unter dem Titel "Die Möwe-Berliner Betriebsrätezeitung" herauszugeben, "da die Probleme der Belegschaften mit der Privatisierung nicht aufhören..." "Herausgeber könnte die Initiatigruppe sein (wegen des Presserechtes personifiziert). Der Satz könnte über den taz-Betriebsrat abgewickelt werden. Und ebenso vielleicht auch der Druck über einen anderen Betriebsrat. Die Unkosten ließen sich über Spenden und Weiterverkauf (sagen wir "2 DM pro Exemplar") wieder hereinholen....Während der Zusammenstellung der Berichte für die erste Ausgabe würde ich die finanziellen und juristische Aspekte hart machen."
Es war also durchaus nicht nötig, 14.000 DM in Bischofferode abzuzocken. Aber habt Ihr von diesem Brief etwas erfahren? Ebensowenig wie von den anderen beigefügten Dokumenten...

Martin Clemens

Kritische Bemerkungen zum Austritt einiger Betriebsräte auf der Pressekonferenz im DGB-Haus, Keithstr.1, Westberlin am 17.Dezember 1993

V.i.S.d.P. Martin Clemens, Michaelkirchstr.4, 10179 Berlin-Mitte, Tel. u. Fax: 030/2755600
Berlin, Januar 1994

Am Vorabend dieser geheimnisvollen Pressekonferenz rief mich Constanze Lindemann an.
Ob ich am Freitag, 17.12. um 19 Uhr zu einer Besprechung mit Betriebsräten in das Bezirksbüro der IG-Medien in die Dudenstraße kommen könne? Ich: Mit welchen Betriebsräten? Sie: Eberhard Wagner, Michael Müller, Peter Hartmann, Wolfgang Kibbel, Karl Köckenberger. Ich: Und wer ist außer mir sonst noch eingeladen? Sie: Niemand, nur Du. Ich: Kann ich denn noch andere Kollegen mitbringen? Sie: Wenn Du willst, ja. Ich: Worum gehts denn? Sie: Um die Probleme der Betriebsräteinitiative. Ich: Ich werde mir das überlegen ob ich komme.

Kein Wort davon, daß sie für den morgigen Vormittag zu einer Pressekonferenz eingeladen hatte, auf der sie und einige Betriebsräte öffentlich austreten werden. Sie lud mich für den Abend zur Besprechung von Problemen der Betriebsräteinitiative ein, während sie die Spaltung der Initiative für den Vormittag schon organisiert hatte. Die Einladung zur Pressekonferenz lief streng konspirativ ab. Ich sollte auf keinen Fall davon erfahren. Irgendwie bekam ich doch Wind von der Sache und ging hin. Die Presse war sehr schlecht vertreten: Rosi Blaschke vom Neuen Deutschland, Thomas Schwandt für die Junge Welt, Alfons Frese vom Tagesspiegel. Mehr waren nicht gekommen. Vorne am Podium saßen Constanze Lindemann (IG-Medien Bezirksvorsitzende Berlin), Eberhard Wagner (Betriebsrat Deutsche Seereederei Rostock), Wolfgang Kibbel (Betriebsrat Samsung Berlin) und Gerhard Peter (Betriebsrat RFT/SEL Berlin), später reihte sich noch Peter Hartmann (Betriebsrat Belfa Berlin) ein. Im Saal waren einige Unterstützer anwesend. Judith Dellheim und Jakob Moneta von der PDS, die beiden Pfarrer Willibald Jakob und Harald Messlin sowie Helmut Höge. Sie waren in diesen konspirativ öffentlichen Austritt eingeweiht. Außerdem waren noch die beiden Vorsitzenden der Berliner DGB Kreise, Ursula Schäfer und Burgunde Grosse gekommen sowie Gerhard Ziese und Peter Schott von der IG-Medien. Das waren alle. Auf den Tischen lag die Presseerklärung der sieben austretenden Betriebsräte aus. Ich verteilte eine Presseerklärung für die Mehrheit des Arbeitsauschusses als Gegendarstellung. Im folgenden werde ich die wichtigsten Positionen, Begründungen und Aussagen zum Austritt dokumentieren und kommentieren. Die Zitate sind Wortzitate nach einer Tonbandaufzeichnung, die ich für die Ostwind-Redaktion anfertigte.

Eberhard Wagner eröffnet die Pressekonferenz. Die Presseerklärung haben nicht nur Berliner Betriebsräte unterschrieben. Die "entscheidenden Betriebsräte, die im Sommer 1992 die Initiative ins Leben gerufen haben" und "im wesentlichen die Aktionen getragen haben" treten jetzt aus. Es geht jetzt nicht um das persönliche Handeln einzelner Betriebsräte. Die Mehrzahl der Betriebsräte handelt auf der Basis von Betriebsrat-Beschlüssen. Zustimmung zum Inhalt der Presseerklärung liegt vor von Manfred Scharoun (BR Elbo Bau), Hartmut Sonnenschein (BR ehemalige Filmfabrik Wolfen), Ingrid Häussler (BR Buna AG), Peter Wand (BR SKL Magdeburg) und Horst Kreller (BR ehem. Fischfangreederei. "Das sind alles Leute, die damals die Betriebsräte-Initiative aktiv gegründet haben und die erste Konferenz gestaltet haben."

Ihre Aktivität vom Sommer 1992 hat sich in Passivität verwandelt. Sie haben sich alle nach und nach aus dem aktiven Widerstand gegen Entlassungen verabschiedet. Manfred Scharoun hat nach der 1. Konferenz überhaupt nichts mehr gemacht. Hartmut Sonnenschein hat lange gegen Hermann Rappe gekämpft, z.T. Erfolge errungen und im April 93 vor der Rahmenvereinbarung zwischen der Treuhand und der IG-Chemie kapituliert. 17000 Kollegen und Kolleginnen mußten den Entlassungsgang in sogenannte Qualifizierungsgesellschaften und Sanierungsmaßnahmen antreten - mit um 10% abgesenkten Tarifen. Der Widerstand der Betriebsräte im Chemiedreieck war zermürbt worden, ein Umstand, den es sich lohnt genauer zu untersuchen.

Eberhard Wagner: "Auf der ersten Konferenz wurden acht Betriebsräte beauftragt, in einem Arbeitsausschuß die weiteren Aktivitäten zu koordinieren." "Der Arbeitsausschuß wurde von Anfang an von einer Vielzahl von Leuten besucht, die sich unterstützend dieser Initiative verbunden fühlten, ohne daß sie an und für sich dem Arbeitsausschuß direkt angehörten. Daran hat 1992 niemand Anstoß genommen, weil der Arbeitsausschuß nichts zu verbergen hatte " Es war ein Fehler, daß sich der Arbeitsausschuß keine Geschäftsordnung gegeben hatte.

Der Arbeitsausschuß hat die Bewegung der Betriebsräte zwischen den Konferenzen vertreten und koordiniert. Nach und nach landete die Hauptlast der organisatorischen Arbeit bei diesem ca. monatlich tagenden Gremium. Ohne die tatkräftige Mithilfe einiger UnterstützerInnen wäre die Initiative im Jahr 1993 nicht mehr handlungsfähig gewesen, da immer mehr Betriebsräte sich sang und klanglos ausklinkten. In der Praxis des Arbeitsausschusses galt das Aktivitätsprinzip. Wer aktiv mitgemacht hat und mitmachen wollte wurde zu den Sitzungen eingeladen, egal ob Betriebsrat oder Unterstützer. 1993 wurden ca. jeweils 60-80 Betriebsräte und

Nichtbetriebsräte schriftlich zur Teilnahme an den Sitzungen eingeladen, zwischen 20-30 kamen. Zur Bewältigung der vielen praktischen Aufgaben wurde ein kleines Arbeitsgremium zwischen den Sitzungen des Arbeitsausschusses nötig. Ab Sommer 1993 gab es das "Sekretariat" in der Zusammensetzung Angelika Schneider, Judith Dellheim, Martin Clemens. Später kam auf Vorschlag von mir noch Constanze Lindemann dazu.

Eberhard Wagner:"Unser Gegner war und ist die Treuhandanstalt." "Viele Betriebsräte wurden unter dem Motto 'Kampf gegen die Treuhandanstalt' zusammengeschweißt". "Wir haben es als einzige überhaupt geschafft, die Breuel damals am 30.6.92 zu zwingen, auf die Straße zu kommen und sich den Betriebsräten zu stellen. Aber das waren zu 98% gewählte Betriebsräte." "Am 15.12.92 haben wir eine machtvolle Demo gemacht". "Dadurch, daß die Betriebe dann privatisiert waren und das Problem für den einzelnen Betriebsrat gelöst war, blieben diese dann weg. In der ersten Phase waren die Zschkopauer z.B. noch unheimlich aktiv, die Ute Juhnke usw." Zschkopau nahm ein tragisches Schicksal. Obwohl die selbst Lohn gegeben hatten, wurden sie trotzdem plattgemacht.

Frau Breuel kam nur kurz auf die Straße und ging dann wieder. Was ist da schon dabei? Man braucht nicht so einen Wind darum zu machen. Die "gewählten Betriebsräte" ließen sich mit Reden abspeisen. Eberhard Wagner spielt mal wieder den Häuptling große Wolke. So machtvoll war die Demo im Dezember wirklich nicht. Die versprochenen Großgeräte waren (bis auf den Lastwagen der Schwermaschinenfabrik Wildau) dann schließlich doch nicht da. Erst große Worte und dann kleine Taten.Es reicht eben nicht, nur die Treuhand als Gegner zu begreifen. Da gibt es noch das Finanzministerium und die großen Banken und Konzerne. Die THA ist nur ihr operativer Arm. Man muß über das ganze Wirtschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus nachdenken und eine weitergefaßte Politik konzipieren.
Den Teil und das Ganze, beides zusammen, erfassen. Zschkopau steht für Lohnverzicht und Betrug. Es hat den Arbeitern nichts genutzt, auf einen Teil des spärlichen Lohnes zu verzichten. Das hat die Betriebsräteinitiative viel zu wenig bekannt gemacht, daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze rettet. Der Betriebsrat der Deutschen Seereederei hat auch ein bißchen Lohnverzicht (mit ÖTV-"Hilfe") ausgehandelt. In der Tat - nach den Privatisierungen blieben viele Betriebsräte aus der Initiative weg. Ihr Atem reichte nur für kurze Solidarität. Man muß sich um die eigene und um andere Belegschaften kümmern und dann gibts da noch das wachsende Heer der Erwerbslosen und die KollegInnen auf dem 2. und 3. Arbeitsmarkt. Michael Müller kümmert sich zuviel um den Geschäftsführer von Priamos. Man muß nach unten gehen, an die Basis, mit den KollegInnen persönlich sprechen , sich um sie kümmern und das politische Niveau ein wenig heben. Die erwerbslos gemachten vietnamesischen

Vertragsarbeiter gehören auch zur großen Familie der Werktätigen der Welt.

Eberhard Wagner: Das Motto der Betriebsräteinitiative war "branchen- und länderübergreifende Solidarität gegen Arbeitsplatzabbau und Sozialabbau zu erzeugen und in Aktionen sichtbar zu machen und das parteiunabhängig."

Eberhard Wagner ist Vorstandsmitglied bei den Bündnisgrünen. Gerhard Peter ist SPD-Betriebsrat. Peter Hartmann hat die SPD verlassen und und möchte gerne als Bundestagskandidat für die PDS aufgestellt werden. Judith Dellheim und Jakob Moneta gehören zur ersten Garnitur der PDS in Sachen Gewerkschafts- und Betriebspolitik. Wolfgang Kibbel und Michael Müller kungeln ständig mit der SPD,mal mit mal ohne Momper. Was solls? Mit dem "parteiunabhängig" war es da nicht so weit her. Das Motto ist ganz gut - warum haben sich dann viele der ausgetretenen Betriebsräte in der Praxis nicht mehr daran gehalten? Gerhard Lux und Karl Köckenberger waren das ganze Jahr 1993 (nach der Demo vom 15.12.92) weg vom Fenster. Ebenso Michael Müller, der nicht einmal den Hungerstreik bei Belfa unterstützt hat.

Eberhard Wagner:"Mit den zunehmenden Privatisierungen hat sich ein ganz normaler Schwund der Betriebsräte-Initiative dargestellt." "1993 war ein Teil der Betriebsräte mit dem Kurs der Initiative nicht mehr einverstanden, z.B. Hartmut Sonnenschein."

Manche UnterstützerInnen blieben der Initiative die ganze Zeit über treu. Es gab auch Schwund unter den Unterstützern. Der politische Kurs wurde gemeinsam diskutiert und festgelegt. In der Hauptsache entschieden die Betriebsräte über den weiteren Weg. Hartmut Sonnenschein ist ohne Kritik weggeblieben. Das ist auch eine Methode. Wenn ihm der Kurs der praktischen Solidarität mit Belfa und Bischofferode nicht paßte (und nur diesen Kurs hat die BR-Ini ab Juli 93 praktiziert), hätte er ohne weiteres opponieren können.Warum hinterher rummaulen? Die letzte Arbeitsausschußsitzung, auf der er anwesend war, verlief mit 32 Teilnehmern und guten Berichten in hervorragender Stimmung (eine fünfköpfige Delegation der Kali-Kumpel war anwesend).

Eberhard Wagner:" Ziel der Initiative war es, Aktionen und Konferenzen gemeinsam mit den Gewerkschaften durchzuführen, weil es klar war, ohne die Unterstützung der Gewerkschaften wird es die Initiative schwer haben. Es ist aus den verschiedensten Gründen, die zum großen Teil bei den Gewerkschaften selbst liegen, nicht zu einer echten Zusammenarbeit mit dem DGB gekommen." "Wir haben immer Wert darauf gelegt, außer dem Arbeitsausschuß, keine eigenständigen Strukturen zu schaffen, weil wir damit von vorneherein aus dem Verdacht rauskommen wollten, eine ostdeutsche Gewerkschaft gründen zu wollen."

Die praktische Erfahrung der Betriebsräte-Initiative in den vergangenen zwei Jahren beweist eindeutig:In den allermeisten Fällen, ist der Kampf gegen Massenentlassungen und Stillegungen zugleich ein Kampf gegen die sozialpartnerschaftliche Begleitung dieser Entlassung durch den Gewerkschaftsapparat. Daß der richtige Ansatz der Betriebsräte-Initiative, branchen- und länderübergeifend Solidarität und Widerstand gegen die Massenentlassungen der THA zu organisieren, von den Gewerkschaftsapparaten im wesentlichen nicht unterstützt, sondern **sabotiert** wurde, hat der THA und Kohl-Regierung manche Schwierigkeit erspart. Die Gewerkschaftsbürokratie hat ihre Rolle als Ordnungsmacht und Partner der Kapitalisten bei den historisch einmaligen Massenentlassungen in den fünf neuen Bundesländern voll ausgespielt. Selbst eine so harmlose Initiative wie die der ostdeutschen Betriebsräte war den gutbezahlten GewerkschaftsfunktionärInnen schon zu heiß . Sie haben abgewiegelt, abgewürgt, Belegschaften hängengelassen,Scheinkämpfe organisiert und unter der Hand verraten, die Rutsche in den zweiten Arbeitsmarkt mitgebaut, Lohnverzicht ausgehandelt und sich offen auf die Seite der Konzerne gestellt wie im Fall Bischofferode. Es paßt auch ins Bild, daß eine der Initiatorinnen der Spaltung der Betriebsräte-Initiative die Vorsitzende der IG-Medien Berlin, Constanze Lindemann, war. Die Lehre aus all dem kann unter anderem nur heißen, den selbständigen Belegschaftskampf gegen Massenentlassungen und Stillegungen zu fördern und zu unterstützen und die Kritik am Opportunismus der Gewerkschaftsapparate zu entfalten. Genau diese Lehre ziehen die ausgetretenen Betriebsräte aber nicht. Sie wollen mit ihrer neuen, reinen, elitären Interessengemeinschaft von Betriebsräten am liebsten wieder in den Schoß des Gewerkschaftsapparates kriechen. Es ist erst wenige Wochen her, daß Eberhard Wagner auf einer Diskussionsveranstaltung in demselben Leuschner-Saal in der Keithstraße aufmunterndes Verständnis für den Austritt von Kali-Kumpel aus der IGBE äußerte, ja drauf und dran war, sie zum Austritt aus der IGBE aufzufordern. Ich kritisierte damals seine Schwankungen und sprach mich für die Linie der oppositionellen Arbeit in den Gewerkschaften aus auf der Basis des selbständigen betrieblichen Arbeitskampfes. Jetzt ist Eberhard Wagner wieder beim Gegenteil seiner damaligen Linie gelandet.

Eberhard Wagner: Ab der 3. Konferenz hatte "ich mich nicht mehr so vor den Karren gespannt." Die Initiative hatte an der Intensivierung des Kampfes in Bischofferode "erheblichen Anteil." "Je präziser die Unterstützung für Bischofferode wurde, je mehr Hektik, desto undemokratischer waren die Entscheidungen für Aktionen und für die Aufrufe." "Wir Betriebsräte hatten überhaupt keinen Einfluß mehr auf die Gestaltung irgendeines Aufrufes, hatten auch keinen Einfluß mehr auf eine einzige Entscheidung eines Termins. Das wurde dann in der Betriebsräte-Initiative Sache der immer mehr Platz greifenden Nicht-Betriebsräte."

Häuptling große Wolke nimmt es nicht so genau mit der konkreten Wahrheit. Wahr ist, daß jeder Ostwind-Aufruf und jeder Termin der Aktionstage und der Aktionskonferenz mit dem Kali-Betriebsrat und dem Sekretariat des Arbeitsausschusses abgestimmt worden waren. Soll Eberhard Wagner einen einzigen Aufruf präsentieren, der nicht mit den Kali-Kumpeln und dem Sekretariat konsultiert worden ist! Er wird es nicht können. Der Kali-Betriebsrat ist Mitglied der Betriebsräte-Initiative. Nichts ist gegen seinen Willen passiert. Warum erkundigt sich Eberhard Wagner nicht vorher in Bischofferode, ehe er allgemein formulierte Unwahrheiten in die Welt setzt?! Die Aktionskonferenz ist bereits auf dem 3. Aktionstag in Bischofferode auf Ende Oktober festgesetzt worden (auf Wunsch von G.Jüttemann) und später vom Kali-Betriebsrat für den 30.10.93 bestätigt worden. Die Betriebsräte Dietmar Nosal und Angelika Schneider waren anwesend, als Constanze Lindemann wegen des kleinen, kurzen, harmlosen, wirklich nicht revolutionären Ostwind-Aufrufes zu eben dieser Aktionskonferenz ein lächerliches, peinliches, ja hysterisches Theater machte und es war dann nicht zuletzt ihrem vernünftigen Einfluß zu verdanken (und dem politischen Willen des Kali-Betriebsrates), daß dieser wichtige Aufruf doch noch gedruckt und verschickt werden konnte. Es stimmt einfach nicht, daß die Betriebsräte "überhaupt keinen Einfluß" mehr hatten. Ist der Kali-Betriebsrat etwa kein Betriebsrat?! Wenn Eberhard Wagner etwas weitab vom Schuß ist, da er auf vielen Hochzeiten tanzt und ein vielbeschäftigter Multifunktionär ist (jeden Montag und Dienstag der Woche ist er z.B. in Bonn mit Vorstandsarbeiten für die Bündnisgrünen beschäftigt), so berechtigt ihn das noch lange nicht, die Leute, die sich für die praktische Solidaritätsarbeit mit Bischofferode engagiert haben, einer undemokratischen Vorgehensweise zu bezichtigen.

Eberhard Wagner: Auf der Arbeitsausschußsitzung am 1. Dezember 93 sollen, so wurde berichtet, "75% der Anwesenden weder jemals Betriebsräte gewesen sein, noch heute in irgendeiner Form Betriebsräte sein, noch Betriebsräte mit Restmandat, sondern im wesentlichen Leute, die aus politischen Organisationen kommen, aus politischen Strömungen kommen, die sich zwar irgendwie solidarisch verstehen, die aber nicht den originären Ansatz von Betriebsräten, auf der Basis von Betriebsräten branchen- und länderübergreifend Solidarität zu schaffen (vertreten) und zwar mit dem ausschließlichen Ziel, gegen Arbeitsplatzabbau und Sozialabbau zusammenzustehen und dagegen was zu bewirken."

Zur Sitzung am 1. Dezember ist durch Angelika Schneider schriftlich eingeladen worden. Es existiert eine Liste der Eingeladenen und eine Anwesenheitsliste. Beide hätte Eberhard Wagner einsehen können, wenn er gewollt hätte. Er hätte dann erfahren, daß auf der Sitzung 31Personen anwesend waren, davon 12 aktive Betriebsräte und drei ehemalige Betriebs- bzw. Personalräte. Das sind nach Adam Riese ca. 50 Prozent. Das quantitative Verhältnis von Betriebsräten zu Nicht-

Betriebsräten ist natürlich nicht ganz unwichtig, wenn es sich um eine Betriebsräte-Initiative handelt, es ist aber falsch, dieses Kriterium zu hoch zu bewerten oder gar als einziges herzunehmen, um die Zusammensetzung und die politische Linie einer gesellschaftlichen Initiative gegen Massenentlassungen und Stillegungen zu beurteilen.Betriebsräte sind keine heiligen Päpste. Sie sind gegenüber den Belegschaften immer in der Minderheit, sie haben oft viel zu großen Respekt vor den Geschäftsführungen und zu wenig Kritik am Betriebsverfassungsgesetz. Da gibt es eine ganze Menge Opportunismus. Es gibt auch gelbe, unternehmerfreundliche Betriebsräte. Erwerbslose können sehr engagiert gegen Entlassungen kämpfen und Betriebsräte rühren manchmal keinen Finger für die Kollegen. Die 12000 Leute auf dem Solidaritätstag in Bischofferode waren zum großen Teil keine Betriebsräte. Von den 2000 angeschriebenen Betriebsräten sind nur wenige gekommen. Die Mehrheit der Menschen sind Nicht-Betriebsräte. Welchen Sinn macht es, den vorübergehenden Status eines Betriebsrates zu übertreiben? Der Kampf gegen Massenentlassungen, Stillegungen und Sozialabbau kann nicht auf der "Basis von Betriebsräten" erfolgreich geführt werden. Das ist eine wichtige politische Frage. Die Basis sind die Belegschaften, die wiederum zu differenzieren sind in Produktionsarbeiter, Angestellte, Facharbeiter, Hilfsarbeiter, Männer, Frauen, Deutsche, Ausländer, Junge, Alte usw. Betriebsräte können für einen Arbeitskampf eine wichtige Rolle spielen, den Interessen der Belegschaft nützen oder schaden. Sie können führen oder hemmen, ermuntern oder demoralisieren. Auf jeden Fall braucht eine kämpfende Belegschaft eine eigene Führung, ein Aktionskomitee, Sprecherrat oder dergleichen, die unabhängig vom Betriebsrat den Kampf leitet. Betriebsräte unterliegen der Schweige- und Friedenspflicht. An solche Fesseln kann sich ein Arbeitskampf nicht halten. Die Basis sind die Masse der Kolleginnen und Kollegen in der "eigenen" Fabrik, den anderen Betriebsstätten, auf dem 2. und 3. Arbeitsmarkt und die Erwerbslosen. Nur auf "der Basis von Betriebsräten" gegen Massenentlassungen und Stillegungen zu kämpfen ist ein bißchen wenig, ist eine zu schmale Basis.

Eberhard Wagner: "Betriebsräte verstehen sich nicht als Revolutionäre, verstehen sich nicht als Parteifunktionäre und wollen ... auch nicht erst eine Änderung der Gesellschaftsordnung, um dann wieder auf das Betriebsräteziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu stoppen, zurückzukehren."

Und was ist, wenn sich die Vernichtung von Arbeitsplätzen und ganzen Unternehmen bei Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise nicht stoppen läßt? Man kann die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Profitwirtschaft nicht trennen. Sie ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung dieses Wirtschaftssystems.

Eberhard Wagner und die anderen ausgetretenen Betriebsräte verschließen die Augen vor diesem objektiv vorhandenen Zusammenhang. Sie versuchen, harmlose Gemüter mit dem Wort "Revolutionär" zu erschrecken. Die Betriebsräte-Initiative hat in der Vergangenheit nun wirklich keine revolutionäre Politik gemacht. Man muß doch die Kirche im Dorf lassen. Das wäre doch mal was Neues, wenn sich Betriebsräte in Deutschland als Revolutionäre verstehen würden. Vielleicht wäre dann das Kali-Werk Bischofferode nicht geschlossen worden. Der ernste Kern dieser Auseinandersetzung um Revolution , Weltrevolution und das Machbare besteht darin, daß alle von den Betriebsräten in den vergangenen zwei Jahren eingesetzten und ausprobierten Protestmittel ihre Harmlosigkeit und Wirkungslosigkeit gegenüber der Härte des kapitalistischen Gegners erwiesen haben. Eberhard Wagner und die anderen ausgetretenen Betriebsräte sind mit ihrem taktischen Latein am Ende. Es hat nichts gebracht, mit Frau Breuel zu sprechen, nach Bonn zu fahren, mit dem Kanzler zu sprechen, mit Herrn Diepgen Kaffee zu trinken oder vor der Treuhand mal wieder zu demonstrieren. Gerade diese weitgehende Erfolglosigkeit der bisher eingesetzten Kampfmethoden gegen Massenentlassungen und Werksschließungen zwingt doch zum Nachdenken über radikalere Kampfmethoden wie echte Werksbesetzungen und politischen Streik gegen Stillegungen. Eine Werksstillegung zu verhindern verändert noch nicht das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das weiß jedes Kind. Es ist nur ein Teilkampf. Der Streit, wenn er einen Sinn haben soll, muß um die Frage der revolutionären (im Sinne von gesetzlich nicht erlaubten) Kampfmethoden gegen Massenentlassungen gehen. Diese Diskussion, die in der Betriebsräte-Initiative gerade erst am Beispiel Bischofferode beginnt, scheut aber unser tapferer Seemann. Warum so ängstlich?

Gerhard Peter: "Ich muß sagen, ich habe in der letzten Zeit die Zusammenkünfte nicht mehr so häufig besucht und bin jedesmal, wenn ich wieder hinkam, immer mehr erstaunt gewesen, daß von den ursprünglichen Zielen immer weniger übrig geblieben ist. Wir haben von Anfang an Unterstützer gehabt, die organisatorische Hilfe geleistet haben, die wir selbstverständlich dankbar angenommen haben, denn die Betriebsräte waren im wesentlichen ja damit beschäftigt, ihre Leute, ich will mal sagen, zu entlassen (!!), was immer das auch bedeuten möge... Und da waren wir sehr dankbar, daß wir Unterstützer hatten, die uns geholfen haben in organisatorischer Hinsicht, aber die Leitlinie der Politik der Initiative wurde grundsätzlich von den Betriebsräten getragen. Da wurde diskutiert. Selbstverständlich, und das war unser demokratisches Verständnis, hatten die Unterstützer bei uns auch Wort und Stimme, möchte ich fast sagen, wir haben nichts gemacht, was über deren Kopf hinwegging." "Seit Bischofferode hat sich die Situation tatsächlich sehr verändert." "Von Anfang an, von unserer ersten Betriebsräte-Initiative an, hat man am Rande der Konferenz schon so linke Chaoten gesehen, die versucht haben, sich da ein bißchen reinzuhängen, die waren aber absolut in der Minderheit." "In den letzten Zusammenkünften war also kaum noch ein Betriebsrat da, der sagen konnte, ich bin von meinen Kollegen gewählt und möchte in der Betriebsräte-Initiative meine

Meinung sagen. Das wurde total überstimmt. Die Richtung der Betriebsräte-Initiative ist eine völlig andere geworden,als ursprünglich in ihrem Ansatz war und wie sie in meinen Augen auch heute noch notwendig ist, sicher mit etwas anderen Zielen, früher waren das die Massenentlassungen im Osten, heute sind es die Massenentlassungen überall, im Osten weiter, aber auch in Westdeutschland Entlassungen in der gleichen Größenordnung. Deshalb ist eine Betriebsräte-Initiative oder eine Arbeitsgemeinschaft von Betriebsräten wirklich erforderlich, deutschlandweit, um dagegen gemeinsam Stellung zu beziehen, sich gemeinsam Kraft zu verschaffen, aber diese Aktivitäten dürfen nicht, ich möchte mal sagen, von linken Chaoten angeführt werden. Dagegen möchte ich mich im Namen meiner Kollegen wirklich echt verwahren. Ich will das mal ein bißchen definieren, was ich unter linken Chaoten verstehe. Sie alle kennen die Diskussion, die jetzt nach den Wahlen in Brandenburg um die PDS geführt worden sind. Ich bin früher bewußt nie in der SED gewesen, ich bin jetzt SPD Mitglied. Aber ich muß sagen, für mich ist die PDS, wenn ich die Leute, die jetzt in der Betriebsräte-Initiative die Politik bestimmen (betrachte), eine Partei der rechten Mitte im Verhältnis zu diesen Kollegen und zu den Äußerungen, die dort kommen."

Gerhard Peter ist noch nicht lange bei der SPD, aber er hat schon sehr schnell gelernt, politische Gegner als "linke Chaoten" zu diffamieren. Er führt auch nicht irgendwelche konkreten Äußerungen oder Handlungen an, dann könnte man sich ja damit auseinandersetzen, er übernahm auf der Pressekonferenz die Rolle des Schlammschmeißers. Das macht ihm Freude.Die Richtung der Betriebsräte-Initiative ist nicht eine völlig andere geworden im Verhältnis zur Gründungszeit. Was sich seit dem Sommer 1993 (genauer gesagt, seit der 3. Konferenz) geändert hat ist der stärkere Praxisbezug der Initiative. Die beiden Arbeitskämpfe bei Belfa und in Bischofferode erforderten zum erstenmal wirkliche praktische Solidarität. Vorher ist nur protestiert worden, vor der THA und in Bonn.Betriebliche Solidarität zu organisieren war das Anliegen der Initiative und genau das haben die Unterstützer gemacht, diese "linken Chaoten", gemeinsam mit einigen Betriebsräten bis zur Septembersitzung des Arbeitsausschusses in der Karl-Lade Straße. Als Constanze Lindemann und ihr PDS-Anhang die Abstimmung über den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung von Betriebsräte-Initiative und Kali-Batriebsrat, die ich eingebracht hatte, mit 16:6 bei 2 Enthaltungen verloren, begannen sie einen systematischen Kampf gegen die Mehrheit des Arbeitsausschusses, der schließlich bis zur Spaltung führte. In völlig undemokratischer Weise scherten sie sich einen Dreck um die Mehrheitsverhältnisse, brachen zuletzt noch den Beschluß der Weiterführung der Diskussion und traten aus. Im September konnten sie es nicht ertragen, daß die Mehrheit es für völlig in Ordnung fand, das Bedauern und Zurücknehmen des "Hobbyterrorismusvorwurfes" von Heiner Brodhun auch in einer Erklärung auszudrücken und im Dezember ging ihnen das "Heuchler"-Flugblatt zu sehr auf die Nerven. Dazu später. Inhaltlich treffen hier zwei entgegengesetzte Auffassungen über die Taktik von Arbeitskämpfen gegen

Werksschließungen aufeinander und damit verbunden entgegengesetzte Haltungen zur Rolle der Solidarität. Darf Solidarität kritisch sein, ja muß sie es, wenn ein Arbeitskampf auf opportunistische, legalistische Weise in die Niederlage geführt wird? Soll man reaktionären Verleumdungen widersprechen oder kuschen, weil es sich um einen befreundeten Betriebsrat handelt? Dieser Streit wird jetzt politisch als Streit um die Bewertung des Arbeitskampfes in Bischofferode weitergeführt. Bischofferode steht für den Bankrott einer völlig legalistischen Taktik. Die Kali-Kumpel haben verloren, weil sie die bürgerliche Peine-Linie "Es muß rechtlich alles in Ordnung sein" nicht zu überschreiten wagten. Ohne Streik und ohne echte Werksbesetzung blieb ihr Druck zu gering. Aber solche Lehren aus der Niederlage von Bischofferode sind für den Sozialdemokraten Gerhard Peter schier undenkbar, da sie ja schon wieder weit links von der PDS angesiedelt sind. Vielleicht beschäftigt er sich mal mit dem Bergarbeiterstreik in England im Jahre 1972 oder mit Werksbesetzungen in Frankreich in den siebziger Jahren oder zuletzt mit dem Kampf bei Air France - alles links von der PDS. Wie schrecklich!

Eberhard Wagner: "Ich habe gedacht, der Kampf in Bischofferode schweißt die Initiative nochmal zusammen, gruppiert die Betriebsräte nochmal enger, aber es ist genau das Entgegengesetzte passiert. Es sind linke Splittergruppen darein, Deportierte, die dann praktisch mit Masse die Betriebsräte wirklich rausgedrängt haben." "Der Hartmut Sonnenschein, die Ingrid Häussler, der Peter Wand, Manfred Scharoun, das sind wirklich engagierte Leute, das sind noch heute gestandene Betriebsratsvorsitzende, so wie ich auch, ich bin Land Betriebsratsvorsitzender der Deutschen Seereederei."

Eberhard Wagner war zwar seit dem Herbst bei keiner Arbeitsausschußsitzung mehr dabei, aber das hindert ihn in keinster Weise daran, wüstes Seemannsgarn zu spinnen. Seit der Septembersitzung ist jede Einladung zum Arbeitsausschuß entlang einer schriftlich festgelegten Liste vorgenommen worden, die auf der Septembersitzung sogar jedem Anwesenden als Kopie in die Hand gedrückt worden ist. Es konnte also jeder gegen die angebliche massenhafte Einladung von Deportierten linker Splittergruppen Protest erheben - das Problem ist nur, es gab sie nicht. Eberhard Wagner muß diese Einladungsliste kennen. Constanze Lindemann hat sie gegenüber Angelika Schneider, die die Einladungen praktisch durchführte, mindestens einmal bestätigt. Niemand hat gegen diese Einladungsliste protestiert. Die Einzuladenden schriftlich und öffentlich festzulegen - sieht so eine "Unterwanderung" aus?

Wolfgang Kibbel: "Ich denke, der Ort hier gibt schon ein Zeichen, in welcher Richtung wir gedenken, die neue Initiative weiterzuentwickeln." Wir müssen die Gespräche mit den Gewerkschaften intensivieren. Wir wollen mit den einzelnen Gewerkschaften zusammenkommen. "Wir sind auch nicht willens, wie der Betriebsratsvorsitzende von

Priamos (Michael Müller) immer sagte, die Weltrevolution zu machen. Wir orientieren uns lieber an dem Machbaren." "Die Revolution im Weltmaßstab kommt sowieso nicht, während wir hier die Möglichkeit haben, Konzepte zu entwickeln, zusammen mit den Gewerkschaften vor Ort."

Viel Spaß beim Konzepte entwickeln! Und hinterher das Stapeln und Abheften nicht vergessen! Und immer fein brav an das Machbare denken! Als ob es nicht schon genug ausgearbeitete Konzepte gäbe, die alle daran scheitern, daß die Wirtschaft in einem staatsmonopolistischen System nun mal nach ganz anderen Spielregeln abläuft, als reformfreudige Betriebsräte und GewerkschafterInnen sich das vorstellen. Michael Müller hat immer dann angefangen, von der "Weltrevolution" zu reden, wenn er einen kämpferischen Vorschlag für die oder jene Sache abwürgen, niedermachen wollte. Interessanterweise waren es immer die hartgesottenen Reformisten, die Michael Müllers Spruch "...die Weltrevolution machen wir eine halbe Stunde später" im Munde führten. Wie man sieht, beschäftigt Wolfgang Kibbel dies Problem selbst noch bei seinem Austritt. War da nicht 1989 auf dem Alexanderplatz etwas, am 4.November? Ist da nicht erst kürzlich ein Staat zusammengebrochen? Wurden da nicht in der Betriebsräte-Initiative von den Machbarkeitsfanatikern, die in Wirklichkeit gar nicht soviel machten, Wunschreden über einen neuen Flächenbrand gegen die Treuhandpolitik gehalten? Massenbewegungen und Revolutionen hat es in der Geschichte der Menschen schon immer gegeben. Was soll daran schlecht sein? Wolfgang Kibbel und Michael Müller halten die demokratische Umwälzung in Ost- und Mitteleuropa in den Jahren 1989/90 vielleicht für eine Revolution. Na also! Der Pfarrer Christian Führer aus Leipzig redet öffentlich über die Notwendigkeit einer "zweiten Revolution". Er hat vom westlichen Kapitalismus die Nase voll. Was das "Machbare" angeht, da gab es früher einen lockeren Spruch: "Revolution ist machbar - Herr Nachbar". Scherz beiseite. Es gibt tatsächlich Leute, die schreiben erst hausbackene Reformartikel im "Neuen Deutschland" über "Machbare Ziele oder Weltrevolution ?" und schreiten anschließend zum Grab von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - zum Blumen niederlegen.

Constanze Lindemann verlas zwischendurch ein Solidaritätsschreiben von Jürgen Völckerling, Sprecher des Thüringischen Aktionsbündnisses. Hier die wichtigsten Passagen:
"Das Thüringische Aktionsbündnis unterstützt den Schritt, den die Betriebsräte der ehemaligen Initiative ostdeutscher Betriebsräte und Personalräte gehen wollen. Nach unserer Auffassung ist die Trennung von sogenannten Unterstützern notwendig, da eine totale Vereinnahmung sowie eine Benutzung für fremde Interessen erkennbar war und ist." (Woher weiß der das nur, wo er doch kein einziges Mal in der Betriebsräte-Initiative anwesend war?) "Das ureigenste Interesse der Arbeitnehmervertreter kann nur sein, sich auf verfassungsmäßiger Grundlage für Beschäftigungsperspektiven und soziale Sicherheit

einzusetzen." (Und wenn das keinen Erfolg zeitigt?) "Dazu sind Aktionen Betroffener im Bündnis notwendig. Sektiererei und Systemdebatten gefährden aber den sozialen Konsens. Dieser wiederum ist Grundlage für eine Sozialisierung und Demokratisierung dieser Gesellschaft. Gemeinsames kraftvolles Handeln aller demokratischen Kräfte werden gebraucht, damit ein Umdenken bei den Regierungsverantwortlichen erreicht werden kann. Die Bonner Regierungspolitik zielt unaufhörlich auf die Zerstörung des Sozialstaates. Die Überforderung ist unübersehbar: es ist fünf vor zwölf. Wir müssen die Kraft der Massen zusammenführen und für eine Wende in der Politik demonstrieren und wirken. Es ist fatal, wenn die Vereinigung Deutschlands ein Ausgangspunkt für die Zerstörung des Sozialstaates Deutschland ist. Der politische Anspruch der Wiedervereinigung muß sich in der sozialen Wirklichkeit bewähren. Dazu brauchen wir den breiten Konsens. In diesem Sinne müssen Arbeitnehmer, das sind Betriebsräte, Gewerkschaften, Bürgerinnen und Bürger zusammenstehen."

Das Thüringer Aktionsbündnis hat ganz verfassungsgemäß bei der Rettung der bedrohten Betriebe DKLF Zella-Mehlis und Kali-Werk Bischofferode - versagt.Eine echte Werksbesetzung, ein radikaler Betriebskampf nach englischem und französischem Vorbild, ein politischer Solidaritätsstreik anderer Betriebe mit den zum Sterben verurteilten Werken DKLF und Bischofferode,einen wirklich kämpferischen Druck auf die THA und die Landesregierung Vogel auszuüben, eine solche Taktik zu propagieren und zu organisieren, haben Jürgen Völckerling und Bodo Ramelow wohlweislich unterlassen. Das könnte ja den "sozialen Konsens" gefährden. Nur nicht über das System debattieren! Da könnte vielleicht noch jemand dahinter kommen, daß die Massenentlassungen und Werksstillegungen etwas mit dem System des Kapitalismus zu tun haben.Immer schön brav der Obrigkeit gehorchen und die Verfassung anbeten. Das Thüringer Aktionsbündnis wird ab dem Frühjahr 1994 beginnen, 300000 Unterschriften für ein Volksbegehren zur Änderung der Wirtschaftspolitik in Thüringen zu sammeln. Na denn mal los! Da wird ganz verfassungsgemäß - nichts bei rauskommen. Hoffentlich regnet es nicht soviel in diesem Frühjahr. Da könnte ja die Tinte zerlaufen und dann kann der Wirtschaftsminister vielleicht die Unterschriften nicht mehr lesen. Wäre das nicht fürchterlich? Man muß es verstehen, den legalen mit dem nichterlaubten Kampf zu verbinden, in geschickter Weise Gesetze einzuhalten und in bestimmten Situationen eben nicht mehr einzuhalten. Wer die Arbeitskämpfe sklavisch an die bestehenden bürgerlichen Gesetze binden will, verurteilt die Arbeiter zur permanenten Niederlage. Wem dient so etwas?

Eberhard Wagner: zu dem "Heuchler-Flugblatt": "Das kann doch nicht wahr sein! So einen Schwachsinn wird niemals ein Betriebsrat schreiben!"
Peter Hartmann zu Martin Clemens: "Ich war betroffen, als ich das in die Hand bekam. Ich war an dieser Montagsdemo nicht dabei. Hier werden Gewerkschafter, IG-Metall Leute als "Heuchler"bezeichnet. Du weißt, daß ich auch ein sehr gespanntes Verhältnis

zur IG-Metall habe, unstrittig...Gleichzeitig haben wir immer in allen Diskussionen gesagt: Wir müssen mit den Gewerkschaften. Wir verstehen uns nicht als Gegengewerkschaft...unser Hauptanliegen war immer mit den Gewerkschaften. Die IG-Metall macht da eine Montagsdemo, stellt die Lautsprecher zur Verfügung, und Du verteilst - unter anderem auch unter meinem Namen-, ein Flugblatt, in dem Du diese Leute als"Heuchler" verunglimpfst. Ich distanziere mich hier eindeutig von diesem Flugblatt und ich frage Dich ganz konkret, wer hat Dich autorisiert, so ein Ding rauszugeben?"
Martin Clemens: "Der Arbeitsausschuß". (Aufregung im Saal)." Nehmt doch mal inhaltlich Stellung dazu. Das war doch eine unsägliche Veranstaltung vorm Roten Rathaus. Die haben 20 Minuten den Diepgen reden lassen, der ist nur ausgepfiffen worden. Das war doch eine Verarschung der Leute da."

Eberhard Wagner: "Das Flugblatt ist mit diesem Text auf keiner Arbeitsausschuß Sitzung diskutiert worden. Ich habe damit nichts zu tun gehabt. Ich empfinde das als tiefe Verunglimpfung und ich weiß, daß niemals, zu keiner Zeit, ein Betriebsrat so ein Flugblatt entwerfen und mittragen würde. Das ist auch der entscheidende Grund, warum ich gesagt habe: Schluß! Aus! Und mein Betriebsrat von mir verlangt hat, dieses Engagement, in dieser Form, in dieser politischen Richtung, mit diesen Sachen - Nicht mehr!

Das "Heuchler"-Flugblatt ist ein Denunziationsflugblatt. Es beleuchtet die alltägliche Beratungspraxis der IG-Metall in Berlin. Der Osram-Wedding-Betriebsrat und die Belegschaft sind von dem IG-Metall-Sekretär Uwe Hecht sehr schlecht beraten, ja betrogen worden, als dieser einen Interessenausgleich vorlegte, in dem die erwünschte Anzahl der Entlassungen gleich enthalten war. Ist es etwa die Aufgabe von Betriebsräten, die Entlassung der eigenen KollegInnen selbst vorzuschlagen? Das Flugblatt berührt einen Nervpunkt der ganzen Entlassungsproblematik und der Rolle von Betriebsräten dabei. Nach zwei Jahren Betriebsräte-Initiative solch ein Theater um dieses Flugblatt! Endlich sind wir beim Kern der Dinge angekommen. Die ausgetretenen Betriebsräte drücken sich um eine inhaltliche Stellung zu dem Osram-Problem herum. Herausgegeben wurde das Flugblatt von der Ostwind-Redaktion, die wiederum auf der vorletzten Arbeitsausschußsitzung in ihrer politischen Kompetenz bestätigt worden war. Das Flugblatt greift den gewerkschaftlichen Opportunismus an einem konkreten praktischen Beispiel an. Es fordert weder zum Austritt aus den Gewerkschaften aus, noch zur Gründung von Gegengewerkschaften, noch ruft es zur RGO auf. Nichts von alledem. Es enthüllt nur, wie Uwe Hecht die Interessen der KollegInnen bei Osram-Wedding verrät. Ob man das öffentlich kritisiert oder bemäntelt, deckt und verteidigt - das ist allerdings eine grundsätzliche Auseinandersetzung für aktive GewerkschafterInnen und Nichtgewerkschafter, die ernsthaft und mit Engagement gegen Entlassungen kämpfen wollen.

Ostdeutsche Initiative von Betriebs- und Personalräten gespalten

Machbare Ziele oder „Weltrevolution“?

Von JUDITH DELLHEIM

Auf der Protestkundgebung gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau vor dem Berliner Roten Rathaus am Montag letzter Woche wurden Flugblätter verteilt, darunter auch der „Ostwind“, die „Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative“. Diese nennt in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember 1993 die „Berliner IG-Metall Führung“, die Organisatorin der Protestaktion, „Heuchler“ und ruft den Betroffenen „Gemeinsam seid ihr stark!“ zu (Die traditionsreiche Losung heißt „Gemeinsam sind wir stark!“). Das Blatt wurde nicht im Arbeitsausschuß der Initiative ostdeutscher Betriebsräte diskutiert und hat engagierte Gewerkschaftsmitglieder zornig gestimmt. Angehörige der Initiative distanzierten sich von dieser „Ostwind“-Ausgabe.

Allein diese Tatsachen werfen zumindest zwei Fragen auf: Was ist los in der ostdeutschen Betriebsräteinitiative, auf die viele Menschen Hoffnungen gesetzt haben? Welcher Stil ist geeignet, um notwendige Kritik an Gewerkschaftsfunktionären zu üben und Gewerkschaftsmitglieder für Aktionen zu motivieren? Die ostdeutsche Initiative von Betriebs- und Personalräten ist in einer Krise, die das Ende ihrer Existenz, zumindest ihrer bisherigen Daseins- und Arbeitsweise, bedeuten kann.

Die Ursachen dafür sind verschiedenartig: Wenn Betriebe „abgewickelt“, „verschlankt“ oder „filetiert“ werden, fliegen Beschäftigte, darunter aufmüpfige Betriebsräte, auf die Straße. Wenn der Hauptschwerpunkt einer Initiative die Auseinandersetzung mit der Treuhandpolitik ist, schwinden die Beratungsmöglichkeiten für Betriebsräte nach erfolgter Betriebsprivatisierung. Wenn die Gremien-Beratungen zunehmend von Menschen bestimmt werden, die zwar keine Betriebsräte und zumeist auch nicht in einem Betrieb beschäftigt sind, aber den Betroffenen den „Weg aus dem Kapitalismus weisen wollen“, bleiben Betriebsräte eben oftmals einfach weg. Sie setzen sich jetzt „machbare Ziele, nicht die Weltrevolution“, wie Wolfgang Kibbel, Betriebsratsvorsitzender bei Alcatel SEL RFT Berlin, sagte.

So bilden nun Betriebs- und Personalräte, die über das Mandat ihrer Belegschaften verfügen, Kampfmaßnahmen für Arbeitsplätze zu beschließen, die Minderheit in den Arbeitsausschuß-Beratungen.
Daher kann dieses Gremium keine tatsächlich wirksame Kraft für die Organisation von sozialem Widerstand sein. Für diesen aber ist insbesondere eine branchen- und länderübergreifende Kooperation von Belegschaften notwendig, wie das Thüringer Aktionsbündnis „Thüringen brennt“ zeigt.

Die schnelle Reaktion dieses regionalen Bündnisses von Betriebs- und Personalräten sowie der ostdeutschen Betriebsräteinitiative auf die Bischofferoder Ereignisse veranlaßten die Einzelgewerkschaften und den DGB im Land Thüringen zu handeln. Hinzu kamen bemerkenswerte Aktivitäten von einzelnen Gewerkschaftsfunktionären, vor allem vom HBV-Landesvorsitzenden, der zu zivilem Ungehorsam aufrief.

Der Basisdruck hat die breite gewerkschaftliche Unterstützung für das Aktionsbündnis hervorgebracht. Diese bröckelt ab, wenn die Aktionen „5 vor 12“ auf Thüringen beschränkt bleiben und die Solidaritätsbewegung mit Bischofferode keinen neuen Aufwind erhält. Das wäre verheerend, denn es geht um menschliche Schicksale sowie um Druck auf die herrschende Politik.

Gerade deshalb ist die schnelle Entseheidung über die Zukunft der ostdeutschen Betriebsräteinitiative so außerordentlich wichtig. Revolutionäre Reden, Diffamierungen, Belehrungen und Zensuren für Betroffene bringen wenig Nutzen für die Organisation von Kampfaktionen.

Die Geschichte der Linken hat schon viel zu häufig gezeigt, daß Missionieren, Machtpolitik und Kungelei das Ziel in immer weitere Ferne rücken. Der Zweck heiligt nicht die Mittel, sondern gibt sie vor: Demokratisch und solidarisch mit den Betroffenen um die Menschenrechte für jede und jeden streiten. Demokratisch wirken heißt transparent arbeiten.

Investitionen beschnitten

Neue Raffinerie in Leuna wird kleiner

Hamburg (ADN). Die geplante neue Erdöl-Raffinerie in Leuna im Bundesland Sachsen-Anhalt wird voraussichtlich für eine geringere Kapazität ausgelegt als ursprünglich vorgesehen. Nach Zeitungsinformationen wird der Jahresdurchsatz der Veredlungsanlage, die Ende 1996 fertig sein soll, nur sieben statt zehn Millionen Tonnen Erdöl betragen.

Das Investitionsvolumen soll von 4,3 auf 3,7 bis 3,8 Milliarden Mark gekürzt werden. Ein Sprecher des französischen Elf-Konzerns, der die Großraffinerie bauen und betreiben wird, räumte in dieser Woche erstmals öffentlich ein, daß man „über eine Reduzierung des Projekts nachdenkt“. Damit solle Partnern, denen bisher das Risiko zu hoch war, der Einstieg in den im nächsten Frühjahr beginnenden Neubau erleichtert werden.

VERO-Spielzeug ging in Konkurs

Marienberg (ADN). Wenige Tage vor dem Heiligen Abend erlischt im Erzgebirge eine über 100jährige Tradition. Der deutschlandweit größte Hersteller von Spielzeug-

Bernd Gehrke *
Berlin, den 26.2.1994

Das Ende der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative und die Etablierung der PDS als Ordnungsmacht

Am 17. Dezember 1993 haben sieben Betriebsräte der Initiative Ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute auf einer Pressekonferenz in Berlin öffentlich ihren Austritt erklärt.

Die Initiative wurde im Februar 1992 in Berlin gegründet und hatte trotz der relativ geringen aktiven Teilnahme von Betriebsräten mit ihren Aktionen für ziemlichen Wirbel bei Gewerkschaften und Bonner Politiker/innen gesorgt. So wurden ca. 300 Betriebsräte von den Bundestagsfraktionen und eine Delegation sogar von Kanzler Kohl zum Gespäch empfangen. Auf ihrer 1. ostdeutschen Konferenz vertraten die Betriebsräte etwas mehr als 100 000 abhängig Beschäftigte.

Während der Pressekonferenz wurde der Vorwurf erhoben, daß sich in der Initiative "linke Chaoten" breit gemacht hätten, die mit den ursprünglichen Zielen der Initiative nichts mehr zu tun haben würden. Die verbreitete Presseerklärung wies u.a. darauf hin, daß es in der Vergangenheit ein Ziel der Initiative gewesen war, für ihren branchenübergreifenden Kampf gegen die arbeitsplatzvernichtende Politik der Treuhandanstalt die Unterstützung der Gewerkschaften zu erhalten, was aber nur in Ansätzen gelungen sei. Im Text der Presseerklärung heißt es dann: "Die so beschriebene 'Berliner und ostdeutsche Betriebs- und Personalräteinitiative' gibt es nicht mehr. Einige der Unterstützer haben sich verselbständigt und benutzen völlig unabhängig von den verantwortlichen Betriebsräten den Namen der Initiative und des 'Ostwind', um ihre eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen. Es werden daher jetzt unter dem Namen der Initiative überwiegend Forderungen erhoben, die nicht mehr mit dem... (ursprünglichen) Ansatz... übereinstimmen."

Die Pressekonferenz hat gezeigt, daß mit der letzten Formulierung ein Flugblatt der von der Betriebsräteinitiative herausgegebenen Zeitung 'Ostwind' gemeint war. Dieses Flugblatt war mit der Überschrift "Heuchler" am 6. Dezember erschienen und kritisierte die doppelzüngige Politik der Berliner IG Metall, die an diesem Tag eine Demonstration gegen den Arbeitsplatzabbau veranstaltete. Bei dieser Demonstration vor dem Roten Rathaus durfte obenhin auch noch der Regierende Bürgermeister ausgiebig reden, wofür er allerdings von den anwesenden Belegschaften gnadenlos ausgepfiffen wurde.

Der folgende Text ist die ungekürzte Fassung meiner Replik auf einen Artikel Angela Kleins in der "Sozialistischen Zeitung/SoZ" im Januar 1994. Die Replik erschien Ende Februar in der Nummer 4 der SoZ. Die SoZ wird von der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) herausgegeben, einem Zusammenschluß von Anhängern der 4. Internationale um den bekannten Trotzkisten Ernest Mandel mit ex-Anhängern der aufgelösten maoistischen KPD/ML. Das bekannteste Mitglied der VSP ist als langjähriger ehemaliger Chefredakteur der IG Metall-Zeitung "Metall" heute im PDS-Vorstand für Gewerkschaftspolitik zuständig. Die VSP hat beschlossen, Wahlkampf für die PDS zu machen.
Dem Artikel Angela Kleins voraus ging bereits ein Artikel der stellvertretenden Landesvorsitzenden der PDS Berlin zu den Auseinandersetzungen in der Betriebsräteinitiative, der am 20. Dezember 1993 unter dem bezeichnenden und demagogischen Titel "Machbare Ziele oder 'Weltrevolution'" im "ND" erschien. Demagogisch insofern, weil in der gesamten Zeit der Tätigkeit der Initiative niemand über Revolution oder irgendetwas dieser Art diskutiert hatte. Das Wort "Weltrevolution" gehörte vielmehr zum Lieblingsspruch eines Berliner Betriebsratsvorsitzenden, der immer dann, wenn es um die Diskussion einer konkreten Aktion ging, sagte, "die Weltrevolution machen wir lieber eine halbe Stunde später". Insofern war auch die Übernahme dieses Spruches als Titel bezeichnend.

Die ostdeutsche Betriebsräte-Initiative ist in Unfrieden verschieden. Jetzt stricken wie üblich die Kontrahent/innen an ihren Mythen. Auch der Artikel Angela Kleins "Die 'Avantgarde' am Werk" in der SoZ-Nr.2/1994 strickt mit – am Mythos des PDS-dominierten Blocks.

Bereits der Titel ihres Artikels signalisiert die Schuldigen am Kaputtgehen der Betriebsräte-Initiative und der Text verrät, daß damit vor allem ("z.T." schreibt sie) ex-maoistische Missionare gemeint sind, die als außerbetrieblich tätige Unterstützer/innen in der Initiative mitgearbeitet und nun die Betriebsräte vergrault

haben. Wenn auch verschämt, erwähnt sie in ihrem Artikel immerhin, daß die Ausgetretenen im Arbeitsausschuß der Initiative die Minderheit waren. Doch was bedeutet ihr Hinweis, es sei über die Probleme gar nicht ausführlich diskutiert worden? Und vor allem: Wie sollte durch die über "Oberwasser" verfügenden außerbetrieblichen Aktivist/innen die unterstellte antikapitalistische Einschwörung der Initiative erfolgt sein, wenn nicht einmal über die Gewerkschaften ausführlich diskutiert wurde, wie sie ja schreibt? Nach so vielen Unterstellungen und Unklarheiten um die wirklichen Vorgänge ist zu fragen, was wirklich los war?

Schon der Titel läßt an der Ernsthaftigkeit des Artikels zweifeln. Denn der Vorwurf, als "Avantgarde" zu wirken, mag ja bei einer anderen Quelle nachvollziehbar sein. Aus der Feder der Redakteurin einer Zeitung, die sich auf Lenin und Trotzki als Ahnherren stützt, ist er entweder albern oder – demagogisch.

In der Tat kommt dieser Vorwurf ursprünglich auch aus einer anderen Quelle. Er entstammt dem bereits am 20. Juli 1993 in der Zeitung "express" erschienenen Artikel "Ostdeutsche Betriebsräteinitiative vor dem Ende?" von Martin Jander und Stefan Lutz. Diese ausdrücklich antisozialistischen Autoren, die offenbar der Partei Bündnis 90/GRÜNE nahe stehen, rechneten umstandslos auch alle diejenigen in der Initiative zu den "Avantgardisten", die außerhalb der PDS für den "wahren Sozialismus" streiten wollten. Gemeint waren also alle unabhängigen Linken, gleich welcher Art und ohne Unterscheidung ihres Politikverständnisses, insbesondere diejenigen, die in der Initiative für eine kämpferische Politik eintraten. In einem kurzen Rundumschlag wurden denn auch mal eben Komitees für Gerechtigkeit, MLPD (eine Partei, die heute noch Stalin im Wappen trägt) und das Bündnis Kritischer Gewerkschafter/innen Ost/West (eine informelle Gruppierung kritischer Gewerkschafter/innen unterschiedlicher politischer Orientierungen) in eine Reihe gestellt.

In gleicher Weise verfährt nun auch Angela Klein mit ihrem Angriff auf die "Avantgardisten", die natürlich immer "die anderen" sind.

Bereits Jander/Lutz warfen auch den "avantgardistischen" Unterstützer/innen vor, diese hätten die Betriebsräte vertrieben. Das war also ein halbes Jahr bevor nun Angela Klein diese Vorwürfe neu konstruiert hat.

Viele Wertungen, aber wenig Konkretes bringt der Artikel Kleins. Als einzigen Beleg für die Übeltaten der Mehrheit im Arbeitsausschuß führt sie das "Heuchler"-Flugblatt an und daß man sich ergebnislos an die Bevölkerung gewandt habe. Sie erwähnt jedoch weder den in diesem Flugblatt kritisierten Skandal, daß die IG Metall einem Betriebsrat geraten hat, die Entlassung von 243 Beschäftigten von sich aus als Vergleich mit dem Unternehmen anzubieten. Noch, daß dieses Flugblatt in dieser umstrittenen Form nur ein "Gegenputsch" des in der "Ostwind"-Redaktion verkörperten Gegenpols der Auseinandersetzungen war.

Den Charakter eines Gegenputsches erfüllte dieses Flugblatt insofern, als daß es nicht nur mit seinem Inhalt, sondern vor allem mit der Überschrift "Heuchler" die offene Konfrontation mit der Politik der Gewerkschaftsführung suchte. Herausgegeben wurde es jedoch als Publikation und im Namen einer Initiative, deren Selbstverständnis und prägendes Handeln seit ihrer Gründung die Suche nach Kooperation mit ihr war. Insofern war dieses Flugblatt ein Bruch mit dem bisherigen Selbstverständnis, praktisch jedoch mit denen in der Initiative, die weiterhin auf Kooperation und erst recht mit denen, die gar auf Integration setzen wollten.

Vorhergegangen war jedoch der gescheiterte Putsch des PDS-dominierten Blockes. Er bestand in dem Versuch, statt der zum 1. Dezember vereinbarten Diskussion über die Perspektive und das Selbstverständnis der Initiative, die als wesentlich von Betriebsräten getragene Initiative faktisch kaum noch existierte, in ultimativer Form die Selbstenthauptung des Arbeitsausschusses und des "Ostwind" zugunsten eines neuen, "authentischen" Betriebsrätegremiums zu fordern, das aber faktisch von der PDS beherrscht würde. Die von der Pro-PDS-Fraktion für dieses neue Gremium genannten Betriebsräte hatten sich aus unterschiedlichen Gründen z.T. schon lange nicht mehr an der Arbeit der Initiative beteiligt, wurden dann aber für die Spaltung herbeiorganisiert. Deren Namen verdeutlichten zugleich die gewerkschaftspolitische Stoßrichtung der mit dem neuen Gremium angestrebten Lösung: die Integration der Initiative als Arbeitskreis des DGB, in dem sich "ausschließlich" Betriebsräte mit strukturpolitischen und regionalpolitischen Konzepten beschäftigen sollten. Doch von Anfang an stehen hinter diesen, nun vor der Presse agierenden Betriebsräten eine Reihe

ungenannter Unterstützer/innen, die nach erfolgter Installation im DGB auch offiziell die "richtige", "vernünftige" Unterstützung geben werden.

Die *Kombination* dieses nicht eben kämpferischen, aber auch für Teile der Mehrheit diskussionswürdigen Ansatzes, mit der eindeutigen Machtpolitik der PDS und der erpresserischen Form, hatte bei allen, die nicht in dieses Vorhaben eingeweiht waren, große Empörung hervorgerufen. Deshalb wurde dieser Antrag des PDS-Blockes kleinlaut zurückgezogen, statt abgestimmt.

Erst die Machtpolitik der PDS, die einsetzte, als seit der 3. Konferenz ostdeutscher Betriebsräte am 19.Juni 1993 bei verschiedenen Anlässen deutlich wurde, daß sich die sehr heterogene Mehrheit im Arbeitsausschuß nicht einfach funktionalisieren lassen würde, hat dazu geführt, daß sich eine Gegentendenz auch zum Gegenpol entwickelte.

Im Ergebnis der von der PDS systematisch betriebenen Zuspitzung und Konfrontation scheint dieser Gegenpol um die "Ostwind"-Redaktion seine Zukunft nun allerdings auch tatsächlich auf das Mißverständnis gründen zu wollen, der fehlende Eifer von Missionaren sei Ursache der Niederlagen ostdeutscher Arbeitskämpfe. Das wäre dann wieder einmal eine sich selbst erfüllende Prophezeihung. Die sehr unterschiedlich zusammengesetzte, "Mehrheit" ist nach der Spaltung jedenfalls zerfallen.

Die von Angela Klein dargestellte Spaltungs-Konstruktion außerbetriebliche Unterstützer/innen versus Betriebsräte ist eine Mär. Die Zahl der ausgetretenen ist nicht größer, als die bei der Spaltung nicht ausgetretenen Betriebsräte. Vor allem läßt sie außeracht, daß die gesamte Arbeit im Arbeitsausschuß sich seit dem Frühjahr 1993 auf nur noch wenige aktive Betriebsräte stützte und vor allem durch die Unterstützer/innen getragen wurde. Die Unterstützer/innen waren auch nicht nur außerbetrieblich tätig, sondern Betriebsangehörige, Erwerbslose, wechselnd Beschäftigte, wissenschaftliche Mitarbeiter/innen.

Zweimal bewies die Initiative jedoch noch ihre praktische Existenz als überregionale Initiative von Betriebsräten: das war die 3. Konferenz, und die Mobilisierung von Solidarität für die Arbeitskämpfe bei Belfa (Batteriefabrik in Ostberlin) und in Bischofferode.

Angela Kleins Darstellung läßt aber vor allem die organisierende Rolle der außerbetrieblich tätigen Unterstützer/innen der ausgetretenen Betriebsräte in diesem Konflikt unerwähnt! An ihrer Spitze der Gewerkschaftschef der PDS, aber auch die stellvertretende Vorsitzende der PDS-Berlin, dazu noch abgewickelte DDR-Friedensforscher oder staatstreue DDR-Pfarrer – von denen einer ebenso PDS-Bundestagskandidat ist, wie einer der die Presseerklärung unterzeichnenden Betriebsräte, der in Wahrheit nur noch ein ehemaliger, d.h. abgewickelter Betriebsrat ist, wie auch Angehörige der Mehrheit. Ebenso wird verschwiegen, daß die Unterschrift eines Betriebsrates zu unrecht unter die Presseerklärung gesetzt wurde.

Daß sich auf diesem politischen Pol der Auseinandersetzung ebenfalls ex-Maos befinden, soll als an sich unwichtiger Punkt nur noch nebenbei erwähnt werden, weil er in Angela Kleins Darstellung offenbar als Würze mit eingestreut wurde, um den "Kundigen" die richtige Richtung zu weisen.

Die Konflikte in der Betriebsratsinitiatve waren in Wirklichkeit wie immer mehrschichtig. Zunächst gab es auch keine festgefügten Fronten. Die Mehrzahl der Betriebsräte und Unterstützer/innen war parteilos. Bei den Betriebsräten überwog das sozialdemokratische Element, obgleich von CDU bis MLPD alles vorhanden war. Die Unterstützer/innen waren meist unabhängige Linke, aber auch einzelne Aktivist/innen von PDS und DKP bis NEUES FORUM und – anfänglich – Bündnis 90. Solange die breite Basis von Betriebsräten existierte, haben sich auch die Unterstützer/innen aller Richtungen mit politischen Äußerungen sehr zurückgehalten. Aber natürlich gab es verschiedene Tendenzen und die haben sich bei verschiedenen praktischen Problemen abgezeichnet. Die Frage, wie offen darf Kritik an den Gewerkschaftsführungen geübt werden, war ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal dieser Tendenzen.

Mit dem Rückgang der Beteiligung von Betriebsräten seit dem Frühjahr 1993 und der zunehmenden Dominanz der Unterstützer/innen, wuchs auch das Gewicht der PDS, hatten letztere doch im Gegensatz zum Gros der Gesellschaft zumeist keine Berührungsängste mit ihr. Sie konnte aber auch immer mehr ihr organisatorisches und finanzielles Gewicht gegenüber den anderen Unterstützer/innen geltend machen, zumal durch den Privatisierungsprozeß auch die anfängliche organisatorische Stütze der Initiative im Werk

für Fernsehelektronik und den dort aktiven kritischen Betriebsräten verloren ging. Die Übernahme von organisatorischen Funktionen durch PDS'ler/innen gerade in dieser Zeit und der naive Glaube mancher Unterstützer/innen, den PDS-Apparat ausnutzen zu können, ohne einen politischen Preis zu bezahlen, führte angesichts der organisatorischen Schwäche aller anderen Unterstützer/innen (und -gruppen), zu einem spürbaren Einfluß der PDS über die rein zahlenmäßige Vertretung von PDS-Mitgliedern hinaus. So wurde die PDS die einzige politische Organisation, die sowohl finanzielle, organisatorische und vor allem publizistische Unterstützung gleichzeitig bot. In Verbindung mit einer realistischen Einschätzung des vorherrschenden politischen Potentials unter den Betriebsräten und deren gewerkschaftlichem Integrationsbedürfnis, ihrer eigenen konfliktdämpfenden gewerkschaftspolitischen Linie, gestattete ihr diese politisch-organisatorische Stärke eine aktive Rekrutierungspolitik unter den Unterstützer/innen, aber auch unter Betriebsräten. 1992, der Zeit breiterer Aktivität von Betriebsräten hatte sie noch ganz am Katzentisch gesessen. Jetzt begann sie eine hegemoniale Gruppe im Arbeitsausschuß zu formieren, die mittels parteiloser Sympathisant/innen dessen inhaltliches Profil zu bestimmen suchte. Intern wurde in der PDS nun bereits von "unserer" Initiative gesprochen, die Vertretung im Arbeitssekretariat des Arbeitsausschusses, einer "an sich" rein organisaorischen Funktion, gar als Bewerbungsgrund einer stellvertretenden Landesvorsitzenden honoriert.

Der Rückgang der Zahl der Betriebsräte hing jedoch nicht mit dem Wirken der Unterstützer/innen zusammen, denn diese taten nichts anderes, als zuvor. Und die von den Unterstützer/innen geführten Diskussionen waren immer auch Ausdruck und Bestandteil der von den Betriebsräten selbst geführten Diskussionen. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus dem objektiv begrenzten Charakter der Betriebsräteinitiative selbst. Ihr Hauptinhalt war der Kampf um die – möglichst soziale – Privatisierung der Treuhandbetriebe. Nachdem die 1. Ostdeutsche Betriebsrätekonferenz sich entschieden hatte, nicht nur den branchenübergreifenden Erfahrungsaustausch, sondern auch den branchenübergreifenden Kampf gegen die Arbeitplatzvernichtung durch die Treuhand zu organisieren, blieben diejenigen immer mehr weg, die vor allem Konzepte beraten wollten. Doch vor allem wurde mit der massenhaften Liquidierung und Privatisierung ihrer Betriebe der großen Mehrzahl der Betriebsräte die objektive Basis entzogen. Nach der Filetierung und Verschlankung der privatisierten Betriebe kamen Neuwahlen der Betriebsräte hinzu. Aber auch die Rolle vieler Betriebsräte als "bessere Unternehmer" sowie ihr "Cäsarismus" und die fehlende Einbeziehung aktiver Teile der Belegschaften in die Initiative, trug zu deren begrenzter Aktivität bei. Schließlich fingen die unter dem Druck der Betriebsräteinitiative durchgeführten regionalen Konferenzen des DGB ebenfalls Bedürfnisse auf und einzelne Gewerkschaften betrieben damit zugleich eine aktive Integrationspolitik von oben. Die zahlenmäßige Mobilisierung der Initiative umfaßte maximal 3oo Betriebsräte bei ihrer Fahrt nach Bonn, hinter denen vermutlich eine annähernd gleiche Zahl von etwas mehr als 100 000 Beschäftigten stand, wie bei der 1. Konferenz. Die Beteiligung an gemeinsamen Protestaktionen war geringer. Alle Aktionen waren von der naiv-trotzig-gesetzestreuen Haltung geprägt, daß man "das Recht" auf seiner Seite habe.

So blieb der Charakter der Betriebsräteinitiative auf die zeitweilige Organisation eines von den Gewerkschaften politisch und organisatorisch vernachlässigten Drohpotentials (Jander/Lutz) von privatisierungswilligen Betriebsräten beschränkt, die im Interesse des Erhaltes ihrer Betriebe mit den in der Treuhand verkörperten realen Mächten der konservativ-"asozialen" Privatisierung und vor allem mit der stärkeren Konkurenz aus dem Westen in Konflikt gerieten. In diesem Konflikt vollzogen sich die Lernprozesse. Die Gewerkschaften wurden vor allem als Westgewerkschaften erfahren und das Drohpotential richtete sich durch deren Blockade der Initiative trotz des Kooperationswillens der Betriebsräte faktisch auch gegen sie, zumal dieses Drohpotential von konservativen Politiker/innen zunächst als "Winkelement" in Richtung Gewerkschaften aufgewertet wurde. Aber auch die Einbindung der Gewerkschaftsvorstände in die Machthierarchien des übernommenen (west)deutschen kapitalistischen Systems sowie die strukturelle Unfähigkeit des (west)deutschen Gewerkschaftssystems, gegen den Egoismus der einzelgewerkschaftlichen Apparate branchenübergreifende, gesamtwirtschaftliche Kämpfe zu führen, wurde erlebt und faktisch, durch die bloße eigenständige Existenz, infrage gestellt.

So war die Betriebsräteinitiative trotz ihres begrenzten Umfangs nach Zahl und Charakter Ausdruck der Widersprüchlichkeit der Gesamtheit ostdeutscher Arbeitskämpfe seit dem 3. Oktober 1990 und erstes Pflänzchen eigenständiger überbetrieblicher und branchenübergreifender Interessenorganisation aus den Betrieben selbst heraus. Zugleich war sie Ausdruck der strukturellen Krise der westdeutschen Gewerkschaften, die als Teil des herrschenden Blocks an der Macht Ostdeutschland aufgepropft wurden.

Aber sowohl durch ihre partnerschaftliche Einbindung in das sozialstaatliche Regulationsmodell Westdeutschlands, als auch durch ihre Organisation einzelgewerschaftlicher Apparategoismen haben sie sich trotz und wegen der strukturellen Herausforderungen in Ostdeutschland gegenüber dem millionenfachen Arbeitsplatzabbau als Papiertiger erwiesen. Dieses Defizit konnte durch die Betriebsratsinitiative natürlich nicht beseitigt, aber doch belegt werden.

Das Kernproblem des letzten halben Jahres war nach dem weitgehenden Einbruch ihrer Basis die Perspektive der Schrumpf-Initiative. Aktiv, d.h. vor allem durch Mitarbeit im monatlich tagenden Arbeitsausschuß, beteiligten sich nur noch wenige, bereits zuvor oder im Verlauf der letzten beiden Jahre, politisierte oder gewerkschaftskritische Betriebsräte. Insofern erhielten die unterschiedlichen politischen Ansätze der Unterstützer/innen für die Perspektive der Initiative ein immer bestimmenderes Gewicht. Diese Frage war jedoch von der Einschätzung der Ursachen für die Niederlage ostdeutscher Arbeitskämpfe und das Ausbleiben der eigenen Basis ebensowenig zu trennen, wie von der Stellung gegenüber den Gewerkschaften. Diese Diskussion wurde jedoch nicht offen geführt und durch Cliquen- und Machtpolitik überlagert. Daß dabei von Seiten der PDS und ihrer nicht immer als solche erkennbaren Sympathisant/innen auch Bündnisse mit Menschen eingegangen wurden, die sich vor ihren Karren spannen ließen, weil sie deren Auffassungen teilten, ohne deren machtpolitische Instrumentierungsversuche zu durchschauen, gehörte natürlich dazu.

Der erste offene Konflikt entwickelte sich um die Einschätzung des Streiks der IG Metall für die Einhaltung des ostdeutschen Tarifvertrages im Frühjahr 1993 als "Niederlage durch Streikbruch von oben" oder als "Erfolg durch Mobilisierung der IGM". Eben diese verschiedenen Einschätzungen zogen sich auch durch alle Debatten unter den Belegschaften und Gewerkschaftsaktivist/innen an der Basis. Die Diskussion entwickelte sich im Arbeitsausschuß im Vorfeld der 3. ostdeutschen Konferenz und kulminierte auf der Konferenz im Streit um die Anträge des Betriebsrates von Bestahl einer- und des PDS-Gewerkschaftschefs auf der anderen Seite. Er wurde durch eine Kompromißresolution gelöst. Dabei war politisch bemerkenswert, daß insbesondere die " marxistisch-leninistischen Avantgardepolitiker" von PDS bis MLPD gerade die IGM-Führung schonten, während die meist unabhängigen Linken oder die AG Arbeit und Soziale Politik beim NEUEN FORUM eine kritische Position vertraten.

Obwohl die PDS zu dieser Konferenz intern erheblich mobilisiert hatte, selbst ihre Wirtschaftsfunktionäre und -journalisten, Komitees für Gerechtigkeit und andere Umfeldorganisationen zeigten Präsenz, war das Ergebnis angesichts der Größe dieser Partei doch eher bescheiden – Ausdruck ihrer relativ geringen Präsenz und Mobilisierungsfähigkeit in Betriebsräten des Produktionsbereiches. Gleichwohl stand bereits zu diesem Zeitpunkt für die eingangs erwähnten, links-kritischen Autoren Jander/Lutz fest: "Die PDS und eine Reihe politischer Sekten kämpften auf der 3. Konferenz mehr oder minder offen um die politische Führung." Mag auch die Position dieser Autoren durch deren eigene politische Brille selektiv sein, weil sie alle unabhängigen Linken umstandslos unter Sekten abbucht, so bleibt die Feststellung eines politischen Konfliktes zwischen verschiedenen linken gewerkschaftspolitischen Strömungen zweifellos zutreffend und für das Ende der Initiative wesentlich.

Obwohl die Konferenz mit einem Kompromiß endete, zeigten sich die verschiedenen Strömungen bei mehren Anlässen erneut. Doch dieser inhaltliche Konflikt wurde nun immer stärker verknüpft mit dem Hegemonieanspruch des PDS-Blockes und dem Versuch, die Initiative ins Umfeld "ostdeutscher", d.h. PDS-naher Verbände einzureihen.

Mit schlichter Selbstverständlichkeit wegen ihres Engagements war die stellvertretene Berliner Landesvorsitzende der PDS auf der 3.Konferenz trotz des vorhergegangenen Konfliktes erneut ins Arbeitssekretariat wieder aufgenommen worden. Aber bereits die nächste Sitzung des Arbeitsausschusses nach der Sommerpause im September fand, durch ihre Einladungspolitik und trotz Alternativmöglichkeiten, in den – obendrein viel zu engen – Räumen der "Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde" statt, einem Verein, den ex-Stalinist/innen zur Durchsetzung ihrer materiellen Interessen gegründet haben. Als der Vertreter der Betriebsräte-Initiative im Zusammenhang mit der – von ihr wesentlich mitorganisierten – Solidaritätsarbeit für Bischofferode vom Betriebsratsvorsitzenden der Kali-Grube „Thomas Müntzer“ medienwirksam als "Hobbyterrorist" beschimpft worden war, machte der PDS-Block den Versuch, sowohl im Arbeitsausschuß der Initiative als auch im Berliner Solidaritätskomitee für Bischofferode zu verhindern, daß gegen diese Äußerung protestiert wird. Kurze Zeit später stellte sich heraus, daß "der Schlüssel weg war", als der betreffende Kollege die von ihm angelegte Adressenliste der Initiative, die er, naiverweise, der

PDS-Kollegin zur Aufbewahrung im Panzerschrank übergeben hatte, für eine Verschickung zurück erhalten wollte. Darauf hin zur Rede gestellt, erklärte der Gewerkschaftschef der PDS diesem Kollegen ganz offen, daß man ein neues Arbeitssekretariat ohne ihn bilden werde. Das Komitee für Gerechtigkeit verschickte mittlerweise – natürlich im Dienst an der Sache – die Einladung für das Berliner Solidaritätskomitee für Bischofferode, das von Mitgliedern der Betriebsratsinitiative gegründet worden war, auf eigenem Kopfbogen des Bundesverbandes des Komitees.

Diese Spielchen, anfangs nur von wenigen durchschaut, blieben natürlich auf Dauer nicht verborgen und kulminierten in dem eingangs erwähnten Putschversuch am 1. Dezember, der von einer sehr großen, heterogenen Mehrheit abgewehrt wurde. Daß auf der anderen Seite einige der herbeiorganisierten Betriebsräte, egal, ob sie dem Bündnis 90 oder der SPD angehören und eine ähnliche gewerkschaftspolitische Position wie die PDS vertraten, ihre Funktion als nützliche Idioten noch immer nicht durchschauen, ist wahrscheinlich. Zumal, wenn sie lange Zeit nicht mehr anwesend waren und nur noch aus dem PDS-Umfeld zu hören bekamen, „linksradikale Spinner wollen auf dem Rücken der Betriebsräte Revolution spielen.“ Gerade diesen gegenüber hat das Heuchler-Flublatt durch seinen Bruch des bisherigen Konsensus natürlich die Rolle der Faust-auf-dem-Auge gespielt und für die entsprechende Außenwirkung im Umfeld der Initiative gesorgt.

Im Nachgang zeichnen sich die Pole für die Zukunft der Schrumpf-Initiative deutlich ab, die aber bisher eben nicht offen diskutiert wurden. Der eine ist der pikfeine Diskussionsklub von Betriebsräten im DGB. Der andere die pikfeine anti-opportunistische Agitationstruppe für die Massen. Beiden, meine ich, werden jene Massen selbst im Ansatz fehlen, um deren Selbstbefreiung es geht und die allein in der Lage sind, den heute notwendigen Dampf zu machen.

Abstrakt gesehen, hätte die Kombination der in der Initiative verbliebenen Tendenzen eine andere Perspektive möglich gemacht: sei es die seit September verabredete Orientierung auf ein Aktionsbündnis wie "Thüringen brennt", in dem der Druck der Betriebsräte und Belegschaften auch die Gewerkschaften in ein solches Bündnis hineingezwungen hat, oder eine selbständige überregionale Struktur zur Mobilisierung von Solidarität für Arbeitskämpfe oder auch nur eine lockere Informationsstruktur. Dazu hätte es jedoch der offenen Diskussion bedurft.

Doch der konkrete Verlauf der Auseinandersetzungen bis hin zur Spaltung kann eben nicht getrennt werden von den Profilierungs- und Funktionalisierungsversuchen der PDS, ihrem Versuch, eine hegemoniale Gruppe aufzubauen, die am Schluß durch ihre putschistische Taktik gescheitert ist und deshalb die Spaltung organisiert hat. Ein Rolle in diesen Auseinandersetzungen mag auch spielen, daß die wichtigsten Exponent/innen in diesem Konflikt West-Importe sind, wodurch die Form der Auseinandersetzung im Einzelnen mitbeeinflußt worden sein mag. Eindeutig kann dies aber nicht belegt, sondern nur vermutet werden, weil dieser Verlauf eben nicht durch offene Diskussion und Kritik, sondern durch cliquenförmige Intrigen bestimmt war.

Selbst wenn die Zeit für eine offizielle Beendigung der Initiative Ende 1993 unzweifelhaft da war und sogar, wenn die Einschätzung der PDS über die vorhandene Basis in Betrieben und Gewerkschaften realistischer gewesen sein sollte, als die Einschätzung einzelner ihrer Kontrahent/innen: die Form der Beendigung ohne Diskussion durch Cliquenpolitik, mit öffentlicher Spaltung und medienwirksamer Diskreditierung ihres kämpferischen linken Flügels, kann nur den kämpferischen Teilen der Basis und der Betriebs- und Gewerkschaftslinken insgesamt schaden. Hatte doch gerade das Zusammenwirken der unterschiedlichen Sektoren der Gewerkschaftslinken die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Aktionen der Betriebsräteinitiative sichern helfen. So wird denn wohl auch der unabhängige Teil jener Gewerkschaftslinken, der sich in das neue Projekt eines DGB-Arbeitskreises begeben sollte, bald merken, daß es zum Kämpfen nicht geeignet und jedes selbständige Agieren auf die Hilfe des Apparates der PDS angewiesen ist. Sie allein hat von der Art und Weise der Spaltung einen Vorteil gehabt – wurde sie doch als integraler Bestandteil eines "realpolitischen", d.h. integrationistischen Gewerkschaftsspektrums von SPD bis Bündnis 90 öffentlich aufgenommen, dem die Räume des DGB – nicht nur für die Pressekonferenz – geöffnet wurden. In einem bestellten Grußschreiben des Sprechers des Aktionsbündnis "Thüringen brennt", wurde diesem Spektrum – wenn auch indirekt – obendrein noch Verfassungskonformität zugebilligt.

Erstmals hat die PDS sich jetzt und hier, wo sie es konnte, unter bundesdeutschen Verhältnissen offen als

(innergewerkschaftliche) Ordnungsmacht profiliert. Die Kontinuität bleibt also gewahrt. Die Türen des DGB wurden ihr dafür geöffnet. Der Satz, den einer der herbeiorganisierten Ausgetretenen den Medien ins Stammbuch schrieb, gehört fortan als Motto auf ihre Fahne:
"Aber ich muß sagen, für mich ist die PDS, wenn ich die Leute, die jetzt in der Betriebsräte-Initiative die Politik bestimmen (betrachte), eine Partei der rechten Mitte im Verhältnis zu diesen Kollegen und zu den Äußerungen, die dort Kommen." Voila!

* Unser Autor arbeitete selbst als Unterstützer in der Betriebsräteinitiative bis zu deren Spaltung mit.

Anhang

Ergänzung zur zweiten Auflage:

Ausgabe 6/1993 der Zeitung *Ostwind* mit der Dokumentation der *Zweiten Konferenz der Initiative Berliner und Ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute* am 21. November 1992

Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

OSTWIND

Informationen von und für Betriebs- und Personalräte

Ausgabe 6 Juni 93 3,-DM

Protest gegen die Treuhand



DEMONSTRATIONSZUG. Mit ihrer bisher größten gemeinsamen Aktion haben am Dienstag 1200 Mitglieder ostdeutscher Betriebsräte und Arbeitnehmer gegen die Tätigkeit der Treuhand protestiert. Sie forderten einen Entlassungsstop und die Aussetzung der Kündigungen. Foto: Reute

Dokumentation der 2. Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute am 21. November 1992 in Berlin-Oberschöneweide

Impressum

Herausgeber: Arbeitsausschuß der ostdeutschen Betriebsräteinitiative
Verantwortlicher Redakteur: Martin Clemens
Satz/ Layout: Gabriele Frister
Fotos: Elisabeth Adam
V.i.S.d.P.: Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, O-1020 Berlin (ab 1.7. :10179),
Tel. 2755600

2. Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute
Samstag den 21. November 1992 in Berlin-Oberschöneweide

Aus folgenden Betrieben waren Kolleginnen und Kollegen anwesend:

Addinol Mineralöl GmbH Krumpa (Mückeln 72084)
Aslid Kabelwerke GmbH Berlin
BAE Belfa GmbH i.L. Berlin (6352036)
BAE Industriebatterie GmbH Berlin (63884811)
BBB GmbH Warnemünde (723180-4)
Bestahl-Stahlbau GmbH Berlin (5509381)
BQP mbH Bitterfeld (5642)
BRF Friedrichshain GmbH Berlin (58301265)
Buna AG Schkopau (492239)
Chemie AG Bitterfeld (70/2110)
Deutsche Hydrierwerke Rodleben (034901/35-120)
Deutsche Seereederei Rostock GmbH (0381/4584205)
DGG Dessau (7960/910)
Dieselmotorenwerk Rostock
Dieselmotorenwerke Cunewalde GmbH i.L. (6361)
EKO-Anlagenbau i.G. Eisenhüttenstadt
Elbo Bau AG Rostock (0381/813613)
Elpro AG Berlin
Fahrzeugwerk Werdau GmbH (41263)
Fährhafen Muhkran GmbH (45256)
Fortschritt Erntemaschinen Neustadt (72280)
FSO Warschau Automobilwerk (11-94-21; 814571)
GFBA e.V. Bildungszentrum Hennigsdorf
Gießereiausrüstungen AG i.L. (GISAG) Leipzig (493/3130)
Graphisches Druckzentrum Berlin
Gummiwerk "Elbe " GmbH Wittenberg-Piesteritz (03491/602594)
Gut Losten GmbH i.L. (Bad Kleinen 331)
Halbleiterwerk Frankfurt/Oder GmbH i.L (462315/3114)
Hennigsdorfer Stahl GmbH (62078;62080)
Humboldt-Universität Berlin
Intech-Baugesellschaft mbH Berlin (9762131)
Keulahütte Krauschwitz GmbH (Bad Muskau 8473)
Kraftwerks- und Anlagenbau AG Berlin (030/54652008)
Leipziger Handelsgesellschaft für Industrie und Gewerbe mbH (56680)
Leuna Werke AG (Mrsbg. 434499)
Märkische Faser AG Premnitz (3377)
Maschinen- und Mühlenbau Wittenberg GmbH (78408)
Max Planck Gesellschaft Berlin
MGB GmbH Mittenwalde
Minol AG Berlin (20379496)
Möllenwalder Gerätebau GmbH (033764/301)
MTG mbH i.L. Frankfurt/Oder (0335/462315;467567)
Neubrandenburger Verkehrs AG
Niles Werkzeugmaschinenbau GmbH Berlin (9631212)
Pactec Dresden GmbH (2252315)
Potsdam Kolleg GmbH
Priamos (Narva) GmbH Berlin (58322367)
Reese & Chaskel Druck GmbH Berlin (63832428)
Rewatex AG Berlin (650438; App.318)
Rostocker Fischfang-Reederei GmbH (0381/8112986)
Sachsenhydraulik GmbH Chemnitz (3932328)
Sächsische Olefin Werke Böhlen (034206/3/5323)
Samag Werkzeugmaschinenfabrik GmbH Saalfeld (810/271)
Schwermaschinenbau AG Wildau (62 App. 2327)
SFW Wittenberg (684582)
Spezialbau GmbH Potsdam-Rehbrücke (0331/871684)
Staßfurter Salz- und Stahlbau GmbH
Stickstoffwerke AG Piesteritz (68/2170)
Strukturförderungsgesellschaft Wittenberg mbH (684582)
Textilwerk GmbH Flöha (03726/44227)
Waagen- und Maschinenfabrik GmbH Radebeul (Dresden 707289)
Werk für elektronische Bauteile GmbH (ehemals Werk für Fernsehelektronik) Berlin (63832309)
Wolfener Vermögens- und Verwaltungs AG (ehemals Filmfabrik Wolfen GmbH) (636271)
Yachtwerft Berlin GmbH (6769314)
Zahna-Fliesen GmbH (285)

AEG Marienfelde Berlin (74962475)
BMW AG Berlin (3396-281)
BSHG Berlin
Deutsche Airbus Hamburg
Druckhaus Hentrich Berlin
Freie Universität Berlin (8385012)
Gillette Deutschland Berlin (7564-288)
Goldbach Gelsenkirchen
Ingenieur-Büro Franke Berlin (2611068)
Institut für Rundfunktechnik München
Kabelmetal-M Berlin
Klöckner Stahl GmbH Bremen (0421/6482866)
Krankenhaus Neukölln Berlin
Krupp-Stahl Rheinhausen
Krupp-Stahlbau Berlin (62909276)
Mannesmann Demag Fördertechnik Dortmund
Meleghy Köln
Parschke u. Hensel Berlin
Rohde & Schwarz GmbH München (089/4129-2218)
Universität Bremen
Westinghouse-Controlmatic GmbH Frankfurt/Main (069/5005239)

TeilnehmerInnen Gesamt	ca. 250
TeilnehmerInnen Betriebs- und Personalräte aus 75 Betrieben (62 Ost / 13 West)	140
TeilnehmerInnen GewerkschafterInnen	40
Gäste	35
MedienvertreterInnen	30

Aus folgenden Gewerkschaften waren Kolleginnen und Kollegen anwesend:

IG Metall , ÖTV , IG Chemie-Papier-Keramik , IG Bau-Steine-Erden, Gew. Textil u. Bekleidung, HBV , IG Bergbau u.Energie, Gew. Gartenbau-Land-u.Forstwirtschaft, IG Medien, GEW , DGB , DAG

Aus folgenden gesellschaftlichen Organisationen waren KollegInnen anwesend:

Arbeitslosenverband Deutschland e.V. Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, evang. Kirche Berlin, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der evang. Kirche, Volkshochschule Steglitz, SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Bündnis 90 / Grüne, Neues Forum Berlin, PDS / Linke Liste im Bundestag PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin Palletti e.V., Pfefferwerk e.V.

mac

Eberhard Wagner,
Betriebsratsvorsitzender, Deutsche See-Reederei, Rostock

Ich möchte alle ganz herzlich begrüßen. Unter uns befinden sich nicht nur Betriebs- und Personalräte, sondern auch Gäste aus den Gewerkschaften, Gäste des DGB. Es befinden sich auch Gäste von Parteien hier und ich habe gehört, es sind auch Vertreter der Treuhandanstalt hier. Ich begrüße also alle hier im Saale ausdrücklich.

Hier oben auf dem Präsidium, ihr werdet das von unserer ersten Konferenz kennen, nimmt symbolisch immer ein Vertreter jedes Landes in Ostdeutschland Platz. Es haben bisher Platz genommen für Berlin Wolfgang Pohland, für Brandenburg Dietmar Nosal, Frankfurt/Oder, und für Sachsen-Anhalt Hartmut Sonnenschein. Ich sitze für Mecklenburg-Vorpommern hier. Mein Name ist Eberhard Wagner, ich bin Betriebsratsvorsitzender der Deutschen Seereederei. Wir würden uns unheimlich freuen, wenn wir hier oben einen Betriebsrat, eine Betriebsrätin oder einen Personalrat oder eine Personalrätin aus Sachsen und aus Thüringen hätten. Dann wären wir komplett.

Wolfgang Pohland,
Betriebsratsvorsitzender, Aslid Kabelwerke, Berlin

Wir haben auch polnische Gäste unter uns, aus der polnischen Gewerkschaft. Und zwar Herrn Bogdan Lewandowski und Herrn Miroslaw Wielga aus Warschau, die ich hiermit ganz herzlich begrüße. Ich glaube, daß sie in ihrem Lande mit Problemen zu kämpfen haben, die uns sicher auch beidseitig angehen. Ich möchte dann Eberhard bitten, mit unserem Bericht über den vergangenen Zeitraum zu beginnen und dann anschließend unsere Diskussionsrunde zu eröffnen.

Rechenschaftsbericht des Arbeitsausschusses Eberhard Wagner:

Der folgende Rechenschaftsbericht ist von Wolfgang Pohland und mir gemeinsam ausgearbeitet und vom Arbeitsausschuß gebilligt worden. Diejenigen, die bei der ersten Konferenz am 20. Juni schon dabei gewesen sind, wissen, daß wir zum Abschluß dieser Konferenz einen Arbeitsausschuß aus Betriebs- und Personalräten gebildet haben, der beauftragt wurde, alle zu dem Zeitpunkt in der Konferenz angedachten Aktionen zu organisieren und auch zu verantworten und dann auf einer Folgekonferenz darüber Rechenschaft abzulegen. Die



Zeit ist ja sehr schnellebig. Wir gingen damals davon aus, daß wir eine einzige Aktion vor der Treuhand organisieren werden und daß wir dann am 3. Oktober eine zweite Betriebs- und Personalrätekonferenz haben werden. Die aktuelle Situation, vorrangig in den ostdeutschen Ländern, und Berlin ist in diesem Sinne ja auch ein ostdeutsches Land, hat sich so dramatisch verändert, daß da einiges mehr draus geworden ist. Ich möchte chronologisch das, was wir in der Zwischenzeit organisiert, durchgeführt und auch verantwortet haben, hier für alle Teilnehmer darbringen.

Protestaktion am 30. Juni vor der THA

Wir haben uns seinerzeit dazu entschlossen, als erstes am 30.06. -wir alle erinnern uns, das war ein gravierender Einschnitt in einen weiteren Arbeitsplatzabbau- zu einer solidarischen Protestaktion vor der Treuhandanstalt in Berlin aufzurufen, um den Kampf gegen den Arbeitsplatzabbau mit unseren 10 Forderungen nachhaltig nicht nur zu beginnen, sondern auch durchzusetzen. Mit dieser Aktion am 30. 06. haben sich ca. 300 Betriebs- und Personalräte aus über 100 Betrieben und Einrichtungen in Berlin zusammengefunden. Die meisten davon mit Spruchbändern und Plakaten, auf denen die katastrophale Lage in ihren Betrieben und Einrichtungen dargestellt war. Es wurde zwar vielfach in der Presse völlig falsch wiedergegeben, daß Betriebs- und Personalräte die Treuhand besetzen wollten. Das hatten wir niemals angedacht, wir wollten nur auf die Situation hinweisen. Ich sage in diesem Zusammenhang nochmal ganz bewußt, daß am Beginn des Jahres die Treuhandanstalt mehr als einmal, auch die verantwortlichen Politiker, gesagt haben, im Sommer wird der Arbeitsplatzabbau endgültig gestoppt sein, dann geht es mit den Arbeitsplätzen nur noch bergauf. Wir haben damals eingeschätzt, daß das nicht so sein wird. Es ist leider auch so gekommen, wie wir es vorausgesagt haben.

Der 30. Juni war ein Dienstag, und dienstags tagt bekanntlich immer der Vorstand der Treuhand. Diese Vorstandssitzung konnten wir durch unsere Aktion unterbrechen, eine Delegation von 7 Betriebs- und Personalräten wurde durch Frau Breuel und zwei weitere Vorstandsmitglieder empfangen. Wir haben Frau Breuel unsere Forderungen übergeben. Wir haben ihr klargemacht, mit welchem Inhalt unsere Forderungen untermauert werden und wir haben ihr auch unmißverständlich klargemacht, daß wir auf die Forderungen-

nicht alle 10 betrafen die Treuhand, aber 7 waren es,- daß wir auf diese 7 Forderungen eine etwas ausführlichere Antwort als in einer halben Stunde möglich ist, erwarten. Sie hat darauf hin zugesagt, ein inhaltliches Gespräch von längerer Dauer, exakt waren es nachher 3 1/2 Stunden, mit Vertretern der Betriebs- und Personalräte aus allen ostdeutschen Ländern durchzuführen. Terminlich wurde es auf den 9. Juli vereinbart, und wir haben uns bemüht, als zweite Aufgabe des Arbeitsausschusses, die Delegation so zusammenzusetzen, daß alle ostdeutschen Länder vertreten waren, für die die Treuhand ja zuständig ist, denn bekanntlich wirkt die Treuhand ausschließlich negativ nur auf die ostdeutschen Länder. Positiv wirkt sie natürlich in manchem anderen Bundesland auch.

Gespräch mit Frau Breuel am 9. Juli

Wir haben uns weiterhin bemüht, möglichst viele, wenn nicht alle Branchen, auch bei diesem Gespräch vertreten zu haben. Letztendlich umfaßte unsere Betriebs-- und Personalrätedelegation bei Frau Breuel 18 Betriebsräte. Von diesen 18 haben auf dieser Veranstaltung, die am 9. Juli stattfand, 16 zur Situation gesprochen. Ich muß mal sagen, so wie wir das einschätzen, von unserer Seite haben wir ein sehr präzises Bild der gegenwärtigen Lage in den ostdeutschen Ländern gezeichnet, wir haben ganz konkret an Einzelbeispielen die Gesamtlage geschildert. Es sind auch Einzelprobleme von einzelnen Betrieben zur Sprache gekommen und wir hatten im Arbeitsausschuß auch im Vorfeld abgestimmt, daß wir, um inhaltlich wenigstens geringe Erfolge zu erzielen, bestimmte Teilprobleme vorher bekanntgeben. Wir haben also der Treuhandanstalt, namens Frau Breuel, einen Inhaltskatalog der von uns zu beratenen Probleme im Vorfeld übermittelt.

Die Gesamteinschätzung aller Betriebs-- und Personalräte, die an diesem Gespräch teilgenommenen haben, war: Das Ergebnis dieses Gespräches war niederschmetternd. Es war Null. Frau Breuel hat sich also nicht nur auf unsere 10 Forderungen auch nicht ein Zehntel Millimeter zubewegt, sie hat auch in kleineren Detailproblemen, die an dem Tage zur Sprache gebracht wurden, keine Zugeständnisse gemacht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang z.B. an das Problem Belfa, was zu dem Zeitpunkt gerade ganz aktuell war, wo wir wenigstens gedacht haben, wir würden für diesen Betrieb, ein lösbares Problem, etwas mit ihr vereinbaren können. Auch dort hat sie sich nicht bewegt. Das einzige, worauf sie sich immer wieder zurückgezogen hat, war: ich werde das prüfen lassen, ich werde das prüfen lassen, ich werde das prüfen lassen. Mehr ist aus diesem Gespräch nicht herausgekommen. Viele von uns waren durch dieses Gespräch sehr frustriert. Auch ich habe daraufhin mein Bild von den Verantwortlichen in der Treuhandanstalt etwas korrigiert, weil ich zumindest erwartet hatte, und Frau Breuel hätte die Möglichkeit dazu gehabt, zumindest in Kleinigkeiten zu sagen, ich komme euch hier entgegen, soweit ich kann, ich komme euch dort entgegen. Keiner von uns hat erwartet, daß sie sofort Teile unserer Forderungen erfüllt. Aber daß ein Null-Gespräch daraus geworden ist, war für uns schon sehr niederdrückend.

Sie gab uns dann den Rat, sie wäre die völlig falsche Adresse. Ich sehe das nach unserem Erkenntniszuwachs in den vergangenen Monaten ganz anders: sie ist nicht die völlig falsche Adresse. Sie ist für bestimmte Probleme die falsche Adresse, aber für einen Großteil der Probleme ist sie nach wie vor die richtige Adresse. Sie sagt: Wenden sie sich an die Bundesregierung, ich handle ausschließlich im Auftrag der Bundesregierung. Sie formulierte den Auftrag der Bundesregierung . Die Bundesregierung hat da ein ganzes Gesetz draus gemacht. Aus diesem Gesetz kennt sie nur einen einzigen Satz. Der lautet: Ich habe zu privatisieren und weiter nichts. Und das so schnell wie möglich. Die Folgen brauchen wir hier jetzt an dieser Stelle nicht weiter ausmalen.

9. September: Protesttag in Bonn

Wir haben daraufhin im Arbeitsausschuß ernsthaft darüber nachgedacht, daß es nicht viel weiter hilft, wenn wir eine weitere Aktion vor der Treuhand, in der Treuhand, mit der Treuhand oder gegen die Treuhand oder sonst irgendwie etwas Treuhandgebundes durchführen, sondern daß wir wirklich mit aller Konsequenz versuchen sollten, unsere Sorgen, unsere Nöte, unsere Forderungen an die Bundesregierung in Bonn heranzutragen. Es wurde daraufhin im Arbeitsausschuß angedacht, vorgeschlagen und beschlossen: wir machen nach den Parlamentsferien eine Aktion in Bonn, einen Protesttag in Bonn, und zwar nicht nur Protest herausschreien, sondern auch ins Gespräch kommen mit den Verantwortlichen, ihnen auch Gelegenheit geben, die Situation aus der Sicht der Bundesregierung darzustellen, ihnen aber unmißverständlich die Notwendigkeit der Erfüllung unserer Forderungen klarzumachen.

Wir haben im Arbeitsausschuß daraufhin beschlossen, unsere Gesprächspartner wie folgt festzulegen: Bundesregierung wäre Bundeskanzler Kohl, Bundeswirtschaftsminister Möllemann, Bundesfinanzminister Waigel auf der Verantwortungsseite. Sollte ein Gespräch mit dem Bundeskanzler nicht zustande kommen, wollten wir versuchen, auszuweichen auf den Bundespräsidenten oder die Bundestagspräsidentin. Das war dann im Ergebnis nicht notwendig. Wir haben dann auf der Seite der Parlamentarier, weil wir in zwei Richtungen vorgehen, angedacht, mit allen Fraktionen ins Gespräch zu kommen und nicht nur mit einzelnen Abgeordneten, auch nicht so sehr gezielt nur mit den ostdeutschen Abgeordneten, sondern mit allen. Wir haben das organisatorisch auf den Weg gebracht. Es ist uns im Endergebnis eine Umsetzung dessen, was wir uns vorgenommen haben, fast vollständig gelungen. Gelungen ist uns nicht ein Gespräch mit Bundesfinanz-

minister Waigel. Das war einfach zu dem Zeitpunkt aus Zeitgründen, sicherlich von uns auch akzeptiert, nicht machbar, weil zu dem Zeitpunkt der Haushaltsplan diskutiert wurde in der Woche. Es war einfach an den Mann kein Rankommen. Man hat uns angeboten, einen Vertreter des Bundesfinanzministeriums auf der dritten Ebene, da wir ja aber den Anspruch hatten, zur Treuhandpolitik aussagekräftige Informationen zu bekommen, hätte uns das nichts genutzt. Wir haben deshalb den Waigel sausen lassen und haben aber durchgesetzt, daß wir mit allen im Bundestag vertretenen Fraktionen gesprochen haben, wir haben durchgesetzt, daß wir mit dem Bundeswirtschaftsminister gesprochen haben und auch mit dem Bundeskanzler.

Gespräch mit dem IG-Metall-Hauptvorstand

Ich will das der chronologischen Reihenfolge wegen jetzt zunächst mal einfügen, bevor ich zu den Resultaten des Protesttages in Bonn komme. Ihr kennt alle die Probleme, die es in unserem Bemühen gegeben hat, alles was Betriebs- und Personalräte hier für notwendig erachten, mit den Gewerkschaften gemeinsam zu machen bzw. unter der Führung der Gewerkschaften durchzuführen. Wir wollten eigentlich ausschließlich der Ideengeber sein, der sagt, das muß hier jetzt gemacht werden und so müssen wir langmarschieren, als Gewerkschaften, als die normalen Interessenvertreter branchen- und länderübergreifend. Die sollten das umsetzen. Wir haben uns in diesem Prozeß sehr schwer getan, d.h. nicht so sehr wir als Vertreter der Betriebs- und Personalrätekonferenz, sondern die Gewerkschaften haben sich das Leben mit dieser Frage nach unserer Einschätzung manchmal zu schwer gemacht. Alles was ich hier ausführe, das bitte ich zu berücksichtigen, haben wir immer im Auftrag des Arbeitsausschusses getan. Der Arbeitsausschuß hatte das Mandat der ersten Konferenz. Wir haben schon immer ein bißchen auf die Einhaltung der demokratischen Spielregeln geachtet und niemals irgendeine Einzelaktion durchgeführt, um in irgendeiner Form ein spezielles Ergebnis zu erreichen. Der Arbeitsausschuß hat also als erstes versucht, die besonders bei der IG-Metall vorliegenden Irritationen durch ein Gespräch auf der Ebene des Hauptvorstandes auszuräumen. Es sind 6 Betriebsratsvorsitzende der IG-Metall aus IG-Metall-Betrieben und ein Betriebsrat der ÖTV nach Frankfurt gefahren, haben auf der Hauptvorstandsebene mit dem Horst Klaus gesprochen und mit weiteren Sekretären des Hauptvorstandes. Alle 7 waren nach diesem Gespräch übereinstimmend der Auffassung, daß es uns gelungen ist, einen wesentlichen Teil der Irritationen, der Vorbehalte auszuräumen, daß man das Gemeinsame sichtbar gemacht hat und sich darauf verständigt hat, daß hier ausschließlich das gemeinsame Anliegen zählt und daß man weiter im Gespräch bleiben muß und nur gemeinsam etwas bewegen kann. Es ist im späteren Verlauf dann doch wieder zu neuen Irritationen gekommen. Ich will mir das ersparen, das hier an dieser Stelle einzeln zu bewerten. Das Gespräch im Hauptvorstand ist jedenfalls von unserer Seite, allerdings auch von der Seite der IG-Metall damals konstruktiv geführt worden. Aber offensichtlich ist es dann doch so, daß wir mit unterschiedlichen Empfindungen aus diesem Gespräch herausgegangen sind.

Es hat dann nach diesem Gespräch am 26. August ein Gespräch im größeren Rahmen mit den Vertretern des DGB stattgefunden. Dort waren Vertreter des DGB auf Landesbezirksebene anwesend, vorrangig Berlin, Brandenburg, SachsenAnhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Es waren aber auch Vertreter des Bundesvorstandes dort. In diesem Gespräch ist auch nochmal von beiden Seiten betont und erkannt worden, daß es nur gemeinsam geht. Der DGB hat sich dazu bekannt, auch die zu dem Zeitpunkt schon von uns voll organisatorisch umgesetzte Aktion am 9. September in Bonn zu unterstützen und an dieser Aktion teilzunehmen. Der DGB hat dann auch dazu gestanden, er hat an diesem Protesttag, am 9. September in Bonn teilgenommen. Jürgen Weißbach hat auch auf dem Münsterplatz geredet und die DGB-Vertreter waren an allen Gesprächen, die am 9. September in Bonn stattgefunden haben, beteiligt. Soweit diese beiden Zwischensachen.

Man muß hier einfach noch mal ganz klar sagen, und ich denke, daß alle hier im Saal Anwesenden der Auffassung sind, daß dieses Anliegen, was wir verkörpern wollen, ausschließlich branchen- und länderübergreifend wirkungsvoll durchgesetzt werden kann. Dieser branchen- und länderübergreifende Ansatz entspricht nun einmal auf Gewerkschaftsebene dem DGB, deswegen liegt uns ja soviel daran, daß der DGB sich hierfür auch verantwortlich fühlt.

300 Betriebsräte bei den Bundestagsfraktionen

Ich komme dann zunächst mal zur Bewertung des Tages in Bonn. Nach unserer gesicherten Erkenntnis, wir haben mit Anwesenheitslisten gearbeitet, sind dort ca. 300 Betriebs- und Personalräte aus 150 bis 200 Betrieben anwesend gewesen. Wir haben im Vorfeld darauf orientiert, daß wir der optischen Wirkung wegen wieder mit Spruchbändern operieren, wo der Arbeitsplatzabbau oder wir können ja auch ruhig sagen, Arbeitsplatzvernichtung, was anderes ist es ja nicht, in den einzelnen Betrieben dargestellt wurde, und ich denke schon, daß das recht wirkungsvoll geschehen ist. Die Veranstaltung in Bonn hat auch ein reges Interesse in der Presse gefunden. Wir haben uns zunächst mal kurz zum Protest auf dem Münsterplatz versammelt. Ich will mich hier nicht in die Einzelheiten ergehen. Es hat dort ganz kurz jemand für die Betriebsräte gesprochen, für den DGB und für die Personalräte. Es sind also 3 Redebeiträge gewesen. Wir sind dann in die Beratungsgespräche gegangen, haben mit den Fraktionen der SPD, der CDU, der PDS, der FDP und des Bündnis 90/Die Grünen gesprochen. Wir haben bei der SPD und der

CDU/CSU das mit allen Anwesenden gemacht. Bei den anderen Fraktionen, die z. T. diese Räume nicht zur Verfügung hatten und z. T. weil nur der Nachmittag zur Verfügung stand -die Gespräche haben um 13.00 Uhr begonnen und waren im wesentlichen um 17.00 Uhr beendet- bei den kleineren Fraktionen, so will ich sie mal nennen, haben die Gespräche in Delegationsform stattgefunden. Es hat dann parallel dazu ein Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister Möllemann und Vertretern seines Ministeriums stattgefunden. Und es hat last but not least um 18.30 Uhr ein Gespräch, was organisatorisch doch schon sehr genau vorgeplant sein mußte, mit dem Bundeskanzler stattgefunden, bei dem 6 Betriebsratsvorsitzende und ein DGB-Vertreter anwesend waren.

Ich möchte diese einzelnen Veranstaltungen oder die einzelnen Beratungen in Fraktionen und mit den Regierungsverantwortlichen jetzt nicht so sehr sezieren. Ich möchte nur pauschal sagen: Bei der SPD hat man sich mit unserem Anliegen nahezu hundertprozentig identifiziert. Man hat uns seitens des wirtschaftspolitischen Sprechers, Wolfgang Roth, dort definitiv fest versprochen, man werde im Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Treuhandpolitik beantragen, vorrangig vor dem Hintergrund der Fehlentscheidungen, die die Treuhandanstalt in Bezug auf solche Betriebe wie .z.B. das Draht- und Schraubenwerk Finsterwalde getroffen hat, das ist eine Liste von einer halben Stunde, wir wollen sie hier nicht alle nennen. Diesen Untersuchungsausschuß des Bundestages hat es nach meiner Kenntnis, und ich bin da immer ein bißchen nah am Geschehen dran, nicht gegeben und wir müssen uns verständigen, ob wir die SPD nochmal an dieses Versprechen erinnern sollten.

Bei der CDU/CSU ging es schon wegen der anderen Lage, Regierungsverantwortung/Regierungsopposition, (aber auch aus unserer Sicht Arbeitnehmer/Kapitalinteresse) etwas heftiger zu als bei der SPD. Ostdeutsche Abgeordnete haben dann die entsprechenden Westvertreter auch etwas zur Räson gebracht. Die CDU/CSU-Fraktion hat zumindest seinerzeit versprochen, daß ein Gespräch in ähnlichem Rahmen wiederholt werden sollte. Da komme ich nachher zum Schluß noch drauf, dieses Versprechen haben sie wahrgemacht.

Nichtstun und Abwarten ist verkehrt

Zur Gesamteinschätzung der Protestaktion in Bonn: Haben wir was bewegt? Haben wir nichts bewegt? Das ist auch wieder sehr unterschiedlich von den verschiedenen Betriebs- und Personalräten bewertet worden. Aber Kolleginnen und Kollegen, denkt doch mal daran, was haben wir denn für Alternativen? Die Alternative ist doch, im Betrieb zu sitzen und abzuwarten, was die anderen mit uns machen. Man muß doch mal einfach sehen, wir haben nur die Alternative, alles zu versuchen. Ich denke, wir sind alle irgendwie dazu angetreten, die hier auch wieder im Saal sitzen, zu sagen, wir versuchen es, auch wenn wir nicht hundertprozentig von vornherein sagen können, es wird Erfolg haben. Aber dieses Nichtstun und Abwarten, daß die anderen etwas mit uns tun, ist das Verkehrte. So gesehen muß man sagen: wir haben das Treuhand-Desaster nochmal sichtbar gemacht. Es kann sich keiner von den Verantwortlichen nachher hinstellen und sagen, er hat es nicht gewußt. Soweit also dieser Tag.

DGB-Bundesvorstand verweigert die Unterstützung der 2. Konferenz

Wie ihr alle wißt, hatten wir am 20. 06. beschlossen, die zweite Betriebs- und Personalrätekonferenz am 3. Okober, dem Tag der deutschen Einheit, durchzuführen, symbolträchtig am Tag der deutschen Einheit deshalb, um auch mal ein anderes Ergebnis der Wiedervereinigung zu präsentieren, um einfach mal sichtbar zu machen, daß am 3. Oktober für viele in unseren ostdeutschen Ländern nicht nur eitel Freude über die Wiedervereinigung da ist, sondern daß da auch inzwischen viele Ängste sind, durch das, was uns widerfährt. Darum der 3. Oktober. Jetzt natürlich die konkrete Frage, warum heute erst, am 21. November, und warum nicht wie angedacht am 3. Oktober?

Der Arbeitsausschuß, in dessen Verantwortung das nun alles gelegen hatte, hat sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Dazu muß ich nochmal darauf zurückkommen, daß wir ausgehend von der Beratung mit dem DGB an und für sich gehofft haben, daß diese zweite Konferenz schon verantwortlich organisatorisch und auch strukturmäßig durch den DGB organisiert wird, daß wir praktisch beitragen zur inhaltlichen Ausgestaltung und zur Themenstellung, aber daß der DGB sich schon dieser Konferenz so annimmt, daß er federführend ist. Wir hatten dazu Informationen, daß der Bundesvorstand des DGB sich mit dieser Frage befassen wollte. Das wurde zunächst mal angedacht im September. Im September ist das aus irgendwelchen Gründen, die wir dann auch nicht so genau nachvollziehen konnten oder auch einfach nicht erfahren haben, unterblieben. Nun war es so, daß wir darauf gesetzt haben und davon ausgegangen sind, daß eine entsprechende Entscheidung im DGB-Bundesvorstand über die Durchführung einer solchen länder- und branchenübergreifenden Betriebs- und Personalrätekonferenz unter Führung des DGB, im Oktober fallen sollte. Diese Bundesvorstandssitzung war am 6./7. Oktober. Da stand einfach für uns die Frage, machen wir es allein am 3. oder warten wir, ob der DGB am 6. oder 7. Oktober einen Beschluß dazu faßt, daß er es macht. Dazu kam die Lage, daß speziell im September- so ein bißchen als "Heißer Herbst"- zahlreiche Aktionswochen und eine Vielzahl von Betriebsräte- und Personalrätekonferenzen auf Landesebene und Branchenebene stattfanden. In Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt, überall haben Betriebsräte- und Personalrätekonferenzen stattgefunden. Wir haben nicht so richtig

eingesehen, daß es nunmal nur das sture Beharren darauf ist, (wir haben den 3.Okt. festgelegt und nun koste es was es wolle, soll es auch am 3. geschehen), sondern wir haben gesagt, dann ist es schon sinnvoll, wenn der DGB einen solchen Oktoberbeschluß faßt, daß wir es Ende Oktober oder Anfang November machen. Dieser DGB-Beschluß ist im Oktober wiederum nicht zustande gekommen, aus welchen Gründen auch immer. Jedenfalls hat es einen solchen Beschluß nicht gegeben. Daraufhin hat der Arbeitsausschuß dann im Verlaufe seiner Oktoberberatung sich entschließen müssen, und das einfach in Verantwortung euch gegenüber und dem Versprechen der ersten Konferenz, eine solche zweite Konferenz durchzuführen, nun nicht ewig zu warten und am 21. November diese 2. Konferenz durchzuführen. Sollten wir es bis zu diesem Zeitpunkt noch schaffen mit dem DGB in Vereinbarung zu kommen, daß er sie durchführt, dann mit ihm gemeinsam oder unter seiner Führung, wenn nicht, dann wir alleine, weil wir einfach auch in der Pflicht der Teilnehmer der ersten Konferenz gestanden haben und nicht so sang- und klanglos diese Forderung der ersten Konferenz unter den Tisch fallen lassen konnten oder wollten. Deshalb sind wir hier heute in diesem Rahmen wieder zusammengetroffen.

Neue Zeichen einer Annäherung

Es hat dann doch eine qualitative Änderung in der Zusammenarbeit der Betriebs- und Personalräte mit dem DGB gegeben und zwar auf der Bundesvorstandssitzung im November. Dem ging eine Vielzahl von Kontakten und Möglichkeiten wie man miteinander weiter umgeht, voraus. Ich bin vorgestern und vorvorgestern auf dem sogenannten Hattinger Forum gewesen, dort hat vom Bundesvorstand die Regina Görner gesprochen. Es kam automatisch auch das Thema, Betriebs- und Personalrätekonferenz hoch. Sie hat dort namens des DGB-Bundesvorstandes eine Wertung abgegeben und hat auch das Ergebnis der Novemberberatung des Bundesvorstandes des DGB mitgeteilt. Das sieht eben doch wesentlich positiver aus, als es allgemein immer dargestellt wird. Der DGB-Bundesvorstand hat sich inhaltlich ausführlich mit unseren Aktionen, mit unseren Initiativen befaßt und hat nach dem Ausräumen dieser Irritationen, die ich hier nicht alle aufzählen möchte, gesagt, solche Aktionen und solche Initiativen an der Basis der Betriebs- und Personalräte dürfen einfach nicht untergehen. Sie müssen unterstützt werden. Der DGB-Bundesvorstand als ein sehr kleines Gremium sieht sich zwar gegenwärtig offensichtlich nicht im Stande dazu, das als Bundesvorstand zu organisieren, hat aber diesen Auftrag an die ostdeutschen Landesbezirke definitiv weitergegeben und es liegt jetzt an uns, im Laufe der Konferenz auch mal darüber zu sprechen, wie wir dann mit uns selber, mit unserem Anliegen, mit unseren Forderungen und mit dem, was vor uns steht, umgehen. Ich denke, die Konferenz wird dazu Ergebnisse bringen.

Das sollte positiv vermerkt werden, es ist nicht mehr von einer Position des Negierens und der Verleumdung in dieser Bundesvorstandssitzung über die Initiative der Betriebs- und Personalräte gesprochen worden.

Diskussion mit Verkehrsminister Krause (11. November)

Die letzte Aktivität ist dann das Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister, Prof. Krause gewesen. Das hat in Berlin stattgefunden. Auch dort ist der DGB einbezogen gewesen, bereits in die Organisation. Das Gespräch hat im Reichstag stattgefunden, wir waren alles in allem so zwischen 70 und 80 Leute. Der Prof. Krause hat natürlich dort wieder Prügel bezogen, da er ja nunmal der offizielle Vertreter der Verantwortlichen der Bundesregierung dort war. Er hat das auch akzeptiert. Die Diskussion mit den ostdeutschen Abgeordneten ging vorrangig über den weiteren Umgang mit der Privatisierungspolitik der Treuhand, wo natürlich ein Vertreter des Waigelministeriums wieder gefehlt hat, aber auch über den Umgang mit der 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes und der Streichung der Mittel und der Streichung der ABM-Stellen, die hier im Osten der Republik natürlich wieder die sozial Schwächsten trifft.

Dank an die engagierten Helfer

Die letzte Arbeit des Arbeitsausschusses ist die Organisation dieser Konferenz gewesen, das Schreiben der Einladungen. Es gibt hier in diesem Arbeitsausschuß sehr viele, sehr engagierte und ganz fleißige Helfer und Helferinnen, ich muß das einfach mal hier sagen. Das was hier vorgetragen wurde in der Zeit vom 20. Juni bis zum 21. November ist von Betriebs- und Personalräten namens des Arbeitsausschusses neben ihrer normalen Arbeit ohne wesentliche finanzielle oder zeitliche oder moralische Unterstützung anderer Leute gelaufen. Deswegen bitte ich natürlich auch um Verständnis, wenn hier dieses oder jenes mal nicht so ganz reibungslos verläuft. Hier existieren keine Strukturen, die irgendwo länderweit eingreifen. Hier gibt es engagierte KollegInnen, hier gibt es den Arbeitsausschuß, der sich verantwortungsvoll dieser Arbeit gestellt hat und ich denke, es ist einigermaßen bis hierher gegangen. Das also war der Rechenschaftsbericht und wir gehen jetzt weiter in der Tagesordnung.

Martin Clemens

Ich möchte wie auf der vorigen Konferenz entsprechend den Anmeldezetteln die Statistik verlesen. Es sind ca.250 KonferenzteilnehmerInnen im Saal, 140 Betriebs- und Personalräte aus 75 Betrieben, 62 Ost und 13 West. (Siehe Liste der Betriebe in Dokumenten-

die Medien in breitester Weise vermittelt wird. Zu hohe Löhne, zu starre tarifvertragliche Regelungen, unflexible und zu kurze Arbeitszeiten, krankfeiernde Beschäftigte behinderten angeblich den Aufschwung Ost, schreckten investitionswillige Unternehmer ab und trieben solche, die es trotzdem wagten, in den Ruin.

Wer verdient an dem Milliardentransfer?

Nun zu den Zahlen. Es sind im Jahre 1991 13 Milliarden DM hier im Osten investiert worden. Zum Vergleich: Die Investitionen im Westen betrugen 300 Milliarden DM im gleichen Zeitraum. Gleichzeitig wird die Gelegenheit genutzt, die Spaltung zwischen den abhängig Beschäftigten zu betreiben, die im Westen gegen die im Osten auszuspielen. Hier lautet das Motto: Die im Westen wollen nur ihren Besitzstand wahren, sind nicht bereit, Verzicht zu üben und zu teilen. Die Fakten, wie wir wissen, sehen ganz anders aus. Tatsache ist, daß die abhängig Beschäftigten in Ost und West 80 % der Kosten der Einheit getragen haben und weiter tragen. Tatsache ist ebenfalls, daß 72 % der Transferleistungen in den Osten in Höhe von 139 Milliarden DM in den Taschen westdeutscher Konzerne gelandet sind, nicht bei den Beschäftigten. Tatsache ist weiterhin, daß das gesamte System der sozialen Sicherheit in der alten Bundesrepublik zum Zeitpunkt des Mauerfalls von den Unternehmern selber als das deutsche Modell gepriesen wurde; daß exakt mit diesem Modell die Bundesrepublik zu einem der reichsten Länder geworden ist, dessen demokratische Strukturen und deren Funktionieren als nachahmenswert herausgestellt wurden. Wenn jetzt, nachdem die Konkurrenz des anderen Systems weggefallen ist, genau dieses Modell von genau denselben Herren in Frage gestellt wird, dann gilt es aufzupassen, dann geht es darum, sehr wachsam zu sein, sehr gründlich und umfassend zu überlegen, wie wir uns zur Wehr setzen können.

Tarifverträge sind kein Luxus

Erstens: Uns allen muß bewußt sein, daß Tarifverträge und tarifvertragliche Regelungen, die die Unternehmer binden, kein Luxus sind, auf den wir in schwierigen Zeiten einfach verzichten könnten. Sie sind der einzige Wall, der vor der Willkür der Unternehmer hochgezogen werden kann und der uns Beschäftigte davor bewahrt, gnadenlos gegeneinander ausgespielt zu werden, der ein Minimum von Demokratie im Arbeitsleben garantiert. Vergessen wir nicht, Tarifverträge garantieren Mindestbedingungen, nicht mehr und nicht weniger. Der Kampf um ihren Erhalt im Westen und um ihre Einführung im Osten ist unsere gemeinsame Aufgabe hier wie dort und wird uns auch nur gelingen, wenn wir Formen finden, in denen wir gemeinsam branchen- und länderübergreifend antreten können.

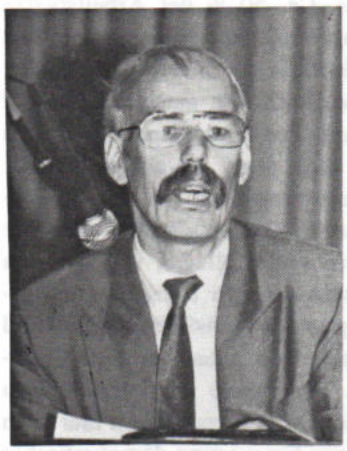
Zweitens: Allein mit dem Betriebsverfassungsgesetz und tarifvertraglichen Mitteln ist den Aufgaben und Schwierigkeiten, die sich hier bei uns im Osten stellen, nicht beizukommen. Das heißt, Betriebsräte und Gewerkschaften müssen zu völlig neuen Formen der Arbeit finden und müssen neue Inhalte entwickeln. In 8 Thesen, die im Rahmen eines Projekts der deutschen Forschungsgesellschaft anläßlich der ersten Betriebsrätekonferenz formuliert wurden, heißt es meiner Auffassung nach ganz richtig, daß die Betriebsräte und Gewerkschaften hier eher wie Bürgerinitiativen arbeiten müßten, als wie Interessenvertretungen nach altwestdeutschem Muster.

Erneuerung der Gewerkschaften ist nötig

Drittens: Die Situation hier in den Betrieben und in den Regionen stellt sich in vielerlei Hinsicht als äußerst desolat und lähmend dar. Ca. 50 % der Arbeitsplätze sind beseitigt. Die Machtverhältnisse haben sich in den letzten 3 Jahren sehr deutlich zu unseren Ungunsten verschoben. Unsere Gewerkschaften machen Lärm um Veränderungsprozesse im Zeitlupentempo. Trotzdem sehe ich hier bei uns eine ganz gewaltige Chance. Wenn ich sage hier, dann meine ich bei uns die Betriebsräte, die engagierten Gewerkschafter und die interessierten Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Ich sehe die Chance, uns zwischen den Betrieben und innerhalb der Branchen gewerkschaftsübergreifend und auch regional zu vernetzen, von unten her neue Strukturen zu schaffen bzw. bestehende Einrichtungen zu kontrollieren, d.h. daß im Grunde genommen hier auch die Chance besteht zu einer Erneuerung demokratischer Strukturen zu kommen, nicht nur innerhalb der Gesellschaft, sondern im Grunde auch der Gewerkschaften, und die haben es dringend und bitter nötig. Das heißt aber auch, daß denselben Druck, den wir nach außen gegenüber den Betrieben, gegenüber der Treuhand und der Regierung ausüben, den müssen wir auch innerhalb der Gewerkschaften ausüben. Menschen, die aus dem Westen kommen, gehen von ihren westlichen Erfahrungen aus. Wir müssen unsere östlichen Erfahrungen einbringen und durchsetzen. Es wird höchste Zeit, daß die Vermittlung von Wissen und die Einleitung von Lernprozessen nicht nur in einer Richtung erfolgt. Auf breitester Ebene muß das Ende östlicher Selbstbescheidung und Dankbarkeit eingeläutet werden. Gleichzeitig müssen wir Geduld und Beharrungsvermögen an den Tag legen, und ich spreche aus langjähriger Erfahrung in der Auseinandersetzung mit betonierten gewerkschaftlichen Strukturen. Erst wenn nichts anderes mehr geht, wenn der Druck ganz massiv geworden ist und Erfolge verzeichnet werden können, dann fangen Apparate an, sich zu bewegen. Die letzten Berichte von Veränderungen, die es ja nun auch wohl innerhalb des DGB gibt, sprechen genau dieselbe Sprache. Es wird im Grunde genommen nicht aus Einsicht und Bewußtsein gehandelt, sondern es wird immer erst dann gehandelt, wenn der Druck so massiv geworden ist, daß sich auch in den Köpfen, in den etwas eingefahrenen Köpfen unserer Funktionäre etwas bewegen muß.

Wir sollten heute die Möglichkeit benutzen, um hier zu diskutieren, wie wir die erwünschte Vernetzung überregional und auch über die Branchen hinaus weiter vorantreiben können und wie wir in der nächsten Zeit auch die anstehenden Tarifrunden dazu benutzen können, auch innerhalb des Westens Lernprozesse zu transportieren und zu sehen, wie wir auch überregional, d.h. nicht nur östlich überregional, sondern ostwestlich dazu kommen können, gemeinsam Formen zu entwickeln, wie wir uns gemeinsam wehren können und Bestand haben können.

Dr. Klaus Grehn,
Präsident des Arbeitslosenverbandes



Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt auf Eurem Podium eine Uhr angebracht, auf der es fünf Minuten vor zwölf ist. Aus der Sicht der Arbeitslosen ist es bereits fünf nach zwölf. Die Frage ist, gelingt es, diese brennende Lunte auszutreten? Ich meine es muß uns gelingen, wiewohl die Schwierigkeiten dabei nicht zu übersehen sind. Ich fühle mich an jenen Witz erinnert, von dem Stotterer, in dessen Haus es brennt, und der nur zusammenhängend singen kann, deshalb die Feuerwehr anruft und hineinsingt in das Telefon "es brennt!" und auf der anderen Seite - in unserem Falle von der Politikerklasse- vi-di-ra-la-la, vi-di-ra-la-la!"

Das gegenwärtige Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Deutschland

Es hat ein Ausmaß erreicht, das selbst in der Weimarer Republik unbekannt war. Zur Zeit sind in Deutschland von offener und versteckter Arbeitslosigkeit nahezu 7 Millionen Menschen betroffen und das Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Rechnet man jene hinzu, die als Opfer durch Nähe bezeichnet werden, die Kinder, die Eltern, die Partner der Arbeitslosen, dann sind in Deutschland über 20 Millionen direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit und ihren bekannten Folgen sowohl in materieller wie auch in sozialer und psychologischer Hinsicht betroffen.

Die Entwicklungstendenzen am Arbeitsmarkt

Im Laufe der letzten zwei Jahre wurde immer wieder durch Entscheidungsträger und Politiker darauf hingewiesen, daß nunmehr das Ende der Entwicklung weiterer Arbeitslosigkeit erreicht wäre oder in dem nächsten halben Jahr erreicht werden würde.

Nunmehr ist völlig klar, daß das Ausmaß, daß die Spitze der Arbeitslosigkeit, daß das Tal immer noch nicht erreicht ist, sondern daß wir im Verlaufe diesen Jahres noch zwischen 300.000 und 400.000 Arbeitslose zusätzlich in Gesamtdeutschland registrieren werden müssen. Ob sie dann in der Statistik erscheinen oder nicht erscheinen, das ist völlig unerheblich. Ich sage das deshalb, weil sich immer Menschen vom Arbeitsmarkt zurückziehen bzw. bei den Arbeitsämtern nicht mehr melden und deshalb aus der Statistik herausfallen. Allein im Monat September sind unter Zugrundelegung der Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit 113.000 Bürger in der Statistik nicht mehr nachweisbar. Wiewohl nicht alle versteckte Arbeitslose sind, muß man jedoch davon ausgehen, daß ein beträchtlicher Teil, nach unseren Erkenntnissen mindestens 50 Prozent, in die versteckte Arbeitslosigkeit gegangen sind. Es sind jene, die nunmehr langzeitarbeitslos sind, die Arbeitslosenhilfe beantragt haben, die aufgrund der Bedürftigkeitsprüfung keine Arbeitslosenhilfe erhalten und deshalb nach einem Vierteljahr nicht mehr Meldung beim Arbeitsamt aus der Statistik automatisch herausfallen.

Die angekündigte Rezession in Ost und West

Es ist davon auszugehen, daß das Null-Wachstum oder aber die Rezession in den alten Bundesländern zu Lasten der Beschäftigungsquote in den alten und den neuen Ländern gehen wird. Es ist überhaupt nicht einsehbar, daß unter diesen Bedingungen Produktion aus den alten Bundesländern in die neuen Bundesländer verlagert wird, wenn man Infra- Struktur und sonstige allgemeine Bedingungen, wie Eigentumsunsicherheit, Handlungseingeschränktheit der öffentlichen Hand der Behörden u.a. beachtet.

Die Hilflosigkeit der Entscheidungsträger und der Politik, wie sie sich im losgetretenen Sozialabbau in einem nie dagewesenen Umfang zeigt

Es ist nicht zu übersehen, daß nunmehr zwei Jahre nach der Einheit sich die Bundesregierung von den sozialstaatlichen Prinzipien immer mehr verabschiedet. Ich erinnere dabei nur an das 10. Änderungsgesetz zum Arbeitsförderungsgesetz und die darin vorgesehenen Maßnahmen zum Abbau von ABM-Stellen, von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Die Einführung des § 249 h dieses Gesetzes, den man sicher von zwei Seiten sehen kann, nämlich, wenn man Optimist ist, von einer positiven, weil Langzeitarbeitslose, die keine Arbeitslosenhilfe erhalten, über den § 249 h, Umwelt-ABM, eine Möglichkeit hätten, zu ihrem eige-

nen Unterhalt selbst beizutragen. Bei einer Bezahlung von 80 Prozent bzw. 80 Prozent Arbeitszeit auf der Grundlage, daß die Tarife nur 50 oder 60 Prozent der Tarife der Altbundesländer betragen, ist begleitende Sozialhilfe ein Moment, das diese Menschen in Kauf nehmen müssen. Wenn sie dann arbeitslos werden und sie nur 63 oder 68 Prozent ihres Umwelt-ABM-Gehaltes erhalten, dann bekommen sie ein Arbeitslosengeld in Höhe von 63 Prozent von 80 Prozent von 60 Prozent.
Bei dem im nächsten Jahr zu erwartenden Anstieg der Preise, der Mieten und der Tarife ist abzusehen, daß dies für diese Menschen einen weiteren Anstieg der Armut in den neuen Bundesländern mit sich bringen wird. Es ist davon auszugehen, daß alle diese Menschen Sozialhilfeempfänger werden und unterhalb der Armutsgrenze leben werden. Es ist ebenso nicht unrealistisch, davon auszugehen, daß ein beträchtlicher Teil in die Obdachlosigkeit gehen wird, weil die Mieten auf der Grundlage der Sozialhilfe nicht mehr bezahlbar sind und es ist nicht zu übersehen, daß diese Entwicklung erst der Anfang ist. Der Nachtragshaushalt, der bereits vor Verabschiedung des Haushaltes von 1993 von der Bundesregierung angekündigt ist, wird einmal mehr verdeutlichen, in welcher Weise Sozialabbau betrieben wird.

Die endlose und bisher fruchtlose Diskussion um den Solidarpakt

Abgesehen davon, daß es zweifelhaft ist, inwieweit der Solidarpakt für die sozial Schwachen, die sozial Ausgegrenzten wirklich Lösungswege bringen wird, wenn man diejenigen Parteien, die sich zu dem Solidarpakt zusammenschließen, betrachtet, ist auf die mehrmonatige Diskussion zu antworten, mit den Worten des Dichters: "Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen".
Im Verlaufe der Diskussion wurde allerdings deutlich, daß sich jene, die den Solidarpakt in die Diskussion eingebracht haben, selber nicht einig darüber sind, wie er denn nun eiigentlich auszusehen hat und was mit ihm möglich oder nicht möglich ist.

Die Folgen der Massenlangzeitarbeitslosigkeit

Neben dem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ein Übergang von der Massenarbeitslosigkeit zur Massenlangzeitarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Schon jetzt nähern wir uns bei den Langzeitarbeitslosen einer Quote von 50 Prozent aller von Arbeitslosigkeit Betroffener.
Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Politik jene, die auf Dauer von der Arbeit ausgegrenzt sind, wie Vorruheständler und Altersübergangsgeld-Empfänger, ältere Arbeitnehmer nicht in die Quote der Langzeitarbeitslosen hineingerechnet, wiewohl wir alle wissen, daß diese Menschen mit höchster Wahrscheinlichkeit in ihrem Leben nie wieder einen festen Arbeitsplatz erhalten werden.
Die Folgen dieser enorm hohen Massenlangzeitarbeitslosigkeit werden in der Öffentlichkeit weder von den Entscheidungsträgern noch von der Politikklasse in ausreichendem Maße diskutiert. Wir fragen, welche Folgen wird die endgültige Ausgrenzung einer ganzen Generation bringen, jener Generation, die sich nach 1945 in die Sielen gekniet hat, um Deutschand aus dem Dreck, aus den Folgen des 2. Weltkrieges herauszuziehen?
Welche Folgen hat eine weit verbreitete Perspektivlosigkeit der Jugend? Welche Folgen hat die massenweise Ausgrenzung der Frauen aus dem Arbeitsleben? Welche Folgen hat die aus diesen Prozessen erwachsende Massenarmut? Und schließlich welche psychologischen Folgen resultieren aus dieser Entwicklung?

Sehr vorsichtig ausgedrückt, begegnen die Entscheidungsträger und die Politiker dieser Entwicklung mit nicht gerade überzeugenden Konzepten und bedauerlicherweise gilt dies nicht nur für den Bereich der Massenarbeitslosigkeit, sondern auch für weitere Bereiche, wie der Ausländerfeindlichkeit, wachsendem Rechtsruck und wachsender Kriminalität.

Wer soll das bezahlen?

Zahlmeister für das Debakel soll der kleine Mann werden. Wie soll man sonst den Vorschlag zum Einfrieren der Sozialhilfe, wie ihn der Bundesfinanzminister unterbreitet hat, oder den Vorschlag zum Kauf der in der Vergangenheit doch immer wieder als ach so marode bezeichneten Plattenbauten-Wohnungen verstehen?

Die Entscheidungsträger und die Politik unterliegen einem Irrtum, wenn sie glauben, daß die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, die Rentner die Schulden der Bundesregierung, die sich langsam aber sicher der Zwei-Billionen-Grenze nähern, bezahlen können. Beachtet man, welche Last wir damit unseren Kindern und Kindeskindern aufbürden, so wird durchaus deutlich, daß es bereits fünf Minuten nach zwölf ist.

Sondertarife Ost drohen der Modellfall für Sondertarife West zu werden, wie der Sozialabbau Ost das Modell für den Sozialabbau West sein wird.

Beispiele wie Daimler-Benz oder Siemens oder der Rückzug von Sony beweisen eindeutig, daß die Möglichkeiten zum Aufbau einer Industrie in den neuen Bundesländern immer geringer werden. Zugleich werden Zusagen von privatisierten Betrieben zum Erhalt von Arbeitsplätzen nicht eingehalten.
Die vorgenannte Palette legt keinen Wert auf Vollständigkeit. Da eine Beschreibung des Zustandes nicht ausreicht, ist zu fragen, was notwendig ist, notwendig sein könnte, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern?

Was muß getan werden?

1. Es ist unabdingbar notwendig, dem deutschen Volk die Wahrheit zum Stand der Einheit, zu ihren Kosten, zur Perspektive dieser Einheit, zu dem notwendigen Anteil der Leistungen, die durch das Volk zu bringen sind, zu sagen. Es ist wenig hilfreich, "dem kranken Patienten bei jedem Hausbesuch erneut zu verkünden, daß er eigentlich gesund ist oder daß er auf dem Weg der Genesung ist und für jeden dieser Hausbesuche wird von der Politikklasse ein neues Honorar abgefordert, so daß der Patient immer ärmer wird".

2. Es ist eine unverzügliche Entschuldung der Betriebe und Einrichtungen der neuen Bundesländern notwendig. Es macht keinen Sinn, immer wieder neue fiktive Altschulden aufzudecken, zu suchen oder zu prognostizieren.

3. Unabdingbar scheint, daß das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung zu verändern ist. Die bisher eher verschämten Versuche, dieses Prinzip modifiziert zu interpretieren, reichen bei weitem nicht aus. Wenn auch hier ein Irrtum vorlag, der zum Schaden der Gestaltung des deutschen Einigungsprozesses gereicht, dann sollte auch dieser Irrtum zugegeben werden. Der Bundeskanzler sprach wiederholt von solchen Irrtümern, da kommt es auf einen mehr oder weniger auch nicht mehr an. Umso mehr, als sich die praktische Realisierung dieses Prinzips immer mehr als ein Hindernis für die Gestaltung der deutschen Einheit darstellt.

4. Jene Gewinne, die aus der Einheit gezogen werden, gezogen worden sind, sind für deren weitere Ausgestaltung einzusetzen, einschließlich notwendiger Investitionen. Neben der Schaffung von Anreizen für Investitionen im Sinne von Vergünstigungen für jene Betriebe, die investieren, also quasi der Arbeit mit Lob, ist auch mit Tadel zu arbeiten, indem für jene Betriebe, die Gewinne in Milliardenhöhe aus den neuen Bundesländern erwirtschaftet haben, repressive Maßnahmen eingeführt werden, wenn sie nicht einen Teil dieser Gewinne in den neuen Bundesländern investieren. Gemeinsam mit einer Bundesförderung könnte so der Gesamtstock für ein Sonderfördergebiet Ost geschaffen werden.

5. Notwendig ist eine sozial gestaltete Verteil ung der Kosten auf alle Schichten nach ihren Möglichkeiten. Das bedeutet, daß die oberen Schichten, daß jene, die über Mehr-Einnahmen und über Mehr-Vermögen verfügen, wesentlich stärker für die Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit herangezogen werden als es bisher der Fall ist. Es geht also um eine sozial gerechte Verteilung der Kosten der deutschen Einheit.

Solidarpakt von unten

6. Notwendig scheint zur Abwehr der Unverhältnismäßigkeit der Abwälzung der Kosten auf die unteren Schichten, auf die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen, ein Solidarpakt von unten, eine konzertierte Aktion all jener Organisationen und Einrichtungen, die die Interessen der entsprechenden Schichten vertreten. Das betrifft die Betriebsräte und Personalräte genauso wie die Gewerkschaften. Das betrifft die Kirchen genauso wie die Arbeitslosen-Organisationen. Das betrifft die Frauenverbände genauso wie die Senioren-Organisationen, um nur einige zu nennen. Wir gehen davon aus, daß derjenige, der seinen Kollegen vor Entlassung schützt, sich selbst schützt. Deshalb sind gemeinsame Aktionen notwendig. Und der Arbeitslosenverband erklärt ausdrücklich seine Bereitschaft zu solchen gemeinsamen Aktionen.

7. Notwendig scheint ein neuer Ansatz bei der Arbeit der Treuhand-Anstalt, soweit dies bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstand überhaupt noch möglich ist. Die Treuhand darf nicht zulassen, daß jene Betriebe, die überlebensfähig sind, die schwarze Zahlen schreiben, Betriebe, die erst in jüngster Zeit vor der Einheit mit neuer Technik und Technologie aus dem westlichen Ausland ausgerüstet worden sind, aus Konkurrenzgründen geschlossen werden. Notwendig ist durch die Treuhand ein Sanierungskonzept, das aus der Sicht der gesamten Industrie der neuen Bundesländer erstellt wird.

8. Notwendig ist es, die Positionen zu Europa zu überprüfen. Dabei sehen wir insbesondere die Notwendigkeit, Lösungswege vorauszusehen, die verhindern, daß durch Billiglöhner aus Ost-Europa der Sozialabbau für die Arbeitnehmerschaft und die Arbeitslosen vorangetrieben wird.

9. Unbedingt notwendig sind neue Denkansätze, die bisherige Denkstrukturen durchbrechen. Diesbezüglich ist es notwendig, daß die Politikklasse ihre Innovationsgrenze überwindet. Solche neuen Denkansätze könnten sein die Entkopplung von Lohn und Arbeit oder die Einführung eines Existenzgeldes. Ebeso dazu gehören neue Denkansätze hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung, der Möglichkeiten und der Grenzen der Konsumgesellschaft. In gleicher Weise gehören dazu neue Denkansätze hinsichtlich der Entwicklung von Wertorientierungen der Menschen.

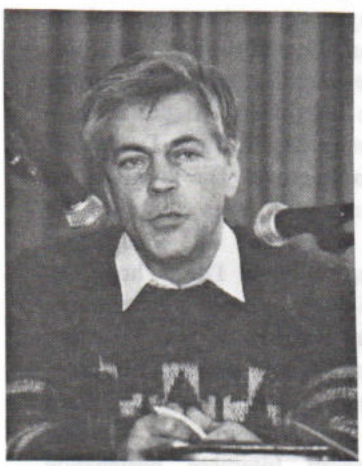
10. Das Jahr 1994 ist wieder ein Wahljahr. Wir sollten in Vorbereitung auf diese Wahlen *Wahlprüfsteine* Ost und West erarbeiten und für diese Erarbeitung den Solidarpakt von unten nutzen. Diese Wahlprüfsteine dürfen nicht nur theoretische Aussagen sein, sondern es müssen Wege gefunden

werden, die diese Wahlprüfsteine für die Wähler handhabbar machen. Dabei geht es insbesondere um die Wähler aus der Arbeitnehmerschaft und aus den Arbeitslosen und schließlich sollten wir

11. die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern wesentlich stärker für unsere Arbeit gewinnen, sie mit unseren Vorstellungen vertraut machen und ihnen gegenüber Forderungen erheben, in welcher weise sie ihre Wählers chaft zu vertreten haben, welche Anforderungen wir an ihre Tätigkeit im Bundestag bzw. in den Landesparlamenten oder den kommunalen Vertretungen stellen.

Manfred Wönkhaus
Betriebsrat, Elbobau, Rostock

6 Tage rechtsradikaler Terror in Greifswald



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin von Elbobau Rostock, Niederlasssung Greifswald und möchte hier über ein anderes Problem sprechen, und zwar über den Rechtsradikalismus und die rechtsradikalen Ausschreitungen, die in der vergangenen Zeit in Greifswald abliefen. Ihr habt es bestimmt in der Presse gehört und im Fernsehen gesehen, was sich da abgespielt hat. Dort wurden zum erstenmal nicht Asylanten angegriffen, die angeblich uns Brot oder Arbeit wegnehmen, hier wurden eindeutig Ausländer angegriffen, ausländische Studenten, Pharmaziestudenten und angehende Ärzte. Das Studentenwohnheim wurde 6 Tage lang mit Pflastersteinen, mit Brandflaschen, mit Übungshandgranaten, mit Brandgeschossen angegriffen und mit Baseballschlägern auch. Die Angreifenden waren Kinder, möchte ich sagen, vom 12. Lebensjahr ab bis Jugendliche, 18, 20, 22 Jahre alt. Die Organisatoren dieser Ausschreitungen waren etwas älter, die haben sich zurückgehalten. Sie kamen aus Hamburg, Berlin, Brandenburg mit Pkw's angereist und haben die Jugendlichen angestachelt. Ich wohne in der Makarenkostraße und habe das 6 Tage lang mit gesehen. Die Polizei war dort präsent und hat, ich möchte das jetzt vorsichtig sagen, das Möglichste getan, um das Schlimmste dort zu verhüten, daß es dann zu solchen Folgen kommen könnte wie in Rostock-Lichtenhagen. Diese Ausschreitungen 6 Tage lang, das war der reinste Zirkus. Jeden Abend diese Ausschreitungen. Wenn diese Randalierer, die Rechtsradikalen dann nach 2-3 Stunden abgezogen sind, haben sie im Chor gesungen "Wir kommen wieder", und am anderen Tag waren sie wieder da. Das ging so 6 Tage. 6 Tage lang hat Greifswald geschwiegen. 6 Tage lang haben die Greifswalder Bürger, die Greifswalder verantwortlichen Politiker, die ganzen öffentlichen Einrichtungen in Greifswald nichts dagegen getan. Die Anwohner haben aus den Fenstern gesehen und nichts gemacht. Das war für mich eine peinliche und schmerzliche Erfahrung. Ich kann nur raten, wenn so etwas bei euch in den Städten auftritt, alarmiert sofort die Öffentlichkeit, nehmt die verantwortlichen Politiker in die Pflicht, wendet euch an die Gewerkschaften, an die Kirche, an die Bürgerschaften, an den Senat, an den Innenminister oder Innensenator, organisiert Gegenkundgebungen und wartet nicht erst, wie es in Greifswald passiert ist, 6 Tage.

Eindeutig kamen diese Angriffe von rechts. Die betroffenen Studenten haben eine Gegendemonstration gemacht und die Gegendemonstration ist so ausgegangen, daß sich "Autonome" beteiligten. Wo die herkamen, wissen wir nicht, und was unter autonom zu rechnen ist, das ist ein dehnbarer Begriff. So daß dann hinterher diese Angriffe verwischt worden sind, weil diese Autonomen dann einen Treffpunkt der Rechtsradikalen, eine Gaststätte zusammengeschlagen haben. Aber ich möchte hier noch einmal betonen, die Angriffe kamen von rechts.

Doris Sander-Bühring,
Betriebsrätin, Hennigsdorf
Resolution gegen Rechtsradikalismus



Ich bin Betriebsrätin bei der Gesellschaft zur Förderung berufsspezifischer Ausbildung, abgekürzt GFBA. Das ist ein Bildungszentrum in Hennigsdorf, wo ganz viele ehemaligen Kollegen aus dem Stahlwerk, das ja ziemlich bekannt ist, jetzt umschulen. Wir finden es wichtig, die Betriebsräte, die diese Resolution auf dieser 2. Konferenz einbringen, finden es wichtig, daß auch wir als Betriebsräte gegen den Rassismus Stellung nehmen, sowohl nach innen, daß man darüber diskutiert, auch mit anderen Kollegen, als auch nach außen, damit klar wird, denke ich, daß wir als Betriebsräte und Betriebsrätinnen uns dagegen

wenden. Ich lese die Resolution vor: (Text der Resolution im Dokumentenanhang)

Prof. Dr.Ulrich Briefs
Universität Bremen:

Ich bin Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Haushaltsausschusses und des Treuhandunterausschusses. Vielleicht mal nur kurz etwas zu diesem einen Punkt. Aus meiner Sicht fehlt nach wie vor der entsprechende Druck auf diese Bonner Strukturen. Das was hier berichtet worden ist, diese Verhandlungen bringen es nicht. Es müssen öffentliche Aktionen her. Es muß so etwas wie angemessene öffentliche und angemessene betriebliche Unruhe her. Ich habe hier irgendwo so ein Flugblatt in die Finger bekommen von der Gruppe kritischer Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen. Da steht am Rande so ein schöner Vers von Knut Becker. Da steht unten drunter etwas, was ich einfach mal zitieren möchte: "Statt Lufthansa Tiefffliegerei - Flughäfen besetzen". Ich will das einfach mal nur so zitieren.

Ausländerfeindlichkeit gefährdet Investitionen

Aber konkret wollte ich mich zu eurer Resolution und zur Frage des Rassismus, der rechtsradikalen Entwicklung in Deutschland äußern. Ich denke, das ist nicht nur eine Geschichte, die geschichtlich mit jeder Faser zu bekämpfen ist aus geschichtlichen Gründen, die nicht nur inhuman ist, sondern die auch ökonomisch völlig kontraproduktiv ist. Der Mob, der in Rostock-Lichtenhagen Beifall geklatscht hat, hat in diesem Moment auch einige hundert Arbeitsplätze weggeklatscht. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Ich denke, daß hinter den Geschichten, die z. B. mit Sony hier diskutiert werden, auch die Furcht vor neuen rassistischen Aktionen, Pogromen, pogromähnlichen Übergriffen in Deutschland steht. In Japan laufen in der Presse Berichte rum, daß zwei japanische Manager in Ostdeutschland irgendwo angegriffen worden sind, weil man sie für Vietnamesen gehalten hat. Die Japaner reagieren da natürlich in einer Art, die man auch nicht so ohne weiteres vertreten kann. Ich gebe das jetzt einfach mal so wieder. Die sagen dann ihren Leuten, sie sollen sich möglichst in dunkle Anzüge werfen und möglichst abends nicht ausgehen im Osten usw. usf. Das ist eine Reaktion. Wir können uns als Menschen, die in Betrieben Erfahrungen haben, ausrechnen, wie sich das auf Investitionsentscheidungen auswirken wird und wie sich Rostock und andere Vorfälle auswirken werden z. B. auf die Investitionsentscheidung von französischen oder amerikanischen Kartellgruppen.

Es gibt auch noch etwas anderes, was dahinter steht. Ich denke, wenn das so weitergeht, dann ist ja zu befürchten, daß Übergriffe auch auf andere Ausländergruppen kommen werden. Ich frage mich z. B., ich will das ganz behutsam ansprechen, wie die islamische Welt reagieren wird, wenn es weitere Übergriffe gibt. Es wird z. B. beantwortet werden mit einem Boykott deutscher Produkte. Ich bin nun kein Vertreter, als einer der zum grünalternativen Spektrum gehört, der sich auf TeufelkommRaus für die bestehende Weltmarktdominanz der Bundesrepublik oder Deutschland ausspricht. Aber wir können uns alle nicht, gerade vor dem Hintergrund, den wir hier diskutieren, wünschen, daß in einem chaotischen Prozeß eine der wichtigen Grundlagen der ökonomischen Entwicklungen in Deutschland auf diesem Wege kaputtgemacht wird. Die Gefahr besteht sehr real.

Es besteht noch eine andere Gefahr, wenn die Entwicklung so weiter geht, daß dann Europa kaputtgeht. Wir brauchen uns nur zu überlegen, daß auch in Europa, Regierungen vertreten sind, die für ausländische Bevölkerungsgruppen bei uns stehen. Und wenn Übergriffe auf diese Gruppen dazukommen, dann wird sofort der Konflikt mitten in Europa drin sein. Meine Familie lebt in den Niederlanden - wir spüren bereits, daß sich das Bild der Deutschen im Ausland zu wandeln beginnt. Da kommen so langsam Stimmungen durch wie, na ja, das sind die Deutschen, die kennen wir doch. Die Geschichte kennen wir. Da kommen so viele Dinge hoch, es wird in den Medien berichtet, es wird sehr intensiv in den Niederlanden, in Frankreich usw. darüber berichtet. Ich spreche mich auch deshalb für diese Resolution und für weitere Maßnahmen in diese Richtung aus. Mir geht es nur darum, daß wir eine ganz eigene, aus eigenem Interesse bestehende Verbindung sehen müssen zwischen dem Kampf gegen Rechtsradikalismus und dem Kampf um soziale Verbesserungen im Osten und im Westen.

Die Resolution wird unverändert mit großer Mehrheit, ohne Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Dietmar Nosal,
Betriebsrat Halbleiterwerk,
Frankfurt/Oder

Ich will von Knut Becker mal eine ganz kurze Glosse nur zum Nachdenken hier darstellen: Der Unterschied! Der Arbeiter und der Schriftsteller trafen sich beim Bier und redeten über ihre Not. "Mir", sage der eine: "wird für meine Hände Arbeit zu wenig bezahlt, weniger als ich brauche." Mir", sagt der andere: "wird für meines Kopfes Arbeit noch weniger bezahlt." "Schade" sagten sie endlich, "daß einer von uns mit der Hand und der andere mit dem Kopf arbeitet, sonst könnten wir uns gemeinsam wehren!"

Die Lüge vom Aufschwung Ost

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Lage in unserem Land ist allen klar. Wir stehen kurz vor dem wirtschaftlichen Ruin eines Landesteiles Deutschlands, das erst vor 2 Jahren zu einem neuen Leben aufbrechen wollte. Die Marktwirtschaft und die ihr angegliederte Politik haben bei uns gezeigt, daß sie nicht sozial, sondern brutal und einzig und allein kurzfristig am Profit orientiert sind. Zwischen 1989 und 1992 ist die Zahl der Arbeitsplätze in Ostdeutschland um mehr als die Hälfte gesunken. Weitere 100 000 sollen fliegen. Eine Wende ist bisher nicht in Sicht. Stattdessen Sozialleistungskürzungen, Miet- und Preissteigerungen in unbekanntem Ausmaß. Die Gefahr, daß der Osten endgültig zum Sizilien, zum Armenhaus Deutschlands wird, ist verdammt groß. Wo einmal eine Entindustrialisierung stattgefunden hat, ist sie unumkehrbar. Auch in Westdeutschland verliert die Mär von der Sozialpartnerschaft immer mehr an Glanz. Lange Zeit wurde behauptet, der Markt, das freie Spiel der Kräfte würde alles in Ordnung bringen und von selbst für einen Aufschwung im Osten sorgen. Heute ist klar, diese Theorie war eine Lüge. Wenn Kohl, Waigel und Möllemann jetzt verstärkt auf staatliche Eingriffe in die Wirtschaft setzen, stellt sich die Frage: Zu wessen Gunsten soll das geschehen? Da wird momentan für einen Solidarpakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, über Verzichten und Teilen gesprochen. Ob Einsparung öffentlicher Gelder wie bei ABM oder Lohnstopforderungen, ob geplante Streichungen von Feiertagen oder Arbeit unterhalb von Tarifsätzen, den kleinen Leuten in Ost und West soll erneut kräftig in die Tasche gegriffen werden. Hier soll eine Schraube in Gang gesetzt werden, an deren Ende thailändische Löhne stehen. Sollen wir uns darauf einlassen? Wer soll denn kaufen, was erzeugt wurde, wenn die Löhne stagnieren oder sinken, die Abgaben, Preise und Mieten aber steigen? Ost-Löhne und West-Preise passen nun einmal nicht zusammen.

Die Politiker machen dafür immer noch die SED-Herrschaft verantwortlich. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die wirtschaftliche Vereinigung wurde mit der Währungsunion und der Treuhandpolitik als ein programmierter Kahlschlag vollzogen. Die meisten Betriebe hier hatten bei dieser Planung von vornherein keine Chance. So wurde auch vieles von dem abgeholzt, was hätte erhalten bleiben müssen. Unliebsame Konkurrenz im Osten soll aber gar nicht erst hochkommen.

Wir müssen den Druck verstärken

Auf der anderen Seite wurde die Vereinigung für die westdeutsche Industrie, einige Riesenbanken und Versicherungskonzerne zu einem Milliardengeschäft. Das sind aber gerade die, die kaum eine Mark in den Osten investieren und für höhere Steuern plädieren. Die Wirtschaft und ihre Politiker verfolgen hier knallhart und ohne Rücksicht ihre Interessen auf unsere Kosten. Wenn wir eine Chance haben wollen, dann müssen wir uns zur Wehr setzen, müssen durch unsere



gemeinsamen Forderungen deutlich machen, wo unsere Interessen liegen. Ohne unseren Druck, ohne branchen- und länderübergreifende Aktionen, zu denen wir soviel wie möglich Kollegen aktivieren müssen, haben wir wenig Chancen, unsere Interessen durchzusetzen.

Kollegen, sicher sind noch viele Kolleginnen und Kollegen der Meinung, das alles bringt nicht viel. Doch ich denke, daß verstärkter Druck unsererseits durchaus Wirkung zeigen kann. Dafür spricht, daß bereits unsere erste Konferenz ein starkes Medienecho gefunden hat. Dafür spricht ebenfalls, daß Herr Kohl es immerhin für nötig befand, sich mit unserer Delegation an einen Tisch zu setzen, und das bei insgesamt noch schwacher Mobilisierung. Bis jetzt gibt es noch vereinzelte Aktionen und kaum solche, die mehrere Belegschaften gemeinsam auf die Beine stellen. Doch das ist viel zu wenig, was ausprobiert wurde. Wenn wir was tun, können wir sicher auch solche Kollegen mitreißen, die heute noch ziemlich passiv oder resigniert sind. Unsere Betriebsräteinitiative besteht ja noch nicht lange. Aber wir stehen direkt an der Basis, sind im Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen jetzt die Chance nutzen, um mit ihnen zu sprechen, sie zu aktivieren und zu mobilisieren. Daraus entwickeln sich kämpferische Aktionen, durch die wir wachsen und zu einem starken Faktor der Arbeitnehmerinteressenvertretung in Ost und West werden können. Die Situation ist zu ernst, um aufzugeben.

Die Gewerkschaften müssen kämpferischer werden

Ein Wort an die Gewerkschaften: Das Verhältnis der Initiative zu den Gewerkschaften ist leider nicht ungetrübt und sicherlich auch von Mißverständnissen belastet. Ich glaube, daß ich die Meinung der allermeisten hier ausdrücke, wenn ich sage, wir sind selber Gewerkschafter und sind eindeutig für starke Gewerkschaften! Wir wollen Seite an Seite mit euch gehen, wenn es euch darum geht, für unsere Interessen zu streiten und insbesondere die Öffnung der Tarifklausel im Osten zu verhindern. Was hier auf dem Spiel steht, wissen wir auch. Gemeinsam gilt es, den bisher schärfsten Angriff auf die Stellung der Gewerkschaften seit Existenz der Bundesrepublik abzublocken. Doch wir meinen auch, daß die Situation im Osten es verlangt, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder viel stärker mobilisiert, daß sie selbst kämpferischer werden muß. Die Kundgebung am 2. 10. auf dem Alex war ganz gut, aber müßten wir nicht in einer derart katastrophalen Lage, wir, die Funktionäre, stärker auf die Basis zugehen, anstatt nur Papiere zu verschicken? Hätten die Gewerkschaften nicht bereits in den letzten zwei Jahren zu den großen Flugtagen, als Zigtausende auf die Straße flogen, schneller und vor allem entschiedener reagieren müssen? Immer mehr Kollegen fühlen sich von den Gewerkschaften verlassen und treten aus, was ja letztlich eine Schwächung bedeutet. Seid ihr denn nicht froh darüber, daß sich im Osten eine Betriebs- und Personalräteinitiative entwickelt, die fast 100%ig Gewerkschafter sind? Seid ihr nicht froh darüber, Gewerkschaftsarbeit im Betrieb mitzumachen? Wir haben doch die gleichen Ziele wie ihr, unterstützen euch von unten bei der Realisierung dieser Ziele. Wenn die Gewerkschaften sich nicht auf die neue katastrophale Lage einstellen und nicht die Interessen der arbeitenden Menschen mit mehr Konsequenz und Kampfgeist vertreten, wird das katastrophale Folgen für unseren Lebensstandard und unser gesamtes Leben haben. Das wollen und müssen wir gemeinsam mit Euch verändern.

Noch einen Satz: Deshalb laßt uns nicht die Streitigkeiten vertiefen, sondern reichen wir uns, unseren Gewerkschaften zum wiederholten Mal die Hände zum Kampf miteinander gegen die Massenentlassungen, gegen den sozialen Kahlschlag und gegen die Aufhebung der Tarife! Danke!

Ingrid Häussler,
Betriebsratsvorsitzende BUNA AG

Ich wollte mal ganz kurz was sagen zu der Veranstaltung überhaupt und zu dem, was da passiert ist bisher. Ich habe in Bonn am Gespräch mit Herrn Möllemann und Herrn Kohl teilgenommen. Es ist ganz prima, daß wir das geschafft haben, aber ich denke, wir sollten uns keine Illusionen machen, was das bedeutet.
Sie haben uns empfangen, weil das in einer Situation war, wo hier die Leute Brandsätze werfen und weil sie gar nicht anders konnten, als mit uns zu reden. Insgesamt ist uns sicher klar, daß es hier in der Bundesrepublik Strukturen gibt, die bestehen, und mit diesen Strukturen müssen wir leben. Deshalb finde ich, sollten wir unsere Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft beenden, das auch nicht weiter aufarbeiten. Ich bin froh, daß die IG Chemie heute hier dabei ist, wenn sie auch nicht gerade führend ist. Ich fühle mich heute hier ganz sicher im Arm der Gewerkschaft. Wir sollten das nutzen und ausbauen und in der Gewerkschaft versuchen, unseren Platz einzunehmen.

Die Betroffenen müssen konsultiert werden



Ganz konkret zu unserem Thema: Wir sind hier angetreten, Berichte zu geben. Ich gebe keinen Bericht, ich möchte was dazu sagen, wie wir weitermachen sollten. Der Stand der Arbeitsplätze, die noch da sind, rechtfertigt, nicht nur rechtfertigt, sondern verlangt, daß wir alle, die was dazu beitragen können, alles unternehmen, um den weiteren Abbau zu stoppen. Das war unser großes Ziel. Dazu ist bei den Verantwortlichen ein Umdenkungsprozeß notwendig, der noch nicht eingetreten ist. Dieser Umdenkungsprozeß betrifft vor allem die Treuhandanstalt. Nur, die Treuhandanstalt hat eben ihren Auftrag. Also betrifft das die Auftraggeber. Es darf nicht entscheidend für die Privatisierung sein, daß es überhaupt eine Lösung gibt, sondern es kommt darauf an, daß die Lösung für alle, die davon betroffen sind, gut ist. Nur, wer ist betroffen und wie könnte man dazu kommen? Betroffen sind an erster Stelle die Arbeitnehmer aus den Betrieben selbst, aber auch die Kommunen, die Länder und der vielgepriesene Mittelstand um die Betriebe herum, die da kaputtgehen, und auch die Universitäten und andere Betriebe im Umfeld, also eigentlich die Region. Diese Zusammenhänge werden bei den Entscheidungen viel zu wenig betrachtet. Ich sehe auch bei der Treuhandanstalt kein Instrument, das eine Diskussion dazu führen kann. Wir müßten erreichen, daß jede Vorlage zur Zukunft eines Betriebes, bevor sie dem Treuhandvorstand zur Entscheidung vorgelegt wird, in einem solchen Gremium diskutiert wird. Dabei muß beurteilt werden, was kostet die Privatisierungsvariante der Treuhandanstalt, was kostet die Umsetzung - wenn vorhanden eines betrieblichen Konzeptes und was würde, wenn das zur Debatte steht, die Stillegung kosten. Welche sozialen Auswirkungen hat die Entscheidung? Wenn die Entscheidung einmal im Treuhand-

vorstand gefällt ist, ist es sehr schwer und nur mit übermäßigem Kraftaufwand noch möglich, diese Entscheidung noch zu korrigieren. Ich denke an Freital, wo es dann ja gelungen ist. Aber welcher Kraftaufwand war notwendig, und es gelingt immer nur den größeren Betrieben.

Der Markt ist verteilt

Ein weiterer Punkt zum Umdenken bei der Treuhandanstalt ist aus meiner Sicht die nicht zu verantwortende Position: Betriebe, stellt Produkte mit Qualität her, Betriebe, senkt eure Kosten und bietet zu konkurrenzfähigen Preisen an, Betriebe, dann sucht euch einen Markt, und wenn ihr den gefunden habt, dann werden wir über euer Konzept nachdenken. Das sagen sogenannte erfahrene Marktwirtschaftler, die genau wissen, daß es nicht ausreicht, ein gutes Produkt und einen guten Preis anzubieten. Der Markt ist verteilt, die Industrie der alten Bundesländer hält ihn fest in der Hand und wartet gnadenlos auf die Schließung unserer Betriebe. Das wissen die Herren Marktwirtschaftler sehr genau und es ist schon erstaunlich, daß sie an uns solche Forderungen stellen. Es funktioniert einfach nicht. Ich will einige Beispiele nennen, die ihr alle kennt: ORWO-Film, Staßfurt-Fernseher, Addinol-Schmierstoffe, MZ-Motorrad, Belfa-Batterien und viele andere Produkte mehr. Alles nachweislich gute Produkte mit günstigen Preisen, z. T. günstigeren Preisen als vergleichbare westliche Produkte, aber wo gibt es die zu kaufen? Dieser Anspruch der Treuhandanstalt, erst das Vertriebskonzept auf den Tisch zu legen und dann die Zusicherung für die Weiterführung zu geben, geht einfach nicht auf. Hier muß für einen begrenzten Zeitraum, ich betone, für einen begrenzten Zeitraum, denn ich denke, es muß für die Leute, die das Geld verantworten, absehbar sein, für wie lange sie das Geld auslegen müssen - muß es Bestandsgarantien mit Sanierungsmöglichkeiten geben, sonst haben wir keine Chance. Ich könnte mir folgendes vorstellen: Daß man eine Analyse macht, entweder branchenweise oder aber regional. Dort genau aufschreiben, welche Betriebe haben wir noch bei der Treuhandanstalt, welche Konzepte sind vorhanden und welche Wege werden gesehen, diese Betriebe zu erhalten. Dazu müßte es mit der Treuhandanstalt jeweils regional oder branchenweise eine Diskussion geben, wo sowohl die Position der Treuhandanstalt als auch die der Verantwortlichen für den Betrieb einbezogen wird. Dann weiß man erst voneinander, welche Kritikpunkte es denn gibt und kann auch daran arbeiten. Wir fordern eigentlich die Einstellung des einseitigen Agierens der Treuhandanstalt und eine konstruktive Zusammenarbeit. Es hat jetzt den Eindruck, als ob dieser Punkt der Zusammenarbeit immer erst dann erreicht wird, wenn der Betrieb in der Abteilung Liquidation angekommen ist. Dort hat nämlich die Treuhandanstalt dann eigentlich erklärt, wir sehen im Moment keine Möglichkeit zu privatisieren, wir geben es mal dahin und sehen, was noch draus zu machen ist. Diese Frage sollte man sehr viel eher stellen. Dann sind die Lösungen nicht so klein, die am Ende rauskommen. Dann gibt es auch sehr oft ein Gesamtkonzept, nicht nur für die, die jetzt im Betrieb weiter eine Arbeit haben werden, weil die Lösung eben so klein ist, sondern auch für die, die noch im Betrieb vorhanden sind und keine Arbeit haben werden. Über die denkt in den treuhandgeführten Betrieben, die zur Privatisierung anstehen, nämlich niemand nach. Da wird einseitig gefordert: wenn ihr verkauft werden wollt oder wenn ihr euer Konzept umsetzen wollt, müssen soundsoviele entlassen werden. Alle Instrumente der Hilfe sind nächstes Jahr für diese Leute erst mal weg. Ich denke, es muß Gesamtlösungen geben, wo man sagt, wenn wir schon ein Konzept haben und das kann eben nicht 100 % der Leute beschäftigen, sondern nur 80 %, dann überlegen wir, wie werden wir die 20 % in vernünftiger Form für die nächste Zeit halten können, denn die Arbeitsplätze auf dem Markt sind für mich nicht zu sehen, jedenfalls nicht in unserer Region.

Regionale Analysen erstellen

Ich will noch einmal feststellen: Die Treuhandanstalt hat, damit eigentlich auch die Regierung, bisher eine Menge Geld ausgegeben, um unsere Betriebe über Wasser zu halten. Das muß ich wirklich sagen. Buna ist dazu ein positives Beispiel. Wir haben sowohl Geld bekommen für das laufende Geschäft als auch für Investitionen. Trotzdem wird darüber nachgedacht, ein schnelles Privatisierungskonzept zu machen mit Aufteilung und sehr wenig Arbeitsplätzen. Das viele Geld, das der Staat hier ausgegeben hat, sollte nicht verschwendet sein, sondern sollte wirklich auch zu vielen Arbeitsplätzen führen. Wenn es nun schon so lange gedauert hat, ohne daß wir erfolgreich privatisiert worden sind, dann ist auch jetzt so viel Zeit da, eine qualitativ bessere Lösung zu erarbeiten und nicht das Treuhandgeschäft jetzt schnell abzuschließen. Deshalb sollten wir das Angebot des DGB und z. T. auch unserer Industriegewerkschaften annehmen und mit viel Einsatz regional solche Analysen machen und an den einzelnen betrieblichen Lösungen mitarbeiten. Alle, die wir auch gewählt haben auf allen Ebenen, auch ständig dafür in Anspruch nehmen. Ich denke, wir werden hier in Bausch und Bogen für alle keine praktischen Lösungen finden können. Unsere Gemeinschaftsaktionen können hier und auch weiterhin nur dazu dienen, soviel Druck auszuüben, daß die Verantwortlichen ihre Verantwortung auch wahrnehmen und auch bereit sein, mit uns "kleinen Betriebsräten" wirklich zusammenzuarbeiten.

Eberhard Wagner

Feuer kann man nicht in Papier einwickeln

Ich möchte noch ein Wort zur Treuhandpolitik sagen, damit immer wieder klar wird, wie unterschiedlich die Positionen sind, die wir zur Treuhandpolitik haben, gegenüber der Position, die die Treuhand selber immer vertritt. Da muß ich mit einem chinesischen Sprichwort antworten: Feuer kann man nicht in Papier einwickeln. So kommt es mir gegenwärtig vor.

Erich Kassel

Betriebsrat Klöcknerhütte, Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit 27 Jahren dort im Betrieb, 25 Jahre Vertrauensmann, war erstmalig seit 1969 im Betriebsrat. Unser Betriebsratsvorsitzender Peter Sörgel, sagte zu mir: "Alles was der Solidarität dient und diese in Bremen stärkt , muß getan werden, fahr nach Berlin. Uns ist durch ein Loch in der Konzernzentrale gesagt worden, daß der Standort des Klöckner Stahl- und Hüttenwerkes in Bremen gefährdet ist, 6000 Beschäftigte, ein Betrieb der Extraklasse, das kann ich persönlich sagen, weil ich schon in Frankreich ähnliche Werke gesehen habe, in Italien und auch in deutschen Werken war. Was ist also passiert, was ist die Besonderheit?

Monopolisten beherrschen den Markt

An dem Betrieb hängen noch weitere Zigtausende Arbeitsplätze, wahrscheinlich dreht es sich also darum, daß über 10 000 Arbeitsplätze in der schon strukturschwachen Region Bremen vernichtet werden. Der Bremer Raum wird damit mit dem Osten Deutschlands gleichziehen und ein Armenhaus sein. Dieser Staat ist schon ganz hoch verschuldet, nicht mehr fähig, regiert zu werden. Wir haben Probleme bei der Organisierung des Widerstandes. Die Belegschaft und auch die Stadt lebt noch wie im Schlaraffenland, meinte, die Probleme, die ihr alle habt, die sind ganz, ganz weit weg.

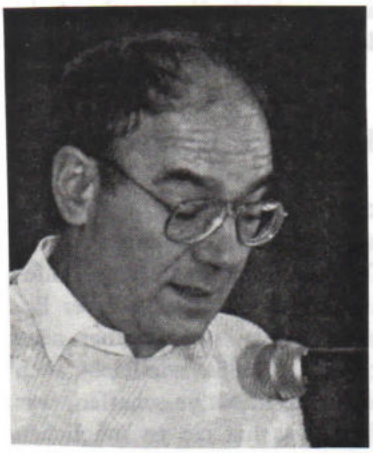
Wir sind vor 14 Tagen überrascht worden. Vorausgegangen war ein Eigentümerwechsel. Die Besitzerfamilie Hähnle, eine ganz alte Kapitalistenfamilie mit über hundertjähriger Tradition, ist ausgeschaltet worden von der Deutschen Bank und der VIAG, einem großen Konzern, der riesige Kapitaleinlagen besitzt. Die haben im Interesse der gesamten deutschen Stahlindustrie Entscheidungen gefällt, die bedeuten: das Werk wird durchgeschnitten, die holländische Firma Hoogovens wird die Rohstahlblöcke liefern. Aber wenn die Flüssigphase im Werk fehlt, dann hat der Rest, die WarmbreitbandStraße überhaupt keine Chance. Man muß sich mal die Bedeutung eines solchen Schrittes ausmalen. Es wird immer noch diskutiert, daß bei EKO-Stahl eine Warmbreitband-Straße gebaut wird. Wenn Bremen plattgemacht wird, ein sehr optimales Werk wohlgemerkt, dann haben 2 Konzerne die Warmbreitbandproduktion in Deutschland zu 4/5 in der Hand: Krupp-Hösch und Thyssen Sie können die Preise steigern, können über ihre Handelshäuser den Markt monopolisieren und damit wieder riesige Gewinne machen, auf Kosten unserer Arbeitsplätze. Es ist einfach ungeheuerlich, so ungeheuerlich, daß viele im Werk das noch nicht glauben. Erst unsere Kundgebung, unser Streik vom 17.11. hat deutlich gemacht, daß es wirklich so ernst ist. Auch die Bevölkerung ist einbezogen. Wir haben uns als Vertrauensleute stadtteilmäßig inzwischen organisiert, haben auf Marktplätzen, wenn Wochenmarkt ist, Stände, informieren die Bevölkerung. Wir machen jetzt gerade eine Zeitung für Bremen. Wir haben die Kontakte zur Stahlindustrie bis hin zum Osten Deutschlands, wo wir nur Adressen hatten, alarmiert und das Beeindruckende ist dann auch geschehen. Am 17.11. bei der Kundgebung, waren die Kollegen von Hennigsdorf da. Das machte einen sehr starken Eindruck. Wir hatten nämlich im Dezember letzten Jahres gesammelt für sie, das war die Antwort, ihre Solidarität. Es waren Kollegen da von Olympia Wilhelmshaven, von Thyssen, von Hösch Dortmund. Ich kann sie gar nicht alle aufzählen. Auch über die IG Metall ist der Kontakt zu Hoogovens, zu dem holländischen Werk geknüpft worden.

Aktiv an die Öffentlichkeit treten

Wir haben also, das muß ich zugeben, große Probleme, der Belegschaft und der Bevölkerung deutlich zu machen, daß die Banken wirklich so radikal die Arbeitsplätze auch im Westen Deutschlands vernichten wollen. Wir müssen noch mehr in die Öffentlichkeit gehen und alle Mittel auch der Gewerkschaften wahrnehmen, um diese Probleme im Westen deutlich zu machen. Was steckt dahinter, daß dieses Ungeheuerliche passiert? Ich selber stehe im Betrieb für eine ganz bestimmte Meinung, nämlich für die Meinung, wenn hohe Zinsen der Banken Betriebe kaputtmachen, dann müssen die Banken auch gezwungen werden, auf die Zinsen zu verzichten, damit wir existieren können.

Mit dieser Haltung wende ich mich ausdrücklich gegen die Rede des Herrn Wedemeier, Bremer Bürgermeister, der gesagt hat, es geht nicht an, daß in der EG solche produktiven Betriebe wie Klöckner-Bremen nicht erhalten bleiben, angegriffen werden und andere, die älter sind und subventioniert werden müssen, plattgemacht

werden. Nein, das ist überhaupt gar keine Lösung und deshalb bin ich mit euch auch solidarisch.



Wir müssen hier unsere Existenz verteidigen. Die Klöckner-Werke haben unglaubliche Gewinne gemacht in den letzten 3 Jahren auf Grund der Hochkonjunktur, auf Grund der Arbeitsplatzvernichtung im deutschen Osten. Das geht nicht so weiter. Der Vorstand hat uns ja gesagt: macht nicht als Betriebsrat die Straßen rebellisch. Doch, das haben wir getan. Wir sind mit großem Erfolg auf dieser Kundgebung am 17. 11. an die Öffentlichkeit getreten und das müssen wir weiter tun und verstärken, damit alle, zumindest in der Bremer Region, wissen, daß wir nicht so aussterben dürfen. Dazu bitte ich euch, wenn weitere Aktionen sind, das kommt ja wohl auch durch Presse usw. rüber, schickt Solidaritätserklärungen, wenn es geht auch Delegationen, laßt uns den Kontakt untereinander verstärken, Informationsaustausch betreiben und dadurch die Solidarität, die hier schon unter euch ist, verstärken und nach Westdeutschland reintragen.

Es geht auch um unsere Jugend

Wir von der Klöckner-Hütte, die Gewerkschafter dort, die sehr aktiv sind jetzt, wir tun das unsere, um alles das in Westdeutschland zu verbreitern. Es gibt nämlich noch weitere Betriebe, das ist hier gar nicht bekannt, die laufend Arbeitsplätze vernichten und dadurch den jungen Menschen die Zukunft nehmen. Ich habe eine Tochter von 11 Jahren, die muß bald Arbeit, Ausbildung suchen. Es geht auch darum, der Jugend eine Chance zu geben. Das werden wir tun, und deshalb höre ich auch sehr aufmerksam zu und versuche zu verstehen, welche Probleme ihr hier habt, besondere natürlich, aufgrund der Treuhand-Verwicklung usw.

Ich danke euch dafür, daß ich hier so angehört werden konnte. Und falls ich nicht in manchen Punkten verstanden worden bin, weil wir aus einem ganz anderen Land kommen, aus so sicheren Verhältnissen, sicheren Arbeitsplätzen, 10 Jahre Hochkonjunktur, dann stellt bitte diese Fragen an mich und laßt uns weiter diskutieren.

Eberhard Wagner

Für Sachsen sitzt jetzt auf dem Podium Frank Gerstenberger von der Textilfabrik Flöha, in der Nähe von Chemnitz.

Bogdan Lewandowski,
Autofabrik Warschau

Am Anfang wollen wir uns herzlich bedanken, daß wir hier eingeladen wurden, vielen Dank an die Organisatoren dieser Konferenz. Wir vertreten hier einen Betrieb, der ungefähr 20 000 Beschäftigte hat, selbst in Warschau sind es ungefähr 10 000. Unsere Hauptproduktion sind PKW. Unser Betrieb in Warschau ist die Zentrale. Wir haben auch etliche Werke in ganz Polen, die zu unserer Produktion gehören. Jetzt möchte ich gerne ein paar Gedanken über die Situation der polnischen Wirtschaft überhaupt und über die Situation unseres Betriebes äußern.

Am Anfang eine kleine Anmerkung. Bei uns in Polen ist es in manchem vielleicht schwerer, in manchen Sachen aber vielleicht auch leichter, die Wirtschaft zu organisieren. Es ist vielleicht schwieriger, weil wir keine Brüder aus dem Westen haben, die Geld haben und reich sind und auf die wir zählen können. Aber andererseits fällt es uns auch leichter, weil wir wissen, wenn wir uns nicht selbst helfen, dann hilft uns auch niemand. Jetzt zu unseren Hauptproblemen.

Politik der Privatisierung in Polen

Dieser polnische Staat besitzt ungefähr 80 % der Betriebe in Polen, so daß die Steuereinnahmen von den Betrieben auch eigentlich die Finanzierung des Staates erlauben. Wenn diese Industrie in Polen pleite geht, dann geht auch unser Staat pleite. Diese Industrie ist eigentlich kaum noch konkurrenzfähig. Im allgemeinen betrachten wir das so in Polen, wir denken, daß wir unbedingt privatisieren müssen, um die Industriekonkurrenz zu erhalten. Wir wollen also einen Eigentümer finden. Wir wollen aber, daß die Privatisierung auf einem Weg erfolgt, wo wir eigentlich die Interessen der Belegschaften und der Betriebe vertreten. Man muß auch diese Interessen des Staates verfolgen. Nicht gefährdet werden darf auch bei dieser Privatisierung die Belegschaft, weil man ohne die Belegschaft die Privatisierung nicht vollziehen kann. Wir müssen auch das Interesse des Privatkapitals bewahren, weil wir ohne Privatkapital keine Privatisierung machen können. Bis jetzt meinte unsere politische Elite, daß man den Prozeß der Privatisierung ohne die große Teilnahme der Gesellschaft durchführen kann. Jedoch veränderte sich das Bewußtsein auch in dieser politischen Elite. Wir vermuten, daß bis 20 % der Aktien die Belegschaft bekommt und das auch entweder umsonst oder zu ganz niedrigen Preisen.

20000 Arbeitsplätze abgebaut

Die Situation in unserem Betrieb ist eigentlich noch ganz gut. Das kommt wahrscheinlich so zustande, daß eine gute Zusammenarbeit entstanden ist zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsräten. Zweitens ist es



auch die gute Politik der polnischen Regierung, einen Zollschutz eingeführt zu haben, so daß wir in unserem Betrieb diese Übergangsphase zur privaten Marktwirtschaft besser bewältigen können. Es ist selbstverständlich so, daß dieser Zollschutz irgendwann zuende geht, wahrscheinlich, wenn die polnische Regierung die Zusammenarbeit mit der EG weiter stabilisiert. Wir haben also eine Chance bekommen, unseren Betrieb zu restrukturieren und nur von uns selbst ist es abhängig, ob wir diese Chance nutzen oder nicht. Im Rahmen der Restrukturierung sind von den 30 000 Arbeitnehmern in Warschau jetzt noch ungefähr 10 000 da. Andererseits haben wir noch einen Teil des Betriebes darauf vorbereitet, daß wir dann mit General Motors zusammenarbeiten. Die restlichen Teile des Betriebes haben wir auf einzelne Werke unterteilt. Diese arbeiten dann mit eigenem Profit. So haben wir eigentlich ein Automobilwerk, Werkzeugproduktion, Dienstleistungsbetriebe, dann haben wir noch unseren Autoverlag, Bücher über Autos, dann eine Art Handel mit Gebrauchtwagen. Diese sozialen Dinge, die wir bis jetzt hatten, also Ferienhäuser usw., die werden wir an unsere Gewerkschaften weitergeben.

Das ist jetzt alles, an diesem Beispiel wollte ich ihnen unsere Situation vorstellen. Falls Fragen kommen, stehen wir noch zur Verfügung.

Stephan Demke
Reese + Chaskel Druck Satz, Berlin

Ich bin gewählter Belegschaftssprecher einer kleinen Druckerei hier im Standort Schöneweide, im ehemaligen Industriestandort, wo mal Zehntausende Leute Arbeit hatten, wo 5 bis 6 Großbetriebe auf einen Bierdeckel paßten und wo es heute nicht einmal mehr 10 000 Beschäftigte sind. Dieses Haus hier gehörte mal meiner alten Firma, dem WF, (Werk für Fernsehelektronik) und ich finde es von daher ganz spannend, daß es heute hier zu dieser Konferenz gekommen ist. Zu Wendezeiten haben hier über 500 Vertrauensleute, was vorher nicht so der Fall war, gesessen und haben überlegt, wie könnte Interessenvertretung, Gewerkschaftsarbeit in Zukunft aussehen. Da hatten sie noch ein bißchen an ihr kleines Land gedacht. Jetzt ist es so ein großes Land. Hier in diesem Raum fand auch eine Konferenz statt zu der Frage: wie könnte ein Betriebsverfassungsgesetz aussehen? Das war anfang 1990. Hier in diesem Raum fanden die ersten zwei Arbeitnehmertage statt, zusammen mit den Bürgerinitiativen von Köpenick und Schöneweide. Hier sind Ideen geboren worden, wie man strukturell was machen kann, wie man mit der Arbeitslosigkeit umgehen kann, als Kommunalpolitiker noch lange nicht darüber nachgedacht haben. Von daher finde ich es gut, daß das hier eine Art Traditionslinie ist.

Für eine bundesweite 3. Konferenz

Ich denke mir, angesichts dieser Arbeitgeberoffensive und dieser Mietenpolitik, die diese Regierung macht mit ihrem Instrument Treuhand, muß es weitere Konferenzen geben, wo sich Kollegen austauschen über Erfahrungen, positive und negative, wo sie über neue Wege nachdenken. Von daher müßte vielleicht auch überlegt werden, was kann die Initiative schaffen, was konnte sie nicht schaffen, was hat sie an möglichen Kampfmaßnahmen durchgespielt, die vielleicht nicht gegriffen haben und was könnten mögliche weitere Sachen sein. Ich denke mir, daß die ersten beiden Konferenzen Ost berechtigt waren, glaube aber, wenn es eine 3. Konferenz geben sollte, für die würde ich sprechen, dann müßte das Transparent da vorne anders heißen, daß es eine Konferenz deutscher und ausländischer Arbeitnehmervertreter in der Bundesrepublik Deutschland ist, weil die Arbeitsplatzvernichtung im Westen seit Jahren und auch jetzt genauso abläuft, weil diese OstWestKiste nur dazu dient, die Kollegen gegeneinander auszuspielen und Druck zu machen. Es muß also eine bundesweite Konferenz sein.

Die Betriebsräteinitiative muß endlich anerkannt werden



Im Vorfeld denke ich auch, muß es wieder einen Aktionstag geben, wobei ich denke, alle Belegschaften aus den Betrieben heraus in die Leipziger Straße zu kriegen, geht vielleicht so nicht. Man könnte aber Abordnungen schicken, man könnte aber, da fällt mir wieder eine Sache aus der kurzen Nachwendezeit ein, man könnte an diesem Tag zu einer Stunde X in möglichst vielen Betrieben dieser Bundesrepublik Belegschaftsversammlungen einberufen. Die müssen nicht sehr lange gehen, wo man aber zu diesem Aktionstag noch einmal sprechen kann, wo man an die Kollegen, die nicht mehr in Arbeit sind, denken kann. Vor allem muß es wirklich zusammen sein mit einer Bewegung sozial von unten, weil es auch um Kollegen geht, die nicht mehr Arbeit haben, weil es um die Mietkiste geht, weil es um den Kultur- und andere Formen von Sozialabbau geht. Nur dann wird

es auch ein Signal setzen, was die Kollegen zum Nachdenken anregt.
Ich denke, die Konferenz ist deshalb richtig, weil ich gesehen habe, wie die Medien reagiert haben, weil wir alle gesehen haben, wie die gewerkschaftlichen Vorständler reagiert haben und wie wichtig es ist, hier auch ein gutes Gefühl zu kriegen, daß man nicht allein ist.
Zum Schluß denke ich, muß man auch an die gewerkschaftlichen Vorstände einfach die Forderung schicken, daß sie endlich ihre bedeckte Haltung und teilweise auch ihren Widerstand aufgeben und diese Initiative als festen Bestandteil und kreativen Teil einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung sehen und diesen Ostwind nutzen, indem sie ein knallharte Politik gegen diese Regierung und gegen diese Arbeitgeber macht.

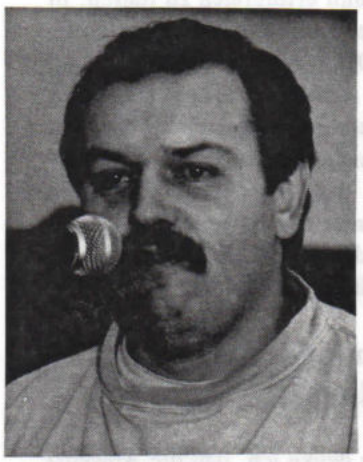
Ulrich Töhne,
Personalrat Berlin

Soweit es um die Personalräte geht, denke ich, kann ich schon ein paar Worte sagen. Ich arbeite in Westberlin. Ich danke meinem Vorredner ausdrücklich für die Worte, die er gerade gesagt, weil die gleiche Politik, denke ich, Ost und West gleichermaßen betrifft. Das kann man in Berlin ganz besonders sehen. Wer heute in die Statistiken reinsieht, zumindest soweit es die öffentliche Finanzierung angeht, der wird feststellen, daß Berlin nicht mehr zu den alten Bundesländern gehört, weil man durch das einheitliche Haushaltsrecht mittlerweile in Berlin soweit abgesackt ist, daß es zu deutlich würde, wenn man damit aufhören würde. Von da aus gesehen kann ich nur noch mal sagen, daß der Vorschlag, der aus der Richtung kam, einen bundesweiten Aktionstag zu machen, von mir unterstützt wird. Das macht einen Teil dessen aus, weswegen ich mich gemeldet habe.

36000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst Berlins sollen abgebaut werden

Ich will aber noch auf einen zweiten Aspekt kommen. Gerade im öffentlichen Dienst kann man als Folge, aber auch als Ziel die Privatisierungspolitik und die Strukturanpassung ganz deutlich erleben. In Berlin hat man vor, innerhalb der nächsten drei Jahre mindestens 36 000 Arbeitsplätze, die erstens notwendig sind und die zweitens sicher sind, abzuschaffen. D.h. 36 000 Menschen hier in Berlin, ohne die Folgen gerechnet, werden zusätzlich einfach vom Arbeitsmarkt gedrängt und in der Arbeitslosigkeit verbleiben oder reinkommen. Ich denke, daß man diesen Zusammenhang zwischen der Privatisierung und den Entlassungen und den Auswirkungen auf den Haushalt, nämlich die niedrigeren Steuern und die Mehrsozialabgaben mit im Blick haben muß. Eine Überschrift dabei müßte sein, statt dies scheibchenweise anzugehen - hier eine Branche, da eine Branche, hier ein Teil öffentlicher Dienst, da ein Teil private Politik - daß zu den jeweiligen Anlässen, jetzt z. B. der Landeshaushalt in Berlin, eine gemeinsame Aktivität aller Gewerkschaften, die eine Änderung der Politik in eine andere Richtung verlangt, notwendig ist. In dem Sinne kann ich mich nur dem Vorschlag zu einem einheitlichen Aktionstag anschließen. Das, was da allerdings im Herbst vorgemacht worden ist, das kann nicht unser Vorbild sein. Denn das war ja nur ein gebremster Schaum, ohne die Zielrichtung, wirklich etwas ändern zu wollen.

Hartmut Böhmler, Vertrauensmann, Gelsenkirchen



Ich bin Vertrauensmann in einem Gelsenkirchner Metallbetrieb. Auch bei uns steht die Vernichtung von Arbeitsplätzen an. Aber nicht, weil nicht investiert werden soll, sondern da wird investiert. Und für was wird heute investiert? Für die Vernichtung von Arbeitsplätzen, um mit weniger Menschen immer mehr herauszuholen. In der alten Bundesrepublik ist die Produktivität von 1970 bis 1991 von 66 000 auf 250 000 gesteigert worden. Daher finde ich auch, daß wir uns keine Illusionen machen sollten, daß Investitionen hier Arbeitsplätze sichern. Ich möchte das mal am Beispiel Opel in Eisenach deutlich machen:
Wenn Opel voll produziert, soll pro Beschäftigten 75 Autos im Jahr montiert werden. Das ist die höchste Produktivität weltweit in der Autoindustrie. Was passiert? Gleichzeitig stehen bei Opel in Bochum Entlassungen an. Jetzt geht doch der Rattenschwanz weiter. Der entlassene Automobilarbeiter in Bochum, der kann sich doch kein Auto mehr kaufen. Also was passiert? Das schlägt zurück, Kurzarbeit, Entlassungen in Eisenach. Wir dürfen uns nicht an diesen Weg der Investitionen klammern.

Das Arbeitsamt in Nordrhein-Westfalen hat eine bundesweite Umfrage gemacht, wo deutlich wurde, daß im nächsten Jahr nur noch jeder 2. Jugendliche nach der Lehre übernommen werden soll. Diese Strukturkrise, die dort stattfindet, die hat doch zu einer Massenarbeitslosigkeit, von 7 Millionen geführt. 2 Millionen Arbeitsplätze, haben die Konzerne jetzt schon bekannt gegeben, sollen in den nächsten Jahren vernichtet werden.

Wer ist Birgit Breuel?

Ich denke, daß wir die Arbeitsplätze nur *gegen* Bonn und die Treuhand sichern können. Birgit Breuel ist die Tochter eines Bankiers, von Münchmeier, das ist das Bankhaus Schröder & Hengst. Die sitzt im Aufsichtsrat von Salzgitter, von VW, und ist Mitdirektorin in einem britischen Pharmakonzern. Man darf nun nicht erwarten, daß es die Aufgabe dieser Frau ist, Arbeitsplätze zu sichern. Ihre Aufgabe ist es, Profite zu sichern. Da darf man sich doch keine Illusionen machen. Mit denen gibt es keinen Millimeter gemeinsamen Wegs, sondern nur gegen sie.

Ich denke, daß wir als Arbeitnehmer gute Möglic keiten haben, einen Kampf erfolgreich zu führen. In Oberhausen haben die Kollegen der Gute-Hoffnung-Hütte gestreikt. Die WAZ, die größte Zeitung im Ruhrgebiet, SPD, schrieb 5 Tage lang kein Wort darüber. Den Streik gab es gar nicht, das kam nicht im Fernsehen, nicht in der WAZ. Warum? Weil sie Angst haben, daß sich der Gedanke vom gemeinsamen Kampf unter der Belegschaft verbreitet. Das ist Ausdruck davon, daß sie Angst haben, wenn wir zusammenhalten und kämpfen.

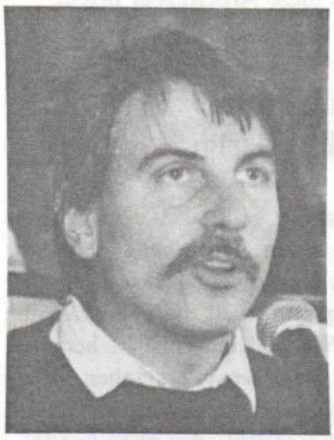
Wir müssen um jeden Arbeitsplatz kämpfen

In dem Zusammenhang denke ich, daß die Abwehrkämpfe, die wir heute gegen die Entlassungen führen, notwendig sind. Diese Sozialplanlösungen oder ABM-Lösungen, diese Salamitaktik, die darf es ab sofort nicht mehr geben. Wir dürfen keinen einzigen Arbeitsplatz mehr kampflos aufgeben. Diese Parole müssen wir in den Betrieben unter den Arbeitern ausgeben. Wenn das nur dazu führt, erst einmal die Leute ruhig zu halten, dann sind 500 weg, dann kommen die nächsten 500 und nachher ist die Bude dicht. Das ist die Politik, die dahinter steht. Ich denke auch, daß wir für diese Abwehrkämpfe ein Programm brauchen, wo wir in die Offensive kommen, nach vorn. Da gibt es einen Vorschlag, den ich vorstellen möchte. Der Gedanke ist, daß wir gemeinsam kämpfen müssen, über die Grenzen hinweg und für ein positives Programm, z. B. die Wohnungsfrage. Seit den 80er Jahren wurde der soziale Wohnungsbau nahezu eingestellt in den alten Bundesländern. Um jetzt dieses Wohnungsproblem zu mildern wäre es doch eine Möglichkeit, daß wir fordern, - das kann ich in Leipzig fordern, in Oberschöneweide, das kann ich in Stuttgart, in Gelsenkirchen fordern, - daß 600 000 Sozialwohnungen jährlich gebaut werden. Das schafft Arbeitsplätze und löst das Wohnungsproblem. Dieser Gedanke, dieser Vorschlag, gemeinsam Arbeitsplätze für Millionen, den wollte ich vorstellen. Was mich beeindruckt, ist dieser Erfahrungsaustausch. Ich werde von dieser Konferenz bei uns im Vertrauenskörper berichten und vorschlagen, daß wir auf der nächsten Konferenz mit eine stärkeren Gruppe vertreten sind, als Vertrauensleute aus dem Betrieb. Ich würde es auch richtig finden, daß ihr es einheitlich macht, Ost und West zusammen.

Reinhard Knisch

Kreisvorsitzender DGB Rostock

Wir müssen uns selbst helfen



Ich bin DGB-Kreisvorsitzender in Rostock. Ich bin auch bei der letzten Konferenz hier gewesen und bin auch dabei gewesen, als es darum ging, überhaupt diese Geschichte aus der Taufe zu heben. Ich werde auch, wenn ihr eine nächste Konferenz macht, wieder dabei sein. Ich sage auch ganz klar und nur mal so als Erinnerung für den polnischen Kollegen: eins haben wir auf jeden Fall gemeinsam, nämlich, daß wir uns selbst helfen müssen, denn von außen hilft uns keiner, jedenfalls uns hier im Osten nicht. Wenn es darum geht, Vorschläge zu machen, wie sich was ändern kann, dann haben wir vorhin schon einen gehört: In der Treuhand soll ein Kontrollrat eingerichtet werden, der die Entscheidungen vorher begutachtet, offenbar paritätisch zusammengesetzt und dann wird man also hoffen, Schlimmeres zu verhindern. Das könnte ja alles funktionieren, wenn nicht diese Entscheidung, einen Kontrollrat einzurichten, vermutlich für uns niemand durchsetzen wird. Ich weiß nicht, wie wir dazu kommen wollen. Selbst vorausgesetzt, wir erreichen in weiteren Verhandlungen, Kundgebungen oder Demonstrationen, daß ein Kontrollrat kommt und da sitzen auch Arbeitnehmervertreter drin, dann werden die natürlich unter Sachzwängen entscheiden müssen, unter wirtschaftlichen Zwängen. Da kommen sie dann ganz schnell an die Frage: Kann man im Rahmen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Systemordnung z. B. bestimmte wirtschaftliche Entscheidungen anders treffen. Ich sehe da gegenwärtig keine politische Linie, das zu tun.

Ich sage auch ganz klar den westdeutschen Kollegen hier, ein bißchen Unterschied ist da schon. Sicher-

ich hoffe auch, daß in Bremen der Kampf noch gut ausgeht für die Kollegen der Klöckner-Hütte, aber ihr hattet zumindest neulich in den Tagesthemen 2 Minuten. Hier geht jede Woche eine Firma pleite, da gibt es nicht einmal eine Rundfunkmeldung im Regionalsender.

Die Arbeitszeit muß verkürzt werden

Ich möchte eine Forderung aufstellen: Wir sollten ganz hart dafür kämpfen, daß die Arbeitszeitordnung ich nenne es Arbeitszeitunordnung, die jetzt der Herr Bundesminister Blüm als Entwurf vorgelegt hat, wirklich restriktiv so ausgebaut wird, daß Überstunden weitgehend verhindert werden können. Das ist jetzt natürlich auch eine Forderung, die dann in der Umsetzung von den Betriebs- und Personalräten durchgesetzt werden muß, in Ost und vor allem in West. Wir haben im letzten Jahr in Deutschland etwa 1,9 Milliarden Überstunden geschoben. Das sind fast 900 000 Arbeitsplätze, wenn man es umrechnet. Dazu gehört nicht nur der Fahrtenschreiber im Bus, sondern auch am Schreibtisch. Angestellte sind bekannt dafür, daß sie täglich 10 bis 12 Stunden arbeiten. Die kriegen natürlich auch ein bißchen mehr Gehalt. Letztendlich machen sie ihre Gesundheit kaputt, die Gesellschaft muß das hinterher bezahlen. Und auf der anderen Seite sitzen welche zu Hause, die einen Teil der Arbeit wenigstens genauso machen könnten, und die greifen zur Buddel, weil sie nicht ein noch aus wissen. Also eine restriktive Arbeitszeitordnung ist nötig. Im gegenwärtigen Entwurf steht immer noch drin, die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden.

Das Wirtschaftssystem muß geändert werden

Ich möchte euch auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein bißchen desillusionieren. Ihr werdet im Dezember die Kundgebung machen vor der Treuhand, Exponate ausstellen, fällt mir so als Ossi ein: MMM (Messe der Meister von Morgen), hatten wir alles schon mal. Aber ihr werdet vermutlich nicht erreichen, daß diese grundsätzliche Problematik beseitigt wird, daß unter den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Arbeitsplätze abgebaut werden. Sonst müssen wir anfangen, dieses Wirtschaftssystem zu ändern. Da freut mich sehr der Applaus, aber ich sehe gegenwärtig in der Politik und in der Bevölkerung dieses gesamten Landes keine Mehrheiten. Das ist so. Es ist sicherlich noch nicht aller Tage Abend. Vielleicht kommt ja da nochmal was in Gang.

Die Zersplitterung der DGB-Gewerkschaften überwinden

Jetzt noch mal zur Rolle der Gewerkschaften und Betriebsratsinitiative. Ihr wollt da sicherlich auch meine Meinung zu hören. Ich sage, es ist schon etwas erreicht, wenn jetzt die Betriebsratsinitiative und der DGB auf Landesebene Konferenzen machen werden. Das ist natürlich noch nicht das, was wir wollen. Wir wollen, daß ganz konkret unter den vergleichbaren ostdeutschen Bedingungen das für alle 5 neuen Bundesländer und Berlin gemacht werden kann. Da sind die Probleme vergleichbar. Soweit sind wir noch nicht. Ich fordere euch auf, in euren gewerkschaftlichen Entscheidungsgremien, in euren Verwaltungsvorständen, in euren Landesbezirken, eurer DGB-Gewerkschaft dafür zu sorgen, daß dieser Entscheidungsprozeß in Gang kommt, damit in den Gewerkschaftsspitzen dann auch dieses Umdenken tatsächlich möglich wird. Das ist unter zeitlichen Aspekten natürlich ein bißchen schwierig. Wir haben jetzt noch 600 000 Beschäftigte in Treuhandbetrieben. Das werden nächstes Jahr zu Ostern höchstens noch die Hälfte sein. Wahrscheinlich nächstes Jahr zu Weihnachten passen die dann alle in diesen Saal hinein.

Die Zeit der Sozialpartnerschaft ist vorbei

Das habe ich übrigens als Betriebsrat schon oft genug gemacht, bin wie Thomas Müntzer mit der Hellebarde durch die Lande gelaufen und als ich mich dann umschaute, war der Bundschuh hinter mir nicht da. Ich sage noch mal ganz klar: in die Gremien gehen, dort Entscheidungsprozesse der Gewerkschaften beeinflussen und damit die Zersplitterung der DGB-Gewerkschaften, die da ist, überwinden. Ich sage, es ist nicht richtig, euch vorzuwerfen, daß ihr die Gewerkschaftsbewegung zersplittert, denn die ist zur Zeit schon zersplittert. Wo gibt es in Tarifauseinandersetzungen, die jetzt in der veränderten sozialen Situation bevorstehen, - ich erinnere nur daran, Gesamtmetall will die Revision des IG Metall-Tarifvertrages - die Solidarität aller Gewerkschaften? Wenn es also dazu kommt, daß die IG Metall kämpfen muß, dann ist der Erfolg sicher, so glaube ich zumindest, wenn alle Gewerkschaften oder zumindest fast alle Gewerkschaften dort solidarisch mitkämpfen, denn mit ihren Tarifverträgen kann ihnen dasselbe passieren. Ich glaube, daß die Sozialpartnerschaft, wo die Gewerkschaften am Kamin und auf der Couch sitzend mit den Regierenden Dinge regulieren konnten, vorbei ist, daß wir jetzt mit Kampfmaßnahmen mehr erreichen müssen, als Umverteilung. Das wird aber nicht gehen, wenn die Betriebsratsinitiative dies allein versucht. Es müssen die

werkschaften machen. Ich werde dazu meinen Teil beitragen.

Eberhard Wagner:

Wir haben an diese 2. Konferenz zwei Grußadressen bekommen. Ich will sie nicht vollständig verlesen, aber ich möchte aus jeder Grußadresse einen Absatz verlesen.

Grußadresse von Bündnis '90 und Neues Forum

Die eine Grußadresse kommt vom Landesverband Bündnis '90 Brandenburg: Das Bündnis '90 Brandenburg versichert den anwesenden Betriebsräten seine Solidarität. Mit Schließung der Treuhandbetriebe verlieren viele Regionen ihr wirtschaftliches Rückgrat, die Basis für mittelständische Betriebe, Handwerk und Dienstleistungen. Das Resultat ist wirtschaftliche Verelendung ohne baldige Aussicht auf Neuansiedlung neuer Industriebetriebe. Das bedeutet sozialen Zusammenbruch, Abhängigkeit von staatlicher Hilfe, die Jugend wandert ab. Die Schließung von Treuhandbetrieben muß gestoppt werden. Es ist billiger, befristet vorhandene Arbeitsplätze zu subventionieren als Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu finanzieren. Unsere Forderung: Stoppt die Schließung weiterer Treuhandbetriebe, Sanierungsauftrag für die Treuhandanstalt, Verlangsamung der schnellen Lohnangleichung, befristete Subventionierung von Löhnen statt von Kapital, Strukturpolitik zugunsten einer zukunftsorientierten ostdeutschen Wirtschaft.

Das sind die Forderungen des Landesverbandes Brandenburg.

Jetzt das Grußschreiben des Neuen Forum Bundesverband an die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der zweiten Konferenz: Mit Sympathie und Solidarität haben wir eure Bewegung und eure Aktionen seit der ersten Konferenz verfolgt. Die Bundesregierung leugnet bis heute das Ausmaß der Katastrophe in Ostdeutschland und benutzt sie auch zum Angriff auf den Lebensstandard der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen im Westen zum Angriff auf soziale und demokratische Rechte, zur Umverteilung von unten nach oben in ganz Deutschland.

Die Forderung: Gegen diese Politik des Sozialabbaus hat sich das Neue Forum auf seinem Bundesforum ausgesprochen. Keine Entlassungen mehr, die Schlange der Arbeitslosen darf nicht länger werden! Sofortiger Kündigungsstopp! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West! Einheitliche Tarifverträge in ganz Deutschland! Keine Aufweichung der erkämpften Tarif-, Arbeits- und Sozialrechte! Reorganisation der Produktion und Schaffung neuer Arbeitsplätze sind durch Ausschöpfung von Spekulations- und Einheitsextragewinnen der Unternehmen sowie der Umverteilung der Haushaltsmittel zu finanzieren! Arbeitszeitverkürzung anstatt Freizeit durch Arbeitslosigkeit!

Horst Hösel, Betriebsrat
Sachsenhydraulik GmbH, Chemnitz:

Es ist ungeheuer schwer, sich in unserer heutigen Welt zurechtzufinden. Im wirtschaftlichen Bereich stehen wir mit leeren Händen vor einem Trümmerhaufen und im geistigen Bereich vor einer erschreckenden Orientierungslosigkeit. als Folge der sozialen Schäden. Selbst hoffnungsvoller Neubeginn ist inzwischen zugeschüttet und unsere unübersichtliche Lage macht die Standortbestimmung beinahe unmöglich. Die Ursachen für den wirtschaftlichen Zusammenbruch sind so komplex, daß Schuldzuweisungen wenig nützen und doch müssen sie einmal aufgelistet werden.

- Niemand redet über den Haupturheber unseres beschämenden Notstandes, nämlich die 40-jährige Mißwirtschaft, die wir als Altlast mit uns herumschleppen. Vor der Wende haben wir mit bitterer Ironie oft gesagt: "Gestern standen wir vor dem Abgrund - heute sind wir schon einen Schritt weiter."

Erpressung, Korruption und Bestechung

- Zweiter Aspekt ist der knochenharte Konkurrenzkampf, dem wir oftmals hilflos gegenüberstehen, weil wir keine Lobby haben. Alte Kunden gehen nach ihrer Privatisierung verloren, weil der neue Besitzer auf seine Beziehungen aus den Altbundesländern in der Hydraulikbranche zurückgreift. Neue Kunden beobachten abwartend nach Art von Nachtwächtern, was aus den Unternehmen wird. Mit Treuhandunternehmen macht man keine Geschäfte, dazu ist die Unsicherheit viel zu groß und die Treuhandanstalt setzt keine Zeichen der Stabilität. Hunderte von Angeboten verlassen das Haus, aber meist werden wir nur als Preisdrücker gegenüber der Konkurrenz benutzt. Die Konkurrenzpraktiken sind keinesfalls fair - im Gegenteil - sie sind skandalös - sie sind legalisierte Erpressung, Korruption und Bestechung. Der freie Markt neigt zu Piratentum - zu Spekulantentum. Die Treuhandanstalt sollte nicht Vertriebskonzepte verlangen, sondern Vertrieb finanzieren und Betriebsräte sollten darauf achten, wo ihre Unternehmen einkaufen. Die Mitarbeiter des Vertriebs können ein Lied singen von der enttäuschenden Arbeit einen Acker zu bestellen, der keine Früchte tragen will.

Rattenfänger in einer räuberischen Gesellschaft

- Dritter Aspekt: 1945 haben die Alliierten die Frage nach einer effizienten Wirtschaft, die ein soziales und gesundes Wirtschaftsleben garantiert,

richtig beantwortet. Die Politiker heute haben für den Osten keine ähnlich klaren Vorstellungen. Nichts dergleichen geht vom Westen heute aus. Die politische Klasse ist handlungsunfähig. In einer im wesentlichen räuberischen Gesellschaft, die von einer großen Vertrauenskrise geschüttelt ist, gewinnen die politischen und wirtschaftlichen Rattenfänger immer mehr die Oberhand. Es ist schon erschütternd, wenn Extremisten die Straße kriminalisieren und brave Bürger Beifall klatschend dabeistehen. Ganz einfach, weil Politiker zur Wirtschafts- und Strukturentwicklung keine Konzepte haben und damit den Menschen keine Orientierung geben können. Das bestehende System scheint alt und ratlos zu sein.

Die THA hinterläßt industrielle Wüsten

- Vierter Aspekt ist die Arbeit der Treuhandanstalt. Durch ihre Tröpfchenpolitik, durch die Verzögerung einer entschlossenen Sanierung werden der Prozeß der Konsolidierung gehemmt und Chancen zur Privatisierung verpaßt. Die unsichere Zukunft aber lähmt die Unternehmen, sie bluten aus und mit ihnen die Regionen, Aufträge gehen verloren und Facharbeiter wandern ab, der Verkaufswert der Unternehmen sinkt und immer mehr Beschäftigte als nötig müssen heimgeschickt werden. Es entstehen immer mehr industrielle Wüsten.

In der THA-Information, Ausgabe 16 vom Oktober 1992 ist zwar wörtlich zu lesen: "Um den Produktivitätsrückstand gegenüber der westlichen Konkurrenz möglichst schnell zu reduzieren, soll die Investitionstätigkeit trotz Umsatzrückgang auf hohem Niveau gehalten werden. In den Unternehmen darf jetzt keine Investitionslücke entstehen" usw. usw.

Die Treuhandanstalt sollte sich endlich dazu bekennen, nicht Verkauf um jeden Preis anzustreben, sondern eine aktive und dezentral über Niederlassungen organisierte Sanierungsphase einzuleiten - ein erfahrenes Management einzusetzen, und nicht länger abzuwarten, bis diese lästigen Ostunternehmen zerschlagen am Boden liegen.

Wir wünschen uns nicht das alte System zurück

- Der fünfte Aspekt ist Mißmanagagement.

Mißmanagement beginnt in der Treuhandanstalt und endet in den Betrieben. Die Bürokraten der THA bestätigen uns immer wieder, daß sie überfordert sind. Sie sind außerdem durch ihren Auftrag eingeengt und stehen unter enormen Zeitdruck und so sind oftmals TH-Entscheidungen - sagen wir es ganz schmeichelhaft - so schwer zu verstehen. Die THA erstellte unter Federführung des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft eine Management-Audit-Aktion bezüglich der Fähigkeiten von Führungskräften in Treuhandfirmen und bescheinigte der Hälfte von ihnen zufriedenstellende Kompetenzen. In der wirtschaftlichen Situation, in welcher wir uns befinden, reichen zufriedenstellende Kompetenzen nicht aus. Was wir brauchen sind Top-Manager. Und wenn man der Hälfte der Manager zufriedenstellende Kompetenzen bescheinigte - was ist mit der anderen Hälfte und was hat die Treuhandanstalt getan, diesen Zustand zu verändern? Es ist nutzlos, Berater zu installieren - verantwortliche Manager sind zu gewinnen.



Nun, was würden wir zu einem Kapitän sagen, der als erste Maßnahme sein vom Kurs abgekommenes Schiff wieder auf Kurs zu bringen, die Kabinentüren ölen ließe. Genau das aber tun Manager. So gekonnt nämlich unsre Manager auch aufzutreten verstehen, so schnell gehen sie in Deckung, wenn handfeste geschäftliche Entscheidungen zu treffen sind und meist scheitern sie kläglich, wenn von ihnen verlangt wird, mit konkreten Maßnahmen das Unternehmen voranzubringen. Es gibt jene Top-Manager nicht, die ganz einfach sagen: "Das ist ein verdammt gutes Produkt! Das machen wir, auch wenn wir noch nicht wissen, ob es sich rentiert!"

Wenn aber ein Mitarbeiter seinen Aufgaben nicht gerecht wird - oft angeblich nicht gerecht wird - kündigt man ohne zu zögern, denn wenn da unten einer weg ist, kann oben einer sitzen bleiben - was aber geschieht oben?

Worte, nichts als Worte!

Wir wünschen uns gewiß nicht das alte System zurück, aber wir hätten uns gewünscht, daß eine sozialere Gesellschaft entsteht, vor allem deshalb, weil die Verwüstungen in unseren Betrieben viel schlimmere Verheerungen im Inneren der Menschen zur Folge haben. Die Zerstörungen der Außenwelt sind ja nur die sichtbaren Zeichen für die Verheerungen da drinnen in uns selbst.

Düstere Aussichten

Da nützt es nichts, wenn Politiker die Verschärfung der Gesetze fordern. Was getan werden muß, ist die Wurzel dieses Übels zu beseitigen und diese Wurzel heißt Ungerechtigkeit, sozialer Abstieg und Zukunftsangst. Die Zahl der Benachteiligten steigt. Je reicher die einen, desto ärmer die anderen. Demotivierend ist letztlich beides. Aber damit steigt die Bereitschaft zur Gewalt, zum Extremismus und Rassismus - zum Fremdenhaß. Die größte Kraft im Herzen des Menschen, das Gewissen, verschwindet immer mehr und die Straße wird zum gefährlichen Tatort.

Das geeinte Europa wird uns im Jahr 2000 in den größten Städten Deutschlands Grauzonen bescheren, in de-

nen die Autorität staatlicher Behörden nicht mehr ausgeübt werden kann, weil statt dessen Terrorgruppen und organisierte Kriminalität die Macht übernommen haben wie in Amerika oder in Italien - wenn nicht gar schlimmeres geschieht - nämlich wenn radikale Politik, ganz gleich ob rechts oder links zur Macht gelangen sollte.

Politiker sollten verzichten auf ihre Feiertagsreden, bei öffentlichen Anlässen und jede Woche einmal ins Volk gehen, in die ungeschminkte und unverstellte Wirklichkeit. Vielleicht würden sie dann das tun, was notwendig ist. Politiker sind keine Fürsten, sie sind die ersten Diener des Volkes.

Fritz Hofmann, Köln

Ich komme aus Köln, bin dort in einem Metallbetrieb Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung und ich war auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg als Delegierter anwesend. Es ist für mich sehr interessant, was hier aus eurer Situation berichtet wird. Was die Probleme in Ostdeutschland betrifft, muß ich sagen, ich will hier erst einmal zuhören, ich will einiges mitnehmen, was ich meinen Kollegen und in der Gewerkschaft im Westen zu berichten habe.

Belegschaften werden gegeneinander ausgespielt

Ich habe aber auch einige Erfahrungen, die ich Euch mitteilen möchte. Der Betrieb, in dem ich arbeite, hat vergangenes Jahr das alte Preßwerk vom Sachsenring in Zwickau gekauft. Man hört, daß es sehr billig gewesen sein soll. Die Kollegen dort - es sind noch etwa 300 beschäftigt - arbeiten exakt für den halben Lohn wie bei uns in der Firma und sie produzieren genau dieselben Teile, die auf dem Markt für denselben Preis verkauft werden. Und sie zahlen bekanntlich die gleichen Preise im Laden und fast die gleichen Mieten. Jetzt ist es natürlich so, daß die Firmenleitung versucht, diese Belegschaften gegeneinander auszuspielen. In Zwickau gibt es noch keinen Betriebsrat, die ersten Versuche dazu wurden vereitelt, indem die Kollegen, die einen Wahlvorstand bilden wollten, sofort entlassen wurden. Wir versuchen, Solidarität zu organisieren, es ist aber nicht ganz einfach, das nur aus dem Betrieb heraus zu machen. Im Moment ist es so, daß wir bei uns Kurzarbeit haben, während in Zwickau Überstunden gemacht werden. Manchmal ist es auch umgekehrt. Wir haben auch reichlich Erfahrungen - wie hier schon berichtet wurde - daß immer scheibchenweise Arbeitsplätze vernichtet werden. Das geht immer nach dem Motto: Wir müssen jetzt soundsoviel Arbeitsplätze abbauen, um damit die restlichen zu sichern. Die Existenz des Unternehmens ist nur mit soundsoviel Arbeitsplätzen zu erhalten. Es gibt bei uns Betriebe, die sind auf diese Weise schon soweit runtersaniert worden, daß nur noch der Pförtner da sitzt. Meiner Meinung nach müssen wir daraus den Schluß ziehen: wir dürfen keinen einzigen Arbeitsplatz mehr kampflos preisgeben.

Wir dürfen uns nicht spalten lassen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Kapital ist nicht gespalten in Ost und West. Die Großbanken, die Industrien, die Regierung und die Treuhand, die gehen ganz gezielt vor und die ziehen an einem Strang. Dadurch, daß sie sich einig sind und wir nicht, können sie die Krisenlasten auf uns abwälzen, aber eben nur, wenn wir uns nicht einig sind. Wenn es gelingt, uns zu spalten, dann werden sie uns kleinkriegen. Wenn jeder allein kämpft, jede Belegschaft nur um die eigenen Arbeitsplätze, wir im Westen nur um die eigenen Angelegenheiten, dann kommt auch Konkurrenz auf. Es gibt da ganz böse Beispiele, daß Kollegen in Bochum schon fordern, man soll in Eisenach keine Arbeitsplätze mehr schaffen oder umgekehrt, daß in Ludwigsfelde gesagt wird, soll man doch lieber in Rastatt oder in Stuttgart entlassen. Das ist ganz gefährlich. Viel besser ist es, wenn hier Kollegen von Klöckner in Bremen auftreten und berichten können, daß sie aus Hennigsdorf unterstützt werden.

Für gleiche Löhne in Ost und West



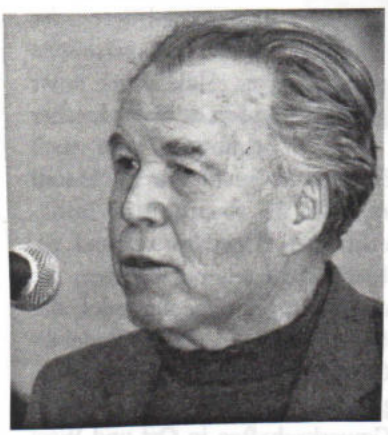
Nun noch zu den Gewerkschaften, zur IG Metall. Franz Steinkühler hat auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall erklärt, daß er gegen die Betriebsräteinitiative ist. Er behauptete einfach, diese Initiative zersplittere die Kräfte und schwäche uns. Ich bin unter anderem auch hierher gekommen, um euch zu sagen, daß Franz Steinkühler nicht die IG Metall ist. Ich halte solche Vorwürfe für absurd. Jede Initiative wie diese hier, die für Arbeiterinteressen und gegen das Kapital kämpft, die kann uns nur stärken, die hilft den Gewerkschaften. Jeder, der dagegen redet, der spaltet uns und der schwächt uns. In einem Redebeitrag, den ich auf dem Gewerkschaftstag gehalten habe, habe ich Vorschläge gemacht, über die man da auch diskutiert hat, wie die Gewerkschaften in Ost und West gemeinsam an einem Strang ziehen, für gleiche Löhne in Ost und West, sofort für gleiche Tarifverträge kämpfen, keinerlei Öffnungsklauseln zulassen, Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen im Wohnungsbau oder im Umweltschutz auf Kosten der Unternehmergewinne. Das muß auch von den Gewerkschaften durchgesetzt werden

gegen die Regierung. Auf dem Gewerkschaftstag hat es auch an guten Beschlüssen und an Absichtserklärungen nicht gefehlt. Es liegt jetzt aber an uns, an der Basis, die Gewerkschaften ganz praktisch zu unseren Kampforganisationen zu machen, für Arbeitsplätze. In diesem Sinne werde ich auch weiter wirken.

Jakob Moneta, Frankfurt/Main

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als langjähriger ehemaliger Chefredakteur der Zeitung "Metall" kann ich euch auf jeden Fall versichern, daß Franz Steinkühler durchaus lernfähig ist, wenn er spürt, daß tatsächlich ein Faktor da ist, mit dem man rechnen muß. Wenn wir ein solcher Faktor sein werden, dann wird er durchaus lernfähig sein. Ich will gerade eingehen auf den Beitrag, den er geleistet hat auf dem Gewerkschaftstag. Da ist ja einiges darüber gesagt worden. Aber der entscheidende Punkt bei ihm war ja, daß er uns vorgeworfen hat, nachdem er uns erst einmal eine ganze Reihe von Komplimenten gesagt hat, meinte er, daß er es durchaus versteht, wie unsere Lage ist, daß er versteht, daß man sich wehrt, daß er versteht, daß man sich zusammenschließt usw., aber er meinte, daß könne man doch alles auch unter dem Dach der Gewerkschaft tun. Unter dem Dach auch der IG Metall. Da besteht meiner Ansicht nach der Hauptfehler darin, zu glauben, daß man in einer einzelnen Gewerkschaft das leisten kann, was wir eben im Ansatz geleistet haben. Daß wir praktisch eben Schluß gemacht haben damit, daß jeder Betrieb und jede Branche für sich selber stirbt, sondern daß wir versuchen, daß wir unter dem Dach des DGB uns zusammenzuführen, um diese Aktion zu vereinheitlichen und gemeinsam dagegen anzukämpfen.

Entscheidend ist das gewachsene Selbstbewußtsein



Nun aber möchte ich doch mal zurückgehen auf etwas, was mich ein bißchen geärgert hat, nämlich die Frage, was ist bisher herausgekommen? Dazu haben wir gar keine klare Antwort gegeben. Ich meine, das Entscheidende dabei war das gewachsene Selbstbewußtsein der Menschen, die selber für ihre Sache einstehen. Das ist nicht nur Theorie. Ich will aus dem Bericht, den der "Spiegel" gebracht hat, von dem Besuch bei der CDU, folgendes vortragen. Dort gab es ja den Herrn Grünewald, den Staatssekretär in Waigels Finanzministerium, der begann, die Treuhand zu verteidigen, der gesagt hat, wo gehobelt wird, da fallen Späne und der dann schließlich behauptete, daß kein einziger Betrieb in der ehemaligen DDR plattgemacht worden sei, solange Aussicht auf Sanierung bestanden hat. Und da brach ein Tumult los. Und es war eine CDU-Betriebsrätin, die ins Saalmikrofon rief: Ich bin nicht bereit, mir weiter diese Unverschämtheiten anzuhören! Daraufhin erhielt sie donnernden Applaus. Ein anderer, der sich ebenfalls als CDU-Betriebsrat vorstellte, sagte: Herr Staatssekretär, ich möchte sie herzlich bitten, uns nicht weiter zu provozieren! Und ein dritter sagte: Die Revolution vom Herbst 1989 ist unblutig verlaufen, es kann jetzt noch blutig werden!

Die branchenübergreifende Vernetzung entwickeln

Nun sage ich nicht, daß es blutig werden muß, denn die Revolution 1989 ist ja auch nicht blutig verlaufen. Doch wir sollten uns noch mal ansehen, was in den letzten Wochen passiert ist, was doch eine ungeheure Überraschung ist. Wie kommt es, daß sich Hunderttausende Menschen mobilisiert haben für den Artikel 16 GG. Und zwar nicht etwa auf Verlangen von Gewerkschaften und großen Parteien, ich nehme Berlin insofern aus, daß der Bundespräsident sich an die Spitze gestellt hat, aber es ging hier nicht um die existentiellen Fragen wie Arbeitsplatz oder bezahlbare Wohnungen oder die Erhaltung der sozialen Sicherheit, sondern eigentlich um etwas zunächst ganz Abstraktes, den Artikel 16, eben nur die Frage der Fremden oder der Ausländer, die bei uns sind und die eventuell in eine schlechtere Situation kommen können. Wir müssen uns auch fragen, wenn das möglich ist in diesem Fall, und wenn es nicht ausgeht von den etablierten Parteien und von den starken Gewerkschaften, warum sollte es dann nicht eines Tages auch möglich sein, die Kräfte zu sammeln, die da sind, die für unsere existentiellen Fragen und unsere existentiellen Probleme auf die Straße gehen. Nun sagen wir, das ist weit weg, das können wir mit unserer heutigen Kraft auch nicht machen. Was wir heute aber bereits tun können, ist eben die Vernetzung von all den Initiativen, die wir haben und ist die Möglichkeit, die uns gegeben wird, eben branchen- und regionalübergreifend uns auch in einzelnen Fällen bemerkbar zu machen, da zu sein, Aktionen auszulösen. Ich bin sicher, daß in der kommenden Zeit mehr und mehr verstehen werden, daß nur dann, wenn wir einen solchen Widerstand leisten, nur dann wir eine Chance haben, etwas zu erreichen.

Wir sind sehr wohl streikfähig

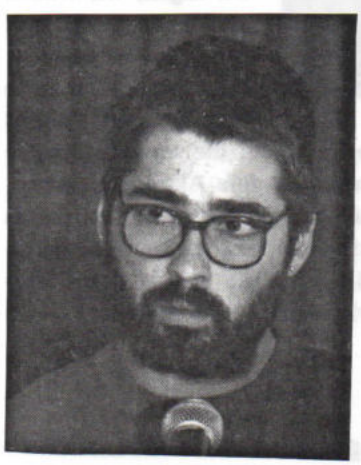
Da gibt es eine Sache allerdings, die mir zu denken gab auf dem Gewerkschaftstag. Das war, als Franz Steinkühler erwähnte, daß man wegen des AFG 116, das heißt wegen der Unmöglichkeit, daß die Nürnberger Anstalt indirekt Ausgesperrten in einem Streikkampf Gelder bezahlt, nicht mehr einen Streik finanzieren

kann. Ich muß sagen, mit einer solchen Haltung hineinzugehen in eine Situation, in der wir möglicherweise gezwungen sein werden zu streiken und uns zur Wehr zu setzen, das würde dann bedeuten, daß wir mit gebundenen Händen in eine solche Lage hineingehen, wenn wir von vornherein erklären, wir sind nicht streikfähig.

Nebenbei, wenn wir nicht streikfähig sind, sind wir auch gar nicht mehr tariffähig, sonst sind wir keine Gewerkschaft. Ich meine, wir müssen in einer solchen Lage versuchen, die Methoden und diese Kampfformen auszuloten, die möglich sind, ohne daß man gleich in einen Generalstreik hineinkommt. Es gibt durchaus Möglichkeiten, durch flexible Steiks, dadurch, daß man die Streiks an verschiedenen Orten einen Tag, zwei Tage führt, dadurch, daß man stundenweise hinausgeht zu eben diesen Menschen, die heute so verantwortungslos mit Arbeitsplätzen umgehen, das Leben sauer zu machen und zu Erfolgen zu kommen.

Bernd Koop, Eisenhüttenstadt:

Ich bin ehemaliges Betriebsratsmitglied in der EKO Stahl AG. Ich war auch mit in Bonn. Jetzt, seit dem 1. 11. ausgegliedert ins EKO Anlagenbau GmbH i.G., also noch in Gründung. Das mag alles seine Vor- und Nachteile haben. Aber es gibt ein schönes Sprichwort: Teile und herrsche!



Kurz ein paar Fragen, bezogen auf ein paar Beiträge. Es hieß, wir sind froh, daß wir Gelder von der Treuhand kriegen. Jetzt muß ich mal fragen, wessen Gelder sind denn das, die die Treuhand hier vergibt? Es sind doch unsere Steuergelder. Wir bezahlen mindest 80 % der Kosten, die die deutsche Einheit verursacht. Das sind nun mal auch Kosten der Vernichtung der Arbeitsplätze hier in Ostdeutschland. Deswegen kann ich mich eigentlich nicht darüber freuen, daß ausgerechnet hier und da mal eine Mark hinfällt. Wir müssen permanent wieder alle zusammen dafür kämpfen, daß alle Arbeitsplätze erhalten werden. Dann ist die Frage, wer sitzt im Verwaltungsrat der Treuhand? Die Gewerkschaften haben darum gekämpft, in der oberen Etage Vertreter drinzuhaben. Wer von euch hat denn irgendwann mal erfahren, wer dort in welchem Sinne eine Entscheidung mitgetragen oder mitgefällt hat über die ganzen Arbeitsplätze, die von der Treuhand vernichtet werden? Wenn hier jemand ist, der darüber etwas weiß, der möge sich bitte melden, ich kenne bisher keinen, ich habe schon mit vielen Betriebsräten gesprochen.

Die SPD soll mal an die Basis gehen

Die SPD hat sich mit den 10 Forderungen der ersten Konferenz in Berlin solidarisch erklärt. Die Bundestagsfraktion hat immer gesagt, das sind auch unsere Forderungen, wir können sie aber nicht umsetzen, wir sind ja schließlich nur die Opposition. Da habe ich sie gefragt, warum sie dann nicht zu uns an die Basis zurückkommen und mit uns, den Betroffenen, diese Sachen umsetzen. Denn wir können doch dann die SPD in die entscheidende Lage bringen. Bisher keine Antwort dazu. Dann bin ich noch der Auffassung, daß die SPD gar nicht gewillt ist, ihre entsprechende Verantwortung wahrzunehmen. Denn, mal andersrum, wenn die SPD in der Rolle der CDU wäre und die CDU in der Opposition, bin ich der Meinung, würden die beiden bloß die Rollen tauschen und wir hätten die gleiche Situation, nur mit einer anderen Partei.

Eberhard Wagner hat angesprochen: Gemeinsame Aktionen mit allen Belegschaften. Das ist das Entscheidende. Wenn hier gesagt wird von meinem Vorredner, Streik ist alles gut und schön, aber nicht Generalstreik, dann ist das wieder so eine Rumeierei. Das hilft uns alles nicht weiter. Entweder wir gehen jetzt einen konsequenten Schritt nach vorn, denn geredet und gefordert haben wir genug. Jetzt müssen endlich von uns Taten folgen, die Druck machen, denn wir haben nichts anderes zu verlieren als unsere Arbeitsplätze und die stehen sowieso auf der Abschußliste.

Wolfgang Linke, Betriebsrat, München:

Wir können von unten was machen

Kolleginnen und Kollegen, ich bin in erster Linie als Privatmann hier, obwohl ich IG-MetallMitglied bin und bei Rhode und Schwarz in München arbeite, dort auch Betriebsrat bin und stellvertretender VK-Leiter.



Aber ich habe keinen offiziellen Auftrag. Ich möchte mir das aber hier mal mit eigenen Augen anschauen und anhören. Meine Firma ist eine Firma für Meßgerätetechnik, Hochfrequenztechnik, mit fallender Tendenz beim Personal. Die Verbindung zu den neuen Bundesländern: Wir haben einen Teil des Pumpgerätewerkes Köpenick gekauft, das sind insgesamt ca. 30 Leute, die da jetzt zu Rhode und Schwarz

gehören. Das ist der Fernsehsender-Bereich. Ich möchte ein bißchen auf die Situation speziell in München eingehen. Das war bis jetzt so der große Wirtschaftsraum durch Franz Josef Strauß. Da läuft inzwischen ganz vehement ein Personalabbau bei den größeren Firmen, ich erinnere nur an Siemens-Nixdorf, MBB sprich DASA. Ein besonderes Beispiel möchte ich herausgreifen die Knorr-Bremse, die vor einem halben Jahr Druck auf die Stadt München gemacht hat, um ein Gebäude bauen zu können, weil sie davon ausgegangen sind, 300 Arbeitsplätze neu zu schaffen. Inzwischen ist zwar das Gebäude gebaut, aber sie werden 300 Leute entlassen, weil sich die Auftragslage entsprechend verändert hat.

Meiner Auffassung nach findet im Moment eine Entsolidarisierung der Arbeitnehmer in den alten Bundesländern und in den neuen Bundesländern statt. Wir müssen dem entgegenwirken und auch mit den "ausländischen" Arbeitnehmern, die hier arbeiten, Solidarität üben..Die "Teile und herrsche" Politik nutzt nur den Machthabern in diesem Staate.

Für mich ist das, was hier in den Ostbetrieben läuft mit dieser Konferenz ein ermutigendes Zeichen, denn es zeigt, daß wir von unten was machen können, was tun und uns nicht auf Organisationen verlassen. Das wäre mein Appell an euch alle und auch an unsere Westler. Von unten das anzutreiben und uns nicht auf Organisationen und Führer zu verlassen.

Martin Clemens, Berlin

Kolleginnen und Kollegen, wir haben ja nachher den Antrag für eine gemeinsame Protestaktion in der zweiten Dezemberwoche vor der Treuhandanstalt hier in Berlin. Wenn wir das mit unseren Gewerkschaften machen wollen, dann müssen wir natürlich Druck machen, dann müssen wir wieder zu den örtlichen DGB-Kollegen und zu den Einzelgewerkschaften gehen und sagen: Wie sieht es denn aus mit euch, kommt ihr jetzt mit nach Berlin und protestiert ihr jetzt mit gegen die erneute Entlassung von über 200 000 Kollegen oder schlaft ihr und macht nichts oder sabotiert unsere Aktion? Sie müssen also Stellung beziehen. So müssen wir ganz konkret Druck machen und die Kollegen aus den Gewerkschaften auffordern, daß sie das nicht einfach so hinnehmen, daß da eine Viertelmillion Kollegen und Kolleginnen wieder am Flugtag zum Jahresende rausgeschmissen werden.

Der DGB schuldet den Betriebsräten noch Geld

Ich möcht euch doch, weil das vergangene halbe Jahr auch eine Menge Verhandlungen mit gewerkschaftlichen Gremien gebracht hat, einiges auch noch mitteilen. Wir hatten z. B. hier in Berlin diese Verhandlung mit einigen DGB-Landesbezirksvorsitzenden und der Kollege Jürgen Weißbach, DGB-Vorsitzender Sachsen-Anhalt, ist ja auch hier im Saal. Dort wurde uns z. B. politisch zugesichert: Eure Aktion in Bonn ist gut, wir unterstützen das und der Jürgen selber hat dort auch eine Rede gehalten auf dem Bonner Marktplatz. Aber wie sieht es denn mit der politischen Unterstützung aus? Ich muß euch leider sagen, daß weder der DGB-Bundesvorstand die 600,- DM Druckkosten für das Flugblattdrucken dieser Bonn-Aktion bezahlt hat, obwohl sie es versprochen haben, noch daß die DGB-Landesbezirksvorsitzenden bisher in der Lage waren, die ungefähr 1000,00 DM Porto,



die sie uns für das Verschicken dieses Flugblattes zum 09.09. versprochen hatten, politisch zu übernehmen. Sie haben nicht bezahlt, keinen Pfennig haben wir gekriegt. Wenn wir sagen, wir wollen zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften, dann müssen wir diese Sisyphusarbeit auf uns nehmen und den Kollegen sagen: ihr verwaltet unsere Beitrittsgelder. Und wenn wir gute Aktionen machen, dann verlangen wir, daß diese Beitrittsgelder bei diesen spärlichen Summen, die wir hier eintreiben wollen 600,- oder 1000,- DM daß diese uns dann zur Verfügung stehen, wenn wir in Bonn protestieren.

Massenentlassungen sind eine öffentliche Angelegenheit

Ich glaube, es tut diesen Gewerkschaften ganz gut, wenn hier mal ein bißchen oppositioneller Wind rein kommt. Zur Demokratie gehört, daß Opposition gemacht wird und eine Opposition, die sagt, wir kämpfen innerhalb der Gewerkschaften für die Arbeitnehmerinteressen, da ist das Wort von Betriebs- und Personalräten und Vertrauensleuten besonders wichtig.
Den DGB-Funktionären war vor dem 30.6. eine Entlassungsliste bekannt.
Wir versuchen schon seit einiger Zeit, diese Liste für den 31.12. wieder rauszukriegen, denn die Treuhand meldet ihre Entlassungen natürlich den Arbeitsämtern.

Das ist eine Liste, in der Betrieb um Betrieb, Arbeitsamtsbezirk um Arbeitsamtsbezirk in allen fünf neuen Bundesländern und Berlin aufgezählt ist, wieviele Kolleginnen und Kollegen entlassen werden. Diese Liste ist damals natürlich auch an den DGB-Bundesvorstand gegangen und ist dort mit dem Vermerk "vertraulich behandeln" an die DGB-Landesbezirksvorsitzenden weitergereicht worden. Die Betriebsratsinitiative hat diese Liste dann auch irgendwie gekriegt. Da haben wir gesagt, wieso denn vertraulich? Wieso schiebt man denn die realen Entlassungszahlen, die den Arbeitsämtern gemeldet werden, als vertraulich von einem Schreibtisch zum anderen? Sowas muß veröffentlicht werden. Wir wissen doch, daß es auch eine solche Liste der Treuhandanstalt an die Arbeitsämter für den Flugtag 31.12. diesen Jahres wieder gibt. Wir aber haben die Liste bis heute nicht. Deshalb sage ich es öffentlich. Kämpfen wir alle drum, bemühen wir uns, daß wir diese Liste irgendwie rauskriegen. Dann werden wir sie drucken und veröffentlichen. Wir werden das Flugblatt, das zu Protestaktionen im Dezember aufruft, an alle Betriebe, an die, die liquidiert werden oder aus denen Kolleginnen und Kollegen entlassen werden, schicken, damit sie mitmachen bei der Protestaktion vor der Treuhand.

Gegen Investivlohn und Tariffonds

Die IG Chemie hat in Bonn eine Presseerklärung abgegeben zum Investivlohn und zur Einrichtung von Tariffonds. Jetzt sollen also Kollegen, die sowieso schon mit weniger Urlaub, weniger Urlaubsgeld, längerer Arbeitszeit, 50 % Tariflohn im Osten usw. auskommen müssen, auch noch 10 % ihres Lohnes abgeben an einen Tariffonds, sog. Investitionen in den eigenen Betrieb. Das ist erstens der billigste Weg, wie Betriebe an Kapital rankommen, auf Kosten der eigenen Belegschaft und sie sparen sich den Gang zu den teuren Banken mit den teuren Zinsen. Wenn die Kollegen das Geld selber auf die Bank bringen würden oder Wertpapiere kaufen würden, dann hätten sie natürlich mehr davon, als wenn sie das in einen solchen Tariffonds geben. Warum soll denn gerade bei den Kollegen das Geld abgeknapst werden? Wir fordern, daß die Unternehmergewinne, die sind horrende - dafür genommen werden, daß Lohnsubventionen gezahlt werden. Das ist das eine.

Keine Aushöhlung der Tarifverträge

Das zweite ist, daß es uns überhaupt nichts nützt, und ich sage das auch im Lernen von einer Veranstaltung bei der SPD mit Thierse in Berlin zur Frage der Tarifautonomie, es nützt uns gar nichts, wenn da beim Solidarpakt vielleicht im Dezember oder Januar herauskommt, gesetzlich bleibt in den Tarifverträgen alles beim alten, wir rühren doch nicht die gesetzliche Tarifvertragsregelung an. Aber unter der Hand schließen die Gewerkschaften dann Verträge ab, wo dann doch unter Tarif gegangen wird. Das Gesetz bleibt, aber was ist eine Höhle? Eine Höhle ist ein Loch unter einem Oberflächenboden. Da wird unten drunter was praktiziert. Das nützt uns überhaupt nichts. Deswegen beantrage ich auch, daß wir im Frühjahr oder Frühsommer eine dritte Konferenz machen, die unter anderem Bilanz zieht: Was ist denn hier eigentlich jetzt in diesen Monaten, in dieser wichtigen Jahreswende gelaufen in der Tarifvertragsgeschichte. Und zwar praktisch bei den Betrieben. Wenn sie die Fassade lassen, das Gesetz lassen, aber unter der Hand die Kollegen doch weniger Lohn kriegen und die Mieten steigen - es geht hier um den Wert der Ware Arbeitskraft, wir leben doch im real existierenden Kapitalismus - dann muß man unbedingt Bilanz ziehen, was unsere Gewerkschaften hier in dieser Frage machen. Deswegen möchte ich eure Aufmerksamkeit auf diesen Punkt hier lenken. Wir müssen auf jeden Fall Aktionen machen gegen die Abschaffung der Tarifautonomie. Aber wir müssen auch darauf gefaßt sein, daß sie die Fassade lassen und unter der Hand dann doch abgebaut wird.

Wir wollen mit Bündnisorganisationen wie Arbeitslosenverband, Mieterverein und natürlich unseren Gewerkschaften eine machtvolle Jahresabschlußdemonstration und Kundgebung vor der Treuhandanstalt durchführen. Und ich bitte euch zu überlegen, ob ihr eure Belegschaften dafür mobilisieren könnt. Wir kennen doch die Bilder, wenn die Bauern demonstrieren und mit ihren Traktoren auffahren. Die Belegschaften, die ihr hier vertretet, die haben auch Traktoren und ganz andere Gerätschaften. Da können wir mal zeigen, daß es Menschen gibt, daß es hier Gewerkschafter und Betriebsräte gibt, die Nein sagen zu diesen Verbrechen, die in der Treuhandanstalt tagtäglich hochbezahlt gemacht wird, nämlich die Massenentlassungen an unseren Kolleginnen und Kollegen.

Peter Hartmann,
Betriebsratsvorsitzender BAE Belfa, Berlin:

Kolleginnen und Kollegen, ich bin Betriebsrat in der Belfa. Wir sind hier auch sehr präsent, weil wir ja auch ein Heimspiel haben. Das heißt, bevor dieser Saal hier dem WF gehörte, gehörte er ursprünglich mal eigentlich uns. Ich möchte erstmal die Worte von Martin Clemens nachdrücklich unterstützen. Unser Betrieb sieht es also auch so und würde auch diese ganzen Geschichten mitgehen, weil wir einfach denken, es ist Zeit zu handeln und es reicht nicht mehr, hier nur mit Oberflächengeplänkel zu reagieren, sondern jetzt muß man Farbe bekennen.

Zu der Geldfrage vielleicht noch so viel, wir haben da draußen Batterien. Die haben wir während unserer Betriebsbesetzung gefertigt und diese Erlös geht aus-

schließlich der Betriebsratsinitiative zu, die ja nicht mit so umfangreichen Mitteln gesegnet ist. Zur Zeit haben wir über 300,00 DM eingenommen.

Betriebsbesetzung und Protestproduktion

Zur Geschichte der Belfa: Es ist uns nicht viel anders gegangen als allen anderen Betrieben auch. Wir sollten plattgemacht werden, offensichtlich stand dahinter die westdeutsche Batterie Lobby. Schon 1990 wurde ein Investitionsverbot ausgesprochen. Die Märkte waren weg, die Kaufhallen gehörten Wessis. Bei so einem Produkt ist nunmal branchenübliche Werbung notwendig. Ihr kennt das mit dem Hasen, der da trommelt. Das haben also die Großen auch notwendig, um in die Kaufketten reinzukommen. Es sind Listungsgebühren notwendig, das alles wurde nicht bereitgestellt, so daß wir folgerichtig kaputtgehen mußten. Den Personalabbau seht ihr da oben an dieser schwarzen Fahne. Aber wir haben als kleine Belegschaft, die jetzt noch 150 Mann sind, der Treuhand die Zähne gezeigt. Das müssen wir jetzt alle hier auch tun. Am 30.06. kam der Befehl runterzukündigen auf 55 Mann, angeblich, weil man dann billiger Batterien produzieren könne. Ich kann euch sagen, mit 55 Mann ist es in diesem Betrieb nicht möglich, überhaupt eine Batterie zu produzieren. Daraufhin haben wir einen Autokorso mit allen Gerätschaften und möglichst vielen Privatfahrern gemacht, haben die Leipziger Straße dichtgemacht, haben dort unsere Batterien mit Flugblättern verschenkt. Da ging 2 oder 3 Stunden überhaupt nichts mehr, bis wir mit dem entsprechenden Direktorat ins Gespräch kamen, die uns dann die Kündigung zunächst mal auf den 30.09. rausgeschoben haben oder zugesagt haben, darüber nachzudenken. Als sie uns dann wieder verarscht haben und kein Termin zugange kam, da haben wir unseren Betrieb besetzt und haben eine Protestproduktion veranstaltet. Ihr müßt wissen, daß bei uns fast 80 % auf Kurzarbeit Null waren. Wir haben also immer nur sporadisch produziert, wenn mal ein Produkt bei den kleinen Händlern ein bißchen weniger wurde, dann wurden die Leute von zu Hause geholt, haben dann für einen Tag die Maschinen angeschmissen. Wir sind volle Power gefahren, haben über 200 000 Stück produziert und haben die symbolisch auch noch in die Treuhand gebracht. Wir konnten gar nicht so große Ständer bestücken und konnten gar nicht so schnell gucken, wie die Batterien von Treuhandmitarbeitern geklaut wurden, und ruck zuck war der Ständer leer. So schlecht können die Batterien also gar nicht sein. Als wir jemand ansprachen, sagte der direkt, die sind für ein Diktiergerät der Frau Breuel.

Wir lassen uns nicht erpressen

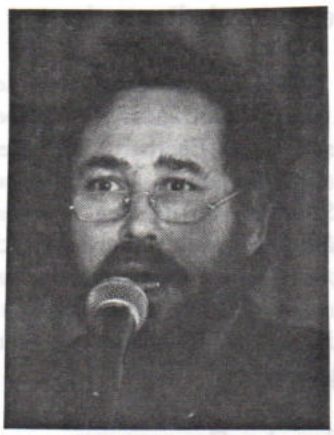
Jetzt mußte noch ein Knopf schärfer von der Treuhand reagiert werden. Uns wurde dann gesagt, wir werden sofort stillgelegt oder wir sollen uns entscheiden, mit der Betriebsbesetzung aufzuhören. Ich habe die Belegschaft vor das Tor geholt, die Medien waren dabei, und habe gefragt, was wollt ihr? Wir können eventuell noch bis zum 30.09. weiterarbeiten oder aber die machen uns sofort dicht. Sie haben uns angedroht, ähnlich wie in Riesa zu verfahren. Die Belegschaft stand wie ein Mann und hat gesagt, wir lassen uns nicht mehr erpressen. Ob wir jetzt nun auf der Straße liegen oder nicht, jedenfalls lassen wir uns nicht mehr erpressen. Wir haben dann den Betrieb weiter besetzt. Womit die Treuhand letztendlich klein beigab und uns zumindest eine Auslaufproduktion bis zum 31.12. gestattet hat.

Ihr müßt wissen, wir haben da einen Haufen Schadstoffe liegen. Die Entsorgung wäre sehr teuer. Wir sind noch bis unter das Dach voll mit Materialien und könnten noch lange Zeit Batterien produzieren, was ansonsten entsorgt werden müßte.

Jetzt haben wir uns also damit abgefunden: 31.12. ist dicht. Mehr war nicht zu erreichen. Wir wußten, wir können mit den Batterien nicht mehr, die ökonomischen Zahlen sprechen dagegen.

Soll eine Immobilie verhökert werden?

Wir haben auch durchgesetzt, daß hier nicht unterschiedlich gekündigt wird, 14täglich usw. usf. Eine völlig neue Qualität ist entstanden. Was die Treuhand nicht fertig bekommen hat, was die Geschäftsleitung nicht fertig bekommen hat und was die Betriebsleitung - wir sind 2 Betriebe - nicht geschafft hat,das haben wir Betriebsräte innerhalb der Berliner Betriebsratsinitiative zustande bekommen, indem sich unser Betriebsrat mit dem Betriebsrat NARVA zusammengesetzt hat und gesagt hat, paßt mal auf, ihr habt ja da und da soll ja und eventuell können wir den Investor interessieren. Da wäre doch diese oder jene Variante. Das klamüsere ich hier nicht alles aus. Wir haben es geschafft, den Westdeutschen zu überzeugen, daß er Interesse an unserer Immobilie bekundet und uns woanders weiter beschäftigen würde. Was bisher überhaupt noch nicht da war und was auch nicht sein darf, denn wenn die Treuhand das nicht schafft, wie kann das ein Betriebsrat schaffen? Während dieser Verhandlung wurden wir jetzt sukzessive gekündigt, erst die 3monatigen, dann die 8wöchigen. Inzwischen hat jeder Arbeiter bei uns die Kündigung in der Hand, obwohl diese Verkaufsverhandlungen laufen und obwohl ein Betriebsübergang gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch § 613a möglich wäre. Wir haben uns an alle möglichen Leute gewandt, an alle möglichen Politiker, die Kündigungen noch rauszuschieben. Jetzt haben wir den ganz üblen Verdacht: Wir haben 30 000 qm2 direkt an der Spree, eine wunderbare Immobilie, die leergeräumt von der Belegschaft einen wesentlich höheren Verkaufswert erzielen würde, als ein marodes Unternehmen und daß unter Umständen die Interessen der Treuhand trotz verbaler Zusagen mehr dahin tendieren, die Belegschaft rauszuschmeißen, diese 150 Mann, und diese Immobilie so zu verhökern und dann wesentlich mehr zu kriegen, als ein Investor bieten würde. Diesen



Verdacht haben wir. Es tut und tut sich in dieser Geschichte nichts. Uns brennt es unter den Nägeln, denn wir haben, wenn man davon ausgeht, daß am 20.12. die Treuhand nicht mehr arbeitet, genau noch 30 Tage Zeit, daß dieser Deal zustande kommt. Deshalb möchte ich hier den Antrag stellen, daß wir hier eine Resolution verfassen, daß die Belfa noch vor dem 31.12. zu privatisieren ist.

Wir wollen kein menschlicher Abfall werden

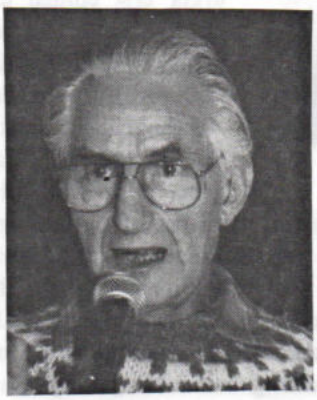
Ich möchte euch noch eins sagen, wie brisant es für unsere Leute ist. Wir haben zwei Mal Kündigungen gehabt und es versucht, das so weit wie möglich "sozial" zu machen. Unsere Struktur sieht so aus, daß 34 % der gesamten Belegschaft im 50. Lebensjahr und älter sind. Das muß man sich mal überlegen. Das Durchschnittsalter beträgt 43 Jahre. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 18 Jahre. Wir haben einen sehr großen Anteil Menschen, deren erster Betrieb das war, die dort gelernt haben und nie einen anderen Betrieb kennengelernt haben. Wenn diese Menschen auf die Straße fliegen, sind sie menschlicher Abfall. Deshalb ist unsere Belegschaft so motiviert und wir werden auch eine ganz spektakuläre Aktion starten, unabhängig von dem, was wir hier vorhaben und hoffentlich beschließen werden. Wir werden auch noch einmal unser eigenes Ding machen. Ich möchte dazu nicht mehr sagen, weil sonst wahrscheinlich Präventivmaßnahmen von der Treuhand eingeleitet werden, da ja hier die Medien sind. Ich möchte noch einmal nachdrücklich sagen, unsere Belegschaft unterstützt voll und ganz den Antrag, den der Eberhard Wagner bzw. der Martin Clemens gestellt hat: Hin mit den ganzen Gerätschaften, das Ding dicht machen und zusammen mit dem Arbeitslosenverband, an die Leute kommen wir ja gar nicht ran, die es schon getroffen hat, mit uns, die es noch treffen kann, und zusammen mit dem Mieterverband, dort so eine Demonstration hinstellen, wie die das überhaupt noch nicht gesehen haben.

Paul Schulz, Rentner

Die ganze Bevölkerung mobilisieren

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auch etwas zu der vorgeschlagenen Aktion gegen Jahresende gegen die neue Viertelmillion Entlassungen sagen möchte, will ich noch einige grundsätzliche Dinge sagen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden die Worte: " Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" populär. Besonders die Sozialdemokratie im Westen benutzte diese Begriffe. Ich komme ja auch aus dem Westen, ich komme von Opel Rüsselsheim, da habe ich die letzten 15 Jahre vor meiner Rente gearbeitet. Es gab also die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer. Aber welche Arbeit geben die Arbeitgeber? Der Name ist gar nicht zeitgemäß. Die einzigen Pläne der Arbeitgeber, der ehemaligen angeblichen Arbeitgeber, ist Arbeit zu vernichten in Ost und

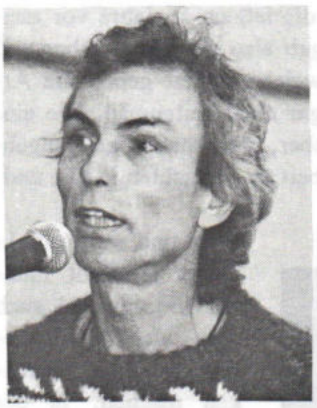


West und weltweit. In dieser Hinsicht müßten wir uns mal auch über den Sprachgebrauch einige Gedanken machen. In der Ex-DDR wurde mit einem Schlag die ganze wirtschaftliche Struktur, die industrielle und landwirtschaftliche Struktur zerschlagen. In den Medien wird viel gesprochen über die traurigen Zustände in Rußland, in der ehemaligen Sowjetunion, in Polen usw. Wir haben aber gehört von den Kollegen aus Polen, als diese hier sprachen, in Polen gibt es einen Betrieb, vielleicht ist es nicht der einzige, mit 20 000 Arbeitskräften, d.h. bei allem Chaos und bei allen Problemen, die die Kollegen haben, die wirtschaftliche Struktur ist dort nicht zerschlagen worden. Die machen jetzt folgende Erfahrung: Sie versuchen irgendeine Form der Privatisierung und sie werden sehen, daß das nicht gehen wird. Aber die wirtschaftliche Struktur ist da. Dagegen wurde sie in der DDR zerschlagen, die existiert nicht mehr. Jetzt wollen sie eben zum Jahresende noch einmal 250000 auf die Straße setzen. Also muß es darum gehen, daß der Kampf, sei es vor Jahresende oder danach, auch die Perspektive hat, die ganze Wirtschaftspolitik und die ganze Sozialpolitik dieser Regierung grundsätzlich zu verändern und für eine eigene wirtschaftliche Lösung zu kämpfen. In Bezug auf die geplanten Aktionen vor Jahresende, die sicher sehr notwendig sind, schlage ich vor, nicht nur die Arbeiter zu mobilisieren, sondern die ganze Bevölkerung aufzurufen, sich daran zu beteiligen. Denn von dieser Kahlschlagpolitik ist doch die ganze Bevölkerung betroffen.

Hans Köbrich, Betriebsrat BMW-Motorradwerk, Berlin

Ich bin Betriebsratsmitglied im BMW Motorradwerk in Spandau. Ich kann hier leider nicht für den gesamten Betriebsrat sprechen, sondern nur für einen Teil. Bei uns gibt es eine Spaltung im Betriebsrat.

Solidarität mit den ausländischen Kollegen und Kolleginnen



Unser Betrieb gehörte gerade in der Vergangenheit zu den Gewinnern der deutschen Vereinigung. Die Automobilbranche hat massenhaft abgesahnt, weil sich jeder DDR-ürger erst einmal ein neues Auto kaufen mußte. Wir haben davon profitiert in der Vergangenheit. Jetzt hat uns die Krise eingeholt. Ihr wißt alle, die Automobilindustrie ist in der Krise. Es gibt Kurzarbeit bei Mercedes, es gibt Stornierung von Aufträgen, von Bauvorhaben, von Investitionsvorhaben. Bei uns gibt es auch versteckte Kurzarbeit, über Weihnachten ist der Betrieb zu. Es gibt angekündigte Entlassungen im Zusammenhang mit Verlagerung eines Betriebsteils. Das wird teilweise begründet mit Umweltauflagen. Die Lackiererei in unserem Betrieb soll geschlossen werden. Es soll irgendwo anders lackiert werden. Worauf ich hinaus wollte: Die Betroffenen sind bei uns in erster Linie die ausländischen Kollegen. In der Lackiererei sind sehr viele ausländische Kollegen betroffen. Sie werden die ersten sein, die rausfliegen. Die deutschen Kollegen denken: Mich trifft es nicht, ich habe meine Beziehungen, ich habe meine Lobby. Die anderen, die keine Lobby haben, die trifft es. Ich denke, daß wir dem entgegenwirken müssen. Auf der Grundlage dieser Hackordnung basiert ja das Machtverhältnis, basiert die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Und den Widerstand dagegen müssen wir organisieren. Wir müssen die Diskussion in den Gewerkschaften vorantreiben. Deswegen wollte ich auf eine Veranstaltung hinweisen, die vom Bündnis kritischer GewerkschafterInnen durchgeführt wird. Die ist am 1. Dezember. Die Themenstellung ist: Gewerkschaften und AusländerInnenfeindlichkeit. Eingeladen sind natürlich auch die offiziellen Gewerkschaftsvertreter, es gibt auch Zusagen.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Spaltung, die die Grundlage der Herrschaft hier ist, wurde ich gebeten, eine Aktion, Unterschriftensammlung zum Aufruf, den rechten Terror zu stoppen, das Asylrecht zu verteidigen, hier bekannt zu machen. Die Gewerkschaften sind aufgefordert, so etwas wie Mahnminuten, eine Stunde Warnstreik in Betrieben usw. durchzuführen. In Schweden hat es wegen einer Mordserie an Ausländern einen landesweiten Generalstreik gegeben. Wir sollten uns an diesen Sachen ein Beispiel nehmen.

Manfred Seier, Betriebsrat,

Deutsche Seereederei, Rostock

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme von der DSR Rostock. Ich bin dort Vorsitzender des Seebetriebsrates. Im Gegensatz zum Eberhard, der den Landbereich vertritt, bin ich derjenige, der aus einem 5-Mann-Gremium die Seeleute vertritt, den überwiegenden Teil der Beschäftigten unseres Betriebes. Ich möchte hier auf ein Problem aufmerksam machen, das nicht nur ein ostdeutsches ist, sondern ein gesamtdeutsches, und das sich in den letzten 15 Jahren vor allem hier in Deutschland aufgebaut hat.

Schluß mit den Ausflaggungen

Die deutsche Seeschiffahrt war ja bekanntlich nach dem Krieg erst einmal zerbrochen. Dann wurde über ein Aufbausystem wieder eine Seeschiffahrt aufgebaut, die sich weltweit Geltung verschafft hat und dann auch durch Ost- und Westreeder geführt wurde. In den letzten Jahren sind aus marktwirtschaftlichen, aus konkurrenz- und betriebswirtschaftlichen Gründen von den Reedern ca. 80 % aller Schiffe ausgeflaggt worden. D.h. die deutschen Reeder bringen aus Konkurrenzgründen ihre Schiffe in ein anderes Land und es werden dort auf diesen Schiffen, die von deutschen Reedern bereedert werden, noch 2, 3, 4 oder 5 deutsche Arbeitsplätze gehalten. Die anderen werden durch Billiglohnarbeiter ersetzt, je nach dem wie die Besetzungsverordnung in dem jeweiligen Flaggenstaat ist. Diese Entwicklung hat sich so verschärft, daß dann 1988 die Bundesregierung sich genötigt sah, ein sogenanntes internationales Zweitregister einzuführen, was ermöglicht, daß auf einem deutschflaggigen Schiff Seeleute aus einer anderen Nation eingesetzt werden können. Dagegen hat auch die deutsche Seeschiffahrt von der Arbeitnehmerseite überhaupt nichts, aber sie hat was dagegen, daß dort gegen die Tarifverordnung und Tarifbestimmungen, die zwischen der ÖTV, der DAG und den Reedern existieren, verstoßen wird. D.h. also, es wird künstlich ein Arbeitsplatzabbau für die deutschen Seeleute betrieben. Wir akzeptieren nicht, daß das weiter fortgeführt wird. Durch dieses Zweitregister sind einige wieder zurückgekommen in die deutsche Flagge. Mit Jahresbeginn hat sich gezeigt, daß diese Welle wieder eingesetzt hat. Verkehrsminister Krause hat zwar gesagt, daß die Ausflaggungswelle gestoppt ist, aber es hat sich gezeigt, daß nach internen Einschätzungen etwa 40 % der am 1. Januar unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe zum Jahresende ausgeflaggt sein wird.

Wir als Seebetriebsrat sehen das natürlich mit Besorgnis, weil es diese Situation natürlich auch irgendwann für uns geben kann. Wir stehen vor dem Problem, daß diese Frage auch für unsere Reederei übertritt und dadurch für uns Arbeitsplätze nicht vernichtet werden, sondern nur ein Arbeitsplatzaustausch passiert. Um



diesen Ausflaggungen zu begegnen, bewilligt die Bundesregierung sogenannte Finanzierungsbeihilfen für die deutsche Seeschiffahrt. Diese Beihilfen werden immer sehr zögerlich beantragt und auch erst im letzten Augenblick verabschiedet, so daß für die Reeder eigentlich nichts weiter übrigbleibt, als von ihrem Standpunkt aus gesehen die Ausflaggung zu betreiben. Aber das kann nicht in unserem Sinne sein. Derzeit steht es so, daß diese Finanzbeihilfen, die jetzt zur Zeit bei 115 Millionen Mark für alle Reeder liegen, untereinander aufgeteilt werden. Diese 115 Millionen Mark werden bewilligt unter der Voraussetzung, daß der Reeder gezwungen wird, das Schiff für 2 Jahre unter deutscher Flagge zu halten. Das ist nach unserer Auffassung zu wenig. Einmal diese Frist von 2 Jahren und zum anderen natürlich auch diese Finanzbeihilfe. Von dieser Finanzbeihilfe hat unsere Reederei bisher noch nichts gesehen, da wir bisher nur eine Strukturierungshilfe bekommen haben. Das muß man so eindeutig sagen. Wir fordern hier an dieser Stelle, daß für unsere Reederei auch eine Unterstützung von seiten der Treuhand und von der Bundesregierung zusätzlich kommt, um diesen Arbeitsplatzabbau für unsere Seeleute zu verhindern, denn bisher wurden "nur" Entlassungen nötig, die auf Rationalisierung, also Schiffverkauf, bzw. auf Optimierung der Besatzungsstärke zurückzuführen waren. Wir wollen auf alle Fälle verhindern, daß es unsere Seeleute auch betrifft. Ich bitte euch, diese Resolution und diesen Antrag von uns zu unterstützen.

Karl Köckenberger, Berlin:

Ich bin Betriebsratsvorsitzender von Krupp-Stahlbau hier in Berlin. Ich wollte zu ein paar Punkten sprechen.

Gemeinsame Aktionen sind nötig

Einmal: Auf der letzten Konferenz bin ich an das Mikrofon gegangen und habe über die Situation in unserem Betrieb erzählt, daß es bei uns wie auch bei der Firma Bestahl, ein Stahlbaubetrieb in Ostberlin, anstand, daß ein Scientologe unsere Betriebe kaufen wollte. Von diesem Zeitpunkt an, dem 20.06. sind wir in die Presse gegangen, haben gemeinsam, die Betriebsräte Bestahl, Krupp-Stahlbau Berlin und von Riesa, der Betrieb stand auch zum Verkauf an, verhindert, daß wir an die Scientologen verkauft worden sind. Das war eine gemeinsame Aktion und diese Sachen sind wichtig, sonst können wir auch wirklich nichts verhindern.

Bei diesen gemeinsamen Aktionen oder auch Presseaktionen sind wir unterstützt worden von den Kirchen, vom DGB, von der IG Metall und auch von verschiedenen Einzelpersonen sowie auch von verschiedenen Fraktionen. Aber so wie wir diesen Verkauf an die Scientologen verhindert haben, treffen wir uns auch weiterhin mit verschiedenen Stahlbaubetrieben, um zusammenzuarbeiten, um unsere Arbeitsplätze zu retten. Unter anderem haben wir deshalb auch im Reichstagsgebäude den Minister Krause gefragt: Wieviel Brücken werden denn in Ostdeutschland und in Berlin von ostdeutschen und Berliner Betrieben gebaut? Weil sehr viele Brücken auch von ausländischen Firmen gebaut werden. Wir haben nichts gegen ausländische Kollegen. Bei uns im Betrieb sind ein Drittel der Beschäftigten ausländische Kollegen, die den gleichen Lohn bekommen wie die anderen Kollegen, das ist gar keine Frage. Aber gegen Lohndumping, gegen Wertverträge mit Dumpingpreisen, dagegen haben wir was. Bei uns im Betrieb sieht die Situation jetzt so aus, daß unser Gelände verkauft werden soll von einem Konzern, ähnlich wie die Treuhand die Immobilie verkauft, so will der Konzern unser Hauptstadtgelände, wo wir drauf produzieren, verkaufen. Es heißt: So jetzt müßt ihr zurechtkommen und euch ein anderes Gelände und andere Gebäude suchen oder ihr könnt zumachen. Wir werden uns dagegen wehren.



Ich denke, so wie wir gemeinsam in die Öffentlichkeit gegangen sind, ist es wichtig, daß wir weiterhin als Betriebs- und Personalräte aus dem Osten wie aus Berlin in die Öffentlichkeit gehen und auch von Medien und Rundfunkanstalten genügend Platz einfordern. Eine Sache, die wir gemeinsam geschafft haben, war der Ostwind. Hier möchte ich auch der Redaktion danken, daß sie es 5 mal geschafft hat, den Ostwind herauszugeben als gegenseitiges Informationsblatt. Ich finde, es war auch eine tolle Idee, daß der Ostwind jetzt 25 000 mal am letzten Freitag über die TAZ verschickt worden ist oder in der TAZ als Beilage drin war. Ich denke, es müßte in der Richtung weitergehen, daß der Ostwind möglichst oft rauskommt als gegenseitiges Informationsblatt, um uns zu informieren, wo Arbeitsplatzabbau stattfindet, wo Aktionen stattfinden und wo positive Ansätze sind.

Autobahnen blockieren

Die Aktion vor der Treuhand ist ganz wichtig. Vielleicht eine Ergänzung dazu, noch eine zweite Aktion, die in Verbindung damit stehen könnte. Die Kollegen

von EKO, von Eisenhüttenstadt haben einmal die Autobahn blockiert und auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Die Kollegen aus den verschiedenen Stahlbetrieben im Ruhrgebiet haben diese Aktion auch mal durchgeführt und haben von Hösch, Thyssen, Krupp auch die Autobahn blockiert. Ich denke, das wäre auch eine sinnvolle Aktion, vielleicht sogar am gleichen Tag, den Verkehr zusammenbrechen zu lassen und aufmerksam zu machen, daß die Wirtschaft hier in Berlin und in Ostdeutschland zusammenbricht. Das ist vielleicht ein Zeichen, das dann alle verstehen.

Ich denke, wir müssen weiterhin den DGB und die Einzelgewerkschaften beim Wort nehmen. Wenn der DGBBundesvorstand sagt, die Landesbezirke sind aufgefordert, jetzt in ihren Bezirken nicht nur Versammlungen, Konferenzen, sondern auch Aktionen durchzuführen, dann bitte, sollen sie es machen. Wir sind sofort dabei. Genauso wenn die IG Metall meint, sie ist die größte Einzelgewerkschaft der Welt, ohne sie läuft nichts und sie ist die Gewerkschaft, die Aktionen machen kann, andere Gewerkschaften werden es nicht schaffen, dann soll sie die Aktionen machen, wir machen mit. Ich denke, von anderen Gewerkschaften wird genauso mitgemacht.

Erich Kassel, Bremen

Politische Fragen sind Machtfragen

Auf der Herfahrt las ich in der "Welt" vom 16.11.: Steinkühler sagt, es sei völlig falsch zu glauben, eine Lohnsenkung oder ausgesetzte Lohnsteigerung könnte eine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen retten. Ich möchte da noch anfügen, was man allen Herren, die darüber diskutieren, sagen müßte, ist auch: Lohn ist Kaufkraft. Wenn man nicht das Geld hat, bedeutet das für die Wirtschaft was. Steinkühler führt weiter aus, allerdings werde wohl von Januar an darüber verhandelt, ob in Einzelfällen der Tarifvertrag Ost außer Kraft gesetzt werden könne, um Betriebe zu retten. Als Vorsitzender einer Gewerkschaft, das ist mir klar, muß ein Steinkühler hingehen und mit denen drüber reden.

Da haben wir im Betrieb bei uns auch so ein geflügeltes Wort: Politische Fragen sind Machtfragen. Dann heißt es auch bei uns, der Betriebsrat, die Gewerkschaft ist nur so stark, wie ihn die Belegschaft macht. Wenn man in die Belegschaft geht, um bestimmte Sachen bei uns zu vertreten, dann sagen wir das den Kollegen, daß es an ihnen liegt, den Druck zu entfachen, damit hier in diesem Fall der Steinkühler nicht faule Kompromisse machen muß. Da liegt jetzt viel dran, daß die Kollegen in den Werken das begreifen. Das wollte ich hier reintragen. Ich stamme ja aus einem Konzern, der nur 3 mal in 25 Jahren Gewinne gemacht hat, 1968, dann 1973 und jetzt vor 2 Jahren. Da fragt man sich, wie die leben konnten? Jetzt kamen die zu uns und sagten, die 400 000 DM in die Kantine, in die Preise von Wasser und Essen wollen sie nicht mehr reinstecken, die Firma ist pleite, hat kein Geld mehr. Da haben wir als Betriebsrat gefragt: Mit diesen 400 000 DM, die wir mehr bezahlen müssen als Belegschaft, da seid ihr gerettet, aus der Pleite raus usw.? Da haben die natürlich gesagt, nein, das ist nicht so. Das kostet also wieder nur unser Geld. Da haben wir gesagt, dann machen wir das Geschäft nicht mit. Das ist ein Beispiel aus einem ganz anderen Betrieb, aber es ist so, daß es sehr frech ist zu sagen, wir sparen hier ein bißchen Geld an uns und dann geht es doch weiter mit den Arbeitsplätzen. Das stimmt einfach so nicht. Als die dicke Gewinne bei uns gemacht haben, haben sie uns nur ganz normale Lohnerhöhungen zugestanden.

Ich möchte auch erwähnen, daß in dieser Stahltarifrunde, die gerade läuft, die Arbeitgeber jetzt erst das Zugeständnis gemacht haben, die Lohnfragen von den Strukturkrisenfragen der Stahlindustrie abzukoppeln und uns teilhaben zu lassen an minimalen Lohnerhöhungen, damit wir nicht ganz hinter die Metallindustrie zurückfallen. Ich meine, was im Westen geht, das geht auch hier bei euch.

Klaus Duba, Kabelmetall, Berlin

Arbeitslosigkeit und Kapitalismus

Ich bin Betriebsrat bei der Firma Kabelmetall. Wenn wir hier beschließen sollten, erneut vor die Treuhand zu gehen mit einer Protestaktion, so können wir dabei doch nicht die Erfahrungen außer acht lassen, die beim ersten mal gemacht worden sind und die Erfahrungen, die all die anderen Betriebe, die bereits vor die Treuhand gezogen sind, gemacht haben. Es ist doch nichts zu sehen, daß diese Treuhand ihre Politik der Vernichtung der Arbeitsplätze und das Plattmachen, irgendwie aufgegeben hat. Im Gegenteil. Ich denke, daß man hinterfragen muß, wenn wir da wieder hingehen, wer überhaupt diese Treuhand ist, wessen Politik macht sie denn? Wie ist diese Treuhand überhaupt zustande gekommen? Sie ist zustande gekommen aus einer Kumpanei unseres hiesigen Staates, den wir hier haben und des Kapitals, die alle da drin sitzen und sie ist zustande gekommen aus einem Teil des SED- und Stasi-Regimes, die auch die Pfründe darin haben und die alle dort arbeiten, um ihr Profitinteresse zu sichern und die sich ihre Pfründe zuschieben. Kann hier allen Ernstes jemand glauben, daß diese Konzentration, die



sich dort zusammengetan hat und die diese Plattmacherei munter fortführt, daß die einen grundlegenden Wechsel in ihrer Politik vollführt? Ich meine, wenn wir dort wieder hingehen, dann müssen wir auch klarstellen, daß, wenn die uns plattmachen, wir sozusagen, politisch sage ich das mal, uns das auch nicht gefallen lassen. Denn warum sollten wir solche Institutionen und warum sollten wir das Kapital stehen lassen, wenn es uns plattmacht? Warum sollten wir uns immer wieder an diese wenden, mit der Aufforderung, uns zu sanieren? Welche Interessen haben die denn? Ich komme aus Berlin West. Die Entwicklung in den jetzt alten Bundesländern ist ja nicht unbekannt, der Arbeitsplatzabbau, der Produktionsverlauf usw. Man hat da vor einigen Jahrzehnten beschlossen, einen Sockel von Arbeitslosen einfach zu haben und hinzunehmen. Das hat sich auch nicht geändert. Das, was für das nächste Jahr angekündigt ist, diesen Sockel der Arbeitslosigkeit, diese Freistellung und Vernichtung von Arbeitskräften einzurichten, ist eine Politik, gegen die wir mit einer Aktion, in der wir nicht konkret auch das angreifen, wenig weiterkommen werden. Und darum möchte ich doch auch fordern, daß ein konkreter politischer Angriff bei diesen Aktionen dann auch stattfindet gegen die Treuhand.

Hermann Wiro

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel steht auf der Tagesordnung

Spezialbau Potsdam. Ich glaube, daß solche Aktionen den Leuten bei der Treuhand eigentlich genehm sind. Sie lassen uns da ein bißchen rumzappeln, da kommen wir dann mit ein paar Autos. In Wirklichkeit entlassen sie zum 31.12. Da kannst du nun machen, was du willst. Ob du nun mit dem Politiker sprichst, mit Kohl oder wem, das dient vielleicht deiner eigenen Profilierung, aber es dient nicht uns. Ich bin der Ansicht, hier muß ein Generalstreik her, und wenn es ein Tag ist. Ein Generalwarnstreik. Das ist die Sprache, die sie verstehen, denn dann geht es an ihr Geld und nicht dieses blöde Gequatsche. Wir können uns hier anfeuern gegenseitig, aber du erreichst gar nichts mehr. Wir brauchen Aktionen, die denen weh tun. Vor der Treuhand - das nutzt gar nichts. Da war ich auch ein paar mal dagewesen. Da wird man mit schönen Worten nach Hause geschickt. Mir reicht das nicht. Da müssen Aktionen her, die was bewirken. Meinetwegen daß wir auch mit anderen zusammenarbeiten. Aber hier muß irgendwo mal ein Akzent gesetzt werden. Wir müssen auch den Leuten sagen, daß dieses ganze Geplätscher an der Oberfläche gar nichts hilft, wenn wir es nicht erreichen, daß wir über die Dinge, die wir produzieren und die Ergebnisse auch mitbestimmen können, d.h. daß endlich nicht die Privatisierung der Produktionsmittel auf der Tagesordnung steht, sondern daß die Vergesellschaftung auf der Tagesordnung steht, damit die bestimmen, die es erarbeiten und nicht die, die sich das nachher aneignen.

Eberhard Wagner:

Alles richtig, aber einen Generalstreik können wir nur dann durchführen, wenn die Gewerkschaften mitziehen. Und das ist völlig utopisch zu glauben, daß wir bis zum 31.12. mit den Gewerkschaften einen Generalstreik hinkriegen.
Ich glaube, es wäre zuviel verlangt, hier noch ein Schlußwort zu halten. Wir haben alle eines gemerkt, daß wir unseren Zusammenhalt gefestigt haben und sicherlich auch auf diesem Weg weiterhin festigen werden. Dafür wünsche ich euch allen noch viel Erfolg.

Die Konferenz ist zu Ende.

Spenden für die zweite Konferenz

Stand: 21.Nov.1992

Abgeordnetengruppe Neues Forum	1000,-DM
Stiftung Menschenwürde und Arbeitsplatz	8500,-DM
Netzwerk Berlin	1000,-DM
SPD Berlin	1000,-DM
HBV Berlin	500,-DM
Gossener Mission	2000,-DM
Freies Bildungszentrum Ulrich Berndt	460,-DM
PDS-Fraktion Abgeordnetenhaus Berlin	1000,-DM
Bündnis kritischer Gewerkschafter 4000 Briefkuverts und	105,-DM
Betriebsrat Bestahl-Stahlbau GmbH	80,-DM
Die Grünen NRW	300,-DM
Ursula Heinrich, Bielefeld	3000,-DM
Wolfgang Kolditz, Duisburg	20,-DM
Judith Dellheim	100,-DM
Spendensammlung Belfa Batterien	370,-DM
Spendensammlung auf der 2. Konferenz	363,-DM

Die Betriebsratsinitiative bedankt sich ganz herzlich bei allen Spendern und SpenderInnen für die finanzielle Unterstützung.



Die 2. Konferenz ostdeutscher Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

- beschloß, Mitte Dezember vor der Treuhandanstalt Berlin Leipziger Straße eine Protestaktion gegen die bevorstehende erneute Massenentlassung von ca. einer Viertelmillion Kolleginnen und Kollegen durchzuführen.
- beschloß eine Resolution gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, verurteilte die faschistischen Mordüberfälle auf unsere ausländischen KollegInnen und rief alle Betriebsräte, Personalräte und GewerkschafterInnen auf, nicht zuzulassen, daß deutsche und ausländische KollegInnen gegeneinander aufgehetzt werden.
- ruft alle Betriebs - und Personalräte in Ost- und Westdeutschland sowie unsere Gewerkschaften auf, parallel zur Bundestagsdebatte über die Öffnung der Tarifverträge außerordentliche Belegschaftsversammlungen zu diesem Thema zu organisieren, auf denen Kampfmaßnahmen gegen die Aushöhlung der Tarifautonomie und das Lohndumping im Osten beschlossen werden.
- stellt sich geschlossen hinter die Forderungen des Betriebsrates der BAE Belfa GmbH Berlin, die zum 31.12.92 ausgesprochenen Kündigungen der gesamten Belegschaft sofort zurückzunehmen.
- beschloß, die Demonstration der Betriebsräte Sachsen-Anhalts am 1.Dez.92 anläßlich eines Kohl-Besuches in Leuna zu unterstützen.
- verabschiedete eine Solidaritätsresolution mit dem Kampf der Belegschaft, des Betriebsrates und der Gewerkschafter der Klöckner-Hütte Bremen gegen die Stillegung ihres Werkes.
- beschloß, die Hans - Böckler - Stiftung aufzufordern, die 15% Beiträge der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der Firmen in den neuen Bundesländern, in einen speziellen Fond zusammenzuführen, der ausschließlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt wird. Die Verwendung dieser Mittel soll satzungsgemäß von der HBS, dem DGB und einem Kuratorium aus Betriebs- und Personalräten mit Länderquote organisiert werden.
- beschloß, den Vorstand der Treuhandanstalt aufzufordern, vor Privatisierungsentscheidungen die Arbeitnehmer des betroffenen Betriebes und ihre zuständige Interessenvertretung, die Geschäftsleitung, die Entscheidungsträger der Region (Bürgermeister, Landesregierung, Arbeitsamt usw.) sowie die abhängigen Betriebe, Bildungseinrichtungen etc. zu konsultieren.
- beschloß, die DGB-Landesbezirke in den fünf neuen Bundesländern aufzufordern, die betrieblichen Vorstellungen der Treuhandunternehmen zur Weiterführung bei maximalem Arbeitsplatzerhalt auf Branchen und Regionen bezogen zu erfassen.
- ruft alle Belegschaften auf, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Denkt an die Zukunft der Jugend!
- war sich darin einig, von Treuhandanstalt und Regierung die unbedingte Erhaltung von Kernbereichen der Industrie zu fordern.
- beschloß, mit den Gewerkschaften eine gemeinsame Initiative gegen den Sozialabbau, insbesondere gegen die 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes vorzubereiten.
- beschloß, eine Delegation der Betriebsräteinitiative zum DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer zu entsenden, um über eine weitere Zusammenarbeit zu beraten.
- beschloß, im ersten Halbjahr 1993 eine 3. bundesweite Arbeitnehmervertreter-Konferenz unter Beteiligung ausländischer Kolleginnen und Kollegen durchzuführen. Diese Konferenz soll von Betriebsräten, Personalräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsvorständen organisiert werden.
- beauftragte den Arbeitsausschuß, weiterzutagen und die anstehenden Arbeiten zu koordinieren.

Der volle Wortlaut aller Anträge wird in der Ostwind-Dokumentation der zweiten Konferenz abgedruckt.

R E S O L U T I O N

an die 2.Konferenz ostdeutscher und berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute

Wir, die anwesenden Betriebsräte und Betriebsrätinnen, Vertrauensleute und PersonalrätInnen auf der 2. Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebsräte verfolgen mit Sorge und Abscheu die täglich neuen Brandanschläge und Überfälle auf AsylbewerberInnenheime und Angriffe gegen AusländerInnen auf offener Straße.

Wir stellen uns gegen diese faschistischen Angriffe und auch dagegen, daß die Regierung mehr als rücksichtsvoll bei der Verfolgung dieser Verbrechen vorgeht. Die faschistischen Verbrecher gehören ins Gefängnis und ihre Organisation müßten verboten sein.

Der Regierung passen AusländerInnenfeindlichkeit und Übergriffe sehr gut ins Konzept, denn so werden Sündenböcke für die wachsenden sozialen Probleme geschaffen, mit denen wir uns auf dieser Konferenz: "Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung" auseinandersetzen.

Aber es sind nicht die Flüchtlinge und nicht unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen, die unsere Arbeitsplätze vernichten, sondern es sind knallharte Profitinteressen, es ist die Treuhand, der größte staatliche Kahlschlagsanierer.

Wenn wir auf unserem Einladungsflugblatt geschrieben haben "Arbeit für alle", dann meinen wir auch Arbeit für die ausländischen Kollegen und Kolleginnen, mit denen wir über viele Jahre zusammengearbeitet und gelebt haben und jenen die täglich neu hinzukommen.

Wir BetriebsrätInnen, PersonalrätInnen und Vertrauensleute verpflichten uns und rufen alle BetriebsrätInnen, PersonalrätInnen und Vertrauensleute auf,

* unter unseren Belegschaften konsequent gegen rassistische Vorurteile und Meinungen aufzutreten,

* nicht wegzuschauen, sondern einzugreifen, wenn Flüchtlinge und ausländische Kollegen und Kolleginnen angepöbelt und angegriffen werden.

Lassen wir nicht zu, daß deutsche und ausländische KollegInnen und BürgerInnen gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt werden.

Es darf keine faschistischen und nationalistischen Lösungen unserer Probleme geben !

eingebracht durch:

Betriebsrat ELBO Bau AG, Rostock/Greifswald
Betriebsrat der GFBA e.V., Bildungszentrum Hennigsdorf
Belegschaftssprecher Reese & Chaskel Druckerei GmbH, Berlin
Klaus Abel, Betriebsrat Fritz-Werner-Maschinenbau, Berlin
Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte

Berlin, 21.11.92

Martin Clemens
Rainer Bluhm
Ingo Stuve

A N T R A G

des Arbeitsausschusses

Die 2. Betriebsrätekonferenz möge eine **Protestaktion** gegen die erneute Massenentlassungswelle der THA zum 31.12. 1992

in der 2. Dezemberwoche
vor der THA, Leipziger Straße

beschließen.

Diese Aktion soll zusammen

mit den **Gewerkschaften**
mit dem **Arbeitslosenverband**
mit **Mietervereinen** etc.

durchgeführt werden, wobei diesmal alle Betriebsräte ihre

BELEGSCHAFTEN und
Geräte und
Produkte

mitbringen.

Berlin, den 21.11. 1992

Resolution

Nicht erst seit heute , aber in so noch nicht gekannter massiver Form versuchen Unternehmer, ihre Verbände und mit ihnen ihre Bundesregierung das gesamte System der Tarifautonomie und tarifvertraglicher Regelungen auszuhebeln.
Unter dem Motto " **Befreiung des Individums von kollektiven Zwängen** " geht es ihnen unter anderem darum, Bezahlungen unter Tarif zu ermöglichen, die tarifliche Angleichung der Löhne und Gehälter im Osten zumindest herauszuzögern, über Betriebsvereinbarungen geltende Tarifverträge zu unterlaufen, total flexible Arbeitszeiten durchzusetzen, Leiharbeit schrankenlos zu erlauben, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einzuschränken, Woche-und Lebensarbeitszeiten zu verlängern, Urlaub zu verkürz en.

Um in den neuen Bundesländern von vorneherein schrankenlos und willkürlich verfahren zu können, treten viele Unternehmer gar nicht erst in die Verbände ein.
In den alten Bundesländern treten in wachsender Zahl Unternehmer aus.
Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit wird zur Farce, wenn abhängig Beschäftigte, egal in welchen Branchen, egal in welchen gesellschaftlichen Bereichen, von jedem tariflichem Schutz, von jeder Möglichkeit die eigenen Interessen wirkungsvoll und rechtswirksam zu vertreten " **befreit** " werden.

Die hier auf der 2. Betriebs-und Personalrätekonferenz versammelten Betriebs-und Personalräte und Gewerkschafter/innen fordern alle Betriebs-und Personalräte in Ost-und Westdeutschland sowie alle unsere Gewerkschaften auf, gleichzeitig zu Verhandlungen der Tarifparteien und zur Bundestagsdebatte über die Öffnung der Tarifverträge außerordentliche Belegschaftsversammlungen zu diesem Thema durchzuführen, auf denen Aktionen und Kampfmaßnahmen gegen die Aushöhlung der Tarifautonomie beschlossen werden.

Es geht darum, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, bis hin zum politischen Streik, die Durchlöcherung der Tarifautonomie gemeinsam mit unseren Gewerkschaften zu verhindern.
Wir brauchen dazu betriebs-und branchenübergreifend, mit allen interessierten Menschen und Institutionen einen Solidarpakt von unten.

gez. Constanze Lindemann
IG Medien

Berlin, 21.11. 1992

Peter Hartmann
Betriebsrat Belfa

Resolution

Die Versammlung der ostdeutschen Betriebs-und Personalräte stellt sich einstimmig hinter die Forderungen des Betriebsrates der Belfa, daß die Treuhand (THA) den Verkauf des Batteriewerkes an die Narva/Priamos GmbH. bis zum 31.12. 1992 abschließt und die ausgesprochenen Kündigungen der gesamten Belegschaft sofort zurücknimmt.

Berlin, den 21.11. 1992

H. Sonnenschein
Betriebsrat
Wolfener Vermögensverwaltungs AG

A n t r a g

Eine Delegation der Betriebsräteinitiative wird in einem Gespräch mit **H. Meyer - DGB Vorsitzender** - die weitere Zusammenarbeit besprechen, zu weiteren branchen-und länderübergreifenden Aktivitäten.

P.s.: So wie wir es in der IG-Chemie geschafft haben, muß es auch im DGB möglich sein.

Berlin, 21.11. 1992

H. Sonnenschein
IG Chemie

A n t r a g
des Betriebsräte Chemie

Unterstützung aller Betriebs-und Personalräte bei einer Demonstration am 01.12. 1992 in Leuna anläßlich eines Kohl-Besuches zur Regionalkonferenz Sachsen-Anhalt. Die Betriebsräte aus Sachsen-Anhalt protestieren dort, um den Standorterhalt strukturbestimmender Betriebe.

A n t r a g - Vorschläge anläßlich der 2. BR-Konferenz 21.11.92

An Treuhand - Vorstand

1. Verteidigung und Beratung von Treuhand (-TH-) Entscheidungen zur Privatisierung oder Weiterführung von Betrieben vor Einbringen in den TH-Vorstand

   vor: - Arbeitnehmern des betroffenen Betriebes und der zuständigen Interessenvertretung

   - Geschäftsleitung des betroffenen Betriebes

   - Entscheidungsträgern in der Region
     (z. B. Bürgermeister, Landräte, Landesregierung, IHK, Arbeitsamt, usw.)

   - abhängigen Betrieben, Bildungseinrichtungen .....

Forderung an DGB-Landsbezirke

2. Erfassung der betrieblichen Vorstellungen der TH-Unternehmen zur Weiterführung unter maximalem Arbeitsplatzerhalt:

   - auf Branchen bezogen

   - auf Regionen bezogen

   Ergebnis:

   - Konzept vorhanden

   - Hilfe bei Erarbeitung eines Konzeptes erforderlich (z. B. Unternehmensberatung einschalten)

Anschließend Diskussion mit dem unter Pkt. 1 genannten Gremium und Festlegung weiterer Schritte.

Ingrid Häußler
Buna AG-Schkopau

Peter Hartmann
Betriebsrat Belfa

Resolution

Die Versammlung der ostdeutschen Betriebs-und Personalräte stellt sich einstimmig hinter die Forderungen des Betriebsrates der Belfa, daß die Treuhand (THA) den Verkauf des Batteriewerkes an die Narva/Priamos GmbH. bis zum 31.12. 1992 abschließt und die ausgesprochenen Kündigungen der gesamten Belegschaft sofort zurücknimmt.

Berlin, den 21.11. 1992

H. Sonnenschein
Betriebsrat
Wolfener Vermögensverwaltungs AG

A n t r a g

Eine Delegation der Betriebsräteinitiative wird in einem Gespräch mit **H. Meyer - DGB Vorsitzender -** die weitere Zusammenarbeit besprechen, zu weiteren branchen-und länderübergreifenden Aktivitäten.

P.s.: So wie wir es in der IG-Chemie geschafft haben, muß es auch im DGB möglich sein.

Berlin, 21.11. 1992

H. Sonnenschein
IG Chemie

A n t r a g
des Betriebsräte Chemie

Unterstützung aller Betriebs-und Personalräte bei einer Demonstration am 01.12. 1992 in Leuna anläßlich eines Kohl-Besuches zur Regionalkonferenz Sachsen-Anhalt.
Die Betriebsräte aus Sachsen-Anhalt protestieren dort, um den Standorterhalt strukturbestimmender Betriebe.

Vorschläge zum Punkt - "Wie soll es weitergehen?"

Konstruktive Vorschläge, herangetragen an die Regierung sowie an die THA, ähnlich wie auf bisherigem Weg

1. Es sollte verstärkt nachgerechnet werden, was nun letztendlich, auch langfristig gesehen, billiger ist.
   Arbeitslose "schaffen" und diese sozial mit finanziellen Mitteln abfangen oder die Treuhandunternehmen, zumindest diese mit positiver Bilanzentwicklung, weiter zu begleiten, ganz zu schweigen vom sozialen Effekt.

2. Unbedingte Erhaltung von Kernbereichen der Industrie. Wie soll sonst eine Aufschwungphase, von der ja oft berichtet wird, erfolgen, wenn die notwendigen Bausteine zum Aufschwung fehlen.

3. Gleichbehandlung von Unternehmen in Hinsicht auf Größe und politische Bedeutung

4. Schaffung von Möglichkeiten zum Nachteilsausgleich von Ost-Unternehmen, besonders in Bezug auf Referenzen auf dem westdeutschen und westeuropäischen Markt.

5. Einflußnahme auf eine Finanzpolitik, um Investitionen der Ost-Unternehmen zu ermöglichen. (vernünftige Zinsen, vernünftige Rückzahlungskonditionen, günstige Invesitionszulagen, Streichung der unverschuldeten Altschulden).

Textilwerke Flöha GmbH
Heinrich-Heine-Str. 5
O - 9380 Flöha

Betriebsrat

Anträge an die Konferenz

1. Die Konferenz erklärt sich mit dem Kampf der Belegschaft der Klöckner-Hütte in Bremen um ihre Arbeitsplätze solidarisch.

2. Die Konferenz ruft alle Belegschaften auf zum Kampf um jeden Arbeitsplatz. Geben wir keinen einzigen Arbeitsplatz mehr kampflos auf! Denkt an die Zukunft der Jugend!

3. Machen wir die Gewerkschaften zu unseren Kampforganisationen.

   Für gleiche Löhne in Ost und West, gegen Öffnungsklauseln

   Für Arbeitszeitverkürzung

   - Für Schaffung von Arbeitsplätzen im Wohnungsbau und im Umweltschutz auf Kosten der Unternehmergewinne

4. Die nächste Konferenz sollte gesamtdeutsch und mit ausländischer Beteiligung sein.

Fritz Hofmann, Köln

Antrag des Seebetriebsrates der DSR GmbH

Die 2. Betriebs- und Personalrätekonferenz stellt die Forderung an die Bundesregierung wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausflaggungswelle in der deutschen Seeschiffahrt zu stoppen, unter anderem durch Erhöhung der Finanzbeiträge für die deutsche Schiffahrt und eine besondere Erhöhung der Strukturhilfe für die Deutsche Seereederei Rostock GmbH. Zusätzlich sollten die Finanzbeiträge auch auf die DSR-GmbH ausgedehnt werden, die bisher in diese Finanzbeiträge nicht einbezogen war.
Außerdem sollte das Gesetz über das Internationale Schiffsregister in Deutschland (Zweitregister) endlich wieder außer Kraft gesetzt werden. Gegen das Gesetz wurde von der Gewerkschaft ÖTV und den SPD-regierten westdeutschen Bundesländern Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein beim Verfassungsgericht als verfassungswidrig angeklagt.

Vorschläge zum Punkt - "Wie soll es weitergehen?"

Konstruktive Vorschläge, herangetragen an die Regierung sowie an die THA, ähnlich wie auf bisherigem Weg

1. Es sollte verstärkt nachgerechnet werden, was nun letztendlich, auch langfristig gesehen, billiger ist.
   Arbeitslose "schaffen" und diese sozial mit finanziellen Mitteln abfangen oder die Treuhandunternehmen, zumindest diese mit positiver Bilanzentwicklung, weiter zu begleiten, ganz zu schweigen vom sozialen Effekt.

2. Unbedingte Erhaltung von Kernbereichen der Industrie. Wie soll sonst eine Aufschwungphase, von der ja oft berichtet wird, erfolgen, wenn die notwendigen Bausteine zum Aufschwung fehlen.

3. Gleichbehandlung von Unternehmen in Hinsicht auf Größe und politische Bedeutung

4. Schaffung von Möglichkeiten zum Nachteilsausgleich von Ost-Unternehmen, besonders in Bezug auf Referenzen auf dem westdeutschen und westeuropäischen Markt.

5. Einflußnahme auf eine Finanzpolitik, um Investitionen der Ost-Unternehmen zu ermöglichen. (vernünftige Zinsen, vernünftige Rückzahlungskonditionen, günstige Invesitionszulagen, Streichung der unverschuldeten Altschulden).

Textilwerke Flöha GmbH
Heinrich-Heine-Str. 5
O - 9380 Flöha

Betriebsrat

Anträge an die Konferenz

1. Die Konferenz erklärt sich mit dem Kampf der Belegschaft der Klöckner-Hütte in Bremen um ihre Arbeitsplätze solidarisch.

2. Die Konferenz ruft alle Belegschaften auf zum Kampf um jeden Arbeitsplatz. Geben wir keinen einzigen Arbeitsplatz mehr kampflos auf! Denkt an die Zukunft der Jugend!

3. Machen wir die Gewerkschaften zu unseren Kampforganisationen.

   Für gleiche Löhne in Ost und West, gegen Öffnungsklauseln

   Für Arbeitszeitverkürzung

   - Für Schaffung von Arbeitsplätzen im Wohnungsbau und im Umweltschutz auf Kosten der Unternehmergewinne

4. Die nächste Konferenz sollte gesamtdeutsch und mit ausländischer Beteiligung sein.

Fritz Hofmann, Köln

Antrag des Seebetriebsrates der DSR GmbH

Die 2. Betriebs- und Personalrätekonferenz stellt die Forderung an die Bundesregierung wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausflaggungswelle in der deutschen Seeschiffahrt zu stoppen, unter anderem durch Erhöhung der Finanzbeiträge für die deutsche Schiffahrt und eine besondere Erhöhung der Strukturhilfe für die Deutsche Seereederei Rostock GmbH. Zusätzlich sollten die Finanzbeiträge auch auf die DSR-GmbH ausgedehnt werden, die bisher in diese Finanzbeiträge nicht einbezogen war. Außerdem sollte das Gesetz über das Internationale Schiffsregister in Deutschland (Zweitregister) endlich wieder außer Kraft gesetzt werden. Gegen das Gesetz wurde von der Gewerkschaft ÖTV und den SPD-regierten westdeutschen Bundesländern Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein beim Verfassungsgericht als verfassungswidrig angeklagt.

Anträge an die 2. ArbN-Vertreter Konferenz OST

1. Die 2. Konferenz möge die Durchführung einer bundesweiten ArbN-Vertreter Konferenz beschließen:

   3. Konferenz deutscher und ausländischer Arbeitnehmer/innen

   - STOPP die Arbeitspl atzvernichtung -

   organisiert durch BR, PR, VL und Gewerkschaftsvorstände

2. Im Vorfeld des Aktionstages (THA-Leipzigerstr.) in möglichst vielen Betrieben zeitgleiche Betr.-vers. durchzuführen mit der o.g. Thematik.

Stephan Demke
Belegschaftssprecher
Reese + Chaskel Druck GmbH
O - 1160 BERLIN
Ostendstr. 1-14
Tel.: 63832428

Antrag an die 2. Konferenz

Die Konferenz möge beschließen:

Die 15 % Beiträge der Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten und Beiträten in den neuen Ländern, die gegenwärtig an die HBS gehen, werden in einem speziellen Fond zusammengeführt, der ausschließlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt wird.
Die Verwendung dieser Mittel soll satzungsgemäß von der HBS, dem DGB und einem Kuratorium aus Betriebs- und Personalräten mit Länderquote organisiert werden.

Eberhard Wagner
Deutsche Seereederei Rostock GmbH

Dr. Klaus Grehn
Präsident Arbeitslosenverband
Deutschlands

1. Neben der allgemeinen Aktion (siehe Vorschlag) sollten die Betriebsräte, Gewerkschaften, Verbände für 1 (2) ausgewählte Betriebe mit gemeinsamen Aktionen deren Erhalt bzw. Alternativen als Modellfall erzwingen.

2. Schlage ich vor, mit gemeinsamen Wallprüfsteinen an die Politik und die Öffentlichkeit zu treten.

3. Eine gemeinsame Aktion/Initiative gegen den Sozialabbau, insbesondere das 10. Änderungsgesetz zum Arbeitsförderungsgesetz vorzubereiten.

4. Die Zusammenarbeit zwischen den Betriebsräten, Gewerkschaften, Verbänden auch auf regionaler Ebene organisieren und praktizieren und die Ergebnisse zur nächsten Konferenz mitbringen.

Berlin, den 21.11. 1992



Es geht um unsere Zukunft





Gegenwehr